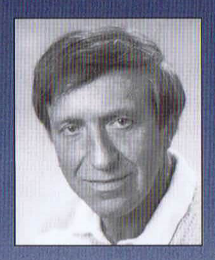
HELLMUT DIWALD SEIN VERMÄCHTNIS FÜR DEUTSCHLAND SEIN MUT ZUR GESCHICHTE

H

# HELLMUT DIWALD

## SEIN VERMÄCHTNIS FÜR DEUTSCHLAND



## SEIN MUT ZUR GESCHICHTE

HOHENRAIN

# Hellmut Diwald

Sein Vermächtnis für Deutschland
Sein Mut zur Geschichte

Als Hellmut Diwald im Sommer 1993 verstarb, verlor mit ihm die deutsche Historikerzunft einen ihrer hervorragendsten Vertreter, die Geschichtsschreibung einen ihrer meistgelesenen Schriftsteller und das deutsche Volk einen der markantesten Fürsprecher für seine Einheit und nationale Identität. Der schon bald nach seiner Emeritierung von einer tückischen Krankheit Dahingeraffte hat ein umfangreiches Lebenswerk hinterlassen, die Auflage seiner Bücher überstieg weit die Million. Das ist um so erstaunlicher, als er sich wie kein anderer Universitätslehrer gegen den geschichtsverfälschenden Zeitgeist und die ungerechtfertigte Beschuldigung Deutschlands wandte und leidenschaftlich für die historische Wahrheit eintrat. Seiner Person und seinem Wirken gilt dieser Sammelband. In ihm haben Kollegen und andere Fachwissenschaftler, Publizisten und Politiker, Landsleute und Freunde des Verstorbenen zum Jahrestag seines Todes sein Vermächtnis für das deutsche Volk zusammengestellt. Aus den verschiedenen Fachdisziplinen und Lebensbereichen werden Leben und Werk Diwalds betrachtet und fortgeführt, wird die geistige Kultur gegen den Ungeist unserer Zeit mobilisiert, gegen Materialismus und Intoleranz, gegen Oberflächlichkeit und Gleichmacherei. In der Nachfolge Adalbert Stifters hat Hellmut Diwald als Künder des Geschichtlichen Wesen und Aufgabe der Deutschen gesehen und der Jugend als Vorbild gesamtdeutsche Ziele gesetzt, die im friedlichen Miteinander mit den Nachbarvölkern zum Wohl aller in Mitteleuropa dienen.

HOHENRAIN – VERLAG – TÜBINGEN

# Handbuch zur Deutschen Nation

**herausgegeben von**

**Bernard Willms** und **Hellmut Diwald**

In unserer Zeit hat sich einer der gewaltigsten Brüche der Weltgeschichte vollzogen. Dazu bedarf es geistiger Grundlinien. In diesem vierbändigen Werk werden unverzichtbare Fundamente gelegt, bedauerliche Fehlentwicklungen angeprangert und zukunftsträchtige Horizonte aufgezeigt.

Band 1: **Geistiger Bestand und politische Lage**
*ISBN 3-89180-007-X · 460 Seiten, Kunstleder, Literatur- und Personenverzeichnis* **DM 49.80**

Band 2: **Nationale Verantwortung und liberale Gesellschaft**
*ISBN 3-89180-008-8 · 688 Seiten, Kunstleder, zahlreiche Abbildungen, Literatur- und Personenverzeichnis* **DM 58.-**

Band 3: **Moderne Wissenschaft und Zukunftsperspektive**
*ISBN 3-89180-009-6 · 416 Seiten, Kunstleder, Literatur- und Personenverzeichnis* **DM 49.80**

Band 4: **Deutschlands Einigung und Europas Zukunft**
*ISBN 3-89180-026-6 · 628 Seiten, Kunstleder, Karten* **DM 58.-**

*Alle 4 Bände, 2192 Seiten,* **DM 160.-**



Hellmut Diwald (Hg.)

## Warum so bedrückt? Deutschland hat Zukunft!

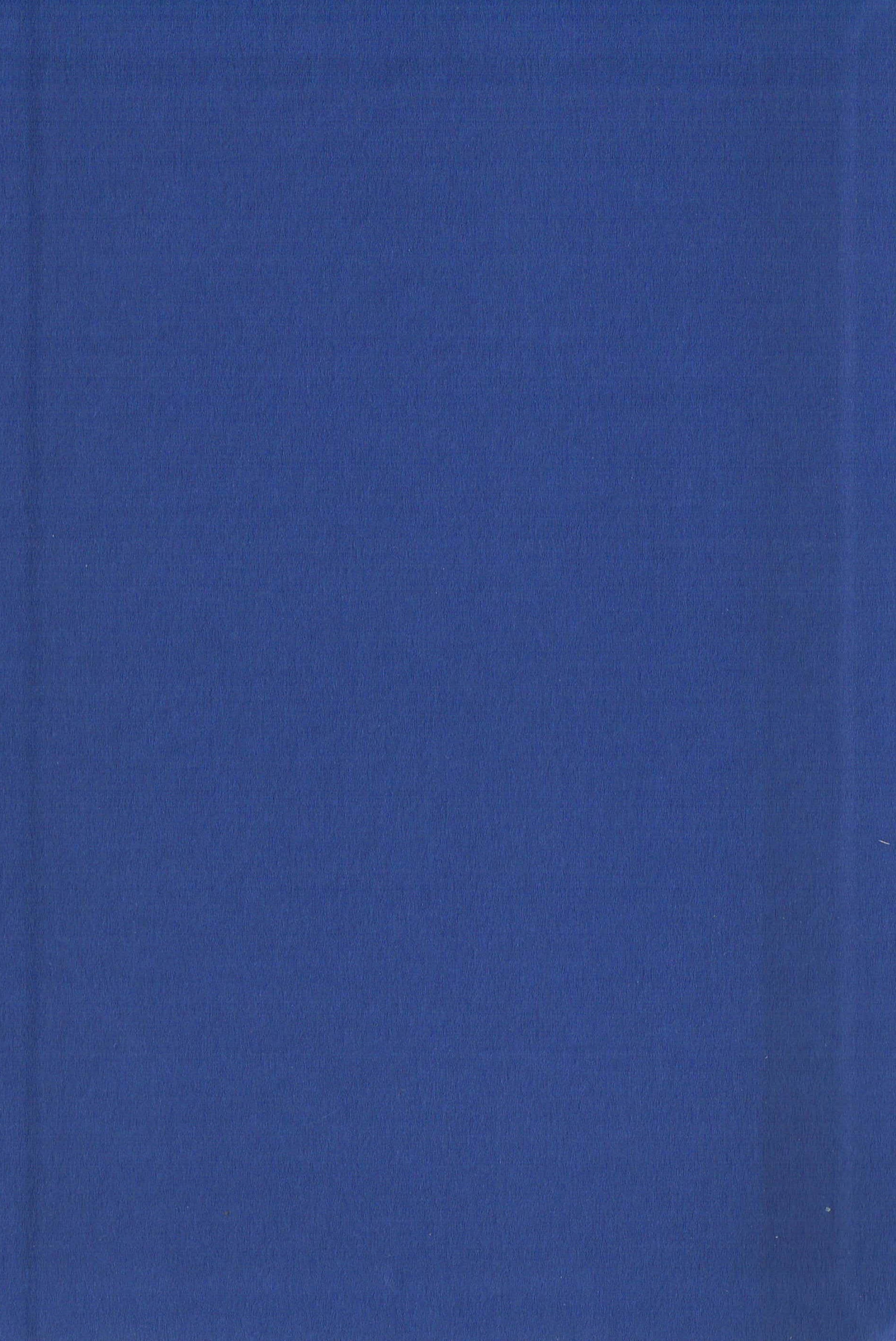
Der in Mitteldeutschland und Osteuropa erfolgte epochale Umbruch wurde nicht zur geistigen und kulturellen Erneuerung genutzt. Wieder einmal stand das Materielle allein im Vordergrund. In diesem Bereich gäbe es auch im deutschen Westen vieles ins Lot zu bringen. Was nützt Wohlstand angesichts geistiger Bedürfnislosigkeit und kultureller Verarmung? In dieser Festschrift für Prof. Richard W. Eichler werden Perspektiven in eine bessere Zukunft aufgezeigt.

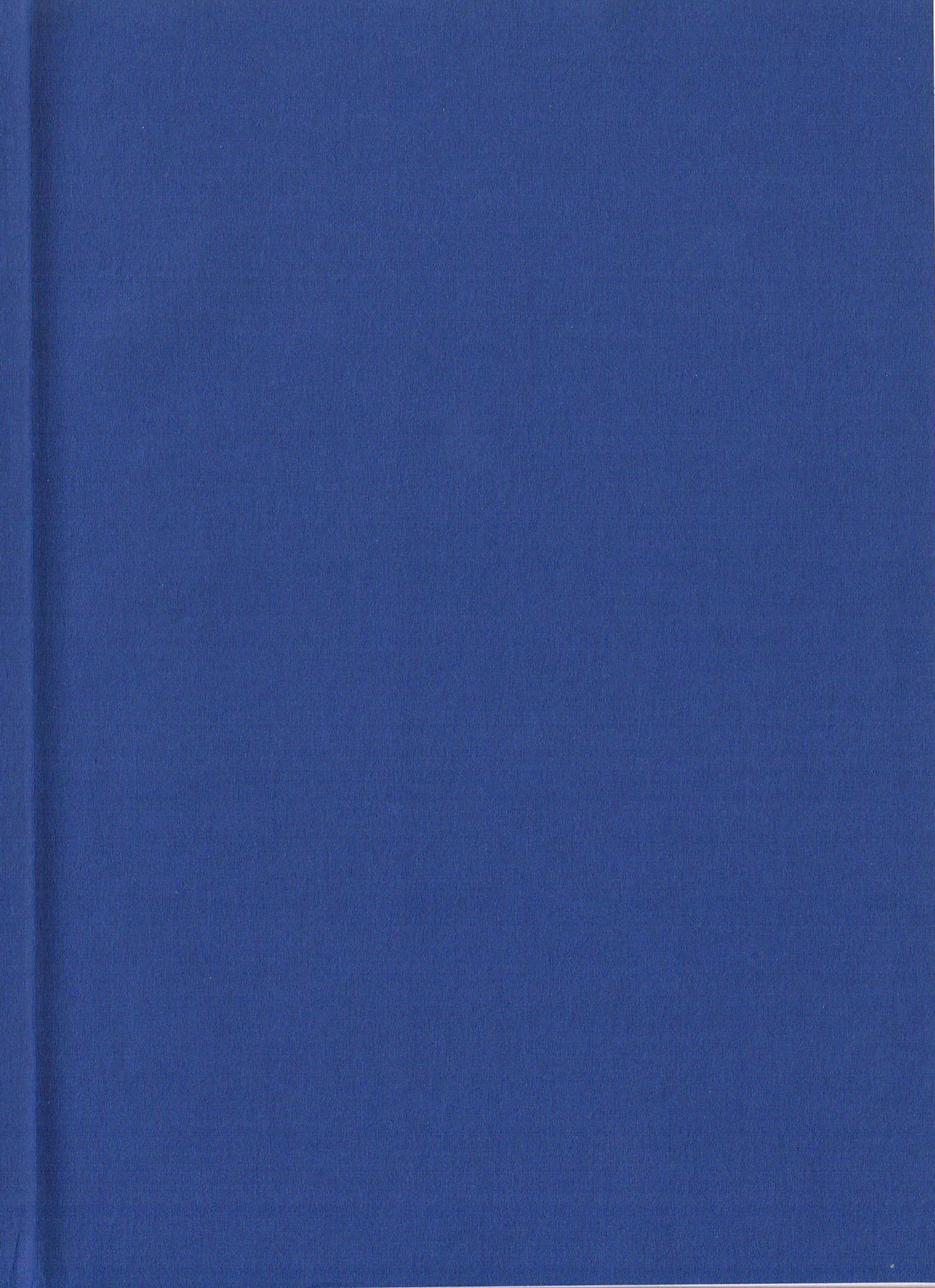
*ISBN 3-89180-034-7, 224 Seiten, Efalin,* **DM 32.-**

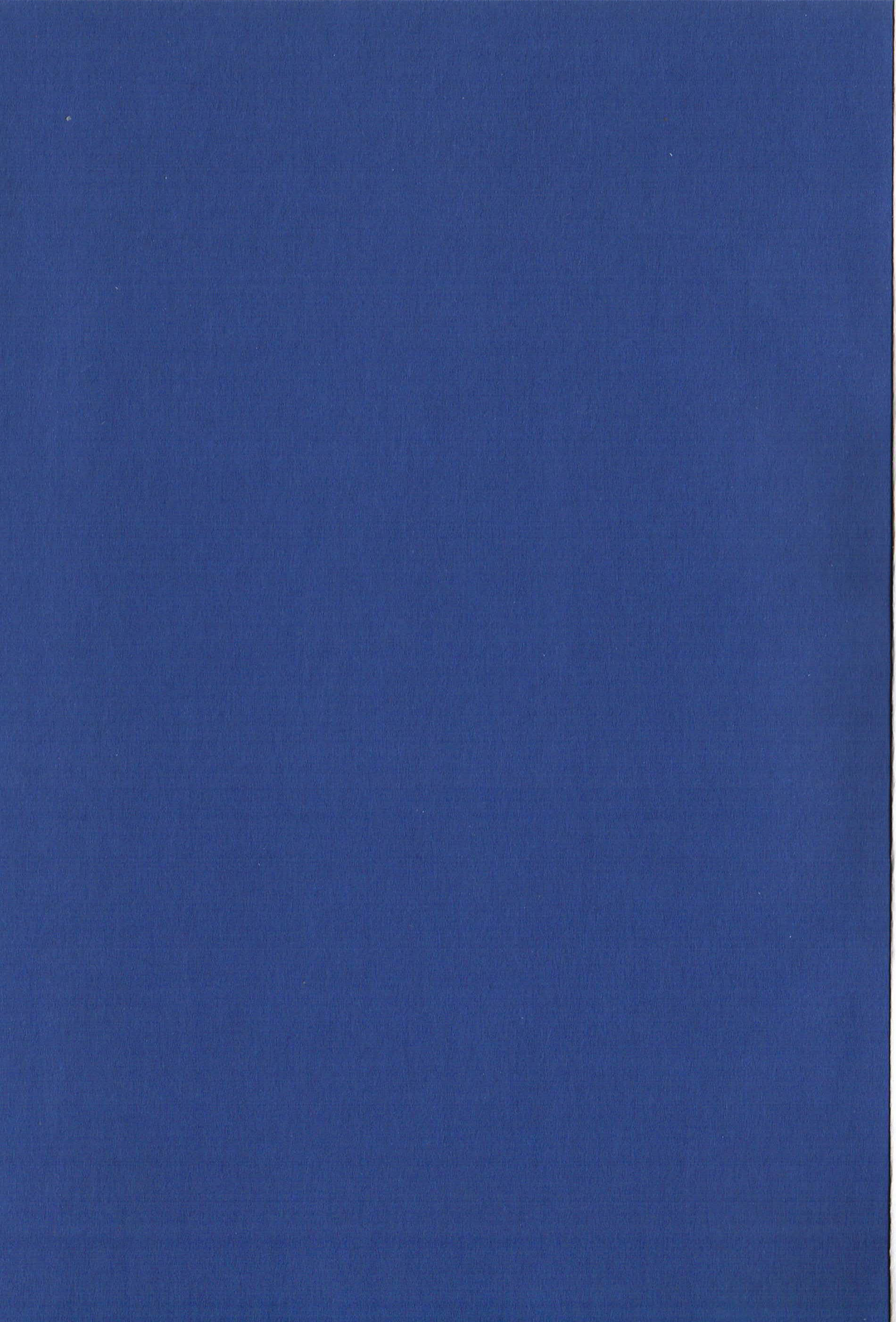
HOHENRAIN – VERLAG – TÜBINGEN

Eibicht (Hg.)

HELLMUT
DIWALD

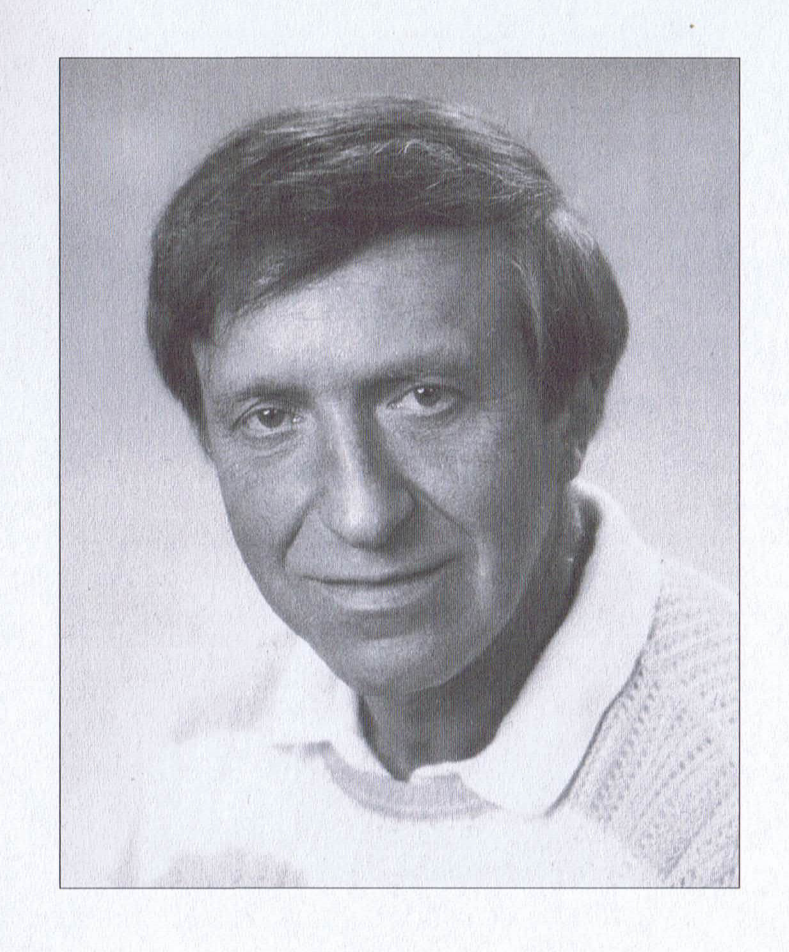






HELLMUT DIWALD

Veröffentlichung der Stiftung
KULTURKREIS 2000
Band VIII



Prof. Dr. Hellmut Diwald

# HELLMUT DIWALD

## Sein Vermächtnis für Deutschland
## Sein Mut zur Geschichte

herausgegeben von
Rolf-Josef Eibicht



HOHENRAIN - VERLAG - TÜBINGEN

Satz: Hohenrain-Verlag, Tübingen
Druck und Bindung: Kösel-Druck, Kempten
Schutzumschlaggestaltung: Creativ GmbH, Stuttgart

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Hellmut Diwald**: sein Vermächtnis für Deutschland, sein Mut zur Geschichte / hrsg. von Rolf-Josef Eibicht. – Tübingen ; Zürich ; Paris : Hohenrain-Verl., 1994
(Veröffentlichung der Stiftung Kulturkreis 2000 ; Bd. 8)
ISBN 3-89180-038-X
NE: Eibicht, Rolf-Josef (Hrsg.); Kulturkreis Zweitausend: Veröffentlichung der Stiftung...

ISBN 3-89180-038-X

# Inhaltsverzeichnis

## ZU EINZELWERKEN VON HELLMUT DIWALD



## ZUR EHRE HELLMUT DIWALDS

HEIMAT SUDETENLAND

VORWORT DES HERAUSGEBERS

## Ein Wort zuvor und an alle

Der hier vorliegende Sammelband zur Erinnerung an den verstorbenen Hellmut Diwald, Universitätsprofessor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Erlangen, ist zusätzlich der Wiedergewinnung der verlorenen nationalen Würde und Identität, der nationalen Selbstbehauptung und Selbstbewahrung des deutschen Volkes gewidmet. Das Werk gilt der Erinnerung an einen Historiker, dessen Leben aufopferungsvoll und mit nie verzagendem Mut im Dienst an der deutschen Geschichte stand und somit der in seiner kompromißlosen Unbestechlichkeit zu einem Historiker im Dienst an der historischen Wahrheit, Klarheit und Gerechtigkeit, zu einem Symbol der Freiheit und nationalen Erneuerung wurde.

Durch den epochalen Umbruch in Europa seit 1989 wird Deutschland zu seiner zentralen mitteleuropäischen Rolle zurückkehren; es ist bereits dorthin aufgebrochen, weil es sich dieser Zwangsläufigkeit nicht entziehen kann. Entscheidend für seine zukünftige Rolle in Europa wird jedoch die Wiederherstellung der seit 1945 bis heute anhaltend zerstörten nationalen Identität sein. Die Zukunft unseres Kontinents mitgestalten kann nur eine Nation, die über eine innere Stärke und Selbstgewißheit, das heißt über nationale Identität, verfügt.

Die Notwendigkeit, die Nachkriegsphase der zerstörten deutschen Geschichte zu beenden, ist unabdingbar und unentrinnbar vorgezeichnet. Hellmut Diwald gilt in großen Teilen unseres Volkes, und seine Befürworter und Leser wachsen ständig, als ein für die Lösung dieser Schicksalsaufgabe zu Lebzeiten wirkender Geschichtserwecker und Vorkämpfer gegen eine kriminalisierte und gestohlene Geschichte. Durch die Teilwiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland haben wir Deutschen eine größere Freiheit zur Geschichte zurückgewonnen, die wir nutzen müssen.

Ein Jahr nach dem Tode von Hellmut Diwald haben sich in dem vorliegenden Erinnerungs- und Vermächtnisband 34 namhafte Autoren: Historiker, Politikwissenschaftler, Völkerrechtler, Soziologen, Philosophen, Publizisten und ein Bischof der katholischen Kirche, zusammengefunden, um Hellmut Diwald ihren Dank und ihre Anerkennung auszudrücken. Jeder einzelne legt somit in seinem Bekenntnis zu oder in seinem Respekt vor Hellmut Diwald ein Bekenntnis zur nationalen Würde und zur historischen Wahrheit, Klarheit und Gerechtigkeit auch für das deutsche Volk und Vaterland ab. Die spontane Bereitschaft dieser Autoren – und weit mehr noch hätte man ebenso berücksichtigen können –, an diesem Sammelband zu Ehren Hellmut Diwalds mitzuwirken, hat ein Werk entstehen lassen, das gleichsam zu einem Handbuch der nationalen Selbstbewahrung und Selbstbehauptung wurde.

Die Beiträge bilden einen nahezu geschlossenen Kreis unserer menschlichen und nationalen Lebensfragen. Von den 34 Autoren sind 21 namhafte Sudetendeutsche. Diese Autoren stehen nicht nur für das derzeitige West- und Mitteldeutschland, welches erst vor wenigen Jahren zum kleinsten Deutschland in der deutschen Geschichte vereinigt wurde, das heißt ohne Ostdeutschland und das Sudetenland, sie stehen darüber hinaus auch für ihre Heimat Sudetenland, die deutschen Heimatgebiete in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien. Sie teilen somit eine der ganz zentralen Lebensäußerungen von Hellmut Diwald, nämlich das Ringen um die immer noch vorenthaltene Heimat, auf die wiederum nicht nur die Sudetendeutschen, sondern das deutsche Volk insgesamt, wie im übrigen auch auf die Ostgebiete (Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ostpreußen), nicht verzichten können und nie verzichten werden.

Tschechen und Polen haben die historische Chance, als Vertreiberländer ihre »Raubsicherungspolitik« nun endlich preiszugeben und sich zu einem epochalen und historischen Ausgleich mit uns Deutschen zu arrangieren und zusammenzufinden – im Interesse einer wirklich dauerhaften und tragfähigen europäischen Friedensordnung. Tschechen und Polen sollten einsehen: Sie haben kein Recht auf das, was ihnen nicht gehört. – Wir achten die Rechte und Empfindlichkeiten der Tschechen und Polen, aber die unsrigen sollten auch von ihnen geachtet und respektiert werden. Wir jedenfalls schließen seit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 jede neue Vertreibung und jedes neue Unrecht aus. Tschechen und Polen sollten endlich einsehen, daß es uns Deutschen unmöglich ist, über Nacht auf ein Viertel des geraubten Deutschlands, mit über 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen und 2,4 Millionen bei dem Genocid oder unverjährbaren Völkerrechtsverbrechen der Massenaustreibungen Getöteten und Ermordeten, gänzlich zu verzichten.

Da Diwald Sudetendeutscher war, beschäftigt sich das vorliegende Werk somit auch mit Fragen zur historischen, politischen, staatsrechtlichen und völkerrechtlichen, immer noch offenen sudetendeutschen Frage, was wohl für Ostdeutschland analog zu gelten hat. Der Sammelband ist somit auch gleich-

zeitig ein zentrales heimatpolitisches Werk für die sudetendeutsche Volksgruppe, die größte und stärkste Landsmannschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Hellmut Diwald erhält folglich durch hochrangige Persönlichkeiten und Repräsentanten der sudetendeutschen Volksgruppe in diesem Werk gleichzeitig Dank und Anerkennung für sein Wirken um unsere Heimat Sudetenland und somit für die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen insgesamt.

Warum ist dies so bedeutungsvoll? Der Kampf um die Interessen der deutschen Heimatvertriebenen, gleichsam ein Ringen um die zentralen Lebens- und Überlebensrechte des ganzen deutschen Volkes, stellt das Herzstück jeder Rückgewinnung der entkriminalisierten deutschen Geschichte und der nationalen Identität dar. Mehr noch: Die Frage der Oder-Neiße-Gebiete (Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern und Ostpreußen) und des Sudetenlandes (der Randgebiete Böhmens, Mährens und Sudetenschlesiens) ist für uns Deutsche mehr als die unabdingbare und völlig unverzichtbare Verwirklichung unseres jahrhundertelang angestammten Heimatrechts durch selbstverständliche Rückkehr und Neubesiedlung, durch die Rückgabe des geraubten privaten und öffentlichen Eigentums – im Rahmen des Möglichen – und die selbstverständliche Wiedergutmachung. Mit Ostdeutschland und dem Sudetenland ist für das deutsche Volk unabdingbar seine nationale Würde, Ehre und Identität verbunden. Solange wir aber über Ostdeutschland und das Sudetenland in Form eines historischen Ausgleiches und Kompromisses nicht frei mitentscheiden können, sind und bleiben wir demzufolge würde- und ehrlos.

Die Revision von Annexion und Deportation ist für uns Deutsche zur Wiedergewinnung unseres Selbstseins, unserer Selbstbehauptung und Selbstbewahrung, zur Rückgängigmachung unserer historischen ›Selbstentäußerung‹, unabdingbar. Hellmut Diwald stellte klar und eindeutig fest: »Jedoch weder der Kriegsausgang noch die Vertreibung können die Tatsache annullieren, daß es sich bei dem Sudetenland [und bei Ostdeutschland; R.J.E.] um deutschen Siedlungsraum, um Siedlungssraum des deutschen Volkes gehandelt hat und daß eine solche historische Tatsache auch ein historischer und damit politischer Anspruch ist und bleibt.« Und an anderer Stelle: »Hinter der Annexion der deutschen Ostgebiete [und des Sudetenlandes; R.J.E.] steht nicht das Recht, sondern das Faustrecht. . ., und jeder irrt sich, der glaubt, auch nur eine Vereinbarung würde in Zukunft Bestand haben, die mit dem Faustrecht erzwungen wurde.«

Das Münchener Abkommen aus dem Jahre 1938 war eine Vereinbarung, zu der es keine Alternative gab, weil niemand 3,3 Millionen Sudetendeutsche erschaffen hatte, um sie von etwa 7 Millionen Tschechen entnationalisieren, terrorisieren und unterdrücken zu lassen, indem die Sudetendeutschen 1918 mit militärischer Gewalt in einen Staat hineingezwungen wurden, in den sie nicht hineingehörten und nicht hinein wollten, so muß es ein erneutes

Abkommen zur Verwirklichung von Heimatrecht, Rückkehr und Wiedergutmachung geben. Das Münchener Abkommen aus dem Jahre 1938, das lediglich die zwischen Engländern, Franzosen und Tschechen bereits vorher vereinbarte Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich nun auch vertraglich im nachhinein fixierte, als Durchführungsabkommen einer bereits vorher erfolgten Abtretung, könnte hier durchaus Vorbild sein. Und dies völlig unbeschadet der Ansichten einiger weniger historischer und politischer Analphabeten in den eigenen Reihen.

Und erinnern wir uns daran, daß Jean-Paul Sartre 1938 überaus klarsichtig das Münchener Abkommen als »Friedenscharta des zwanzigsten Jahrhunderts« begrüßt hatte. Der britische Premierminister Chamberlain nannte es »die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes mit zwanzigjähriger Verspätung«, und der vergeblich von den Tschechen um Stellungnahme ersuchte amerikanische Präsident Roosevelt, der den Tschechen erst gar nicht antwortete, sandte an die vier Staatsmänner in München ein nachdrückliches Dank-telegramm. *In medias res:* Auch dies gehört zentral zur Entkriminalisierung der deutschen Geschichte. Tschechen und Polen werden erkennen müssen, daß die Notwendigkeit der Verwirklichung von Heimatrecht, Rückkehr und Wiedergutmachung vor allem auch in ihrem eigenen Interesse liegt. Denn wie sonst sollten je die überwiegend verwüsteten und darniederliegenden ostdeutschen und sudetendeutschen Heimatgebiete wieder aufgebaut werden als in Gemeinsamkeit der Völker? Die Vernunft wird hier Sieger sein, und die Deutschen sind dazu bereit. Die Falschdarstellung in bezug auf das ›Münchener Abkommen‹, die »Revision eines Unrechts«, wie Hellmut Diwald es nannte, ist eine der zahlreichen Geschichtslügen der kriminalisierten und gestohlenen Geschichte der Deutschen. »Wer die Geschichte eines Volkes kriminalisiert, macht es krank.« (Hellmut Diwald) Europa und die Welt werden auch einmal die Verbrechen zur Kenntnis nehmen müssen, die millionenfach den Deutschen, und dies nach Kriegsende und im Frieden, sozusagen als Mord im Frieden, angetan wurden. Die deutschen Heimatvertriebenen waren von Anfang an bereit, den circulus vitiosus von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen, aber es kann hier keine einseitige Bereitschaft zu einer Lösung führen.

Jeder Leser wird wohl hier schon erkennen, daß das Geschichtsbewußtsein nahezu von existentieller Bedeutung ist. Dennoch bleibt das Sudetendeutsche nur ein Teilbereich im unermeßlichen Wirken Hellmut Diwalds. Er stand für die Geschichte des ganzen deutschen Volkes, stellte darüber hinaus europäische und Weltgeschichte dar. Dies dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

### *Dankesworte*

Allen Mitautoren des Sammelbandes danke ich sehr herzlich, insbesondere Dr. Alfred Schickel und Dr. Alfred Ardelt. Vor allem danke ich aber seiner

Exzellenz Weihbischof Gerhard Pieschl. Denn wo wäre die Welt nicht schon versunken, wenn es nicht wie Bischof Pieschl Diener an dem gäbe, was uns Menschen das Höchste ist: der Glaube an einen Gott? Unvergeßlich bleibt sein Bekenntnis: Loquor non tacui – Ich rede und habe nicht geschwiegen!

Alle Mitautoren haben durch ihre Beiträge Hellmut Diwald geehrt, der immer nur das Beste gewollt hat im Dienst an der Wahrheit und Gerechtigkeit. Mut zur Wahrheit ist Mut zur Geschichte.

Nie zuvor fand ich einen verständnisvolleren und in der harmonischen Zusammenarbeit aufgeschlosseneren und charaktervolleren Verleger als Wigbert Grabert vom Hohenrain-Verlag, den man nicht zu Unrecht »den mutigsten Verleger Deutschlands« nennt. In seinem verlegerischen und im übrigen auch publizistischen Ringen um die nationale Würde und Ehre des deutschen Volkes hat er folglich nicht ohne Grund seinem Autor Hellmut Diwald, wie er auch im Dienst an der historischen Wahrheit stehend, freundschaftlich sehr nahegestanden. Zum hier vorliegenden Sammelband schreibt Wigbert Grabert im *Euro-Kurier* 1/94 treffend: »Als vor einem Jahr Professor Dr. Hellmut Diwald starb, verlor die Geschichtsschreibung einen ihrer fähigsten Köpfe und das deutsche Volk einen überzeugenden Verteidiger seiner Identität. Das Buch beschwört das anständige Deutschland gegen Verzicht und Verrat, gegen Kulturlosigkeit und Materialismus und liest sich wie ein Programm zur Erneuerung Deutschlands.«

Mein besonderer Dank gilt auch hier meinem Freund Siegfried P. B. Stief, der mir in unserem gemeinsamen Ringen um eine demokratische, soziale und nationale Erneuerung schon seit vielen Jahren unverzichtbar zur Seite steht. Wahre Freundschaft ist rar und immer ein unermeßliches Geschenk. Nicht zuletzt möchte ich auch Dr. Rolf Kosiek danken: als Autor, Lektor und Kritiker.

Ich bitte jeden geneigten Leser herzlich, auch die Andersdenkenden, die im vorliegenden Sammelband abgedruckten drei Kurzbeiträge von Hellmut Diwald, nämlich »Die Schuld am Zweiten Weltkrieg«, »Der Überfall« und »Zum 8. Mai 1945«, in jedem Fall zu beachten.

Unseren Kritikern sei mit Diwald die Erkenntnis zuteil: »Haltet Deutschland nicht für tot, ehe ihr seine Leiche gesehen habt. Aber selbst dann dürftet ihr euch irren.«

München, Anfang April 1994 Rolf-Josef Eibicht

Rolf-Josef Eibicht

# Hellmut Diwald – Geschichtserwecker und Vorkämpfer gegen eine kriminalisierte und gestohlene Geschichte

*»Das Abendland geht nicht zugrunde an den totalitären Systemen, sondern an dem hündischen Kriechen seiner Intelligenz vor den politischen Zweckmäßigkeiten.«*
Gottfried Benn

*»Wer sich zum Wurm macht, darf sich nachher nicht wundern, wenn er getreten wird.«*
Immanuel Kant

*»Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!«*
Gerhart Hauptmann in *Florian Geyer*

Am 26. Mai 1993 starb in Würzburg Hellmut Diwald, Professor an der Universität Erlangen für Mittlere und Neuere Geschichte. Deutschland verlor mit ihm einen Historiker, der sich durch seine Forschungen und Publikationen unermeßliche Verdienste zur historischen Selbstbewahrung und Selbstbehauptung, zum historischen Selbstverständnis der Deutschen, ihrer geschichtlichen Identität und ihres politischen Selbstbewußtseins erworben hat. Mit einer einzigartigen Unbestechlichkeit im Dienst an der historischen Wahrheit, Klarheit, Gerechtigkeit, Objektivität und Faktentreue, den Lebens- und Überlebensrechten auch des deutschen Volkes führte dieser hervorragende Wissenschaftler einen Kampf gegen Umerziehung, Vergangenheitsbewältigung und Zeitgeist, was ihn heute schon als einen ganz großen Bekenner und einen der größten deutschen Historiker in diesem Jahrhundert auszeichnet. Durch die Kraft seiner Darstellung und Sprache war er ein ebenso brillanter Geschichtsschreiber wie begnadeter Redner. Hellmut Diwald war Künder und Deuter einer tragfähigeren und humaneren sowie einer folglich auch freiheitlich-demokratisch stabileren, weil nicht auf der Haltlosigkeit und Lüge, sondern auf den ewig tragenden Säulen alles geschichtlichen Entstandenen

basierenden Gemeinschaftsgestaltung. Zudem war dieser vielfache Erfolgsautor Millionen von Fernsehzuschauern, etwa durch die Fernsehserie *Dokumente Deutschen Daseins* von Wolfgang Venohr in Zusammenarbeit mit Sebastian Haffner, in der Bundesrepublik und Österreich bekannt.

Daß Diwald umstritten war, kann dieses Urteil nur um so mehr bekräftigen, zumal er in seinem unbeirrbaren Glauben und seiner Liebe zu Deutschland durch den Triumph der Wiedervereinigung von Restdeutschland in seinen Auffassungen von den unabdingbaren nationalen Notwendigkeiten, dem Selbstbestimmungsrecht und der Freiheit aller Völker und Volksgruppen, ohne die eine wirklich tragfähige und dauerhafte Friedensordnung in Europa unmöglich ist, nachdrücklichst und zutiefst bestätigt wurde.

Die historischen Ereignisse und Notwendigkeiten gaben ihm Recht und Genugtuung für seine Beharrlichkeit, Standfestigkeit und Unbeugsamkeit im Dienst an Volk und Vaterland und bestätigten zugleich den minderen Rang eines großen Teils der deutschen Historikerschaft, die sich durch ihre pseudowissenschaftliche Vergangenheitsbewältigung vielfach im Dienst bestimmter politischer Interessen und ideologischer Systeme, der Umerziehung und des Zeitgeistes, in ihren Forschungen und Publikationen mitunter bis zur erbärmlichen und elenden Lächerlichkeit kleingeistig prostituierte und fortgesetzt prostituiert.

Es ist Hellmut Diwald, der sich als Historiker der kompromißlosen Unbestechlichkeit in der unermüdlichen Forschung nach dem, wie es denn eigentlich wirklich gewesen ist, in der nachfolgenden Darstellung dann des Eigentlichen, nämlich »warum es so gewesen« (Hellmut Diwald), für das deutsche Volk und Vaterland aus tiefster Not und nationalem Elend heraus nicht nur zu einem Bekenner, sondern auch zu einem Retter aus der Gefahr heraus und zu einem überragenden Schicksalsüberwinder offenbarte. Diwald stiftete und kündete historische Klarheit und historische Wahrheit, während große Teile der deutschen Historikerschaft bis auf den heutigen Tag die Rosse ihres völlig verfahrenen pseudowissenschaftlichen Umerziehungskarrens am nationalen Elend des eigenen Volkes permanent haltmachen lassen.

Hellmut Diwald suchte und fand auch die Freiheit und Gerechtigkeit für das deutsche Volk und Vaterland, um es vor der »geschichtlichen Selbstentäußerung« zu bewahren, während große Teile der deutschen Historikerzunft sich als Magd der durch Siegerwillkür verordneten Umerziehung und Willfährigkeit vollends demaskierten und fortgesetzt demaskieren.

Hier der Wille zur Freiheit und Würde und dort die Unterwerfung zur nationalen Würde- und Ehrlosigkeit nahezu eines ganzen Volkes. Hier der Name Hellmut Diwald mit seiner wissenschaftlichen Objektivität und Faktentreue, dort Vergangenheitsbewältigung im Dienst bestimmter antideutscher, links und linksradikal versessen-verschwommener politischer Interessen und ideologischer Systeme, unbeschreiblich fanatischer und bewußt volkspädagogisch motivierter, intendierter und verteidigter Geschichtsklitterungsmani-

pulationen, ritualisierter Bewältigungsstrategien und pathologischer Sucht zur permanenten nationalmasochistischen Selbstanklage und Selbstbezichtigung. Hier der Name Hellmut Diwald im Dienst an einer unbestechlichen Wissenschaftlichkeit, dort die Manipulation und Deutungsmonopole aus ideologischer Versessenheit, aus einer Pseudofreiheit heraus, in der die Entartung des Pluralismus ohne Grundkonsens als praktische Anarchie die Geschichte unseres Volkes als ›Inseratenwiese‹ darbietet, auf der nach Tarif jede verkommene Umerziehungsmeinung und Fixierung ihre Billigkeit und Verworfenheit annoncieren können, gespeist durch dogmatische Vorgaben, inquisitorische Praktiken und konformistischen Meinungsdruck, volks- oder moralpädagogische Intentionen und moralisierende Gesinnungsstatements, manichäistische Schwarz-Weiß-Bilder, Tabuisierungen, Legendenbildungen und hemmungslose Einseitigkeiten, kleinkariert-versessene Dämonisierungen, moralische Empörung in aller Manipulationsabsicht statt wissenschaftlicher Durchdringung der Materie ›Geschichte‹. Es entstand ein Verlust an Wahrheit, Klarheit und Gerechtigkeit, der nur eine Freiheit in Ketten, und somit nur eine Pseudofreiheit, sein kann.

### *Frei geboren und dennoch in Ketten*

Das deutsche Volk ist, wie andere Völker auch, frei geboren und liegt doch durch eine kriminalisierte und gestohlene Geschichte in weiten Bereichen in Ketten. Die Deutschen befinden sich nach wie vor an einem Tiefpunkt ihres nationalen Elends, in ihrem nationalen Empfinden verwirrt, armselig, verderbt, unglücklich und vor allem unmündig gehalten, ein nationales Elend, das durch eine beispiellose Geschichtslosigkeit und Geschichtsaversion die Heilungskräfte und Gestaltungskräfte des Seins aus der Tradition und Überlieferung heraus verlor. Die vielfältigen Mißstände in unserer Zeit, etwa die ethisch-sittliche Verwahrlosung durch den Verlust der Ehrfurcht vor der Geschichte, der gerechten und wahrhaften und somit sinnstiftenden und erkenntnisbringenden Würdigung des Daseins der vielen Generationen, die vor uns dachten, schufen, lebten und litten, ihrer zu einer höheren Seinsweise des Menschen schon gemachten Erfahrungen und auch Irrtümer, stehen in einem ursächlichen und unzerstückelbaren Zusammenhang.

Weil wir nicht mehr in Wahrheit und Gerechtigkeit, in Demut und Ehrfurcht, in historischer Klarheit das ›Woher‹ erfassen können, wissen wir um so weniger um das ›Wohin‹ und ›Wozu‹. Wir wissen vielfach nur von der Freiheit ›Wovon‹, aber nicht mehr von der Freiheit ›Wozu‹. Dieses Verhängnis der Geschichtslosigkeit erkannte Hellmut Diwald wie kein zweiter deutscher Historiker in diesem Jahrhundert.

Zumindest ist dies die notwendige und logische Konsequenz aus allen seinen Darlegungen. Wer die Ehrfurcht vor der Geschichte kennt, verliert sich nicht in kontraproduktiv-humanitären, sozialistisch-internationalistischen

Heils- und Irrlehren, die durch den Untergang des marxistisch-kommunistischen Totalitarismus tausendfach widerlegt sind, oder in sogenannten ›progressivem‹, allein ideologischen Sinnvermittlertum der Mißachtung auch der Würde und Humanität des schlichtweg Andersdenkenden. Er erkennt die ewig gültigen Werte und will sie bewahren und erhalten. Er weiß um den allein freiheitsstiftenden Wert der Tugenden wie Treue, Ehre, Pflicht, Dienst und Wahrhaftigkeit, Wahrheit und Objektivität, ohne die das Leben im Grunde nicht lebenswert wäre. Der vielleicht größte Anschlag der Werte-, Norm- und Traditionszerstörung durch die Jugend und Studentenrebellion gegen Ende der sechziger Jahre wurde aus der Geschichtslosigkeit heraus getragen. Ihr Motto lautete: »Die Vergangenheit war dumm und schlecht, die Zukunft wird gescheit und gut und endgültig richtig sein.« Wer fähig ist, aus der Geschichte zu lernen, kann die Vergangenheit nicht verachten, sie nicht zerstören und verwüsten lassen. Die linke und linksradikale Utopie weigert sich, aus der Geschichte Lehren zu ziehen. Ihr ebenso versessenes wie verachtenswertes ideologisches und utopisches Dogma lautet: »Wir werden es zum ersten Mal viel besser machen als alle unsere Vorfahren! Wir können es uns leisten, die Vergangenheit als schlecht zu verachten!« Nur aus einem Patriotismus und Wertkonservatismus heraus, folglich aus den Erkenntnissen und Lehren der Geschichte, der Demut vor ihr, schöpfen wir die größtmögliche Kraft, einem neuen Totalitarismus, neuen Ideologien und Utopien zu widerstehen. Hierzu kann uns nur ein tragendes Geschichtsbewußtsein befähigen: ein Geschichtsbewußtsein der historischen Wahrheit, Klarheit und Gerechtigkeit, nicht zuletzt auch für das eigene Volk und Vaterland.

Die deutsche Geschichte unterliegt heute einem Prozeß der permanenten Geschichtsverfälschung, der beseitigt werden muß. Nur ein freies Volk wird sich von den Fesseln dieser Unmündigkeit befreien; eine Unmündigkeit, die heute nun mehr und mehr als selbstverschuldet bezeichnet werden muß. Deutschland bleibt immer noch ein Wintermärchen, seitdem seit Ende des letzten großen Krieges ehrvergessen ein Volk mit großen Defiziten an nationaler Identität und Würde entstand.

Durch eine skrupellose und brutale Umerziehung und eine ebenso verlogene, perfide und infame Vergangenheitsbewältigung wurde unser Volk zunächst geistig gebrochen, durch die Herbeiführung einer multiethnischen und multikulturellen Zersetzung oder Totalüberfremdung soll es nun auch biologisch gebrochen werden.

Die traditionelle geistige und volkliche Identität der Deutschen soll zerstört werden. Die Deutschen haben ihre Widerstandskraft gegen existenzbedrohende Gefahren verloren. Sie verkennen mehr und mehr ihre eigenen Lebens- und Überlebensrechte.

»Es ist mit Erfolg gelungen«, so der sozialdemokratische Politiker und Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt in den sechziger Jahren im Verteidigungsausschuß des Bonner Bundestages, aus der ganzen deutschen Geschichte ein

Verbrecheralbum zu machen. Der verstorbene christlich-soziale Politiker und Ex-Ministerpräsident Franz-Josef Strauß sah es im April 1985 ebenso, als er feststellte: »Kein Volk kann auf Dauer mit einer kriminalisierten Geschichte leben.«

Zuvor, im Jahre1983, stellte Hellmut Diwald klar und eindeutig fest: »Unsere Geschichte ist nicht die Geschichte eines Verbrechervolkes. Wir müssen wieder ein politisches Selbstbewußtsein entwickeln, um einen politischen Selbstwert zu haben. So, wie es bei allen Völkern in Europa selbstverständlich ist. Deshalb zerstören alle diejenigen, die unser Geschichtsbewußtsein verrotten lassen oder absichtlich verwüsten, die Wurzeln unserer Existenz.« In der Einführung zu seinem Werk *Geschichte der Deutschen* spricht Diwald schon 1978 unübertreffbar von »der jahrelangen Umerziehung, der inneren Umpolung des deutschen Volkes durch die Sieger des Zweiten Weltkrieges. Allen Ideen und Überzeugungen, die ihrer Meinung nach zu der politischen, moralischen, charakterlichen Korrumpierung der Deutschen geführt hatten, sollten ein für allemal ausgerottet werden. Im Bereich der Geschichte wurde dies durch einen nahezu lückenlosen Kehraus praktiziert, der sich nicht nur auf die direkten und mittelbaren Vorfahren, sondern auf die ganze deutsche Vergangenheit erstreckte. Die Geschichte der Deutschen wurde nicht sachbezogen inspiziert und interpretiert, sondern moralisch disqualifiziert«. Und er fährt fort: »Das 20. Jahrhundert ist von den Katastrophen der zwei Weltkriege geprägt. Beide Male spielte das deutsche Volk einen Part, der nicht unglückseliger hätte sein können. Deshalb ist die Lage der Deutschen in der Gegenwart bestimmt von den Ereignissen dieser Kriege und der politischen Eigenart der jeweiligen Siegermächte, unter deren Direktive sie gerieten. Unsere Nation ist auseinandergerissen, innerlich zerfetzt... Bei der Überprüfung unserer Geschichte waren die Siegermächte zu dem Ergebnis gelangt, daß das meiste der deutschen Vergangenheit verdorben, beschädigt, krank gewesen sei. Deshalb mußte mit dieser Vergangenheit gebrochen werden.« Und weiter: »Den Deutschen wurde in bewußter Gründlichkeit ihre Geschichte entwertet, zerstört und weggenommen.«

Zu Beginn der Umerziehung stellte der US-Publizist Walter Lippmann fest: »Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von der nachfolgen Generationen geglaubt wird, kann die Umerziehung wirklich als gelungen angesehen werden.«

Wie sehr dieser durchschlagende und existentiell-zentrale Befund unseres nationalen Elends Diwald beschäftigte, zeigt allein schon der Titel einer seiner drei letzten Publikationen aus dem Jahre 1992, mit dem Titel *Unsere gestohlene Geschichte*. Hier schreibt Hellmut Diwald unter anderem: »In der Geschichte unserer Gegenwart des 20. Jahrhunderts gibt es zwei markante Einschnitte: den Versailler Vertrag des Jahres 1919 und den 8. Mai 1945. Am 8. Mai 1945 wurde in Europa der Zweite Weltkrieg beendet. Wer diesen Tag mit Bewußtsein erlebt hat, wer sich an ihn erinnert ohne die uferlosen Beschönigungen

und Lügen, mit denen seit Jahrzehnten unsere Geschichte und insbesondere unsere jüngere und jüngste Vergangenheit ungenießbar gemacht wird, der weiß, daß der 8. Mai 1945 der Tag des Jammers und der Tränen war. . . ›Befreit‹ wurden wir aber auch in einem handfesten Sinn: von dem Elementarsten, was ein bewußter Mensch besitzt, von unserer Selbstachtung und unserem Stolz, von unserem Anstand, unserer Tapferkeit, von der Selbstbestimmung, von unserem Wissen, daß wir ein Volk sind, von der Freiheit der Erkenntnis, von unserer Geschichte. Millionen wurden von ihrer Heimat ›befreit‹. Angesichts dieser Summe von ›Befreiungen‹ schrie im Jahre 1946 Aloysius J. Münch, Bischof von Fargo in Norddakota, buchstäblich auf: ›Das größte Verbrechen unserer Zeit. Nichts in der Geschichte kommt dem gleich‹.«

Und in einem anderen Werk schreibt Diwald: »Wie stolz sind andere Völker auf ihre Nation und ihre Geschichte, wie selbstverständlich und jenseits aller Diskussionen ist ihnen ihr Nationalgefühl. In unseren Schulbüchern dagegen, in unseren Erziehungs- und Parteiprogrammen findet sich nichts dergleichen. Dies ist das Ergebnis der alliierten Umerziehung, die nach 1945 begann. Die Architekten dieser Umerziehung waren gründliche Leute. Seit 1943 galt die reeducation bei den Westalliierten als eine beschlossene Sache. Das allgemeine Ziel wurde in einer Aktennotiz mit dem Satz umrissen: ›Wir werden die gesamte Tradition auslöschen, auf der die deutsche Nation errichtet wurde.‹ Deshalb unterlegten sie der ganzen deutschen Geschichte eine beständige Bereitschaft zu militärischer Aggression, die in unserem Jahrhundert schließlich ihren Gipfel darin erreicht habe, daß Deutschland die beiden Weltkriege vom Zaun gebrochen hätte.«

Die Demontage der deutschen Geschichte wurde eine von den Alliierten unmittelbar verordnete politische Pflicht. Und sie fanden Deutsche – horribile dictu –, die bis heute dies durchführen. Diwald hierzu: »Nach 1945 setzte ein offiziell verordnetes Bemühen um ›Revision des Geschichtsbildes‹ ein. G. Ritter, damals der große Mann der deutschen Geschichtsforschung, skizzierte 1948 den Bedarf mit dem Satz: ›In solcher Lage wird das Bemühen deutscher Historiker um eine nüchterne, gründliche, nach beiden Seiten vorurteilsfreie Revision des herkömmlichen deutschen Geschichtsbildes zu einer unmittelbar politischen Pflicht.‹« Die deutsche Geschichte wurde somit dem »hündischen Kriechen vor politischen Zweckmäßigkeiten« (Benn) ausgeliefert. Diwald: »Generell muß man sagen, daß der Umwertung der Geschichtsbilder ein breites Spektrum fließender Manipulationen zugrunde liegt. Das reicht von belanglos scheinenden Subjektivismen über verbogene, schiefe und verzerrte Darstellungen bis zu bewußter Falschmünzerei und krassen Lügen. Wer sich die Mühe macht, dieselben Personen oder Prozesse der Geschichte in ihrer Bewertung durch west- und durch mitteldeutsche Historiker in den Zeiten des SED-Regimes zu vergleichen, dem bleibt das Kopfschütteln nicht erspart. Und sofern er das Geschäft der Geschichte ernst nimmt, hat er alle Hände voll zu tun, um nicht tiefen Depressionen zu erliegen.«

1945 wurde unsere ganze vorherige Geschichte zu einem Irrweg erklärt und kriminalisiert. »Seitdem stampfen wir Deutschen vor allem im offiziellen und öffentlichen Bereich geduldig, mit der melancholischen Schwermut von Rindern, über die von den Siegern vorgezeichneten Wege unserer Geschichte.« Und Diwald weiter: »Hauptkategorie war dabei das Wort von der deutschen Schuld, der Kollektivschuld oder Erbschuld. Die Geschichtsschreibung legt sich aber selbst den Strick um den Hals, wenn sie sich dem Diktat moralischer Richtweisung beugt.«

1987 stellte der Erlanger Geschichtsprofessor und Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl Michael Stürmer unübertreffbar fest: »Wir können nicht leben, indem wir ständig uns selbst, indem wir ständig unsere eigene Vergangenheit ins Nichts zerbröseln, indem wir sie zu einer permanenten Quelle von unendlichen Schuldgefühlen machen.«

Geschichtslosigkeit und Geschichtszertrümmerung, die Verfälschung der deutschen Geschichte hat ein »geschichtsloses Land« (Michael Stürmer) und ein neurotisches Volk geschaffen. Die gesellschaftlichen und außenpolitischen Fehlentwicklungen »in diesem unserem Lande« (Helmut Kohl), ja mehr noch die Fehlentwicklungen des demokratischen Systems sind zentral aus einem zerstörten historischen Bewußtsein entstanden. Das deutsche Volk schleppt sich in einem geschichtslosen Zustand dahin, der ohne Beispiel ist. Ohne Beispiel ist auch der Selbstbezichtigungs-Wahn, der nahezu zu einem religiösen Fanatismus gegen die Interessen des eigenen Volkes entartet ist. Nie zuvor wurde ein Volk gegen die eigene Geschichte so neurotisiert und aufgehetzt. Ein einmaliger und unglaublicher und beispielloser Fall in der gesamten Weltgeschichte.

Der US-amerikanische Geschichtsprofessor Harry Elmer Barnes, von der Columbia University in New York, stellte zum neurotischen Selbstbezichtigungswahn der Deutschen fest: »Obwohl eindeutig auf dokumentarischer Grundlage bewiesen worden ist, daß Hitler nicht verantwortlicher – wenn überhaupt verantwortlich – für den Krieg von 1939 gewesen ist, als der Kaiser es 1914 war, stützte man sich nach 1945 in Deutschland auf das Verdikt der deutschen Alleinschuld, das von der Wahrheit genauso weit entfernt liegt wie die Kriegsschuldklausel des Versailler Vertrages. – Das Kriegsschuldbewußtsein (nach 1945) stellt einen Fall von geradezu unbegreiflicher Selbstbezichtigungssucht ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit dar. Ich jedenfalls kenne kein anderes Beispiel in der Geschichte dafür, daß ein Volk diese nahezu wahnwitzige Sucht zeigt, die dunklen Schatten der Schuld auf sich zu nehmen an einem politischen Verbrechen, das es nicht beging – es sei denn jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am Zweiten Weltkrieg aufzubürden.«

Durch die Zerstörung der deutschen Geschichte, durch die Zertrümmerung der nationalen Selbstbehauptung und Selbstbewahrung soll das deutsche Volk permanent willfährig und niedergehalten werden. Die Nutznießer dieser Verkommenheit finden sich heute nicht nur im Ausland, sondern mehr

noch im eigenen Lande. Sie befinden sich mitten unter uns! Warum sollten die anderen, unsere sogenannten ›Freunde‹, auch deutscher als die Deutschen selbst sein. Um es zu wiederholen, weil man es nicht oft genug wiederholen kann: Die Krebsgeschwüre der nationalen Verelendung befinden sich mitten unter uns. Wir sollten es erkennen und danach handeln! Es sind jene, die auf der Basis des Elendes unseres Volkes ihre zweifelhaften Positionen errangen, jene, die Macht erlangten als Richter, Propheten und unerträglich ideologisierte Heils- und Sinnvermittler in den Medien. Political correctness und historical correctness: damit soll alles niedergehalten werden. Man prägt und deutet, verzerrt und manipuliert die Vergangenheit in willkürlicher Art und Weise, verspielt somit die Zukunft, setzt damit die Demokratie und unser aller Freiheit aufs Spiel.

Die Rückeroberung der deutschen Geschichte, der historischen Wahrheit, Klarheit und Gerechtigkeit, ist zu einer Existenzfrage für das gesamte deutsche Volk geworden. Zum permanenten geistigen Völkermord oder Genocid an den Deutschen, durch die Zerstörung ihrer Geschichte, schreibt Diwald: »Für Arnold Gehlen reichte die Kunst, jemanden geistig wehrlos zu machen, von der Lüge bis zur Diffamierung. Deshalb hätte die internationale Konvention über die Verhinderung der Unterdrückung des Verbrechens des Völkermordes vom 9. Dezember 1948 auch einen geistigen Völkermord anerkannt und in Artik. II b definiert als ›schweren Angriff auf die physische oder geistige Integrität einer Gruppe‹. Dieser Begriff, so ergänzte Gehlen, ›umfaßt natürlich die Traditionen und Überlieferungen eines Verbandes ebenso wie ihre Ehre, und ein Volk gewaltsam von seiner Geschichte abzutrennen oder zu entehren, bedeutet dasselbe, wie es zu töten‹.«

Für Völkermord gibt es keine Verjährung. Auch für den Genocid oder Völkermord der Geschichtszerstörung unseres Volkes kann es keine Verjährung geben. Dies sollten wir nicht vergessen, um einmal auch dementsprechend handeln zu können. Wer die Existenz des eigenen Volkes durch Geschichtszerstörung bedroht, muß sich klar sein, daß er als Schreibtischtäter auch einmal dafür zur Verantwortung gezogen werden kann und wird. Wer die Verantwortung vor dem Lebensrecht der Gemeinschaft eines Volkes nicht kennt, stellt sich außerhalb dieser Gemeinschaft, als Totengräber der deutschen Selbstbewahrung, der sich einer politisch-kriminellen Verzerrung schuldig macht. Daran sollten wir denken.

Der Erlanger Geschichtsprofessor für Mittlere und Neuere Geschichte, Hellmut Diwald, war ein Wissenschaftler der Unbestechlichkeit und folglich der Unbeugsamkeit. Der Mut zur Geschichte war für ihn gleichbedeutend mit dem Mut zur Wahrheit. Er kündete und stiftete uns, er diente der historischen Wahrheit. Hellmut Diwald kannte das »hündische Kriechen der Intelligenz vor den politischen Zweckmäßigkeiten« (Gottfried Benn) nicht und wurde zu »Deutschlands aufrichtigstem Historiker« der Nachkriegszeit. Er kannte und bekannte auch die deutsche Schuld, die eigene Niedertracht und Verfehlun-

gen ebenso wie die millionenfachen Verbrechen am deutschen Volk. Hellmut Diwald wußte um das Geheimnis des Sieges und der unabdingbaren Notwendigkeit, das Schicksal des eigenen Volkes zu wenden. Sein zentrales Vermächtnis ist – dort, wo er neben der Erkenntnis auch die Tat bedachte – die Forderung nach einer nationalen »Erweckungsbewegung« als letztem Ausweg aus der Gefahr des endgültigen Niederganges von Volk und Vaterland. Als der größte an einer Universität lehrende Geschichtserwecker in unserem Jahrhundert erkannte er glasklar das nationale Elend unseres Volkes. Wofür stand und steht Hellmut Diwald? Zum einen verkörpert er das Ideal eines kompromißlos unbestechlichen Wissenschaftlers im Dienst an der Wahrheit, Objektivität, Faktentreue und Gerechtigkeit, zum anderen war und bleibt Hellmut Diwald ein Symbol und Fanal für die Freiheit des deutschen Volkes: Noch kürzer: *Ein Wissenschaftler der Wahrheit und ein Symbol der Freiheit.*

Sein Vermächtnis bleibt für uns alle eine ständige Verpflichtung im Dienst an der sozialen und nationalen und somit folglich an der demokratischen Erneuerung unseres Volkes.

### *Grundlagen der Geschichtserkenntnis*

Hellmut Diwald unterbreitete als ein Praeceptor Germaniae in seinem ganzen Schaffen einen Identitätsbeweis der Deutschen von überragender Größe und Stichhaltigkeit. Zu den Grundlagen seiner Geschichtsauffassung, dem Sinn von Geschichte, ist folgendes anzumerken. Nach Wilhelm Dilthey ist die Geschichte »eine Weise, die Welt auch zu begreifen«! Und so schreibt Diwald in seiner Abhandlung zu Dilthey: »Echtes, wahrhaft lebendiges Philosophieren muß historisch sein, und eben diese gegenseitige Durchdringung von Philosophie und Geschichte war für Dilthey entscheidend: der Mensch muß durch und aus der Geschichte verstanden werden. Das berühmte Wort, der Mensch erkenne sich nie durch Introspektion, sondern nur durch die Geschichte, ist von Dilthey weder nur philosophisch, historisch, anthropologisch oder ähnlich verstanden worden; Dilthey hat damit einen ganz neuen denkerischen Ansatz markiert.« Zur Bedeutung der Geschichte weist Diwald auch darauf hin, »daß der historische Rückblick dem Menschen unvergleichlich mehr von seiner Natur offenbart als Selbstreflexion, seelische Analyse oder tiefenpsychologische Aufklärung. Die Geschichte allein zeigt uns, wie wir geworden sind, was uns formte – und was wir zu verlieren haben«. Oder: »Geschichte ist ein Stück Substanz jedes einzelnen Menschen«, sie ermöglicht uns »das Potential der eigentlich menschlichen Befähigungen, Kräfte, Bedürfnisse zu erschließen – deshalb ist Geschichte so unentbehrlich«. Und zur verändernden Kraft des Geschichtsbewußtseins fügt er unmittelbar hinzu: »Ob wir in unserer Gesellschaft zuhause sind, ob wir noch etwas empfinden bei der Vokabel ›deutsches Volk‹, ob uns nur die Bundesrepublik etwas bedeutet oder ob uns BRD und DDR nach wie vor nur Teile von Deutschland

sind, ob wir uns schon in einem Europa des Jahres 2200 beheimatet fühlen: das alles läßt sich heute nur durch die Geschichte und mit ihrer Hilfe aktivieren.« Die Auseinandersetzung mit der Geschichte, so Diwald an anderer Stelle, versucht den »Bestrebungen des Menschen, seinem Tun und Leiden, seinen Wünschen und seinem Versagen, seinen Festen und seiner Trauer, seiner Sehnsucht und Enttäuschung einen Sinn abzugewinnen. Deshalb fehlen auch in den großen Ereignissen niemals Bestrebungen, die in eine Richtung außerhalb der Zeit gehen. Ohne den Willen zum Bleibenden, ohne den oft so aussichtslosen Mut zur Dauer könnten wir Menschen die unentrinnbare Vergänglichkeit unseres Lebens und unserer Geschichte nicht ertragen. Mit solchen Bemerkungen stoßen wir allerdings an die Grenzen der rationalen Auslegung. Zur Einzigartigkeit und zugleich zum Sinnbildlichen des großen Ereignisses gehört ein Hauch des Mysteriösen. Dieser Rest von Unerklärbarkeit stellt sicherlich so etwas wie die Seele des Ereignisses dar. Der Respekt davor erlaubt dem Historiker nur den Versuch der Umschreibung. Schon das ist anspruchsvoll genug, denn nichts zeigt so offenkundig wie die großen Ereignisse der Geschichte, daß das Geheimnis der Welt im Sichtbaren liegt und nicht im Unsichtbaren.«

Leopold von Ranke, der »den ersten Platz der Geschichtswissenschaft des neunzehnten Jahrhunderts« (Lord Actor) innehatte, sah die Aufgabe der Geschichtsschreibung darin, »bloß (zu) zeigen, wie es eigentlich gewesen«. Diesbezüglich lautet sein berühmtes Wort: »Man hat der Historie das Amt, die Vergangenheit zu richten, die Mitwelt zum Nutzen zukünftiger Jahre zu belehren, beigemessen: so hoher Ämter unterwindet sich gegenwärtiger Versuch nicht: er will bloß zeigen, wie es eigentlich gewesen.« Diwald schreibt zu dieser Methode der Geschichtsdarstellung: »So geht sein Streben in der Abformung der konkreten Gegenstände und Begebenheiten auf. Was dadurch unerklärlich bleibt, läßt er auf sich beruhen, nur zuweilen glaubt er, die Hand Gottes über den Menschen wahrzunehmen.«

Ranke, dem nach George Peabody Gooch »die deutsche Geschichtsschreibung ihre führende Rolle im 19. Jahrhundert« verdankt, beschrieb die Aufgabe der Geschichtspräsentation wie folgt: »Ich wünsche mein Selbst gleichsam auszulöschen und nur die Dinge reden, die mächtigen Kräfte erscheinen zu lassen, die, im Laufe der Jahrhunderte mit- und durcheinander entsprungen und erstarkt, nunmehr gegeneinander aufstanden und in einen Kampf gerieten, der, indem er sich in schrecklichen und blutigen Kämpfen entlud, zugleich für die wichtigsten Fragen der europäischen Welt eine Entscheidung in sich trug. Die Aufgabe der Historiker wäre, über dem Streit der Parteien zu stehen, ihn zu begreifen, die Kämpfenden jeden in seiner Absicht zu fassen, danach seine Taten zu wägen und erst alsdann sie zu beschreiben. Jedem die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, deren er sich in sich selber wert ist, das geziemte sich. Dagegen geschieht nur allzuoft, daß die Geschichtsschreiber, von der Unfehlbarkeit ihrer Meinung durchdrungen, in den Streit eintreten und ihn,

soviel an ihnen liegt, mit auszufechten suchen. Die Erzählung wird selber zur Waffe, und die Historie zur Politik.« Und an anderer Stelle schreibt Ranke: »Objektivität ist zugleich Unparteilichkeit.« Und er nahm, wie er selbst darlegt, »die Geschichte wie sie ist; wir haben über Irrtum und Wahrheit schlechthin nicht zu urteilen. Es erheben sich uns Gestalt neben Gestalt, Leben neben Leben, Wirkung und Gegenwirkung. Unsere Aufgabe ist es, sie bis auf den Grund der Existenz zu verfolgen und mit völliger Objektivität darzustellen.« Und an anderer Stelle schreibt er: »Alles hängt zusammen: kritisches Studium der echten Quellen; unparteiische Auffassung; objektive Darstellung – das Ziel ist die Vergegenwärtigung der vollen Wahrheit. Ich stelle da ein Ideal auf, von dem man nur sagen wird, es sei nicht zu realisieren. So verhält es sich nun einmal: die Idee ist unermeßlich, die Leistung ihrer Natur nach beschränkt. Glücklich, wenn man den richtigen Weg einschlug und zu dem Resultat gelangte, das vor der weiteren Forschung und Kritik bestehen kann.«

Klar legt Diwald die Schlußfolgerung dar: »Für Ranke war das Streben nach absoluter Gerechtigkeit, nach Unparteilichkeit etwas Bedingungsloses.« Ranke hielt die Aufgabe – so Ranke selbst –, »die Wahrheit ans Licht zu bringen«, »immer für eine der wichtigsten Pflichten der Historie«. (Hellmut Diwald) Zu Rankes Darlegungen, der Notwendigkeit der Präsentation der Geschichte durch Wahrheit und Objektivität, schreibt Diwald 1991: »Dieses Bekenntnis wurde zum klassischen Kanon einer Geschichtswissenschaft, die als erste und oberste Pflicht ansieht, die Darstellung der historischen Vergangenheit freizuhalten von allen Verzerrungen; sie ist bis heute in den wesentlichen Bestimmungsstücken identisch mit jeder Geschichtsschreibung, die sich auf wissenschaftliche Zuverlässigkeit angewiesen sieht.«

Hellmut Diwald jedoch ging über diese Konzeption von Ranke noch hinaus. Zur Darlegung historischer Ereignisse an den Maßstäben der Wahrheit und Objektivität fügt er – so in einem Beitrag aus dem Jahre 1971 – die Aufgabe hinzu darzustellen, »warum es so gewesen. Motive, Gründe, Voraussetzungen des Menschen in der Geschichte – das zu klären und erklären ist wichtig... Diskursiv rationale Geschichtsforschung bedeutet nichts anderes, als daß die Reflexion auf den mitgebrachten intellektuellen Habitus, auf die Antriebe des Denkens sich fortsetzt in der Reflexion, die den historischen Erkenntnis- und Präsentationsprozeß Schritt für Schritt begleitet. Die Reflexion auf die Darstellung ist von der Darstellung nicht ablösbar. Das ist das Problem. Eine Geschichtsforschung, die glaubt, auf begleitende Reflexionen verzichten zu können, wird den Ansprüchen moderner Wissenschaft nicht gerecht. Niemand wird sie hindern, in beachtenswerter Naivität weiter ihre Stoffe so zu bearbeiten, wie bisher. Niemand aber kann und soll ihr das Los ersparen, unter den Akten, durch die sie sich gräbt, ihr eigenes Grab zu schaufeln. Der Historiker heute ist kein Immortellenfabrikant. Innerhalb einer wirklichkeitsbezogenen Geschichtsforschung entwickelt sich zwangsläufig gesellschaftspolitischer Sinn, nach Maßgabe von Rang und Qualität. Wenn dieser Sinn

keinen Ansprüchen ausweicht und die Notwendigkeiten nicht ins Utopische verlagert, ist er identisch mit historischem Sinn. Der kürzeste Weg zur Gegenwart führt durch die Vergangenheit. Der schnellste Weg in die Vergangenheit beginnt bei der Gegenwart. Deshalb sehe ich im Geschichtsstudium die exponierteste Art, sich mit der Gegenwart zu beschäftigen. Mit ihren Spannungen, Widersprüchen, Zumutungen, Errungenschaften und Unverträglichkeiten.« Rund 25 Jahre später, 1990, auch nach einem bewegten und erfolgreichen Historikerleben, nahm er wie folgt Stellung zu den Aufgaben des Historikers: »Sein Geschäft ist die Sondierung, die Analyse der Fakten, die Darstellung der Ereignisse und die Bilanz der Entwicklung.« Und zuvor weist er darauf hin: »Distanzierung ist ein Grundelement der geschichtlichen Betrachtung.«

### *Geschichtsfälschungen ohne Ende*

Die nahezu fünfzigjährige Pervertierung unserer Geschichte offenbart einen beispiellosen Charakterverfall öffentlich wirksamer Kreise. Mit nationaler Würde und Ehre hat dies nichts mehr zu tun. Es ist Resultat der Zerstörung von Normen, Werten und Traditionen. Denken wir immer daran, daß sich die Verursacher einer politisch-kriminellen Verzerrung der deutchen Geschichte schuldig machen, sich am Allgemeinwohl vergehen und folglich hierfür einmal zur Verantwortung gezogen werden müssen. Die Vergangenheitsbewältigung wird auch einmal umkehrbar sein und dann zu Recht betrieben werden müssen. Es kann nicht straflos hingenommen werden, die Geschichte eines ganzen Volkes permanent zu verwüsten und zu kriminalisieren.

In seinem Werk *Die großen Ereignisse. Fünf Jahrtausende Weltgeschichte in Darstellungen und Dokumenten* weist Diwald darauf hin, daß wir die Geschichte nicht so verwenden können, »wie wir sie zu sehen wünschen, denn dadurch degradieren wir sie zu einem Vehikel für gegenwärtige Zwecke«. Und er verweist darauf, daß historische Dokumente »nicht zu Deutungen nach unserem Geschmack berechtigen«, sie »legitimieren nicht dazu, unser eigenes Verständnis der Daseinsbedingungen und der Erfahrung von Wirklichkeit zum Maßstab des Urteils zu nehmen und damit anderen Epochen unterzuschieben . . . Historische Dokumente müssen interpretiert werden. Glanz und Elend der Interpretation bestimmen die Arbeit der Geschichtsforschung. Interpretation erlaubt aber auch die Ausbeutung des Riesenmaterials der Vergangenheit für persönliche, politische, weltanschauliche Absichten.«

Zum manipulativen Umgang mit der deutschen Geschichte schreibt Hellmut Diwald an anderer Stelle: »Zu denjenigen Gütern, um die besonders lange gekämpft wurde, gehört die Meinungsfreiheit. Heute kann jeder alles sagen, oder zumindest fast alles; bestimmte Sachverhalte sind ausgeklammert. Die staatlichen Grundlagen der BRD sollte er nicht durch Worte gefährden. Er sollte wissen, was laut Gesetz als Volksverhetzung strafbar ist. Er sollte ›Leid

und Gefühle vieler Menschen‹ nicht mißachten. Dies und dergleichen mehr, oder weniger, steht nicht unter dem Schutz der Meinungs- und Redefreiheit. Die engsten Grenzen sind mithin dem Blankoscheck des Meinungspluralismus bei der Deutung der Geschichte gezogen. Unser Staatsverband hält sich in fast schon beklemmender Weise zurück, wenn es um Normen und sittliche Verbindlichkeiten geht. Im Gegensatz dazu haben die Behörden in den letzten fünf Jahrzehnten nirgends massiver in die Meinungsbildung eingegriffen als beim Geschichtsunterricht. Erstens, indem sie ihn stundenmäßig geradezu kastrierten. Zweitens, indem sie, bei aller Vielfalt der Schulbücher, ein bestimmtes Geschichtsbild präsentierten. Drittens, indem sie Geschichte als Exhumierung und museale Schaustellung betreiben oder alles gleichmäßig zuschmieren lassen mit dem Ketchup des verflossenen Blutes in Schlachten und Revolutionen. Viertens skizziert man die deutsche Geschichte nach wie vor als eine Chronologie von Irrwegen, törichten Handlungen und Verbrechen, so daß uns nichts anderes übrigbleibt, als die Spiegel zu verhängen. Wen wunderts, daß so eine Geschichte nichts anderes darstellt als etwas durch und durch ›Ungustiöses‹, wie ein Österreicher sagen würde. Geschichte, auch unsere Geschichte, ist kein Skandal, aber ein Skandal ist es, wie mit ihr umgegangen wird. . . Weil unsere Vergangenheit wehrlos den Händen der Gegenwart ausgeliefert wurde, haben wir heute den Zustand, den jeder kennt.«

Und so wurden in Schulen und Universitäten ganze Schüler- und Studentengenerationen umerzogen und verbogen – bis auf den heutigen Tag. Schon die französische Schriftstellerin Madame de Staël brachte es treffend so zum Ausdruck: »Wenn den Deutschen noch so großes Unrecht angetan wird, findet sich irgendein obskurer deutscher Professor, der so lange an der Objektivität herumbastelt, bis er bewiesen hat, daß die Deutschen Unrecht getan haben.« So findet man etwa in Deutschland kaum einen lehrenden Geschichtsprofessor, der die Kraft hätte, das Münchener Abkommen aus dem Jahre 1938 der historischen Wahrheit entsprechend darzustellen: als das Durchführungsabkommen einer bereits vorher erfolgten Abtretung, als die »Revision eines Unrechts« (Hellmut Diwald).

Hellmut Diwald hat Hunderte und Aberhunderte von Vergangenheits- und Umerziehungslügen, von Geschichtsklitterungen aufgedeckt. Jedoch selbst er hat nur einen Teil von dem aufdecken können, was heute möglich ist. Die real existierende und praktizierte historische Volkspädagogik geht etwa entlarvend aus einem Brief Golo Manns hervor, den er am 20. September 1961 an den Reichstagsbrandforscher Fritz Tobias schrieb. Schlagartig wird die verdeckt überwiegend vorhandene Methode erhellt: »Die Alleintäterschaft des Holländers van der Lubbe sei ihm, Golo Mann, sozusagen volkspädagogisch unwillkommen.« Und ist man nicht mit Dutzenden von schwerwiegendsten Belastungen – und nicht nur zur jüngsten Zeitgeschichte – analog verfahren, etwa mit dem Verbrechen von Katyn? Der österreichische Schrift-

steller Victor Reimann, der im Dritten Reich aus politischen Gründen inhaftiert war, schreibt: »Man muß immer wieder daran erinnern, daß es beim heutigen Geschichtsunterreicht nicht ausgeschlossen ist, daß selbst die Untaten der Sieger den Besiegten angelastet werden, wie dies beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß die Sowjets versuchten, die ihre Morde an Tausenden polnischen Offizieren in Katyn den Deutschen anrechnen wollten. Nach diesem Muster wäre es leicht möglich, daß es in 50 Jahren im Geschichtsunterricht heißt, daß die Deutschen selbst Dresden zerstört hätten.« Und an anderer Stelle fordert Reimann: »Allmählich müssen wir aufhören, unsere eigene Geschichte im Geist der Siegermächte zu schreiben. Dieser Geist ist nämlich keineswegs vom Geist der Wahrheit und schon gar nicht vom Heiligen Geist beflügelt.« Zahllose Umerziehungslügen und Geschichtsklitterungen haben Eingang in die deutschen Lehrpläne gefunden, sie werden in den Massenmedien durch eine zeitgeistdurchsetzte und ideologisierte Sinnvermittlerkaste pausenlos wiederholt.

In seinem Buch *Lexikon der Skandale* (München 1988) schreibt Bernard Steidle: »Wer die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen in der Bundesrepublik analysieren will, kommt am Thema Geschichtsverfälschung nicht vorbei. Der US-amerikanische Geschichtsprofesor Harry E. Barnes schrieb von einem Selbstbezichtigungs-Wahn, der viele Deutsche befallen habe: Zeitgeschichtlich Entlastendes wird unterdrückt, Belastendes jedoch unendlich ausgewalzt und mit den konzentrierten Mitteln der Obrigkeit in die Köpfe besonders der Jugend gehämmert.

Zwei Beispiele für die Unterdrückung von Entlastungsmaterial: Entgegen den Wendeversprechungen Kohls und seines Innenministers Zimmermann werden die vielen tausend Dokumente über Vorkriegs- und Nachkriegsverbrechen an Deutschen im polnischen Machtbereich weiterhin im Bundesarchiv unter Verschluß gehalten. Wegen Rücksichtnahme auf die westlichen Verbündeten sperrt sich die Bundesregierung ferner gegen die Veröffentlichung der Akten über die ›Kriegsverbrecherprozesse West‹. Insgesamt lagern im Auswärtigten Amt nicht weniger als 1100 Aktenordner mit 10 000 Einzelfällen unter Verschluß. Aus den Akten ergibt sich die Haltlosigkeit zahlreicher Vorwürfe gegen die Deutsche Wehrmacht. Auch werden die zweifelhaften Methoden der ›Wahrheitsfindung‹ durch Gerichte der Westalliierten deutlich.«

### *Erfolgswerk »Geschichte der Deutschen«*

Diwalds größtes Erfolgswerk war die 1978 in einer Startauflage von 100 000 Exemplaren erschienene und in einem gegenchronologischen Verfahren – vom Heute in das Gestern, zum Ursprung zurückblickend – dargestellte *Geschichte der Deutschen* (Propyläen-Verlag, 760 Seiten). Von keinem anderen Fachhistoriker war es bis dahin unternommen worden, eine nüchterne,

sachliche und leidenschaftslose Betrachtung der tausendjährigen Geschichte der Deutschen zu verfassen. Und dies zudem »mit seiner besonderen Gabe« Geschichte gleichsam wie miterlebend »mit einer so geistreichen wie verständlichen Sprache für unterschiedliche Leser aufzuschließen« (Bossdorf).

Diwald unterbreitete mit diesem begnadeten epochalen Werk einen Identitätsbeweis der Deutschen von überragender Größe und Stichhaltigkeit. Und dies ohne Ausflüchte, ohne Beschönigungen und ohne politikwillfähriges Taktieren. Auf das überaus treffende Zitat von Helmut Schmidt im Deutschen Bundestag wurde bereits hingewiesen. Bundeskanzler Helmut Schmidt, der als einer der ersten die Publikation in der Urfassung erhielt – und Diwald zuvor schon zum Festvortrag nach Bonn eingeladen hatte –, bestätigte ihm, ein überaus gutes und höchst interessantes Werk über die Geschichte der Deutschen verfaßt zu haben. Wie kein anderer wußte dieser Bundeskanzler von der Bedeutung der Geschichtsschreibung als ein Feld, auf dem es um die Werte der Gemeinschaft geht.

Erstmals nach Kriegsende wurde hier die deutsche Geschichte nicht mehr nur als »eine Einbahnstraße ins Verhängnis« dargestellt. Sie wurde endlich herausgenommen aus dem perfiden Bereich der Verdammungsurteile der Umerziehung und Geschichtsklitterungen. Herausgenommen aus einem Kriminalisierungsprozeß, der schon in den Schulen beginnt, in den Universitäten fortgesetzt wird und bis auf den heutigen Tag andauert. Diwald präsentierte ebenso belastende wie entlastende Fakten und Tatsachen. Er stellte dar, »wie es denn gewesen ist«. Diwalds Werk *Geschichte der Deutschen* ist ein Werk der Unbestechlichkeit, es legt nicht nur die eigenen Verbrechen, sondern auch die von anderen an Deutschen begangenen offen dar, Verbrechen an Deutschen während und nach Kriegsende, die bislang von einer ganzen Historiker-Umerziehungsgeneration überwiegend unterdrückt wurden.

### *Mord im Frieden*

Im Kapitel »Mord im Frieden« nimmt Diwald auch zu den an Deutschen begangenen unverjährbaren Menschheitsverbrechen präzise Stellung. Während des Genozids und Völkerrechtsverbrechens der Massenaustreibung von 15 Millionen Deutschen aus Ostdeutschland und dem Sudetenland wurden 2,28 Millionen Deutschen getötet und ermordet, ebenso 120 000 Reichsdeutsche von den 2 Millionen Kriegsevakuierten, die sich zu diesem Zeitpunkt in den genannten Gebieten aufhielten. Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen hat man unter der Verantwortung des amerikanischen Generals Eisenhower nach der Kapitulation vorsätzlich verhungern lassen. Zu den Morden an Deutschen im Frieden gehören weit über 200 000 deutsche Soldaten, die in Jugoslawien durch Massenerschießungen umgebracht wurden. 2 Millionen Kriegsgefangene starben in sowjetischen Lagern. Von den in Jugoslawien lebenden 520 000 Volksdeutschen wurden nach dem 8. Mai 1945

135 000 ermordet. Diwald: »Diese Menschen starben also nach dem 8. Mai 1945, nach dem Tag, mit dem die Ära ›unserer Gemeinsamkeiten an unschätzbaren Werten‹ beginnen sollte, wie es einer der Sieger ausdrückte.« Festzustellen ist: Alle Welt weiß von den Verbrechen der Deutschen, die Welt weiß nichts von dem, was den Deutschen – und dies sogar im Frieden und nach der Kapitulation – angetan wurde. Welch ein katastrophales Versagen – unter anderem – der deutschen Historikerzunft!

Die an Deutschen begangenen Verbrechen nach der Kapitulation wären noch vielfach zu ergänzen, etwa durch die Verschleppung von etwa 1,3 Millionen deutscher Kriegsgefangener und annähernd einer Million deutscher Zivilpersonen als Arbeitssklaven in die Sowjetunion. Auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) erhielt Stalin von den Westmächten die Zustimmung zu den Deportationen deutscher Zivilpersonen. 1951 wurden in Rumänien 40 000 Rumäniendeutsche aus dem fruchtbaren Banat im Westen des Landes in die ostrumänische Baragan-Steppe verschleppt.

Zur Nürnberger Rachejustiz, den Prozessen der Sieger über die Besiegten, zitiert Diwald unter anderem Papst Pius XII.: »Einem unbeteiligten Dritten bereitet es Unbehagen, wenn er sieht, wie nach Abschluß der Feindseligkeiten der Sieger den Besiegten wegen Kriegsverbrechen aburteilt, während sich der Sieger gegenüber dem Besiegten ähnlicher Handlungen schuldig gemacht hat.« Dem ist absolut nichts hinzuzufügen!

### *Niederlage der Umerziehungspäpste*

Überaus interessant im Zusammenhang mit dem Bestseller *Geschichte der Deutschen* – gleichsam als ein Bestseller von vielen – sind die Art und Weise der zahlreichen kontraproduktiven und selbstentlarvenden Kritiken durch namhafte Geschichtsprofessoren, die ihre Masken als Päpste der historischen Umerziehung in ihren Rezensionen hemmungslos fallen ließen. Nichts könnte deutlicher die fortwährende Umerziehung, die fortwährende Kriminalisierung und Verfälschung der deutschen Geschichte bis auf den heutigen Tag deutlicher hervortreten lassen als diese seinerzeitigen Auseinandersetzungen.

Diwald zerstörte dreißig Jahre Umerziehung, und die Götzenbilder und Reeducation-Päpste der Umerziehung traten hervor mit dem Vorwurf, er würde »trotz offener Bibliotheken und Archive in aller Welt den Umfang der nationalsozialistischen Verbrechen verharmlosen«.

Treffend analysierte Wolfgang Venohr diese Geschehnisse wie folgt: »Hellmut Diwald wurde bis 1978 von den demokratischen Medien geradezu vergöttert. Nach seiner brillanten *Wallenstein*-Biographie, nach dem Propyläen-Beitrag *Anspruch auf Mündigkeit* und seinen engagierten Geschichts-Disputationen mit Sebastian Haffner in meiner Fernsehserie *Dokumente Deutschen Daseins* galt Diwald als ›shooting star‹, als der kommende deutsche Historiker. Dann erschien sein Buch *Geschichte der Deutschen.* Wolf Jobst Siedler, damals

Ullstein-Verlag, beglückwünschte seinen Autor in einem Telegramm überschwenglich zum Erscheinen des Bandes. Kurz darauf eröffnete ein enger Mitarbeiter Augsteins im *Spiegel*, ausgerechnet ein ehemaliger SD-Obersturmführer, die Hatz auf Diwald. Und von einem Tag auf den anderen war der Mann für die BRD-Medien als ›neofaschistisch‹ gebrandmarkt, war er erledigt.«

Dieser Akt der Infamie und Intoleranz bundesrepublikanischer Medienwirklichkeit sprengte jede Dimension einer erträglichen politischen Kultur »in diesem unserem Lande«. Hellmut Diwald bot eine sachliche und wissenschaftlich untermauerte Geschichtsdarlegung, und man antwortete ihm »mit den Methoden des intellektuellen Bürgerkrieges, so anachronistisch wie unter dem Strich erfolglos« (Bossdorf). »Gegen eine vom Verlag gebilligte Texttstelle mit Binsenwahrheiten«, so Richard W. Eichler, »kam Zensorenprotest – eine Art Gegenstück zum schüchternen Versuch des seinerzeitigen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger, der in einer Gedenkrede nicht die üblichen Pauschalierungen ausbreitete, sondern sich um Differenzierung, also Wahrheitsfindung, bemühte.«

Die linksversessene Ideologie und Utopie in unserem Lande, so Alfred Schickel, »trachtete Diwald mit ihren Angriffen und Unterstellungen nach seiner beruflichen Existenz«. Jedoch erfolglos.

Eberhard Jäckel erklärte Diwalds Buch zu einer »verfehlten Geschichte der Deutschen«, und Golo Mann – von dem wir bereits hörten – ließ sich zu einer ebenso lächerlichen wie verfehlten Attacke hinreißen, in der er unter anderem schrieb: »Dieser Ordinarius einer, ja leider, einer bayerischen Universität leugnet den Judenmord glattweg ab.« (*Spiegel* Nr. 49, 4.12.78) Nie zuvor hatte sich ein Historiker-Umerziehungspapst vom Rang eines Golo Mann entsetzlicher blamiert und dekuvriert. Handelt es sich doch um eine versessenverschwommene kontraproduktive Selbstentlarvungsschnellschußdiffamierung aus der Hüfte heraus, bar jeder Wahrheit und Wahrhaftigkeit. Denn Hellmut Diwald schrieb auf Seite 118 der *Geschichte der Deutschen:* »In den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten wurden seit 1942 ungezählte Menschen ermordet, Juden, Zigeuner, Homosexuelle, Menschen minderen Erbgutes oder Angehörige unterwertiger Rassen. Diese Verbrechen wurden nach der Kapitulation nicht nur zum Gegenstand von Prozessen, sondern ihnen wurde auch eine Schlüsselfunktion bei der politischen Behandlung der Deutschen zugesprochen.«

Und auf Seite 164 schreibt er: »Dies ist das grauenhafte Thema der systematischen Vernichtung eines Volkes, das für Ereignisse büßen mußte, für die es gemäß der Logik eines Wahnsystems verantwortlich gemacht wurde – ein Thema, das durch die Vokabel ›Auschwitz‹ einen entsetzlichen Symbolwert erhalten hat. Die ethische Dimension macht es fast unmöglich, den nachweisbaren Sachgehalt nüchtern zu behandeln, weil die Beweggründe und Formen des Mordens mit einer unbetroffenen Objektivität nicht in Deckung zu bringen

sind.« Und in der Fernsehserie *Dokumente Deutschen Daseins* erklärte Diwald vor einem Millionenpublikum seine Einstellung zur NS-Politik unter anderem: »Dazu ist noch der ganz brutale Rassenantisemitismus gekommen! Es ist dies ein Phänomen, das es weder in Deutschland noch in der gesamten politischen Geschichte vorher in dieser Prägnanz und Entschiedenheit gegeben hat.«

Jedoch schreibt Diwald unabdingbar notwendig und unübertreffbar folgerichtig auf Seite 164 f. der *Geschichte der Deutschen* auch: »Man beutete eins der grauenhaftesten Geschehnisse der Moderne durch bewußte Irreführungen, Täuschungen, Übertreibungen für den Zweck der totalen Disqualifikation eines Volkes aus. . . ›Auschwitz‹ ist das deutsche Stigma dieses Jahrhunderts. Es ist ein Symbol des Entsetzens, doch es ist auch symbolisch für die sowohl tatsächlich nachzuweisende als auch gegen besseres Wissen absichtlich hineingedeutete Gleichsetzung vom Dritten Reich und Deutschland. Dies freilich gehört zu dem Prozeß einer allgemein intellektuell-sittlichen Verwirrung als Ergebnis radikaler Standortbezogenheiten und ideologischer Festlegungen, der in Deutschland bereits in den beginnenden dreißiger Jahren eingesetzt hat.«

Und in *Mut zur Geschichte* schreibt Diwald: »Die vielen Millioner Toten der Kriege sind ein Faktum, getötet wurde in der Geschichte ununterbrochen, getötet wird auch heutzutage an allen Ecken und Enden der Welt. Der Abscheu darüber entzieht sich weitgehend der Formulierung. Aber die Geschichte erschöpft sich bei weitem nicht in Abscheulichkeiten und Turbulenzen. Alles Große, Erstaunliche, Köstliche, Weise, Schöne, Liebenswerte, Hinreißende, Wundervolle, das der Mensch zu leisten befähigt ist, findet sich nirgends so überzeugend, so unglaublich reich facettiert wie in der Geschichte.«

### *Zur bundesrepublikanischen Nachkriegspolitik*

In der westdeutschen Nachkriegspolitik beklagte Diwald zu Recht »die westdeutsche Willfährigkeit nach allen Seiten, wie das mangelnde Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Deutschen und Österreichern oder unser Staunen über das Vaterlandsbewußtsein der Auslandsdeutschen von Südtirol bis Brasilien, von Windhuk bis Kanada«.

Diwald erkannte in der bundesrepublikanischen Nachkriegspolitik »alle Wiedervereinigungswonnen, deren sich die Unionsparteien so rührig und so unaufrichtig als nationales Mittel im Dienst nichtnationaler Zwecke bedient hatten. . . war es Konrad Adenauer viele Jahre hindurch gelungen, seinen Wählern einzureden, die westalliiert-bundesdeutsche Politik der Stärke würde unumgänglich eines Tages die sowjetische Besatzungszone aufsaugen wie der Schwamm ein Wasserpfützchen. Allen Vertriebenen würde ihr Heimatrecht erfüllt, wenn sich die Bundesrepublik nur nicht davon abbringen

lasse, unbeirrt und ergeben im Gefolge ihrer mächtigen Verbündeten auszuharren«.

Wie klar und präzise hier Diwald schon 1978 die Situation beschrieb, zeigte dann das unabdingbar einer Revision bedürfende ›Superversailles‹ des ›2+4-Vertrages (Diktates)‹ im Jahre 1990. Hier kam zum Durchbruch, was schon Linus Kather viele Jahre zuvor als »Stimmviehmißbrauch« der deutschen Heimatvertriebenen bezeichnete. Jedoch hat die Geschichte, allein weil sie keinen Schlußstrich kennt, zum Verzicht auf Ostdeutschland und das Sudetenland das letzte Wort noch nicht gesprochen. Zum Schluß wird sich bewahrheiten, was Dr. Kurt Schumacher als Vorsitzender der SPD 1951 in Berlin aus tiefster Überzeugung heraus erklärte: »Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei können bestehen, die die Oder-Neiße-Grenze anerkennen. Wir lehnen Nationalverrat ab!«

Hellmut Diwald wußte immer den Gesamtzusammenhang zu erkennen: »Adenauers Politik der Stärke hing genauso illusionären Zielen nach wie die Realpolitik Brandts. Brandts Illusionen hatten eine Kontrastfärbung zu denen Adenauers: ›Wir haben die Einheit verloren, und es gibt bestimmt keinen Weg zurück.‹« Und an anderer Stelle: »Eine deutsche Wiedervereinigungspolitik mit faßbarer Grundlage war seit 1949 von keiner einzigen Regierung in Bonn betrieben worden. Die CDU/CSU hatte nie vermocht, das Verhältnis zwischen der Forderung nach Wiedervereinigung und der politischen Wirklichkeit sachlich zu umreißen und überzeugend zu erklären.«

Es ist überaus zentral, diese Einsichten Diwalds darzulegen. Wir müssen heute alles tun, um begreifen zu lernen, wie es zu einem erneuten Totalverzicht auf die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland kommen konnte, um anschließend unabdingbar die Revision dieser nationalen Niedertracht ohne Beispiel – der Zersetzung und Verlumpung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes – anzustreben. Und daß wir eine Revision anstreben werden, sollte uns ein jeder glauben, komme, was da wolle.

Diese Revision müßte im Dienst an einem historischen Ausgleich und Kompromiß mit Polen und Tschechen im Interesse einer wirklich dauerhaften und tragfähigen Friedens- und Freiheitsordnung in Europa stehen. Die anderen werden erst noch von uns begreifen lernen müssen, daß vor dem Frieden die Realisation der Freiheit steht und stehen muß. Der Friede kann immer nur ein Werk der Freiheit sein. Aus der Schwäche heraus werden wir uns verbeugen müssen, aus der Stärke heraus werden wir unüberhörbar sprechen. In einer Rede vor dem Bund der Vertriebenen in Hessen zur aktuellen Lage Deutschlands, zum Thema »Deutschland nach der Vereinigung«, sagte Diwald unter anderem: »Hinter der Annexion der deutschen Ostgebiete [und des Sudetenlandes;R.J.E.] steht nicht das Recht, sondern das Faustrecht... und jeder irrt sich, der glaubt, auch nur eine Vereinbarung würde in der Zukunft Bestand haben, die mit dem Faustrecht erzwungen wurde.«

Und an anderer Stelle: »Die Tugend geschlagener Völker ist nicht die Resignation, sondern die Geduld. Das Wort gilt allerdings bloß bis zu dem Augenblick, da es nur noch eine Tugend gibt: die Geduld zu verlieren. . . Haltet Deutschland nicht für tot, ehe ihr seine Leiche gesehen habt. Aber selbst dann dürftet ihr euch irren.«

Die deutsche Einheit wäre, so Diwald, mit dem Eingehen auf die Stalin-Note vom 10. März 1952 schon Jahrzehnte früher zu erreichen gewesen: durch eine militärische Neutralität. Die Zersetzung und Zerstörung der nationalen Identität der Deutschen bis auf den heutigen Tag, der ganze Kulturverfall bis zum Zustand nahezu eines geistigen Bürgerkrieges in Fragen der nationalen Selbstbehauptung und die Veramerikanisierung auf niedrigerem kulturellen Niveau wären uns überwiegend erspart geblieben. Diwald wußte folgerichtig darauf hinzuweisen, daß die SPD Adenauer »mit Recht vorwarf, er sei in der deutschen Frage unaufrichtig, weil er nichts anderes anstrebe als schnellste Eingliederung der Bundesrepublik in das Bündnisgefüge des Westens, und zwar um jeden Preis«. Und Diwald – im Zusammenhang mit der Stalin-Note – weiter: »Damals und noch bis in die Mitte der fünfziger Jahre sah Moskau in einem frei vereinten, aber strikt militärisch neutralen Deutschland einen weit besseren Garanten seiner Sicherheitsbedürfnisse als in einem Europa, das entlang einer Linie gespalten war, an der die Armeen des Westens und des Ostens aneinanderstießen. . . Der Umstand, daß die USA dies nicht erkannten und Konrad Adenauer es nicht sehen wollte, ist die Hauptursache für Deutschlands staatliche Zerstörung, für seine nationale Verrottung im ausgehenden 20. Jahrhundert.« So Hellmut Diwald in *Geschichte der Deutschen* im Jahre 1978.

Im übrigen ist die versessen-verschwommene, strikt am Interesse einer rheinbündlerisch-westlerischen, schmalbrüstigen Philosophie orientierte Adenauer-Behauptung, »das Deutschland durch Neutralisierung dem Ostblock ausgeliefert werde«, durch Hellmut Diwald entkräftet und widerlegt worden. Herrschende bürgerlich-pseudonational-reaktionäre Kreise der politischen Klasse im Nachkriegsdeutschland betrieben eine Philosophie des versessen-ideologisch fixierten Antikommunismus um jeden Preis – im übrigen wurde die Brandt/Scheel-Verzichtspolitik, die zumindest eine nämliche in der äußeren Wirkung war, durch einen ebenso versessenen ideologisch fixierten Anti-Antikommunismus gespeist –, so daß sie die deutsche Wiedervereinigung »sehenden Auges verspielten«. Bonner Machthaber entschlossen sich, »gegen den national einheitlichen Staat und für den Westen zu optieren«. Und dies – horribile dictu – tun und verfolgen sie noch bis auf den heutigen Tag; und zwar so lange, bis sie endgültig Schiffbruch erleiden. Eine Alternative wäre ein »Europa der Vaterländer« (Charles de Gaulle), ein Europa der ›modernen Nationalstaaten‹, ein Europa der Nationen, der freien souveränen Völker und Volksgruppen.

Noch zweimal bot Moskau die Wiedervereinigung zum Preis militärischer

Neutralität Deutschlands an: 1954 und 1955. Und dies zu einer Zeit und mit den nämlichen Bedingungen, wie sich gleichzeitig die Neutralität Österreichs vollzog. Nachdem man mehrmals die deutsche Einheit, von Anfang bis Mitte der fünfziger Jahre »sehenden Auges verspielte«, kam man dann zu spät zur Einsicht: »1962 entdeckte Adenauer plötzlich die Perspektiven, auf die er zwischen 1952 und 1955 von Moskau so beharrlich hingewiesen worden war. Der Kanzler bot Ende August in einem nicht veröffentlichten Brief dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow eine ›österreichische Lösung‹ für Deutschland an«. (*Geschichte der Deutschen*, 1. Auflage, S. 100) Und Diwald vermerkt auch: »Es behielt schließlich der Separatismus Konrad Adenauers aus den Jahren 1919 bis 1923 die Oberhand.« Am 1. Februar 1919 hielt Konrad Adenauer eine Rede vor rheinischen Politikern, in der er unter anderem ausführte: »Würde Preußen geteilt werden, würden die westlichen Teile Deutschlands zu einem Bundesstaat der ›Westdeutschen Republik‹ zusammengeschlossen, so würde dadurch die Beherrschung Deutschlands durch ein. . . vom Militarismus beherrschtes Preußen unmöglich gemacht.«

Die Bedingungen der Wiedervereinigung auf Grund der Stalin-Note und jene aus dem ›2+4-Vertrag‹ weichen nur in einem Punkt voneinander ab: der Mitgliedschaft zur NATO. Treffend bemerkt Diwald: »Für diesen Verbleib in der NATO haben die Deutschen, besonders die Mitteldeutschen, dann 40 Jahre der Trennung und die SED-Herrschaft auf sich nehmen müssen.« Nichts ist heute wichtiger zur Findung unserer nationalen Identität und Selbstbehauptung als die deutschlandpolitischen »Sprach- und Denkschemata der Adenauer-Zeit« einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Deutschlands Rückkehr zur Mitte Europas liegt im deutschen und europäischen Interesse. Dies ist nur eines der zentralen Vermächtnisse Hellmut Diwalds.

Im übrigen hatte Hellmut Diwald in seiner Unbestechlichkeit wie nur wenige andere erkannt, »mit welcher ungeheueren Leichtfertigkeit die Bundesrepublik seit 1945 (bis zum ›2+4-Vertrag‹;R.-J.E.) auf Sand gebaut wurde«. *(Deutschland – was ist es?)*

Bis zur Teilwiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland (keinesfalls Ostdeutschland) durch den ›2+4-Vertrag‹ vom September 1990 waren diese beiden Teile Deutschlands, der westliche und mittlere Rumpfteil des alten Deutschen Reiches, »freilich hinter der politisch reputierlichen Maske begrenzter Souveränitat in Wahrheit nichts weiter als besetztes Land, dem eine begrenzte Selbstverwaltung zugestanden worden ist«.

Im geteilten Deutschland erkannte Diwald auch zutreffend die ungeheure Leichtfertigkeit des Eingebundenseins in die militärisch eingegangenen Verpflichtungen: »Aber für einen Wahnsinn zu sterben, mit dem klaren Wissen um den ganzen Wahnsinn: westdeutsche Gewehrläufe und Geschütze nach Osten auf Deutsche gerichtet – das ist ein Tiefpunkt sittlicher Verwahrlosung und politischer Korruption. . . Eher soll über uns die Hölle aller Verheißungen hereinbrechen, ausgelöst durch die Entschlüsse fremder Regierungen, als daß

wir uns selbst in die Hölle stürzen.« Trösten wir uns damit: »Es gibt Wahrheiten, deren Natur so beschaffen ist, daß sie sich – sobald sie ausgesprochen werden – in Brutalitäten verwandeln.«

### *Bekenner der Freiheit seines Volkes*

Hellmut Diwald war ein Bekenner der Freiheit seines Volkes. In der tiefen Nacht der nationalen Würde- und Ehrlosigkeit über der Bundesrepublik Deutschland prägte er unseren Mut zur Wahrheit, unseren Mut zur Geschichte.

Noch wenige Monate vor seinem Tod schrieb er über die Zeit vor der Teilwiedervereinigung mit Mitteldeutschland: »Deutschland? Das war provinziell ein Terminus aus dem Arsenal der Vertriebenensprecher, der revanchistischen Hitzköpfe, der nationalistischen Bullenbeißer, der Leute von vorgestern. Machen wir uns doch nichts vor: Wer von Deutschland sprach, der bewies seine faschistoide Gesinnung, war zumindest rechtsextrem. Das alles ist nachzulesen in unseren allzeit druckreif druckenden Zeitungen und Zeitschriften – nicht zu vergessen die Verfassungsschutzberichte und Protokolle des Bundestages, die jeder von uns Satz für Satz seit 1949 studieren kann.« (*Unsere gestohlene Geschichte*)

Allein die Revolution der Mitteldeutschen erbrachte die Wiedervereinigung mit den neuen Bundesländern. »Wir sind das Volk – Deutschland einig Vaterland«. Diwald verwies noch in einer der letzten Publikationen treffend darauf hin: »Daß aber der Aufstand der Mitteldeutschen auch die Bankrotterklärung der westdeutschen Altparteien, der auch so sachkundig selbstgefälligen Politiker und der gesamten Bonner Deutschlandpolitik seit 1949 bedeutet hat... Sie hätten einem fast leid tun können, diese Leute, die so sicher mit dem Wort und der Vernunft umzugehen wissen und so bar sind aller elementaren Empfindungen und jener Instinkte, die den Kern politisch-sittlichen Handelns bilden. Da hatten sie sich jahrzehntelang so viel zugute gehalten, nationales Deutsches brillant zu exekutieren, wenn sie in den Spiegel sahen. Hatten sie nicht in Hunderten von Reden und Zeitungsartikeln bewiesen, daß die deutsche Einheit ein Phantom der Ewiggestrigen sei?«

Die deutsche Wiedervereinigung war für die herrschenden politischen Klassen, »die unter dem wärmenden Gefieder der USA die Eier ihrer Interessen ausbrüten ließen« und »sich auf das transatlantisch gesalbte Westeuropa fixierten«, der Untergang ihrer »Fata Morgana der Deutschlandpolitik«. »Die Entschlossenheit und Unnachgiebigkeit der Deutschen in Sachsen und Brandenburg, in Thüringen und Mecklenburg, in Sachsen-Anhalt und Berlin waren die Motoren des Umsturzes. Dadurch allein wurde die Einheit Deutschlands von den Zungen weg und hin zu den Fakten gebracht – jenen Fakten, die man sich in Bonn weder vorgestellt noch angestrebt hatte, ja die man nie ernstlich gewollt hatte.«

Diwalds herausragende Bedeutung und Verdienste auch in politischer Hinsicht würdigt der Sachkenner Wolfgang Venohr wie folgt: »Über jeden Zweifel erhaben sind die Verdienste des Patrioten Diwald. Er gehörte zu jener Handvoll Männer, die in den Jahren 1982 bis 1989, vor allem ab 1985, hinter den Kulissen für die Einheit Deutschlands gearbeitet haben. Mit einer Fülle von Gesprächen, Ratschlägen, Denkschriften, Vorschlägen, Schriftsätzen und Modellen zur ›deutschen Frage‹ beeinflußten sie die Deutschlandexperten und Abgesandten des Kreml, die permanent durch die BRD reisten, und bereiteten so maßgeblich den dramatischen Wandel in der Deutschland-Politik der Sowjets vor. (Selbstverständlich gingen Kopien dieser Vorschläge auch an den Bundespräsidenten und an das Bundeskanzleramt.) Als dann im April 1989 im Kreml eine neue Deutschland-Politik beschlossen wurde, die ein Jahr später zur Wiedervereinigung führte, hatte sich das stete Bemühen dieser Handvoll gesamtdeutscher Patrioten, darunter nicht zuletzt Hellmut Diwald, voll bezahlt gemacht.«

Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß Hellmut Diwald wie jeder wirklich überragende Geist in keiner Weise ein Dogmatiker war. So schreibt Peter Bossdorf: »Seine Lehrtätigkeit durchwehte ein anarchischer Zug, den die meisten seiner Studenten als befreiend und äußerst anregend empfanden. Ganz und gar dem Klischee des traditionellen Professors widersprechend, das im Zeitalter der Massenuniversität erst so recht Realität geworden ist, setzte er nicht auf Distanz und Autorität, sondern auf die Befähigung zu fundierter Kritik, ganz gleich, von welcher Warte sie dann erfolgen mochte.«

Politik ist nicht nur und prägt nicht nur das Schicksal, sie ist mehr als die Kunst des Möglichen. Lassen wir sie nicht länger die Kunst des Unbegreiflichen sein. Hellmut Diwald verweist darauf, »daß Politik nicht die Kunst des Möglichen ist, sondern Realisierung des Notwendigen zu sein hat«. Über die Kunst des Möglichen zur Kunst des Notwendigen!

Wir sind dazu da, um unsere Pflicht zu tun. Erfüllen wir das Vermächtnis von Hellmut Diwald, der uns zurief: »Wir sind mit dem Kopf wie in einer Reuse gefangen. Hineinstecken hat man uns können. Aber wir kommen nicht ebenso glatt wieder heraus wie hinein. Den Kopf wieder freizubekommen geht nur, wenn man mit Vehemenz die Reuse zerstört. Daß dies nicht ohne Schmerzen abgeht, versteht sich von selbst.«

Und kurz vor seinem Tod sagte er uns noch: »Die Mauer ist weg. Welch ein Triumph. Der Umsturz aber kann nur dann gesichert werden, wenn auch die inneren Mauern in Deutschland und in den Deutschen zerschlagen werden. Die Mauern, die unsere neurotische Verfassung über die Generationen hinweg aufrechterhalten sollen.« Hellmut Diwald, dem die deutsche Geschichte Lebensinhalt war, plädierte immer wieder und wieder für eine Neubestimmung der Geschichtswissenschaft. In einem seiner letzten Beiträge »Neues Deutschland – Neues Geschichtsbild« analysierte er nochmals treffend die Verkommenheit, wenn er darlegte: »Wir gehen mit der Schwermut von

Rindern auf den Pfaden der Geschichte, die von den Siegern des 2. Weltkrieges festgelegt wurden. Die Geschichtsschreibung legt sich selbst den Strick um den Hals, wenn sie Schuldbekenntnisse vor die Überprüfung historischer Fakten stellt.« Und an anderer Stelle: »So leben wir in einer Atmosphäre beständiger Irreführungen und Entstellungen, verdeckter und als demokratische Votivbilder aufgeputzter Unwahrheiten.« Einer seiner engsten und würdigsten Freunde, Alfred Schickel, berichtet uns noch über das letzte Bemühen Diwalds: »Noch zwei Tage vor seinem Tod rief er seine Freunde zu verstärkter Forschungsarbeit auf und warb um materielle Unterstützung der aufwendigen Archivstudien.« Noch auf dem Sterbebett plagte ihn das Schicksal seines Volkes. Und sein letztes Vermächtnis lautet: »Wer sein Recht nicht wahrnimmt, gibt es preis!«

Hellmut Diwald diente seinem Volk bis zum letzten Atemzug.

Alfred Schickel

# Hellmut Diwald und die deutsche Geschichtsschreibung

## Seine Person, Leistung und Bedeutung

Selten widerfährt einem Wissenschaftler eine so unterschiedliche Aufmerksamkeit, wie sie Prof. Dr. Hellmut Diwald bis zu seinem Tode beschieden war. Die veröffentlichten Nachrufe machten es noch einmal deutlich. Ihre Inhalte reichten von ehrlicher Trauer bis zu gehässiger Häme. War er den einen der größte deutsche Geschichtswissenschaftler der Gegenwart, drängten ihn die anderen an den äußersten Rand der zeitgenössischen Historiographie. Zählen die einen nach Millionen, halten sich die anderen in numerischen Grenzen, erreichen aber über ihre Massenmedien Millionen und rekrutieren weitgehend die veröffentlichte Meinung. Hätte er sich selber einzuordnen, würde er das Prädikat des größten deutschen Historikers der Gegenwart weit von sich weisen und es soundso vielen anderen Geschichtswissenschaftlern zuschreiben.

Aber gerade auch diese Bescheidenheit gehört zur Größe seiner Persönlichkeit, wie er auch in seiner herzlichen Liebenswürdigkeit eine Ausnahmeerscheinung unter seinesgleichen war. Fast nur noch übertroffen von seiner selbstlosen Tapferkeit, die ihn buchstäblich bis in die letzten Lebensstunden an die Freunde und das gemeinsame Vermächtnis denken und wirken ließ, wovon der Schreiber dieser Zeilen ein bewegendes Zeugnis in Obhut hält.

Seinen Zeitgenossen ist Hellmut Diwald in erster Linie als Verfasser zahlreicher geschichtlicher Werke bekannt oder als Redner auf Tagungen und Kongressen zum persönlichen Erlebnis geworden. Denn der aus dem südmährischen Schattau stammende Ingenieurssohn war ein ebenso brillanter Schreiber wie begnadeter Redner, dem fast jeder Satz zu einer druckreifen Aussage geriet, Gaben, welche den meisten seiner Kollegen und Konkurrenten in dieser Verbindung abgehen.

Dabei schien der Lebensweg den jungen Hellmut Diwald zunächst in die Berufsrichtung seines Vaters Alois zu weisen und über die Stationen der Real- und Oberrealschule sowie des Polytechnikums in Nürnberg zum Maschinen-

bau zu führen, legte er doch in der Frankenmetropole auch seine Abschlußexamina ab, um sich dann an der Universität Erlangen der Religions- und Geistesgeschichte sowie der Neueren und der Literaturgeschichte zuzuwenden. Kein Geringerer als der große Religionsphilosoph und Preußenkenner Hans-Joachim Schoeps promovierte ihn 1952 zum Doktor der Philosophie – wie überhaupt einmalig prägende Menschen seine Lebensabschnitte begleiteten.

Da gab ihm die tschechische Mutter mit der Geburt am 13. August 1929 gleichsam böhmisch-übernationale Lebens- und Denkungsart mit in die Wiege und erweiterte der aus der Wiener Gegend kommende Vater den Gesichtskreis des Sohnes schon beizeiten über die engen lokalen Grenzen hinaus.

Sebastian Haffner, unabhängiger Geist und Historiker aus Leidenschaft, stand ihm dann als streitbarer Partner in einer populären Geschichtssendung des Zweiten Deutschen Fernsehens kongenial zur Seite, bis die Pflege der Historie schließlich auch auf dieser Fernsehstation zur »Volkspädagogik« mutierte und in die »Trampelpfade der Umerziehung« (Diwald) geriet.

Hellmut Diwald hatte jedoch zu dieser Zeit bereits ein ihm gemäßeres Forum geschichtsvermittelnden Wirkens erreicht und lehrte seit 1965 an der Universität Erlangen-Nürnberg Mittlere und Neuere Geschichte. Seine Quellen-Edition des Nachlasses von Ernst Ludwig von Gerlach, einem christlich-konservativen Politiker und Zeitgenossen Bismarcks, in zwei Bänden, und eine Dilthey-Monographie sowie Studien über *Ernst Moritz Arndt. Das Entstehen des deutschen Nationalbewußtseins* und *Die Entwicklung der Freiheit und der Toleranz in der abendländischen Geschichte* hatten ihn nach seiner Habilitation im Jahre 1958 als hervorragenden Wissenschaftler qualifiziert. Daß sich Prof. Dr. Hellmut Diwald nicht mit seinen Studenten im elfenbeinernen Turm der Universität verschanzte und die Gegenwart beim Betrachten der Vergangenheit verstreichen ließ, bezeugen seine zahlreichen Buchveröffentlichungen in jenen Jahren. Dabei wurde gleich der von ihm verfaßte erste Band der *Propyläen-Geschichte Europas* mit dem Titel *Anspruch auf Mündigkeit* (= Zeit von 1400 bis 1555) ein großer Erfolg und wies seinen Autor als einen ebenso sachkundigen wie freimütigen Verfasser aus, auch wenn ihm passionierte Kritiker übelnahmen, daß er nicht allzu viel von langatmigen geschichtsphilosophischen Exkursen hielt. Das Ausweichen in zeitlose Unverbindlichkeiten und intellektuelle Gedankenspielereien war nicht Hellmut Diwalds Art, wenn es um die Vergegenwärtigung der Vergangenheit ging. Der Anspruch des Lesers, sachlich und wirklichkeitsgetreu über die beschriebene Zeit informiert zu werden, erschien ihm wichtiger als die Gelegenheit, vor einem Massenpublikum mit geistreichen Aperçus brillieren zu können. Dieser zur Eitelkeit neigende Hang war ihm fremd. Nicht, weil er solcher Darstellungskunst nicht fähig gewesen wäre oder sein ursprünglicher Ausbildungsgang ihn auf sachlich-trockene Ausdrucksweise begrenzt hätte, sondern weil er sich den

Mitmenschen gegenüber in erster Linie zur Überlieferung der erforschten und gesicherten Wahrheit verpflichtet fühlte. »Wenn diese Menschen in erster Linie unterhaltsame Geschichten lesen wollen, greifen sie zu historischen Romanen und nicht zu einem wissenschaftlichen Werk, das zudem oft noch seinen Preis hat«, merkte er einmal in einem Gespräch über Geschichtsschreibung an und fügte hinzu, daß »freilich auch der Historiker sich bemühen sollte, verständlich zu bleiben, weil er der Vermittler zwischen dem Gestern und dem Heute ist und diese Verbindung nicht durch eine Exklusivsprache beeinträchtigen« dürfe. Eine Forderung, die Hellmut Diwald zuvörderst selber erfüllte und deren Beachtung ihm die Leser durch große Nachfrage lohnten. Wer ihm etwas über die Schulter auf das Manuskript-Papier schauen oder Stegreifreden von ihm hören konnte, stellte allerdings bald fest, daß ihm die verständliche Ausdrucksweise und der fesselnde Darstellungsstil gleichsam angeboren waren und keiner mühsamen Stilübungen bedurften. So konnte er es sich leisten, den ersten Propyläen-Band nach seinen Vorstellungen zu gestalten und die vordergründig an ihm geübte Kritik zu riskieren.

Gemessen am Sturm, den ideologische Gegner und mißgünstige Kollegen gegen sein epochales Werk über *Die Geschichte der Deutschen* Ende der siebziger Jahre entfachten, war diese Kritik noch ein sanftes Lüftchen.

Die Formalisten unter den Rezensenten mochten sich nicht mit dem »unchronologischen Aufbau« des Diwald-Buches anfreunden, hätten die deutsche Geschichte gern im gewohnten »Trampelpfad« von Heinrich I. bis zur Gegenwart dargestellt gesehen und vermochten nicht anzuerkennen, daß Diwalds Sicht der Vergangenheit genau der Rückschau jedes Zeitgenossen entspricht, der gleichfalls vom Heute in das Gestern zurückblickt.

Seine ideologischen Feinde hielten sich jedoch nicht bei dieser »Buchstrukturfrage« auf, sondern trachteten Diwald mit ihren Angriffen und Unterstellungen nach seiner beruflichen Existenz. Da sollte ihm mit der gewohnten »Verharmlosungskeule« der vernichtende Schlag versetzt und damit eine unkonventionelle Stimme für immer zum Schweigen gebracht werden. Der nachmalig immer häufigere Gebrauch des Vorwurfs, NS-Verbrechen zu verniedlichen, wenn die Siegeranklagen von 1945/46 nicht wiederholt werden, sollte am Beispiel dieses Buches auf seine Durchschlagskraft erprobt werden. Der Einzug der noch nicht verkauften Exemplare und ihre Einstampfung durch den Verleger schienen den ersten »Abschuß« auf der Hetzjagd gegen den Autor zu markieren, dem der berufliche »Gnadenschuß« bald folgen konnte. Nachdenkliche Zeitgenossen erinnerten die Mahl-und Stampfkolben, zwischen denen die mehrhundertseitige *Geschichte der Deutschen* unterging, fatal an die Straßenfeuer vom 10. Mai 1933. Sie mochten einen solchen Vorgang der Rücknahme und Vernichtung eines bereits auf den Markt gekommenen und vom Publikum gut angenommenen Buches in einem Staat, der sich gern als »der freieste der deutschen Geschichte« titulieren läßt, nicht für möglich halten, und dies um so weniger, als fast alle Praktiken

des sogenannten »Dritten Reiches« heutzutage und hierzulande als abschrekkende Beispiele verabscheut werden. Seitdem einem promovierten Finanzjuristen auf der Grundlage einer aus der NS-Zeit stammenden Bestimmung der Doktorgrad entzogen worden ist, schien aber gerade das Unvermutete wahrscheinlich zu werden. Ohne es offenbar zu merken, wurden die verbalen Antifaschisten zu Nachahmern faschistoider Methoden und degradierten den Verleger zum »Mitläufer des Zeitgeistes«.

Nach diesem problematischen »Etappensieg« über die Erstausgabe der *Geschichte der Deutschen* galt es, den Verfasser entscheidend zu treffen. Fachkollegen, Publizisten und Amateurhistoriker warfen Hellmut Diwald vor, »trotz offener Bibliotheken und Archive in aller Welt den Umfang der nationalsozialistischen Untaten zu verharmlosen« – und das alles, weil er es gewagt hatte festzustellen, daß, was im Auschwitz geschah »trotz aller Literatur in zentralen Fragen noch immer ungeklärt« ist, zu einer Zeit, da man im Auschwitz-Museum den Besuchern noch 4 Millionen ermordete Häftlinge meldete, bis später der jüdische Gelehrte Prof. Jehuda Bauer 1989 die Zahl der Toten auf weniger als die Hälfte korrigierte und die polnischen Museums-Verantwortlichen die Viermillionen-Tafeln abnehmen ließen: Vorgänge, die Hellmut Diwalds Feststellungen vollauf bestätigten, die jedoch die volkspädagogischen Meinungsführer nicht gelten lassen wollten, die sich daher bis heute für ihre gehässigen Attacken nicht entschuldigt haben. Wer Hellmut Diwald damals nahestand, spürte, wie er unter diesen konzentrierten Angriffen litt und auch seine Familie der gnadenlosen Hetze ausgesetzt sah: seine Frau Susanne, eine international renommierte Islamwissenschaftlerin an der Universität Würzburg, und seine Kinder, denen er ein liebevoller und fürsorglicher Vater war.

Er konnte nur hoffen, daß sich auch bei Hellmut Diwald ähnlich wie bei Galileo Galilei einmal der »Spätsieg der Wissenschaft« einstellt und ihm seine Standhaftigkeit zur Wahrheit lohnt. Offenbar im Gegensatz zu den meisten seiner »Rezensenten« und Kollegen registrierte Hellmut Diwald sehr genau die neuesten Forschungsergebnisse im In- und Ausland und war über aktuelle Recherchen auf dem laufenden. Im Vertrauen auf den Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes, welcher die »Freiheit von Lehre und Forschung« verbürgt, sparte er auch die Untersuchung und Behandlung sogenannter »heißer Eisen« der deutschen Zeitgeschichte nicht aus, sondern bezog sie in seine Darstellungen ein. Dabei war es für ihn selbstverständlich, eigene Quellenforschungen zu betreiben und Archivarbeit zu leisten, meinte er doch einmal zu einem Freund:

»Wer die Zeitgeschichte erforscht, trägt seine Haut zu Markte. Urplötzlich werden von dem vermeintlich selbstvergessen arbeitenden Historiker Eigenschaften verlangt, die man eher bei Angehörigen waghalsiger Berufe voraussetzt, etwa bei Seiltänzern, Stierkämpfern oder dem Begleitschutz für Geldtransporte. Zeitgeschichtsforschung in korrekt wissenschaftlichem Sinn verlangt

bei uns Mut, Unbeirrbarkeit, kategorische Wahrheitsliebe und die Entschlossenheit, sich durch keine Forderungen des politisch Tunlichen korrumpieren zu lassen.«

Weil eine zuschußfreie Zeitgeschichtsforschung heutzutage kaum mehr möglich ist und Einzelforscher oft den drohenden Kampagnen auf Dauer nicht immer leicht standhalten können, regte Hellmut Diwald zusammen mit Dr. Walter und Dr. Herta Eckhardt im Jahre 1981 die Gründung einer unabhängigen Forschungsstelle an und gehört damit zu den wesentlichen Initiatoren der jetzigen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt. Diesem Institut und seinen Mitarbeitern sind mittlerweile bedeutsame Beiträge zur Aufklärung wichtiger und umstrittener Vorgänge zum Thema »Nationalsozialismus«, »Zweiter Weltkrieg« und »Vergangenheitsbewältigung« zu danken. So ergaben ihre Arbeiten beispielsweise, daß die von zahlreichen Historikern als Quelle herangezogenen *Gespräche mit Hitler* von Hermann Rauschning nichts weiteres als eine hochprozentige Erfindung des Emigranten Rauschning sind und daß die sogenannte »Atlantik-Charta« kein signiertes »Dokument der Weltgeschichte« ist, wie in vielen Fachbüchern verbreitet wird, sondern lediglich eine Presseerklärung Präsident Roosevelts und Premierminister Churchills vom 14. August 1941: alles Ergebnisse von Quellenforschung in den Archiven unter Anleitung und Förderung Hellmut Diwalds.

Noch einen Tag vor seinem Tod rief Hellmut Diwald seine Freunde und Mitarbeiter zu verstärkter Forschungsarbeit auf und warb um materielle Unterstützung der aufwendigen Recherchen in amerikanischen Archiven. Mehr als einmal erlebten er und seine Mitarbeiter den Doppelsinn der Erfahrung: »Wenn du zu den Quellen willst, mußt du gegen den Strom schwimmen!«

Nicht, daß man den Zugang zu den Dokumenten-Depots versperrt hätte, sondern man versucht, unzeitgemäße Erkenntnisse durch Totschweigen zu unterdrücken oder gar durch das »Verharmlosungs«-Etikett in Verruf zu bringen. Noch in einem Nachruf hat der »Nekrologe« einer angesehenen deutschen Zeitung Hellmut Diwalds Zeitgeschichtsschreibung als »Leugnung oder Abschwächung des Holocausts« verdächtigt und seine *Geschichte der Deutschen* zum Hintergrund der heutigen »rechten Gefahr« in Deutschland bemüht, eine Verknüpfung, die ebenso unzutreffend wie ungeheuerlich erscheint und die sich allenfalls vom Mißfallen darüber nähren könnte, daß es Diwald stets abgelehnt hat, über allseits angefehdete Zeitgenossen auch noch ein eigenes Verdikt zu sprechen und in das allgemeine Geheule der Wölfe mit einzustimmen. Ein solches opportunistisches Mitläufertum war ihm zutiefst zuwider und erinnerte ihn an die Wendehälse von 1933.

Hellmut Diwald beurteilte eine Tat nicht in erster Linie nach der Person des Täters, sondern nach ihrer moralischen bzw. staatspolitischen Qualität. Mächtige und bedeutende Persönlichkeiten hatten bei ihm keinen Bonus in der Beurteilung, sondern veranlaßten ihn eher zu noch größerer Distanz.

So stand er dem ersten deutschen Bundeskanzler und dessen Deutschland-Politik im Unterschied zu anderen zeitgenössischen Historikern kritisch gegenüber. Er verargte Konrad Adenauer, die sogenannte »Stalin-Note« vom 10. März 1952 voreilig abgetan und die Westalliierten zu deren Ablehnung bewogen zu haben. Moskau hatte damals bekanntlich die seit 1948/49 offenkundig gewordene deutsche Teilung durch den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland beenden und das wiedervereinigte Deutschland neutralisieren sowie an der Oder-Neiße-Linie im Osten begrenzen wollen. Statt der gerade in jenem Jahr vor dem Abschluß stehenden Einbindung in eine westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft sollte Deutschland eine eigene nationale Armee erhalten und seine Sicherheit durch eine Garantie der vier Siegermächte gewährleistet bekommen.

Adenauer argwöhnte hinter diesem Angebot den berechneten Versuch Stalins, die sich anbahnende Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern und Deutschland auf dem Wege über seine Neutralisierung in den politischen Sog Moskaus zu bringen. Ein solchermaßen »finnlandisiertes« Deutschland, wie man damals sagte, war in den Augen Kanzler Adenauers jedoch nur die verhängnisvolle Vorstufe vor einem sowjetisierten Deutschland. Hellmut Diwald erblickte dagegen in der sowjetischen Note ein ernst gemeintes Angebot und damit eine wahrzunehmende Chance, die deutsche Teilung zu überwinden. Die von Stalin geforderten Gegenleistungen der Neutralisierung und der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültiger deutsch-polnischer Grenze hielt er für diskutabel. Adenauer stellte dieser Erwartung in einer regierungsinternen »Skizze von Gedanken und Zielen« zwei Grundsätze entgegen, die er Washington gegenüber im Mai 1953 in die Worte faßte:

»In einem Friedensvertrag sollte das Recht aller Menschen auf die Heimat Berücksichtigung finden, wie es sich aus den christlichen und naturrechtlichen Grundsätzen ergibt«; und: »Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen; Deutschland wird aber anstreben, die damit zusammenhängenden territorialen Fragen in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit zu ordnen.«

Die deutschen Heimatvertriebenen konnten sich bei solchen deutschland- und ostpolitischen Zielsetzungen gut vertreten und ihre Interessen zuverlässig wahrgenommen fühlen. Die Schlesier, Pommern, Ost- und Westpreußen durften die Hoffnung hegen, daß die von Stalin im Frühjahr 1945 willkürlich gezogene Oder-Neiße-Linie einmal korrigiert werde – und die heimatvertriebenen Sudetendeutschen schienen in ihrem Anspruch auf Heimatrecht von der Regierung Adenauer unterstützt. Ost- und Sudetendeutsche dankten es dem Kanzler bei der Bundestagswahl 1953 und verhalfen der Regierungskoalition in Bonn zu einer komfortablen Mehrheit.

Hellmut Diwald ließ sich von dieser Euphorie seiner Schicksalsgefährten nicht mitreißen, sondern behielt seine Skepsis gegenüber der von Adenauer

vertretenen Ost- und Deutschland-Politik. Die von Adenauer auf anderen Gebieten erworbenen, unbestreitbaren großen Verdienste vermochten ihn von seiner Reserve gegenüber des Kanzlers Entscheidung von 1952/53 nicht abzubringen.

Ein geheimes amerikanisches Thesenpapier für die Gipfelkonferenz von Genf im Juli 1955 schien seine Vorbehalte zu bestätigen. Da ging die Eisenhower-Regierung mit dem Gedanken um, den Sowjets die deutsche Wiedervereinigung vorzuschlagen, das vereinigte Deutschland zu neutralisieren, ihm eine nationale Armee zu gestatten und im Friedensvertrag die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze festzuschreiben, also eine Lösung der deutschen Frage in Aussicht zu nehmen, die – bis auf eine insgeheime Erwartung der Westmächte – den Vorschlägen Stalins von 1952 glich. Die Washingtoner Deutschland-Experten hegten nämlich die Hoffnung, daß sich das neutralisierte wiedervereinigte Deutschland »so weit wie möglich dem Westen zuneigen« und danach trachten würde, seine »bewaffneten Kräfte so zu organisieren, auszustatten und weiterzuentwickeln, daß sie bestens die NATO-Stärke in Europa ergänzen und die westliche Strategie-Position verbessern würden«, wie sie in ihrem *Report No. 6993* vom 12. Juli 1955 wörtlich schrieben.

Die ablehnende Haltung Chruschtschows und Bulganins, welche feststellten, daß die Wiedervereinigung »jetzt eine Sache der Deutschen selbst« sei, erschütterte freilich wieder die Annahme, daß die drei Jahre zuvor von ihrem Vorgänger Stalin unterbreitete Wiedervereinigungsofferte ernst gemeint war. Endgültiges wird über diese Streitfrage wohl erst nach umfassender Einsichtnahme in die einschlägigen sowjetischen Regierungspapiere in Moskau festgestellt werden können

War es die Konsequenz des »gebrannten Kindes« oder die Entdeckung eines neuen Interessenfeldes, daß Hellmut Diwald 1980 seine Leser mit dem Buch *Der Kampf um die Weltmeere* überraschte? Schließlich schienen im Zeitalter der Interkontinental-Raketen und Weltraum-Bomben Schiffe und Flotten weitgehend vergessen. Es ging damals bei den Abrüstungsgesprächen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten nicht um die Verringerung von Schlachtschiffen, Flugzeugträgern oder Unterseebooten, sondern um die Reduzierung von Marschflugkörpern und Militärsatelliten. Was, so fragten behende Kritiker Hellmut Diwalds, hätten da noch *Die Erben Poseidons,* wie er sein einschlägig nachfolgendes Buch nannte, die Seemächte unserer Tage, zu bestellen?

Und was, so mochte man weiterfragen, konnte dann bei solchen neuen Rüstungsschwerpunkten ein historisch-politisches Buch dem Leser noch Interessantes bieten – außer möglicherweise spannende Geschichte über Seeschlachten von ehedem? Auf beide skeptische Fragen gab Hellmut Diwald in seinen Arbeiten überraschend einleuchtende Antworten.

Er führte dem Leser zunächst einmal vor Augen, wie Flotten- und Seemachtpolitik auch im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert politische und

militärische Entscheidungen beeinflußte – und wie von der Größe der Marine auch die Macht- und Weltgeltung eines Staates abhing. So sind die Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur über ihr siegreiches Eingreifen in den Ersten Weltkrief zu einer respektablen Großmacht aufgestiegen, sondern haben mit ihrer Führungsrolle innerhalb der Alliierten zugleich auch die Briten als bis dahin erste Seemacht der Welt abgelöst.

Wie der gleichermaßen in Epochen denkende und um folgenreiche Einzelheiten gut Bescheid wissende Historiker Diwald feststellte, halfen die Engländer pikanterweise dieser für sie nicht sonderlich erfreulichen Entwicklung auch noch nach – und zwar just auf dem Gebiet des Seewesens, als sie die Amerikaner durch eine ebenso berechnete wie provozierte Versenkung der »Lusitania« gleichsam in den Krieg hineintorpedieren ließen und damit zu entscheidenden Kriegspartnern machten.

Hellmut Diwald wies aber nicht nur auf diese merkwürdige Fügung hin, sondern registrierte auch mit sensiblem Gespür die oft wunderlichen Vorgänge und Entwicklungen im Bereich des See- und Marinewesens. Das fängt in seiner Darstellung bei kleinen menschlichen Eigenheiten berühmter Kapitäne und Admirale und ihren oft gar nicht so geringen Folgen an und hört bei der Feststellung, daß der Jahrhunderte hindurch »tapsige russische Bär« auf einmal ein imposanter »sowjetischer Walfisch« geworden war, auf.

Und mit diesem Vermerk wurde dem Leser auch schlagartig deutlich, daß die modernen *Erben Poseidons* beileibe keine nostalgischen Windjammer-Staaten waren, sondern die beiden, nachmalig weltbeherrschenden Supermächte: USA und Sowjetunion, auffallenderweise beide nach Weltkriegen in diesen Rang gekommen, wie Hellmut Diwald deutlich machte. Im übrigen wußte er zu Vorgeschichte und Verlauf dieser beiden großen Kriege immer noch Aufschlußreiches oder bislang Unbekanntes beizusteuern, so im Kapitel über Japan, den »zweiten Sieger des Ersten Weltkriegs«, wo er das heimliche Einverständnis zwischen Tokio und London über die Aneignung der deutschen Schutzgebiete (Kolonien) in China durch das fernöstliche Inselreich enthüllte.

Ein anderes Beispiel ist der Abschnitt über 1941, in welchem Diwald die zielstrebige Hilfspolitik US-Präsident Roosevelts gegenüber England anhand mittlerweile gewonnener Erkenntnisse und zugänglicher Akten beschrieb und dabei auch den geschichtlichen Hintergrund des japanischen Angriffs auf die amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbor ausleuchtete. Mit seinen unbefangenen Feststellungen über Roosevelt und dessen zielstrebigen Interventionskurs riskierte Diwald abermals, in das beflissene Kreuzfeuer der notorischen »Vergangenheitsbewältiger« zu geraten und zu einem mittelbaren »Entschuldiger der Kriegspolitik der Achsenmächte« erklärt zu werden. Denn mit seinem kritischen Blick auf den damaligen amerikanischen Staatschef beschädigte Hellmut Diwald in den Augen seiner volkspädagogischen Zensoren eine schier sakrosankte Lichtgestalt der einstigen Kriegsgegner

Deutschlands, deren moralische Größe mit der Verkündung der sogenannten »Atlantik-Charta« ein für allemal in der Weltgeschichte festgeschrieben schien. Daß diese zum epochalen Dokument hochstilisierte »Atlantic-Charta« weder politisch-moralische Verbindlichkeit besaß, noch von Roosevelt unterschrieben war, störte die historiographischen Advokaten Roosevelts ebenso wenig wie der Umstand, daß sich ihr Anti-Hitler-Idol bei der Festlegung der europäischen Nachkriegsordnung bedenkenlos über wesentliche Aussagen der am 14. August 1941 der Presse übergebenen »Atlantik-Erklärung« hinwegsetzte. Ließ der amerikanische Staatschef den versammelten Journalisten an bewußtem August-Tag verkünden, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien keine »territorialen Veränderungen wünschen, wenn diese nicht mit dem frei ausgedrückten Willen der betroffenen Bevölkerung übereinstimmen«, gab er knapp zwei Jahre später, im Mai 1943, dem tschechoslowakischen Ex-Präsidenten Benesch seine Zustimmung zu dessen Absicht, nach Kriegsende die Sudetendeutschen aus ihrer Heimat auszuweisen. Selbst Roosevelts »natürlicher Bundesgenosse« Polen, den er über seinen Botschafter und persönlichen Vertrauten, William C. Bullitt, im Frühjahr 1939 nachdrücklich zum Widerstand gegen Deutschland animiert hatte, mußte erfahren, daß das Versprechen, keine »territorial changes«, welche nicht »accord with the freely expressed wishes of the peoples« sind, vorzunehmen, nicht einmal für ihn galt, wie die Absprachen von Teheran und Jalta zwischen Roosevelt und Stalin ausweisen. Im Archiv der von Hellmut Diwald mitgegründeten Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt liegen in Faksimile die Verhandlungsprotokolle der Konferenzen von 1943 und 1945, auf denen die »Großen Drei« (Roosevelt, Stalin und Churchill) die künftigen Grenzen Polens beschlossen haben. Geradezu rührend und peinlich zugleich ist, wie sich die polnische Exilregierung in London in Schreiben an Churchill und Roosevelt gegen die über ihren Kopf hinweg gezogene Ostgrenze zur Sowjetunion wehrte und sich dann in die Beschlüsse von Teheran und Jalta fügen mußte. Hellmut Diwald, dem die osteuropäischen Dinge als Mensch und Historiker stets besonders nahegingen, sorgte über die Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt für die Einsicht in diese Unterlagen und ihre Auswertung und bereicherte dadurch die deutsche Zeitgeschichtsschreibung um wertvolle Archivalien, die weiterführenden Untersuchungen zur Verfügung stehen.

Wenn schon der kleine polnische Verbündete nicht auf die Zusagen der »Atlantik-Charta« bauen konnte, durfte sich Roosevelts Hauptgegner Deutschland noch weniger auf die Versicherung besagter »Charta« verlassen, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien weder territoriale noch »andere Vergrößerungen« anstrebten. Die Requirierung der deutschen Patente und die geistige Ausbeutung der deutschen Raketenwissenschaftler nach dem Krieg haben dann bekanntlich nicht unwesentlich zur »Vergrößerung« der Siegerstaaten zu »Weltraummächten« beigetragen.

Eine ähnliche Unaufrichtigkeit entdeckte Hellmut Diwald auch in der amerikanischen Japan-Politik des Jahres 1941 und deutete es im einschlägigen Kapitel seiner Arbeit über die »Seemachtpolitik im 20. Jahrhundert« an. Der sogenannte japanische »Überfall« auf die amerikanische Marinebasis von Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 war in den Augen von Hellmut Diwald weniger ein unerwarteter »Schlag aus dem heiteren Himmel« als vielmehr eine wohlberechnete und provozierte Verzweiflungstat der in die politische und wirtschaftliche Enge getriebenen Japaner. Dies auch nur andeutungsweise in der Geschichtsschreibung zu vertreten bedeutete oft ein geistiges Spießrutenlaufen zwischen den festgelegten Historikern und den selbsternannten Geschichtsauslegern der vorherrschenden Volkspädagogik und endete nicht selten in der öffentlichen Ausgrenzung, eine Gefahr, vor der Hellmut Diwald seit Erscheinen seiner *Geschichte der Deutschen* nicht mehr bewahrt zu sein schien. Die große Nachfrage nach seinen Büchern seitens der Leser enthob ihn jedoch der Sorge, durch die veröffentlichten Kritiken ins geistige Abseits gestellt zu werden, konnte sich doch kaum ein zeitgenössischer Geschichtsschreiber eines solch' großen Zuspruchs durch die Leser erfreuen wie gerade er. Dabei schrieb er seinem Publikum keineswegs nach dem Mund, sondern brachte zu Papier, was seine Forschungen an neuen Erkenntnissen zutage gefördert hatten und was er für mitteilenswert hielt – sei es dem Zeitgeist gelegen oder ungelegen. Das verstanden auch bald seine Leser und dankten es ihm, indem sie seine Werke schnell zu Bestseller machten und schon gespannt auf das nächste Buch warteten.

Wenn man von einem »Zugeständnis« Hellmut Diwalds an sein Lesepublikum sprechen will, dann war es sein Bemühen um eine verständliche Darstellungsweise. Er verschanzte sich nicht hinter umständlichen Fachausdrücken, sondern brachte seine Erkenntnisse und Forschungsergebnisse dem Leser in klaren und zugleich geistvoll geschliffenen Worten nahe, ohne ihm eine Meinung oder bestimmte Deutung aufzudrängen. Historiographisches Meinungsführertum war Hellmut Diwald stets verdächtig. Geschichtskenntnis und Geschichtsvermittlung begriff er eher als geistiges Kapital und »Dienstleistung« an den Mitmenschen, als ein Angebot der Wissenschaft, das diskutiert und angenommen, aber auch ausgeschlagen werden kann.

In diesem Verständnis seines wissenschaftlichen Arbeitens und Wirkens nahm er auch vorgebrachte Kritik auf und setzte sich mit ihr aufgeschlossen auseinander. Schließlich fühlte er sich nicht im Alleinbesitz der geschichtlichen Wahrheit, sondern suchte im austauschenden Für und Wider der Wirklichkeit der Vergangenheit nahezukommen. Die von ihm und Sebastian Haffner gestaltete Fernsehserie verdeutlichte beispielhaft dieses Bemühen. Ihre Beendigung stellte eine Verarmung dieses Mediums dar und konnte auch durch die allsonntägliche Viertelstunden-Sendung nicht ersetzt werden.

Wie Hellmut Diwald und Sebastian Haffner in besagter Fernsehserie Argumente und Einwände wechselseitig tauschten und dabei dem Zuhörer

die Vielschichtigkeit der geschichtlichen Personen und Ereignisse vermittelten, sollten sich im Disput auch Autor und Rezensent begegnen.

Da hätten sich in Diwalds Augen manche Vorurteile und Unterstellungen beizeiten abbauen und aufgetretene Mißverständnisse rechtzeitig klären lassen, und dies bis hin zu Einzelheiten der Geschichtsdarstellung und Buchgestaltung, etwa bei der Frage, ob eine Arbeit wie jene über die Seemachtpolitik im 20. Jahrhundert mit wörtlichen Zitaten und wiedergegebenen Redeausschnitten durch Hinweise auf die Fundstellen abgestützt werden sollte oder nicht. Hellmut Diwald hat sich in diesem Falle für den Verzicht auf Fußnoten und einen wissenschaftlichen Apparat entschieden und dem Leser statt ihrer ein mehrseitiges Literaturverzeichnis sowie ein abschließendes Personen-und Sachregister an die Hand gegeben. Während der sogenannte »Durchschnittsleser« und Geschichtsinteressent für gewöhnlich die fehlenden Anmerkungen kaum vermißt und einen fußnotenlosen Text sogar als flüssiger und eingängiger empfindet, zieht sich der sogenannte Fachkollege gern von der Annahme der Darstellung hinter mißtrauische Vorbehalte zurück oder spricht dem Autor gar Seriosität und Wissenschaftlichkeit ab.

Hellmut Diwalds Feinde wählten wechselweise den einen oder den anderen Einwand und suchten ihn als »schriftstellernden Historiker« beziehungsweise »Sachbuch-Autor« aus dem Bereich der »ernsthaften Historiographie« auszugrenzen. Für sie hatte offensichtlich die Fußnote einen größeren Stellenwert als die Wahrheit der Aussage.

Wer sich die Mühe machte, den von Diwald angeführten Textstellen nachzugehen, stellte nämlich fest, daß sie vorliegen und vom Autor auch korrekt zitiert wurden. In der Berichterstattung über die Vergangenheit leistete sich Hellmut Diwald keine »dichterische Freiheit«, sondern nur in der Auswahl der Worte und Formulierungen, deren Treffsicherheit und Eleganz kaum von einem anderen »schriftstellernden Historiker« übertroffen wurde. Das dürfte auch jener Zeitgenosse und Kollege erfahren haben, der sich im Streit um die *Geschichte der Deutschen* besonders polemisch über Hellmut Diwald ausließ und mit ihm in der Beschreibung Wallensteins im Wettstreit um die Gunst der Leser stand.

Das war kein Grund für Diwald, in seinem Buch *Die Erben Poseidons. Seemachtpolitik im 20. Jahrhundert* nicht aus der *Deutschen Ansprache* des Vaters seines Kritikers und Konkurrenten zu zitieren. Dieser gelassenen Großzügigkeit verdankt der Leser schließlich die Kenntnis einer Aussage Thomas Manns, die man diesem Schriftsteller und Literaten nicht so ohne weiteres zugetraut hätte und die ein teilweise anderes Bild vom Verfasser der weltberühmten *Buddenbrooks* vermittelt.

Wie die von Hellmut Diwald zitierten Sätze aus der *Deutschen Ansprache* Thomas Manns aus dem Jahre 1930 korrekt wiedergegeben sind, erweisen sich auch die vom Autor angeführten Stimmen über Roosevelts zielstrebige Interventionspolitik gegen Japan und Deutschland als fundierte Belege, wel-

che seine Darstellung der Ereignisse des Jahres 1941 abstützen. Gleichwohl gefielen zahlreichen Historikern hierzulande solche Ausdrücke und Bewertungen wie »Pearl Harbor – Tag der Niedertracht« für Roosevelts Haltung und Politik gegenüber Japan nicht, hatten sie doch den amtierenden amerikanischen Präsidenten als erklärten Feind der Achse längst als die positive Lichtgestalt jener Jahre verinnerlicht. Da durfte nicht jemand unvermittelt daherkommen und das von der Siegerhistoriographie errichtete Denkmal in Frage stellen oder gar demontieren, noch dazu, ohne sich mit angeführten Belegstellen auszuweisen. Diese Art der Historiographie ließ man schließlich nur den notorischen Ankläger Deutschlands durchgehen, die schier unbegrenzt auf die Kriegsgeneration Schuld über Schuld laden dürfen, ohne nach ihren hieb-und stichfesten Beweisen gefragt zu werden. Da dürfen der Deutschen Wehrmacht über 3 Millionen umgekommene sowjetrussische Kriegsgefangene angelastet werden, ihrem tapferen Widerstand gegen die Rote Armee die »Verlängerung der Todesmaschinerie von Auschwitz« nachgesagt und sie schlicht zur »Hitler«- oder »Nazi-Armee« deklassiert werden, ohne daß sich eine Stimme vernehmen ließ und nach den Beweisen und Belegen fragte. Man hat den Eindruck, daß die jüngste deutsche Geschichte gleichsam Freiwild für die einschlägig bekannten »Vergangenheitsbewältiger« ist und für alle möglichen Zwecke instrumentalisiert werden darf, während die alliierten Politiker und Militärs schier wie Fleisch gewordene Engel durch den Zweiten Weltkrieg gegangen zu sein scheinen. Am Ende ihres Kriegsdienstes stand kein »Nürnberger Tribunal« und entehrender Galgen, sondern Beförderung und Siegesparade, als wären Nemmersdorf oder Dresden nie geschehen, hätten deutsche Flugzeuge Bomben auf Rom und Monte Cassino geworfen und wären Hiroshima und Nagasaki von deutschen Piloten atomisiert worden.

Hellmut Diwald mochte eine solche »Aufarbeitung der Vergangenheit« nicht mitmachen, sondern erweiterte seinen Blick auf die Vorgänge jenseits der Front und hinter die Kulissen der übrigen Geschichtsakteure. Der von ihm wesentlich initiierten Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt trug er immer wieder auf, die von den Siegern absichtsvoll geöffneten und ausgeschlachteten deutschen Archivalien durch Sichtung und Auswertung alliierter Dokumente zu ergänzen, um auf diese Weise ein »abgerundetes Bild von der Vergangenheit« zu ermöglichen. Die Erfahrung seiner Mitarbeiter, daß sich in den amerikanischen Archiven nur sehr wenige deutsche Historiker zum Quellenstudium einfanden, überraschte Hellmut Diwald letztlich nicht, sondern erklärte ihm nur noch deutlicher, warum sich seine Kritiker so heftig über seine zeitgeschichtlichen Aussagen aufregten. Die offenbar gewordene Ignoranz der volkspädagogischen Gegner machte Diwald nicht schadenfroh oder zynisch, sondern gelassen gegenüber ihrer Kritik.

Was die »Vergangenheitsbewältiger« versäumten, holten die von ihm motivierten Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle um so fleißi-

ger nach und förderten Jahr für Jahr Tausende von ungewürdigten Akten in amerikanischen Archiven zutage. Daneben ließen sie junge Forscher auf ihren Tagungen und Symposien zu Wort kommen, welche den neuesten Stand der Zeitgeschichtsforschung vortrugen. Da erfuhren die Zuhörer nicht selten Quelle und Fundstelle, welche die Kritiker bei dem einen oder anderen Diwald-Buch reklamierten.

Die jüngste Halbjahrestagung der Ingolstädter Forschungsstelle im November 1993 geriet in ihrem wissenschaftlichen Ertrag fast zu einer posthumen Bekräftigung der Diwaldschen Zeitgeschichtsschreibung.

Da beeindruckte der junge Münchener Historiker und Dozent am Geschwister-Scholl-Institut, Walter Post, mit einer minutiösen Darstellung der Hintergründe und Ereignisse, die schließlich zum »japanischen Überfall von Pearl Harbor« führten.

Neben den von Diwald schon angeführten Vorgängen und Stellungnahmen verwies Post noch zusätzlich auf die in den USA tätig gewordenen Untersuchungskommissionen, gingen doch insgesamt neun offizielle Untersuchungen amerikanischer Parlamentarier und Regierungsstellen der Frage nach der Verantwortung für den sogenannten »japanischen Überraschungscoup von Pearl Harbor« nach. Die noch während des Krieges eingesetzten Untersuchungskommissionen lasteten die Schuld an der militärischen Katastrophe, bei welcher neben zahlreichen Kriegsschiffen immerhin 2 326 amerikanische Seeleute und Soldaten den Tod fanden, den Befehlshabern auf Hawaii, Admiral Kimmel und General Short, an. Ihre Mitglieder standen – nach den Recherchen Walter Posts – unter dem Einfluß des amtierenden Präsidenten Roosevelt, welcher den »japanischen Überfall« benötigte, um sich in den Zweiten Weltkrieg gegen die Achsenmächte einschalten zu können. Eine fast wörtliche Übereinstimmung mit Diwalds Feststellung in den *Erben Poseidons* (Seite 424), wo er feststellt: »Kriegsbereitschaft und Anlaß zur Kriegserklärung mußten auf einen Nenner gebracht werden«, nachdem Diwald vorher schon auf ein Gespräch Roosevelts mit Admiral Richardson vom 8. Oktober 1940 abgehoben hatte, in welchem der amerikanische Staatschef unverblümt gemeint hatte: »Früher oder später werden die Japaner einen Fehler machen und in den Krieg eintreten. Ohne einen beispiellosen Zwischenfall würde es unmöglich sein, vom Kongreß eine Kriegserklärung zu erhalten.«

Nach Walter Posts weiteren Recherchen bemühten sich ab 1944, als der Ausgang des Krieges absehbar und nur noch eine Frage der Zeit war, Untersuchungskommissionen von Heer und Marine um eine unbefangene Aufhellung der Umstände, die zum japanischen Angriff vom 7. Dezember 1941 geführt hatten. Sie stellten fest, daß Kimmel und Short keine Schuld treffe, sondern die Verantwortung bei der Führung in Washington läge. Als der immer mehr als Hauptverantwortlicher in den Mittelpunkt gerückte Präsident Roosevelt im April 1945 gestorben war, wurde der Druck auf seinen

Nachfolger Harry S. Truman so groß, daß dieser einen Untersuchungsausschuß des Kongresses veranlaßte. Dieses »Joint Congressional Committee on the Investigation of the Pearl Harbor Attack« war entsprechend den damaligen Mehrheitsverhältnissen im Kongreß paritätisch mit sechs demokratischen und sechs republikanischen Senatoren besetzt und nahm seine Arbeit im November 1945 auf. Das dabei zutage gekommene Material war nach den Erkenntnissen Walter Posts »für die Roosevelt-Administration verheerend«, wobei besonderes Aufsehen erregte, daß die amerikanische Funkaufklärung seit 1940 die wichtigsten japanischen Funkcodes entschlüsseln und damit alle geheimen Anweisungen Tokios mithören konnte.

Während die demokratischen Senatoren im Untersuchungsausschuß als Parteifreunde Roosevelts möglichst wenig Verantwortung beim verstorbenen Präsidenten sehen wollten und im Abschlußbericht sehr nachsichtig mit Roosevelt umgingen, verfaßten die republikanischen Senatoren Ferguson und Brewster einen eigenen Bericht, in dem sie die Ausführungen ihrer demokratischen Kollegen als »unlogisch und vom Übergewicht des Beweismaterials nicht gestützt« bezeichneten. In ihren Augen waren Präsident Roosevelt, Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Marineminister Knox die Verantwortlichen für das Desaster von Pearl Harbor, wobei sie die Hauptschuld dem kriegsinteressierten Mann im Weißen Haus zuwiesen: wiederum eine sachliche Übereinstimmung mit Diwald und eine Bestätigung seiner Darstellung in den *Erben Poseidons* – wie auch in der Betrachtung der weiteren Hintergründe, die Post im Jahre 1939 einsetzen läßt und mit dem Beginn eines »wohlberechneten Wirtschaftskrieges gegen Japan« gleichsetzt, von dem sich Roosevelt eine unbedachte Handlung Tokios erhoffte, die ihm dann gestattete, einen »richtigen Krieg« gegen das japanische Kaiserreich und die mit ihm verbündeten Achsenmächte Deutschland und Italien zu beginnen.

In dieser Absicht verhängte Roosevelt im Juli 1941 ein Ölembargo gegen Japan, wohl wissend, daß diese Maßnahme Tokio zwingen würde, die einzigen ergiebigen Ölquellen im pazifischen Raum auf Borneo und Sumatra militärisch zu besetzen und damit niederländisches Territorium anzugreifen. Mit der niederländischen Exilregierung in London hatten die USA wiederum ein geheimes Militärabkommen abgeschlossen, welches im Falle einer Besetzung niederländischen Kolonialbesitzes eine gemeinsame Kriegführung gegen den Angreifer vorsah. Walter Post wörtlich: »Roosevelt hatte eine große Falle gebaut, in die er die Japaner hineintrieb, an deren Ende zwangsläufig Krieg stehen mußte. Der Krieg gegen Japan war aber nur ein Teil eines größeren Plans, in einen Krieg gegen Deutschland zu gelangen.«

Das ist eine Bestätigung der Diwaldschen Schlußfolgerung in seinen *Erben Poseidons* mit anderen Worten, wie auch der Hinweis auf Roosevelts »Umweg zum Krieg«. Die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan hatten bekanntlich am 27. September 1940 den »Drei-Mächte-Pakt« abgeschlossen, um

die Vereinigten Staaten von einem Kriegseintritt abzuschrecken, wenn sie nicht in einen Mehrfrontenkrieg verwickelt werden wollten.

Diese Aussicht, notfalls an mehreren Fronten kämpfen zu müssen, schreckte jedoch Roosevelt keineswegs, vielmehr betrachtete er den »Drei-Mächte-Pakt« als Umweg, um über den Konflikt mit Japan die »Hintertür zum Krieg« zu finden. Die »Vordertür« konnte er nicht benutzen, weil die amerikanische Bevölkerung damals noch in großer Mehrheit gegen eine Kriegserklärung an Deutschland eingestellt war. Das bezeugen im übrigen auch viele Dokumente und registrierte Stimmen aus jenen Jahren, die dem Archiv der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle in Faksimile vorliegen.

Auf seinem Weg über Wirtschaftsembargo, Geheimdiplomatie und Täuschung der amerikanischen Öffentlichkeit in den Krieg ließ Roosevelt durch Außenminister Hull den Japanern am 26. November 1941 ein Ultimatum überreichen, von dem alle Beteiligten wußten, daß es den Abbruch der laufenden amerikanisch-japanischen Verhandlungen nach sich ziehen und unausweichlich zum Krieg führen mußte. Anderthalb Wochen später, am 6. Dezember 1941, konnte die amerikanische Funkaufklärung, die bereits eine große Zahl von japanischen Funksprüchen abgefangen hatte, welche auf Krieg hindeuteten, die ersten 13 Teile einer 14teiligen Funkdepesche des japanischen Außenministeriums an die Tokioer Botschaft in Washington entschlüsseln, welche die japanische Kriegserklärung an die USA enthielten, die am nächsten Tag überreicht werden sollte. Diese Depesche, so berichten Post und Diwald gleichermaßen, wurde um 21.30 Uhr Präsident Roosevelt vorgelegt, der sie mit den Worten kommentierte: »Das bedeutet Krieg.« Auf Harry Hopkins Bedauern, daß die Vereinigten Staaten nicht den ersten Schlag führen und auf diese Weise jede Art Überraschung vermeiden könnten, entgegnete Rossevelt: »Nein, das können wir nicht tun. Wir sind eine Demokratie und ein friedliebendes Volk«, um dann mit erhobener Stimme hinzuzufügen: »Aber wir wahren unseren guten Ruf.« Dieses Zitat reicht hin, um mit Hellmut Diwald »Pearl Harbor« den »Tag der Niedertracht« zu nennen, auch wenn sich ein Teil der deutschen Geschichtsschreiber bislang lieber an den »guten Ruf« der Roosevelt-Administration hielt und jeden Zweifel an der Lauterkeit Washingtons als »Verharmlosung« oder gar »Entschuldigung« der Achsenmächte und ihrer Kriegspolitik verdächtigte.

Ähnlich stand es auch zwischen Hellmut Diwald und dem meinungsführenden Teil der deutschen Geschichtsschreibung bei der Frage der Rüstung und Kriegsbereitschaft.

Da erregten sich die professionellen Kritiker Diwalds an dessen Feststellung, daß die »von einem Gros der Zeithistoriker vertretene These, die Regierung Hitler hätte den Zweiten Weltkrieg von langer Hand geplant, vorbereitet und die Rüstung auf einen Höchststand gebracht, zu einem festen Element geschichtlicher Desinformation geworden« sei. Sie wollten einfach den von Hellmut Diwald beschriebenen Tatbestand nicht zur Kenntnis neh-

men, »daß die Rüstung Deutschlands zu einem so späten Zeitpunkt einsetzte,... daß eine unbegreifliche Differenz klafft zwischen der starken Sprache der deutschen Politik in den Jahren 1938/39 und der unzulänglichen Rüstung der Wehrmacht«. Anderthalb Jahrzehnte später bekommt Hellmut Diwald von dem österreichischen Wehrexperten und Waffensachverständigen Walter Sonnberger bis in alle Einzelheiten die Richtigkeit seiner Aussage bestätigt. Sonnberger stellte in einer akribischen Untersuchung fest, daß die deutsche Rüstungsindustrie »bis in das Jahr 1937 hinein« zunächst den durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages eingetretenen Rückstand im Flugzeugbau und der Waffenproduktion gegenüber den anderen europäischen Ländern aufzuholen hatte.

Stellte Diwald mit Blick auf die Stärkeverhältnisse bei den künftigen Alliierten einen Zustand der Rüstung fest, »die mit friedlichen Zielen nichts zu tun hatte«, registrierte er in Deutschland einen Grad der Abrüstung, »den kein Staat des Völkerbunds bereit war, für sich in Erwägung zu ziehen« – so konkretisiert Walter Sonnberger: »Während man in den Vereinigten Staaten bereits 1936 den viermotorigen Bomber B-17 baute, verließ der erste deutsche zweimotorige Bomber erst am 4. Mai 1937 die Werkshalle.« Auch die wenigen im Spanischen Bürgerkrieg 1937/38 eingesetzten deutschen Me-109-Jäger waren nur Vorserien-Muster und wurden der Truppe zur Erprobung zur Verfügung gestellt. Ebenso verhielt es sich nach den Recherchen Sonnbergers bei der Entwicklung der deutschen Panzerwaffe.

Die ersten Exemplare des Typs »Panzer I« kamen 1934 zur Truppenerprobung und stellten ein 6 Tonnen schweres Fahrzeug vor, das statt mit einer Kanone nur mit 2 Maschinengewehren bestückt war. Dieser Panzer-Typ wurde 1939 im Polenfeldzug und 1940 im Westen gegen Frankreich eingesetzt. Der im Anschluß an den »Panzer I« entwickelte »Panzer II« hatte zwar eine 2-cm-Kanone, deren Granate eine Durchschlagsleistung von 15 Millimetern erzielte, und wog um 3 Tonnen mehr, wurde aber vom Wehrexperten Sonnberger auch nicht als »gefährliche Panzerwaffe« eingestuft, wie anders dies die meisten deutschen Geschichtsschreiber tun, um damit die Blitzsiege der Wehrmacht zu erklären. Sie verschweigen zudem, daß von diesem Panzer-Typ der deutschen Armee in Sommer 1938 erst insgesamt 70 Stück zur Verfügung standen, die zudem noch in der Truppenerprobung waren.

In Übereinstinmung mit Hellmut Diwald führt Walter Sonnberger die trotz dieser augenfälligen Unterlegenheit von der Wehrmacht erzielten Erfolge auf »die überlegene deutsche Taktik und die schweren Fehler der Gegner« zurück. So seien auch die beiden anglo-französischen Panzervorstöße im Frankreichfeldzug nicht von deutschen Tankfahrzeugen abgewehrt worden, sondern von Sturzkampfbombern aus der Luft und von deutschen 8,8-Geschützen im Bodeneinsatz.

Ähnlich wie in der Panzerproduktion sah es nach Walter Sonnberger auch beim deutschen Unterseeboot-Bau aus. Da standen dem Deutschen Reich bei

Kriegsbeginn lediglich 30 hochseetüchtige U-Boote zur Verfügung, eine Zahl, die 1944 allein in einem Monat hergestellt wurde. Diese mit Diwalds Feststellungen in den *Erben Poseidons* übereinstimmenden Erkenntnisse sieht auch Sonnberger im Widerspruch zu der immer wieder verbreiteten Behauptung von der »deutschen Hochrüstung«, mit welcher Berlin im Jahre 1939 bewußt den Krieg herbeigeführt habe. Und ähnlich wie Diwald erblickt er den Ursprung dieses augenscheinlichen Gegensatzes in »Hitlers bewußten Übertreibungen der deutschen militärischen Stärke«, um England und Frankreich von militärischen Interventionen gegen die deutschen Gebietsannektionen abzuhalten.

So seien beispielsweise ausländischen Militärs beim Besuch deutscher militärischer Einrichtungen Prototypen vorgeführt worden, die zwar einen »sensationellen technischen Stand besaßen«, jedoch noch keineswegs bei der Truppe eingeführt worden waren. Udet nannte die von Hitler angeordnete Methode, die wenigen Me-109-Jagdflugzeuge von Flugplatz zu Flugplatz zu verlegen, um sie dann den Besuchern jeweils als neue Maschinen vorzuführen, »flunkern«, wodurch dann auch im Ausland der Eindruck von einer deutschen »Hochrüstung« entstanden sei. So habe sich eine von den NS-Führern selber in die Welt gesetzte Lüge als »geschichtliche Tatsache« bis heute gehalten und wurde vom Gros der deutschen Zeitgeschichtsschreibung unkritisch übernommen.

So gerieten unversehens jene Gegner Hellmut Diwalds innerhalb der Historiographie Deutschlands in die Rolle der »Gestrigen«, die Diwald gern zum »Ewig-Gestrigen« erklären mochten. Freilich wurden sie sich dieser Verkehrung offenbar nicht recht bewußt, zeigten sie doch keine erkennbare Bereitschaft, ihre Position zu überdenken und in einen vorbehaltlosen Austausch mit Hellmut Diwald einzutreten. Unverfängliche Anlässe, bei denen sie ihr Gesicht hätten wahren können, boten sich in den nachfolgenden Jahren.

Etwa bei Gelegenheit des »Preußenjahrs«, zu dem Diwald die Anthologie *Im Zeichen des Adlers. Porträts berühmter Preußen* herausbrachte oder als er seinem Freund Wolfgang Venohr für dessen Sammelband *Die deutsche Einheit kommt bestimmt* einen Beitrag lieferte, in dem er seinen Wunsch nach einer patriotischen Erweckungsbewegung andeutete.

Statt einen unbefangenen Dialog mit dem Verfasser zu beginnen, fanden sie fast nur böse und verurteilende Worte. Dem Zeitgeist offenbar erlegen, hielten Diwalds Kritiker weder von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands etwas – noch gaben sie dem Nationalstaat für die Zukunft eine Chance. Vielmehr leitartikelten sie in allen möglichen Tageszeitungen und Wochenblättern über die »verhängnisvolle Epoche des deutschen Nationalstaats von 1871 bis 1945«, welche »Europa und der Welt zwei Weltkriege und die blutigste Diktatur der Geschichte« gebracht habe, und schworen auf ein »Deutschland, das in Europa aufgeht«.

Hellmut Diwald gab dagegen die Hoffnung auf eine deutsche Vereinigung

nie auf und verfolgte alle Schritte, welche die Bundesrepublik zu sehr an den Westen banden, mit Sorge.

Aus dieser Besorgnis heraus konnte er bekanntlich auch der Adenauerschen Westintegrationspolitik der fünfziger Jahre keinen Geschmack abgewinnen und war mit ihr zum Teil hart ins Gericht gegangen. Die Sorge um Deutschland und die Deutschen trieb diesen Mann um. Da nicht zum Politiker entschlossen, sondern beim Leisten seiner Historiker-Zunft geblieben, suchte er seinem Volk auf seinem Gebiet, der Geschichtsschreibung, beizustehen und ihm den »aufrechten Gang zu seiner Geschichte« wieder zu ermöglichen.

Da gab es für ihn freilich viel Schutt an Schuldzuweisungen und Siegergeschichtsschreibung wegzuräumen, um die verbreitete Zwangsvorstellung zu beseitigen, die zwölf Jahre Hitler-Herrschaft seien »der logische Zielpunkt der nationalen deutschen Geschichte gewesen«, wie dies zeitverhaftete Historikerkollegen immer wieder behaupteten.

Mit Traktaten wie *Mut zur Geschichte* und *Geschichte macht Mut* versuchte er, seine deutschen Landsleute aufzurichten und vor der geistigen Selbstentäußerung zu bewahren. Große Werke wie *Wallenstein. Eine Biographie* oder *Heinrich der Erste. Die Gründung des Deutschen Reiches* sollten seinen deutschen Lesern verdeutlichen, wie ungleich länger und größer die deutsche Geschichte ist als die 12 Jahre NS-Herrschaft. Und die beiden Luther-Bücher (Biographie und Lebensbilder) wollten deutlich machen, welchen kirchlich-religiösen Impuls dieses Land Europa und der Welt gegeben hat, sozusagen überzeugender Kontrast zur beleidigenden Behauptung, »Der Tod« sei »ein Meister aus Deutschland«.

Für diese noble Korrektur einer Kollektivbeschuldigung mußte sich Hellmut Diwald nicht selten auch von Möchtegern-Historikern eines norddeutschen »Nachrichten-Magazins« attackieren und in die »rechte Ecke« weisen lassen. Wie schon die giftigen Angriffe vieler Berufskollegen gegen seine *Geschichte der Deutschen* vermochte Diwald auch diese unqualifizierten Anwürfe zu ertragen.

Der 9. November 1989 entschädigte ihn für viele Bitterkeit, die er in den zurückliegenden zehn Jahren hatte hinnehmen müssen und die ihn manchmal bis an den Rand seiner physischen Existenz gebracht hatte. Gleichwohl ist sein 1990 erschienenes Buch *Deutschland einig Vaterland* nicht ein pures Hosiana auf die bundesdeutsche Staatskunst, die endlich die Wiedervereinigung zustande gebracht habe, sondern mehr ein Trotz-Ruf an die Deutschen, sich den Zusammenhalt nicht durch Kleinlichkeiten und Streitereien mies machen zu lassen. Denn unter der »Wiedervereinigung Deutschlands« verstand er mehr als nur den Beitritt der »DDR« und Ost-Berlins zur Bundesrepublik gemäß einem Grundgesetz-Artikel, den man flugs danach aus der Verfassung strich.

In einem vertraulichen Gespräch mit einem hochrangigen Abgesandten der seinerzeitigen Moskauer Akademie der Wissenschaften, der ihn nach den

wünschenswerten Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands fragte, beschrieb Hellmut Diwald im Sommer 1987 seine Vorstellung von einem geeinten Deutschland und war erstaunt, daß er auch über den Verbleib des Sudetenlandes etwas sagen sollte. Für seinen sowjetischen Besucher war dieses Gebiet »Jahrhunderte altes deutsches Land«, über welches infolge Fehlens eines Friedensvertrages noch nicht das letzte Wort gesprochen sei.

Das waren Eröffnungen der ideologischen »Gegenseite«, die Diwald nach dem Selbstverständnis seiner Landsleute und ihrer politischen Repräsentanten fragen und deren »Selbstbescheidung« in der Wahrnehmung deutscher Interessen immer zweifelhafter erscheinen ließen.

Von diesen und ihren akademischen Gefolgsleuten behend zum »Außenseiter« erklärt – seine Geschichtsbetrachtung als »reichisch-romantische Sicht« verfremdet –, fand er sich in der Einordnung mancher »Kollegen« und »Nachrufer« gar in der Riege derer, welche »die Erinnerung an die älteren Epochen der deutschen Geschichte durch die Leugnung oder Abschwächung der späteren Verbrechen« erkaufen, und schlußendlich in die Ecke der rechtsradikalen Schreibtischtäter gestellt.

Es gab Verunglimpfungen, vor denen ihn nicht einmal die Pietät eines Nachrufes schützte, wie manches Echo auf seinen Tod vor Jahresfrist erschreckend bezeugte. Die Überfülle ihrer Lästerungen des Toten und seines Werkes steht im Mißverhältnis zur Dürftigkeit ihrer Antworten auf Diwalds Fragen nach der Zukunft der Deutschen.

Noch wenige Wochen vor seinem Tod gab er zu bedenken, was denn die Schlesier, Pommern, Ost- und Westpreußen seien, wenn man heute die Thüringer, Sachsen und Brandenburger als »Ostdeutsche« bezeichne, um in feiner Ironie anzufügen: »Seien wir froh, daß wir als Nordböhmen, Egerländer oder Südmährer das einstige Heimatland nicht auch noch nachträglich aus dem Namen herausoperiert bekommen können!«

Im Gegensatz zu vielen seiner Kritiker beließ es Hellmut Diwald nicht bei brillanten Formulierungen und genialen Geistesblitzen, sondern legte auch praktisch Hand an, wenn es darum ging, eine Initiative zugunsten der unbefangenen Erhellung der Geschichte zu fördern. Die Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) ist ein solches Beispiel seiner Aktivität. Vor dreizehn Jahren gegründet, erfreute sie sich ohne Unterlaß seiner besonderen Fürsorge.

»Hoffentlich kann ich den Schreibtisch noch ordentlich aufräumen, bevor ich gehen muß«, vertraute er einem Freund an, als er von seinem unheilbaren Zustand erfuhr. Jetzt ist er von uns gegangen, wohin ihm seine Frau Susanne vor Jahren vorausgegangen war. Sein wohlbestellter Schreibtisch bietet der Nachwelt auch ohne die noch für die nächsten Jahre in Aussicht genommenen Buchvorhaben ein Vermächtnis, das seinesgleichen in der zeitgenössischen Geschichtsschreibung sucht.

Kurt Kluxen

# Ein Gedenkblatt für Hellmut Diwald als »unzeitgemäße Betrachtung«

1. Der Fall des Historikers Hellmut Diwald wäre für Nietzsches *Unzeitgemäße Betrachtungen* (1873/76) oder für Mösers *Patriotische Phantasien* (1767/86) ein Anlaß zu weitgehenden Erörterungen gewesen, da er nicht nur die Fachwelt der deutschen Historiker erregte, sondern auch die öffentliche Meinung in Bewegung setzte und zur Stellungnahme trieb. Dabei kam es zu einer heftigen Polemik, die streckenweise in eine Diffamierungskampagne ausartete, was sachbezogene Diskussionen erschwerte und zeitweilig innerhalb der Historikerzunft eine Lagerbildung auslöste, die eine unzeitgemäße oder auch patriotische Kritik nahe legt.

Man denkt unwillkürlich an ein anderes Verdikt der deutschen Historie im 19. Jahrhundert, als der junge Wilamowitz-Moellendorff Nietzsches Schrift *Die Geburt der Tragödie aus dem Geist der Musik* (1872) in der Luft zerriß und dessen Karriere als Universitätslehrer für immer beendete. Das geschah aus dem Gesichtswinkel der Klassischen Philologie, die sich gegen den Sprengsatz jenes erzürnten »Pulverkopfs« erfolgreich behauptete. Dabei ging allerdings dieser neuhumanistischen Wissenschaft eine wichtige Dimension verloren, nämlich das »Dionysische«, als dessen Anwalt sich Nietzsche gefühlt hatte.

Der Fall Nietzsche ergab sich aus der Aufsässigkeit eines Denkers von Rang gegen die hochmütige Selbstgewißheit und Selbstgefälligkeit der humanistischen Kollegenschaft, bewegte sich jedoch immer noch im Rahmen der Wissenschaft.

Ganz anders verhielt es sich mit dem deutschen »Historikerstreit« von gestern, der sich um die Länge des Büßerkittels drehte, den die deutsche Historie sich verordnen sollte. Die schuldbewußten und bußwilligen Moralisten schwangen die Auschwitz- und Antifaschismus-Keule und erklärten dem renommierten Historiker und Philosophen Ernst Nolte den Krieg, weil er seiner Verpflichtung auf Wissenschaft und Wahrheit den unbedingten Vorrang einräumte. Am Ende (1989) sprachen die empörten Moralisten nur noch über Nolte, aber nicht mehr mit Nolte.

2. So war es denn auch, aus anders gelagerten Gründen, zu guter Letzt im Fall Diwald. Man sprach nur über ihn, aber nicht mit ihm. Man griff zuerst seine Wissenschaft und dann auch seine Weltanschauung an. Dabei plädierte Diwald lediglich für eine Rückbesinnung, welche den Dimensionen menschlichen In-der-Welt-Seins und der Verwurzelung in seiner Herkunftswelt gerecht wurde. Die Wiederentdeckung patriotischer Politik in einer Zeit der Orientierungslosigkeit und des Werteverfalls war sein Thema, welches er, an den obsoleten Ideologien von rechts und links vorbei, im konkreten historischen »Ereignis« vorfand, in der Spiritualität geschichtlicher Vergegenwärtigung und Sinnfindung, was für ihn das Eigentliche der Historie oder ihre Wahrheit ausmachte.

Das war von Diwald gar nicht polemisch gemeint, wirkte aber wie ein Steinwurf in einen trüben Tümpel, der den Morast aus der Tiefe aufwirbelt. Diwald galt als Unruhestifter und als Ärgernis für die Zunft. Die große Resonanz im Publikum und die heftige Abwehr aus den Reihen der Zunft verrieten eine pathologische Komponente des Konflikts, an dem vielleicht auch ein übersteigerter Rechtfertigungsbedarf der Fachwelt nach dem sichtlichen Kompetenzverlust von 1968 und 1989 beteiligt war.

In einer stillen Stunde hat Diwald eingestanden, wie tief das Ausmaß der persönlich ausgemünzten Polemik ihn getroffen hatte. Er erfuhr am eigenen Leibe, was »strukturelle Gewalt« ist. Sie trieb ihn zu unglaublichen Leistungen an wie etwa die sechs Prachtbände über *Die großen Ereignisse. Fünf Jahrtausende Weltgeschichte in Darstellungen und Dokumenten* (1990), bis sein Wettlauf um Leben und Erfolg bald zu einem Wettlauf mit dem eigenen Tod wurde. Er war ein aufrechter Einzelkämpfer, und seine letzten Telefonate an die nächsten Freunde waren in ihrer Mischung von Tristesse und Noblesse, von Trauer und Treue unvergeßlich und erschütternd.

Dieser mißlichen Situation war die irenische Natur Diwalds nicht gewachsen. Er hatte gelernt zu leiden, aber nicht, sich zu wehren. Er öffnete jedem bereitwillig seine Tür, aber er war nicht darauf gefaßt, daß ihm seine Gegner die Fenster einschlugen. Seine Zurückhaltung machte ihn keineswegs zum Misanthropen; er rief vielmehr mitten in seiner Bedrängnis zum *Mut zur Geschichte* (1989) auf, die viele der professionellen Vergangenheitsbewältiger den Deutschen vergällen wollten.

3. Hiermit war klar geworden, daß herkömmliche Begriffe unerwünscht waren und Sündenstrafen nach sich zogen. Jeder Rechtfertigungsversuch zugunsten der eigenen Landsleute erregte bereits Unwillen und Empörung. Es galt als ungehörig und unerhört, wenn irgendwelche Tabu-Zonen in Wort oder Schrift angetastet oder in die Argumentation eingebracht wurden. Nationalstaatliches Denken war verpönt, weil Deutschland als multikulturelle Zuflucht für alle Verfolgten ein Beispiel wahrer Menschlichkeit zu geben habe.

Diwald wurde angegriffen, weil er die moralische Disqualifikation der deutschen Vergangenheit nicht mitmachen wollte. Es gab Beispiele der Selbst-

diskriminierung und der Nationalverstümmelung, an denen sich auch die Intellektuellen beteiligten, die hierzulande alles andere als eine »freischwebende Intelligenz« (Mannheim) waren und weder in der Stunde der Wiedervereinigung noch bei der Liquidierung des sowjetischen Machtsystems ein erlösendes Wort zu finden wußten.

Heute, nach dem Zusammenbruch der rechten und linken Ideologien, also jenseits von »Pest und Cholera« (Winston Churchill), litt und leidet die Bundesrepublik Deutschland an einer seltsamen Mixtur von Libertinage und tabuisierten Zonen, an einer geschichtslosen permissiven Gesellschaft und an einem abstrakten Menschenrechtsmoralismus, der Politik nur noch als diskursiv vollzogene Interessenverallgemeinerung gelten lassen will: und zwar im Sinne der Besitzstandwahrung oder einer bloßen Konsenspolitik, die mit der Erzeugung eines politischen Willens, also einer »volonté politique«, nichts zu tun hat, was ja die eigentliche Aufgabe einer Staatsverfassung sein sollte.

4. Nur wenige Politiker hatten eingesehen, daß nach dem Aufbruch von 1989 in Deutschland und nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Systems im Osten seit 1990 eine neue Definition von Politik gefordert ist, von welcher die Liberalisten und die Einheitssozialisten als einstige Anwälte der Zweistaatlichkeit nichts wissen wollten. Sie steuerten lediglich einen ideologischen Agnostizismus an oder redeten einem demokratisch aufgezäumten Nihilismus das Wort: Alles sollte erlaubt sein, was nicht verboten ist. Statt einer konkret bezogenen und menschlichen Maßen verpflichteten Politik betrieben sie die Emanzipation von überkommenen Bindungen und die Alleingeltung der demokratischen Majoritätsregel unter der billigen Gloriole einer egalitären »Selbstverwirklichung«. Das war nichts anderes als der säkulare »Anstaltsstaat«, der sich alle Lebensbereiche des Gemeinwesens aneignet und sie einer Verstaatlichung unterordnet, die sich nur noch aus dem Konsens der Mehrheit legitimiert. Das aber ist die eigentliche große Gefahr von innen, auf die jüngst warnend Franz Oppenheimer in der *FAZ* (12. 1. 1994) hingewiesen hat. Der Eintritt des Gemeinwesens in den Nihilismus eines wertfreien Staates ist die eigentliche Bedrohung für Deutschland und Europa.

Alles, was Diwald gesagt und geschrieben hat, ist eine Kriegserklärung gegen eine solche Umwertung aller Werte, gegen den multikulturellen Blindflug und die Nivellierung der Herkunftswelt. Der Nihilismus war für ihn und ist für uns der Ernstfall. Er bedeutet den Verlust der Identität des Gemeinwesens und eine verhängnisvolle Geschichtslosigkeit, die den Staat zum Leviathan macht und die Menschlichkeit zur Privatsache verkümmern läßt.

5. Die eigene Geschichtlichkeit ist Grundbedingung für die bewußte Gestaltung der eigenen Gegenwart. Der höhere Standpunkt einer überlieferten geistigen Welt ist Voraussetzung weiterer Aneignung. Auch die »Nation« definiert sich aus ihrer Geschichte und der Erinnerung daran. Für Diwald bleibt die Historie eine notwendige Dimension unseres Welterkennens und das Organon konkreter Daseinsorientierung. Selbsterkenntnis und histori-

sche Ortsbestimmung fallen dort zusammen, wo die Ebene der Geschichtlichkeit erreicht ist, also die menschliche Lebenswelt den Naturstand hinter sich gelassen hat und der Mensch zu bewußter Lebensgestaltung fortgeschritten ist. Erst wenn er weiß, woher er kommt, und weiß, wohin er geht, ist die »memoria« die wegweisende Bahn für »intellectus« und »voluntas«, für Wahrheit und Gerechtigkeit (Augustinus).

Die Position Hellmut Diwalds befindet sich im Einklang mit der modernen Denkweise über Wissenschaft, insofern die philosophische Hermeneutik aus ihrer Methodenlehre (Gadamer) sich bemüht, ihre wissenschaftlichen Verfahren mit dem allgemeinen Verständigungsprozeß der Menschheitsgeschichte zu verbinden. Die Überlieferungsgeschichte der modernen Naturwissenschaften wird heute in die hermeneutisch erschließbare Faktizität des menschlichen In-der-Welt-Seins einbezogen, weil Tatsachen niemals an sich gegeben sind, sondern immer schon als Bestandteile eines Deutungszusammenhangs im hermeneutischen Zusammenhang interpretiert werden, zumal im gewandelten Naturbegriff der Atomphysik heute nicht mehr das Verhalten der Elementarteilchen »an sich«, sondern unsere Kenntnis von ihnen beschrieben wird – relativ zur menschlichen Experimentiersituation, also innerhalb eines Wechselspiels von Frage und Antwort verbleibt.

6. Das bedeutet für unsere »unzeitgemäße« Kritik, daß an dieser Stelle ein Wort über die Wissenschaften angebracht ist – und zwar auch über das Elend der Wissenschaften heute, deren Kritik alles hinterfragen will, was auf dem Markt der Möglichkeiten sich anbietet, wobei der Dissens das notwendige Agens ernster Wissenschaft und ihres Fortbestands ist. Freilich fehlt der wechselseitigen Selbstzerfleischung eine gesamtgesellschaftliche Grammatik und Dialektik, auf deren Grundlage alle Geltungsansprüche hin und her diskutiert werden könnten, bis sie mit den Modalitäten eines »herrschaftsfreien Dialogs« übereinstimmen.

Ein solches flächendeckendes Diskutieren – vergleichbar den Dauergesprächen in der *Utopia* von Thomas Morus – bliebe freilich ein unergiebiger Dauerstreß ohne jeden emanzipativen Effekt, da ein solcher Dialog niemals ans Ende kommt und das Hinterfragen unbegrenzbar ist, also die Praxis verfehlt wird. Der tatenarme Humanismus erhebt das Gespräch zum Selbstzweck. Aber nicht die freie Diskussion und das homerische Gelächter der Helden, sondern erst die geheime Verschwörung im Bauch des Trojanischen Pferdes bringt Troja zu Fall.

Außerdem hat jede Einzelwissenschaft ihre je eigene Evidenz, der gegenüber die »Wissenschaft« als solche keine allgemein anerkannte Instanz darstellt. Je gelehrter die Leute sind, um so weniger sind sie kommunikationsfähig. Eine babylonische Wissenschaft der Wissenschaften, die den allgemeinen Bezug auf das Ganze von Welt und Mensch festhält, steht noch aus und krankt an ihren Inkompatibilitäten, da die Einheit des Ganzen nicht mehr sein kann als ein regulierendes Postulat der praktischen Vernunft.

Nur im einzelnen ist die Wissenschaft erfolgreich, aber im ganzen läßt sie die letzten Fragen unbeantwortet, was paradoxerweise ihren weiteren Fortbestand garantiert. Man kann auf die Wissenschaft hoffen und darf sie lieben, aber man darf ihr nie Glauben schenken, zumal Kritik das beste Teil an ihr ist. Sie läßt der religiösen Weltorientierung durchaus eine Chance, zumal von der christlichen Tradition her der Gedanke der Theodizee seit Anselm von Canterbury den Beginn der großen abendländischen Spekulation über Gott und Welt markiert. Mit dem »Gottesbeweis« Anselms wird aus christlichem Denken (credo ut intelligam) die Wissenschaft geboren – gewissermaßen hoch zu Roß, wo vom Begriff auf die Existenz und von der Wissenschaft auf die Wirklichkeit geschlossen wird und die Wissenschaft über Nikolaus Cusanus, Baruch Spinoza und Leibniz bis zu Hegel der Religion fast den Rang abzulaufen drohte.

Dabei erscheint die absolutistische Wissenschaft eines Hegel als das einzig Bleibende und Gewisse, was sie aus ihrem Begriff als strukturelle Kritik gerade nicht mehr sein kann. Selbst wenn heutzutage von der France Nouvelle aus ein hegelianisch verkleisteter Cartesianismus aus dem Zweifel die Gewißheit und aus dem Begriff die Wirklichkeit herauszuangeln sich untersteht, sollte man es mit der zur Struktur gewordenen Kritik als Ausweis von Wissenschaft genug sein lassen. Im Grunde sind die jungen Anwälte der Posthistoire wie Baudrillart, Derrida und Lyotard »Verwalter der theoretischen Leere«. Sie haben den Aberglauben an die Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft dran gegeben und predigen den Unglauben als Wissenschaft in dem Sinne, daß nur diejenigen Ergebnisse wissenschaftlich sind, die zugleich das Gegenteil als ebenso schlüssig anerkennen, was deshalb so sein muß, weil das Ganze nicht Objekt der Wissenschaft sein kann, sondern die Negation des Ganzen, seine Abgrenzung durch anderes ist, die wissenschaftliche Unterscheidung aber das Identische ausschließt. Damit ist die Wirklichkeit verfehlt und der Vermittlungszusammenhang getroffen, aber ohne das Vermittelte und ohne den Vermittler. Die wahre Historie ist für sie subjektlos und gegenstandslos, also bestenfalls ein Hologramm, ein abgestorbener Aberglaube und eine ungeheuerliche Selbsttäuschung. Mit diesen Verschlüsselungen treten wir in die Finsternis eines Konzils von Nachtgestalten mit dem Geist als Widersacher der Seele, wo das Partikulare feierlich zum illegitimen Absolutum erhoben wird. Klingt dies nicht alles wie eine dumpfe deutsche Metaphysik? Oder wie die verschrieene Postmoderne?

In Wirklichkeit sind Anfang und Ende der Welt kein Objekt der Wissenschaft, sondern der Spekulation, obgleich die Vergangenheit sich vermehrt und die Zukunft sich immer mehr verzehrt. Manche Wissenschaftler wissen von der Wissenschaft soviel, wie die Fische von der Hydrodynamik. Das sind meist die besten Praktiker; sie wollen »exactness not verity«, und im Suchen schon findet der Geist seine Erfüllung. Sein Nicht-Wissen ist immer schon ein Vor-Wissen der Seele, auch ohne eine Weltformel.

Eine solche groteske Spielerei mit der Philosophie als Spielmaterial ist ein Unding und gehört – wenn wir dem »Lehrer der Schwankenden« und »Doctor perplexorum« Moses Maimonides (1135–1204) folgen wollen – auf die Anklagebank, weil alles Argumentieren zu bloßem Gerede in der Tafelrunde, zur Schönen Literatur oder zum zynischen Federspiel entartet, ohne von den Schlünden des Verderbens Notiz zu nehmen. Freilich ist die Wissenschaft für sich genommen ein völlig profanes Unternehmen, das mit Methode das Numinose und Erhabene verfehlt und den Entsprechungszusammenhang zwischen Dichtung und Wahrheit leugnet.

Die Wissenschaft ist nur kompetent für die Wissenschaft und nicht für die Wirklichkeit, die von ihr aus gesehen zum Caput Mortuum (Hegel) »verwissenschaftlicht« wird. Nicht das »Seyn« und nicht die Wissenschaft haben das letzte Wort, sondern das Gegenteil davon ist für den Menschen die eigentliche Wirklichkeit, nämlich der Tod, der Verfall und das Verderben; sie lehren uns eine andere Sprache: Es drängt die Zeit und alles, was jedermann als Maß und Stunde gesetzt ist. Der Mensch allein weiß, was er gar nicht wissen will, daß er nämlich sterben muß. Aber die Wissenschaft ist und bleibt ein Unternehmen, das ständig weiterschreitet und sich beständig revidiert.

Das Funktionieren dieser Wissenschaft ist ein Wunder und vorwiegend ein Wunder des neuzeitlichen Europas, das die Selbstkritik, die Entzweiung und die Dialektik des Daseins als widersprüchliche Resultante, fast als delphisches Orakel, sich zugeeignet hat. Der Mensch aber ist der eigentliche Störfaktor, denn die Voraussetzung seines Geistes ist, daß er irren kann. Davon ist die Wissenschaft nicht ausgenommen.

7. Alle Geschichte ist Geistesgeschichte, und die Welt wäre unbegreiflich ohne das Wissen um sie. Ohne die Menschen und ihre gedankliche Rückschau könnten Welt und Geschichte nicht auf ihren Begriff gebracht werden. Zum Denken gehört seine Nachvollziehbarkeit durch andere, was erst das Denken als solches qualifiziert. Ausgerechnet das Eigenste im Menschen ist auch das, was für jedermann prinzipiell einsehbar ist: anima est quodammodo omnia! – Selbst Immanuel Kant sagt abschließend in seiner *Kritik der reinen Vernunft* (1781/87), daß er nur geschrieben habe, was der schlichte Menschenverstand ohnehin schon weiß. Das ist so wie mit der Hydrodynamik bei den Fischen.

Man muß noch weitergreifen und mit dem großen konservativ-liberalen Benedetto Croce sagen, daß die einzige stichhaltige Begründung für die Historie der absolute »Spiritualismus« ist: Nicht das Faktum ist entscheidend, sondern das, was die Leute sich dabei gedacht haben, und jedes »Ereignis« ist ein Zusammenwirken von »Gedanke und Tat«, was mit Kausalität nur beiläufig zu tun hat – nämlich mit »Kausalität aus Freiheit«, wo das Allgemeine Ursache des Besonderen ist (Kant).

Denken wir an den großen Isaac Newton, als ihm ein Apfel auf den Kopf fiel. Das Faktum an sich ist von äußerster Banalität und für sich genommen gleichgültig. Es kommt uns nur darauf an, was Newton dabei gedacht hat, was

allein schon ein weit ausgedehntes Vorverständnis voraussetzt, aber dann mit dem Aufprall des Apfels auf seinen Kopf den Einfall hervorrief, daß die irdischen Fallgesetze und die himmlischen Gravitationsgesetze identisch seien. Himmel und Erde vereinigten sich unter einem Gesetz zu einem neuen Paradigma der Welterfassung, was in den Augen der Zeitgenossen die ganze Welt in ein anderes Licht setzte und die Erde zu den Sternen erhob. Das Faktum wurde zum »Ereignis« der Weltgeschichte, nicht nur für die Zeitgenossen, sondern auch im höheren Sinne für alle Zeiten.

8. Noch andere Gesichtspunkte sind ins Feld zu führen, um dem Geisteswissenschaftler Diwald Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Von der Welt her gesehen, ist dieses Universum undenkbar und unfaßbar ohne einen Betrachter, der sie ansieht. Er ist notgedrungen immer mitzudenken. Man kann auch sagen: Die Welt ist ohne ein Wissen um sie nicht begreiflich. Und dann auch: Der Mensch ist kein Zufall, sondern wie eine Konsequenz ihrer Verständlichkeit; der Mensch ist einer, der um sich und die Schöpfung weiß. Auch die Welt als Zufall zu setzen ist fragwürdig; denn der Kosmos ist so abgestimmt, als wäre die Existenz denkender Wesen von vornherein eingeplant gewesen. Es ist auch nicht ganz falsch zu sagen, daß die Mathematik die Natur zur Vernunft gebracht hat oder die Mathematiker die Physiker zur Räson gebracht haben oder umgekehrt. Die Welt hat ihre Geschichte, die immer mitgedacht werden muß, wenn sie auch prinzipiell als ewig »Unvollendete« genommen werden muß.

Diwalds *Fünftausendjährige Weltgeschichte der großen Ereignisse* ist also eine denkbare und erlaubte Möglichkeit der Weltorientierung, zumal die Geschichtswissenschaft die Welt und das Weltall auch als Begründungszusammenhang erkennbar machen will, aus dem sich Geschichte konstituiert. Sie ist jedenfalls weit mehr als ein Kausalzusammenhang oder gesetzter Zweckzusammenhang, nämlich ein Sinnzusammenhang oder Kommunikations- oder Sprachzusammenhang, ein verstehbarer Zusammenhang, dem es weniger auf die Natur oder den Zweck einer Sache im einzelnen ankommt als auf die Vernunft der Sache im Ganzen.

Diwald betreibt indirekt und unausgesprochen eine Rehabilitation der Geschichtsschreibung über seine eigene praktische Philosophie, welche den jeweiligen Ereigniszusammenhang als Ausdruck einer weltverändernden Praxis im Dienst menschlicher Daseinsbewältigung oder des zeitlichen In-der-Welt-Seins ansieht und auf den Begriff bringt. Dazu bedarf es einer sprachlichen Bewältigung, bei der alle verfügbaren Materialien zu Zeugen aufgerufen werden, was sie »an sich« gar nicht sind. Das »historische Ereignis« wird gewissermaßen inszeniert als Geschichte in einer Geschichte; freilich nicht nach Willkür, sondern mit der Absicht auf Wahrheit, und zwar geschichtliche Wahrheit, die nicht »ewig«, wohl aber Moment eines Ganzen, als »Erinnerung« oder »Vergegenwärtigung« für uns »aufgehoben« ist.

In seiner *Geschichte der Deutschen* (1978) hat Diwald sogar ein gegenchrono-

logisches Verfahren angewandt, um inhaltlich besetzte Begriffe und Klischees zu unterlaufen, aber auch um dem Trugschluß entgegenzuwirken, aus dem zeitlichen Nacheinander der Ereignisse auf eine Kausalbeziehung zu schließen, also aus dem post-hoc ein propter-hoc zu machen. Das hat ihm viel Ärger eingebracht. Aber dafür läßt sich angeben, daß die Naturwissenschaften vom Ursprung, also vom Kausalzusammenhang, ausgehen, während die Geisteswissenschaften vom Vermittlungs- und Sinnzusammenhang her sich bestimmen lassen.

Darüber läßt sich trefflich streiten, zumal der Vorrang der »Erzählung« in der Historie zwar nie ganz zu umgehen ist, aber über den Kausalzusammenhang hinaus auch ein Sinnganzes ist, selbst in einem »Lebenslauf«, der ein Naturvorgang ist, dessen »Gelingen« jedoch vom Menschen mitgestaltet wird, was gerade seinen Reiz als Beispiel sinnvoller Lebensgestaltung ausmacht. Historisches Denken ist immer konkret bezogenes Denken und, vom europäischen Kulturzusammenhang gesehen, immer auch konsequentes kritisches Denken, zu dessen Streben die Scheidung von Dichtung und Wahrheit gehört.

9. Für den Historiker ist die Aneignung von Texten immer eine neue Schöpfung, da er alle Quellen und Relikte als Zeugnisse ihrer Zeit betrachtet und sie aus der Einheit des Ganzen dahinter versteht. Es gibt ein Ganzes von Sinn in der Allseitigkeit seiner Bezüge. Dazu gehört auch eine Unendlichkeit des Nichtgesagten und Ungesagten, auf das hin der Text eine Antwort gibt. Der Interpret selbst steht in einem Überlieferungsgeschehen, in welchem der Text erneut zur Sprache kommt, wobei die Worte im Verhältnis zum Ganzen an Bedeutung gewinnen.

Die Einheit des Ganzen ist der wahre hermeneutische Hintergrund und auch der eigentliche hermeneutische Gegenstand. Das meiste steht gar nicht in den Quellen und wird ungewollt verraten. Außerdem hat das wahre Denken durch den ihm innewohnenden Bezug auf die Wahrheit einen aufhebenden Charakter, was seine unverfälschte Vergegenwärtigung ermöglicht. Der Historiker beschreibt sogar, was kein Auge gesehen und kein Ohr gehört hat und doch zur Wirklichkeit gehört, wie etwa die statistischen Größenverhältnisse und tabellarischen Ereignisse, die er aus seiner Forschung aufdeckt, die aber den Zeitgenossen unbekannt waren.

Vor allem kennt der Historiker den weiteren Verlauf eines Ereignisses und seine Folgen. Jedoch bleibt, daß die Zeitgenossen von damals sich wiedererkennen würden, wenn sie dem Historiker über die Schulter schauen. Der Historiker muß den subjektiv gewählten und objektiv gefundenen Orientierungsbezügen gleichzeitig gerecht werden. Kein Mensch ist nur Objekt (an sich), und jeder Mensch ist immer auch Subjekt (für sich). Sein Wissen aber schafft eigene Tatbestände. Nur durch sein Wissen unterscheidet er sich vom Tier, und nur durch sein Erinnern, Erkennen und Denken wird er mitverantwortlich und erkennt Schuldzusammenhänge. Alles, was geschieht, erhält

Dauer durch die vorstellende Intelligenz und geht durch das »Aufheben« und »Wiederherstellen« in die Einheit des Bewußtseins ein.

Es gibt eine Hermeneutik des Daseins auf die philosophische Frage: Was ist der Mensch? Oder eine Hermeneutik des geschichtlichen Daseins auf die Frage: Wer ist dieser Mensch?

Die Wirklichkeit ist nicht homogen, sondern heterogen, nicht harmonisch, sondern dramatisch, nicht einheitlich, sondern vielfältig. Funktionen sind genau so wichtig wie Fiktionen; indessen ist die Wahrung des Ganzen und die Kommunikation innerhalb dieses Ganzen entscheidend für die Geisteswissenschaften, während die fortschreitende Spezialisierung der Naturwissenschaften bewirkt, daß man immer mehr von immer weniger weiß.

10. Hellmut Diwald war ein Geisteswissenschaftler, indessen brachte sein Begriff von Geistesgeschichte mit sich, daß er auch ein politischer Denker war, der danach fragte, was Staat und Politik heute noch sein können und was von beiden zu erwarten oder gar zu verlangen ist. Sein Aufruf *Mut zur Geschichte* wandte sich gegen eine weinerliche Bußgesinnung, die nicht zwischen Schuld und Haftung, moralischer und geschichtlicher Schuld oder auch Schuld als Schicksal zu unterscheiden wußte. Nach dem Zusammensturz der totalitären Ideologien muß ein neuer Anfang gefunden werden, der die Möglichkeiten und Chancen eines Lebens in Freiheit, Recht und Gerechtigkeit erwägt. Das klingt so altertümlich und vielleicht auch albern, aber es auszusprechen ist schon tröstlich, wenn es aus dem Munde von Betroffenen kommt, die alles verloren hatten und doch nicht verzweifelten. Darin bleibt uns Diwald ein Vorbild und alles zusammengenommen auch ein großes Vorbild. Seine unausgesprochene und maßgebende philosophia practica universalis als Handorakel der Weltklugheit steht hier als Pate hinter uns.

Am Anfang des neuen politischen Denkens stehen nicht Deklarationen und Proklamationen, sondern das jeweilige Gemeinwesen (commonwealth) als konkrete und gewachsene Individualität, dessen Bewahrung erste Aufgabe eines Staatswesen zu sein hätte. Sprache, Religion, geistiges Leben in Recht, Bildung, Kunst und Wissenschaft bis hinein in Wirtschaft, Produktion und Handel sind und bleiben ihm vorgegeben. Durch das Besondere des Gemeinwesens ist der Staat (nach Hegel) in erster Linie eine Individualität, nämlich »die erste und höchste durchdringende Bestimmung in der Organisation des Staates« (s. WW 10/338), der erst durch die Regierungsgewalt »Einer« ist. Ihm geht also das Gemeinwesen als »societas sine imperio« voraus, dem gegenüber der Staat nur eine negative (bewahrende) Kompetenz hat.

So sieht es auch das Grundgesetz, wonach das Recht der Politik vorausgeht und kein Gesetz eine Rechtswidrigkeit festschreiben oder befehlen darf. Der Staat ist verantwortlicher Treuhänder für den moralischen und materiellen Reichtum des Gemeinwesens – zugleich freilich auch ein Nothelfer gegen die Not des Irdischen. Diese schlichte Feststellung ist von äußerster Wichtigkeit und ergibt, daß der Staat nur ein Mittel für das Gemeinwesen ist, das über die

»Verfassung« eine Objektivierung von Gesetz, Verwaltung und Justiz mit Hilfe einer »Gewaltenteilung« anstrebt. Der Staat bringt eine neue Qualität hinzu, nämlich den »politischen Willen« als Ergebnis demokratischer Selbstbestimmung, die aber nur fortsetzt, was die »super-légalité préconstitutionelle« (Hauriou) ohnehin gebietet.

Der Kern oder der Angelpunkt einer freien Verfassung ist, wie schon Artikel 22 der »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« vom 26. August 1789 erkennen läßt, lediglich ein Verfahrensmodus vom Allgemeinen über das Besondere zum Einzelnen, von der Legislative über die Exekutive zur Judikativen, was also nichts anderes war als das, was im vorrevolutionären 18. Jahrhundert schon immer die »Constitution« von Recht überhaupt gewesen ist. Staat und Gemeinwesen verhalten sich zueinander wie Form und Inhalt – oder mit Verlaub zu sagen – wie Bierfaß und Bier: beide sind notwendig, aber das Bierfaß ist nichts ohne das Bier. Der demokratische Staat ist Diener, aber Diener des ganzen Gemeinwesens, jedoch nur mit politischer Entscheidungskompetenz, die die Qualität und die Individualität des Gemeinwesens nicht beeinträchtigen darf.

Die politische Kompetenz beruht auf Mehrheitsbeschlüssen und ist auf politische Alternativen bezogen. Sie darf keinesfalls über die Grundwerte menschlichen Daseins hinweggehen. Über der Politik steht das Recht als »Organisation der Freiheit« (Hegel), dem gegenüber der Staat nur eine negative (bewahrende) Kompetenz hat. Erst diese Treuhandschaft (trusteeship) gibt dem Staat Autorität, Vertrauen und patriotische Verbundenheit der Bürger. Sie legitimiert erst jenes »Gewaltmonopol« des Staates, der den »Ausnahmezustand« (casus necessitatis) erklären darf, der immer räumlich und zeitlich beschränkt sein muß auf Notwehr.

Das Moment des Unbedingten innerhalb des Staates liegt nur in seinem Hoheitsmonopol und in seiner Strafgewalt, also in seiner »Gerechtigkeit«, deren höchste Stufe das Gnadenrecht oder die Menschlichkeit ist. Das Unbedingte der Politik gibt es nur im Negativen als Verteidigung oder Abwehr von Gewalt.

Das Grundgesetz markiert im Artikel 19, Absatz 2 diese fundamentale Abkehr vom alten Verfassungsrecht, wonach die angeführten Grundrechte unantastbar bleiben und, ebenso wie beim Völkerrecht, nicht durch einen »Ausnahmezustand« suspendiert werden können. Die unantastbare Subjektivität des Einzelmenschen ist heute fast vergleichbar dem »monarchischen Prinzip«, das zur Bismarckzeit (1867) einen gewissen konstitutionellen Platz besetzt hielt. – Übrigens sind die langen Titellisten der Hohenzollern und der Habsburger kein Jahrmarkt der Eitelkeiten, sondern nichts anderes als Schutzverpflichtungen der Herrscher für alle ihre Völker und Volksgruppen. Sie alle hatten Immediatrechte bis zur Krone.

Ähnliche Einschränkungen der Herrscher-Kompetenz finden sich bei John Locke im ersten seiner beiden *Treatises of Government* (1690); aber noch

eindringlicher im zweiten Teil der Weimarer Verfassung von 1919 (nach Carl Schmitt), wonach die geistig-sittliche Substanz des Gemeinwesens dem Staat treuhänderisch anvertraut war. Hier behielt die Freiheit im geistigen Bereich ihre eigenen Maßstäbe und Qualitäten, die jenseits von Politik und oberhalb der staatlichen Sphäre sich selbst Grenzen ziehen konnten. Die Kompetenz-Kompetenz des Staates umfaßte auch jene negative, nur bewahrende Kompetenz einer Behütung der moralischen Identität des Gemeinwesens, also eine Verpflichtung des Staates und eine Berechtigung der Bürger auf ihre Lebenswelt. Damit sind dem Staat die Zähne gezogen und eine Chance für europäische Übereinkünfte geöffnet, die der Tradition im einzelnen und der Vernunft im ganzen nicht zuwiderlaufen.

Pragmatisches Handeln nach den Umständen oder auch den Mehrheitsverhältnissen ist auf der Ebene der Politik stets vertretbar und manchmal notwendig, um ein zeitliches Miteinander zu ermöglichen oder individuelle Freiheit und kollektive Ordnung zu versöhnen. Es gibt Unbedingtheit in der Politik, aber nur im Negativen, also in der Abwehr von Unrecht, Gewalt, Verbrechen und Zerstörung. Hier hat der Staat aus seinem Wesen als Rechtsstaat ein unbedingtes Hoheitsmonopol mit diskretionärer Gewalt, eine Freiheit aus der Vernunft als Regulativ von Politik überhaupt. Das ist zwar kein »monarchisches Prinzip«, aber doch im neuen Politikverständnis das zentrale »Arcanum Imperii« des Staates im Gemeinwesen. Das entspräche auch der Forderung Diwalds nach einer universal auslegbaren praktischen Philosophie.

11. Das völlige Gegenteil davon wäre eine durchgehende »Demokratisierung« der geistigen Welt, einzig und allein im Namen der unbegrenzten Herrschaft des jeweiligen Mehrheitswillens. Das würde sogleich den Verlust der justitiablen Verantwortlichkeit des Einzelsubjekts nach sich ziehen. Der Konsens der zahlenmäßigen Mehrheit legitimiert nur von Fall zu Fall jene Entscheidungen, die immer nur relative und politisch begründbare Entscheidungen sein dürfen. Die sinnstiftenden kulturellen Lebensbereiche sind jedoch völlig unabhängig von der Zahl ihrer Anhänger oder Gegner und haben eine Fundierung außerhalb und oberhalb der Politik. Es sei nur an das Wort von Albert Einstein erinnert, als er erfuhr, daß zweihundert deutsche Physiker sich gegen seine Relativitätslehre öffentlich verwahrt hatten: »Wie? 200? – Einer hätte doch genügt, mich zu widerlegen!«

Damit ist keineswegs einer Trennung von Staat und Geist das Wort geredet, sondern dem Anspruch des Geistes auf Schutz und Förderung durch den Staat und aus dessen negativer (bewahrenden) Kompetenz. Darunter fällt das meiste, was sich innerhalb des Gemeinwesens abspielt und was, aus einem anderen Gesichtswinkel, als »Subsidiaritätsprinzip« in der Diskussion über eine künftige europäische Herrschaftsordnung eine wichtige Rolle spielt oder spielen wird. Für Wilhelm von Humboldt, den Begründer des deutschen Bildungswesens im 19. Jahrhundert, waren ohnehin Freiheit und Bildung

identisch. Die »Herrschaft der Vernunft« im Gemeinwesen wird, wenn man so sagen will, »künstlich« aufrecht erhalten oder geschützt durch die »Organisation der Freiheit« als Recht im Staat. Die Identität von Freiheit und Vernunft ist leitender Gesichtspunkt einer begriffenen Geschichte aus der Vermittlung zwischen Subjekt und Objekt, wobei (für Hegel) die Totalität der Vermittlungen die gedachte Wahrheit des Ganzen ist.

Die Wahrheit der Theorie wäre dann negativ ein grundsätzlicher Ideologieverdacht und positiv gesehen das Begreifen der Herkunftswelt und Politik aus einer neuen Lehre von der konkreten Freiheit, und das ist jene »Philosophia practica universalis« (nach Joachim Ritter), aus der jedes Moment als solches unverständlich oder unwahr ist, aber im ganzen und vom Ganzen her gesehen als gerechtfertigt erscheint. Der Staat gibt nicht die Gewißheit, wohl aber die Chance zur Konkretisierung von Freiheit in einem vorgegebenen Sinnzusammenhang, der also immer auch ein potentieller Schuldzusammenhang sein kann.

Die Identität der Vernunft mit der Wirklichkeit ist nicht selbstverständlich, sondern eine Sollensforderung und verlangt einen »guten Willen«, der bei jedermann als »volonté générale« vorgegeben erscheint, aber durch den Staat erst zum handlungsfähigen politischen Willen der vielen wird. Es gilt der Satz, daß jedes Subjekt in seiner historischen Gewordenheit erst seiner selbst ansichtig und zum sittlichen Handeln befähigt wird. Nur über eine begriffene geschichtliche Vermittlung kommt es zu einem »Bei-sich-selbst-Sein« und zugleich auch aus der Einheit des Selbstbewußtseins zu einer retrospektiven Selbstbestimmung aus Freiheit.

Die Verstehbarkeit der Geschichte wird gewissermaßen aus dem Zusammenwirken von Subjektivität und Objektivität – wie etwa beim »Fluchtpunkt« der Perspektive – hergestellt. Nun ist aber die Welt auch eine gefallene Welt, und für Thomas Hobbes ist der *Leviathan* sogar nichts anderes als der verhinderte Bürgerkrieg. Das Ganze begreifen heißt deshalb nicht schon es rechtfertigen. Es gehört dazu, daß der menschliche Geist in seiner Selbsterkenntnis sich als eine mit sich entzweite Natur durchschaut, wobei die menschliche »Natur« in ihrer Entfremdung erst vernehmbar wird, ohne daß die aus den Repressionen des In-der-Welt-Seins erarbeitete Identität des Ichs dabei ausgelöscht wird.

Es müssen, analog dazu, innerhalb eines Verfassungsstaates unantastbare Bezirke des Menschlichen und Nächstliegenden unbesetzt bleiben, deren Unversehrtheit das ermöglicht, was wir Mitmenschlichkeit nennen, eine Zuflucht für niemanden und jedermann. Etwa im Sinn des Älteren William Pitt vor dem englischen Parlament (1756): »Der englische Bauer ist arm; Sturm und Regen schlagen in seine Hütte. Aber der König darf sie nicht ohne seine Erlaubnis betreten!« Oder ein anderes Beispiel aus England: Das Parlament in Westminster könnte der Königin ohne weiteres befehlen, ihr eigenes Todesurteil zu unterschreiben. Nichtsdestoweniger geht jeder Engländer ruhig ins

Bett, ohne sich darum zu sorgen, daß sofort eine neue Verfassungsbestimmung diesem ungeheuerlichen Mißstand ein Ende setzt. Das meiste, was die Engländer tun dürfen oder nicht, steht ohnehin in keiner Verfassung. Sie haben im Grunde überhaupt keine Verfassung. Welch ein Mißstand! – oder welch eine Weisheit! Das Gemeinwesen ist eben immer noch das Individuum England (bzw. Großbritannien), was nirgendwo ausdrücklich festgelegt ist. Wer alles Mögliche in statuierte Gesetze fassen will, vernichtet gerade das Arcanum Imperii, nämlich die Individualität des Gemeinwesens: »England«. Und das soll auch so bleiben.

Das Gegenteil wäre eine »postmoderne Revolution« auf wahre Menschlichkeit für alle hin oder die Freigabe des Gemeinwesens zur Plünderung von Staats wegen. Das wäre aber die dritte Alternative nach »Pest und Cholera«, eine Schreckensvision aus dem Rezeptbuch des Untermenschen, aber auch ein heilsamer Schock für den gesunden Menschenverstand und für eine Wiederentdeckung der Grenzen und Maße einer ins Offene reichenden Gegenwart.

12. Ein Geisteswissenschaftler wie Hellmut Diwald schreibt der Religion eine bedeutende, wenn nicht die größte Rolle in der Weltgeschichte zu. Von ihr aus wird überhaupt das Thema Weltgeschichte erst ausgesprochen und die Einbindung in Stammesverbände oder Kulturkreise zuerst überwunden. Für Hegel ist die Religion eines Volkes der tiefste Ausdruck seiner Lebensperspektiven, und nach Arnold Toynbee kommt aus den Religionen eine die Kulturkreise überbrückende dynamische Kraft. Außerden haben alle Kulturen, die diesen Namen verdienen, ihre Heiligtümer, deren Verunglimpfung als Angriff auf ihre Identität angesehen wird. Das ist schon daraus zu ersehen, daß die Gesetze gegen Gotteslästerung zum ältesten Bestandteil menschlicher Rechtsprechung gehören.

Statt nun aufgrund der Treuhandbeziehung des Staates zum Lebensbereich Religion den Gotteslästerungsparagraphen (§ 166 StGB) zu erweitern, wurde er bis zur Sinnlosigkeit abgeschwächt: er sei nur anzuwenden, wenn der »öffentliche Friede« nachweisbar gestört ist (1969). Daran waren als kirchliche Experten Helmut Gollwitzer und Joseph List S. J. beteiligt. Die »Ehre und Heiligkeit« des in der Grundgesetz-Präambel genannten Gottes waren kein Rechtsgut mehr. Die Vorzugsbehandlung des Trinitarischen Gottes wurde beseitigt, indem man den Schutz vor Verunglimpfung oder Beschimpfung der Ehre Gottes aufhob, wenn die öffentliche Ordnung nicht gestört war. Die Duldung von Spott und Hohn in Sachen der Religion ist eine Glanzleistung staatlicher Selbstwiderlegung. Das bedeutete eine Sanktionierung antireligiöser Feindseligkeit um der angeblichen Wertneutralität des Staates willen.

Die Schubkraft der Religion ist der Menschheit bester Teil und hat gewaltige Werke entstehen lassen, die heute noch die Welt zum Staunen bringen, denken wir an Stonehenge auf der Ebene von Salisbury, oder an den »Kölner Dom«, den Goethe noch als »einen ungeheueren Weltgedanken« gefeiert hat (1810),

oder auch an Bachs *h-moll Messe* als Vollendung einer Entfaltung christlichen Weltverständnisses, ohne welches die Musik kaum über einen Tiroler Jodler hinausgekommen wäre.

Der Verzicht des Staates auf Letztbegründung und verbindliche Sinnstiftung gibt der Religion einen eigenen Wirkungsbereich; denn Religion ist die Weise, in welcher dem Menschen ein Bewußtsein seines Wesens und seiner Zugehörigkeit zur Welt aufgeht.

Es wäre völlig abwegig, daraus eine »strikte Neutralität« des Staates abzuleiten. Es gilt zwar die Unantastbarkeit der persönlichen Glaubens- und Gewissensentscheidung, also der menschlichen Privatsphäre; aber der Satz »Religion ist Privatsache« darf nicht zum Grundsatz einer demokratischen Staatsverfassung gemacht werden, wo die Religion oder eine Kirche wesentlich zur Identität des Gemeinwesens beigetragen haben. Auch die Väter des Grundgesetzes von 1949 haben nicht an einen »laizistischen Gesetzesstaat« gedacht.

Wenig hilfreich ist hier die Religionswissenschaft. Sie verfehlt ihr Thema, weil sie die Religionen nicht ernst nimmt. Sie ist jedenfalls keine eigene Religion, sondern setzt deren Gleichgültigkeit voraus. Immerhin unterscheidet sie zwischen Primitiv- und Stammesreligionen oder auch Naturreligionen, zwischen Kannibalismus, Animismus, Fetischismus, Tabuismus usf.; es gibt Offenbarungs- und Erlösungsreligionen, Vernunftreligionen, Schrift- und Buchreligionen. Toleranz allen Religionen und Kulten gegenüber ist Ausdruck völliger Ahnungslosigkeit, die am Maßstab aufklärerischer Vernunft alles messen und beurteilen will, was mit Aufklärung kaum etwas zu tun hat.

Die Emanzipation der Religion vom Staate darf nicht zur Emanzipation von der Religion werden, was dem säkularen Staat einen Großteil seines moralischen Potentials kosten würde. Es wäre verhängnisvoll für den laizistischen Staat, wenn er sich zur Religionslosigkeit verpflichtet fühlte. Treuhänderische Förderung und Wahrung der Religion ist ihm aufgegeben. Toleranz im Sinne strikter Neutralität bis zur Gleichgültigkeit wäre ein Schritt in den Nihilismus, der heute schon vor der Tür wartet.

Gewiß würde ein europäisches Gemeinwesen nicht hinnehmen, wenn Tod und Beerdigung eines Menschen unter der Rubrik »Müllabfuhr« abgehakt würden, während Trauerfeier und Begräbnis als Privatvergnügen der Hinterbliebenen hingenommen werden.

Schlimmer ist es, wenn Ehebruch, Kuppelei und Unzucht sowie die Tötung vorgeburtlichen Lebens (Fristenlösung) als rechtens erklärt werden. Auch die brutale Sexualerziehung der Kinder gegen den Willen der Eltern ist das Sprungbrett zur Gewalt im Schulleben. Diesem Abbau der sittlichen Welt gegenüber haben die Kirchen als Anwälte von Recht und Sitte die heilige Verpflichtung, öffentliche Anklage zu erheben. Wie sagte doch Aristoteles: »Wer die Götter nicht ehrt und die Eltern nicht liebt, ist zurechtzuweisen.« Und die Griechen waren Heiden!

Für uns Deutsche kommt hinzu, daß das heutige Hochdeutsch kein Naturprodukt ist, sondern aus der deutschen Reformationsgeschichte entstanden ist, insofern Martin Luthers Mitteldeutsch über seine Bibelübersetzung und den Buchdruck sich über Norddeutschland ausbreitete und dort auf den Kanzeln der Lutherischen Konfession vom Schriftbild her und aus den phonetischen Eigenheiten des Nieder- (oder Platt-)Deutschen das Hochdeutsche als Verkündigungssprache sich durchsetzte, so daß im niederdeutschen Hannover und Schlesien das beste Hochdeutsch gesprochen wurde.– Dazu kam natürlich Luthers Sprachgewalt, aus der er im Hinblick auf die heiligen Texte die Sprache läuterte, was dann im Verein mit der deutschen Klassik die deutsche Sprache auf Weltniveau hob, dank dem Zusammenwirken religiöser und geistiger Impulse. Welch eine deutsche Sendung von der Sprache her!

Nicht jede Sprache ist in der Lage, große Literatur zu werden, und die Verkündigung des Evangeliums setzt ein gewisses Niveau voraus. Von den 200 schwarzafrikanischen Sprachen ist die Mehrzahl kümmerlich und »Enkulturation« eine naive Selbsttäuschung. Man kann Kants Kritik der reinen Vernunft nicht ins Swaheli übersetzen. Bequemer ist es, vorher Deutsch zu lernen.

Alle großen Volks- und Weltreligionen, die zu den bekennenden Kirchen und Religionen gehören, sind von ihrer Wahrheit überzeugt. »Religiöse Toleranz« gilt ausschließlich nur für die spiritualistischen Sekten (E. Troeltsch) und kann es weder für den Islam noch für das konfessionelle Christentum geben. Für die universalen Hochreligionen, seien sie gnostisch-spekulativ oder Offenbarungsreligionen, gilt religiöse Intoleranz nach innen und außen. Aus der politischen Wirksamkeit des Staates kann es für sie nur eine gewaltlose Intoleranz geben, die Folge der freien Glaubensentscheidung ist.

Echte Religionen und Konfessionen müssen »fundamentalistisch« sein, wenn sie überhaupt Glaubwürdigkeit beanspruchen wollen. Ihre Toleranz ist pragmatisch-politisch von ihnen zu fordern. Allen politisch tolerierten Religionsgemeinschaften muß aber die freie Glaubens- und Gewissensentscheidung der Einzelmenschen möglich bleiben. Der freie Glaube ist für die Christenmenschen allein das, was er von sich aus seiner Kirche oder Konfession hinzu bringen muß. Der wahre Christ ist »niemandem und jedermann« untertan (Luther 1520). Nach Hegel ist das Christentum die einzige Religion, die die Freiheit der Subjektivität »aus dem Glauben allein« und damit auch die Unsterblichkeit dieser seiner Subjektivität als wesentlichen Inhalt der Frohbotschaft festhält.

Andere Religionen behaupten die Allversöhnung als Eingehen in die umfassende Subjektivität des göttlichen Willens, in welchen die Einzelwesen verschwinden. Das widerspricht der Endvorstellung eines Jüngsten Gerichts, was im Grunde nur besagt, daß Gott nur den in den Himmel aufnimmt, der auch hinein will, was allein schon ungeheuerlich genug ist und das Mißtrauen der Berufstheologen gegen den göttlichen Heilsplan nicht zerstreuen kann.

Indessen gehört die Ergebenheit in den göttlichen Willen und die Identität des Glaubens mit Gottvertrauen zum Christsein schlechthin: Impossibile est sine fide placere Deo (Heb. 11,6).

Die Religionskrisis von heute ist Gottseidank nicht eine Krise des gläubigen Volkes, sondern eine Krisis der Theologen, von denen manche ungescholten behaupten, das Christentum von heute sei nicht mit dem Christentum von vorgestern zu retten. Ungescholten wird weiter behauptet, die Christen hätten seit jeher »nicht anders als alle anderen Teil an der universalen Unmenschlichkeit«, so daß »der abendländische Atheismus... eine Folge der Kirchengeschichte« sei und daß der hl. Bonifatius mit seinem Fällen der Donar-Eiche »die ökologische Katastrophe... eingeleitet« habe. Man solle sich »ehrlich am Ringen beteiligen« und »einen christlichen Beitrag... zur Humanisierung des Menschen« leisten. Entscheidend sei nicht, »daß wir uns Gott nähern, sondern daß er einer von uns wurde«, um »die neuzeitliche Wende zum Subjekt« mitzuvollziehen (W. Beinert, in *Zur Debatte*, Sept./Okt. 1993, S.11 f.).

Hier ist die religiöse Einheit nach rückwärts aufgegeben; und Werte und Normen der europäischen Welt kann man nicht mehr ungestraft verteidigen: Difficile est satiram non scribere!

Nicht weniger schlimm haben sich jene Theologen vergaloppiert, die im Gefolge von Karl Barth die »Kirche im Sozialismus« erfunden haben, jenen »ethischen Sozialismus aus christlicher Verantwortung«, an welchem Gott selbst sich als »real« erweise, als »ens realissimum« gegen die Drachengestalt des Kapitalismus als System des Todes. Jene »anstößige Formel« (R. Schröder) wurde spöttisch abgewandelt als »Kirche im real untergehenden Sozialismus«. In Wirklichkeit war die gnostizistische Verschränkung des Sozialismus mit der christlichen Gottesfrage in den Augen der bekennenden Christen ein unglaublicher Mißbrauch des Evangeliums für politische Zwecke. Gerade dieser real existierende Sozialismus selbst war die Krankheit, deren Heilung zu sein er vorgab (n. K. Kraus).

Der unerwartete Bankrott dieses Sozialismus entzog dem kirchlichen »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« den Boden und ließ nur ein Vakuum der Feindseligkeit und des Mißtrauens zurück.

Schlimmer ist indessen, daß sich allenthalben ein neuer theologischer Edeljargon ausgebildet hat, der in seinem »herrschaftsfreien Dialog« sein Glaubensgut mutwillig zur Disposition stellt. Es gibt ein Elend der Wissenschaften; aber es gibt auch ein Elend der Theologie, deren Ehrlichkeitsbeteuerungen und Reuebekundungen nicht nur überflüssig, sondern peinlich sind. Ganze Regimenter von Halbintellektuellen, Heilsvermittlern, professionellen Miesmachern, Nihilisten, Liberalisten und Libertinisten, Demagogen, Gauklern und Spaßmachern zusammen mit Emanzen, Lesben, Schwulen, Feministen, Sektierern und Häretikern sind ständig unterwegs, ohne zu wissen wohin. Der »Dialog« wird zum Palaver auf einem Jahrmarkt der Eitelkeiten. Jeder meint, etwas sagen zu müssen. Dagegen wirken noch imponierend jene

einst so selbstbewußten Geistesgrößen aus dem marxistischen Lager: Sie liegen wie abgetakelte Fregatten in ihren Heimathäfen und schütteln ihre Köpfe. Wer den Hut vor ihnen zieht, vergibt sich nichts.

»Wo liegt denn nun endlich das Land Orplid, das ferne leuchtet?« Es liegt in der Seele dessen, der eine hat. Nicht die »Weltseele« von Jena 1806, die Hegel vorbeireiten sah, sondern der je eigene Seelengrund ist die wahre Wirklichkeit. Er ist die große Quelle, welcher die Menschheit ihr Menschentum verdankt. Die begriffene Welt ist nur die eine Seite der Medaille; denn es ist weit leichter zu sagen, was die Welt ist, als das, was sie nicht ist. Die ganze Welt des Individuums liegt in seiner Seele (Hegel 11/547), die erinnernder, denkender, wissender, erkennender, wollender, bewußter, bejahender und zudem empfindender und anschauender Geist ist; er schafft die geschichtliche Welt und findet sich selbst, indem er sie hervorbringt. Nur für den denkenden Geist gibt es Wahrheit, und Denken ist Wissen vom Wahren, das im Nachdenken erfahren wird.

13. Damit greifen wir darauf zurück, daß Hellmut Diwald in erster Linie ein Geisteswissenschaftler aus Überzeugung war. Diese »Überzeugung« war jedoch keine Voreingenommenheit, sondern das Ergebnis bitterer Lebenserfahrungen und schwerer Schicksalsschläge. Der Verlust von Heimat und Herkunftswelt wurde für ihn ein Weg durch trostlose Verlassenheit und Verlorenheit, aus welcher er sich in seiner inneren Auseinandersetzung mit und gegen die dämonischen Gewalten der Vernichtung und Besessenheit zu befreien wußte. Am Ende hielt er am Vorrang des Geistes und der menschlichen Verantwortung fest, also daran, daß es nicht nur Schicksal, sondern immer auch menschliche Schuld gibt, wenn von Geschichte gesprochen wird. Gerade hieraus öffnete sich für ihn der Blick in die Abgründe menschlicher Bosheit und Hybris, die bei geschichtlichen Entscheidungen immer mit im Spiel sind. Dabei war für ihn als Geschichtswissenschaftler die Beschäftigung mit dem »Geist« in der Geschichte mehr ein persönliches Purgatorium als eine Abrechnung aus der Gegenwartsperspektive.

Ihm ging auf, daß es zum menschlichen In-der-Welt-Sein gehört, daß der Geist auch irren kann und oft Anlaß äußerer und innerer Entzweiung geworden ist. Von einer »Herrschaft der Vernunft« konnte man nicht einmal im Zeitalter der Aufklärung sprechen, und von einer »Erziehung des Menschengeschlechts«, wie sie Gotthold Ephraim Lessing (1780) so gepriesen hatte, ließ sich nur in einigen Phasen der Menschheitsgeschichte, besonders in bezug auf das Werden des Abendlandes, sprechen. Selbst eine sprachlich hochentwikkelte Lebensgemeinschaft schloß Täuschung und Lüge nicht aus.

Manche Historiker sehen in der Geschichte nur eine Kette von Gewalt und Unrecht, von Bosheit und Unglück, wo nur selten Inseln des Friedens und des Rechts auftauchen. Dagegen ließe sich eine Gegenrechnung aufstellen, die weniger spektakulär ist, aber durchaus die Waage zu halten vermag. Es gibt kostbare Errungenschaften und Fortschritte, denen wir heute unseren Lebens-

stil und unser Kulturniveau verdanken. Nur wer sich selbst in eine große Vergangenheit hineingestellt weiß, gewinnt daraus Perspektiven für die eigene bewußte Lebensgestaltung.

Wer nur das Negative in der Historie sucht und das Sensationelle wie Krieg, Schlachten, Naturkatastrophen, Hungersnot und Zwietracht zu berichten hat, verfehlt das Eigentliche des Geschichte, eben das, was darüber hinaus noch den Menschen wichtiger gewesen ist als der permanente Ausnahmezustand. Es gibt aber professionelle Miesmacher, die gar nicht wissen, was sie selbst der Tradition und ihrem moralischen Gehalt verdanken. Vor allem lassen sie aus, was den Menschen wichtig und teuer gewesen ist. Sie verfälschen die Geschichte und lehnen sie dann ab. Für sie ist der Mensch der ewige Störfaktor, der eliminiert werden müßte.

Für den Geisteswissenschaftler ist das aber die Flucht vor der Freiheit, die das Wesen des denkenden Geistes ausmacht. Er sucht die Innenseite der Geschichte ins Blickfeld zu bringen, also das, was die Menschen sich selbst dabei gedacht haben und wie sie sich in ihrer Zeit selbst verstanden haben. Daraus wird gewissermaßen naturnotwendig eine Geschichte der großen Geister, die ihre Zeit in Gedanken gefaßt haben. Im großen Individuum wird das Allgemeine sichtbar, das dem Einzelindividuum aus seinem eigenen historischen Bedingungszusammenhang und auch aus seiner subjektiven Produktivkraft zugewachsen ist.

Das Thema des Geisteswissenschaftlers ist der lebendige Geist, dessen Subjektivität vergegenständlicht wird zu einer Objektivität, die für den historischen Wirkungszusammenhang zum eigentlichen Impuls wird. Die Identifizierung des Individuums als Sinnstifter, Tugendprediger oder Wegweiser bringt die historische Wahrheit zutage, aus der sich der Historiker rechtfertigt. Dabei ist für uns hier nicht an eine Frühgeschichte der Menschheit gedacht, was für die Religionsgeschichte wichtig erscheint, sondern an einen anderen Vorgang, nämlich an das Werden des Abendlandes.

Geistesgeschichte nimmt aus ihrer Forschungsrichtung heraus Kurs auf ein inszeniertes Gespräch auf höchster Ebene und über die leitenden Ideen, die zueinander in einem Wechselspiel des Rezipierens und Produzierens einen Gesamtprozeß hervorbringen, der eine Verschmelzung von Kulturkreisen mit sich bringt. Nur dort, wo unterschiedliche Kulturkreise einander begegnen und ein Integrationsprozeß stattfindet, der über diese Kulturkreise hinweg schließlich eine eigene Form des Weltbegreifens und der Sinnstiftung zustande bringt, findet der Geisteswissenschaftler den höchsten Gesichtspunkt und auch die geeignete Thematik für sein Anliegen, das Werden des Abendlandes aus dem Zusammenfluß von Griechentum, Römertum und Judentum darzustellen.

Die Einzigartigkeit und Einmaligkeit dieser, ein Jahrtausend umfassenden Verschmelzung ist in seiner Eindringlichkeit erst verständlich zu machen, wenn die darin wirksamen Kräfte benannt und in ihrer Aufeinanderfolge ins

Blickfeld gebracht werden. Die Würdigung dieses Prozesses setzt ein Vorverständnis über den Niedergang der Antike und den Aufstieg des romanisch-germanischen Mittelalters voraus. In der Mitte dieses Vorgangs liegt das Karolingische Imperium, in welchem der Rheinstrom von einer Rippe des Imperium Romanum zum starken Rückgrat der neuen mittelalterlichen Welt wird. Das ist der einfache geographische Befund, der aber frappierend die Geburt des Neuen aus der Rippe des Alten mit seinen mythischen Assoziationen ins Spiel zieht.

Als die drei Zentren des Gesamtvorgangs sind Athen, Rom und Jerusalem zu nennen, die Philosophie, Staatskunst und Religion repräsentieren, die in umgekehrter Reihenfolge hinzutreten, jeweils mit markanten Ereignissen, die alle Justizskandale waren. In Athen im März 399 v. Chr. der Tod des Sokrates durch Gift; März 44 v. Chr. die Ermordung Julius Caesars durch Dolche; und März 33 n. Chr. die Kreuzigung Christi auf dem Kalvarienberg. Jedes Ereignis setzt Fragezeichen hinter die antike Welt. Das Christentum erhebt das Schandmal des Kreuzes zum höchsten Zeichen des Widerspruchs gegen die ewige Stadt und das ewige Imperium. Das Grunderlebnis der Zeitgenossen ist der Niedergang dieses Römischen Reiches, in dessen Dämmerung die Eule der Minerva ihren Flug beginnt. Darin ist das Christentum bis ins vierte Jahrhundert der »Pfahl im Fleische«, das in Konstantin dem Großen und Theodosius dem Großen die Kaiserwürde erreicht. Zugleich erwächst in Augustinus der große Geschichtsdeuter, der den Untergang des Reiches und das Fortleben der christlichen Kirche als der »civitas Dei« voraussah.

Der Prozeß der Verschmelzung mit der lateinischen Sprachwelt verbindet sich mit der Bildung der romanisch-germanischen Welt unter Karl dem Großen, welcher germanischer Heereskönig, Gesalbter des Herrn, davidischer König (Alkuin) und Römischer Kaiser (800) zugleich war und die Quellen Europas in sich vereinigte. Erst die Rezeption der lateinischen Welt, beginnend mit Anselm von Canterbury (um 1100), der aus seinem Glauben philosophierte (credo ut intelligam), aber schon eine Rechtfertigung Gottes (Theodizee) (intelligo ut credam) betrieb, dann die Rezeption des Römischen Rechts und die Rezeptionen der griechischen Antike vollendeten eine Verschmelzung von Gedankengut, das aus seinen Inkompatibilitäten jenen kritischen Geist hervorbrachte, der hinter die eigenen Lebensformen ein Fragezeichen zu setzen wagte. Das ganze Mittelalter war eine Welle von Rezeptionen, bis in der Neuzeit ein eigenständiger Zusammenhalt sich gebildet hatte, der alle Elemente der Religion, der Philosophie, des Rechtsstaates, der Wissenschaft usf. auf dem romanisch-germanisch-slawischen Volksboden vereinigte. Den Wandel des geistigen Bezugssystems konnten die Zeitgenossen daran erkennen, daß nach den Rezeptionen die Expansion über die Weltmeere einsetzte, was die Welt auf einen anderen, aber immer noch europäischen Fuß setzte.

Columbus war der erste Mensch, der es wagte, sein Leben im Vertrauen auf

Wissenschaft und Technik aufs Spiel zu setzen. Die Erfindung des Sextanten, des Kompasses und des Gradnetzes im Verein mit Kartenkunde und Segeltechnik, dann aber auch der Glaube, daß die Erde wirklich rund sei, brachten ihn auf die tolldreiste Idee, nach Westen zu fahren, um in den Osten zu kommen. Damit öffnete sich nicht nur ein neues Welttheater, sondern das offene küstenferne Meer war von Europa aus verortet und in ein Netz gefangen gesetzt. Was mitentdeckt wurde oder sich von selbst aus der Erweiterung auf andere Erdteile und Ozeane ergab, das war die Freiheit des offenen Meeres jenseits der »Freundschaftslinien«, wo der Urzustand als Krieg aller gegen alle, unabhängig von den europäischen Querelen, weiterging. Demgegenüber betrachtete sich Europa als Einheit, dem missionarische und dann kolonisatorische Aufgaben zufielen.

14. Das Entscheidende lag aber vorher. Wie der große französische Historiker Joseph Rovan es geschildert hat: »Die Demokratie ist nicht in Yunnan entstanden und die Menschenrechte nicht in Patagonien. Es ist keine Überheblichkeit, wenn wir feststellen, daß das wenige, was an Menschlichkeit, an Rechtsstaatlichkeit, an Demokratie sich im Laufe der Jahrhunderte auf der Erde durchgesetzt hat, ausgegangen ist von der explosiven Mischung des Alten und des Neuen Testaments, der griechischen Philosophie, dem römischen Ordnungs- und Rechtsdenken und der abendländischen Gemeinschaft, die sich in der dreifachen Funktion Karls des Großen. . . darstellten.«

Er sieht eine Verpflichtung der Europäer, das zu tun, wofür sie da sind, um die Werte durchzusetzen, die nicht durch Glauben und Wissen allein durchsetzbar sind, sondern der Macht bedürfen. Wir müssen alles tun, im Interesse der ganzen Welt, Freiheit und Unabhängigkeit zu behaupten, um das zu bewahren, was wir als unsere Wertwelt erkennen und bewahren müssen. Als sündige Menschen vertreten wir diese Wertwelt mehr schlecht als recht, aber doch so, daß das Recht immer über den Gesetzen steht.

Die Berufung auf Europa als gemeinsamen Fundus, den Europa in jenem Verschmelzungsprozeß seit dem 4. Jahrhundert bis ins 15. Jahrhundert hinein als Vermächtnis uns Nachgeborenen hinterlassen hat, darunter auch die Freiheit in ihrer Widersprüchlichkeit, ist ein Erbe, das auf die Integration des ganzen Europa angelegt ist. Nach Rovan braucht die Welt Europa, um weiterzuleben, und Weltgeschichte wird erst möglich gemacht durch den Fortbestand Europas, mit dessen Hilfe erst ein Fortgang auf einer höheren Stufe des Weltzusammenhangs möglich gemacht wird. Europa ist das, was Franzosen, Engländer und Deutsche zusammen machen wollen und können. Ein einiges Europa ist Bedingung für den Fortbestand von Freiheit und Recht. Ein Europa mit einem Minimum an Macht und einem Maximum an Autorität, als eine völkerrechtliche Konföderation mit einer »super-légalité constitutionelle« (Hauriou), das wäre fast wie eine reale Utopie, aber mit einem tausendjährigen Fundament, das nicht konstruiert und inszeniert, sondern gewachsen ist.

Weltpolitik kann nicht wirksam werden ohne einen solchen Schwerpunkt und einen solchen Vorsprung, wie sie Europa darbietet. Eine Gesamtorientierung für die europäisch geprägte Welt muß die Einzigartigkeit und Einmaligkeit Europas in Rechnung stellen, die sich aus dem Zusammenkommen mehrerer Mutterkulturen und ihrer Integration in eine Tochterkultur ergeben haben. Je größer der Rahmen dazu gewählt wird, um so weiter muß man zurückgehen auf die Ursprünge, aus denen die Besonderheit und die gleichzeitige Universalität des Abendlandes erklärlich erscheinen.

Wie die Aufklärung nach ihren Siegen an der Aufklärung zugrunde gegangen ist und der Sozialismus nach seinen Siegen am Sozialismus zugrunde gegangen ist, wird Europa aus seinem Scheitern und am Rande seines Untergangs sich als Phönix aus der Asche erheben, wenn alle substantiellen Elemente ihm erhalten bleiben. Hier herrscht Weltläufigkeit und kritische Distanz zu sich selbst, was einen Integrationszusammenhang mit anderen ebenbürtigen Weltzonen offen hält. Europa als Ort der Wissenschaft und einzige Kultur mit Selbstkritik muß seine Individualität bewahren, weil sie allein die Geschichtlichkeit mit einer Weltläufigkeit verbindet, aus denen heraus, für die Welt einsichtig, Europa als Vorbild und konkretes Beispiel erkennbar wird, welches die Möglichkeit einer Versöhnung von Freiheit und Ordnung, von Recht und Macht, Leben und Sicherheit, Glaube und Gewissen erstmals zustande gebracht hat.

Diese Vermenschlichung und Verrechtlichung einer Lebenswelt ergab sich aus dem Geist des Ganzen, dem Zusammenwirken von religiösen, philosophischen, moralischen und kulturellen Impulsen; sie ist gewissermaßen die Summe der abendländischen Entwicklung und in der Tat eine »Erziehung des Menschengeschlechts«. Dazu ist Europa aufgefordert, weil es als einzige Kultur die Selbstkritik als bewegendes Element politischer Willensbildung anerkannt hat. Es gehört zu seinem Wesen, daß es sich immer auch in Frage gestellt hat.

Das Geheimnis seiner Vergangenheit ist das Weiterwirken von widersprüchlichen oder inkompatiblen Ideen, deren Miteinanderringen das geistige Leben bestimmt. Die Vergangenheit hier ist nicht tot; sie ist nicht einmal vergangen. Sie umgreift und umhüllt uns und läuft jeder Erkenntnis oder Aneignung voraus. Sie prägt unser Selbstbewußtsein, aber erweitert auch den Horizont des Denkens und Handelns. Dabei kommt es weniger auf die Wissenschaftler an als auf die Dichter und Deuter, die sagen, was uns bewegt und was die Stunde geschlagen hat. Sie sind die »Hirten des Seins«, die auch die Rätsel sorgsam behüten, unter denen der Mensch an seine unhintergehbare »conditio humana« erinnert wird. Seine Transzendenz liegt in der Frage und nicht in der Antwort. Der fragende Mensch ist der ganze Mensch, der die Antwort sucht und an sie glaubt, auch wenn er sie nicht findet. Nicht nur die persönliche Tat, sondern auch der anonyme Verfall in allen Dingen gehört zum menschlichen Dasein, und sein Nicht-Wissen, die »docta ignorantia«, ist

sein bester Teil. Die höchste Form menschlichen Wissens ist die Erkenntnis seiner Grenzen, was schon über dieses Wissen hinausreicht.

15. Unser Parforceritt durch eine verstörte Gegenwart, aus der die Götter entflohen sind, sollte den Blick auf das geschichtliche Ganze richten. Die heute zahlreichen Neuansätze historischer Spezialisierung wie etwa Alltags-, Dorf-, Familien-, Mentalitäts-, Arbeits- oder Frauengeschichte u. a. arbeiten im Sacktuch eines restriktiven Wissenschaftsbegriffs und halten sich den Vorrang der Analyse zugute, während die Synthese als unwissenschaftlich abgelehnt wird. Stattdessen begnügen sie sich mit einem »Kontinuum« (Diapason) oder einem tiefenpsychologischen »Es«-Syndrom, wo weder das Ich noch das Selbstbewußtsein etwas Authentisches zu sagen haben. Sie stehen samt und sonders im Schatten von Hegels Fehldiagnose der Gesellschaft als eines »Systems der Bedürfnisse«, was als gezielter Vorgriff zur Rechtfertigung des totalen Staates zu entlarven ist. Der Geist des Ganzen liegt nicht im Staat, sondern im Gemeinwesen und seiner Individualität. Und das ist ein ungeheurer Unterschied.

Der »unzeitgemäße« Ansatz eines geisteswissenschaftlichen Gesamtunternehmens, wie sich das umfangreiche Lebenswerk von Hellmut Diwald anbietet, ist eine vertretbare und notwendige Stufe zur Erschließung dessen, was wir unter dem Titel »Die geistige Situation der Zeit« subsumieren können. Denn für die Geisteswissenschaften ist der Geist des Ganzen der eigentliche und allgemeinste hermeneutische Gegenstand.

Erst daraus ergeben sich die wahren Proportionen menschlichen »In-der-Welt-Seins«: Der Mensch ist und bleibt der ewige Störfaktor und sein eigener Widersacher; und daß der Geist irren kann und eben dies menschlich ist, ist nur das eine. Das andere ist der gute Wille auf Wahrheit und Gerechtigkeit, welcher gültige Sinnstiftung erst ermöglicht. Es gibt gut und böse, Schuld und Sühne, Recht und Unrecht und wahre Menschlichkeit, die um den Tod weiß. Das sind und bleiben auch die Kategorien, welche der Würde des Menschen und der Menschheit gerecht werden.

Richard W. Eichler

# Freund Hellmut Diwald

## Persönlichkeit und Ausstrahlung

*»Man kann auch in einer Welt, die so verkommen ist wie die unsrige, ein lebenswertes Leben führen. Es genügt, daß man denkt, daß man sich nicht verkauft, daß man auf seiner Würde besteht und den Unwürdigen nicht den kleinen Finger reicht – auch unter Opfern nicht.«*
Joachim Fernau [1]

Je näher uns ein Mensch stand, desto zögernder wagen wir über ihn zu sprechen. Unser Einvernehmen wird mir daran deutlich, daß ich mich oft im Stillen frage: Wie würde Hellmut Diwald in diesem Fall urteilen, wie sich entscheiden? Solche Nähe läßt Scheu aufkommen – ist das Lob vom persönlichen Wohlwollen bestimmt, ist der Einwand gerecht, zu milde? In eine Reihe mit Beiträgen gestellt, deren Verfasser sachlicher zu werten vermögen, wird die Freundesstimme an Glaubwürdigkeit gewinnen, darauf vertraue ich.

Zeiten der Verwirrtheit, die unser geistesverwandter Joachim Fernau noch derber verkommen nannte, zwingen zu Verzicht auf ein Sich-geborgen-Fühlen in der Menge; die wird nur in glücklichen Momenten von großen Gefühlen zusammengeführt, danach geht sie wieder den steuernden Meinungsmachern in die Netze. So befolgen wir den Rat Goethes, »Geselle dich zur kleinsten Schar«. »Einen treuen Freund gefunden haben heißt einen ehrlichen Mann gefunden haben, und die gibt's, sage der Misanthrop, was er wolle.« So tröstet uns angesichts seines Todes: »Es kommt nicht darauf an, daß die Freunde zusammenkommen, sondern darauf, daß sie übereinstimmen.«[2]

Ich erinnere mich der ersten Begegnung mit Hellmut Diwald mit großer Deutlichkeit. Es war der 27. Januar 1970, er hielt einen Vortrag mit dem Titel »Ernst Moritz Arndt - Das Entstehen des deutschen Nationalbewußtseins« vor

der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung am Schloßrondell München-Nymphenburg. Die Würdigung des in unseren Tagen verschwiegenen Volksmannes – sie erschien danach auch in gedruckter Form[3] – unterschied sich wohltuend von den oft phrasenreichen Lobreden.

Mit der Kulturarbeit für die Sudetendeutschen beauftragt, machte ich auf diesen bemerkenswerten Landsmann aufmerksam. Ein Vorstandsmitglied meinte, Hellmut Diwald sei nicht zugänglich. Es war mir eine Genugtuung, diese Behauptung widerlegen zu können. Es währte aber einige Jahre, bis ich mich mit dem Vorschlag, den Historiker durch eine Ehrung in der Volksgruppe besser bekanntzumachen, durchsetzen konnte. Beim Sudetendeutschen Tag 1978 in München wurde ihm der Kulturpreis für Wissenschaft der Sudetendeutschen Landsmannschaft verliehen. Damals lernten wir auch seine liebenswerte Frau, Islamistin an der Universität Würzburg, kennen.

Hellmut Diwalds Gattin lag bereits krank darnieder, als der Wissenschaftler am 25. Oktober 1983 die Kant-Plakette der Deutschen Akademie für Bildung und Kultur aus der Hand ihres Präsidenten Karl Günther Stempel im Münchner Künstlerhaus entgegennahm und ich ihm die Laudatio halten durfte[4]. Tragisch, daß ihm der Schillerpreis des deutschen Volkes 1992 bereits an seinem Krankenlager übergeben werden mußte.[5]

## *Die selbstgewählte Pflicht*

Als Diwald sein Studium der Ingenieur-Wissenschaften erfolgreich abgeschlossen hatte, waren Techniker noch gesuchte Fachleute; dessen ungeachtet befand er, daß ihm dieses Feld zu lebens- und menschenfern erscheine, und bewältigte das Studium der Geschichte und Philosophie in der kürzest möglichen Frist. Ich erwähne diese Tatsache – ohne den Biographen ins Gehege kommen zu wollen –, weil hier die Universalität dieses Mannes ihre Erklärung findet. So konnte ich mir zum Beispiel bei ihm Rat holen, wenn es um die Geltung eines Mathematikers ging, den in einen Akademieband aufzunehmen mir empfohlen worden war. Erst recht im Kulturellen besaß Hellmut Diwald einen beneidenswerten Überblick, treffsicheres Urteil auf mehreren Gebieten. Selber sprachmächtig (wie es seine Bücher beweisen, die auch durch den Vorzug ihrer literarischen Gestalt so viele Leser fanden, was wiederum Ursache für mancherlei Kollegenneid war), hat er der Ereignis-, Kriegs- und Diplomatiegeschichte stets die geistes-, kultur- und kunstgeschichtlichen Erscheinungen der Zeit gleichberechtigt zur Seite gestellt.

Im Nachkriegsdeutschland sich der Erforschung und Deutung auch der jüngsten Geschichte zu verschreiben ist ein entweder die Existenz oder den Charakter bedrohendes Unterfangen. »Recht, Ehre, Tugend und Gewissen hat der Tyrann dir aus der Brust gerissen«, klagte einst Theodor Körner, und wer könnte guten Gewissens behaupten, daß es uns besser ergeht? Was man zu Metternichs Zeiten zu Unrecht »Demagogenverfolgung« nannte, mußte

damals wie heute Patriotenverfolgung heißen. Rheinbund-Denken, Denunziantentum, Duckmäuserei – das war den Freiheitskämpfern der heroischen Zeit so zuwider, wie es den Aufrechten vom Schlage Diwalds heutzutage ist.

Viele Mitglieder der deutschen Historiker-Zunft sind bereits zu Lebzeiten auf beschämende Weise widerlegt worden. Was einem Politiker (kaum aber einem Staatsmann) verziehen werden kann, daß er Kompromisse mit der Wahrheitsliebe schließen zu müssen glaubt – für jeden, der auf wissenschaftliches Ethos und persönliche Ehre Wert legt, sind Verfälschungen aus Opportunität ein Makel. Das Jahr 1945 war eine solche Charakterprobe, die nicht alle bestanden.

»Das historische Erkennen. Untersuchungen zum Geschichtsrealismus im 19. Jahrhundert« – das war als thematisch-grundsätzlicher Ausgangspunkt der Arbeit richtungweisend. Ebenso vorbildhaft wurde für Diwald das gründliche Eingehen auf Wilhelm Dilthey und dessen Trachten, die Geschichtsforschung in der Nachbarschaft der Philosophie zu halten und einem platten Positivismus zu entgehen.

Die Kenntnis dieser Positionslichter macht den Werdegang des Historikers Diwald begreiflich. Strenge in der Forschung und im Umgang mit den Fakten, Verknüpfung der politischen, wirtschaftlichen und geistesgeschichtlichen Erkenntnisse, Anschaulichkeit der Darbietung – das hat seine Veröffentlichungen über den Kreis der Fachgenossen hinaus in die Hand vieler Gebildeter gebracht. Der Zusammenhang seiner Lehrbereiche Mittlere und Neuere Geschichte ist an vielen Stellen zu spüren; Kästchen-Denken, die Verlautbarung willkürlicher Ab-heute-beginnt-ein-neues-Zeitalter-Thesen wäre ihm nicht eingefallen; das Verkünden eines »Endes der Geschichte« gar, wie es Francis Fukuyama vom State Department mit unnachahmlicher US-Naivität im Sommer 1989 tat (um schon im folgenden Herbst widerlegt zu sein), konnte Hellmut Diwald nur belächeln.

*»Dem Vaterland zu nutz und gut*
*die Wahrheit mich bewegen tut«*

das durfte der Streiter für das Reich und ›Journalist‹ Ulrich von Hutten mit gutem Gewissen schreiben – für den Historiker muß die Objektivität an erster Stelle stehen, sie sollte ihn aber auch nicht verlassen, wenn seine Einsichten für sein Land sprechen. Für den ernsthaften Wissenschaftler kann die Wahrheitsuche nicht für beendet erklärt werden, mit der Formel »Offensichtlichkeit« kann keine Behauptung der Nachprüfung entzogen werden. »Sichere Wahrheit erkannte kein Mensch und wird keiner erkennen über die Götter und alle die Dinge, von denen ich spreche. Sollte einer auch einst die vollkommenste Wahrheit verkünden, wissen könnt' er das nicht. Es ist alles durchweht von Vermutung. Nicht von Beginn an enthüllen die Götter dem Sterblichen alles, aber im Laufe der Zeit finden wir suchend das Bess're.« Welch kluge Bescheidenheit besaß Xenophanes!

Es gibt offensichtlich zwei Arten von Betrachtern der Zeitgeschichte. Die eine (häufiger vorkommende) bestätigt mit ihren Deutungen das Geschehene; die zweite wird in ihren Deutungen vom Geschehen bestätigt. Unsere jüngste Vergangenheit erlaubte sich die Caprice, ein von niemandem erwartetes Ereignis (keiner behaupte anderes) – den friedlichen Aufstand der Mitteldeutschen als Auslöser fallender Mauern und weltweiten Umbruchs – glückhaft-freudenvoll über uns hereinbrechen zu lassen. Nie wurden Geheimdienste, Politologen und Ideologen blamabler genasführt. Die Druck- und Filmdokumente der großen Verlegenheit werden noch Generationen ergötzen. Und doch war der Dammbruch historisch zwangsläufig und, Teleologie beiseite gelassen, von tiefer Gerechtigkeit.

Jener so folgenreiche, für Deutschland erfreuliche Handstreich des Schicksals, nach Jahrzehnten der Demütigung durch nicht weniger schuldbeladene Sieger, bewies, daß auch noch so verfeinerte Beeinflussung es nicht vermocht hatte, das Bewußtsein einer Gemeinsamkeit der Deutschen zu tilgen. Wir waren jenes Land, durch das die Ideologen von Ost und West den scharfen Schnitt getan hatten, ihn mit Agitation, Beton und Stacheldraht verewigen wollten. Erst in den Schicksalstagen des Aufbrechens erfuhren wir, wie wenig aufrichtig die Fensterreden der Parteifunktionäre und unserer europäischen Verbündeten gewesen waren. Ein Stück Wahrheit enthüllte sich.

Hellmut Diwald durfte sich in seiner Zuversicht bestätigt fühlen, und das hat die schwere Zeit seiner todbringenden Krankheit aufgehellt. Auch darin fühlten wir uns verbunden: Dem gewerbsmäßigen Pessimismus der Medien und der von den Wortführern der veröffentlichten Meinung verbreiteten Depressivität setzten wir die überzeitliche Weisheit entgegen, die von vielen Großen auf uns gekommen ist, so wenn Goethe (dem manche absichtsvoll Nationalbewußtsein absprechen wollten) zur Standhaftigkeit mahnt: »Niemals darf ein Mensch, niemals ein Volk, wähnen, das Ende sei gekommen. Güterverlust läßt sich ersetzen. Über anderen Verlust tröstet die Zeit. Nur ein Übel ist unheilbar: Wenn ein Volk sich aufgibt!«[6]

## *Ich verspreche Dir Unsterblichkeit*

Hellmut Diwalds Leistungen wurden nicht mit dem Ziel vollbracht, sich in Büchern Denkmäler zu setzen und in seinen Schülern eine Gemeinde zu schaffen. Dazu waren die seinem Freimut entgegenstehenden Kräfte zu einflußreich, und er hat viel Kraft in der Abwehr boshaft-ungerechter, oft ehrverletzender Angriffe verbraucht.

Nichts war Diwald fremder als ein hemdsärmeliger Kampf um Positionen und Einfluß. Was er erreicht hatte, verdankte er seiner hohen Intelligenz, geistigen Universalität, fachlichen Maßgeblichkeit und seinem außerordentlichen Fleiß. Es ist eine oft gebrauchte Wendung, vom ahnungsvollen Bemühen zu sprechen, das auf die Vollendung einer Lebensaufgabe hindrängt; bei

Diwald scheint sie berechtigt zu sein. Sein Werk voranzutreiben – dafür opferte er all die angenehmen Ablenkungen, die das Bekanntsein in der Öffentlichkeit mit sich bringt. Er schottete sich, oft genug zur Enttäuschung seiner Verehrer, ab, war nur ausnahmsweise für Vorträge zu gewinnen. Auch mir riet er, mich aufs Eigentliche zu konzentrieren, Zumutungen auszuweichen. »Tu das, was kein anderer tun kann, auch wenn man dir gram sein sollte.«

Hellmut war – mehr als seine zurückhaltende Art, durch die aber stets die seinem Wesen eigene Herzlichkeit hindurchstrahlte, erkennen ließ – gefühlsbetont und dünnhäutig. Ich erinnere mich schmerzlich eines einzigen Mißverstehens zwischen uns. Hellmut hat von persönlichen Sorgen eingehender mit meiner Frau gesprochen, mir gegenüber, wie unter Männern üblich, zurückhaltender; als ich auf eine Klage, aus gleicher Befangenheit, auf etwas burschikos-tröstende Weise antwortete (wie man sich als Soldat einst vor dem Tragischen in Galgenhumor rettete), wurde ich durch einen Gefühlsausbruch überrascht, dessen Wirkung auf mich wiederum Hellmut versöhnte.

Es hätte auch nicht der äußeren Ehrungen bedurft (die bezeichnenderweise nicht von »öffentlich-rechtlichen«, sondern von unabhängigen, idealistisch gesinnten Gremien verliehen wurden), um Hellmut Diwald die Anwartschaft auf Geltung in der Zukunft zu sichern. Wenn erst einmal die zeitbedingten Parteilichkeiten vergessen sind, wird sein Name im Licht stehen als der eines aufrechten Mannes, der sich in schwankender Zeit nicht schwankend gezeigt hatte. Durch den Schiller-Preis steht er neben dem Nestor der Weltraumforschung Hermann Oberth, der mit großer Offenheit unserer Zeit den Spiegel vorhielt (mir fällt auf, wie widersetzlich wir Grenz- und Auslandsdeutschen, im Gegensatz zu den meisten Binnenländern sind, der Siebenbürger Oberth, Südmährer Diwald, Schickel aus Aussig. . .): »In unserer Gesellschaft stehen Anständigen und Spitzbuben die gleichen Wege offen – allerdings mit einem Unterschied: Die Spitzbuben bedienen sich zusätzlich gewisser Wege, die der Anständige scheut. So kommt es zu einer ständigen Anreicherung der höheren Gesellschaft mit Schurken.«

## *Von der Tugend des Wissenschaftlers im allgemeinen, dem Ethos des Historikers im besonderen*

Als Lucien Febvre im Jahre 1933 den Lehrstuhl für Geschichte am Collège de France bestieg und die Antrittsvorlesung zur Gewissenserforschung der Historiker nutzte, durchbrach er die Schranke akademischer Höflichkeiten und rechnete schneidend mit den Positivisten und ihrem Kult mit »gegebenen« »Fakten« ab: »Gegeben? Nein, vom Historiker gemacht und weiß Gott wie oft umgemodelt. Erfunden und erzeugt, mit Hilfe von Hypothesen und Vermutungen, in einer heiklen und spannenden Arbeit.«

Dieser Fund hätte Hellmut Diwald erfreut – an der Berichtigung der so entstandenen, mit dem Firnis der offiziösen Billigung versiegelten Geschichts-

bilder hatte er lebenslang gearbeitet. Er taugte nicht zum Hofhistoriographen, der abgehoben von harten Wirklichkeiten in den Medien das Tun (oder die Versäumnisse) der Machtinhaber deutet, begründet und rechtfertigt.

Lange bevor es in der westgebundenen Bundesrepublik Mode wurde, hatte Diwald Gesprächspartner im Osten Europas, etwa in der Person des klugen Russen Frenkin.

Notgedrungen haben Hellmut und ich uns über Erfahrungen mit Verlegern, Zeitschriftenherausgebern und Rundfunkanstalten unterhalten müssen. Mein Freund war durch sein Universitätsamt in der ungleich schwierigeren Lage, immer schwebte die Drohung einer Disziplinierung durch die Bürokratie über ihm. Nach meiner Erinnerung begann es mit dem Erscheinen der *Geschichte der Deutschen* im Jahre 1978. Wie er mir versicherte, war der Text dieses fundamentalen Werkes nicht nur vom Lektor begutachtet, sondern auch vom Verleger Axel Springer anläßlich der persönlichen Begegnung begeistert aufgenommen worden.

Es waren zwei Textstellen auf den Seiten 164 und 165[7], mit denen fachfremde Kreise beim Verleger die Einstellung der Auslieferung betrieben und eine Textänderung erzwangen. Die beanstandeten Stellen halten bis heute der kritischen Betrachtung stand und sollen hier dem Vergessenwerden entrissen werden, auch als Hinweis darauf, daß mehr als ein Jahrhundert nach Metternich noch Zensur ausgeübt wird. »So nannten die alliierten Sieger Vernichtungslager, von denen es in Deutschland kein einziges gegeben hat. Oder es wurden jahrelang im KZ Dachau den Besuchern Gaskammern gezeigt, in denen die SS angeblich bis zu fünfundzwanzigtausend Juden täglich umgebracht haben soll, obschon es sich bei diesen Räumen um Attrappen handelte, zu deren Bau das amerikanische Militär nach der Kapitulation inhaftierte SS-Angehörige gezwungen hatte. [Erst nach dem Zeugnis eines Münchner Weihbischofs wurde es still um diese Fälschung. Der Verfasser] Ähnlich verhielt es sich mit dem berüchtigten KZ Bergen-Belsen, in dem fünfzigtausend Häftlinge ermordet worden seien. In Wirklichkeit starben in der Zeit, in der das Lager existierte, von 1943 bis 1945, rund siebentausend Personen, und zwar vorwiegend in den letzten Monaten des Krieges aufgrund von Seuchen und Unterernährung, da im Zuge des Bombenkrieges die medikamentöse Versorgung und Verpflegung zusammengebrochen war. Der britische Kommandant, der nach der Kapitulation das Lager übernahm, stellte fest, daß in Bergen-Belsen Verbrechen großen Ausmaßes nicht vorgekommen waren.« (Seite 164)

»Während des Krieges war unter dem Ausdruck ›Gesamtlösung‹ oder ›Endlösung‹ zunächst zu verstehen: Da eine Auswanderung nicht mehr möglich war, sollten die Juden in den Osten evakuiert, aus Zentraleuropa herausgelöst, von der deutschen Bevölkerung abgesondert und in neuen Ghettos zusammengefaßt werden. Diesen Plan umriß der Chef des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich am 24. Juni 1940. Was sich in den

folgenden Jahren tatsächlich abgespielt hat, ist trotz aller Literatur in zentralen Bereichen noch immer ungeklärt. ›Auschwitz‹ ist das deutsche Stigma dieses Jahrhunderts. Es ist ein Symbol des Entsetzens, doch es ist auch symbolisch für die sowohl tatsächlich nachzuweisende als auch gegen besseres Wissen absichtlich hineingedeutete Gleichsetzung vom Dritten Reich und Deutschland. Dies freilich gehört zu dem Prozeß einer allgemeinen intellektuell-sittlichen Verwirrung als Ergebnis radikaler Standortbezogenheiten und ideologischer Festlegungen, der in Deutschland bereits in den beginnenden dreißiger Jahren eingesetzt hat.« (Seite 165) Was daran fast einer Schwejkiade gleichkommt: Bei Anfragen nach der originalen ersten Auflage konnte Diwald den Rat geben: Bestellen Sie die vorliegende Auflage mit dem Ersuchen, Ihnen Ablichtungen der getilgten Sätze beizufügen.

Diese Vorgänge bescherten dem Historiker Diwald erst recht Bekanntheit. Widerwillig mußten ihn auch die Massenmedien beachten. Lebhaft steht mir eine Diskussionsrunde im Fernsehen vor Augen, als ihm eine Gruppe von Viertelsgebildeten, aber um so Arroganteren gegenübersaß und ihm politische Fallen zu stellen trachtete. Besonders ärgerlich empfand ich es, wie wenig sich ein verlegen krümmender Hans Maier, als seinerzeitiger Kultusminister Diwalds Dienstherr, zu einer mannhaften Verteidigung bereitfinden wollte (ihn aber im Amt beließ).

Was das politische Establishment in der Bundesrepublik in der Theorie immer wieder nachdrücklich fordert, Diwald hat es mehrfach zur Grundlage wahrer Demokratie erklärt. »Unser so wichtiges Grundrecht der freien Meinungsäußerung läßt sich nicht zweckmäßiger ergänzen als durch das genauso wichtige Grundrecht des freien Nachdenkens und des selbständigen Urteilens.«[8] In der Praxis ist solche Souveränität bei den Parteifunktionären weniger beliebt, sie wünschen sich insgeheim ein handsames Wahlvolk, Leute die schon aus alter Gewohnheit oder Resignation sagen: Was solls, Augen zu und . . .!

Mit Wehmut erinnere ich mich an gelegentliche Verwechslungen, die mir, nicht allein angesichts eines Altersunterschieds, schmeichelten. So wenn man auf einer Tagung auf mich zukam: »Ach, lieber Herr Professor, wir freuen uns, Sie kommende Woche bei uns zu hören. . .!« Dem Erschrecken, keinen Termin an jenem Ort zu kennen, folgte die Erleichterung: »Sie meinen wahrscheinlich den Kollegen Diwald?«

Gewiß ist das Bildungspublikum, wie es für das neunzehnte Jahrhundert so prägend war, in seiner Breite geschrumpft. Die Notwendigkeit zur Spezialisierung, mehr noch aber die billige Zerstreuung hat keineswegs zur vielbeschworenen »Selbstverwirklichung« (fast ein Synomym für Egozentrismus) in der üppigen Freizeit geführt. Zum Verdruß der Nivellierer bildet sich dessenungeachtet eine Elite der Selbstdenker und Nonkonformisten heraus. In diesen Kreisen wurde der Historiker Diwald verehrt. Sie spürten, wie die Erfahrungen ihres Lebens durch die Erkenntnisse seines Forschens bestätigt werden.

Anders als in vergangenen Epochen, als sich verantwortungsvolle Historiker naivem patriotischen Überschwang warnend entgegenstellen mußten, hat in unseren Tagen die Geschichtswissenschaft die Pflicht, pauschale Verunglimpfungen, mit denen man ein Volk zu neurotisieren trachtet, ebenso sachlich wie mutig abzuwehren.

*»Die Kategorie Tradition ist wesentlich feudal.«*

Wie immer Adorno das gemeint haben mag, ob als Lob, oder – wahrscheinlicher – als Vorwurf, es ist richtig. Es wird eine reizvolle Aufgabe für künftige Doktoranden sein festzustellen, wie viele Menschen Hellmut Diwald aus der Geschichtsvergessenheit der Nachkriegsjahrzehnte aufgeweckt hat. Wenn wir bei Botho Strauß lesen: »Was ist vergänglich, wenn das Gewesene lebt?«, dann berechtigt das für künftige junge Dramatiker, Poeten und Erzähler zu schönen Hoffnungen. Von der Erwartung, ausreichend viele politisch Handelnde könnten aus der Kenntnis der Geschichte Lehren ziehen, um alte Fehler nicht wiederholen zu müssen, wage ich nicht zu sprechen; schon Jacob Burckhardt wußte, daß weder Seele noch Gehirn des Menschen in historischen Zeiten zugenommen haben. Auch hieße es die Historie entwerten, wenn wir sie lediglich als Kladde mit Ratschlägen für das Bewältigen von örtlichen oder gar der täglichen Mißhelligkeiten ansehen würden. Die Zahl der beeinflussenden Faktoren ist so groß, daß auch ein Großrechner keinen verläßlichen Rat geben könnte.

Historisches Wissen und Bewußtsein ist in anderer, größerer Weise von Nutzen. Bismarck, der »eisern« genannte Kanzler, hat es besessen und nicht zuletzt auch aus solchem Verstehen und Empfinden als ein genialer Schachspieler (manche sprachen auch vom Jongleur mit fünf Bällen – den schwierigen fünf Mächten in Europa) dem Kontinent einen langen Frieden erhalten; Präsident Wilson, zuvor Professor für Geschichte und durchaus idealistisch gestimmt, stiftete mit Einflußnahmen in Europa Unheil, weil ihm der tiefere Sinn für weiterwirkende historische Bedingungen und Kräfte fehlte.

Das zweite moderne Imperium, die großrussische Sowjetunion, zerbrach nicht nur am wirtschaftlichen Desaster, sondern insbesondere an der Künstlichkeit seiner Ideologie, die sich nur in Notzeiten (»Großer Vaterländischer Krieg«) der geschichtlich gewachsenen Kräfte entsann. Diwald hat solche Faktoren in allen seinen Büchern gewürdigt, und weil das in unserer materiell und universalistisch programmierten Gesellschaft nicht gern gesehen wurde, hatte er deren Mitschwimmer gegen sich.

*Medien – die unkontrollierte vierte Gewalt*
*(oder mittlerweile schon die erste?)*

Hellmut Diwald hat unter den Angriffen und den Entstellungen in der Presse mehr gelitten, als er sich – im Bewußtsein eines guten Gewissens – äußerlich anmerken ließ. Auch das Fernsehen machte keine Ausnahme. Als die Nachrichtenredaktion eines Senders anläßlich des Todes von Großadmiral Dönitz Diwald um eine Drei-Minuten-Charakteristik dieses Mannes ersuchte, schnitt man die ausgewogene Stellungnahme so sinnentstellend zusammen, daß eine totale Fälschung zustande kam. Über die zahlreichen Anrufe, Briefe und persönlichen Anreden war Hellmut tief unglücklich, kam auf diese Enttäuschung immer wieder zu sprechen.

In meinem »Freundschaftlichen Zuruf zum 60. Geburtstag« in der *Sudetendeutschen Zeitung* habe ich geraten: »Meide Illustrierte, die nur an Denkschablonen interessiert sind«, und Hellmut hat mir, als ein gebranntes Kind, recht gegeben. Im Rahmen eines Kolloquiums des Münchner Instituts für Zeitgeschichte[9] im Jahre 1981 kam das Buch des Amerikaners Calleo *Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr* zur Sprache, in dem der bemerkenswerte Satz steht: »Viele deutsche Autoren scheinen eine Art perversen Vergnügens daran zu finden, ihrem eigenen Volk eine einzigartige Schlechtigkeit zuzuschreiben, die es von der übrigen Menschheit abhebt.« Dieser Einsicht wurde in München leider nicht weiter nachgegangen.

Auch in Stuttgart war der vierzigste Jahrestag des Kriegseintritts der USA Anlaß für eine rückblickende Tagung. In die gewohnheitsmäßige Einäugigkeit der Betrachtung mischten sich Zweifel, so wenn Konrad Adam[10] an das Thema »Schuld an Pearl Harbor« den Gedanken knüpft: »So mögen sich Berichte erklären, die Roosevelts Stimmung am Abend des Tages, der die Vereinigten Staaten mehr als zweitausend Tote und vier Schlachtschiffe gekostet hatte, als heiter und gelöst schildern.« Seit den Berichten des Legationsrats Dr. Karl Otto Braun wissen wir es noch genauer.

Daß seit längerem in ernsthaften Veröffentlichungen – zu denen Blätter von *Bild* bis *Stern* nicht zählen – nicht mehr so bedenkenlos die aus der alliierten Kriegspropaganda stammenden Klischees verbreitet werden können, ist nicht zuletzt der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt unter ihrem Leiter Dr. Alfred Schickel zu danken. Professor Diwald hatte sich von Anbeginn als stellvertretender Vorsitzender zur Verfügung gestellt, selbst wichtige Beiträge geleistet und als Ratgeber mitgeholfen, wichtige Referenten zu gewinnen. Nahezu alles, was von amtlich besoldeten Kräften für eine objektive Zeitgeschichte hätte geleistet werden sollen, haben Institutionen wie die erwähnte ZFI leisten müssen. Es dürfte einmalig in der Geschichte sein, daß ein Staat seinen geistigen Anwälten mit Mißtrauen, ja Ablehnung begegnet.

Was wir Sudetendeutschen an Hellmut Diwald besaßen, wird von anderen Autoren gewürdigt werden. Ich will hier nur zitieren, was Alfred Schickel in

seinem schönen Nachruf[11] aus seiner intimen Kenntnis erwähnt. »In einem vertraulichen Gespräch mit einem hochrangigen Abgesandten der seinerzeitigen Moskauer Akademie der Wissenschaften, der ihn nach den wünschenswerten Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands fragte, beschrieb Hellmut Diwald im Sommer 1987 seine Vorstellung von einem vereinten Deutschland und war erstaunt, daß er auch über den künftigen Verbleib des Sudetenlandes etwas sagen sollte. Für seinen sowjetischen Besucher war dieses Gebiet ›Jahrhunderte altes deutsches Land‹, über welches ›infolge Fehlens eines Friedensvertrages noch nicht das letzte Wort gesprochen‹ sei.«

### *Mitleid ist billig zu haben, Neid muß man sich verdienen*

Solange Hellmut Diwald über zurückliegende, also ideologisch unverfängliche Themen schrieb, haben ihm so gut wie alle Fachgenossen Anerkennung gezollt. Wilhelm Dilthey, Freiheit und Toleranz in der abendländischen Geschichte, Wallenstein, Politik der preußischen Hochkonservativen 1848 bis 1866, insbesondere der Band *Anspruch auf Mündigkeit* in der Propyläen-Weltgeschichte für die Zeit von 1400 bis 1555 – das waren Gegenstände, die seine Kompetenz nicht in Frage stellten.

Die einschneidende Wende in der Bewertung Diwalds durch die domestizierte Historikerzunft kam mit der Herausgabe der *Geschichte der Deutschen.* Der Verfasser hatte eine Gegenchronologie für die Erzählweise gewählt aus der Erkenntnis, daß die junge Generation unserer Tage an Aktuellem mehr Geschmack finden würde als am üblichen Beginnen in grauer Frühzeit. Ich habe im Gespräch aus meinen Bedenken kein Hehl gemacht – konnte ja dieses Prinzip ganz naturgemäß nicht folgerichtig eingehalten werden, der Stoff mußte in Abschnitte unterteilt, und innerhalb dieser mußte in gewohnter Abfolge berichtet werden. An dieser Form bissen sich Kritiker fest.

Boshafter waren jene, die mit dem Schlagwort »Verharmlosung« gegen den Autor vorgingen, ihn verleumderisch in eine extremistische Ecke zu stellen trachteten. Wie leider in unseren Tagen so oft, waren auch in diesem Falle Kollegen im Ausland gerechter als gewisse Fachgenossen hier, die ihre Dogmen mit Zähnen und Klauen, das heißt auch mit unlauteren Mitteln, verteidigen.

### *Über das Grab hinaus*

Sollte der Leser Zweifel an der Berechtigung meiner Vorwürfe haben – was Hellmut Diwald nach seinem Tode in der wohl einflußreichsten Tageszeitung nachgerufen wurde, war schmachvoll für den Schreiber.

Aus naheliegenden Gründen war die Verbindung mit dem Todkranken in den letzten Wochen schwierig. Die Stunde zu erraten, in der die Behandlungsmaßnahmen ein Gespräch zuließen und für den Patienten erwünscht mach-

ten, war ein Glücksfall. So kam letztlich die Nachricht vom Ableben selbst für die Freunde überraschend.

Dann in den Schmerz hinein jener Text von Gustav Seibt[12] unter dem albernen Titel »Heilsverlangen« – es gab keinen realistischeren Gelehrten als Hellmut Diwald. Selten hat sich Haß so entlarvt wie an dieser Stelle, an der selbst ein Gegner dem Gefühl der Pietät, und das will Respekt und Ehrfurcht bedeuten, den Vortritt läßt. »Mit dem Tod des Historikers Hellmut Diwald verschwindet [!] ein Stück ältestes Deutschland aus unserer verwirrten Republik. Doch dieses Alte war nichts Überlebendes, in Tradition Bewahrtes, sondern etwas Wiederaufgewärmtes und daher Böses und Aggressives.« Vom Pöbelhaften einmal abgesehen – Falscheres zu sagen war nicht möglich. Gegen das Abgestandene westdeutscher Selbstzufriedenheit war dieser Historiker ein erfrischender Luftzug, der – und das ist der eigentliche Grund der Abneigung – die noch nicht Eingeschläferten durchatmen ließ.

Nach einigen gönnerhaften Passagen über die nicht wegzudiskutierenden Bucherfolge: »Seither vertraute Diwald immer ungeschützter seinen unleugbaren schriftstellerischen Talenten.« Wo, bitte, hätte er Schutz suchen sollen, wenn nicht beim verantwortungsvollen Anwenden seines Fachwissens und seiner Lebensklugheit? Die literarische Form war ja schließlich für jedes Werk Diwalds nur die ästhetische Hülle eines in verantwortungsvoller und redlicher Weise erarbeiteten Inhalts.

Und dann der schwere Hammer, mit dem noch immer die Unbotmäßigen ›plattgemacht‹ werden: ». . . die ressentimentgeladene und lückenhafte Darstellung des ›Dritten Reiches‹, in der die Massentötungen an den Juden heruntergespielt werden.« Nur vier Monate nach Seibts Beschimpfung meldeten die großen Zeitungen[13] Berichtigungen der Opferzahlen, die weit über die Zweifel Diwalds hinausgingen. »Die Gesamtzahl der Auschwitz-Toten gibt [Jean-Claude] Pressac mit rund 800 000 Toten an. . . Nach Kriegsende hatte die sowjetische Auschwitz-Kommission die Gesamtzahl der Toten mit 5,5 Millionen angegeben. Polen blieb bis 1990 offiziell bei vier Millionen. Danach korrigierte der polnische Historiker Francis Piper die Schätzung auf 1,1 Millionen und kam damit seinem US-Kollegen Raul Hilberg sehr nahe, der von 1,2 Millionen ausging.« Über den leichtfertigen Umgang mit Angaben von solcher Schwankungsbreite kann man nur staunen; Diwald hatte mit seiner vornehmen Zurückhaltung, als er sich nicht an makabren Zahlenspielen beteiligte, sein Format bestätigt. Seibt hingegen machte sich lächerlich mit der Behauptung: »Damit war Diwald endgültig zum Außenseiter geworden, der entsprechend immer weniger Rücksichten nahm.« Politmasochisten haben wir, Ehrenmänner nicht genug.

»Ein Teil von Diwalds Thesen wurde durch die Ereignisse von 1989 widerlegt, so sein antiwestlicher Impuls.« Zur Ehre der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sei festgehalten, daß sie dem leidenschaftlichen Widerspruch – nicht nur durch mich – Raum gab. Dr. Wolfgang Venohr, Berlin, schrieb[14]: »Hellmut

Diwald, den Gustav Seibt noch im Tode schmäht. . ., war ein großer deutscher Historiker. Dafür stehen seine glänzende *Wallenstein*-Biographie und seine geistvoll-engagierte Disputation mit Sebastian Haffner in der Fernsehserie *Dokumente Deutschen Daseins*. . . Wichtiger aber für Diwalds Nachruhm ist, daß er ein großer deutscher Patriot war. Sein Wirken vollzog sich allerdings hinter den Kulissen. In den Jahren 1985 bis 1989 gehörte er zu einer Handvoll Leute, welche die sowjetische Führung und ihre Abgesandten, die permanent durch Westdeutschland reisten, mit einer wohlgezielten Kampagne von Ratschlägen, Denkschriften, Büchern, Artikeln, Hinweisen, Memoranden und konkreten Modell-Vorschlägen zur ›deutschen Frage‹ versorgte. – Der dramatische Wandel in der sowjetischen Deutschland-Politik im April 1989, der eineinhalb Jahre später zur Wiedervereinigung Deutschlands führte, ist nicht zuletzt auf diese ›Anregungs-Strategie‹ einer Handvoll gesamtdeutscher Patrioten, darunter Hellmut Diwald, zurückzuführen. Ich bin ganz sicher, daß die Verdienste Diwalds eines Tages gewürdigt werden. Mag dem aber sein, wie ihm wolle – es gibt Grenzen des Zumutbaren. Achtung vor dem politischen Gegner angesichts des Todes und Verzicht auf Leichenschändung scheinen mir unabdingbare Voraussetzungen menschlicher Pietät und Kultur.« Vernichtender kann eine Abfuhr nicht sein.

Professor Dr. Karl H. Metz vom Institut für Geschichte an der Universität Erlangen machte an gleicher Stelle seinem Unmut Luft: »Es gibt Formen der Verächtlichkeit, die selber verächtlich machen. Sehr viel mehr läßt sich zu den Äußerungen von Seibt zum Tode von Hellmut Diwald kaum sagen, denn wie wollte man noch mit Worten jemanden berühren, der einem Toten ins Grab spuckt.«

Burkhart Berthold, München[15], fühlte sich ebenfalls verpflichtet, jene törichten Seibt-Behauptungen so nicht stehen zu lassen. »Anläßlich seines Todes bekam Hellmut Diwald noch mal so richtig Saures. Gustav Seibt zitierte alles, was so noch nie gestimmt hatte, aber immer schon behauptet worden war. . . Wer die Zunft kennt, weiß, welch mörderische Vorwürfe hier versammelt sind. . . Offenbar ist nicht einmal ein toter Diwald ein guter Diwald. Tatsächlich war Hellmut Diwald einer der wenigen deutschen Historiker, die gelesen wurden.« »Die Lebenslügen unserer Gesellschaft hat Diwald in einer Konsequenz benannt wie außer ihm vielleicht nur noch. . . Joachim Fernau. . . Mit Hellmut Diwald starb ein Störenfried – das macht nichts deutlicher als die risikolose Philippika in Ihrer Zeitung.«

Man erlaube mir ausnahmsweise, mich zu zitieren. In der gleichen Ausgabe erschien meine Widerrede. ». . . Natürlich war Hellmut Diwald kein Bonner Hofhistoriker und wollte es gewiß nicht sein. Er erfüllte die so oft erhobene Forderung nach Pluralität der Meinungen – und er besaß eine ernst zu nehmende. Geprägt von Herkunft und Schicksal, war Diwald – unter anderem auch – ein homo sudeticus. Behäbigkeit lag ihm am allerwenigsten, Ulrich von Hutten hätte ihn als Gefährten begrüßt. Ist es strafwürdig, die Reichseinheit zu

erstreben? Für die Taktik der Tagespolitik hatte Diwald durchaus Verständnis, zugleich jedoch warb er dafür, nationale Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren. Verachtet hat er Würdelosigkeiten – das hat ihm Feinde eingetragen. ›Zum Teil widerlegt?‹ Wenige Historiker dürfen sich durch den Gang der Geschichte so bestätigt fühlen wie der Erlanger Lehrstuhlinhaber aus Südmähren: Bezeichnenderweise kam der Anstoß zur Vereinigung aus den ostmitteldeutschen Ländern und stieß am Rhein weitgehend auf Verlegenheit. Und wenn es nach Paris, London und Straßburg gegangen wäre, hätten wir noch ein Jahrhundert lang Wiedervereinigungsrhetorik anhören dürfen.

Seine zuletzt gewählte Rolle des Querkopfs [so im Titel eines seiner Bücher, der Verfasser] ist in Wahrheit Souveränität. Einen Altnationalen hätten die Kollegen und die Politiker herablassend hingenommen; aber gerade das war Diwald nicht, er entzog sich dem Eingeordnetwerden in Schubladen. Das und die von Seibt im Nebensatz anerkannten ›unleugbaren schriftstellerischen Talente‹ werden ihm das Weiterleben im Kreis der gebildeten Selbstdenker sichern.«

Eine ausgewogen wertende Würdigung veröffentlichte Günther Deschner in der *Welt.*[16] »Den einen galt er als großer Mittler zwischen Geschichtswissenschaft und Publikum, als ein Erzähler und Historiker von internationalem Rang, den anderen als Vordenker der National-Konservativen in Deutschland: Hellmut Diwald... Frühe wissenschaftliche Reputation kam mit der Edition des Nachlasses Ludwig von Gerlachs, eines konservativen Politikers der Bismarck-Zeit, und vor allem mit einer Studie über den Philosophen Wilhelm Dilthey. Zu einem der bekanntesten Historiker Deutschlands machten ihn aber Bücher, die über den wissenschaftlichen Rahmen weit hinausgingen. Daß er Geschichte packend zu ›erzählen‹ vermochte, damit Brücken in eine Vergangenheit schlug, erklärt den Bestseller-Erfolg seiner Werke – aber auch die Ablehnung vieler Kollegen... Der Zorn über die Zwangsvorstellung, die dunklen Seiten des Dritten Reiches seien der logische Zielpunkt der deutschen Geschichte gewesen, ließ Diwald immer freimütiger – auch überzogen – reagieren. Opportunistisch war er nie, der heftigen Kritik zum Trotz.«

Wie groß die Wertschätzung für Hellmut Diwald und wie tief der Unmut über Seibts üble Nachrede war, erfuhr ich durch Briefe und Anrufe. Der Inhaber eines Philosophie-Lehrstuhls schrieb: »Von Diwalds Tod erfuhr ich nur auf Umwegen. Hutter hatte den infamen Artikel in der *FAZ* gelesen... Aber Deine gestrige Replik ist sehr gut. Diwald verdiente ein Erinnerungsbuch. Ob man so etwas nicht organisieren könnte? Ich täte mit meinen bescheidenen Kräften mit.« Von Zeitungen kam der Wunsch, einen längeren Nachruf aus der *Sudetendeutschen Zeitung*[17] nachdrucken zu dürfen. Es zeigte sich, daß das Manipulieren der öffentlichen Meinung an Grenzen stößt.

Je mehr der Historiker Diwald an Profil gewonnen hatte, desto mehr verstärkte sich die Phalanx jener, die ihn schmähten. Die *Zeit* hatte einen Beitrag über ihn mit einer Karikatur versehen, die ihn als rückwärtsblickenden,

verkehrt auf dem ritterlich aufgezäumten Pferd sitzenden Reiter darstellt. Die *Süddeutsche Zeitung*[18] hatte in die gleiche Kerbe geschlagen. Zur *Geschichte der Deutschen* fiel dem Rezensenten Diehl-Thiel nichts Klügeres ein, als über den Verfasser zu schreiben: ». . . entpuppt sich der bisher geschätzte Autor als ein deutschnationaler Nörgler, vollgepumpt mit Ressentiments, die ein abwägendes historisch-politisches Denken und Argumentieren nicht zuließen und somit bei ungeschulten Lesern wiederum nur Emotionen anrühren. Das erste Kapitel ist ein Beispiel für Realitätsverlust, wie er in der westdeutschen Gesellschaft nur noch selten anzutreffen ist. Die Aversion zum Beispiel gegen die westlichen Siegermächte knüpft an eine ausgedörrte Tradition an.« »Nahezu jede seiner Thesen, von den miserablen Formulierungen ganz abgesehen, ist anfechtbar. Diwald gehört zu den Leuten, die um staatliche ›Einheit‹ der Deutschen mehr besorgt sind als um die Absicherung einer freiheitlichen Verfassung.«

Der Tonfall verrät die Wut, jeder Satzteil beleuchtet die von der geschichtlichen Entwicklung aufgedeckte Engstirnigkeit.

»Aber freilich, um eine große Persönlichkeit zu empfinden und zu ehren, muß man auch wiederum selber etwas sein«, so sprach Goethe am 13. Februar 1831 zu Eckermann. Otto von Bismarck wiederum entzog sich den Lobrednern wie den Mäklern: »Meine Ehre steht in niemandes Hand als in meiner eigenen, und man kann mich damit nicht überhäufen; die eigene, die ich in meinem Herzen trage, genügt mir vollständig, und niemand ist Richter darüber.«

## *Hellmut Diwald nahm sich die Freiheit*

»Es sind nicht alle frei, die ihrer Ketten spotten!« wußte Lessing; unser Freund Diwald litt an der Tatsache, daß in der westdeutschen Öffentlichkeit die Phrase so beliebt, das offene Manneswort so selten geworden waren. Er wollte sich am Maskenspiel nicht beteiligen, und da es ihm nicht lag, sich im universitären Elfenbeinturm zu verschanzen, geriet er mit Aussagen, die unsere deutsche Gegenwart betreffen, mit jenen, die zweckbestimmte Dogmen verinnerlicht hatten, in Konflikt. Manche Themen dürfen nur nach vorgegebener Sprachregelung behandelt werden. Diwald indes wich heißen Eisen nicht aus.

Da ist der engere Kreis, der ihm durch seine Herkunft nahelag – die sudetendeutsche Frage. Nach strenger DDR-Desinformationstrategie, die in westlichen Hirnen überlebt, ist jeder Hinweis auf die wahrhaft singuläre Vertreibung von mehr als drei Millionen Deutschen aus Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien ein verwerfliches Unruhestiften. In ihrer gespaltenen Moral ist es diesen sonderbaren Humanisten ein leichtes, volle Wiedergutmachung zu fordern, wenn andere, ihr Wohlwollen genießende Gruppen, vom Unrecht betroffen sind. Hellmut Diwald hat in der sudetendeutschen Frage die Probleme Mitteleuropas konzentriert gesehen, und da ihm der österreichische Faktor

von Haus aus und der preußische durch fachliche Hinwendung (v. Gerlach, *Im Zeichen des Adlers*) gleichermaßen vertraut waren, vermochte er neue Aspekte aufzuzeigen. Die Geschichte Böhmens wie jene der tschechisch-nationalen ›Erwecker‹ kannte er wie nur wenige unter den zeitgenössischen Historikern. Er brauchte um seine Objektivität nicht zu fürchten, wenn er sich durch Mitgliedschaft zur Sudetendeutschen Landsmannschaft als Gestaltung der Volksgruppe im Exil und zum Witikobund als Gemeinschaft der Überzeugungstreuen bekannte.

Die zweite Diwald angekreidete »Sünde« waren seine Begabung und sein Wille, Geschichtswissen wieder unters Volk zu bringen. Ein fundamentales Ziel der Umerziehung war es, die Deutschen vom Bewußtsein ihrer historischen Wurzeln und von der Kenntnis der Entwicklung ihres Geschickes abzuschneiden. Mit primitiven, als Abwertung gemeinten Verknüpfungen (Arminius – Luther – Friedrich der Große – Bismarck – Hitler) trachtete man, die Epochen aus dem Gedächtnis zu streichen, die Geschichte mit 1945 oder 1949 beginnen zu lassen.

Diwald hat grundsätzlicher als andere über die Bildhaftigkeit der Geschichtsschreibung nachgedacht. Ein Kapitel im *Querkopf*[19] ist überschrieben: »Von der Sünde, sich kein Bild zu machen«. Er stellt in Frage, was der ältere Dumas meinte – daß die Geschichte lediglich der Nagel sei, »an dem das Bild hängt«, und stimmt Wittgenstein zu: »Das Bild ist ein Modell der Wirklichkeit.«

Anknüpfend an eine Bemerkung Friedrich Meineckes, des Altmeisters der Historiographie – »Begriffliches Denken folgt dem anschaulichen Denken auf dem Fuße und läßt sich den Versuch nicht nehmen, das schärfer zu umgrenzen, was zuerst nur anschaulich-lebendig vor Augen stand« –, beharrt Hellmut Diwald auf der *Anschauung*: »Das liest sich überzeugend, und doch ist gerade dieses Verfahren der Hauptgrund dafür, daß die Mehrzahl der heutigen Geschichtsbücher so verheerend langweilig sind. Das ›scharfe Umgrenzen‹ der Wirklichkeit durch die begriffliche Sprache raubt dieser Wirklichkeit das Anschauliche, also dasjenige, was des Anschauens wert ist, säbelt ihr das Fleisch und die Muskeln von den Knochen.«[20] Um nur ein Beispiel unter ungezählten zu nennen: Wie Diwald in *Heinrich der Erste* den Wald des zehnten Jahrhunderts im Herzen Deutschlands auf mehreren Seiten beschreibt, das gibt dem Leser erst eine Vorstellung von so ganz anderen Bedingungen, denen der Mensch, als Krieger oder Königsbote etwa, ausgesetzt war. Es ist nicht nur der sprachliche Stil, mehr noch die Vorstellungs- und Einfühlungskraft des Verfassers – würde die Vermittlung der aus Urkunden gezogenen Fakten zum Beruf des Historikers genügen, wir müßten uns mit Chronologien, Namenslisten, Reisewegskizzen des Kaisers und ähnlichen zwar belegten, aber dürren Daten begnügen. Die Leistung des Geschichtsschreibers liegt darin, Wahrhaftigkeit mit schöpferischer Gestaltungskraft zu vereinbaren. Diwald vermochte es.

Ein Drittes, mit dem sich der Historiker bei den »Verfassungspatrioten« unbeliebt gemacht hatte, war ein für ihn Selbstverständliches. Da der Rahmen, in dem das deutsche, zuvor germanische Schicksal seit mehr als zweitausend Jahren abläuft, Veränderungen erfahren hat, konnte er ihn nicht vom Staatlichen, sondern nur vom Volklichen als dem Beständigen begrenzen. So finden in seinen Werken zur deutschen Geschichte nicht nur die Dithmarscher und Baltendeutschen, Thüringer und Liechtensteiner Beachtung, sondern auch die Siebenbürger Sachsen und die Tiroler einen Platz. Politiker mögen sich zur real existierenden Decke strecken – dem Geistigen sind die Flügel nicht zu beschneiden.

Als einer der wenigen mit Öffentlichkeitswirkung fand sich Diwald zu keiner Zeit mit der Totalamputation Deutschlands ab. Daß er nicht allein die Vaterlandsvergessenheit der Linken geißelte, sondern auch das oft Heuchlerische im christlich-bürgerlichen Lager beim Namen nannte, beraubte ihn des letzten Schutzes. »Die Stimmen derjenigen, die sich nicht mit dem Baldrian der ›Illusionen‹ Adenauers zufriedengaben, wurden im Lauf der Zeit immer seltener. Dem SED-Regime konnte man in dieser Zeit alles mögliche vorwerfen. Aber man konnte ihm nicht vorwerfen, daß es sein Vasallenverhältnis zu Moskau mit Lügen verbrämt hätte. Dagegen war es ein Merkmal der Unionspolitik Adenauers, hinter dem Wedel der Wiedervereinigung konsequent die nationale Verwurzelung und damit Deutschland zu zerstören. Für ihn gab es nur Westdeutschland als Restdeutschland, untrennbar gefesselt an das wirtschaftliche Kleineuropa, jenes Glacis, über das die Schutzmacht USA nicht etwa nur den militärischen Schirm hielt, sondern das sie so viele Jahre als Schlachtfeld des Dritten Weltkrieges betrachtete.

Hin und wieder brach selbst bei Unionspolitikern die Ehrlichkeit durch. So erklärte im September 1961 Franz Josef Strauß, damals Verteidigungsminister, im Fernsehen: ›Daß unsere Politik nie zur Wiedervereinigung führen konnte, lag von Anfang an auf der Hand.‹ Wohin sie führte, das entwickelte Strauß wenige Jahre später in einem Buch: ›Jeder Versuch, die deutsche Wiedervereinigung auf nationaler Grundlage zu errichten, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zudem wäre dadurch der Zusammenbruch der europäischen und atlantischen Welt bedroht.‹ ... Ein Biograph Charles de Gaulles nannte die Dinge beim Namen: ›Adenauer fügte sich nach de Gaulles Ansicht am ehesten in seinen, de Gaulles, alten Traum von einem verstümmelten, an Frankreich grenzenden Deutschland im Rahmen einer Gemeinschaft namens Europa‹.«[21]

Dazu paßt ein Wort Bismarcks; als der zaristische Außenminister Gortschakow 1877 den Krieg gegen die Pforte einfädelte und an den Zusammenhalt der christlichen Mächte appellierte, äußerte sich der Kanzler kühl: »Ich habe das Wort ›Europa‹ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Interesse nicht zu fordern wagten.«

Wenn schon vermeintliche Hoffnungsträger wie Adenauer und Strauß die Mitteldeutschen abgeschrieben hatten, wie hätten wir von den sogenannten Linksliberalen in verschiedenen Parteien eine Vertretung deutscher Interessen – von Politruks vom Schlage Wehner und Wiegand ganz zu schweigen – erwarten dürfen?

Zum Vierten und zu ›böser‹ Letzt: Der Wisssenschaftler Diwald hat sich als nicht dressierbar erwiesen. Die 68er Generation hatte er angesichts ihrer begreiflichen, aber fehlgeleiteten Emotionen zunächst mit verständnisvollem Interesse beobachtet, aber weder die Etablierten noch die Aufrührer konnten seine Unabhängigkeit beeinträchtigen.

Diwalds Neigung, Stellung zu beziehen und Meinungen zur Zeit zu äußern, wuchs parallel zu seiner Arbeit an historischen Stoffen. (Als Bestätigung des Achtundsechziger-Spruchs »Erfahrung macht reaktionär« kann man die Reifungsprozesse interessanter Zeitgenossen sehen – ich denke dabei an Nolte, Sander, Bavendamm.) »Nun gehört es zwar zur Gewerbefreiheit des Historikers, seine Grundsätze weder für Parteibücher noch für bloße Meinungen aufs Spiel setzen zu müssen, was aber einmal die Fackel der Wahrheit war, verbrennt heute kaum noch die Bärte anderer, sondern zumeist die eigenen Finger. Ist das Grund genug, heiße Eisen nicht anzufassen? Kann sich der Historiker vor solchen Zumutungen nicht dadurch retten, daß er die Arena der politischen Kämpfe meidet und nur als stummer Zuschauer auf den Rängen teilnimmt? – Die Antwort darauf hat schon der Alt- und Großmeister der deutschen Geschichtsforschung gegeben, Leopold von Ranke: ›Geschichte kann man nicht ohne den Impuls der Gegenwart studieren.‹«[22]

*»Wer die Wahrheit kennt, lasse die Welt nicht in der Lüge.«*
*Aus den Gathas des Zarathustra*

An anderer Stelle ist Hellmut Diwald dem Bruch mit der abendländischen Tradition der Wahrhaftigkeit und Offenheit mit dem persönlichen Bekenntnis entgegengetreten: »Historische Analyse ohne Rücksicht auf das, was heutzutage bei uns entweder als opportun oder allgemeinpolitisch wünschenswert angesehen wird, ist mit den unerfreulichsten Risiken verbunden. Kann man sie umgehen, kann man sich den Heckenschützen der Niedertracht entziehen? Ja, soll man sich ihnen entziehen?«[23]

Die Pflicht zur Wahrheit wird nicht dadurch aufgehoben, daß nur edle Menschen sie zu schätzen wissen. Das wußte Bismarck, als er bitter vermerkte: »Der Wahrheit ist ein kurzer Siegestag beschieden zwischen der Zeit, da sie als paradox verlacht, und der anderen, da sie als trivial gering geschätzt wird.«

*»Ja sogar über unser Dasein hinaus sind wir fähig, zu erhalten und zu sichern; wir übertragen Gesinnungen so gut als wie Besitz.«*

Goethe[24] ist der Beweis dafür; zu seinen Lebzeiten, in den Jahrzehnten, da er im Schatten der Wirkung Schillers stand, und erst recht, als Freud-Schüler

sich an ihm rieben, war er ein Leuchtfeuer, und er wird ein das Maß Gebender bleiben. Auf verwandte Weise wird das beispielhafte Leben Hellmut Diwalds und sein Werk, dem viel von der Kraft Luthers und dem stilistischen Glanz des Sprachmächtigen eignet, über das physische Ende hinaus strahlen.

Bezeichnend für den Kleinmut deutscher Intellektueller ist, daß im Vorfeld der Planung zu diesem Buch einer davor warnte, den »wissenschaftlichen Rang Diwalds zu popularisieren«. Die Geltung deutscher Gelehrsamkeit im neunzehnten und beginnenden zwanzigsten Jahrhundert wurde nicht zuletzt von den offenen, geistig aufgeschlossenen und Fakultätsgrenzen überschreitenden wissenschaftlichen Gesellschaften und Zirkeln gefördert, nicht nur in Berlin, Göttingen und München, sondern zum Beispiel auch in Leipzig zwischen 1870 und 1910, wo die Beziehung zwischen Hochschullehrern, Kaufleuten und Verlegern eng und anregend war, bis hin zum »Debattierkränzchen« im Café Hannes. Auf verschiedenen Ebenen trafen sich damals Tenbruck, Lamprecht, Wundt, Hellpach, gelegentlich auch Mach, Husserl und Avenarius. Damals wurden Fächer wie Landesgeschichte und Heimatkunde (Theodor Ratzel) begründet, Völkerpsychologie gelehrt. Jene Männer hatten keine Berührungsängste, gaben sich Mühe, verstehbar zu bleiben.

Ich besitze einen schönen Beleg für die Ablehnung eines scheinelitären akademischen Hochmuts durch Diwald. Als ich durch einen auf Grundsätzliches zielenden Text die recht verschiedenartigen Beiträge des Eröffnungsbandes der *Schriften der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste*[25] zusammenzuführen versuchte, sandte ich das Typoskript an den Freund mit der Bitte zu prüfen, ob er den Aufsatz nicht zu volkstümlich neben den sehr speziellen fände. Er schrieb zurück: »Ich wünschte, er könnte als Auftakt des Bandes veröffentlicht werden... das Nicht-Verquere (das ich bewundere), zu dem unsereiner – durch die ungesunde Distanzierung der Universität vom täglichen Leben und der damit zusammenhängenden Gefahr einer beständigen, im einzelnen kaum noch spürbaren Verkrüppelung des Geistigen – kaum noch einen Zugang hat oder manchmal fast verzweifelt darum kämpft,... großartig ausgewogen und doch nicht liebedienerisch gefällig nach den verschiedenen Seiten hin. Vor allem: Er hat klare, harte Kontur.« (20. Mai 1980)

Im Brief vom 14. Oktober 1981 äußerte er sich grundsätzlich (zur Replik auf seinen größeren Zeitungsbeitrag): »Es geht mir durchaus nicht um so etwas wie Dritter Weg und Neutralismus. Das habe ich in den letzten Absätzen meines Artikels deutlich genug gesagt. A. v. Weiss hat mich nicht verstanden oder verstehen wollen. Du hast recht: Die geistig-psychische Lage bei uns ist verheerend. Mir geht es zunächst nur um das Wachrütteln unseres Selbstbewußtseins. Das wird lange dauern. Aber wir müssen damit doch anfangen. Das beginnt mit einer gründlichen Positionsbestimmung. Wissen wir Deutsche denn noch, was wir wollen? Weißt Du die (eine) Antwort? Wenn ja, sag sie! Wenn nein: Such danach! Darum geht es mir...«

Aus dem Brief vom 20. Dezember 1987 (Ich hatte einen Leserbrief zu einer törichten Kritik geschrieben): ». . . Du bist einfach ein Freund. Es gibt nicht viele, die das sagen können, ich kann's. Ich kenne die Rez. aus der *FAZ* nicht. Habe erst vor einer Woche davon erfahren. Dann durch Deinen Brief. Ich will sie auch gar nicht lesen, denn ich weiß, daß von Marcel Reich-Ranickis Zuständigkeit nichts zu erwarten ist. Außerdem habe ich andere Sorgen – zumal ich schließlich auch (weil ich im Grunde naiv bin) verletzlich bin. Außerdem stur. Das verbindet uns auch, unter anderem. . .«

Und dann der schlimme Bericht vom 1. Juni 1992, der unsere Befürchtungen übertraf: »Leider habe ich nichts Gutes zu berichten. In aller Kürze: Ich liege seit 2 Monaten in der Uni-Klinik Bonn. Diagnose Nieren- und Knochenkrebs, inzwischen 2 Operationen. In der kommenden Woche entscheidet sich, ob eine dritte nötig ist. Kummer macht mir weniger die letztlich sehr trübe Therapie-Perspektive als vielmehr der Abbau des normalen Denkens und der Widerstandskraft aufgrund der ständigen Schmerzen, der Bestrahlungen, der Medikamente-Nebenwirkungen. Vielleicht habe ich in dieser Misere doch ein bißchen Glück, werde in absehbarer Zeit zur ambulanten Behandlung entlassen und kann die letzten Kräfte noch so sammeln, daß mir noch Zeit zum Aufräumen bleibt. So oder so habe ich keine Ahnung, wie sich die nächsten Monate entwickeln. . .

Der Spontanbrief Gerd Wolandts ist köstlich. Er hat ja so recht. Trotzdem: Laß uns bis zum Schluß nie das Vertrauen zur Substanz unseres Volkes aufgeben. Wir, nur wir haben an das geglaubt, was 1989 Wirklichkeit wurde. Ich setze mit der gleichen Zuversicht jetzt auf eine radikale Erneuerungsbewegung, die dem politischen Scherbenhaufen zu Leibe rückt. Ach, und die Volksgruppe ist – bis auf die Witikonen!? – ein Trauerspiel. . .«

Wir haben uns einmal am Telephon damit getröstet, daß offenbar auch Epochen vor der unseren Grund zum Klagen über den Verfall hatten. Ich habe Hellmut die Klage von Andreas Gryphius zitiert:

»Doch schweig noch von dem, was ärger als der Tod,  
Was grimmer denn die Pest und Glut und Hungersnot:  
Daß auch der Seelenschatz so vielen abgezwungen.«

Auch damals folgte dem Niedergang ein Aufschwung, und so ist es kein Zweckoptimismus, wenn wir Wende und Wandel erwarten.

Noch auf dem Krankenlager hat Hellmut Diwald als Herausgeber des Europa-Bandes zum *Handbuch zur Deutschen Nation* die eingegangene Verpflichtung, ganz im preußischen Stil, erfüllt. Er machte sich die Mühe, seiner Zufriedenheit mit einem Beitrag in der ihm eigenen freundschaftlich-herzlichen Weise Ausdruck zu geben.

Und dann das letzte handschriftliche Zeugnis einer überdauernden Zuneigung. 7. September 1992: »Lieber Richard, Du bist ein wahrer Freund: Ich fühle mich neben der Familie niemandem so verbunden wie Dir und Elisabeth. Danke für die Laudatio. Du weißt, wie (ich) skeptisch Lobreden gegenüber bin,

allen voran solchen, die mich selbst betreffen. Doch Dein Text macht mich nicht verlegen.«[26]

Was berechtigt mich, ein stark persönlich gefärbtes Bild eines Mannes und einer Freundschaft zu zeichnen, von dem alle, die ihm begegnet sind, einen eigenen Eindruck empfangen haben? Vielleicht die Hoffnung, daß die ungleich zahlreicheren, die Hellmut Diwald nur aus seinen Büchern kennen, etwas über den Menschen erfahren, der hinter seinem reichen Oeuvre nur allzugern zurücktrat. Hatte ich recht, Hellmut Diwald einen Geistesverwandten Ulrichs von Hutten zu nennen? Dessen *Türkenrede* von 1518 an die Reichsfürsten könnte aus dem Munde unseres Freundes stammen:

»Nie seid ihr mit mehr Recht ermahnt worden,
euch darauf besinnen zu wollen, daß ihr Deutsche seid.
Schon stehen wir im Ausland nicht mehr in gutem Rufe,
durch eure Schuld, denn ihr sitzt da
und erschlafft ruhmlos in Müßiggang
und macht keinen Gebrauch von unseren Kräften.«

## Anmerkungen

1. J. Fernau, *In dem Haus auf dem Berge*, Briefband, München 1992
2. J. W. v. Goethe an E. W. Behrisch am 2. November 1767; J. W. v. Goethe an F. v. Müller am 24. April 1830
3. H. Diwald, *Ernst Moritz Arndt - Das Entstehen des deutschen Nationalbewußtseins*, München 1970
4. Festschrift der Deutschen Akademie für Bildung und Kultur, München 1983
5. Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (Hg.), *Festschrift für Hellmut Diwald*, München 1992.
6. J. W. v. Goethe, *Schriften zur Literatur*, »La Gloire de Frédéric«
7. H. Diwald, *Geschichte der Deutschen*, Berlin 1978
8. H. Diwald, *Geschichte macht Mut*, Erlangen 1989, S. 124
9. *Süddeutsche Zeitung*, München, 30. November 1981
10. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Frankfurt/Main, 21. September 1981
11. *Das Ostpreußenblatt*, Hamburg, 12. Juni 1993
12. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2. Juni 1993
13. *Die Welt*, Hamburg, 27. September 1993
14. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Frankfurt/Main, 19. Juni 1993
15. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Frankfurt/Main, 9. Juli 1993
16. *Die Welt*, Hamburg, 1. Juni 1993
17. *Sudetendeutsche Zeitung*, München, 11. Juni 1993
18. *Süddeutsche Zeitung*, München, 10. Januar 1979
19. H. Diwald, *Ein Querkopf braucht kein Alibi*, Frankfurt/M.–Berlin 1991, S. 397, 430
20. Ebenda, S. 429
21. H. Diwald, *Deutschland einig Vaterland*, Frankfurt/M.–Berlin 1990, S. 228 f.
22. H. Diwald, *Ein Querkopf braucht kein Alibi*, aaO., S. 196
23. Ebenda, S. 305
24. J. W. v. Goethe, *Wilhelm Meister. Wanderjahre*, I/12
25. R. W. Eichler (Red.), *Rechtsstaat, Kulturerbe, Volksgruppe*, Bd. 1 d. Schriften d. Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste, München 1980, S. 45 ff.
26. *Festschrift für Hellmut Diwald*, aaO. (Anm. 5).

Lothar Bossle

# Hellmut Diwald – der Geschichtssoziologe zwischen den Fronten

Als die beiden geisteswissenschaftlich orientierten Soziologen Helmut Schoeck und Friedrich Tenbruck verstarben, wurden sie in Nachrufen als Außenseiter ihres Faches gewürdigt, weil sie in ihrem Denken niemals den Vorrang des Menschen vor den Inanspruchnahmen durch die soziale Struktur geopfert haben. Hannah Arendt hatte allerdings vor Jahren gerade auf diese ununterbrochene Traditionslinie europäischen Denkens seit Sokrates, Platon und Aristoteles verwiesen, die in vielen Variationen und Modulationen über das Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert erhalten geblieben war. Es sei ein Denken gewesen, das stets um den Vorrang des Menschen vor allen sozialen Einflüssen und Verflechtungen gekreist habe. Mit dieser personalen Denktradition habe Karl Marx jedoch gebrochen, indem ihm die Sozialstruktur wichtiger als der Mensch erschienen wäre. Seitdem hat in der Geschichtswissenschaft wie in der Soziologie die Auffassung einen modischen Anstrich erhalten, festgeschriebenen Tatsachen und Stukturen eine größere Wirkkraft auf den historischen Prozeß einzuräumen als der aufbrechenden Unverdrossenheit in der Natur des Menschen.

Wie Schoeck und Tenbruck als Soziologen war Hellmut Diwald unter den Historikern schon deswegen ein Außenseiter, weil für ihn entgegen einer weitverbreiteten professionellen Lust an Binnenbesichtigungen der Strom der Geschichte niemals bei den Konferenzen von Jalta und Potsdam am Ende war. Eine solche Offenheit gegenüber unvorhersehbaren Ereigniseinbrüchen kann man sich indessen als methodisches Instrument nur bewahren, wenn man über die scheinbar unbarmherzige Chronologie historischer Tatsachenabläufe – wie die Spaltung Deutschlands nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg und dem Ende des nationalsozialistischen Herrschaftssystems – nicht in eine zementierte Verzweiflung hineinfällt, die zur Grundlage einer festsitzenden Geschichtsauffassung zu werden vermag. Ein Historiker wie Hellmut Diwald

wurde daher mit einer inneren Zwangsläufigkeit zu einem Geschichtssoziologen, da er sich vom eingeübten Methodenzwang in seinem Denken und in seinen historischen Erforschungen befreien konnte. Wer freilich wie er einen solchen unprofessionellen Wagemut aufbringt, verläßt die geheiligte Halle, in welcher die kollegiale Wohlgelittenheit ihre Herberge gefunden hat.

Anders als Oswald Spengler und Egon Friedell, zwei geniale Dilettanten der modernen Geschichtsdeutung, war Hellmut Diwald ein gelernter Historiker. Aber allein schon seine geistige Nähe und methodische Nachbarschaft zu Hans-Joachim Schoeps und Kurt Kluxen mußte die Erwartung nähren, daß er nicht im Schutzgehege des gerade zeitgenössischen historischen Denkens verbleiben würde. Dabei erfordert eine wissenschaftliche Leidenschaft ohnehin, über den säuberlich errichteten Zaunpfahl, den selbsternannte Methodenhüter dahingestellt haben, mehr als nur gelegentlich hinaus zu blicken. Diesen Mut muß eigentlich jeder Fachgelehrte aufbringen, der sich vor eine begrifflich gar nicht faßbare Wirklichkeit gestellt sieht. Unsere von Überraschungen und Widersprüchen ständig heimgesuchte Wirklichkeit folgt ja bis heute nicht einer Einteilung in fachwissenschaftliche Exklusivitäten und macht es daher theorieversessenen Methodenliebhabern sehr schwer.

Wie weit man sich eigentlich aus dem Fenster seines studierten Fachs hinauslehnt, wenn man sich mit unstillbarer Leidenschaft zur Erkenntnis der ganzen Wirklichkeit aufmacht, um auch noch die dahinter liegende Wahrheit zu erfassen, hat der in den zwanziger Jahren von der Rechtsgeschichte zur Soziologie übergewechselte Jude Eugen Rosenstock-Huessy durch das Selbstgeständnis bekundet, er sei voller Stolz – aber auch im Wissen um die damit verbundene Einsamkeit – ein »unreiner Denker«. Die Nagelprobe für die Legitimität eines solchen unreinen Denkens liegt nicht im Beifall oder Unmut von Kollegen, sondern schlichtweg an der Irrtumsquote. Denker denken für Denkende, das ist vielfach das Credo einer innerwissenschaftlichen Betriebsamkeit. Und zweifellos bleibt vom Irrtum frei, wer noch nicht einmal aus der Summe von Tatsachen eine Schlußfolgerung zieht.

Rosenstock-Huessy, als Denker und Gestalter zugleich, 1972 verstorben, könnte erst heute die Bestätigung dafür erhalten, daß er in seinem 1931 erschienenen Werk über *Die europäischen Revolutionen und den Charakter der Nationen* sowohl den Kommunismus als auch den Nationalsozialismus als Ausdrucksform einer totalitären Diktatur in zutreffender Weise dargestellt hat. Hellmut Diwald, der einsame Historiker, konnte noch – wenngleich auch nur drei Jahre – die Genugtuung erfahren, daß seine beharrliche Auffassung bestätigt wurde, wonach die Trennung Deutschlands in zwei Staaten mit unterschiedlicher geistiger und politischer Orientierung einfach nicht das letzte Wort zur deutschen Geschichte sein konnte.

Man nannte es eine für einen Historiker verbohrte Einseitigkeit, was doch nur sein leidenschaftlicher Einspruch gegen eine Neigung nicht nur außerhalb unseres Vaterlandes war, Deutschland und seine sudetendeutsche Heimat

mit Kübeln an historischer Schuldhaftigkeit zu überschütten. In einer als werturteilsfrei dahingestellten Geschichtswissenschaft hätte eine solche Einseitigkeit eigentlich nicht vorkommen dürfen. Und für Diwald war es besonders schmerzlich gewesen, daß uns eine fabrizierte Interpretation der europäischen Geschichte von einer Macht aufgenötigt wurde, die in ihrem kriminellen Charakter der totalitären Diktatur des Nationalsozialismus in nichts nachgestanden hat. Diwald war kein Gesundbeter Hitlers, und er ließ darum auch keinen Zweifel daran, daß für ihn »der Führer« ein totalitärer Diktator war. Und auch die Schuld Hitlers am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zweifelte er nicht an. Sein Einspruch richtete sich nur gegen die verbreitete Auffassung, daß die Deutschen alle für die Verbrechen Hitlers und seines Systems durch die Teilung und seine sudetendeutschen Landsleute durch die Vertreibung büßen sollten.

Als Historiker, der nicht einfach Ereignisse zusammenzählt, sondern mit einem soziologischen Blick auf Systeme und Strukturen schaut, dabei wissend, daß ein Prinzip europäischen Gerechtigkeitssinnes den Vergleich zwischen verschiedenen Wirkmächten aushalten muß, konnte sich Hellmut Diwald an der Tatsache erregen, daß 1945 nur gegen Deutschland der Vorwurf erhoben wurde, es habe zwölf Jahre unter dem Bann eines verbrecherischen Regimes gestanden. Wer deshalb Diwald eines unverbesserlichen Chauvinismus bezichtigt, sollte sich einmal fragen, ob er diesen Vorwurf auch gegen Gustav Stolper erheben möchte, den Freund von Theodor Heuss, der als liberaler Reichstagsabgeordneter und Wirtschaftsfachmann ein hohes Ansehen in der Weimarer Republik gewonnen hatte, als Jude 1933 unser Vaterland verlassen mußte und als Mitglied der Hoover-Kommission 1945 durch das zertrümmerte Deutschland gefahren war und wesentlich dazu beitrug, daß die USA vom Morgenthau-Plan abließen. In seinem Buch *Die deutsche Wirklichkeit,* das 1949, zwei Jahre nach seinem Tod, in deutscher Sprache erschien, schreibt Stolper: »Die Nürnberger Prozesse, die im Hängen der Naziführer gipfelten (das sie hundertfach verdient hatten), stützten sich auf die Verletzung des Kellog-Pakts. (Mit der Anerkennung des Kellog-Pakts als zwingendes Recht, so versicherte Richter Jackson, ›steht und fällt‹ – die Anklage.) Aber diese Anklage richtet sich nicht gegen die russischen Mitglieder des Gerichtshofes, obwohl jedermann (mit Einschluß der deutschen Angeklagten) wußte, daß Rußland nicht nur ein Mitverschworener in dem deutschen Angriff gegen Polen war, sondern im Winter 1939 seinen eigenen Angriffskrieg gegen Finnland geführt hatte, ganz zu schweigen von der Annexion der baltischen Republiken, die anzuerkennen sich die Vereinigten Staaten bis zum heutigen Tage weigern.«[1] Und empört stellt Gustav Stolper fest: »Aber niemand hat Herrn Wyschinski öffentlich gefragt, wieviele unschuldige Menschen er ums Leben gebracht hat.«

Stattdessen sollte Jahre später Herbert Wehner den Innenminister im Kabinett Adenauer, Dr. Gerhard Schröder, bezichtigen, er sei ein »Wyschin-

ski«. Da sie die Macht besitzen, nehmen sich die Sieger wohl immer das Recht heraus, dem Besiegten die ihm zugedachte Gerechtigkeit zu verordnen. Erfolg im Sinne einer bewußseinsumprägenden Stabilisierung haben solche Indoktrinationen allerdings nie. Eine Beschreibung der bewußtseinsbildenden Prozesse im von 1945 bis 1990 geteilten Deutschland führt darum zu dem höchst einhelligen Ergebnis, daß sowohl die westlichen Umerziehungsbemühungen als auch die sowjetrussischen Schulungsabende das Bewußtsein der Deutschen in ihrer Mehrheit nicht beeinflussen konnten. Schon militärische Eroberungen eines fremden Staates führen zu Jahrhunderte anhaltenden Trotzhaltungen wie die eingefleischten Ängste der Polen vor einem russischen Imperialismus.

Und solche Umpolungen des nationalen Bewußtseins gelingen auch nicht, selbst wenn die Siegermächte über einheimische Hilfskräfte verfügen. Die Westmächte hatten dabei hervorragende deutsche Emigranten, die nach 1945 in den westlichen Besatzungszonen die Einübungen in demokratisches Handeln und Denken erleichtert haben. Waldemar von Knoeringen hielt in England Vorträge vor deutschen Kriegsgefangenen. Friedrich A. von der Heydte hat als kriegsgefangener Offizier vielen jungen Deutschen die Grundlagen des Völkerrechts und der politischen Soziologie vermittelt und hat ihnen die Wege zum akademischen Studium eröffnet. Aus den USA kehrten Arnold Bergstraesser, Carl J. Friedrich, Ernst Fraenkel, später Heinrich Brüning, Eric Voegelin und Eduard Heimann zurück. Aus dem Exil in der Türkei ging Alexander Rüstow auf einen Lehrstuhl der Universität Heidelberg. Zu ihnen traten bedeutende Wissenschaftler aus der inneren Emigration wie Theodor Litt, Eduard Spranger, Gerhard Möbus, Otto Stammer und Hans Peters, die in der ersten Phase der Nachkriegszeit der politischen Erziehung der Deutschen ein eigenes Profil zu geben vermochten.

In der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands war bei manchen Deutschen unmittelbar nach dem Zusammenbruch noch die Hoffnung vorhanden, daß keine Kontinuität von der nationalsozialistischen zur kommunistischen Diktatur entstehen könnte. Doch blieb die totalitäre Kontinuität das unausbleibliche Schicksal unter der Diktatur Ulbrichts und Honeckers. Der Unterschied zu Hitler bestand nur darin, daß sie eine von Moskau verliehene Macht besessen hatten.

Doch Symbole und Motive beider Diktaturen ließen keine Unterschiede zu. In seinem *Notizbuch eines Philologen*, einem Tagebuch, das er während seines inneren Exils in Dresden zwischen 1933 und 1945 schrieb und das er deshalb »LTI«, Lingua tertii Imperii – die Sprache des Dritten Reiches genannt hat, hebt Victor Klemperer die mythologisierte Rolle des Heroismus in der Sprache und im Gestus der nationalsozialistischen Selbstdarstellung hervor. Er schildert, wie er im Kino den Parademarsch der Marinewache sieht, die durch das Brandenburger Tor zieht: »Die Leute warfen die Beine, daß die Stiefelspitzen über die Nasenspitzen hinauszuschwingen schienen, und es war wieder ein

einziger Schwung, wie ein einziges Bein, und es war in der Haltung all dieser Körper, nein: dieses einen Körpers eine so krampfhafte Anspannung, daß die Bewegung zu erstarren schien, wie die Gesichter schon erstarrt waren.«[2] – Ebenso hätte ein glänzender Beobachter die Maiaufmärsche der Nationalen Volksarmee und der Arbeitsbrigaden von Ulbricht und Honecker beschreiben können.

Damit wird recht anschaulich ein Wesenskern der totalitären Diktatur deutlich: sie präsentiert sich nicht nur durch die Gestalt der politischen Funktionäre, sondern auch durch ein militärisches Kraftmeiertum. Der Weg in der sowjetisch besetzten Zone nach 1945 war daher nicht einfach mit der Auswechselung der Helden des Krieges durch die Helden der Arbeit verbunden. Beide totalitäre Ideologien hatten ja nachweislich nur deshalb einen proletarischen Anfang, weil revolutionäre Bewegungen davon ausgehen müssen, daß sich hinter dem Vorwand, dem Arbeiter helfen zu wollen, am ehesten Machtgelüste verbergen lassen. In seiner so häßlichen wie nervösen Besprechung auf Hellmut Diwalds *Geschichte der Deutschen* wollte Eberhard Jäckel dieser soziologischen und sozialpsychologischen Ausgangslage totalitärer Bewegungen kein Gewicht beimessen. In der Manier eines Historikers, der seine politischen Glaubensbekenntnisse hinter dem Wandschirm wissenschaftlich unbestreitbarer Theorien verbirgt, schwingt er sich zu dem grundlosen Vorwurf auf: »Den Nationalsozialismus nennt Diwald ungeachtet aller Ergebnisse der Faschismusforschung und ohne Begriffsbestimmung ›eine radikal linke Bewegung‹, dazu ›geschichtsstolz und traditionsverhaftet‹.«[3] Eine solche soziologische Analyse des Nationalsozialismus, wie sie Hellmut Diwald vornahm, kann indessen in wortwörtlicher Treue auf den Marxismus-Leninismus als Ideologie und Herrschaftssystem übertragen werden. Und auch über die Begriffsbestimmung, was Faschismus eigentlich ist, herrscht unter Soziologen und Historikern, die sich die methodische Offenheit zum unvoreingenommenen Vergleich erhalten haben, keinerlei Meinungsverschiedenheit.

Nach übereinstimmenden Urteilen ist der Faschismus eine revolutionäre Bewegung, die unter Ausschaltung der Verfassungsregeln einer pluralistischen Demokratie einen antiparlamentarischen und damit totalen Staat anstrebt. Faschismus ist die Einheit von Staat und Partei. Das galt in Deutschland von 1933 bis 1945, in Rußland von 1917 bis 1990, im vom Marxismus-Leninismus beherrschten Teil Deutschlands von 1945 bis 1989.

Obgleich Lenin 1917 außer einem Vakuum in Gestalt der ratlosen Regierung Kerenskij keine soziologischen oder theoretischen Bedingungen für seine Machtergreifung vorgefunden hatte, setzte er die Monopolherrschaft seiner Partei durch und fand, daß nun schon einmal die Avantgarde des Proletariats gesiegt habe. Das war gewiß noch nicht einmal der Ansatz zur Bildung einer proletarischen Wirklichkeit in Rußland, aber dafür eine attraktive Täuschungsformel für die Legitimität der Allmacht des Politbüros.

Hitlers Bewegung hingegen blühte im Tummelfeld der Weimarer Republik auf, ohne daß eine Theorie eine längere Wartezeit bis zur Umsetzung gehabt hätte. Die Chance zur Durchsetzung erblickte er in der Synthese von Nationalismus und Sozialismus, deren Zauberkraft ja auch die Kommunisten überall dort vertraten, wo sie sich an der Macht befanden. In seinem Buch *Anmerkungen zu Hitler* führt Sebastian Haffner den Nationalismus als aufpeitschende Gesinnungshaltung bei Hitler auf die Einflüsse seiner Wiener Asyljahre zurück, während er die Aneignung des Sozialismus in der NSDAP durch folgende Begründung nachvollzieht: »Da man aber das, was hinter den linken Parteien stand, die Arbeiter, nicht abschaffen konnte, mußte man sie politisch für den Nationalsozialismus gewinnen,. . . man mußte ihr Sozialismus bieten, jedenfalls eine Art von Sozialismus, eben Nationalsozialismus.«[4]

In den zwanziger Jahren, als die NSDAP mit ihrem Propagandaapparat in die Schwächen der Weimarer Demokratie hineinstieß – übrigens in einer zuweilen bemerkenswerten Kampfgemeinschaft mit den Kommunisten –, war die Sowjetunion als totalitäres System bereits eine Realität. Zwar hatte Max Weber noch 1917 die Machtergreifung Lenins wegen ihrer nicht im Leben verwurzelten Hohlheit als Karneval bezeichnet, aber ohne jahreszeitliche Begrenztheit von Fastnacht und Fastenzeit sollte dieser Karneval dann 73 Jahre dauern. Doch der Sieg des Faschismus in Italien 1922 und das Massensterben der Demokratien, die in der Folge des Ersten Weltkrieges entstanden waren, ließen damals schon die Befürchtung aufkommen, daß der Sowjetkommunismus nicht das einzige Jammertal des Totalitarismus im 20. Jahrhundert bleiben würde.

Zwei Jahre, bevor die totale Machtergreifung Hitlers erfolgte, hat Waldemar Gúrian in einer ersten soziologischen Studie über den Bolschewismus diese gemeinsame Sympathie des damaligen Zeitgeistes für eine Überwindung der Demokratie in die heute nahezu unglaubliche Feststellung zusammengepackt: »Ernst Jüngers prägnante Formel ›totalitäre Mobilmachung‹ und Carl Schmitts These von der Wendung zum totalen Staat, der die alte Trennung des 19. Jahrhunderts von Staat und Gesellschaft nicht mehr kenne, sind im bolschewistischen Reiche seit Jahren verwirklicht.« Und im Vergleich zu den seit 1922 in Italien vorherrschenden politischen Verhältnissen meint 1931 Waldemar Gúrian: »Der fascistische Staat ist lange nicht so total wie der bolschewistische.«[5]

Verwundert möchte man sich die Augen reiben, wie es Faschismusforschern und intellektuellen Gesundbetern der totalitären Diktatur seit den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts gelungen war, um Lenin, Stalin, Ulbricht und Honecker den Mantel der politischen Unschuld zu legen, während das zweifellos verbrecherische System des Nationalsozialismus nur allein in seiner faschistischen Verderbtheit vorgeführt wurde. Und was Ernst Jünger und Carl Schmitt im Anblick des sowjetrussischen Systems als Bedrohung und Tendenz in ihrer Zeit erschien, wird ihnen auch heute noch als

Steigbügelhalterdienst am Zustandekommen des nationalsozialistischen Gewaltsystems vorgehalten.

Die Folge dieser Faschismusforschung, die Jäckel zu seiner Kritik an Diwald benutzt hat, war die Schaffung eines geistigen und politischen Klimas, in welchem das pathologische Kunststück fertiggebracht werden konnte, die nationalsozialistische Diktatur zu verdammen und die sowjetische Diktatur zu verharmlosen. Die mit Gúrian begonnene und von Hannah Arendt, Carl J. Friedrich, Hans Buchheim und Otto Stammer fortgesetzte Totalitarismusforschung geht jedoch von der kriminellen Gleichartigkeit der beiden totalitären Systeme aus. Dieses Ergebnis der Totalitarismusforschung, das nach Waldemar Gúrian auf der »Wesensverwandtschaft von Nationalsozialismus und Bolschewismus« beruht, war nach 1945 der übereinstimmende Grundkonsens in der Soziologie, Politologie und auch in der Geschichtswissenschaft.[6]

Die Aufkündigung dieser wissenschaftlichen Einhelligkeit erfolgte dann erst in den sechziger Jahren durch die Renaissance des Spätmarxismus. Verbunden war dieser Paradigmawechsel von der Totalitarismus- zur Faschismusforschung mit einem Generationswechsel unter den Soziologen und Historikern. Friedrich Meinecke, der mit seinem Buch *Die deutsche Katastrophe* den Zusammenklang von Sozialismus und Nationalsozialismus in der Republik von Weimar hervorgehoben hatte, wurde nunmehr zu den Vergessenen gezählt. Für einen liberalen Denker von einer unheimlich klaren Härte des Urteils hatte er zur Ausbreitung eines revolutionscharismatischen Milieus und zur Vergiftung der geistig-politischen Atmosphäre in den zwanziger Jahren noch ausgeführt: »Das Wort vom Zuchthausstaate, den sie errichten würden, ist schon den Sozialisten entgegengehalten worden. Unmittelbar aber untergruben sie durch den Haß und Zorn des sich ausgebeutet Fühlenden gegen die eine als reaktionär geltende Masse der überlieferten Gesellschaftsschichten den Sinn für die überlieferte geschichtliche Autorität überhaupt, entzündeten sie die revolutionäre Rücksichtslosigkeit im Niederstampfen der Gegner, ihrer Rechte und ihres Eigentums. So entwickelte sich ein revolutionärer Geist überhaupt, dessen Erbschaft später der Nationalsozialismus antreten sollte.«[7] Der Historiker Meinecke, dem das seltene Glück zuteil wurde, sowohl nach dem Ersten wie dem Zweiten Weltkrieg in einer angereicherten wissenschaftlichen Autorität als Ideenpolitiker hervorzutreten, hat damit eine Mentalität nationalsozialistischer und kommunistischer Desinformations- und Diffamierungsstrategien offengelegt, die von einer einseitig inspirierten Faschismusforschung in den sechziger Jahren überhaupt nicht mehr wahrgenommen wurde.

Diese Aufkündigung einer bis dahin einvernehmlichen Totalitarismusforschung vollzog sich in unübersehbarer, aber in ihrem Hintergrund nicht durchschauten Weise durch den von Jürgen Habermas und Theodor Adorno geführten Angriff auf Karl Poppers Hauptwerk *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Damals entfachten marxistische Gesellschaftstheoretiker den in völlig

falschen Frontstellungen verlaufenden und daher höchst überflüssigen »Positivismusstreit in der deutschen Soziologie«. Obwohl Karl Popper als auch Hans Albert eine Zuordnung zur positivistischen Methode in den Sozialwissenschaften zu Recht bestreiten, wurden sie dennoch als wirklichkeitsverfehlende Oberflächenphilosophen denunziert.

Stattdessen suggerierte man den Marxismus als Wirklichkeitswissenschaft. Da die positivistische Methode bei Faktenansammlungen haltmacht, die nur Schwächen, aber keine Handlungsantriebe bieten, erhob man die Parteilichkeit des Denkens zu einer Kategorie der Erkenntnis. Die Feststellung von Karl Popper: »Der Marxismus ist schließlich nur eine Episode, nur einer der vielen Irrtümer, in die wir in unserem unentwegten und so gefährlichen Kampf um den Aufbau einer besseren und freieren Welt verfallen sind«, mußte die Nerven der Regisseure und Strategen des Spätmarxismus bloßlegen, die ihr stumpfsinniges Ressentiment gegen die industriegesellschaftliche Arbeitswelt und ihre antiamerikanischen Affekte als Kritische Theorie verstanden wissen wollten.[8]

Das Bekenntnis zu einer Parteilichkeit des Denkens, hochnäsig deklariert als Theorie-Praxis-Relation in der Erkenntnislehre, läßt aber Erkenntnisse und Urteile gar nicht zu – sondern nur Verurteilungen. Die Kritische Theorie eignet sich daher nicht zur Aufhellung komplexer Wirklichkeiten, sondern nur zur Entwicklung von Beschimpfungstechniken, deren Register in der Kritik von Jäckel und anderen Gralshütern der spätmarxistischen Argumentationsbaukunst gegen Hellmut Diwald alle gezogen wurden. Die wissenschaftlich garnierte Diffamierung aller, die nicht der eigenen Meinung sind, hat schon Marx in die Welt gebracht, wie Golo Mann bemerkt. Die erbarmungslosen Angriffe von Marx gegen Ferdinand Lassalle, Wilhelm Weitling und Pierre Proudhon haben, wie Willy Hellpach 1906 bereits feststellte, einer »Tothetzung pathologischer Analogien im Feuilleton« den Weg gewiesen.[9] Diese geistige Epidemie, wie sie Hellpach nicht nur bei Marx, sondern auch durch die Gleichnisspielereien organizistisch denkender Soziologen diagnostizierte, erlangte in den sechziger Jahren eine weitgehend blätterwald- und universitätsbeherrschende Ausbreitung in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Plötzlich wollten Historiker, Soziologen, Psychologen, Philosophen und Pädagogen von den geistesgeschichtlichen Ursprüngen ihres Faches nichts mehr wissen. Wer die kritischen Theorieübungen, die sich heute wie Parteiappelle und Reden bei marxistischen Wiederauferstehungsfeiern lesen, nicht mitzumachen bereit war, wurde einfach in die reaktionäre und faschistische Verdachtsecke abgeschoben.

Da Hellmut Diwald der Respekt gebührt, diesen Kniefall vor der spätmarxistischen Eroberung der Geistes- und Sozialwissenschaften nicht mit vollzogen zu haben, stand er fortan in dieser Ecke. Die Faschismustheorie, wonach jeder ein Faschist ist, der ein sozialistisches Glaubensbekenntnis verweigert, wurde von den Kommunisten bereits in den zwanziger Jahren entwickelt. Sie

diente als aggressives Beschwichtigungsmittel, um die eigenen Anhänger bei der Stange zu behalten. Manés Sperber, 1937 Leiter eines Instituts für antifaschistische Studien der Komintern in Paris, hat sich mehrfach wegen seiner langen Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei mit der Begründung gerechtfertigt, er und seine Freunde hätten sich allzulange mit dem Argument beschwichtigt, dem Kampf gegen Hitler gelte der letzte Einsatz, auch die Entschuldigung der Verbrechen Stalins.

Nach 1945 hat die Erhebung eines pauschalen Faschismusverdachts gegen alle nichtprogressiven Kräfte und vor allem gegen die politischen Verhältnisse in der alten Bundesrepublik dazu geholfen, »die gemeinsamen Wurzeln zwischen Sozialismus und Faschismus« zu verbergen.[10] Der Kampf gegen die imperialistische, revanchistische und faschistische Bundesrepublik war für den kommunistischen Agitationsapparat die einzige Begründung zur Legitimierung der Staatsexistenz in der DDR. Zum Nachweis, daß die Bundesrepublik Deutschland mit Nazis und Neonazis vollgestopft ist, fabrizierte die Abteilung X des Ministeriums für Staatssicherheit unter Zuhilfenahme ihrer informellen Mitarbeiter in Westdeutschland den Dokumentationsband *Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis*.[11] Natürlicherweise fehlt in diesem Machwerk, das auf so dubiosen Fälschungstechniken beruht wie das vom zaristischen Geheimdienst hergestellte Buch über die Weisen von Zion, auch die Erwähnung von Hellmut Diwald nicht. In seinem Buch *Die Faschismuskeule* hebt Hans-Helmuth Knütter hervor, daß der Agitationsapparat der DDR seit 1955 die alte Faschismustheorie des Kommunismus mit einer geheimdienstlichen Konsequenz als Verleumdungswaffe gegen die alte Bundesrepublik verwendet hat.[12] Seitdem erfährt Knütter das gleiche Schicksal wie Diwald; wer den Antifaschismus in seinen polemischen Ursprüngen entlarvt, wird als Faschist gebrandmarkt.

Es gehört zum atmosphärischen Dilemma der Gegenwart, daß der Umfall der Sozial- und Geisteswissenschaften, wie er sich in den sechziger Jahren durch die öffentlichen Siegesfeiern des Spätmarxismus ergeben hatte, zu einem Glaubensverlust an den Wissenschaften geführt hat. Spätmarxistische Schwärmer und emanzipationssüchtige Wissenschaftstheoretiker klagen heute, daß die Ereignismassen der Jahre 1989/90 ihr Methodenmuseum zerstört hätten. Von höchster Überständigkeit ist daher die Forderung von Hans-Ulrich Wehler geworden, Soziologie und Geschichtswissenschaft sollten zusammengehen, um eine »Restituierung der Fortschrittsidee« zu bewirken. Und es grenzt schon an einen total geistlos gewordenen quasiwissenschaftlichen Kannibalismus, wenn Horst-Eberhard Richter die neue Aufgabe des Sigmund Freud-Instituts in Frankfurt in einer psychoanalytischen Forschung erblickt, »die psychische Nachwirkung von rassistisch-antisemitischen Ideen bis in die nächste Generation hinein zu erkennen«.[13] Damit hat Horst-Eberhard Richter nicht nur die anthropologische Dimensionslosigkeit der Freudschen Psychoanalyse offenbart, sondern auch das blanke Ergebnis aufgewiesen, das

wohl immer zustande kommt, wenn man seine ideologische Verranntheit nicht eingestehen will. So beruft sich Horst-Eberhard Richter auf Ergebnisse der Faschismusforschung, die sich als nichts anderes denn als kommunistische Diffamierungstechniken herausstellen. Und so ist sich Richter als Wissenschaftler nicht zu schade, den anthropologischen Unsinn zu produzieren, in rassistischen und antisemitischen Verklemmungen und Idiotien, die leider unter allen Völkern vorkommen, gleichsam genetische Unentrinnbarkeiten zu entdecken.

Für diesen Niedergang wissenschaftlicher Methoden trifft wirklich die ironische Bemerkung von Manés Sperber zu, daß die Jünger von Sigmund Freud ganz tief in seichten Gewässern waten und ganz unten dann auch finden, was sie oben schon wußten: Ödipus ist entlarvt. Hellmut Diwald konnte einem solchen methodischen Ödipus-Komplex nicht erliegen, weil er wie eigentlich jeder gute Historiker wußte, daß eine geschichtliche Deutung ohne Zuhilfenahme der Anthropologie, der Soziologie und der Philosophie entweder an der Oberfläche verbleibt oder durch Kurzschlüsse das Licht der objektiven Erkenntnis nicht mehr erblicken kann. In seinem großen Werk *Im Bann der Geschichte* hat Johan Huizinga darum festgehalten, daß detaillierte Geschichtsforschung und analytische Monographien nicht zur Erfassung historischer Zusammenhänge führen können. Er sah wie Diwald in der Historie eine Integrationswissenschaft, die auf die Hilfe und Unterstützung durch andere Erkenntnisgebiete – und hier vor allem die Soziologie – angewiesen ist, wenn sie ihren orientierenden Beitrag zum Verständnis einer jeweiligen Gegenwart erbringen will.[14]

Die Tiefe der Begegnung mit geschichtlichen Ereignissen gelingt ja nur durch Fragen, die uns die Probleme der Gegenwart aufnötigen. Die Wege zur Geschichte werden für einen Menschen erregend, wenn er aus den Ereignisketten der Vergangenheit einen Aufschluß über die Nöte seiner Gegenwart erhält. Es ist daher so befremdlich wie unangemessen, wenn Jäckel es als eine methodische Sünde bezeichnet, was als gegenchronologisches Verfahren Diwald in seinem historischen Hauptwerk angewendet hat: nämlich aus den Verirrungen der Gegenwart in die Vergangenheit zurückzugehen. Diesem von Diwald bevorzugten Verfahren, Geschichte durch die Hervorkehrung des Gegenwartsbezugs zu verlebendigen, haben eigentlich alle Autoren großer historischer Werke entsprochen, die sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg dem Gesamtverlauf der deutschen Geschichte zugewendet hatten. Gleich ob es sich dabei um Emil Franzels *Geschichte des deutschen Volkes*, 1985, um Johannes Hallers *Epochen der deutschen Geschichte*, um die *Europäischen Epochen* von Heinrich Scharp, 1959, um Peter Rassows *Deutsche Geschichte*, 1953, Michael Freunds *Deutsche Geschichte*, 1973, oder um die *Geschichte der Deutschen Nation* von Hermann Simon, 1968, handelt. Und auch die *Geschichte Europas* von Ernst Samhaber, die er 1982 veröffentlichte, beginnt mit einer Darstellung der europäischen Gegenwartslage.

Als originärer Geschichtssoziologe stand Diwald daher gar nicht so allein. Mit seiner Vorgehensweise, die Vergangenheit durch die Fragen der Gegenwart zu einem erkenntnisergiebigen Erlebnis werden zu lassen, erfüllte er nicht nur die methodische Beherzigung des Aktualitätsprinzips, dessen Anwendung eben allein eine wissenschaftsvertiefende und urteilsbildende geistige Neugierde zu wecken vermag. Ein Geschichtssoziologe wie Diwald kennt dabei auch die Summe und Aufeinanderfolge der geschichtlich bedeutsamen Ereignisse, aber anders als der Chronist leidet er unter historischen Lasten. Erst wenn Ereignisse zittern und erschüttern, die Geröllmassen der lawinenartigen Katastrophen über ihn hereinbrechen, sich die verzweifelte Frage nach dem Sinn der Geschichte und nach der Gerechtigkeit für unterdrückte und heimatlose Menschen stellt, beginnt der Denkprozeß für den Geschichtssoziologen.

Als diese katastrophennahe Situation in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts eingetreten war, schrieb Alfred Weber ein grundlegendes Werk *Kulturgeschichte als Kultursoziologie.* Und Rudolf von Salis bemerkte im Vorwort zu Karl Meyers *Weltgeschichte im Überblick,* ein »Universalhistoriker« gewinne seine Kategorien geschichtssoziologischen Denkens durch den Rückbezug auf Wilhelm Dilthey, Georg Simmel, Ernst Troeltsch und Max Weber. Das großartige Buch von Hellmut Diwald *Wilhelm Dilthey – Erkenntnistheorie und Philosophie der Geschichte,* 1963 veröffentlicht, zeigt bereits seinen Weg zwischen den Fronten der fachwissenschaftlichen Enge und ideologischen Strategien. Die Besinnung auf seine Art, die deutsche Geschichte zu sehen, kann uns deshalb heute helfen, der allzulange vernachlässigten Geschichtssoziologie wieder eine neue Geltung zu verschaffen.

*Anmerkungen:*

1. Gustav Stolper, *Die deutsche Wirklichkeit,* Hamburg 1949, S. 26.
2. Victor Klemperer, *LTI, Notizbuch eines Philologen,* Leipzig 1975, S. 26 f.
3. Eberhard Jäckel, »Skandal in der Zunft? Diwalds verfehlte ›Geschichte der Deutschen‹ erregt den heftigen Widerspruch deutscher Zeitgeschichtler«, in *Die Zeit,* 1.12.1978.
4. Sebastian Haffner, *Anmerkungen zu Hitler,* München 1978, S. 20.
5. Waldemar Gúrian, *Der Bolschewismus,* Freiburg/Brg. 1931, S. VI/VII
6. Heinz Kürten, Waldemar Gúrian, in *Zeitgeschichte aus Lebensbildern, Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts,* hrsg. von Rudolf Massey, Bd. 2, Mainz 1975, S. 121.
7. Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe,* Wiesbaden 1946, S. 31.
8. Karl R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde,* Bern 1957, S. 7.
9. Willy Hellpach, *Die geistigen Epidemien,* Frankfurt/M. 1906, S. 8.
10. Lothar Bossle, *Soziologie des Sozialismus,* Köln 1976, S. 162.
11. Vgl. Kommunistischer Bund Westdeutschlands (Hrsg.), *Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis,* Hamburg 1981.
12. Hans-Helmuth Knütter, *Die Faschismuskeule,* Berlin 1993, S. 14.
13. Horst-Eberhard Richter, »Was ist los am Freud-Institut?«, in *Süddeutsche Zeitung,* 27. Januar 1994.
14. Vgl. Johan Huizinga, *Im Bann der Geschichte,* Berlin 1957.

## Die Kampagne gegen Hellmut Diwald von 1978/79 – Erster Teil

ARMIN MOHLER

## Die Rache der SS

In unserer Gesellschaft sind die sexuellen Tabus seit der sogenannten »Kulturrevolution« durch politische Tabus ersetzt. Dieser Handstreich ist geglückt, weil er jenem Massenhedonismus entsprach, der nach Arnold Gehlen die eigentliche Antriebskraft der Dekadenz um uns herum und in uns ist. Man kann heute in der Gesellschaft offen über Perversionen sprechen, die zu Beginn dieses Jahrhunderts sogar in medizinischer Literatur bloß auf lateinisch behandelt wurden. Hingegen gibt es politische Tabus, deren Mißachtung Deutsche beider Geschlechter in andere Zustände zu versetzen mag – und zwar insbesondere Deutsche aus der meinungsbildenden Klasse unter den 40- bis 60jährigen. Das fängt an bei der Warnung: »Eine deutsche Nation gibt es nicht – es sei denn, man mache sie mies.« Und es endet mit der Warnung aller Warnungen in einer historisch-politischen Streitsache, in der das Strafgesetzbuch vorsorglich festgelegt hat, welche Meinung man allein äußern darf, wenn man nicht ins Gefängnis wandern will.

Zu den Mechanismen unserer Gesellschaft gehört, daß jeder, der sich diesen Denk- und Schreibverboten nicht unterwerfen will, früher oder später »ausgegrenzt« wird. Diese Operation besteht darin, ihn zum Schweigen zu bringen oder – wenn dies nicht gelingt – sein Bild in der Öffentlichkeit so zu verzerren, daß kein vorsichtiger Bürger (und die sind in der Mehrheit) mehr mit ihm zu tun haben will. Wer nie eine solche »Hexenjagd« über sich ergehen lassen mußte, kann sich kaum vorstellen, wie gespenstisch es ist, mit einem solchen von den Medien fabrizierten Doppelgänger konfrontiert zu werden, der man selbst sein soll und in dem man doch nur ein Zerrbild seiner selbst erkennen kann. Dies ist unserm Freund Hellmut Diwald am Ende des Jahres 1978 und durch das ganze folgende Jahr 1979 hindurch geschehen. Anlaß war das Erscheinen seines Buches *Geschichte der Deutschen* im Propyläen Verlag, der damals noch dem Springer-Konzern gehörte.

## I. *Verlegerische Strategien*

Die Herausgabe eines so umfangreichen Buches (765 Seiten) mit einer Startauflage von 100 000 Stück war auch bei einem weitherum bekannten Autor wie Diwald ein geschäftliches Risiko. Kein Wunder, daß Wolf Jobst Siedler, nicht nur Chef des Propyläen Verlages, sondern eigentlicher Anreger des Buches, Kontakt mit der zum gleichen Konzern gehörigen Tageszeitung *Die Welt* (»Axel Springers Flaggschiff« im Fachjargon) aufnahm. Es ist eine alte Taktik von Verlegern, mit einer befreundeten Redaktion eine möglichst frühe, den andern Rezensionen vorausgehende Besprechung zu lancieren, um so den weiteren Verlauf der Diskussion zu beeinflussen. So sollte es auch hier sein – und dem Schreibenden, damals noch freier Mitarbeiter der *Welt*, wurde dabei eine Rolle zugeteilt.

Allerdings war 1978 meine Rolle in der Zeitung bloß noch die eines Lückenbüßers. Als mich Hans Zehrer 1965 zur *Welt* geholt hatte, konnte ich unter ihm in größeren Artikeln »rechte« Ansichten vertreten. Nach Zehrers Tod begann jedoch die Rutschpartie der *Welt* ins liberale Lager, die ihr wenig einbrachte; ich war noch einige Zeit einer der Alibi-Rechten vom Dienst, 1971 wurde mein Vertrag aufgelöst, von da ab war ich nur noch freier Mitarbeiter. Ich erzähle das, um meine groteske Situation verständlich zu machen, als ich im Spätsommer 1978 von der Redaktion der *Welt* aufgefordert wurde, auf der Grundlage der ersten aus der Druckerei kommenden Korrekturbögen die erste Rezension der *Geschichte der Deutschen* vorzubereiten.

Was mir diesen ehrenvollen Auftrag einbrachte, wirkt von heute aus gesehen wie ein Witz. Ich erhielt ihn, weil Hellmut Diwald 1976 in der öffentlichen Meinung noch als ein . . . linker Autor galt! Zwar kannte ich ihn damals schon, und ich hatte nie den Eindruck, mich mit einem Linksliberalen zu unterhalten (»Linke« im strengen Sinne des Wortes hat es ja in der Bundesrepublik kaum gegeben). Aus der Distanz erkenne ich, was zu dieser falschen Einstufung führte. Für Hellmut Diwald war damals schon, und sicher schon seit seiner Jugend, die deutsche Einheit wichtiger als alles andere. Das machte ihn zu einem Kritiker von Adenauer, und in der frühen Bundesrepublik galt eben jede Kritik an der Westbindung von Adenauer und Ludwig Erhard automatisch als »links«. Aus diesem Grunde nahmen Verlag und Zeitung an, daß Widerstand gegen das Buch, wenn überhaupt, nur aus dem konservativen Lager kommen könne. Das brachte sie auf die Idee, die *Geschichte der Deutschen* von einem Rechten vorstellen zu lassen, der solche Animositäten in seinem eigenen Lager am ehesten abzubauen vermöge – zumal er ja freundschaftliche Beziehungen zu Hellmut Diwald pflege. Und dazu mußte man mich nicht nötigen, denn diese Lagebeurteilung war auch die meine.

In meiner Archivmappe »Hellmut Diwald« habe ich nur das Manuskript meiner Rezension seiner *Geschichte der Deutschen* gefunden – der gedruckte

Artikel selbst muß in einer der Kisten mit meiner journalistischen Vergangenheit stecken, die ich nicht öffnen mochte. Ich entsinne mich jedoch, daß dieses laut Stempel am 8. Oktober 1978 abgesandte Manuskript wenige Tage später in der Sondernummer der *Welt* zur Eröffnung der Buchmesse gedruckt wurde. Und zwar unverändert – die Feuilletonredaktion und ich meinten, genau zu wissen, aus welcher Richtung unser Freund Diwald angegriffen werden könnte. Denkste – kann man da nur sagen. Zur Dokumentation sei hier der Text ungekürzt abgedruckt.

## *II. An der falschen Front*

*Eine Geschichte der Deutschen, von Heinrich dem Vogler bis zu Helmut dem Macher, von einem einzigen Verfasser geschrieben – das will schon etwas heißen. Es ist kein Zufall, daß unter denen, die seit 1945 ein solches Opus gewagt haben, nur ein einziger ein berufsmäßiger Historiker war: Veit Valentin (1946/1947). Der andere Professor unter ihnen, Michael Freund (1962), war Politologe, und die übrigen drei – Hubertus zu Löwenstein (1950), Paul Sethe (1962), Emil Franzel (1974) – sind zu den politischen Schriftstellern zu rechnen. Valentin und Löwenstein hatten emigrieren müssen; Freund, Sethe und Franzel waren geblieben und hatten sich, jeder auf seine Weise, mit dem Dritten Reich akkomodieren müssen.*

*Hellmut Diwald, Professor der Neueren Geschichte an der Universität Erlangen/Nürnberg, der auf der Buchmesse den mächtigen Band einer Geschichte der Deutschen vorlegt, ist nicht nur der erste Fachhistoriker, der nach mehr als drei Jahrzehnten den Versuch wieder gewagt hat. Er unterscheidet sich von allen genannten Vorgängern in einem entscheidenden Punkt. Sie alle waren in irgendeiner Weise traumatisch mit dem Dritten Reich verbunden, sei es als Emigrant oder als einer, der sich hatte anpassen müssen. Diwald ist ein bis zwei Generationen jünger. Er wurde 1929 in Mähren geboren, wuchs in der Tschechoslowakei auf, siedelte 1940 nach Franken über. Er hat jene Zeit noch geschmeckt, aber er hat sie aus dem Abstand des Kindes und des Schülers erlebt. Diesen Abstand verspürt man in seiner* Geschichte der Deutschen *teils auf wohltuende Weise – teils »geht er an die Nieren«.*

*Der Historiker Diwald ist nämlich manchmal von grausamer Nüchternheit. All das Polster der Allgemeinheiten und Betulichkeiten, alle sonst um die deutsche Geschichte gerankte Phraseologie und Gefühligkeit ist bei diesem »Kriegskind« wie weggefegt. Mitgewirkt hat sicher auch, daß Diwald zunächst eine abgeschlossene Ausbildung als Ingenieur (mit besonderem Interesse für den Turbinenbau) hinter sich brachte, ehe er sich dem Zweitstudium der Geschichte zuwandte. Er erklärt dieses Zweitstudium heute damit, daß er von der Geschichte Antwort auf Fragen erwartete, die ihm immer dringlicher wurden. Als Historiker begab er sich jedoch zunächst in*

*die harte, jahrelange Zucht der Quellen-Edition. Dann erst setzte er zu den großen Schritten an: erst 1969 die* Wallenstein-*Biographie, dann 1975 in der* Propyläen Geschichte Europas *der Eröffnungsband über die Zeit zwischen 1400 und 1555, jetzt diese* Geschichte der Deutschen.

*Wer diesen Weg Diwalds kennt, ist weniger erstaunt über seine Eigenheit als Historiker. Auf der einen Seite ist seine bereits zitierte Nüchternheit des Blickes, die einem an patrizische Geschichtschreibung nach der Art Jacob Burckhardts Gewöhnten zuweilen wie Schnoddrigkeit vorkommen mag. Daß Diwald sich überhaupt nicht um das kümmert, »was man sagt« oder »was man zu sagen hat«, erlaubt ihm jedoch das Herausholen einer »Dramatik aus den Sachen«. Die Leidenschaftlichkeit entspringt bei ihm direkt den Konstellationen, die er sichtbar macht, indem er vor ihnen aufgetürmte Scheinprobleme mitleidlos wegräumt. Es ist ein ständiges Kalt-Heiß-Kalt bei Diwald; er ist ein Meister der Überrumpelung. Das fängt schon auf den ersten Seiten des Buches an, wo er seine Zeit nicht mit langen Definitionen dessen, was deutsch sei, vertrödelt; sondern trocken feststellt, daß die Deutschen heute auf »drei Republiken« verteilt seien. (Über diese Dreizahl geht er dann sogar noch hinaus, als er Karl Barth, wegen seiner engen Verflechtung in das deutsche Drama, als »deutschen Theologen« behandelt.)*

*Allerdings bleibt es bei Diwald nicht bei der Überrumpelung. Sie dient nur dazu, die Sicht frei zu machen. Jene Dreiheit ist ja nur einer von vielen Anläufen, in denen Diwald sein Nation-Verständnis deutlich macht. Er nimmt es weg aus dem Bereich der Ansprüche und der Verdammungsurteile. Die deutsche Nation ist für Diwald etwas sehr Einfaches und Selbstverständliches: eine Erlebens- und Leidensgemeinschaft, deren Tatsächlichkeit auf jedem Deutschen, ob er es nun will oder nicht, lastet.*

*Das tönt pathetisch, wenn man es abstrahierend feststellt – im Buch selbst kommt es ganz selbstverständlich heraus. Das liegt vor allem auch an der eigenwilligen Konstruktion dieser deutschen Geschichte: sie beginnt beim heutigen, in Jalta geschaffenen Zustand Mitteleuropas und endet im Jahr 919, bei Heinrich I. Diwald nennt dieses Verfahren »gegenchronologisch«. Ich schilderte es einem älteren Freund, der seit 1917 von der deutschen Geschichte einige Schrammen mitbekommen hat. Er lachte auf: »Das ist ein Schlaumeier! Der nimmt das dicke Ende voraus. Dann kann der Rest nur noch angenehm sein. . .«*

*Auch ich mußte lachen. Aber der Witz traf, wie so oft, nicht den Kern. Das »gegenchronologische« Verfahren verharmlost die deutsche Geschiche keineswegs. Im Gegenteil: da man so auch glückliche Augenblicke dieser Geschichte – es gibt sie durchaus – von der heutigen Zerstückelung her erlebt, werden auch sie vom Schmerz durchtränkt. Übrigens: an die Gegenchronologie muß man sich erst gewöhnen. Sie geht ja nicht in* einem *Zug zurück, denn man kann die Geschichte schließlich nicht gegen den Ablauf*

*der Ereignisse erzählen. Gewiß, die Weimarer Republik kommt erst* nach *dem Dritten Reich dran. Aber dieser Abschnitt über Weimar beginnt natürlich 1918 und endet 1933. Und das Wilhelminische Reich wird von 1871 bis 1918 erzählt. Manche Abläufe werden sogar, auf verschiedenen Ebenen, mehrfach dargestellt.*

*So ergibt sich eine neuartige Optik. Hat man sich einmal an sie gewöhnt, so stellt sich eine Art von »stereoskopischem« Effekt ein. Diwald erzählt ja nicht kontinuierlich, mit gleichbleibender Verteilung der Effekte, sondern hebt einzelne Ereignisse paradigmatisch heraus – jene Stereoskopie schafft die Verbindung zwischen den einzelnen, scharf belichteten Szenen. Man wird an die Rückblendungen im Film und in der modernen Prosa-Epik erinnert. Aber es sei vor zu direkten Bezügen von einem aufs andere gewarnt. Im Film und im Roman hebt die Rückblende vorher nicht gesehene Zusammenhänge hervor. Beim Neuerzählen der allen bekannten Historie ist die Wirkung genau entgegengesetzt.*

*Das übliche Erzählen der Geschichte, von den Dinosauriern ruckzuck bis zum Computer, hat etwas vom Blick aus dem Expreßzug: vor den vorbeiflitzenden Silhouetten der Bäume und der Berge ist der Endbahnhof die einzige Realität. Das in Diwalds Erzähltechnik enthaltene Umdrehen der Zeit hat einen doppelten Effekt: wir sehen die einzelne geschichtliche Situation plastischer – und vor allem verliert sie ihre Zwangsläufigkeit. Man sieht wieder alle Möglichkeiten, die in ihr stecken.*

*Der kalt-heiß-kalte Diwald, auf nüchterne Weise vom Gesehenen fasziniert, ist nämlich alles andere als ein Fatalist. Die deutsche Geschichte ist für ihn nicht eine Einbahnstraße ins Verhängnis. Es fehlt bei ihm die Vorstellung, die sich bei fast allen seinen Vorgängern seit 1945 findet: daß irgendwo in dieser Geschichte auf nichtwiedergutzumachende Weise die Weiche falsch gestellt worden sei. Er vertritt keine Patentlösung, weder die großdeutsch-theresianische noch die kleindeutsch-fritzische, weder die katholische noch die protestantische, weder die pro- noch die antifaschistische.*

*Diese »skeptische Generation«, die auf die Kriegsgeneration folgte, gibt sich zwar gerne »cool«, aber so kaltschnäuzig ist sie gar nicht. Wenn man das Faszinierende an Diwalds* Geschichte der Deutschen *zu umschreiben sucht, so ist es vielleicht am ehesten dieses: er beschönigt nichts, aber er sieht in den Schwächen der deutschen Geschichte zugleich ihre Stärken. Wie kann man aber in den Selbstzerfleischungen und Zersplitterungen der deutschen Geschichte zugleich eine Stärke sehen? Eine Geschichte Frankreichs oder gar Spaniens ist leichter zu schreiben, denn bei ihnen ist das Objekt in sich geschlossen – und abgeschlossen. Die deutsche Geschichte zerfließt stets an den Rändern, sie ist von der Geschichte des sie Umgebenden nicht zu trennen, ob man das nun Mitteleuropa oder Europa oder wie auch immer nennen mag. Die deutsche Geschichte ist zwar voll von Eigenbrötelei. Das schafft aber zugleich auch bewegliche Eigenständigkeit, die hilft, eine*

*Geschichte auszuhalten, die nach allen Seiten offen ist. Und die vor allem nie fertig ist.*

*Über die Zeit nach 1945 fällt Diwald einige Urteile, die ihm nicht nur Freunde schaffen werden. Er sieht zwar Adenauers Singularität, aber er nimmt ihm übel, daß er ein zu enges Gehäuse geschaffen habe – eben weil er sein politisches Werk nicht im Bewußtsein jener Offenheit und Nichtdeterminiertheit deutscher Geschichte schuf. Aus der gleichen gesamtdeutschen Haltung heraus erlaubt Diwald sich, bei den institutionalisierten Unholden der deutschen Zeitgeschichte nicht alles so schwarz zu finden, wie es gemalt wird.*

*Dem Verlag ist es hoch anzurechen, daß er ein solches Buch herausgebracht hat, das bei aller Nüchternheit den Mut hat, unbequem zu sein. Diwalds* Geschichte der Deutschen *ist nicht nur das erste Buch dieser Art seit langem, das keinen Schulmeistergeruch hat. Es ist auch ein eminent »deutsches« Buch in dem Sinne, wie Diwald die deutsche Lage sieht: jeder Deutsche, der es liest, wird sich über etwas daran ärgern – und er wird das verspüren, was ihn, ob er will oder nicht, mit diesem Geschichtsschreiber verbindet.*

## *III. Ruhe vor dem Sturm*

Beim Wiederlesen dieser Rezension nach sechzehn Jahren fällt mir auf, was damals mein Hauptanliegen war: ich wollte das mit stilistischen Experimenten ohnehin überfütterte konservative Publikum schonend darauf vorbereiten, daß Hellmut Diwald in diesem erstaunlichen Buch die deutsche Geschichte von der Gegenwart her nach rückwärts erzählt. Nach anfänglichem Zögern vor dem Ungewohnten hatte mich bei der Lektüre Hellmut Diwalds genialer Einfall überzeugt, mit einer solchen »Verfremdung« die zum Dogma gewordene Dämonisierung der deutschen Geschichte, vom Teutoburger Wald bis heute, aufzusprengen.

Aufschlußreich ist es, dazu die Rezension von Diwalds Buch zu lesen, die bereits am 15. 12. 1978 im New Yorker *Aufbau*, der führenden Zeitschrift der jüdischen Emigranten in den USA, erschienen ist. Sie wurde vom Chefredakteur H. Steinitz persönlich geschrieben, der den »hochangesehenen Historiker« Diwald mit großem Respekt behandelt: »Auch bei abweichender Meinung (z. B. im Fall der deutschen Kollektivschuld-These nach dem Hitlerregime) muß man die Qualitäten des Autors und seines Produktes anerkennen.« Offensichtlich war die Welle der Ende Oktober in der Bundesrepublik entfachten Hetze gegen Diwald noch nicht bis nach New York gelangt. Bezeichnend scheint mir zu sein, daß diese »Deutsche Geschichte, einmal ganz anders« betitelte Besprechung sich vor allem mit Diwalds rückwärts gerichteter Erzählkunst befaßt. Dazu Steinitz' Urteil: »Logisch, aber verwirrend. Dabei ist das Buch ausgezeichnet geschrieben« (und es folgt weiteres Lob).

Auch in Westdeutschland konnten nicht alle an Geschichte Interessierten mit dem jähen Umschlagen der veröffentlichten Meinung über den Universitätsprofessor Diwald Schritt halten. Noch ins neue Jahr 1979 hinein zog sich eine groteske Verwirrung der Fronten. In manchen Redaktionen hielt sich noch einige Zeit hartnäckig die Meinung, Hellmut Diwald sei einer jener Alibi-Linken, die gerade von Managern des Springer-Konzerns (W.J. Siedler an der Spitze) hofiert wurden, weil man sich davon eine Abschwächung der regelmäßig anrollenden Kampagnen linker Medien gegen den konservativen Konzernherrn versprach. Solche Konzessionen hielt Dr. Rempel, Herausgeber einer Monatsschrift für Geschichtsvulgarisierung (*Damals*), ein Deutschnationaler von altem Schrot und Korn, nicht für nötig. Er setzte seinen leitenden Redaktor fristlos auf die Straße, weil dieser ohne seine Erlaubnis im Heft das Buch des »linken Diwald« gelobt hatte. Hellmut Diwald war entsetzt, als er davon hörte. Aus einem Brief vom 14. 1. 1979: »Die Sache trifft mich fast persönlich. Meinetwegen (also meiner Person wegen) dürften doch solche einschneidende Dingen nicht passieren.« Da ich kurz zuvor journalistisch mit Dr. Rempel zu tun gehabt hatte, bat mich Hellmut Diwald, dort zu intervenieren. Es war mir jedoch in einem zehnminütigen Telefongespräch nicht möglich, Rempel davon zu überzeugen, daß Diwald schon deswegen kein Linker sein könne, weil seine *Geschichte der Deutschen* inzwischen als »nazistisch« verdächtigt werde. Der alte Herr verstand die Welt nicht mehr...

## *IV. Der Sturm bricht los*

Die Kampagne gegen den angeblichen »Nazi« Diwald begann am 23. Oktober 1979 mit einem Artikel im *Spiegel*. Als »Beweismaterial« stützten sich die Angreifer auf einige Sätze, in denen Hellmut Diwald darauf hinwies, daß die Vorgänge in den deutschen Konzentrationslagern während des Zweiten Weltkrieges »trotz aller Literatur in zentralen Fragen noch immer ungeklärt« seien. Da dies sehr wenig »brachte«, garnierten die meisten Kritiker ihre Angriffe mit Nörgeleien gegen Diwalds Darstellung der früheren deutschen Geschichte, vor Hitler, wo er sehr oft überraschend neue Wege ging. Tatsache ist, daß viele Leser, welche den immerhin 48 DM kostenden Wälzer (damals viel Geld) aus bloßer Sensationsgier kauften, nicht auf ihre Kosten kamen – sie hatten es mit verantwortungsvoller Geschichtsschreibung zu tun. Wir wollen und können hier nicht Diwald-Philologie treiben – wir können nur hoffen, daß ein junger Historiker sich bald dieses Berges an teils emotionell aufgeladener, aber auch nüchtern-kritischer Publizistik contra und pro Diwald annimmt und das zum Thema seiner Dissertation macht.

Dem Schreibenden geht es darum, in diesem Buch des Gedenkens an den verstorbenen Freund die Strategie seiner »Ausgrenzung« festzuhalten, welche sich zuletzt noch in den Nachrufen – oder besser: dem Nachspucken – der Feuilleton-Yuppies der offiziösen Presse so widerlich niedergeschlagen hat.

Diese jungen Leute – von der Uni direkt und ohne irgendwelche Lebenserfahrung in die Redaktionen übergewechselt – nehmen den »Antifaschismus« zu seinem Nennwert. Sie erkennen nicht, daß er nur noch der Wahrung von Besitzständen oder der Vertuschung von unbequemen Lebensläufen dient. Wobei das Halali zur Hetzjagd gegen Hellmut Diwald nicht von einem Ex-Roten, sondern von einem Ex-Braunen geblasen wurde.

Aber der *Spiegel*-Redakteur Georg Wolff, genannt »Orje«, der das Feuer auf Diwald eröffnet hatte, ist ja auch ein ganz besonderer Heiliger. Die in den Medien über ihn umlaufende Legende war die eines aufrechten, aber in sich gegangenen Mannes, der als Jüngling ein wenig mit dem Nationalsozialismus geliebäugelt hatte, dann wie hunderttausend andere als einfacher Mann der Waffen-SS diente (und zwar in Norwegen), heute aber mit seinen Aktionen verhindern wolle, daß neue Verführer auftauchten wie jene, die einst ihn selbst verführt hatten. Eine Legende, die Orje mit freundlichem Schweigen bestätigte (und die er wohl selbst gestrickt hatte). In Wirklichkeit gehörte er der schwarzen, der »richtigen« SS an, im Rang eines SS-Sturmbannführers (was dem Major entspricht), und zwar im RSHA (Reichssicherheitshauptamt) in Berlin. Dort arbeitete er in dem berühmten Amt VII, dessen Aufgabe die »Weltanschauliche Überwachung Andersdenkender« war (insbesondere von Intellektuellen). Nun, diese Tätigkeit übte Herr Wolff in der Bundesrepublik auch weiter aus, bloß in umgekehrter Richtung. So kann man seiner Berufung treu bleiben.

Am 18. November 1978 schließt sich ein weiterer SS-Offizier der Jagd auf Diwald an, Edgar Traugott, gebürtiger Österreicher, Verfasser einer schwülstig rassenhygienischen Schrift, nach der Niederlage im Internierungslager Rückkehr zum Christentum. Er zieht eine unauffällige Karriere in der Provinz vor; 1978 ist er Chefredakteur der *Nürnberger Zeitung*, der kleineren der beiden dortigen Zeitungen, vom Drexel-Konzern als Auffangbecken für eher konservative Bürger gedacht. Das Buch von Diwald scheint ihn mächtig durcheinandergebracht zu haben. Sein erster Artikel (18. November 1978) ist betitelt »Fast vergessen / Diwalds Opfer-Dokumentation«. Schon im ersten Absatz meditiert er: »Wem müßte mehr als einem Deutschen daran gelegen sein, daß der Name seines Volkes, das ja nicht allein so viel Leiden gemacht, sondern auch selbst so viel gelitten hat, nach Kräften von der Schmach jener Massenmorde an Wehrlosen und Unschuldigen entsühnt werde. . .« Im nächsten Absatz sinniert er, ob man das Bonner Verschweigen der amtlich bekannten Massenmorde an Deutschen, nach der deutschen Kapitulation, billigen könne. Und plötzlich geht er dazu über, die ihm bekannten Opferzahlen, sechsstellige und siebenstellige, auszubreiten – Zahlen, die wohl den meisten Lesern der *Nürnberger Zeitung* gar nicht bekannt sind. Mitten drin aber wird sich Traugott bewußt, daß das explosiver Stoff ist, und bringt sich darum Hals über Kopf in Sicherheit mit dieser den *Spiegel* weit überholenden und sogleich weit herum zitierten Denunziation von Diwalds Buch: »Es hat alles Zeug dazu, um die

Ressentimentkammer eines neuen deutschen Nationalsozialismus zu werden.« Am 9. Dezember 1978 geht Traugott nochmals, diesmal auf einer ganzen Seite, auf Diwalds Buch ein. Sie ist betitelt: »Geschichte, deutsch-deutsch, links-rechts / Hellmut Diwalds neue deutsche Einheitskombination – Treibstoff für nationale Ressentiments«. Wieder treibt Traugott, übrigens ein beachtlicher Stilist, das gleiche perverse Spiel. Um die in ihm immer noch wachen Dämonen seiner Jugend unter der Sig-Rune zu bannen, zitiert Edgar Traugott erst lüstern alle historisch-politischen Ressentiments, die ein Deutscher heute haben könnte – und schiebt dann, nach dieser Entlastung, den ganzen Kram Hellmut Diwald in die Schuhe. In seiner Aufregung bringt er auch noch die Jahreszahlen durcheinander. Er entdeckt als Diwalds Antriebskraft eine Rivalität mit Golo Mann; der Beweis: Diwald habe »*nach* dessen Wallensteinbuch schon ein eigenes Wallensteinbuch entgegengesetzt«. Nun ist Diwalds *Wallenstein* 1969 erschienen, das von Golo Mann erst 1971. Und es war in Schriftstellerkreisen durchaus bekannt, daß das ältere Buch des jüngeren Kollegen von Golo Mann als eine Majestätsbeleidigung empfunden wurde, da er doch seinen *Wallenstein* seit langen Jahren schon angekündigt hatte.

Kein Wunder, daß Golo Mann schon am 4. Dezember 1978 im *Spiegel* auf Orjes Diwald-Verurteilung im *Spiegel* noch eine mit dem ganzen Pathos seiner Dynastie geladene Diwald-Verdammung folgen ließ. So fehlten nur noch die Ordinarien, die dem eigenwilligen Einzelgänger Hellmut Diwald beharrlich den Zugang zu einem ordentlichen Lehrstuhl versperrten. Die Zunft der Historiker war am 5. Januar 1979 mit dem Freiherrn von Aretin zur Stelle, der dem Propyläen Verlag rundweg empfahl, Diwalds Buch einzustampfen (»Es ist ein durch keine Ergänzung zu rettendes, wirres und dummes Buch.«). Bereits am 1. Dezember 1978 war ihm in der *Zeit* – mit Lehrauftrag für Neuere Geschichte, de facto der Vertreter der Zeitgeschichtler – Eberhard Jäckel vorausgegangen, dessen Ruf damals noch nicht angeschlagen war (erst 1980 wurde bekannt, daß er auf *sechzig* gefälschte Texte von Hitler hereingefallen war). Jäckels Kritik hielt sich zunächst noch im Rahmen des unter Kollegen Üblichen. Nach Aretins Auftritt jedoch holte er in einem »Nachtrag« (*Die Zeit*, 11. Mai 1979) zu seiner Besprechung den Hohn vom hohen Roß herunter ausgiebig nach: »Wer das Recht der freien Meinungsäußerung ernst nimmt, muß es auch für abwegige Meinungen gelten lassen. Nur ist für diejenigen Diwalds die *Nationalzeitung* der rechte Platz und nicht ein Verlag, der einen Ruf zu verlieren hat. Dies ist nur noch ein Fall derer, die dieses Buch vertreiben. Die Zweideutigkeit ist Absicht: mögen sie es endlich vom Markt vertreiben!«

So hatte sich gegen Hellmut Diwald so ziemlich alles zusammengefunden, woraus sich in unserer permissiven Gesellschaft für gewöhnlich das Personal der Hexenjagden gegen Querdenker, Eigenbrötler und Tabu-Verletzer rekrutiert: als gefährlichstes die Renegaten verflossener Regime mit ihrer unstillbaren Sucht, endlich auf der »richtigen Seite« zu sein, dann die neidischen Kollegen, die denkfaul gewordenen Hüter der Pfründen und nicht zuletzt,

gerade im Verhalten gegenüber einem Diwald, die im Haß gegen ihre eigene Nation Erstarrten. Hatte Hellmut Diwald in dieser Situation wenigstens Rückhalt in seinem Verlag?

## *V. Gesinnung und Geschäft*

Im Springer-Konzern war in den letzten Lebensjahren von Axel Springer wenig mehr von seiner Führung zu verspüren. Die langjährige Kampagne gegen ihn hatte in dem sensiblen, auf Harmonie eingestellten Mann ihre Spuren hinterlassen. Je mehr er einsehen mußte, daß seine vier idealistischen Forderungen (für die Wiedervereinigung, für die soziale Marktwirtschaft, für die Versöhnung mit den Juden, gegen jede Art von Totalitarismus) sich in der rauher werdenden Luft nur schwer harmonisieren ließen, um so bereitwilliger übergab er seinen Managern die Zügel. Diese Herren waren jedoch in der sensationellen Hexenjagd gegen ihren Autor Diwald bald in einen Gewissenskonflikt zwischen Gesinnung und Geschäft geraten. Einerseits verbot ihnen der bemühte Philosemitismus ihres Hauses jede Beteiligung an einer noch so dezenten Kritik am Bewältigungsrummel. Andererseits war eine Startauflage von 100 000 Stück bei einem Wälzer von damals 48 DM (heute 70 bis 80 DM) eine Investition, die es einem Geschäftsmann schwer machte, der von Baron Aretin geforderten Einstampfung des Buches nachzukommen. Die von Orje & Co. entfachte Kampagne hatte diese *Geschichte der Deutschen* blitzschnell zum Bestseller gemacht, die Leser hofften, Verbotenes drin zu finden, der Drucker kam mit dem Drucken kaum mehr nach.

Aus dieser peinlichen Situation suchten sich die Herren Manager auf Kosten des Autors zu retten. Zunächst hatte sich Diwald zur Streichung einiger Stellen bereit erklärt. Doch unter dem Druck der veröffentlichten Meinung verlangte der Verlag plötzlich ein Umschreiben des ganzen Bandes. Das war zu viel für Hellmut Diwald. Wie er reagierte, ist bezeichnend für ihn. Er beschimpfte seine bisherigen Partner nicht und lief auch nicht zum Kadi. Er wählte die absolute Verweigerung. Jede Kommunikation mit dem Verlag wurde abgebrochen, ob brieflich oder telefonisch, kein Parlamentär wurde eingelassen. Hellmut Diwald fühlte sich von seinem Verleger Siedler, der zugleich der Inspirator der *Geschichte der Deutschen* gewesen war, im Stich gelassen; er hat ihm dies nie verziehen.

In dieser Situation hatten die Manager einen rettenden Einfall. Sie ließen eine von Dritten »bearbeitete« Ausgabe drucken, schickten aber jedem, der es wünschte, den Wortlaut der gestrichenen Stellen zu. Manche Buchhändler erhielten diese »Zugabe« ganz automatisch, ohne vorherige Aufforderung von ihrer Seite, mit dem Band geliefert . . .

## *VI. Satyrspiel*

Wir beenden diesen Bericht über den Feldzug der »etablierten Zeitgeschichtler« – der verächtliche Ausdruck wurde von Ernst Nolte geprägt – gegen Hellmut Diwald mit einer Geschichte, die ihm ein bitteres Lachen entlockte. Sie zeigt, daß der Schuß hinten raus gehen kann, wenn man den Siegern ihre Wünsche allzu beflissen an den Lippen abzulesen sucht. Einer der wichtigsten Beiträge zur gereinigten Fassung der *Geschichte der Deutschen* war die Hinzufügung eines der obligaten Fotos von KZ-Leichen. Kenner erkannten sie sofort als eine Aufnahme aus dem KZ Nordhausen am Südhang des Harzes. Dieses KZ war identisch mit einer riesigen unterirdischen Produktionsstätte von Geheimwaffen. Den Spezialisten ist bekannt, daß die Zahl der Todesfälle von Gefangenen (sei es durch Gewalt oder durch Erschöpfung und Seuchen) in Nordhausen weit geringer war als in anderen Lagern. Das wird damit erklärt, daß die dort als Spezialarbeiter eingesetzten Gefangenen im Sinne der Produktion ein sorgsam zu hütendes und zu pflegendes Gut gewesen seien. Damit hängt wohl zusammen, daß für die Gefangenen, die zunächst wie die gesamte Produktion unterirdisch untergebracht waren, nach einiger Zeit oben, an der frischen Harzluft, Baracken gebaut wurden. Der amerikanischen Luftwaffe mußte bei ihrer vorzüglichen Luftaufklärung bekannt sein, daß man mit einer Bombardierung dieser Baracken niemals die Produktionsstätten, sondern höchstens einen Teil der inhaftierten Opfer des Faschismus und allenfalls ein paar ihrer Bewacher treffen würde. Die Amis *haben* gebombt, und so entstand der Berg von Leichen, der in der gereinigten Fassung von Hellmut Diwalds *Geschichte der Deutschen* den deutschen Leser beschämen soll.

## Die Kampagne gegen Hellmut Diwald von 1978/79 – Zweiter Teil

ROBERT HEPP

# Richtigstellungen

*»L'histoire est le récit des faits donnés pour vrais.«*[1]
Voltaire

Die Pressekampagne gegen Hellmut Diwald, die Ende 1978 begann und 1979 ihren Höhepunkt erreichte[2], hat den Bestsellerautor und Medienstar über Nacht zum Outcast und zur Unperson der BRD gemacht. Nicht daß er mit einem leibhaftigen Kainsmal gebrandmarkt, von Haus und Hof vertrieben und in eine veritable Wüste geschickt worden wäre! Wir leben nicht mehr im Mittelalter; schaurigschöne Exkommunikationsriten, wie sie damals üblich waren, sind uns fremd[3]. In einem liberalen Staat geht es humaner zu; da wird man auf humane, rechtsstaatliche Weise ausgeschaltet und kaltgestellt. In einer intakten »politischen Kultur« muß zur Verhängung des Kirchenbanns nicht einmal unbedingt ein Gericht bemüht werden. Da kann der Staat in der Regel sogar die Bestrafung dem freien Spiel der »öffentlichen Meinung« überlassen.

Außer der einhelligen Verurteilung durch die »veröffentlichte Meinung« ist denn auch Diwald damals eigentlich nichts passiert. Offiziell wurde gegen den Professor nicht einmal ein Disziplinarverfahren durchgeführt; er durfte weiter forschen und lehren, und er hat auch post festum noch eifrig publiziert. Freilich, er war nun »gezeichnet«: aus dem unorthodoxen Nationalliberalen, mit dem sich früher selbst ein Sebastian Haffner in aller Freundschaft gekabbelt hatte, war auf einmal ein »Rechtsradikaler« geworden, den jeder nach Kräften mied, der sich nicht selber »verdächtig« machen wollte. Nachdem ihm

der Judenstern der Bundesrepublik[4] einmal verpaßt war, wurde er von der ehrenwerten Gesellschaft geschnitten: den Fernsehleuten war er plötzlich nicht mehr telegen genug, selbst »konservative« Gazetten wollten künftig lieber auf seine feschen Kolumnen verzichten, und die lieben Kollegen entdeckten plötzlich, daß er eigentlich gar nicht »zitierfähig« sei[5]. Als Publikum blieb ihm schließlich nur noch der »Narrensaum« jener »anständigen und ehrlichen Leute«, die die »öffentliche Meinung« ignorieren und die die »öffentliche Meinung« ignoriert[6]. Aber im Vergleich zu ähnlichen Fällen, die sich später ereignet haben, ist er relativ glimpflich davongekommen. Eben das hat ihn jedoch wiederum jenen Zeitgenossen suspekt gemacht, die es nach dem Blut von Märtyrern gelüstet. Sie warfen ihm vor, er habe seinen privaten Frieden und seine Seelenruhe mit Konzessionen an den herrschenden Zeitgeist erkauft, die mit dem von ihm verkündeten Mut zur Geschichte und zur Wahrheit[7] schwer vereinbar seien. Statt unbeugsam, entschlossen und kühn wie das von ihm gepriesene Mönchlein in Worms[8] zu seiner Überzeugung zu stehen, sei er beim ersten Anpfiff in die Knie gegangen und habe alles widerrufen, was er für richtig hielt.

Da die Legende von Diwalds »Rückzieher« die Runde macht und seinem verdienten Nachruhm schadet, ist es an der Zeit, die nachkommenden Generationen, die die Zeit nicht mehr miterlebt haben, an das Gelände zu erinnern, auf dem der Feldzug gegen Diwald abrollte und – sofern das heute schon möglich ist – ein paar Tatsachen zurechtzurücken.

Die Kampagne gegen Diwald ist in ihrer Dynamik und in ihrer historischen Bedeutung nur vor dem Hintergrund des Jahres 1979 voll zu verstehen. Obwohl die BRD in diesem denkwürdigen Gedenkjahr mit beträchtlichem propagandistischem Aufwand ihren dreißigsten Geburtstag feierte, konzentrierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit nicht etwa auf die Geschichte der Bundesrepublik, sondern auf die zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches. Deutschland stand wieder einmal im Schatten Hitlers. Erinnert sei nur an den vierzigsten Jahrestag des Weltkriegsbeginns[9], an die dritte Debatte über die Verjährung der »NS-Morde« und last not least an die multimediale Großinszenierung des polit-pädagogischen Rührstücks »Holocaust« mit gründlicher Vor- und Nachbereitung[10] in den Schulen und sonstigen Indoktrinationszentren der Republik.

Diese Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ist bekanntlich weniger von historischem Interesse als von jenem eigenartigen Ritual bestimmt, das man in Deutschland als »Vergangenheitsbewältigung« bezeichnet, obwohl es sich dabei um genau das Gegenteil dessen handelt, was das Schlagwort zu besagen scheint und was wohl auch ursprünglich einmal damit gemeint gewesen ist[11]: An die Stelle des Ziels der Erledigung und Beseitigung der Reste des NS-Regimes ist mittlerweile die Pflicht zur »Erinnerung«[12] an dieses getreten. Indem die Ereignisse, die sich während des Dritten Reiches abgespielt haben, ständig memoriert und rekapituliert werden, will

man nun gerade verhindern, was einst einmal das Ziel – wenigstens das der meisten Deutschen – gewesen sein dürfte: daß ein Schlußstrich unter diese unheilvolle Periode unserer Vergangenheit gezogen wird. Es geht jetzt vor allem darum, den Deutschen unentwegt die »Untaten« ihrer Großväter und Urgroßväter vorzuhalten, damit sie die Folgen ihrer Niederlage im Weltkrieg als gerechte Strafe empfinden und nicht auf die Idee kommen, sich vom Stigma des Besiegten zu befreien[13].

Dabei handelt es sich im wesentlichen um die bei jeder Gelegenheit wiederholte »Anmahnung« der besonderen »Verantwortung«[14] für bestimmte historisch einmalige und unvergleichliche Verbrechen, die ihnen nach dem verlorenen Weltkrieg von den Siegern zur Last gelegt wurden, insbesondere für die vorsätzliche, gezielt geplante und in speziellen »Vernichtungslagern« wie Auschwitz »industriell« betriebene Massentötung von Juden. Der offizielle Zweck der periodisch wiederkehrenden Gedenktage und Gedächtnisfeiern, die mittlerweile zum festen Bestand der Zivilreligion der Bundesrepublik Deutschland gehören, ist die Generalprävention: die Deutschen sollen ständig mit den »Untaten« der »Unmenschen« konfrontiert werden, weil nur so eine Renaissance des Tausendjährigen Reiches à la longue zu verhindern sei. Damit keine neue Generation jemals in die Versuchung kommt, sich aus ihrer »Verantwortung« für die Verbrechen ihrer Ahnen davonzustehlen, sind alle Deutschen gehalten, sich immer wieder jenem »kathartischen« Prozeß zu unterziehen, den man als »Trauerarbeit« bezeichnet: sie sollen sich einerseits rückhaltlos mit den »Tätern« identifizieren und deren »Schuld« auf sich nehmen, sich aber andererseits zugleich mit Entschiedenheit von ihnen distanzieren, um sich mit den Opfern zu solidarisieren, ein wahrhaft verrücktes Unterfangen, das – bei begreiflicher »Unfähigkeit«, über das Mißgeschick eines anonymen Personenkollektivs, das viele Jahrzehnte zurückliegt, wirklich »zu trauern«[15]– bestenfalls jene »typisch deutsche« Hypokrisie zur Folge hat, die man an den gekonnten Trauergesichtern ablesen kann, die unsere Politiker bei allfälligen KZ-Besuchen zur Schau zu stellen pflegen, das sich aber auch in dem Krankheitsbild manifestiert, das man die »deutsche Neurose«[16] genannt hat und das den Resonanzboden für die »hysterische« Grundstimmung[17] der »politischen Kultur« der Bundesrepublik Deutschland abgibt.

Diese Stimmung ist schon derart fest in der deutschen Psyche verankert, daß sie bei Bedarf jederzeit »abgerufen« werden kann. Dann setzen sich, wie in den Pestzeiten des Mittelalters, jene wunderlichen Prozessionen der Geißler in Bewegung, die unaufhörlich »Barmherzigkeit! Barmherzigkeit!« und »Frieden! Frieden!« rufen[18]. Und wie die Flagellanten des Mittelalters lassen sich auch ihre Epigonen leicht zu Ausschreitungen gegen Minderheiten hinreißen, nur daß es diesmal nicht die Juden, sondern »rechtsradikale« Dissidenten sind, die sich dem Ritual der masochistischen Selbstgeißelung verweigern[19]. Wer – wie Diwald – zu erkennen gibt, daß die *Geschichte der Deutschen* für ihn nicht nur aus KZ-Greueln besteht und eher ein Grund zum Stolz als zur ewigen

Buße ist, bietet sich in dieser Atmosphäre als der ideale Sündenbock an, den man zur eigenen Entlastung mit der ganzen Schuld des Volkes beladen und zu Asasel in die Wüste schicken kann.

Die eigentliche – und vom Autor sicherlich beabsichtigte – Provokation der *Geschichte der Deutschen* bestand darin, daß sie als Gegenfestschrift zu den offiziellen und offiziösen BRD-Festschriften konzipiert war. Sie sollte den Bundesrepublikanern – sie waren gerade dabei, sich vom »deutschen Sonderweg« (sprich: von der deutschen Geschichte) zu verabschieden, um, wie die Sonne, im »Westen« unterzugehen[20] – vor Augen führen, daß sie mit ihrem Deutsch durchaus noch nicht am Ende waren. Diese Herausforderung wurde freilich von niemandem angenommen, vermutlich nicht einmal bemerkt. Als »Aufhänger« der Kampagne mußten ein paar eher beiläufige Bemerkungen über den dubiosen Stand der Holocaust-Forschung und die politische Symbolik von »Auschwitz« herhalten, die aus den beiden knappen Seiten, die in der ersten Auflage des dicken Wälzers der »Endlösung« gewidmet waren, herausgefischt und groß herausgestellt wurden. »Diese beiden Seiten«, schrieb der Praeceptor Germaniae Golo Mann damals im *Spiegel*, »sind das Ungeheuerlichste, was ich seit 1945 in einem deutschen Buch habe lesen müssen.«[21] Der hauptsächlich inkriminierte Passus besteht aus folgenden drei Sätzen:

- »Was sich [unter dem Titel ›Endlösung‹, R.H.] in den folgenden Jahren [nach 1940, R.H] tatsächlich abgespielt hat, ist trotz aller Literatur in zentralen Fragen noch immer ungeklärt.
- Auschwitz ist das deutsche Stigma dieses Jahrhunderts.
- Es ist ein Symbol des Entsetzens, doch es ist auch symbolisch für die sowohl tatsächlich nachzuweisende als auch gegen besseres Wissen absichtlich hineingedeutete Gleichsetzung vom Dritten Reich und Deutschland.«[22]

Wenn man das heute liest, fragt man sich verzweifelt, wo denn da wohl das Ungeheuerliche stecken könnte, das den armen Golo so in Rage versetzt hat. Daß Auschwitz nicht nur ein »Symbol des Entsetzens«, sondern auch das Symbol einer weltweiten Verwechslung oder Identifizierung Deutschlands mit dem Dritten Reich und »das deutsche Stigma dieses Jahrhunderts« ist, konnte doch wohl in dem Jahr, als sich die Deutschen bei der Betrachtung der Fernsehserie »Holocaust« von Chomsky / Green davon überzeugen konnten, wie sie der Welt präsentiert werden, kaum zweifelhaft sein[23]. Ansonsten tut der Autor nur allgemeine Bedenken gegen die gängige Darstellung der »Endlösung« kund, die ihn offenbar nicht oder jedenfalls nicht völlig überzeugt, weil nach seiner Ansicht »zentrale Fragen« noch ungeklärt sind. Leider versäumt oder vermeidet er es, die »zentralen« Probleme, die er im Auge hat, konkret zu benennen. Meinte er das zwischen »Intentionalisten« und »Funktionalisten« nach wie vor heiß diskutierte Problem der Verursachung – bewußt geplanter und »von oben befohlener« Völkermord oder im »totalitären Sy-

stem« bzw. in der »totalitären Ideologie« implizierte Disposition, die »spontan« oder »sukzessiv« zum Massenmord führte – und die damit zusammenhängende Frage der Verantwortlichkeit?[24] Oder dachte er an die bis dahin von der Forschung arg vernachlässigten Probleme der technischen Durchführung des Massenmordes in »Gaskammern«?[25] Er verrät nicht einmal, ob er das Verbrechen überhaupt oder nur die Art des Verbrechens und/oder sein Ausmaß bezweifelt. Klar ist lediglich, daß er die derzeit herrschende Lesart der Geschichte der »Endlösung« nicht als das »letzte Wort in der Sache« gelten lassen möchte[26].

Aber sind derlei Zweifel in der Wissenschaft denn nicht legitim? Muß da nicht alles prinzipiell bezweifelbar sein?[27] Gäbe es denn ohne den methodischen Zweifel an scheinbar gesicherten Erkenntnissen überhaupt so etwas wie wissenschaftlichen Fortschritt? »Die Wahrheit fängt mit Zweifeln an«, heißt es in einem altmodischen deutschen Gedicht. Deliberando discitur sapientia. First to doubt, then to inquire and then to discover: so und nur so schreitet (nach Buckle) die Wissenschaft voran[28]. Und da die Muse Klio (nach Schopenhauer) »mit der Lüge so durch und durch infiziert ist, wie eine Gassenhure mit Syphilis«,[29] hat ein Historiker doch wohl allen Grund, »offenkundigen« historischen Wahrheiten zu mißtrauen. Die Auseinandersetzung mit manipulierten und gefälschten Quellen ist das tägliche Brot des Historikers. Seit es eine quellenkritische Geschichtswissenschaft gibt[30], erwartet man von ihm, daß er die Überlieferung ständig kritisch sichtet, um sie nach Möglichkeit von allen »Irrtümern, Entstellungen und Erfindungen«[31] zu reinigen. Insofern ist jeder Historiker schon von Berufs wegen ein Revisionist[32]. Und wenn es sich um die Geschichte eines besiegten Volkes handelt, gibt es noch ganz besondere Gründe, vor approbierten »historischen Wahrheiten« auf der Hut zu sein, da ja bekanntlich der Sieger die Geschichte schreibt. Verlangt denn das wissenschaftliche Ethos nicht – um von patriotischer Pflicht ganz zu schweigen –, daß eine »historische Wahrheit«, die nicht von Historikern, sondern von einem Militärtribunal der Sieger entdeckt und zur Kriminalisierung des Besiegten benützt worden ist, ideologiekritisch hinterfragt und beargwöhnt wird? Wem drängt sich denn da nicht der Verdacht auf, daß diese Wahrheit von Parteilichkeit und politischem Interesse getrübt sein könnte?

Alles, was sich bei unvoreingenommener Prüfung des Textes sagen läßt, ist demnach dies: an Hellmut Diwalds Zweifel war nichts, was mit der Deontologie des Historikers unvereinbar wäre. Er hat in der ersten Auflage seiner *Geschichte der Deutschen* lediglich – und auf übrigens sehr zurückhaltende Weise – einen allgemeinen, nicht konkret begründeten Zweifel an der Endgültigkeit der herrschenden Lesart der »Endlösung« andeutet, was nicht nur sein gutes Recht, sondern, so er denn Zweifel hatte, sogar seine wissenschaftliche Pflicht gewesen ist. Der Casus wäre gewiß anders zu beurteilen gewesen, wenn Diwald – wie behauptet wurde – die »Endlösung« geleugnet hätte. Aber eine Behauptung bezweifeln, heißt nicht sie leugnen. Wer die Richtigkeit einer

Behauptung bezweifelt, leugnet sie eben gerade nicht, denn würde er sie leugnen, würde er nicht mehr zweifeln. Und da nach den Spielregeln der Zunft, die von allen Historikern anerkannt werden, ein Gelehrter, der die Richtigkeit einer historischen Tatsachenbehauptung lediglich in Frage stellt, keineswegs verpflichtet ist, den »positiven Gegenbeweis« zu führen – man muß keine Eier legen können, um sagen zu dürfen: dies Ei da ist faul –, war er auch nicht verpflichtet, seine Vorbehalte näher zu begründen. Vom wissenschaftlichen Standpunkt war demnach gegen den Passus überhaupt nichts einzuwenden.

Wenn die Regisseure der Kampagne bei Sinnen waren, was man den coolen Machern im Hintergrund trotz der aufgeheizten Atmosphäre des Bewältigungsjahres getrost unterstellen kann, dürfte ihnen schwerlich entgangen sein, daß sie mit ihren Kanonen auf einen Spatzen feuerten. Das winzige Ziel rechtfertigte den großen polemischen Aufwand mitnichten. Man kann sich daher des Eindrucks nicht erwehren, als habe die Gesinnungspolizei eine Art Sperrfeuer auf die Landschaft legen wollen, um einem viel gefährlicheren Feind zu signalisieren: hier kommt keiner durch[33].

Und in der Tat waren auch bereits ganz andere Gegner im Busch. Als Diwald mit seinen bedächtigen Zweifeln an die Öffentlichkeit trat, meldeten sich bereits »radikale« Revisionisten zu Wort, die im Unterschied zu ihm die »Endlösung« tatsächlich für einen reinen Propagandaschwindel der Alliierten erklärten. Fast gleichzeitig mit dem »Startschuß« des *Spiegels* gegen Diwald löste der Literaturprofessor und Spezialist für Textkritik Robert Faurisson, der sich ohne politische Absicht rein wissenschaftlich mit der »Endlösung« beschäftigt hatte und dabei auf gewisse Ungereimtheiten der Überlieferung aufmerksam geworden war, mit drei schneidigen Erklärungen in *Le Monde,* die am 16. Dezember 1978, 29. Dezember 1978 und 16. Januar 1979 veröffentlicht wurden, in Frankreich eine öffentliche Kontroverse über die Zuverlässigkeit der Quellen zum »Massenmord in den Gaskammern« aus[34].

Faurisson leugnete nicht nur; er bot auch an, den »positiven Gegenbeweis« anzutreten. Schon in seiner Stellungsnahme vom 29. Dezember kam er auf das Thema zu sprechen, das fortan die Arbeiten dieser Schule bestimmen sollte. Nachdem er – unter Hinweis auf die zahlreichen Zeugen, die vor Gericht und sogar unter Eid die Existenz von Gaskammern in den KZs bezeugt hatten, die innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches lagen und in denen es nach heute allgemein akzeptierter Erkenntnis nie welche gab, – die Unzuverlässigkeit von Zeugenaussagen als Beweismittel dargetan hatte, ging er auf technisch-naturwissenschaftliche Befunde ein, die nach seiner Überzeugung eindeutig dafür sprachen, daß es auch in den sogenannten Vernichtungslagern in Polen keine Gaskammern zur massenhaften Tötung von Juden gegeben haben kann. Der Artikel schloß mit dem provozierenden Aufruf: »Der Nazismus mit seinem Führer ist tot, gründlich tot. Was noch fehlt, ist die Kenntnis der Wahrheit. Wagen wir, sie zu verkünden! Die Nichtexistenz der ›Gaskam-

mern‹ ist eine gute Nachricht für die arme Menschheit. Eine gute Nachricht, die wir nicht länger geheimhalten sollten.«

Die Nachricht schlug in Frankreich wie eine Bombe ein. Es stellte sich allerdings ziemlich schnell heraus, daß sich durchaus nicht alle dafür begeistern konnten. Es hagelte Proteste und Gegenresolutionen. Aber der »Stand der Holocaust-Forschung« hatte sich auf einmal gründlich verändert. Mit seiner Forderung, ihm doch nur »einen Beweis, einen einzigen präzisen Beweis für die tatsächliche Existenz einer ›Gaskammer‹, einer einzigen ›Gaskammer‹« zu liefern[35], brachte Robert Faurisson die bisherigen Spezialisten in arge Verlegenheit. Nun stellte sich heraus, daß sich in all den Jahren niemand – kein Historiker und kein Gericht – je ernstlich für die »Tatwaffe« des »größten Verbrechens der Menschheitsgeschichte« interessiert hatte. Entgegen der Tendenz der modernen Kriminalistik zum Sachbeweis[36] beruhte in diesem Fall das ganze Gebäude der Anklagen und Schuldsprüche auf der schwächsten aller Beweisarten, dem Zeugenbeweis. Zeugenaussagen waren zwar in einer überwältigenden Fülle verfügbar, sie erwiesen sich aber bei näherer Betrachtung als außerordentlich unzuverlässig und widerspruchsvoll. Nun begann, von der »breiten Öffentlichkeit« weitgehend unbemerkt, tatsächlich eine neue Epoche der wissenschaftlichen Erforschung des gesamten Komplexes, die in eigenen Zeitschriften[37] und in einer reichen Kontroversliteratur[38] ihren Niederschlag fand und die in den gründlichen naturwissenschaftlichen Gutachten Fred Leuchters und Germar Rudolfs einerseits[39], in den reich dokumentierten Monographien Jean-Claude Pressacs andererseits[40] ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat.

Sogar in Deutschland wagte sich, als die Kampagne gegen Diwald gerade auf vollen Touren lief, ein radikaler Revisionismus mit dreister Impertinenz hervor, der es nicht beim Zweifel bewenden ließ. Im Frühjahr 1979 erschien mit dem Generalangriff auf den *Auschwitz-Mythos*[41] aus der Feder des pensionierten Richters Dr. Wilhelm Stäglich das erste »revisionistische« Werk eines deutschen Autors auf dem Büchermarkt, das bei aller unverkennbaren ideologischen Voreingenommenheit des Verfassers mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit auftreten konnte[42], da es mit einer rigorosen und peniblen Quellenkritik an die beste Tradition der kritischen deutschen Historiographie anzuknüpfen schien. Wie da das sogenannte Wannsee-Protokoll[43] nach allen Regeln der Kunst auseinandergenommen wurde, erinnerte an Meisterleistungen der frühen Diplomatik wie die Entlarvung der Konstantinischen Schenkung[44]. Das brisante Buch mit dem feuerroten Einband verbreitete sich zwar sogleich wie ein Flächenbrand im ganzen Lande und wurde von den Hütern der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auch sofort in seiner Gefährlichkeit erkannt[45], von den Massenmedien wurde es jedoch geflissentlich totgeschwiegen. Die hatten sich auf Hellmut Diwald eingeschossen.

Diwald galt vermutlich nicht nur deshalb als der geeignetere Gegner, weil er als »anerkannter« Historiker mit seinem Buch, das in einem »seriösen«

Verlag erschienen war, einen hohen »Aufmerksamkeitsgrad« garantierte, sondern wohl auch deshalb, weil sich an ihm leichter ein nachhaltiges Exempel statuieren ließ. Da sein Urteil über den Stand der Holocaust-Forschung – was in einem populärwissenschaftlichen Werk wie der *Geschichte der Deutschen* gar nicht zu vermeiden ist – ohne Quellenbelege und Literaturnachweise unbeschützt dastand und so einen idealen Angriffspunkt bot, war es relativ einfach, Diwald »fertig zu machen«. Seine Feststellung war leicht als bloße Meinung abzutun, ohne daß die Kritiker es nötig gehabt hätten, ihrerseits auf Einzelheiten einzugehen und besondere historische Kenntnisse vorzuweisen. Und dabei war mit der öffentlichen Vorführung eines renommierten Professors nicht nur bei ahnungslosen Laien, sondern auch bei potentiellen Nachahmungstätern im akademischen Bereich ein weit größerer Abschreckungseffekt zu erzielen als mit Angriffen auf obskure »rechtsradikale« Skribenten. Wenn es gelang, Diwalds Kredit zu erschüttern und in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß selbst die bedächtigen Zweifel des Professors unbegründet und haltlos seien, brauchte man sich mit den Leugnern des Holocaust erst gar nicht abzugeben. Ohne daß es nötig gewesen wäre, die konkreten Probleme öffentlich überhaupt zur Sprache zu bringen, war so ein billiger symbolischer Sieg über den drohenden Revisionismus zu erringen.

Da – wie in Deutschland nicht anders zu erwarten – sämtliche Medien mitzogen, ging die Rechnung der Strategen auf. Eine sachliche Diskussion fand überhaupt nicht statt. Selbst gebildete Zeitgenossen reagierten auf Diwalds Zweifel primitiv-emotional. Verwunderlich war das nicht, denn der Denunzierte hatte das Großtabu unserer »tabufreien Gesellschaft« berührt[46]. »Auschwitz« ist – in diesem Punkt irren sich gerade die unpolitischen Revisionisten – eben kein »bloßes historisches Faktum«, sondern – weit mehr als das Grundgesetz – »eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik«[47]. Man sollte es nicht als eine rein rhetorische Floskel abtun, wenn Repräsentanten dieses Staates öffentlich bekennen, daß sich für sie »alle Fragen im vollen Bewußtsein um Auschwitz«[48] stellen. Man braucht nur einmal in einem Gedankenexperiment den ganzen Auschwitz-Komplex »hinwegzudenken«, um sofort seine schlechterdings grundlegende Bedeutung für die gesamte »Nachkriegsordnung« zu erkennen[49]. Im politischen Sinn müßte »Auschwitz« auch dann noch »wahr« sein, wenn sich tatsächlich herausstellen würde, daß es in historischer Hinsicht »erfunden« ist, daß also im KZ zu Oswiecim oder einem anderen polnischen Lager nie ein Jude in einer Gaskammer vergast worden ist. Da in der Politik nicht gilt, was ist, sondern ist, was gilt, kann man da ohne Ulk messerscharf schließen, »daß nicht sein kann, was nicht sein darf«[50]. Und was nicht sein darf, bestimmen nicht Wissenschaftler, sondern die legislative und jurisdiktive Gewalt. Auch in einer liberalen Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland stößt die Freiheit der Wissenschaft an ihre Grenzen, sobald es ans »Eingemachte« geht.

Es ist überhaupt eine Illusion zu glauben, in einem Staat, der sich als liberal

bezeichnet, herrsche generell mehr Freiheit als in einem anderen. In einem liberalen Staat ist die Freiheit, auch die der Wissenschaft, wie in jedem anderen Staat eingeschränkt; liberale und nichtliberale Staaten unterscheiden sich nur in der Art der Sachbereiche, die ihnen gleichgültig sind und die daher dem Belieben des einzelnen anheimgestellt und allgemein »freigegeben« werden[51]. Und der »Auschwitz-Komplex« gehört garantiert nicht zu dem Bereich, den unser Staat politisch desinteressierten, weltfremden Wissenschaftlern überlassen könnte. Wo so viele mächtige Interessen hereinspielen, kann sich auch ein liberaler Staat nicht den Luxus der Wissenschaftsfreiheit erlauben. Da eine Revision der »fable convenue« buchstäblich alles in Frage zu stellen droht, was seit 1945 »aufgebaut« wurde, ist sie, politisch betrachtet, im höchsten Maße gefährlich. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß die »Endlösung« bei uns heute die einzige historische Tatsache ist, die selbst der gerichtlichen Nachprüfung entzogen und deren Leugnung oder auch nur Bezweiflung – sogar in naturwissenschaftlichen Gerichtsgutachten[52]– inzwischen mit hohen Strafen bedroht ist. Gewiß, vom wissenschaftlichen Standpunkt sind historische Wahrheiten äußerst verdächtig, die eines gerichtlichen Schutzes bedürfen. Wenn es, wie Pareto mit Stuart Mill feststellt[53], das sicherste Kriterium der Wahrheit des Gravitationsgesetzes ist, daß man es attackieren kann, ohne einen Prozeß wegen Majestätsbeleidigung zu riskieren, dann könnte man in der Tat auf die Idee kommen, daß es um die Wahrheit des »Holocaust« nicht zum besten bestellt sein könne[54]. Aber – ganz abgesehen davon, daß die »Gesetze« der Geschichte keine Naturgesetze sind – kein Staat der Welt gibt seinen Bürgern das Recht, die bestehende Ordnung im Namen einer historischen Wahrheit umzustürzen. Selbst wenn sie »objektiv richtig« wäre, würde die Anerkennung der »historischen Wahrheit« der Revisionisten eine politische Revolution voraussetzen. Ein Historiker kann zwar einer solchen Revolution vorarbeiten, aber er muß sich dann auch darauf gefaßt machen, daß er wie ein »Terrorist« behandelt wird. Das Schicksal der Revisionisten zeigt, was auch in einem liberalen Staat den Leugnern der approbierten historisch-politischen Wahrheit blüht: sie wurden nicht nur gnadenlos verfolgt und bestraft, sondern auch beruflich und finanziell, zum Teil sogar gesundheitlich, ruiniert[55].

Nicht jeder hat das Zeug, ein Märtyrer der Wahrheit zu werden. Und wer nicht selber bereit ist, sich diesem Risiko auszusetzen, hat auch nicht das mindeste Recht, anderen Feigheit oder Defaitismus vorzuwerfen. Es ist daher sinnlos, Diwalds »Rückzieher« unter »moralischem« Aspekt zu betrachten. Obwohl es im Frühjahr 1979 wenigstens einem Wissenschaftler nicht nur von Berufs wegen, sondern auch noch von Rechts wegen freistand, an der »Holocaust-Legende« zu zweifeln – der große Durchbruch zur Kriminalisierung der kritischen Forschung gelang allerdings bereits im Herbst jenes Gedenkjahres mit der BGH-Entscheidung[56] vom 18. September 1979 –, wird es niemand, der sich in seine Lage versetzt, völlig unverständlich finden, daß er unter dem

Eindruck des Sperrfeuers »in die Knie ging«. Er hat es tatsächlich mehr oder weniger widerstandslos hingenommen, daß sein Verleger die erste Auflage der *Geschichte der Deutschen* eilfertig zurückzog und in einer zweiten Auflage nicht etwa nur einzelne Sätze strich, sondern ganze Seiten[57] von dritter Hand[58] umschreiben ließ. Dabei wurden die Zweifel an der Endlösung zwar nicht völlig ausgeräumt, aber auf Nebensächlichkeiten eingeschränkt und noch vorsichtiger formuliert. »An der Tatsache der systematischen Vernichtung der Juden, und zwar ohne jeden Zusammenhang mit Kriegsnotwendigkeiten und sogar im Widerspruch zu den Notwendigkeiten der Front,« hieß es nun unzweideutig, »ist nichts strittig.«[59] Zwar ist auch nach der revidierten Fassung »das, was sich im Zusammenhang mit jenem Plan der ›Endlösung‹ . . . zwischen den Jahren 1941 und 1945 tatsächlich abgespielt hat, trotz aller Literatur. . . noch immer ungeklärt«, aber nicht mehr in zentralen Fragen schlechthin, sondern lediglich »in zentralen Fragen der Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Entscheidungsbefugnisse«. Damit schien klar zu sein, daß sich der allgemeine Zweifel, den der Autor in der ersten Auflage geäußert hatte, keineswegs auf das Problem der technischen Durchführbarkeit der Massenvergasungen bezog, mit dem sich die radikalen Revisionisten beschäftigten, sondern nur auf die auch in Deutschland allgemein akzeptierte Kontroverse zwischen »Intentionalisten« und »Funktionalisten«. Und da Diwald (bzw. sein Ghostwriter) nun nicht einmal in diesem Streit klar Stellung bezog und sich sogar hütete, für die eher suspekten »Funktionalisten« Partei zu ergreifen, blieb die revidierte Darstellung der »Endlösung« selbst hinter derjenigen eigenwilliger Hofhistoriker wie Hans Mommsen zurück. Es kreißte der Berg und gebar – statt des erwarteten Ungeheuers – ein unscheinbares, mickeriges, graues Mäuschen.

Man kann sich vorstellen, daß dieser »Rückzieher« für viele, die Diwalds »Mut zur Wahrheit« bewundert hatten, eine große Enttäuschung war. Über seine Motive kann man heute nur spekulieren. Manches spricht jedoch dafür, daß für ihn letztlich nicht die Sorge um sein persönliches Wohl und Ansehen der Hauptgrund gewesen sein dürfte, die Korrekturen des Verlags mehr oder weniger widerstandslos hinzunehmen, sondern die Befürchtung, sich um jede politische Wirkung zu bringen, wenn er trotzig auf seinem Standpunkt beharrte. Da er ein politischer Historiker war, der den »Gang der Geschichte« nicht nur nachvollziehen, sondern mitgestalten und mitbeeinflussen wollte[60], und da er wohl wußte, daß es in Deutschland niemanden gab, der ihm sein dringendstes Geschäft - die geistige Aufmöbelung der geschlagenen Nation durch Konfrontation mit ihrer Geschichte[61] – abnehmen konnte, mußte er bestrebt sein, das verhängnisvolle Stigma des »Rechtsradikalen« und »Neonazis« mit allen Mitteln von sich abzuwenden. Wozu die »Wahrheit« verkünden, wenn man damit nur erreicht, daß einem niemand mehr zuhört?

Er ist dabei weit – nach dem Geschmack vieler seiner Freunde zu weit – gegangen. Zwar wird es ihm niemand verdenken, daß er sich in der »Haupt-

sache« gegen jedes Mißverständnis absichern und seinen Zweifel an der »Endlösung« präzisieren mußte, aber wer die Sensibilität des Autors in Fragen des Stils und sein ausgeprägtes Selbstbewußtsein kannte, konnte schwer nachvollziehen, warum er sich auch völlig überflüssige stilistische Retuschen gefallen ließ, die nichts als eine Konzession an die verlogene Larmoyanz der Holocaust-Heuchler waren. Da wurden ganze Seiten geleert und mit einer erbärmlichen Jeremiade nachgefüllt[62], die von Eberhard Jäckel hätte stammen können: »das in einem ganz präzisen Sinn ›Unvorstellbare‹«, »Reue bis zur erklärten Unfähigkeit«, »abgründige Scham«, »Ohnmacht der Empfindung«, »nicht mit dem vorhandenen Vokabular zu fassen«, »mit Worten nicht wiederzugeben«, »völliges Verstummen« etc. etc. Diese geschwätzige Wortlosigkeit, man hört es sofort, kann unmöglich von Diwald sein. »Das in einem ganz präzisen Sinn ›Unvorstellbare‹« und die »Reue bis zur erklärten Unfähigkeit«: das ist gar kein Deutsch, es ist nicht einmal logisch; das ist übelster Politpfaffenjargon, echter holokaustischer Aberwitz. So drücken sich Leute aus, die nicht sagen können, was sie fühlen und nicht fühlen können, was sie sagen, Heuchler halt. Wie muß dem stolzen Diwald zu Mute gewesen sein, als er las, was man ihm da in den Mund gelegt hatte!

Aber das war noch nicht alles. Mit der nachträglichen Einfügung eines Fotos von einem Leichenfeld, das offenbar die deutschen KZ-Greuel sinnfällig machen sollte, schien der Verleger seinen Autor geradezu verhöhnen zu wollen, ist dieses Bild doch ein Musterbeispiel jenes »Zynismus«, mit dem – nach einer der Streichung zum Opfer gefallenen Formulierung in der ersten Auflage des Buches – »eins der grauenhaftesten Geschehnisse der Moderne« durch »bewußte Irreführungen, Täuschungen, Übertreibungen« ausgebeutet wurde[63]. Das Foto stellt zwar tatsächlich, wie der beigefügten Legende zu entnehmen ist, »Opfer im Konzentrationslager Nordhausen am Ende des Zweiten Weltkriegs« dar, aber jeder Historiker weiß (oder könnte mühelos feststellen), daß es sich dabei durchaus nicht um Opfer des »Holocaust«, sondern um solche eines amerikanischen Bombenangriffs auf die Boelcke-Kaserne in Nordhausen handelt[64].

Was ging hier eigentlich vor? Wie soll man das nennen? Eine falsche Richtigstellung? Eine Richtigstellung durch Täuschung? Eine wahre Lüge? Eine verlogene Wahrheit? Ein Trompe-l'œil? Un faux semblant? Un vrai semblant? Un faux vrai? Un vrai faux? Wollten da Gutgläubige Gutgläubige beschwichtigen? Oder hat man vielleicht einfach zur Gaudi der Eingeweihten zynisch ein historisches Pasticcio fabriziert, weil es auf die »Wahrheit« bei dieser Geschichte ohnehin nicht mehr ankommt?[65] Weil im Shoah-Business unter dem Schutz des Gesetzes fast alles erlaubt ist?[66] Natürlich hat keine der Gazetten, die gegen Diwald zu Felde gezogen waren, nun etwa gegen das Pasticcio des Propyläen-Verlags protestiert. Das historisch falsche Bild ist schließlich politisch goldrichtig: es stimmt mit der Vorstellung überein, von der man sich und das Publikum um keinen Preis abbringen lassen möchte.

Kein Wunder, daß es in der »Rhetorik des Holocaust« von »Tatsachen« geradezu wimmelt, die – wie die »Lügengeschichten« der Presse nach Wladimir Iljitsch Lenin[67] – zwar meist nicht auf reinen Erfindungen, aber auf »Entstellungen der Wahrheit« beruhen. Das beginnt mit kleinen statistischen Mogeleien. Nicht nur in den Fernsehnachrichten[68] und auf Gedenktafeln[69], sondern auch in Handbüchern für Historiker[70] werden statistische Angaben über die Opfer des Holocaust verbreitet, die ebenso genau wie falsch sind. Und das geht über die suggestive Einblendung von ganz gewöhnlichen Krematorien aus ganz gewöhnlichen Konzentrationslagern mit Kommentaren über dort »verbrannte« – soll suggerieren: vergaste – Juden[71] bis zu pseudoauthentischen »Dokumentarfilmen« à la *Shoah* von Claude Lanzmann[72] und präzisen Verwirrspielen wie dem *Atlas der Endlösung* von Martin Gilbert[73].

Im »alltäglichen Holocaust« setzt sich die große Wahrheit, die kein vernünftiger Mensch im Ernst bezweifeln kann[74], sozusagen aus tausend kleinen »Lügen« zusammen, die durch kein Sondergesetz geschützt werden und die der Forschung überall frei zugänglich sind. Wenigstens auf diesem Feld könnte die historische Kritik beweisen, daß sie noch nicht ganz abgedankt hat. Es wäre keine üble Revanche für die Demütigung, die Diwald einstecken mußte, und nicht die schlechteste postume Wiedergutmachung, die die deutschen Historiker einem ihrer hervorragendsten Kollegen schuldig sind, wenn sie wenigstens diese kleinen »Irrtümer« und »Versehen« hübsch der Reihe nach richtigstellen würden. Auf diesem Umweg könnte man der Wahrheit vielleicht nach und nach ein Stück näher kommen[75].

Anmerkungen:

1. Voltaire, »Histoire, Section I«, *Dictionnaire philosophique*, Tome neuvième, Paris 1834, S.147.

2. Zum Ablauf der Kampagne, die nicht auf Deutschland beschränkt blieb (siehe z.B. die Attacke von Alfred Grosser in *Le Monde* vom 5. Juli 1979, S. 3), aus der Sicht des Jägers: *Der Spiegel* Nr. 15/79 v. 9. 4. 1979, S. 232 ff.; speziell zu den Hintergründen: Armin Mohler, *Der Nasenring – Die Vergangenheitsbewältigung vor und nach dem Fall der Mauer*, München ³1991, S.191–194; ausführlich jetzt: Ders., »Die Kampagne gegen Hellmut Diwald von 1978/79. Erster Teil – Die Rache der SS« (in diesem Band). Schon im *Nasenring* hat Mohler als Regisseur den *Spiegel*-Redakteur und einstigen SS-Obersturmbannführer Georg (»Orje«) Wolf (S.193) und als einen der Antreiber einen namentlich nicht genannten Österreicher erwähnt, der vor dem Anschluß als »Illegaler« gegen Dollfuß kämpfte und es nach dem Anschluß ebenfalls zum SS-Offizier brachte. (S. 329) Die Vermutung, daß es sich dabei um den Chefredakteur Edgar Traugott (*Nürnberger Zeitung*) handelt, wird nun von Mohler bestätigt. Nichts zeigt deutlicher als die Bewältigung der eigenen Vergangenheit auf Kosten anderer, die solche umgedrehten Nazis betrieben haben, daß der Antinazismus der BRD nur ein Nazismus mit umgekehrtem Vorzeichen ist. Vielleicht ist der Antinazismus dieser Paläonazis überhaupt die virulenteste Form des Neonazismus in der BRD gewesen. – Zu Traugotts früherer Botschaft vgl. seine NS-Schrift *Von der Führung* (Nordland-Bücherei Bd.18, Berlin 1941): »Kommt mit der Umwälzung eine niedrigere Art und eine schlechtere Rasse hoch, so ist sie in jedem Fall zu bekämpfen und auszutilgen«. (S.7) Von »ausmerzen« und »ausrotten« ist in der Schrift überhaupt ständig die Rede (z. B. S. 8, 11,

61). Ihr Schlußsatz lautet: »Vor uns das Reich! Aber das Schwert zwischen die Rassen.« (S.75) Was Diwald betrifft, so hielt er zwar einiges vom »Reich«, war aber – wie allein schon ein Blick auf seine Adoptivkinder zeigt – keiner von denen, die Schwerter zwischen Rassen werfen. Sollte vielleicht gerade das die alten SS-Leute aus der Fassung gebracht haben?

3. Vgl. die eindrucksvolle, bei aller literarischen Überhöhung quellennahe Schilderung des Exkommunikationsritus in Balzacs Jugendroman *L'excommunié*, Édition du centenaire, Calmann-Lévy Paris o.J., S. 124–133.

4. Vgl. R. Hepp, »Die Sinnkrise des Verfassungsschutzes«, in *Junge Freiheit*, April 1992, S.11.

5. Ernst Gauss, *Vorlesungen über Zeitgeschichte – Strittige Fragen im Kreuzverhör*, Tübingen 1993, S. 48.

6. Zum letzten mal habe ich ihn im Hinterzimmer eines Frankfurter Bahnhofsrestaurants getroffen, wo ein Fähnlein von sieben Aufrechten wieder einmal eine »Initiative« ergreifen wollte, aus der dann doch nichts geworden ist. Er ließ sich nicht anmerken, wie deplaciert er sich fühlte.

7. »Mut zur Geschichte« war für Diwald tatsächlich primär »Mut zur Wahrheit«: vgl. Hellmut Diwald, *Mut zur Geschichte*, Bergisch Gladbach 1983, bes. S. 230 ff.

8. Anspielung auf Diwalds Schilderung der Szene auf dem Wormser Reichstag in seiner Luther-Biographie: *Luther. Eine Biographie*, Bergisch Gladbach 1982, S. 190–197, bes. S. 195 f.

9. Im Frühjahr 1979 fand nochmals der »Einmarsch in Prag« statt, im Herbst 1939 der »Überfall auf Polen«, dazwischen gab es unentwegt Kriegsberichte aus der Sicht der Alliierten.

10. Vgl. etwa die volkspädagogischen »Kontroversen« in: Wilhelm van Kampen, *Holocaust. Materialien zu einer amerikanischen Fernsehserie über die Judenverfolgung im ›Dritten Reich‹*, Sonderausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, o.O. 1978, S. 5 ff., und die Analyse der Ergebnisse in: Ernst, Tilman, »›Holocaust‹. Impulse – Reaktionen – Konsequenzen. Das Fernsehereignis aus der Sicht politischer Bildung«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 34/81 v. 22. 8. 1981, S.3–22

11. Nach dem »großen Wörterbuch« der Dudenredaktion (*Meyers Enzyklopädisches Lexikon*, Bd. 30, Mannheim 1970) heißt »bewältigen«: »mit etwas Schwierigem *fertig werden*, . .ein Problem. . *lösen*, Schwierigkeiten. . . *überwinden*«. Nach Gerhard Wahrig (*dtv-Wörterbuch der deutschen Sprache*, München April 1978) »mit etwas *fertig werden*. . . etwas meistern. . . ein Problem *lösen*. . . (etwas) seelisch *überwinden*«. In der »Stunde Null« der Nachkriegszeit, als das Schlagwort von der Vergangenheitsbewältigung aufkam, war damit anscheinend noch etwas gemeint, was sich mit der umgangssprachlichen Bedeutung der Worte zur Deckung bringen ließ. Man scheint damals darunter das Ensemble aller Maßnahmen verstanden zu haben, die auf eine möglichst vollständige Vernichtung des besiegten NS-Regimes gerichtet waren, von den Strafprozessen gegen »NS-Verbrecher« über die Entnazifizierung des öffentlichen Dienstes und die Säuberung der Kunst und Literatur bis zur »Umerziehung« und »Umkultivierung« der ideologisch verseuchten Deutschen. Die Vergangenheit bewältigen hieß demnach einfach: derart mit den Überbleibseln des nationalsozialistischen »Sytems« aufzuräumen, daß es als politische Größe erledigt war und nach menschlichem Ermessen als endgültig überwunden gelten durfte. Vgl. Christa Hoffmann, *Die Stunde Null? Vergangenheitsbewältigung in Deutschland 1945 und 1989*, Bonn 1992, bes. S.26 f. – Da der Nationalsozialismus als Resultat und als Ursache von Geschichte derart in seine Zeit »verflößt« war, daß es auch beim besten Willen nicht möglich gewesen wäre, ihn als solchen fein säuberlich aus dem Gesamtkontext der Epoche herauszutrennen, und da es überhaupt keine Zeit und keine Geschichte gäbe, wenn sich alles, was einmal war, restlos ausradieren (oder in ewig gleicher Weise wiederholen!) ließe, konnte in diesem Zusammenhang niemand unter Bewältigung der Vergangenheit ernstlich etwas anderes verstehen als eine »Entmachtung« mit

anschließender »Beisetzung im Grab der Geschichte«. Der erste Teil ist, was auch immer historische Detailstudien noch ergeben mögen, zwar vielleicht nicht ganz wie geplant, aber sicher »über alle Erwartung hinaus gelungen«. (Hans Magnus Enzensberger, *Mittelmaß und Wahn. Gesammelte Zerstreuungen*, Frankfurt/M. 1988, S. 259) Die Historiker der Entnazifizierung, die meist kein Hehl daraus machen, daß sie es lieber gesehen hätten, wenn ein wenig mehr Köpfe gerollt wären, neigen ganz unabhängig von ihrer Parteinahme im ideologischen Bürgerkrieg dazu, den praktischen Vollzug der Maßnahmen an den radikalen oder utopischen Vorstellungen zu messen, mit denen die Sieger angetreten sind. Kein Wunder, daß sie zumeist zu dem Ergebnis kommen, die Bewältigung der Vergangenheit sei in den Anfängen stecken geblieben und letztlich gescheitert, weil die ursprünglichen Pläne der Alliierten von den Deutschen nur noch halbherzig durchgeführt und schließlich ganz verwässert worden seien. (vgl. z. B. Klaus-Dietmar Henke, »Die Trennung vom Nationalsozialismus – Selbstzerstörung, politische Säuberung, ›Entnazifizierung‹, Strafverfolgung«, in ders. u. Hans Woller, Hrsg., *Politische Säuberung in Europa*, München 1991, S. 21–83) Ausländische Beobachter scheinen den Erfolg aus der Distanz objektiver einschätzen zu können. Vgl. etwa das Urteil von Franz M. Oppenheimer, »Konsumismus, ungezügelter Hedonismus, anarchische Nachgiebigkeit – Deutschland mit den Augen eines in Amerika lebenden deutschen Emigranten betrachtet«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 12. 1. 1994 (Nr. 9), S.6.

12. Im Sinn des jüdischen Erinnerungsgebots (5. Mose 25,17ff.) – Von deutschen Gedenkrednern, vor allem von solchen pietistischer Provenienz, wird die Notwendigkeit ständiger Erinnerung in der Regel nicht politisch, sondern theologisch begründet, meist mit Hilfe christlich – und das heißt falsch – verstandener Weisheiten der jüdischen Tradition. Das klassische Beispiel ist Richard von Weizsäckers pietistische Exegese der inzwischen zum Kalauer von Erinnerungsfeiern verkommenen Weisung »Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung« (Rede zum 8.Mai 1985), die gerade nicht besagt, daß den Übeltätern am Ende die »Versöhnung« oder »Verzeihung« winkt. (Vom Bundespräsidenten wurde »Erlösung« als »Versöhnung« interpretiert, von vielen seiner Nachbeter sogar im Text der Weisung durch »Versöhnung« ersetzt. Sehr klar zum Begriff der Erlösung im Judentum: Otto Michel, »Jüdischer und christlicher Erlösungsglaube«, in Hans Jürgen Schultz, Hrsg., *Juden – Christen – Deutsche*, Olten–Freiburg. i.Br. 1961, S. 300–306) Dabei treten die politischen Hintergedanken der Theologen selten so deutlich hervor wie in einem Diktum, das Gustav Heinemann zugeschrieben wird (z. B. von Min.Präs. Rau auf einer Wahlkampfveranstaltung in Stuttgart, übertragen von der *ARD* am 11.1.1987): die einzige Chance, daß die andern vergessen, was geschehen ist, sei, daß wir es nicht vergessen. Wie machiavellistisch, und doch wie protestantisch! Wie füchsisch, und doch wie dumm! Vergessen um den Preis ewiger Erinnerung! Wenn sich die einen ständig erinnern sollen, damit die andern vergessen können und es dann doch nicht tun, werden die einen eines Tages zu der Einsicht kommen, daß es einfacher ist, selbst zu vergessen und das Erinnern denen zu überlassen, die es ja doch nicht lassen können. Zur Genesis des jüdischen Erinnerungskults: Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis*, München 1992, S. 196 ff.: vgl. auch das Motto in: Simon Wiesenthal, *Jeder Tag ein Gedenktag. Chronik jüdischen Leidens*, Gerlingen 1988: »Juden wird es so lange geben, als sie sich erinnern. Keine größere Sünde als zu vergessen.« Wie nachtragend die Juden sein können, zeigt eine dpa-Meldung über den Staatsbesuch des spanischen Königs in Israel vom November 1993, in der es heißt: »Die Beziehungen waren lange Zeit wegen der Vertreibung der Juden aus Spanien vor 500 Jahren... getrübt.« (*Die Welt* vom 10. 11. 1993)

13. Auf die politische Funktion der »Vergangenheitsbewältigung«, die die meisten Autoren mangels ausreichender Distanz zu dem Objekt ihrer Untersuchung nicht wahrzunehmen scheinen, hat Armin Mohler schon sehr früh und in immer neuen Anläufen aufmerksam gemacht: *Vergangenheitsbewältigung – Von der Läuterung zur Manipulation*, Stuttgart-Degerloch [1]1968; *Vergangenheitsbewältigung – oder wie man den*

*Krieg nochmals verliert*, Krefeld 1980; *Der Nasenring. Die Vergangenheitsbewältigung vor und nach dem Fall der Mauer*, München 1991

14. Während früher der Grundsatz galt, daß »da, wo die Schuld liegt, auch die Verantwortlichkeit liegen muß« (und umgekehrt), werden heute Schuld und Verantwortung gerne dissoziiert. Man kann jetzt an etwas schuldig sein, für das man nicht verantwortlich zeichnet, und für etwas zur Verantwortung gezogen werden, an dem man ganz unschuldig ist. Die Zuschreibung von »Verantwortung« kann einerseits der Beschuldigung, andererseits der Entschuldigung dienen. Wenn Mitglieder der politischen Klasse bei einem Vergehen ertappt werden, pflegen sie, wie die ehemalige französische Sozialministerin Georgina Dufoix, die an der Verbreitung aidsverseuchter Blutkonserven mitschuldig war, zu erklären, sie seien »zwar verantwortlich, aber nicht schuldig«. Aber wenn die jungen Deutschen, die an »Auschwitz« ganz und gar unschuldig sind, gleichwohl ständig daran erinnert werden, geschieht das mit der Phrase, die heutige Generation treffe zwar keine Schuld, aber sie habe die »Verantwortung« zu übernehmen. (Richard von Weizsäcker in seiner »Rede zum 8. Mai 1985«; Bundeskanzler Kohl in seiner Rede »Zur Lage der Nation« vom 1. 12. 1988, *Bulletin* Nr. 169, S.1502 und in seiner »Ansprache zum 80. Geburtstag des Simon Wiesenthal am 14.11.1988 in New York«, *Bulletin* Sonderdruck, S.7; Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth in einer Erklärung zum 9.11.1993 lt. *Die Welt* 10.11.1993 und *FAZ* v. 10.11.93) – Vgl. zum »neuen Begriff der Verantwortung«: Hans Jonas, *Das Prinzip Verantwortung*, Frankfurt/M. 1979, S. 172–175 (Jonas unterscheidet die alte Verantwortung als kausale Zurechnung vergangener Taten von einer neuen Verantwortung für die Zukunft als »Pflicht der Macht«. Bei der »Verantwortung« für die deutsche Vergangenheit scheint es sich eher um eine »Pflicht zur Ohnmacht« zu handeln!).

15. Zur »Unfähigkeit zu trauern« (Mitscherlich) vgl. die fulminante Abfertigung von Eckhard Henscheid (»Die Unfähigkeit zu trauern oder so ähnlich – Ein Spezialkapitel zur Kulturgeschichte der Mißverständnisse«) in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 12. Juni 1993, Nr. 133 (Bilder und Zeiten).

16. Johannes Gross u.a., *Die deutsche Neurose. Über die beschädigte Identität der Deutschen*, Schriften der Carl Friedrich von Siemens Stiftung, hrsg. von Armin Mohler, Band 3, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1980. Ob das Ergebnis der »distanzierenden Identifizierung« mit den eigenen Vorfahren tatsächlich eine Neurose im psychopathologischen Sinn ist und ob man überhaupt von kollektiven Neurosen sprechen kann, soll dahingestellt bleiben. Vgl. aber immerhin zu den »Abwehrneurosen«, die aus einem Konflikt zwischen Appetenz und Aversion hergeleitet werden: Peter R. Hofstätter, »Psychologie«, *Das Fischer Lexikon* Bd.6, Frankfurt/M. 1971, S. 212 f.

17. Vgl. Willy Hellpach, *Die geistigen Epidemien. Die Gesellschaft*, hrsg. von Martin Buber, Bd.11, Frankfurt/M. 1906, S. 54 ff., bes. S. 74 ff.

18. Otto von Corvin, *Die Geißler – Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch-katholischen Kirche* (1846), Berlin-Friedenau o.J., S.108. Eine Monographie über das Phänomen des deutschen Flagellantismus im 20. Jahrhundert steht noch aus. Dabei würde die Psychodiagnostik führender Flagellanten (wie von Weizsäcker, Süssmuth oder – nomen omen? – Geissler) und eine epidemiologische Reihenuntersuchung der Mitläufer sicherlich interessante Ergebnisse zeitigen. Daß die massenhafte rituelle Selbstkasteiung zum Zwecke der Buße für begangene Sünden, die als »psychische Epidemie« (W. Hehlmann) in den Geißlerbewegungen des Mittelalters so eindrucksvoll in Erscheinung trat, (Vgl. M. Erbstösser, *Sozialreligiöse Strömungen im späten Mittelalter*, Berlin 1970; F. Graus, *Pest – Geißler – Judenmorde*, Göttingen [2]1988; G. Dickson, »The Flagellants of 1260 and the Crusades«, in *Journal of Mevieval History*, 15, 1989, 227–268) eine »perverse«, masochistische Komponente hat, ist nicht zu bezweifeln. (Vgl. die klassischen Stellen bei: R. von Krafft-Ebing, *Psychopathia Sexualis*, Stuttgart [12]1903, S. 94 ff, bes. S. 106 f.).

19. »In Straßburg verbrannte man am St.-Valentins-Tage auf einem auf ihrem Kirchhofe errichteten Gerüste nicht weniger als zweitausend Juden auf einmal! Wer sich taufen lassen wollte, den ließ man leben . . . An anderen Orten erbaute man zum Verbrennen der

Juden große Brennöfen oder hölzerne Schuppen, in welche man sie hineintrieb und die man dann anzündete.« (Corvin,aaO., S. 116 f.) Heute werden die Ungläubigen zwar nicht leibhaftig verbrannt, aber wer sich nicht »taufen« lassen will, wird moralisch vernichtet.

20. Vgl. z.B. jene kuriose regierungsoffizielle Festbroschüre, in der die BRD an der ganzen deutschen Geschichte vorbei direkt aus der Virginia Bill of Rights abgeleitet und auf so illustre Ahnen wie Benjamin Franklin zurückgeführt wurde: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Hrsg., *Demokratie als Auftrag. Drei Jahrzehnte Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1979, bes. S. 10 f. Zu diesem bei aller Skurrilität typischen Hervorbringsel der Bonner Hofhistoriographie vgl.: Robert Hepp, »Die neuen Deutschen«, in: Caspar von Schrenck-Notzing u. Armin Mohler, Hrsg., *Deutsche Identität*, Krefeld 1982, S.125–127.

21. Golo Mann in *Der Spiegel* Nr. 49/78 v. 4. 12. 1978, S. 14 f. Daß gerade Golo Mann zum Buschieren vorpreschte oder vorgeschickt wurde, ist ein wenig peinlich, denn Diwald war auf dem Büchermarkt sein Konkurrent: Diwalds *Wallenstein. Eine Biographie*, Esslingen 1969; Golo Manns *Wallenstein*, Frankfurt 1971.

22. Hellmut Diwald, *Geschichte der Deutschen*, Propyläen, Frankfurt/M.–Berlin–Wien, [1]1978, S.165.

23. Nach Wilhelm van Kampen, aaO., S.11, sollen allein 120 Millionen Amerikaner die Serie gesehen haben. Fünfzig »Studienanleitungen« zu dem Film wurden in den USA in einer Million Exemplaren an Schulen und Hochschulen verteilt. Eine sechzehnseitige Veröffentlichung der Anti-Diffamation-Liga wurde in fast zehn Millionen Exemplaren verbreitet. – Statt vieler Nachweise für die weltweite Identifizierung von Deutschland mit Hitler und Auschwitz nur einen kleinen, aber bezeichnenden Beleg: ich habe in einer amerikanischen Weltgeschichte für Kinder (von der Steinzeit bis zur Weltraumrakete), deren Titel ich leider nicht notiert habe, unter dem Stichwort »Deutschland« nur zwei historische Ereignisse erwähnt gefunden: Hitlers Weltkrieg und – Auschwitz. (Und dabei unterhalten wir in den USA eine riesige Botschaft mit mehreren Kulturattachés!)

24. Nachdem Jahrzehnte lang vergeblich nach einem Schriftstück gesucht worden war, in welchem Hitler die Vernichtung der Juden ausdrücklich befohlen oder durch seine Unterschrift sanktioniert hat, stellte Martin Broszat (»Hitler und die Genesis der ›Endlösung‹«, in *VjHfZGesch*, 25. Jgg., 1977, S.739–775) die These zur Diskussion, »daß es vielleicht gar keine umfassende Einzelentscheidung für den Massenmord gab«. (*VjHfZGesch*, 29. Jgg., 1981, S.97) Seither ist »der persönliche Anteil Hitlers in der Forschung umstritten«. (Eberhard Jäckel, Art. »Hitler«, in ders. et al., Hrsg., *Enzyklopädie des Holocaust*, o.O., o.J., Bd. II, S. 616) Zur typischen Argumentation der Intentionalisten vgl. etwa: Wolfgang Scheffler, »Zur Entstehungsgeschichte der ›Endlösung‹«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 43/82 v. 30. 10. 1982, S. 3–10; repräsentativ für die Funktionalisten: Hans Mommsen, »Die Realisierung des Utopischen: Die ›Endlösung der Judenfrage‹ im ›Dritten Reich‹«, in: Ders., *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze*, Reinbek b. Hamburg 1991, S. 184 ff. Zum Paulus-Erlebnis des Intentionalisten Raul Hilberg, der im Zündel-Prozeß einräumen mußte, daß die von ihm in seinem grundlegenden Werk (*The Destruction of European Jews*, Chicago [1]1961 / New York [2]1973, S. 177) zitierten Befehle nicht existieren: Robert Faurisson, »Mon expérience du révisionnisme«, in *Annales d'histoire révisionniste*, N° 8, Printemps 1990, S. 31 f.; zum Fiasko des Intentionalismus und zur »Entdeckung« des Funktionalismus als Verlegenheitslösung anläßlich eines Kolloquiums an der Sorbonne v. 29. 6.–2. 7. 1982, wo Raymond Aron bei der abschließenden Pressekonferenz zugeben mußte, daß man trotz sorgfältigster Nachforschungen keinen Befehl zur Judenvernichtung gefunden habe: Robert Faurisson, *Les révisionnistes proposent un débat public*, Condé-sur-Noireau 1988, S. 2, 10 f., 15.

25. Dazu jetzt: Ernst Nolte, *Streitpunkte*, Berlin 1993, S. 316. Selbst Raul Hilberg, der Autor des Standardwerkes *The Destruction of the European Jews*, hat in einem Interview, das er im Juli 1982 dem *Nouvel Observateur* gewährte, zugeben müssen, daß die Revisionisten

mit ihrem Insistieren auf den Problemen der technischen Durchführbarkeit des Massenmordes in Gaskammern der Wissenschaft einen großen Dienst erwiesen haben, weil sie sie zu neuen Nachforschungen und zu einer Überprüfung ihrer Quellen gezwungen haben. (*Le Nouvel Observateur*, 3–9 juillet 1982, 70)

26. Diwalds Urteil über den Stand der Holocaust-Forschung deckt sich in der Substanz mit der Schlußfolgerung, zu der auch Ernst Nolte fünfzehn Jahre später nach einer sorgfältigen Überprüfung der einschlägigen Literatur gelangt ist. Siehe: Ernst Nolte, *Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus*, Berlin 1993, S. 279 ff. u. 304 ff. – Später scheint er sich, wohl unter dem Eindruck der Forschungsergebnisse, die erst nach 1979 erarbeitet wurden, den Ansichten der radikalen Revisionisten angenähert zu haben. Vgl. seine ermutigende Zuschrift vom 22. 1. 1992 an Germar Rudolf, auszugsweise abgedruckt auf dem Umschlag von: Rüdiger Kammer, u. Armin Solms, Hrsg., *Das Rudolf Gutachten*, London 1993.

27. Vgl. Ernst Nolte, *Streitpunkte*, aaO., S.308.

28. Henry Thomas Buckle, *Geschichte der Civilisation in England*, Berlin o.J., Bd. II, 7. Kap. S. 34 f. (»Der Geist des Zweifels ein nothwendiger Vorläufer der Besserung«) Nach Buckle schwebte man noch im 16. Jahrhundert »in größter persönlicher Gefahr, wenn man seine Zweifel über den Glauben seiner Zeitgenossen offen aussprach. Und doch war offenbar kein Fortschritt möglich, ehe der Zweifel begann«. Als echter Aufklärer ist Buckle davon überzeugt, »daß die Erwerbung neuen Wissens der nothwendige Vorläufer jedes gesellschaftlichen Fortschritts ist, daß aber diesem Erwerbe selbst ein Geist der Untersuchung und daher ein Geist des Zweifels vorangehen muß, weil ohne Zweifel keine Untersuchung, und ohne Untersuchung kein Wissen stattfindet... Wenn man in einem Punkt Gewißheit erlangt hat, so stellt man über ihn keine Untersuchung an, weil diese ja nutzlos oder vielleicht gar gefährlich sein würde. Der Zweifel muß erst eintreten, ehe die Forschung beginnt. Hier haben wir also den Act des Zweifels als Urheber oder wenigstens nothwendigen Vorläufer alles Fortschritts«. Unsere Aufklärer wollen nur den Zweifel an den Wahrheiten zulassen, an die sie nicht glauben. Was ihnen »offenkundig« erscheint, darf nicht bezweifelt werden.

29. Arthur Schopenhauer, *Parerga und Paralipomena*, 2. Band, Sämtliche Werke (Ausg. A. Hübscher, Wiesbaden 1947, Bd.VI, S.476); übrigens ein Lieblingszitat von Hans-Joachim Schoeps, dem Lehrer Diwalds. (Hans-Joachim Schoeps, *Ungeflügelte Worte – Was nicht im Büchmann steht*, Wiesbaden o.J., S. 81 f.)

30. Schon Johann Gustav Droysen (*Historik – Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte*, hrsg. von Rudolf Hübner, München [4]1960, S. 93 f.) hat darauf hingewiesen, daß sich die moderne Quellenkritik aus dem »Kampf gegen die römische Hierarchie und ihre maßlosen Prätentionen, Lügen und Fälschungen« entwickelt hat. (Vgl. dazu auch: A. von Brandt, *Werkzeug des Historikers – Eine Einführung in die historischen Hilfswissenschaften*, Stuttgart [2]1960, S.120 ff.) Im Unterschied zur Mediävistik, in der sie nach wie vor kultiviert wird, spielt die Kritik der Echtheit und Richtigkeit (Droysen, S. 99 ff.) von Quellen in der deutschen Zeitgeschichte eine auffallend geringe Rolle, obwohl sich die Methoden der Fälscherwerkstätten unserer Tage im Vergleich zu denen des Mittelalters ungemein verfeinert haben. (Vgl. z. B.: Sefton Delmer, *Die Deutschen und ich*, Hamburg 1962; Ellic Howe, *Die schwarze Propaganda*, München 1983; Ladislaw Bittman, *Geheimwaffe D*, Bern 1973; sowie die Hinweise bei: Armin Mohler, »Eine Freundschaft übers Kreuz«, in: Albrecht von Götz von Olenhusen, u.a., Hrsg., *Wege und Abwege – Beiträge zur europäischen Geistesgeschichte der Neuzeit — Festschrift für Ellic Howe*, Freiburg 1990, S. 238 Anm.7 u. 8)

31. Anspielung auf den Untertitel eines der Lieblingsbücher von H. J. Schoeps, mit dem er die Zöglinge seines Erlanger Seminars gerne traktierte: William Lewis Hertslet, *Der Treppenwitz der Weltgeschichte – Geschichtliche Irrtümer, Entstellungen und Erfindungen* ([1]1882, von der 4. Aufl. 1903 bis zur 10.Aufl. 1927 fortgeführt von Hans F. Helmolt), 12. Aufl., bearbeitet von Fried. Wencker-Wildberg unter Mitarbeit A. Grunows, Berlin 1967.

32. Das kann sogar ein streitbarer Gegner der französischen »Revisionisten« wie der Althistoriker Pierre Vidal-Naquet grundsätzlich nicht bestreiten: »Rien de plus naturel, que la révision de l'histoire, rien de plus banal.« (*Les assassins de la mémoire*, Paris 1987, S. 149) Man möchte ja schließlich seinen wissenschaftlichen Ruf nicht aufs Spiel setzen. Aber wenn es um die »Endlösung« geht, gelten die banalsten Prinzipien nicht mehr; da dürfen auch die primitivsten Regeln der Quellenkritik ungestraft ignoriert werden, denn es wird geradezu erwartet, daß man »großzügig« damit umgeht.

33. Vgl. den klassischen Topos der Gesinnungspolizei, der Heinz Galinski, dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, zugeschrieben wird: »Wir geben den Weg zu einer schrankenlosen Geschichtsdiskussion nicht frei.« (*Blätter für deutsche und internationale Politik*, Januar 1987)

34. Die Gegendarstellung vom 29. Dezember 1978 ist abgedruckt in: Robert Faurisson, *Mémoire en défense – Contre ceux qui m'accusent de falsifier l'Histoire. La question des chambres à gaz. Préface de Noam Chomsky*, La Vieille Taupe, Paris 1980, S. 73 ff. (Pièce annexe N° 1), eine weitere vom 16. Januar 1979 ebenda, S. 84–88 (Pièce annexe N° 3). Als eine erste Dokumentation über die Kontroverse vgl.: Serge Thion, *Vérité historique ou vérité politique? Le dossier de l'affaire Faurisson. La question des chambres à gaz*, La Vieille Taupe, Paris 1980. Weitere Details in den Streitschriften: Robert Faurisson, *Réponse à Pierre Vidal-Naquet*, La Vieille Taupe, Paris [2]1882, und J. Aitken, (i.e. Robert Faurisson), *Épilogue judiciaire de l'affaire Faurisson*, La Vieille Taupe, Paris 1983.

35. Aufforderung am Ende einer weiteren Gegendarstellung in *Le Monde* vom 26.Februar 1979. Siehe: Robert Faurisson, *Mémoire en défense*, aaO., S.100.

36. Hepp, Robert, »Die Kriminalistik zwischen Wissenschaft und Ideologie«, in *Archiv für Kriminologie*, Bd. 137, H.3 u.4, 1976, S.65–77, und: Ders., »Die Methoden der empirischen Sozialforschung und die Kriminalistik«, in *Archiv für Kriminologie*, Bd. 158, H. 1 u. 2, 1976, S. 1–14.

37. Neben dem *Journal of Historical Review*, das seit Anfang 1980 von dem »Institute for Historical Review« (IHR) in Los Angeles/Costa Mesa (Calif. USA) herausgegeben wird, sind bisher zwei französische revisionistische Zeitschriften erschienen: *Annales d'histoire révisionniste* (Hrsg. v. Pierre Guillaume, 8 Nummern von 1987 bis 1990) und *Revue d'histoire révisionniste* (Hrsg. von Henri Rocques, B.P.122 – 92704 Colombes Cédex, seit Mai 1990, bisher 5 Nummern); in Deutschland erscheinen bereits seit 1975 die weniger zurückhaltend, z.T. geradezu »knallig« aufgemachten *Historischen Tatsachen* von Udo Walendy (Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho/Weser) mit derzeit (2/1994) 61 Nummern.

38. Zur revisionistischen Seite: vgl. das Literaturverzeichnis in Ernst Gauss, *Vorlesungen über Zeitgeschichte*, Tübingen 1993, S. 343–349, und das Quellenverzeichnis in Rüdiger Kammerer u. Armin Solms, Hrsg., *Das Rudolf Gutachten London* (Cromwell Press; 27, Old Gloucester Street, London WCIN 3XX) 1993, S. 110–114; zur französischen Literatur laufende Berichte in den oben genannten Zeitschriften; Überblick bis 1987 in: *Annales d'histoire révisionniste* No 1, Printemps 1987, S.63–72. Zur antirevisionistischen Reaktion vgl. als Beispiel einer frühen Auseinandersetzung: Arthur Suzman und Denis Diamond, »Der Mord an sechs Millionen Juden – Die Wahrheit ist unteilbar«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 30/78 v. 29. 7. 1978, S. 4–21, u. Wellers, Georges, »Die Zahl der Opfer der ›Endlösung‹ und der Korherr-Bericht«, ebda., S.22–39; als direkte Antwort auf die neuere Entwicklung etwa: Georges Wellers, *Les chambres à gaz ont existé*, Paris 1981, u. Pierre Vidal-Naquet, *Les Assassins de la Mémoire*, Paris 1987. Der konfuse, nur aus Desinformation bestehende Artikel »Auschwitz-Lüge« von Israel Gutman in der sonst sehr informativen *Enzyklopädie des Holocaust* (o.O.,o.J., Bd I, S.121–127) verweist nur auf Pamphlete gegen »Rechtsradikale«, die freilich auch zur Kontroversliteratur gehören. Die einschlägige wissenschaftliche Literatur scheint Gutman nicht zu kennen; er hat jedenfalls nicht einmal die Fragestellung der Revisionisten begriffen.

39. *The Leuchter Report – The End of a Myth. An Engineering Report on the Alleged Execution Gas Chambers at Auschwitz, Birkenau and Majdanek, Poland; Forword by Dr. Robert Faurisson;* Samisdat Publishers Ltd. 1988 (Revisionist and Historical Video Tapes, Audio Tapes and Books, David Clark, P.O. Box 726, Decatur, Alabama 35602 USA); frz. Übersetzung: Fred A. Leuchter, »Rapport technique«, in *Annales d'histoire révisionniste* No 5, Eté–Automne 1988, S. 51–102; deut. Übersetzung in: Udo Walendy, »Ein Prozeß, der Geschichte macht«, *Historische Tatsachen* Nr. 36, Vlotho/Weser 1988, S.23–39; dazu: *Der zweite Leuchter Report - Dachau, Mauthausen, Hartheim, mit einem Vorwort von Robert Faurisson,* Decatur 1989 (David Clark, P.P. Box 726, Decatur Al. 35602 USA); Rüdiger Kammerer u. Armin Solms, Hrsg., *Das Rudolf Gutachten,* aaO. Zur Kritik am Leuchter-Gutachten vgl. Werner Wegener, »Keine Massenvergasungen in Auschwitz? Zur Kritik des ›Leuchtergutachtens‹, in: Uwe Backes, u. a., Hrsg., *Die Schatten der Vergangenheit,* Frankfurt/M. 1990, S. 450–475; Gegenkritik: Wolfgang Häberle, »Zu Wegeners Kritik am Leuchter-Gutachten«, in *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* 39. Jgg. Nr.2, Juni 1991, S.13–21, und *Das Rudolf-Gutachten,* aaO., S. 101–108.

40. Jean-Claude Pressac, *Auschwitz: Technique and operation of the gas chambres,* New York 1989 (Beate Klarsfeld Foundation, 515 Madison Avenue NY 10022); Ders., *Les crématoires d'Auschwitz – La machinerie du meurtre de masse,* Paris 1993. Zu Pressacs erstem Anlauf von 1989 vgl. die vernichtende Kritik von Robert Faurisson in *Revue d'histoire révisionniste* No 3, nov.1990 -janv.1991, S.65–154, und: Wolfgang Schuster, »Technische Unmöglichkeiten bei Pressac – Ein Ingenieur widerlegt eine Anti-Leuchter-Schrift«, in *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* 39. Jgg. Nr.2, Juni 1991, S. 9-13.

41. Stäglich, Wilhelm, *Der Auschwitz-Mythos. Legende oder Wirklichkeit?* Veröffentlichungen des Instituts für Nachkriegsgeschichte Bd. IX, Tübingen 1979 (eine englische und deutsche Ausgabe wird jetzt vom Institute for Historical Review, Costa Mesa Calif., vertrieben).

42. Unterm Ladentisch waren zwar in Deutschland schon seit geraumer Zeit allerlei Broschüren und Pamphlete politischer Sektierer vertrieben worden, in denen die massenhafte Ermordung von Juden in den Vernichtungslagern als »Propagandaschwindel der Alliierten« hingestellt wurde, aber außerhalb des »lunatic fringe« nahm diese Elaborate niemand zur Kenntnis. Vor 1979 waren, abgesehen von den »klassischen Werken« des »Gründervaters« Paul Rassinier (*Die Lüge des Odysseus,* Wiebaden 1959; *Was nun Odysseus?* Wiesbaden 1960; *Zum Fall Eichmann: Was ist Wahrheit?* Leoni 1963; *Das Drama der Juden Europas,* Hannover 1965; *Der Fall Rassinier,* Leoni 1971) und der anpruchsvollen – allerdings miserabel edierten – Bibel des amerikanischen Revisonismus, *The Hoax of the Twentieth Century* (deut.: *Der Jahrhundertbetrug,* Vlotho 1977) des Professors Arthur R. Butz nur apologetische Tendenzschriften wie die eines gewissen Emil Aretz (*Hexen-Einmal-Eins einer Lüge,* Hohe Warte 1970) und diverse reißerische Broschüren (Richard Harwood, »Starben wirklich sechs Millionen? Endlich die Wahrheit«, in *Historische Tatsachen* Nr.1, Vlotho/Weser 1975; Thies Christophersen, »Die Auschwitz-Lüge«, in *Deutsche Bürger-Initiative* Heft Nr.2, Mohrkirch o.J.; Ders., »Der Auschwitz-Betrug«, in *Kritik - Die Stimme des Volkes* Nr.27, Kälberhagen o.J.) im Umlauf.

43. Wilhelm Stäglich, *Der Auschwitz-Mythos. Legende oder Wirklichkeit?* Veröffentlichungen des Instituts für Nachkriegsgeschichte Bd.IX, Tübingen 1979, S. 38 ff. Die Kritik wurde u.a. aufgenommen und fortgesetzt von: Udo Walendy, »Die Wannsee-Konferenz vom 20. 1. 1942, in *Historische Tatsachen* Nr.35, Vlotho/Weser 1988; Johann P. Ney, »Die Jahrhundert-Fälschung – Das Wannsee-Protokoll«, in *Huttenbriefe,* 10. Jgg., Folge 3, Sonderdruck Juni 1992; Roland Bohlinger u. Johannes P.Ney, *Gutachten zur Frage der Echtheit des sogenannten Wannsee-Protokolls und der dazugehörenden Schriftstücke,* Viöl 1992. – Von der etablierten Historiographie werden diese z. T sehr gründlichen Arbeiten, die in Samisdatschriften verbreitet werden, offiziell nicht zur Kenntnis genommen. Doch sind auch in der etablierten Wissenschaft inzwischen vorsichtige Absetzbewegungen von alten Legenden im Gang, die sich freilich bei den Redakteuren von *ARD* und *ZDF*

noch nicht herumgesprochen zu haben scheinen. Vgl. etwa: Kurt Pätzold, »Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet.« Zum 50. Jahrestag der ›Wannsee-Konferenz‹ vom 20. Januar 1942«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 1–2/92 v. 3. 1. 1992, S. 14–23, und das Urteil von Eberhard Jäckel in der *Zeit* vom 17. 2. 1992: »Die in der Öffentlichkeit verbreitete Erklärung, es sei dabei die Endlösung der Juden [sic! R.H.] beschlossen worden, ist mit Sicherheit auch die unzutreffendste.«

44. Ignaz von Döllinger, *Die Papstfabeln des Mittelalters – Ein Beitrag zur Kirchengeschichte* ([2]1890), Darmstadt 1970, S. 72–125; Werner Ohnsorge, »Die Konstantinische Schenkung, Leo III. und die Anfänge der kurialen römischen Kaiseridee«, in *Zeitschr. für Rechtsgeschichte*, Germ. Abt. 68, 1951.

45. Bereits am 28. Juni 1979 stellte der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften den Antrag, das Buch auf den Index der »jugendgefährdenden Schriften« zu setzen. (Der Antrag ist abgedruckt in: Wigbert Grabert, *Geschichtsbetrachtung als Wagnis – Eine Dokumentation*, Tübingen 1984, S. 10–22)

46. Gelegentliche Experimente, die ich in Seminaren angestellt habe, haben mich davon überzeugt, daß es sich bei »Auschwitz« tatsächlich um eines der wenigen Tabus im strengen ethnologischen Sinn handelt, die es in unserer »tabufreien Gesellschaft« noch gibt. (Vgl. Franz Steiner, *Taboo*, London 1956, S. 20 ff.) Während sie auf andere Stimuli überhaupt nicht ansprachen, reagierten »aufgeklärte« mitteleuropäische Studenten, die keine Tabus mehr kennen wollten, auf die Konfrontation mit »revisionistischen« Texten über die Gaskammern in Auschwitz genau so »elementar« (auch mit vergleichbaren physiologischen Symptomen) wie Mitglieder primitiver polynesischer Stämme auf eine Tabuverletzung reagierten. Sie gerieten förmlich »außer sich« und waren offenbar weder bereit noch fähig, über die dargebotenen Thesen nüchtern zu diskutieren. Für den Soziologen ist das eine sehr wichtige Erfahrung, denn in den Tabus eines Volkes gibt sich zu erkennen, was ihm heilig ist. Sie verraten freilich auch, wovor es sich fürchtet. (Hutton Webster, *Taboo. A Sociological Study*, 1942, Repr. London 1973, S. 14: »Fear is systematized in taboo.«) Zuweilen nimmt die Angst vor vermeintlichen Gefahren Formen an, die an die Ticks und Phobien von Zwangsneurotikern erinnern, aber andererseits ist nicht zu leugnen, daß zahlreiche Tabus die Funktion einer echten Gefahrenabwehr erfüllen. Auch wo Tabus an Personen haften, ist schwer zu sagen, ob sich die Macht der einen auf die Angst der andern gründet oder ob die Angst der einen auf die Macht der andern zurückzuführen ist. Daß Priester und Potentaten nie gezögert haben, Tabus zur Sicherung ihrer Herrschaft einzusetzen, ist verständlich; es hat bislang keine Gesellschaft gegeben, die auf die besonders wirksame »soziale Kontrolle« durch Tabus gänzlich verzichten konnte. In einer »modernen Gesellschaft« vom Typ der Bundesrepublik spielen zwar formelle Verhaltensregeln und Sanktionen eine größere Rolle als bei den polynesischen Stämmen, wo europäische Entdecker zuerst auf die Tabus aufmerksam geworden sind, aber auch bei uns stößt man neben dem Verhalten, das durch ordinäre »gesetzliche« Gebote und Verbote geregelt wird, auf Handlungen, die sich offenbar »von selbst verstehen« oder »von selbst verbieten«. Wenn solche Erwartungen gleichwohl enttäuscht werden, setzen – wie in Polynesien – quasi automatische Sanktionen ein, die keiner weiteren Begründung bedürfen. Eine »moderne« Gesellschaft reagiert auf Tabubrüche oder Tabuverletzungen grundsätzlich nicht anders als eine »primitive«: sie werden allgemein als »Frevel« oder »Greuel« empfunden und rufen spontan »Abscheu« und »Entsetzen« hervor. Am Ende wird der Missetäter isoliert, von der Gesellschaft ausgeschlossen und seinerseits »tabuisiert«.

47. In dem Sinne, in dem Theodor Eschenburg (*Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik. Kritische Betrachtungen 1957–1961*, München 1961, S. 165) »die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers« [gemeint ist wohl die »Anerkennung« der Alleinschuld oder das »Bekenntnis« zur Alleinschuld, R.H.] »eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik« genannt hat.

48. Bundestagspräsident Jenninger in seiner Bundestagsrede vom 9. November 1988 (zit.nach *Das Parlament* Nr. 48 v. 25. 11. 1988, Dokumentation S. 9)

49. Stichwortartig aufgelistet und ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit ergäben sich etwa die folgenden Konsequenzen:

I.) Das NS-Regime wäre gar nichts Unvergleichliches und Besonderes: – Die Staaten von halb Europa hatten damals ein »faschistisches« oder »totalitäres« Regime, darunter auch alliierte. – Judenpogrome und Vertreibungen von Juden hat es auch anderwärts immer mal wieder gegeben (Spanien, Rußland). – Auch in alliierten Staaten wurden ethnische Minderheiten (z.B. die Rußlanddeutschen in der UdSSR, Deutsche in Polen) verfolgt, auch zwangsumgesiedelt. Sogar die Juden selber haben sich später in Israel Massenvertreibungen und Umsiedlungen (von Eingeborenen!) zuschulden kommen lassen. – Auch Rassismus war alliierten Staaten nicht fremd, z. B. den USA oder der Südafrikanischen Union, wo die Schwarzen eher noch schlechter behandelt wurden als die Juden nach den Nürnberger Gesetzen (strikte Apartheid), und zwar auch noch nach dem Kriege. – KZs gab es früher (im Burenkrieg), gleichzeitig (in Amerika: US-Japaner) und nachher (KZs für PGs, Straflager und unmenschliche Gefangenenlager im Westen und Osten).

II.) Die Verbrechen der Alliierten wären weit schlimmer als die der Deutschen, und zwar a) während des Krieges: – die Flächenbombardierung der deutschen Städte; – Hiroshima und Nagasaki; – andere im Unterschied zu den deutschen unbestraft gebliebene Kriegsverbrechen; b) nach dem Krieg: – die völkerrechtswidrige Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer Heimat; – hunderttausendfache Morde und Vergewaltigungen während der Vertreibung und Besatzung; – politische Justiz und Justizmorde (Lynchjustiz, Nürnberg u. a. Verfahren vor Militärgerichten); in vielen anderen Beziehungen (Säuberungen im öffentlichen Dienst, Berufsverbote, Enteignungen, Presse- und Bücherzensur, Gehirnwäsche etc.) haben die Alliierten als Besatzer im Osten und Westen Deutschlands das totalitäre NS-Regime überboten.

III.) Wenn »Auschwitz« ein Mythos wäre, wäre jedoch nicht nur die These von der historischen »Unvergleichbarkeit« des NS-Regimes und der »moralischen« Überlegenheit der Sieger hinfällig, auch das Prestige der Juden qua Opfer des größten Völkermordes der Weltgeschichte wäre dahin, viele jüdische Zeugen in KZ-Prozessen wären diskreditiert, der Holocaust-Kult mit seinen unzähligen Gedenkstätten und Riten profaniert, das weltweite »Shoah-Business« sabotiert und die Existenzgrundlage des Staates Israel ruiniert.

IV.) Insbesondere aber wäre die ganze deutsche »Nachkriegsordnung«, die letztlich auf der rückhaltlosen Anerkennung der »unvergleichlichen Schuld« unserer Altvorderen beruht, unterminiert. Alles, was den Deutschen in Ost und West in den vergangenen Jahrzehnten angetan und zugemutet wurde, wurde im Zweifelsfall mit dem Hinweis auf »Auschwitz« entschuldigt: von der Zerstückelung und Besetzung ihres Vaterlands (samt der damit verbundenen Folgekosten) über die immensen direkten und indirekten Reparationsleistungen, Wiedergutmachungszahlungen und Kontributionen, die Vertreibung der Millionen Landsleute aus ihrer angestammten Heimat, die Abtretung eines Viertels des deutschen Reichgebiets und die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen, die bedingungslose »Einbindung« in die NATO und die EG, die blinde Unterwerfung unter eine von den Siegern verordnete Verfassung mit ihren kuriosen Ausnahmebestimmungen, die Gehirnwäsche, die ganze Generationen deformiert und desorientiert hat, die »Lufthoheit« der Linken in der Politik und der lizenzierten »Antifaschisten« in den deutschen Medien und im »Kulturbetrieb«, die Beglückung mit der »Kultur der westlichen Wertegemeinschaft« und neuerdings noch die gezielte »Absüdung« des deutschen Volkes, um von Kleinigkeiten wie der politischen Rachejustiz der Sieger und ihrer Quislinge oder der fortdauernden Kriminalisierung und Verfolgung aller rechten politischen Bewegungen ganz zu schweigen. Wenn »Ausschwitz«, wie die Revisionisten behaupten, ein »Mythos« und eine »Lüge«, nichts als ein Greuelmärchen aus der

Giftküche der angelsächsischen »schwarzen Propaganda« wäre, wäre tatsächlich der ganzen deutschen Nachkriegspolitik ihr »moralisches Fundament« entzogen. Die vielbewunderten Leistungen der Konkursverwalter des Deutschen Reiches wären nichts als eine einzige Erbärmlichkeit, wenn auf sie nicht «der schwarze Schatten von Auschwitz« fiele. Und all die ununterbrochenen Schuldbekenntnisse, Kniefälle und Demütigungen wären ein einziges würdeloses und verächtliches Theater. Die reumütigen Deutschen wären das Gespött der ganzen Welt. Kein dümmeres Volk auf Erden!

50. In *Le Monde* vom 21. Februar 1979 (S.23) erklärten Pierre Vidal-Naquet und Léon Poliakov: »Il ne faut pas se demander comment, techniquement, un tel meutre de masse a été possible. Il a été possible techniquement puisqu'il a eu lieu... Cette vérité, il nous appartenait de la rappeler simplement: il n'y a pas, il ne peut y avoir de débat sur l'existence des chambres à gaz.«

51. Nur weil es der politischen Klasse der BRD im Unterschied zu derjenigen, die im Mittelalter Europa regierte, absolut gleichgültig ist, ob jemand an Jesus Christus glaubt, verzichtet sie in diesem Punkt auf Inquisition und Ketzergerichte und erlaubt sogar beamteten Theologen, die heiligen Bücher des Christentums wie Märchenbücher zu behandeln und sich über Dogmen, an die Millionen einfacher Christen glauben, in aller Öffentlichkeit lustig zu machen. Niemand würde sich heute auch nur im Traum einfallen lassen, gegen die Küng, Drewermann und Heinemann oder auch nur gegen die Hochhuth, Czesny oder Deschner die Staatsanwaltschaft zu mobilisieren. Aber wer daraus folgern würde, dieser Staat sei generell oder in religiöser Hinsicht tolerant, würde sich irren. Der öffenlich bekundete Unglaube an Auschwitz wird nicht toleriert.

52. Vgl. Baurat h.c. Dipl.Ing. Walter Lüftl, »Sollen Lügen künftig Pflicht sein?«, in *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, 41. Jgg., Nr. 1, Februar 1993, S. 13f.; ders »Wenn die Wahrheit der Lüge weichen muß – wird dann Lügen zur Pflicht?« in *Recht und Wahrheit*, 9. Jgg., Nr. 9 u.10, September/Oktober 1993, S.24 f.

53. Vilfredo Pareto, *Premier Cours d'économie politique appliquée*, édité par G. Busino, *Oeuvres Complètes* Tome XXIV, Travaux de droit, d'économie, de sociologie et de science politique No 131, Genève 1982, S. 14.

54. Man könnte sogar sagen, die Feststellung, daß in Auschwitz Juden massenweise in Gaskammern umgebracht worden seien, sei selbst nach einem wohl verstandenen Popper (Karl Popper, *Die Logik der Forschung*, Tübingen [6]1976) keine wissenschaftliche Aussage, weil sie zwar theoretisch, aber nicht de facto falsifiziert werden kann. Das würde freilich auch für die gegenteilige Aussage gelten.

55. Der Richter Dr.Wilhelm Stäglich wurde zu einer Gehaltskürzung verurteilt, sein Buch wurde entschädigungslos eingezogen, außerdem wurde ihm von der Universität Göttingen der Doktortitel aberkannt. Vgl. Grabert, Wigbert, *Geschichtsbetrachtung als Wagnis. Eine Dokumentation*, Tübingen 1984; *Das Freie Forum – Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Freie Publizistik*, 28.Jg. Nr.3, Juli–Sept. 1988, S.10 f. – Dem Professor Robert Faurisson wurde nicht nur sein Lehrstuhl entzogen, er wurde auch durch Verurteilung zu unbezahlbar hohen Geldstrafen finanziell ruiniert und mehrfach zusammengeschlagen, einmal derart, daß er mit einem sechsfachen Kieferbruch bewußtslos ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Zum Schicksal Faurissons: Robert Faurisson, »Le révisionisme devant les tribunaux français«, in *Annales d'histoire révisionniste* N° 7, Printemps–Été 1989, S. 51–115; Ders., »Mon expérience du révisionisme«, in *Annales d'histoire révisionniste* N° 8 et dernier, Printemps 1990, S. 15–82; Collectif de la R.H.R., »Procès Faurisson«, in *Revue d'histoire révisionniste* No 4, févr.–avril 1991, S. 107–133. Vgl. auch die laufenden Länderberichte in der *Revue d'histoire révisionniste* mit Informationen über weitere Opfer wie Leuchter (geschäftlich ruiniert, inhaftiert, Gerichtverfahren), Walendy (zahlreiche Prozesse), Roques (Doktortitel aberkannt), Irving (Verleger verloren, Zutritt zum Bundesarchiv verwehrt, Einreiseverbote, Geldstrafen), Zündel (mehrere Strafverfahren mit Verurteilungen), Lüftl (Rücktritt vom Amt des Präsidenten der Österreichischen Bundesingenieurskammer), Schweiger (Verurteilung zu Gefängnisstrafe), Honsik (Strafverfahren, mehrmals verurteilt),

Paschoud (Strafversetzung bzw. Entlassung), Rami (Gefängnisstrafe), Pedersen (Kassenzulassung entzogen), Kathagen (Gefängnisstrafe) Rudolf (Stellung verloren, Promotionsverfahren suspendiert, Gerichtsverfahren), Graf (Entlassung aus dem Schuldienst), Keegstra (Gerichtverfahren, Brandanschlag, Entlassung), Ross (Strafverfolgung) usw. usw. Da die meisten Verfolgungsmaßnahmen auf die Initiative jüdischer Organisationen zurückgehen, könnten spätere Historiker des 20. Jahrhunderts leicht zu dem Urteil gelangen, die Verfolgung der Juden (genetivus obiectivus) sei nach 1945 nur von der Verfolgung der Juden (genetivus subiectivus) abgelöst worden.

56. Das BHG-Urteil vom 18. September 1979 (VI Zr 140/78), nicht das 21. Strafrechtsänderungsgesetz vom 13. Juni 1985, das keine neue materielle Strafvorschrift, sondern lediglich eine Befreiung von dem Erfordernis eines Strafantrags des Verletzten brachte, war der entscheidende Durchbruch. Vgl. Hermann Kater, »Die Rechtslage bei der Überprüfung der deutschen Zeitgeschichte«, in *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, 40. Jgg., Nr.4, Nov. 1992, S.7–11.

57. In der 2.Auflage (1978, printed in Germany 1979) wurde nicht etwa nur der Passus gestrichen, der die allgemeine Empörung auf sich zog, vielmehr wurde ein Teil der Seite 164 und – abgesehen von zwei belanglosen Sätzen – die ganze Seite 165 völlig »neu gefaßt«.

58. Nach Ernst Gauss (*Vorlesungen über Zeitgeschichte – Strittige Fragen im Kreuzverhör*, Tübingen 1993, S. 48) soll es Diwald, um seinen Lehrstuhl zu retten, hingenommen haben, daß der Verlag die anstößigen Passagen »ohne Genehmigung durch den Autor durch die üblichen Betroffenheitsrituale ersetzte«. Ob er tatsächlich Grund hatte, ein Disziplinarverfahren zu befürchten, ob ein solches vielleicht sogar schon eingeleitet war, werden künftige Historiker der Ketzerverfolgungen in der BRD herausfinden müssen. Was die Verantwortung für den revidierten Text betrifft, so scheint die Korrekturen tatsächlich ein Dritter verfaßt zu haben, ganz auszuschließen ist freilich eine Mitwirkung Diwalds nicht. Nach Mohler (*Der Nasenring*, aaO., S. 194) fühlte sich Diwald »von seinem Verleger Siedler im Stich gelassen und hatte jede Kommunikation mit dem Verlag, ob brieflich oder telefonisch, abgebrochen. In dieser Klemme kam den Managern des Konzerns ein rettender Einfall: sie ließen eine von Dritten retuschierte Ausgabe drucken, schickten aber jedem, der es wünschte, den Wortlaut der gestrichenen Stelle zu.« Diese Darstellung des Tathergangs stimmt mit der Version überein, die ich selber von Diwald gehört habe. Ich hatte nach der Schilderung des Autors allerdings den Eindruck, daß er die Korrektur des Verlags zwar nicht formell genehmigt hat, sie sich aber, wenn auch widerwillig und angewidert, in realistischer Einschätzung möglicher Konsequenzen eines Widerstands schließlich doch gefallen ließ. Es ist auch äußerst unwahrscheinlich, daß sich der Propyläen Verlag im Hause Ullstein einen solchen Eingriff in die elementarsten Autorenrechte erlaubt haben würde, ohne sich wenigstens formal des »stillschweigenden Einverständnisses« des Autors zu versichern, etwa durch die Zusendung von Korrekturfahnen der »Neufassung« mit der Vorgabe einer Einspruchsfrist, die auch ohne ausdrückliches Placet des Autors als »Annahme« des »Verlagsangebots« (151 BGB) interpretiert werden konnte. Daß der Autor vom Verlag »juristisch ausmanövriert« wurde, könnte einer der Gründe gewesen sein, warum er von einer Klage gegen seinen Verleger partout nichts wissen wollte.

59. *Geschichte der Deutschen*, [2]1978 (printed in Germany 1979), S. 163 f.

60. In Diwalds Werk sind alle drei Arten der Historie Nietzsches (*Unzeitgemäße Betrachtungen, Zweites Stück: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben*, 1874) – die antiquarische, kritische und monumentalische – aufs glücklichste vereint. In seinem Spätwerk – am deutlichsten wohl in der Monographie über *Heinrich I.* (1987), die von Spezialisten in völliger Verkennung seiner Intention gern als dilettantischer Roman abgetan wird – dominiert allerdings eindeutig die »monumentalische« Tendenz. Da will er »dem Tätigen und Mächtigen« die »großen Antriebe« – »Vorbilder, Lehrer, Tröster« – bieten, die er »in der Gegenwart nicht zu finden vermag«. Das ist »politische Geschichte«

in einem eminenten Sinn. Diwald beherrschte auch die besondere Form, die dieses Genre verlangt, einen Stil, der mehr mit der Schönen Literatur gemein hat als mit naturwissenschaftlicher Prosa. Die publizistischen Erfolge verdankt er nicht zuletzt seiner großen rhetorischen Begabung, die selbst seine Gegner anerkennen mußten. Aber nicht auf die Form, auf den Inhalt kam es ihm an; er ist nicht »bloß ein historischer Romancier« gewesen. Welten trennten ihn allerdings auch von jenen Faktenfetischisten, die sich in ihren Quellen verlieren und vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen. Die Beherrschung der Quellen, für ihn eine selbstverständliche Vorausetzung des Metiers, hatte sich nach seiner Ansicht darin zu erweisen, daß sich der Autor über die Quellen erhob. Diwald hat sich zwar gelegentlich mit einer vorbildlichen Quellenedition (Ernst Ludwig von Gerlach. *Von der Revolution zum Norddeutschen Bund*, Göttingen 1970, 2 Bde.) auch als »kritischer Antiquar« ausgewiesen, aber ein »schulmäßiger Historiker« im Sinne der mikrologischen Universitätswissenschaft, die ihre Hauptaufgabe im Erschließen immer neuer Quellen zu noch unaufgeklärten Einzelheiten sieht, war er sicherlich nicht. Damit stand er zwar in der besten Tradition der deutschen Historiographie des 19. Jahrhunderts, die sich von Archenholtz, Buchholz und Raumer über Ranke, Leo und Droysen bis zu Sybel, Mommsen und Treitschke als politische Publizistik verstanden hat, aber nicht nur quer zu der unpolitischen Sozial- und Kulturgeschichte und zum rein akademischen Positivismus seiner Zeitgenossen, sondern auch zu jener »engagierten« pädagogischen Geschichtsschreibung, die ihr Faktenragout mit der immer gleichen moralischen Soße serviert.

61. Das »pädagogische« Programm des politischen Historikers kommt in dem Vortrag über Ernst Moritz Arndt, den Diwald am 27. Januar 1970 auf Einladung Armin Mohlers in der Carl Friedrich von Siemens Stiftung hielt, am klarsten zum Ausdruck: Diwald, Hellmut, *Ernst Moritz Arndt – Das Entstehen des deutschen Nationalbewußtseins*, Reihe Themen XIII, München o.J. (als Manuskript gedruckt).

62. *Geschichte der Deutschen*, [2]1978 (Printed in Germany 1979), bes. S. 165.

63. *Geschichte der Deutschen*, urspr. Version, S. 164.

64. Zu dem angeblichen KZ-Opfer-Bild vgl. Udo Walendy, *Historische Tatsachen* Nr. 34, Vlotho/Weser 1988, S. 37, mit der Schilderung des tatsächlichen Hergangs nach: Martin Broszat, *Studien zur Geschichte der Konzentrationslager*, Schriftenreihe der *VjHfZGesch* Nr. 21, Stuttgart 1970, S. 194. Leider hat der Verlag im Herkunftverzeichnis der Bildvorlagen der zweiten Auflage (am Ende des Bandes) den Herkunftsnachweis für das KZ-Bild »vergessen«, so daß nicht festzustellen ist, woher seine Vorlage stammt. Ein Detailvergleich des Fotos auf S. 165 (unten) der zweiten Auflage der *Geschichte der Deutschen* mit dem Foto, das Walendy (aaO., S. 37 mit Quellennachweis) nach der US-Zeitschrift *Life* vom 21. Mai 1945 reproduziert hat, zeigt zweifelsfrei, daß es sich in beiden Fällen um Aufnahmen (bzw. Ausschnitte von Aufnahmen) ein und desselben Tatorts handelt. Die beiden Bilder stellen allerdings nicht genau dieselbe Szene dar; auf dem *Life* -Foto, das einen größeren Ausschnitt wiedergibt, sind u. a. im Vordergrund acht charakteristische Gestalten zu sehen, die zwischen den Leichen herumspazieren und die mit bloßem Auge als amerikanische GIs identifizierbar sind. Auf der Propyläen-Vorlage sieht man nur Zivilisten (einen Mann im Vordergrund rechts und mehrere Personen im Hintergrund, die anscheinend mit einem Leichentransport beschäftigt sind). Da die *Life* -Vorlage mit ihrer weiteren Perspektive als Bildreportage eindrucksvoller und übrigens auch schärfer ist, fragt man sich, warum der Verlag nicht dieses Foto gewählt hat. Wollte er etwa verhindern, daß der Betrachter beim Anblick amerikanischer Soldaten vor einem KZ-Leichenfeld an jene bedauernswerten Opfer des Typhus im KZ Bergen-Belsen erinnert wurde, die der Öffentlichkeit von den Siegern beim Einmarsch als ermordete »Opfer des Faschismus« präsentiert wurden? – Zur »Aufbereitung« zeitgeschichtlicher Bilddokumente vgl.: Alain Jaubert, *Fotos, die lügen. Politik mit gefälschten Bildern*, Frankfurt a.M. 1989. Bei Jaubert kommen allerdings auch angeblich erlogene Bilder vor, die durchaus die Wahrheit sagen könnten, während vielleicht Jauberts eigene Kommentare lügen. So behauptet er

z. B. ohne die Spur eines Beweises, bei der Aufnahme von einer Beschimpfung englischer Kriegsgefangener durch die französische Bevölkerung (S. 78), und bei einem Bild aus Kurt Gerrous Reportage über Theresienstadt (S.77) handle es sich um »gestellte Bilder«, die der Propaganda dienen sollten. Dem alliierten Bombenangriff auf Marseille vom 27. Mai 1944 waren nach Alfred Grosser (*Ermordung der Menschheit*, München 1990, Einleitung) immerhin mehr als 2000 Menschen zum Opfer gefallen, Grund genug sich zu erregen, und das »ghettoähnliche Lager« Theresienstadt war bekanntlich kein »Vernichtungslager«. Vgl. zur Ergänzung Jauberts, der die Bildfälschungen der antideutschen Kriegs- und Nachkriegspropaganda ignoriert, die nach wie vor anregende Broschüre von Udo Walendy, *Bild-»Dokumente« für die Geschichtsschreibung*, Vlotho (Weser) 1973.

65. Für die Bilddokumentation ist nach einer Notiz am Ende des Inhaltsverzeichnisses nicht Diwald selber, sondern ein Wolfram Mitte verantwortlich. Bei der Beschaffung halfen (lt. Herkunftsnachweis der Bilddokumente am Ende des Bandes) mit Anregungen und Auskünften: Vilma Frielingsdorf, Wilfried Göpel und Klaus Siebenhaar, alle Berlin. Den gewieften Bild-Dokumentalisten des Propyläen-Verlags kann der historische Kontext ihres Bilddokuments schwerlich entgangen sein. Die schlitzohrige Formulierung der Bildlegende könnte darauf hindeuten, daß sie zwar einerseits das arglose Publikum bewußt hinters Licht führen, sich aber andererseits auch gegen mögliche Einwände von Experten absichern wollten. Vermutlich sind sie aber einfach mit jener Nonchalance an die Chose herangegangen, die bei der Behandlung des »Auschwitz-Syndroms« in Deutschland gang und gäbe ist.

66. Zum Shoah-Business vgl. die Bemerkungen von Leon A. Jick, »The Holocaust: its Use and Abuse within the American Public«, in *Yad Vashem Studies*, 14, 1981, S. 316; J. Hoberman in *Voice* (New York) v. 26. 1. 1986, S. 62, und Broder, Henryk M., »Das Shoah-Business«, in *Der Spiegel* 16/1993, S. 248–256.

67. Arnold Rehberg, Hrsg., *Wladimir Iljitsch Lenin – Dokumente seines Lebens*, Frankfurt/M. 1977, Bd.2, S. 208 f.

68. Die Tagesschau der *ARD* brachte am 1.5.1989 einen Bericht aus Israel, dem zu entnehmen war, daß am Tage des Holocaust-Gedenkens während 24 Stunden die Namen der 6 Millionen ermordeten Juden verlesen worden seien. Auf eine Nachfrage erklärte der Chefredakteur, er wisse zwar, daß viele der Opfer in Jerusalem registriert seien, könne allerdings nicht sagen, ob alle namentlich festgehalten seien. Es handele sich wohl auch eher um einen symbolischen Akt. (siehe *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, 4/89, S.44) Zeitungen wie die *Kieler Nachrichten* vom 2. 5. 1989, S. 2, übernahmen eine ap/dpa-Nachricht, nach der »an hunderten Orten . . . die Namen aller sechs Millionen Menschen verlesen« wurden«, »die in Konzentrationslagern wie Auschwitz, Buchenwald, Bergen-Belsen ermordet worden waren. . .« Tatsächlich sind in Israel nicht einmal alle deutschen Opfer registriert! (Ino Arndt, u. Heinz Boberach, in: Benz, Wolfgang, *Dimensionen des Völkermords – Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 55) Wer sich auch nur ein wenig mit der »Statistik des Völkermords« beschäftigt hat, weiß, daß die 6 Millionen eine rein symbolische Zahl sind.

69. Der berühmteste Fall ist die Erwähnung von 4 Millionen Ermordeten auf den 19 steinernen Tafeln von Auschwitz, die im Sommer 1990 auf Initiative des Direktors des Auschwitzmuseums entfernt wurde. Zur Geschichte der Angaben über die Auschwitzopfer vgl. die Übersicht bei: Robert Faurisson, Robert, »Une enquête du Monde diplomatique sur les chambres à gaz (mars 1988)«, in *Annales d'histoire révisionniste*, N° 4, Printemps 1988, S. 147; *Revue d'histoire révisionniste*, N° 1 Mai–Juin 1990, S. 5, und jetzt auch: Jean-Claude Pressac, *Les crématoires d'Auschwitz*, Paris 1993, S. 148. Die Schätzungen reichen heute von 1,6 Mio bis 74 000 Toten. Aber die *Süddeutsche Zeitung* (v.17./18. 8. 1991) spricht ungerührt weiter von »drei, vielleicht auch vier Millionen« Vergasten. – Einem bezeichnenden kleinen Bluff bin ich zufällig auf die Spur gekommen, als ich in einem Bericht über die Führung einer CDU-Ortsgruppe durch die Synagoge in der Roonstraße zu Köln (*Allgemeine jüdische Wochenzeitung* Nr. 45/4 v. 25. 1. 1990, S. 5)

folgende Notiz fand: »In der Gedenkhalle steht die Tafel für die 11 006 ermordeten Kölner Juden. Dabei erzählt Alexander Alter [der Geschäftsführer beim Bundesverband jüdischer Studenten, der die Gruppe führte, R.H.] auch, wie man auf diese genaue Zahl kam. Und zwar wurden die Juden, als man sie deportierte, vom Finanzamt ausgesteuert [sic! R.H]. Einer der mit dieser Aufgabe beschäftigten Finanzbeamten hatte das entsprechende Steuerbuch aufgehoben und nach dem Krieg der Jüdischen Gemeinde übergeben.« Ein Blick in das Heft 4 (»Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich«) der *Statistik des Deutschen Reiches* mit den Ergebnissen der Volkszählung vom 17. 5. 1939 (Band 552, 4, S. 23) ergab, daß am Stichtag der Volksbefragung in der Stadt Köln 10 766 und im Landkreis Köln weitere 245 Juden und jüdische Mischlinge registriert wurden. Das macht zusammen genau 11 011. Die Differenz zu den Angaben auf der Gedenktafel ist vermutlich daraus zu erklären, daß 5 Einzelfälle von Juden, die in Köln überlebt haben, allgemein namentlich bekannt sind. (Vgl. Leo Haupts, »Zum Schicksal der Kölner Juden im Dritten Reich«, in: Jutta Bohnke-Kollwitz, u. a., Hrsg., *Köln und das rheinische Judentum – Festschrift der Germania Judaica 1959–1984*, Köln 1984, S. 413, Anm.76) Der Rest ist einfach ermordet worden. Von den Juden, die am 17.Mai 1939 in Köln lebten, ist keiner an Altersschwäche oder einer Krankheit gestorben, keiner mehr ausgewandert, keiner hat Selbstmord begangen, keiner ein KZ überlebt, keiner bezieht eine BEG-Rente! Es bedarf keiner gründlichen Untersuchung, um diesen evidenten Schwindel zu entlarven. Tatsächlich ließ mir die Synagogen-Gemeinde Köln auf meine Nachfrage auch prompt am 9. 3. 1990 vom Historischen Archiv der Stadt Köln mitteilen (Az.: Ma/Wö 419 72 01-3), daß keine Liste existiere, aus der hervorgeht, daß 11 006 Kölner Juden deportiert worden sind. Aber die »verlogene« Tafel wird selbstverständlich nicht beseitigt! — Gründliche Untersuchungen über die Zahl der Deportierten werden seit Jahren vom Historischen Institut der Stadt Köln angestellt. Vgl. einstweilen die Deportationsliste nach den Unterlagen der Synagogen-Gemeinde Köln in: Zwi Asaria, Hrsg. *Die Juden in Köln – Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Köln 1959 (»gewidmet den elftausend Märtyrern der jüdischen Gemeinde zu Köln«!), S. 390 f.; Ino Arndt u. Heinz Boberach, »Deutsches Reich«, in: Wolfgang Benz, Hrsg., *Dimensionen des Völkermords – Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 44 f. u. 47, und die Angaben im *Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945*, (Koblenz) 1986, 2 Bde., Nachwort, bes. S. 1743. Der Verbleib mancher der im »Gedenkbuch« als verschollen aufgeführten Juden wäre sicherlich durch eine systematische Auswertuung der Unterlagen der Entschädigungs- und Wiedergutmachungsbehörden, bei denen bis zum 1.1.1988 immerhin über 5,4 Millionen Anträge gestellt wurden (Bundesminister der Finanzen, Leistungen der öffentlichen Hand auf dem Gebiet der Wiedergutmachung, Stand 1. 1. 1988, S.2), zu klären gewesen. Es ist völlig unverständlich, warum das unterblieben ist. Warum werden diese Unterlagen überhaupt bis heute wie eine Art Staatsgeheimnis behandelt? Der Bundesminister der Finanzen weiß angeblich nicht einmal, wie viele Antragsteller es gibt! (Schreiben vom 15. 11. 1993 Az.: VB 4-01478-11/93)

70. Z. B. in *Der Große Ploetz – Auszug aus der Geschichte*, Würzburg [29]1981, S. 890 u. S. 945 f., wo die Zahl von »mindestens 190 000« ermordeten deutschen Juden aus der Differenz zwischen den 1925 (!) registrierten und den »nach jüdischer Berechnung 1933-1951« (!) ausgewanderten Juden errechnet wurde. Vgl. dazu z.B. Walter N. Sanning, Walter, *Die Auflösung des osteuropäischen Judentums*, Tübingen 1983, S. 175 ff.

71. Z.B. in einem Fernsehbericht über den Besuch des Bundespräsidenten in Theresienstadt, wo nach dem Kommentar »33000 Juden verbrannt wurden«. (»Tagesschau« der *ARD* vom 9. 10. 1991 nach 20 Uhr) In einem Filmbericht des »heute-Journals« vom 21.6.1989 über eine deutsch-polnische Gedenkmesse in Dachau hieß es: »Hitler betrieb hier das erste Krematorium.« (Dazu wieder ein Bild mit Öfen aus einem Krematorium.) In der »Tagesschau« erfuhr man am selben Tag, in Dachau seien »32 000 Menschen zu Tode gefoltert worden«!

72. Dazu die Kritik von: Jacques Gillot, »A propos de ›Shoah‹«, in *Annales d'histoire révisionniste* No 3, Automne–Hiver 1987, S.63–71.

73. Martin Gilbert, *Endlösung – Die Vertreibung und Vernichtung der Juden – Ein Atlas*, Reinbeck b. Hamburg 1982, wo 316 Karten, die zumeist unkontrollierbaren Einzelschicksalen nachgehen, »den millionenfachen Mord an Juden« beweisen sollen.

74. Sunt apud nos cogitationes liberae in foro interno, constrictae tamen in foro publico. Quoniam in re publica nostra per legem non licet historicum quoddam factum ex officio approbatum ad incertum revocare, in dubio ponere, quin etiam negare, et cum omnis dissensio aperte declarata iudiciis severe puniatur, haereticam opinionem coram publico diligenter dissimulare oportet. Si quis nihilominus pervestigationibus omni studio peractis factum approbatum maxime dubium esse videt et veritatis gratia incorruptam rerum fidem collegas eruditos celare non vult, opinionem suam publicare non potest nisi abscondito modo. Itaque lingua doctorum antiquorum abutens statuo inter clericos (quos quod sequitur obsecro, ut vulgus celent): Ego quidem illud iudaeorum gentis excidium, ratione institutum et in ›castris extinctionis‹ gaso pernicioso methodice peractum, veram fabulam esse nego. Sed documentorum et argumentorum scholae revisionisticae ratione habita haud scio, an hoc verum sit. Dixi quod sentio. Unica cura veritas; neminem in dubitationem inducere, neminem laedere cogito. Sol lucet omnibus, attamen non cuivis laïco contingit adire Corinthum. Quandoquidem vulgus vult decipi, decipiatur!

75. Hellmut Diwald, *Heinrich der Erste – Die Gründung des Deutschen Reiches*, Bergisch Gladbach 1987, S. 278: »Über die Wahrheit läßt sich bestenfalls nur auf dem Umweg verfügen, daß man versucht, den Irrtum auszuschließen.«

GERHARD PFOHL

# Wahrheit und Pietät

*Schnell ist die Tat dem Aug des Tags entschwunden,*
*Doch ist sie nicht verloren und zu nichte,*
*Sie bleibt, als hätt ein Zauber sie gebunden,*
*Gefesselt von dem Auge der Geschichte.*
Nikolaus Lenau

»Die Wahrheit ist das Auge der Geschichte.« Hellmut Diwald drängte sich 1989 dieses Wort des klassischen Historikers Polybios auf und er erinnert dabei an Ranke, welcher das Ziel der Geschichtsdarstellung in der »Vergegenwärtigung der vollen Wahrheit« gesehen habe[1]. Immer schon hatte Professor Diwald seinen Mut zur Geschichte mit seinem Mut zur Wahrheit verquickt[2]; denn auch aus der Geschichte ergebe sich die Wahrheit, auch aber wußte er um »die ganze Brisanz« seiner Formel von Geschichte und Wahrheit, sie dünkt ihm »hochexplosiv«. Das aber machte ihn nicht mutlos; 1985 erschien sein Buch *Mut zur Geschichte*[3], in dem hinwieder die »historische Wahrheit« sein Leit- und Leidmotiv ist wie schon dem großen Sokrates und seit ihm, in dem er Geschichte und Wahrheit in innigem Verbunde erblickt. »Wenn der Mut zur Wahrheit identisch ist mit dem Mut zur Geschichte, dann müssen wir auch so tapfer sein, nichts zu verleugnen, was zu uns gehört und zu dem wir selbst gehören.« Das mag so gesagt sein, leicht getan ist es nicht: denn wieso würde es sonst einer Tapferkeit bedürfen? Jedenfalls erachtet Hellmut Diwald des Karl Jaspers Forderung von 1951, die »Ausbildung eines deutschen Geschichtsbildes« für unerfüllt. Richtig ist so viel: »Uns steht die Erinnerung an Wahrheiten zu, deren Gehalt von keinem Datum abhängt«[4].

## *I.*

»Die Wahrheit ist das Auge der Geschichte«, es ist ein gestrafftes Zitat aus den ›Historiai‹ des Polybios von Megalopolis, der im 2. Jahrhundert vor Christus lebte. Lange suchte ich das Original, dann wandte ich mich an Professor Frank W. Walbank (Cambridge/England), den Polybioskenner und Polybioskommentator[5]. Ihm verdanke ich die Stelle I 14, 6:
ὥσπερ γὰρ ζώου τῶν ὄψεων ἀφαιρεδεισῶν ἀχρειοῦται τὸ ὅλον, οὕτωσς ἐξ ἱστορίας ἀναιρεδείσης τῆς ἀληδείας τὸ καταλειπόμενον αὐτῆς ἀνωφελες γίνεται δι ήγημα.[6]
»Genau so wie ein lebendes Geschöpf, das man seines Augenlichts beraubt hat, vollkommen behindert ist, so bleibt, wenn man von der Geschichte die Wahrheit wegnimmt, von ihr eine unnütze Erzählung übrig.«[7] Polybios wünscht wirkliche Forschung (di autes tes historias), eine pragmatische systematische Geschichtsschreibung (pragmatike historia, pragmateia), bei der es auf die ›prattomena‹ ankommt, auf das was sich wirklich tut, getan hat[8]. Im Ganzen und im Einzelnen (schema kath' holon kai meros) kommt es ihm auf die volle Wahrheit an: »Mit Beifall wird XII 11,8 das Wort des Timaios zitiert, der größte Fehler in der Geschichtsschreibung sei die Unwahrheit (pseudos); wer sich dabei betreffen lasse, der solle für seine Schriften einen andern Namen suchen, jedenfalls sie nicht ›historia‹ nennen[9]. (. .) Natürlich ist man (XVI 14,7) als Mensch nicht gegen Irrtümer aus Unkenntnis gefeit. Aber wenn wir aus Vorsatz Falsches schreiben (kata proairesin pseudographomen), so unterscheiden wir uns in nichts von den feilen Lohnschreibern (ton apo toutou ton bion porizomenon). Zeitgenossen und Nachfahren fordert er auf (XVI 20,8), wenn er sich in seiner Arbeit auf einem vorsätzlichen (kata prothesin) Verstoß gegen die Wahrheit betreffen lasse, ihn unnachsichtlich zu verdammen; wenn aber auf einem unwissentlichen, dann ihm zu verzeihen, zumal im Hinblick auf den großen Umfang des Werkes und seinen universalhistorischen Charakter«[10]. Die Wahrheit sei von Natur aus die größte Göttin, »manchmal auch lange Zeit verdunkelt gewinnt sie am Ende doch den Sieg und kämpft aus eigener Kraft die Lüge nieder«[11]. Polybios warnt die Hundertprozentigen vor Einseitigkeit: denn die Menschen tun nicht immer das Richtige noch immer das Falsche (I 14).

Anliegen und Topos des Polybioswortes gelten bis in jüngste Gegenwärtigkeit. Am 2. Oktober 1992 hatte eine Festveranstaltung der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum 80. Geburtstag ihres Altsprechers Dr. Walter Becher stattgefunden, die Broschüre der gehaltenen Reden trägt den Titel *Die Wahrheit ist das Auge der Geschichte*[12]. Der deutsche Botschafter Erwin Wickert verfaßte einen Aufsatz »von der Wahrheit im historischen Roman und in der Historie«[13]; darin befaßt er sich ernsthaft mit Polybios als dem Geschichtsphilosophen der Wahrheit und er zitiert dabei diese Stelle: »Die bloße Darlegung der Tatsachen selbst ist lediglich unterhaltend, bringt uns aber keinerlei Nutzen«

(psychagogei men, ophelei d'ouden)[14]. Es läßt an die hippokratische Maxime ›nil nocere‹ denken: nützen und wenn schon nicht nützen, so doch wenigstens nicht schaden[15].

## *II.*

Hellmut Diwald hat es sich mit der Wahrheit nicht einfach gemacht, er hatte ein wachsames Auge auf sie. Das Polybioswort hörte ich aus seinem Munde persönlich. Er war ein wahrhaftiger Mensch, was nicht besagt, daß ein solcher in allem recht hat. Aber unsere Pflicht ist unser Dank. Undank ist wie Diebstahl. Wichtig sind Aufrichtigkeit und Offenheit, gegenüber Freunden und Völkern. Denn nur wer sich äußert ist korrigierbar. Das führt uns am Ende alle weiter, wenn auch nicht ans Ziel – dieses ist Gott allein. Dios solo basta. Gott allein basta[16]. Ich weiß, aus welcher Schule Professor Diwald kommt: wir haben zusammen in Erlangen studiert und hatten gemeinsame Lehrer: Hans-Joachim Schoeps in Religions- und Geistesgeschichte[17], den Germanisten Friedrich Stroh, die Althistoriker Johannes Straub und Helmut Berve[18] und den Graecisten Kurt Witte. Dieser legte uns eindringlich Spinozas Devise ans Herz: Humanas actiones non ridere, non lugere neque detestari, sed intellegere[19]. »Die Handlungen der Menschen nicht belächeln, nicht beweinen noch sie verabscheuen, sondern verstehen.«

Diwald stellte sich die klassische Frage des Lukianos von Samosata (2. Jh. n. Chr.): pos dei historian syngraphein. »Wie muß man Geschichte schreiben?« Und er hatte in Erlangen wie wir alle klassische Lehrer[20]. Er ist in die Schule des Thukydides gegangen, »daß die Geschichte nicht der augenblicklichen Unterhaltung des Lesers, sondern der genauen Erkundung der Wahrheit und so der Belehrung zu dienen hat«[21]: ktema es aiei mallon e agonisma es to parachrema akouein. »Nicht als agonales Prunkstück, sondern als einen über die Zeiten reichenden Besitz (ktema es aiei) geschaffen«[22]. »Wenngleich die einzelne Situation etwas schlechthin Unwiederholbares ist, so geben sich dem Kundigen in ihr doch Kräfte zu erkennen, die dem Bereiche des Stetigen angehören«[23]. Bei Thukydides ist »alles dem einen Zwecke dienstbar gemacht: zu ermitteln, wie es in Wahrheit gewesen ist«[24]. »Thukydides doziert nicht, er stellt dar«[25]. »Mit der Methode des ›eikazein‹ sucht er so nahe an die Wahrheit heranzukommen, wie es eben möglich ist«[26]. Immer geht es um den Begriff der inneren Wahrheit. Dazu gehört epochemachend die kritische Unterscheidung zwischen rein äußeren und äußerlichen Anlässen und Erscheinungen und der eigentlichen tieferen Ur-Sache.

Im fünften Buch des Thukydides (V 89) hat Diwald gelernt, die verschleiernden für die Öffentlichkeiten fabrizierten Scheinargumente, das Geschmeiß zynischer Arroganz offizieller Lüge (onomata kala »schöne Worte«) von den wahren Absichten (alethos phronein »das wirkliche Denken«) zu unterscheiden. Fern den geschichtlichen Deterministen, fern dem Chronozid öffnete er

sich der inneren Wahrheit der Dinge. Er wollte Zusammenhänge erkunden und konnte es, weil er es konnte. Dazu muß man ein philologischer Mensch sein: »der warme Wind bemüht sich noch um Zusammenhänge, der Katholik« (Bertolt Brecht). »Der Gedanke in den Werken der Klassiker« er mag ruhig arrogant sein, »denn er ist seiner Nützlichkeit sicher. Es bekümmert ihn nicht, daß du ihn schon kennst, ihm genügt es, daß du ihn vergessen hast« (B. Brecht). Es müssen alte Normen obwalten, die der Homerexegese des Aristarch[27]: Homer aus sich selbst erklären, der Dichter interpretiert sich selbst (Homeron ex Homerou saphenizein auton exegoumenon heauton, pote men parakeimenos, allote d'en allois). Mit solch innerer Kritik gibt man den Epochen und ihren Autoren ihre eigene Dignität, so daß sie nicht zu Steigbügelhaltern späterer Fortschrittsfetischisten degradiert sind. Freilich verliert, und zwar zurecht, seine Gültigkeit was Cicero noch meint: Historia vitae magistra. ›Vérité historique‹ sehr wohl, nicht ›vérité politique‹, nicht Tendenzgeschichte[28]. Die so gewonnene historische Wahrheit braucht nicht das Wenn und Aber von Zeitgemäßigkeit, sie kann sich das einfache Wort leisten: denn »das Wort der Wahrheit ist immer einfach« (Euripides); simplex sigillum veri »das Siegel des Wahren ist einfach«[29].

Stiftung der klassischen Antike sitzt die wissenschaftliche Wahrhaftigkeit den abendländischen Menschen tief im Blute. Sie äußert sich allerorten. Da findet der Romreisende in der Vorhalle der Kirche S. Maria in Cosmedin den Wahrheitsmund, »la Bocca della Verità«[30]. Da haben wir Redewendungen und sprichwörtliche Redensarten: nicht wahr? So wahr mir Gott helfe. Wahr und wahrhaftig. Das kann doch nicht wahr sein. Das ist schon gar nicht mehr wahr. Im wahrsten Sinn des Wortes. Die größten Feinde der Wahrheit sind die schrecklichen Vereinfacher, die »terribles simplificateurs« des Jacob Burckhardt, vor denen auch Eduard Schewardnadse warnt[31]. Galileo Galilei soll gesagt haben: »Wer die Wahrheit nicht weiß, ist bloß ein Dummkopf; wer sie aber weiß und dennoch Lügen spricht, der ist ein Verbrecher«. H. Diwald[32] spricht vom »triumphierend hingeschmetterten Wort« Pravda vítezí, das Masaryk nicht gehört, er hat es dem lateinischen Sprichwort entnommen: veritas vincit. Der Sozialdemokrat Volkmar Gabert schreibt am 28. Jänner 1994 in der *Sudetendeutschen Zeitung* S. 3 f. einen Brief an Pavel Kohout; die Überschrift ist »auf der Suche nach der Wahrheit geschrieben« und er konstatiert: »Ich kann Ihren gemachten Feststellungen in wesentlichen Punkten nicht folgen, weil sie nicht der historischen Wahrheit entsprechen. (. .) Der Brief ist auf der Suche nach der Wahrheit geschrieben worden«. In derselben Zeitung am 21. Jänner 1994 S. 4 wird über ein Interview mit Jiri Dienstbier berichtet; er antwortete dem Fragenden: »Wir hatten erstmals nach dem Krieg die Möglichkeit gehabt, uns zur Abschiebung als einer Kollektivstrafe zu äußern, die auch viele unschuldige Leute betroffen hatte. Sogar auch diejenigen, die gegen den Faschismus gekämpft hatten. Es ist nicht möglich, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen, wenn sie über ihr eigenes Versagen nicht die Wahrheit

sagt«. Der Innsbrucker Rektor Josef Kolb sprach in seiner Antrittsrede 1971 über »wenige Worte über wahre Werte und wirksame Werke zum Wandlungsoptimum«[33]. Jüngst schrieb Kardinal Joseph Ratzinger ein Büchl über *Wahrheit, Werte, Macht – Prüfsteine der pluralistischen Gesellschaft*[34]. Und Einleitung der neuesten päpstlichen Moralenzyklika, Entzücklika ist ›Veritatis splendor‹ »der Wahrheit Glanz«. Am 26. Dezember 1993 starb der Baseler Professor Max Thürkauf, ein Kritiker der modernen Naturwissenschaft. Pater Niklaus Pfluger sprach in seinem Nekrolog von des Toten Suche nach der Wahrheit, der Liebe zur Wahrheit, dem Zeugnis für die Wahrheit[35].

## *III.*

»Was Wahrheit ist, das weiß ich nicht« bekennt 1993 Botschafter Wickert[36]. Die Pilatusfrage ›quid est veritas?‹ ist also unbeantwortet, weil nicht zu beantworten. Wer also vorgibt im Besitz der Wahrheit zu sein lästert Gott. Nachzudenken ist über des Menschen Wesen, das ›ethos anthropeion‹ »menschliches Wesen« des Heraklit. »Sein Wesen ist dem Menschen sein Dämon« (ethos anthropo/i daimon)[37]. Sein Wesen sind seine Beschränktheit und Engstirnigkeit in Wortsinn und Ausdrücklichkeit. Das war dem Logographen Hekataios von Milet (555–497) bekannt: »Das Vorliegende schreibe ich, wie es *mir* wahr zu sein scheint; denn die Erzählungen der Griechen sind ebenso zahlreich wie lächerlich, wie sie *mir scheinen*«. »Wahrheit und Richtigkeit im juristischen Denken« ist durchaus ein fragwürdiges Thema unserer Zeit[38]. Es kann nicht anders sein, wir sind alle Geschöpfe unserer Biographien, ihre Opfer und Gesegneten. »Wahrhaftigkeit ist weder Doppelseitigkeit noch Objektivität, Wahrhaftigkeit ist gerade die uneigennützige Subjektivität«[39]. Auch einem anderen entgeht der Mensch nicht: Res in tantum intellegitur, in quantum amatur. »Eine Sache wird nur insoweit erkannt als sie geliebt wird.«[40]

Der moderne Wissenschaftsbegriff, der vornehmlich naturwissenschaftlich ist, beruht auf der Wiederholbarkeit der Experimente, der Überprüfbarkeit der Behauptungen, der Falsifizierbarkeit der Theorien. Dieser Wissenschaftsbegriff ist nicht bedingungslos überall gültig[41]. Die Geschichte z. B. kennt Wiederholung nicht, sie ist schon gar nicht reproduzierbar, falsifizierbar freilich schon. Bloße Meinungen können Daten und Taten sein. Geschichte ist eben nicht reproduzierbar und daher auch nicht adaequat und bezüglich einer Belehrung fraglich. Der Grundsatz ›historia magistra‹ ist gefährlich, weil er die Gegenwart der Vergangenheit überstülpt je nach des Tages Laune und Politik und ›political correctness‹. Deswegen ist es schon methodenkritisch fraglich, ob aus der Geschichte zu lernen sei. Am 17. Dezember 1824 sagte Goethe zum Kanzler F. v. Müller: »Die Geschichte läßt ganz wundersame Phänomene hervortreten, je nachdem man sie aus einem bestimmten Kreispunkt betrachtet. Und doch kann eigentlich niemand aus der Geschichte etwas lernen, denn sie enthält ja nur eine Masse von Torheiten und Schlechtigkeiten«[42]. Das

erinnert an Burckhardt: »Das einzige, was man aus der Geschichte lernen kann, ist, daß man nichts aus ihr lernt«. Im Nachruf auf den großen Historiker Helmut Berve, der Diwalds und mein Lehrer war, macht der Münchener Althistoriker Hermann Bengtson darauf aufmerksam, daß nach Berves Dafürhalten »die Geschichte keine Rezepte zu geben vermöge und daß der Historiker kein Prophet sei«[43]. In der Festrede »Friedensordnungen in der griechischen Geschichte« handelt Berve davon und zum Schluß sagt er: »Gewiß gibt die Geschichte keine Rezepte und der Historiker ist kein Prophet«[44]. Auch Thomas Nipperdey hielt nicht viel von der Ansicht, einer könne aus der Geschichte lernen; die wertfreie Geschichtsbetrachtung trage ihren Sinn in sich selber. Nach Thornton Wilder ist »Geschichtsschreibung Planung für die Vergangenheit« und Paul Reynaud denkt so: »Aus den Geschichtswerken erfährt man mehr über die Historiker als über die Geschichte«.

Eduard Schewardnadse verdanken wir ein Buch über *Die Zukunft gehört der Freiheit*[45]. Auf der Seite 254 meint er noch: »Auch sind die Lehren der Geschichte allerhand wert«, auf der nächsten Seite aber ist zu lesen: »Generell bin ich dagegen, daß man über die Geschichte rückblickend richtet, dagegen, daß man versucht, sie in die ›richtige‹ und die ›irrtümliche‹ zu teilen. Was geschehen ist, läßt sich nicht aus der Welt schaffen. (. .) Es wäre absurd, wollte man an unserem heutigen Maßstab die Vergangenheit messen und fragen, wieso man damals (1945) so und nicht anders verfahren sei. Und noch eines: Nicht wir waren es, die als erste eine Atombombe zur Explosion brachten«. Er ist skeptisch bei der »Gegenüberstellung von ›damals‹ und ›heute‹ außerhalb des konkreten historisch-politischen Kontexts«, das erscheint ihm »anfechtbar, um nicht zu sagen methodologisch falsch« (S. 257). »Die Vergangenheit sträubt sich dagegen, sich ›abschließen‹ zu lassen« (S. 297). Er mißtraut den Prognosen und Propheten; »nicht ohne Grund erhebt die moderne Futurologie Anspruch darauf, als exakte Wissenschaft zu gelten, doch auch ihre scheinbar exakten Computerberechnungen und mathematischen Modelle scheitern an der Unkalkulierbarkeit des Lebens« (S. 270 f.).

Hellmut Diwald sieht das Problem so: »Immer wieder hörten Historiker das Zweifelnde: Was läßt sich aus der Geschichte lernen? Eine Frage von gnadenloser Schlichtheit. Sie war von jeher falsch gestellt. Es geht nicht darum, was die Geschichte lehren kann und lehrt, sondern um das Problem, warum man nicht aus ihr lernt, nichts lernen kann oder lernen will. Was Nutzanwendungen betrifft, verhält es sich mit der Geschichte nicht anders als in jeder Sparte, in der es um unsere Lernbereischaft und Lernfähigkeit geht«[46].

Der Amsterdamer Soziologe Gerhard L. Durlacher antwortete auf die Frage »Sie glauben nicht, daß man aus der Geschichte lernen kann?« so viel: »Nein, im Gegenteil: Man lernt, es noch schlimmer zu machen. Das einzige, was man tun kann, ist, gegen das Vergessen anzusteuern«[47].

## IV.

Durchschaut hat unsere Engstirnigkeit schon der griechische Philosoph Protagoras: »Über die Götter allerdings habe ich keine Möglichkeit zu wissen weder daß sie sind noch daß sie nicht sind noch wie sie etwa an Gestalt sind; denn vieles gibt es was Wissen behindert: die Nichtwahrnehmbarkeit und daß das Leben des Menschen kurz ist«[48]. Arzt und Philosoph war Alkmaion von Kroton, dessen Selbstbescheidung heute noch unüberholt in Kraft ist: »Über das Unsichtbare wie über das Irdische haben Gewißheit die Götter, uns aber als Menschen ist nur das Erschließen gestattet«[49].

Es gibt Fakten und Interpretationen. Letztere sind rein individuell und sie haben individuell verschiedenes Recht. Faktenhuberei und Maulwurfhistorie sind von vornherein lächerlich. »Nicht aus ›der Geschichte‹ lernen wir, wie man zu sagen pflegt; Geschichte ist der täglich wachsende Haufe stummer dummer Fakten; erst vom Geist durchleuchtet kann sie die Gegenwart lehren«[50]. »Der Historiker aber, als redlicher Wissenschaftler wohlgemerkt, wird die Fakten *sine studio* auswählen, sich hüten, sie so zu behauen, zurechtzubiegen oder gar zu fälschen, etwa um sie für eine vorgefaßte Theorie passend zu machen. Dem Historiker sind sie das Material, aus denen er sein Gebäude errichtet. Sie sind ihm sakrosankt oder sollten es sein. Doch jeder weiß, auch die Hand des Historikers, selbst wo er *sine studio* die Wahrheit sucht, wird schon in der Auswahl der Fakten gelenkt: Sein Auge ist durch seine Persönlichkeit, seine Erfahrungen, seine Zeit, seine früheren Forschungen und Publikationen konditioniert. (. .) Er ist Objekt und Subjekt zugleich. (. .) Die ganze Wahrheit wird er ebenso wenig erkennen wie der Autor historischer Romane, aber beide können sich ihr annähern«[51].

Ist schon die Faktensuche nicht zweifelsfrei, ist es deren Interpretation um so mehr. Das erste Interpretationsseminar wird an sprachlichen Gebilden abgehalten und wie es sich da verhält, wie frei und vage der Leser sein kann und es darf, das erfährt man gut aus einer Rede, welche mein Erlanger Studienkommilitone Hans Magnus Enzensberger in Amerika gehalten hat: »Ein bescheidener Vorschlag zum Schutze der Jugend vor den Erzeugnissen der Poesie. Den Deutschlehrern der Republik zugedacht«[52].

Den Positivismus haben wir ja gottlob hinter uns und amüsant dabei ist dies: »Die Aufstellung des Falsifikationsprinzips durch Karl R. Popper (im Jahre 1935, also schon vor fast einem halben Jahrhundert !) hatte indirekt die Widerlegung des logischen Positivismus zur Folge. Damit aber hat sie eben jenem ›religionsähnlichen Anspruch‹ auf die Möglichkeit einer Totalerklärung der Wirklichkeit die Grundlage entzogen. Popper hat den logischen Nachweis geführt, daß endgültige Wahrheiten den Menschen auf keinem Wege erreichbar sind, auch nicht auf dem der Naturwissenschaften«[53].

Relativitätstheorie, Unschärferelation: sie müssen endlich auch den machthabenden Rechthabern eine Lehre sein. Man kann mit richtigen Tatsachen eine

falsche Geschichte schreiben, wie viel mehr also mit falschen Tatsachen. Nicht nur für die physikalische Beobachtung gilt das Problem vom beobachtenden Subjekt und vom beobachteten Gegenstand; das ändert freilich nichts daran, daß interessant allein die Wahrheit sei[54]. Heraklit hat auch das durchschaut (B 107): Kakoi martyres anthropoisin ophthalmoi kai ota barbarous psychas echonton – »Schlechte Zeugen sind den Menschen Augen und Ohren, sofern die Menschen Barbarenseelen (ungebildete, ungeschulte Seelen) haben«[55].

Die Infallibilität der Gralshüter muß sich sagen lassen, daß sie um nichts tüchtiger und gar nicht gescheiter sind als die gefesselten Sklaven im Inneren der Höhle von Platons Höhlengleichnis (siebentes Buch des *Staates*), die mit dem Rücken zum Eingang auf die Rückwand der Höhle blicken: wir wie sie sehen nur die Schattenbilder auf dieser Rückwand, wir wie sie halten sie für die wirklichen Dinge, die sie eben nicht sind. Da ist ein Mensch wie Paul Feyerabend der Wahrheit näher als deren wissenschaftliche Machthaber (als vorgebliche Rechthaber); Feyerabend ist sympathischer, weil gemütlicher. In Erkenntnis dessen, daß der Komplex von Wissenschaftlern oft tanzt (nach Friedrich Torberg), will er in seinem Kampf wider den Methodenzwang (1975) die Wissenschaft verwandeln »aus einer strengen und anspruchsvollen Herrin in eine attraktive und nachgiebige Kurtisane, die jeden Wunsch ihres Liebhabers zu erahnen versucht« (S. 221). Der Grundsatz, keinen zu haben, ist so schlecht nicht: anything goes! Was eigentlich bilden sich aufgeklärte Herren ein? »Die Wissenschaft ist nicht (so) sakrosankt und der Streit zwischen Wissenschaft und Mythos ist (doch) unentschieden ausgegangen (. .). Die Wissenschaft steht also dem Mythos viel näher, als eine wissenschaftliche Philosophie zugeben möchte. Sie ist eine der vielen Formen des Denkens (. .) und nicht unbedingt die beste. Sie ist laut, frech und fällt auf: grundsätzlich überlegen ist sie aber nur in den Augen derer, die sich schon für eine bestimmte Ideologie entschieden haben, oder die die Wissenschaft akzeptiert haben, ohne jemals ihre Vorzüge und ihre Schwächen geprüft zu haben« (Feyerabend, S. 239 u. 392).

No ja, man soll nichts übertreiben. Die Mesometrie des Aristoteles und Ovids ›medio tutissimus ibis‹ »In der Mitte wirst du am sichersten gehen« deuten das Erreichbare an: in medio virtus.

## V.

»Wie nahe aber der Historiker der Wahrheit kommt, das ist für uns nicht endgültig zu entscheiden; denn unsere Perspektive ändert sich, da wir in und mit dem Strom der Geschichte dahintreiben, so daß, was vor hundert Jahren als wahr gegolten haben mag, uns heute weit von der Wahrheit entfernt erscheinen kann«[56]. Historie ist Wahrheit auf Zeit. Freilich bleibt ein Verbrechen immer ein Verbrechen[57]. Und um anständige Menschen zu sein brauchen wir die Geschichte nicht, wir haben die zehn Gebote und die Bergpredigt, das

Naturrecht auch. Man kann sich nicht über katholische Dogmen lustig machen und zugleich sich zum Dogma machen, ›eis aiei‹[58]. Eine Zeit, die nur sich sieht, nicht rückwärts noch vorwärts, alles verpraßt für ihre Egoismen und gegen ihre Enkel, ist Unzeit. Gegenwartsschrumpfung, Hervorbringungen beamteter Nihilisten, die Wahrheit als nur noch ›filia hospitalis‹ als sporadischen Gastbesuch: derlei ist nicht gefällig. Vita brevis, historia longa. Das eine ist traurig, das andere tröstend. Wenn auch die Wahrheit das Auge der Geschichte ist, so ist die Geschichtsschreibung immer nur Wahrheit auf Zeit. Man kann es auch umdrehen: Geschichte ist Wahrheit auf Zeit, immer aber ist die Wahrheit das Auge der Geschichte. Kriterium eines Forscherlebens ist nicht, ob einer die Wahrheit gefunden hat, vielmehr: ob er sie redlich unermüdlich gesucht hat, dabei ein anständiger Mensch war. Man muß behutsam sein und sacht: »Heute muß man Geschichte mit dem Bleistift schreiben; es läßt sich leichter radieren« (Pierre Gaxotte). Helmut Berve erinnert in seiner Akademierede an das klassisch-antike Gebaren: »Als Gewinner des Krieges galt unbestritten, wer auf dem Schlachtfeld das Siegeszeichen errichten konnte, doch sollte dieses aus vergänglichem Material bestehen, damit es nicht dauernde Erbitterung und Rachsucht der Unterlegenen erweckte« (S. 8).

Es gibt die Unzeitgemäßen, die katholische Kirche zeigt es mit ihren Heiligen. Da kann es sein, daß ein Unsterblicher vor sterblich Richtendem steht. Wer weiß das schon? Zukunft wird es weisen, aber wir müssen damit rechnen. Andererseits hochgelobte Erkenntnis von heute kann Gerümpel von morgen sein, nicht nur die Naturwissenschaft lehrt es. Da kann es eben sein, daß einer vor dem sterblichen Richter sagt: So war es; ich habe es so gesehen.

## *VI.*

Der Irrtum gehört wesenhaft und wesentlich zur Wissenschaft. Mein Fakultätskollege Helmut Stickl erachtete »Irrtum und Fehler als notwendige Ingredienzien wissenschaftlichen Fortschritts«[59]. Der Archäologe Heinrich Brunn (1822–1894) sah die Dinge so: In critica arte malo errare via et ratione quam sine ratione verum invenire »in der Kunstgeschichte will ich lieber mit Methode und Überlegung irren als ohne sie das Wahre finden«[60]. Und der große Mommsen immerhin befand: »Man kann auch dadurch vom rechten Weg abkommen, daß man zu lange auf dem geraden Pfade bleibt«[61]. Zur Freiheit andererseits gehört wesenhaft das Recht zu irren, anders wäre es Pharisäerei. »Wo immer ernsthaft geforscht wird, beanspruchen die so Bestrebten den Schutz ihrer Arbeit durch das Grundrecht der Freiheit von ›Forschung und Lehre‹ (Art. 5 GG). Da jedes Forschungsergebnis und erst recht jede wissenschaftliche Hypothese sich der Fachwelt zur Diskussion stellt, ja sich anbietet zur Widerlegung, umfaßt Forschungsfreiheit auch das Recht auf Irrtum. Es wäre daher nicht nur rechtlich bedenklich, sondern auch wissenschaftlich absurd, einen Forscher zu bestrafen, weil er sich forschend geirrt hat oder aus

erforschten Fakten falsche Schlüsse gezogen hat«[62]. Sympathisch, wie Schewardnadse seine Irrtümer darlegt[63].

Die Propheten nach Dienstschluß haben es leicht. Vaticinatio ex eventu, post eventum. Prophezeiung, wenn's passiert ist. Distinguendum est. Was muß das für ein Mensch sein, der »wie das Gesetz es befahl« immer hundertprozentig war: in der österreichischen Monarchie, der deutschen auch, der österreichischen Republik, der deutschen auch, der tschechischen desgleichen, dem Dritten Reich, der DDR, den Demokratien nach 1945? (Vgl. jetzt D. Wellershoff, *Das Geschichtliche und das Private. Aspekte einer Entzweiung*, Mainz 1986.)

Da sind Goethe und Ernst Jünger nachsichtig: »Wer nicht mehr liebt und nicht mehr irrt, der lasse sich begraben«[64], »Wenn ich irre, kann es jeder bemerken; wenn ich lüge, nicht«[65]. »Beim Freispruch im Totengericht zählen nicht nur die guten Taten, es zählen auch Irrtümer«[66]. Alte ärztliche Devise ist ›oportet misereri‹ »barmherzig muß man sein«. Wir müssen benediktinisch miteinander umgehen, friedfertig und unterscheidend: discretio benedictina[67]. Hellmut Diwald erwähnt das alte Gebet eines Benediktiners: »Gott gebe uns die Gelassenheit, das Unrecht so lange zu ertragen, solange wir es nicht ändern können, und den Mut, Unrecht zu ändern, das wir ändern können, und die Vernunft, das eine vom andern zu unterscheiden«[68].

Es gibt die sprichwörtliche Redensart »sich um Kopf und Kragen reden«; zu dieser bemerkt das idiomatische Dudenwörterbuch: »Unter einem totalitären Regime hat sich schon mancher um Kopf und Kragen geredet«[69]. Es soll so bleiben, vorbehalten den Diktaturen und schändlichen Diktatoren, nicht würdig der einer Demokratie allein würdigen Parrhesie[70].

## *VII.*

Vita brevis ars longa. »Das Leben ist kurz, die Kunst lang.« Das ist der erste hippokratische Aphorismus, der auch Goethe beeindruckt hat: »Ach Gott! die Kunst ist lang, / Und kurz ist unser Leben!« (in Wagners Versen im Urfaust: Nacht: Wagner V. 558). Verhinderung von ›ars longa‹ ist Verkürzung auch des Lebens, des sowieso kurzen, ›vita brevis‹[71]. Aber wenn das Leben auch kurz ist, ist die Geschichte doch lang: vita brevis historia longa. Daher kann »über Geschichte niemand urteilen, als wer an sich selbst Geschichte erlebt hat. So geht es ganzen Nationen« (Goethe)[72]. »Verstehen kann man das Leben nur rückwärts. Leben aber muß man es vorwärts« (Kierkegaard). Es gibt lebensecht auch die Antinomie: das Leben blickt niemals zurück und diese läßt an Orpheus denken; er steigt zum Hades hinab und bittet ihn um die Freigabe seiner Gattin Eurydike; Hades macht zur Bedingung, daß sich Orpheus vor der Rückkehr zur Oberwelt nicht nach Eurydike umdrehen darf; er aber schaut zurück und Eurydike entschwindet ihm für immer[73].

Guter Rat ist teuer. Aber wie auch immer, bleiben muß Voltaires Haltung: »Herr Abbé, ich verabscheue was Sie schreiben, aber ich würde mein Leben

dafür hingeben, daß Sie weiter schreiben können!«[74]. »Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden«[75]. »Die Aggression des Andersdenkenden macht sich keine Gedanken darüber, was dem Angegriffenen teuer ist und was nicht«[76]. Es mag auch dies geben: Geltenlassen des anderen als eines allenfalls Möglichen. Wenn Hans Weigel recht hat, daß man nicht ruhig darüber reden könne[77], dann ist ja unsere Gesellschaft gar nicht so pluralistisch. Unterstellung der Unredlichkeit ist eine Ehrabschneidung, diese allerdings ist eine große Sünde. Allein wichtig ist, ob einer die Gebote Gottes hält und wie er vor Diesem besteht, nicht vor ephemerer ›political correctness‹. Wer die unbedingt predigt, schaufelt der Demokratie ihr Grab. Ich darf doch nicht voreilig einen anderen anschauen, als hätte er einen nahen Verwandten von mir umgebracht. 1935 gefragt, was er von der neuen Zeit halte, antwortete Karl Valentin ängstlich: »I sag gar nix, des werd ma do no sagn dürfn«; recht hatte er – damit wollte er sagen, daß man nicht alles sagen dürfe – aber das war ja noch ärger[78].

## *VIII.*

Auftragshistoriker zu sein ist leicht. Leicht auch: wer taub und blind ist und den Mund hält, wird in Frieden 100[79]. Einem politisch streitbaren Vatikanbischof riet ein römischer Prälat: »Warum schreiben Sie nicht lieber Betrachtungs- oder Gebetsbücher? Sie verdienen gut, ohne Neues sagen oder viel forschen zu müssen. Überdies bleiben Sie eine Persona grata«. Mundtot zu sein kann nicht der Wunsch eines Demokraten sein, allerdings ist ihm ›ultima ratio regis‹ nicht das, was gemeint war, als diese Worte den preußischen Geschützen unter Friedrich dem Großen eingeschrieben waren. »Die Gedanken sind frei« singt das Lied so schön, aber es ist zu wenig. Keiner wünscht sich gedämpft-stockiges leisetreterisches Beamtentum. »So war es immer schon«[80] kann auch nicht trösten: es geht nirgends so zu wie auf der Welt, gemeint ist das Welttheater[81], das Narrenhaus. Wenn dieses aber zum Kasperltheater wird, ist der Froschmäusekrieg nahe[82].

Hellmut Diwald meint, »für einen guten Politiker ist ein schlechtes Gedächtnis unersetzlich. Historiker dagegen zwingt ihr Beruf dazu, mit dem Gedächtnis sorgfältiger umzugehen: ein mühsames, zumeist langwieriges, nur selten amüsantes Geschäft«; vonnöten sei eine »Erinnerung an Wahrheiten«[83]. Und man muß weit zurückgehen; in einem griechischen Epigramm des 6./5. Jh. v. Chr. aus Olbia[84] spielt eine Rolle ›ho myrietes chronos‹ »die zehntausendjährige Zeit«, gemeint freilich eine sehr lange Zeit. Und je länger man als Hochschullehrer existiert hat, desto leichter fallen einem die Typologien und Topoi: mir geht es wie Hellmut von Glasenapp, der »gegen Ende seines Lebens – selbst vom Katheder aus – eigentlich nur noch Anekdotisches erzählte«[85]. Es hat schon sein Gutes, Historie mit der Wahrheit von Anekdoten zu bestreiten.

Als ich einmal einem hochrangigen Katholiken meine Zweifel am Konzil kundgab, schrieb er mir, ich hätte das Wesen des Konzils nicht begriffen, welches die Liebe über die Wahrheit stellte. Das ist blanker verwaschener Humanismus. Incredibile auditu. Die Entsprechung auf der politischen Seite ist eine Syntax, die sich ›political correctness‹ heißt. No ja, meinetwegen auch das, wenn sie nur nicht zur Intoleranz führt. Der Münchener Verleger Herbert Fleissner spricht in einem spezifischen Fall von »verdeckender Heuchelei unter dem neuen Schlagwort ›Political correctness‹«[86]. Ministerialrat Stefan Krimm[87] schrieb einen Aufsatz »vom Nutzen der Historie für die Schule und das Leben«[88]. Er zeichnet mutig ein Ideal. Wie aber schaut's mit einem Blick in die Wirklichkeit aus? Gibt's auch Vorgaben der genannten ›Korrektheit‹? Was meint Krimm zu den Phänomenen Desinformation, lie factory, atrocity stories und dazu, »wie Desinformationspropaganda zur Geschichtsschreibung wurde«[89]? Was meint er zu dem, was der Vatikanhistoriker Pater Robert A. Graham[90] beobachtet: »So sind Historiker, welche die propagandistischen Machenschaften des Zweiten Weltkriegs nicht kennen, ständig in der Gefahr, solchen Falschmeldungen zum Opfer zu fallen«?

Wir haben das Fremdwort ›ephemer‹ (auch ›ephemerisch‹), es bedeutet »eintägig, kurzfristig, schnell vergänglich«[91]. Hermann Fränkel verdanken wir den Aufsatz »Ephemeros als Kennwort für die menschliche Natur«[92]. Diese ist also unvollkommen und dem Irrsal wie der Eintäglichkeit preisgegeben. »Die Kriminalisierung irriger Meinungen (. .) widerspricht auch der Tradition abendländischer Toleranz. Es kann, mit John Locke gesprochen, nicht die Aufgabe der Gesetze sein, ›für die Wahrheit von Meinungen zu sorgen‹. Nur der Versuch, das Irrige gewaltsam durchzusetzen und auszubreiten, sollte im Recht eine Schranke finden«[93].

## *IX.*

Der Erlanger Latinist Carl Koch, unser Lehrer, verfaßte den bedeutenden RE-Artikel ›Pietas‹[94]. Sie war eine der großen römischen Tugenden, bezeichnete die Pflicht gegen Eltern, Kinder, Verwandte, Verstorbene, das Vaterland, gegen Gott und Mensch. Bei der Eroberung Trojas rettete Aeneas auf den Schultern seinen gelähmten greisen Vater Anchises aus dem brennenden Troja, ohne daß die Griechen ihn behelligten. Documentum pietatis ist des Theodor Heuß Gedenkrede zum 20. Juli 1944 am 19. Juli 1954: »Dank und Bekenntnis«.

Für unsereinen gibt es auch eine Theodizee der Geschichte. Das ist das Prinzip Hoffnung: »Halte Deutschland nicht für tot, ehe du seine Leiche gesehen hast. Und selbst dann dürftest du dich irren«[95]. Je weniger Religion ist, umsomehr ist Wissenschaftsgläubigkeit, strenge, wie sie sich tituliert und dabei den Menschen täglich entformt[96]. Solange noch wir Gott im Grundgesetz haben, müssen wir nicht bangen[97].

Hellmut Diwald fragte einmal, »ob nicht zur Würde des Todes vor allem die Tatsache gehört, daß die Feindschaften des Lebens am Grabe enden«[98]. Wir fragen, ob ihm dem Toten selber dies zuteil geworden ist. Professor Karl H. Metz, Erlanger Historiker, jedenfalls sah einen Anlaß zu mahnen: »Wie sollte man noch mit Worten jemanden berühren, der einem Toten ins Grab spuckt«[99]. Ich denke an jenen Satz, durch den die platonische Apologie ihren Abschluß findet und in welchem Sokrates sterbend spricht: »Jetzt aber ist es Zeit, daß wir weggehen, ich zum Tod, ihr zum Leben. Aber wer von uns beiden dem besseren Lose entgegengeht, das weiß keiner außer dem Gott«. Für den Christgläubigen gilt noch immer der Trost ›vita mutatur non tollitur‹ (das Leben ändert sich zwar, endet aber nicht), manch anderem aber ist die Erinnerung allein der Garant des Weiterlebens. Er aber, den wir meinen und der sich bei der Wahrheit auf Sokrates beruft[100], wird weiterleben: so oder so.

## Anmerkungen

1. *Die Welt* vom 18. November 1989.
2. Hellmut Diwald, »Mut zur Geschichte – Mut zur Wahrheit. Vortrag vor dem Witikobund, gehalten am 14. Oktober 1979 bei der Jahrestagung in Gießen«, München 1979 S. 7 u.19.
3. Bastei Lübbe Taschenbuch 65069, Bergisch Gladbach ²1986, S. 6, 45, 272 f. u. 293.
4. H. Diwald, *Unsere gestohlene Geschichte,* München o. J. (wohl 1992 = Schriftenreihe der Deutschen Akademie für Bildung und Kultur, Heft 40), S. 5.
5. *A historical Commentary on Polybios,* Oxford 1957 ff.
6. Theodorus Büttner-Wobst, *Polybii Historiae. Editio altera,* Vol. I, Leipzig 1905, S. 18.
7. Hans Drexler, *Polybios Geschichte,* Zürich–München, Bd. I ²1978, Bd. II ²1979. Er übersetzt so: »Denn wie ein lebendes Wesen, wenn es das Augenlicht verloren hat, zu nichts mehr zu brauchen ist, so wird, wenn aus der Geschichtsschreibung die Wahrheit hinweggenommen wird, das, was dann noch von ihr übrigbleibt, ein unnützes Gerede«. Konrat Ziegler in der RE = Pauly-Wissowa, *Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft,* XXI (1952) Sp. 1506: »Nimmt man aus ihr (der Geschichtsschreibung) die Wahrheit, heißt es I 14,6, so ist das, was von ihr bleibt, eine nutzlose Erzählung (anopheles diegema), so wie ein Lebewesen, dem man die Augen nimmt, zu nichts mehr nütze ist«. W. R. Paton, *Polybius. The Histories,* Volume I (Cambridge/Mass., London 1922 = The Loeb Classical Library). S. 35/37: »For just as a living creature which has lost its eyesight is wholly incapacitated, so if History is stripped of her truth all that is left is but an idle tale«.
8. III 6–8. »Careful to observe throughout the proportion and the continuity of things, he composed his systematic history (pragmateia) to be at once›catholic‹ (kath' houlon) in its relation to the general history of the world, and ›pragmatic‹ or ›apodeictic‹ in its conscious demonstration of the principle of cause and effect« (Paton, aaO. (Anm. 7), S. XI.)
9. Drexler, aaO. (Anm. 7), S. 795.
10. K. Ziegler, aaO. (Anm. 7). Vgl. auch Polybios XXIX 12, 9/12; Drexler, aaO. (Anm. 7), S. 1396 s. v. »Irrtum verzeihlich«.
11. XIII 5, Drexler, aaO. (Anm. 7), S. 834, vgl. dort S. 1395/1398 s.v. Wahrheit. Vgl. das lateinische Sprichwort ›Veritas vincit‹, »die Wahrheit siegt«.
12. Dr. Becher zitiert das gerne und zu Recht in seinen Reden.
13. Akademie Mainz, *Abh. d. Kl. d. Lit.,* Jg. 1993, Nr. 1, S. 5.
14. *RE,* aaO., Sp. 1502.
15. Vgl. K. Ziegler, *RE,* aaO. (Anm. 7), Sp. 1505.
16. Theresia von Avila.

17. Prof. Schoeps und ich hatten einen gemeinsamen Freund, den jüdischen Berliner Richter Reinhold Regensburger, vgl. G. Pfohl, »Enzyklopädie des menschlichen Geistes: Zum Tode von Reinhold Regensburger«, in *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte,* hrsg. von H. J. Schoeps, 25, 1973 S. 348/350; R. Regensburger, *Kleiner Liebesbrief an das große Berlin,* Stuttgart 1967; ders. »Was ich dem deutschen Gymnasium verdanke«, in *Jahresbericht des Neuen Gymnasiums Nürnberg,* 1968/69.

18. Vgl. Franz Hampls Nachruf auf H. Berve im *Gnomon,* 51, 1979 S. 413/415; Hermann Bengtsons Nachruf im *Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften,* 1979.

19. B. Spinoza, *Tractatus politicus,* 1,4.

20. Klaus Meister, *Die griechische Geschichtsschreibung von den Anfängen bis zum Ende des Hellenismus,* Stuttgart 1990. Rezensiert von J. M. Alonso-Núñez, in *Classical Review,* 41, 1991, S. 497.

21. K. Ziegler, *RE,* aaO. (Anm. 7), Sp. 1522 f., 1503. Bei Thukydides »steht Wahrheit gegen Unwissen und Irrtum der dumpfen, kritiklosen Menge« (Georg Peter Landmann, *Thukydides,* München 1993 = Sammlung Tusculum, S. 1260) .

22. Albin Lesky, Geschichte der griechischen Literatur, Bern [3]1971. S. 534. Genauer: agonales Prunkstück für den gegenwartshörigen Zuhörer.

23. Ebenda, S. 535.

24. Ebenda, S. 532.

25. Ebenda, S. 536.

26. Ebenda, S. 517. Wahrscheinlichkeitsschlüsse (›eikazein‹ »vergleichen«), welche »die Sophistik in enger Verbindung mit der Praxis der Gerichte zu bedeutender Höhe ausgebildet hatte« (ebenda, S. 517 u. 533). Zum historischen Vergleich jetzt Konrad Repgen, »Unpräzises von Frau Süßmuth«, in *FAZ* vom 18. November 1993, S. 10.

27. Zu Porphyrios als Autor vgl. Rudolf Pfeiffer, Geschichte der klassischen Philologie, München [2]1978, S. 276. Überliefert auch ›autos heauton ta polla Homeros exegeitai‹. Zu Selbstinterpretationen bei Homer, Homer als sein eigener Interpret: »Er hat seine eigene kraftvolle Sprache nicht nur geschaffen, sondern sie auch immer wieder im Verlauf seines Gedichtes selbst ›interpretiert‹.« (Ebenda, S. 18 f.)

28. Vgl. Luciano Canfora, *Politische Philologie. Altertumswissenschaften und moderne Staatsideologien,* Stuttgart 1993.

29. Phoenissae 469: Haplous ho mythos tes aletheias ephy (aei). Veritatis simplex oratio est (Seneca, *Epistulae morales,* 49,12). Veritas sermo est simplex. Vgl. beim Historiker Ammianus Marcellinus XIV 10,13: Veritatis enim absoluta semper ratio est simplex.– Zur Topik: Vitam impendere vero (Iuvenal, *Satiren* IX 91), »das Leben der Wahrheit weihen (für die Wahrheit einsetzen)«. Nuda veritas »nackte Wahrheit« (Horaz, *Carmina* I 24,7). Patet omnibus veritas »die Wahrheit ist für alle offen« (Seneca, *Epistulae morales* 33,11). Amicus Plato, sed magis amica veritas. »Plato ist mir lieb, aber noch lieber ist mir die Wahrheit« (Aristoteles, *Ethica Nicomachea* 1,4 1096a 16). Obsequium amicos, veritas odium parit. »Willfährigkeit schafft Freunde, Wahrheit Haß« (Terenz, *Andria* 68). Veritas obscurari nonnumquam potest, exstingui nunquam. »Die Wahrheit kann bisweilen verschleiert werden, ausgelöscht niemals« (Livius).

30. Reinhard Raffalt, *Concerto Romano,* München [10]1977, S. 164 f. u. 326/329.

31. *Die Zukunft gehört der Freiheit,* Reinbek bei Hamburg 1991, S. 49.

32. »Mut zur Geschichte«, aaO. (Anm. 2), S. 7.

33. Veröffentlichungen der Universität Innsbruck, 71, Innsbrucker Universitätsreden, VI, Innsbruck 1972.

34. Freiburg i. Br. 1993.

35. *Mitteilungsblatt der Priesterbruderschaft St. Pius X. für den deutschen Sprachraum,* Nr. 182, Feber 1994, S. 21/25.

36. Von der Wahrheit (s. Anm. 13), S. 13. Zum Problem von Wahrheit und Unwahrheit weiß Schewardnadse Wertvolles beizutragen: S. 307, 320, 341 u. 344); er zitiert auch »Plato ist mein Freund, doch die Wahrheit ist mir teurer«.

37. Erec Robertson Dodds, *Die Griechen und das Irrationale*, Darmstadt 1970, S. 29 f.; Martin Heidegger, *Über den Humanismus*, Frankfurt/M. [8]1981, S. 44/47.

38. Thema des Karl Engisch für seinen Vortrag beim 491. Stiftungsfest der Ludwig Maximilians Universität München am 6. Juli 1963 (Münchener Universitätsreden, Neue Folge, Heft 35). Vgl. Bernd Rüthers (Rechtsgelehrter der Universität Konstanz), »Akrobatik des Deutens. Schwierigkeiten mit der ›juristischen Zeitgeschichte‹«, in *FAZ*, 26. Jänner 1994, S. 5. Jetzt Klaus Detlev Godau-Schüttge, *Ich habe nur dem Recht gedient. Die »Renazifizierung« der schleswig-holsteinischen Justiz nach 1945*, Baden-Baden 1993.

39. Knut Hamsun, *Vom Geistesleben des modernen Amerika.*

40. Überlieferung auch so: Res tantum cognoscitur, quantum diligitur. »Der Mensch erkennt nur das, was er erkennen will. Es ist vergebliche Mühe, Menschen etwas verständlich zu machen, was sie gar nicht erkennen wollen« (*Land an der Miesa*, Jänner 1994 S. 27).

41. Aber in der Gegenwart vollzieht sich guter Wandel: »Während sich die Physik bislang mit reproduzierbaren Phänomenen auf der Ebene allgemeiner Naturgesetze beschäftigt habe, gerate im Rahmen der Evolutionsbiologie das unumkehrbare Historische und Individuelle – bislang das Gebiet der Geisteswissenschaften – in ihren Blick. Das Verbindende beider Disziplinen seien die Strukturwissenschaften wie die Informatik oder die Spieltheorie« (Edgar Lüscher, Rolf Günther, Bernd-Olaf Küppers zitiert von Stephan Wehowsky in der *Süddeutschen Zeitung* vom 3. Feber 1987: »Querdenker oder Jasager? Zu einer Tagung in Tutzing: Der Ruf nach den Geisteswissenschaften«).

42. Ernst Grumach, *Goethe im Gespräch*, Hamburg 1960, S. 114.

43. *Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften*, 1979.

44. *Akademierede am 3. Dezember 1966*, München 1967, S. 19.

45. Reinbek bei Hamburg 1991.

46. *Ein Querkopf braucht kein Alibi. Szenen der Geschichte*, Frankfurt/M.–Berlin 1991, S. 393 f.

47. *FAZ* vom 10. Feber 1994, S. 15: »Nach Auschwitz hat man keine Angst mehr. Gepräch mit dem Schriftsteller Gerhard L. Durlacher, der als Kind den Holocaust überlebt hat«.

48. 480-415 v. Chr. Frg. 4 Diels.

49. 6./5. Jh. v. Chr. Diels I, S. 214.

50. Landmann, *Thukydides*, aaO. (s. Anm. 21), S. 1258.

51. Wickert, *Von der Wahrheit*, aaO. (Anm. 13), S. 13. Das hatte bereits Polybios in der Nachfolge des Thukydides erkannt (vgl. K. Ziegler, *RE* (aaO., Anm. 7), Sp. 1508/1510.

52. Gehalten Ende August 1976 in Cherry Hill bei Philadelphia vor einem internationalen Deutschlehrerpublikum, das die American Association of Teachers of German eingeladen hatte. Abgedruckt an verschiedenen Orten: *The German Quarterly* Vol. 49, November 1976, S. 425/437; *FAZ* vom 25. September 1976.

53. Hoimar v. Ditfurth, in *Der Spiegel*, Nr. 51, 20. Dezember 1982; Popper, *Logik der Forschung*, Tübingen [8]1984, S. 47 ff.; ders., *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, 2 Bde., München [6]1980. Vgl. Gerard Radnitzky, *Die falsifikationistische Methodologie und ihre Ökologie* (Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften, Geistesw. Kl., Sb. Jg. 1988, H. 7). Von dem Unfug, den man mit Soziologie anrichten kann, will ich erst gar nicht reden. Sie kann u. a. auch »die wissenschaftliche Hausreligion des Marxismus« sein (Georg Franz-Willing). »Soziologie is de Wissenschaft wo ma selwa nix tuat, damit ma de andan erklärn ko, was s toa soin. Oda woaß da wer was andas? Oiso-!« (Kurt Wilhelm, *damits ein echter Bayer wird*, S. 152).

54. Heinrich Wölfflin: »Wenn man anders sieht, so sieht man anderes«.

55. Kurt Tucholskys Gedicht ›Parc Monceau‹: »Hier ist es hübsch. Hier kann ich ruhig träumen. / Hier bin ich Mensch und nicht nur Zivilist. / (. .) Es prüfen vier Amerikanerinnen, / ob Cook auch recht hat und hier Bäume stehn. / Paris von außen und Paris von innen: / sie sehen nichts und müssen alles sehn«.

56. Wickert, aaO., S. 14. Auf S. 18 zitiert er des Aristoteles *Poetik* (1451 a 21): »Die Dichtung ist philosophischer und bedeutender als die Geschichtsschreibung«; den Eindruck habe ich auch. Vgl. Ernst v. Salomons Sicht: »Die Wirklichkeit verhält sich zur Wahrheit wie die Lüge zum Märchen« (in *Der Fragebogen*, S. 577). Ähnlich Muriel Spark, *Die Äbtissin von Crewe*, 2 1977, S. 102 f.

57. Jeder politische Vertrag wird mit der Einschränkung einer ›clausula rebus sic stantibus‹ geschlossen.

58. Wie kann man sich über unsere Dogmen lustig machen, obgleich diese nicht von dieser Welt sind. Solche Leute sind dann selbst dogmenstiftend in der Einbildung, daß ihre Sicht der Momentaufnahmen und der Blitzlichter Offenbarungswert hat.

59. In *Der Kinderarzt*,17, 1986, S. 1231/1234.

60. Reinhard Lullies, in R. Lullies, Wolfgang Schiering, *Archäologenbildnisse*, Mainz 1988, S. 47 f.

61. *Römische Forschungen* II 25.

62. Arno Plack, *Hitlers langer Schatten*, München 1993, S. 308.

63. S. 30: »(. .) weil auch ich – wie meine ganze Generation – an etwas geglaubt habe, weil wir uns verirrten und schließlich, immer der Wahrheit auf der Spur, keinen einfachen Weg zurückgelegt haben«. S. 58: »Das versetzte meinem Glauben einen schweren Schlag. Es war furchtbar, zu erkennen, daß man den falschen Gott angebetet hatte, daß man betrogen worden war«. Vgl. Ute Stempel, »Die Heimat sind die Wörter. Jorge Semprún zum 70. Geburtstag«, in *Süddeutsche Zeitung*, 10. Dezember 1993; sie zitiert den Renegaten Semprún: »Ich mauere mein Gedächtnis nicht zu. Ich war ein stalinistischer Intellektueller«.

64. Goethe, *Gedichte* (Epigrammatisch: Das Beste).

65. Goethe, *Maximen und Reflexionen*, 79.

66. *Jahre der Okkupation.*

67. G. Pfohl, »Discretio«, in *Alt und Jung, Metten*, 55, 1988. S. 1/5.

68. »Mut zur Geschichte – Mut zur Wahrheit«, aaO., S. 21; *Mut zur Geschichte*, S. 297.

69. Duden 11: *Redewendungen und sprichwörtliche Redensarten. Wörterbuch der deutschen Idiomatik*, Mannheim 1992, S. 408.

70. Griechisch pan = alles, rhema = das Wort, rhesis = das Reden, die Rede.

71. Der Dirigent George Szell klopfte während einer Händelfeier in England ab und wandte sich an das Publikum: »Meine Damen und Herren, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Händel dieses Werk für Streicher, Bläser und Sänger geschrieben hat, aber nicht für Huster, Nieser und Räusperer«. A. u. J. Buscha, *Sprachscherze*, Leipzig 1981, S. 74.

72. *Maximen und Reflexionen*, 517.

73. W. K. C. Guthrie, *Orpheus and Greek Religion. A Study of the Orphic Movement*, Princeton 1993. Otto Schönberger, »Orpheus in Florenz. Zeitgenössische Bilder zur ›Favola d'Orfeo‹ des Angelo Poliziano«, in *Ut poesis pictura*, Bamberg 1993, S. 87/93).

74. Am 6. Feber 1770 an A. M. le Riche.

75. Rosa Luxemburg, *Die russische Revolution*, 1922. Vgl. *Bayernkurier*, 15. Jänner 1994, S. 2; *FAZ*, 25. Jänner 1994, S. 8.

76. Schewardnadse, aaO., S. 35.

77. *Man kann nicht ruhig darüber reden. Umkreisung eines fatalen Themas*, Graz 2 1986.

78. So was war schon dem Wienerlied vertraut: »Wenn dich die Menschen auch kränken, weine nicht. Alles kannst du dir denken, sagen nicht.« (Leo Parthé, *Die schönsten und bekanntesten Wienerlieder*, Wien o. J., S. 226)

79. Sizilianisches Sprichwort. Cu è surdu, orbu e taci, campa cent' anni'mpaci.

80. Theodor Storm, ›Meeresstrand‹.

81. Johann Sofer, »Bemerkungen zur Geschichte des Begriffes ›Welttheater‹«, in *Maske und Kothurn*, 2, 1956, S. 256/268. Ernst Heitsch, *Die Welt als Schauspiel* (Akademie Mainz, Abh. d. Geistes- und Sozialw. Kl., Jg. 1993, Nr. 10).

82. Batrachomyomachie, griechisches parodistisches Kleinepos, nach dem 6./5. Jh., wohl erst hellenistisch. H. Wölke, *Untersuchungen zur Batrachomyomachie*, 1978.
83. *Unsere gestohlene Geschichte*, aaO., S. 1 f. u. 5.
84. Im Mündungsgebiet des Bug und des Dnjepr.
85. Joachim Kaiser, *Wie ich sie sah*, München 1985, S. 9.
86. *FAZ*, 26. Jänner 1994, S. 8.
87. Er hat im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst die Fachaufsicht Deutsch, Geschichte, Erdkunde.
88. In *Schulreport*, April 1992, S. 6/8.
89. Überschrift eines Artikels von Alfred Schickel in der *Sudetendeutschen Zeitung* vom 7. Jänner 1994, S. 2; der Untertitel ist »Akten des geheimen britischen Nachrichtendienstes offenbaren erfolgreiche Lügenfabrik«. Vgl. auch Walter Becher: *Sudetendeutsche Zeitung* vom 21. Jänner 1994, S. 1.
90. Mitherausgeber der amtlichen Reihe *Akten und Dokumente des Heiligen Stuhles zum Zweiten Weltkrieg*. Nach Schickel: a.a.O.
91. ›Hemera‹ der Tag, ›ephemeros‹ für einen Tag, nur einen Tag dauernd.
92. *Wege und Formen frühgriechischen Denkens*, München 1968, S. 23/39.
93. Plack, aaO. (Anm. 62), S. 305. In der Anmerkung 38 auf Seite 403 zitiert er Lockes Originalstelle: »the business of law is not to provide for the truth of opinions, but for the safety and security of the commonwealth, and of every particular man's goods and person«.
94. *RE*, aaO. (Anm. 7), XX Sp. 1221/1232.
95. Diwald, *Unsere gestohlene Geschichte*, aaO., S. 14. Nachzudenken aber haben wir über Henry Dekus Aufsatz »Selbstbestrafung. Marginalien zu einem sehr alten, aber noch nicht ganz lexikonreifen Begriff«, in *Archiv für Begriffsgeschichte*, 21, 1977, S. 42/58)
96. 1950 verkündete Pius XII. das Dogma von der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel: »Nachdem wir nun lange und inständig zu Gott gefleht und den Geist der Wahrheit angerufen haben, verkündigen, erklären und definieren wir zur Verherrlichung des allmächtigen Gottes (. .)«.
97. Ethel Leonore Behrendt, *Gott im Grundgesetz*, München 1980.
98. *Unsere gestohlene Geschichte*, aaO., S. 7.
99. *FAZ* vom 19. Juni 1993.
100. *Mut zur Geschichte*, aaO., S. 272.

(Schreibweise und Zeichensetzung dieses Beitrags nach ausdrücklichem Wunsch des Verfassers)

Rolf Kosiek

# Zum Wert der Geschichte

## *1. Die Bewertung der Geschichte in der Vergangenheit*

In früheren Zeiten war es eine Selbstverständlichkeit, daß ein politisch urteilender oder handelnder Mensch gute Geschichtskenntnisse aufweisen mußte. Geschichte des eigenen Volkes wie die seiner Nachbarn war ein wichtiges Ausbildungsfach für Staatsmänner und Diplomaten. Dichter und Denker unterstreichen die Bedeutung der Geschichte für Staats- und Volksbewußtsein. Für die Nation als die zu politischem Willen erwachte Kulturgemeinschaft war und ist die Geschichte neben der Sprache die wichtigste geistige Grundlage und Klammer. Goethes weises Wort, daß man sich von 3000 Jahren mindestens Rechenschaft geben müsse, drückt das deutlich aus. Friedrich Schiller befaßte sich ausführlich mit Geschichtsstudien und urteilte: »Fruchtbar und weit umfassend ist das Gebiet der Geschichte; in ihrem Kreis liegt die ganze moralische Welt... Selbst in den alltäglichsten Verrichtungen des bürgerlichen Lebens können wir es nicht vermeiden, die Schuldner vergangener Jahrhunderte zu werden... Aus der Geschichte erst werden sie lernen, einen Wert auf die Güter zu legen, denen Gewohnheit und unangefochtener Besitz so gerne unsere Dankbarkeit rauben: kostbare Güter, an denen das Blut der Besten und Edelsten klebt, die durch die schwere Arbeit so vieler Generationen haben errungen werden müssen.«

Vor einem halben Jahrhundert erklärte der Philosoph Helmuth Plessner: »Es ist Gesetz, daß im letzten die Menschen nicht wissen, was sie tun, sondern es erst durch die Geschichte erfahren«[1], und der Göttinger Historiker Alfred Heuß hob die Richtigkeit dieser Aussage neuerdings noch einmal hervor[2].

»Vom Nutzen der Geschichte für die deutsche Gegenwart« wählte der Berliner Geschichtswissenschaftler Hagen Schulze als Untertitel seines Buches *Wir sind, was wir geworden sind*[3] und legte darin vor allem im ersten Kapitel die Bedeutung der Kenntnis von der Vergangenheit sowohl für den Einzelnen wie für das Volk dar. Denn mit der Geschichte »sagen wir nicht nur, wer jemand ist, sondern erklären zugleich, warum er so und nicht anders ist. Wenn wir uns

unsere Geschichte als deutsche Nation vergegenwärtigen, wissen wir also, wer wir heute sind und was im einzelnen der Grund dafür ist, daß wir so und nicht anders sind. Und dieses Wissen hat in vieler Hinsicht erhebliche praktische Bedeutung«.[4] Jeder Versuch, aus der Geschichte auszusteigen oder ganz neu anzufangen, »scheitert mit Notwendigkeit... Niemand kann anfangen, sondern nur anknüpfen – was heißt, daß diejenigen, die glauben, völlig Neues zu tun, buchstäblich nicht wissen können, was sie tun«.[5]

Zum richtigen Verstehen der Geschichte und zum Erkennen ihrer großen Linien gehört ausführliche Beschäftigung mit ihren Tatsachen, aber auch wesentlich eigene Lebenserfahrung. Geschichte ist mehr als ein Wissen von Daten. Bedeutende Zusammenhänge und tiefgründig wirkende Kräfte in ihr erschließen sich erst nach gehörigem Nachdenken und Durcharbeiten. Ein richtiges und umfassendes Geschichtsbild bildet sich somit erst im Laufe von vielen Jahren heraus, wenn die eigenen Lebenserfahrungen sich mit dem Überlieferten verbinden. Das ist sicher mit einer der Gründe dafür, daß es in den meisten alten Kulturen eine Art ›Rat der Weisen‹, der Alten, gab; darum durfte in Rom niemand unter 40 Jahren Konsul werden; darum schreiben viele heutige Verfassungen zwingend vor, daß ein Staatsoberhaupt mindestens 40 Jahre alt sein muß. Nicht von ungefähr lag das Durchschnittsalter der führenden und sehr lange Zeit erfolgreichen sowjetischen Politiker über 60 Jahre. Deshalb war die Herabsetzung des Wahlalters in Westdeutschland vor einigen Jahrzehnten auch nicht sinnvoll.

### 2. *Moderne Wissenschaften zur Bedeutung der Geschichte*

In wachsendem Maße haben die Ergebnisse der Naturwissenschaften auch auf die Geisteswissenschaften eingewirkt. Auch sie liefern heute Begründungen und ein vertieftes Verständnis für kulturelle Fragen. Kein geringerer als der Nobelpreisträger Konrad Lorenz bekannte sich zu der Auffassung, »daß menschliche Kultur und menschlicher Geist mit Fragestellung und Methodik der Naturwissenschaften untersucht werden können – und müssen«.[6] So liefern die modernen Naturwissenschaften auch wertvolle Beiträge für ein zeitgemäßes Verständnis der Bedeutung der Geschichte.

Die noch junge, aber schon mit großen Erfolgen verbundene Verhaltensforschung hat den Menschen als »historisches Wesen« erkannt[7]. Sein ganzes Verhalten, seine bewußten und unbewußten Handlungen sind ohne die Kenntnis ihrer geschichtlichen Entwicklung nicht zu begreifen. Der Mensch ist ohne seine Geschichte nicht zu verstehen, und er kann auch seine kennzeichnend menschliche Aufgabe, Kulturträger zu sein, ohne Geschichtskenntnisse und Geschichtsbewußtsein gar nicht erfüllen. Kulturen beruhen auf den geistigen Leistungen vieler Generationen. Deshalb ist der Traditionsverlust, das Abreißenlassen der geistigen Bindungen zur Vergangenheit, für Lorenz eine der »acht Todsünden der zivilisierten Menschheit«.[8] Wenn eine Genera-

tion ihrer Aufgabe und Verpflichtung nicht nachkommt, die Traditionen ihrer Vorfahren zu erhalten und weiterzuentwickeln, muß die Gesellschaft praktisch wieder bei der Steinzeit anfangen. Andere moderne Anthropologen, vor allem Arnold Gehlen, weisen auf die Bedeutung der Institutionen hin, die auch nur aus ihrem geschichtlichen Wachstum und ihren geschichtlichen Hintergründen zu verstehen sind. Geschichtsloser Kritizismus kann ihren Wert nicht erkennen und bewirkt ihre Zerstörung, wie es die letzten Jahrzehnte in erschreckender Weise zeigen. In Gehlens Werk *Moral und Hypermoral* finden sich sarkastisch angeführte Beispiele dieser sogenannten fortschrittlichen Haltung, die Kultur und Leben eines Volkes zerstört[9]. Zur Methode der Geschichtszerstörung urteilt Lorenz sehr treffend: »Zu den wichtigsten Methoden der wahrhaft diabolischen ›Gehirnwäsche‹ gehört es, den Opfern diese Sicherheit [aus der Tradition, R. K.] zu rauben, indem man ihnen alles zweifelhaft macht, was sie sicher zu wissen glauben.«[10]

In der modernen Biologie spielt der Entwicklungsgedanke, die Evolutionstheorie, und damit eine geschichtliche Dimension, eine wichtige Rolle. Alle biologischen Formen und Systeme bis hin zu den großen Ökosystemen unter Einbezug des Menschen sind nur aus ihrer geschichtlichen Entwicklung verständlich. Die Möglichkeiten sinnvoller Einflußnahme sind durch die in ihnen angelegten Anpassungsfähigkeiten beschränkt, die wieder nur aus der ganzen vorherigen Entwicklung erkennbar und ableitbar sind. Die ganze Anatomie im Pflanzen- und Tierbereich, alle sinnvollen Klassifikationen im Bereich des Lebendigen sind geschichtlich begründet. Ein moderner Biologe kommt ohne die Geschichte einfach nicht mehr aus. Und da der Mensch auch ein Teil dieser Natur ist, gilt dasselbe für ihn.

Die in den letzten Jahrzehnten sich fachübergreifend entwickelnde Systemtheorie (Kybernetik) hat als einen ihrer wesentlichen Grundsätze erkannt, daß kein System allein aus der Kenntnis der Gegenwartsbedingungen heraus richtig beschrieben und in seinem Zukunftsschicksal vorherbestimmt werden kann. Die Kenntnis der Vergangenheit des Systems ist dazu unbedingt nötig. Geschichtskenntnisse sind daher systemtheoretisch eine unverzichtbare Informationsquelle, insbesondere auch für soziale menschliche Gruppen bilden sie die Voraussetzung einigermaßen vollständiger Beurteilung. Ohne Geschichtskenntnisse fehlt eine Erkenntnisebene für die vielfältig vernetzten Systeme menschlicher Wechselwirkung in Gemeinschaften.

Selbst die moderne Physik kann Beiträge zu unserem Thema liefern. In einem Vortrag über »Die Physik im Kampf um die Weltanschauung« erklärte Max Planck, als Begründer der Quantentheorie einer der Geistesheroen unseres Jahrhunderts: »Denn jeder Einzelne gehört zunächst einer Gemeinschaft an, seiner Familie, seiner Sippe und seinem Volke, einer Gemeinschaft, der er sich ein- und unterordnen muß und von der er sich niemals ungestraft loslösen kann. Daher ist auch jede Wissenschaft, ebenso wie jede Kunst und jede Religion, auf nationalem Boden erwachsen. Daß man dies eine Zeitlang

vergessen konnte, hat sich an unserem Volke bitter genug gerächt.«[11] Und der Physiker-Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker stellte vor einiger Zeit, auf die Gefahr der heute drohenden Bewußtseinsverengung hinweisend, bei einer Diskussion fest: »Nicht eine glücksorientierte, nur eine wahrheitsorientierte Gesellschaft kann existieren.«[12] Ohne Geschichte gibt es aber keine Wahrheit. Die heute sich noch stolz fortschrittlich nennenden Geschichtsverächter sind daher nicht nur nicht modern, sondern ausgesprochen rückständig. Sie stehen nicht nur nicht auf der Höhe unserer Zeit, sondern noch auf der längst überholten Stufe des vorigen Jahrhunderts und huldigen der heute als falsch erwiesenen Auffassung der damaligen Physik, daß alles ohne Kenntnis der Vergangenheit aus den Gegenwartsbedingungen für die Zukunft berechenbar sei.

Daß moderne Historiker die Bedeutung der Geschichte zur Bewältigung unserer gegenwärtigen Krise hervorheben, ist nicht sehr verwunderlich, doch als Bestätigung zu erwähnen. So schreibt der Bonner F. Wagner: »Die moderne Krise des Menschen kann nur gesamthistorisch geklärt und beurteilt werden, d. h. durch Erschließung aller historischen Quellen seiner Geschicke und seiner Geschichte, seines Wesens und seines Unwesens, seiner Größe und seines Verfalls.«[13]

### *3. Der Wert der Geschichte für ein besiegtes Volk*

Sind Geschichtskenntnisse und Geschichtsbewußtsein im Grunde für jedes Volk und jeden Staat schon wichtig, so sind sie besonders unverzichtbar für ein besiegtes Volk, das eine neue geistige Grundlage sucht. Die Völkerbiologie weist darauf hin, daß verlorene Kriege nicht nur wegen ihrer Verluste an Menschen und Gütern schwer wiegen, sondern daß gerade moderne Kriege in erster Linie soziale und geistige Auseinandersetzungen sind, bei denen es entscheidend darauf ankommt, ob der Besiegte seine geistige Haltung, sein Selbstbewußtsein, seine Tradition und Sprache, kurz seine Identität sich erhält[14]. Wenn in der Geschichte Völker starben und langsam verschwanden, lag es meist daran, daß sie sich geistig aufgaben und die Art des Siegers, seine Kultur und Sprache, seine Weltsicht, annahmen und sich dann mit ihm vermischten. Die Völkerbiologie spricht von einem psychogenen Völkertod[15].

Diese Gefahr ist noch größer geworden, seitdem systematisch und wissenschaftlich untermauert die psychologische Kriegführung sich in unserem Jahrhundert ausgebreitet hat und nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber Deutschland nicht etwa aufhörte, sondern, wie es der große Jurist Friedrich Grimm erschreckend schilderte[16], nach Kriegsende erst richtig anfing. In dieser Umerziehung spielte die Zerstörung des Geschichtsbewußtseins eine wichtige Rolle, und es ist deswegen um so mehr zu bedauern, daß auch deutsche Politiker sich voll in diesen Dienst stellten.

Schon 1919 hatte man versucht, eine Geschichtslüge im Versailler Diktat

durchzusetzen: Deutschland mußte unter dem Druck der andauernden Hungerblockade in dem berüchtigten Artikel 231 die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg anerkennen und die Auslieferung Hunderter von sogenannten Kriegsverbrechern, darunter Kaiser Wilhelm II. und viele Heerführer und U-Boot-Kapitäne, unterschreiben. Doch nach dem Ersten Weltkrieg erreichten die Sieger ihr Ziel nicht. Denn die Reichsregierung gab einer unabhängigen Kommission den Auftrag, die Ursachen und die Schuldfrage des Krieges zu ergründen, und bald zeigte sich dann, daß die Behauptung der deutschen Allein- oder Hauptschuld eine Propagandalüge der Sieger gegenüber dem wehrlosen Deutschland war. Hollands standhafte Haltung verhinderte die Auslieferung des Kaisers, und der passive Widerstand deutscher Stellen ließ es nicht zu Kriegsverbrecherprozessen vor alliierten Gerichten nach dem Ersten Weltkrieg kommen.

Daß diese Methode der geistigen Vernichtung des Unterlegenen auch schon früher von Liberalen mit Erfolg angewandt wurde, zeigte unter anderen Joachim Fernau bei der Schilderung des amerikanischen Bürgerkrieges in seinem großartigen Buch *Halleluja*[17].

Der Ausstieg aus der Geschichte ist für das besiegte Deutschland auch aus anderen Gründen völlig sinnlos und widernatürlich. Einmal können gerade die Deutschen auf eine lange und reiche Geschichte zurückblicken. Fast ein Jahrtausend war das deutsche Kaiserreich eine prägende Kraft für ganz Europa und ein Ordnungsmoment für das ganze Abendland. Deutsche Denker, Dichter und Wissenschaftler haben zu allen Zeiten Wesentliches geschaffen, wovon auch andere Völker erheblichen Vorteil hatten. Dieser Anteil an der Entwicklung der Kulturvölker ist einfach nicht zu übersehen, sein Fehlen in der Zukunft würde eine schmerzliche Lücke aufreißen. Eine derartige Geschichte vergißt man einfach nicht, einer derartigen Verpflichtung entzieht man sich nicht.

Seit den Zeiten der alten Griechen hat es keine derartige Blüte der Geschichtsschreibung in irgendeinem Land gegeben wie im Deutschland des vorigen Jahrhunderts. Namen wie Treitschke, Ranke, Droysen, Mommsen sind Zeugen einer Klassik von Historikern, die wir heute schmerzlich unter den Lebenden vermissen, weil sich die heutige Geschichtswissenschaft fast durchweg ängstlich auf nichttabuisierte Spezialthemen beschränkt. Hellmut Diwald war hier die große Ausnahme unter den Hochschulhistorikern.

Das besondere Verhältnis der Deutschen zur Geschichte und Geschichtsschreibung ist wohl eine Eigenart ihrer germanischen Herkunft: die Suche nach der Wahrheit nach dem eigenen Ursprung, nach dem Erkennen der eigenen Eigenart im Vergangenen. Die Nähe zur Philosophie, auch weithin eine deutsche Hochburg im europäischen Konzert der Geister, ist sicher nicht zufällig, sondern hängt mit dieser Herkunft zusammen.

Wenn daher ein Volk mit solcher Tradition der Geschichte und Geschichtsschreibung und solcher Fähigkeit dazu sich dieser entledigt, kommt das einer

Selbstentmannung nahe und kann nur als Ausfluß einer Haltung verstanden werden, die dem Volke schaden will. Deutlich drückte das Friedrich Hebbel so aus: »Es gibt nur ein Sünde, die gegen die ganze Menschheit mit allen ihren Geschlechtern begangen werden kann: das ist die Verfälschung der Geschichte.« Das zu erkennen und die dahin wirkenden Kräfte zu entlarven, ist daher eine Aufgabe der Zeit.

Sodann kann gerade eine Geschichte wie die deutsche in Zeiten der Not und des Niederganges Kraft für einen neuen Aufstieg geben. Die nationale Erhebung 1813 wurde wesentlich mit gespeist von dem vaterländischen Geist der Romantik, die die deutsche Reichsgeschichte neu entdeckt hatte. Ohne diese geistige Erneuerung wäre es kaum zur Befreiung Deutschlands und Europas von der Herrschaft des Korsen durch das Volk gekommen. Das Nachfühlen der eigenen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen erweckt unwillkürlich und ganz natürlich den Stolz auf sein Volk, den jeder Bürger haben sollte. Auch darum ist die Geschichte, wie zu Beginn unseres Jahrhunderts Gustav Kossinna schon lehrte, »eine hervorragende nationale Wissenschaft«. In den dunklen Zeiten eines vielfach geteilten Volkes kann die Geschichte Hoffnung geben aus der Erkenntnis, daß es früher noch schlimmere Zeiten gegeben hat, etwa am Ende des Dreißigjährigen Krieges. Oft wurde das ›finis Germaniae‹, das Ende Deutschlands, vorausgesagt oder gar erwartet. Doch nie trat es ein. Nach tiefstem Sturz erstand meist in erstaunlich kurzer Zeit wieder eine neue kulturelle und auch staatliche Blüte, so daß manche großen Geister von einer besonderen Jugendlichkeit unseres Volkes gesprochen haben. So erklärte Gerhart Hauptmann 1932 an Bord der »Europa« bei seiner Überfahrt nach den USA: »Deutschland ist jung, wenn es sich für jung erklärt. Ich glaube an Deutschlands ewige Jugend.« Manches deutet darauf hin, daß auch heute in Deutschland Neues sich ankündigt und die Welt wieder einmal hierher blickt und von hier die rettenden Ideen erwartet, nachdem andere Völker die Welt an den Rand des Untergangs gebracht haben.

Nach 1945 übten die Deutschen weitgehend den Austritt aus der Geschichte[18]. Das Jahr 1945 wurde als das Jahr Null betrachtet, das Vorhergehende wurde verdrängt, danach einseitig bewältigt. Man glaubte lange, durch reinen Pragmatismus aus der Gegenwart allein die Zukunft gestalten zu können, was nun einmal nicht geht.

Gefördert wurde diese Haltung dadurch, daß die Vernachlässigung und Verdrängung der Geschichte ein wichtiges Ziel der Umerzieher war. Sie wußten, daß die Zerstörung und Herabsetzung der Geschichte den geistigen Bestand eines Volkes im Kern trifft, besonders eines so moralisch empfindenden Volkes wie des deutschen, und das war gerade ihr Wollen. Deutsche Geschichte wurde so zu einer Folge von Verbrechenstaten, von Hermann-Armin dem Cherusker über Friedrich den Großen und Bismarck bis zum sogenannten größten Verbrecher unseres Jahrhunderts. Zutreffend beurteilt der Historiker Hellmut Diwald diese Methode: »Wer die Geschichte eines

Volkes kriminalisiert, macht es krank.«[19] Ähnliches schrieb vor 170 Jahren Turnvater Jahn: »Ohne die Geschichte des Vaterlandes, ohne die Kenntnis seiner Vorteile kann der Bürger sein Vaterland nicht lieben; ohne die Tugenden seiner Väter zu wissen, kann er ihnen nicht nacheifern; kurz, ohne die Kenntnis der vaterländischen Geschichte ist der Bürger ein Spielball in der Hand eines schlauen Betrügers.«[20] Leider haben sehr viele Westdeutsche, vor allem Jugendliche, in den letzten Jahrzehnten dieses Schicksal erlitten.

Die Angst vor persönlichen Nachteilen ist auch ein wesentlicher Grund, warum im Nachkriegsdeutschland von den Historikern fast nur enge Spezialprobleme, meist mit soziologischem oder ökonomischem Hintergrund, behandelt wurden; große Würfe mit Wertungen, ganze Geschichtsbilder wurden in der Regel ängstlich vermieden, obwohl gerade das die Stärke und Tradition der großen deutschen Geschichtsschreibung war. Auch hierhin war Hellmut Diwald mit seiner *Geschichte der Deutschen* eine der seltenen Ausnahmen. Die ganze richtungslose Trostlosigkeit spiegelte sich auch auf den deutschen Historikertagen der letzten Jahrzehnte wider. Vor, bei und nach der Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland haben die deutschen Historiker ebenso beschämend versagt.

In den Schulen wurde der Geschichtsunterricht zusammengestrichen, umfunktioniert oder in ganz ›fortschrittlichen‹ SPD-Ländern fast völlig abgeschafft. Statt eines zusammenhängenden Überblickes von den Anfängen kultureller Entwicklung bis zur Gegenwart wurden im Geschichtsunterricht meist einige ›Konfliktsituationen‹ herausgegriffen und dann teilweise klassenkämpferisch in marxistischem Sinne gedeutet. Als Ergebnis ist die Tatsache festzuhalten, daß ein Historiker auf dem Hochschullehrertag 1979 erklärte, 18 von 20 Studienanfängern der Geschichte wüßten nicht, wer Napoleon sei.[21] Eine Kenntnis der deutschen Kaiser des Mittelalters und ihrer europäischen Ordnungsaufgabe darf man bei der jüngeren Generation überhaupt nicht mehr voraussetzen. Selbst ein betagter CDU-Landtagspräsident erklärte vor gut zwei Jahrzehnten ausgerechnet im Stauferland Baden-Württemberg, daß die Geschichte der Staufer uns nichts mehr zu sagen habe.

## *4. Rückbesinnung auf die Geschichte*

Doch trotz Umerziehung und behördlicher Verdrängung der Geschichte bricht sie seit einiger Zeit wieder durch. Diese Erscheinung bildet einen Teil der ›Tendenzwende‹ seit Mitte der siebziger Jahre. Zunächst wurde versucht, diese Haltung als Nostalgiewelle zu belächeln und verächtlich zu machen. Doch sie gründet tiefer. Als 1977 Hunderttausende zur Staufer-Ausstellung nach Stuttgart strömten, ähnlich 1978 zur Parler-Ausstellung nach Köln, da zeigte sich der Unterschied zwischen veröffentlichter und wirklich öffentlicher Meinung: Geschichte war plötzlich wieder ›in‹. Die Abstimmung mit den Füßen hatte jahrelange Manipulationsversuche vom Tisch gewischt. Eine

Umfrage von Professor Dr. Fippinger an der Pädagogischen Hochschule Rheinland-Pfalz ergab im Jahre 1977, daß 81% der Jugendlichen der Meinung waren, Geschichte sei zum Verständnis der Gegenwart notwendig. 93% hielten Geschichte für wichtig als Teil der Allgemeinbildung, obwohl Geschichte nur für 33% zu den Lieblingsfächern gehörte. Als Untersuchungsleiter zog Fippinger daraus die Folgerung: »Auch in unserer Zeit bleibt die zweifache Aufgabe der Geschichte, nämlich das Verständnis der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt und die Selbstauslegung des Menschen zu erarbeiten, ohne jede Einschränkung erhalten.« Und er schrieb warnend weiter: »Es bleibt festzustellen, daß das Geschichtsbild der jungen Generation in vielerlei Hinsicht Veränderungen zeigt, die für alle Verantwortlichen Signale zur Besinnung auf das existenziell notwendige Geschichtsbewußtsein eines Volkes sein sollten. Dies zu sehen und daraus die Konsequenzen zu ziehen, erscheint um so erforderlicher, als das Geschichtsbild der heutigen jungen Menschen, wie zu jeder Zeit, in hohem Maße mitgestaltet ist von uns allen, die wir deutsches Vaterland und deutsche Geschichte mitzutragen und mitzuverantworten haben.«[22]

Langsam erkennen nun auch die Politiker, daß das Blatt sich wendet, und versuchen jetzt im Gegensatz zu ihrer früheren Politik der Geschichtslosigkeit mit der neuen Richtung zu gehen und sie für sich in Anspruch zu nehmen. Mit guter Witterung für den Zeitgeist veranstaltete Ministerpräsident Filbinger 1977 die Stuttgarter Staufer-Ausstellung, wurde 1980 an die Wittelsbacher in Bayern erinnert, kam 1981 die Preußen-Ausstellung in Berlin, der sich in den folgenden Jahren weitere große Geschichtsausstellungen anschlossen, wurde dann an die Gründung repräsentativer Geschichtsmuseen gedacht. Es scheint so zu sein, daß das Geschichtsbewußtsein sich nicht mehr verdrängen läßt.

Aber eine Stärkung des Geschichtsbewußtseins allein genügt noch nicht, wenn es kein Volk gibt, auf das es sich beziehen kann. Darauf hat vor mehr als einem Jahrzehnt bereits Hans-Joachim Arndt warnend hingewiesen, als er im Schlußkapitel seines grundlegenden Werkes über die Nachkriegspolitologie in Westdeutschland zum Ruf nach »mehr Geschichtsbewußtsein« schrieb: »Aber wissen diese Rufer, daß solches Bewußtsein allein erwachsen kann auf der Grundlage geschehener und erzählter Ereignisse, die eine identisch bleibende Einheit, ein Kollektivsubjekt, betreffen – ja, daß dies Subjekt seine Identität überhaupt erst *aus* geschehener und erzählter Geschichte ableiten kann?«[23] Geschichte müsse »einigenden und damit identifizierenden Charakter« haben[24].

Die heute fast ausschließlich vorgenommene einseitige Schuldbekennung, vor allem des derzeitigen Bundespräsidenten, hat diesen Charakter nicht nur nicht, sondern bewirkt eher das genaue Gegenteil: eine weitere Auflösung und Zerstörung der noch vorhandenen Reste der Identität der Deutschen und damit auch des Volkes selbst. Statt der Brüche sollten mehr die Kontinuitäten und Gemeinsamkeiten betont werden, wie es vorbildlich für sein Volk der

polnische Papst Johannes Paul II. bei seiner dritten Polenreise im Juli 1987 vor aller Öffentlichkeit zeigte: »In keiner der 30 Ansprachen und Predigten dieser Woche fehlte das Wort ›Vaterland‹«[25], doch niemals erwähnte der Papst die polnische Schuld an der Vertreibung der Deutschen und am Landraub Ostdeutschlands. Wann spricht ein westdeutscher Politiker oder Zeitgeschichtler die völkische Not der Deutschen in Südtirol oder im Elsaß an?[26]

Im Historikerstreit nach 1986 ist mehrfach Anlaß dazu gegeben worden, Geschichte wieder in größerem Zusammenhang zu sehen und auch ihre Bedeutung für das geistige und kulturelle Überleben eines Volkes zu beachten. In den neueren Büchern von Stürmer[27], Nipperdey[28] oder Schulze[29] steht manches Richtige zu diesem Thema, vieles, was vor zwei Jahrzehnten kaum zu sagen gewagt wäre, obwohl es damals auch schon notwendig gewesen wäre, aber im Grunde noch viel zu wenig, um zur Normalität zurückzufinden.

Die Geschichte kennt keine völlig neuen Anfänge – wie auch kein Ende übrigens. Eine Stunde Null gibt es nie. Immer entwickelt sich Neues aus schon Vorhandenem, oft allerdings schneller als vorher erwartet und manchmal sprunghaft erscheinend wie bei dem Umbruch im Osten und der deutschen Teilwiedervereinigung. Alle Änderungen brauchen treibende Kräfte, und diese werden von der Vergangenheit getragen, auch wenn sie auf die Zukunft ausgerichtet sind. Von nichts kommt nichts her. Auch kleine Kräfte können große Wirkungen erzeugen, und immer noch und sicher auch auf die Dauer sind geistige Kräfte die ausdauernderen Gewalten.

Es scheint so, als ob nach Jahren des scheinbar vollkommenen Erfolges der Umerziehung ein natürliches Erwachen sich wieder Bahn bricht und damit sich auch das Geschichtsbewußtsein neu entfaltet. Das Fragen der Jugend nimmt glücklicherweise wieder zu. Diese Kraft gilt es für unser Volk und seine Zukunft zu nutzen. Goethe hatte erkannt: »Ein Volk, das seine Geschichte nicht ehrt, hat keine Zukunft!« Für den politisch Handelnden und für den sich um sein Volk Sorgenden erwächst daraus die Verpflichtung, das Geschichtsbewußtsein und die Geschichtskenntnisse für eine bessere Zukunft unseres Volkes nach Möglichkeit zu fördern und dahin zu wirken, daß der geschichtlichen Wahrheit möglichst nahegekommen wird.

*Anmerkungen*

1. Helmuth Plessner, *Die Stufen des Organischen und der Mensch*, 1928, S. 341.
2. Alfred Heuß, in Hans Georg Gadamer und Paul Vogler (Hg.), *Neue Anthropologie*, Bd. 4, Thieme Verlag, Stuttgart, S. 192.
3. Hagen Schulze, *Wir sind, was wir geworden sind*, Piper Verlag, München 1987.
4. Ebenda, S. 12.
5. Ebenda, S. 13.
6. Konrad Lorenz, *Die Rückseite des Spiegels*, Piper Verlag, München [3]1973, S. 30.
7. Irenäus Eibl-Eibesfeldt, *Der vorprogrammierte Mensch*, Molden Verlag, Wien–München–Zürich 1973.
8. Konrad Lorenz, *Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit*, Piper Verlag, München 1973.

9. Arnold Gehlen, *Moral und Hypermoral*, Athenäum-Verlag, Frankfurt/M.–Bonn 1969.
10. Konrad Lorenz, *Die Rückseite des Spiegels*, aaO., (Anm. 6), S. 269.
11. Max Planck, *Vorträge und Erinnerungen*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1973, S. 298.
12. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. 11. 1978.
13. F. Wagner, in Hans Georg Gadamer und Paul Vogler (Hg.), *Neue Anthropologie*, aaO.(Anm. 2), S. 220.
14. Ilse Schwidetzky, *Grundzüge der Völkerbiologie*, Enke-Verlag, Stuttgart 1950.
15. Ilse Schwidetzky, *Das Problem des Völkertodes*, Enke-Verlag, Stuttgart 1954.
16. Friedrich Grimm, *Mit offenem Visier*, Druffel-Verlag, Leoni 1961, S. 249.
17. Joachim Fernau, *Halleluja*, Herbig-Verlag, München 1977.
18. Alfred Heuß, *Verlust der Geschichte*, 1959.
19. *Die Welt*, Sonderdruck XII, 1978.
20. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. 5. 1979.
22. Zitiert von K. Rother in *Deutschland Journal*, Nr. 7, 1977.
23. Hans-Joachim Arndt, *Die Besiegten von 1945*, Duncker und Humblot, Berlin 1978, S. 423.
24. Ebenda.
25. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. 6. 1987.
26. Vgl. u. a. Rolf Kosiek, *Jenseits der Grenzen*, Grabert-Verlag, Tübingen [2]1987.
27. Michael Stürmer, *Dissonanzen des Fortschritts*, Piper Verlag, München 1986.
28. Thomas Nipperdey, *Nachdenken über die deutsche Geschichte*, Beck-Verlag, München 1986.
29. Hagen Schulze, *Wir sind, was wir geworden sind*, aaO. (Anm. 3).

Alfred Ardelt

# Der Sudetendeutsche Hellmut Diwald

Hellmut Diwald war Sudetendeutscher. Er war es bewußt, er bekannte sich dazu. In nahezu allen Publikationen, zumindest seit seinem bahnbrechenden Werk *Geschichte der Deutschen* (1978), wird dies deutlich. Er gehört gewiß dem ganzen deutschen Volk; es wäre vermessen, wollte ihn eine Volksgruppe für sich beanspruchen, seine Herkunft aber prägte sein Lebenswerk weitgehend. Er bezieht daraus seine gesamtdeutsche Sicht, die nie provinziell bundesrepublikanisch oder sonstwie ausgerichtet war. Er wurde auf diese Art auch anderen immer gerecht, vor allem den Tschechen. »Böhmisch übernationale Lebens-und Denkungsart« war ihm schon mit in die Wiege gelegt, schreibt Alfred Schickel[1].

Hellmut Diwald soll in diesem Beitrag selbst möglichst oft zu Wort kommen, er spricht nämlich am besten für sich selbst.

Anschaulich, mit einem Hauch von Bewunderung, stellt er das nationale Erwachen der Tschechen im 19. Jahrhundert dar. Er schildert, wie verzweifelt die Lage des tschechischen Volkes in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war. Nur ein »Wunder« konnte damals noch eine Wendung bringen. Und damit will er doch sagen, auch wir Deutsche sind heute in einer Lage, die der tschechischen von damals nicht unähnlich ist. Wir sollten also nicht verzweifeln. »Als Volk der Deutschen und als Volksgruppen der Vertriebenen leben wir seit 1945 in einer Irredenta. Wir wissen, daß sie noch lange dauern wird und daß eine der größten Gefahren darin besteht, das Anormale schließlich für normal zu halten. Ebenso wissen wir aus der Geschichte, daß in solchen Phasen der Beengung nichts dringlicher ist als eine unermüdliche Aktivität, die sich allerdings davor zu hüten hat, gegen undurchdringliche Wände anzurennen.«[2]

Anormales ist bei uns Deutschen auch nach dem 3. Oktober 1990 noch viel geblieben. Vergessen wir das nicht. Es wurde nur ein kleiner Schritt getan.

Für die Tschechen trat das Wunder ein und ist »mit den beiden Namen Josef Jungmann und Franz Palacky verknüpft«.[3] Jungmann hat das Tschechische

auf die höhere Ebene einer literaturfähigen Sprache gehoben. »Und der Historiker Palacky hat seinem Volk eine bewußt auf die Tschechen orientierte Geschichtsschreibung und ihre Verbindung mit praktisch-politischen Forderungen geliefert, wobei die Einseitigkeit und die mitunter auch klar auf der Hand liegende Verfälschung bewußt in Kauf genommen worden ist. Palacky hat den Tschechen aber nicht nur ihre eigene Geschichte geschaffen, sondern auch die dazugehörende tschechische Geschichtsideologie, deren Kern ihm von Herder und seinem berühmten Slawenkapitel geliefert worden ist. Damit hat er der tschechischen Nationalisierung ein historisches Rückgrat verliehen. Palacky gebührt deshalb aus der Sicht der Tschechen zu Recht der Ehrenname otec nârodu, Vater der Nation.«[4]

So macht uns Diwald Mut. »Der Mut, den uns Geschichte macht, ist Zuversicht.«[5] Mut und Zuversicht, beides hatten und haben wir als Deutsche nötig, auch zukünftig.

Grenzt es denn nicht auch an ein »Wunder«, was uns Deutschen 1989/90 widerfahren ist? Die politischen Klassen in Bonn und in Ost-Berlin hatten sich doch zu einem guten Teil längst in der staatlichen Teilung eingerichtet. Das Volk war es, das dieses »Wunder« herbeigeführt hat. Ein nicht erlahmender Mahner, wir dürfen uns mit dem Abnormalen nicht abfinden, war Hellmut Diwald. Und wer gab schon noch etwas für die Völker der Sowjetunion. Dort zeigt sich sogar, daß die Bestrebungen nach Selbständigkeit aus den kommunistischen Parteien selbst hervorgegangen sind.

Tünche war der internationale Kommunismus, das Nationale, der Wille der Völker nach Unabhängigkeit, hat sich als stärker erwiesen.

Diwald hat immer gesamtdeutsch gedacht, was nahe liegt, ja geradezu selbstverständlich ist, weil er geschichtlich denkt und aus der Geschichte Schlüsse für die Gegenwart zieht. So steht er auf einem festen Fundament und wußte immer, daß nicht Ideologen und Tagesereignisse den Ablauf des Geschehens bestimmen, sondern daß sich schließlich Völker und Nationen immer wieder in die Geschichte zurückmelden oder eben untergehen. Das historische Erkennen ist für ihn der entscheidende Impuls für die Darstellung geschichtlicher Ereignisse.

Die Sudetendeutschen, um beim Thema zu bleiben, sind kein geschlossener Stamm. Sie haben vielmehr Anteil an einer Reihe von deutschen Stämmen und Mundarten, von Oberschlesien bis Niederösterreich. Sie können daher eine Klammerfunktion bilden zwischen dem Norden und dem Süden der Deutschen. Durch Jahrhunderte lebten die Sudetendeutschen mit den Alpen-und Donaudeutschen in staatlicher Gemeinschaft. Das prägte sie. Das ist sogar ihre Mission, ist der wertvollste Teil ihrer Identität.

In seinem Werk *Geschichte macht Mut* (1989) widmet Diwald unter der Überschrift: »Heimat in der Fremde/Sudetica«[6] der Geschichte der Sudetendeutschen ein besonderes Kapitel. Jeder sollte es lesen, der sich mit der sudetendeutschen Problematik, dem deutsch-tschechischen Zusammenleben

in diesem Raum von der Zeit der Hussiten bis in unsere Tage informieren will. Mit viel Einfühlungsvermögen und Sachkenntnis werden Hus und die Hussitenkriege beschrieben, auch deren Bedeutung für das tschechische Geschichtsverständnis. Der Bohemismus, Palackys Ablehnung der tschechischen Beteiligung an den Wahlen für die Nationalversammlung von 1848. Der sich verschärfende Sprachenkampf führte dahin, daß die Deutschen in die Defensive gerieten, während die Tschechen die Offensive ergriffen. Sie nutzten geschickt alle Möglichkeiten, die der Kaiserstaat spätestens ab 1848 bot. »Die Tschechen triumphierten, die Sudetendeutschen waren empört, und das um so heftiger, als sie bei dieser Gelegenheit unter dem liberalen Schafspelz den nationalen Wolf der Tschechen entdeckten: sie empfanden es als einen Verrat an der bisherigen Gemeinsamkeit.«[7]

Zum letzten Male begegneten sich Deutsche und Tschechen in Prag zur Feier von Friedrich Schillers 100. Geburtstag am 10. November 1859. »Doch es handelte sich dabei mehr um ein Abschiedsfest der beiden Nationen als um eine neue Verständigung.«[8] Das sollten wir heute wohl beachten. Und es wird weiter festgestellt: »Seit 1848 hatte sich die alte deutsch-tschechische Gemeinsamkeit aufgelöst im Zuge eines deutsch-tschechischen Nationalitätenkampfes, bei dem die Tschechen aufgrund ihrer Zielstrebigkeit und aus dem Empfinden ihrer nationalen Erweckung heraus den Deutschen immer einen Schritt voraus waren.«[9]

Er behandelt dann sehr eingehend den »Kampf ums Überleben« der Deutschen nach 1918 und in einem weiteren Kapitel »München 1938 :Die Revision eines Unrechts«[10] sowie schließlich den deutsch-tschechoslowakischen Vertrag von 1973[11]. »Wir Sudetendeutsche haben aufgrund unseres Schicksals im zwanzigsten Jahrhundert mehr als genug hinreichende Gründe, unzutreffende und bewußt verfälschende Auslegungen unserer Geschichte schroff zurückzuweisen und entschieden zurechtzurücken. Dazu ist allerdings Unbeirrbarkeit nötig und Selbstbeherrschung. Noch unerläßlicher aber ist der Freimut, überall dort die Sachen richtigzustellen, wo diejenigen, die das Wort in den Medien führen, den Deutschen ein X für ein U vormachen wollen.«[12] Das ist eine sehr eindeutige Feststellung. Wir sollten sie im Auge behalten und uns danach richten.

Genau so deutlich und unmißverständlich äußert sich Hellmut Diwald zum Münchener Abkommen. »Was die Form des Zustandekommens anging, wurde wiederholt die Meinung vertreten, daß das Abkommen nur aufgrund von Drohungen Hitlers abgeschlossen, also erpreßt worden sei. Hitler aber richtete in München an den französischen Ministerpräsidenten Edouard Daladier die Frage, was denn unternommen würde, wenn sich die tschechische Regierung weigere, die Sudetengebiete abzutreten. Daladier antwortete kurz und bündig: ›Wir würden sie dazu zwingen.‹ Die Tschechoslowakei dürfe nicht durch die Ablehnung einer Entscheidung der europäischen Großmächte den Frieden bedrohen. Diese Großmächte waren sich in den

beiden Hauptpunkten einig: Die Regelung von München erfüllte das Recht der Sudetendeutschen, und die Tschechoslowakei hatte, da sie dieses Recht nicht erfüllt hatte, das Münchener Abkommen zu billigen.«[13] Und weiter führt er aus: »Auch heute, nach einem halben Jahrhundert, gibt es nichts an der Tatsache zu bestreiten, daß durch die Vereinbarung von München im Jahre 1938 die friedliche Revision eines Kriegsfolgerechts als Präzedenzfall in die Weltpolitik unseres Jahrhunderts eingeführt worden ist – so wie es Artikel 19 der Völkerbundsatzung, die dem Versailler Vertrag vorgeschaltet war, festgelegt hatte. Ebenso wichtig ist der Hinweis, daß die Tschechoslowakei schon am 19. September gegenüber der französischen und britischen Regierung ihre Bereitschaft erklärt hatte, das Sudetenland abzutreten. Diese Erklärung kam ohne jede deutsche Beteiligung zustande. Die tschechische Regierung hatte damit nichts anderes bestätigt, als daß das Sudetenland seit rund einem Jahrtausend von Deutschen bewohnt und deutsches Land war. Dieses zweifelsfreie Faktum ist in München erhärtet worden; nicht von den Deutschen, denn wir haben das immer gewußt, sondern von den Tschechen – die es zwar ebenfalls wußten, aber nicht wahrhaben wollten.«[14]

Die Absicht der Tschechen und ihr Vorgehen gegen die Deutschen in der 1918 entstandenen Tschechoslowakei beurteilt er folgendermaßen: »Die Pläne der tschechischen Politiker waren auf Jahrzehnte hin angelegt, das Ziel war, schnellst möglich die Zahl der Sudetendeutschen um die Hälfte zu verringern, die geschlossenen Siedlungsgebiete zu zerstören, die Zahl der deutschen Schulen abzubauen und statt dessen sogenannte Minderheiten-Schulen einzurichten: nämlich für die sogenannten tschechischen Minderheiten in den deutschen Gebieten, ebenso den Anteil der Deutschen im Staatsdienst radikal zu senken. Hier waren die Tschechen besonders erfolgreich, der Anteil der Deutschen konnte bis 1930 fast um fünfzig Prozent reduziert werden.«[15]

Diese Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. Die Deutschen setzten sich zur Wehr, sie mußten den ungleichen Kampf zunächst allein führen. Vom Deutschen Reich und von der Republik Österreich konnte keine Hilfe kommen, zu drückend waren die Nöte, die dort selbst zu beheben waren.

»Wer den Willen der Sudetendeutschen, Deutsche zu bleiben, vor dem Hintergrund der Geschichte ins Zwielicht rückt, der macht sich eines kriminell-politischen Deliktes schuldig. In solchen Fällen sollten wir nicht um des sogenannten lieben Friedens willen schweigen, sondern uns – ob wir nun Taufschein-Christen sind oder immer noch christgläubig – unverdrossen an die Richtschnur halten, wie sie in der Bibel, im Evangelium Matthäus (5,37) steht: Euere Rede aber sei: ja, ja, nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.«[16]

Zum Münchener Abkommen wurde und wird viel geschrieben und kommentiert. Eine Kapitulation der westlichen Demokratien vor einer Diktatur sei es gewesen. Vielfach entsteht schon der Eindruck, daß Leute, die so reden, den Krieg damals geradezu herbeisehnten. Als etwas Bösartiges wird dieses Durchführungsabkommen zu einer längst vollzogenen Tatsache hingestellt.

Das ist auch an Sudetendeutschen, die in politischer und heimatpolitischer Verantwortung stehen, nicht spurlos vorübergegangen. Wenn Tschechen argumentieren, das Münchener Abkommen sei für sie ein großes Unrecht gewesen und dies zu untermauern sich bemühen, dann soll man ihnen das nicht verübeln, es ist für sie eine Art nationaler Verteidigung. Anders sieht es schon aus, wenn von deutscher Seite solche Erwägungen kommen.

Sudetendeutsche Heimatpolitik, wenn sie sinnvoll und glaubwürdig sein will, muß die im September 1938 festgelegten Abgrenzungen zwischen Deutschen und Tschechen schon zum Ausgangspunkt aller Bestrebungen machen, wie sonst einer auch zu diesem Münchener Abkommen stehen mag. Es wurde dort eine Abgrenzung vorgenommen, die längst fällig war.

Sich nur verständigen oder versöhnen wollen – wozu denn? –, das mag ein löbliches persönliches Unterfangen sein, eine politische Zielsetzung ist es nicht. Zwischen Völkern und Nationen geht es um Interessenausgleich. Dafür ist das Klima zu schaffen. Dann aber muß man zur Sache kommen. Es geht um deutsches Siedlungsgebiet, um nicht mehr, aber auch um nicht weniger. Wollen wir den Tschechen wirklich unter diesem oder unter jenem Titel noch Geld nachwerfen? Das mit unseren Mitteln aufbauen, was sie zerstört haben? Wo bleiben die Gegenleistungen?

Wer in einen tschechischen Staat gehen will oder gar ein deutschsprechender Tscheche werden will, dem soll das nicht verwehrt sein. Mit sudetendeutscher Selbstbewahrung hat das aber nichts zu tun.

Bei nahezu allen Betrachtungen zum Münchener Abkommen wird bewußt oder unbewußt außer acht gelassen, daß es, wenn es schon ein Diktat war, eben kein deutsches gewesen ist; vielmehr stand am Anfang ein Ultimatum der Briten und Franzosen an Prag, das angenommen wurde, um kurz danach durch eine Mobilmachung einen Krieg zu riskieren. Die Westmächte haben daraufhin die Modalitäten der Abtretung festgelegt.

Auch die damalige Führung des Reiches stand dabei. Die gestellten Forderungen wurden nahezu vollständig erfüllt, aber sie wurden gewährt. Chamberlain und Daladier haben in den folgenden Monaten deutlich gemacht, daß sie dieses so gesehen haben und nicht geneigt waren, das Deutsche Reich als ebenbürtigen Partner, der als europäische Großmacht eigene Interessen in einer eigenen Interessenzone wahrzunehmen gesonnen war, auch anzuerkennen.

In München erhielt das Deutsche Reich, was es beanspruchte und was es beanspruchen konnte. Es wurde ihm aber zugeteilt. Den Prager Machthabern wurde abgezogen, was ihnen nicht gehörte. Aber London und Paris teilten zu. Für einen Staat, der gleichberechtigte europäische Großmacht zu sein beanspruchte nicht gerade ein glanzvolles Ergebnis. Das findet nicht genügend Beachtung. Nur wenn man das bedenkt, wird der März 1939 verständlich. Damit ist zur politischen Klugheit des 16. März 1939 nichts gesagt. Das damalige Regime hat mit der Errichtung des Protektorates über den verblie-

benen Rest des tschechoslowakischen Staates nur willkommene Munition gegen sich selber geliefert.

Das Inferioritätsempfinden, das bei vielen Deutschen vorhanden ist, wenn es um Maßnahmen der Westmächte geht, wird diese unumstößlichen Tatsachen nur widerwillig zur Kenntnis nehmen. Zu sehr haben sich viele daran gewöhnt, Amboß zu sein. Sie sind es gern, sie fühlen sich wohl in dieser Rolle; sie haben sich behaglich in ihr eingerichtet.

Wenn man es schon nicht ändern kann, wissen sollte man, daß es so ist. Vielleicht ändert sich dann doch etwas.

Zum Verständnis des damaligen Geschehens muß das bedacht werden, weil moderne Geschichtsforschung – als Wissenschaftsdisziplin – radikal ein Erkenntnisvehikel der Gegenwart ist. Für unser Selbstverständnis als Deutsche, wenn wir aus dem Pariadasein herauskommen wollen, ist das von größter Bedeutung. »Sowohl in der Gegenwart wie in der Zukunft gilt und wird gelten«, so Hellmut Diwald, »was bisher in allen Stadien der Weltgeschichte für das Selbstverständnis der Völker im historischen Ablauf gegolten hat: daß das Verhältnis zur Geschichte ein unersetzliches, ein entscheidendes Mittel zur Situationseinsicht, zur Selbsterkenntnis ist. In unserer Lage heißt das, so entschlossen wie nur möglich die Gemeinsamkeiten der Deutschen unabhängig von den Höhen und Tiefen der Geschichte wieder neu festzustellen. Wir haben eine derart große Fülle von Konstanten, daß wir trotz allen Unglücks in diesem Jahrhundert auch heute berechtigt sind, nicht nur von den Bürgern der Bundesrepublik, der DDR und Österreich zu sprechen, sondern ganz schlicht von ›den Deutschen‹.«[17] Die Südtiroler gehören natürlich dazu.

Inzwischen kann die DDR abgebucht werden. Teilen des politischen Establishments und dem größten Teil der Medien wird es schwer, sich von der Bonner Rheinbundmentalität zu lösen und das Zusammenwachsen der Deutschen zu fördern.

Wenn die Tschechen unter Assistenz der Siegermächte 1945 mit Unterstützung deutscher Möchtegernsieger das Münchener Abkommen auch als von Anfang an nicht zustande gekommen oder heute doch als nicht mehr geltend bezeichnet haben, so können »doch weder der Kriegsausgang noch die Vertreibung die Tatsache annullieren, daß es sich bei dem Sudetenland um deutschen Siedlungsraum, um Siedlungsraum des deutschen Volkes gehandelt hat und daß eine solche historische Tatsache auch ein historischer und damit politischer Anspruch ist und bleibt. In München wurde 1938 historisches und politisches, nationales und kulturelles Recht verwirklicht. Daran heute festzuhalten mag in der Bundesrepublik vielen Politikern als nicht opportun erscheinen. Wenn jedoch auch wir Sudetendeutsche der Opportunität einen solchen Tribut zollen, verleugnen wir unsere ganze Geschichte und begeben uns in die Orientierungslosigkeit«.[18]

Der kulturelle Aspekt wird angesprochen, und nach einer Betrachtung dieses Raumes für die deutsche Kultur wird dazu ausgeführt: »Kultur ist selbst

in der rückwärtsgerichteten Bestandsaufnahme keine Sache der Aufzählung und Statistik, so überwältigend die Selbstverständlichkeit, das Ausmaß und die gleichbleibende Kraft dessen ist, was unter der dürren Bezeichnung ›sudetendeutsche Kulturleistung‹ läuft. Was wir heute unsere, die deutsche Kultur nennen – sei es die überlieferte aus der Geschichte, sei es diejenige unserer Gegenwart –, würde zu einem Torso verstümmelt, wenn man versuchen wollte, das Sudetendeutsche herauszulösen und zu entfernen; daß dies so ist, darin allein liegt der Sinn solcher Aufzählungen. In ihnen wird die schöpferische Befähigung nicht etwa nur einer Volksgruppe sichtbar, sondern ebenso die Einheit, die bei uns Deutschen die kulturelle Vielfalt der deutschen Volksstämme umschließt, wie sie sich seit einem vollen Jahrtausend ausgeprägt hat.«[19]

Hellmut Diwald fordert die Volksgruppe auf, sich nicht aufzugeben und an der Gestaltung der deutschen Zukunft mitzuwirken. »Allerdings«, schreibt er, »setzt das voraus, daß sie heute als Volksgruppe unter dem Begriff Selbstbewahrung etwas anderes versteht als sich selbst nur als Nachlaßverwalter eines Erbes ohne Nachkommen; also nicht einen Weg einschlagen, der von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration führt und weiter zur Erinnerungs- und schließlich zur Gedenkstundengeneration, die dann über nichts anderes mehr verfügt als über viele Träume und noch mehr Grabsteine.«[20]

Mit Hellmut Diwald haben die Deutschen, – nicht zuletzt die Sudetendeutschen – einen überragenden Historiker verloren, einen Historiker, der nicht nur in der Gelehrtenstube wirkte, sondern der in das Volk hineinwirken und den Deutschen die »gestohlene Geschichte«,[21] wie er es einmal ausführte, zurückgeben wollte, der damit aber in der Gegenwart für die Zukunft wirken wollte.

Anmerkungen:

1. Nach Rolf-Josef Eibicht, *Hellmut Diwald – Sein Vermächtnis verpflichtet zum Handeln, Anmerkungen zu unserer kriminalisierten und gestohlenen Geschichte*, Junges Forum, Hamburg 1993, S. 37.
2. Hellmut Diwald, *Mut zur Geschichte*, Bergisch Gladbach 1983, S. 207.
3. Hellmut Diwald, *Geschichte macht Mut*, Erlangen 1989, S. 207.
4.–5. Ebenda, S. 207 u. 7.
6. Ebenda, S. 183–253. Wieder abgedruckt in *Ein Querkopf braucht kein Alibi*, Frankfurt/M.–Berlin 1991, S. 219–299.
7. Hellmut Diwald, *Geschichte macht Mut*, aaO., S. 221.
8.–16. Ebenda, S. 213, 215, 239 ff., 252 ff., 203, 250, 253, 217 f., 221.
17. Hellmut Diwald, *Mut zur Geschichte*, aaO., S. 234.
18.–19. Hellmut Diwald, *Geschichte macht Mut*, aaO., S. 253, 232.
20. Hellmut Diwald, *Mut zur Geschichte*, aaO., S. 250.
21. Hellmut Diwald, *Deutschland einig Vaterland*, Frankfurt/M.–Berlin 1990, S. 150.

Wolfgang Strauss

## Die Stunde der Geschichtserwecker: Hellmut Diwald und Alexander Solschenizyn

27. Juni 1954, 6. Sonderlager Kingir in der kasachischen Hungersteppe Dscheskasgan. 50 Grad Celsius. Die Hölle für achttausend Männer und dreitausend Frauen, verurteilt zur Sklaverei in Kupferminen. Slawen, Deutsche, Turkestanis, Kaukasier, Balten, die »Vereinten Nationen« hinter stalinistischem Stacheldraht.

Seit 44 Tagen streiken die Elftausend. Im Morgenrot rasseln Panzer ins Lager, schießend, Barrikaden und alles Lebendige niederwalzend. Gegen die Maschinenpistolen und Maschinengewehre einer Sondereinheit der Geheimpolizei wehren sich die Überraschten mit Steinen und Fäusten, mit Flüchen, Gebeten, Liedern. Als dreihundert Häftlingsfrauen eine brennende KZ-Baracke verlassen, ihre im Lager geborenen Kinder in den Armen, überrollen Panzer die Kolonne, zermalmen sie bis zum letzten Todesschrei. Gefangene werden am 27. Juni nicht gemacht. Mit Genickschüssen töten KGB-Offiziere die Verwundeten.

Den Frauen, Kindern, Männern von Kingir, den Massakeropfern vom 27. Juni 1954 widmet Alexander Solschenizyn im dritten Band seines *Archipel GULag* ein ganzes Kapitel. Der Dichter überliefert die Losung der Stolzen: »Lieber stehend sterben, als auf den Knien leben.« Eingemeißelt ins Bewußtsein des russischen Volkes ist das Vermächtnis eines namenlosen Rebellen von Kingir: »Hier stehen wir, die zum Tode Verdammten, die noch einmal sterben, aber jetzt, um ewig zu leben im Gedächtnis unserer Völker.« Alexander Solschenizyn, der im Sommer jenes Jahres in einem anderen Wüstenlager Kasachstans hungerte, erweist sich im Kingir-Kapitel seiner GULag-Epopöe nicht nur als Geschichtserwecker und Volkserneuerer, sondern vor allem als Seelenforscher.

Zwanzig Jahre später, als des Dichters Schicksal abermals auf Messers Schneide steht – physische Vernichtung oder seelisches Zerbrechen –, disku-

tiert der »kollektive Stalin« im Politbüro der KPdSU die möglichen Alternativen: Ausweisung nach China oder in ein prosowjetisches Nachbarland, Verbannung mit Endstation Sibirien oder Abschub in den »versumpften« Westen.

Die totalitäre Macht fürchtet den scheinbar Machtlosen, der in Wirklichkeit schon der Meinungsführer des kommenden, des Anderen Rußlands geworden ist. Kürzlich aufgefundene Stenogramme dieser gespenstischen Sitzung geben darüber Auskunft. Den Ausschlag gab 1974 die Stimme des KGB-Experten Andropow: Schiebt ihn ab in den Westen, diesen antibolschewistischen Ketzer, macht ihn mundtot und wurzellos, indem ihr ihn zum Exil zwingt – soll doch Solschenizyn das Schicksal Trotzkijs erleiden!

Ein Irrtum, wie wir heute wissen. Ja, Solschenizyn wurde 1974 aus der Heimat vertrieben, aber er blieb auch im Exil der sprachgewaltigste Anwalt seines unterdrückten, erniedrigten Volkes. Das geschah zu einer Zeit, da der Geist der westlichen Intellektuellen links stand, im Lager der Verleumder und Verfolger Solschenizyns, nicht nur in Westdeutschland, Frankreich, Amerika, England, sondern auch im Mutterland des katholischen und des »antifaschistischen« Rom, bekannten sich doch damals die Fellini, Pasolini, Visconti, Nono zu den Ideen des internationalen Kommunismus. Ihr bourgeoiser Hedonismus hinderte sie nicht an einer ideologischen Koalition mit den Vergewaltigern des russischen Volkes.

Was den Russen Solschenizyn mit dem Deutschen Hellmut Diwald verband, war mehr als nur die Leidenschaft zur Entlarvung von Geschichtslügen. Nationalbewußtsein oder anationaler Kosmopolitismus, Wiedererweckung des Geschichtssinns oder Vergangenheitsversteppung, Volkserneuerung oder Volkstod, vor diesen Alternativen standen beide Visionäre. Als Hellmut Diwald im Jahre 1983 als Gründungsmitglied des Deutschlandrates und als Autor des Buches *Mut zur Geschichte* wider die »Kriminalisierung der deutschen Geschichte« und für die »Entkriminalisierung unserer Geschichte« seine Stimme erhob, predigte der Russe Solschenizyn die Notwendigkeit der Rückkehr zu den Wurzeln eines russischen Geschichtsbewußtseins.

»Noch nie war es so wichtig, daß wir als Volk mit uns selbst im Einklang sind, daß wir ja zu uns sagen und nicht innerlich verkrüppeln«, schrieb Diwald 1982 zum Venohr-Sammelband *Die deutsche Einheit kommt bestimmt.* Diese These könnte ebenso von Solschenizyn stammen. »Deutschland läßt sich nicht besser vernichten als durch die Zerstörung der Selbstachtung, die Ausschwemmung seiner Normen, die Entwertung unserer Geschichte«: ein Kardinalprinzip in der Befreiungsphilosophie Diwalds, dessen Gültigkeit für das Solschenizynsche Rußland unbestritten ist.

Die nationale Frage, also die Frage der nationalen Identität und Unabhängigkeit, ist das existentielle Problem des 21. Jahrhundert; sie ist stärker als die Klassen- oder Verfassungsfrage – diese fundamentale Erkenntnis ist beiden gemeinsam, dem Antiimperialisten Solschenizyn und dem Imperialismus-

feind Diwald. In seinem *Offenen Brief an die Sowjetführung* von 1973 forderte der Russe die Aufgabe des Imperiums, die Schleifung des bolschewistischen Nationengefängnisses, die Absage an einen antihumanen Multikulturalismus, die Freilassung der nichtrussischen Kulturvölker, die Verwirklichung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung und Selbstregierung, die Rettung des russischen Kernlandes durch Verzicht auf Kolonien und Protektorate und auf alle »geschluckten Ethnien und geraubten Territorien«, denn Rußland könne nur gesunden, wenn es die »imperiale Bürde« entschlossen abwerfe.

1991 wiederholte Solschenizyn sein politisch-moralisches Ultimatum, in seinem in Millionenauflage verbreiteten Freiheitsmanifest *Wie bauen wir Rußland neu*. Das russische Rußland, ein Rußland der Heroen und Heiligen, oder das Völkerzuchthaus UdSSR: ein Jahr vor dem Untergang des Roten Babylon formulierte Solschenizyn seine Alternative der Zeitalterwende. Neun Jahre zuvor hatte der Antiimperialist Diwald postuliert, daß sich Deutschland seit 1945 in dem »würdelosesten Zustand seiner Geschichte« dahinschleppe. Zweimal Klage und Anklage, zweimal Vergangenheitsbewältigung aus nationaler Perspektive, und in beiden Fällen mit dem gleichen Resultat: innere wie äußere Befreiung der Nation setzt die Renaissance der nationalen Würde voraus. Keine nationale Selbstbefreiung ohne nationale Selbstachtung.

Dreimal in diesem Jahrhundert wiederholte sich ein Grundmuster aller Nationsauslöschungen und Umerziehungsexperimente: Eine eigenständige Kultur, die der ideologischen Endlösung der Eroberer und Usurpatoren im Wege steht, muß zerstört werden, selbst wenn es den Seelentod einer Nation zur Folge hat. Mit jedem Umerziehungsdiktat soll das Wesen einer Nation im Innersten getroffen werden.

1917 versuchten es die internationalistischen Leninisten gegenüber der russischen Nation. Rußland, seine Geschichte, seine christlichen Traditionen und sein bäuerlich-aristokratisches Wertesystem sollten mit der Wurzel ausgerottet und durch einen materialistisch-atheistischen Universalismus ersetzt werden. 1945 wurde Deutschland das Objekt eines ausländischen Umerziehungsattentats; nach Diwald waren es die Kriegsgewinnler, die zum Zwecke der geistigen »Umpolung« der Besiegten eine historisch singuläre Kriminalisierung des deutschen Geschichtsbewußtseins in Gang setzten, deren Folgen bis heute zu spüren sind.

Nach dem Untergang des Sowjetkommunismus und des Sowjetimperiums – in der Russischen Augustrevolution von 1991 – inszenierte der westliche Liberalismus seinen Angriff auf die Seele des Russentums, ideologisch wie ökonomisch, mit den Waffen eines Haifisch- oder Wildwestkapitalismus und mit den in Nachkriegsdeutschland bewährten Methoden einer totalen Amerikanisierung. Nationale Entortung, seelische Entheimatung, kulturelle Entwurzelung – im Psychogramm seiner Endziele unterscheidet sich der materialistische Liberalismus vom »historischen Materialismus« der Kommunisten nur wenig, wenn überhaupt, erwuchsen doch beide aus dem völkernegieren-

den Erbe der bürgerlich-materialistischen Aufklärung. Die Apokalypse begann 1789, im Geburtsjahr des modernen Babylon.

Der Schoß der Aufklärung ist fruchtbar noch. Er gebiert Zynismus und Nihilismus, den Ethnozid wie den Psychozid. In der fundamental veränderten weltpolitischen Landschaft erklärt man nur allzu leichtfertig und oberflächlich den Kapitalismus zum Sieger über den Kommunismus, ohne zu bedenken, daß es noch vor dem Kommunismus der vorgebliche Antipode Kapitalismus gewesen ist, der die Völker des geistigen Grundes beraubt und das Vertrauen zum Leben zerstört hat. Die Landschaft der Postmoderne sei dunkel und chaotisch geworden, klagt der polnische Philosoph und Marxismus-Forscher Jeszek Kolakowski[1]. Er stellt den Verlust einer sinngebenden, metaphysischen Kraft fest. Das hedonistische Leben im angeblich siegreichen Liberalismus sinke in Sinnlosigkeit hinab, »und der Zusammenbruch des Kommunismus kann diesen Fall nur beschleunigen«. Der Kroate Lordan Zafranovic, ein berühmter Filmdokumentarist, sieht die liberalistische Welt in den Abgrund des Selbstmordes taumeln. »Die sogenannte europäische Demokratie besitzt kein Heilmittel gegen bestimmte Manifestationen des Bösen«, bekennt der kroatische Intellektuelle. Er sei überzeugt, daß »diese Spannungen in Europa bleiben und sich noch verstärken werden«[2]. Am Ende aller Aufklärung die Wiederkunft der Barbarei, die Anarchie.

Die letzten Lebensjahre des Visionärs Hellmut Diwald standen im Banne einer furchtbaren Erkenntnis. Daß am Liberalismus die Völker zugrunde gehen würden – am Liberalismus, und nicht am Nationalismus –, hatte ein halbes Jahrhundert vor ihm ein anderer Visionär prophezeit, Moeller van den Bruck. Daß Diktaturen Völker unterdrücken, die Dekadenz aber die Völker planiert und auslöscht, diese Gedankenkonsequenz verdanken wir Alexander Solschenizyn. Damit tritt der große Russe in die geschichtsphilosophischen Fußstapfen des großen Deutschen Diwald.

Der Wolfskapitalismus, dieses legitime Produkt eines schrankenlosen, permissiven Liberalismus, gebiert Ungeheures und Ungeheuer. Über 40 Millionen Russen, mehr als ein Viertel der Bevölkerung, vegetieren heute unterhalb der Armutsgrenze. Millionen von obdachlosen Kindern, entflohen zerrütteten Familien, Gefängnissen, Waisenzuchthäusern, vagabundieren auf den Straßen, rauchen, trinken, klauen oder werden, wenn sie Mädchen sind, von ihren Müttern für eine Flasche Wodka verkauft; die jüngste Prostituierte, in Sankt Petersburg aufgegriffen, war gerade sechseinhalb Jahre alt. Die streunenden Kinder schließen sich zu Banden zusammen und bilden ein Reservoir des organisierten Verbrechens. Minderjährige zwischen zehn und fünfzehn führen für die Mafia Diebstähle, Raub, Überfälle, Kidnapping aus, aber auch Auftragsmorde. Zerfressen von Rauschgift, Trunksucht, Prostitution, verreckt eine heimatlose Jugend in den Gullys der liberalistischen Freiheit.

An dieses Verbrechen an der Zukunft Rußlands erinnerte Solschenizyn in seiner Rede vor der Internationalen Akademie für Philosophie in Liechten-

stein am 15. September, vollständig abgedruckt in der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* vom 17. September 1993. Seine Liberalismus-Kritik deckte sich mit einem Wort Diwalds, bezogen auf die spirituelle und ethische Verödung im Wirtschaftswunderland BRD: »Der materielle Wohlstand hat unseren nationalen Anstand aufgelöst.«[3]

Unbarmherzig geißelte Solschenizyn in seiner Liechtensteiner Rede jene politischen Kräfte, die das nachkommunistische Rußland in eine kapitalistische Wildwestgesellschaft zurückfallen lassen, die Russen auf einen »Weg der Schamlosigkeit« und der »allgemeinen Armut« stoßen. In dem so lange gequälten Volkskörper seien »neue Krebsgeschwüre« aufgebrochen, »zum Beispiel der jetzt entstehende ungezügelte Kapitalismus mit unproduktiven, barbarischen, widerlichen Verhaltensweisen und einer Ausplünderung des Volkseigentums und der Reichtümer einer Nation, wie es der Westen nie gekannt hat«. Als Folge eines zynischen Liberalismus erwache im erniedrigten russischen Volk sogar die Sehnsucht nach der früheren »Gleichheit in Armut«, schlußfolgerte die slawophile Kassandra. »Obwohl das irdische Ideal des Sozialismus-Kommunismus zusammengebrochen ist, bleiben die Probleme, die er zu lösen vorgab: die gewissenlose Ausnützung sozialer Vorrechte und die übermäßige Macht des Geldes.«

Niedertracht und Betrug statt Ehrlichkeit, Gier und Bosheit statt Großmut und Güte, Entseelung und Entwurzelung statt Religiosität, asoziale Abschottung, Vereinzelung statt Mitgefühl und Gemeinschaftsgeist, Gewinnsucht, Konkurrenzkrieg, Lustbefriedigung statt »ethischen Dienens« – nach Solschenizyn die Errungenschaften der atheistischen Aufklärung mit ihrem materialistischen Menschenbild. Sich auf seine Vorbilder Solowjow und Berdjajew berufend, vor allem jedoch auf Dostojewskij – dessen Denkmal am 9. September 1993 in Moskau enthüllt wurde –, geißelt Solschenizyn den »technokratischen Fortschritt«, die »westliche Zivilisation«, in der die Begriffe Gut und Böse verspottet würden. Obgleich nicht erkannt und auch nicht anerkannt, regiere das Böse. Von einem »Fäulnisvorgang« spricht Solschenizyn, und sein Verdikt bezieht der asketische Russe nicht nur auf die »linken« Folgeerscheinungen der bürgerlichen Aufklärung (Marxismus, Sozialdemokratismus, Anarchismus, Bolschewismus). Im aktuellen Visier hat Solschenizyn den ökonomischen und weltanschaulichen Liberalismus. Mit der Aufklärung begann der Sündenfall der Moderne, die Grundlage der Aufklärung war ursprünglicher als die Blutraserei der materialistischen Heilsideologien im 19. und 20. Jahrhundert. Das Gegenbild zum Liberalismus/Kommunismus sieht Solschenizyn im »ethischen Staat«, der den Mut zur »Selbstbeschränkung«, sprich Askese, einschließt.

Ende September 1993 hielt Solschenizyn im westfranzösischen Les Lucs-sur-Boulogne eine Rede auf einer Veranstaltung zur Erinnerung an die königstreuen Blutopfer des Vendée-Aufstandes von 1793 – für einen russischen Geschichtserwecker und Antiliberalisten eine historische Notwendigkeit,

legitimiert durch den gegenwärtigen Aufstand gegen Völkervernichter, Menschenmörder, Kulturzerstörer. Ein Hellmut Diwald sprach an diesem denkwürdigen Septemberabend aus dem Munde Solschenizyns.

1991 beklagte Solschenizyn ein »sterbendes Volk«; er meinte sein Volk, dessen Geburtenrate zu den niedrigsten weltweit gehört, während die Sterbefälle und die Zahl der Abtreibungen rasant ansteigen. Auf jede Geburt kommen heute vier Kindstötungen im Mutterleib.

Ökologische Verwüstung und in deren Folge irreparable Genschäden, sinkende Lebenserwartung, eine aufbrandende Suizidwelle, der Zusammenbruch des Gesundheitswesens und die Ausbreitung von Epidemien und chronischen Krankheiten, die ungebremste Volksseuche Alkoholismus, Rauschgiftpest unter der jungen Generation – Solschenizyns Apokalypsebilder von 1991[4] werden von der Wirklichkeit des Jahres 1994 in den Schatten gestellt.

Dennoch, kollektiven Selbstmord begehen wollen die Russen nicht. Verglichen mit dem Volk Diwalds, lebt das unendlich traumatisierte Volk Solschenizyns immer noch auf einer höheren Hoffnungsstufe. »Es hat sich herumgesprochen«, schreibt Hans-Dietrich Sander[5], »daß der tolle Haufe der Volksvertreter im Begriff ist – was nicht einmal ein Tyrann im Sinn hätte –: das Volk abzuschaffen mittels offener bzw. verdeckter Einwanderung und einer besinnungslosen Europäisierung.« Daß das Nationale als Grundwert ein »großer Irrtum« gewesen sei, wie Heiner Geißler am 6. Februar 1994 in Dresden zu behaupten wagte, wäre aus dem Munde eines russischen Politikers, gleich welcher Partei, unvorstellbar, weiß man doch um die wirklichen Gründe der weltgeschichtlichen Wende.

Aus heilsgeschichtlicher Sicht – und das ist auch die Sicht Solschenizyns – ist der Kommunismus durch eine Revolution des Geistes hinweggefegt worden, wobei Christen und Nationalisten die eigentliche Führungsrolle übernommen hatten. Der Triumph der nationalen Idee, in Verbindung mit der religiösen Renaissance, führte den Zeitalterumbruch herbei. Daß das nationale Denken für innere Deutschenhasser und Deutschlandfeinde als unvereinbar gilt mit einer liberalistischen, rücksichtslos die individualistischen Interessen verfolgenden Freiheit, Hellmut Diwald wußte es, und Alexander Solschenizyn bestätigt es.

Die Flucht in die blutleere Utopie des Multikulturalismus, gleichbedeutend mit der Aufgabe der deutschen Nation zugunsten des irrealen Maastricht-Experiments, kennzeichnet die Verwirrung und Verworfenheit einer Gesellschaft zum Untergang hin. Gleich den Lemmingen stürzt sich die politische Klasse Bonns in einen Abgrund der nationalen Selbstvergessenheit. Vor der Heraufkunft einer babylonischen Epoche in Deutschland hat Diwald gewarnt, als Geschichtsanalytiker und als Seher.

Seine Prophezeiung zielte aber nicht nur auf die bundesrepublikanische Gesellschaft: Diwalds Urteil traf den Westen insgesamt. Die moderne Welt, die Welt des Liberalismus sei, spricht der polnische Papst in seinem Brief an die

Familien vom 22. Februar 1994, eine »kranke Zivilisation, eine Zivilisation des Todes«.

Daß ein Ernst Nolte von Pogrombanden einer antiintellektuellen und antinationalen »Antifa« in Berlin zusammengeschlagen wird, daß im bürgerkriegsähnlichen Feldzug zur Errichtung einer linken Gesinnungsdiktatur die 17. Gästewoche des Deutschen Kulturwerkes Österreich in Naumburg an der Saale regelrecht Spießruten laufen mußte, auf der Straße und in den Medien, daß in der *Süddeutschen Zeitung* vom 16. Februar 1994 ein Alexander Solschenizyn als »Ideologe und Herold« des »braunen Ostens« am Antifa-Pranger auftaucht – der Deutschlandverehrer und Deutschenbewunderer Alexander Solschenizyn kommt aus dem Staunen nicht heraus. Staunen und Entsetzen. Sein Alter ego im Romanzyklus *Das Rote Rad*,[6] Generalstabsoberst Georgij Worotynzew, sehnt ein deutsch-russisches Schicksalsbündnis herbei, und um diese Hoffnung kreisen Worotynzews Gedanken sogar am Vorabend der Schlacht von Tannenberg: »Natürlich, es wäre viel besser, in ›ewigem Bund‹ mit Deutschland zu leben, wie Dostojewskij gelehrt und wonach er gedürstet hatte. Es wäre viel besser, unserem Volk zu der gleichen Entfaltung und Festigkeit zu verhelfen wie Deutschland dem seinen.« So der Deutschenfreund Solschenizyn in *August vierzehn*.[7]

Vor Nolte erfuhr Diwald den Haß und Vernichtungswillen der Deutschenfeinde im eigenen Land, nach der Veröffentlichung seiner Zeitungsbeiträge »Das Recht auf nationale Identität« und »Die Deutschen – ein Verbrechervolk?« im Jahre 1987. Deutschland existiere zwar noch, aber nicht mehr als souveräner Staat, schrieb Diwald. Doch sei dieser Zustand nur vorübergehend. Weil die staatliche Ordnung zertrümmert sei, komme es entscheidend darauf an, alle Momente zu stärken, die »uns zu einem Volk, zum deutschen Volk machen«, ungeachtet der »Entwertung unserer Geschichte durch die Geschichtsschreibung der Sieger«. Die Deutschen würden einen »krankhaften Prozeß« beschleunigen, »wenn sie ihn als unabänderlich ansehen«. Das »Ja zur Geschichte und ein geschultes, entwickeltes Geschichtsbewußtsein sind Garanten der Wurzeln unserer Existenz und unserer politischen Einheit«. Geschrieben zwei Jahre vor dem Fall der Mauer, drei Jahre vor der staatlichen Neuvereinigung!

Auf dieses Bekenntnis Diwalds reagierte damals eine dogmatische Linke, verschworen der Dreiteilung Deutschlands und der Betonierung des Jalta-Diktats mit politischer wie persönlicher Diskriminierung, nachzulesen zur Schande der Verfasser in *Rechtsdruck*[8], herausgegeben von Professor Dr. Siegfried Jäger von der Universität-Gesamthochschule Duisburg, einer linksintellektuellen Kaderschmiede in der roten Grauzone zwischen Pahl-Rugenstein, Dietz, UZ, DKP und Stasi. Daß Geographie wichtiger ist als Ideologie, daß allein der Nationalstaat Identität stiftet, daß nationales Geschichtsbewußtsein auch das Fundament für das Sittengesetz der Republikanität bildet, Diwalds Verleumder wollten und wollen es nicht akzeptieren. Hellmut

Diwald ist tot, aber sein Kampf geht weiter. Im Gegensatz zu den Deutschen sind die Russen in der glücklichen Lage, in Alexander Solschenizyn einen lebenden geistigen Führer zu besitzen, der den Liberalisten aller Couleur entgegenschleudert: Bekämpfen könnt ihr sie, auch unterdrücken und brandmarken, aber auslöschen könnt ihr sie nicht, die nationale Idee.

Solschenizyn spricht hier stellvertretend für Hellmut Diwald. Solschenizyns Rußland ist heute nicht Europas vorletzte Hoffnung, sondern Solschenizyns Rußland ist heute Europas allerletzte Hoffnung. Europas Ordnungskraft für das 21. Jahrhundert ist denkbar nur im Bündnis zwischen den Nationen Diwalds und Solschenizyns. Eine andere Alternative für die postkommunistiche und postkapitalistische Neuordnungsepoche existiert nicht. Deutschland wird leben, weil das russische Rußland siegen muß.

Anmerkungen:

1. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Februar 1994.
2. *Süddeutsche Zeitung* vom 19. Februar 1994.
3. Zitiert nach der Zeitschrift *Aula*, Graz, September 1993.
4. Alexander Solschenizyn, *Wie bauen wir Rußland neu?*, München 1992.
5. *Staatsbriefe*, Januar 1994.
6. Alexander Solschenizyn, *Das rote Rad*, 3 Bde., München 1987–1990.
7. Alexander Solschenizyn, *Das rote Rad*, aaO. Bd. 1 *Erster Knoten:August vierzehn.*
8. Siegfried Jäger (Hrsg.), *Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten*, Berlin–Bonn 1988.

Hellmut Diwald

# Zur Kriegsschuldfrage und zum 8. Mai 1945*

## *Die Schuld am Zweiten Weltkrieg*

Die Musterbeispiele dafür sind um so bedeutsamer, als inzwischen schon allein die Diskussion des Pro und Kontra bestimmter Ereignisse gerichtsnotorisch werden kann. So etwa die Diskussion der Umstände, die zum Zweiten Weltkrieg führten. Vorab wurde durch einen unserer international anerkannten Politologen die Leitlinie festgelegt: »Wer die Alleinschuld Deutschlands für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Frage stellt, entzieht der Nachkriegspolitik der Bundesrepublik den Boden«. Die Alleinkriegsschuld Deutschlands fand sich schon in der Vier-Mächte-Erklärung der Sieger vom 5. Juni 1945, mit der sie die deutsche Staatsgewalt übernahmen; es hieß darin: »Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen.«

Sämtliche Bundesregierungen waren vom Fundament des Bonner Grundgesetzes getragen und mußten ihre Politik daran ausrichten. Wer mithin dieser Politik »den Boden entzieht«, stellt die Verfassungsmäßigkeit der Bundesregierungen in Frage. Dies wiederum muß den Staatsanwalt und das Bundesverfassungsgericht auf den Plan rufen. Zweifel an der Alleinkriegsschuld Deutschlands sind verfassungsfeindlich. Die Logik ist schlüssig. Dementsprechend liegen bereits Urteile vor, mit denen Publikationen, die aufgrund einer Vielzahl von Dokumenten die Alleinschuld Deutschlands oder Hitlers in Frage stellten, indiziert wurden. Die Beschlüsse stützten sich nicht auf gegenteilige Dokumente oder Fachgutachten von Historikern. Es hieß lediglich: »Die Alleinschuld Hitlers sei offenkundig, und für die Offenkundigkeit dieser Tatsache bedürfe es keines Beweises.«

Historische Forschung muß bei uns politische Vorbedingungen erfüllen. Abgesehen von dem Verstoß gegen die grundsätzliche Trennung von Politik und Recht, degradiert sich eine Zeitgeschichtsforschung, die derartige Auflagen akzeptiert, zu einem Vollzugsgehilfen politischer Zielsetzungen. Es über-

rascht kaum noch, daß ein solches Institut schon allein die Diskussion der Kriegsschuld-These als »unzulässiges neonazistisches Unterfangen« charakterisiert hat.

Für uns wird es endlich Zeit, die Behauptung, daß sich die Wahrheit aus den Waffen ergibt, nicht mehr hinzunehmen. In der Geschichtsforschung jedenfalls brauchen wir uns nicht dem Joch zu beugen, daß den Siegern andere Wahrheitskriterien zustehen als den Verlierern. Dafür sollte allein schon der Hinweis auf den Hitler-Stalin-Pakt 1939 genügen. Obwohl die Tatsache selbst seit fünfzig Jahren aller Welt bekannt war, konnte es sich die Sowjetregierung bis vor kurzem leisten, nachdrücklich die Existenz des geheimen Zusatzprotokolls über die Aufteilung der Ostgebiete zu bestreiten. Daß nicht nur Hitler, sondern auch Stalin in Polen einmarschiert ist und jenes Territorium annektiert hat, das Polen entgegen den Regelungen nach dem Ersten Weltkrieg dem durch den Bürgerkrieg geschwächten russischen Reich entriß, wird fast immer verschwiegen. Nicht anders sieht es mit der sowjetischen Besetzung des Baltikums aus. Vor diesem Hintergrund gewinnt die gegenwärtige Entwicklung von Litauen, Lettland, Estland ihr eigentliches Gewicht.

Um es nochmals so klar wie möglich zu sagen: Es geht darum, daß wir uns künftig keine Diskussion jener historischen Fragen, die mit dem Dritten Reich und dem Zweiten Weltkrieg zusammenhängen, verbieten lassen – selbst wenn man sich dabei so tückische Attribute wie ›faschistoid‹ oder ›neonazistisch‹ einhandelt. Das sollte man wegen der historischen Wahrheit in Kauf nehmen, zumal die Zeiten, da sich unsere Geschichtsschreibung kritiklos der westalliierten Sicht angebiedert hat, abgelaufen sind.

Diese Beflissenheit hatte schon vor Jahren den amerikanischen Historiker Harry Elmer Barnes von der Columbia University in New York den Kopf schütteln lassen: »Obwohl eindeutig auf dokumentarischer Grundlage bewiesen worden ist, daß Hitler nicht verantwortlicher – wenn überhaupt verantwortlich – für den Krieg von 1939 gewesen ist als der Kaiser es 1914 war, stützte man sich nach 1945 in Deutschland auf das Verdikt der deutschen Alleinschuld, das von der Wahrheit genauso weit entfernt liegt wie die Kriegsschuldklausel des Versailler Vertrages. – Das Kriegsschuldbewußtsein (nach 1945) stellt einen Fall von geradezu unbegreiflicher Selbstbezichtigungssucht ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit dar. Ich jedenfalls kenne kein anderes Beispiel in der Geschichte dafür, daß ein Volk diese nahezu wahnwitzige Sucht zeigt, die dunklen Schatten der Schuld auf sich zu nehmen an einem politischen Verbrechen, das es nicht beging – es sei denn jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am Zweiten Weltkrieg aufzubürden.«

Kein ernst zu nehmender Historiker jenseits unserer Grenzen verschwendet noch viel Zeit, sich mit dieser politischen Zweckthese zu beschäftigen. Der französische Politologe Raymond Aron zuckte schon in den fünfziger Jahren die Achseln: »Wenn man die beiden Weltkriege als Bestandteile eines einzigen und gleichen Ganzen betrachtet, so wird man sich nicht auf das ›Ewige

Deutschland‹ berufen dürfen, sondern auf die tragische Verkettung von Ursachen und Wirkungen. Alle Alleinschuldthesen, welche die deutsche Nation anklagen oder den Kapitalismus beschuldigen, sind kindisch.«

Das gilt auch für den Angriff auf Polen. Daß neben den Problemen Österreich und Tschechoslowakei auch die polnische Frage bereinigt werden müsse, darauf wurde Hitler schon 1937 von dem stellvertretenden britischen Außenminister und Lordsiegelbewahrer Viscount Halifax bei einem Besuch in Berchtesgaden aufmerksam gemacht. Nüchterne Politiker waren sich damals darüber einig, daß – wie Harry Elmer Barnes zusammenfaßte – »Hitlers Forderungen an Polen in den Jahren 1938–39 die am wenigsten drastischsten, ja die großzügigsten waren, die er im Rahmen seines Planes einer friedlichen Revision des ungerechten Versailler Vertrages seit 1933 gestellt hatte«. Barnes bezeichnet Hitlers Forderungen als »die angemessensten, die er während seiner ganzen Regierungszeit an irgendein Land richtete. Sie waren weit konzilianter, als Stresemann und die Weimarer Republik es je in Betracht gezogen hatten.« Ein Experte wie Stefan T. Possony, Direktor der ›Hoover Institution on War, Revolution and Peace‹ an der kalifornischen Stanford University, scheute sich nicht, in denselben Jahren kühl zu bemerken, daß ›Kriegschuld‹ als ein völkerrechtlich judiziabler Tatbestand überhaupt nicht existiert.

Nicht das Abwägen von Schuld oder Unschuld des einen oder der anderen ist der springende Punkt, sondern allein die Klärung von Tatbeständen und Ereignissen. Dies ist aber nur jenseits von Rechtfertigungen und Anklagen möglich. Nicht die moralische Frage hat den Historiker zu beschäftigen. Sie ist für die Darstellung des Sachverhalts ohne Belang. Auch Sympathie oder Abneigung darf der Geschichtsschreibung nicht die Feder führen. Diskussionen über Kriegs- oder Kollektivschuld, Auseinandersetzungen unter Historikern über die Einmaligkeit von Verbrechen oder über ihre mögliche Vergleichbarkeit stehen denjenigen zu, die den individuell-sittlichen Maßstab als Meßlatte auf ein ganzes Volk übertragen. Dergleichen fällt nicht in die Kompetenz des Geschichtsforschers. Wohl aber muß er das Recht haben, die Darstellung von Sachverhalten zu überprüfen. Er muß die Freiheit besitzen, sich mit den Fakten selbst zu beschäftigen.

### *Der ›Überfall‹*

Zu den langlebigsten Legenden des Zweiten Weltkrieges gehört die Vorgeschichte des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Von der Eroberung des »Lebensraums im Osten« für Deutschland über den ideologischen »Existenzkampf gegen den Bolschewismus« bis hin zu den Hitler unterstellten Welteroberungsplänen und der »Ausbreitung der germanischen Herrenrasse« wurde jedes Argument mobilisiert, um auch diesen Angriff in die Reihe der kriminellen Exzesse Hitlers und des Dritten Reiches einzuord-

nen. Die Literatur dazu ist kaum noch zu überblicken, noch weniger sind die Schlußfolgerungen aufzulisten, die aus diesem »Überfall« des hemmungslos aggressiven Deutschlands auf die friedliebende, ahnungslose und treu zu den Abmachungen des Hitler-Stalin-Paktes stehende Sowjetunion gezogen wurden. Schlußfolgerungen, die bis heute die allgemeine Meinung des russischen Volkes über die Deutschen prägen.

Stalin hatte alles Interesse daran, diese Version zu verbreiten und die in der Tat fürchterlichen Leiden Rußlands im Zweiten Weltkrieg ausschließlich den Deutschen aufzubürden. Damit wurden die russischen Entscheidungen in Jalta und Potsdam sowie die Behandlung Deutschlands in den Jahrzehnten nach 1945 bis in unsere neunziger Jahre gerechtfertigt. Die Begründungen Hitlers und der deutschen Führung für den Angriff auf Rußland wurden als Heuchelei abgetan. Hitler habe – so lassen sich die gängigen Darstellungen in den deutschen Schulbüchern und in fast allen anderen Büchern über das »Unternehmen Barbarossa« zusammenfassen –, Hitler habe schon in *Mein Kampf* den Angriff auf Rußland gedanklich vorbereitet. Endgültig sei der Plan während des Jahres 1940 gereift. Die Begründungen Hitlers, die er in seiner Rundfunkrede nach Beginn des Angriffs vortrug, seien Vorwände und Lügen gewesen. Die Behauptung, er hätte mit seinem Präventivschlag einem russischen Angriff zuvorkommen müssen, sei an den Haaren herbeigezogen gewesen.

Ob für den Präventivkrieg Hitlers allein die Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Molotow am 12. und 13. November 1940 in Berlin den Anstoß gaben, oder ob es die Geheimgespräche zwischen der Sowjetunion und den USA waren, von denen Hitler informiert wurde, oder ob die Meldungen über die Umrüstung der Roten Armee den Ausschlag gaben oder gegeben haben sollen: Sämtliche Überlegungen dieser Art treten in den Hintergrund gegenüber der Tatsache, daß sich Hitler nach dem Molotow-Besuch dazu entschloß, den Krieg gegen die Sowjetunion als unvermeidlich anzusehen und entsprechend vorzubereiten.

Die These von Hitlers Präventivkrieg schien lange Zeit mehr spekulativ-logische Argumente für sich zu haben als handfeste Beweise. Die Forschung ignorierte selbst Stalins Rede vor Offizieren der Moskauer Frunse-Akademie 1941, deren Inhalt bis in einzelne Wendungen übereinstimmend von vier gefangenen sowjetischen Offizieren bestätigt wurde: »Der Plan des Krieges ist bei uns fertig. Flugplätze sind gebaut, Landeplätze und Flugzeuge der 1. Linie befinden sich schon dort. Alles zur Bereinigung der rückwärtigen Gebiete ist getan, alle fremden Elemente sind entfernt. Folgerung: Im Laufe der nächsten zwei Monate können wir den Kampf mit Deutschland beginnen. Es besteht ein Friedensvertrag mit Deutschland, aber das ist nur eine Täuschung oder eher ein Vorhang, hinter dem wir offen arbeiten können.«

Bei dem anschließenden Bankett im Georgs-Saal des Kreml erläuterte Stalin, was nunmehr unter ›Friedenspolitik‹ zu verstehen sei: »Es ist Zeit zu verste-

hen, daß die Losung der Friedenspolitik des Sowjetstaates schon ihre Rolle ausgespielt hat. Das ist eine Defensivlosung, mit welcher es der Sowjetunion gelungen ist, ihre Grenzen im Norden und im Westen ein wenig vorzuschieben und eine Reihe von baltischen Ländern mit 30 Millionen Bevölkerung zu erhalten. Das ist auch alles. Damit ist es jetzt zu Ende.« Stalin schloß mit der Versicherung: »Es ist Zeit einzusehen, daß nur eine entscheidende Offensive, nicht aber eine Defensive zum Sieg führen kann.«

Auch der Versicherung hochrangiger Sowjetoffiziere, daß Stalin den Angriff auf das Deutsche Reich für den Sommer 1941, vermutlich für August/September, geplant habe, wurde von der Forschung kein Glauben geschenkt. Divisionskommandeur Oberst Wladimir Bojersky teilte dies, nachdem er im Frühjahr 1942 in Gefangenschaft geraten war, bei seiner Vernehmung mit. Bestätigt wurde seine Aussage durch Generalleutnant Andrej Wlassow, der 1942 im Wolchow-Kessel gefangen wurde.

Inzwischen ist die Frage des Präventivangriffs auf Rußland endgültig entschieden. Ein ehemaliger hochrangiger sowjetischer Geheimdienst-Offizier hat in den letzten Jahren in mehreren Veröffentlichungen unter dem Namen Suworow mit zahlreichen Dokumenten bestätigt, daß der Aufmarsch der Roten Armee um den 10. Juli 1941 abgeschlossen sein sollte, um den Angriff zu beginnen. Die sowjetischen Truppenbewegungen unterlagen der höchsten Geheimhaltungsstufe, die räumliche Verteilung der Strategischen Staffeln war eindeutig offensiv und keineswegs als Vorsorge wegen eines befürchteten Angriffs Hitlers gedacht. Mit den Worten des sowjetischen Generalmajors Andrej Sinowjewitsch Naumow, der ebenfalls in Gefangenschaft geraten war: »Der Gedanke, daß Deutschland von sich aus und schon so bald die Initiative ergreifen würde, sei offensichtlich keinem der militärischen und politischen Führer der Sowjetunion in den Kopf gekommen.« Als er von einem seiner Truppenführer telefonisch informiert wurde, daß seine Einheit von deutschen Soldaten beschossen würde, habe er ihn angefahren, »er wäre wohl nicht ganz nüchtern und sehe Gespenster«.

Das strategische Offensivkonzept Stalins erklärt auch zu einem Gutteil die verblüffenden Erfolge der deutschen Truppen im Sommer 1941. Sie mußten keine Verteidigungsstellen durchbrechen, sondern sie durchstießen den sowjetischen Aufmarsch. Die Gliederung von Divisionen für eine Offensive unterscheidet sich in allen wesentlichen Punkten von derjenigen, die sich zur Abwehr eines gegnerischen Angriffs vorbereiten. Viktor Suworow weist auch darauf hin, daß die gigantischen Armeen, die an der russischen Westgrenze aufmarschiert waren, nur noch kurze Zeit verpflegt werden konnten. Es war beabsichtigt, die Ernährung aus den eroberten Gebieten Polens und Rumäniens zu bestreiten. Neben den Bodentruppen hatte Stalin zwei Millionen Fallschirmjäger und Luftlandetruppen bereitgestellt.

Vier Jahrzehnte nach der Anklage in den Nürnberger Prozessen, daß Hitler und die führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches wiederholt Angriffs-

kriege geplant hätten, lieferte der sowjetische Experte einen Kommentar, dem nichts hinzuzufügen ist. Der wie ein Felsbrocken auf Deutschlands gebeugtem Rücken lastende Imperativ: »Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen« muß ergänzt werden durch die ebenso kategorische Forderung, daß auch von russischem, französischem, britischem und amerikanischem Boden »nie wieder ein Krieg ausgehen« sollte.

## *Zum 8. Mai 1945*

Gedenktage sind Tage der Besinnung, der Erinnerung, der Bilanz. Der 40. Jahrestag der militärischen Kapitulation Deutschlands beschäftigt die bundesrepublikanischen Medien seit Monaten. Die Unverfrorenheit des Versuchs, uns den 8. Mai 1945 als Datum der Befreiung schmackhaft zu machen, wird nur durch die Schamlosigkeit der Begründungen dafür übertroffen. Der 8. Mai scheint des Schicksals sicher zu sein, im Öffentlichen ein Tag der Heuchelei zu werden. Am 8. Mai 1945 wurde in Europa der Krieg beendet. Wer diesen Tag mit Bewußtsein erlebt hat, wer sich an ihn erinnert ohne die Beschönigungen, Verzerrungen, Beflissenheiten und Lügen, mit denen seit Jahrzehnten unsere Geschichte und insbesondere unsere jüngere und jüngste Vergangenheit ungenießbar gemacht wird, der weiß es besser. Daran muß jeder von uns festhalten, ohne Konzessionen an das, was bequem ist, was gern gehört wird von denjenigen, die den politisch-offiziellen Beifall spenden. Opportunisten sind die Totengräber der deutschen Selbstbehauptung.

Der 8. Mai 1945 war ein Tag des Elends, der Qual, der Trauer. Deutschland, das deutsche Volk hatten sechs Jahre lang im gewaltigsten Krieg aller Zeiten um die Existenz gekämpft. Die Tapferkeit und Opferbereitschaft der Soldaten, die Charakterstärke und Unerschütterlichkeit der Frauen und Männer im Bombenhagel des alliierten Luftterrors, die Tränen der Mütter, der Waisen – wer die Erinnerung daran zuschandenmacht, lähmt unseren Willen zur Selbstbehauptung. Daran sollten wir am 8. Mai denken.

Die Sieger von 1945 erklären, für die Rettung der Humanität einen Kreuzzug gegen Deutschland geführt und gewonnen zu haben. Geführt auch mit den Mitteln eines Bombenkrieges, der das Kind, die Frauen, die Flüchtenden, die Greise genauso als Feind behandelte wie den regulären Soldaten. Der Tag der militärischen Kapitulation der deutschen Armee brachte den Alliierten den Frieden. Abermillionen von Deutschen brachte er die Hölle auf Erden. Haben die Sieger von 1945 keinen Anlaß danach zu fragen, mit welchen Verbrechen sie dem Triumph ihres Kreuzzuges für die bedrohten Menschheitswerte das Siegel aufgedrückt haben? In jenen Friedensjahren nach der Kapitulation, in denen von Ostpreußen bis nach Jugoslawien Deutsche erschlagen, hingemetzelt, vergewaltigt, gefoltert, vertrieben wurden – in jenen Jahren, die man uns jetzt zumutet, als Zeit der Befreiung und Wiege einer Zukunft zu feiern, die uns zum ersten Mal in unserer tausendjährigen

Geschichte ›Freiheit, Recht und Menschenwürde‹ gebracht haben soll? Denken wir daran am 8. Mai.

Wer im 20. Jahrhundert einen Krieg verliert, wird vom Sieger zum Schuldigen und Verbrecher erklärt. Wie soll man das Wertesystem derjenigen einschätzen, die mit denselben Urteilskategorien dem deutschen Volk 1945 jede Moral und alle Rechte bestritten und wenige Jahre später, als deutsche Männer wieder als Soldaten gebraucht wurden, das deutsche Volk plötzlich als würdig erachteten, westliche und östliche Interessen mit der Waffe zu verteidigen? Auch daran sollten wir am 8. Mai denken.

Der 8. Mai erinnert uns daran, daß wir besiegt wurden. Ja, wenn es nur die militärische Niederlage gewesen wäre. Es hätte nicht einmal das uralte Muster jener Kriege sein müssen, bei denen die Niederlagen kaum weniger ehrenvoll waren als die Siege. Aber Schuld eines ganzen Volkes für Verbrechen, die es als Volk nicht begangen hat, weil ein Volk keine Verbrechen begehen kann, sondern immer nur der Einzelne? Wenn von Schuld die Rede ist, dann auch von jener Schuld, daß wir nicht die Kraft und den Mut besaßen, uns gegen die generelle Herabsetzung zu wehren und uns nicht die Würde rauben zu lassen. Standfestigkeit und Unbeirrbarkeit wären um so nötiger gewesen, als uns das Gift der moralischen Selbstzerstörung Jahr für Jahr eingeträufelt wurde. Und wir wußten davon – denken wir daran.

Wir haben keinen Grund, den 8. Mai zu feiern. Feiern sollen diejenigen, die sich für die Sieger halten. Wie unsere früheren Gegner, die sich heute als unsere Freunde bezeichnen, ihre Feiern am 8. Mai mit dieser Freundschaft 1945 in Einklang bringen, ist allerdings nicht nur ihr eigenes Problem. Für uns ist es eine Gelegenheit, daran zu erinnern, daß die neue Zukunft, die uns von den Siegern 1945 beschert wurde, für unser Reich das Grab und für Deutschland und das deutsche Volk die Katastrophe seiner Zerstückelung bedeutete. Die Siegesparaden der früheren Alliierten werden uns nur zeigen, daß wir noch immer die Besiegten von 1945 sind, daß unser Land besetztes Land ist und unsere regionale Souveränität eine von Gnaden der Sieger mit Vorbehalten gewährte Souveränität. Daran müssen wir denken.

Die 40. Wiederkehr des 8. Mai 1945 ist das Fest der Sieger. Es ist nicht unser Fest. Uns dagegen steht die Erinnerung an Wahrheiten zu, deren Gehalt von keinem Datum abhängt. Zur Lebensgeschichte des Einzelnen wie zur Geschichte eines Volkes gehören die Niederlagen genauso wie die Triumphe. Nur dann, wenn sich der Einzelne, wenn sich ein Volk selbst aufgibt und sklavisch unterwirft, geht alles verloren – in der Variante einer Feststellung des römischen Kaisers Mark Aurel: »Laß dir die Vergangenheit, laß dir die Zukunft nicht verfälschen. Du wirst, wenn es nötig ist, schon hinkommen, mit Hilfe derselben Geisteskraft, die dich das Gegenwärtige ertragen läßt.«

---

* Die Abschnitte »Die Schuld am Zweiten Weltkrieg« und »Der ›Überfall‹« stammen aus Hellmut Diwald, *Deutschland Einig Vaterland*, München 1990, [4]1991; der Abschnitt »Zum 8. Mai 1945« erschien erstmals als Zeitschriftbeitrag im *Witikobrief*, Nr. 3, 1985.

GERD WOLANDT

# Deutschland einig Vaterland

Hellmut Diwald vertrat seine entschiedenen Standpunkte mit süddeutscher Liebenswürdigkeit. Wenn man bedenkt, welchen rüden Angriffen er ausgesetzt war, verwunderte das. Man stellte sich einen bitteren, schroffen Mann vor, und nichts dergleichen war der Fall. Auch die schärfsten Formulierungen trug er gewinnend vor. Nur bei zwei Anlässen habe ich ihn erlebt, einmal beim Vortrag in Bonn und einmal plaudernd in einer Würzburger Weinstube. Die Freude an der zugespitzten Formulierung war ihm anzumerken. »Mein geliebtes Deutsch«, das hätte auch er sagen können. Die verbissene Fremdwörterei der neuen Vordenker war ihm aus Reinlichkeitssinn zuwider. Er war gerade und vernünftig (»rational«). Auch gegen »deutsche Spinnerei« war er gefeit. Er war ein Mann des ganz normalen aufrechten Gangs. Daß er sich damit viele Feinde machte, das ließ sich nicht ändern. »An die Laterne, er hat ein Taschentuch!« läßt Büchner in *Dantons Tod* den Pöbel schreien. Man verleumdete ihn bis über das Grab hinaus. Ich habe es selbst auf einer Tagung erlebt, wie ein Germanist den Abwesenden bezichtigte, er leugne den Judenmord. Ich erlebte aber auch die Abfuhr wie mit der Reitpeitsche. »Das ist eine Verleumdung!« sagte ein Erlanger Mitschüler so, daß jedes weitere Wort erstarb. Es WAR eine Verleumdung, wie gerade sein Deutschland-Buch beweist.

Von den Diwald-Büchern hat mich dieses vor allem gepackt: *Deutschland einig Vaterland*. Es enthält die Vorgeschichte der deutschen Wende von 1989. Diese Vorgeschichte reicht bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zurück. Hauptthema ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker, angewandt auf die Deutschen, auch auf die der sogenannten Siedlungsgebiete. Sowohl für das Gebiet des Deutschen Reiches wie für das der Donaumonarchie stellt Diwald Verstöße zuungunsten der Deutschen in den Pariser Vorortverträgen fest. Vor allem die Annexionen ohne Abstimmung fanden ihre Stütze in der Kriegsschuldpropaganda. Die Folge dieser rechtswidrigen Annexionen war die Revisionspolitik von Stresemann bis Hitler. Hitlers Erfolge wurden von den Betroffenen, denen man ihr elementares Recht vorenthalten hatte, begrüßt.

Diwald zeigt beide Seiten der Sache: den anfänglichen Erfolg und Aufschwung und – die Terrorseite.

Diwald war mehr historisch-politischer Publizist und Geschichtsdenker als Fachhistoriker. In diesem Punkt zeigt er Verwandtschaft mit seinem Konkurrenten auf fast jedem Feld, mit Golo Mann. Das zeigt dieses schn ll niedergeschriebene Buch wie kein anderes. Die Anlage, die Reizwörter machen das deutlich. Der Band liest sich wie ein langer Brief an die Zeitgenossen, die er an die geschichtlichen und moralischen Tatsachen erinnert, die zu dem unerwarteten Ereignis der Wiedervereinigung geführt haben. Eine Auswahl der charakteristischen Kapitelüberschriften sei hierhergesetzt: Weimar und das Joch von Versailles – Traum und Trauma des Dritten Reiches – Benebelnder Bluff: Freiheit statt Einheit – Im Schlafsack der Bundesrepublik – Europa der Händler. Es findet sich auch manches Kennzeichnende in den Untertiteln: Sich in der Lüge einrichten – Ehrenerklärung für KZ-Wächter – Das Unrecht, Deutscher zu sein – Wink mit der Wertegemeinschaft. Man sieht also, wie der Hase läuft.

Ein Geschichtsbuch »aus deutscher Sicht«, aber eines aus realistischer deutscher Sicht. Keine Beschönigung der Dummheiten, Morde, des Terrors, der kulturellen und literarischen Unterdrückung, eben des Traumatischen am völkischen Traum von 1933. »Die Geschichte des Dritten Reiches ist ebenso eine Geschichte des Aufbruchs, der Befreiung, Zustimmung und Zuversicht ... und einer schier schrankenlosen Zukunftserwartung. Ebenso ist sie eine Geschichte der Entrechtung, der Unterdrückung, der Abscheulichkeiten, der Verbote, des Schandbaren, der Rechtswillkür, des Verbrechens, der Unmenschlichkeit, des Folterns, der Morde... der Illiberalität, der künstlerischen Borniertheit ... der literarischen Verfemung, der dichterischen Gängelung ...« (S. 34) Schreibt so ein Verharmloser, als der Diwald allgemein hingestellt wird? Und zum Thema Antisemitismus: »Treibend (beim Boykott jüdischer Geschäfte) waren Goebbels und Julius Streicher, die widerlichste Figur des Nationalsozialismus.« Das gehört für Diwald auch zur Vorgeschichte. Es ist nicht unnötig, darauf hinzuweisen, da es Geschichtsvergessenheit, die sich als »Vergangenheitsbewältigung« tarnt und in Wirklichkeit Vergangenheitsverfälschung ist, nicht nur links gibt, sondern auch rechts.

In der Zeit nach 1945 wiederholt sich das Spiel in weit gröberen Formen. Die Kriegsschuld-Reklame wird als Begründung für Gebietsannexionen und Austreibungen genutzt. Angesichts der Umerziehung bleibt jede Regung, die das Selbstbestimmungsrecht auch für Deutsche in Anspruch nimmt, auf der Strecke. Die Beflissenheit der westdeutschen Politiker, sich »einbinden« zu lassen, und die Willfährigkeit der Publizistik verstärken den Effekt. Dem Rechtsverzicht entspricht der halbkoloniale Status der beiden Zonen. Hinzu kommt der wachsende Wohlstand der Deutschen: Churchills Bild der Nachkriegsdeutschen trifft leider: »fett, aber impotent«. Historische Zweifel und Fragen werden juristisch verboten: »Die frisierte Geschichte«. Doch angesichts

der verordneten oder freiwilligen Würdelosigkeit wachsen die Zweifel. Insbesondere die Rolle der Gegenspieler Hitlers (Stalins und seiner Verbündeten) weckt Zweifel an der Schwarz-Weiß-Optik. Diwald tritt leidenschaftlich für Forschungsfreiheit endlich auch auf diesem Felde ein.

Ein Buch wie dieses ist für den Tag und die Stunde geschrieben. – Als Jahrgangsgenosse setzt man beim anderen gleiche oder ähnliche Geschichtserfahrungen voraus. Man hat die Angehörigen eines Geburtsjahrzehnts oder -jahrfünfts als »Kohorte« bezeichnet. Die Gleichheit oder die Nähe des Jahrgangs führt gleichartige Erfahrungen und gleichartige Wertungen mit sich. So fühlt man, in meinem Fall, viel Übereinstimmendes bei Knaben des Geburtsjahrgangs 28. Man war bei der Flak (oder der Marineflak), man war beim RAD (Reichsarbeitsdienst) und gerade noch bei der Wehrmacht. Auch später ging es ähnlich weiter. Man bewahrte skeptischen Abstand nach hinten, zu den Älteren, und nach vorn zu denen, die »das alles« nicht gesehen hatten. Entscheidend geprägt und geformt wurde man jedenfalls in dem endenden Krieg und in dem Nachkrieg. Scherzformel: »Der alte Schlageter-Geist lebt noch!« (Weiß heute noch jemand, wer das ist?) Die Welt der Schwarzhändler und die Welt der Spruchkammern taten ein übriges. »Der Aufstand der Greise (von Badoglio bis Konrad Adenauer) ließ uns kalt. Gegen die Geldgier und die Schwindeleien der Uralten waren wir immun. Wer verstand das schon, daß wir uns weder kaufen lassen noch uns anpassen wollten?

Die Kohorte und die Zeit.– Bei Schultreffen spürte man es: Die Gegenwart trennt, aber die Vergangenheit verbindet. Die Verbindung erweist sich dann allerdings als stark. Und das, was besonders eint, ist der Kontrast: die Ahnungslosigkeit der Aktenkoffer-Generation, der Verwöhnten und Wehleidigen,ja, schon die der begnadeten weißen Jahrgänge, jener Spät- und Nachgeborenen, der Posthumen, der Betroffenen, die ihre Väter verleugnen.

Mir san mir. Wir hatten ein freies Selbstbewußtsein, ein deutsches Selbstbewußtsein. Waren wir wirklich die letzten, die frei von Komplexen waren? Vielleicht könnte jetzt unter den Jungen etwas Ähnliches wieder wahr werden. Man wird abwarten müssen, bis die Zeit ein Ende hat. Ein Pfarrer in Mecklenburg sprach mir von »Bundis«. Gräßlich. Wenn wir irgend etwas unter gar keinen Umständen sein wollten, so waren das Bundesdeutsche. Niemals haben wir dieses Gebilde, dieses Phänomen, dieses Provisorium als »dieses unser Land« anerkannt. Wir kannten jederzeit nur eine einzige Loyalität: Deutschland. Keiner konnte uns das nehmen, obwohl es fast alle versuchten. Unsere Hymne blieb das Deutschland-Lied, nichts anderes. Wir verachteten alle Späths, die uns vor lauter Erbötigkeit dies madig zu machen suchten. Wir, unsere Kohorte. Für uns kann ich sprechen. Und ich setze kein Fragezeichen dahinter. Man sprach von Durststrecke. Das war es wohl. Der Zeitgeist war europäisch. Wir nicht.

Diwald gehört noch zur Kohorte. Sein Buch spricht uns an. Es ist ein Bekenntnis zu dem Deutschland, dem immer unsere Gedanken gehört haben.

Eine deutsche Geschichte der letzten siebzig Jahre? Gewiß, das auch. Aber zu unserer Unterrichtung hätte es dieser vierhundert Seiten nicht bedurft. Nicht die Tatsachen zählen. Über sie kann man durch Quellenstudium Klarheit gewinnen: wer was wo getan und gesagt hat. Was zählt, ist der Geist. Dieser Geist ist bei Diwald unzweifelhaft. Ein anderer Südostdeutscher, Richard Hönigswald aus Ungarisch Altenburg, Verfolgter und schließlich Emigrant, hat ihn als den »Patriotismus der Kultur« bezeichnet: »Wem er zu eigen geworden, der kennt den Beitrag seines Volkes zu den Werken der Kultur; d. h. er kennt und würdigt damit nach Maßstäben, die ihm seine Bildung liefert, die Kulturwirksamkeit anderer Völker.« Für Diwald hieß das den fälligen Schritt zur Normalität, zu einem Staatswesen mit Selbstachtung.

Hellmut Diwald hatte 1982 in einem Buch mit dem damals aberwitzig utopischen Titel *Die deutsche Einheit kommt bestimmt* seinen Beitrag mit dem Arndt-Wort geschlossen: »Ich habe nur EIN Vaterland, das heißt Deutschland. Mein Glaubensbekenntnis ist Einheit!« Damals hatte er geschrieben: »Nach einer generationenlangen Lähmung unseres Selbstbehauptungswillens steht jetzt, in den 80er Jahren des Jahrhunderts, ein Neuansatz des politischen Handelns an. Um diese Wende durchzuführen, ist ein langer Atem nötig. Wir Deutschen sind darin geschult. Mit einer Erneuerung unseres geduldigen Zuwartens, das uns so regelmäßig und trostreich empfohlen wurde, hat das nichts zu tun. Die Tugend geschlagener Völker ist nicht die Resignation, sondern die Geduld. Das Wort gilt allerdings bloß bis zu dem Augenblick, da es nur EINE Tugend gibt: die Geduld zu verlieren.« (S. 35) Unnötig zu sagen, daß Diwald sich acht Jahre später darauf berufen konnte, daß die Mitteldeutschen – wenigstens sie – die Geduld verloren haben.

Die Formel von der Kohorte, die gemeinsam durch die Geschichte zieht. Gemeinsam und prägend ist die Erlebnisgrundlage in bestimmten, besonders bildsamen Jahren. Diwald steht als 29er gewissermaßen am Rande dieser Erlebnisgeneration. Was das Trennende gegenüber anderen Jahrgangsgruppen ausmacht, ist nicht leicht zu sagen. Es ist eine komplexe Bewußtseinslage. Die Älteren, die Aufstieg und Niederlage viel gründlicher erlebt und erlitten hatten, resignierten. Sie fanden sich im großen und ganzen damit ab, daß man ihre alten Überzeugungen schmähte. Bei uns war das vielleicht anders. Wir hatten den Zynismus des »Endkampfs« als das Wesentliche verinnerlicht. Nicht das Pathos der Sondermeldungen, sondern die kaltblütige Lüge war unser Alltag. Wer hat jemals die Gespräche der Oberschüler in den Unterkünften der Flak aufgezeichnet? Zynismus war unsere Bewußtseinslage, Zynismus blieb unsere Bewußtseinslage auch nach dem Kriege. Wir hatten die Propaganda erlebt, und wir erlebten sie weiter. Goebbels' Wort hatten wir im Ohr: »Wir Intellektuellen wissen ja, daß die Propaganda nur für das Volk da ist!« Sagten Nannen und Höfer, sagten X und Y etwa die Wahrheit, bloß weil sie eine Wende von 180 Grad hinter sich hatten? Ein Leben in der Lüge, ein Leben mit der Lüge. Na und? Mit uns nicht. »Ohne mich!« Ohne mich – der

ganze Reeducation-Zirkus. Hitler, der Krieg, die Juden, zum Schluß sogar noch die Zigeuner – konnte man über all das denn nicht mehr verständig reden? Mußte sich denn über alles diese triefende Kirchentagsverlogenheit ergießen?

Sollte man alles und jedes nur, mit Fontane zu reden, als »Generalpächter der Moral« betrachten? Meine ziemlich ausgedehnte Beschäftigung mit dem Werk des oben erwähnten Emigranten lobte jemand als »Wiedergutmachungsleistung«. Er konnte sich nicht denken, daß einzig und allein philosophisches Interesse mich bewegt hatte, das Interesse für eine epochale philosophische Lebensleistung. Wo waren wir denn? In der Philosophie spielt der Quatsch »Antifaschismus« kaum eine, und wenn, eine klägliche Rolle, aber die Geschichte (die »Geschichtshistorie« las ich kürzlich) wurde – wenigstens was das 20. Jahrhundert betraf – ein Minenfeld. Geschichtsfremde Umerzieher beeindruckten oder terrorisierten die Szene und machten sich die Ahnungslosigkeit der Kollegen in Fragen der Propaganda, der Reklame und Ideologie zunutze. Langsam, am Rande, regte sich Widerstand. War es denn erlaubt, Hitler mit Tamerlan, mit Dschingis-Khan oder gar mit Stalin und Lenin zu vergleichen?

Es gab auf alles antifaschistische Antworten. Wir kennen sie, aber das Gewebe von Lüge und Vertuschung – ödet uns an. Goebbels hat es wenigstens noch gesagt, wenn er log. »Seid nicht zu objektiv!« das war ein Wort. – Kannte Diwald A. Paul Webers bitterböse Karikatur »Rückgrat raus!«? Eine passendere Illustration gibt es nicht für diese Teile des Buches. Schnee von gestern? Leider nicht. Noch suchen die »Pragmatiker« die Ewig-ewig-Heutigen, den Zug der Einheit so abzubremsen, daß sie mit ihrem beschädigten Rückgrat aufkriechen können.

Hans Schmidt

# Wallensteins Feldherrntum

Wallenstein der Feldherr und Soldat ist nicht unbedingt das Lieblingsthema der bisherigen Wallensteinforschung. Seine Biographen haben vielmehr diesen Aspekt seines Wirkens eher mit einer gewissen Unlust recht unscharf dargestellt. Dabei beruhte aber doch die ganze Laufbahn des Friedländers in erster Linie auf seinem Feldherrntum. Seine kriegerischen Erfolge waren schließlich die Voraussetzung für sein politisches Wirken, das dann aber die Historiker offenbar so faszinierte, daß sie seine militärische Tätigkeit dahinter zurückstehen ließen.

Gewiß, seit Moriz Ritter[1] hat man sein Kontributionssystem als eigenständige Organisationsleistung erkannt und noch mehrfach gewürdigt[2], gewiß hat auch die Wallensteinbiographik seit eh und je die Tatsache, daß er ein gewaltiges Heer in kurzer Zeit auf die Beine zu stellen vermochte, hervorgehoben, aber eine Würdigung seiner Bedeutung für das Kriegswesen seiner Zeit und eine Analyse seiner Feldherrneigenschaften fehlt in der Regel.[3]

1984 sprach ich diesen Umstand zum ersten Mal an[4] und verwies darauf, daß allenfalls Golo Mann, der Wallensteins Kriegskunst in einen Nebel snobistisch-ästhetizistischen Pseudopazifismus hüllte, durch gelegentliche sachkundige Bemerkungen verriet, daß er es auch besser hätte machen können[5]. Als Beispiel dafür sollen die folgenden Zitate dienen. »Es war eine Diversion, aus denen der Krieg seit 15 Jahren im wesentlichen bestand; einer jener Feldzüge, die eben sowohl anderswohin hätten gehen können, und noch besser unterbleiben. Warum nach Schlesien? Warum nicht nach Schlesien? Wieviel Heere waren über die waldigen Bergpäße zwischen Böhmen, Sachsen, Schlesien schon getrieben worden, zum Verderb der Länder, wieviele würden es noch Jahrhundert um Jahrhundert?«[6] Oder: »Man kennt die wenigen strategischen Figuren, die endlos sich wiederholten. Einer ging irgendwohin, damit er den anderen hinter sich herzöge; so Wallenstein nach Sachsen im November 1632. Einer verfolgte den anderen, der nicht verfolgt zu werden

wünschte, und erwischte ihn, oder erwischte ihn nicht; wie Wallenstein 1626 den Freibeuter Ernst von Mansfeld bis nach Ungarn verfolgt hatte, ohne ihn zu erwischen. Einer verfolgte den anderen, oder er tat so, als ob er ihn verfolgte, kehrte aber plötzlich um und stieß vor in den dünn verteidigten Raum, den der andere verlassen hatte. . .«[7] Aber auch: »Tilly und Wallenstein waren beide bedeutsame Generale, jeder auf seine Art. . . Wallenstein bei scheinbarem Nichtstun, welches man ihm so oft vorwarf, machte erst mit Werbungen und Rüstungen sicher, daß er der zahlenmäßig überlegene wäre, um dann durch weite, allmählich sich verengende Märsche den Feind abzuschneiden, einzukreisen, endlich zu fangen.«[8]

Letztgenannter Satz enthält zweifellos eine sachliche Aussage, über deren Inhalt man zwar streiten kann, aber das ist eine andere Frage. Und überdies stehen derart konkrete Sätze nur recht vereinsamt im Schwulst von Auslassungen wie den vorher zitierten.

Hellmut Diwald[9] ist in militärhistorischer Hinsicht weitaus der kundigste und präziseste. Aber auch er unterließ es, eine Synthese des Wallensteinischen Feldherrntums zu geben. Sätze wie: »Zu den größten Eigenschaften des Feldherrn Wallenstein gehört eine Fähigkeit, die bei den zeitgenössischen Soldatenführern kaum zu finden ist: die Gabe, abwarten zu können, den Überblick zu behalten.«[10] oder: »In der Kunst des kampflosen Hinausmanövrierens war Wallenstein der unerreichte Meister der ganzen Epoche. Und diese Epoche, in der es für einen Fürsten nichts Kostspieligeres gab als Soldaten, sah in der Kunst des kampflosen Sieges die Krönung aller strategischen Fähigkeiten.«[11] zeigen, daß Diwald den nötigen Sachverstand und ein nüchternes Urteil besaß. Aber auch er beließ es bei Einzeleinsichten. Offenbar interessierte ihn diese Seite seines Helden weniger. Seine Biographie, das muß deutlich gesagt werden, ist die präziseste aller Wallensteinbiographien und verdient deutlich den Vorzug vor Golo Mann.

Die deutsche Kriegsgeschichtsschreibung von Clausewitz bis Siegfried Fiedler[12] hat sich auch nicht gerade sehr eingehend mit den Feldherreneigenschaften des Friedländers befaßt. Und Josef Seidlers eingehende Untersuchungen über Lützen[13] gelten eben doch nur dieser Schlacht. Neuerdings hat Marcus Junkelmann[14] dem militärischen Gegenspieler Gustav Adolfs in seiner Biographie dieses Königs erhellende und zum Teil sehr kritische Ausführungen gewidmet, aber auch sie sind keine Gesamtwürdigung des Feldherrn Wallenstein und wollen es nicht sein.

Liddell Harts Wallenstein-Essay von 1927[15] gelangte ebenfalls nicht zu einer systematischen Betrachtung. Zu kurz und knapp, aber die Dinge doch wohl richtig sehend, sind Gunther E. Rothenbergs Ausführungen in *Makers of Modern Strategy*.[16]

Unerläßliche Voraussetzungen zur Beurteilung von Wallensteins Feldherrnfähigkeiten sind einmal eine kurze Betrachtung von Taktik und Strategie der Zeit, daneben eine Beleuchtung der damaligen Heeresstruktur und

schließlich eine Erörterung der logistischen Voraussetzungen des Zeitalters. Gerade der letztgenannte Aspekt war ja zu allen Zeiten ein Kernproblem der Kriegführung. Neben Martin van Crefelds Monographie ist als bahnbrechende Untersuchung der logistischen Problematik für die Frühneuzeit Geoffrey Parkers Buch über die *Spanische Straße* zu nennen.[17]

Hauptwaffengattungen damaliger Heere waren Infanterie und Reiterei. Die Reiterei diente dabei der Offensive, während die Infanterie eher den defensiven Kern einer damaligen Armee bildete. Eine merkwürdige Entwicklung hatte zu dieser Teilung der Aufgaben geführt. Im 15. und 16. Jahrhundert mußte zunächst das alte Rittertum, das auf hochspezialisierten, gut trainierten, kostspielig ausgestatteten Einzelkämpfern beruhte, seine Ohnmacht gegenüber dem Massendruck eines geschlossenen Haufens spießtragender, aber sonst höchst einfach ausgerüsteter Fußsoldaten erfahren. Eine Entwicklung, die von hoher Symbolkraft für die heraufziehende Neuzeit ist: dominiert in dieser doch in zunehmendem Maße die Quantität über die Qualität, und zwar in allen Lebensbereichen.

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts aber erlebten dann die inzwischen auch zu geworbenen Söldnern gewordenen Reiter eine Renaissance. Änderungen in Bewaffnung und Taktik waren dafür verantwortlich. Nicht länger mehr attackierten sie nämlich mit der Lanze oder dem Schwert in der Faust zuerst im Trab und dann im Galopp. Denn dieser Angriff mußte am Stacheligel der Spieße des Fußvolks zerschellen – das hatten die Ritterheere ja schmerzlich erfahren müssen. Nein, die neu entstehende Kavallerie bediente sich – immer noch relativ schwer gepanzert – der Karakole oder Schnecke als neuer Angriffsart. Das heißt, sie ritt langsam an den Gegner heran und feuerte ihre schweren Reiterpistolen auf den Haufen des Fußvolks ab. Jeder Reiter besaß bis zu sechs derartiger Pistolen, die in den Halftern und Stiefelschäften steckten. Nach dem Abfeuern ritt das erste Glied je zur Hälfte nach rechts und links ab, schlug einen halbkreisförmigen Bogen und gab so Gelegenheit zum Schießen für das nächste Glied. Selbst schloß man hinter dem letzten Glied der Truppe wieder auf, lud während dieses Manövers seine Pistolen, um beim erneuten Treffen auf den Feind wieder schießen zu können. Hatte man in den geschlossenen Wall der Spießer schließlich eine Bresche geschossen, dann brach man mit der blanken Waffe ein und war im Nahkampf dem Fußsoldaten mit seiner schwerfälligen Stange, aber auch den Kurzwaffenträgern zu Fuß überlegen. Das ganze Verfahren war umständlich und wirkte am besten gegen reine Pikeniere, die nicht von Schützen unterstützt wurden. Denn deren Gewehre schossen weiter und trafen genauer.

Auch im Kampf Reiter gegen Reiter wandte man die Karakole an. Die Kürisser, wie die Schwere Reiterei hieß, waren relativ stark gepanzert und saßen daher auf schwerfälligen, starken Pferden, die nicht sehr beweglich waren. Aber die Reiter waren über dem Einstudieren dieses kunstvollen und umständlichen Manövers zum taktischen Körper geworden, durchdiszipli-

niert und ihren Führern folgend, im Gegensatz zu den ritterlichen Einzelkämpfern. Mit zunehmender Sicherheit in der Bewegung wurden die Aufstellungen auch weniger tief. Ursprünglich waren es 17 Glieder gewesen.

Neben der schweren Reiterei gab es für den Aufklärungs- und Streifendienst leichte Reiter, die meist auf dem Balkan oder in Ungarn geworben wurden, wie die Stradioten – Albaner zumeist –, die Kroaten oder die leichten berittenen Schützen, Arkebusiere genannt nach ihrem leichten Gewehr, das ohne Stützgabel schießen konnte. Im Verlauf des Krieges kamen dann noch die Dragoner auf. Anders als die Arkebusiere waren sie eine auf minderwertigen Kleppern sitzende berittene Infanterie und kämpften zu Fuß. Die Karakole bewährte sich schließlich am besten beim Kampf von Reiterei gegen Reiterei.[18]

Die Infanterie war – das gilt vor allem für die kaiserlichen und ligistischen Heere, aber auch für das Wallensteins zumindest am Anfang – gegliedert in die sogenannten spanischen Tercios, gewaltige Schlachthaufen, die den festen Kern der Armee bildeten. Sie hatten sich aus dem Gewalthaufen der Schweizer und Landsknechte des 16. Jahrhunderts entwickelt. Mit zunehmender Anzahl der Feuerwaffenträger verwendete man die Tercios nicht mehr wie jene zum raschen Gewaltstoß. Die Tercios rückten vielmehr langsam auf den Feind los.

Den Kern eines Tercios, das ein gewaltiger viereckiger Haufen von 2000–3000 Soldaten war, bildeten die hochbezahlten Pikenträger. Die Schützen standen bastionsartig an den vier Ecken des Tercios. Bei ihnen unterschied man zwischen den Musketieren, deren schweres Gewehr beim Schuß auf einer Stützgabel ruhte, und Schützen mit leichteren Gewehren, die man aus der bloßen Hand abschießen konnte. Diese leichten Schützen bildeten den äußersten Rand der Feuerwaffenträger. Sie alle beschossen den sich nähernden Feind und warfen sich, wenn er auf Nahkampflänge herankam, für den sie nur unzulänglich bewaffnet waren, entweder vor der ersten Pikenierlinie auf den Boden, oder sie versuchten, noch rasch um die Pikenierfront herumzulaufen. Die Pikeniere senkten dann ihre vier bis sechs Meter langen Spieße und wehrten mit diesen den Stoß des Gegners ab, um dann langsam nachdrückend diesen zu werfen. Mit Recht hat man daher die Tercios wandelnde Festungen genannt.

Herbert Schwarz führt in seinem grundlegenden Werk *Gefechtsformen der Infanterie durch 800 Jahre* aus, daß das Innere des Pikenierhaufens eines Tercios kaum zum Schlagen im Nahkampf kam. War dies doch einmal der Fall, dann war das Tercio aufgebrochen und verloren[19]. Andererseits, so betont er, liefen Tercios nicht davon. Sie zerschmolzen langsam von den Ecken her und standen bis zum Ende.[20] Doch kam es im Dreißigjährigen Krieg, wie Schwarz weiter ausführt, nur sehr selten zum Nahkampf zwischen Infanterie. Nur bei Diedenhofen 1639, Wolfenbüttel 1641, Breitenfeld 1642 und vermutlich auch bei Lützen 1632, also in 4 der 33 Schlachten des Krieges, soll dies der Fall gewesen sein[21].

Die Artillerie spielte hauptsächlich bei Belagerungen eine Rolle. Die Geschütze waren schwer, schwerfällig und nur mühsam zu transportieren, noch mühseliger auf dem Schlachtfeld zu bewegen. Man stellte sie, in Batterien zusammengefaßt, vor der Schlachtlinie auf. Anfänglich war die Zahl der Kanonen in Feldschlachten recht gering. Eine leichtere und beweglichere Feldartillerie war zu Beginn des Krieges unbekannt.

Schlachten, die man mit derartigen Truppen schlug, dauerten in der Regel sehr lange. Schon der Aufmarsch war schwierig zu bewerkstelligen und währte stundenlang. Die Truppen mußten sorgfältig aufgestellt werden, die Truppenkörper, vor allem die Tercios, waren, wie schon erwähnt, schwerfällig und nach den Seiten kaum verschiebbar. Dies hat bekanntlich Tillys Niederlage in der ersten Schlacht von Breitenfeld 1631 besiegelt.

So war das Kriegsinstrument beschaffen, wie es Tilly und anfänglich auch Wallenstein zur Verfügung stand. Solange sie auf Heere derselben taktischen Schulung und Konzeption stießen, errangen sie damit auch große Erfolge. Bis zum Eingreifen Schwedens war dies mehr oder minder der Fall. Als aber mit Gustav Adolfs Armee eine Streitmacht in Deutschland auftrat, die infolge technischer und taktischer Neuerungen ein anderes Erscheinungsbild auf dem Schlachtfeld bot, sahen sich die katholischen Heerführer vor schwierigste Probleme gestellt. Tilly ist an ihnen gescheitert, das hat Marcus Junkelmann gezeigt[22]. Denn trotz der besseren Schlachtanlage mußte er bei Breitenfeld infolge der elementartaktischen Unterlegenheit seiner äußerst langsamen Tercios eine vernichtende Niederlage hinnehmen. Wallenstein hat sich dann, durch vorsichtige Veränderungen im taktischen Konzept, der Entwicklung anzupassen versucht. Und er war sich der dennoch weiterbestehenden taktischen Überlegenheit der Schweden bewußt und richtete sein Verhalten und seine strategische Konzeption danach aus.

Die Neuerungen, die Tilly und Wallenstein so zusetzten, kamen ursprünglich aus den Niederlanden. Dort hatte, im ausgehenden 16. und beginnenden 17. Jahrhundert, Moritz von Oranien im Kampf gegen die Spanier versucht, seinen Truppen, besonders dem Fußvolk, mehr Beweglichkeit zu verleihen. Das Studium antiker Kriegstheoretiker wie Aelian und Kaiser Leo III. von Byzanz, Vegetius und Julius Caesar, um nur die wichtigsten zu nennen, hatte ihn auf die Idee gebracht, durch eine dünnere, also nicht so tiefe und quadratische Aufstellung wie beim Tercio, mehr Infanteristen an den Feind zu bringen und die Truppenkörper beweglicher zu machen. So verkleinerte er die taktische Einheit und gab überdies den Schützen Nahkampfwaffen, damit sie beim Handgemenge nicht wehrlos waren. Sie brauchten sich also nicht mehr unbedingt hinter die Pikeniere zu flüchten. Die kleinen Truppenkörper – er führte Bataillone von 500 Mann Stärke ein, von denen jeweils 5 dann eine Brigade bildeten, die man schachbrettartig aufstellte – erforderten natürlich dank ihrer größeren Beweglichkeit mehr Geschicklichkeit der Soldaten als die größeren quadratischen Tercios. Auch mußte man sie im Gefecht zusammen-

halten. Bei den Tercios ergab sich das von selbst. Mit einem Wort, die Kämpfer dieser Bataillone mußten besser eingeübt sein als die eines Tercios. Außerdem benötigte man mehr Offiziere und Unteroffiziere als im großen Haufen.

Nicht zuletzt auch unter dem Einfluß des Neustoizismus — der Name des Justus Lipsius ist hier zu nennen, auf den in diesem Zusammenhang sowohl Werner Hahlweg als nicht zuletzt auch Gerhard Oestreich hingewiesen haben[23] – begann Moritz daher regelmäßig mit seinen Truppen zu exerzieren, diese zu »trillen«[24]. Das Wort wurde damals erfunden. Und der Drill gehörte von nun an zum Erscheinungsbild einer Armee.

Im Unterschied zu den Tercios, die wie ein Fels in der Brandung standen oder unter dem Anprall, der sie traf, zerschmolzen, die im Angriff mit voller Wucht, aber langsam drückten, erreichten die kleinen Truppenkörper, die Moritz geschaffen hatte, ihr Ziel nicht durch Massendruck, vielmehr durch Manövrieren. Die Wirkung dieser »holländischen Ordnung« – so oder »niederländische Ordinanz« oder »Status Belgicus« nannten sie die Zeitgenossen[25] – die Wirkung dieser neuen Aufstellung beruhte nicht zuletzt auch auf der besseren Zusammenarbeit der beiden Hauptwaffenarten der Infanterie, der Piken und Musketen. Man erzielte eine Wirkung, die dem Tercio versagt blieb.

An diese Reformen des Oraniers knüpfte Gustav Adolf, und zwar so früh an, daß er seine Weiterentwicklung zunächst gegen die Polen erproben konnte, bevor er sie nach Deutschland brachte. Das Wesen dieser Neuerungen, die die Angriffskraft der Infanterie erhöhen sollten, bestand, wie Gunther Rothenberg es ausgedrückt hat, in der Verbindung von Beweglichkeit und Feuerkraft.[26] Er übernahm die kleinen Einheiten der Oranier, kombinierte sie aber zur schwedischen Brigade aus drei Regimentern und verstärkte die Feuerkraft dieser nach damaligen Begriffen hochbeweglichen Formation nun auch noch durch leichte Feldgeschütze, deren Konstruktion er anregte, die Regimentsstücke. Diese ergänzten die Wirkung der unbeweglichen schweren Artillerie. Die Läufe der leichtesten dieser Kanonen waren mit Lederriemen umwickelt, die das Zerspringen der Rohre verhindern sollten. Man nannte sie deshalb Ledergeschütze. Bewährt haben sie sich aber nicht. Jedes der schwedischen Regimenter zählte rund 1000 Mann.

Schließlich änderte Gustav Adolf auch noch die Taktik der Reiterei grundlegend. Vorbild waren dafür seine polnischen Gegner. Der König verbot nämlich die Karakole, die dem Geist der Kavallerie letzten Endes zuwiderlief und ließ seine Reiter im gestreckten Galopp mit dem Degen in der Faust angreifen. Zwischen die Schwadronen der Kavallerie stellte er kleine Musketiereinheiten, die den Reitern die Abwehr feindlicher Angriffe erleichtern und beim eigenen Angriff Breschen in die gegnerischen Tercios schießen sollten.

Eine weitere schwedische Besonderheit war, zumindest anfänglich, die Zusammensetzung des Heeres, war es doch eine Nationalarmee. Sie wurde auf Grund einer Art von Wehrpflicht rekrutiert, kostete daher nicht so viel wie eine reine Söldnerarmee und war besser diszipliniert. Doch war Schwedens

Menschenreservoir bald erschöpft, weshalb auch Gustav Adolf zum üblichen Söldnersystem übergehen mußte.

Die Heere der Zeit waren durch einen großen Troß belastet, führten doch viele der Soldaten Frauen und Kinder mit sich. So waren diese Armeen schwerfällig und langsam in ihren Bewegungen. Dies und der Umstand, daß man die teueren Söldner nicht gerne ohne zwingenden Grund den Gefahren einer Schlacht aussetzte, führte dazu, daß die Generale jener Zeit nicht unbedingt die Schlacht gerne suchten – Tilly, der immer eine schnelle Entscheidung anstrebte, war eine Ausnahme. Man zog es vor, durch geschickte Manöver den Gegner zum Rückzug zu veranlassen, ihm Teile seines Gebietes abzunehmen, Städte zu erobern, um ihn auf diese Art endlich mürbe zu machen. Besonders in Frankreich und den Niederlanden hatte sich diese »Ermattungsstrategie«, wie Hans Delbrück sie genannt hat[27], herausgebildet. Allerdings hatten die zahlreichen Festungen, die ein freies Operieren zwischen diesen unmöglich machten, eine derartige Strategie fast erzwungen. Denn Festungen waren seit der Erfindung der Bastion in Italien im frühen 16. Jahrhundert wieder sehr schwer bezwingbare Hindernisse. Erst Vauban, der große Festungsbaumeister und -belagerer im Zeitalter Ludwigs XIV., hat dies wieder geändert, und zwar durch die Ausbildung wirksamer Belagerungstechniken.

In Deutschland sahen die Dinge etwas anders aus. Große Belagerungen gab es in den ersten Jahren des Dreißigjährigen Krieges kaum. Stralsund 1628, das sich hielt, und Magdeburg 1631, das erstürmt wurde, sind Ausnahmen. Auch gab es nicht so zahlreiche Festungen wie in den Niederlanden oder in Nordfrankreich. Aber in Deutschland gingen die guten Generale sehr methodisch vor, ließen sich Zeit, konnten allerdings sehr weiträumig operieren, da die Kleinheit der Heere es ihnen erlaubte, sich aus dem von ihnen durchzogenen Lande zu ernähren. Martin van Crefeld meint sogar, daß damalige Heere sich überhaupt nur durch Bewegung erhalten ließen, da sich die Ressourcen einer Region sehr rasch erschöpften. Stillstand hieß also Hunger. Andererseits brauchte die Verbindung zur Basis nicht unbedingt aufrecht erhalten zu werden. Wohl aber seien Heere gezwungen gewesen, den Flußläufen zu folgen und diese zu beherrschen, da Flüsse die besten Transportwege für schweres Gerät waren.[28] Wenn er allerdings glaubt, von Gustav Adolf behaupten zu können, daß in dessen Planung mehr als einmal »logistics were allowed to prevail over strategy«,[29] etwa im Hinblick auf den versäumten Entsatz Magdeburgs oder bei der Entscheidung nach dem Sieg von Breitenfeld, statt gegen Österreich direkt lieber zum Rhein mit dessen Ressourcen zu ziehen, dann übertreibt er wohl. Richtig ist, daß der Schwedenkönig kein strategischer Revolutionär war, vielmehr ein ausgesprochener Methodiker, was schon Clausewitz erkannte, als er von ihm sagte: ». . . Er war ein gelehrter Feldherr voller vorsichtiger Kombinationen«, um an anderer Stelle dies noch einmal nachdrücklich zu verstärken: »Ein kühner Invasions- und Schlachtenfeldherr

war Gustav Adolf überall nicht... er liebte mehr den künstlichen, manövrierenden, systematischen Krieg.«[30]

So ließ er sich denn auch nach seiner Landung im Jahre 1630 sehr lange Zeit zum Aufbau einer Basis und Sicherung eines politischen Rückhalts, ehe er losschlug. Wenn sie also diese auch nicht bestimmten, in hohem Maße beeinflußt haben logistische Rücksichten die Kriegsplanung aller damaligen Feldherren. Die Truppen waren eben abhängig von den Versorgungsmöglichkeiten, abhängig daher von den Transportwegen. Und diese waren spärlich, vor allem Brücken waren rar. Wenn Geoffrey Parker behauptet, im 17. Jahrhundert sei es doch recht leicht gewesen, Behelfsbrücken zu bauen, die noch dazu billiger als Transportschiffe gekommen seien,[31] wenn er weiterhin behauptet, Europa sei damals von einem mindestens ebenso dichten und für die damaligen Bedürfnisse ebenso brauchbaren Wegenetz überzogen gewesen wie heute[32], so ist dies problematisch. Fest steht, daß sich die militärischen Operationen im Dreißigjährigen Krieg doch sehr eng an die großen Verkehrsstraßen anlehnten.

Dies sind, grob und knapp skizziert, die äußeren Gegebenheiten damaliger Kriegführung. Die Heeresstruktur wurde bisher nur gestreift, weil sie im Zusammenhang mit Wallensteins Werbungssystem erläutert werden muß. Was war nun der besondere Beitrag des Friedländers zu dieser Kriegskunst, worin bestand also seine Feldherrenleistung? Zum einen – und das ist altbekannt – in der Tatsache, daß er als genialer Organisator und Kriegsunternehmer es verstand, ein Heer von einer Zahlenstärke aufzustellen, die bis dahin unerhört gewesen ist. Und er vermochte es nicht nur aufzustellen, sondern auch zu unterhalten! Bahnbrechend wirkte er dabei durch den systematischen Aufbau einer Heeresversorgungswirtschaft. Das hatte es bis dahin nicht gegeben. Zum anderen aber in einer neuartigen Strategie, die es ihm ermöglichte, sein neues Heer mit größtem Erfolg zum Einsatz zu bringen. Organisatorische Fähigkeit und strategische Begabung waren also in ihm vereint. Sie verbanden sich nun drittens mit großen politischen Fähigkeiten und ließen ihn sein militärisches Handeln stets mit dem politischen Zweck verbinden. Wallenstein war daher Politiker, Organisator und Feldherr in einer Person.

Ermöglicht hat ihm seine Laufbahn zunächst sein Armeeunterhalts- und Kontributionssystem. Was war dessen Geheimnis? Wallenstein Prinzip, der Krieg müsse den Krieg ernähren, allein nicht. Denn das hatten andere vor ihm auch gedacht und praktiziert, so z. B. sein erster Hauptgegner Ernst von Mansfeld. Aber wie hatte er, hatten alle diesem Prinzip gehuldigt? Und wie verfuhr Wallenstein? Genau darin liegt der große Unterschied.

Die alten Söldnerführer ließen ihre Truppen in den besetzten Gebieten in übelster Weise hausen. Mansfeld schon deshalb, weil er sie nicht bezahlen konnte und überzeugt war, daß er ohne Geld sie nicht zu disziplinieren vermöge.[33] Christian von Halberstadt hielt es nicht besser.

Hier aber setzte Wallenstein ein. Auch er ließ seine Soldaten aus dem Lande leben, aber nicht durch Plünderung und Mordbrennerei. Vielmehr sah er auf strenge Disziplin, ließ aber die besetzten Territorien, gleich ob Freund oder Feind, hohe Kontributionen zahlen, Geld und Naturalien, die er durch die Beamten des betreffenden Territoriums einziehen ließ. Darüber hinaus rüstete er seine Heere, die er mit dem erpreßten Geld besoldete, aus seinen friedländischen Magazinen und Werkstätten aus. Sie wurden aus diesen bewaffnet, bekleidet und verköstigt. Im Endeffekt floß daher der größte Teil des erpreßten Geldes wieder in seine Hände zurück.[34]

Das System belastete die jeweils betroffenen Regionen in hohem Maß, war aber immer noch besser als ungeregeltes Plündern. Selbst der Wallenstein nicht freundlich gesinnte Khevenhiller räumte ein: »... und ob er das Reich hart bedrängte, so hat doch der Soldat und der Bauer zusammen gelebt«.[35] Trotzdem bedeutete auf längere Sicht eine derartige Einquartierung natürlich den Ruin der so heimgesuchten Gegend. Keine Armee konnte daher geschlossen für eine lange Zeit auf einem Punkt stehenbleiben, das hebt van Crefeld mit großem Nachdruck hervor als eine Grundtatsache, die die ganze damalige Kriegführung beeinflußt habe.[36] Aber dank seines Systems konnte Wallenstein seine Heere länger geschlossen beisammenhalten als alle seine Gegner. Er aber wußte dies und machte diesen Umstand zu einem wichtigen Element seiner Strategie.

Noch eine Besonderheit des Wallensteinschen Systems muß erwähnt werden: die Bindung seiner Offiziere an seine Person. Kriegsherr war der Kaiser. Dieser hatte aber kein Geld zur Truppenwerbung. Wallenstein legte es ihm vor. Aber er delegierte nun seinen Anspruch an diesen zum großen Teil dadurch an seine Obersten, die ihre Regimenter in selbständiger Regie warben, so wie die Hauptleute ihre Kompagnien für den Obersten auf eigene Verantwortung werben mußten, daß er diese das Geld für die von ihnen anzuwerbenden Truppen vorlegen ließ und ihnen die sichere Rückzahlung durch den Kaiser garantierte. So machte er diese Offiziere, deren Ernennung allein durch ihn erfolgte, zu mittelbaren Gläubigern des Kaisers. Über ihn allein aber lief das Geschäft, und so band er sie durch ihre Interessen an seine Person.[37]

Dieses Verfahren war insofern genial, als sich unter den Fahnen des Kaisers ein recht buntgewürfelter Haufen zusammenfand. Die Offiziere stammten aus aller Herren Länder und aus allen Ständen, wenn auch der Adel überwog. Im Jahre 1633 waren von insgesamt 107 Regimentsinhabern 4 Fürstensöhne, 90 Adelige und 13 bürgerlicher Herkunft. Doch besaß mancher der Adeligen nur einen recht zweifelhaften Adelsbrief. Insgesamt eine sehr gemischte Gesellschaft aus Deutschen, Wallonen, Böhmen, Iren, Italienern, Spaniern und Schotten bestehend. Protestanten fanden sich auch unter ihnen, da Wallenstein in Konfessionsdingen nicht kleinlich war, doch überwogen natürlich die Katholiken.

Wechsel der Partei nach Ablauf des Vertrags war möglich und nicht unehrenhaft. Auch um dies zu verhindern hatte Wallenstein sein System der Bindung der Offiziere durch Finanzinteressen an ihren Feldherrn entwickelt. Die Verdienstmöglichkeiten eines Regimentsinhabers waren dabei nicht schlecht. Lieferte ein Obrist, der sein Regiment ja ausrüstete, den Soldaten etwa 8 bis 24 Gulden – und das kam häufig vor – und nahm diese bei deren Ausscheiden gegen einen halben Gulden zurück, dann konnte er jährlich allein bis zu 2000 Gulden nur aus diesem Geschäft verdienen.[38] Weitere Möglichkeiten zu unredlichem Gewinn verschafften ihm dann Manipulationen bei der Stärkeangabe an den Hofkriegsrat. Man nannte eine höhere Zahl, als man wirklich Soldaten hatte, ließ Gefallene noch als Lebende mitlaufen und stellte bei Inspektionen, damit dies nicht auffiel, Diener, Pferdeknechte usw. in die Reihen. Diese Praxis war europaweit üblich.[39] Den zuviel gezahlten Sold strich man selber ein. Die nicht vorhandenen Soldaten aber ließ man im Verlauf des Feldzugs allmählich fallen oder an Krankheiten sterben.

Mit diesem Heer hat Wallenstein seine großen Erfolge errungen dank einer bis dahin nie gesehenen Kriegführung, die wegen dieses Umstandes bei den Zeitgenossen weitgehend auf Unverständnis stieß. Ihre Bedeutung liegt mehr auf strategischem als auf taktischem Gebiet. Auf diesem war er kein Neuerer, verharrte vielmehr während seines ersten Generalats in der Terciotaktik und veränderte diese dann im zweiten Generalat unter dem Eindruck der Erfolge Gustav Adolfs, ohne sie aber aufzugeben. So stand sein Fußvolk bei Lützen zwar in etwas dünnerer und flacherer Aufstellung, aber doch in der Tercioformation. Für Wallensteins Fähigkeit und Selbstkritik spricht, daß er sich der taktischen Unterlegenheit seines Heeres gegenüber den Schweden bewußt war, für seine Genialität, daß er es dennoch verstand, diese strategisch auszumanövrieren, und daß er Mittel fand, ihre taktische Überlegenheit durch geeignete Maßnahmen auszugleichen.

Was ist nun das Hauptmerkmal seiner Strategie? Nun, Wallenstein hat offenbar die Einsicht gehabt, die dann im 19. Jahrhundert Clausewitz auf die Formel brachte, die Defensive sei die stärkere Kampfform, jedoch mit negativer Zielsetzung, der Angriff die schwächere, allein mit positiver, stärkste Kampfform aber sei der Gegenangriff. Clausewitz sprach dabei vom »blitzenden Vergeltungsschwert«, die Formel ist berühmt geworden. Wallenstein hat in seiner Kriegführung die Konsequenzen aus dieser Einsicht gezogen und ein Verfahren gefunden, das es ihm erlaubte, die stärkere Kampfform der Defensive, kombiniert mit dem Gegenangriff, einer offensiven Strategie dienstbar zu machen. Dies hatte zur Folge, daß alle seine Schlachten, gerade auch, wenn er aggressive Absichten damit verband (Dessauer Brücke, Zirndorf), Defensivschlachten gewesen sind, weshalb man ihn fälschlicherweise – mit Ausnahme von Hellmut Diwald, der im Falle Zirndorf die Dinge richtig dargestellt hat, ohne aber zu der gerade zitierten Schlußfolgerung weiterzugehen[40] – als zaudernden Ermattungs- und Defensivstrategen bezeichnet hat[41].

Nichts ist falscher als das. Wallensteins militärische Genialität äußert sich vielmehr gerade darin, daß er es verstand, eine offensive Kriegführung so zu betreiben, daß er bei der entscheidenden Aktion selbst – obwohl er strategisch gesehen der Angreifer war – die stärkere Kampfform der Verteidigung wählen konnte. Daß dies neben einer hohen strategischen Begabung auch größte Energie erforderte, Energie, die sich auch in der Form der Selbstbeherrschung äußern konnte, im selbstauferlegten Zwang, scheinbar untätig abzuwarten, bis der Gegner die Gelegenheit zum blitzschnellen Handeln bot[42], versteht sich von selbst. Nicht umsonst hat Clausewitz, der aber hier auch etwas gespalten ist, schon gemeint: »In zwei Eigenschaften konnte er auf diesen Namen (den eines großen Generals) wirklich gerechten Anspruch machen: nämlich durch die Stärke seines Charakters, die sich in seinem kriegerischen Handeln durch eine fast fürchterliche Energie gezeigt hatte... und die fürchtende Verehrung, welche sein ganzes Heer für ihn hatte.«[43] Er meint dann aber doch, daß Wallenstein, ähnlich wie Gustav Adolf, bei alledem ein vorsichtiger und methodisch operierender Feldherr gewesen sei.

Der Herzog verstand es nahezu immer – Lützen ist hier die große Ausnahme –, seine Gegner in Lagen zu manövrieren, die diese vor die unangenehme Wahl stellten, entweder unter für sie ungünstigen Bedingungen eine Schlacht schlagen zu müssen oder bei mangelnder Versorgungsmöglichkeit einen Rückzug anzutreten, der für ihr Heer von verderblichen Folgen sein mußte. Wie prekär eine derartige Wahl aber war, beweist ein Ausspruch Richelieus, den André Corvisier zitiert: »Il se trouve dans l'histoire beaucoup plus d'armées péries faute de pain et de police (c'est-à-dire d'administration) que par effort des armes ennemies.«[44]

Zum erstenmal hat Wallenstein diese Fähigkeit im Dänischen Krieg bewiesen, als er Mansfeld dazu brachte, sich an den Schanzen der Dessauer Brücke eine Niederlage einzuhandeln. Die Winterquartiere 1625/26 hatte Tilly mit dem Ligaheer im Wesergebiet genommen. Wallenstein überwinterte mit seinen Truppen in den Stiftern Magdeburg und Halberstadt. Bei Feldzugseröffnung standen ihnen drei Heere – unter dem Dänenkönig selbst, unter Mansfeld und unter Johann Ernst von Weimar – gegenüber. Außerdem schlug Bethlen Gabor, der Fürst von Siebenbürgen, in Ungarn gegen den Kaiser los.

Christians IV. Kriegsplan sah nun vor, Tilly von der Weser und der Elbe her in die Zange zu nehmen. Daß Wallenstein mit seinem Heer gegen Bethlen marschieren werde, setzte er dabei verständlich voraus. Doch Wallenstein, der Deutschland als den Hauptkriegsschauplatz betrachtete, auf dem die Entscheidung fallen müsse, blieb stehen. Die Erblande, so meinte er, müßten eben und vermöchten es auch, sich so lange allein gegen Bethlen halten, bis die Lage im Reich positiv geklärt sei. Er lehnte es also ab, seine Kräfte zu zersplittern, und bildete vielmehr an der entscheidenden Stelle einen Schwerpunkt. Mit einem Wort, er beherrschte die strategische Lage vollkommen.[45]

Seinem Plan gemäß brach Christian IV. gegen Tilly vor. Johann Ernst von

Weimar fiel zur selben Zeit in Westfalen ein, um sich mit den Holländern, die man dadurch in den Krieg hereinzuziehen hoffte, zu vereinigen, und Mansfeld, der in Brandenburg überwintert hatte, sollte Wallenstein, der ja immer noch da war, binden und zum gegebenen Zeitpunkt sich mit den beiden anderen protestantischen Heeren vereinigen. In einer Zangenbewegung gegen Tilly sollte der ganze Plan gipfeln. Doch dazu kam es nie.

Wallenstein nämlich hatte mit dem ihm eigenen Scharfblick für wichtige Positionen die Elbebrücke bei Dessau besetzt, über die Mansfeld unbedingt ziehen mußte, wollte er sein Heer mit den Armeen Christians IV. und Weimars vereinigen. Gegen die Ansicht Parkers über die leichte Passierbarkeit von Flüssen muß man doch wohl feststellen, daß bei den damaligen Transportmöglichkeiten ein Heer an die wenigen großen Straßen gebunden, auf die wenigen vorhandenen Brücken angewiesen war. Daher ließ sich Mansfelds Aktionsmöglichkeiten leichter berechnen, als dies heute möglich wäre. Die Elbebrücke bei Dessau war also eine Schlüsselposition ersten Ranges. Wallenstein ließ den Brückenkopf befestigen und vertraute diesen einem seiner tüchtigsten Unterführer, dem bürgerlichen Luxemburger Johann Aldringen an. Mansfeld, der inzwischen die Stadt Brandenburg und die Havelübergänge erobert hatte, sah sich von der Verbindung mit seinen Alliierten abgeschnitten. Damit stand er genau vor dem Dilemma, das oben charakterisiert wurde. Entweder mußte er mit Gewalt versuchen, zu diesen durchzubrechen, oder aber sich in ausfouragiertes Gebiet zurückziehen und somit den Bestand seines Heeres gefährden. Das aber hätte den Feldzugsplan des Dänenkönigs ruiniert. Erfahrener Soldat, der er war, beurteilte Mansfeld seine Lage zutreffend und entschloß sich für den Durchbruchsversuch, der allein den Feldzug retten konnte. Das hieß aber: er mußte die Schanzen erstürmen. Bezeichnend, daß Golo Mann Mansfelds Entschluß, der der Situation angepaßt war, verständnislos kommentiert.[46]

Mansfelds richtiger, wenn auch verzweifelter Schritt blieb ohne Erfolg. Die stärkere Kampfform der Abwehr siegte am 28. 4. 1626 auf beiden Elbeufern. 4000 Tote blieben liegen, zahlreiche Kanonen gingen verloren. Ein Gegenstoß von Wallensteins Reiterei, im richtigen Augenblick angesetzt, hatte den Sieg vollendet. Das Heer Mansfelds war damit fürs erste ausgeschaltet. Tillys Sieg über den Dänenkönig bei Lutter am Barenberg am 24. August 1626 bereinigte die Lage dann völlig. Auch an diesem Erfolg waren Wallensteinische Truppen beteiligt, da nach dem Sieg an der Dessauer Brücke der Herzog sie zu Tilly hatte abordnen können.

Auch der weitere Verlauf des Feldzugs von 1626, der nach dem Sieg in Deutschland nun Wallensteins Abrechnung mit den inzwischen vereinigten Heeren Mansfelds und Johann Ernsts von Weimar sah, zeigt Wallensteins hohe Kunst des Manövrierens. Durch geschickte und für damals unerhört schnelle Märsche – 800 km in 30 Tagen, das sind, nachdem jeder dritte Tag ein Rasttag war, 40 km pro Tag, der übliche Durchschnitt betrug 15 bis 20 km![47] –

drängte er das Heer Mansfelds, das er von Böhmen fernhielt, durch Mähren nach Ungarn. Die Vereinigung mit Bethlen hatte er zwar nicht verhindern können, aber es gab nicht mehr viel zu vereinigen. Denn Mansfelds und des Weimaraners Armee hatte sich bei diesem Gewaltmarsch aufgelöst. Auch Wallensteins Heer war von 20 000 auf 8000 Mann reduziert worden, aber diese 8000 Soldaten waren schlagkräftig und einsetzbar.

Mansfeld und Johann Ernst erlagen bald danach den Strapazen dieses Feldzugs. Bethlen schloß schon vorher mit dem Kaiser einen Frieden. Auch dieser Feldzug zeigt Wallensteins Blick für geographische Gegebenheiten, die er seiner Feldzugsplanung nützlich zu machen verstand. Doch auch dabei ist ihm von den Zeitgenossen mangelnde Aktivität vorgeworfen worden, weil er anfänglich scheinbar untätig gewartet hatte, bis Mansfelds Absicht erkennbar und dessen Ziel offensichtlich war.

Höhepunkt von Wallensteins Strategie aber war der Sommerfeldzug von 1632 gegen Gustav Adolf. Wiederum verstanden die Zeitgenossen Wallensteins Strategie nicht. Vor allem Maximilian I. von Bayern, der allerdings den Friedländer haßte und ihm mißtraute, weshalb er überall Böswilligkeit witterte, warf ihm zunächst Untätigkeit vor, ja sogar bewußte Sabotage.

Die Ausgangslage ist bekannt. Wallenstein war nach seiner Wiedereinsetzung und nach der Anwerbung eines neuen Heeres zunächst daran gegangen, Böhmen, als seine Basis, von den Sachsen zu säubern. In der Zwischenzeit hatte der Schwedenkönig Bayern erobert und verheert. Daß die Schweden seinen Soldaten taktisch überlegen waren, war Wallenstein bewußt. Eine offene Feldschlacht war daher ein kaum verantwortbares Risiko, außer bei großer zahlenmäßiger Überlegenheit. Es galt also, vorsichtig und methodisch zu verfahren. Vor allem aber durfte man nicht vereinzelte Korps einer Niederlage aussetzen. Und so ließ Wallenstein die Bayern zunächst allein und zog erst nach der Sicherung Böhmens diesen zu Hilfe, nun mit der ganzen Armee. Am 1. Juli vereinigte er diese mit dem Ligaheer des bayerischen Kurfürsten in der Oberpfalz. Vereint stießen die Truppen gegen Nürnberg vor.

Dort hatte sich inzwischen Gustav Adolf, der zahlenmäßig dem kaiserlich-ligistischen Heer unterlegen war, in einem befestigten Lager verschanzt. Maximilian I. wollte dieses sofort angreifen, aber Wallenstein weigerte sich. Zu genau wußte er um die Gefahren eines derartigen Versuches und noch dazu gegen die taktisch überlegenen Schweden. Er ließ vielmehr ebenfalls ein befestigtes Lager bei Zirndorf errichten. In einer Waffengattung war er seinem schwedischen Gegner überlegen, und zwar an Zahl und Qualität: der Reiterei. Besonders der leichten Reiterei hatten die Schweden nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen. Im Streifscharenkrieg kam dies besonders zur Geltung.

Den Herzog beunruhigte es so gar nicht, daß der Schwedenkönig durch beständigen Zuzug schließlich sogar die Überzahl erhielt. Je größer die Zahl der Esser in Gustav Adolfs Lager, desto schwieriger mußte es werden, diese zu verpflegen, und desto stärker wurde die Gefahr eines Seuchenausbruchs.

Und Infektionskrankheiten waren zu diesen Zeiten nun einmal die häufigste Todesursache. Daß die Schweden aber Hunger bekamen, dafür sorgten Wallensteins leichte Reiter. Sie störten den Verpflegungsnachschub ganz gewaltig. Es kam im Schwedenlager so, wie Wallenstein erwartete.

Gustav Adolf war eindeutig von einem überlegenen Strategen ausmanövriert worden. Wie seinerzeit Mansfeld stand er vor der schweren Wahl, entweder ruhmlos abzuziehen oder einen Sturmversuch auf Wallensteins Lager zu unternehmen. Die erste der Alternativen wäre aber einer moralischen Niederlage gleichgekommen. Schon im Hinblick auf seine unsicheren deutschen Verbündeten, von denen der Kurfürst von Sachsen sehr gerne aus dem Krieg mit dem Kaiser herausgekommen wäre, kam diese Alternative also nicht in Frage. Und wiederum kann man beobachten, wie Wallenstein auch politische Erwägungen seinem strategischen Kalkül nutzbar machte. Griff der Schwede aber das von Wallenstein nach allen Regeln der Fortifikationskunst befestigte Lager an, dann glichen die stärkere Kampfform der Defensive und der Schutz durch die Befestigungen die elementartaktische Überlegenheit der Schweden mehr als aus. Die Gefahr, sich dabei blutige Köpfe zu holen, war also groß.

Kein Wunder, daß Gustav Adolf lange schwankte. Sechs Wochen lang lag er Wallenstein untätig gegenüber. Maximilian I., der Wallensteins Gedanken nicht durchschaute, war der Verzweiflung über dessen vermeintliche Untätigkeit nahe. Aber er war von Wallensteins Hilfe abhängig und wurde von Wien immer wieder gebeten, diesen nicht zu vergrämen. Zähneknirschend fügte er sich daher in sein Glück!

Wallensteins Rechnung aber ging glänzend auf. Er hat seine Strategie übrigens persönlich in einem Brief an den Kaiser, den er am 15. September 1632 schrieb, wie folgt erläutert: »Es habe gegolten«, so schrieb er, »den Gegner so zu ›stringieren, als daß er entweder in Posto verhungern oder mit disavantaggio schlagen oder von dannen weichen mueste‹.«[48]

Am 1. September 1632 verlor Gustav Adolf die Geduld – das heißt also seine Nerven – und ließ seine Soldaten stürmen. Drei Tage lang griffen diese mit verzweifelter Tapferkeit immer wieder an. Bernhard von Weimar, dessen Stern in diesen Jahren aufging, gelang kurzfristig tatsächlich ein Einbruch. Aber im Gegenstoß wurde dieser sofort bereinigt. Danach hatte der Schwedenkönig genug. Mehrere Tausend toter Schweden bedeckten das Schlachtfeld. Die Alliierten hatten nur halb so viel verloren. »Es war ein Wettkampf der Willenskraft mit dem Hunger als Hauptwaffe gewesen, und Wallenstein hatte ihn gewonnen.« Mit diesen Worten hat Basil Liddell Hart die Operation charakterisiert[49].

Um sein Prestige zu wahren, blieb Gustav Adolf noch einige Tage in seinem Lager stehen. Am 10. September aber zog er ab. Wallenstein, sehr zum Schmerz Maximilians I., ließ ihn unbehindert abziehen. Noch war ja die schwedische Armee im Kern intakt, warum also ein unnötiges Risiko eingehen

und den Erfolg unter Umständen verspielen? Und daß Gustav Adolf, obwohl er ihn überspielt hatte, ein guter General war, dessen blieb er sich auch bewußt. Sein eigener Kommentar spricht für sich selbst: »Er hatt eine gar schone Retirada gethan und weist gewis aus dise undt andere seine accionen, das er das Handtwerck leider wol verstehet.«[50]

Wallenstein hat im folgenden – und das verstärkte Maximilians Haß, der glaubte, der Friedländer opfere bewußt Bayern – sich eines Stratagems bedient, das Liddell Hart als die »Strategy of indirect approach« bezeichnet hat. Er marschierte nämlich, ohne sich um Gustav Adolf zu kümmern, nach Sachsen, um den König durch diesen Angriff auf dessen wichtigsten Verbündeten, der überdies politisch unzuverlässig war, zum Abmarsch aus Süddeutschland zu veranlassen. Seine Rechnung ging denn auch auf.

Gustav Adolf kam, allerdings so spät, daß Wallenstein schon nicht mehr an seinen Heraufzug hatte glauben wollen und die Truppen bereits in Sachsen in die Winterquartiere legen wollte. Schnell zog Wallenstein alles, was erreichbar war, an sich und traf am 16. November bei Lützen auf den Schwedenkönig. Hans Delbrück hat Wallensteins Verhalten vor dieser Schlacht, im Gegensatz zu den meisten Historikern, als richtig bezeichnet.[51] Wallenstein schlug eine Defensivschlacht, um sich den Rückzug nach Böhmen zu sichern. Diesmal war es allerdings eine unfreiwillige Defensivschlacht, die der Herzog durchkämpfen mußte. Sie endete unentschieden. Wegen des Verlusts der sächsischen Winterquartiere war sie eindeutig eine strategische Niederlage des Friedländers und Gustav Adolfs Revanche für Zirndorf. Aber dieser hatte mit seinem Leben dafür zahlen müssen, und somit war Lützen politisch ein Sieg.

Wie man es auch nimmt: wiederum hatte Wallenstein zumindest seine Ebenbürtigkeit mit Gustav Adolf bewiesen. Vor Nürnberg und unmittelbar danach aber war er es, der den Schwedenkönig hatte schlecht aussehen lassen.

Wenn wir schließlich Wallensteins letzte militärische Unternehmung, Steinau im Oktober 1633, betrachten, hier zwang er in blitzschnellem Zufassen eine schwedische Streitmacht von 10 000 Mann, die von Mathias Thurn allerdings miserabel geführt wurde, durch Einkesselung zur Kapitulation, dann ist folgende Schlußbetrachtung doch wohl gerechtfertigt.

Wallenstein war ein Feldherr ersten Ranges. Er überragte die meisten seiner Zeitgenossen als Stratege und verband diese Fähigkeit – und das ist selten – mit großer Organisationsgabe und politischen Fähigkeiten. In der Schlacht bewies er überdies Mut und Kaltblütigkeit. Auf taktischem Gebiet war er kein Neuerer. Er bediente sich der vorhandenen Mittel. Mit neuartigen Verfahrensweisen konfrontiert, hat er aber sein Heer diesen anzugleichen versucht. So hat er zum Beispiel nach Lützen der Kavallerie das Karakolieren verboten[52].

Kühne Angriffsschlachten waren seine Sache nicht, weshalb seine Zeitgenossen und viele Historiker ihn für einen Zauderer hielten. Doch das ist falsch. Er war vielmehr, so paradox dies auch klingen mag, ein kühner Angriffsstratege von weit ausgreifender Planung, der aber taktisch wenn möglich nur

Defensivschlachten schlug. Dazu mußte er seine Gegner in eine Situation manövrieren, die diese zwang, entweder unter schlechten Bedingungen für sie ihn anzugreifen oder beim Verzicht auf diesen Angriff kampflos schwerste Nachteile in Kauf zu nehmen. Dies war das Geheimnis seines kriegerischen Erfolges, eines Erfolges, der sich auch darin zeigte, daß er nie in offener Feldschlacht bezwungen wurde.

## Anmerkungen

1. Moriz Ritter, »Das Kontributionssystem Wallensteins«, in *HZ* 90 (1903).
2. Dazu grundlegend Martin van Crefeld, *Supplying War. Logistics from Wallenstein to Patton,* Cambridge–London–New York–Melbourne 1977, S. 5–17; ferner Fritz Redlich, »Contributions in the Thirty Years War«, in *Economic History Review,* 1954, S. 247–254; vor allem aber ders., »De Praeda Militari. Looting and Booty 1500–1815«, in *Vierteljahrsschrift f. Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte,* Beiheft 39, Wiesbaden 1956; sowie ders., *The German Military Enterpriser and his Work Force,* 2 Bde., Wiesbaden 1964.
3. Friedrich Foerster, *Wallenstein als Feldherr und Landesfürst,* Berlin 1834; Leopold von Ranke, *Geschichte Wallensteins,* Leipzig 1869 (hier zit. 1910); Hans Schulz, *Wallenstein,* Bielefeld–Leipzig 1898; Hermann Hallwich, *Fünf Bücher Geschichte Wallensteins,* 3 Bde., Leipzig 1910; ders.: *Briefe und Akten zur Geschichte Wallensteins 1630–34,* 4 Bde., Wien 1912; Heinrich Ritter von Srbik, *Wallensteins Ende,* Wien [2]1952, und Josef Pekar, *Wallenstein 1630–1634. Die Tragödie einer Verschwörung,* 2 Bde., Berlin 1937, sind hier in erster Linie zu nennen.
4. Hans Schmidt, »Wallenstein als Feldherr«, in *Mitteilungen des Oberösterreichischen Landesarchivs,* Bd.14 (Festschrift für Hans Sturmberger), 1984, S. 241–260.
5. Golo Mann, *Wallenstein. Sein Leben erzählt von Golo Mann,* Frankfurt/M. 1971.
6. Ebenda, S. 849.
7. Ebenda, S. 986.
8. Ebenda, S. 474.
9. Hellmut Diwald, *Wallenstein. Eine Biographie,* München–Esslingen 1969.
10. Ebenda, S. 380.
11. Ebenda, S. 374 f.
12. Carl v. Clausewitz, *Strategische Beleuchtung mehrerer Feldzüge von Gustav Adolph, Turenne, Luxemburg und andere Materialien zur Strategie,* Hinterlassene Werke des Generals Carl von Clausewitz. 9. Bd., Berlin 1837 (hier zit. nach [2]1862, S. 59 ff.); Hans Delbrück, *Geschichte der Kriegskunst,* Bd. IV, Berlin 1920, [2]1962, S. 341, bes. aber S. 240 ff.; Siegfried Fiedler, *Kriegswesen und Kriegführung im Zeitalter der Landsknechte,* Koblenz 1985.
13. Josef Seidler, *Das Prager Blutgericht 1633,* Memmingen 1951; ders., *Untersuchungen über die Schlacht bei Lützen,* Memmingen 1954; ders., *Besteht noch ein Lützen-Problem? Eine Antwort an Walther Hubatsch, Berthold Kitzing u.a.,* Memmingen 1971.
14. Marcus Junkelmann, *Gustav Adolf. Schwedens Aufstieg zur Großmacht,* Regensburg 1993.
15. Basil H. Liddell Hart, »Wallenstein. The Enigma of History«, in *Great Captains Unveiled,* Edinburgh–London 1927. (dtsch.: *Große Heerführer,* Düsseldorf–Wien 1968.)
16. Gunther E. Rothenberg, »Maurice of Nassau, Gustavus Adolphus, Raimondo Montecuccoli, and the ›Military Revolution‹ of the Seventeenth Century«, in Peter Paret (Hg.), *Makers of Modern Strategy from Machiavelli to the Nuclear Age,* Princeton N.J. 1986, S. 32–63.
17. Geoffrey Parker, *The Army of Flanders and the Spanish Road 1567–1659,* Cambridge 1972, [2]1978.
18. Delbrück, aaO., S. 150.

19. Herbert Schwarz, *Gefechtsformen der Infanterie durch 800 Jahre*, 2 Bde., München 1977, Bd.1, S. 212.
20. Ebenda, S. 198 f.
21. Ebenda, S. 214
22. Marcus Junkelmann, »Feldherr Maximilians: Johann Tserclaes Graf von Tilly«, in *Um Glauben und Reich: Kurfürst Maximilian I. Beiträge zur Bayerischen Geschichte und Kunst 1573–1675*, Bd. I, München 1980, S. 387 ff., bes. S. 389; jetzt auch ders.: *Gustav Adolf*, aaO., S. 343 ff.
23. Gerhard Oestreich, »Der römische Stoizismus und die oranische Heeresreform«, in *HZ*, 176, 1953, S. 17–43. Jetzt auch in ders., *Geist und Gestalt des frühmodernen Staates. Ausgewählte Aufsätze*, Berlin 1969. Man vergl. aber schon Delbrück (aaO.), S. 178 ff., bes. S. 181: »Der entscheidende Punkt ist äußerlich das Exerzieren, innerlich die Disziplin.«
24. Schwarz, aaO., S. 153, bes. S. 163 ff. Der Ausdruck erscheint etwa schon bei Johann Jacobi von Wallhausen, *Kriegskunst zu Fuß* (1615), Nachdr. Graz 1971, S. 23.
25. Schwarz, aaO., S. 153.
26. Rothenberg, aaO., S. 45.
27. Grundlegend Christopher Duffy, *Siege Warfare. The Fortress in the Early Modern World 1494–1660*, London 1979, mit weiterführender Literatur.
27. Delbrück, aaO., S. 333 f.
28. van Crefeld, aaO., S. 12 f.
29. Ebenda, S. 14.
30. Clausewitz, aaO., S. 25 u. 40. Zum Charakter der Kriegführung im Dreißigjährigen Krieg ist Delbrück, aaO., immer noch grundlegend. Sehr treffend und knapp auch die Ausführungen bei André Corvisier, *La France de Louis XIV. 1643–1715*, Paris 1979, S. 90 f.
31. Parker, aaO., S. 82. Dagegen aber Corvisier, aaO., S. 107 : ». . . à cause du petit nombre des ponts, le réseau des étapes comportait peu d'itinéraires.«
32. Parker, aaO., S. 83.
33. Onno Klopp, *Der Dreißigjährige Krieg bis zum Tode Gustav Adolphs 1632*, Bd. 1, Paderborn [2]1891, S. 543.
34. Grundlegend zu Wallensteins Wirtschafts- und Finanzpolitik: Anton Ernstberger, *Wallenstein als Volkswirt im Herzogtum Friedland*, Reichenberg 1929, und ders., *Hans de Witte, Finanzmann Wallensteins*, 2 Bde., Wiesbaden 1954; eine konzentrierte Zusammenfassung seiner Ergebnisse gibt der Aufsatz »Wallenstein als Volkswirt«, in ders., *Franken – Böhmen – Europa. Gesammelte Aufsätze*, 2 Bde., Kallmünz 1959, Bd. 1, S. 269–285.
35. Zit. bei Wilhelm Wostry, »Wallenstein«, in Willy Andreas u. Wilhelm von Scholz (Hg.), *Die Großen Deutschen*, Bd. 1, Berlin 1935, S. 565. Der Beitrag findet sich mit unwesentlichen Retuschen nahezu unverändert in Bd. 1 der Nachkriegsausgabe dieses Werkes, nunmehr hg. von Theodor Heuss, Hermann Heimpel und Benno Reifenberg, Berlin 1956, S. 519 ff.
36. van Crefeld, aaO., S. 12.
37. Wostry, aaO., S. 565.
38. Johann Christoph Allmayer-Beck u. Erich Lessing, *Die kaiserlichen Kriegsvölker. Von Maximilian I. bis Prinz Eugen 1489–1718*, Gütersloh 1978, S. 68.
39. Ebenda, S. 69. Hier der Hinweis, daß der Ausdruck »Strohmann« auf diesen Mißbrauch zurückgeht. Ferner André Corvisier, *Armies and Societies in Europe 1494–1789*, Bloomington, London 1979, S. 64 ff.; ders., *La France. . .*, aaO., S. 122, bes. aber S. 180 ff.
40. Diwald, aaO., S. 485 ff.
41. So zuletzt Golo Mann, aaO. (Anm. 5). S. 896: »Wallenstein war Verteidiger von Haus, denn starke Verteidigung ist gewisser als der Angriff, und das Gewisse spielte er gern.«
42. Diwald, aaO., S. 350: »Zu den größten Eigenschaften des Feldherrn Wallenstein gehört eine Fähigkeit, die bei den zeitgenössischen Soldatenführern kaum zu finden ist: Die Gabe, abwarten zu können, den Überblick zu behalten.«

43. Clausewitz, aaO., S. 59.
44. Corvisier, *La France...*, aaO., S. 91.
45. Hallwich, *Fünf Bücher...*, aaO., Bd.3: »Wallenstein an Ferdinand III., Aschersleben, den 2. April 1626: '... neben deme E. Kay. Mt. ich nochmalln vnderthenigst bitte thue, sy genedigist geruhen wollen, sich in grosere verfassungen zu stellen, dieweilen ein-maln von hinen durchaus nit moglich einen einzigen man zu entrathen.' Was er von Bethlens Gefährlichkeit hielt, zeigt sein Schreiben an Spinola vom 3. August 1626, ibid., S. 89: ›Vermeinen, daß es wegen des Bethlen ein gewinschter handel seyn werde, weilen sein Kriegen mehrers nur ein vrplötzlicher einfall und Straiff, als ein rechter wehrender Krieg, daß, so baldt Wir alsdann durch göttl. assistenz mit ihme fertig sein werden...‹; vor allem auch ebenda, S. 102, sein Schreiben an Esterhazy, Ungarisch-Brod, 5. September 1626: ›Komt nun der Mansfeldt, Weimar, Bethlehem vndt der Türck zugleich, so graust mir vor ihnen kein bissel nicht. Sie werden geschmissen so gewis, als dem Mansfeldter im Früling widerfahren ist.‹«
46. Mann, aaO., S. 389.
47. Diwald, aaO., S. 354.
48. Hallwich, *Briefe...*, aaO., Bd.3, S. 100; vgl. auch ebenda, Bd. 2, S. 673: »Man muß itzunder nur sulla difesa daselbst stehen, denn ich hoffe, wenn der König dahier nur einen einzigen Colpo bekommen wird, daß sich viele Sachen im Reich werden ändern. Ich vermeine auch, daB er all longo andar sich nicht wirdt halten können; wird müssen aus seinen Fortificationen, denn der Hunger und Mangel an Foragi wird ihn dazu treiben.« Zu den Vorgängen vor Nürnberg 1632 trefflich und das Richtige sehend Helmut Mahr, *Wallenstein vor Nürnberg 1632. Sein Lager bei Zirndorf und die Schlacht an der Alten Veste, dargestellt durch den Plan der Gebrüder Trexel 1634*, Neustadt a. d. Aisch 1982, S. 13–24, 28–32 u. 66 ff. Jetzt natürlich besonders Junkelmann, *Gustav Adolf...*, aaO., S. 430 ff.
49. Liddell Hart, aaO., S. 116.
50. Generalstaben, *Sveriges Krig 1611–1632*, Bd. VI: *Fran Lech till Lützen*, Stockholm 1939, S. 309, not. 3. Junkelmanns Ansicht: *Gustaf Adolf...*, aaO., S. 429 f., Wallenstein habe sich hier die Gelegenheit zu einem Vernichtungsschlag entgehen lassen, kann ich nicht folgen.
51. Delbrück, aaO., S. 242 f.
52. Ebenda, S. 205.

Alfred Ardelt

# Anmerkungen zu Hellmut Diwalds Werken

*Die Anerkennung – Bericht zur Klage der Nation*
*Mut zur Geschichte* und *Geschichte macht Mut*

Mit einem schmalen Band *Die Anerkennung – Bericht zur Klage der Nation* trat Hellmut Diwald im Jahre 1970 an die Öffentlichkeit. Bundeskanzler Willy Brandt und Ministerpräsident Willi Stoph hatten sich im März 1970 in Erfurt getroffen. Politik in Deutschland und bundesrepublikanische Deutschlandpolitik hatten damit eine andere Qualität bekommen. Darauf machte der Professor für Mittlere und Neuere Geschichte aufmerksam.

Voller Betroffenheit stellte er fest, daß entgegen allen gegenteiligen Beteuerungen bundesrepublikanische Politik nicht in der deutschen Einigung die Zielsetzung sah, sondern in den Westbindungen und damit in der Zementierung der deutschen Spaltung.

»Wir müssen den Konkurs einer Epoche anmelden, die am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Versailler Schlosses begann, und wir merken es nicht einmal. Oder wollen es nicht merken; das ist weit schlimmer. Wenn es der Politiker nicht kann, der Staatsmann nicht will, der Parteichef nicht sieht, dann muß es der Historiker tun.«[1]

Damit nahm der in Fachkreisen bereits bekannte Professor zu einem aktuellen politischen Ereignis von großer Tragweite Stellung. Seine Veröffentlichungen *Das historische Erkennen*, 1955, *Wilhelm Dilthey – Erkenntnistheorie und Philosophie der Geschichte*, 1963, *Wallenstein – Eine Biographie*, 1969, *Von der Revolution zum Norddeutschen Bund – Aus dem Nachlaß von Ernst Ludwig von Gerlach*, 1970, um nur die wichtigsten zu nennen, hatten ihm einen Platz in der Fachwelt gesichert. Er war bereits ein angesehener Historiker in der Bundesrepublik. Das Fernsehen entdeckte ihn. Eine Serie, »Dokumente deutschen Daseins« mit Wolfgang Venohr und Sebastian Haffner, machte ihn Ende der siebziger Jahre einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Schon hier ist auch der mitreißende Redner zu erkennen, der geschichtliche Vorgänge darzustellen und zu bewältigen wußte.

Diwald macht deutlich, Geschichte ist spannend, mit Leben erfüllt. Es lohnt sich, daß man sich mit ihr auseinandersetzt. In der Tageszeitung *Die Welt* hatte er eine Kolumne. Andere Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichten gern seine Betrachtungen zu historischen und aktuellen Ereignissen. Von ihm durfte noch manches erwartet werden, zumal er sich nun dem aktuellen Geschehen im deutschen und mitteleuropäischen Bereich zuzuwenden beginnt. So findet *Die Anerkennung* Beachtung.

Wer einen knappen Leitfaden zur deutschen Geschichte sucht, hier findet er ihn. Es kann unter diesem Gesichtspunkt auch heute noch zu dem Band geraten werden. Schnell aber geht Diwald auf die Ereignisse nach 1945 ein. Offen, ohne etwas zu beschönigen oder zu verharmlosen, für Rechte und Linke, Liberale und Konservative gleichermaßen schockierend, ohne die in den damaligen Jahren übliche Betulichkeit, ohne Bückling nach dieser und Fußtritten nach der anderen Seite. »Worum es geht, ist nichts anderes als die unsentimentale, rücksichtslose Analyse der Situation.«[2] Er kommt 1970 zu dem Ergebnis: »Wir in der Bundesrepublik haben auf dem Altar des spätkapitalistischen Geschäftes das Herz und die Seele unseres Nationalbewußtseins ohne großes Bedauern in Rauch aufgehen lassen.«[3] Und weiter: »Man muß es kalt aussprechen: Der Bundesbürger besitzt heute nur noch Rudimente eines nationalen Empfindens, Gefühlsfetzen eines deutschen Einheitsbewußtseins. Hier liegt ein Traditionsschwund vor, eine innere Organverstümmelung, die durch keine anderen Richtmaße ausgeglichen worden sind. Zu Beginn der Ära Adenauer war der Begriff der ›deutschen Einheit‹ noch gefüllt mit Hoffnung, Sehnsucht, Erwartung, Liebe, Qual, Trauer, er hätte zum Hauptbegriff eines Zielkatalogs entschlossener Politik werden können. Am Ende dieser Ära war daraus eine Floskel geworden, Bestandteil eines Parteikatalogs rhetorischer Windbeuteleien, die anhören zu müssen eine Beeinträchtigung menschlicher Grundrechte ist.«[4]

Adenauers Politik bezeichnet er als Muster einer Politik des erfolgreichen Scheiterns.[5] »Die Regierung Brandt war so nüchtern und so mutig, die Existenz zweier deutscher Staaten offiziell zur Kenntnis zu nehmen.«[6] Für einen Hochschullehrer ungewöhnliche Aussagen in einer Zeit, in der alles recht geordnet schien, die Welt in Gute und Böse schön eingeteilt war.

Das Buch schockierte, es paßte so gar nicht in die Landschaft. Betroffen legt man es schon aus der Hand. Das Ende der Nation wird festgestellt. Am bedrückendsten sagte er, sei »das ungeheuere Defizit an Zukunft, das mit unserer Lage verbunden ist. Es bleibt nur übrig, so nüchtern zu sein, daß es noch zur Trauer und Verzweiflung reicht«.[7] »Die Deutsche Nation ist schon lange zu Grabe getragen. Wir müssen so anständig sein, es auch denjenigen Hinterbliebenen mitzuteilen, die es bis jetzt noch nicht wissen. Es wird nie mehr einen Staat geben, der die deutsche Nation umfaßt und der Deutschland heißt. Trotzdem sollten wir diesen Toten so weiterlieben, wie wir ihn als Lebenden geliebt haben. Oder hätten lieben sollen.«[8]

Schockierende Aussagen, noch einmal sei es gesagt, die aber zum Nachdenken anregen und aufrütteln sollen: Die deutsche Frage ist nun nicht mehr eine Domäne von Institutionen und Berufspolitikern, sie ist zu einer Frage der Deutschen geworden. Gegenwärtig gibt es drei deutsche Staaten, BRD, DDR und Österreich. Sie sind alle drei verschiedenen politischen Systemen zugeordnet, dem westlichen, dem östlichen, Österreich schließlich neutral. Sie haben nur noch eine gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Geschichte. Das müssen wir einsehen.[9]

Abschied von Deutschland, das war für ihn die Wirklichkeit des Jahres 1970, wenn in Sonntagsreden auch anderes verkündet wurde. Der Leser hätte ein Recht darauf, meint Diwald, daß ihm die Wirklichkeit auch mitgeteilt werde. Wir haben es also mit einem Bekenntnis zur Wahrheit zu tun.

Nur vordergründig ist es Resignation, die aus Diwalds *Anerkennung* herauszulesen ist. Er hat Inventur gemacht[10]. Er wollte den Deutschen sagen, in welcher Lage sie sich befinden, um von hier aus neu und zukunftsgestaltend ansetzen zu können. Und er setzt neu an.

1978 kam dann seine *Geschichte der Deutschen* auf den Büchermarkt. Der seit der *Anerkennung* eher als »links« und als »neutralistisch« beurteilte Verfasser hatte einen großen Wurf gewagt. Die Zustimmung war zunächst allenthalben zu beobachten. Die Rezensenten zollten Anerkennung.

Im ganzen liegen die Ausführungen Diwalds in der Bandbreite des damals Üblichen. Bei eingehender Beschäftigung wird aber deutlich, daß hier nicht die eingefahrenen stereotypen eingeschliffenen Formulierungen vorkommen, daß es Diwald vielmehr um historisches Erkennen geht, was ja stets sein Anliegen war.

Diwald meinte, trotz einer nicht mehr zu übersehenden Fülle von Veröffentlichungen bleibe beim Kapitel »Die Endlösung« doch noch manches zu erforschen.[11] Damit aber war ein Tabu berührt, an der »Endlösung« durfte nicht gerüttelt werden, wie einstmals religiöse Dogmen nicht in Zweifel gezogen werden durften. Es sei angemerkt, Geschichte ist nie abgeschlossen. Dem forschenden Geist begegnen immer neue Quellen, es wachsen ihm ständig neue Erkenntnisse zu. Wer davon ausgeht, geschichtliche Vorgänge seien endgültig geklärt, da sei Neues nicht mehr zu erwarten, der verkündet Dogmen, mit Geschichte beschäftigt er sich nicht. Diwald hatte nur eine Binsenweisheit angesprochen. Die Reaktion zeigte, deutsche Geschichte der großen Verlage und der anerkannten Medien hatte, was die Zeitgeschichte anlangt, die vorgegebenen Pfade nicht zu verlassen.

Ein Blatt aus Hamburg begann sich der Sache anzunehmen, und Diwald wurde aufgefordert, Änderungen vorzunehmen. Er geriet unter Beschuß. Bis zu seinem Tode blieb er unter Beschuß, ja er wurde geradezu stigmatisiert.

Es war bereits ein Geschichtsbild entwickelt worden, das nicht der Wahrheit verpflichtet war, sondern »volkspädagogischen« Vorgegebenheiten zu dienen hatte. Den Deutschen war ein neues Geschichtsbild aufgegeben; dieses zu

bestätigen und zu befestigen, das war dem Historiker aufgetragen. Im Falle Diwald wurde das offenkundig. Er hatte an einer Stelle gegen das vorgegebene Dogma verstoßen. Der Historikerstreit des Jahres 1986 wirft seine Schatten voraus. Auch in den achtziger Jahren hatten einige Historiker doch nur die Fesseln, die ihnen auferlegt worden waren oder die sie sich selber auferlegt hatten, ein wenig zu lockern begonnen; um überhaupt weiter arbeiten zu können, war das unumgänglich. Was für Kampagnen wurden gegen sie eingeleitet!

Diwald hatte 1978 schon erfahren müssen, daß zur Beschäftigung mit Geschichte Mut gehört.

Der Titel eines 1983 erschienenen Buches lautet daher folgerichtig *Mut zur Geschichte.* Am Ende dieses Buches findet sich das Kapitel »Mut zur Geschichte – Mut zur Wahrheit«. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Ausführungen, die er im Oktober 1979 bei einem Festvortrag anläßlich der Jahrestagung des Witikobundes in Gießen vorgetragen hatte. Einleitend heißt es: »Die doppelte Aussage: Mut zur Geschichte – Mut zur Wahrheit klingt nicht gerade anspruchslos, ja sie scheint dem Pathos der großen Worte ziemlich nahezustehen, dem gegenüber wir mit guten Gründen mißtrauisch geworden sind. Wir sollten dieses Mißtrauen auch nicht verkommen lassen, allerdings nur, wenn es wirklich mehr ist als die billige Bequemlichkeit, mit der heute und rasch jeder entschiedenen Stellungnahme zu unseren Grundfragen ausgewichen wird. Enthält das Wort: Mut zur Geschichte – Mut zur Wahrheit tatsächlich eine Doppelaussage? Oder ist nicht vielmehr damit gemeint, daß Geschichte und Wahrheit im wesentlichen übereinstimmen oder zumindest übereinstimmen sollen? Dann müßte man die Abfolge umstellen, es müßte heißen: Mut zur Wahrheit ist Mut zur Geschichte, oder anders gewendet: auch aus der Geschichte ergibt sich die Wahrheit, in erster Linie eine Wahrheit der politischen Handlungen, und zwar mit Rücksicht auf ihre innere Schlüssigkeit und ihre Substanz.«[12]

Geschichte, vor einigen Jahrzehnten war das allgemeine Überzeugung, hatte es mit Wahrheit, mit Wahrheitsfindung zu tun, wenn diese Wahrheiten natürlich immer auch verschieden gedeutet werden können und gedeutet worden sind. Der Standpunkt des Darstellenden, seine Sicht der Dinge schwingt mit und wird immer deutlich hervortreten. Über unterschiedliche Ansichten und Auffassungen zu geschichtlichen Ereignissen konnte man sich auseinandersetzen, das wirkte sogar belebend und war unerläßlich für den Fortgang der Forschung.

Geschichte hatte es auch immer mit dem Politischen zu tun. Geschichte diente stets auch, zumindest soweit sie als Elementarunterricht auftrat, zur Stützung des gerade herrschenden politischen Systems. Vom Geschichtslehrer in den Schulen wurde immer verlangt, daß er systemstabilisierend wirkt.

Diese Systemstabilisierung hat sich zumeist jedoch im Einklang befunden mit den Interessen der eigenen Nation, des eigenen Volkes. Seit dem Ausgang

der Religionskriege und dem *Anspruch auf Mündigkeit* (1975), wie der Titel des ersten Bandes der Propyläen-Geschichte von Hellmut Diwald heißt, standen die Historiker im Dienste ihrer Völker, förderten den Anspruch auf Mündigkeit, und das heißt Entfaltung ihres eigenen Seins, weil zur Freiheit der Person immer die Freiheit gehört, sich zu einer Nation bekennen zu können.

In dieser Hinsicht haben wir Deutschen seit 1945 eine völlig veränderte Situation vor uns.

Der in Südmähren geborene und in Prag aufgewachsene Diwald weist immer wieder darauf hin, wie sehr die tschechischen Historiker, allen voran Franz Palacky, unter dem Einfluß von Herder und der deutschen Romantik, zur Selbstfindung und zum nationalen Erwachen des tschechischen Volkes beigetrugen, ja doch die tschechische Identität begründet haben. Bei den Völkern des ost- und südeuropäischen Raumes ist es nicht anders. Historiker waren es, die den Völkern Selbstwert vermittelten und sie durch die Darstellung ihrer Vergangenheit zu nationaler Selbständigkeit führten. Dabei wurden manche Ereignisse überzeichnet und überbewertet, andere unterschlagen. Aber es ging doch vornehmlich darum, den Völkern zu zeigen: ihr habt eine Vergangenheit, die es lohnend erscheinen läßt, Stolz zu zeigen und eigenständiger Faktor zu werden im Konzert der europäischen Völker, mit Subjekt sein zu wollen, nicht nur Objekt, um schießlich im Meer eines anderen Volkes unterzugehen.

In einer ganz anderen Situation befinden sich die Deutschen seit 1945. Seit dem Verlust ihrer staatlichen Einheit sind die Deutschen einer stetigen Entnationalisierung unterworfen. Dieser Prozeß ist nachhaltiger und wirkungsvoller als jede gewaltsame Entnationalisierung ethnischer Minderheiten, weil es keine unmittelbaren Gegner gibt. »Es handelt sich um die bewußt geförderte Schrumpfung einer Dimension, die bis jetzt zu den prinzipiellen Bestimmungsmerkmalen eines Volkes gezählt hat. Wenn Muskeln längere Zeit lahmgelegt sind, atrophieren sie. Die große Mehrheit der Deutschen zeichnet sich heute durch eine Nationalatrophie aus. Wie wir das beurteilen, ist unsere Sache. Deshalb sollte es uns nicht irritieren, wenn diese Schwäche von bestimmten Mentoren im Ausland heute als eine unserer wesentlichsten Stärken gelobt wird: Einen ordentlichen Deutschen würde man daran erkennen, daß er keiner ist.«[13]

Diwald begann in vielen Einzelbeiträgen und in Sammelwerken, sich mit dem Geschichtsbild, das 1945 verordnet worden war, auseinanderzusetzen. Er untersuchte und stellte immer wieder fest, daß es neben den Anordnungen der Besatzungsmächte auch Lehrstuhlinhaber, angesehene Historiker, waren, die das deutsche Geschichtsbild bisher geprägt hatten, jetzt aber daran gingen, es umzudeuten. Diese Revision wurde bis zur Zerstörung und Ablehnung dessen, was bisher gegolten hatte, vorangetrieben. Eine »Revision des herkömmlichen deutschen Geschichtsbildes« wurde nach Gerhard Ritter zur »Politischen Pflicht« erklärt.[14] An diesem Beispiel wird deutlich, wie dieser

Historiker, der das deutsche Geschichtsbild vor 1945 maßgeblich gestaltet hatte, nun daran ging, es zu verwerfen. Die bisherige deutsche Geschichte wurde zu einem Irrweg erklärt, der beendet werden müsse. Die Deutschen seien zu spät zur Nation geworden, und sie hätten im Gegensatz zu den westlichen Nachbarn einen Sonderweg eingeschlagen. Es gelte nunmehr, sich ganz eng an die westlichen Vorstellungen zu binden. Irreversibel müßten diese Bindungen werden.

Als ob es einen Zeitplan gäbe, wann eine Nation ins Leben treten müsse, bemerkt Hellmut Diwald. Und ist nicht jeder Weg eines Volkes und einer Nation ein besonderer Weg, ein Weg, der einem Volke gemäß ist.

In Westdeutschland dauerte es einige Zeit, bis die Grundlagen dieses neuen Geschichtsbildes durchgesetzt waren. Viele Restbestände mußten abgetragen werden. Die ›Zeitgeschichte‹ hat es schließlich fertiggebracht, alles niederzustoßen, was nicht ins vorgefertigte Schema paßte. Aus der deutschen Geschichte wurde ein Verbrecheralbum entwickelt. Historiker vom Schlage eines Fritz Fischer, Imanuel Geiss und Hans-Ulrich Wehler leisteten ihren Beitrag. Die ›Zeitgeschichtler‹ gebärdeten sich als Staatsanwälte und Richter zugleich, Verteidiger und Entlastungszeugen wurden nicht zugelassen. Ganz nach dem Muster der Nürnberger Siegerjustiz.

In der DDR wurde ein neues ›fortschrittliches‹ Geschichtsbild, vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus geprägt, von vorneherein durchgesetzt. Immerhin waren die ›fortschrittlichen‹ Traditionen der deutschen Geschichte mit einbezogen. Untaten hatten nicht die Deutschen begangen, vielmehr die ›Faschisten‹. Auch dort war ursprünglich von einem Irrweg der deutschen Geschichte die Rede. Diese Ansicht wurde bald aufgegeben. So könne nämlich kein positives Geschichtsbild entwickelt werden. Das wurde in allen Ostblockstaaten so ähnlich gehandhabt. Das Volk in der DDR sei nun auf dem richtigen Weg, unwiderruflich an der Seite der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern werde es in eine glückliche Zukunft gehen.

In Österreich schließlich, dem anderen deutschen Staatsgebilde, waren nach 1945 die offiziellen Repräsentanten ebenso eifrig, aber mit wenig Erfolg bemüht, eine eigene österreichische Nation mit einem eigenen Geschichtsbild zu entwickeln. Da wurde weit in die Vergangenheit gegriffen. Und in den fünfziger Jahren traf der damalige Bundeskanzler Leopold Figl die Feststellung: »Wir Österreicher sind ein Volk keltisch-hunnischer Abstammung, dem von seinen germanischen Eroberern eine fremde Sprache aufgezwungen worden ist.«[15]

Das ist so abenteuerlich wie das Bemühen eines Johannes Hoffmann vor 1955 in Saarbrücken, der sich auch nach Historikern umsah, die einen Beweis liefern sollten, daß dort in diesem kleinen Ländchen, von den Franzosen so 1945 aus ihrer Zone Deutschlands herausgeschnitten, mit mehrfach geänderten Grenzen, ein eigenständiges Volk existiere. Aber Hoffmann mit seinen Leuten hatte nur einige Jahre Zeit, dann machte das Volk diesem Treiben ein

Ende. Diwald stellt zu diesen Bemühungen fest, daß ein Suchen nach Geschichte, die sich außerhalb der tausendjährigen Geschichte der Deutschen bewegen will, »auf nichts anderes hinauslief, als die Narrenkappe eines Selbstbetruges mit einer Königskrone zu verwechseln«.[16]

Es ist schon so, für charakterlich besonders Elastische war 1945 eine Zeit angebrochen, die sich auszahlte, wenn der gegebene Auftrag nur erwartungsgemäß ausgeführt wurde. Auch materiell machte sich das bezahlt.

Die beamtete Zunft hat darüber hinaus das Kunststück fertiggebracht, die schrecklichste Niederlage 1945, die wir als Deutsche je in unserer Geschichte erlitten haben, zu »einer Landung an den Gefilden der Seligen« umzudeuten, im Boot der Sieger möglichst einen Platz zu bekommen, jedoch immer wieder von Schuld zu reden, neuerdings auch in Österreich. Ungeklärt bleibt nur, ob die so schuldredenden Herren und Damen sich selber auch zu den Schuldigen zählen.

Geschichtsschreibung und Geschichtsunterricht wurden zu einem Politikum. Sie sind es nicht von sich aus, ihrem Wesen nach. Die Geschichtsschreibung muß nicht unweigerlich in politischen Diensten stehen, obwohl gerade sie mit besonderer Vorliebe in ihren Dienst genommen wird. Keine wissenschaftliche Disziplin aber läßt sich leichter manipulieren und in Dienst nehmen als die Geschichtswissenschaft.

Erst im 18. und 19. Jahrhundert hat die Geschichte mit dem Werden der Völker, das eng mit der deutschen Romantik und dem Deutschen Idealismus verbunden ist, ein außerordentliches Gewicht erlangt. Bei Römern und Griechen von der Mythologie geprägte Geschichte wurde zum Garanten des eigenen Selbstwertes, der Eigenständigkeit, des eben Andersseins, des sich Unterscheidens von anderen. Wer eigenständig sein will, muß stolz auf seinen eigenen Weg sein können, der ist nicht zu spät gekommen, der kann allenfalls daran gehindert gewesen zu sein, ebenso früh wie andere eigenständig hervorgetreten zu sein. Geschichte wurde so zum Beweis des Selbstwertes und der Eigenständigkeit eines Volkes. Ein Volk muß auf Wurzeln zurückgehen können, dann vor allem, wenn es sich zur Nation entwickeln will.

Kennzeichnend für Deutschland ist ein schneller Wechsel der politischen Verhältnisse in diesem und im vorigen Jahrhundert. Das Geschichtsbild der Deutschen wurde dadurch wenig berührt. Es hatte sich zu Beginn des vorigen Jahrhunderts herausgebildet und war seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nicht mehr zu erschüttern, trotz regionaler, politischer und konfessioneller Gegensätzlichkeiten. Besondere Geschichtsbilder blieben Randerscheinungen. Damit war ein Auseinanderreißen der Deutschen von Flensburg bis zur Salurner Klause, von Memel bis Lörrach auch nach der Katastrophe von 1918 nicht mehr möglich, wenn auch Grenzen am grünen Tisch neu gezogen worden sind. Die Einheit der Deutschen blieb stabil, die Auslandsdeutschen sind davon nicht ausgenommen. Dieses Geschichtsbild hat auch die Härten des Zweiten Weltkrieges überdauert.

Geht die Einheitlichkeit des Geschichtsbildes verloren, zerbricht auch die Einheit einer Nation. Dieses einheitliche Geschichtsbild zu zerbrechen, den Deutschen die Geschichte zu stehlen, daran wurde in den verbliebenen Teilstaaten des Reiches nach 1945 eifrig gearbeitet. Schlicht und einfach: Völkermord wird an den Deutschen begangen.

Dieses Volk war am Ende des Krieges ausgeblutet. Es hatte alles gegeben und war der Übermacht schließlich erlegen. Und dieser Krieg gegen dieses Volk ging ja mit anderen Mitteln weiter, verstärkt und grausamer. Dieser physischen und psychischen Anspannung erlagen die Deutschen zumeist, die Belastungen waren zu groß und zu anhaltend. So versank dieses Volk, innerlich ausgebrannt, in dumpfe Massenstupidität. Mit der Masse dieses Volkes ließ sich alles anstellen. So ließ es sich die eigene Identität und das eigene Geschichtsbild zerstören.

Schließlich hat der Wiederaufbau, die Schaffung materieller Güter, alle Kräfte absorbiert, da wurde noch einmal Großartiges geleistet. Geistig jedoch Leere, nichts als Leere. Die Studienräte, die wieder in Amt und Brot kamen, haben nach den ihnen vorgegebenen Maßstäben ihren Geschichtsunterricht erteilt. Sie wollten ihr Amt nicht gefährden, und sie warteten auf die nächste Beförderung. Jeder wollte seine materielle Situation verbessern. Das ist niemandem zu verargen. Schließlich haben diese Studienräte an das geglaubt, was sie unterrichtet haben. Das verordnete Geschichtsbild wurde ihr eigenes. Mit um so größerer Leidenschaft vermittelten sie es weiter. An den Universitäten war es ähnlich. Professoren begannen, sich ohne jeden Vorbehalt in den Dienst der Zerstörung deutscher Identität zu stellen.

So haben diese Historiker dazu beigetragen, daß Deutsche selber die deutsche Identität zerstören. Es sind Gläubige herangereift. Sie glauben an das einstmals von Besatzungsoffizieren, Wendehälsen, die stets dabei sein wollen, und Zynikern, Leuten, die mangels eigenen Rückgrats ausführten, was ihnen aufgetragen war, verbreitete das Negativ-Bild von diesen »bösen« Deutschen und an das verordnete Geschichtsbild wie an ein Dogma. Mit der Kraft des Glaubens gehen sie gegen jeden vor, der auch nur Zweifel hegt. Sie wollen die Beseitigung deutscher Identität, die Vernichtung der deutschen Kultur und der biologischen Substanz.

Dagegen lehnt sich Diwald nun auf. Er will den Deutschen die gestohlene Geschichte zurückgeben. Es sind nur wenige, die diesen Kampf aufnehmen. Von den beamteten Hochschullehrern genügen die Finger einer Hand, um sie aufzuzählen. Der hervorragendste Vertreter ist Hellmut Diwald.

Was er mit der *Anerkennung* 1970 begann, führt er nun konsequent fort. Die Deutschen können sich nicht mehr auf die Regierenden verlassen, sie müssen die Zukunft in die eigene Hand nehmen. So schreibt er nunmehr für das Volk und nicht für Intellektuelle. Deshalb müssen Einwände der Zunftgenossen, Diwald sei doch gar kein Historiker mehr, weil seinen Werken jeder wissenschaftliche Anspruch fehle, abprallen. Sie bekritteln, seht euch doch die Bücher

an. Der wissenschaftliche Apparat fehlt, es finden sich keine Anmerkungen. Diwald beherrscht das alles, er hat bewiesen, daß er es kann. Ihm geht es jetzt darum, Geschichte so darzustellen, daß sie wahrgenommen und aufgenommen wird. Eben die Geschichte den Deutschen zurückgeben, damit sie eine Zukunft haben.

Gerade dies wollen seine Kritiker nicht. Diwald schreibt nicht für die entwurzelte Schickeria, die soll unter sich bleiben. Er schreibt für die noch gesunden Kräfte des Volkes. Nicht zufällig kommt im Luther-Jahr 1982 die *Luther*-Biographie heraus und schließlich 1987 *Heinrich der Erste. Die Gründung des Deutschen Reiches.* Hellmut Diwald will die Menschen erreichen, und er erreicht sie.

In diesem Zusammenhang darf eines nicht übersehen werden: Diwald war ein begnadeter Redner. Wer ihn gehört hat, ist begeistert. Der Hinweis, bei ihm handele es sich um den Fichte unserer Tage, muß einmal bedacht werden. Er wendet sich mit dem, was er schrieb und aussagte, schon an die Deutsche Nation, so wie es Fichte 1807/08 im feindbesetzten Berlin unternommen hat.

Er wendet sich gegen den Bruderhaß in Deutschland, der während des 20. Jahrhunderts Formen angenommen hat, »die an die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges erinnern, und sie erinnern auch daran, daß der Bruderhaß von den Folgen zweier verlorener Kriege nicht zu trennen ist. Doch wir verschärfen nur unser Unglück, wenn wir die unvermeidliche Gewalt unserer inneren Kämpfe nicht freihalten von Willfährigkeiten gegenüber denjenigen, die unsere nationale Katastrophe nicht berührt, ob sie sich nun als Siegermächte bezeichnen oder als ›westliche Freunde‹, oder ob sie als Deutsche unter und mit uns leben«.[17]

Wir dürfen uns auch nicht falsche Feindbilder aufoktroyieren lassen. Nicht die Grenzsoldaten der DDR sind unsere Feinde, mahnt uns Hellmut Diwald. Von diesen geht bestimmt manch einer mit einem Fluch auf den Lippen und mit geballten Fäusten in der Tasche seinen Streifengang. Die Feinde des deutschen Volkes sind diejenigen, die Deutschland geteilt haben, und alle, die sich in dieser Teilung eingerichtet haben, in Ost-Berlin ebenso wie in Bonn, denen westliche Wertegemeinschaft oder der sozialistische Bruderbund mehr bedeuten als die Einheit der Deutschen.

1989, als sein Buch *Geschichte macht Mut* herauskam, deuteten sich bereits Veränderungen im festgefügten Ordnungssystem von Jalta und Potsdam an. »Der Mut, den uns Geschichte macht, ist Zuversicht«,[18] heißt es bereits einleitend. Er geht mit denen hart ins Gericht, die mit der deutschen Geschichte auch die deutsche Identität zerstört haben. Dieses Buch kam schon in einer ganz neuen Situation heraus. Das verordnete Geschichtsbild hatte bereits Löcher. Die Frageverbote waren immer schwerer durchzuhalten, der Konformismus begann zu bröckeln.

»Wer mit sich selbst im Einklang ist, hat kaum Probleme mit der Vergangenheit. Ob es sich um Vorfahren seiner Familie handelt oder um diejenigen seines

Volkes oder seiner Nation, ist unwichtig. Normalerweise sind die Völker der Welt auf ihre Geschichte stolz, sie mag aussehen, wie sie will«,[19] ist zu lesen. Er schreibt weiter: »Seit die Geschichte der Deutschen ins Helldunkel des Absolutismus der politisch moralischen Wertungen geraten ist, sind wir kaum noch in der Lage, diese Geschichte zuallererst sachgerecht unter dem Aspekt ihrer Bedingungen, Eigenarten und individuellen Züge zu betrachten. Wer sich nicht umgehend dem Vorwurf moralischer Korruptheit aussetzen will, sieht sich vielmehr genötigt, beständig nach ›gut‹ und ›böse‹, ›moralisch‹ oder ›verwerflich‹ zu fragen oder doch zumindest danach, ob dieses oder jenes Geschehen, jenes Ereignis, jene Person nicht dazu beigetragen hat, unsere Geschichte zu einem Irrweg entarten zu lassen.«[20]

Wer zu den Quellen geht, »findet keine Stütze für eine historische Sicht, die in der Geschichte der Deutschen spätestens seit dem Thesenjahr 1517 nichts weiter entdecken läßt als einen deutschen Sonderweg, der sich – Abweg statt Weg – als zunehmend verbreiterndes moralisches Gefälle zwischen uns und unseren Nachbarvölkern äußert und den Deutschen im 20. Jahrhundert als einen kriminellen Fall der Sozialpathologie enden läßt«.[21]

Als das kommunistische Regime im Oktober 1989 an den Rand des Abgrundes geriet, hieß es zunächst auf den Spruchbändern: »Wir sind das Volk.« Nach der Maueröffnung am 9. November 1989 jedoch bald: »Wir sind ein Volk« und »Deutschland einig Vaterland«. Das Volk hatte sich wirklich von den ursprünglichen Kräften der Wende und deren Zielsetzungen von einem besseren Sozialismus und der Eigenstaatlichkeit der DDR emanzipiert und deutlich werden lassen, daß es in den langen Jahren der Teilung die Einheit nicht aufgegeben hatte.

Die politische Klasse in der DDR und BRD hatte die Haltung der Deutschen falsch eingeschätzt. Die vorherrschende veröffentlichte Meinung hatte die Einstellung auch der Westdeutschen zur staatlichen Einheit falsch beurteilt. Sie hatten überhaupt nicht mehr zur Kenntnis genommen, daß das von den Medien verbreitete Bild dem Fühlen und Denken der Deutschen zuwider war. Das Mühen um die Einheit war niemals verlorengegangen. Gut, daß es die von der Masse des Volkes abgeschirmt lebende politische Klasse nicht gemerkt hat, sie hätte sonst noch mehr Widerstand geleistet. In der Stunde der Wahrheit stand sie teils gelähmt da, teils wurde sie mitgerissen, oder sie mußte plötzlich zur Kenntnis nehmen, daß trotz geschaffener Feindbilder und Schwüren nach West und Ost das deutsche Volk Realität war und es die Forderung nach Einheit erfüllt sehen wollte.

Aber auch die anderen Völker sind erwacht. Wer hätte noch gedacht, daß sie nach mehr als 70 Jahren Kommunismus die Kraft haben würden, eigenständig hervorzutreten. Es ist eine intellektuelle Leistung, daß sie es vermochten, unter der Asche der übergestülpten Ideologie die Glut ihrer Identität zu wahren. Das muß uns Deutschen auch Mut machen. Die Völker Europas haben sich in die Geschichte zurückgemeldet, auch das russische. Zu den Menschenrechten

muß nun auch das Recht der Völker auf ihr eigenständiges Sein kommen. Wenige waren es, die aktiv tätig sein konnten, die deutsche Teilung zu überwinden. Aber wenige können bald eine Mehrheit darstellen, weil sie die Schwankenden mitreißen. Hellmut Diwald stand in vorderster Reihe. Noch einmal soll er zu Wort kommen. »Von der Rücksichtslosigkeit des Glaubens an sich selbst und dem Nationalwillen ihres Volkes, der für die Tschechen vor 200 Jahren eine lächerliche Fiktion war, läßt sich noch heute einiges lernen. Sie kennen vielleicht die Anekdote von Palacky, der in den 30er Jahren seines Jahrhunderts während eines Waldspaziergangs in ein Gewitter kam, sich mühsam in eine Hütte flüchtete und in dem steigenden Toben, Donnern und Herabkrachen der Äste plötzlich seufzte: ›Wenn jetzt ein Blitz einschlägt, ist die ganze böhmische Nation zum Teufel.‹«[22]

Das waren Worte, die Mut machen sollten, und sie haben Mut gemacht.

Als Deutsche sind wir noch nicht über den Berg, aber wir haben Ungeahntes erreicht. Die Kräfte des Beharrens halten zäh an ihren Vorstellungen fest. Es bleibt noch viel zu tun. Aber wir dürfen Mut zur Geschichte haben. Hellmut Diwald hat vielen Mut gemacht, dieser Mut, den Völkermord am deutschen Volk zu verhindern, muß uns weiter anspornen, das Rechte zu tun.

Anmerkungen:

1. Hellmut Diwald, *Die Anerkennung – Bericht zur Klage der Nation*, München–Eßlingen 1970, S. 11.
2.–10. Ebenda, S. 119, 99, 99, 81, 96, 135, 136, 131, 88 ff.
11. Hellmut Diwald, *Geschichte der Deutschen*, Ullstein, Frankfurt/M.–Berlin 1978, S. 163 ff.
12. Hellmut Diwald, *Mut zur Geschichte*, Bergisch Gladbach 1983, S. 230.
13. »Das neue deutsche Geschichtsbild«, in *Deutschland-Journal*, Hg. Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft Hamburg, 1991, S. 15.
14.–16. Ebenda, S. 4, 5, 6.
17. Hellmut Diwald, *Mut zur Geschichte*, aaO., S. 247.
18. Hellmut Diwald, *Geschichte macht Mut*, Erlangen 1989, S. 7.
19.–21. Ebenda, S. 305 f., 49, 305.
22. Hellmut Diwald, *Mut zur Geschichte*, aaO., S. 250 f.

Carsten Kiesswetter

# Martin Luther im Lichte Hellmut Diwalds

## Dank an Hellmut Diwald

Mit der Person Martin Luthers habe ich mich noch nie anfreunden können, diesem »wütenden Mönch und barbarischen Schriftsteller«, wie ihn Friedrich der Große zu nennen pflegte. Hellmut Diwald konnte ihn mich auch nicht lieben lehren, konnte aus einem »Papisten« auch keinen Lutheranhänger machen, geschweige denn einen windelweichen und konturlosen Anhänger einer »Oneworldreligion« und »utopistischen Ökumenebetbruder« schaffen, dem es mit Leichtigkeit gelingt, auch zentralste Glaubensinhalte zwischen den Religionen zu überbrücken.

Die Bücher Diwalds über Luther haben mir jedoch einen Luther erschlossen, in dessen Person sich für mich die ganze Tragik meines Vaterlandes bis auf den heutigen Tag offenbart hat[1]. Die Tragik der Person Luthers für das weitere Schicksal Deutschlands hat in jüngster Zeit wohl kaum einer so messerscharf erkannt und in klarer Form ausformuliert wie der viel zu früh verstorbene Erlanger Historiker Hellmut Diwald[2]. Auch in seiner Lutherbiographie zeigt er sich als unbestechlicher und weitblickender Historiker, der sich wohltuend vom seichten Rest der deutschen Nachkriegsgeschichtsschreiberlinge absetzt. Neben den klaren analytischen Blick und eine wissenschaftliche Unbestechlichkeit tritt ein Bekennermut und das unbedingte objektive Bemühen um historische Gerechtigkeit, was Diwald schon zu Lebzeiten nicht nur Freunde eingebracht hat. Auch die Person und das Wirken Luthers erfahren diese Gerechtigkeit. Allein durch seine Werke wird Diwald vor der Geschichte gerechtfertigt werden, was anderen bundesdeutschen – vor allem auch Erlanger – Haus- und Hofhistorikern wohl nicht widerfahren wird.

### *Die Person und das Wirken Luthers im Lichte Diwalds*

Diwald unterläßt platte und vordergründige Deutungsschritte, pseudo-psychologische Erklärungsversuche, weil man sich dadurch den Zugang zur

Person Luthers, seiner zentralen Stellung in der europäischen und vor allem deutschen Geschichte verschüttet und nichts anderes gewinnt als ein verzerrtes Klischee vordergründiger und zeitgeistiger Modernität[3].

Diwald erschließt einen Luther, der über das ungefähre Wissen, daß sich mit dessen Namen das Ereignis der Reformation und die Entstehung des Protestantismus verbinden, daß er eine Mischung aus Reformator und Religionsstifter gewesen ist und für die Spaltung Deutschlands und Europas verantwortlich ist, hinausgeht. Diwald wagt den Sprung über die vergangenen fünf Jahrhunderte hinweg und zeigt einen Luther, der ein Revolutionär war, in der Radikalität des Fragens und des Infragestellens ausgebildet, einen Mann, der leidenschaftlich und fanatisch für die Wahrheit Partei nahm. Er zeigt einen Mann, der um des Glaubens und der Wahrheit willen erst einen Umsturz bewirkte und damit in letzter Konsequenz eine Revolution herbeiführte. Das nur recht unzulänglich als Reformation bezeichnete Geschehen, das vier volle Jahrzehnte überspannte, ist der einzige Umsturz der Weltgeschichte, der den berechtigten Anspruch auf die Bezeichnung »permanente Revolution« hat.

Das Geschehen setzte mit dem sogenannten »Turmerlebnis« Luthers um 1515 ein und endete mit dem Augsburger Religionsfrieden des Jahres 1555. Diwald kommt zu folgender Bewertung: »Die Etappen dieses Prozesses sind identisch mit den Etappen der tiefgreifendsten Revolution, von der Europa jemals erfaßt wurde. Kein Umsturz war so grundsätzlich und erfaßte breitere Fundamente. Luthers Revolution wurde allerdings verdeckt, diszipliniert und getarnt unter dem Etikett ›Reformation‹ und der Einrichtung der evangelischen Landeskirchen; ihr Feuer wurde damit nicht gelöscht. . . In Luther hat sich das entscheidende Doppelprinzip der christlichen Moderne und der politischen Neuzeit verkörpert: der Anspruch des Gewissens und des Glaubens, und die Rechtfertigung und das Recht des einzelnen – und darin eingeschlossen das Recht seines ganzen Volkes. . .«[4]

### *Luthers Reformation wurde eine genuin deutsche Revolution*

Luthers Revolution war von Anfang an ein elementar deutsches Ereignis. Die Revolution Lutherscher Prägung ist eine genuin deutsche Revolution gewesen. Ich bezweifele, ob sie jemals von einem anderen als von deutschem Geist erfaßt werden kann. Sie war »faustisch« im wahrsten Sinne des Wortes. Sie fand nicht nur in Deutschland statt, in ihr wurden auch die Klagen, Forderungen und Erwartungen, die sich aus der bedauerlichen Situation des Reiches zur Zeit der Regentschaft Karls V. ergaben, formuliert und manifestiert.

Auch wenn Luther anfangs in seiner evangelischen Lehre und in der revolutionären Bewegung des Protestantismus keine Bewegung sah, die sich gegen das Reich richtete, war und ist diese jedoch de facto bis auf den heutigen Tag vorhanden. Spätestens dem Junker Jörg mußten auf der Wartburg die wirkliche Natur und die Konsequenzen seiner Lehre klar geworden sein.

Spätestens nachdem er von Papst und Kaiser als ein Zerstörer in Acht und Bann getan war, mußte er gewußt haben, daß er den Punkt überschritten hatte, von dem ab es schwer war, jemals umzukehren. Das Revolutionäre bestand darin, daß er aufgrund seines Schriftverständnisses die gesamte Kirche, die auf der Basis der Schrift genauso wie als Folge der historischen Voraussetzungen entstanden war, für null und nichtig erklärte.

Spätestens seit diesem Zeitpunkt mußte ihm der revolutionäre Charakter seiner neuen Lehre bewußt sein. Was seit weit über hundert Jahren von allen einsichtigen Christen verlangt wurde, die »allgemeine Reformation der Kirche Gottes an Haupt und Gliedern«, war von Luther nicht mehr beabsichtigt[5]. Im Unterschied zur Revolution lebt das Prinzip einer Reform von dem Willen, sämtliche geforderten Änderungen innerhalb des Rahmens des Bestehenden, also mit Rücksicht auf die nicht bestrittene Legalität der Ordnung, durchzuführen. Davon findet sich bei Luther spätestens nach dem Auftritt vor dem Reichstag in Worms am 18. April 1521 nichts mehr. Aber schon seine früheste Kritik zielte auf die Substanz der Kirche, auch wenn ihm das selbst nicht völlig bewußt war. Die großen Programmschriften der Jahre 1520 und folgende zeigen ebenfalls Seite für Seite, wie wenig es ihm lediglich um eine theologische Umwälzung ging, wie sehr es sich gleichermaßen um eine politische und gesellschaftliche und wirtschaftliche Revolution handelte.

Seine Revolution, die seit 1521 allmählich und folgerichtig zum Bett der landesfürstlichen Interessen wurde und sich unaufhaltsam verselbständigte, wurde erst sehr viel später, von seinen Jüngern und Apologeten evangelisch gemildert, zu einer relativ sanften Reformation gemacht[6].

Die Tragik Luthers liegt darin, daß der Mann, der uns Deutschen nicht nur die Bibel brachte, damit uns unsere Sprache erschloß, und so das deutsche Eigenbewußtsein erst erweckte – ähnlich wie es im 19. Jahrhundert durch die Schriften Herders bei den slawischen Völkerschaften geschah –, die Grundlagen der Spaltung des Glaubens und der Kirche in Deutschland und damit auch die Grundlagen einer Teilung des deutschsprachigen Raumes legte, an der wir heute noch leiden[7].

Die Spaltung des Glaubens schuf die Voraussetzungen für die permanente Möglichkeit der Durchsetzung des Prinzips des »divide et impera« der an Deutschland grenzenden Mächte. Der aus der Glaubensspaltung hervorgehende Dreißigjährige Krieg war nur der Anfang eines Prinzips, das sich auf die Formel bringen läßt: Mit deutschem Blut, auf deutschem Boden und auf Kosten Deutschlands entscheiden, wie die Welt aufgeteilt wird.

### *Das Turmerlebnis und die Folgen*

Der Vorwurf, Luther hätte den Glauben und die Kirche gespalten, trifft nur insofern zu, als er die Ursachen für das »ewige Verhängnis für Deutschland« legte, wie Oswald Spengler es nannte[3]. Dies war bereits – zumindest latent –

dem jungen Luther bewußt. Bereits in jungen Jahren kam es bei Luther zu kaum zu zählenden Stunden und Augenblicken der abgrundtiefen Verzweiflung. Bereits in der Zeit des sogenannten »Turmerlebnisses« in der Stube des Wittenberger Klosterturms, in der der Augustinermönch Martin Luther zwischen Herbst 1513 und dem Frühjahr 1524 seine Bibelvorlesungen vorbereitete, wurde Luther die Tragik seiner Person und damit seiner noch im Entstehen begriffenen Lehre mehr als schmerzhaft klar.

Während dieses Ringens um die Wahrheit gab es Hunderte von Nächten des völligen Verlorenseins; ebenso gab es auch Momente des höchsten Glücks und des Erlösungsjubels, Augenblicke des religiösen Einklangs mit sich selbst, Tage, in denen Luther sich in der Hand Gottes ruhen fühlte. Nach einer Reihe von schlaflosen und durchgrübelten Nächten stößt er auf den 32. Psalm und liest im zweiten Vers die Stelle: » In deiner Gerechtigkeit erlöse mich.« Luther schreibt: »Da erst sah ich, von welcher Gerechtigkeit Paulus redet, und wurde meiner Sache gewiß. Ich lernte zwischen der Gerechtigkeit des Gesetzes und der Gerechtigkeit des Evangeliums zu unterscheiden.«

Es war für Luther, wie Diwald dies recht gut herausarbeitet, nur eine Ahnung des Begreifens, etwas Unscheinbares, was sich am Rand des Bewußtseins zu formen versuchte. »Dann aber spürte er plötzlich, wie die Mauer, die er um seine Gedanken errichtet hatte, zusammenstürzte. Es war eine jähe Erkenntnis, vielleicht die einzige seines Lebens, die wie ein Blitz kam (ähnlich dem Blitz vor Stotternheim bei Erfurt am Festtag der Heiligen Anna im Juli des Jahres 1505; C.K.), ein heller kurzer Moment, und dann verschüttet von der Zeit, aber den Augenblick selbst würde er nie vergessen.«[9]

Luther wurde in diesem Erlebnis zutiefst gewahr, daß er erkenntnismäßig den Schritt in eine andere Epoche getan hatte[10]. Geistig dachte er, als noch in der Gotik stehend, das Zeitalter des Barocks an. Mit seiner Bibelauslegung – vor allem des 32. Psalms – hat er die faustische Persönlichkeit vollkommen befreit. Ab nun verschwindet zwischen dem faustischen Menschen und dem Unendlichen die vermittelnde Person des Priesters[11]. Ein ebenso gewaltiger wie zweischneidiger und gefährlicher Schritt. Die Person ist nun ganz auf sich allein gestellt, jeder ist sein eigener Priester und Richter, dies mit allen unwägbaren subjektiven Irrungen und Verwirrungen. Das Volk fühlte den befreienden Zug dieser geistigen Tat sofort. Es konnte ihn jedoch nicht verstehen, geschweige denn damit umgehen. Das Volk hat mit Begeisterung das Zerbrechen – sicherlich überkommener – Zwänge begrüßt; daß Luther diese durch noch strengere, rein geistige Pflichten ersetzt wissen wollte, war für das Volk nicht mehr nachvollziehbar.

Die theologischen und geistigen Ausuferungen folgten diesem geistigen Schritt Luthers wie der Donner auf den Blitz vor Stotternheim. Es zieht sich eine unendliche Kette von den Bauernkriegen bis zu den abstrusen Aktivitäten und Bibelauslegungen mancher evangelischer Theologen in unserer Zeit. Denn indem Luther nicht nur die göttliche Stiftung des Papsttums bestritt, bestritt er

grundsätzlich und kategorisch die dogmatische Verbindlichkeit der allgemeinen Konzilien, leugnete er folglich die kirchliche Lehrgewalt.

Damit vernichtete er den römischen Kirchenbegriff. Er mußte nun zwangsläufig an die Stelle der kirchlichen Autorität die private Erkenntnis des einzelnen bei der Bibellektüre setzen. In letzter Konsequenz bedeutet dies: Der subjektiven Beliebigkeit persönlicher Schriftdeutung – und sei sie noch so abstrus und vordergründig zweckgebunden – sind Tür und Tor geöffnet. Spengler brachte es auf den Nenner: » Franz von Assisi hat viel gegeben und wenig genommen, die städtischen Reformatoren nahmen viel und gaben den meisten zu wenig zurück.«[12]

Die sichtbare Verbindung des im Einzeldasein verschlagenen Ich mit dem Unendlichen hat der Protestantismus zerstört. Dieses Verständnis des Römerbriefes durch Luther, des Unterschiedes zwischen Gesetz und Evangelium, und damit das Verständnis Gottes in seiner Offenbarung, ist für Luther das zutiefst neue, eine unheimlich brisante und in ihren Wirkungen und Folgen nicht mehr beherrschbare Erkenntnis. Die Bibel wird hier zum Anlaß allen Aufruhrs, auch allen politischen Aufruhrs. Ginge es nur um das Verständnis der Heiligen Schrift, so könnte Luthers Erkenntnisblitz als Auslöser für eine Reformation gesehen werden. Doch die Konsequenzen, die Luther daraus ableitet und die er auf die ganze christliche Überlieferung, die römische Kirche, ihre Traditionen und unverbrüchlichen Lehren bezieht, müssen unweigerlich in einer unerbittlichen Revolution enden[13].

Die Tragik, die sich aus der Erkenntnis Luthers in der Folgezeit zwangsläufig ergab, liegt darin, daß Luther sehr wohl an der Uneinigkeit und politischen Fremdbestimmung Deutschlands litt und auch derjenige ist, der das politische Bewußtsein der Deutschen und ihren Willen zur Freiheit wachgerüttelt hat. Das Leiden an Deutschland bricht häufig bei ihm durch: » Es mag der Türke herrschen oder die Unsern, mit Deutschland wird es übel stehn. Adel und Fürsten sinnen nur darauf, seine Freiheit zu vernichten. Ich will ausgesorgt haben für diese schändlichen Furien. Warum beten wir so ängstlich, daß der muhammedanische Türke nicht die christlichen Türken würgt, die schlimmer sind? Laßt laufen, wie es läuft! Freilich kann ich es noch nicht so völlig laufen lassen, denn meine Seele säuft aus allen Tiefen, Deutschland mein Vaterland zu retten, das vor meinen Augen untergeht.«[14]

### *Die Schuldfrage der Spaltung Deutschlands*

Luther eine Schuld an der weiteren Entwicklung in Deutschland zuzuweisen oder die Gegenreformation für die weitere Entwicklung verantwortlich zu machen trifft nicht den Kern[15]. Kategorien der Morallehre oder des innerstaatlichen Strafrechtes in die Geschichtsbetrachtung zu transportieren verbaut den Blick für das Wesentliche und kann nur dazu dienen, eigene Zielsetzungen und Vorurteile zu untermauern. Auch Luther wollte mit seiner angestrebten

Reformation die Religion zur Reinheit ihrer ursprünglichen Idee, so wie sie in der Frühzeit und in der Person Jesu zu Tage getreten war, zurückführen. Daß er mit diesem Versuch in der abendländischen Kultur eine Abspaltung neuer Religionen bewirkt hat, ist am besten mit dem Begriff Schicksal zu fassen. Daß seine Reformation zur Revolution ausartete, dies kann nicht mit dem Begriff Schuld erfaßt werden. So fehlte in der Zeit unter Karl V. nur wenig, und Luther wäre der Reformator der gesamten europäischen Kirche geworden.

Es war Schicksal für Deutschland und die europäische Kultur, daß Luther – im Gegensatz zu Calvin – kein Organisator war[16]. Luther war wie alle Reformatoren in allen Kulturen nicht der erste, sondern der letzte einer mächtigen Reihe, auch wenn er und seine Zeitgenossen glaubten, sie stünden am Beginn einer neuen Epoche. Er, wie alle Reformatoren, die seit 1000 n. Chr. aufstanden, bekämpfte die Kirche nicht, weil sie zu anspruchsvoll, sondern, weil sie zu wenig war. Er wollte den Glauben, der sich allzuweit in die Welt – in die Zeitlichkeit – verirrt hatte, in die Welt des kausal beherrschten Raumes zurückführen. Die gewaltige Tat Luthers war eine rein geistige Entscheidung. Er war nicht umsonst auch der letzte große Scholastiker aus der Schule Occams[17].

Was Luther fehlte, war die Kraft der praktischen Organisation. Er hat weder seine Lehre in ein klares System gebracht, noch die große Bewegung geleitet und ihr ein bestimmtes Ziel gegeben. Ein fortwirkendes Schicksal und eine historische Tragik für die Lebenseinheit der Protestanten, der Deutschen und der abendländischen Menschheit überhaupt. Während Reformation und Gegenreformation in Mitteleuropa um eine kleine Reichsstadt oder eine zu vernachlässigende Provinz rangen, fielen in der neu entdeckten Welt – in Nordamerika, in Kanada oder in den späteren Kolonien – die Entscheidungen. Calvin leistete das, wozu Luther nicht in der Lage war. Calvin gab seiner Lehre ein klares System und ein bestimmtes Ziel. Für die Lebenseinheit der Protestanten hat sich das mangelnde Organisationsvermögen Luthers bis in unsere Tage schicksalhaft ausgewirkt.

### *Luther und die evangelische Kirche heute*

Diwald stellte fest: »Ihnen (den Fehlinterpretationen, Legenden und evangelischen wie katholischen Vorurteilen; C.K.) vor allem ist das ›Denkmal Luther‹ zu verdanken. Die einen haben ihn monumentalisiert, die anderen haben sein Dasein auf den erhöhenden Sockeln deshalb hingenommen, weil es ihnen die Möglichkeit gegeben hat, Luther herabzustürzen. Eine dritte Gruppe schließlich – in den letzten Jahren angewachsen – ist deshalb damit zufrieden, ihn als Denkmal hoch oben posiert zu wissen, weil das als eine Garantie dafür erscheint, daß er nicht herabsteigen und in die Kirche kommen kann – so wie er damals von der Wartburg herunter und nach Wittenberg gekommen ist, um Ordnung zu machen.«[18]

Die traditionell verfestigten Irrtümer haben die Erinnerung an Luther, an die Reformation, die Entwicklung der protestantischen Kirchen und den evangelischen Glauben bis heute begleitet. Es scheint so, als sei im Unterholz der Geschichte resigniert worden, wie Hellmut Diwald dies befürchtete[19]. Alexander Evertz stellte gar fest: »Die Wurzel vieler Nöte, an denen die evangelische Kirche heute kränkelt, ist die Abkehr von Martin Luther. Die Urenkel des Reformators gehen mancherlei Wege, die von Luther fortführen. Bei vielen Pfarrern ist eine schmerzliche Lutherfremdheit festzustellen. Das Interesse an Luther ist weithin erloschen. Die evangelische Kirche verläßt damit das Quellgebiet ihres Ursprungs.«[20]

Kurt Ihlenfeld soll einmal festgestellt haben, daß es eine regelrechte Angst vor Luther gebe. Der Revolutionär ist nach wie vor ein loderndes Feuer, an dem sich auch die Urenkel die Finger verbrennen können. Diwald bemerkte seinerseits: »Ob Martin Luther noch immer ein Fall ist oder ob nicht die eindringlichen Fragen, die er so vehement und mit einem so gewaltigen Zorn an die Adresse Roms und an die Kirche seiner Zeit gerichtet hat, heute noch ebenso aktuell sind wie damals, und zwar für die Katholiken genauso wie für die Protestanten, und möglicherweise für die letzteren noch bedrängender als für die ersteren – ist nicht zweifelhaft. Luther besaß ein derartiges Format, daß er seine eigene Nachwirkung überlebte. Er war zu mächtig, als daß er selbst nach fünfhundert Jahren als Opfer seiner vielen Interpreten enden könnte.«[21]

Das Grundübel, an dem die evangelische Kirche – die den Eindruck eines riesigen Augiasstalls macht, in den zusätzlich eine Handgranate geworfen wurde –, scheint in drei zeitgeistigen Fehlinterpretationen der Lehre Luthers zu liegen. Seine theologische und kirchliche Karriere begann mit dem Grauen vor Gott, das er selbst vielfach belegt. Von den Wochen zwischen dem Magister-Examen und dem Beginn seines juristischen Studiums hat Luther gesagt, er sei damals immer traurig und voll Furcht einhergegangen[22]. Gegen diese Qualen versuchte Luther mit seinem elementaren Gespür für die geschichteten Bereiche und Reiche der Welt aus der Gewißheit heraus anzukämpfen, daß ihm hier nicht fragwürdige innere Wallungen zu schaffen machten, sondern niedere, böse Geister, die Abgesandten des Satans. So wie er auch später in einem Brief an Melanchthon charakterisierte: ». . . wenn ich das, was zwischen mir und dem Satan vorgeht, so nennen darf«.

Die Furcht und das Grauen vor Gott waren typisch für das Lebensgefühl der damaligen Zeit. Die düsteren Weissagungen der biblischen Offenbarungsschriften, der Apokalypsen, wurden nicht mit einem heimeligen Gefühl der unbetroffenen Neugier hingenommen. Ihre Wirklichkeit war allgegenwärtig und so massiv wie der eigene Sarg. Zum Grab und zum Untergang der Welt gehörte der Blick in den Abgrund, das bestimmte Wissen vom absehbaren Ende der Welt. Die Furcht vor dem Ende schließt – außer beim Materialisten und hemmungslosen Hedonisten unserer Zeit – die Angst vor dem Gericht des Herren ein.

Diese Angst hat Luther immer getrieben. Es war wohl diese Angst, die ihn in das Kloster trieb. Diwald stellt dazu fest: »Was nun letzten Endes wirklich, womöglich als einziger Anlaß, die Trauer und die Bedrückung Luthers bewirkt hat, ist auf jeden Fall weniger wichtig als die Tatsache, daß sein Stoßgebet im Gewitter bei Stotternheim zwar ein Zufall, ein reiner Affektentschluß gewesen sein könnte, daß aber die Bedingungslosigkeit, mit der er zu seinem Gelübde stand, kein Zufall war. Luther dürfte sich auch ohne sein Gewittererlebnis früher oder später vor der Klosterpforte eingefunden haben. . . . Acht Jahre später formulierte Luther es noch härter, daß er ›durch Gewalt Mönch geworden ist‹, durch die Gewalt Gottes, und sein Gelübde hätte er um seiner Seligkeit willen getan«.[23]

Im verdünnten Christentum unserer Zeit hat die Gottesfurcht, das Grauen vor Gott eines Martin Luther, keinen Platz mehr. Man hat diese Seite Gottes als nicht menschlich völlig ausgeklammert. Gott wird verharmlost. Er ist allein der liebe Schöpfer, der dem hedonistischen Mitteleuropäer, der keine Tragödien mehr ertragen kann, ausschließlich Frieden und Freude zu spenden hat. Im Turmerlebnis erfuhr Luther, daß der Allerschreckende auch der Allerbarmer ist. Für den modernen Menschen der Friede-, Freude-, Eierkuchenideologie ist nur der Allerbarmer noch ertragbar. Gott wird aufgelöst im Zuckerbad der Pseudo-Humanität, die für den einzelnen ohne schmerzhafte Konsequenzen ist.

Die Christuserfahrung Luthers scheint ebenfalls aus dem Zentrum der Betrachtung geraten zu sein. Der späte, heute weithin verdrängte Martin Luther hat nüchtern und wahrhaftig die Wirklichkeit der Welt gesehen. Martin Luther sah in Jesus Christus den Retter aus dem Abgrund, den Erlöser von Sünde, den Bezwinger des Teufels. Christus wird heute zum Sozialrevolutionär uminterpretiert. Jesus von Nazareth wird allein und verkürzt gesehen als der Prediger der Mitmenschlichkeit, der Freund der Armen und als Kämpfer für irdische Gerechtigkeit.

Luther sah nüchtern und wahrhaftig die Wirklichkeit dieser irdischen Welt. Er entwarf keine Utopien und gab sich keinen irgendwie gearteten Befreiungstheologien hin. Luther lag der Gedanke, daß die Welt allein durch das Evangelium verbessert oder gar in sich hier und heute erneuert werden könnte, völlig fern. Gott selbst schafft erst am jüngsten Tag eine neue Erde und einen neuen Himmel. Dieser Grundirrtum hat bei sehr vielen protestantischen Würdenträgern dazu geführt, daß heute politisierende Pastoren die Kanzeln und vor allem seit 1990 in Mitteldeutschland die Parlamente besetzen und moralisierende Politiker die politische Bühne bevölkern.

Durch die Vermischung beider Reiche meinen erstere, man könne mit der Bergpredigt die Welt regieren. Sie übertragen innerstaatliche und innerfamiliäre Konfliktregelungsmechanismen in den außenpolitischen Bereich. Sie halten den Verzicht auf Gewaltanwendung für christliche Politik. Die evangelische Kirche scheint sich heute sehr weit von Luther entfernt zu haben. Die

Lutherfremdheit, die Diwald befürchtete und feststellte, steht in voller Blüte. Die Lektüre von Diwalds Werken zu Luther könnte hier einen Schlüssel liefern. Für die evangelische Kirche wird es wohl eine Frage des Überlebens werden, ob sie zu Luther zurückfindet.

Anmerkungen:

1. Diwald, Hellmut, *Luther, Eine Biographie*, Bergisch Gladbach 1982, zitiert: Diwald, *Luther*, aaO.; Diwald, Hellmut, u. Karl-Heinz Jürgens, *Lebensbilder Martin Luthers*, 1982, Bergisch Gladbach, zitiert: Diwald/Jürgens, *Lebensbilder*, aaO.;

2. Diwald stellt hierzu fest: »Luther sah niemals in seiner evangelischen Lehre und im Protestantismus eine Bewegung, die gegen das Reich gerichtet war. .. Luther brachte den Deutschen nicht nur die Bibel, nicht nur ihre Sprache und damit ihr Eigenbewußtsein, er brachte ihnen auch mit seiner Lehre ihre Einheit, weckte auf der Grundlage des evangelisch-deutschen Glaubens und Gemeindelebens ihre selbstsichere Überzeugung, auch politisch zusammenzugehören. Die Spaltung des Reiches hat Luther weder beabsichtigt noch zu verantworten.« In: Diwald, *Luther*, aaO., S. 429f.

3. Diwald betont dies extra: »In der unübersehbaren Literatur, die sich mit der Persönlichkeit Martin Luthers befaßt, finden sich über seine Jugend und die Entwicklung bis 1517, dem Jahr der berühmten Thesen, verblüffend wenig Mitteilungen, die auf haltbaren Tatsachen beruhen. Wegen dieses Mangels hat sich die Forschung in den letzten Jahrzehnten mit besonders viel Energie um die Kindheit und die frühen Jahre des Reformators bemüht. Die Ergebnisse stehen in einem Mißverhältnis zum Aufwand... Selbstrechtfertigung und Selbsterklärung waren seitdem (seit Luthers Lehre im Gebiet des Öffentlichen und Politischen zu wirken begonnen hatte; C.K.) nicht mehr voneinander zu trennen.. . Sein Urteilsvermögen allein, und sonst nichts, wurde die Grundlage der Urteilsfindung und der nachfolgenden Urteilsbildung. In dieser Form stellt sich für den Geschichtsschreiber, der sich nicht nur um Einsicht bemüht, sondern auch um Erkenntnis, eines der bemerkenswertesten Probleme dar, und es präsentiert zugleich die Schwierigkeiten, die sich mit der autobiographischen Zuverlässigkeit von Luthers Erinnerungen verbinden... Stilisierung um den Rang der Glaubensrevolution willen, die er ins Werk gesetzt hatte, und ständige Rechtfertigung derselben Revolution, die er niemals beabsichtigt hatte: Das sind die beiden Säulen der autobiographischen Mitteilungen Luthers.« In: Diwald, *Luther*, aaO., S. 21 ff.

4. Diwald, *Luther*, aaO., S. 11 f.

5. Auch Diwald hat dies erkannt: »Der Ruf nach einer solchen Reform war für ihn nur Vorwand und Hebel. Was er bestenfalls als ein Recht des Wortes reformatio hätte gelten lassen können, lief auf die Enthauptung der römischen Kirche und das Abschlagen ihrer Glieder hinaus, also auf die Vernichtung der bestehenden Ordnung.« In: Diwald, *Luther*, aaO., S. 254.

6. Dazu Diwald: »Der Begriff Reformation als Benennung des Protestantismus liegt erst seit 1688 fest, als Veit Ludwig von Seckendorff in seinem Werk *Commentarius historicus et apologeticus de Lutheranismo* die Religion des Lutheranismus gleichsetzte mit der ›Reformatio religionis ductu D. Martini Lutheri‹.« Den Grund für die Gleichsetzung sieht Diwald in folgendem: »Der Eifer, mit der die evangelischen Kirchen die Tat Luthers als Reformation anstatt als Revolution charakterisieren, lebt im wesentlichen von dem Wunsch, die alte Kirche, die von Luther so sehr verabscheut wurde und von der sich die evangelischen Erzväter so mannhaft getrennt hatten, insgeheim behalten zu wollen – wenn schon nicht faktisch, so doch dem Anspruch nach, dessen Recht aus dem Schriftwort Gottes abgeleitet wurde. Tatsächlich aber ist die einzige Reformation, die im Christentum stattgefunden hat, vom Trienter Konzil 1545–1563 durchgeführt worden.« In: Diwald, *Luther*, aaO., S. 254.

7. Auch wenn es eine Binsenweisheit ist, soll Diwald zitiert werden, da er es klar benennt: »Mit der Bibel und ihrer Sprache schuf Luther die Einheit der Deutschen in einem weit fundamentaleren Sinn als nur dem vordergründig politischen. Die Lutherbibel wurde zu einem untrennbaren Bestandteil der deutschen Familien, ja des Deutschen überhaupt. Sie wurde zur Grundlage der inneren Vereinheitlichung Deutschlands. . . Wenn aus vielen und guten Gründen Luthers Bibelübersetzung als seine eigentliche und wirklich revolutionäre Tat gerühmt werden konnte und immer noch gerühmt wird, so heißt das nichts anderes, als daß Luther den Deutschen nicht nur die Bibel gegeben, sondern ihnen auch die Sprache vermittelt hat.« In: Diwald, *Luther*, aaO., S. 260 f.

8. Spengler, Oswald, *Der Untergang des Abendlandes*, München 1923, S. 927.

9. Diwald, *Luther*, aaO., S. 90 f.

10. Diwald sieht dies folgendermaßen: »Jeder Revolutionär verbindet mit seinem Umsturz den Beginn einer neuen Ära. Auch Luther hat sich in einem neuen Horizont datiert und ist deshalb von Hans Sachs als ›Wittenbergisch Nachtigall‹ begrüßt worden, deren Gesang einen Weltenmorgen verkündet: ›Wacht auff, es nahet gen dem tag!‹« In: Diwald, *Luther*, aaO., S. 13.

11. Diwald: »Auch hier also wieder das Grundschema: Luther beruft sich hartnäckig auf das Neue Testament und führt seine Texte gegen die Lehren der Kirche in das Feld. Sein Schriftverständnis steht gegen das Schriftverständnis der Papstkirche. Ohne allzu komplizierte Interpretation erklärt Luther mit dem Pochen auf seinen Gehorsam gegenüber Gott, der wichtiger sei als der Gehorsam gegenüber den Menschen, die Papstkirche zu etwas Menschlichem: Dieser schroffe Gegensatz in der Auslegung ist der Eckstein der lutherischen Revolution.« In: Diwald, *Luther*, aaO., S. 148.

12. Spengler, Oswald, *Der Untergang des Abendlandes*, aaO., S. 925.

13. Luther hatte seinen Freunden bereits in der Mitte des Jahres 1520 angekündigt, daß er beabsichtige, bald ein neues »Liedlein« von Rom zu singen, »um das Otterngezücht noch mehr zu reizen«. In der Schrift *Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche* greift er die katholische Kirche in ihrem Kern an, der Angriff geht auf die eigentliche Substanz. In ihr verwirft Luther die katholische Sakramentenlehre und zerstört damit die Basis der Sakramentskirche. Ausführlich in: Diwald, *Luther*, aaO., S. 184 ff.

14. Diwald, *Luther*, aaO., S. 12.

15. Hierzu Diwald: »Luther sah niemals in seiner evangelischen Lehre und im Protestantismus eine Bewegung, die gegen das Reich gerichtet war. Der Vorwurf, Luther hätte den Glauben und die Kirche gespalten, trifft nur unter römisch-katholischen Voraussetzungen zu. . . Die Spaltung des Reiches hat Luther weder beabsichtigt noch zu verantworten. Sie ist die politische Folge der vom Konzil von Trient und der katholischen Reform ausgelösten militanten Bewegung, die vom Protestantismus als Gegenreformation bezeichnet wurde. Den dramatischen Gegensatz zwischen dem römischen Katholizismus und dem deutschen Protestantismus – und dann dem dänischen, schwedischen, finnischen und allen übrigen nationalen – hat Luther nicht erfunden und in die Welt gesetzt, sondern die religiösen Bedingungen der Glaubensspaltung sind in der Verfassung und dem Zustand der Kirche zwischen dem Konstanzer Konzil (1414–1418) und dem Thesenpapier (1517) zu finden.« In: Diwald, *Luther*, aaO., S. 429.

16. Spengler, Oswald, *Der Untergang des Abendlandes*, aaO., S. 181.

17. Siehe Diwald, *Luther*, aaO., S. 50 ff.

18. Diwald, *Luther*, aaO., S. 10.

19. Diwald, ebenda.

20. Evertz, Alexander, »Die Abkehr von Martin Luther«, in *Erneuerung und Abwehr*, Nr. 7/8. 1992, S. 3. Evertz schreibt weiter: »Als die Leiche Martin Luthers am 22. Februar 1546 in der Schloßkirche zu Wittenberg beigesetzt wurde, sagte der Stadtpfarrer Johannes Bugenhagen in seiner Trauerpredigt: ›Die Person ist wohl in Christo verschieden, aber die gewaltige, selige, göttliche Lehre dieses teuern Mannes lebt noch aufs allerstärkste. . . ‹ Heute nach über 400 Jahren sieht es so aus, als sei Luther tot. Er ist weithin ein

Unbekannter geworden. Das Interesse an ihm ist erloschen wie ein Kerzenlicht, das der Wind ausgepustet hat. Selbst unter den evangelischen Theologen herrscht eine schmerzliche Lutherfremdheit.« In: Evertz, Franz, »Martin Luther und die politische Welt«, in *Erneuerung und Abwehr*, Oktober 1993, S. 3.

21. Diwald, Luther, aaO., S. 11.
22. Siehe ebenda, S. 24 f.
23. Ebenda, S. 27.

Eugen Hoffmann

# Politische Betrachtungen zu Diwalds Werk

## *Von der Revolution zum Norddeutschen Bund. Ideengut und Politik der Preußischen Hochkonservativen 1848–1866*

Zu den Werken, die Hellmut Diwalds wissenschaftlichen Ruhm begründeten, zählen zwei in der Reihe »Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts« erschienene Dokumentarbände, die im Auftrag der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1970 erschienen. Wie so oft läßt das schlichte Äußere der Bände 46 / I-II kaum ahnen, welcher Arbeitsaufwand, über elf Jahre verteilt, in ihnen steckt. Das knappe im Januar 1969 geschriebene Vorwort Hellmut Diwalds setzte den Schlußpunkt in einer wissenschaftlichen Angelegenheit, die, genau genommen, bereits im Jahre 1955 begonnen hatte. In jenem Jahre nämlich überantwortete der Kgl. Preußische Landrat a. D. Nikolaus von Gerlach, ein Enkel Wilhelm von Gerlachs, dem Direktor des »Seminars für Religions- und Geistesgeschichte« in Erlangen, Hans Joachim Schoeps, als kostbares Vermächtnis das Gerlachsche Familienarchiv zu treuen Händen. Es war kein Zufall, wenn damit eines der größten deutschen Privatarchive für das 19. Jahrhundert an den Erlangener Ordinarius ging; denn H.J. Schoeps war 1952 in seinem Buch *Das andere Preußen. Konservative Gestalten und Probleme im Zeitalter Friedrich Wilhelms IV.* mit einer bedeutenden Abhandlung über Ernst Ludwig von Gerlach und seine Brüder hervorgetreten. So stapelten sich in der Universität Erlangen die Bestände eines privaten Archivs, dessen Dokumente bis ins 15. Jahrhundert zurückreichten und das vor allem die Tagebücher Ludwig von Gerlachs sowie die Unmenge von über 15 000 Briefen von und an die Brüder Gerlach enthielt. Später wurde der Fundus durch sechs weitere Aktenpakete des »Parsower Zusatzarchivs« aus dem Besitz des Herrn Tessen von Gerlach mit weiteren wichtigen Materialien zum 19. Jahrhundert vervollständigt. Unverzüglich ging Professor Schoeps mit seinem Mitarbeiterstab an die Sortierung und Inventarisierung. Nach diesen Vorarbeiten konnte man mit der Auswertung

beginnen. Wegen der Menge des Vorhandenen mußte eine Auswahl getroffen werden. Für sich selbst reservierte H.J. Schoeps die geistesgeschichtlich interessante Zeit der Jugend der vier Gerlachbrüder. Aus noch erhaltenen Dokumenten und späteren schriftlichen Lebensrückblicken formte er sein 1963 erschienenes Werk: *Aus den Jahren preußischer Not und Erneuerung. Tagebücher und Briefe der Gebrüder Gerlach und ihres Kreises 1805–1820.* Den Zeitraum des stärksten politischen Einflusses der beiden bedeutendsten Brüder – des Generals und des Präsidenten –, die Jahre 1818–1866, übernahm der Erlangener Privatdozent Dr. Hellmut Diwald. Das rechtsgeschichtlich bedeutsame Material aus der Zeit Ludwig von Gerlachs im Gesetzgebungsministerium Savignys wurde von H. Liermann und H.J. Schoeps in den *Nachrichten der Akademie der Wissenschaften in Göttingen,* Phil.-hist. Kl., Jg 1961, Nr.14 unter dem Titel *Materialien zur preußischen Eherechtsform im Vormärz. Aus dem Briefwechsel Savigny, Puchta und Bethmann Hollweg mit Ludwig von Gerlach* publiziert. Ansonsten blieb die Zeitepoche vor 1848 ebenso weitgehend unbehandelt wie die letzten Lebensjahre Ludwigs von 1866 bis zu seinem Todesjahr 1877. Den Auftrag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften an Diwald hatte Schoeps vermittelt, der mit seinen Anregungen bei Gerhard Ritter in der dafür zuständigen Historischen Kommission der Akademie auf offene Ohren gestoßen war. Auch Professor Gerhard Ritter war in Sachen Gerlach und der preußischen Hochkonservativen kein Unbekannter, da er 1911 in der *Deutschen Revue* die Altersbriefe Ludwig von Gerlachs an Adolf von Thadden und Moritz von Blanckenburg ediert und 1913 ein Buch über *Bismarck und die preußischen Konservativen 1858–1876* veröffentlicht hatte. So fügte sich das eine zum anderen, und Diwald begann 1958, von den beiden erfahrenen Professoren fürsorglich beraten und unterstüzt, mit der editorischen Arbeit, die immer wieder durch andere Arbeiten, Vorlesungstätigkeit und Buchprojekte unterbrochen wurde.

Bevor ich zu den Mühen Hellmut Diwalds zurückkehre, sind einige Erläuterungen angebracht. Selbst historisch Gebildeten sind mitunter die Brüder Gerlach und der um sie herumgescharte hochkonservative Kreis kein Begriff mehr. Die vier Gerlachbrüder Wilhelm (10.5.1789–20.8.1834), Leopold (17.9.1790–10.1.1861), Ernst Ludwig (7.3.1795–18.2.1877) und Otto (12.4.1801–24.10.1849) waren die Söhne des Chefpräsidenten der Kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer, Karl Friedrich Leopold von Gerlach (25.8.1757–8.6.1813), der, von Hardenberg bei der Ernennung der neuen Oberpräsidenten übergangen, 1809 einstimmig zum ersten Oberbürgermeister Berlins gewählt worden war. Das Elternhaus wurde mehr vom Geist des höheren Beamten- und Gelehrtentums geprägt als von dem des preußischen Landadels. Alle vier Brüder studierten Jura: Wilhelm in Halle, Göttingen, Heidelberg, seine Brüder in Göttingen, Heidelberg und Berlin. Mit Ausnahme des Jüngsten wurde ihnen die Hochromantik ebenso zu einem prägenden geistigen Erlebnis wie nachher die persönliche Teilnahme an den Befreiungskriegen. Geistig führte

der Weg der Brüder über die »Christlich-Deutsche Tischgesellschaft« Achim von Arnims und die »Maikäferei« (benannt nach dem Wirt Mai des ersten Vereinslokals) mit Clemens Brentano schließlich in die pietistische Erwekkungsbewegung und zuletzt in die lutheranische kirchliche Orthodoxie.

Wilhelm, der älteste, wurde 1830 Vizepräsident des Oberlandesgerichts in Frankfurt/Oder, einen Posten, den er bis zu seinem frühen Tod innehatte. Seinem persönlichen Eingreifen verdankte Turnvater Jahn den Freispruch in zweiter Instanz wegen demagogischer Umtriebe vor dem Oberlandesgericht Frankfurt. Otto, der jüngste, wandte sich, einem Jugendwunsch folgend, von der Juristerei der Theologie zu und bewarb sich 1834 beim König um die »beschwerlichste« der neugegründeten Berliner Pfarrstellen. Als »sozialer« Pfarrer der Elisabethkirche in einer Berliner Arbeitergegend entfaltete er eine aufopfernde »innere Mission« mit damals ganz neuartigen Methoden der kirchlichen Wohlfahrt- und Jugendpflege. Im Jahre 1847 wurde Otto, der zu den wichtigsten Autoren theologischer Lehrbücher seiner Zeit zählte, Hofprediger am Dom; starb aber bald darauf zu einer Zeit, als seine überlebenden Brüder eben auf dem Höhepunk ihrer Tätigkeit und ihres Einflusses standen.

Leopold, der spätere General, besuchte ab 1803 die Académie Militaire, wurde aber als Fähnrich 1806 aus seinem Beruf gerissen. So sattelte er auf die zivile Laufbahn um und brachte es bereits zum Regierungsreferendar in Potsdam, als der Befreiungskrieg ihn in den militärischen Dienst zurückbrachte, dem er von nun an treu blieb. Er war ein liebenswürdiger Gesellschafter mit viel persönlichem Charme. Eine enge lebenslange Freundschaft mit tiefer gegenseitiger Zuneigung verband ihn mit dem Kronprinzen und späteren König Friedrich Wilhelm IV., in dessen Umgebung wir ihn 1826 als persönlichen Adjutanten erstmals in offizieller Funktion finden. Seit 1830 nahm er erneut an der täglichen Abendgesellschaft des Kronprinzen teil, während er seine militärische Laufbahn in verschiedenen Ämtern fortsetzte. Im Jahr 1850 wurde er zum Generallieutenant befördert und auch offiziell zum Generaladjutanten des Königs ernannt. Sein täglicher Kaffeevortrag beim König brachte ihm mehr Einfluß auf diesen, als mancher Ministerpräsident ihn besaß. Das Verhältnis des Königs zu seinem »Herzenspolte« war von vollem Vertrauen, das des Adjutanten von unbeirrbarer Treue zu seinem »wunderlichen Herrn« geprägt. Während der Revolution von 1848 kamen Leopold und Ludwig unverzüglich dem König mit einer Initiative zur Wiederherstellung der Stellung des Königtums zu Hilfe. Sie organisierten für ihren König einen handlungsfähigen zuverlässigen Beraterstab, eine Kamarilla, heute würden wir Küchenkabinett dazu sagen, mit dem sie die preußische Politik weitgehend beeinflußten und in ihre Hand nahmen. Auf ihre Initiative geht die Berufung des »Staatsstreich-Ministeriums« Brandenburg im Oktober 1848 ebenso zurück wie die historisch noch bedeutsamere Ernennung Bismarcks zum Bundesgesandten in Frankfurt. Das Ideal der beiden Brüder war die Aufrechterhaltung des deutschen Bundes und der Ausgleich mit Österreich.

Deshalb wirkten beide stark auf den König ein, die vom Frankfurter Parlament angebotene Kaiserkrone abzulehnen. In den Jahren 1849–1850 kämpften sie gegen Radowitz und seine Unionspolitik und trugen zur Abwicklung der Unionsverfassung, von ihnen spottisch »Charte Quasi-Gagern« genannt, bei. Die gänzliche Aufgabe der Unionspläne, als Österreich in Olmütz ultimativ die Wiederherstellung des alten Zustandes im Deutschen Bunde erzwang, wurde von Leopold und Ludwig nicht nur wegen der Vermeidung des Bruderkrieges begrüßt. Während des Krimkrieges setzten beide als Führer der »Kreuzzeitungspartei« gegen die »Wochenblattpartei« die strikte Neutralität Preußens im Konflikt durch. Das Bündnis der »Heiligen Allianz« gegen Revolution und »Bonapartismus« schien ihnen neben der Freundschaft mit England der passende außenpolitische Rahmen für eine konservative Ideenpolitik nach christlichen Grundsätzen zu sein. Zum Leben erwecken ließ sich die Heilige Allianz, wie beide sehr wohl einsahen, nach dem Krimkrieg jedoch nicht mehr. Leopold war als Militär und Diplomat eine ungewöhnliche Erscheinung. Geistvoll und hochgebildet, war er gleich seinen Brüdern ein völlig integerer und uneigennütziger Charakter. Die unstete Art seines Königs und der nur schwach ausgeprägte Durchsetzungswille Leopolds ihm gegenüber verhinderten jedoch einen gleichmäßig und dauerhaften Einfluß. Mit der Regierungsunfähigkeit Friedrich Wilhelms IV. 1857 endete die faktische Zugriffsmöglichkeit der Gerlachbrüder auf die preußische Politik. Leopold von Gerlach starb im Januar 1861 an den Folgen einer Erkältung, die er sich bei der Beerdigung seines Königs zuzog, als er stundenlang bei eisiger Kälte und heftigem Wind barhäuptig dem Trauerzug folgte.

Ernst Ludwig von Gerlachs Werdegang gleicht weitgehend dem seiner Brüder. Neben Jura studiert er noch klassische und neuere Literatur. Als Nachfolger seines Bruders wird er 1834 Oberlandesgerichtspräsident in Frankfurt/Oder. Wegen seiner Berufung in die Savignysche Gesetzgebungskommission erhält er 1842 seine Ernennung zum Staatsrat. Im Jahr 1844 wird er zum Präsidenten des Oberlandes- und Appellationsgerichtes in Magdeburg befördert, ein Amt, das er bis 1874 innehaben sollte, als er um seinen Abschied einreichte, weil er wegen Beleidigung Bismarcks in seiner letzten politischen Streitschrift zu einer Geldstrafe verurteilt worden war. Objektivität und unbeugsamer Gerechtigkeitssinn zeichneten den Juristen Gerlach aus. Beim Ausbruch der Revolution begann er mit organisatorischem Talent die Sammlung der konservativen Kräfte und gründete als ihr Sprachrohr 1848 die *Neue Preußische Zeitung*, die meist nur *Kreuzzeitung* genannt wurde. Als Haupt der äußersten Rechten wirkte Ludwig von Gerlach lange Jahre als Fraktionsführer der Konservativen Partei Preußens für seine »kleine, aber mächtige Partei«. Allerdings sollte man die Begriffe »Fraktion« und »Partei« nicht im heutigen Sinne geschlossener Organisationen verstehen, dergleichen gab es damals in den Parlamenten noch nicht. Ludwig war 1849 in der Ersten Kammer, 1850 im Unionsparlament und, historisch am bedeutsamsten, 1851–

1858 im Abgeordnetenhaus für die konservative Sache tätig. Bei Regierungsumbildungen wurde Ludwig von Gerlach mehrmals als Minister, einmal sogar als Ministerpräsident vorgeschlagen, aber es kam zu keiner Ernennung durch den König. Zwar wäre Ludwig der Verantwortung für solche Ämter nicht ausgewichen, aber er drängte sich nicht vor. Er sah seine eigentliche Aufgabe als Organisator und Vordenker der Konservativen im Landtag und hätte damals mit der Übernahme eines Staatsamtes auf diese Rolle verzichten müssen. Der Verlust seines Abgeordnetenmandats bei der Wahl von 1858 bedeutete praktisch sein Ausscheiden aus der aktiven Politik. Aber durch seine ausgedehnte publizistische Tätigkeit blieb er weiterhin einflußreich und der große alte Mann der preußischen Hochkonservativen. Bismarck unterstützte er während der Konfliktzeit mit dem Parlament durch ein juristisches Gutachten, das den Streit mit den Liberalen verschärfte. Zur »großen Gewissenserprobung« wurde für ihn der Verzicht Bismarcks auf eine wirkliche Rechtslösung während des Krieges gegen Dänemark. Zum endgültigen Bruch Gerlachs mit Bismarck kam es 1866 wegen dessen Kriegspolitik gegen Österreich. Der Krieg schien Gerlach gegen den Sinn der deutschen Geschichte geführt. Als Verrat aller bisherigen Grundsätze konservativer legitimistischer Politik verurteilte er die Annexionen Hannovers, Kurhessens, Nassaus und der freien Stadt Frankfurt durch Preußen. Zwar gelang es Bismarck rasch, seinen gefährlichen Kritiker zu isolieren, indem seine Anhänger ihm weitere Veröffentlichungen in der *Kreuzzeitung* und der evangelischen Kirchenzeitung unmöglich machten, aber der beginnende Kulturkampf führte Gerlach, der in vielem mehr ein Mann der Kirche als des Staates war, in die politische Arena zurück. Als aufrichtiger Freund der katholischen Kirche schloß sich der politisch heimatlos gewordene Lutheraner im Kampf für die gemeinsame Sache aller Konfessionen gegen den Omnipotenzanspruch des Staates als Hospitant dem Zentrum an. Der Unermüdliche erkämpfte sich im hohen Alter noch 1873 ein Mandat im preußischen Landtag und 1877 sogar ein solches im Reichstag. Am 18. Februar 1877 erlag Ludwig einem Schlaganfall, nachdem er wenige Tage zuvor bei einem Unfall von einem Postwagen überrollt worden war. Mit seinem für die Zeitgenossen überraschenden Tod endete das Leben eines Mannes, der zu den bedeutendsten Politikergestalten aus der Frühzeit des Parteiwesens zählt und schon damals als das lebende Denkmal seiner selbst, als unverwüstliches Überbleibsel einer schon längst abgelaufenen Epoche betrachtet wurde.

Eine Veröffentlichung aus den Originaltagebüchern Ludwig von Gerlachs mußte für die innere Geschichte der preußischen Hochkonservativen reichlichen Aufschluß liefern. Zwar hatte Jakob von Gerlach, ein Neffe Ludwigs, über seinen Onkel 1903 die zweibändigen *Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken 1795–1877* veröffentlicht, allein er benutzte dazu, wie sich herausstellen sollte, nicht die Originaltagebücher. Auf Drängen seiner Neffen und Nichten führte Ludwig von 1867 an die von Leopold begonnene »Familiengeschichte«

weiter. Als Unterlagen dazu zog er neben Briefen, Zeitungsausschnitten, Broschüren, Kammerreden seine eigenen Tagebücher und die seines Bruders Leopold heran. Ausschließlich aus dieser für den privaten Gebrauch gedachten Familiengeschichte filterte nun Jakob seine *Aufzeichnungen* heraus. Dabei nahm er verständlicherweise taktvoll Rücksicht auf Empfindlichkeiten seiner Zeitgenossen in der Auswahl und gelegentlichen Überarbeitung des Veröffentlichten. Heraus kam ein mehrfach gefiltertes und gebrochenes Endprodukt, welches vom Charakter und Tenor der Originaltagebücher nicht unerheblich abweicht. Noch viel schlimmer steht es in dieser Beziehung um die von Leopolds Tochter Agnes 1891–1892 veröffentlichten *Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals Leopold von Gerlach*. Sie benützte zwar Briefe und Tagebücher ihres Vater, glättete aber den Inhalt in solcher Weise, daß sie Leopolds ursprüngliche Diktion bis zur Dürre milderte. Vor allem ein Vergleich der im Gerlacharchiv noch vorhandenen Teile des Briefwechsels zwischen Ludwig und Leopold, die jetzt das Kernstück von Diwalds »Dokumentenband« ausmachen, mit den Parallelstellen der *Denkwürdigkeiten* zeigt dies unmißverständlich deutlich. Die Originaltagebücher Leopolds gingen während des 2. Weltkriegs verloren. Der historische Wert der Tagebücher Ludwigs für die Aufklärung vieler geschichtlicher Vorgänge ist dadurch nur um so größer geworden. Ludwig führte von Juni 1815 bis zu seinem Tod im Februar 1877 ununterbrochen Tagebuch. Davon blieben bis heute neun Bände erhalten. Die einzige größere Lücke von Oktober 1819 bis Juli 1825 wurde wahrscheinlich durch den Verlust eines Bandes verursacht. Für sein Tagebuch benutzte Ludwig buchmäßig ausgestattete Hefte im Oktavformat mit vorzüglichem Papier im Umfang von 200 bis 300 Blatt, die er beidseitig mit engzeiliger Schrift beschrieb. Über die Lesbarkeit der Handschrift Ludwigs schreibt Diwald andeutend: »Die Handschrift Ludwigs ist sehr eng, wirkt auf den ersten Blick klar, ist aber deshalb doch nicht leicht lesbar; in späteren Jahren gewinnt sie an Deutlichkeit.«[1] Die Entzifferung der Tagebücher wird zusätzlich durch ihre abgekürzte, stichwortartige, verschlüsselte Redeweise erschwert, sowie durch ihre nur für den Verfasser selbst bestimmten Abkürzungen und obendrein durch die vielen fremdsprachigen Zitate ausländischer Tageszeitungen. Für die Tagebuchausgabe in seinem ersten Band mußte Diwald 1435 beschwerliche Tagebuchseiten durcharbeiten, für den anschließenden Dokumentenband neben unveröffentlichten Denkschriften und Aufzeichnungen 4500 Briefe zum fraglichen Zeitraum, von denen Diwald zum Schluß 776 zur Publikation auswählte. Der kurze Stoßseufzer, der Hellmut Diwald in seinem Vorwort entschlüpfte, hält die Beschwerlichkeit des ganzen Unterfangens fest: »Nur wer die Fülle der Gerlachschen Nachlaßpapiere und die Nöte ihrer Entzifferung kennt, kann ermessen, welch mühsame Kleinarbeit mit einer derartigen Edition verbunden ist.«[2] In langen Diskussionen mit Hans Joachim Schoeps und Gerhard Ritter ließ sich Hellmut Diwald darauf festlegen, nur eine Jakob von Gerlachs *Aufzeichnungen* ergänzende Auswahl aus den Tage-

büchern Ludwig von Gerlachs zu treffen. Diwald hätte es jedoch vorgezogen, sämtliche politischen Einträge für den Zeitraum 1848–1866 geschlossen zu veröffentlichen. Für den wissenschaftlichen Gebrauchswert von Diwalds Edition wäre die umfangreichere Fassung besser gewesen, da Jakob von Gerlachs *Aufzeichnungen* in vielen Universitätsbibliotheken fehlen.

Durch seine intensive Beschäftigung mit Ludwig von Gerlach gelangte Hellmut Diwald zu einer geschichtlichen Neueinschätzung der Gerlachbrüder und ihres Kreises. Das Bild des Doktrinärs und verbohrten Theoretikers Ludwig wird von ihm in seiner ausführlichen Einleitung als liberales Klischeebild zurückgewiesen. Auch die übliche Vorstellung, Ludwig von Gerlach wäre im eigentlichen Sinne gar kein politischer Kopf gewesen, findet bei Diwald keine Gnade. Das außerordentliche politische Gespür Gerlachs wird durch seine Leistungen bewiesen. Dazu zählt vor allem sein Sinn für die Notwendigkeit des Aufbaus eines konservativen Pressewesens. Das von seinem Bruder Wilhelm 1831 mitbegründete *Berliner Politische Wochenblatt* war schon zehn Jahre später wieder zum Erliegen gekommen. Ein von Ludwig mit Bismarck zusammen 1847 unternommener Versuch, ein eigenes Presseorgan zu schaffen, endete erfolglos. So stand man bei der Revolution 1848 ohne ein eigenes politisches Blatt da. Allein der Hartnäckigkeit Ludwig von Gerlachs war es zu verdanken, daß schon im Frühjahr dieses Jahres die *Kreuzzeitung* erscheinen konnte. Der als Geldgeber unentbehrliche Graf Voß glaubte anfangs nur an die Marktchance eines Wochenblatts im Umfang von gerade einem Bogen, aber Ludwig setzte sich mit einer großzügigen Planung durch. In den folgenden Jahren wurde Ludwig von Gerlach zum »Rundschauer«, da er von 1848 bis 1853 monatlich, bis 1857 vierteljährlich und bis 1866 zum Jahresbeginn in der *Kreuzzeitung* eine »Rundschau« als politische Leitlinie für die Konservativen veröffentlichte. Daneben wandte er sich noch mit separaten Broschüren an das Volk, die später die einzige ihm noch verbliebene publizistische Waffe werden sollten. Die Rolle der Gerlachs in der »Kamerilla« war um so geheimnisumwitterter gewesen, je weniger man davon tatsächlich wußte. Die Tagebücher Ludwigs sind das getreue Journal der Kamarilla, in denen alle internen Ereignisse festgehalten wurden. Auf sie gestützt, kann Diwald das selbst von angesehenen Experten für Verfassungsgeschichte behauptete ständige Drängen der Gerlachbrüder zum Staatsstreich in das Reich der Legenden verweisen. Das Gegenteil ist der Fall. Unentwegt warnte Ludwig von Gerlach auch während der Konfliktzeit alle Anhänger absolutistischer Lösungen vor einem Bruch der einmal beschworenen Verfassung. Die eigentliche Arbeit der Kamarilla endete bereits mit der Einsetzung des Ministeriums Brandenburg und kam daraufhin allmählich zum Erliegen. Von unverantwortlicher Tätigkeit oder gar Kontrolle der Regierung über Jahre hinweg darf deshalb unter keinen Umständen geredet werden. Das Bild eines schwachen Friedrich Wilhelm IV. korrigiert Diwald ebenfalls. Sicherlich war Friedrich Wilhelm IV. kein besonders entscheidungsfreudiger Monarch. Er

beriet sich mit vielen unterschiedlich denkenden Ratgebern, bevor er seine eigenen Entscheidungen traf. An diesen hielt er dann allerdings hartnäckig fest, ohne sich noch viel hineinreden zu lassen. Ein leichtes Opfer für die Einflüsterung einer Kamarilla war der König jedenfalls nicht.

Die politische Haltung Ludwig von Gerlachs ist für den heutigen Menschen nicht leicht zu verstehen. Sie wurzelt in einem manchmal befremdlich intensiven christlichen Glauben. Das Reich Gottes war für Gerlach nichts Transzendentes, sondern die greifbare Wirklichkeit von Gott gesetzter Ordnungen auf Erden. Diese Idee der Realität des Königreiches Gottes läßt ihn auch den Staat nicht außerhalb der göttlichen Sphäre denken. Der christliche Staat soll mit der Kirche zusammen an der Formung des Gottesreiches wirken. Die Bekanntschaft mit der Staatslehre von Haller war für Ludwig und seine Brüder zwar das entscheidende Bildungserlebnis auf politischem Gebiet, mischte sich aber mit dem Christentum zu etwas eigenständig Neuem. Der organisch gegliederte ständische Staat und die gottgewollte christliche Monarchie waren das staatliche Ideal der Gerlachs. Sie versuchten, ein ständisch gedachtes Repräsentativsystem mit dem Konstitutionsprinzip zu verbinden. Absolutismus und Pressezensur lehnten sie ab, wie sie überhaupt manchem liberalen Gedankengut aufgeschlossener gegenüberstanden, als man bisher dachte. Der Vereinigte Landtag von 1847 entsprach ihrem Geschmack, die Verfassung von 1850 weniger. Doch sollte man nicht übersehen, daß Ludwig im Alter einen Antrag der Zentrumsfraktion im preußischen Landtag auf Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts unterstützte, mit dem er sich nie recht hatte anfreunden können.

Die Beziehungen Bismarcks zu Ludwig von Gerlach waren nie völlig spannungsfrei gewesen. Sie hatten sich 1845 in Trieglaff, dem Landgut von Ludwigs pietistischem Jugendfreund Adolf von Thadden, kennengelernt. Die gegenseitigen Beziehungen gestalteten sich nicht nur politisch eng. Es überrascht nicht, wenn man etwa »Onkel Ludwig« als Taufpaten für Bismarcks Sohn Herbert findet. Die Unterstützung Bismarcks fiel Ludwig moralisch ab 1862 zunehmend schwerer. Ihr Zerwürfnis wurde allen sichtbar, als Ludwig von Gerlach in der *Kreuzzeitung* am 8. Mai 1866 einen Artikel »Krieg und Bundesreform« veröffentlichte, in dem er sich strikt gegen einen Krieg mit Österreich aussprach. Die Reichsgründung Bismarcks wurde von Gerlach negativ bewertet. Auf der Zertrümmerung geheiligter Rechtsverhältnisse und der widerrechtlichen Annexion fremden Besitztums konnte seiner Ansicht nach kein Segen liegen. Ein Viertel des deutschen Ländergebietes war nun abgetrennt, Österreich nach ihm der Slawisierung und Magyarisierung ausgeliefert. Der Kulturkampf zeigte seiner Ansicht nach die Zerstörung der auf der Reichsidee aufbauenden konservativen Staatsgesinnung durch Bismarck auf. Mit seiner Kritik stand Ludwig damals nicht allein. Zu Recht schreibt Diwald: »Der in Magdeburg grollende, von allen verlassene, von niemand beachtete, absolut vereinsamte, eisgraue Ludwig von Gerlach ist eine Legende.«[3]

Hellmut Diwald war der letzte große wissenschaftliche Vertreter der preußisch-deutschnationalen Historikerschule. Doch nichts wäre verfehlter, als ihn als Nachfolger der Sybel und Treitschke zu betrachten, welche die preußische Territorialgeschichte zur Ersatznationalgeschichte hochstilisierten, bis zuletzt die Geschichte ganz Deutschlands, ja die Europas sich in aller Bescheidenheit um Preußen zu drehen begann. Diwald öffnet sich weit der Weltgeschichte. Hier gibt es nichts an provinzieller Enge. Diwald stand schöpferisch in den Traditionen der deutschnationalen Geschichtsschreibung, während seine Gegner diese meist nur anders bewerteten und damit auf unbewußte Weise der von ihnen gerügten Tradition noch viel mehr verhaftet blieben. Verneinung und moralische Disqualifizierung bedeuteten noch lange keine neue Geschichtsschreibung, wie man sie nach dem Zweiten Weltkrieg erstrebte. Eine Sichtung und Neuinterpretation der deutschen Geschichte, wie sie nach 1945 fällig geworden war, unterblieb bei den Umerziehungshistorikern in Ermangelung eines eigenen festen Halts auf dem Boden der sogenannten Tatsachen. So begnügten sie sich mit der Anschwärzung und Kriminalisierung jener geschichtlichen Gestalten, die sie eben noch als Symbole allen Deutschtums eifrigst gefeiert hatten. Von Martin Luther über Friedrich den Großen bis zu Bismarck blieb kaum jemand verschont, auch wenn man daneben gnädig auf Vertreter des sogenannten guten Deutschlands hinwies, die historisch mit ihren fortschrittlichen Zielen leider nicht zur Wirksamkeit gekommen wären. Die ganze deutsche Geschichte verwandelte sich unter der Hand jener beflissenen Historiker und »Volkspädagogen« in eine finstere Verschwörung gegen Frieden, Recht und Freiheit. Das Ergebnis war nur eine ungenießbar gewordene Abart der Geschichtsschreibung, die dem deutschen Volk keine Hilfe zur erneuten Selbstfindung gewähren konnte, sondern selbst Ausdruck einer tiefen Identitätskrise war.

Dagegen wandte sich nun Hellmut Diwald, indem er in voller Klarheit und erstaunlicher Unbefangenheit an die alten Traditionen wieder anknüpfte. Daß es sich dabei in solchem Ausmaß um preußische handelte, war Diwald nicht an der Wiege gesungen worden. Er wurde am 13. August 1929 im südmährischen Schattau als Sohn einer tschechischen Mutter und eines deutschen Vaters geboren und verbrachte Teile seiner Jugend in Prag. So bewußt Diwald als Zeuge der damaligen schrecklichen Ereignisse sich sein Leben lang als Heimatvertriebener fühlte, war er doch noch jung genug, vom Geist seiner neuen mittelfränkischen Heimat geprägt zu werden. Vor allem sein Leben in der Universitätsstadt Erlangen mit ihrer hugenottischen Tradition und der von den Hohenzollern im 18. Jahrhundert gegründeten protestantischen Universität beeinflußte ihn tief. Hier war auch der Ort, an dem sich sein Lehrmeister, der aus dem Exil zurückgekehrte Jude Hans Joachim Schoeps, geistig mehr zu Hause fühlen konnte als irgendwo sonst im Westen Deutschlands. Diese merkwürdigen Verknüpfungen persönlicher Lebensumstände führten nun den süddeutschen Katholiken Diwald auf die Bahn preußisch-

protestantischer deutschnationaler Geschichtsschreibung. Doch bleibt hier für den aufmerksamen Leser vieles nur an der Oberfläche, da unterschwellig bei Hellmut Diwald immer auch die reichische Tradition, die alte Kaiserüberlieferung, mitschwingt und oft genug sogar beherrschend wird. Mit Diwald schließt das Kapitel der deutschnationalen Geschichtsschreibung in versöhnlicher Art, weil er ihr viel von der alten Frontstellung gegen die reichische nahm.

In Ludwig von Gerlach sieht Diwald den christlich-konservativen moralischen Protest gegen die letztlich alternativlose Realpolitik Bismarcks: »Der Historiker kann nicht anders als konstatieren, daß sich damals im Streben nach nationaler Einheit mithilfe einer großen Machterhebung Preußens der unwiderstehliche ›Zug der Zeit‹ offenbarte und daß dieses Streben praktisch nur auf dem Wege Bismarcks, d. h. der gewaltsamen Beseitigung des deutschen Dualismus und der Begründung eines ›kleindeutschen‹ Reiches seine Erfüllung finden konnte und gefunden hat. Aber die Gewaltsamkeit dieses Vorgehens rief notwendig den Protest eines religiös begründeten, hochkonservativen Rechtsbewußtseins wach, wie es in erlach echter und tiefer lebendig war als in den meisten seiner Parteigenossen. Ihn und sie schied also eine ganze Welt von Prinzipien: eine grundsätzlich verschiedene Art des Patriotismus. Ludwig von Gerlach war kein ›Patriot‹ im Sinne der liberalnationalen Epoche, sondern Christlicher Konservativer sehr archaischen Stils.«[4] Seine Einschätzung Gerlachs teilt Diwald wohl mit den meisten Historikern Deutschlands. Wie die anderen Bismarckgegner der damaligen Zeit argumentierte auch Ludwig von Gerlach primär moralisch. Sie taten dies um so mehr, als sie Bismarck an der Ausführung seiner Pläne hindern oder seine Maßnahmen, etwa die staatlichen Annexionen ehemaliger Bundesmitglieder, teilweise rückgängig machen wollten. Und doch war ihr Protest von einer genuin politischen Art. Kann man Bismarcks Durchschlagen des deutschen gordischen Knotens wirklich als eine politisch notwendige Handlung betrachten?

Der eifrige Preußenverehrer Oswald Spengler urteilt noch 1933 vorsichtig: »Wirklich werten läßt sich ein Ereignis erst, wenn es ferne Vergangenheit ist und die endgültigen Erfolge oder Mißerfolge längst Tatsachen geworden sind, also nach Jahrzehnten. Ein reifes Verständnis Napoleons war nicht vor dem Ende des vorigen Jahrhunderts möglich. Über Bismarck können selbst wir noch keine abschließende Meinung haben. Nur Tatsachen stehen fest, Urteile schwanken und wechseln.«[5] Bismarcks staatliche Schöpfung hat ihre Bewährungsprobe nicht bestanden. Mehr an Grund bedarf es eigentlich nicht, um zu ihr auf fragende Distanz zu gehen. Weshalb wurde der imponierende Staat Bismarcks nicht zum Garanten einer glücklichen deutschen Zukunft? Um es gleich vorwegzunehmen, das preußische Kaiserreich wurde Opfer seiner übermächtigen äußeren Feinde.

Den Deutschen wurde von aufmerksamen Zeitbeobachtern schon Mitte des 19. Jahrhunderts die politische Zerreißung ihres Lebensraumes zwischen den

expansiven Mächten der Angelsachsen im Westen und Rußlands im Osten vorhergesagt. Wenn etwa Karl Marx schon damals vor der Stettin-Triest-Linie als der angestrebten Westgrenze eines großslawischen Reiches warnte, war dies keine prophetische Hellseherei, sondern schlichtes Ernstnehmen einer schon damals von Panslawisten heftig erhobenen Forderung. Der brüchige Deutsche Bund war solchen in der Zukunft liegenden Gefahren nicht mehr gewachsen, eine Bundesreform wurde damit unumgänglich. Bismarck zerschlug aus preußischem Eigennutz jeden Ansatz dazu und erfüllte langfristig die bangen Ahnungen des alten Metternich, der kurz vor seinem Tod noch die gewaltsame Errichtung eines kleindeutschen Nationalstaates unter Annektierung der norddeutschen Staaten vorausgesagt hatte und als unvermeidliche Endkonsequenz des hierzu notwendigen preußischen Bündnisses mit dem Liberalismus die Umwandlung des neuen Staates in eine Republik prophezeite. Er selbst freilich hatte mit seiner Politik Bismarck überhaupt erst den Weg geebnet. Es war Metternichs Versäumnis am Wiener Kongreß, wenigstens formell das alte Reich mit Kaisertitel, Reichstag und Reichsgericht wiederzubegründen, das Österreichs Führungsstellung in Deutschland zerstörte und den Deutschen Bund für so viele Deutsche innerlich unannehmbar machte. Dazu kam die törichte starre Verfolgungspolitik aller liberalen und nationalen Strömungen in Mitteleuropa, obwohl gerade damals, zur Zeit der Romantik, ein Großteil der konstitutionellen Forderungen noch mit erzkonservativen Ständeparlamenten berufsständischer Art aufzufangen gewesen wäre, und mit vergleichsweise harmlosen Maßnahmen, wie gesonderten Königskrönungen und vorsichtiger Aufgliederung des Staates nach nationalen Gesichtspunkten, selbst der beginnende Nationalismus des Vielvölkerstaates noch in Schach zu halten gewesen wäre. Anstatt Österreich zum Zentrum deutscher und selbst italienischer nationaler Hoffnungen zu machen, verwandelte es Metternich zum Gegner und zukünftigen Opfer aller Völker.

Die nach der Zäsur von 1866 erreichte kleindeutsche Lösung trug genug Geburtsfehler in sich, die Bismarck durch seine Amtsführung als Kanzler noch um ein beträchtliches vermehrte. Die konservativen Parteiströmungen Preußens nahmen durch Bismarck verheerenden Schaden. Der Versuch Ludwig von Gerlachs, auf der Basis der protestantischen Konfession eine konservative Volkspartei zu gründen, wurde regelrecht fortgespült. Das Verhältnis der protestantischen Konservativen zum katholischen Zentrum, einem natürlichen Bundesgenossen, trübte sich durch den völlig sinnlosen »Kulturkampf« mit seiner Reichsfeindpropaganda ein. Dadurch erhielten die antimonarchischen jakobinischen Strömungen im rheinländischen politischen Katholizismus eine verhängnisvolle Stärkung. Lediglich erbitternd wirkten ebenfalls die Unterdrückungsmaßnahmen der »Sozialistengesetze«, zu denen Bismarck griff, ohne vorher den Versuch unternommen zu haben, den Flügel der preußisch eingefärbten Lassalleaner gegen den der internationalen Marxisten innerhalb der SPD auszuspielen. Überhaupt mußten die Parteien draußen vor

der Türe zur Regierungsverantwortung bleiben, da Bismarck nicht einmal ausnahmsweise aus ihren Reihen Minister ins Kabinett holte. So blieb in logischer Folge der deutsche Parlamentarismus geistig dem sterilen Horizont einer geräuschvollen Daueropposition verhaftet und tatsächlich zu jeder wirklichen Regierungsverantwortung unfähig. So zimmerte Bismarck selbst die große Parteienkoalition von 1918 zusammen, welche die Monarchen stürzte und eine bürgerliche Republik im allerungeeignetsten Augenblick errichtete. Das totale Versagen war geradezu vorprogrammiert. Die unrühmliche und sinnlose Revolution von 1918 war der entscheidende Bruch mit der deutschen Tradition, ohne den das Jahr 1933 nicht möglich gewesen wäre, jene innere Vollendung der Revolution, die sich mit einem letzten blinden Aufbegehren der Mentalität des Bismarckreiches verband.

Steht es nun um die innenpolitische Erfolgsbilanz Bismarcks schlecht, so verhält es sich in der außenpolitischen nicht viel anders. Der unabsichtlich geförderte Zerfall Österreichs untergrub die Stellung des deutschen Volkes im südlichen Mitteleuropa. Im Norden wogen der Verlust der ehemaligen Bundesmitglieder Niederlande und Luxemburg schwer. Auch auf die Flamen Belgiens und die Schweizer konnte preußisches Wesen nur abschreckend wirken. Der Versuch, die preußische Tradition einem möglichst großen Teil des deutschen Volkes überzustülpen, führte lediglich zu einer gegenseitigen Zerstörung von Reichstradition und Preußentum, die ohne Bismarck durchaus in friedlicher Koexistenz hätten leben können, wie alle anderen regionalen Traditionen auch. Anstatt die Feindschaft Rußlands langfristig als gegeben hinzunehmen, versäumte Bismarck jedes durchaus nicht von vornherein zum Scheitern verurteilte Liebeswerben um Polen und die baltischen Völker. So stand am Schluß Bismarcks Kleindeutschland unsicherer in Mitteleuropa verankert da, als es ein reformierter Deutscher Bund je gewesen wäre.

Männer wie Ludwig von Gerlach und der von Diwald in diesem Zusammenhang vergessene Constantin Frantz sahen politisch weiter als Bismarck. Zu Recht rügte Hellmut Diwald das einhellige Verdammungsurteil der damaligen deutschnationalen Geschichtsschreibung über Gerlach, aber auch er selbst wurde ihm nicht voll gerecht. Ludwig von Gerlachs Protest gegen das neue Großpreußen Bismarcks beruht nicht nur auf moralischen Erwägungen. Hier rebelliert ebenso ein tiefer politischer Instinkt gegen fragwürdige Taten. Das Jahr 1866 war ohne Zweifel eines der großen historischen Wendejahre des deutschen Schicksals. Die Ereignisse von 1989 werden in der Geschichte des deutschen Volkes wohl ebenso auf lange Zeit einen bedeutenden Platz behaupten.

Mehr Gefahr als von innenpolitischen Problemen mit langfristiger Wirkung droht Deutschland auf dem Feld der Außenpolitik. Seitdem vor allem in Rußland die Dinge in gefährlicher Art wieder in den Fluß gekommen sind, endet die außenpolitische Schonzeit für Deutschland, die in vielen die Illusion hervorrief, etwas wie einen Ernstfall könne es nicht mehr geben. Sich gegen

diese Einsicht mit dem Hinweis auf eine verfehlte Vergangenheit zu sträuben ergibt keinen Sinn. Je schärfer man nach dem Zweiten Weltkrieg die eigenen Traditionen als undemokratischen Irrweg, ja als gegen die Werte der abendländischen Kultur gerichteten Mißwuchs empfand, desto kritikloser sah man das angelsächsische, ja selbst das französische Vorbild leuchten. Man nahm ohne lange Fragen das suggerierte Idealbild als Realität. Ganze Generationen bundesrepublikanischer Politiker werden bis heute dadurch im historischen Denken bis zur außenpolitischen Handlungsunfähigkeit verkümmert. So und nicht anders war die Umerziehung von den freundlichen Westmächten auch gedacht. Wegen der Gefahr aus dem Osten entwickelte Churchill das Programm eines wirtschaftlich zufriedenen, aber politisch völlig inaktiven Zukunftdeutschlands, mit dem er sich mangels vernünftiger Alternativen bei den Westalliierten durchsetzte. Die sehr ernste Frage, ob Deutschland jedoch durch Verzicht auf eigenständiges politisches Denken und Handeln den bestmöglichen Beitrag zum Schicksal Europas leisten kann, läßt sich ohne realistischen Blick auf unsere politische Lage nicht beantworten.

Sehr bedeutsam für unsere Zukunft wird das oft übersehene Spannungsverhältnis von Europäischer Union und Vereinigten Staaten werden. Von der im Zweiten Weltkrieg erreichten militärischen Festsetzung in einer strategischen Schlüsselposition wie Deutschland wollen die Amerikaner begreiflicherweise nicht lassen. Selbst ein wirkliches Aufhören der russischen Bedrohung könnte sie schwerlich dazu animieren. Freunde eines vereinigten Europas sind sie jedenfalls nur rein verbal. Sie haben es nicht eilig damit, eine Entwicklung zu fördern, die sie mit Gefühlen des Überflüssigwerdens der eigenen Macht quält. Wirtschaftspolitisch legte sich Washington nach heftigen Diskussionen auf eine technologische Niederringung Europas mit Hilfe Asiens fest, außenpolitisch auf eine Verzögerungstaktik, um ungeliebte Maßnahmen möglichst lang hinauszuschieben oder vielleicht überhaupt zu umgehen. Das Freiwerden der Staaten des östlichen Mitteleuropas bietet jedenfalls zum ersten Mal seit Gründung der NATO die Chance, einen Angriff aus dem Osten mit konventionellen Waffen zurückzuschlagen, was vorher schon aus rein strategischen Gründen der Lage so gut wie unmöglich war. Aber eine solche Osterweiterung der NATO hätte eine zumindest teilweise Emanzipation vom amerikanischen atomaren Schutzschirm zur Folge und damit eine Minderung amerikanischen Einflusses in Europa. So spielt man trotz der bedrohlichen Lage in Rußland auf Zeit und nebenbei bedenkenlos auch mit dem Leben der europäischen Zivilbevölkerung. Das Risiko, eine vielleicht einmalige Chance für Europa zu versäumen, ist jedenfalls gegeben. Der durchaus konsequente deutsche Versuch, die östlichen Nachbarvölker, wenn schon nicht in die NATO, dann mit Hilfe der Franzosen doch in die WEU aufzunehmen, scheiterte am heftigen Einspruch Englands, welches seine politische Rolle lieber als amerikanisches trojanisches Pony in Europa denn als Anhängsel einer deutsch-französischen Kontinentalachse sieht.

Ohne ein gutes Verhältnis zu unserem Nachbarland Frankreich geht in der Europäischen Union nichts voran. Um so nötiger wird wegen der schlechthin gegebenen Abhängigkeit eine realistische Einschätzung des Partners. Im Gegensatz zum zielstrebigen Halten auf reale Erfolge bei den Angelsachsen findet man hier freilich einen primär von Eitelkeit geprägten Stil, bei dem das Endergebnis wenig zählt, wenn nur das Bedürfnis nach Gloire und Revanche dabei auf seine Kosten kommt. Dem französischen Naturell liegt die Planung in die räumliche und zeitliche Ferne nicht. Dies führt zu einem bedenklichen Mangel an Gestaltungskraft in politischen Dingen. Praktisch Verwertbares fiel den Franzosen zu Europa, jedenfalls bis jetzt, trotz aller Europabegeisterung kaum ein. Es fehlt der praktische Realitätsbezug. Mit unüberbietbarer Deutlichkeit versteht Frankreich lediglich seinen Führungsanspruch in diesem Europa anzumelden. Dies sollten die Deutschen bitter ernst nehmen. Daß praktisch jeder kreative Schritt in Richtung auf einen funktionsfähigen europäischen Staatenbund den Franzosen regelrecht abgelistet werden muß, versteht sich bei den genannten Mängeln fast von selbst. Es wird viel an psychologischem Geschick auf deutscher Seite bedürfen, um das ständig drohende Mißtrauen Frankreichs zu unterlaufen. Deutschland langfristig irgendwie in eine franzosisch beherrschte Struktur einzubinden steht hinter allen Maßnahmen Frankreichs als Motiv; Maastricht und das Eurokorps etwa sind die Antwort auf die deutsche Wiedervereinigung.

Für die Erfordernisse eines Staatenbundes bringt das von alters her an strikten bürokratischen Zentralismus gewöhnte Frankreich kein richtiges Verständnis auf. Die Brüsseler Bürokratie zeigt den unfreiheitlichen, kleinlichen Stil der Pariser Verwaltung, welche Minderheitenrechte aller Art und nach unten delegierte Verantwortung nicht kennt, noch kennen will. Die heutige Europamüdigkeit liegt so wesentlich in der Vormacht des französischen Beamtentums in Brüssel begründet. Hier korrigierend einzugreifen sollte dem deutschen Volk, dessen staatliche Form immer die von halb souveränen Einzelstaaten gewesen war, eine geradezu auf den Leib geschneiderte Aufgabe sein. Keine andere Nation Europas hat in diesen Dingen auch nur halb soviel Erfahrung sammeln können wie wir Deutschen. Um diesen Schatz an Erfahrungen nutzen zu können, müssen wir ihn aber vorurteilslos reaktivieren. Das wirklich Wichtige muß erkannt, der erste Schritt immer vor dem zweiten unternommen werden. Die zusammenhaltende Wirkung, die vom Kaisertum noch beinahe bis zum Schluß des Heiligen Römischen Reiches ausging, sollte nicht außer Betracht bleiben. Hier, allen Widerständen zum Trotz, geistig anzuregen und umsichtig handelnd voranzugehen, kann den Deutschen als Aufgabe niemand abnehmen.

Weder von den romanischen Nationen Europas, bei denen inzwischen stellenweise spätantike und halborientalische Züge der Unterschichten mit all ihrer Kurzsichtigkeit, Korruption und Lethargie durchzuschlagen beginnen, noch von unseren germanischen Nachbarvölkern, die sich in einem gemein-

schaftsfeindlichen Egoismus gefallen, noch von den eben erst dem Panslawismus entwachsenen neurotischen »Raubsicherungsstaaten« des abendländischen Westslawentums kann an geistigen und moralischen Reserven für den Aufbau eines Vereinigten Europas viel erwartet werden. Die Last der Verantwortung bleibt also beim schwer angeschlagenen deutschen Volk hängen. Ein »Europa«, in dem man wohlig passiv aufgehen könnte, gibt es nicht; es muß mit Hilfe alter deutscher Traditionen erst noch geschaffen werden, oder es wird niemals sein. Es geht heute nicht mehr um das Sein oder Nichtsein unseres geschundenen Vaterlandes, sondern um die Existenz der abendländischen Völker schlechthin.

Aktives Handeln aber fordert Selbstbewußtsein, ohne das es schlichtweg nicht stattfinden kann: Selbstbewußtsein im Sinne einer eigenen Identität, eines Wissens um die eigenen Ziele und eines standhaften Mutes, diese auch gegen Widerstände zu realisieren. Es ist letztlich die politische Sorge, die Hellmut Diwald seinen entsagungsvollen Kampf um die Rückgewinnung nationaler Würde und Ehre, sowie eine erneute deutsche Selbstfindung führen ließ, weil es ». . . ohne Geschichtsbewußtsein weder eine soziokulturelle noch politische Selbstbehauptung gibt«.[6] Eine kritische Prüfung unserer nationalen Werte läßt nach ihm das auch in Zukunft Brauchbare an unseren Traditionen hervortreten. So sieht Diwald in der alten Reichsidee noch immer das Fundament jeder europäischen Zukunft: »Das Europa der Gegenwart ist der glaubenslos gewordene Nachfahre des Abendlandes. Mit EG-Richtlinien und Agrarausgleich läßt sich im Europa der kommenden Jahrzehnte weder eine politische noch eine geistige Ordnung realisieren. Die einzigen Chancen, die dazu bestehen, verbinden sich mit denjenigen Konstanten der Reichsidee, die selbst den gewaltigen Druck des Nationalitätsrechtes ausgehalten haben: Universalität, Ordnung als äußerer und innerer Friede, Recht, Kontinuität, Gemeinsamkeit auf dem Fundament bindender Normen.«[7]

Diwalds Bemühungen um eine neue, realitätsgerechtere Betrachtung der deutschen Geschichte wurde ihm mit einer Hetzjagd vergolten, die bezeichnenderweise ein perfekt umerzogener ehemaliger SS-Obersturmführer 1978 im *Spiegel* eröffnete. Zu vielen in unserem Land paßte die ganze Richtung Diwalds nicht mehr. Die brutalen Angriffe führten dazu, daß sich Diwald immer mehr als ein bewußt politischer Autor fühlte und handelte. Vieles, worüber er schrieb, kann man geschichtlich auch anders interpretieren. Die Grenzen der Fairneß brauchen deshalb in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung noch lange nicht verletzt zu werden, wie dies Diwald gegenüber immer wieder selbst von »wissenschaftlicher Seite« her geschah. »Historische Analyse ohne Rücksicht auf das, was heutzutage bei uns entweder als opportun oder allgemeinpolitisch wünschenswert angesehen wird, ist mit den unerfreulichsten Risiken verbunden. Kann man sie umgehen, kann man sich den Heckenschützen der Niedertracht entziehen? Ja soll man sich ihnen entziehen? Die Antwort muß jeder allein und für sich geben, und keine dieser

Antworten wird für einen anderen verbindlich sein.«[8] Hellmut Diwald traf seine Wahl und wurde damit erst zu dem Mann, zu dessen Ehre dieses Buch erscheint.

Dank Männer wie Diwald haben wir heute einen viel freieren Blick auf die historischen Ereignisse gewonnen. Die Geschichtsklitterungen der Nachkriegszeit beginnen zusammenzubrechen. Selbst von einer deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg kann heute wissenschaftlich nicht mehr gesprochen werden. Wir wissen nunmehr, daß die deutschen Truppen 1941 einem russischen Angriff nur um vierzehn Tage zuvorgekommen waren. Das Buch von Viktor Suworow *Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül*[9] beseitigte die letzten Unklarheiten darüber. Stalins Handlungsweise 1939 hatte demnach keinen anderen Sinn, als einen Weltkrieg auszulösen, um als lachender Dritter später beide Kampfparteien zu übertölpeln. Auch auf das Jahr 1938 fällt neues Licht. Stalin war sehr wohl dazu bereit, in einen Krieg einzutreten, falls einige für ihn wesentliche Punkte zu arrangieren gewesen wären, vor allem die Möglichkeit, Deutschland und Polen zur gleichen Zeit den Krieg zu erklären und eine Gelegenheit, die alte tschechoslowakische Regierung unmittelbar nach Kriegsbeginn durch kommunistischen Staatstreich absetzen und eine neue in der Ostslowakei etablieren zu können. Die nachgiebige Haltung Londons machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Als dritter Handlungsstrang steht daneben das Angebot Ludwig Becks an die englische Regierung, Hitler im Auftrag des deutschen Generalstabes ermorden zu lassen, verbunden mit der Aufforderung an Benesch, hart zu bleiben. In England lehnte man vor allem deshalb dankend ab, weil man davon eine zu große Festigung der deutschen Macht befürchtete: eine Haltung, die sich später erst recht nicht mehr änderte und den deutschen Widerstand mit voller Absicht um jede Erfolgschance bringen sollte. Das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt wurde Washington aus der deutschen Botschaft in Moskau binnen eines Tages zugespielt. Warum informierten die Amrikaner ohne Zeitverlust London, die Engländer aber mit Vorbedacht nicht die polnische Regierung, die es doch am allermeisten anging? Man wollte eben in London damals nicht die polnische Kriegsbegeisterung durch Hiobsnachrichten trüben, die zu einer Wiederaufnahme von Verhandlungen und zu einer Vertagung des Krieges hätten führen können. Rußland glaubte man später immer noch auf die eigene Seite herüberziehen zu können und hielt es im übrigen für militärisch weitgehend bedeutungslos, wie der Briefwechsel Churchills mit Generalissimus Franco 1943 verdeutlicht, worin Churchill behauptete, nach dem Kriegsende werde England die bei weitem stärkste Macht in Europa sein und die Friedensbedingungen bestimmen; Francos Sorgen bezüglich Rußlands seien überflüssig. Es lag nicht an Churchill, wenn seine Kriegsvorbereitungen 1940 gegen Rußland nicht zum Tragen kamen. Diese Fehleinschätzung erklärt neben der grausamen Ermordung des polnischen Exilpräsidenten Sikorski auch den Mordanschlag Churchills auf Gene-

ral de Gaulle[10], der ohne den Wunsch, Frankreich eher als besetztes Gebiet denn als gleichberechtigte Siegermacht zu behandeln, völlig unverständlich wäre. Nicht viel moralischer und schon gar nicht klüger war Präsident Roosevelt, der Japan regelrecht zum Krieg zwang, die amerikanische Kriegsflotte bei Pearl Harbor dem japanischen Präventivschlag auslieferte, von dem er bis in Einzelheiten vorher unterrichtet war, da der amerikanische Geheimdienst den japanischen Code geknackt hatte, und im übrigen als wichtigstes amerikanisches Kriegsziel neben der Zerstörung und Entwaffnung Deutschlands und, falls möglich, auch Frankreichs und Polens, die völlige Auflösung des Britischen Empires sah, worüber er hinter Churchills Rücken ausführlich mit Stalin verhandelte. Anstelle Englands sollten nach Roosevelts Zukunftsvision die Russen als amerikanische Aufpasser in Europa agieren, was, wie er im Gespräch offenherzig zugab, »etwas blutig werden könnte«. Doch auch die massenhafte Ermordung finsterer reaktionärer Kräfte dient eben langfristig der sich entwickelnden liberalen Weltdemokratie – weshalb also sich darüber aufregen? Ohne Hitler wären die europäischen Staaten Ende der dreißiger Jahre wehrlos dem Angriff Stalins erlegen, die polnischen Reiterdivisionen ebenso wie ein deutsches Hunderttausend-Mann-Heer und eine veraltete französische Armee in der Maginotlinie. Der Faschismus, aus der strikten Nachahmung bolschewistischer Regierungsform entstanden, hielt den Kommunismus einige wenige Jahre auf. Ein Zeitgewinn, der historisch betrachtet, völlig vergeblich gewesen wäre, wenn nicht, gegen den »deutschen Militarismus« entwickelt, Amerika 1945 funktionsfähige Atombomben zur Verfügung gehabt hätte, deren Wirkung man stolz den Russen vorexerzierte, obwohl man schon längst von der japanischen Bereitschaft zur fast bedingungslosen Kapitulation wußte. Nur der langsam brüchig werdenden »pax atomium« ist es zu verdanken, wenn wir heute nicht irgendwo zwischen fünftem und sechstem Weltkrieg leben. Wo unsere Schönwettergefälligkeitsdemokratie dabei geblieben wäre, kann sich jeder denkende Mensch selbst ausmalen. Ganz nebenbei bemerkt, die erste wirkliche Aggression Stalins Richtung Westen war der polnisch-russische Nichtangriffspakt von 1932, der sofort zum erwünschten Erfolg, der polnischen Bitte an Frankreich, Deutschland aufzuteilen, führte. Frankreich allerdings war die Lust aufgrund der schmerzlichen Erfahrungen von 1923, als man am gleichen Vorhaben durch die Kriegsdrohungen Englands im letzten Augenblick gehindert wurde, dauerhaft vergangen. England genehmigte sogar kurze Zeit später Hitler die Wiederbewaffnung gegen Rußland, bis es während des Jahres 1938 den Kurs, Hitler gegen Stalin auszuspielen, inkonsequent aufgab, da man plötzlich die Deutschen für gefährlicher als die Russen zu erachten begann.

Das Weltbild, das sich jedem klar denkenden Historiker heute darbietet, hat mit dem der »reeducation« keine Ähnlichkeit mehr. Aus rein politischen Gründen halten Rußland, Amerika und England offiziell noch am Kartell des Lügens und Verschweigens fest. Wir Deutsche haben im Gegensatz zu ihnen

jedoch überhaupt kein Motiv, an alten »Sprachregelungen« festzuhalten. Dennoch werden in der Bundesrepublik aus »moralischen«, »pädagogischen«, »pragmatischen« Gründen und mehr noch aus geistiger Trägheit und innerer Weltfremdheit die neuen Erkenntnisse fanatisch abgelehnt. Die Trauer und Empörung Hellmut Diwalds über viele seiner Kollegen ist leicht zu verstehen. Diwald war ein Kämpfer für Wahrheit und historische Gerechtigkeit. Dergleichen auch von seinen Gegnern zu behaupten wäre verfehlt. Im Gegensatz zu ihnen hat sich Diwald um sein Volk verdient gemacht. Fachliche Differenzen, und Hellmut Diwald gibt als ein sehr streitbarer Historiker genügend Anlaß zu Kontroversen, dürfen dies nicht vergessen machen. Der Respekt ganzer Generationen von Geschichtsstudenten und Nachwuchshistorikern wird Hellmut Diwald auf sehr lange sicher bleiben. Seine Feinde aber werden mitsamt ihrer verlogenen »Vergangenheitsbewältigung« aussterben. Die Gabe Diwalds, nachdenklich zu machen, zu hinterfragen, verkrustete Geschichtsbilder aufzubrechen, schöpferische Zweifel zu äußern, war eine außerordentliche; sein moralischer Mut, ausgefahrene Bahnen zu verlassen, verstörende Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen und an einer einmal für wahr befundenen Erkenntnis auch gegen Widerstände festzuhalten, war es nicht minder. Dafür gebührt ihm unser aller Dank.

*Anmerkungen:*

1. Hellmut Diwald, *Von der Revolution zum Norddeutschen Bund. Ideengut und Politik der Preußischen Hochkonservativen 1848–1866. Aus dem Nachlaß von Ernst Ludwig Gerlach*, Erster Teil Tagebuch 1848–1866, S. 71.
2. Ebenda, S. 7.
3. Ebenda, S. 67.
4. Ebenda, S. 70.
5. Oswald Spengler, *Jahre der Entscheidung*, München 1933, S. 14.
6. Hellmut Diwald, *Geschichte der Deutschen*, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1978, S. 18.
7. Hellmut Diwald, *Ein Querkopf braucht kein Alibi*, Frankfurt/M.–Berlin 1991, S. 318 f.
8. Ebenda, S. 305.
9. Viktor Suworow, *Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül*, Stuttgart 1989.
10. An der Beweisführung Rolf Hochhuths zur Täterschaft Churchills kann wissenschaftlich kaum mehr gezweifelt werden.

Gerhard Fröhlich

# Anmerkungen zu Diwalds Werk »Ernst Moritz Arndt – Das Entstehen des deutschen Nationalbewußtseins«

Arndts 100. Todestag (1960) und 200. Geburtstag boten Anlaß zu den unterschiedlichsten Urteilen. Letzteres (1969) kann als zweites Anklopfen verstanden werden, an einen Ungeliebten erinnert zu werden. Immerhin entledigte sich die Bundespost mit einer Gedenkmarke ihrer Pflicht. Auch erschienen in Greifswald und Bonn zwei voluminöse, aber notwendigerweise wenig publikumswirksame Bibliographien. Doch schon ein Blick in die Mikrofitsch-Datei der größten Münchner Bibliothek zeigt einen Autor, der nur noch ein Reiseschriftsteller oder Märchenerzähler sein kann. Oben genannte Datei läuft seit 1981. Seit Armin Mohlers kleiner Bibliographie (*Criticón*78/1983) über Diwalds Autorenporträt E. M. Arndt ist das Rinnsal scheinbar ganz versiegt. Im Buchhandel entdeckten wir mit Glück die oben angedeuteten marginalen Schriften.

Nennenswert für die erste Hälfte der siebziger Jahre bleibt eine dreibändige Briefsammlung, herausgeben von A. Dühr (Darmstadt 1972–76), und ebenfalls für den näheren Sachkenner gedacht die Spezialuntersuchung von K. H. Schäfer *E. M. Arndt als politischer Publizist* (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 13, 1974). Ersteres Werk bedurfte einer Bezuschussung durch die deutsche Forschungsgemeinschaft. Wo bleibt, fragen wir uns, der eigentliche Arndt?

Im RIAS-Berlin hielt Walter Bußmann am 24. 1. 1960 einen Vortrag über Arndt anläßlich des 100. Todestages[1]. Er umriß die »Eigentümlichkeit und Problematik des deutschen Nationalgefühls« und betonte Arndts »Wunsch nach Einheit und Freiheit«. Herausfordernd war die Zwischenüberschrift: »Kurzer Katechismus für deutsche Soldaten – auch heute noch lebendig«. Mit dieser Thematik hatte er aber schon schärfste Kritik herausgefordert. Schon am 18. Mai 1960 fuhr Ernst Weymar mit einer Unmenge trefflich ausgesuchter Zitate schweres Geschütz auf[2].

Auch in der bekannten Reihe des Musterschmidt-Verlages »Persönlichkeit und Geschichte« beginnt der Biograph Johannes Paul[3] vorsichtig tastend in einem Vorwort: »Gerecht werden kann ihm nur, wer sich bemüht, ihn ganz aus seiner Zeit heraus zu verstehen und wer seinen schweren inneren Kämpfen um den richtigen politischen Standpunkt folgt.« Etwas entschuldigend begründet Loh sein an sich gründlich gearbeitetes Buch mit den »treffsicheren Formulierungen« Arndts, die »in den deutschen Sprachschatz übergegangen«. Viele seiner Lieder würden »heute noch bei festlichen Anlässen auch im Gottesdienst gesungen«. Diwald[4] geht in seinem Vortrag von 1970 von einer persönlichen Bemerkung Arndts aus: »Als Deutschland durch seine Zwietracht nichts mehr war, umfaßte mein Herz seine Einheit und Einigkeit«, und bezeichnet – nach insgesamt dreimaliger Zitierung – diesen Satz als das Schlüsselwort. Nach den Schlachten von Austerlitz und Jena wandelte sich Arndt vom schwedischen zum deutschen Patrioten, und Arndt-Forscher haben schon nach jenem Brief oder Tag gesucht, wo dieser Wandel sich andeutet.

Diwald muß 1970 vom Stacheldraht sprechen, der von der Lübecker Bucht bis zum Fichtelgebirge Deutschland trennt, und fragt in seiner genialen und bilderreichen Art, ob Arndt der richtige Mann ist, unser Lob zu empfangen, wo wir anfangen, zwei deutsche Staaten endgültig anzuerkennen. Nationalbewußtsein gebe es nur noch zwischen »Großmütterchens Märchen und rechtsradikalen Prügelknaben« (S. 8). Mehr als ein »Briefwechsel zwischen hüben und drüben« sei für den Großteil der Bundesrepublik ohnehin nicht möglich. Diwald vergleicht die Rolle des Panthéon mit der Walhalla und kommt zu dem Ergebnis, daß es nicht mit geographischen Schwierigkeiten allein zu tun haben kann, wenn ersteres in Paris öfter besucht wird als letzteres auf dem Hochufer bei Donaustauf. Wir haben es vielmehr mit »Komplikationen des nationalen Innenlebens« zu tun, die den Deutschen seit »vielen Jahrzehnten« zu schaffen machen. Noch schlimmer sieht es um die Befreiungshalle bei Kelheim aus, die zur Erinnerung an ein »massives Politikum« errichtet worden ist.

Da Kleist einen traurigen Tod im Wannsee gestorben ist, sind wir mit seinen Versen in der *Hermannsschlacht* nachsichtig, auch mit Fichtes *Reden an die deutsche Nation* sind wir nachsichtig, da sie »ideal gemeint« sind, doch für Arndt soll das nicht gelten, meint Diwald weiter. Doch auch Arndt habe unter den »Voraussetzungen und Zwängen seiner Zeit« geschrieben. K.H. Schäfer[5] spricht von »nationaler Frömmigkeit« (S. 141) als Charakteristikum der Arndtschen Kriegspublizistik, und viele Arndtinterpreten hätten nur den »deutschen Geist« als Arndts Vermächtnis gelten lassen und damit eine »Überspitzung Arndts nochmals überspitzt«. Schäfer meint, daß die christlichen Erneuerungsversuche, die uns bei Arndt begegnen, meist unterschlagen werden. Schäfer zitiert den Arndt-Forscher Gunther Ott[6], daß Arndt in religiösen Fragen zeitweise »viele religiöse Seitenwege« beschritten habe, die oft »unkontrollierbar und anerkanntermaßen Irrwege gewesen sind« (S. 138).

Man muß Arndts Lebensweg erzählen, um ihn verstehen zu können. Auf der Insel Rügen 1769 geboren, war sein Großvater noch leibeigener Schäfer, und erst sein Vater hatte sich im Laufe seines Lebens mit großem Fleiß emporgearbeitet und vom schwedischen Grafen Malte-Putbus die Freiheit erlangt. Vorpommern mit Rügen gehörte seit dem Westfälischen Frieden zu Schweden. Ernst Moritz konnte das Gymnasium in Stralsund und dann 1791 als Student der Theologie die Universität Greifswald besuchen und wechselte 1793 nach Jena. Mit 20 Jahren hatte er einen regelrechten Ausbruchsversuch von zu Hause unternommen, war durch Zufall erkannt und zurückgebracht worden. 1796 legte er in Greifswald sein Examen ab. Im Frühjahr 1798 begann Arndt eine Fußtour respektablen Ausmaßes, die ihn durch ganz Deutschland, Österreich, Ungarn, Norditalien, Frankreich und Belgien führte. Dabei sah er in Norditalien Napoleon nach der siegreichen Schlacht von Marengo und war von ihm aufs höchste beeindruckt. Noch folgte Arndt seinem »naturhistorischen Trieb« und einem »Einfall von Gott«. Er lernte die Menschen und Völker kennen, aber nicht nur in der damals üblichen Kavalierstour.

1800 sehen wir Arndt als Professor der Geschichte in Greifswald. Sein Erstlingswerk prägt ihn zeitlebens: *Versuch einer Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen nebst einer Einleitung in die alte deutsche Leibeigenschaft.* Die schöne Frucht seiner Schrift war die Aufhebung der Leibeigenschaft in seiner Heimat. Von allen seinen Schriften war dies die historisch exakteste, doch die Maßstäbe eines Niebuhr und Ranke galten auch für sie nicht so recht. Aus dem Aufstieg seiner eigenen Familie sah Arndt, daß dies noch die Ausnahme war, aber es war für ihn der Staat dazu da, glückliche Menschen zu machen und den Menschen in der Gemeinschaft zu veredeln. Der damals 33jährige Arndt unterschied sich von den Romantikern seiner Zeit mit ihrer weltbürgerlichen Stimmung. Auch Arndt war vorübergehend in diese Stimmung eingetaucht, und er verehrte sogar, wie wir wissen, Rousseau. Bußmann weist darauf hin, daß Individuum und Menschheit bei Arndt immer ihren Wert behielten. Aber Arndts Ausgangspunkt war von Praxis und Erfahrung so gesättigt, daß bei ihm die volksnahe Gesinnung obsiegte und eine abstrakte Staatsvergötterung wie bei Treitschke nie eintrat. Der Ausspruch Treitschkes, daß Millionen sich plagen müssen, damit einige Tausend Kultur schaffen und genießen können, können wir uns bei Arndt nicht vorstellen. Arndt bleibt in der Nähe des Bodens, ohne ihn zu mystifizieren.

Inzwischen hatte der Frieden von Luneville Frankreich die Rheingrenze gebracht, und das europäische Staatensystem begann, überall durcheinander zu geraten. Aus Arndts Vorlesungen heraus entstand so das Buch *Germanien und Europa,* dessen Manuskript am 22. November 1802 abgeschlossen war. Das Buch will zeigen, wie die europäische Kultur und vor allem die jetzige Weltlage entstanden sind. Zugleich zeigt Arndt die Möglichkeiten, die Verzweiflung zu überwinden. Die Griechen traten ohne Kummer und Klage als spielende Kinder von der Weltbühne ab. Roms Herrschaft bedeutete eine

Niederdrückung des anmutigen und beschwingten Menschentums. Die Römer beherrschte die Idee der Unsterblichkeit der ewigen Stadt. Entgötterung der Natur und Entmenschung des Menschen waren die äußersten Pole einer zuchtlosen Zeit. Da trat das Christentum in die Welt. Sein Stifter war ein Gegner religiöser Formeln, und er knüpfte, um sich verständlich zu machen, an die alten Begriffe hebräischen Gottesdienstes an. Als das Christentum Staatsreligion wurde, begann die »Klüngelei und Wortklauberei«. Die Germanen empfingen das Christentum als verknöcherten Orientalismus. Not getan hätte ihnen die veredelnde Schönheit des Hellenismus, denn sie waren Kinder einer rohen Vorgeschichte und einer unfreundlichen Natur. Die Scholastik bezeichnet Arndt als einen »Zuchtmeister«[7] (Müsebeck, S. 103) nicht auf die von Christus gewollte Freiheit, sondern auf die sklavische Knechtschaft des Menschenherzens. In diesem teilweise sicherlich eigenwilligen Weg beurteilt Arndt Renaissance, Reformation und zuletzt das 18. Jahrhundert. Dieses aber hatte Arndt selbst, wie er sagt, 30 Jahre durchlebt. Durch die zerstückelnde Arbeit der Kritik verlor der Bürger das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu einem untrennbaren Volksganzen. Der Siebenjährige Krieg besiegelte das deutsche Elend, die »Vielherrschaft«.

Arndt nähert sich in seinen Betrachtungen der Gegenwart. Daß er in Frankreich Ordnung schaffte, dafür gebührt Napoleon Lob. Frankreich hat aber wieder seinen alten Despotismus. An der Außenpolitik bemängelt Arndt den Versuch, einen Strom und ein Gebirge zu einer Grenze zu machen. Die erste Naturgrenze sei, daß jedes Land sein Meer bekomme und die zweite die Sprache. Schon erörtert Arndt die Unmöglichkeit des Rheins als Grenze. Napoleon ist für ihn ein Emporgekommener. Er ist eine gewaltige Naturkraft, die selbst Widerstrebende zum Gehorsam zügelt. Plötzlich lesen wir *Mein altes Vaterland* – es ist zertreten.

Arndt beschreibt nun, wie er sich sein Vaterland in seinen Naturgrenzen vorstellt. Im Süden sind das die Alpen und die Nordecke des adriatischen Meeres mit dem größten Teil der Schweiz. Im Norden ist das die Eider und die Ostsee. Im Osten nennt er die jetzige politische Grenze, weil dies die Sprachgrenze meist darstellt. Dieses Land aber ist zerrissen durch die Vielherrschaft. Deutschland ist durch die Kriege der letzten Jahre zum Spott Europas geworden (Müsebeck, S. 114). Durch die Schwäche Deutschlands wird der ganze Kontinent an den Rand des Verderbens geführt. Wörtlich schreibt er: »Nur wenn wir ein Vaterland, wenn wir die hochmenschlichen und hochpolitischen Ideen eines eigenen, einigen, kräftigen Volkes hätten, würden wir stehende Sitten, festen Charakter und Kunstgestalt gewinnen; dann nur könnte das Höchste und Herrlichste der Menschheit aus solchen irdischen Wurzeln zu schimmernden Sonnenwipfeln erwachsen.« (Müsebeck, S. 114) Ein zeitgenössischer Rezensent stellt in Arndts Buch »kühne Unbefangenheit«[7] fest. Das Buch sei eine einzige Rede, die in einem Atem und in einem Feuer gesprochen wurde. Arndt selbst urteilte später im Rückblick: »Ich bin so

geboren, daß ich reden und sprechen muß, damit meine Gefühle und Gedanken sich ordnen.« (Müsebeck, S. 115) Arndt empfand die Not der Zeit als eigene Not. Aus dieser Not heraus erhielten seine Gedanken über Mensch und Staat eine schärfere Ausprägung.

1803 und 1804 unternahm Arndt Reisen nach Schweden, die er in zwei Bänden beschrieb und die die bis heute modische Nordlandsehnsucht der Deutschen förderten. Der schwedische König Gustav IV. Adolf war mit einer badischen Prinzessin verheiratet, und als dieser im Februar 1805 von einer Deutschlandreise nach Stockholm zurückkehrte, war eine Entfremdung zwischen Monarch und Volk eingetreten. Wegen der Opposition zu Napoleon geriet das Haus Wasa allmählich ins Wanken. Arndt verließ Schweden und kehrte in seine Heimat zurück.

Mit Beginn des Winters 1804/05 nahm Arndt seine Vorlesungen wieder auf. Am 11. April 1805 schlossen Alexander I. von Rußland und Englands leitender Minister William Pitt ein Kriegsbündnis. Gustav IV. Adolf war dieser Koalition schon bei den Vorverhandlungen beigetreten. Frankreich sollte gezwungen werden, den Rhein und die Mosel anzuerkennen und seine Besitzungen in Italien aufgeben. Preußen stand abseits. Es hoffte, ein Vermittler zwischen dem Westen und dem Osten zu bleiben. Bei der Leitung der auswärtigen preußischen Angelegenheiten wurde Graf Haugwitz durch Hardenberg ersetzt.

Als der russische Zar in Berlin um Durchmarschrechte über Schlesien nach Böhmen anhielt, machte Preußen gegen ihn mobil. Napoleon nutzte den Zwist und brach sein Boulogner Lager, von dem aus er England erobern wollte, ab und führte seine Streitmacht in Eilmärschen seit Ende August an den Rhein. Die süddeutschen Staaten schlossen sich willfährig Napoleon an. Aber Friedrich Wilhelm III. widerstand dem Angebot Napoleons, das ihm gegen die Abtretung von Kleve und Wesel das längst begehrte Hannover einbringen sollte. Hardenberg hatte zu diesem Schritt geraten. Nachdem sich Napoleon zum erblichen Kaiser erhoben hatte, glaubte man in Berlin, daß Napoleon sich als Glied der großen europäischen Fürstenfamilie betrachten würde und seine Politik nun friedfertiger würde. Auch glaubte Preußen, den Schiedsrichter zwischen den streitenden Mächten spielen zu können, und vertraute auf das Erbe Friedrichs des Großen. Aber, ohne zu fragen, marschierten die französischen Truppen durch das preußische Ansbach. Da fühlte sich Friedrich Wilhelm III. aufs tiefste beleidigt und gestattete den Russen den Durchmarsch nach Österreich. In jenen Wochen marschierten Russen und Schweden, die sich mit Engländern und Hannoveranern an der Weser vereinigen sollten, durch die pommersche Heimat Arndts. Die Österreicher kapitulierten in Ulm unter dem unfähigen General Mack. Die Schlacht von Austerlitz am 2. Dezember 1805 vernichtete jede Hoffnung auf einen Sieg. Napoleon gab dem alten Reich den Gnadenstoß, nachdem Österreich aus Deutschland und Italien ausgeschlossen worden war.

In dieser verworrenen Lage des Novembers 1805 entstand Arndts erster Teil von *Geist der Zeit.* Aus dem »ungöttlichen, gesetzlosen Sein der Gegenwart« begann Arndt ein »frisches Hinarbeiten auf eine frischere Zukunft«. In jenen Oktobertagen, da die österreichische Macht so zusammenbrach, habe er tiefe Schmach empfunden, gerade auch deshalb, weil kein Schrei des Entsetzens durch die deutschen Lande ging. Arndt hatte, wie er in Briefen an Charlotte von Kathen schreibt, den »Gescheiten« nicht geglaubt, die auf die dritte Koalition setzten. Schon seit 1799 war für Arndt die Revolution ein »gefräßiges Ungeheuer« geworden, welches hungrig sich selbst verschlang, bis es im Würgen ermattete«. Schon in der Schrift *Germanien und Europa* hatte Arndt Napoleon als den »Fürchterlichen« bezeichnet, der sich durch das »Blut und Elend von Hunderttausenden so groß spielt«. Arndt hatte Napoleon seit seinem ersten Schreiben beobachtet. Seine ersten Schlachten kündigten ihn als eine »gewaltige Naturkraft« an. Nach dem Frieden von Lunéville und dem »dummen« Frieden von Amiens schmeichelten ihm die europäischen Staaten.

So schreibt Arndt in *Geist der Zeit* (I): Die Natur, die ihn geschaffen hat und ihn so schrecklich wirken läßt, muß eine Arbeit mit ihm vorhaben, die kein anderer so verrichten kann (Müsebeck, S. 69). Wörtlich lesen wir: »Er trägt das Gepräge eines außerordentlichen Menschen, eines erhabenen Ungeheuers , das noch ungeheurer scheint, weil es über und unter Menschen herrscht und wirkt, welchen es nicht angehört.«

Am 11. Oktober 1806, während des Aufenthaltes des schwedischen Königs in seiner deutschen Provinz Vorpommern, erfolgt die Ernennung Arndts zum ordentlichen Professor. Der schwedische König schwelgte in Plänen für seine kleine deutsche Provinz. Seine Vielgeschäftigkeit hat Arndt mit leisem Spott bedacht, zwang doch der allgewaltige Napoleon gerade damals ganz Europa in seinen Bann. Dem jungen Hegel verkörperte sich in Napoleon der Geist der bisherigen Geschichte, der Weltgeist. Zahlreiche Berliner Schriftsteller zählten zu den Bewunderern Napoleons. Der Hallenser Professor C.D. Voß schrieb im März 1805 in der von ihm neu begründeten Zeitschrift, den *Zeiten*, Napoleon sei der »Heiland« Frankreichs und von Kriegsruhm gesättigt und er widme sich nun seinem größeren Ehrgeiz, nämlich Friedensstifter und Staatenschöpfer zu werden.

Damals regte sich bereits Friedrich Gentz und schrieb in seiner *Vorrede zu den Fragmenten aus der neuesten Geschichte des politischen Gleichgewichts in Europa:* Der einzige Weg zur Rettung ist die enge Verbindung der Reinen, Starken und Guten. Das ist die einzige unüberwindbare Koalition. »Europa ist durch Teutschland gefallen, durch Teutschland muß es wieder emporsteigen.« »Sollen die Staatskräfte Teutschlands je Eins werden, so muß zuerst der Nationalwille Eins sein.«

Nach der Schlacht von Jena und Auerstädt 1806 kommt für Arndt der Umschwung. Preußens Ehre war allein schon dadurch wiederhergestellt, daß es den Kampf gegen Napoleon überhaupt aufnahm. 1807 geht Arndt zum

zweitenmal nach Schweden. Er muß schwedische Gesetze für Vorpommern übersetzen. Hier entsteht *Geist der Zeit* (II). Während er dessen 2. Abschnitt Ende Januar 1807 niederschreibt, sammeln sich die letzten preußischen Armeekorps unter L'Estocq mit dem russischen Heer unter Bennigsen. Bei Arndt reift allmählich der Gedanke, daß nur eine allgemeine Volksbewaffnung das einzige Mittel sei, die Freiheit in den deutschen Landen wiederherzustellen. Die Einstellung Arndts zu Preußen wird positiver. Es hat durch die Besetzung der Hälfte des Staates genug gebüßt. Zaghaft glaubt Arndt an einen Sieg in der östlichen Hälfte des Landes. Preußen wird neben Österreich als Träger und Beschützer des deutsch-nationalen Machtgedankens hingestellt.

Nach der schweren Niederlage bei Friedland am 21. Juni 1807 räumen die preußischen und englischen Truppen Vorpommern, und bald war Vorpommern in den Händen der Franzosen. Am Geburtstag des Imperators wurde die Universität Greifswald festlich beleuchtet. Was Arndt in *Geist der Zeit* (II) geschrieben hatte, war vor der Wirklichkeit zerstoben. Der Friede von Tilsit schien die Vernichtung des alten Preußens zu besiegeln. In Schweden wuchsen die Neigungen für Frankreich von Tag zu Tag. Arndt sah sich zurückgeworfen auf sich und sein »eigenes Gedankengrab«. Er verfaßte geistliche Lieder, Wiegenlieder und schrieb über weibliche Erziehung.

Schweden war durch die Neuorientierung der russischen Politik nach dem Frieden von Tilsit in äußerst schwieriger Lage. Es war der Verbündete zweier Mächte, Englands und Rußlands. Zwischen ihnen konnte jeden Tag der Krieg ausbrechen. Nach der Bombardierung Kopenhagens durch England im September 1807 verschärfte sich die Lage. Am 6. Oktober 1807 erfolgte eine Note der russischen Regierung an Gustav IV. Adolf, die ihn aufforderte, die Häfen für fremde, das heißt englische Schiffe zu schließen. Wie vorher Friedrich Wilhelm III. sah sich nun der schwedische König unvorbereitet in einen Kampf verwickelt. Die Begeisterung des Volkes für das schwedische Königshaus fehlte. Arndt suchte im *Nordischen Kontrolleur* vom März 1808 bis Februar 1809 dem in Monatsheften abzuhelfen. Das erste Heft brachte gleich Berichte über den Vormarsch der Truppen sowie die Kriegserklärungen Rußlands und Dänemarks. Das zweite Heft des *Nordischen Kontrolleurs* brachte das erste Kriegslied Arndts; es war am 26. April 1808 entstanden: ›Lob des Eisens‹, dessen siebte und letzte Strophe lautet:

»Bleib, Eisen, Männern hold!
Laß Knechte Gold begehren!
Wer deine Kraft gewollt,
Der wollte hohe Ehren,
Der wollte herrlich leben
Und herrlich untergehn.
Drum sei dir Preis gegeben,
O Eisen schwarz und schön!«[8]

Eine Abhandlung in diesem Heft über Rußland hat eine stark antirussische Tendenz. Die schwedischen Truppen in Finnland mußten vor den Russen zurückweichen. Der schwedische König wurde seinem Volk immer fremder. Da blickte Arndt in den Heften um die Jahreswende 1808/09 auf Spanien und Portugal, wo Napoleon ersten erfolgreichen Widerstand erfuhr. Wohl wollte er seine schwedischen Landsleute zu mehr Widerstand gegen Napoleon hinreißen. Er wollte zeigen, welche Kräfte in einem einheitlichen, freigesinnten Volk schlummerten. Für Arndt wurde die Sache der Halbinsel »Weltsache«. Wer für Freiheit und Ehre noch einen Funken Gefühl habe, müsse auf seiten der Spanier stehen. Adel, Minister, Beamte und Priester hatten das Volk geeint. Arndt wandte seinen Blick gleich zu den deutschen Fürsten und Grafen, den Ministern und Priestern. Eine Idee soll Licht und Wahrheit bringen: Die Suche nach Einheit. Die Einwände gegen eine Volksbewaffnung weiß Arndt sofort zu beschwichtigen. Arndt gibt zu, daß solche Aufstände zu den schrecklichsten Mitteln gehören, die jedes Herz vor Verantwortung erzittern machen. Aber, so fragt Arndt, hat Europa je ein schlimmeres Übel getroffen als das jetzige? Es gilt den Kampf um die heiligsten menschlichen Dinge, um Freiheit und Kraft, um Kunst und Wissenschaft, die durch Einherrschaft rettungslos untergehen. Wörtlich: »Ich will eine Gewalt, die treibe, stoße, zwinge und zertrümmere, ich will sie, selbst wenn ich nicht weiß, wohin sie führt.« (Müsebeck, S. 231). Gottes Willen sei es, mit dem Bösen zu ringen, selbst wenn der Mensch mit seinem Irdischen darüber zugrunde geht. Arndt geht dann näher darauf ein, warum Deutschland gefallen ist. Es habe keine Einheit des Regiments gehabt, es sei niemand da gewesen, der die Nation zu einem Befehl hätte begeistern können; die Schriftsteller hätten geschwiegen, als das Volk ihre Stimme habe hören wollen. Wörtlich: »Nur unsere Dummheit, unsere schlechte Politik hat uns verdorben, nicht die unüberwindliche Tapferkeit der Franzosen, nicht die einzige Klugheit ihres Führers.« (Müsebeck, S. 234)

Der *Geist der Zeit* (II) (entstanden September 1806 bis Herbst 1808) erschien ohne Nennung der Namen des Verlegers und des Buchdruckers in Schweden. Das Titelblatt der ersten Auflage nennt auch den Autor nicht. Der Umfang betrug 465 Seiten. Der schwedische Hofkanzler erhielt am 28. Februar 1809 den Befehl, eine schwedische Übersetzung zu veranstalten. Wegen des abgelegenen Druckortes und der französischen Kontrollen in den Häfen fand das Buch in Deutschland nur wenig Verbreitung.

In *Geist der Zeit* (II) schleudert Arndt dem deutschen Leser die leidenschaftlichsten Wahrheiten ins Gesicht. »Wenn die deutschen Fürsten zu träge und zu feige sind, um auf diesem Wege voranzugehen, wie es ihre Pflicht gebeut, dann mag von unten herauf der Wille zur Neuschöpfung hervorwachsen, dann mag das Volk wider den Willen seiner Fürsten sich selbst helfen, auch wenn die Vergangenheit dadurch umgestaltet wird.« (Müsebeck, S. 237)

Anfang März 1809 wurde der schwedische König von der napoleonfreundlichen Partei verhaftet. Mit zwei falschen Pässen schlägt sich Arndt nach

Pommern durch und sieht nach drei Jahren seinen Sohn aus erster Ehe wieder. Dessen Mutter war bei der Geburt gestorben. Fichte hatte im Winter 1807/08 im von den Franzosen besetzten Berlin seine *Reden an die deutsche Nation* gehalten. Erschüttert erfuhr Arndt im Juni 1809 vom traurigen Ende Major Schills und vom Scheitern des österreichischen Aufstandes. Trotz guter Worte an die Patrioten dachte Friedrich Wilhelm III. an die Erhaltung des Friedens. Die Patriotenpartei am Hofe mußte warten. Niemand dachte an einen bedingungslosen Verzweiflungskampf. Arndt wurde in den Kreis um Gneisenau und Boyen aufgenommen und fühlte sich hier viel wohler als in der abgelegenen pommerschen Heimat. Arndt führte den Decknamen eines Sprachmeisters Almann. Als der Geburtstag der Königin Luise herannahte, dichtete Arndt sein erstes deutsches Vaterlandslied: »Auf zur Tugend und zum Licht / Hast du uns das Herz gericht't.« Zu diesem Kreis um Reimer und Schleiermacher kam damals noch nicht Ludwig Jahn. Endlich traf Arndt auch mit Heinrich von Kleist zusammen. Beide Naturen verband ihr dämonischer Haß gegen Napoleon.

Im Juni 1810 übernahm Hardenberg die Verwaltung des gesamten preußischen Staatswesens und führte die Steinsche Reform fort. Die Frage nach der Vertretung der Nation bewegte 1810 alle Kreise des Volkes. Arndt sah durch seinen Aufenthalt in Berlin, daß der Gedanke der Mitarbeit des Volkes an dem Staatsleben erwacht war.

Am 6. Januar 1810 wurde zwischen Frankreich und Schweden Frieden geschlossen. So konnte es Arndt im April 1810 wagen, in seine pommersche Heimat nach Greifswald zurückzukehren. Am 1. Mai 1810 wurde der flüchtige Professor Arndt wieder in sein Amt eingesetzt. Vom Rektor der Universität wurde er, als aus England zurückgekehrt, begrüßt.

Der Entscheidungskampf zwischen Frankreich und Rußland rückte näher. Frankreich vollendete 1810 seine Kontinentalsperre, und Zar Alexander beachtete sie nicht im vollen Umfange. Rußland blieb für die deutschen Staaten Preußen und Österreich ein starker Stützpunkt, wenn sie sich dem westlichen Nachbarn entziehen wollten. Scharnhorst schlug dem König mehrmals eine Erweiterung der Rüstung vor. Die Rüstungen sollten nicht nur das Heer, sondern das ganze preußische Volk umfassen. Als Napoleon die nordwestdeutschen Küstengebiete bis nach Lübeck hin besetzte, antwortete ihm Arndt mit dem ›Lied der Rache‹:

> »Auf! Die Stunde hat geschlagen –
> Mit Gott dem Herrn wir wollen' s wagen:
> Frisch in den heil'gen Kampf hinein! (. . .)«

Ende August reichte Arndt um Entlassung aus seinem akademischen Amt ein, denn er fühlte sich in Greifswald nicht mehr sicher. Am 29. Januar 1812 flüchtete Arndt vor den französischen Truppen aus Vorpommern über die preußische Grenze. Am 12. Februar 1812 kam er nach Berlin. Wieder traf er

dort die Männer der »lesenden und schießenden Gesellschaft«. Zum erstenmal traf Arndt mit Gneisenau und Boyen persönlich zusammen. Da ließ Napoleon die Ostseeküste bis Memel besetzen. Am 28. März besetzten die Franzosen Berlin. Die Männer der preußischen Reform nahmen ihren Abschied vom Staatsleben. Gneisenau ging nach England. Breslau war für viele der letzte Sammelpunkt auf preußischem Boden. Arndt verfaßte seine *Phantasien* in der kriegerischen Sprache des Alten Testamentes. In den Gedichten des Jahres 1812 kehren die Stimmungen nach Schills Tod (1809) in verstärktem Maße wieder. Das erwachte Volk soll die Schandketten brechen:

> »Schlage! reiß! morde! rase!
> Zur Flamme werde! brenne! blase
> In jeden Busen ein den Gott!« (Müsebeck, S. 335)

Wir sind hier an jenem Zitat angelangt, das der eingangs erwähnte Ernst Weymar dem Arndt-Apologeten Walter Bußmann vor allem entgegenhielt. Mit diesem Kriegsgedicht Arndts sei er, Ernst Weymar, zur Kriegsfreiwilligenmeldung angeregt und begeistert worden. Zurück geblieben sei das Gefühl, von gewissenlosen Verbrechern als willfährige Werkzeuge mißbraucht worden zu sein. (S. 317) Damit soll ein Stück Arndt-Problematik festgehalten sein.

Als Mitarbeiter des Freiherrn vom Stein umfaßt die Publizistik Arndts von St. Petersburg aus eine schier unglaubliche Fülle und Wirksamkeit. Am bekanntesten wurde wohl der *Katechismus für den deutschen Kriegs- und Wehrmann*.

Arndt verstand es, die politischen Gegenstände volkstümlich zu formulieren. Diwald nennt Arndt in seinem Vortrag einen »penetrant einseitigen homo politicus« (S. 32). Er hätte anders keine Wirkung gehabt. Wie kein anderer habe er den Nerv politischen Handelns in seiner Zeit begriffen. Zugeben muß man wohl, daß Arndt so manche treffende Formulierung gefunden hat, wie »Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte«, »Das ganze Deutschland soll es sein« oder sein Lied »Was ist des Deutschen Vaterland?«, das lange als Nationallied der Deutschen gelten konnte. Daß Arndt wenige Jahre nach Ende des äußeren Kampfes Opfer der Metternichschen Demagogenverfolgung wurde, darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Vorausgegangen war Sands Attentat auf Kotzebue am 23. März 1819. Arndt verliert seine Professur in Bonn, und der Prozeß gegen ihn zieht sich jahrelang hin. Eine große Genugtuung war für ihn die Rehabilitierung durch König Wilhelm IV. im Jahre 1840. 1848 zieht der fast 80jährige für den Wahlkreis Solingen in die Paulskirche ein. Er gehört jener Delegation an, die im Juni 1848 den Reichsverweser Erzherzog Johann empfängt, und auch jener Delegation, die Ende März 1849 König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone anträgt. 1842 hatte er den preußischen Roten-Adler-Orden erhalten. Sein 90. Geburtstag, den er in geistiger Frische feiert, beweist, daß er nie in Vergessenheit geriet, obwohl er schon seit seiner Professur von 1818 als der »alte Arndt« galt.

*Anmerkungen:*

1. Walter Bußmann, »Ernst Moritz Arndt«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, 9. März 1960.
2. Ernst Weymar, »Ernst Moritz Arndt«, ebenda, 18. Mai 1960.
3. Johannes Paul, *Ernst Moritz Arndt – Das ganze Teutschland soll es sein!*, (Reihe »Persönlichkeit und Geschichte«, Bd. 63/64), Göttingen 1971.
4. Hellmut Diwald, »Ernst Moritz Arndt – Das Entstehen des deutschen Nationalbewußtseins«, Vortrag der Carl Friedrich von Siemens-Stiftung in München am 27. Januar 1970, Mentor des Abends: Fritz Wagner (Themen XIII); ähnlich in *Criticón*, 78/1983, mit Bibliographie von Armin Mohler.
5. Karl Heinz Schäfer, *Ernst Moritz Arndt als politischer Publizist. Studien zu Publizistik, Pressepolitik und kollektivem Bewußtsein im frühen 19. Jahrhundert*, (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 13), Bonn 1974.
6. Günther Ott, *E. M. Arndt. Religion und Christentum in der Entwicklung des deutschen Patrioten* (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bonn $^{2}$1966.
7. Ernst Müsebeck, *Ernst Moritz Arndt. Ein Lebensbild. Erstes Buch*, Gotha 1914 (mehr nicht erschienen).
8. Ernst Moritz Arndt, *Gedichte*, (Faksimile der Ausgabe Leipzig 1850), Hildesheim 1983.

H. Meisner und R. Geerds, *Ernst Moritz Arndts ausgewählte Werke in sechzehn Bänden*, Hesse und Becker Verlag, Leipzig 1908.

Gerhard Pieschl

# Katholische Vertriebenenarbeit nach der Wende

## Zur Analyse der Zeit, zum Leidensweg und zur Zukunft der deutschen Heimatvertriebenen

### *I. Vorbemerkung*

Wenn man in der neueren deutschen Geschichte nach Ereignissen sucht, die das politische, soziale, kulturelle und auch das religiöse Leben unseres Volkes nachhaltigst geprägt und verändert haben, ja sogar so verändert, daß sie ein neues Volk schufen, stößt man auf die Katastrophe von Flucht, Vertreibung, Aussiedlung der Deutschen aus dem Osten. Die Ereignisse sind so schmerzhaft und bewegen Millionen und betreffen Generationen, daß es kein Wunder ist, wenn sie mit Scheu behandelt, verdrängt, tabuisiert werden. Wenn es aber jemanden gibt, dem an der Wahrheit gelegen ist – »Die Wahrheit wird euch frei machen« –, so sind es die Kirchen, von Anfang an bis heute. Deswegen möchte ich Ihnen als Betroffenen – denn alle Deutschen sind betroffen – ein paar Überlegungen vorlegen: Katholische Vertriebenenarbeit nach der Wende.

Ich möchte in Vorüberlegungen erklären, warum ich den Begriff Vertriebenenarbeit wähle und nicht Vertriebenenseelsorge und schon gar nicht Vertriebenenwesen. Diese definitorischen Probleme sind mir erwünschte Gelegenheit, skizzenhaft auch das Umfeld historisch zu richten auf das, was wir »Die Wende« zu nennen uns angewöhnt haben, um dann auf den Spuren des Landsmannes und Bischofs Comenius »orbis pictus« anhand von drei Bildern katholische Vertriebenenarbeit nach der Wende darzustellen.

#### *I. 1. »Katholische Vertriebenenarbeit«*

»Katholische Vertriebenenarbeit« ist ein umfassenderer Begriff als »Katholische Vertriebenenseelsorge«, der nach der klassischen Definition der Pastoraltheologie Liturgia, Diakonia, Martyria umfaßt. Für mich ist der neueste

Begriff »Vertriebenenwesen«; er soll wohl »neutral« sein, scheint mir aber bedenklich nahe an »Vertriebenenunwesen« und findet sich bei Albrecht Lehmann, *»Im Fremden ungewollt zuhaus« – Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945–1990*[1]. Auf dem Schutzumschlag des Buches heißt es kurz und prägnant: »Die Geschichte der Flüchtlings- und Vertriebenenschicksale wird hier aus den Lebenszeugnissen dreier Generationen dargestellt und dokumentiert. Wie haben die Flüchtlinge und die Vertriebenen damals ihre zweite Heimat erlebt? In der Beantwortung solcher und weiterer Fragen – fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – zeigt der Autor, welchen Einfluß dieses Geschehen auf die politische, soziale und kulturelle Geschichte Deutschlands gehabt hat – bis heute.«

Der Leser wird bestätigen, daß der Autor dem auch nachkommt: Albrecht Lehmann ist Professor für Volkskunde an der Universität Hamburg. So stelle ich mir ein Lehrbuch über Ethnologie vor – die Grundsätze dieser Wissenschaft deutlich gemacht anhand der Befragungen von Vertriebenen. Sein politischer Standpunkt wird nach 180 Seiten Lektüre deutlich: »Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch hatte anläßlich einer Schlesienreise im Jahre 1948 den richtigen Ton für deutsche Ohren getroffen, als er von einem ›ungeheueren Geschenk‹ sprach, das er in der Hand der Polen vorgefunden habe. Vom Verlust der Ostgebiete als einem berechtigten Ausgleich für das durch den deutschen Angriffskrieg erlittene ungeheuere Leid des polnischen Volkes war jedenfalls – sieht man von einigen Andeutungen und Schutzfloskeln ab – in den uns vorliegenden Erzählungen ernsthaft nie die Rede.«[2]

Da aber wird Vertreibung als eine Frage von Schuld und Sühne betrachtet. Aber: »Die Vertreibung darf nicht als eine Frage von Schuld und Sühne betrachtet werden. Die Aufgabe, die für Krieg und Kriegsverbrechen Schuldigen zu bestrafen, war den Nürnberger Prozessen übertragen, und sie stellten dazu ein neues völkerrechtliches Prinzip auf, das der persönlichen Haftung von Politikern und Soldaten für ihre Handlungen. Jedoch wurden 14 Millionen Deutsche vertrieben – oder zur Flucht gezwungen, was faktisch dasselbe bedeutet –, offensichtlich, ohne nach ihrer persönlichen Schuld oder Unschuld zu fragen. Eine Strafe, die von der Berücksichtigung persönlicher Schuld und der Verhältnismäßigkeit der Mittel absieht, ist juristisch und moralisch nicht vertretbar.«[3] So urteilt ein Historiker und Völkerrechtler. Ein katholischer Theologe kann das nicht anders sehen. Unter kirchlicher Vertriebenenarbeit verstehe ich die Wahrnehmung einer dreifachen Verantwortung, nämlich einer seelsorglichen, einer diakonischen und einer politischen Verantwortung.[4]

Kirchliche Vertriebenenarbeit im umfassenden Sinne ist also mehr als das, was unmittelbar ins Auge sticht, zum Beispiel die großen Pfingstgottesdienste; es ist mehr als materielle Hilfe, ist mehr als Lagerseelsorge. Es gehört auch dazu das Eintreten für das Recht und die Befähigung der Vertriebenen zu Integration bei Wahrung der Identität. Im Blick auf die Gesamtgesellschaft gehört

weiter zur kirchlichen Vertriebenenarbeit das weite Feld der Aufarbeitung der Geschichte und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Gegenwart. Zu nennen ist die fortdauernde Bedeutung des damaligen Geschehens für die Gegenwart und das Leid, das durch die Vertreibung über die Menschen hereingebrochen ist. Deshalb gehört auch zur kirchlichen Vertriebenenarbeit, die Auseinandersetzung mit der Vertreibung fortzuführen unter der Berücksichtigung der theologischen und menschenrechtlichen Aspekte.

Beispielhaft ausgezeichnet tut dies Alfred-Maurice de Zayas in seinen *Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten* in den folgenden historischen und völkerrechtlichen Thesen zur Vertreibung: Da wird auch deutlich, wer die Vertriebenen sind, woher sie kommen und warum sie kamen[5].

*»Historische Thesen«*

1. Der Begriff Vertreibung als terminus technicus beinhaltet nicht nur die gewaltsamen Vertreibungen von Sommer und Herbst 1945, sondern auch die Evakuierung der deutschen Bevölkerung seitens der deutschen Behörden ab dem Herbst 1944, die allgemeine Flucht im Frühjahr 1945 sowie die organisierten Zwangsumsiedlungen ab 1946. Der Begriff Vertreibung muß so verstanden werden, weil sowohl die Evakuierten als auch die Geflüchteten beabsichtigten, nach Beendigung der Kampfhandlungen in ihre Wohngebiete zurückzukehren. Sie wurden jedoch von den sowjetischen und polnischen Behörden daran gehindert und eben deshalb zu Vertriebenen gemacht.

2. Nach der Niederwerfung Polens im September 1939 wandten Hitler und Stalin ähnliche Methoden zur dauerhaften Beherrschung ihres jeweiligen Beuteanteils an. Hitler ließ etwa eine Million Polen aus den Gebieten Westpolens, die in das Reich eingegliedert werden sollten, deportieren, wobei im Anschluß daran dort verschiedene deutsche Volksgruppen nach ihrer Rückführung aus der sowjetischen Einflußsphäre (»Heim ins Reich«) angesiedelt wurden. Währenddessen trachtete Stalin mittels Deportationen antisowjetisch eingestellter Polen und durch die Ermordung der polnischen militärischen Elite (Katyn,1940), die Macht über das Gebiet östlich der Ribbentrop-Molotow-Linie zu festigen. Im Ostfeldzug ab 1941 plante Hitler, im europäischen Teil der Sowjetunion große deutsche Siedlungskomplexe durch Vertreibung der einheimischen Bevölkerung zu schaffen.

3. Das Prinzip der Zwangsumsiedlung wurde auf westlicher Seite zunächst von dem tschechischen Exilpolitiker Eduard Benesch nach dem Münchener Abkommen, noch vor Kriegsausbruch, befürwortet und im Laufe des Krieges in seinen Gesprächen mit Stalin, Churchill und Roosevelt zu seinem wesentlichen Kriegsziel aufgebaut. Zunächst waren davon nur einige Hunderttausende Sudetendeutsche betroffen, die sich gegenüber dem tschechischen Staat illoyal verhalten und, wie Benesch behauptete, als Hitlers »Fünfte

Kolonne« betätigt hätten. Allmählich erfaßte Beneschs Ausweisungsforderung immer mehr Deutsche – unter Außerachtlassung jeglichen Schuldprinzips, einfach um den tschechoslowakischen Staat künftig nicht mehr mit einer nennenswerten deutschen nationalen Minderheit zu belasten.

4. Nachdem das Prinzip der Zwangsumsiedlung Volksdeutscher (»illoyale Minderheiten«) von den Alliierten akzeptiert worden war, wurde es im Zusammenhang mit der geplanten Westverschiebung des polnischen Staates auch auf Reichsdeutsche (keine Minderheiten) in den östlichen Provinzen Deutschlands ausgedehnt. Auf der Konferenz von Teheran (Nov.–Dez. 1943) führte Stalins Forderung, Polen östlich der Curzon-Linie zu annektieren, zur Entscheidung, Polen im Westen auf Kosten Deutschlands zu entschädigen. Mit der territorialen Entschädigung war auch der Plan zur Aussiedlung der einheimischen deutschen Bevölkerung verbunden, ohne daß sich direkte Bezüge zu den nationalistischen Vertreibungspraktiken im Osten feststellen ließen.

5. Die einschlägigen Akten im Public Record Office in London und in den National Archives in Washington zeigen, daß die Experten im Foreign Office und im State Department bis zu den Konferenzen von Jalta und Potsdam dafür eintraten, die territorialen Entschädigungen an Polen (zunächst nur Ostpreußen, dann maximal bis zur Oder) und die damit verbundenen Umsiedlungen der Deutschen zu beschränken (zwischen zweieinhalb und sieben Millionen) und sie durch eine sogenannte Population Transfers Commission beaufsichtigen zu lassen, um einen stufenweise geordneten Ablauf und eine Entschädigung für zurückgelassenes Eigentum zu gewährleisten. Dabei stützten sich die Diplomaten auf den Präzedenzfall des Bevölkerungsaustausches zwischen Griechenland und der Türkei 1923 bis 1926, der unter Aufsicht des Völkerbundes und auf der Basis des Lausanner Abkommens durchgeführt worden war.

6. Auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 wurde zwar der bekannte Artikel XIII über den Transfer der Deutschen angenommen, jedoch ist er häufig falsch ausgelegt worden, wenn behauptet wird, daß die Anglo-Amerikaner den Umfang der Umsiedlung befürwortet hätten. Im Gegenteil: Artikel XIII stellt eine Notmaßnahme dar, die in höchster Eile verfaßt und angenommen werden mußte, weil die nichtgenehmigten, wilden Vertreibungen aus der Tschechoslowakei, aus Polen und aus den deutschen Ostgebieten eine völlig chaotische Situation in der amerikanischen und der britischen Besatzungszone verursacht hatten, nicht zuletzt auch in Berlin, wie in unzähligen amerikanischen und britischen Berichten aus dieser Zeit belegt ist. Somit war der Artikel XIII kein Blankoscheck für die Vertreiberstaaten. Vielmehr bezweckte er zunächst ein Vertreibungsmoratorium und die Übertragung der Zuständigkeit für Umfang und Zeitpunkt des Transfers an den alliierten Kontrollrat in Berlin.

7. Die amerikanische und die britische Regierung protestierten in War-

schau und Prag wiederholt wegen der inhumanen Behandlung der deutschen Bevölkerung und der Nichteinhaltung der Richtlinien des Artikels XIII.

8. Die Umsiedlungen, die nach der Aufstellung eines Aufnahmeplans des Alliierten Kontrollrates im November 1945 erfolgten, verliefen weniger verlustreich. Jedoch urteilte 1950 die Walter-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses in einem ausführlichen Bericht über die Vertreibung der Deutschen, daß keine Phase der Vertreibung als human bezeichnet werden könne.

9. Ein noch schwereres Schicksal traf beinahe eine Million Verschleppter. Nur 5 Prozent überlebten. Hier ist die anglo-amerikanische Mitverantwortung gut belegbar, denn Churchill und Roosevelt akzeptierten am 11. Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta das Prinzip, nach dem deutsche Zwangsarbeit als Kriegsentschädigung zugelassen wurde. Durch diesen gemeinsamen Beschluß, der ebenfalls von Stalin unterzeichnet wurde, wurden Volksdeutsche aus Rumänien, Jugoslawien und Ungarn und Reichsdeutsche aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien – Männer wie Frauen – zur Sklavenarbeit in der Sowjetunion verschleppt, gewissermaßen als »lebende Reparationen«.

10. Flucht, Vertreibung und Verschleppung haben über zwei Millionen unschuldiger Opfer das Leben gekostet – und dies zum Teil quasi als Friedensmaßnahmen bzw. nach der deutschen Kapitulation. Ein solches Ereignis muß von der Welt zur Kenntnis genommen werden – ohne Polemik und ohne Vorwurf der Aufrechnung –, eben als historisches Faktum. In diesem Zusammenhang muß auch der Verzicht auf Gewalt und Vergeltung in der Charta der Heimatvertriebenen vom August 1950 besonders gewürdigt werden.

*Völkerrechtliche Thesen*

1. Die Vertreibung ist ein menschenrechtliches Problem.

2. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das als jus cogens anerkannt wird, beinhaltet notwendigerweise das Recht auf die Heimat, denn man kann nur das Selbstbestimmungsrecht ausüben, wenn man aus der Heimat nicht vertrieben wird.

3. Die Haager Landkriegsordnung war im Zweiten Weltkrieg anwendbar. Artikel 42–56 beschränken die Befugnisse von Okkupanten in besetzten Gebieten und gewähren der Bevölkerung Schutz, insbesondere der Ehre und der Rechte der Familie, des Lebens der Bürger und des Privateigentums (Artikel 46), und verbieten Kollektivstrafen (Artikel 50). Eine Massenvertreibung ist mit der Haager Landkriegsordnung in keiner Weise in Einklang zu bringen.

4. Die Rechtsprechung des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg verurteilte die Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Völkerrecht hat per definitionem universale Geltung, und darum stellten die Vertreibungsaktionen gegen die Deutschen, gemessen an densel-

ben Prinzipien, ebenfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

5. Artikel XIII des Potsdamer Protokolls konnte nicht und hat auch nicht die Legalisierung der Vertreibung der Deutschen bewirkt. Die Alliierten hatten keine unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Leben der Ostdeutschen. Auch wenn es ein »Interalliiertes Transferabkommen« gegeben hätte (und Artikel XIII stellt kein solches Abkommen dar), müßte es nach völkerrechtlichen Prinzipien beurteilt werden.

6. Nach dem Stand des heutigen Völkerrechts sind Zwangsumsiedlungen völkerrechtswidrig. Artikel 49 der IV. Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 verbietet Zwangsumsiedlungen. Sie sind ausnahmsweise nur dann gestattet, wenn zwingende militärische Gründe zu dem einzigen Zweck, die Bevölkerung zu schützen, eine Evakuierung erfordern. Solche Evakuierungen, die sowieso nur vorübergehend sein dürfen, sind illegal, wenn sie aus einer Lebensraumpolitik abgeleitet werden. In Friedenszeiten verstoßen Vertreibungen gegen die UNO-Charta, gegen die Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948 und gegen die Menschenrechtspakte von 1966. Für die Unterzeichner des Vierten Protokolls der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gelten Artikel 3: »Niemand darf aus dem Hoheitsgebiet des Staates, dessen Staatsangehöriger er ist, durch eine Einzel- oder eine Kollektivmaßnahme ausgewiesen werden. . .«, und Artikel 4: »Kollektivausweisungen von Fremden sind nicht zulässig.«

Für die kirchliche Vertriebenenarbeit gelten also sowohl seelsorgliche Gesichtspunkte als auch gesellschaftliche und politische Gesichtspunkte, historische und menschenrechtliche – wie zitiert – eingeschlossen.

### *I. 2 »Wende«*

Das, was sich in den letzten Jahren im Osten ereignet hat, ist weder zeitlich, noch begrifflich, noch inhaltlich einfach zu fassen. Wann begann die Wende wirklich? Mit dem Beginn der ›Solidarnocs‹-Bewegung in Polen zu Beginn der achtziger Jahre, mit den Veränderungen in der Sowjetunion unter den Stichworten »Glasnost« und »Perestroika«, mit der Öffnung der Grenzen durch Ungarn, mit den Demonstrationen in der damaligen DDR, mit der Ausreise- bzw. Durchreiseerlaubnis der Flüchtlinge?

Es ist wohl ein großes Mosaik von vielen Fakten und Ereignissen, das die Wende zu einem unaufhaltbaren Prozeß werden ließ, einem Erdrutsch vergleichbar. Entsprechend unterschiedlich sind die Bezeichnungen. In der damaligen CSSR bezeichnete man es im nachhinein als »sanfte« oder »samtene Revolution«, in der ehemaligen DDR spricht man von einer »friedlichen Revolution«, in intellektuellen Kreisen in Ost und West – je nach geistigem Standort – vom Ende eines Traumes oder einer Utopie.

Für die folgenden Überlegungen ist wichtig: Die Veränderungen im Osten, die politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen sind tiefer und fundamentaler, als es im ersten Augenblick erschien. Das marxistische System hat im wirtschaftlichen und sozialen Bereich versagt; und auch dies war kein Versagen in einem Randgebiet. Das Herzstück der Lehre aber ist getroffen, vor allem sein anthropologischer Grundansatz: der »homo sovieticus«.[6] Der »homo sovieticus« wurde in der Geschichte positiv und negativ definiert:

Positiv: Die Bezeichnung »homo sovieticus« ist nicht neu. Sie stammt aus den ersten Jahren der Sowjetdiktatur, die mit der Oktoberrevolution 1917 begann. Man findet die Bezeichnung bereits in den Schriften des Revolutionsideologen Georgij Sinowjew, der unter Lenin zu den ersten Führern der Bolschewiken gehörte und von 1919 bis 1927 Leiter der III. Kommunistischen Internationale war. Der Begriff »homo sovieticus« hatte damals einen positiven Sinn; Sinowjew wollte mit diesem Ehrentitel einen Menschen auszeichnen, der seine Bindungen an die eigene Individualität, an Familie und Kirche aufgegeben und mit voller Überzeugung die Zugehörigkeit zum neuen Staat, zur Partei und zum sowjetischen Kollektiv bekundet hatte oder bekunden sollte. So sollte ein selbstbewußter, kommunistischer Mensch entstehen, der nur ein moralisches Prinzip kennt: dem Klassenkampf und dem Sieg des Proletariats zu dienen. Man hat damals ein Schlagwort erfunden, das dem Schlagwort »Pieriestrojka« ähnlich ist, und zwar »Pieriekowka«, das heißt »Umschmieden«. Es ging um ein Umschmieden des russischen Menschen durch die marxistisch-leninistische und zugleich atheistische Erziehung. Im »homo sovieticus« hat man also den Gipfel und die Verwirklichung aller Utopien gesehen.

Negativ: Das kommunistische Herrschaftssystem ist besiegt, aber der »homo sovieticus« – der Mensch, der durch die rote Diktatur geprägt wurde – ist vorerst noch unverändert geblieben. Nicht der Sowjetmensch oder der Russe ist gemeint, sondern der Mensch als »Produkt« der brutalen kommunistischen Diktatur überall dort, wo sie jahrzehntelang herrschte. Der russische Schriftsteller Alexander Solschenizyn hat die Wirkmächte, die den »homo sovieticus« prägen, anschaulich beschrieben unter den Stichworten: ständige Angst, mangelnde Freizügigkeit, Mißtrauen, Spitzeltum, Verrat als Daseinsform, Zersetzung, Lüge, Grausamkeit, Sklavenmentalität. Das Ergebnis dieser zersetzenden Wirkung nannte er »geistige Seuche«, »Seelenräude«, »Seelenkrebs«. In einem bestimmten Stadium ist Krebs bekanntlich unheilbar; das kann auch vom »Seelenkrebs«, dem der »homo sovieticus« mehr oder weniger verfallen ist, gesagt werden.

Wenn man bedenkt, daß die kommunistische Diktatur mehr als ein Drittel der Menschheit unterjocht hat, dann läßt sich in etwa der Schaden ermessen, den die »geistige Seuche« angerichtet hat. Man darf wohl sagen, daß keine Diktatur unser Jahrhundert so überschattet hat wie die rote. Wir erschaudern

angesichts der Umweltschäden, die jetzt überdeutlich zutage treten, nachdem der »Eiserne Vorhang« gefallen ist. Die hinterlassenen Innenweltschäden dürften noch viel größer sein. Der Versuch, den perfekten Menschen in einer perfekten Gesellschaft zu konstruieren, ist gescheitert. Das Gegenteil ist eingetreten: Die Religion – bis vor kurzem noch als der Inbegriff des Aberglaubens und der Unterdrückung denunziert – hatte im Bewußtsein und in den Herzen der Menschen noch immer wirklichkeitsverwandelnde Kraft. Der Freiheitswille der Menschen war stärker als alle äußere Gewalt. Eine solche, von uns im Westen nicht vorhersehbare Veränderung hat auch Auswirkungen auf »katholische Vertriebenenarbeit«. Es ist an der Zeit zu prüfen, inwieweit die neue Lage andere Herausforderungen mit sich bringt; es ist zu prüfen, wie die bisherige Arbeit weiterentwickelt werden muß oder kann.

Schließlich ist auch die radikale Frage zu stellen: »Muß es katholische Vertriebenenarbeit in Zukunft überhaupt noch geben?« Dabei muß derjenige, der diese Frage mit »Ja« beantwortet, auch sagen, wie sie inhaltlich gefüllt wird.

## *II. Katholische Vertriebenenarbeit heute*

Die Vertreibung hat den Menschen ihre Heimat in territorialem Sinne in radikaler Weise genommen. Darüber hinaus wurden durch die bewußte »Zersiedelung« (damit die Vertriebenen revolutionäre Sprengkraft entwikkeln) in der neuen Heimat viele soziale Bindungen zerstört. Vielleicht aber ist Heimat gerade mehr Bindung als Baum, Strauch und Haus.

Da zeigt es sich: Der Baum ist abgehackt, aber die Wünsche sind geblieben. Geblieben ist vielen der Betroffenen die geistige Nähe zur alten Heimat; gebunden fühlten sie sich darüber hinaus oft geistlich in ihrer Kirche. Dabei war wohl die Zeit des Lamentierens und der Frustration sehr kurz. Die Kräfte wurden in Richtung Zukunft kanalisiert, und zwar in mehrerer Hinsicht: in den Kampf um das physische Überleben; in den wirtschaftlichen Aufbau in der neuen Heimat; in Hilfen für die Menschen in der alten Heimat.

Zentraler Gedanke der Heimatvertriebenen von Anfang an war: »Eine Vertreibung darf es nie wieder geben.« In diesem Sinne wurde auch eine Auseinandersetzung mit den Vertreiberländern gesucht. Dokumente aus jener Zeit – die Eichstätter Erklärung von 1949 und die Charta der Heimatvertriebenen von 1950 – belegen den Versuch, mit den Vertreiberländern ins Gespräch zu kommen.[7] Dies gelang zunächst überhaupt nicht. In den Vertreiberländern war keine Bereitschaft zur Aufarbeitung dieser geschichtlichen Fakten vorhanden.

Zwei Beispiele als Beleg: In Polen waren es nur ganz vereinzelte Stimmen, die sich mit der Frage der Vertreibung befaßten (vor allem Lipsky). Aber schon der Blick auf die Katholische Kirche zeigt, wie schwer die Problemlage ist. Der Episkopat begann erst 1965, sich offiziell zu diesen Fragen zu äußern, und

seine Äußerungen waren – übrigens bis 1992 – mit der Erwartung verbunden, die Deutsche Bischofskonferenz möge die Oder/Neiße-Linie als Westgrenze Polens anerkennen. Dies hat Kardinal Höffner noch 1985 mangels Kompetenz der Kirche in solchen Fragen abgelehnt. Professor Franz Scholz hat in seinem Buch *Zwischen Staatsräson und Evangelium* die Haltung Polens und seiner katholischen Kirche zur Bewältigung des Vertreibungsverbrechens analysiert.[8] Eine seriöse Rezeption steht noch bevor. Das Fehlen der Aufarbeitung der Vertreibung in Polen hat aber bis heute Auswirkungen, zum Beispiel wenn es um Minderheiten- und Volksgruppenrechte für die Deutschen in Schlesien geht.

In der ehemaligen Tschechoslowakei war die Situation ähnlich. Die Vertreibung war – schon als Begriff – dort weitgehend Tabu. Vereinzelte Stimmen unter den Pseudonymen Danubius (J. Mlynarik)[9] und Frantisek Jedermann[10] warnten ihre Landsleute vor einer Verdrängung dieser Frage. Jan Mlynarik schrieb 1977 im Blick auf die unbewältigte Frage der Vertreibung: »Also bleibt hier für die Zukunft eine offene Rechnung mit einem heute kaum berechenbaren Zins.«[11] 1985 – noch vor der Wende – befaßte man sich erstmals öffentlich in Ansätzen mit den Vertriebenen. In großen deutschen Zeitungen wurde aus der CSSR die Frage laut: »Wer seid ihr, die Sudetendeutschen?« In Folge der Wende wandte sich die Katholische Kirche nun öffentlich der Frage der Vertreibung zu, und es kam 1990 zu einem Briefwechsel zwischen den Bischöfen der CSFR und Deutschlands, der ein wichtiger Schritt zur Aufarbeitung der Geschichte sein kann. In drei Bildern soll dargelegt werden, wie katholische Vertriebenenarbeit heute – »nach der Wende« – gefordert ist.

### *II. 1 Die Josephsgeschichte*

Auf dem Sudetendeutschen Tag 1988 wurde im großen Gottesdienst die Frage aus der damaligen CSSR: »Wer sind die Sudetendeutschen?« aufgegriffen. Sie entstammt einem Artikel einer tschechischen Exilzeitung. Der Autor fragt: Was sind die Sudetendeutschen heute? Wie haben sie sich entwickelt, und was wollen sie? Er vermag die offizielle Charakterisierung der Sudetendeutschen in der CSSR nicht zu glauben. Er vermag sich nicht die Sudetendeutschen als »ein Rudel Raubtiere« vorzustellen, vor denen man die Grenze mit allen Mitteln sichern müsse.

Wie aber antwortet man als Sudetendeutscher, zumal noch als Christ? Die Antwort der Bibel lautet: »Ich bin Joseph, euer Bruder!« Die Josephsgeschichte hat viele fasziniert. So schreibt zum Beispiel Thomas Mann, »er habe sich von einem Gegenstand wie die Josephs-Legende produktiv angesprochen gefühlt durch eine ›Disposition‹, die nicht nur das Produkt meiner persönlichen Zeit und Lebensstufe war, sondern dasjenige der Zeit im Großen und Allgemeinen, unserer Zeit der geschichtlichen Erschütterungen, Abenteuer und Leiden, durch die Frage des Menschen, das Problem der Humanität selbst uns als

Ganzes vor Augen gestellt und unserem Gewissen auferlegt worden ist, wie kaum einer Generation vor uns«.[12]

Ich habe Ihnen die bildliche Darstellung der Josephsgeschichte aus der *Wenzel-Bibel* vorgelegt. Das ist kein Zufall, sondern bewußt Absicht; denn Wenzel selbst verkörpert in seiner Person deutsch-tschechische Geschichte[13]. Er war als Wenzel I. deutscher König, als Wenzel IV. König von Böhmen. Seine Muttersprache war deutsch, aber er beherrschte auch die tschechische Sprache, Französisch und »erat enim bene literatus congrue loquens latine«. König Wenzel lebte in einer unruhigen Zeit. Die Kirche hatte zwei, dann sogar drei Päpste. In Prag lebte Johannes Hus, bis er auf dem Konzil von Konstanz 1415 verbrannt wurde, und nach ihm fingen die Hussitenkriege an, die jahrzehntelang Böhmen, Deutschland und Österreich verwüsteten.

Wenzel, der Sohn Kaiser Karls IV. und dessen dritter Gemahlin Anna von Schweidnitz erstes Kind, geboren am 26. 2. 1361 in Nürnberg, nach der »Goldenen Bulle« der Wahlordnung zur Wahl des deutschen Königs 1356 – zwanzig Jahre später erstmals nach diesem Gesetz gewählt – in Aachen gekrönt und gesalbt, in Rhens auf dem Königsstuhl dem Volke feierlich vorgestellt, verfiel nach einer glanzvollen Jugend in Faulheit und Trunksucht, »hatte mehr Interesse am Wein als an der Regierung«, stumpfsinnig daheim hinvegetierend, dem Trunk und Fraß hingegeben, im Schlafe Tag und Nacht verwechselnd, »ein ehrloser Tagedieb«, wie Papst Pius II. in seiner Geschichte Böhmens feststellt. Daher wurde er nach 22 Jahren der Reichsregierung im Jahre 1400 von den deutschen Kurfürsten abgesetzt und blieb bis zu seinem Tode 1419 nur noch König von Böhmen. Aus einigen verbürgten Tatsachen, aber noch mehr »es wird erzählt«, sind die düsteren Farben gemischt, mit denen das Bild Wenzels gemalt wurde, wie es in der Geschichte fortlebt. Aber Wenzel ist auch als hochgebildeter Mann zu loben, als der erste Bibliophile auf dem deutschen Königsthron.

Die sogenannte *Wenzels-Bibel* hat er schreiben lassen, als er deutscher König war; dies wird durch das deutsche Königswappen bekräftigt. Der deutsche König Wenzel I., gleichzeitig als Wenzel IV. König von Böhmen, hinterläßt in Deutsch jene prächtige Ausgabe.

Die *Wenzels-Bibel* ist die älteste deutsche Prachthandschrift der Bibel, in Prag um 1390 geschrieben, im Todesjahr Johann von Nepomuks 1393 beendet, die beste der deutschen Bibelübersetzungen, 130 Jahre bevor Luther mit seiner Verdeutschung der Bibel begann. Sie ist in dem Deutsch geschrieben, das damals in Prag gesprochen wurde. Dargestellt sind im Bild die Brüder vor Joseph (Genesis XLV, 4–8). Die Brüder stehen noch ungläubig staunend vor Joseph. Auch Benjamin ist wieder in ihrer Schar, aber sein bartloses Knabengesicht ist nicht zu sehen. Die Geste Josephs auf diesem Bild ist die anschauliche Übertragung des umrahmenden Textes: »Geet her zu mir, und da sie nahen zu im quamen. Ich bins so sprach her, ewer bruder joseph, den ir verkouft.«

Was heißt die Antwort: »Ich bin Joseph, euer Bruder« für das Verhältnis von Tschechen und Sudetendeutschen? Diese Aussage ist der Höhepunkt der Josephs-Geschichte am Ende des ersten Buches des Alten Testamentes. Die Brüder hatten Joseph aus Neid und Mißgunst zunächst in eine Zisterne geworfen und ihn dann – weil sie ihn nicht morden wollten – für 20 Silberlinge verkauft. So kam Joseph nach Ägypten. Er gewann das Vertrauen des Pharaos und wurde dessen Bevollmächtigter, der in den sieben fetten Jahren das Getreide für die sieben mageren Jahre sammelte.

Als die mageren Jahre angebrochen waren und in Israel die Hungersnot groß war, schickte Jakob, der Vater von Joseph, seine Söhne nach Ägypten, um Getreide zu kaufen. Sie wußten nichts von ihrem Bruder Joseph, und sie erkannten ihn nicht, denn sie hatten ihn vergessen, den Gedanken an ihn verdrängt. Aber er, Joseph, ließ die Sehnsucht nach der Heimat wieder mit urwüchsiger Gewalt hervorbrechen. Er rächte sich nicht, sondern prüfte hart. Als er merkte, daß sie sich gewandelt hatten, trat er voller Rührung vor seine Brüder und sagte: »Ich bin Joseph, euer Bruder, den ihr nach Ägypten verkauft habt.« Und so endet diese Geschichte voller Leid, Unglück und bitterer Erfahrung in Versöhnung und Glück.

Der Blick in die Geschichte des tschechischen und deutschen Volkes zeigt: seit Jahrhunderten sind wir Nachbarn. Man kennt einander, man spricht voneinander, man spricht miteinander, man hilft einander. Es gab Zeiten des Verstehens und des Nichtverstehens. Es gab Zeiten, da waren die Sudetendeutschen »Joseph«, und es waren Zeiten, da waren die Tschechen »Joseph«. Tschechen und Deutsche, das sind verschiedene Mentalitäten, die je ihre eigene Berechtigung haben und ohne die Europa als Ganzes ärmer wäre.

Ich halte es mit Willy Lorenz in *Liebe zu Böhmen*, der von drei Völkern der einen böhmischen Nation spricht: Schwejk/Haftelmacher und Co(hn).[14] Ich denke, an der Josephs-Geschichte ist Maß zu nehmen zur Aufarbeitung der Vertreibung, denn diese Aufarbeitung ist bei uns und in den Vertreiberländern nötig. Freilich, es setzt voraus, daß alle Beteiligten eine gemeinsame Ebene anerkennen, auf der Problem- und Konfliktlösungen angestrebt werden.

### *II. 2 Die wundersame Befreiung des Petrus*

Zum zweiten Bild will ich mit einem persönlichen Erlebnis beginnen: Eingeladen von Bischof Karel Otcenasek zu seiner Amtseinführung nach Königgrätz, machte ich mich im Januar 1990 auf den Weg nach Ostböhmen, um an einem nicht alltäglichen Ereignis teilzuhaben: Da wird 40 Jahre nach seiner Bischofsweihe ein Priester in sein Amt eingeführt im Beisein des Staatspräsidenten des Landes, das Bischöfe, Priester und Ordensleute verhaften, mißhandeln und hinrichten ließ, und der Innenminister, dessen Amtsvorgänger die harten Polizeieinsätze gegen Demonstranten und Dissidenten befehligte, tritt im Gottesdienst als Lektor an den Ambo, um die Epistel vorzulesen, und

spricht alle an mit: »Liebe Brüder und Schwestern!« Unvorstellbar und wunderbar unglaublich!

Ich gestehe, es ging mir so, wie es von Petrus in dieser Geschichte heißt: »Es kam ihm vor, als habe er eine Vision.« Ich nutzte die Gelegenheit und fuhr von Ostböhmen in meine nordmährische Heimat, und dort konnte ich – das 25jährige Primizjubiläum war schon lange vorüber – endlich dann bei einem Samstagabendgottesdienst die Heimatprimiz feiern. Versammelt war eine kleine Gemeinde, deren Kleidung man schon ansehen konnte, daß das nicht die politisch Bedeutsamen und Reichen waren. Unvermutet bat mich der Franziskanerpater um ein paar Predigtworte. Was war da zu sagen? Meine Augen trafen hilfesuchend das Altarbild. Ich habe es später fotographiert und lege es ihnen vor: »Die wundersame Befreiung des Petrus«. Ich dachte mir und sagte das dann auch: »Ist das nicht die Situation der ostmitteleuropäischen Staaten?« Waren sie nicht in das Gefängnis geraten, halb hineingegangen, halb hineingezogen? Und nun wurden sie an den Wachen vorbei aus dem Kerker hinaus in die Freiheit geführt. Wen wundert's da, wenn es ihnen Petrus gleich geht: »Es kam ihm vor, als habe er eine Vision«, und wie es den Mitteldeutschen, den Tschechen, den Ungarn, den Polen und den anderen ergeht, so ergeht es auch der Kirche dieser Länder. Auch von der Kirche gilt: Es ist, als wenn sie einen Traum erlebt, mit allen Befürchtungen, die schöne Träume so an sich haben: sie können sich eben nur als ein Traum erweisen, aus dem man in eine harte Wirklichkeit aufwacht, und alles ist so wie früher – wie Lenin es sagte und wie seit 1917 in der Sowjetunion und seit 1945 in den osteuropäischen Satelliten gehandelt wurde: »Die Religion ist das Opium des Volkes. Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen!«

Aber der Marxismus ist nicht nur politisch und gesellschaftlich gescheitert. Zu Fall gekommen ist jener Materialismus, der den Geist zur bloßen Folge materieller Strukturen, zum bloßen Überleben des wirtschaftlichen oder politischen Systems herabdrücken wollte. Es hat sich herausgestellt: Der Geist hängt gewiß zum guten Teil von seinen materiellen Bedingungen ab, aber er überragt sie. Vieles, was der Marxismus »zum Wohle des Menschen«, »zur Schaffung des perfekten Menschen« erdacht und politisch umgesetzt hat, führte zur Unfreiheit und ließ sich nur mit Zwang erreichen. Die Folgen sind nach der Wende sichtbar: Der individuelle Freiheitswille bricht auf; die ethnischen und nationalen Unterschiede wurden nur durch Zwang unter Kontrolle gehalten, nicht aber »überwunden«; die religiöse Dimension konnte den Menschen nicht genommen werden.

Die Staaten, besser gesagt die Volksgruppen, fühlen sich von Zwang befreit. Sie müssen lernen, ihre Verhältnisse neu zu ordnen, nicht zwangsmäßig, sondern freiwillig, friedlich und gemeinsam. Gerade die Heimatvertriebenen werden auch in Zukunft für rechtlich gesicherte Volksgruppen- und Minder-

heitenrechte eintreten müssen, nicht um Unfrieden in die Staaten zu bringen, sondern Frieden. Deshalb werden auch die Vertreiberländer nicht um eine Aufarbeitung des mit den Vertriebenen gemeinsamen Schicksals herumkommen.

Die Kirche ist vor große Herausforderungen gestellt. Die religiösen Fragen der Menschen sind geblieben. Wird die Kirche die richtigen Wege finden? Wird es gelingen, die Botschaft von »Friede und Heil«, wie es im Kanon der Messe heißt, den Suchenden nahezubringen, mehr noch: erlebbar und erfahrbar zu machen? Es ist eine schwierige Aufgabe. Ihren Grundauftrag muß die Kirche nicht schaffen, sie findet ihn vor: Derselbe Glaube, derselbe Christus und dieselbe Kirche gelten für die Christen aller Zeiten und Räume und Generationen.

Aber: Die Zugänge, Fragen, Probleme und Perspektiven, die den Blick für Glaube, Christus und Kirche freigeben oder erschweren, hängen auch von den zeitgeschichtlichen, kulturgeschichtlichen und lebensgeschichtlichen Bedingungen ab. Es wird entscheidend sein, ob es der Kirche gelingt – und hier ist sowohl die Ortskirche als auch die Weltkirche gemeint–, deutlich zu machen, daß diese Botschaft von Friede und Heil nicht weltab und weltfern ist, sondern etwas mit den konkreten Lebensbedingungen zu tun hat.

Der Dogmatiker Schmaus macht dies deutlich, wenn er formuliert: »Das Wort ›Heil‹ kann unter sehr verschiedenen Aspekten betrachtet werden. Es kann interpretiert werden als Freiheit, Friede, Liebe, als menschenwürdige, politisch richtige, soziale, freiheitliche Wirtschaftsordnung, als Gesundheit, als Bildung, als Wissen, als moralische Erziehung des Menschen, als Sicherung des Daseins in den verschiedensten Bezirken. Keiner dieser Gesichtspunkte ist bei der biblischen Verkündigung des Heiles ausgeschlossen. Aber sie sind von einem alle diese wahrhaft wichtigen Güter umgreifenden und in sich beruhenden Heilselement getragen.«[15] Mit der Aktion »RENOVABIS« will die deutsche Kirche ihre konkrete Hilfe leisten. Es werden gerade Heimatvertriebene sein, deren Sachverstand und Kenntnis der Situation diese Aktion benötigt, damit die Hilfe ihren Sinn erfüllt. Die Bischöfe haben im Aufruf zur Aktion »RENOVABIS« geschrieben: »Wir haben uns entschieden, der neuen Aktion den Namen RENOVABIS zu geben, weil in diesem Namen gewissenmaßen die Wende vorkommt. ›Du wirst das Antlitz der Erde erneuern.‹ Es gibt nur eine gültige Wende. Gott hat uns die Wende geschenkt. Er hat sich in Jesus Christus für die ganze Welt entschieden, für den Menschen im Osten und Westen, im Norden und Süden. Das Ja Gottes in Jesus Christus, seine Zuwendung zu uns ist der entscheidende Grund, uns den Menschen in Mittel- und Osteuropa zuzuwenden.«[16]

Man kann es auch im Bild der »wundersamen Befreiung« sagen: Damals – nach der wundersamen Befreiung – klopfte Petrus an das Tor, aber man machte das Tor vor Freude nicht auf. Und dann heißt es: »Petrus aber klopfte noch immer.«

## *II. 3 Das Salomonische Urteil*

In den ersten beiden Bildern war von den katholischen Vertriebenen und der Situation in den Vertreiberländern die Rede.Wie bringt man beides zusammen? Wie sieht der Weg nach der Wende im Verhältnis Heimatvertriebene/ Vertreiber aus? In meiner Heimatstadt Mährisch-Trübau war ich in einer Gruppe zu einem Besuch ins Rathaus eingeladen. Bürgermeister Vlk begrüßte uns freundlich und sprach davon, daß Trotzkis Optimismus doch eine gute Grundlage für die Zukunft von Tschechen und Deutschen sei. Ich fühlte mich zu einer Erwiderung herausgefordert, und mein Blick fiel auf eine Darstellung des Salomonischen Urteils, das als Fresko an der Wand zu sehen war. Ich denke und sagte es auch, das Salomonische Urteil sei bei aller Wertschätzung von Optimismus vielleicht doch ein tragfähigerer Ausgangspunkt für das Zusammenleben von Tschechen und Deutschen, von Heimatvertriebenen und Vertreibern. Aus der Sicht der Tschechen bedeutet es doch keine Bedrohung, wenn die Sudetendeutschen sich ihrer alten Heimat verbunden fühlen. Im Gegenteil, sie haben in der Vergangenheit nie ihre Heimat im Stich gelassen und werden es auch in Zukunft nicht tun. Sie werden aber – und darin sehe ich einen Dienst gegenüber den Vertreiberländern – eine moralische und rechtlich-politische Aufarbeitung einfordern müssen. Dies ist für beide Seiten nicht einfach, aber notwendig.

Dabei ist festzustellen, daß die Entwicklungen in den Vertreiberländern nicht parallel verlaufen. Auf dem Oberschlesier-Treffen 1990 in Essen erklärte Otto von Habsburg: »Wir haben es mit Dankbarkeit zur Kenntnis genommen, daß der neue tschechoslowakische Präsident, Vaclav Havel, ein bemerkenswerter Verteidiger der Freiheit und der echten Demokratie, eindeutig die Schuld und das Verbrechen der Vertreibung bekannt hat. Er hat klar ausgesprochen, daß es sich hier um einen historischen Fehler gehandelt hat. Das hat die Atmosphäre gereinigt und hat dazu geführt, daß die Beziehungen zwischen Sudetendeutschen und Tschechen wesentlich besser und entspannter geworden sind, wie wir es mit freudigem Herzen anläßlich des jüngsten Sudetendeutschen Tages in München beobachten konnten. Ebenso aber möchte ich mit Bedauern sagen, daß ich leider von polnischer Seite noch immer solche Worte vermisse. Das gilt nicht nur für den Staat, sondern auch für die Kirche. Wenn ein hoher kirchlicher Würdenträger auf der einen Seite erklärt, er wolle keine deutschsprachigen Messen in Breslau zulassen, aber im gleichen Atemzug fordert, daß man polnische Messen in Lemberg abhalte, so fehlt ihm leider die Glaubwürdigkeit. Es muß ein gleiches Recht für alle geben, der Begriff Sieger und Besiegte muß aufhören. Eine echte Aussöhnung zwischen den europäischen Völkern fordert das bedingungslose Bekenntnis zur Wahrheit.«

Blicken wir aber auch bei dem Verhältnis Sudetendeutsche/Tschechen genauer hin: Es ist sicher kein Zufall, daß in der Tschechischen Republik ein

Mann wie Vaclav Havel solche Anerkennung findet, verkörpert er doch für viele das, was in einem Buchtitel zusammengefaßt ist: *Gewissen und Politik*.

Im Mai 1990 sagte er in Straßburg: »Sofern ich in meinem bisherigen Leben über grundlegende Dinge nachdachte, also über Fragen der Moral, der Politik oder der bürgerlichen Existenz, stieß ich stets früher oder später auf einen vernünftigen Menschen, der mir im Namen der Vernunft sehr vernünftig erklärte, auch ich müsse vernünftig sein, müsse mit meinen absonderlichen Erwägungen aufhören und mir endlich bewußt machen, daß nichts zum Besseren gewendet werden könne, weil die Welt ein für allemal in zwei Hälften geteilt sei. Beide Hälften seien angeblich mit dieser Trennung zufrieden, und keine beabsichtige, etwas daran zu ändern. Sich im Einklang mit seinem Gewissen zu verhalten, habe angeblich keinen Sinn, weil niemand etwas verändern könne, und alle, die keinen Krieg wollen, sollen sich eben ruhig verhalten. Diese angebliche Stimme der Vernunft drang dann besonders oft nach Breschnews Überfall auf die Tschechoslowakei an mein Ohr. Danach lebten alle sogenannten vernünftigen Leute geradezu auf, denn sie hatten für ihre Ideologie der Gleichgültigkeit gegenüber den Dingen der Allgemeinheit ein neues Argument. Sie konnten nun sagen: ›Da siehst Du es, so geht es eben, alle haben uns abgeschrieben, wir interessieren niemanden, nichts können wir ändern, alles ist umsonst, das soll Dir eine Lehre sein, sei lieber still! Oder willst Du ins Gefängnis‹.«[17]

Es ist wohl verständlich, daß auch die Heimatvertriebenen voller Hoffnung auf Vaclav Havel schauen. Dabei ist aber auch zu erkennen: Ein schwieriger Weg ist noch zu gehen. Es gibt mittlerweile offizielle Stimmen in der Tschechischen Republik, die die Vertreibung der Sudetendeutschen als Ungerechtigkeit und als unmoralisch bezeichnen. Aber es ist nicht zu verkennen, daß z. B. Vaclav Havel, als er diese Aussage im März 1993 in Österreich machte, in seiner Heimat auf Kritik stößt und diese selbst dann wieder relativiert. Es zeigt sich, wie schwierig es auch für einen Mann wie Vaclav Havel ist, moralisch Erkanntes auch rechtlich und politisch umzusetzen bzw. umsetzen zu wollen. Wer Unrecht als Unrecht anerkennt, muß auch Wege der Wiedergutmachung suchen, wie immer diese im Konkreten aussehen mögen. Zunächst aber müssen doch jene Rechtsgrundlagen, die für die Vertreibung erlassen wurden (Benes-Dekrete), außer Kraft gesetzt werden. Eine solche »Wiedergutmachung« führt zu keiner »wirtschaftlichen Überforderung«. Es muß in den Vertreiberländern – von den Vertriebenen mit Geduld, aber beharrlich angemahnt – das Bewußtsein dafür geschärft werden, daß schlimmer noch als der Verlust der territorialen Heimat der Rechtsverlust ist. Wer dies nicht ändert, schadet nicht nur den Heimatvertriebenen, sondern letztlich sich selbst. Das Salomonische Urteil bedeutet eben nicht Verzicht auf Recht, es gibt aber die Gewähr, daß Wiedergutmachung nicht zerstörerisch, sondern aufbauend ist.

In diesem Sinne hat katholische Vertriebenenarbeit zu wirken, in diesem Sinne muß sie die Vertreiberländer zu einer Auseinandersetzung mit der

gemeinsamen Vergangenheit bringen. Eine Zukunftsgestaltung – ohne die Trümmer der Vergangenheit zu beseitigen, zu entsorgen – geht ins Leere, mehr noch: »Wer die Vergangenheit nicht kennt, den kann es die Zukunft kosten.« (Reiner Kunze).

### *III. Die Arbeit geht weiter*

Anhand von drei biblischen Bildern, der Josephs-Legende, der Befreiung des Petrus und des Urteils Salomons, habe ich die katholische Vertriebenenarbeit nach der Wende beleuchtet. Es zeigt sich: Es bedarf keiner »Wende« in der katholischen Vertriebenenarbeit, schon gar nicht ist sie überflüssig geworden. Im Gegenteil: Alten und neuen Herausforderungen sieht sich die katholische Vertriebenenarbeit gegenüber. Als Beispiel seien drei genannt: eine eher gesellschaftlich-politische, eine eher diakonische, eine eher pastorale.

#### *III. 1 Ächtung jeglicher Vertreibung*

Die Rahmenbedingungen in der Arbeit hin zu den Vertreiberländern sind besser geworden. Die Chancen, in einem freien Dialog die Vergangenheit aufzuarbeiten, sind größer geworden. Es muß auf allen Seiten die Bereitschaft zur Offenheit und zur historischen Wahrheit immer wieder geweckt werden. »Gerade in Situationen, wo Geschehenes nicht einfach umkehrbar ist, alte Gegebenheiten nicht wiederherstellbar sind, muß in geduldiger, verständnisvoller Arbeit ein gerechter Ausgleich zwischen zur Zeit widerstrebenden Interessen gefunden werden, wo alle Seiten in freier Entscheidung eine Lösung finden, die tragfähig ist.«[18]

Dies macht eine weitere Auseinandersetzung über das Unrecht der Vertreibung mit den Vertreiberländern notwendig. Denn es geht ja nicht nur um die Vertreibung der Deutschen nach 1945. Dies war – leider Gottes – nicht die letzte Vertreibung. Es stimmt nachdenklich, wenn zum Unwort des Jahres der Begriff »ethnische Säuberungen« gewählt wurde. Die Tatsache, daß Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung noch immer als politische Methode eingesetzt wird, muß jene zur Besinnung bringen, die meinen, im Verschweigen würde eine Problemlösung liegen. Und solche Ideen gibt es auch in Deutschland. Noch einmal sei aus dem Pastoralbrief von 1990 zitiert: »Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung ist eine Verletzung elementarer Menschenrechte, die nicht zu rechtfertigen ist, gleichgültig von wem, wo oder wann sie geschieht. Heimatvertriebene wirken mit der Forderung nach Anerkennung der rechtlichen Gegebenheiten dem Eindruck entgegen, daß sich Vertreibung lohne, denn wenn man nur lange genug warte, werde dieses Unrecht schon zu Recht erklärt.«[19]

Hier gegenzusteuern ist auch in Zukunft eine Aufgabe der katholischen Heimatvertriebenen, so lange, bis Vertreibung als politisches Mittel nicht mehr

in Betracht gezogen wird. Es ist ein Teil des Einsatzes für die Einhaltung der Menschenrechte, die auch Volksgruppenrechte, Selbstbestimmung der Völker und Religionsfreiheit einschließen.

### *III. 2 Sorge für die Aussiedler*

Mit den deutschen Aussiedlern kommen jedes Jahr Menschen nach Deutschland, die wohl am längsten unter den Kriegsfolgen gelitten haben. Katholische Vertriebenenarbeit hat hier wichtige Aufgaben. Zum einen sind die Heimatvertriebenen gefordert, in der deutschen Öffentlichkeit für eine größere Aufnahmebereitschaft zu sorgen und selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Wer anders als Heimatvertriebene kann sich in das Schicksal der Aussiedler hineindenken und diese verstehen. Zum anderen muß katholische Vertriebenenarbeit helfen, Aussiedler in der neuen Heimat auch kirchlich zu integrieren. In den Aufnahmelagern werden die Aussiedler mit viel Engagement von Seelsorgern und der Caritas betreut. Es werden dort viele Kontakte aufgebaut, die zu versickern drohen, wenn die Familien dann an ihren endgültigen Wohnort kommen. Kirchengemeinden wissen oft nichts von den Neuzugezogenen, auch fehlt bei vielen das Wissen um Herkunft und Schicksal dieser Menschen. Hier muß auch in Zukunft katholische Vertriebenenarbeit einen Schwerpunkt ihres Engagements sehen, und zwar müssen das sowohl die Seelsorger als auch die katholischen Vertriebenenverbände.

### *III. 3 Theologische Aufarbeitung*

Nicht vergessen werden darf die theologische Deutung des Vertreibungsschicksals der Vertriebenen und der Aussiedler. Dies ist wohl ein eigenes Thema. Einige Stichworte seien genannt: Der Christ lebt im Spannungsbogen zwischen dem »Recht auf Heimat« einerseits (Papst Johannes Paul II. in Bangkok)[20] und dem Wissen, daß die irdische Heimat nicht das Endgültige ist. Der Christ weiß um die Notwendigkeit der nationalen und ethnischen Identität und gleichzeitig um die Vorläufigkeit, die Relativität des Ganzen. Der Christ betet in seiner Not – hoffentlich nicht nur dann – zu Gott und erfährt sich oft als nicht erhört. Hier sind theologische Aufarbeitung und pastorale Begleitung nötig. Dazu bedarf es des Kennens und des Verständnisses für das Schicksal der Vertriebenen.

Anmerkungen

1. Albrecht Lehmann, *Im Fremden ungewollt zuhaus*, München 1991.
2. Albrecht Lehmann, aaO.
3. Alfred Maurice de Zayas, *Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, Stuttgart 1986.
4. Nähere Ausführungen dazu siehe bei: G. Pieschl, »Anmerkungen zu Kirche und Vertriebenenarbeit heute«, Vortrag beim Wilhelm-Böhler-Club, Bonn 1987.

5. Alfred Maurice de Zayas, aaO.
6. Vgl. Ronald Rak, »Die Überwindung des homo sovieticus. Eine ethisch-pastorale Aufgabe«, *in Oberschlesisches Jahrbuch 1992*, Berlin 1992.
7. Die einschlägigen Dokumente sind veröffentlicht in der Schriftenreihe der Ackermann-Gemeinde Nr. 24, München 1970.
8. Franz Scholz, *Zwischen Staatsräson und Evangelium*, Frankfurt 1988.
9. Jan Mlynarik, *Thesen zur Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–47*, München 1985.
10. Frantisek Jedermann, *Verlorene Geschichte*, Köln 1985.
11. Jan Mlynarik, aaO.
12. Thomas Mann, *Josef und seine Brüder*, Frankfurt 1975.
13. Franz Unterkircher, *König Wenzels Bibelbilder*, Graz 1983.
14. Willy Lorenz, *Liebe zu Böhmen*, Wien–München 1988.
15. Vgl. zu diesen Überlegungen: G. Pieschl, »Kirche auf dem Weg ins Jahr 2000«, in *Mitteilungen des Bistums Limburg*, Heft 1/1979.
16. Zitiert nach »... das Antlitz der Erde erneuern«, Pastoralbrief des Vertriebenenbischofs und der Apostolischen und Kanonischen Visitatoren Pfingsten 1993.
17. Vaclav Havel, »Europa – Eine reale Vision«, in *Gewissen und Politik*, Kleine Reihe des Institutum Bohemicum, 13, München 1990.
18. »Verständigen, Versöhnen, Neugestalten«, Pastoralbrief des Vertriebenenbischofs und der Apostolischen und Kanonischen Visitatoren vom 5. August 1990.
19. Ebenda.
20. Ebenda.

Gerhard Pieschl

# In gerechter Liebe zu unserem Volk und Vaterland*

Liebe Brüder und Schwestern im Glauben! Liebe Landsleute!

»Sende aus Deinen Geist und das Antlitz der Erde wird neu!« beten wir Christen in den Pfingsttagen zu Gott. Und wirklich, die Erde wurde neu, als sich die Menschen damals am Pfingstfest zu Jerusalem trafen: Daß sich die Menschen wieder verstehen konnten, das war das Wunder von Pfingsten. Sie hatten sich an Größenwahnsinn überboten, einander übertroffen, dann verachtet und gehaßt und vernichten wollen; aber für Gott war diese Geschichte von Babel nicht das Ende, er ließ durch seinen Geist Pfingsten werden.

Daß die Menschen sich wieder verstehen lernen, ist auch unser aller Wunsch an diesem Pfingstfest 1993 in Nürnberg. Und es ist mehr als nur ein Wunsch, denn er hat seinen Grund darin, daß es das Wunder von Pfingsten schon gab – aber nur gab in der Vergangenheit, nicht auch gibt in der Gegenwart und geben wird in der Zukunft?

»Wir erleben ein Wunder«, sagte Präsident Václav Havel 1990 bei der Begrüßung des Papstes beim Besuch Johannes Pauls II. in der ehemaliger CSFR. »Ich weiß nicht, ob ich weiß, was ein Wunder ist, trotzdem wage ich es zu sagen, daß ich in diesem Augenblick ein Wunder erlebe. Ein Mann, der noch vor sechs Monaten als Feind des Staates verhaftet wurde, begrüßt heute als dessen Präsident den ersten Papst in der Geschichte der Katholischen Kirche, der den Boden dieses Staates betrat. Ich weiß nicht, ob ich weiß, was ein Wunder ist. Trotzdem wage ich zu sagen, daß ich heute nachmittag ein Wunder erleben werde. Auf dem gleichen Platz, wo vor fünf Monaten über die Zukunft unseres Landes entschieden wurde, wird das Oberhaupt der Kirche die Hl. Messe zelebrieren. Wahrscheinlich wird die jüngst heiliggesprochene

* Predigt von Weihbischof Gerhard Pieschl beim Pontifikalgottesdienst am Pfingstsonntag, 30. Mai 1993, 9.30 Uhr in der Frankenhalle in Nürnberg aus Anlaß des 44. Sudetendeutschen Tages in Nürnberg, der unter dem Motto: »Menschenrechte achten – Vertreibung ächten!« stand.

Agnes von Böhmen für ihre Fürbitte dem danken, der in seinen Händen den geheimnisvollen Lauf der Dinge hat. Ich weiß nicht, ob ich weiß, was ein Wunder ist. Trotzdem wage ich zu sagen, daß ich in diesem Augenblick ein Wunder erlebe. In unser durch die Ideologie des Hasses verwüstetes Land kommt ein Bote der Liebe. In das durch Regieren von Ungebildeten verwüstete Land kommt ein lebendiges Symbol der Bildung. In das Land, das vor kurzem durch die Idee der Konfrontation und der Verteilung der Welt vernichtet wurde, kommt ein Bote des Friedens, des Dialogs, der gegenseitigen Toleranz, der Ehrfurcht und des liebenswürdigen Verständnisses, der Verkünder der Einheit in der Verschiedenheit. Jahrzehntelang wurde in unserer Heimat der Geist ausgetrieben. Ich habe die Ehre, ein Zeuge des Augenblicks zu sein, in dem diesen Boden der Apostel des Geistes und der Seele küßt.«

Mit Recht also beten wir: »Sende aus Deinen Geist und das Antlitz der Erde wird neu! . .« Wer alles beim alten lassen will, sollte nicht zum Heiligen Geist beten. Wir aber beten zum Heiligen Geist um den richtigen Geist auch in unseren sudetendeutschen Anliegen; mit uns Priestern beten vor allem die Laien um richtiges Erkennen und Tun in den Fragen der weltlichen Ordnung.

Wir fragen: Ist es christlich, ist es katholisch, ist es sittlich vertretbar, daß wir weiterhin die Verwirklichung des Rechtes auf die Heimat und freie Selbstbestimmung, die Erhaltung unserer Volksgruppe, die zumutbare Entschädigung oder Rückgewähr konfiszierten, durch Generationen rechtmäßig erworbenen Eigentums fordern? Ich sage mit gutem Gewissen – in der Achtung der Zehn Gebote: Ja! Ich berufe mich auf die Soziallehre der Kirche. Ich berufe mich auf die Lehre der Kirche.

Blicken wir auf die Katholische Soziallehre: Schon das 15. Jahrhundert, die Zeit der Entdeckungen und der Kolonisierung, warf brennende soziale Fragen auf: die Sklaverei und die Frage der »menschlichen Würde der Heiden«. Papst Eugen IV. verurteilt die Sklaverei und stellt sie unter die Strafe der Exkommunikation. Er verbietet die Aussiedlung der Eingeborenen und proklamiert damit erstmalig das Recht auf die Heimat. Sein Nachfolger erklärt, »daß die Indianer und alle übrigen Völker, die den Christen später noch bekannt werden, auch wenn sie außerhalb des Glaubens leben, ihrer Freiheit und der Verfügungsgewalt über ihre Güter nicht beraubt werden dürfen, daß sie im Gegenteil Freiheit und Besitz in rechtmäßiger Unangefochtenheit benutzen, erwerben und sich dessen erfreuen dürfen und daß sie nicht zu Sklaven gemacht werden dürfen und daß alles, was entgegen dem hier Gesagten geschehen mag, ungültig und nichtig ist«.

Was dann aber trotz aller beschwörenden Ermahnungen und Anordnungen der Kirche tatsächlich passiert ist, kann an Grausamkeit und Ungerechtigkeit kaum überboten werden. Fest aber steht: Unsere Kirche benennt zum ersten Mal das Recht auf Heimat, und bis heute gibt es Zeugnisse ihres Einsatzes für dieses Menschenrecht.

Der aus Polen stammende Papst Johannes Paul II. hat für alle Menschen und Völker in seiner Enzyklika *Laborem exercens* am 14. September 1981 gesagt: »Jeder Mensch hat das Recht, in seine Heimat zurückzukehren und sich dort frei zu entfalten.«

Vor dem Diplomatischen Korps weist er am 16. Januar 1982 in Rom auf die Verarmung, die materielle und geistige jener Länder hin, die durch Gewaltmaßnahmen, durch Zwangsausweisung sich der für sie unbequemen Bürger entledigen. Und er wiederholt vor allen im Vatikan versammelten Diplomaten das Recht der Menschen, in die Heimat zurückzukehren.

Als katholischer und sudetendeutscher Bischof und als Beauftragter für die Vertriebenen wiederhole ich: Auch die Sudetendeutschen, die Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien, haben Recht und Anspruch auf Verwirklichung des Rechtes auf die Heimat und freie Entfaltung in der Heimat als Einzelne und als Gruppe.

Unzählige Male hat der Bischof von Rom alle Völker gemahnt, daheim und fern von der Heimat den Werten dieser Heimat und dem eigenen Volk treu zu bleiben. Warum denn gilt nicht auch uns seine Aussage an seine Landsleute: »Laßt euch nicht trennen von euren Wurzeln!«? Bischof Bornewasser von Trier hat seinen Diözesanen 1946, als Volk und Vaterland verachtet und in größter Not waren, eingeschärft: »Der Christ ist verpflichtet, sein Volk und sein Vaterland zu lieben!« Kardinal Höffner von Köln hat ihn – bis zur letzten großen Ansprache am Neujahrstag 1985 – immer wieder zitiert.

P. Alfred Delp SJ hat mit gefesselten Händen vor der Hinrichtung seine Meditationen über seine katholische Treue zu Deutschland im Gefängnis geschrieben: Er werde verurteilt, weil man den katholischen Weg der Treue zu Volk und Vaterland leugne. Mit all diesen sage ich als euer Bischof:

»Haltet fest an Eurer Heimat, am Leben unserer Volksgruppe. Steht in gerechter Liebe zu unserem Volk und Vaterland!«

Aber kann man solches in Frieden und im Geiste Gottes verwirklichen? Ich antworte den Zweiflern, den Resignierten, den Hoffnungslosen, den Anpassern: »Ja, wenn nicht in Gottes Wahrheit, wie denn sonst?« Der Sekretär der Tschechischen Bischofskonferenz, Weihbischof Frantisek Radkowsky von Prag, hat uns die Antwort Ende Februar 1993 in einem ganz einfachen, klaren Leitsatz in Regensburg gegeben: »Menschen mit gemeinsamer Heimat und Geschichte gehören zusammen!«

Selbst die polnische Ministerpräsidentin Suchocka, die das in der Praxis bisher allerdings nicht durchsetzen kann, sagte den Polen in Oppeln im März: »Die Menschen, die nicht zur polnischen Nationalität gehören, sie sind eine wertvolle Vielfalt. Ohne sie klappt nicht unser Aufbau. Sie müssen ihre Identität frei entfalten, nur dann können wir Loyalität verlangen!« Braucht man in vielen Teilen unserer entvölkerten Heimat, in der oft zerstörten Natur, bei den vergrämten und verarmten Menschen in unseren Dörfern nicht den gemeinsamen Wiederaufbau Schulter an Schulter? Ja, man braucht ihn, er ist

notwendig, und es ist Platz dafür da! Und man braucht das gemeinsame politische Planen und Handeln.

Freilich gibt es auch noch den Gegensatz von Pfingsten, den alten Ungeist. Oft stehen Haß, Angst, Überheblichkeit zwischen uns. Das ist der alte Geist von Babel, der Gegengeist von Pfingsten. Die Gegensätze sind tief. Ohne deren Aufarbeitung gibt es keine gemeinsame Heimat, keinen gemeinsamen Wiederaufbau, kein gemeinsames Europa. Niederlassungsfreiheit allein ist noch nicht die Verwirklichung des Rechtes auf die Heimat. Dazu gehören heimatliches Leben, heimatliche Entfaltung, Schulen, deutsche Gottesdienste, lebendige Vereine, Bildungseinrichtungen. An diesem Pfingsttag sollten Deutsche und Tschechen, Slowaken, Polen und Rumänen zu Gott rufen: »Sende aus Deinen Geist, und das Antlitz der Erde wird neu!« Daß Gottes Geist von ihren Augen die Verblendung des Hasses, der Angst, der Überheblichkeit nehme, daß er die Tugenden der Klugheit, der Weisheit und der Tapferkeit, die sieben Gaben des Heiligen Geistes zum Wiederaufbau der gemeinsamen Heimat gebe – und daß er die notwendige Geduld und Zähigkeit schenke!

Wenn wir so beten, dann heißt das auch, daß wir zur konkreten Hilfe bereit sind. Die Deutsche Bischofskonferenz hat auf Anregung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken die Aktion RENOVABIS ins Leben gerufen. Sie hat ihren Namen von dem Pfingsgebet »Renovabis«, das heißt: »Du wirst erneuern«.

»Gerade Heimatvertriebene müssen neben der materiellen Hilfe ihren Sachverstand und ihre Kenntnisse von der Situation dort einbringen, damit diese Hilfe gelingt. Über viele Jahre wurden die Kontakte in die alte Heimat gepflegt. Gesprochen werden durfte darüber nicht. Jetzt, da viel mehr möglich ist, werden die Heimatvertriebenen in der Aktion RENOVABIS als Fachkundige gebraucht. Es ist zu hoffen, daß ihr Rat auch gesucht wird.« Das schreiben die Verantwortlichen der Vertriebenenseelsorge in einem Pastoralbrief zu Pfingsten 1993.

Und nun zum abschließenden Amen: Was sagte doch Goethe? »Wer das Recht hat und die Geduld, für den kommt auch die Zeit.« Halten wir uns dankbar vor Augen, was in den vergangenen Jahren schon alles zum Guten hin verändert wurde, und vergessen wir im Hinblick auf das Pfingstfest nicht, daß die Zusage des Herrn an die Apostel: »Ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes empfangen, der auf euch herabkommen wird«, auch für unsere Zeit gilt.

Deshalb bitte ich Euch: Haltet auch weiterhin an der Gemeinschaft fest, die vom Bekenntnis zu Glaube und Heimat getragen wird! Bleibt offen für die Sorgen und Nöte der Menschen unserer Zeit, seid großherzig in der Hilfe! Habt Vertrauen, daß wir unsere Wege nicht alleine gehen, denn der Sohn Gottes ist gekommen, damit wir »das Leben haben und es in Fülle haben« (Joh.10,10).

Anmerkung: *Am 14. 2. 1994 veröffentlichte Weihbischof Gerhard Pieschl, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlings- und Vertriebenenseelsorge, Limburg, einen Leserbrief in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), in dem er die Lebens- und Überlebensrechte auch des deutschen Volkes und Vaterlandes erneut hervorhob. Der Leserbrief trägt die Überschrift: »Wie der Papst das Recht auf Heimat sieht« und lautet wie folgt:*

In dem Beitrag »Auf ewig tschechisch soll bleiben, was deutsch war« von Berthold Kohler (*FAZ* vom 27. Januar) wird Heimatrecht wieder einmal in Anführungszeichen geschrieben. Damit ist ein entscheidendes Problem unserer Tage benannt, denn es ist wohl kaum umstritten, daß Heimatrecht in Anführungszeichen, daß fehlender Minderheiten- und Volksgruppenschutz zu Bürgerkriegen, Gefährdung und Zerfall von Staaten und grausamen Verfolgungen von Menschen führt. Ohne rechtzeitigen Minderheiten- und Volksgruppenschutz, ohne Recht auf die Heimat gibt es keine dauerhafte Ordnung zwischen den Völkern und Staaten und keine tragfähige Friedensordnung. Der rechtzeitige wirksame Volksgruppenschutz, das Heimatrecht ist zu einem zentralen Friedensproblem geworden. Im Zusammenhang mit Jugoslawien und den Vorgängen in Bosnien wurden die »ethnischen Säuberungen« in Form brutaler Massenvertreibungen immer mehr in der Diplomatie und von Diplomaten als Völkermord bezeichnet. Die Konvention gegen den Völkermord geht von einer engen Definition des Völkermords aus: die beabsichtigte Durchführung der völligen physischen Vernichtung einer Gruppe. Anträge bei der Beratung der Konvention, jede Massenvertreibung als Völkermord zu bestrafen, setzten sich nicht durch.

In der IV. Genfer Konvention wurde im Jahre 1949 durch positives Völkerrecht ausdrücklich die Massenvertreibung in kodifizierter Weise verurteilt. Positivisten gehen davon aus, daß sie erst seit 1949 im Völkerrecht verboten ist. Auf diesem Standpunkt steht zum Beispiel der ehemalige polnische Außenminister Skubiszewski (der zwar das Leid der Betroffenen bedauert), aber auch der katholische Theologe Sobanski (Ehrendoktor der katholischen Fakultät in Bonn). Gegenteiliger Ansicht sind viele deutsche Völkerrechtler, darunter Professor Kimminich (der die fehlende Kodifizierung des Verbots der Massenvertreibung darauf zurückführt, daß das Völkerrecht von der Seßhaftigkeit ausgegangen sei), Professor Blumenwitz, die Schule des großen österreichischen, naturrechtlich verankerten Völkerrechtlers Verdroß mit ihrem bedeutenden Vertreter Professor Ermacora und viele andere.

Thomas G. Masaryk leugnete die gemeinsame Geschichte mit den Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien und betonte, daß sie als Kolonisten dort lebten. Edvard Benes leitete davon die Berechtigung des »Abschubs« der Deutschen schon während des Zweiten Weltkrieges ab, der dann grausam 1945 und 1946 vollzogen wurde. Die polnische Londoner Exilregierung lehnte dies anfangs wegen Ostpolen ab. Mit der Zeit gelang es Benes und der

englischen Regierung, die polnische Exilregierung zu einem schrittweisen Ja dafür zu gewinnen. Skubiszewski stellt das in seinem Werk über die Massenvertreibung der Deutschen von 1968 dar.

Jan Amos Komensky (Comenius) verfaßte 1628 eine philosophische Schrift *Über das Glück einer Nation.* Er widmete sie dem »erlauchten Fürsten von Siebenbürgen«, Georg Rakoczy, von dem er erwartete, daß er seine Waffen gegen das kaiserliche Wien erheben und nicht nur das damalige »königliche Ungarn« befreien werde, das ist die Slowakei, sondern auch Mähren und vielleicht auch den Tschechen Freiheit bringen werde. Zu den aufgeführten achtzehn Bedingungen, die es zu erfüllen gilt »für die Erreichung des nationalen Wohles und Glückes der Nation«, heißt es an dritter Stelle, »daß die Nation nicht mit anderen Nationen durchmischt ist«.

Es gibt Behauptungen, daß angelsächsische Diplomaten schon in den ersten zwei Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts die »Entmischung« von neben- und miteinander siedelnden Volksgruppen als friedensstiftend ansahen. Allerdings wollte man zum Beispiel im Lausanner Vertrag endlich die Umsiedlung in erträgliche Bahnen leiten. Skubiszewski bejaht im Sinne von Beneš noch 1968, daß zur Gestaltung der Friedensordnung in Europa alle Deutschen hinter die Linie Stettin–Triest verbracht werden müßten. Das hätte nach ihm viel schneller erfolgen müssen, auch wenn er die Opfer bedauert. Diese 1968 veröffentlichte Ansicht ist bis heute nicht zurückgenommen oder korrigiert worden.

Dagegen hat Johannes Paul II. in einer Rede am 31. Januar 1982 in Rom unter anderem ausgeführt: »Niemandem kann entgehen, daß die Verbannung eine schwere Verletzung der Normen des gesellschaftlichen Lebens darstellt, daß sie in offenkundigem Widerspruch zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und zum internationalen Recht selbst steht, und die Folgen einer solchen Bestrafung oder Vertreibung erweisen sich als dramatisch auf individueller wie auf sozialer und moralischer Ebene. Der Mensch darf nicht der Grundrechte beraubt werden, in dem Vaterland zu leben und zu atmen, in dem er das Licht der Welt erblickt hat, in dem er die teuersten Erinnerungen an seine Familie bewahrt, die Gräber seiner Vorfahren und die Tradition, die ihm Lebenskraft und Glück schenken.«

Am 11. Mai 1984 beklagte Papst Johannes Paul II. in Bangkok das Schicksal derjenigen, die gezwungenermaßen ihr Heimatland verlassen mußten. Es müsse langfristige Lösungen dafür geben. »Umsiedlung allein kann niemals die endgültige Antwort auf das Leid dieser Menschen sein. Sie haben ein Recht darauf, zu ihren Wurzeln zurückzukehren, heimzukehren in ihr Geburtsland mit seiner nationalen Souveränität, seinem Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Sie haben ein Recht auf die kulturellen und geistigen Beziehungen, die sie in ihrem Menschsein nähren und aufrechterhalten.«

Am 12. Januar 1985 sagte er vor dem diplomatischen Korps: »Wie kann man innerhalb eines Landes die Rechte eines Teiles der Bevölkerung geltend

machen, während man die anderen vom Recht, friedlich auf demselben Boden zu leben, ausschließt? Oder wie kann man einem ganzen Land ein Sondergesetz aufzwingen, das die bürgerlichen und religiösen Rechte der Minderheit beschneidet?« Den Juden gegenüber erklärte er am 11. September 1987 in Miami: »Sie haben ein Recht auf ein Heimatland, wie es jede Nation nach dem internationalen Recht hat.« Dieses Recht auf das Heimatland haben aber auch die Palästinenser, »von denen noch so viele heimatlos und Flüchtlinge sind«.

Viele sehen die Wurzel des Rechtes auf die Heimat im Recht auf Selbstbestimmung. Das Recht auf die Heimat tangiert jedenfalls ein Bündel von Menschenrechten (Freiheit und Ungestörtheit des Wohnsitzes, Eigentum und andere). Deshalb führt in die Irre, wer Heimatrecht in Anführungszeichen setzt. Wer das Recht auf die Heimat für Deutsche so relativiert, relativiert auch die Heimatrechte aller.

Hans-Joachim Arndt

# »Schuldig geboren?«

## Väter und Söhne im Deutschland der Gegenwart*

Vor nun bald einhundertsiebzig Jahren, im September 1817, erhielt des damals im 68. Lebensjahr stehenden Goethes Landesherr, der Großherzog Karl August von Sachsen-Weimar-Eisenach (er war sechzig Jahre alt), einen Brief des Königlich Großbritannisch-Hannöverschen Kabinettsministeriums, und dieser Brief war eine schlichte und einfache Denunziation. Er verdächtigte das auf den 18. Oktober 1817 auf der Wartburg einberufene Fest unter Hinweis auf einen möglichen Zusammenhang der Burschenschaft mit geheimen, von der Reaktion gefürchteten und verfolgten Gesellschaften und ermahnte die Weimarer Regierung, »der es schon in gewöhnlicher polizeylicher Hinsicht nicht gleichgültig sein dürfte, im voraus von der zu erwartenden, wahrscheinlich sehr zahlreichen Versammlung junger Leute aus allen Theilen Deutschlands Kenntnis zu erlangen«.[1]

Großherzog Karl August war der fortschrittlichste unter den deutschen Fürsten; er hatte bis dahin als einziger unter ihnen nach den Befreiungskriegen sein Versprechen eingelöst und seinem Staate am 5. Mai 1816 eine Verfassung gegeben, enthaltend eine für damalige Begriffe sehr weit gehende Meinungs- und Pressefreiheit – freilich hatte er dadurch auch in nicht geringem Grade Metternichs Zorn erregt. – Karl August ließ sich ein Gutachten erstellen, das alle Bedenken gegen die Genehmigung des Festes zerstreute, da weder es einen politischen Zweck verfolge, noch in einem durch eine Verfassung beglückten Lande wie Weimar ähnliche Befürchtungen wie anderwärts zu

* Geringfügig geänderte Festansprache zum Wartburgfest nach 170 Jahren, gehalten auf Einladung der Deutschen Burschenschaft am 27. Juni 1987 in Graz.
Das besondere historische Umfeld, nämlich der Teilnehmerkreis sowohl auf der Wartburg 1817 als auch in den Grazer Schloßkasematten 1987, erklärt und rechtfertigt die Einschränkung der Fragestellung auf Väter und Söhne; Mütter und Töchter waren und sind genau so betroffen.

hegen seien. Ohne sich über die Angelegenheit weiter auszusprechen, antwortete daher das Großherzoglich-Sächsische Staatsministerium in einem nur wenige Zeilen umfassenden Danke ziemlich lakonisch dem Königlich Großbritannisch-Hannöverschen Kabinettsministerium, dies am 20. September 1817. Am selben Tage verfügte dann Großherzog Karl August in einem Kammererlaß, daß den Studenten die Säle und Zimmer der Wartburg zu öffnen und angemessene Mengen von Brennholz zu Freudenfeuern zu stellen seien. Am 27. September wies er die Einwohner Eisenachs an, sich rechtzeitig in Erwartung der Studenten mit Lebensmitteln zu versorgen und gutes Bier zu brauen. »Damit« – so berichtet eine kleine Schrift, die aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums des Wartburgfestes im Kriegsjahr 1917 in Leipzig gedruckt wurde – »war die Möglichkeit und Durchführung dieses ersten in der Reihe der großen Allerdeutschenfeste des 19. Jahrhunderts völlig gesichert.«[2]

Von Jena, der gemeinsamen Universität Sächsisch-Ernestinischer Fürstentümer, wo Schiller und Fichte gelehrt hatten, war der Plan ausgegangen, am 18. Oktober 1817 auf der Wartburg das dreihundertjährige Reformationsjubiläum und den Jahrestag der Leipziger Schlacht (der Völkerschlacht von Leipzig, die 1813 Napoleons Herrschaft besiegelt hatte) »in vaterländischem Sinne« zu feiern. Das Erinnerungsfest sollte zugleich ein Verbrüderungsfest der deutschen akademischen Jugend zur Pflege vaterländischer Gesinnung und deutscher Frömmigkeit werden.

Am 11. August 1817 lud die 1815 zu Jena gegründete Burschenschaft die Studierenden der protestantischen Universitäten ein: Berlin, Breslau, Erlangen, Gießen, Göttingen, Greifswald, Heidelberg, Kiel, Königsberg, Leipzig, Marburg, Rostock und Tübingen. Das Rundschreiben war von dem aus Jena gebürtigen stud. jur. Robert Wesselhöft, dessen Vater Goethe nahe stand, unterzeichnet.

Insgesamt sollen 468 Studenten an dem Feste teilgenommen haben – wenige also im Vergleich zu den bald willkürlich ins Ungemessene übertriebenen Zahlen. Die meisten Teilnehmer hatte Jena gestellt (etwa 200). Berlin war mit 30, Göttingen mit 70 bis 80, Heidelberg mit 20, Kiel mit 30, Leipzig mit 15, Marburg mit 20 bis 25, Rostock mit 9, Tübingen und Würzburg mit je 2 Burschen vertreten. »Aus bestimmten Gründen« war das Fest weder von Halle noch von Breslau beschickt worden. Ein gewählter Festausschuß von 8 Studenten beriet das von Jena aufgestellte Festprogramm; unter den Namen fällt der des später als Attentäter auf Kotzebue berüchtigt gewordenen Karl Sand aus Erlangen auf, der auch als »Fahnenschütze«, als Begleiter der Fahne der Jenaer Burschenschaft, in Erscheinung trat.

Diese Beteiligung Sands am Wartburgfest sowie einige Nebenerscheinungen des Festes – letztere später bezeichnet als »mehr ein unüberlegter Studentenulk als eine frevle politische Tat« –, nämlich das Verbrennen eines Ulanen-Schnürleibs, eines Zopfes und eines Korporalstocks sowie einiger als reaktionär unbeliebter Bücher, waren es, die sehr bald nach 1817 der reaktionären Presse

genügend Handhaben boten, um das Wartburgfest zu einer Verschwörung deutscher Studenten gegen Europas Souveräne aufzubauschen. Deutsche Hochschulen wurden in Denkschriften als Quellen der Revolution und staatsbürgerlichen Unzufriedenheit gebrandmarkt, Weimar erschien als Herd der Revolution, und Metternich sprach 1819, im Jahr der Karlsbader Beschlüsse, von Karl August von Weimar wegwerfend als von »dem Altburschen, den man nicht mit Verachtung strafen könne«. Weimar mußte die Pressefreiheit stückweise zurücknehmen; Goethe, der das Wartburgfest warm unterstützt hatte, hat die Wartburgwanderer von 1817 in seinen Schutz genommen und nach seinen eigenen Worten »nichts als niederschlagende Pülverchen eingerührt, damit sie (gemeint waren Metternichs Gefolgsleute) seinen lieben jungen Leuten nichts täten, seinen lieben Brauseköpfen«.[3]

Ohne jeglichen Mißton war das Wartburgfest am Abend des 19. Oktober ausgeklungen mit einer allgemeinen Versöhnung, mit hochsinnigen Reformgedanken, die in jeder Beziehung dem meist noch rohen und zügellosen akademischen Leben jener Tage zugute kommen mußten. »Noch ein solches Fest, was könnten Deutschlands Hochschulen werden!« so rief noch 1820 begeistert Karl v. Hase aus, der spätere namhafte Kirchenhistoriker. Wohl die meisten der scheidenden Studenten trugen in ihrem Herzen das erhebende Gefühl, daß sie an einem bedeutsamen und zukunftsreichen Feste teilgenommen hatten, in ihre Heimat oder ihre Bildungsstätten zurück, um dort begeistert für die Errungenschaften des Wartburgfestes zu wirken. Das Fest war eine nationale, eine deutsche Tat gewesen. Diesem Eindruck konnte sich unter den Zeitgenossen nicht einmal das Alter und sein ehrwürdigster Vertreter, Goethe, entziehen.

Jedoch wurde der 1817 44jährige Professor Jakob Friedrich Fries wegen seiner Wartburgrede in eine Untersuchung verwickelt und bis 1824 seines Lehramts enthoben. Der Naturforscher Lorenz Oken, seit 1812 in Jena Professor der Medizin und Lehrer der Philosophie und Naturgeschichte, im Wartburgjahr 38 Jahre alt, wurde 1819 wegen des Wartburgfestes in eine Untersuchung gezogen und freigesprochen zwar, hatte aber gleichwohl zwischen Verzicht auf die von ihm herausgegebene Zeitung und seiner Lehrtätigkeit zu wählen und entsagte stolz seiner Professur.

Der Weg der 1815 gegründeten Deutschen Burschenschaft war der Weg, auf dem die studentische Jugend Deutschland suchte, die Einheit des deutschen Volkes in einem einigen deutschen Staat. Das Wartburgfest war eine Manifestation dieses Begehrens. Hundert Jahre später, im Kriegsjahr 1917, wurden die Teilnehmer und Redner der Wartburgfeier, darunter Fries und Oken, als »echte Söhne der deutschen Romantik« bezeichnet. Jedoch es hieß darüber hinaus: »Was die Burschenschafter aber von den Romantikern himmelweit schied, ist dies: Sie suchten nicht... das Glück des sein Leben als Kunstwerk betrachtenden Menschen. Aus ihnen redete vielmehr der feste Wille zur Tat, heilige Liebe zum Vaterland und die Tatkraft der im... Freiheitskriege

Gehärteten. Was diese jungen Leute erfüllte, war kein schwächliches Aufflakkern schöner Gefühle: Es war der heilige Zorn der von ihrer Zeit Enttäuschten. Aus ihnen sprach das unbestechliche Gewissen der Gegenwart und das Pflichtgefühl gegen die Zukunft. Sie hatten Kant und Fichte nicht eindruckslos gelesen und studiert.«[4]

So die Beurteilung 1917. Und 1987?

Die deutsche Jugend kann sich heute weder erfolgreicher Schlachten erinnern – wie die von 1817 es mit der Völkerschlacht von Leipzig tat –, noch feuert sie das Beispiel einer eigenen, nationalen, erfolgreich vollzogenen Reformation oder Revolution an, wie es für die Burschen von 1817 die Erinnerung an Luthers Thesenanschlag an der Schloßkirche zu Wittenberg im Jahre 1517 tat. Die Siege und Befreiungen, die gegenwärtig unsere Gedenktage markieren, sind die Siege der anderen – etwa Stalingrad 1943 und die Invasion 1944 – und die Revolutionen der anderen: der 4. Juli 1776 und der 14. Juli 1789 – vom Oktober 1917 ganz zu schweigen. Kurz: den Deutschen ist das Feiern von kriegerischen und revolutionären Errungenschaften schlechthin uneinsichtig geworden.

Und wie steht es mit dem Zukunftspathos in Richtung auf Selbstbestimmung der Deutschen, das ja, stärker als die Rückschau auf Leipzig und Wittenberg, die Flamme des Wartburgfestes lodern ließ? Wir wissen heute, daß es einunddreißig Jahre dauerte, bis ein erster – erfolgloser – Versuch zur deutschen Verfassung unternommern wurde (1848), und daß insgesamt vierundfünfzig Jahre verstreichen mußten, bis 1871 die Stunde kleindeutscher »Einigkeit + Recht + Freiheit« schlug. Wir wissen aber auch inzwischen, daß diese Fügung eines zweiten Deutschen Kaiserreiches kein dreiviertel Jahrhundert währte. Welche Gedanken bewegen uns da, wenn wir uns auf diese einhundertsiebzig Jahre deutsches Schicksal zurückbesinnen? – Es scheint so, daß es heute einer vielmals ungeheureren Anstrengung bedarf, um in der schrecklichen Lage von 1987 Wartburggedanken zu hegen, also »Deutschland zu denken«.

Allein, daß man niemals zweimal in denselben Fluß steigen kann, scheint jede Vergleichbarkeit auszuschließen; Carl Schmitt hat das einmal drastischer ausgedrückt bei dem Versuch, die merkwürdige Verdrossenheit zu erklären, welche die Deutschen der endlich errungenen demokratischen Republik 1919 entgegenbrachten: Es sei, wie wenn ein Liebhaber mit zwanzig Jahren die begehrte Frau einem Konkurrenten überlassen mußte und sie dann, nach vielen Jahrzehnten, als Witwe erringe.[5] Wie erst, so müssen wir heute hinzufügen, wäre dann die Lage nach 1949 bildhaft zu umreißen; eine zweite Ehe mit dieser Witwe, eingegangen im hochbetagten Alter, nachdem dazwischen ein Versuch schrecklich gescheitert war, eine zweite Jugend mit einer Schönheit zu gewinnen, die sich dann als Furie entpuppte?

Immerhin – einiges erlaubt doch eine Parallele zwischen 1817 und 1987. Es bedarf dazu nur einer Voraussetzung, bei der wir einem so angesehenen

Historiker wie Golo Mann folgen können, der gerade vor kurzem (März 1987) wieder einmal gesagt hat: »Ich würde auch die Österreicher noch zur Deutschen Nation zählen; man muß eben dann den Begriff ›Nation‹ etwas weiter greifen lassen.«[6] Man erkennt dann 1817 eine Vielzahl von »deutschen Staaten«, zu einem losen Bund zusammengefaßt unter dem Präsidium Österreichs, und 1987 erkennt man »drei deutsche Staaten«; und wenn wir die Forderung, daraus einen »gesamtdeutschen Einheitsstaat« zu bilden, für 1987 als ebenso utopisch wie für 1817 ausblenden, so verbleibt doch, den Umständen entsprechend in heute gemessener Form, der Wunsch nach stärkerer Einbindung dieser drei deutschen Teile, und sei es in eine »atomwaffenfreie« oder »blockfreie« oder »neutrale« Zone, manchmal steht hier auch der Begriff einer »Österreichischen Lösung für Mitteleuropa«.

Anerkennen wir also hier eine gewisse Ähnlichkeit der Ausgangslage, dann fallen uns bald weitere Vergleichbarkeiten ein:

0. Der Deutsche Bund von 1817 war Teil eines größeren Bündnisses ideologischer Art. Diese »Heilige Allianz« zerbrach aber schließlich, erst in einer Art »Kalten Krieges« (Französische Revolution 1830, März-Revolutionen 1848), dann sogar in »heißen Kriegen« (Krim-Krieg 1854, Deutsch-Dänischer Krieg 1864, Preußisch-Österreichischer Krieg 1866, endgültig im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71).

1. Es gibt Ähnlichkeiten im Umfang der »deutschen Gebilde« von 1817 und 1987: dem Deutschen Bund gehörte Preußen nämlich ohne seine aus den polnischen Teilungen errungenen Gebiete an, sogar ohne Westpreußen und ohne Ostpreußen, so daß von den preußischen Gebieten »östlich der Oder« lediglich verblieben Pommern und Schlesien; von der Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie gehörten dem Deutschen Bund nicht an die ungarischen, die polnischen und die italienischen Gebiete – allerdings Böhmen und Mähren, als Kronländer der deutschen Habsburger.

2. Eben deshalb erschienen geopolitisch Berlin und Wien im Deutschen Bund an den östlichen Rand gerückt, das Gesamtgewicht war nach Westen zum Rhein zu verschoben, zusätzlich hatte Österreich sich von seinen rheinischen Gebieten (die Österreichischen Niederlande, die heutigen Niederlande und Belgien, und dem oberrheinischen Breisgau) gelöst und war nach Süden zurückgedrängt worden, während Preußen die »Wacht am Rhein« übernahm, Gneisenau und Clausewitz sich in Koblenz etablierten; obwohl kein »Rheinbund« mehr, lag das Gewicht des Deutschen Bundes von 1815 weniger auf Elbe und Donau als vielmehr auf jenem Flusse, von dessen Ufern später sowohl der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland (Adenauer, Köln) entstammte als auch sein »Enkel« (Kohl, Oggersheim bei Ludwigshafen am Rhein).

3. Und schließlich, ganz entscheidend: damals hatte man die zurückliegenden Kämpfe als »Befreiungskriege« bezeichnet; heute gelten die drei deutschen Staaten als »befreit« (in allerdings jeweils verschiedenem Sinne); doch

empfand sich das Volk nach 1815 bald als »enttäuscht«, und nach 1945 stellte sich ebenfalls beim Volk bald das Bewußtsein ein, statt oder neben »befreit« auch »besiegt« zu sein. Diese vergleichbare Grundstimmung hat sogar einen gemeinsamen Namen erhalten: Nannte man den nach 1815 entstehenden Stil in bildender Kunst, Literatur und auch in der Politik später (aufgrund von Veröffentlichungen in den *Fliegenden Blättern* 1855–57) »Biedermeier«, so kam in der Bundesrepublik bald der Ausdruck des »Neobiedermeier« (manchmal sogar: »Neon-Biedermeier«) auf – der kürzlich verstorbene Judaist Jacob Taubes weist in einem posthum erschienenen Werk ausdrücklich auf diese »Biedermeierei nach dem Zweiten Weltkrieg« hin[7]; und wenn wir uns dazu einmal vom *Großen Brockhaus* belehren lassen (Ausgabe 1953; in der Ausgabe 1892 steht darüber noch nichts drin), so lesen wir über »Biedermeier«: »Zeit des Vormärz (1815–48), in der das Leben der gebildeten Kreise unter dem politischen Druck der Restaurationszeit, abgesperrt von der verantwortlichen Mitgestaltung des öffentlichen Lebens, tatenlos, nach innen gedrängt, dahinfloß.« Von Frankreich drang dazumal noch die Parole des Ministers Guizot herüber: »Enrichissez-vous« (übrigens gefolgt von: ». . . par l'épargne et le travail«); ganz ähnlich wurde die Bundesrepublik schon vor geraumer Zeit von der britischen Zeitschrift *Economist* charakterisiert: »An economy in search of a nation«.

Man sieht, es gibt doch etliche Ähnlichkeiten; der Haupt*unterschied* zwischen damals und heute würde allerdings deutlich, wenn die eine oder andere fiktive Verschiebung im historischen Datum oder Ort vorgenommen würde, nämlich:

– entweder hätte das Wartburgfest statt im neugegründeten Deutschen Bund nach dem Sieg über Napoleon stattfinden müssen im besiegten ehemaligen Deutschen Reich nach den Schlachten von Austerlitz (1805) und Jena und Auerstedt (1806) – also etwa im Winter 1807/08, als der Professor Fichte in Berlin seine *Reden an die Deutsche Nation* hielt, oder

– umgekehrt, statt eines Wartburgfestes der Deutschen im Gedenken an Luther und an die Völkerschlacht hätten die Franzosen ein solches feiern müssen, 42 Jahre nach ihren totalen Niederlagen von Leipzig und Waterloo, 1856 zur Erinnerung an die Jungfrau von Orléans (1456 war der Widerruf ihres Ketzerurteils durch den Papst erfolgt, und Luther hat für die protestantischen Deutschen eine ähnliche Funktion wie die Heilige Johanna für die Franzosen), sowie im Gedenken an die Revolution von 1848, oder das neue Kaisertum des Louis Napoléon, oder auch die Erstürmung von Sewastopol im Krimkrieg 1854.

Am Beispiel des fiktiven französischen »Orléans«-Festes würde eines sehr deutlich. Es ist undenkbar, daß die Franzosen, auch nach noch so schlimmer Niederlage in der Folge eines Revolutionskrieges, so über Jeanne d'Arc losgezogen wären wie die Deutschen seit 1945 über Luther, Friedrich den Großen und Bismarck, nämlich als Marksteine eines verwerflichen Sonder-

und Irrweges »von Luther zu Hitler« oder »von Bismarck zu Auschwitz«; selbst der grauenhafte revolutionäre Terror eines Robespierre hätte die Erinnerung an die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte nicht verdrängt, ja selbst nicht die Leistungen der Großen Armee unter dem ersten Napoleon.

Der ostpreußische Dichter Ernst Wiechert hat wohl etwas geahnt von dem, was die Sieger des Zweiten Weltkrieges und dann auch die besiegten Deutschen ihren eigenen Vätern antun würden aus Wut, Scham und Hilflosigkeit über verratene Ideale, wenn er in einer Rede vor Münchener Studenten im November 1945 ausführte: »Wir hatten einmal ein Vaterland, das hieß Deutschland. . . Es ist leicht, den Stab zu brechen über ein ganzes Volk. . . Ihr sollt die Wahrheit wieder ausgraben und das Recht und die Freiheit und vor den Augen der Kinder die Bilder wieder aufrichten, zu denen die Besten aller Zeiten emporgeblickt haben aus dem Staub ihres schweren Weges«.[8]

Ich darf an dieser Stelle ein persönliches Wort einbringen: Ich bin heute etwas älter, als Wiechert es damals war, jetzt gerade in einem Alter, das zwischen dem Goethes und Karl Augusts von Weimar im Jahre des Wartburgfestes liegt. Goethe und der Großherzog von Weimar, aber auch viele andere gleichaltrige »Alte Herren« der damaligen Zeit, hatten die Idee Deutschlands in die Gesinnungen und Herzen der damaligen Jugend eingepflanzt – von woher und von wem immer sollten denn sonst die Jungen damals auf die Idee einer deutschen Pflicht gebracht worden sein? Und da auch die Alten Herren von damals sich weder mit Normen noch mit universellen Geboten zur Errichtung Deutschlands rechtfertigen konnten, so ist auch ihnen damals letztlich nichts anderes verblieben als der Appell an gemeinsame Herkunft, gemeinsames Schicksal und gemeinsame Aufgabe.

Es ist mir in den vergangenen Jahren immer stärker zur Gewißheit geworden, daß zu viele der »Alten Herren« der Zeit nach dem Zweiten Weltkriege, soweit sie Deutsche waren, diese ihre Pflicht und Mission zur Weitergabe eines gemeinsamen deutschen Bewußtseins aus Herkunft und Schicksal sträflich vernachlässigt haben. Manches mag zur Entschuldigung angeführt werden, nicht zuletzt das Äußerste an Ohnmacht, in die Deutschland gestürzt war, und auch das Äußerste an Untaten, die im deutschen Namen begangen worden waren. Es ist jedoch für dieses Verschweigen des »Nationalen Imperativs« ein bitterer Preis zu zahlen, der immer manifester wird:

Ich verkenne nicht, daß das, was ich nun anrühren will, wohl am wenigsten auf die hier versammelten Burschen und ihre Alten Herren zutrifft. Die Deutsche Burschenschaft hat den Auftrag, Deutschland trotz allem weiter zu wollen, mit am tatkräftigsten wahrgenommen seit einigen Jahren, und deshalb ist sie wohl auch so tief in den Streit über die möglichen Antworten und Lösungen verstrickt worden. Aber die illusionslose Analyse der Lage Deutschlands ist doch zu jeglichem Tun die erste Voraussetzung, und bei einer solchen Lageanalyse darf nicht übersehen werden, daß wir hier eine verschwindend kleine Minderheit darstellen und daß die große Mehrheit der Deutschen in der

Bundesrepublik wie in Österreich (und, wenn auch aus wohl anderen Gründen, in der DDR) sich taktisch vorsichtig verhält. Oder vielmehr: bisher verhielt; jetzt, wo die Vergangenheit überall Väter und Söhne einholt, müssen und dürfen wir die Dinge ganz offen ansprechen:

Sogar ein bisher so vorsichtiger Mann wie der Berater des Bundeskanzlers Kohl, der Historiker Michael Stürmer, spricht es jetzt unverhüllt aus, in seinem Beitrag für Joachim Fest zum Sechzigsten, unter der Überschrift »Die Schlüsselrolle Deutschlands im fortdauernden Weltkonflikt«: »Weil aber der Krieg nicht mehr führbar ist, liegt die Prämie des Siegers nicht, wie früher, auf Vernichtungsschlacht und Landgewinn, sondern auf konventioneller und nuklearer Machtprojektion, und dazu auf Zerstörung der Loyalitäten, auf Unterhöhlung der Legitimität, auf Diffamierung des Patriotismus, auf Orientierungsentzug, Identitätsverlust und Besetzung der Begriffe, in denen die Menschen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft beschreiben. Es geht um die zuerst moralische und dann politische und physische Überwältigung des Gegners, ohne einen Schuß abzufeuern.«[9]

Im laufenden Jahr hat Elisabeth Noelle-Neumann, Professorin für Publizistik und Leiterin des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts, mit Mitarbeitern eine große, übernationale Studie veröffentlicht unter dem Titel *Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern.* Sie schreibt darin: »*Die verletzte Nation* haben wir unser Buch genannt. ›Innere Verletzungen‹ war unser heimlicher Titel: von außen ist nichts zu sehen, alles ist heil, alles ist in Ordnung. Und auch wenn man sieht, daß mehr als die Hälfte der jungen Deutschen sagen, man brauche seine Eltern nur zu lieben und zu ehren, wenn sie es durch ihr Verhalten verdienten – auch dann denkt man noch, das sei doch wohl normal. Und erst der Blick auf die junge Generation anderer Länder macht stutzig... Unser Buch berichtet in Prozentzahlen über die deutsche Gegenwart. Beim Schreiben empfanden wir die Grenzen, den Mangel an Bildern, die Kälte der Zahlensprache. Wenn wir von Verletzungen sprechen, wie soll man Phantasie wecken, damit man sieht, daß es Verletzungen sind, und wie soll man zeigen, wie sie entstanden sind? Was sich zugetragen hat vor vierzig, fünfzig Jahren? Welche Erfahrungen denjenigen anhaften, die vor 1933 geboren sind und die, auch wenn sie gar nichts sagen, doch ihr Erleben an Kinder und Enkel weitergegeben haben? So entstand der Gedanke, zu den Dokumenten der Umfrageergebnisse der achtziger Jahre Dokumente aus den vierziger Jahren zu fügen, Berichte, die zwischen 1940 und 1945 veröffentlicht wurden. Ein Versuch, mit zweierlei Stiften zu zeichnen, über fast ein halbes Jahrhundert hinweg – Deutschland.«[10]

Frau Noelle-Neumann hat dann den Mut, eigene Beiträge (und einen ihres späteren Mannes) aus der Wochenzeitung *Das Reich* abzudrucken in dem verzweifelten Versuch, die wirkliche Andersartigkeit ihres Daseins gegenüber dem der heutigen Jugendlichen darzulegen. Diese Andersartigkeit, dieser Graben zwischen den Generationen ist sogar theoretisch gefordert und gefei-

ert und damit auch ein wenig mit hergestellt worden, etwa durch so berühmte Publikationen wie die von Alexander Mitscherlich 1963 *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie.* Da wurde nämlich, in dem »Wunsch nach Emanzipation«, die vaterlose Gesellschaft nicht nur beschrieben, sondern ausdrücklich gefordert, und, man spürt es, mit »vaterlose Gesellschaft« war auch gemeint eine »vaterlandslose«. Den Abschnitt seines Buches *Gehorsam – Autonomie – Anarchie* unter der Überschrift »Gehorsam und Auflehnung« leitet Mitscherlich als Motto mit einem Satz aus Martin Luthers Tischreden ein (gegen den es sich aufzulehnen gälte): »Ich wolt lieber einen todten, denn einen ungezogenen Sohn haben.«[11]

Das war 1963. Seitdem ist ununterbrochen Salz in diese Wunden gestreut worden. In den letzten Jahren und Monaten – die bedingungslose Kapitulation liegt jetzt vier Jahrzehnte zurück – intensiviert sich und eskaliert merkwürdigerweise dieser Prozeß. Peter Schneider hat über den KZ-Arzt Mengele eine Novelle veröffentlicht, und diese hat den Titel *Vati.*[12] – Inzwischen werden wir nun auch mit weiteren Untersuchungen versorgt, welche die Ergebnisse dieser systematischen Verteufelung der Eltern im Bewußtsein der Jugendlichen preisgeben.

Gerhard Kiersch veröffentlicht 1986 das Buch *Die jungen Deutschen. Erben von Goethe und Auschwitz* (man bedenke diesen Titel), und dort heißt es – neben vielen gleichartigen Äußerungen – von Jugendlichen und über Jugendliche: »Vor diesem Hintergrund kann die Gefahr bestehen, daß die Suche der meisten Jugendlichen nach einer neuen deutschen Identität in eine Art ›Protest-‹ oder ›Trotznationalismus‹ umschlägt. Solche Reaktionen können von außen hervorgerufen werden. Sie sind jedoch dem Wesen der großen Mehrheit deutscher Jugendlicher fremd. Diese Jugend sucht deutsche Identität jenseits der traditionellen nationalstaatlichen Denkfiguren. Sie knüpft in ihrem Denken an universalistisch-weltbürgerliche Traditionen deutscher Kultur- und Geistesgeschichte an, wie sie vor der Entstehung des deutschen Nationalstaates entwickelt wurden. Das ermöglicht den Jugendlichen eine unbefangenere Haltung zu den heiß diskutierten Problemen der sogenannten ›deutschen Frage‹. Deutschland in den Grenzen von 1937 ist für die Jugend der Bundesrepublik kein Thema mehr. Die Spaltung Deutschlands wird als Realität hingenommen. Engagement für die Wiedervereinigung Deutschlands ist nur bei einer konservativen Minderheit bundesdeutscher Jugendlicher anzutreffen. . . Der endgültige Verzicht auf Wiedervereinigung würde die Politik der Bundesrepublik von einer schweren Hypothek befreien.« Und ein Jugendlicher wird zitiert: »Niemals würde ich für das Vaterland sterben. Wenn Krieg wäre, ich würde wahrscheinlich desertieren. Ich würde lieber das Risiko auf mich nehmen, daß man mich fängt und abschießt. Sterben fürs Vaterland ist einfach lächerlich. Da könnte ich genausogut sagen: Sterben für das Telefonbuch.«[13]

Schon 1979 waren unter dem Titel *Das Echo – Widerhall auf Simon Wiesenthal*

Briefe veröffentlicht worden, von denen wir schon früher einmal folgenden zitierten: »Sehr geehrter Herr Wiesenthal! ... Für meine eigene Einstellung, für meine Pflichten meiner Familie, besonders meinen Söhnen gegenüber und nicht zuletzt für mein konkretes Verhältnis gegenüber Ihrem Volk brauche ich Klarheit über meines Vaters Vergangenheit. Ich habe zwar keinen konkreten Verdacht, doch beunruhigt mich sein Einsatzort im Krieg. So bitte ich Sie um Auskunft über... Die obigen Angaben stammen aus den Unterlagen meines Vaters. Falls Sie irgendwelche Angaben über meinen Vater gesammelt haben, wollen Sie mir das Wichtigste mitteilen – ohne jede Schonung. Ich danke Ihnen im voraus und erlaube mir, Sie in Demut zu grüßen. G. O.«[14]

Wenige Monate vor diesem Gedenktreffen in Graz druckte der Verlag Kiepenheuer & Witsch eine Sammlung von »Interviews« von Peter Sichrovsky unter dem bezeichnenden Titel *Schuldig geboren. Kinder aus Nazifamilien.* Auch dort finden wir – um gleich anzuschließen – in einem Interview folgende Ausführungen: »Auch Paul, mein Mann, zog sofort nach dem Abitur von zu Hause weg. Sein Vater war Richter gewesen während des Krieges. Wer weiß, was der für Sauereien begangen hat.«[15]

Der Autor, Sichrovsky, hat die interviewten Kinder (und Enkel) aus Nazifamilien jeweils durch eine Überschrift charakterisiert; wir folgen ihm hier; das eben zitierte »Nazikind« hat die Markierung »Die Anständige«, heißt Anna und ist 39 Jahre alt. Es ist bedeutsam, daß unter der Überschrift »Kinder aus Nazifamilien« keinesfalls nur Kinder von einst Prominenten auftauchen; wir zitieren den Autor:

»Ich wollte von Anfang an eine Mischung aus Prominenten und sogenannten Mitläufern. Nur Kinder von bekannten Nazis hätten dem Buch einen Unterton der Mystifizierung gegeben, den ich nicht wollte. Das Dritte Reich bestand nicht nur aus einigen großen Führern, im Gegenteil. Es waren die Hunderttausende braver und anständiger Beamte, Polizisten, Offiziere, Bürgermeister, Bahnangestellte, Lehrer, usw., die diese Diktatur funktionieren ließen. Und die interessierten mich. Die Kinder von ihnen, wie sie aufwuchsen, was sie wußten, was sie fragten und wie sie mit dem, was sie wußen, lebten.«[16]

Bezeichnend scheint uns, daß als Grund für die tiefe Entfremdung zwischen den Generationen unter anderem auch der von uns hervorgehobene angemerkt wird; so heißt es z. B. in der Verlagsankündigung auf der letzten Umschlagseite des Buches:

»Ablehnung, Verständnis oder Bewunderung bauen sich meist auf Vermutungen oder zufälligen Entdeckungen auf. Wichtigste fehlende Erfahrung der Kinder ist die Weitergabe von Erlebnissen durch die Eltern selbst. Die Kinder haben ihre Eltern oft nur als Opfer erlebt – ausgebombt, vertrieben, geflüchtet, verhaftet oder verurteilt; hinter der biederen Familienfassade sind die einstigen Nazigrößen kaum vorstellbar. So wuchs in Deutschland und Österreich nach dem Krieg eine Generation auf, die die Geschichte der eigenen Eltern aus dem Geschichtsbuch erfuhr.«[17]

Im Vorwort des Verfassers wird am Ende ausdrücklich gesagt: »Die Generation der Täter war gegenüber den eigenen Kindern unehrlich, stumm und verlogen. Die Täter haben hier vor allem als Zeugen der Zeit versagt.«[18]

Das Buch von Sichrovsky, dem ich hier noch einige Aufmerksamkeit widmen werde, hat breiteste Anerkennung in der Medienöffentlichkeit gefunden. Die *Neue Zürcher Zeitung* zum Beispiel läßt es in ihrer Ausgabe vom 26./27. April 1987 umfangreich rezensieren mit stärkstem positiven Unterton; die Rezension von Heinz Abosch schließt:

»Das Wandern durch deutsche Familien ist bestürzend. Überall herrschen die geheiligten Tugenden von Ordnung, Sauberkeit, Disziplin, aber hinter der Fassade eröffnen sich Abgründe des Grauens. Dieses wichtige Buch gewährt einen Einblick in einen geheimen und sicher sehr großen Bereich. Wir werden guttun, uns seiner Existenz bewußt zu sein. Dem Autor gebührt Dank für seine Beharrlichkeit bei der Bewältigung der gewiß nicht leichten Aufgabe.«[19]

Und zur Bedeutung des Buches sei hier gleich vermerkt, daß der Autor in einer kurz nach der Buchveröffentlichung zur besten Zeit übertragenen Fernsehsendung mitwirkte, die demselben Thema »Kinder von NS-Tätern« gewidmet war und möglicherweise vom Autor oder vom Buch inspiriert wurde.[20]

Der Titel *Schuldig geboren* ist übrigens dem »Interview« entnommen, dem der Autor den Titel »Der Schuldige« (36 Jahre) gab; darin lesen wir:

»Die kommen noch, das sag' ich ihnen. Meine Eltern haben sie sich schon geholt. Die sind 1968 bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Krach, bumm, aus war's. Verbrannt sind sie im Auto. Nicht einmal unterscheiden konnte man sie danach. Es war herrlich, wie ein Atomblitz. Leider hab' ich es nicht gesehen, aber ich hätte es gerne gesehen. Beide wurden sie in Argentinien begraben, obwohl im Testament meines Vaters stand, er möchte in Deutschland begraben werden. Ich tat's nicht. Ich hab' es verhindert. Nichts sollte mehr geschehen nach seinem Tod. Keine Befehle mehr, keine Anordnungen. In der Nacht nach dem Begräbnis bin ich zurück auf den Friedhof gegangen und hab' auf das Grab gepinkelt. Bin darauf herumgetrampelt, hab' getobt, geweint, es war schrecklich. Das war mein Abschiedsgruß. Ich war nie wieder dort.«[21]

Eine ähnliche Verfluchung des Vaters vollzog übrigens in der Fernsehsendung, ohne Anonymitätsschutz, der Sohn des in Nürnberg hingerichteten Walter Frank mit einer Aussage vor der Kamera, die dem Sinne nach enthielt: Ich bin froh, daß sie den hingerichtet haben. Sonst hätte er mir noch sein Gift ins Gehirn träufeln können.[22]

In fast eintöniger Manier wird dasselbe Thema der »schuldig Geborenen« immer wieder variiert[23]: »Nichts kam von ihm. Nicht ein Wort. Und deshalb hasse ich ihn, vor allem, weil er neben seinem verpfuschten Leben auch noch die Chance versäumt hat, seine Erfahrungen weiterzugeben. Da wäre es fast besser gewesen, sie hätten ihn wie manch andere hingerichtet.« »Ja, ich führe einen Krieg gegen die deutsche Vergangenheit. Ich sehne mich nach dem Tag,

an dem der letzte Überlebende des Dritten Reiches tot ist. Sie sollen endlich alle aussterben. Vielleicht haben wir dann eine Chance für ein neues Deutschland.« (»Die Zertrennlichen«, zwei Geschwister, 38 und 43 Jahre)

»Vater war für mich seit dem Besuch mit Dieter ein Lügner. Und ich wollte gar nicht daran denken, was er mir im Laufe meines Lebens alles für Lügen erzählt hatte. Nichts war mehr sicher, alles konnte vielleicht nur teilweise oder verdreht berichtet worden sein. . . Dieser alte Mann im Heim dort ist mir völlig fremd. Würde ein anderer im Rollstuhl sitzen, den ich durch den Garten fahre, es würde mir nicht auffallen.« (»Die Hoffnungsvolle«, 42)

»Bei all den Schweinereien war er angeblich durch Zufall nie dabei. Und die Entnazifizierung ging auch problemlos. Dabei hat er noch einige Monate vor Ende des Krieges, als er doch noch eingezogen werden sollte, an den ältesten Sohn – sozusagen als Vermächtnis – geschrieben. Einen Brief in der typischen Blut- und Bodensprache der damaligen Zeit. Wenn ich an diesen Brief denke, ist mir die Vorstellung unerträglich, mit dem Verfasser verwandt zu sein. Der Vater war ein Faschist bis zu seinem Lebensende. Dabei ist es egal, was er während des Krieges gemacht hat. . . Vater und Mutter waren immer – es tut mir leid, daß ich das sagen muß – beschränkt, uninteressiert und dumm. Das Teuflische an ihnen war auch ihre Manipulierbarkeit. . . Ich kann meinen Eltern die Entscheidung, die sie getroffen haben, nicht abnehmen. Ewiges Rätsel wird mir sein, warum sie sich auch noch vier Kinder angeschafft haben.« (»Die Ordnende«, 39)

Bei einigen »Interviews« hat man den Eindruck, daß entweder der Verfasser ergänzt hat oder daß aus dem Ausgeführten hervorgeht, daß die Kinder und Enkel selbst noch nicht einmal über ausreichende sachliche Information bei ihren Verwünschungen verfügten:

»Und auch heute noch, wenn es um die Vergangenheit des Vaters geht, geht da immer in mir ein Krampf los. Er war bei der Waffen-SS, und ich denk' mir, wäre er doch wenigstens nur bei der SA gewesen, die waren weniger schlimm. Mußte es denn ausgerechnet die Waffen-SS sein?. . . Das Wichtigste und Schwierigste für mich ist, daß ich im Grunde genommen nicht wirklich weiß, was er während des Krieges getan hat. . . Die größte Schwierigkeit für mich ist, trotz der Vergangenheit der Eltern, nicht so zu werden, wie sie waren. Ich erkenne ihren Anteil in mir. Aber diese Andere, diese Neue konnte ich erst werden, als ich aufhörte, in ihnen nur die Opfer zu sehen. Ich selbst hab mich als ein Opfer ihrer Erziehung und ihrer Vergangenheit betrachtet. Aber von dem Zeitpunkt an, als ich aufhörte, meine Eltern als Opfer zu sehen, war es mir möglich, mich von ihnen zu entfernen. Aufgrund der Geschichte, der Berichte aus Büchern und Filmen ist es mir klar, daß sie zu den Tätern gehören.« (»Die Gläubige«, 40. – Über die Waffen-SS gibt es Ehrenerklärungen von Adenauer und Schumacher bis zur Gegenwart; über die SA liegen solche nicht vor).

»So mit 17 oder 18 begann ich mich gegen ihn zu wehren. Es gab zwei Themen. Nazizeit und Juden. Ich wollte ihn immer dazu bringen, daß er die

Zeit verurteilt oder von eigenen Fehlern spricht. Aber er reagierte immer nur mit Abwehr. Er war einfach nicht dazu bereit, die Zeit seiner Jugend schlechtzumachen.« (»Die Versöhnliche«, 41)

»Nur für uns, die Kinder der Nazis, ging er weiter. Das Schlachtfeld Familie entdeckten die Helden des Dritten Reiches, als ihr eigenes in Schutt und Asche fiel. Die züchteten mir einen Minderwertigkeitskomplex mit einer Konsequenz, das ist unvorstellbar. . . Die Brutalität meines Vaters hat sich sicherlich früher gegen die Juden gerichtet, aber nach dem Krieg waren doch keine mehr da. Da gab's nur noch mich. . . Wir sind die Opfer der Überlebenden. Niemand erkennt das so richtig. Als Hitler tot war, haben die meisten seiner Helfer überlebt und suchten sich neue Opfer.« (»Der Leidende«, 29)

Die das umfangreich zitierte Buch durchziehende Grundauffassung steht nicht allein. Als letzten in dieser Reihe gebe ich einen Hinweis auf die jüngst im *FAZ-Magazin* erfolgte Veröffentlichung eines Interviews mit der schwedischen Journalistin Cordelia Edvardson, laut vorangestellten Angaben zu ihren Lebensdaten 1929 als uneheliche Tochter eines jüdischen Vaters und der Schriftstellerin Elisabeth Langgässer in München geboren:

»Soweit mir bekannt ist, hat nie ein Deutscher eine Analyse gemacht, weil er mit seiner Schuld nicht mehr leben konnte. Die Kinder, und die Kindeskinder, aber nicht die Täter. . . Man hat hier ja noch nicht einmal um die eigenen Toten getrauert. . . Eure Eltern hätten sagen sollen: ›So war das nun also, wir waren ein Volk von Verbrechern. Auch wenn wir nicht selbst Täter waren, haben viele von uns dabeigestanden. Aber so etwas ist nicht erblich, die Verantwortung ist erblich. Ihr seid eine neue Generation, Ihr seid unsere Hoffnung und Ihr seid auch unsere Richter, Ihr seid ein neuer Anfang.‹ . . . Durch die Erfindung der Stunde Null hat man die Kinder und Kindeskinder um ihre nationale Identität betrogen. Man wollte sich von allem abschneiden und wollte Weltbürger werden. Im Großen, Guten, Ganzen aufgehen. Das geht aber nicht, denn die nationale Identität ist ein Teil der Identität jedes Menschen. Sie können ja auch nicht sagen, selbst wenn Ihre Eltern tatsächlich fürchterliche Leute sind, Sie seien das Resultat der unbefleckten Empfängnis. Genau das hat man der späteren deutschen Generation zugemutet, und ich spüre da eine eigenartige Identitätslosigkeit.«[24]

Da der ganze Bereich nach wie vor mit einer dicken Tabu-Schicht überzogen ist, wissen wir nicht, wie dicht und wie tief die hier berichteten Auffassungen in den nachwachsenden Generationen sitzen. Sicher dürfen wir davon ausgehen, daß die Markierung der Elterngeneration als »Schuldige« breiter gestreut und prägender wurde, die »Trend-Gruppe der Vater-Bewältiger« (wie es jüngst eine große westdeutsche Tageszeitung ausdrückte[25]) umfangreicher ist als etwa das Wirken und die Wirkung der Burschenschaften. Und noch immer akzeleriert's und eskaliert's; fast ein halbes Jahrhundert nach ihrer letzten schlimmsten Niederlage werden die Deutschen (. . . und auch die Österreicher) mit Vorwürfen über die Taten oder Unterlassungen der Väter und

Großväter überhäuft mit einer solchen Schärfe, daß noch heute Familien darüber zerbrechen und Enkel Tisch und Haus ihrer Familie verlassen, um im Ausland oder in Sekten, in Drogenszenen oder Subkulturen ein Leben ohne Politik, weil ohne Volk, zu fristen.

Der Soziologe Helmut Schoeck hat in einem erschütternden Buch Beweise dafür erhoben, daß die Schule in der Bundesrepublik seit den siebziger Jahren eine »Infektion mit Schwermut« betreibt, die inzwischen alarmierenden Umfang angenommen hat. Das Buch heißt *Kinderverstörung. Die mißbrauchte Kindheit. Umschulung auf eine andere Republik,* und man liest dort[26]:

»Wie ein riesiger Staubsauger, der, einem Tintenfisch gleich, mit Dutzenden von Schläuchen aus der Seele des Kindes jeden Winkel absaugt, in dem noch ein Rest von Sinn verborgen sein könnte, sind die linken Lernziele und Schulbücher bzw. vom Lehrer selbst zusammengebauten Unterrichtseinheiten ein wohlüberlegtes Instrument zur Abtötung jedes Erlebnisses von Sinn... Wer sich an einem Stückchen ›heile Welt‹ freut, versäume sein Quentchen Dauersühne, sein Deputat an Buße für das, was Vorfahren von ihm irgendwelchen Menschen angetan haben sollen.«

Schoeck verfolgt die Sinnzerstörung, so wie ich es hier tat, bis zu ihrem Widerlager zurück in der Seele der Elterngeneration: »Nun steckt hinter dieser heutigen Erziehung zur Unfähigkeit, etwas in sich Abgeschlossenes überhaupt noch als sinnvoll zu empfinden, auch ein Erlebnis mancher älterer Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die vorwurfsvolle Frage, ob man nach diesen Greueltaten je noch ein Gedicht verfassen oder genießen darf, wurde ja schon vor Jahrzehnten zum geflügelten Wort... ›Sie wollen Ihr Kind schöne Gedichte lesen lassen? Nach Auschwitz kann man nicht mehr dichten. Sie sind also für Konzentrationslager!‹ So falsch diese Schlußfolgerung auch ist, sie wirkt. Viel zu viele Eltern haben sich mit diesem Trick von linken Pädagogen und Predigern bereits mundtot und kleinlaut machen lassen. Sie fürchten, sie könnten die Bußpflicht für Auschwitz gefährden oder gar ein künftiges Auschwitz mitverschulden, wenn sie ihren Kindern auch nur ein Stückchen ›heile Welt‹ ließen. Manche trauen sich offenbar nicht mehr, die wirkliche Gefahr zu erkennen: wenn die linke Manipulation unserer Kinder in großem Maßstab gelingen würde, dann wäre ihr Ergebnis ja gerade auch die Ausbildung der Handlanger einer neuen Diktatur.«

Und Schoeck empfiehlt: »Zwischen 1945 und 1955 war diese Frage, als Frage jedenfalls, noch berechtigt. Daraus folgt aber nicht, daß es heute ein Lernziel für die jetzt Elf- oder Vierzehnjährigen sein darf, diesen Lebensekel als Grundstimmung aufgezwungen zu bekommen. Hier wird eine vergangene geschichtliche Konstellation und ihre Tragik verwendet, um eine unverantwortliche, mit großer Wahrscheinlichkeit für unsere Kinder heute schädliche Manipulation scheinbar unkritisierbar zu machen.«

Waren alle deutschen Eltern und Großeltern im Sinne des jetzt Zitierten »Täter«, die durch »Bußpflicht« erpreßbar gemacht werden können? – Es gibt

Gegenauffassungen. Im vergangenen Jahr veröffentlichte Rudolf Pörtner »Ein deutsches Familienalbum« unter dem Titel *Mein Elternhaus*. Dort berichten prominente Bundesdeutsche, heute zwischen 40 und 80 Jahre alt, über ihre Familienherkunft. Karl Günther von Hase vermerkt in seinem Bericht:

»Elternhaus, Schule und Freunde sind nach meiner Rückerinnerung und Erfahrung die wichtigsten Faktoren, die in den prägenden Jahren auf ein heranwachsendes Kind einwirken. Auch die Umwelt und die begleitenden Zeitumstände spielen ihre Rolle.«

Der Herausgeber weist in seinem Vorwort auf folgendes hin: »Auch das dann beginnende ›Tausendjährige Reich‹ hat sich in den Erinnerungen unserer Autoren vielfältig niedergeschlagen. Das Ergebnis ist einigermaßen überraschend. Der Nazismus ist in der Mehrzahl der hier beschriebenen Elternhäuser nicht eingedrungen. Man leistete zwar keinen ausdrücklichen Widerstand, man erfüllte seine täglichen Pflichten wie zuvor, aber man hielt auf Distanz, man verweigerte sich den neuen Herren, zumindest geistig und moralisch. Man zog sich in seine vier Wände zurück, man blieb skeptisch, innerlich ablehnend, auch dann noch, als die halbe Welt vor den Erfolgen des braunen Diktators kapitulierte.«[27]

Auch diese Sammlung von Erlebnisberichten ist wieder – der Herausgeber vermerkt es ausdrücklich zu Beginn – eine Auswahl, teilweise sogar eine Selbstauswahl (nicht alle Aufgeforderten wollten über ihre Elternhäuser schreiben). Mit der Eröffnung der geschichtlichen Wahrheit steht es also nach wie vor im argen.

Die meisten der hier inkriminierten Eltern und Großeltern deckt bereits der Rasen, und wenn sie es bisher nicht getan haben, so werden sie niemals ihre eigene Geschichte erzählen können. Das werden dann weiter andere besorgen, und wir dürfen froh sein, wenn dies mit so liebevoller und behutsamer Feder geschieht, wie Ludwig Harig es in seinem 1986 erschienenen Buche tut: *Ordnung ist das ganze Leben. Roman meines Vaters*, in dem es, voll Achtung vor einem gelebten Leben, heißt: »Nun, da Vater tot ist, muß ich ihn zum zweitenmal erfinden.«[28]

Über das Verhältnis von Eltern zu Kindern, über die Kontinuität zwischen Vätern und Söhnen in Deutschland habe ich aus Anlaß des 170. Jahrestages des Wartburgfestes gesprochen. Die Lage des deutschen Bewußtseins heute ist in diesen Bereichen hochprekär, und man muß die Lage so auffassen, wie sie ist, Illusionen nutzen nichts, Optimismus ist Feigheit – hier trifft doch Oswald Spenglers Wort zu.

Das hat wohl auch Richard von Weizsäcker, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, so empfunden. In seiner Rede zum Kapitulationstag 8. Mai 1985 führte er dazu aus: »Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Wir wollen ihnen helfen, sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne

Einseitigkeit einzulassen, ohne Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit.«[29]

Soweit von Weizsäcker 1985. Zwei Jahre später, im Juni 1987, anläßlich seiner Einladung an die Harvard-Universität zum Empfang des Ehrendoktors und als Gastredner zum 40. Jahrestag des Marshall-Plans holte ihn die Vergangenheit, als Sohn und als Vater, erneut ein: »Ein Sohn versucht die Sünden seines Nazi-Vaters wegzuerklären«, schrieb zum Empfang von Weizsäckers in den USA ein amerikanischer Geschichtsprofessor in einer Bostoner Zeitung; er fragte, »ob Harvard den Sohn eines verurteilten Nazi-Kriegsverbrechers ehren solle«, und er schloß: »Ein Mann, dem es so verdächtig an Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit mangelt, mag zum Präsidenten der Bundesrepublik gewählt werden, so wie Dr. Waldheim vor kurzem zum Präsidenten von Österreich gewählt wurde. Er hat jedoch – als Zier oder als Schande – nichts bei der Abschlußfeier der Harvard-Universität von 1987 als Hauptredner verloren«.[30]

Der Vater des deutschen Bundespräsidenten, Ernst von Weizsäcker, war bekanntlich im Dritten Reich Staatssekretär im Auswärtigen Amt; von 1943 bis 1945 Botschafter des Reiches beim Vatikan, wurde 1948 vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zu sieben Jahren Haft verurteilt und nach Herabsetzung der Strafe im Oktober 1950 entlassen. Andere, ähnlich grobe Attacken auf den deutschen Bundespräsidenten folgten in den USA, aber es zeigte sich dann, daß nicht jeder Fall von »Vergangenheitsbewältigung« gleich ablaufen muß: die Angriffe verliefen bisher im Sande, der Rabbi von Cambridge (dem Ort der Harvard-Universität), polnischer Herkunft und überlebender Auschwitz-Häftling, sprang Weizsäcker bei, wandte sich gegen diese neue Variante von »Sippenhaft« und ließ verlauten: »Soldat im Zweiten Weltkrieg gewesen zu sein, mache einen nicht zum Kriegsverbrecher.«[31]

Dem Urteilsbann des »Schuldig geboren« kann man sich also erfolgreich widersetzen, sogar wenn man, wie von Weizsäcker, zu denjenigen deutschen Soldaten gehört, die im Zweiten Weltkrieg bis fast zum Schluß kämpften – nicht »für Hitler«, aber »für Deutschland«: Der Hauptmann Richard von Weizsäcker, Regimentsadjutant des Potsdamer Infanterie-Regiments 9, wurde vom Regimentskommandeur am 1. April 1945 für »Todesmutigen Einsatz« bei der Verteidigung Ostpreußens zu einer der höchsten Tapferkeits-Auszeichnungen vorgeschlagen, welche die deutsche Wehrmacht zu vergeben hatte, der Nennung im Ehrenblatt des Deutschen Heeres.[32]

Diese Erwähnung der Kriegs-Ehrung des amtierenden deutschen Bundespräsidenten noch einen Monat vor der bedingungslosen Kapitulation geleitet uns zum Abschluß zu einem gerade eben berichteten Vorgang, bei dem es sich auch um den zu politischer Bedeutung gelangten Sohn eines »Täter-Vaters« von geschichtlichem Format aus dem Dritten Reich handelt. Manfred Rommel, Oberbürgermeister von Stuttgart und Sohn des über die Fronten hinweg geschätzten Generalfeldmarschalls Erwin Rommel, besuchte in den letzten

Tagen den Oberbürgermeister von Jerusalem. Dort äußerte er: »... Es war besser, einen Krieg mit Hitler zu verlieren, als ihn zu gewinnen...«[33]

Solche Auffassungen waren bereits nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg zu hören, etwa von dem Industriellen und Politiker Walther Rathenau und dem Literaten Erich Kästner. Man muß erkennen, was sie letztlich zum Ausdruck bringen: die endgültige und immerwährende Annahme des »sippenhaftenden« Vorwurfs »Schuldig geboren« gegen das deutsche Volk bis in alle Ewigkeit hinein. Denn: Es wird hier den Deutschen gleichsam »von Natur« oder »von Geschichte«, jedenfalls mit Notwendigkeit jegliche Fähigkeit und der Wille abgesprochen, Verirrungen ihrer Geschichte – ja, auch Schuld, sogar Verbrechen – selbst, aus eigenem Antrieb, eigenem Vermögen und eigener Verantwortung, zu verfolgen, zu verurteilen, zu ändern und zu sühnen, kurz: sich selbst »zu befreien«. Vielmehr wird unterstellt, daß jegliche Befreiung der Deutschen erst ihre Besiegung voraussetzt, daß sie nur im Zustand der Besiegten zur Völkergemeinschaft gehören können.

Mit der Forderung, die Deutschen hätten den Zweiten Weltkrieg niemals gewinnen dürfen, wird einem Manne wie dem Feldmarschall Erwin Rommel posthum sein Lebenssinn geraubt, ihm, der geschickt, gescheit und sauber für sein Land kämpfte (und dem übrigens einige Jahrgänge österreichischer Offiziere ihre Ausbildung am Theresianum verdanken), der sicherlich bis zuletzt den Sieg Deutschlands wollte, sich aber opferte – unter dem Druck Hitlers beging er Selbstmord – im Widerstand gegen eine Reichsführung, die selbst die Nation verraten hatte. Wenn es dann noch der eigene Sohn ist, der durch seine Beurteilung dem Vater den Lebenssinn entzieht, vermögen wir daraus zu erkennen, welch bitterer Preis zuweilen gefordert wird, so es darum geht, sich dem Urteilsbann des »Schuldig Geboren« erfolgreich zu widersetzen.

Nicht alle Söhne sind offenbar bereit und willens, solchen Preis zu bezahlen. Es mehren sich die Weigerungen, das Verdikt von den Deutschen als das Paria-Volk der Weltgeschichte weiter hinzunehmen, das nur durch Besiegung zur Befreiung gebracht werden kann. Ein solcher Maßstab, etwa an die Völker der ehemaligen Sowjetunion angelegt, würde die Reform-Bemühungen durch russische Politiker in den Augen der so Urteilenden von vornherein dem Unverständnis aussetzen, ihre Vergeblichkeit vorauswissen, ihr Scheitern vorhersagen: die Völker Rußlands wären, wie die Deutschen, als zur Selbstbefreiung unfähig abgestempelt.

So einfach und so schwierig ist das mit dem Verhältnis zwischen Vätern und Söhnen im Deutschland der Gegenwart.

## Anmerkungen:

1. Dies und die folgenden Zitate aus Raimund Steinert (Hrsg.), *Das Wartburgfest am 18. Okt. 1817*, Reclam, Leipzig 1917. In der Darstellung des Wartburgfestes lehne ich mich an diese Veröffentlichung an sowie an Klaus Wessel, *Das Wartburgfest der deutschen Burschenschaft am 18. Okt. 1817*, Röth-Verlag, Eisenach 1954.
2.–4. siehe Fußnote 1
5. Carl Schmitt, »Der bürgerliche Rechtsstaat«, in *Abendland*, Heft 3, 1928, S. 201.
6. Interview mit Golo Mann, » Die Deutschen haben längst zum aufrechten Gang zurückgefunden. Mit de Gaulle glaube ich an das Europa der Vaterländer«, in *Die Welt*, Nr. 57 v. 9. 3. 1987.
7. Jacob Taubes, *Ad Carl Schmitt. Gegenstrebige Fügung*, Merve Verlag, Berlin 1987, S. 54.
8. Siehe dazu N. Matern, »Wo ist die Sprache mit so viel Tränen? Das einfache Leben in den schweigenden Wäldern: Erinnerung an den ostpreußischen Dichter Ernst Wiechert. Der Erinnerungsband *Jahre und Zeiten* ist bei Langen-Müller, München 1987 neu erschienen«, in *Die Welt* v. 18. 5. 1987.
9. M. Stürmer, »Der lange Schatten des Tyrannen: Westbindung und Geschichtsbild in Deutschland«, in Bracher, Eschenburg, Gross u. a., *Von Geschichte umgeben. Joachim Fest zum Sechzigsten*, Siedler Verlag , Berlin 1986 , S. 255 ff., hier S. 266 f.
10. Elisabeth Noelle-Neumann, Renate Köcher, *Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern*, DVA, Stuttgart 1987, S. 358 f.
11. Alexander Mitscherlich, *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie*, Piper, München 1970 ([1]1963), S. 209.
12. Siehe dazu Pankraz, »P. Schneider und die echte Literatur«, in *Die Welt* v. 25. 5. 1987.
13. Gerhard Kiersch, *Die jungen Deutschen. Erben von Goethe und Auschwitz*, Leske + Budrich, Opladen 1986, S. 224 f. u. 158.
14. Rolf Vogel, *Das Echo – Widerhall auf Simon Wiesenthal*, Stuttgart 1979, S. 72 f.
15. Peter Sichrovsky, *Schuldig geboren. Kinder aus Nazi-Familien*, Köln 1987, S. 39.
16. Ebenda, Vorwort, S. 15.
17. Ebenda, Verlagsnotiz auf der letzten Umschlagseite.
18. Ebenda, Vorwort, S. 24.
19. Heinz Abosch, »Die Kinder der Täter. Gebrochenes Schweigen über Mitverantwortung im Hitler-Reich«, in *Neue Zürcher Zeitung*, Fernausgabe Nr. 95, 26./27. 4. 1987, S. 38.
20. »Zwischen Haß und Liebe. Kinder von NS-Tätern berichten.« ARD (Erstes Programm) des Deutschen Fernsehens. Donnerstag, 14. 5.1987, 20.15 bis 21.00 Uhr.
21. Peter Sichrovsky, *Schuldig geboren. Kinder aus Nazi-Familien*, aaO., S. 52 f.
22. »Zwischen Haß und Liebe. Kinder von NS-Tätern berichten.«, aaO.
23. Für die folgenden Zitate siehe Peter Sichrovsky, *Schuldig geboren. Kinder aus Nazi-Familien*, aaO., S. 80, 73, 93, 94, 108 111, 112, 113, 117, 121, 145, 152, 153, 159.
24. Gabriele von Arnim, »Warum reden Sie mit uns Deutschen, Frau Edvardson?«, Interview mit Cordelia Edvardson, in *FAZ-Magazin*, Heft 377 v. 21. u. 22. 5. 1987.
25. Armin Eichholz, »Ruth Rehmann wird 65. Schwermut über dem Schwaighof«, in *Die Welt* v. 1. 6. 1987.
26. Helmut Schoeck, *Kinderverstörung. Die mißbrauchte Kindheit. Umschulung auf eine andere Republik*, Mut-Verlag, Asendorf 1987, S. 133, 128, 124, 129, 130.
27. Rudolf Pörtner, *Mein Elternhaus. Ein deutsches Familienalbum*, Econ, Düsseldorf–Wien 1984, hier zitiert nach der 2. Auflage des DTV, München 1987, S. 202, 9.
28. Ludwig Harig, *Ordnung ist das ganze Leben. Roman meines Vaters*, Hanser Verlag, München–Wien 1986, S. 20.
29. Ulrich Gill u. Winfried Steffani (Hrsg.), *Eine Rede und ihre Wirkung. Die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985. Betroffene nehmen Stellung*, R. Röll Verlag, Berlin 1986, S. 191.

30. Vgl. »Weizsäcker die ›Sünden seines Vaters‹ vorgehalten. Scharfer Angriff des *Boston Globe*/ Vergleich mit Waldheim und Barbie/ ›Sohn eines Nazi-Kriegsverbrechers‹«. Über den Presseangriff des Professors Francis Loewenheim, Professor an der Rice-Universität, in *FAZ* v. 10. 6. 1987.

31. Leo Wieland, »Weizsäcker, die Harvard-Universität und der ›unverantwortliche Unfug‹, Leserbrief des Rabbi von Cambridge«, in *FAZ* v. 11. 6. 1987.

32. Siehe dazu Wolfgang Paul, *Das Potsdamer Infanterie-Regiment 9. 1918–1945. Dokumentenband,* Biblio-Verlag, Osnabrück 1985. Daraus abgedruckt der Vorschlag des Regiments-Kommandeurs Oberstleutnant Trittel vom 1. April 1945, in: *Criticòn,* Nr. 90, Juli/ August 1985, S. 148 (u. d. Titel: »Ohne Kommentar. . .«).

33. Vgl. »Rommel in Israel ausgezeichnet«, in *Die Welt* v. 15. 6. 1987, S. 4. – An der Verleihung des Preises »Wächter Jerusalems« durch Oberbürgermeister Teddy Kollek an Oberbürgermeister Manfred Rommel nahmen nur 6 (sechs) der 31 Stadträte des Jerusalemer Gemeinderats teil. »Mit der Abwesenheit, so heißt es, soll gegen die Ehrung des Sohnes von Generalfeldmarschall Erwin Rommel protestiert werden.« (So »Das böse Wort Sippenhaft« aus *Stuttgarter Zeitung,* abgedruckt in *FAZ* v. 19. 6. 1987).

HANS WAGNER

# Zeitung und Geschichte

## Von der unbewältigten Vergangenheit zur unbewältigten Gegenwart

Nicht nur als Widersacher von Frauenfreiheit und Ausländerrechten verschrieen, sondern – was schlimmer ist – als verkappter Nationalkonservativer mit Hang zur Verharmlosung der deutschen Vergangenheit gebrandmarkt, zog sich Steffen Heitmann nach wenigen Wochen im Herbst 1993 als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten zurück. Ein nach Gesinnung und Absicht integrer Politiker war fast unisono von der Publizistik, von der selbsternannten ›Vierten Gewalt‹, gejagt, verurteilt und hingerichtet worden.

Heitmanns angeblich so ganz und gar unpassende Kernthese zur deutschen Vergangenheit war im Oktober 1993 im Rahmen einer Repräsentativbefragung Bürgern in den alten und neuen Bundesländern zur Abstimmung vorgelegt worden. Ohne daß ihnen der Autor Heitmann genannt worden wäre, konnten sie sich ganz auf die Sachaussage konzentrieren, die schriftlich präsentiert wurde: »Ich glaube, daß der organisierte Tod von Millionen Juden in Gaskammern tatsächlich einmalig ist – so wie es viele historisch einmalige Vorgänge gibt. Ich glaube aber nicht, daß daraus eine Sonderrolle Deutschlands abzuleiten ist bis ans Ende der Geschichte. Es ist der Zeitpunkt gekommen – die Nachkriegszeit ist mit der deutschen Einheit endgültig zu Ende gegangen –, dieses Ereignis einzuordnen, aber um Gottes willen nicht wegzulegen!« Auf die Frage, ob sie das richtig fänden oder ob sie damit nicht einverstanden sein könnten, bekannten sich 71 Prozent der Befragten zu der zitierten Auffassung. Nur 12 Prozent mochten sie nicht teilen und 17 Prozent gaben sich unentschieden – vielleicht in dem Bewußtsein, daß mit der bejahenden Antwort auf die Frage ein Tabu berührt war. Wie immer: Heitmann hatte zur deutschen Vergangenheit nur gesagt, was eine sehr große Mehrheit des Volkes dachte und denkt.

Neu kann dies allerdings nur für solche sein, die als publizistische Täter oder als deren Opfer vom Boden gesellschaftlicher Tatsachen längst abgehoben haben. Denn schon 1961 identifizierten sich bei einer Allensbach-Umfrage 72 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung mit der Position: »Ich finde, daß man das deutsche Volk in dieser Angelegenheit [der Judenverfolgung und -vernichtung] verteidigen und nicht nur Entschuldigungen vorbringen sollte; viele Menschen wußten gar nichts davon.« Und im gleichen Zusammenhang antworteten auf die Frage, »ob sie sich selbst als Deutsche irgendwie mitschuldig fühlen an den Judenverfolgungen«, 88 Prozent eindeutig: »Nicht mitschuldig!«

Die Diskrepanz zwischen einer publizistisch oktroyierten *historical correctness* und dem realen Geschichtsbewußtsein der Gesellschaft verweist auf ein komplexes Verhältnis von *Zeitung und Geschichte,* das zunächst in zwei Schritten skizziert werden soll, bevor einige Bemerkungen zu den Konsequenzen angehängt werden, die aus der Negation oder aus einer – von welcher Seite auch immer – bewußt unternommenen Manipulation des Verhältnisses von *Zeitung und Geschichte* zu gewärtigen sind.

Wenn wir über das Verhältnis von Zeitung und Geschichte sprechen, so kann dabei ›Zeitung‹ ganz unterschiedlich verstanden werden. In einem eher umgangssprachlich verkürzten Sinn, in dem Zeitung als publizistisches, mit Druckerschwärze auf Papier fixiertes Produkt gilt und *pars pro toto* für massenmediale Publizistik genommen werden kann. Davon klar abzusetzen ist das wissenschaftliche Verständnis von ›Zeitung‹, das auf die ursprüngliche Wortbedeutung von ›Nachricht‹ und ›Nachrichtenaustausch‹ vorstößt. ›Zeitung‹ ist dann zu begreifen als das im unaufhörlichen, aktuellen Austausch der Zeitgenossenschaft sich äußernde Zeitbewußtsein, als die »*sermones de tempore*« und deren Summe: als das »Zeitgespräch der Gesellschaft« (Bernd M. Aswerus), das sich in ganz unterschiedlicher Gestalt äußert: Die Zeitung aus Papier ist nur eine von vielen möglichen.

Mit den Bedeutungsvarianten von ›Zeitung‹ wandelt sich zwangsläufig auch die Perspektive für das Verhältnis von Zeitung und Geschichte. Faßt man Zeitung als publizistisches Mittel auf, so stellt sich die Frage nach der *publizistischen Instrumentalisierung von Geschichte:* auf dieser Ebene muß und kann erklärt werden, wie es dazu kommt, daß bestimmte historisch-politische Auffassungen diskriminiert werden, obwohl sie einem von der Mehrheit geteilten Geschichtsbewußtsein entsprechen. Wo indessen die Frage ansteht, wie es überhaupt zur Ausprägung eines gesellschaftsweit greifenden Geschichtsbewußtseins kommt, muß der Erklärversuch grundsätzlicher und tiefer beim »Zeitgespräch der Gesellschaft« ansetzen.

## I. Publizistische Instrumentalisierung der Geschichte

»Es geht«, ließ Jürgen Habermas auf dem Höhepunkt des sogenannten Historikerstreits 1986 die an wissenschaftlicher Erkenntnis der Geschichte interessierten Historiker wissen, »um den öffentlichen Gebrauch der Historie«, nicht um »die Beobachterperspektive einer dritten Person«, sondern um »die richtige Antwort aus der Perspektive der ersten Person«, also um Betroffenheit. Was immer auch die Historikerzunft erarbeite, »erst durch die Schleusen der Vermittler und der Massenmedien gelangen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit, mit einer Rückkehr zur Beteiligtenperspektive, in den öffentlichen Fluß der Traditionsaneignung«.

Habermas fordert unumwunden die publizistische Instrumentalisierung der Vergangenheit zum Zweck einer politisch-ideologischen Steuerung der Gegenwart und der Zukunft. Aber er fordert damit nur, was von Beginn der Bundesrepublik an gängige publizistische Praxis war und ist.

Auf dem Feld der »Vergangenheitsbewältigung« betätigen sich die Medienpublizisten früh und konsequent als Hüter einer einzig wahren Geschichtsanschauung, als Entscheidungsinstanz darüber, was über die deutsche Vergangenheit öffentlich gesagt und nicht gesagt werden darf, darüber nicht zuletzt auch, wie es gesagt werden muß. Die Publizistik geriert sich als Definitionsmacht für *historical correctness*. Das schließt die Wächterrolle über das Antisemitismus-Tabu ebenso ein wie das letztinstanzliche *Clearing* von nazistischem Sprach- und Gedankengut: Gegen das publizistische Urteil gibt es eine Berufung nicht. Die ›Publizistik‹ bestimmt, wann und wo und von wem Tabu- und Correctness-Verletzungen begangen werden. So, in der Tat, gewinnt sie Macht als unkontrollierte ›Vierte Gewalt‹ gegen Recht und Verfassung. Das heißt ganz einfach und konkret, daß Medien und Publizisten autonom bestimmen, welche Haltungen, welche Äußerungen oder welche Produktionen als antisemitisch oder im anderen Fall als nazistisch und faschistisch gelten sollen. Sie befinden auch darüber, welche Confessiones aus nationalsozialistischer Zeit als Ausdruck echter Bekehrung angenommen und mit einer Absolution abgesegnet werden und welche anderen als »grenzenloses Beharren auf Naivität« oder als »gefährliche Verharmlosung« abzulehnen, gegebenenfalls mit künftiger Verachtung durch die Medien zu bestrafen sind.

Daraus erklärt sich dann, warum ein norddeutscher Bürgermeister wegen des Gebrauchs einer (sprichwörtlichen) antisemitischen Redensart zurücktreten mußte, aber ein Theaterdirektor in Frankfurt ein vor antisemitischen Klischees strotzendes Stück zwar nicht unangefochten, aber für seine Position folgenlos inszenieren durfte und an des Stückeschreibers Kunstfreiheit, an Faßbinders Renommee nicht einmal gekratzt wurde.

Ganz anders erging es dagegen dem Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger. Seine Rede zur deutschen Vergangenheit bei der Feierstunde zum 50. Jahrestag der ›Nazipogrome‹ gegen die Juden im Bundestag 1988 kostete ihn

Kopf und Kragen und Karriere. Er habe sich mangelnder Sensibilität schuldig gemacht, »fast keinen historischen Fehler vermieden«, eine ebenso trostlose wie beschämende, den furchtbaren Ereignissen nicht angemessene Rede gehalten – erscholl das publizistische Chorheulen unisono von links bis rechts übers ganze Land. Aber all diese und manch andere Vorwürfe »sind nach dem Wortlaut des Jenninger-Textes haltlos«, faßt der Sprachwissenschaftler Hans Jürgen Heringer seine Analyse zusammen; sie seien »eher erschreckende Beispiele dafür, wie die journalistische Sorgfaltspflicht verletzt wurde«.

Philipp Jenninger hatte das Gedenken des Bundestages eigenwillig begründet; es sei erforderlich, »weil nicht die Opfer, sondern wir, in deren Mitte die Verbrechen geschahen, erinnern und Rechenschaft ablegen müssen; weil wir Deutschen uns klar werden wollen über das Verständnis unserer Geschichte und über Lehren für die politische Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft«. Die jungen Leute, so Jenniger, wollten sich da nicht davonstehlen: »Sie wollen vielmehr von uns wissen, wie es dazu kam, wie es dazu kommen konnte.« Man sollte meinen, damit sei ein Kernpunkt »geschuldeter Erinnerung« getroffen. Vielleicht, meint Heringer, »ist die Beschäftigung mit den Tätern sogar der angemessenste Weg«, wenn man nach den Gründen der historischen Untaten forsche. Und der Sprachwissenschaftler kommt zu dem Ergebnis: »Man kann Jenninger höchstens vorwerfen, daß er ein Tölpel war, der aus der Professionalität, der Routine und Glätte ausgestiegen ist, der den Schutzschild des Ritus [von Gedenkreden] verschmähte, so daß seine Zuhörer nicht mehr ein noch aus wußten.«

Einen rationalen, in der Sache selbst liegenden Grund für die Hatz auf Jenninger findet man so wenig, wie man ihn für das Halali gegen Heitmann ausmachen kann. Daß beide publizistisch abgeschossen wurden, kann also nur auf einem Verstoß gegen die publizistisch etablierte und gehütete *historical correctness* beruhen: Beide sprachen von der Vergangenheit nicht so, wie es die publizistischen Vergangenheitswächter vorschrieben. Und beide bekamen daher am Ende die Macht der Publizistik zu spüren.

Daß es auf publizistische Machtdemonstration zugunsten einer publizistisch gebilligten Geschichts- und Gegenwartsanschauung allein ankommt, zeigen auch jene Fälle, in denen zwei sich scheinbar gleicher oder doch vergleichbarer ›Nazi‹-Jugendsünden schuldig gemacht haben, die indessen keineswegs mit demselben publizistischen Maß gemessen werden. Da gibt es etwa zwei deutschsprachige Schriftstellerinnen, die beide ihr Jungmädchenherz in lyrischen Hymnen an das neue Reich und seinen Führer ausschütteten. Die eine bekannte sich stets dazu, distanzierte sich eindeutig davon, blieb aber eine wertkonservative Literatin. Die andere verbarg ihre führerfreundlichen Ergüsse und überzog deren spätere Enthüller mit Gerichtsverfahren; aber sie hatte sich dazumal längst harmonisch einem neuen, fortschrittlich-friedensbewegten, linken Zeitgeist angepaßt. Als die erstere 1993 in hohem Alter mit dem Bayerischen Literaturpreis geehrt wurde, überschüttete sie die Publizistik mit

Häme und brandmarkte sie als ewig Gestrige, als verkappte ›Nazi‹- und Antisemitismus-Freundin. Ihr Name: Gertrud Fussenegger. Der anderen hingegen wurden bei ähnlichen Gelegenheiten so strahlende publizistische Preislieder gesungen, daß dahinter jede lyrische Silbe für den einstigen Führer ganz einfach im Nichts verschwand. Ihr Name: Luise Rinser.

*Die Wache über das vielfach tabubesetzte Feld der jüngeren deutschen Vergangenheit ist für die Publizistik ein Instrument, um Macht zu erlangen und zu demonstrieren sowie mit solch unkontrollierter Machtausübung die eigene, durch nichts sonst gedeckte Kritik- und Kontrollfunktion zu legitimieren.*

Es geht also letzten Endes gar nicht um die Vergangenheit. Die Meßlatte publizistischer Vergebung oder Bestrafung ist – wie Verurteilungen ohne Sachgründe oder die Behandlungen nach zweierlei Maß klar zeigen – keineswegs an der Vergangenheit geeicht. Man kann vielmehr behaupten, daß sie sich in einem recht vagen und pauschalen Sinn nach den »Lehren« richten, die jemand aus der Vergangenheit zieht oder zu ziehen gewillt ist: Wenn solche »Lehren«, ablesbar an Sprache, Stil, Verhalten und Kontext, nicht konform mit dem publizistischen Präferenzsystem gehen, werden sie als Ausdruck von Vergangenheitsverdrängung oder gar als Zeichen des Rückfalls in den Ungeist der Vergangenheit vor allem Volk markiert, diskriminiert und ausgegrenzt; einem vergangenheitsverhafteten und eben deshalb falschen Bewußtsein darf eine Zukunftschance nicht eröffnet werden. Wo dagegen in Harmonie mit der publizistischen Wert- und Zielsetzung geredet und getönt wird, können (fremde und eigene) Verfehlungen in der Vergangenheit vergeben und vergessen sein.

Der von der Publizistik geforderte Minimalbeweis für ein gereinigtes Bewußtsein ist offenbar die vorbehaltlose Anerkennung einer kollektiven Mithaftung aller Zeitgenossen für sämtliche Untaten des Dritten Reiches sowie ein ebenso pauschales Bekenntnis zur Schuldhaftung aller künftigen Generationen – auch wenn ersteres geschichtsklitternd und letzteres vergiftend ist. Die Anerkennung der Singularität deutscher Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Dritten Reich genügt heute der Publizistik schon nicht mehr, wie der Fall Heitmann belegt. Und die Frage danach, wie das alles gekommen sei, scheint den publizistischen Wächtern zumindest dann verdächtig, wenn dabei nicht sogleich ausgeschlossen ist, daß für Beteiligte auch Entschuldigungsgründe und Unschuldsvermutungen zutage gefördert werden könnten. Das demonstriert die Jenninger-Affäre; und das demonstriert auch schon die ebenso heftige wie inkompetente, den »Historikerstreit« auslösende Polemik von Habermas gegen Andreas Hillgruber, weil dieser mit »kritischer Sympathie« für die deutsche Bevölkerung geschildert hatte, wie sich der Zusammenbruch im Osten 1944/45 angebahnt und abgespielt hat.

*Der öffentliche, publizistische Gebrauch der Historie ist ein Mittel zur Disziplinierung des gesellschaftlichen Bewußtseins und seiner öffentlichen Artikulation, ein Instrument zur Blockade einer uneingeschränkt freien gesellschaftlichen Kommuni-*

*kation* – die allein wirkliche Bewältigung der Vergangenheit, auch und gerade eines gefährlichen Denkens in vergangenen Kategorien ermöglichen sowie ein zukunftstragendes Geschichtsbewußtsein hervorbringen könnte.

Aber mit publizistisch errichteten Kommunikationsblockaden kann weder das bei den Publizisten in Ungnade gefallene noch viel weniger ein tatsächlich unheilvolles Gedankengut aus den Köpfen ausgetrieben werden. Im Gegenteil: weil nach wie vor vorhanden, bleibt es auch virulent. »Es ist nicht mehr und nicht weniger ›demokratie-gefährdend‹ als jedes andere Gedankengut, das nicht öffentlich in aller Freiheit und mit allem Freimut und bis zum Ende ausdiskutiert, sondern mit kommunikations-feindlichen Mitteln unterdrückt wird«, schrieb der Zeitungswissenschaftler Heinz Starkulla Ende der sechziger Jahre zu der Beobachtung, daß und wie schon seinerzeit das Geschichtsbewußtsein der deutschen Mehrheit, massiv gefördert durch die Politik, in der Publizistik verschwiegen wurde.

## *II. Das Zeitgespräch konstituiert Geschichte*

Es ist zwar richtig, daß man mit Hilfe der Vorkehrungen einer tabuproduzierenden Publizistik eine öffentliche Artikulation des zur Gesellschaftsgefahr erklärten Gedankengutes sowie eine Debatte darüber abwürgen kann. Es ist sicher auch richtig, daß damit eine »Schweigespirale« (Elisabeth Noelle-Neumann) in Gang gesetzt wird, in deren Folge die öffentliche Bekenntnis- und Äußerungsbereitschaft der angeprangerten Meinungsträger stetig abnimmt. Damit jedoch wird das inkriminierte Gedankengut ebenso wie das ihm entgegengesetzte, angeblich richtige oder ideale jeglicher öffentlichen Argumentations- und Rechtfertigungspflicht entzogen. Es gibt also keine öffentliche Klärung der Gedanken mehr. (Und wer dabei an eine defekte soziale ›Kläranlage‹ denkt, liegt nicht ganz schief.)

Gerade wenn man entsprechende Ideen für verfehlt und gefährlich hält, müßte ein jeder Klärung abholder Schleichhandel mit ihnen Gesellschaftsalarm auslösen. Denn selbst eine publizistisch auf die Tabu-Spitze getriebene »Schweigespirale« besagt keineswegs notwendig, daß die abgewürgten Ideen schon ineffektiv oder endgültig tot wären. Eine »Schweigespirale« ist noch lange keine »Gehirnwäsche«. So entfalten dann totgeschwiegene Vergangenheitsideen oder Geschichtserfahrungen der Mehrheit unterhalb öffentlicher Zugänglichkeit sowie in gelegentlich geradezu abstrusen Deformationen ihre ganze Attraktivität bei denen vor allem, die solchem Gedankengut weder eigene Erfahrung, noch zureichendes und zutreffendes historisches Wissen, noch die in öffentlicher Debatte gefundenen Argumente korrigierend entgegenzusetzen haben. Es ist die publizistisch instrumentalisierte und mißbrauchte Historie, die Bumerangeffekte, wie sie sich etwa in neonazistischen Jugendbewegungen manifestieren, nicht nur mitverschuldet, sondern förmlich programmiert.

Die Anfälligkeit gerade für die bösartigsten Partikel aus dem Gedankengut der Vergangenheit bei einer Generation, die schon keine direkte Lebens- und Erfahrungsbrücke mehr zu dieser Vergangenheit hat, ist nur *ein* Wirkungsphänomen, das auf publizistisch gestörte oder gar zerstörte Realitäts- und Gegenwartsdefinitionen zurückgeht. Mit dem Ausschluß des mehrheitlich gebilligten Geschichtsbewußtseins nämlich werden den für alles Gegenwartshandeln unverzichtbaren Situationsdefinitionen wesentliche Orientierungsdaten entzogen. Sie sind damit für die Bewältigung der Gegenwart nicht mehr verfügbar. Im Klartext: Die Gegenwart muß ohne gesellschaftlich ausdiskutierte, abgestimmte oder womöglich sogar konsentierte »Lehren« aus der Vergangenheit auskommen – gerade weil die Publizistik seit Jahrzehnten glaubt, solche »Lehren« autonom diktieren zu können.

Eine Realitäts- oder Situationsdefinition, das wissen Sozialwissenschaftler seit den Arbeiten von William I. Thomas, die Grundlage und Bedingung realen Handelns wird, kann sich ihrerseits nur stützen auf die in einer gegebenen Situation *bewußten* Umstände und Voraussetzungen des Handelns, die etwa auch in Gestalt antreibender Wertmuster fixiert sind; ferner auf die in der nämlichen Situation tatsächlich *bekannten* Einstellungen von Menschen und Gruppen. Im Klartext also: Wertmuster, Standpunkte oder auch Sachperspektiven können nur insoweit in eine handlungsrelevante Situationsdefinition eingehen, als sie bekannt sind.

Bekannt kann – im weitesten Sinn – nur sein, was irgendwie *geäußert* wird, was als *Äußerung* der Öffentlichkeit zugänglich ist. Daher sagen wir auch: Die fraglichen Standpunkte und Einstellungen artikulieren sich in sozialer Kommunikation. Und da die Einflüsse auf eine gegebene Situation ebenso wie die Folgen eines situationsgerechten Handelns weit über den unmittelbaren Erfahrungsraum hinausreichen, müssen die betreffenden Standpunkte und Äußerungen vermittelt werden. In der ›vermittelten Kommunikation‹, d. h. konkret: auch und gerade in der journalistisch recherchierten und konzentrierten Information der Massenmedien, äußert sich das ›Zeitbewußtsein‹. Dies wiederum ist nichts anderes als eben die Gesamtheit aller in jeder Gegenwart verfügbaren Elemente einer handlungsleitenden Situationsdefinition.

Mit anderen Worten: *Gesellschaftsgeschehen und in diesem Sinne ›Geschichte‹ wird nur das, was zuvor öffentlich beredet wurde und so in das Zeitbewußtsein eingegangen ist. Und ebenso zählt* – wie Bernd M. Aswerus diesen Gedanken schon vor Jahrzehnten ergänzte – *zur ›Historie‹ im Sinne eines ›Gesellschaftserlebnisses‹ nur, was »nach einem Geschehen in die soziale Zeit-Kommunikation eingeht«, weil erst diese »das kultur-gesellschaftliche Geschehen aus der Anonymität des Ablaufs in das Bewußtsein der Gesellschaft« hebt.* Oder einfacher gesagt: Nur was öffentlich ist, rechnet zu den sozialen Tatsachen, die das Meinen und das Handeln bestimmen. Das »Zeitgespräch der Gesellschaft« und das in ihm sich artikulierende und bildende Zeitbewußtsein ist die Generations- und Wachstumszone des realen, allgemeinen Geschichtsbewußtseins.

Das alles gilt jedoch nicht erst heute oder für heute. Vielmehr gilt dies ohne jeden Abstrich auch für unsere Eltern und Großeltern, die sich in den zwanziger und dreißiger Jahren und dann in einem mörderischen Krieg bemühten, ihr Leben ehrenhaft zu leben und mit Anstand zu tun, was der Tag verlangte. Vor allem ist es unerläßlich, nach den zeitgenössisch tatsächlich verfügbaren und geltenden Realitätsdefinitionen zu fragen, wenn man Antworten darauf sucht, wie denn das alles, auch das singuläre Verbrechen eines nationalsozialistischen Deutschlands, gekommen ist, wie es kam.

Die Frage nach den seinerzeit relevanten Realitätsdefinitionen stellen heißt nichts anderes, als wissenschaftlich sich auf den Versuch einlassen, für ein längst vollzogenes Handeln die zureichende Erklärung in exakt jener Sinngebung zu suchen, die der Handelnde selbst seinem Handeln gab. Solch »sinnadäquate Erklärung« liegt weitab von irgendeiner Bewertung oder gar von zustimmendem Einverständnis. Auf diese spätestens seit Max Weber im Gebrauch befindliche Methode können wir ernsthaft nicht verzichten, wenn wir wirklich unsere Eltern oder Großeltern verstehen wollen; noch weniger ist sie verzichtbar, wenn wir anfangen, aus dem Handeln der Elterngenerationen irgendwie richtige Schlüsse für die Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft zu ziehen. Die höhnische Ridikülisierung, mit der gerade als Sozialwissenschaftler auftretende Kritiker der Geschichtswissenschaft solche Ansätze des ›Verstehens‹ als nachträgliche Sinnstiftung oder als ein Hineinversetzen in eine uneingerahmte Veteranenperspektive quittierten, liegt nicht nur weitab von sozialwissenschaftlicher Rationalität. Sie beweist vielmehr ein weiteres Mal, daß es hier nicht um historische Tatsachen oder um historische Erkenntnis ging, sondern um eine publizistische und mit Ovationen vieler Publizisten bedachte Denunziation der Gesellschaft.

Sobald man den historisch notwendigen, kritischen Versuch einer »sinnadäquaten Erklärung« des Geschehenen mit Hilfe der betreffenden Situationsdefinitionen unternimmt, stößt man natürlich sofort auf die Tatsache, daß auch diese handlungsorientierenden Schemata unserer Eltern und Großeltern publizistisch, diesmal indessen von totalitärer nationalsozialistischer Propaganda eingeschränkt und gestört waren. Eine solche Propaganda nämlich etablierte die lebens- und handlungsrelevanten Tatsachen. Sie etablierte deren Bewertung. Sie etablierte die geltenden Wahrheiten. Und sie etablierte Geschehen und Geschichte. Diese Etablierung (fast) aller Wirklichkeit durch ›Diktatur‹ in des Wortes eigentlicher Bedeutung gelingt indessen (wie uns die Sozialpsychologie belehrt) nur in einem komplizierten Wechselspiel zwischen dem Führer und den Geführten. Nur wenn dieses Spiel läuft, wird »kollektive Organisation der Gesellschaft« überhaupt möglich, wie Lenin die Zielvorgabe jeder totalitären Publizistik fixierte. Die Gesellschaft solchermaßen ›in Form‹ zu bringen, ist Primärzweck totalitärer Propaganda. Vom Hauptzweck ist der ›Nebeneffekt‹ einer parallel verlaufende Desorganisation aller bestehenden, bergenden Sozialstrukturen nicht abzukoppeln. Hitler hat in *Mein Kampf* diese

Zusammenhänge ungeschminkt offengelegt: »Die erste Aufgabe der Propaganda ist die *Gewinnung von Menschen für die spätere Organisation.* (. . .) Die zweite Aufgabe der Propaganda ist die *Zersetzung des bestehenden Zustandes* und die Durchsetzung dieses Zustandes mit der neuen Lehre.« Soweit der Propaganda das auch nur im Ansatz gelingt, ist sie wirksam und gefährlich.

Auch die Potenz einer Propaganda kann nur innerhalb der zeitgenössischen Situation einigermaßen richtig eingeschätzt werden. Die in den letzten Jahren zunehmend bemerkbare Masche, nationalsozialistische Propaganda wegen ihrer inzwischen durchschauten Lügen oder wegen ihrer scheinbaren Naivität auf Lächerlichkeitsmaße herunterzuspielen, ist irrelevant – und nur von einem besserwisserischen Nachhinein-Standpunkt aus möglich, der dann allerdings Zweifel weckt, ob man inzwischen wirklich klüger geworden ist.

Wenn es also darum geht herauszufinden, was in unserer jüngeren Vergangenheit geschah, wie es erfahren wurde und warum sich dagegen kaum Widerstand regte, so kann die Fundamentalfrage nur lauten: *Was konnte im Dritten Reich ein ganz normaler Durchschnittsbürger über die Realität dieses Dritten Reiches, über die Verbrechen der Nationalsozialisten und ihrer Helfershelfer, über die politischen Absichten und Ziele, über Krieg und Frieden so gewiß wissen, daß er darauf sein Alltagshandeln zu bauen vermochte?* Die Frage darf jedoch gerade nicht lauten: Was kann man heute über das Dritte Reich wissen?

Methodisch wäre also gewissermaßen alles einzuklammern, was die historische Forschung in beinahe einem halben Jahrhundert seither ans Licht gefördert hat. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei unterstrichen: Dies ist ein methodischer Vorsatz, keine inhaltlich-sachliche Verdrängung. Mit diesem methodischen Vorsatz ausgerüstet, können wir eine Beobachterposition einnehmen oder uns ihr wenigstens annähern, die eine Realitätswahrnehmung erlaubt, wie sie ungefähr der unserer Eltern- und Großelterngeneration entspricht.

Fügt man etwa – wie ich es anderwärts exemplarisch versucht habe – alle möglichen Facetten des zeitgenössischen politischen Selbstverständlichkeitskontextes, der Propagandaanweisungen, der Zeitungsberichterstattung und der Alltagsgerüchte, die insgesamt das Realitätsbild des Durchschnittsbürgers in den Wochen und Monaten um den Beginn des Zweiten Weltkrieges herum tatsächlich prägten, einigermaßen stimmig zusammen, so findet man sich plötzlich in Orientierungskoordinaten, die außerordentlich plausibel sind. Sie besagen – stark vereinfacht: Es gibt einen Feind, nämlich Polen, der unmenschlich und grausam ist; er lügt, er treibt zum Krieg, er rüstet zum *Angriff.* Demgegenüber muß das deutsche Volk, erschüttert vom Leid seiner Volksgenossen in einer grausamen Fremde, sein Recht gegen viele Gegner erstreiten; gutnachbarlich und friedliebend gesinnt, wird ihm gleichwohl die Führung eines *gerechten Verteidigungskrieges von außen geradezu aufgezwungen.*

Auf beiden Seiten gibt es scharf markierte *Koalitionen:* Die westlichen Verbündeten der Polen einerseits, die ihren Partner zum Krieg aufhetzen; auf

der anderen Seite aber – von verbündeten Staaten ganz abgesehen – der große Bund zwischen dem ›Führer‹ und seinem Volk, beide eines Sinnes und daher stark, der ›Führer‹ loyal in allem und bereit, sein gegebenes Wort einzulösen.

Daß deutsche Bürger somit kein Unrecht begehen, wenn sie dem ›Führer‹ auch in den Krieg folgen, ist konsequent in diesem Orientierungsraster angelegt und vorgezeichnet: Die Deutschen in Polen werden als die gegen alles Recht und wider die Regeln primitiver Menschlichkeit Geschlagenen, Gejagten und Hingeschlachteten geschildert. Und mag diesbezüglich die Propaganda auch maßlos übertrieben haben, mag im einzelnen die Faktendecke auch dünn gewesen sein, nicht zu leugnen ist, daß es polnische Übergriffe, daß es Mißhandlungen, Drangsalierungen, Verschleppungen und auch Morde gab. Das waren Wirklichkeiten und nicht bloß Fiktionen. So ging es – folgt man den 1939 durchschnittlich möglichen Realitätsdefinitionen – letzten Endes beim Krieg gegen Polen um eine defensive Intervention, um einen Präventivschlag zum Schutz der eigenen Staatsbürger jedenfalls und lebenswichtiger Staatsinteressen noch dazu. Dies aber gilt bis heute als eine zureichend akzeptable Begründung für kriegerische oder kriegsnahe Interventionen. Beweise dafür aus jüngster Zeit findet man ebenso im Panama-Engagement der USA, im Falklandkrieg der Engländer wie schließlich auch in der international-solidarischen Intervention gegen den Irak.

Zwar wird heute immer wieder behauptet, daß unter den auch den Menschen seinerzeit bekannten Bedingungen der Sprachregelung, der Zensur und einer diktatorischen Nachrichtengleichschaltung die Medienberichterstattung ihre Orientierungsfunktion weitgehend verloren habe. Aber für die Haltbarkeit einer solchen These gibt es keinen einzigen Beleg. Ganz im Gegenteil! In vielen, nicht zuletzt in ganz alltäglichen, aber handlungsrelevanten Dingen und Fragen mußte – und konnte – man sich immer noch auf seine Zeitung (oder auf Rundfunkprogramme) und ihre Nachrichten verlassen. Zudem gab es genügend Techniken und Strategien, um auch den außeralltäglichen Rest des Medienstoffes glaubwürdig erscheinen zu lassen. Und da zu allem, was die Propaganda vorstellte, zeichnete und markierte, zumeist die unmittelbare Erfahrung als mögliches Korrektiv fehlte, bestand das wirklich *Teuflische* dieser totalpublizistischen Propaganda darin, daß selbst notorische Zweifler unmöglich sagen konnten, wo denn in diesen Nachrichten die Wahrheit endete und die Lüge anfing oder wo umgekehrt eben diese aufhörte und die Wahrheit durchsickerte.

In Abwandlung eines berühmten Wortes von Blaise Pascal über die ›Einbildung‹ (die als ›eingeprägtes Bild‹ schließlich das Produkt von Propaganda ist), muß man nämlich festhalten, daß die *Propaganda* freilich ein *treffliches Maß für die Wahrheit wäre, wenn man sie nur durchgehend der Lüge überführen könnte!* Nein, die nationalsozialistische Propaganda tat durchaus ihre Wirkung.

Der Propaganda-Experte Klaus Kirchner hat in der Nationalbibliothek in Washington ein Blatt ausfindig gemacht, auf dem Umfrageergebnisse ver-

zeichnet sind, die von Zensuroffizieren der Wehrmacht Ende 1939 erhoben wurden. Diese Befragungen ergaben, »daß im Falle einer Abstimmung damals 99,5 Prozent für den ›Führer‹ Adolf Hitler, etwa 85 Prozent für Großdeutschland und 15 bis 20 Prozent für die Partei gestimmt hätten«. Selbst wenn man an diesen Zahlenwerten aus Vorsicht Abstriche macht, ändert sich an der Grundtendenz nichts. Diese nämlich stimmt überein mit der schon 1938 von Sidney Rogerson festgehaltenen Beobachtung: »Die Menschen unterstützen freiwillig den Führer und sein Regime.«

Es gibt allerdings (aus Gründen, die sogleich zu erörtern sind) nicht besonders viele Zeugnisse einfacher Bürger für diese Tatsache. Aber die vorhandenen belegen doch eindeutig, wie die Gegenwart von 1933 bis Anfang der vierziger Jahre tatsächlich erfahren wurde und wie sich dabei ein Geschichtsbewußtsein ausgeprägt hat, das aus dem sicheren Abstand heutiger Gegenwart publizistisch ebenso leicht wie leicht-fertig an den Pranger gestellt wird.

Da schreibt etwa ein Lübecker Leser 1989 an *Die Zeit:* Selbstverständlich wissen wir heute »alle um den Wahn und die furchtbaren Hintergründe Hitlers und der deutschen Führungsclique. Es ist kein Kunststück, heute darauf zu schimpfen und es zu verurteilen. Wir aber, damit meine ich das deutsche Volk, sind ängstlich und völlig ohne Jubel und Begeisterung in den Krieg gegangen. Wir glaubten *wirklich,* die Heimat verteidigen zu müssen. Die gewaltigen Leistungen, die unsere Soldaten und auch unsere Zivilbevölkerung in diesem Krieg vollbracht haben, waren nur möglich, weil wir immer noch an die unabwendbare Notwendigkeit dieses Kriegsgeschehens glaubten und die Heimat verteidigen wollten. Es mag ein *Irrtum* gewesen sein, aber eine Lüge ist es ganz gewiß nicht gewesen.«

Über solch besondere Reflexion der Kriegserfahrung hinaus verallgemeinert der frühere Verleger und Publizist Heinz Friedrich, Jahrgang 1922, seit 1983 Präsident der Bayerischen Akademie der Schönen Künste: »Wir lernten, daß der Marxismus teuflisch und der Faschismus edel sei, und wir lernten, daß man den Deutschen Schmach zugefügt und Land entrissen habe. Wir lernten, daß die Linksparteien das deutsche Volk 1918 verraten und der Willkür der Alliierten ausgeliefert hätten. Und wir lernten, daß der amerikanische Präsident Wilson sein Wort nicht gehalten habe, als er das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, also auch der Deutschen, verkündete. Das Bewußtsein der ›Schmach von Versailles‹ und der sogenannten ›Kriegsschuldlüge‹ hatte eine politische Trotz-Stimmung in vielen Deutschen erzeugt, ohne die kaum erklärbar ist, was 1933 und danach geschah. Dementsprechend empfanden wir jungen Menschen auch die Parolen und Handlungen der neuen Regierung als sinnvoll und richtig und bewundernswert. *Das Gegenteil zu behaupten, wäre reine Heuchelei.«*

Tatsächlich ist es bei vielen und je länger, je mehr zu solch »reiner Heuchelei« gekommen. Sie hat nicht selten die »geschuldete Erinnerung« verdrängt. Vor

allem hat sie die notwendige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit letztlich verhindert; denn Auseinandersetzung mit der Vergangenheit muß heißen, sich mit der Realitätserfahrung der Menschen von damals auseinanderzusetzen.

### *III. Paradoxien des öffentlichen Gebrauchs der Historie*

Der Grund für solche Defizite kann unschwer angegeben werden. Er besteht darin, daß die publizistische Instrumentalisierung der deutschen Vergangenheit sich nie an den wirklichen Realitätsdefinitionen der zwischen 1933 und 1945 lebenden Menschen orientierte, sondern Geschichte gewissermaßen nach Aktenlage verordnete. Die Maßgaben der *historical correctness* basieren auf all dem, was man heute nach Durchsicht von Archiven, Geheimprotokollen und Papierbergen weiß (oder – weit schlimmer noch – auf ausgewählten, genehmen Teilstücken daraus), nicht aber auf dem, was die Menschen damals wissen konnten.

(1) Genau an dieser Stelle öffnet sich dann die Kluft zwischen unvereinbaren Realitätssichten und Geschichtsauffassungen, von der wir ausgegangen waren. Diese Kluft läßt sich als ein allgemeines Paradoxon formulieren:

*Je perfekter, akribischer und detailreicher die Historiographie rekonstruiert, was ›wirklich‹ geschehen ist, um so weiter entfernt sie sich (notwendig) von dem, wie es wirklich war – für die Menschen nämlich, die damals zu handeln, zu leben und zu überleben hatten.*

Ganz generell betrachtet, handelt es sich bei diesem Paradox lediglich um den Spezialfall einer konstitutiven Eigenheit jeder wissenschaftlich gewonnenen Erkenntnis. Wie alle wissenschaftlichen Modelle sind auch historische Rekonstruktionen immer nur (nachträgliche) Konstruktionen der Wissenschaft mit mehr oder minder partiellem Bezug zur Wirklichkeit, nicht aber diese Wirklichkeit selbst, erst recht nicht ihr photographisches Abbild. Das ist eine ziemlich triviale wissenschaftstheoretische Einsicht. Zu einem Paradox indessen artet diese Erkenntnis-Tatsache im Fall deutscher Vergangenheitsbewältigung deshalb aus, weil sich die publizistische Instrumentalisierung der Geschichte an diese Einsicht partout nicht hält – und dabei bestärkt wird von respektablen Wissenschaftlerkreisen, die häufig zwar nicht den Erkenntnisstand, aber den Ton angeben. Auf dieser Ebene verwechselt man dann durchgehend und absichtsvoll historische Konstrukte mit der Realität; und daher leitet man im Rahmen des öffentlichen Mißbrauchs der Historie nicht selten massive Schuldvorwürfe und Schuldzurechnungen ab, die ›in Wirklichkeit‹, das heißt: aus der Perspektive einer Rekonstruktion der seinerzeit tatsächlich wirksamen Realitätsdefinitionen, unhaltbar und bloße Willkür sind.

Die fraglichen Schuldzurechnungen treffen fast immer pauschal die meisten oder gar alle, das deutsche Volk schlechthin – wie die *historical correctness* es befiehlt: Wer damals lebte, kann unmöglich nicht schuldig geworden sein! Und sie sind bereits sehr generös, diese Schuldsprüche, wenn sie Eltern und Großeltern nur desavouieren: Vielleicht, so wird gelegentlich mild konzediert, seien sie nicht im strengen Sinn schuldig geworden; Vorbilder indessen könnten sie keineswegs und niemandem sein! Und da solche Herabsetzung der Elterngenerationen mit Berufung auf eine ›Wirklichkeit‹, die nie wirklich war, bereits lange genug angedauert hat, ist es keineswegs verwunderlich, wenn Meinungsforscher nirgendwo auf der Welt bislang eine weiter klaffende Differenz zwischen Jugend und Eltern in allen Fragen der Lebensvorstellung und der Lebenswerte feststellten als eben in Deutschland.

(2.) Nun steckt jedoch in den publizistisch üblich gewordenen Schuldzurechnungen noch in anderer Hinsicht Material für Verwunderung. Gestützt auf erhebliche Fakten haben nämlich Historiker im Rahmen ihrer akribischen Rekonstruktionen zeigen können, wieviele Menschen, Gruppen und Staaten sich lange Zeit sowohl in Hitlers Person als auch in dessen Absichten täuschten.

Derartige Fehleinschätzungen kamen am laufenden Band vor. Offenbar waren selbst intelligente Menschen mit Anspruch auf ein überlegen funktionierendes Urteilsvermögen in Hitlers engster Umgebung gegen derartige Täuschungen nicht gefeit, obwohl (oder weil?) ihnen Hitler-Erfahrung aus nächster Nähe möglich war. In der großen Schar der Hereingefallenen trifft man auf Bankiers und Industrielle ebenso wie auf Generale, auf Diplomaten und Menschen mit einem ausgesprochen politischen Sachverstand. Es ist ferner vielfach bezeugt und belegt, wie lange und nachhaltig sich die politischen Führungsspitzen zahlreicher Staaten von Hitler täuschen ließen – mit unabsehbaren Folgen für politisches Entscheiden und Handeln. Dabei muß man sich stets bewußt bleiben, daß diese gesamte auf Hitler hereingefallene Prominenz über vorzügliche Informationen aus hervorragend operierenden Informationsapparaten verfügte, zu denen meist Kenntnisse aus unmittelbarer Erfahrung kamen.

Eben deshalb sind alle diese Fehleinschätzungen wesentlich schwerer erklärbar als die Täuschung und der irregeführte Glaube eines durchschnittlichen Zeitgenossen, der fast ausschließlich auf Radio und Zeitung angewiesen war, um sich ein Bild vom ›Führer‹, von Deutschland, von Deutschlands Feinden und vom Rest der Welt zu machen, der oft genug nur Getuschel, Gerüchte und Vermutungen hatte, um Anhaltspunkte für Verbrechen zu entdecken. Genau an diesem Punkt nimmt eine zweite Paradoxie Kontur an:

*Mit vielerlei Argumenten versuchen nicht wenige Historiker, die Fehleinschätzungen Hitlers durch Staatsmänner und Prominente jeglichen Ranges verstehbar zu machen, um zu erklären, warum diese Hereingefallenen ohne eigene Schuld handeln*

*mußten, wie sie handelten. Dem gemeinen Bürger jedoch wird ähnliche Entlastung versagt, obwohl seine durch Propaganda geradezu erzwungene Täuschung viel weniger aufhebbar, sein Glaube an Hitler viel weniger belastet ist.*

An dieser Stelle wird das gespaltene Maß der Schuldzumessung konstruiert, zu dem die publizistische Instrumentalisierung der Geschichte nur allzu gerne greift. Aber kann man denn allen Ernstes so verfahren? Ist dem Durchschnittsbürger weniger Recht auf Täuschung einzuräumen als einem Staatenlenker? Sind die Vorurteile der Staatsmänner weniger bedenklich als jene, die das Alltagshandeln des gewöhnlichen Menschen beeinflussen? Mit welch durchschlagenden Argumenten könnte man denn wirklich verlangen, daß der normale Zeitgenosse die propagandistische Lügenschicht seiner täglichen Informationen hätte durchstoßen müssen und können, wenn man einer solchen Leistung die politischen Experten nicht für fähig hält?

Kommt hinzu, daß beide Lager der Hereingefallenen ja nicht isoliert und unabhängig voneinander bestehen, daß es hier vielmehr recht prekäre Wechselwirkungen gab, die eindeutig zulasten der getäuschten ›Prominenz‹ und zugunsten des Normalbürgers ausschlagen: Alle Lobsprüche für die Führungsambitionen und -qualitäten Hitlers, alle anerkennenden, vertrauenwekkenden Worte für seine Person oder seine Politik, alle optimistisch getönten Erwartungen schließlich in die Staatskunst des ›Führers‹, die aus dem Mund prominenter, sachkundiger, in- und ausländischer Polit-Experten flossen (und die wir Heutigen als ›Fehleinschätzungen‹ enttarnen), wurden seinerzeit von der Propaganda weidlich ausgeschlachtet. Auf diesem Weg aber wurden die Fehleinschätzungen der deutschen und der ausländischen Prominenz *zu fundierenden Bausteinen in den Realitätsdefinitionen des ›kleinen Mannes‹:* »Wenn sogar diese oder jene den ›Führer‹ so sehen und schätzen, dann muß an ihm und seiner Politik wohl etwas dran sein. . .!«

Von einem öffentlichen Gebrauch der Historie, die sich an nachträglichen Konstruktionen der Wirklichkeit versucht, müßte man wohl auch so etwas wie nachträgliche Gerechtigkeit aus der Distanz erwarten dürfen. Im vorliegenden Zusammenhang müßte das Maß solcher Gerechtigkeit wohl abgenommen werden von einem ziemlich simplen Leitsatz: Je besser die Informationsmöglichkeiten waren, zu denen einer Zugang hatte, je umfassender und sicherer die Informationen waren, über die einer verfügte, um so erheblicher ist seine Schuld, wenn er sich dennoch täuschen ließ oder wenn er nicht dem Maß seiner Informationen entsprechend gehandelt hat oder wenigstens zu handeln versuchte. Anstatt dieses aus der Einsicht in die Konstruktionsbedingungen handlungswirksamer Realitätsdefinitionen gewonnene Maß an alles relevante Handeln gleichermaßen anzulegen, operiert die historisierende Publizistik mit einer gespaltenen Meßlatte:

*Wer optimal informiert war und wenigstens gelegentlich auf den Grund des ›wirklichen‹ Geschehens blicken konnte, darf mit Nachsicht rechnen. Wen propagandistische Desinformation in ›Glaubensüberzeugungen‹ trieb, die objektiv fragwürdig,*

*subjektiv indessen sehr wohl vertretbar waren, muß mit nachträglicher Verurteilung rechnen – weil er desinformiert war!*

Um diese gefesselte Betrachtung aufzubrechen, muß man in aller Klarheit unterstreichen, daß diese Paradoxie einer von interessierter Wissenschaftsseite kräftig unterfangenen, publizistischen Schulddoktrin de facto die seinerzeit ›gut informierten Kreise‹ schützt – und dies wohl auch der Zweck ist. Denn zu diesen informations-privilegierten Kreisen gehörten nicht zuletzt Publizisten aller Berufsränge; welche Konsequenzen hätten sie denn aus der Tatsache ziehen müssen, daß sie jahrelang und oft ganz brutal mit der vollen, häufig mit einer genauso vielsagenden ›halben‹ Wahrheit amtlich kontaminiert waren? Es mag auch unter den Publizisten mehr Mutige gegeben haben, als man heute weiß; aber die Mehrzahl hielt sich doch an das Oktroi – und log auf höhere Anweisung das Volk an. Und nicht wenige von dieser größeren Teilmenge machten nach 1945 und bis in die letzten Jahre hinein in der Publizistik weiter und machten Karriere und wachten über die *historical correctness* und fällten Urteile über alle – nur nicht über sich selbst. Wie also steht es um die Schuld der Wissenden, der gut Informierten, der Denker und Ideenlieferanten, der Schreibtischtäter und der Tatzeugen auf Beobachterposten?

(3.) Da aber nun die von der Historiographie gesicherten Zeugnisse insgesamt doch recht überzeugend dokumentieren, daß das Vertrauen in die Person des ›Führers‹ in ganz erheblichem Maß das Fundament damals durchschnittlicher Realitätsdefinitionen war (und zwar eben gerade nicht nur beim desinformierten Normalbürger, sondern noch viel mehr bei den Wissenden und Gutinformierten), ist es höchst erstaunlich, wo nach dem Krieg, wo vor allem auch in den letzten Jahrzehnten die Stimmen und Bekenntnisse derer geblieben sind, die da so fest ›geglaubt‹ hatten und nach diesem ›Glauben‹ auch handelten. Einige dieser Stimmen sind oben exemplarisch zitiert. Aber sie sind, aufs Ganze gesehen, fast eine Rarität; und wo sie überhaupt vernehmbar werden, stammen sie eher und häufiger von ›kleinen Leuten‹. Auch das erklärt sich.

*Mit dem Anspruch, die ›ganze Wahrheit‹ und die ›wahre Realität‹ des Dritten Reiches aufzudecken und aufzuklären, haben die publizistischen Vergangenheitswächter wiederum im Verein mit correctness-schaffenden Kreisen der deutschen Geschichtswissenschaft im Lauf der Jahre de facto ein Tabu etabliert, das es der Generation der Großeltern und Eltern unmöglich macht, ihre eigenen Realitätsdefinitionen und -erfahrungen aus damaliger Zeit offen vorzulegen. Tun sie es nämlich, so müssen sie fürchten, zumindest mißverstanden, im schlimmsten Falle jedoch als die eigentlich ›Schuldigen‹ und als die ›Unverbesserlichen‹ eingestuft und von den eigenen Kindern an jenen Pranger gestellt zu werden, den eben Geschichte und Publizistik konstruiert haben.*

Dies ist vermutlich die schlimmste, von der Ausgangsparadoxie ableitbare Folge. Sie erlaubt uns nämlich zunehmend weniger zu verstehen, was damals

wirklich geschehen ist. Sie macht zudem fragwürdig, ob wir denn wirklich noch die richtigen Fragen stellen. Sie legitimiert uns scheinbar, unseren Eltern und Großeltern Schuld anzulasten, ohne daß wir die Frage nach unserem möglichen Schuldigwerden hier und heute und unter den gegebenen Umständen unserer Lebenszeit überhaupt zulassen müßten. Das im Namen historischer Aufklärung errichtete Tabu fördert eine Mentalität, die den ›wahren‹ Sündenbock ohne Gefahr für den eigenen Wissens- und Gewissensschlaf zu identifizieren erlaubt.

Aber auch wir Heutigen definieren die Realität unserer Welt nach den nämlichen Schemata, die unsere Großeltern schon hatten. Auch wir beziehen – und müssen es tun! – für unsere Realitätsdefinitionen die entscheidenden Kriterien aus vermittelter Information. Dazu müssen wir den Informanten sowohl wie den Vermittlern trauen. Es bleibt uns anderes nicht übrig, weil jene Bedingungen, die unsere Realitätsdefinitionen bestimmen, durch Autopsie nicht mehr zu beherrschen sind. Sollten wir das den Großeltern und Eltern zum Vorwurf machen? Nun denn, so müssen wir wohl zuerst an uns selbst die Anfrage richten, ob wir uns nicht eben deshalb selbst bereits in vielfache Schuld verstrickt haben, weil auch wir viel zu wenig die Mechanismen nachprüfen, auf denen unsere Informationsmöglichkeiten ruhen – obwohl wir im Unterschied zu den Elterngenerationen die Chancen dazu hätten.

Und sind nicht auch heute schon wieder putzmunter im Umlauf die Ideen vom ›lebensunwerten Leben‹ oder von der Notwendigkeit ›eugenischer Fürsorge‹ oder vom ›Untermenschentum‹ fremder Völker oder von der Sozialbelastung durch die ›unnützen Esser‹, als die da gelten die Pflegebedürftigen, die Behinderten, die Alten vor allem? Diese Ideen sind virulent – und sie vagabundieren doch längst wieder im Ornat der ›Wissenschaftlichkeit‹ durch die Medien und durch das Gesellschaftsbewußtsein. Aber nicht doch, sagt man laut (und meint es vielleicht sogar), heute sind das selbstredend ›gereinigte‹ Ideen, weil von nationalsozialistischer Sprache gereinigt! Daß dies nur ein recht windiger Selbstbetrug ist, haben die Sprachwissenschaften längst überzeugend aufgezeigt.

Wie schließlich sehen die Wertmuster aus, an denen wir unsere Realitätsdefinitionen heute orientieren? Sind sie wirklich ehrenhafter als die unserer vielverleumdeten Großeltern in bitteren Zeiten? Oder vertreten wir heute nicht etwa ganz allgemein geradezu exzessiv jene Erfolgsmoral, die Hitler in nahezu reiner Typik in *Mein Kampf* vorgestellt hat, nach der alle seine Propaganda und alles Streben seiner Getreuen stets ausgestreckt blieb? Solcher Erfolgsmoral sind von Lügen bis zu Menschenexperimenten alle Maßnahmen recht, wenn sie am Ende nur zum erwarteten Nutzen beitragen. Irgendeinen Nutzen herauszustellen und zu propagieren ist indessen immer nur eine Frage geschickter Public Relations. Wie groß ist mithin die Differenz zwischen den alltagsrelevanten Wertmustern jenes ›tausendjährigen‹ Reiches und unseres Alltags an der Schwelle zum Jahr zweitausend wirklich?

Stellen wir – mit einem Wort – wirklich die richtigen Fragen, um aus der Geschichte noch zu lernen?

Wenn wir dies wollen, so müssen wir allerdings mit einem ganz erheblichen Aufwand schon heute, 50 Jahre danach, nicht mehr nur unsere und unserer Väter Vergangenheit, sondern dazu noch *die publizistisch instrumentalisierte Historie bewältigen*, unter der die wirkliche Geschichte inzwischen begraben ist. Wie aber sollen wir die Gegenwart bewältigen, wenn wir – publizistisch deformiert – nicht mehr in der Lage sind, der Vergangenheit die Lehren abzuringen, mit denen wir die Zukunft menschenwürdiger gestalten könnten?

Literaturhinweise:


Aswerus, Bernd M., *Vom Zeitgespräch der Gesellschaft. Eingef. von Hans Wagner*, München 1993 (ex libris kommunikation Bd. 3).

Boberach, Heinz (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, Herrsching 1984, Bd, 2 u. 3.

Deist, Wilhelm, »Überlegungen zur ›widerwilligen Loyalität‹ der Deutschen bei Kriegsbeginn«, in Michalka, Wolfgang (Hrsg.), *Der Zweite Weltkrieg. Analysen – Grundzüge – Forschungsbilanz*, München–Zürich 1989, S. 224–239.

Frei, Norbert, u. Johannes Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, München [2]1989.

Friedrich, Heinz, »Wie erlebt man Geschichte«, in Schubert, Venanz u.a. (Hrsg.), *Der Zweite Weltkrieg und die Gesellschaft in Deutschland 50 Jahre danach*, St. Ottilien 1992, 9–37.

Haffner, Sebastian, *Anmerkungen zu Hitler*, München 1978.

Heringer, Hans Jürgen, *»Ich gebe mein Ehrenwort.« Politik, Sprache, Moral*, München 1990.

*›Historiker-Streit‹. Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung* (Serie Piper 816.), München–Zürich [5]1987.

Kirchner, Klaus, *Flugblatt-Propaganda im 2. Weltkrieg*. Band 1: *Flugblätter aus England 1939/1940/1941*, Erlangen 1978.

Lippmann, Walter, *Die öffentliche Meinung*, München 1964.

›Sammlung Sänger‹ Bundesarchiv Koblenz: ZSg 102/18 (Presseanweisungen Juli 1939–August 1939); ZSg 102/19 (Presseanweisungen September 1939 und Oktober 1939); ZSg 102/46 (Informationsbriefe der Berliner Redaktion der *Frankfurter Zeitung*). (Alles unveröffentlicht.)

Schubert, Venanz u.a. (Hrsg.), *Der Zweite Weltkrieg und die Gesellschaft in Deutschland 50 Jahre danach*, St. Ottilien 1992.

Schütz, Alfred, »Der gut informierte Bürger [1946]«, in *Gesammelte Aufsätze*. Bd. 2: *Studien zur soziologischen Theorie*, Den Haag 1972, S. 85–101.

Starkulla, Heinz, *Marktplätze sozialer Kommunikation. Bausteine einer Medientheorie*, München 1993 (ex libris kommunikation Band 4).

Thomas, William Isaac, *Person und Sozialverhalten* (hrsg. v. Edmund H. Volkart.), Neuwied–Berlin 1965.

Wagner, Hans, *Medien-Tabus und Kommunikationsverbote. Die manipulierbare Wirklichkeit*, München 1991.

Wagner, Hans, »Der Krieg aus der Zeitung. Zu einigen Paradoxien der Historiographie des Zweiten Weltkriegs«, in Schubert, u.a. (Hrsg.), *Der Zweite Weltkrieg und die Gesellschaft in Deutschland 50 Jahre danach*, St. Ottilien 1992, S. 391–480.

Wette, Wolfram, »Die schwierige Überredung zum Krieg. Zur psychologischen Mobilmachung der deutschen Bevölkerung 1933–1939«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 32–33/1989 (S. 3–17).

PAUL-LUDWIG WEINACHT

# Quo vadis Germania?

## Jugend und Nation

»Pfui! Pfui über das schlappe Jahrhundert, zu nichts nütze, als die Taten der Vorzeit wiederzukäuen und die Helden des Altertums mit Kommentationen zu schinden und zu verhunzen mit Trauerspielen.« So explodiert der Räuber Moor in einer Schenke an den Grenzen von Sachsen, nachdem er im Plutarch von großen Menschen gelesen hat, unter die er sich selbst nur allzugerne einreihen möchte: »Ah! daß der Geist Hermanns noch in der Asche glimmte! – Stelle mich vor ein Heer Kerls wie ich, und aus Deutschland soll eine Republik werden, gegen die Rom und Sparta Nonnenklöster sein sollen. (Er wirft den Degen auf den Tisch und steht auf.)«[1]

Jugendtypische Weltansichten waren in der Beurteilung Älterer zumeist durch Hitze des Gefühls, Mangel an Erfahrung und Menschenkenntnis und moralische Unbedingtheit bestimmt; wo davon Abweichungen vorliegen – wie etwa in der Abweichung des Junkers Franz vom Räuber Moor –, da scheint ein Jüngling in der Blüte welk geworden: in diesem Fall gilt er als verdorben, in einem andern als frühreif, in einem dritten als puer senex. Jugendtypische Weltansichten können gesellschaftliche Effekte erzielen, indem sie auf die älteren Generationen zurückwirken, von dort her oder unmittelbar den gesellschaftlichen Diskurs steuern, zum Beispiel dadurch, daß sie die Verständigung innerhalb der jungen akademisch gebildeten Generation bestimmen und in eine Jugendbewegung münden. Jugendbewegungen gibt es in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert. Das Modell lieferten jene zwölf Jünglinge, die die Kultur der Aufklärung infrage gestellt und ihre eigene Lebensart an die Stelle gesetzt haben. Nietzsche verlangte neuerlich hundert solcher Stürmer und Dränger, um mit ihnen das 19. Jahrhundert zu überwinden.

An dessen Beginn standen die Burschenschaften. Einer ihrer Erwecker war der große Fichte mit seinen *Reden an die deutsche Nation*. Deutschland sollte als weltgeschichtliche Nation wiedergeboren werden, und die junge Generation

sollte dieses zuwege bringen: »Nicht die Natur ist es, die uns verdirbt, diese erzeugt uns in Unschuld, die Gesellschaft ist's. Wer nun der Einwirkung derselben einmal sich übergibt, der muß natürlich immer schlechter werden, je länger er diesem Einflusse ausgesetzt ist.« So hoffte er also, und er spricht sie ganz unmittelbar an: »daß Ihr noch fähiger seid eines jeglichen über das Gemeine hinausliegenden Gedankens und erregbarer für jedes Gute und Tüchtige, weil euer Alter noch näher liegt den Jahren der kindlichen Unschuld und der Natur«. Auch wenn die Älteren nichts unversucht ließen, sie von ihren Träumen einer besseren Welt abzuziehen und in die gewohnten Geleise zurückzulenken, so sollten sie doch an ihren Gesichten festhalten; »wie könnte sonst jemals ein besseres Geschlecht beginnen?« Wenn der Schmelz der Jugend und die Schwärmerei von ihnen dereinst abfielen, müßten die »Kunst des Denkens« und der »Charakter« bewahren, was vormals durch Einbildungskraft genährt worden sei.[2]

Eine Jugendbewegung aus Fichteschem Pathos entsteht erst wieder zu Beginn unseres Jahrhunderts. Die Freideutsche Jugend gab ihr im Oktober 1913 auf dem Hohen Meißner das Programm: »aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit«. Es war ein Verhängnis, daß dieser Generation als Feld ihrer Selbstverwirklichung das Schlachtfeld und ihren Überlebenden vielfach ein Leben in sozialer und ökonomischer Bedrängnis und in ungefestigter Republik beschieden war. Die zahlreich besetzten Alterskohorten der Jungen zeigten Deutschland vom Beginn des Kaiserreiches bis zur Mitte unseres Jahrhunderts als ein »junges Volk«.

Aber erst in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg war in der deutschen Geschichte das Wirken einer eigenständigen ›jungen Generation‹ durch alle Schichten und Stände des Volkes zu spüren. Sie bildete nicht einfach die jugendliche Mitgliedschaft von Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, sondern formierte sich »als eigener Stand«, die der älteren Generation mit eigenen Ansichten, Plänen und Forderungen gegenübertrat. Das wurde um so deutlicher, als ein Großteil der Formen und Vorstellungen der älteren Generation mit Kriegsende und Revolution vergangen und zerbrochen war[3]. So hatte auch der Nationalsozialismus, wie von Krockow in seinem Buch über *Die Deutschen in ihrem Jahrhundert* feststellt, »Jugendcharakter«[4]. Durch »Erfassung« nichtorganisierter Jugendlicher und Verbot oder Gleichschaltung konkurrierender Jugendverbände seit dem Ermächtigungsgesetz verstärkte der Nationalsozialismus seinen Jugendcharakter weiter. Kein totalitäres Regime im 20. Jahrhundert, das nicht die jungen Generationen unter die Kontrolle der Staatspartei gebracht hätte – in Mitteldeutschland löste die FDJ die HJ als Monopolorganisation ab. Nur wenigen Verbänden, im kirchlichen Bereich etwa dem Kolping Zentralverband, war unter den Nationalsozialisten für eine Übergangszeit der öffentliche Versuch gestattet, zwischen Abgrenzung und Unterwerfung zu balancieren: »Nur eine starke und opferbereite Kolpingbewegung«, so las man im April 1933 im *Kolpingsblatt*, sei in der Lage, die nötige

Mitarbeit am Staatsaufbau zu leisten. »Stahlhelm und Hitlerbewegung wollen ihre Menschen ganz haben. Wir wollen ebenfalls unsere Mitglieder ganz haben. Wir haben deshalb die Zugehörigkeit unserer Mitglieder zu irgendwelchen anderen Organisationen... abgelehnt und nur in besonderen Fällen eine Ausnahme gestattet. So wollen wir's auch in Zukunft halten.«[5]

Zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entsteht – diesmal von neomarxistischen Ansätzen im Hochschulbereich her – wieder eine Jugendbewegung. Was immer ihre Anliegen waren – sie bewirkt in der Mentalität jüngerer Westdeutscher eine nie gekannte Bereitschaft, an der »silent revolution« von sog. materiellen zu sog. postmateriellen Werten teilzunehmen.[6] Günter Rohrmoser sah darin den jugendtypischen Aufstand des Irrationalismus gegen das rationalistische Formprinzip der Industriegesellschaft.[7] Wolfgang Behr diagnostizierte, was Protagonisten des Jugendprotests selbst zu Protokoll gaben: In der jungen Generation zeige sich die Gesellschaftskrise am klarsten: »Der Jugendprotest ist die einzige nennenswerte Widerstandsbewegung gegen die Entwicklung der Aushöhlung des demokratischen und sozialen Rechtsstaats, wie er im Grundgesetz konzipiert ist.«[8] Christian von Krockow deutete die 68er Bewegung funktional als Moment einer Beschleunigung unaufhaltsamen sozialen Wandels. In der Moderne würden Generationenkonflikte zum zentralen Mittel der Auseinandersetzung, wobei eine Verlagerung vom Objektiven zum Subjektiven hin stattfinde: »aus den einstigen Königsdramen, in denen um schicksalhaft vorgegebene Positionen gefochten wurde, sind Psychodramen des Ich und des Wir geworden, in denen Selbstinszenierungen die Positionen und die Schicksale überhaupt erst erschaffen.«[9]

Mit dem Ende des alten Ost-West-Konflikts kehren objektivierbare Positionskämpfe zwischen Nationalstaaten in Europa und in Übersee und handfeste, vom Überleben der Menschheit diktierte Aufgaben auf die gesellschaftliche und politische Tagesordnung zurück. In der Bundesrepublik unterhaltsam gewordene Selbstinszenierungen geraten dadurch mehr und mehr auf die Feuilleton-Seiten der Zeitung: von »What's left?« (*FAZ*) bis zu larmoyanten Beiträgen einer »National-Debatte« (*FR*). Inmitten des neu zu strukturierenden internationalen Systems, ökonomischer und sozialer Krisen, neuer Migrationen und einer zerbröselnden mittel- und (süd-)osteuropäischen Staatenkarte muß der deutsche Nationalstaat soziale Kohäsion gewinnen, in westeuropäischer und atlantischer Einbindung seine politische Form und seine außen- und bündnispolitische Rolle definieren und nicht nur äußere Imageprobleme, sondern innere Identitätsprobleme zu lösen versuchen. Eine neue Jugendbewegung ist aus alledem bislang nicht entstanden. Es scheint eher, als verharre die Jugend oder das, was sich in einer vergreisenden Gesellschaft an sozialem Protest und neuen sozialen Bewegungen dafür ausgibt, in den Träumen und Albträumen der Altachtundsechziger. Statt das Ende der verordneten Lüge im »realen Sozialismus« aufzuarbeiten und altbundesdeut-

sche Einseitigkeiten zu überwinden, hängt man der Einheit der Nation den Modergeruch der fatalen Rückkehr an (»Viertes Reich«). Und tatsächlich galt Wiedervereinigung bis ins Jahr 1990 hinein als Friedensrisiko, als Gefahr für die Entspannung und mehr und mehr auch für einen demokratischen Sozialismus, wie er in der DDR nunmehr möglich schien, in jedem Falle aber als Rückfall-Risiko, da ein Nationalstaat für Deutsche die hierzulande vorgestellte finale Menschheitsgesellschaft (»offene Republik«) in Gefahr brachte.[10]

Die Nation und ihr Staat – das waren im Osten ideologische Errungenschaften, im West undankbare, ja undenkbare Themen geworden. Beides hat mit der »Vermittlung einer fundierten Wertorientierung« an die Jugend zu tun, wozu das christlich-abendländische Welt- und Menschenbild, aber auch »Kenntnis und Auseinandersetzung mit der Geschichte« gehören.[11] Zur letzteren hat auch Hellmut Diwald mit seinem schriftstellerischen Lebenswerk Beachtliches beigetragen. Es kann jungen Deutschen mit der fachlichen und moralischen Autorität des Historikers sagen, daß ihr Verhältnis zur eigenstaatlichen Vergangenheit nicht darin aufgehen muß, daß sie nostalgisch werden oder daß sie sich von ihren Vätern und Großvätern als »Tätern« lossagen und sich aus der Opfer-Perspektive neue Identität borgen[12]. Wie soll ein Volk auch politisch fortexistieren, das sich wieder und wieder gegen sich selbst kehrt? Kann es seine Rolle in Europa selbstbewußt übernehmen, wenn es seine schwierige Geschichte als ein »Verbrecheralbum« vorgeführt bekommt? Kann es nüchtern abwägen, wie Deutschland, ohne die gewachsene Westbindung in Frage zu stellen, seine wiedergewonnene Mittellage nutzen muß, um das Seinige zur Vermittlung zwischen den Völkern Mittel- und Osteuropas und denen im Westen beizutragen?[13]

Fichtes *Reden an die Nation* nahmen ihren Ausgang von einer moralischen Krise der Gesellschaft und Staatenwelt: von der Selbstsucht. Durch ihre vollständige Entwicklung habe die deutsche Staatengesellschaft in der Herausforderung durch den großen Korsen »ihr Selbst und das Vermögen, sich selbständig Zwecke zu setzen, verloren«. Als Remedium gegen den Selbstverlust durch Selbstsucht empfahl Fichte neue Solidaritäten: »Es bleibt nichts übrig, als ein ganz andres und neues, über Furcht und Hoffnung erhabenes Bindungsmittel zu finden, um die Angelegenheiten ihrer Gesamtheit an die Teilnahme eines jeden aus ihr für sich selber anzuknüpfen.« Als dieses neue sozialmoralische Band gelten ihm Gemeinsinn, Vaterlandsliebe, Nationalgefühl.[14] Lassen sich in Deutschland angesichts des Wettbewerbs zwischen Besitzstandswahrung im Westen und Gleichstellungsdrang im Osten derartige sozialmoralische Ressourcen überhaupt noch in Anspruch nehmen? Ist der Sinn der Jungen für die Geschichte und die Zukunft ihres Landes so weit geöffnet, daß er zur Vaterlandsliebe sich erwärmen könnte? Hat im vereinten Deutschland ein Nationalgefühl eine Chance, das es uns erlaubt, an den politisch-historischen Aufgaben Europas aktiv und selbstbewußt teilzunehmen? Natürlich werden solche Fragen in einem, wie wir hoffen, auch in

Zukunft freien und demokratischen Lande dadurch entschieden, daß man das in Frage Stehende verwirklicht, also daß Gemeinsinn in Anspruch genommen, an Vaterlandsliebe appelliert, ein Mindestmaß an Nationalgefühl unterstellt wird. Indes wollen wir zur Klärung des Sachverhalts solange nicht zuwarten, sondern wenden uns Befragungen zu, mit denen wir in die Gemütslage deutscher Jugendlicher hineinzuleuchten versucht haben.

### *Umfrage unter Studenten in alten und neuen Ländern*

Das Haus der Bundesrepublik beherbergt seit dem 3. Oktober 1990 die Bevölkerung des Ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates. Diese hatte bekanntlich die Erschütterungen des Sowjetsystems zur inneren Demokratisierung genutzt. Die meisten unter den Intellektuellen und Studenten standen damals auf der Seite des Aufrufs »Für unser Land«. An den Bekundungen der Bevölkerung in den südlichen Bezirken der DDR für ein einiges Vaterland hatten sie nur geringen Anteil. Eine Studie über Studenten in den neuen Ländern trug den vielsagenden Titel: »im Abseits der Vereinigung«. Gleiches gilt übrigens für die Studenten in der alten Bundesrepublik: die meisten warteten auf das Zeichen zum Abmarsch in eine postnationale Gesellschaft.

Im Wintersemester 1990/91 fuhr ich von der Universität Würzburg aus mit einem Gastwissenschaftler aus den USA an die Universitäten Frankfurt am Main, Halle, Leipzig. Wir machten eine der ersten Studentenumfragen im vereinten Deutschland; sie wurde 1991 im *Deutschland-Archiv* abgedruckt. Zwei Jahre darauf wiederholte ich die Umfrage und bezog die Pädagogischen Hochschulen in Erfurt und in Freiburg i.Br. mit ein. Die Ergebnisse dieser zweiten Umfrage sind ebenfalls im *Deutschland Archiv* erschienen.[15] Bei unserer Recherche gingen wir von der Überlegung aus, daß das Staatsschiff der Bundesrepublik vorerst unter der Kontrolle von Westpolitikern bleibe, also ungefährdet sei; so ungefährdet, wie es sich gegenüber der Kandidatur des Nonkonformisten aus der DDR-Gesellschaft, Steffen Heitmann, erweisen sollte, über den sie bald rauhbeinig, bald hämisch-brüchig herzogen und seine Botschaft ebenso chancenlos machten wie seine Bewerbung, die er daran band. Allerdings gingen wir auch davon aus, daß auf mittlere Sicht das deutsche Staatsschiff insbesondere dann auf Kurs bleiben könne, wenn die künftigen Eliten ein Mindestmaß an Gemeinsamkeiten aufwiesen oder doch zu entwikkeln bereit und in der Lage wären. Waren nach 40 Jahren noch Gemeinsamkeiten zu erwarten? Und welcher Art wären sie?

1. Unser erstes Interesse galt den Vorstellungen, die unter Studenten zur Rolle des vereinten Deutschlands in der Welt vorhanden sind. Wir waren skeptisch, ob es zwischen den akademischen Nachwuchskadern einer sozialistischen Funktionärsgesellschaft und den Angehörigen westlicher Massenuniversitäten übereinstimmende Orientierungen gäbe.

2. Sodann ging es uns um das innere Verhältnis zwischen den Studenten der DDR, die wir seit dem Jahr 1990 bald »Ost«-Deutschland, bald neue Länder nennen, und denen der sog. alten Länder der Bundesrepublik, die über Nacht zur »Alt«-Bundesrepublik geworden war. Wir erwarteten manche wechselseitige Vorbehalte, innere Mauern. Denn vielen West-Studenten fehlte es an Empathie mit ihren Ost-Kommilitonen und diesen an »lebenswichtigen Innenorientierungen«, so daß es bei ihnen – wie der Hallenser Psychotherapeut Maaz es sieht – zu einem bislang nie erlebten »Gefühlsstau« kommen mußte.[16] Was würden die Folgen für die Einheit der Deutschen sein?

3. Schließlich ging es uns um das Verhältnis der beiden Studentenschaften zur politisch-moralischen Befindlichkeit der Nation und der Last ihrer, wie es schon heißt, »doppelten Vergangenheit«. Hätte Hellmut Diwald mit der Vermutung recht, die er in *Deutschland einig Vaterland* mitteilt, daß »die Mauern um unser Bewußtsein auch dann noch« stehen würden, »wenn die äußeren Mauern schon längst zertrümmert und abgetragen sind« – nämlich das bewußtlose Einverständnis mit der entwürdigenden Lage der Deutschen in der Welt, die er – polemisch zugespitzt – als eine Langzeitwirkung besatzungspolitischer Umerziehungsmaßnahmen deutet?[17]

Zu 1. Mit einigem Erstaunen bemerkten wir, daß die Studenten in den neuen Ländern zur Rolle des vereinten Deutschlands in der Welt ähnlich denken wie ihre Kommilitonen in den alten Ländern: Das Land erscheint ihnen als Großmacht auf leisen Sohlen, es darf diplomatisches und wirtschaftliches Gewicht für sich beanspruchen, soll aber militärisch oder machtpolitisch unambitioniert bleiben. Ein Grenzenproblem, so scheint es, existiert nicht mehr für sie. Das Land ist territorial saturiert. Nur jeder zehnte im Westen und jeder zwanzigste im Osten will im Blick auf Schlesien oder Ostpreußen den heutigen Grenzverlauf noch einmal diskutieren. Zu den europäischen Nachbarn wünscht man gute und enge Beziehungen, an erster Stelle – in Ost wie in West – zum Land Gorbatschows und Jelzins; engere Beziehungen mit Frankreich und Polen, Japan und Großbritannien folgen auf den Plätzen. Erst wenn man negativ fragt, zu welchem Land das vereinte Deutschland auf Distanz halten solle, ergeben sich Unterschiede: Oststudenten nennen häufig Israel, Weststudenten häufig China an erster Stelle. Den einen steckt ganz offensichtlich die antizionistische und pro-palästinensische Propaganda der SED in den Knochen, den anderen die West-Berichte über den Platz des Himmlischen Friedens. Unter den Staaten, zu denen auf Distanz gehalten werden soll, gehören – wenn auch ohne Schärfe – auch die USA. Völliges Einvernehmen besteht hinsichtlich der Länder der Dritten Welt: Entwicklungshilfe dürfe trotz steigender Kosten für die Wiedervereinigung nicht gekürzt werden, meinen 9 von 10 Befragten. Was die Vereinten Nationen und ihren Sicherheitsrat angeht, so stimmen die meisten damit überein, daß Deutschland sich um einen

ständigen Sitz bemühen solle: drei von vier Oststudenten und zwei von drei Weststudenten sind dieser Meinung. Militärische Folgen soll eine solche Option für Deutschland jedoch nicht haben – hier sind sich vor allem die Oststudenten einig.

Das sicherheitspolitische Meinungsfeld erweist sich als einigermaßen schwierig. Schließlich hat man in Leipzig und in Würzburg in feindlichen Armeen gedient. Ein Verbleib in der NATO war zunächst nur im Westen mehrheitsfähig. (Dort hatte man freilich nicht über die Konditionen diskutiert, zu denen die Bundesrepublik ihren Mitgliedsstatus sichern sollte – ob als gleichberechtigt oder, wie es heute der Fall ist, mit einseitig festgeschriebenen Rüstungsbeschränkungen und mit internationalen Truppenkontingenten auf seinem Territorium.) Schon zwei Jahre nach der ersten Befragung ging der Widerstand unter den Oststudenten zurück: 46% von ihnen bejahen jetzt den NATO-Status Deutschlands, und nur 29% bleiben ablehnend. Im Westen klettert derweil die Zustimmung zur NATO auf acht von zehn, und nur einer von zehn beharrt noch auf Austritt. Höhere Zustimmungsraten als die NATO findet im Osten ein rein europäisches Verteidigungsbündnis: gut die Hälfte der befragten Studenten fände es gut, im Westen gar drei von vieren. Es verdient Beachtung, daß ein europäischer Atomwaffenpool mit deutscher Beteiligung als zustimmungsfähig gilt. Was vor wenigen Jahren noch von der Friedensbewegung gefordert war, Abrüstung um jeden Preis, notfalls gar die einseitige Auflösung der Bundeswehr, ist der Schnee von gestern: 53% im Osten, 71% im Westen lehnen sie heute ab, nur jeder dritte Oststudent und gerade einmal 16% der Weststudenten wären dafür.

Erstaunlich ist die Übereinstimmung in dem, worin sich Deutschland international auszeichnen solle. Wir gaben neun Möglichkeiten vor: vorn liegen in Ost und West gleichermaßen 1. der Umweltschutz, 2. soziale Sicherheit. 3. Bürgerrechte. Am Ende stehen die Musen und das Militär. Bei soviel Harmonie fragt man sich, worin denn nun die Auswirkungen der Erziehung in Margot Honeckers sozialistischer Volksbildung liegen. Wir fragten daher nach den alten Idealen. Zwei Sätze standen dafür zur Auswahl. Der erste lautet:

> a) »Der Marxismus-Leninismus hat Millionen von Menschen um ihre Zukunft betrogen. In seinem Namen wurden schreckliche Verbrechen begangen und fortwährend die Menschenrechte verletzt. Er ist und bleibt diskreditiert.«

Dieser Satz erhält unter fünf Befragten nur von einem die Zustimmung – im Westen sind es gerade einmal 36%. Der zweite Satz lautet:

> b) »Der Marxismus-Leninismus beruht auf Prinzipien, die gut sind, aber schlecht ausgeführt wurden. Besser eingesetzt, könnten sie für die Welt von morgen hilfreich sein.«

Diesem Satz stimmen drei von vier Oststudenten zu! Im Westen erhält er immerhin 57% Zustimmung, die meiste übrigens von Lehrerstudenten an

einer baden-württembergischen PH (Freiburg: 66%!). Anders als im Westen dürfte man in Leipzig, Halle und Erfurt durchaus vertraut damit sein, was die Formel Marxismus-Leninismus meint. Während sie hierzulande womöglich vage eine rot-grünen Tendenz wachruft, bezeichnet der ML in der ehemaligen DDR die zur Selbstrechtfertigung dienende Doktrin der kommunistischen Partei, ihre wissenschaftliche Weltanschauung mit Normen wie Parteilichkeit, Klassenkampf, Diktatur des Proletariats, Materialismus und Atheismus. Gewiß muß offenbleiben, welche dieser Normen noch aktuell sind und welche in den Hintergrund treten. Es bleibt die Vermutung, daß so, wie im Westen die 68er Generation mit den Idealen der Frankfurter Schule durch die Institutionen marschiert ist, wo sie in den Medien, in den Wissenschafts- und Bildungsinstitutionen, in Gerichten zu Einfluß gekommen ist, auch die DDR-Jugend durch die Institutionen marschieren wird.

Halten wir also fest: Deutschlandpolitisch liegen die Studenten gar nicht so weit auseinander, man möchte von einem epochen- und jugendspezifischen, von einem bildungsspezifischen Gleichklang sprechen. Unterschiede zwischen Ost- und Weststudenten zeigen sich in ihrem Verhältnis zur Bundeswehr, zu Israel bzw. China und zur marxistisch-leninistischen Ideologie. Da man aber weitere Angleichungsprozesse erwarten darf, geht man wohl nicht fehl, wenn man die bereits erkennbaren Gemeinsamkeiten betont. Demnach haben wir aus vierzigjähriger Spaltung der Nation nicht zwei, sondern eine, wenngleich in sich keineswegs einheitliche akademische deutsche Jugend zurückerhalten.

Zu 2. Wie sieht diese Jugend ihre Einspannung in die west-östlichen Teilgesellschaften? Welche sozialpsychologischen Distanzen machen sich bemerkbar?

Als grundlegende Herausforderung, in der alle weiteren Probleme verortet sind, gilt uns die Systemtransformation, die zunächst die DDR-Gesellschaft, im weiteren aber auch die BRD-Gesellschaft betrifft. Die vormaligen DDR-Bürger empfinden keine Bringschuld für einseitige Anpassungsleistungen, sondern wünschen einen Äquivalenten-Tausch. Das beschwörende Wort heißt Errungenschaften – irgendwie muß es sie doch geben: als Recht auf Arbeit, kostenlose Kinderkrippen und Kinderhorte und Ähnliches. Die tatsächliche Machtlosigkeit der bankrotten DDR, die bereits Lothar de Maizière erfahren mußte, provoziert Ressentiments gegen die Sieger, steigert das Leiden an tatsächlicher oder empfundener Zweitklassigkeit. Ein in Erfurt an der Pädagogischen Hochschule tätiger West-Kollege beschrieb die Empfindlichkeit seiner neuen Umgebung so: »Die Nerven liegen bloß.«

Man erwartet schuldigen Respekt und mißt ihn an der Anerkennung der Intelligenzrente, drängt im übrigen auf Gleichstellung der Einkommen und Lebensverhältnisse. Im Westen hat man damit, wie man weiß, gute Weile und verlangt vorab die Anhebung von Produktivität, Vermarktungsfähigkeit und

Rentabilität auf Westniveau. Im Osten erwartet man, was im Westen viel zu wenig beachtet wird, die Berücksichtigung der demokratischen Erfahrungen aus den Wende-Monaten. Umgekehrt meint man im Westen, daß nach 12 Jahren NS-Diktatur und über 40 Jahren SED-Diktatur der Beitritt zum Grundgesetz die erste Begegnung mit Demokratie darstelle, man erwartet – auch wenn das Wort nicht benutzt wird – Bereitschaft zur (Selbst-) ›Umerziehung‹. Nichts zeigt das programmierte Mißverständnis deutlicher.

Weststudenten halten eine beschleunigte Angleichung der Lebensverhältnisse überwiegend für richtig. Auch wächst die Zahl derer, die dafür eine Stagnation des westlichen Lebensstandards in Kauf nehmen wollen. Allerdings wächst im Osten die Ungeduld: 1991 lagen die Antworten beider Gruppen 24 Prozentpunkte auseinander, 1993 – trotz des Nachrückens der westlichen Seite – 29 Prozentpunkte. Das heißt: mehr als drei Viertel aller Oststudenten möchten, daß Westdeutsche mit Lohnzuwächsen warten, bis die neuen Länder nachgekommen sind, im Westen ist dazu knapp jeder zweite Student bereit. Wohlgemerkt: Studenten, deren Vertreter schon 1994 heftig gegen ein Einfrieren der BAFÖG-Höchstsätze protestierten.

Auf beiden Seiten bemüht man sich, unnötige Distanzierungen wie zum Beispiel Ossi- und Wessi-Redereien zu unterlassen. Man appelliert an Tugenden des zivilen Verkehrs: an Toleranz, Verständnis, Einfühlung. Solche Appelle werden im Westen eher als Selbstverpflichtung verstanden, im Osten zumeist als Anruf an die Gegenseite. Denn tief sitzt bei Oststudenten der Stachel, daß man einen Vorzugsplatz eingebüßt habe, auf dem man saß: im Verhältnis zur Masse der Werktätigen, zum COMECON, nicht zuletzt zur imperialistischen BRD, die aus ideologischen Gründen auf der Verliererseite der Geschichte zu stehen schien.

Wir achteten auch auf Hinweise auf persönliche Anstrengungsbereitschaft. Uns schien, als hielten sich viele unter den Oststudenten in diesem Punkt zurück. Sie möchten nicht glauben, daß die Lösung von Problemen, die zur Vereinigungskrise gehören, von ihnen selbst abhinge. Sie hofften auf gesellschaftliche Vorleistungen, wie sie typischerweise von der Politik erbracht werden. Politiker werden dabei an hohen Maßstäben gemessen. Man verlangt nämlich, sie müßten nicht nur kompetent, also fachmännisch einwandfrei sein, die Lage real einschätzen, ihre Politik orientierter gestalten, man erwartet auch, daß sie uneigennützig handeln. Längst vor den spektakulären Minister-Rücktritten der Jahre 1993 und 1994 schrieb ein Student in Halle den Satz auf: »Politiker dürfen nicht Wasser predigen und Wein saufen.« Unsere These, kein Politiker habe es verstanden, der Jugend die Herausforderung klarzumachen, die die deutsche Einheit für unser Volk darstelle, wurde in Ost und in West von 8 von 10 Befragten mit bitterer Zustimmung quittiert. Gerade unter Jungakademikern in den neuen Ländern ist Politikverdrossenheit groß. Dahinter verbergen sich die Erfahrung konsensgetragener Wende-Bestrebungen, die Nichterfahrung einer auf parlamentarische Mehrheiten ausgehenden

Parteiendemokratie mit dem Recht auf verfassungsmäßige Ausübung der Opposition, die Überzeugung, daß nicht alles im untergegangenen SED-Staat schlecht gewesen sei, und das düstere Gefühl, man werde erst dann im vereinten Deutschland anerkannt, wenn man nach westdeutscher Pfeife zu tanzen verstehe. Enttäuschungen über mangelnde kollektive Orientierung und nationale Erneuerung im Einigungsprozeß spielen sicherlich auch eine Rolle.

Fassen wir zusammen: Oststudenten brauchen die vielberufene inwendige Mauer als Puffer gegen Verletzungen des geschundenen Selbstwertgefühls. Vorerst ist sie ihnen unentbehrlich. Sie könnte erst dann entfallen, wenn keine kollektive Deklassierung mehr droht. Der Westen muß diese Gemütslage der Neubundesbürger als Teil der nationalen Gesamtsituation in Rechnung stellen. Bereitschaft zum Teilen, wie es vom letzten Ministerpräsidenten der DDR gefordert worden war, ist in der studentischen Generation vorhanden, doch wächst die Ungeduld schneller als die westliche Bereitschaft, auf sie einzugehen. Schließlich das Unbehagen an der Politik: es ist im Osten größer als im Westen. Politiker werden als Torhüter einer besseren gesellschaftlichen Entwicklung angesehen, und sie werden schnell zu Sündenböcken.

Zu 3. Wie begreift die studentische Generation ihr Verhältnis zur Nation? Hat sie es womöglich preisgegeben, wie dies Hellmut Diwald anzunehmen scheint, wenn er von geistig-politischen Folgewirkungen der Reeducation-Politik im heutigen Deutschland redet?

Wir stellten in einer jugendlichen Bevölkerung, von der man weiß, daß sie europaweit die niedrigsten Werte an nationalem Stolzempfinden bekundet, die Frage, ob Nationalgefühl im vereinten Deutschland eher stärker werden, gleich bleiben oder eher schwächer werden solle. 1991 ergab diese Frage einen Anteil von nur 12 Prozent im Westen und von 11 Prozent im Osten für eine Stärkung. 1993 erholte sich dieser Niedrigstand im Westen auf wenigstens 18%, im Osten auf gerade einmal 14%. Die Weststudenten meinen überwiegend, daß das Nationalgefühl bleiben solle, wie es sei. Im Osten überwiegt die Ansicht, daß es schwächer werden solle. Die Motive für den östlichen Nationalverdruß hängen gewiß mit dem unmittelbaren Anlaß zusammen, der die Wiedervereinigung möglich und nötig gemacht hat, nämlich mit dem Bankrott der DDR. Wie soll sich auch einer, dessen Ideale in den untergegangenen Staat eingebunden waren und zu einem guten Teil noch immer sind, im neuen Staat mehr Nationalgefühl wünschen?

So wäre denn gar kein Gefühl für Stolz in der jungen Akademikerschaft vorhanden? Wir machten einen Test auf Reeducation-Befangenheit im Sinne Diwalds. Wer annimmt, die Jungen seien davon nicht frei, kann sich von einem Drittel westdeutscher Studenten darin bestätigt sehen; denn soviele waren es, die die NS-Vergangenheit als Grund dafür nennen, daß man als Deutscher keinen Stolz empfinden könne, diesem Volk anzugehören. Von den Oststu-

denten sagt das nur jeder Vierte. Die anderen bevorzugen die Alternativ-Aussage, daß man Deutschland nicht immerzu im Spiegel seiner NS-Vergangenheit beurteilen solle. Im Westen stimmen dem 54%, im Osten 57% zu.

Keine bloße Sache des Dafürhaltens, sondern der Wirklichkeitserfahrung ist es, ob die Deutschen mit der erreichten Einheit aus dem Schatten des Dritten Reiches herauskommen. 1991, als wir die Frage zum erstenmal stellten, antwortete jeder zweite westdeutsche Student mit ja, von den ostdeutschen waren es zwei Drittel. Nach den Vorgängen um Hoyerswerda und Mölln blieben davon noch 30% im Westen und 29% im Osten übrig. Jedermann hatte erfahren, daß auch im vereinten Deutschland Ausschreitungen gegen Immigranten im Kontext von Vergangenheitsbewältigung interpretiert werden. Ob dies gerechtfertigt ist, mag hier auf sich beruhen.

Was ist das für ein Volk, dem die Jungakademiker sich zugehörig wissen? Für Weststudenten hat das Volk der Deutschen, wie wir auch aus anderen Umfragen wissen, noch religiöse Merkmale. Im Osten sieht man das so nicht mehr; viele fürchten sogar, daß mit der Vereinigung die Religion an Einfluß gewinnt. 1991 waren im Osten 54% davon überzeugt; in zum Teil sarkastischer Form hieß es: ja, die Religion werde wieder wichtiger werden, aber das bedeute, daß »die Humanität« dadurch um Jahre zurückfalle. Im Westen war man sich über die einigungsbedingte Schwächung des öffentlichen Religionsstatus früher im klaren, das wird inzwischen auch im Osten so gesehen (noch 35%).

Was den Vätern und Großvätern in der Tradition der Herder und Fichte noch als »Volkstum« galt und hohe Bedeutung besaß, scheint kein prominentes Merkmal mehr am deutschen Volk zu sein. Die antifaschistische Frontstellung gegen das »Völkische«, die populäre Tendenz in Richtung Soziologie, die Unsäglichkeit sogenannter ethnischer Reinigungen in Südosteuropa und der grassierende Multikulturalismus im Westen haben nachhaltig auf die studentische Vorstellungswelt eingewirkt. Beachtlich bleibt, daß das Recht auf politisches Asyl in Ost und West gleichermaßen akzeptiert wird; von der Öffnung gegenüber der neuen Immigration profitiert aber auch die Armutswanderung. Einreiseschranken gelten unter Studenten nur in wenigen Fällen als sittlich gerechtfertigt. Dazu gehören zum Beispiel Wohnraumprobleme oder begrenzte Sozialhaushalte der öffentlichen Hand; daß auch die kulturelle Identität der Deutschen eine gerechtfertigte Schranke darstellen könne, wird kaum von einem Zehntel der Befragten akzeptiert – da machen Ost und West keinen Unterschied.

Fassen wir auch diesen Punkt zusammen: Die jungen Akademiker haben ein gedämpftes Nationalempfinden. Es ist – besonders im Osten – für kollektive Ehre keineswegs unempfänglich und hält auch im Westen zwei Drittel der Studenten nicht davon ab, eine ständige Bespiegelung der Deutschen in NS-Vergangenheit als falsch zu bezeichnen. Indes sehen sie klar, daß die fremdenfeindlichen Aktionen der Jahre 1992 und 1993 Deutschland nicht aus dem

Schatten des Dritten Reiches herauskommen ließen. Das Volk, dem sie sich zurechnen, hat eine nur schwache religiöse und ethnisch eine kaum wahrnehmbare Identität.

Eine Generation deutscher Studenten steht am Tor zur Zukunft unseres Landes und Europas, die von keiner Jugendbewegung erfaßt worden ist. Die geschichtliche Position, von der her sie geistig-politisch agiert, ist – bei allem Gleichklang der Meinungen und Empfindungen – derzeit noch ungefestigt. Man möchte sagen, daß es ebenso erstaunliche Parallelen zwischen den Jungen wie Unterschiedlichkeiten, ja Brüche zwischen ihnen und den Älteren gibt. So ist die Rede von zwei Gesellschaften in Deutschland auf eigenartige Weise aktuell: sie meint nicht die Trennung in eine westliche und eine östliche Gesellschaft, sondern in eine Gesellschaft, die an nationalstaatliche Traditionen anschließt, wie sie noch im Parlamentarischen Rat Gemeingut der Parteien waren und auf die der Ruf nach Deutschland als einigem Vaterland dann 40 Jahre später zielte, und jene andere Gesellschaft, für die die eigene Welt mit der revolutionären Arbeiterbewegung bzw. mit dem Untergang des »deutschen Faschismus« allererst begonnen hat.

Ein zwanzigjähriger Leipziger Student will die Vereinigung der Deutschen so angehen: »Abbau des Koloniegedankens von seiten der Alt-BRD. Verstärkung, Vernunft und Selbstvertrauen der Ex-DDR, das sie mehr haben als Alt-BRD, um endlich einen wirklichen Staat aufzubauen.« Quo vadis, Germania?

## Anmerkungen

1. Friedrich Schiller, *Die Räuber*, Erster Akt, 2. Szene, in: *Bibliothek deutscher Klassiker für Schule und Haus*, 7. Bd., *Schillers Werke I*, Freiburg Br. 1905, S. 340.

2. Johann Gottlieb Fichte, *Reden an die deutsche Nation*, Leipzig ( Reclams Universal Bibliothek Nr. 392/93), S. 242 ff. Der idealistische Nationalismus nimmt – geradeso wie der Kosmopolitismus moralisierender Aufklärer – ein gut Teil an säkularer Religiosität in sich auf. Insoweit ist Thomas Nipperdeys im übrigen vorzügliche Analyse des *Romantischen Nationalismus* zu ergänzen, wenn er anmerkt: »Nation bekommt religiöse Prädikate: unendliche Dauer, Zukunft des Heils, Brüderlichkeit, Liebe zu Vaterland und Nation, das wird die höchste Form der Nächstenliebe, in der der einzelne sich erfüllt.« Die entsprechenden Prädikate entfallen in der Gegenideologie auf Menschheit und Welt. Ders., *Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays*, München (dtv) 1990, S. 138.

3. Hans-Christian Brandenburg, *Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation*, Köln [2]1982, S. 16. Vgl. aus der Bewegung selbst das Buch von Günter Gründel, *Die Sendung der jungen Generation*, München 1932.

4. Christian Graf von Krockow, *Die Deutschen in ihrem Jahrhundert, 1890–1990*, Reinbek 1990, S. 313 (Die Bemerkungen über die Jugend in dem den 68ern gewidmeten Kapitel: »Der Aufbruch und die Ängste«.) Der Autor v. Krockow schließt sein Buch über die Deutschen bezeichnenderweise mit der Maueröffnung des 9. November 1989, nicht mit dem 3. Oktober 1990. Das geschieht nicht nur aus verlegerischen Rücksichten, sondern auch aus solchen eines spezifischen Verfassungspatriotismus. Die Gründung der Bundesrepublik wird nicht unter dem nationalen Vorbehalt gesehen, unter dem sie faktisch und normativ stattfand (Präambel und Geltungsdauer-Artikel des Grundgesetzes), sondern als »Befreiung vom Reich« (S. 289). Die verbindlich anzustrebende staatliche Einheit in Freiheit gilt ihm als »Illusion« oder »Lüge« (S. 294).

5. Heinz-Albert Raem, *Katholischer Gesellenverein und Deutsche Kolpingsfamilie in der Ära des Nationalsozialismus* (=Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B, Bd.35), Mainz 1982, S.42.

6. Der amerikanische Soziologe Ronald Inglehart hat dazu zahlreiche Veröffentlichungen vorgelegt, materialreich seine international vergleichende Darstellung: *Kultureller Umbruch, Wertwandel in der westlichen Welt*, aus dem Engl. von U. Mäurer, Frankfurt/M. 1989.

7. Günter Rohrmoser, »Die Chancen der Jugend in einer offenen Gesellschaft«, in ders., *Krise der politischen Kultur*, Mainz 1983, S. 369; zur historischen Einordnung des Phänomens S. 368–371.

8. Wolfgang Behr, *Jugendkrise und Jugendprotest*, Stuttgart u.a. 1982, S. 164.

9. v. Krockow, aaO., S. 314 f. Die These, die v. Krockow in seinem Buch verficht, kann als Komplement zu Ralf Dahrendorfs *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* gelesen werden (München 1965): Dahrendorf zeigt Deutschland als das Land, das mit der politischen Freiheit auf Kriegsfuß stand. Die deutsche Frage sei die Frage des politischen Liberalismus. v. Krockow stellt seinerseits die Behauptung in den Mittelpunkt, daß Deutschland mit der Gleichheit auf Kriegsfuß gelebt habe: der (negative) Held seiner Erzählung ist daher nicht das deutsche Volk in seinen Gliederungen, Ständen, Landsmannschaften. konfessionellen Einheiten, sondern »die deutsche Konterrevolution«, die »auf die Wiederherstellung des herrschaftlichen, auf die Vernichtung des durch Gleichheit begründeten Selbstbewußtseins zielte« (S. 342). Um die revolutionäre Triade vollständig machen, wäre nunmehr ein Buch zu benennen, das die These verficht, in Deutschland mangele es an Solidarität bzw. an Brüderlichkeit. Hellmut Diwald hat sein letztes Buch in der Annahme geschrieben, daß die Wiedervereinigung uns die Möglichkeit eröffne, »die Selbstfindung unseres Volkes mit seiner Selbstachtung eins werden zu lassen« ( in: ders., *Deutschland einig Vaterland, Geschichte unserer Gegenwart*, Frankfurt/M.–Berlin 1990, S. 11). Für jede Durcharbeitung der zugehörigen These wäre das ein unverzichtbarer Gesichtspunkt.

10. Heiner Geißler in der *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung* vom 17. 6. 1993 unter der Überschrift »Hinweis auf das Deutschtum ist eine Phrasendrescherei«: »Die gute Zeit der Deutschen waren die Perioden ihrer Geschichte, in denen sie sich nicht nationalstaatlich organisiert hatten, in einem offenen Land lebten und liberal genug waren, den Gedanken der Aufklärung zu folgen und das Universale über das Nationale zu stellen.« Läßt man Humanismus und Reformation im genannten Sinne als Momente von Aufklärung gelten, würde Geißler gewiß erschrecken, wenn er gewahr wird, daß es just seine Kriterien waren, die Deutschland auch zum europäischen Kriegstheater werden ließen. Die Jahre 1618 bis 1648 waren schwerlich eine »gute Zeit der Deutschen«. Umgekehrt sicherte der deutsche Nationalstaat von 1871 den Deutschen nicht nur eine über 40jährige Friedensperiode aus eigener Kraft, sondern förderte auch das deutsche Ansehen in der Welt.

11. *Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern*, Grünwald 1993, S. 34. Das neue Grundsatzprogramm ordnet die »geschichtliche Bewährungsprobe für das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Solidarität aller Deutschen« unter dem sozialethischen Grundsatz der »Verantwortung für das Gemeinwohl« ein, was in der abendländisch-christlichen Werteordnung Sinn macht. Unter »Einheit Europas in Partnerschaft« wird dann die »Herausforderung« der Europäischen Union »für die nationale Identität der Deutschen« erwähnt, aber nicht näher erläutert.

12. Eine vorläufige Diwald-Bibliographie hat Rolf-Josef Eibicht mitgeteilt in dem Heft: *Hellmut Diwald. Sein Vermächtnis verpflichtet zum Handeln, Anmerkungen zu unserer kriminalisierten und gestohlenen Geschichte* (= Junges Forum, Nr. 5/6), Hamburg 1993, S. 38.

13. Es geht hier nicht um die nachhabsburgische Mitteleuropa-Debatte, auch nicht um ein »Brücken-Konzept«, wie es in der unmittelbaren Nachkriegszeit Jakob Kaiser vertreten hat (in kritischer Perspektive vgl. Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungs-*

*herrschaft 1945–1949* (=Politica), Neuwied 1966, S. 316–330; mit Sympathie für Kaisers Person und Ideenwelt vgl. Tilman Mayer, »Jakob Kaiser – die soziale und nationale Herausforderung, Einleitung«, in *Jakob Kaiser, Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl*, Köln 1988, S. 62–69), sondern um eine Neubestimmung der politischen Rolle Deutschlands: Nach der Beendigung seiner Rolle als Doppel-Frontstaat im Kalten Krieg und in der Phase der Entspannung als Testgelände für Normalisierungen der Blockbeziehungen geht es jetzt darum, als Mitglied der westlichen Gemeinschaften und gegenüber seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarn eine angemessene Position einzunehmen.

14. Fichte, aaO., S. 10 und 13.

15. Verf. und Natir G. Sara: »›Deutschland sollte...‹, Meinungen von Studenten in Ost und West über Deutschland heute«, in *Deutschland-Archiv*, 10/1991, S. 1065 ff. Verf. und Martin Beisler, »›Einen wirklichen Staat aufbauen...‹, Studenten in Deutschland – zwei Jahre nach der Vereinigung«, in *Deutschland-Archiv*, 11/1993, S. 1279 ff.

16. Hans-Joachim Maaz, *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR* (= Knaur Tb), München 1992.

17. Hellmut Diwald, *Deutschland einig Vaterland, Geschichte unserer Gegenwart*, Frankfurt/M.–Berlin 1990, S. 97.

Dieter Blumenwitz

# Die Rolle des Grundvertragsurteils für die deutsche Wiedervereinigung

Hellmut Diwald gehörte zu den wenigen deutschen Historikern, denen die Kontinuität des Deutschen Reiches über die militärische Kapitulation 1945 und die beiden Staatsgründungen 1949 hinaus nichts Fremdes oder gar politisch Unerwünschtes war. Sein Geschichtsverständnis bemühte sich immer um Unabhängigkeit von volkspädagogischen Vorgaben – und er akzeptierte die anderen wissenschaftlichen Disziplinen in ihrer jeweiligen Eigenart und ihrem Selbstverständnis. Diwald war sich zeitlebens bewußt, daß die Frage des Untergangs oder Fortbestehens des Deutschen Reiches trotz aller politischer Irritationen nur anhand juristischer Kriterien entschieden werden konnte[1], während die meisten seiner Fachkollegen – wissenschaftswidrig – anhand einer unzulässigen »historisch-politischen Interpretation« der Geschehnisse die Zerschlagung des deutschen Staates im Jahre 1945 behaupteten.[2] In dieser Situation war es das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), das über Jahrzehnte hinweg den Faden des Rechts unbeeindruckt von tagespolitischem Wunschdenken in der Hand gehalten und durch unmißverständliche Betonung der staatsrechtlichen Einheit Deutschlands und des grundgesetzlichen Wiedervereinigungsgebots die Entwicklung der Jahre 1989/90 maßgeblich beeinflußt hat.

## *I. Die deutschlandpolitische Ausgangslage*

Trotz der verheerenden Niederlage im Zweiten Weltkrieg war in Deutschland nach 1945 das Bewußtsein lebendig, daß die Deutschen *ein* Volk sind und über die Besatzungszonen hinweg zusammengehören und zusammenleben wollten: ohne nostalgischen Rückblick, ohne die Hypothek einer Dolchstoßlegende, ohne historisierende Abkehr von der Gegenwart[3]. In Zuwendung zur Gestaltung der Nachkriegsgegenwart gingen Politiker in Ost und West zunächst übereinstimmend von der politischen Einheit der Deutschen aus[4]. In

ihrem Grundgesetz schrieb die Bundesrepublik 1949 die gemeinsame politische Auffassung, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 fortbesteht, verfassungsrechtlich fest[5]. Konrad Adenauer bezeichnete die DDR konsequent als »sowjetisch besetzte Zone Deutschlands« (SBZ).

Aber bereits Ende der fünfziger Jahre vermochte die Hallstein-Doktrin den zweiten deutschen Staat nicht mehr rechtlich auszumanövrieren. Er wurde für Kurt Georg Kiesinger zum »Phänomen«. Gleichzeitig verblaßten die gesamtdeutschen Visionen gegenüber den politischen Bemühungen um die schrittweise Eingliederung der Bundesrepublik in den Kreis der freien Völker (NATO, EG). Die Idee eines vereinten Europas fand breite Zustimmung, weil man militärisch und wirtschaftlich Sicherheit gewinnen und von Deutschland mit dem historischen Makel der ›Nazibarbarei‹ loskommen wollte. Im Lichte der Erfolge der Westintegration verblaßte auch die Bedeutung der Deutschen Frage; sie wurde zunehmend als schwierig, lästig, ja gar ärgerlich empfunden. Die Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands reduzierten sich auf Versuche, die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn zu verbessern, die Kontakte zwischen den Deutschen diesseits und jenseits der Mauer zu erleichtern. Damit änderte sich zwangsläufig der Sprachgebrauch: Es war immer seltener die Rede vom gemeinsamen Staat aller Deutschen; das Denken in gemeinsamen staatlichen Strukturen wurde abgelöst vom unverbindlicheren Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes innerhalb der in Europa bestehenden Grenzen. Mit dem Beginn der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt fand der Kernsatz der neuen deutschen Ostpolitik, »was Hitler verspielt und verloren hat, kann von uns zwanzig Jahre später weder festgehalten noch preisgegeben werden«, Gefolgschaft in allen politischen Lagern[6]. Die auf staatliche Einheit ausgerichteten deutschlandrechtlichen und deutschlandpolitischen Aussagen des Grundgesetzes schienen durch die Geschichte überholt zu sein, konnten allenfalls mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts vor einem »stillen« Verfassungswandel bewahrt werden[7]. Aber auch ein »stiller Verfassungswandel«, also die begrenzte Normveränderung durch Wandel der gesellschaftlichen und politischen Gesamtanschauung, durch Veränderungen im sog. »Unterverfassungsrecht« wäre 1973 nicht frei von verfassungspolitischen Gefahren gewesen. Welche gesellschaftlichen Gruppen, welche Mehrheiten waren überhaupt legitimiert, einen grundsätzlichen Wandel in den staatlichen Gegebenheiten (staatliche Einheit Deutschlands eine »Lebenslüge«, da bereits 1945 von Hitler unwiederbringlich zerstört?) mit Wirkung »erga omnes« festzustellen. Der Rechtsfriede war in Gefahr[8].

## *II. Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts in der Außen- und Deutschlandpolitik*

a) Das Bundesverfassungsgericht vermag wie kein anderes Verfassungsgericht auf der Welt auch in die außenpolitisch relevanten Räume staatlichen

Lebens vorzudringen. Nach § 31 Bundesverfassungsgerichtsgesetz binden die Entscheidungen des Gerichts »die Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Gerichte und Behörden«. Als ein Gericht der Bundesrepublik Deutschland kann das Bundesverfassungsgericht zwar nicht die Vertragspartner der Bundesrepublik binden; seine Rechtsprechung ist jedoch auch zwischenstaatlich von Bedeutung, da sie indirekt die Rechtspositionen, die die Bundesregierung nach außen zu vertreten hat, festlegt[9].

b) Innerhalb der Rechtsordnung hatte die Grundvertragsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts[10] besonderes Gewicht, weil es auf einer langjährigen konstanten Rechtsprechung zur Frage des Fortbestandes des deutschen Gesamtstaates und zum Wiedervereinigungsgebot fußte (Konkordats-, KPD- und Saarstatutsurteil)[11] und später mehrfach bestätigt wurde (Ostvertragsbeschlüsse des 1. Senats vom 7. Juli 1975[12] und Teso-Entscheidung des 2. Senats vom 21. Oktober 1987[13]). Zudem erging das Urteil einstimmig – und zwar nicht nur im Ergebnis, sondern auch in der Begründung[14]. Die Entscheidung konnte so in zweifacher Richtung Wirkungen entfalten.

(1) Das Grundvertragsurteil konkretisierte und präzisierte die Positionen, Rechtspflichten und Verfassungsrechtsgrenzen, die das Grundgesetz für jede Deutschlandpolitik enthielt. Es stellte damit gleichsam Wegweiser für diejenigen auf, die kraft Amtseides verpflichtet waren, Verfassungsrecht in der politischen Praxis umzusetzen.

(2) Das Grundvertragsurteil zerstörte andererseits nicht die in mühsamen Verhandlungen erreichten Vereinbarungen. Es bemühte sich um eine differenzierte Bewertung des Grundvertrags und der Ostvertragspolitik und versuchte sowohl eine Minimalisierung als auch eine Überinterpretation der Vertragsvorschriften zu vermeiden[15].

Alle Elemente des Offenhaltens der Deutschen Frage (einschließlich der Verbürgung der Menschenrechte), aber auch andere tragende Bestimmungen der Ostverträge unterlagen einem grundlegenden Dissens der Vertragsparteien: Man hatte sich über maßgebliche Gesichtspunkte nicht zu einigen vermocht; der Vertragsschluß war politisch nur möglich, da Begriffe und Formelkompromisse (wie z. B. »Normalisierung« oder »Entspannung« und die sog. »Unberührtheitsklausel«) gefunden werden konnten, die so weit gefaßt waren, daß sie den rechtlichen Vorstellungen und den politischen Zielen aller Vertragspartner gerecht wurden[16].

Der Dissens zwischen den Vertragsparteien war beim Grundvertrag[17] am größten; er wurde dort vom Vertrag selbst in seiner Präambel offengelegt: Die Vertragsschließenden sind sich einig, daß sie sich über grundsätzliche Fragen weiterhin nicht einig sind; der Konsens über den Dissens lautete: ». . . unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage«.

Das »Nichtgeregeltsein« wichtiger deutschlandrechtlicher und deutschlandpolitischer Fragen führte bei der Vertragsauslegung zu bedeutenden Auslegungsrisiken für die Bundesrepublik, da vor allem der gesamtdeutsche Status außerhalb der Verträge – möglicherweise auch gegen eine von der Normalisierungs- und Entspannungspolitik entwickelten Dynamik – durchgesetzt werden mußte. Es mußte ein Wandel in den deutschlandrechtlichen Zielsetzungen durch Angleichung an die sich politisch verfestigende Lage vermieden werden.

## *III. Die entscheidenden verfassungsrechtlichen Erkenntnisse des Grundvertragsurteils*

Das Grundvertragsurteil beantwortete zwar nicht alle Deutschland betreffenden Fragen[18], enthielt aber eine Fülle wichtiger Entscheidungen zum Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

a) Die Wahrung der deutschen Einheit

Die rechtliche Einheit Deutschlands blieb gewahrt. Hieraus ergaben sich schwerwiegende Konsequenzen:

– Die »deutsche Nation« als Klammer für Gesamtdeutschland wird auch als ein Synonym für das »deutsche Staatsvolk« verstanden; die Viermächteverantwortung für Gesamtdeutschland erschien deshalb nicht als letzte rechtliche Klammer für die Fortexistenz Gesamtdeutschlands, sondern als eine völkerrechtliche neben der staatsrechtlichen Klammer[19].

– Die in Art. 3 Abs. 2 Grundvertrag erwähnte Grenze wird als »staatsrechtliche Grenze« innerhalb eines Gesamtstaates definiert[20].

– Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik ist nach dem Urteil nicht nur nicht ausgesprochen worden, sondern kommt für die Bundesregierung auch künftig nicht in Betracht[21]; die DDR gehört zu Deutschland und darf in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik nicht Ausland sein. Andererseits ist die DDR »im Sinne des Völkerrechts ein Staat« und als solcher Völkerrechtssubjekt; für den Grundvertrag gelten deshalb die Regeln des Völkerrechts, und er hat Geltungskraft wie jeder andere völkerrechtliche Vertrag. Es gilt aber auch hier die Besonderheit, daß Bundesrepublik und DDR »Teile eines noch immer existierenden, wenn auch handlungsunfähigen, umfassenden Staates Gesamtdeutschland sind. . . « und deshalb »vor allem inter-se-Beziehungen« geregelt werden[22].

– Schließlich entnimmt das Bundesverfassungsgericht dem Grundgesetz das allgemeine Verbot, »daß die Bundesrepublik auf einen Rechtstitel (eine Rechtsposition) aus dem Grundgesetz verzichtet, mittels dessen sie in Richtung auf Verwirklichung der Wiedervereinigung und der Selbstbestimmung wirken kann, oder einen mit dem Grundgesetz unvereinbaren Rechtstitel schafft oder sich an der Begründung eines solchen Rechtstitels beteiligt, der

ihrem Streben nach diesem Ziel entgegengehalten werden kann«.[23] Deshalb ist nach der Auffassung des Gerichts auch der Art. 23 GG (der den Beitritt anderer Teile Deutschlands zum Grundgesetz regelte) »weder durch die politische Entwicklung überholt, noch sonst aus irgendeinem Grund rechtlich obsolet geworden«.[24]

b) Die Beziehungen zu den drei Westmächten

Die Beziehung der neuen Ostverträge zu den alten Westverträgen war zu Beginn der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition höchst umstritten. Weite Kreise hielten die in Art. 7 Deutschlandvertrag[25] enthaltene Wiedervereinigungs- und Grenzklausel für überholt. Das Bundesverfassungsgericht legt großen Wert auf den Fortbestand der die deutsche Frage rechtlich offenhaltenden Bestimmungen:

– ». . . es bleibt vor allem auch unberührt Art. 7 des Deutschlandvertrags, nachdem die Bundesrepublik Deutschland und die Drei Mächte verpflichtet bleiben zusammenzuwirken, ›um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik Deutschland besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist‹. . .«[26]

c) Der innerdeutsche Handel

Die inter-se-Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten wurde im Bereich der Handelsbeziehungen besonders akzentuiert: Der Handel zwischen der Bundesrepublik und der DDR »auf der Grundlage der bestehenden Abkommen darf im Zuge der Fortentwicklung kein Außenhandel werden; d. h. es darf in diesem Bereich keine Zollgrenze vereinbart werden«.[27]

– Das Urteil nimmt hier ausdrücklich Bezug auf den sog. »gesamtdeutschen Besitzstand« im europäischen Gemeinschaftsrecht. Bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 28. Februar 1957[28] gab der Delegationsleiter zu Protokoll, daß die Bundesrepublik Deutschland auf den innerdeutschen Handel Gemeinschaftsrecht nicht anwenden werde und daß als Staatsangehörige des Mitgliedlandes Bundesrepublik Deutschland »alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes« gelten[29]. Alle Bürger der DDR konnten deshalb als »Marktbürger« behandelt werden, wenn sie in den Geltungsbereich des Gemeinschaftsrechts gelangten.

d) Der Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit

Zur fortbestehenden (gesamt-)deutschen Staatsangehörigkeit bemerkte das Bundesverfassungsgericht im Grundvertragsurteil[30]:

– »Art. 16 GG geht davon aus, daß die ›deutsche Staatsangehörigkeit‹, die auch in Art. 116 Abs. 1 GG in Bezug genommen ist, zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist. Deutscher Staatsangehöriger im Sinne des GG ist also nicht nur der Bürger der Bundesrepublik Deutsch-

land. . .«. »Unbeschadet jeder Regelung des Staatsangehörigkeitsrechts in der DDR« muß die Bundesrepublik »jeden Bürger der DDR, der in den Schutzbereich der Bundesrepublik und ihrer Verfassung gerät, gemäß Art. 116 Abs. 1 und 16 GG als Deutschen wie jeden Bürger der Bundesrepublik behandeln«[31]. Auch im Hinblick auf den diplomatischen Schutz darf es für die Bundesrepublik »auch künftig keinen rechtlichen Unterschied zwischen den Bürgern der Bundesrepublik und den ›anderen Deutschen‹« geben[32].

– Die schon erwähnte Teso-Entscheidung des 2. Senats vom 21. Oktober 1987[33] stellt im 1. Leitsatz die Zusammenhänge zwischen Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und Einheit der deutschen Staatsangehörigkeit klar heraus: »Aus dem Gebot der Wahrung der Einheit der deutschen Staatsangehörigkeit (Art. 116 Abs. 1, Art. 16 Abs. 1 GG), das eine normative Konkretisierung des im Grundgesetz enthaltenen Wiedervereinigungsgebots ist, folgt, daß dem Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR für die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen des ordre public die Rechtswirkung des Erwerbs der Deutschen Staatsangehörigkeit beizumessen ist.«

e) Die Betonung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Dem im Rahmen der Ostvertragspolitik propagierten »Wandel durch Annäherung« erteilte das Bundesverfassungsgericht im Grundvertragsurteil eine klare Absage. Es forderte die Bundesregierung auf, das öffentliche Bewußtsein nicht nur für die bestehenden Gemeinsamkeiten, sondern auch dafür wachzuhalten, »welche weltanschaulichen, politischen und sozialen Unterschiede zwischen der Lebens- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und der Lebens- und Rechtsordnung der DDR bestehen«.[34] Jeder Versuch, »die Bundesregierung in diesem Bereich in ihrer Freiheit und verfassungsmäßigen Vertretung der Interessen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu beschränken mit der Behauptung, sie verstoße gegen den Inhalt und Geist des Vertrags und mische sich in die inneren Angelegenheiten der DDR ein, handle also vertragswidrig, stellt seinerseits eine Vertragswidrigkeit dar«.[35] Der Senat bezog diese Feststellung auf die 1973 an der deutsch-deutschen Grenze bestehende Praxis, also auf »Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen und Schießbefehl«. Insoweit gebe der Vertrag eine zusätzlich Rechtsgrundlage dafür ab, daß die Bundesregierung »in Wahrnehmung ihrer grundgesetzlichen Pflicht alles ihr Mögliche tut, um diese unmenschlichen Verhältnisse zu ändern und abzubauen«.[36]

## *IV. Die eingeschränkte politische Bedeutung des Grundvertragsurteils bis zur deutschen Einigung*

Das Grundvertragsurteil unterbrach erstmals einen Trend der neuen Ostpolitik, dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes seine Aktualität zu

nehmen, seine Verwirklichung auf eine unbestimmte Zukunft zu verschieben und es am Ende in die Nähe rechtlicher Unverbindlichkeiten zu bringen. Mit dieser Feststellung werden aber schon fast die Grenzen der politischen Wirksamkeit von Verfassungsgerichtsbarkeit und Verfassungsgericht überschritten.

a) Was die Richter des 2. Senats einstimmig als Inhalt der Verfassung authentisch erläuterten, mußte in der politischen Realität durchgesetzt werden. Auch im Rechtsstaat gibt es Beispiele, wie Regierung und Parlament den Spruch des Bundesverfassungsgerichts unterlaufen können. Zu Recht beklagte sich Willi Geiger, Berichterstatter des 2. Senats im Streit um den Grundvertrag und Federführender bei der Begründung des Urteils vom 31. Juli 1973, in einem 1989 erschienenen Beitrag (»Der Grundlagenvertrag und die Einheit Deutschlands«)[37] über die Bundesregierung: »Amtliche Äußerungen der Bundesregierung, insbesondere des Bundeskanzlers vor dem Bundestag, bei Staatsbesuchen und bei feierlichen Ansprachen an die Bürger und Wähler, in denen die mit Bedacht gewählten Formulierungen des Gerichts auftauchen, habe ich seit dem Sommer 1973 . . . vergeblich gesucht.«

Das Bundesverfassungsgericht und seine Erkenntnisse stehen selbst mitten im Strom der politischen Entwicklung, und diese war bis 1989 eindeutig gegen den Geist und Wortlaut des Grundvertragsurteils gerichtet. Nur einige wenige Beispiele[38]:

(1) Trotz der im Grundvertragsurteil geforderten kritischen Auseinandersetzung mit der Rechts- und Lebensordnung in der DDR[39] wurden in der Bundesrepublik größtenteils nur Forschungsprojekte mit Bezug auf die DDR öffentlich gefördert, wenn sie den sozialistischen Staat methodisch aus seinem eigenen Selbstverständnis heraus entwickelten[40]. Deshalb traf der Zusammenbruch des SED-Regimes Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik fast gänzlich unvorbereitet.

(2) Trotz der im Grundvertrag verankerten Verpflichtung der DDR zu gutnachbarlichen Beziehungen zur Bundesrepublik[41], trotz der vom Bundesverfassungsgericht verurteilten Praktiken der DDR an ihrer »Staatsgrenze« (Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen, Schießbefehl) und trotz der vom Grundvertragsurteil betonten Schutzpflicht der Bundesregierung für alle Deutschen[42] konnte sich die sozialliberale Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen hin nicht bereitfinden, die Todesautomaten öffentlich als völkerrechtswidrig zu brandmarken (die blinden Waffen waren ja nicht auf das Staatsgebiet der Bundesrepublik, sondern auf die Bürger der DDR gerichtet!)[43].

(3) Im Rahmen der sog. »Nebenaußenpolitik« der SPD wurde die restriktive (verfassungskonforme) Auslegung der Ostverträge durch das Bundesverfassungsgericht konsequent unterlaufen. SPD-regierte Kommunen in der Bundesrepublik schlossen mit Städten und Gemeinden in den Warschauer-

Pakt-Staaten eine Reihe von Städtepartnerschaftsverträgen ab, die gezielt die östliche Vertragsinterpretation akzentuierten[44].

(4) Noch am 14. September 1988 sprach Willy Brandt[45] – mit breiter Zustimmung der Medien in der Bundesrepublik Deutschland – auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung von der Wiedervereinigung als der »Lebenslüge der zweiten Republik«. Das Bundesverfassungsgericht hatte demgegenüber judiziert[46]: »Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde . . . «

(5) Der SPD-Theoretiker Peter Glotz kanzelte in seiner 1989 erschienenen Streitschrift (*Die deutsche Rechte*) die verfassungsrechtlich verankerten Begriffe »Wiedervereinigung« und »Einheit der Nation« schlicht als »Nationalismus« ab.

(6) Die gebietsbezogenen Erkenntnisse des Grundvertragsurteils und der Ostvertragsbeschlüsse forderten bei allen kartographischen Darstellungen der Grenzen in Mitteleuropa einen Offenbarungseid. Dieser Konsequenz entzog sich die Bundesregierung mit einer neuen Logik. Auch amtliche und halbamtliche Karten stellen Grenzen nicht verbindlich dar (internationale Gerichte und Schiedsgerichte[47] haben derartigen Beweismitteln wiederholt Bedeutung beigemessen!); die Art der Grenzdarstellung könne deshalb »insbesondere im Hinblick auf den beabsichtigten Darstellungszweck unterschiedlich sein«. Damit kam es maßgeblich nicht auf die objektive Rechtslage, sondern auf das gemutmaßte »Informationsinteresse des Kartenbenutzers« an[48]. Die Kultusministerien der Länder waren mit der Frage allein gelassen, von welchem subjektiven »Informationsinteresse« sie bei der Genehmigung von Schulatlanten ausgehen konnten[49].

(7) Noch am 3. August 1989 wandte sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Bayern, an den Bayerischen Landtag und führte Klage gegen eine Publikation der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: die schlichte Darlegung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtslage Deutschlands erschien dem Verband geeignet zu sein, »durch eine Wiederbelebung deutsch-nationaler Großmannssucht Unfrieden zu schaffen und die Entwicklung von Rechtsextremismus unter Jugendlichen aktiv zu fördern«. Die Aktion erhielt gleicherweise Schützenhilfe von der *Frankfurter Rundschau* und vom *Neuen Deutschland*[50].

b) Dennoch fanden sich in der Bundesrepublik immer Gruppen[51], die auch gegenüber Parlament und Regierung darauf bestanden, daß die Verfassung im Zuge der Normalisierungs- und Entspannungspolitik ernst genommen

und beachtet und daß die vom Bundesverfassungsgericht authentisch interpretierten deutschlandrechtlichen Aussagen des Grundgesetzes nicht einfach ignoriert wurden. Das für die rechtsstaatliche Demokratie lebenswichtige Festhalten an überkommenen Verfassungswerten war gewährleistet durch den Umstand, daß jeder staatliche Rechtsakt, der dem Grundvertragsurteil zuwiderlief, wieder zum Gegenstand der verfassungsgerichtlichen Prüfung gemacht werden konnte. So konnten z. B. die sog. Geraer Forderungen[52], von deren Erfüllung Honecker eine weitere Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen abhängig machte, trotz weitreichender Zustimmung in den Medien, in der SPD und bei den Grünen, bis zuletzt erfolgreich bekämpft werden.

Die vier Forderungen standen im Widerspruch zu den Erkenntnissen des Bundesverfassungsgerichts:

(1) Umwandlung der ständigen Vertretungen in diplomatische Missionen[53]; mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands wäre – zumindest konkludent – die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR als unabhängiger Staat durch die Bundesrepublik Deutschland erfolgt, wogegen das Bundesverfassungsgericht nur eine »faktische Anerkennung besonderer Art« mit den besonderen Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland für vereinbar hielt[54].

(2) Anerkennung einer von der Zonengrenze abweichenden westlichen Staatsgrenze der DDR im Bereich der Elbe; es ging hier nicht um die Zuordnung einiger Quadratkilometer Staatsgebiets, sondern um die grundsätzliche Frage: Ist die im Einklang mit dem Grundvertrag von der deutsch-deutschen Grenzkommission dokumentierte und markierte Linie[55] eine neue Staatsgrenze oder die alte von den Besatzungsmächten in Deutschland vorgenommene Abgrenzung ihrer Besatzungsgebiete? Jede konstitutive Neuregelung der deutsch-deutschen Grenze hätte der Festlegung des Grundvertragsurteils über die quasi innerdeutsche Qualität der gemeinsamen Grenze widersprochen[56].

(3) Mit der Anerkennung einer separaten DDR-Staatsbürgerschaft auch im Bereich der Bundesrepublik Deutschland wäre das Schicksal der gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit besiegelt gewesen und der vom Bundesverfassungsgericht von der Bundesregierung geforderte Schutz für alle Deutschen völkerrechtlich gegenstandslos geworden.

(4) Die geforderte Auflösung der Erfassungsstelle für SED-Verbrechen in Salzgitter scheiterte am Widerstand der CDU/CSU-regierten Bundesländer[57]. Die Erfassungsstelle war Ausdruck des Schutzes der Strafrechtsordnung der Bundesrepublik vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit; ihre Dokumente sind eine wichtige Informationsquelle bei der Aufarbeitung des DDR-Unrechts.

## *V. Die Bestätigung der Erkenntnisse des Grundvertragsurteils bei der Reorganisation der staatlichen Einheit Deutschlands*

Mit der politischen Wende im Osten bestand das Grundvertragsurteil, das von der SED auf den »Müllhaufen der Geschichte« verwünscht worden war und dem viele Kritiker im Westen jeden Sinn für die politische Realität absprachen[58], seine Feuerprobe:

a) »Wir sind das Volk!« – »Deutschland, einig Vaterland« – diese Rufe der Bürger in Leipzig, Dresden und Ostberlin hätten im Herbst 1989 in der Bundesrepublik Deutschland nicht aufgenommen werden können, wenn das Konzept der »einen« deutschen Staatsangehörigkeit in den siebziger Jahren aufgegeben worden wäre[59]; dies haben in erster Linie das Grundvertragsurteil und die Teso-Entscheidung des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts verhindert.

Die vom Bundesverfassungsgericht authentisch festgeschriebene Schutzpflicht der Bundesrepublik für alle Deutschen hat die »Abstimmung mit den Füßen« und damit den revolutionären Prozeß erst ermöglicht.

b) Als sich 1989/90 die Reorganisation der staatlichen Einheit anbahnte, war es die feste Überzeugung der Vier Mächte, die die Verantwortung für Deutschland als Ganzes trugen, daß das gesamte Verfahren nach den Maßstäben des Rechts abzulaufen habe[60]. Die vom Bundesverfassungsgericht herausgearbeiteten Rechtsstrukturen, die vielfach als juristischer Formelkram schon ad acta gelegt worden waren, gewannen politische Bedeutung und verliehen vagen Vorstellungen schärfere Konturen[61].

Unter dem Motto »der Vorteil, nicht souverän zu sein« war die sozialliberale Koalition geneigt, alle Fragen Gesamtdeutschlands auf die Vier-Mächte-Ebene zu verlagern. Das Bundesverfassungsgericht entließ 1973 die Bundesregierung nicht aus ihrer originär gesamtdeutschen Verantwortung und sah in den Vier-Mächte-Rechten lediglich eine zusätzliche – völkerrechtliche – Klammer neben den fortbestehenden staatsrechtlichen Strukturen[62]. Deshalb konnte die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands im Jahre 1990 nicht die ausschließliche Aufgabe der hauptverantwortlichen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs sein:

(1) Das 2+4-Verfahren regelte unter Mitwirkung der Vier Mächte und der beiden Teile Deutschlands die äußeren Bedingungen der staatlichen Einigung in einer europäischen Friedensordnung[63]. Für den erfolgreichen Abschluß dieses Verfahrens waren die vom Bundesverfassungsgericht über die Entspannungs- und Normalisierungspolitik der siebziger Jahre hinweggeretteten Verpflichtungen aus Art. 7 Abs. 2 Deutschlandvertrag wichtig. Die drei Westmächte waren durch die Ostverträge der Bundesrepublik weder rechtlich noch politisch von der Zielsetzung entbunden worden, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit mitzutragen[64].

(2) Die inneren Bedingungen der Reorganisation Deutschlands waren ausschließlich Gegenstand des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes, repräsentiert durch die demokratisch gewählte Regierung in Bonn und durch die am 18. März 1990 demokratisch konstituierte Regierung in Ostberlin[65]. Die Gunst der Stunde konnte rasch genutzt werden, da das Bundesverfassungsgericht im Grundvertragsurteil einen wichtigen Weg zur Einheit Deutschlands weiterhin offengehalten hatte, nämlich den Beitritt anderer Teile Deutschlands zum Grundgesetz (Art. 23 Satz 2 GG a.F.)[66]; für die sozialliberale Regierung war die Grundgesetzbestimmung seit dem Beitritt des Saarlandes obsolet. Der Beitritt der DDR bzw. der auf ihrem Gebiet neu gegründeten Länder vermied die Risiken einer staatsrechtlichen Neukonstituierung Deutschlands und führte auf kürzestem Weg direkt zum Ziel: die Erstreckung des Grundrechtsschutzes auf die Bürger der Noch-DDR.

c) Art. 7 Deutschlandvertrag kannte nicht nur das Ziel eines wiedervereinigten Deutschlands, »das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik Deutschland besitzt«, sondern sah auch dessen Integration in die Europäische Gemeinschaft vor. Auch in dieser Richtung traf das Grundvertragsurteil Vorsorge, indem es den sog. gesamtdeutschen Besitzstand im europäischen Gemeinschaftsrecht quasi auf Verfassungsniveau hob[67]. Damit war 1990 vorgezeichnet, daß die DDR bzw. die neuen Länder unmittelbar mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Zutritt zur Gemeinschaft erhielten. Noch im Winter 1989/90 war von Frankreich die Assoziierung der Noch-DDR als eigenständiges Rechtssubjekt vorgeschlagen worden[68]. Die Aufnahme der DDR oder eines völkerrechtlich neu konstituierten deutschen Staates in die EG hätte lange Verhandlungen und neue Verträge erfordert[69] und zudem jedem Mitgliedstaat der Gemeinschaft ein Vetorecht eröffnet[70].

d) Meine Ausführungen widerlegen die gelegentlich aufgestellte Behauptung, bei der staatlichen Reorganisation Deutschlands habe – in Anbetracht der »revolutionären Entwicklung« – das Recht und vor allem die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gar keine Rolle gespielt[71]. Gleiches gilt für die Unterstellung, das Bundesverfassungsgericht habe im Grundvertragsurteil die sozialliberale Deutschlandpolitik, die nun zu einem guten Ende geführt habe, nur bestätigt.

Nachdem die unschönen Worte gegen die Karlsruher Richter gefallen waren, war die Bundesregierung klug genug, das Grundvertragsurteil »mit Genugtuung zur Kenntnis zu nehmen« und von einer »Schlappe für Strauß« zu sprechen. Wenig später wurde die Entscheidung von SPD-Politikern in der Klageliste der Fälle geführt, in denen die »fortschrittliche« Politik der Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht konterkariert worden sei[72]. Mit offensichtlichem Bezug auf das Grundvertragsurteil führte W. Brandt aus, »die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten« seien nicht im Grundgesetz geregelt; wer dennoch so tue, der belege jede fortschrittliche

Politik »mit dem Odium der Verfassungswidrigkeit«. Der hessische Ministerpräsident Börner beklagte, daß das Bundesverfassungsgericht durch seine Praxis der verfassungskonformen Auslegung den politischen Bewegungsspielraum »der Nullgrenze« angenähert habe, und nannte das Grundvertragsurteil ausdrücklich als Beispiel[73].

e) Schließlich wird dem Gericht vorgehalten, es habe selbst keine schlüssige Deutschland-Doktrin entwickelt. Versteht man unter »Doktrin« einen politischen Aktionsplan, so ist seine Erarbeitung nicht Aufgabe der Richter; sie haben richterliche Zurückhaltung (»judicial self-restraint«) zu üben[74]. Und der 2. Senat übte auch im Verfassungsstreit um den Grundvertrag richterliche Zurückhaltung[75] – trotz der weitreichenden politischen Folgen. Das Grundvertragsurteil enthält ein schlüssiges normatives Konzept, und insoweit konnte von einer Wiedervereinigungs-Doktrin des Bundesverfassungsgerichts gesprochen werden. Die maßgeblichen Kriterien waren:

(1) *Verbot von Rechtsverzicht und voller völkerrechtlicher Anerkennung*, solange dem deutschen Volk versagt blieb, frei über seine staatliche Zukunft zu entscheiden. Damit blieben die überkommenen staatlichen Strukturen einschließlich der Außengrenzen erhalten. Im politisch günstigen Augenblick stellte sich die heikle Frage der Schaffung eines neuen Völkerrechtssubjekts in Mitteleuropa nicht, sondern lediglich die Aufgabe der Reorganisation eines bestehenden Staates[76]. Die Aufgabe des Einheitswahrungs- und des Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes hätte verfassungsrechtlich zum Identitätsverlust der Bundesrepublik Deutschland geführt[77], eine Nation ohne den Willen zum eigenen Staat wäre nicht bestandsfähig gewesen[78].

(2) *Verfassungskonforme Interpretation des europäischen Normalisierungskonzepts.* Das Messen internationaler Normen am nationalen Verfassungsrecht war nicht unproblematisch[79], aber wegen des weiten Auslegungspielraumes, den die Formelkompromisse der Ostvertragspolitik ermöglichten, zumindest rechtlich vertretbar. Das Bundesverfassungsgericht instrumentalisierte so den der Entspannungspolitik verbliebenen »Grunddissens« und vermittelte dem »Wandel durch Angleichung« die entscheidenden freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Vorgaben.

(3) *Akzentuierung der einheitswahrenden Elemente in der Westbindung der Bundesrepublik.* Das Wiedervereinigungskonzept des Deutschlandvertrages schien durch die Ostvertragspolitik überholt, der gesamtdeutsche Besitzstand im europäischen Gemeinschaftsrecht nahezu vergessen zu sein. Das Bundesverfassungsgericht hat beide Elemente wieder in die deutschlandpolitische Szene gerückt. Die Staaten, die 1989/90 maßgeblich auf die politische Gestaltung in Mitteleuropa einwirken konnten, waren 1973 aus ihrer Verantwortung für »Deutschland als Ganzes« nicht entlassen worden. Der politisch oft hervorgehobene angebliche Zielkonflikt zwischen Westintegration und Wiedervereinigung wurde gemildert, wenn nicht gar aufgelöst. Das Kohlsche 10-

Punkte-Programm zur Europäischen Integration und zur Deutschen Wiedervereinigung vom 28. November 1989[80] war demgemäß nichts anderes als eine Instrumentalisierung und Aktualisierung des vom Bundesverfassungsgericht bereits 1973 vorgestellten Normprogramms[81].

(4) *Erhalt und Sicherung der Staatsangehörigkeit* als dem personalen Element deutscher Gesamtstaatlichkeit. Das Bundesverfassungsgericht schrieb die rechtlichen Grundlagen des Fortbestandes der deutschen Staatsangehörigkeit fest. In den Jahren der faktischen Spaltung waren die deutsche Staatsangehörigkeit und der damit verknüpfte Schutz das entscheidende und sichtbarste Zeichen der Verknüpfung aller Deutschen.

(5) *Sorge um die politische Umsetzung* des deutschlandrechtlichen Programms. Mit dem Grundvertragsurteil gingen die Karlsruher Richter bis an die Grenze dessen, was ein Gericht zur politischen Umsetzung seines Normprogramms zu leisten vermag: Einstimmigkeit der Entscheidung, Bestimmung *aller* Ausführungen der Urteilsbegründung zu »die Entscheidung tragenden Gründen«[82], ausdrückliche Vergatterung aller Behörden und Staatsorgane und Gemahnung an den Amtseid[83].

Überblickt man die zwei Dekaden deutscher Verfassungsgeschichte, die seit der Verkündung des Grundvertragsurteils am 31. Juli 1973 verstrichen sind, so erweist sich heute mit größerer Klarheit als noch vor einigen Jahren, daß das Bundesverfassungsgericht im Leben der Nation das Bewußtsein für die Fundamente ihrer Staatlichkeit neu geweckt hat. Das Gericht verband das verfassungsrechtlich unverzichtbare Einheitswahrungs- und Wiedervereinigungsgebot mit dem Dienst an Frieden und Freiheit in einem vereinten Europa.

## Anmerkungen

1. Vgl. nur H. Diwald, *Deutschland einig Vaterland – Geschichte unserer Gegenwart* (1990), S. 303: »Hält man sich den Status quo seit dem Potsdamer Abkommen vor Augen, ferner die seit 1945 von BRD und DDR geschlossenen Verträge untereinander und mit den Nachbarstaaten, ebenso die politischen Gegebenheiten, die vielfach als ›Realitäten‹ eines angeblichen europäischen Gleichgewichts als unantastbar bezeichnet werden, und schließlich das Völkerrecht, dann weiß man, wie es Theseus zumute war, als er vor dem Eingang des Labyrinths auf Kreta stand. Und Theseus konnte sich, im Unterschied zu uns, auf den Faden der Ariadne verlassen, der ihn davor bewahrte, sich in dem Irrgarten zu verlieren. Juristen drücken sich anders aus. Beim Abwägen der unterschiedlichen Sichtweisen im Westen und im Osten konstatiert ein Völkerrechtler, daß deren ›überschießender politischer Gehalt sie für die Lösung völkerrechtlicher Fragen unbrauchbar macht. Die Inkompatibilität politischen Wollens ist jedoch eine alltägliche Erscheinung des politischen Prozesses und sollte nicht daran hindern, die tatsächliche völkerrechtliche Lage vorbehaltlos anzusprechen‹. Die Situation Deutschlands nach dem Völkerrecht ist in der Tat unumstritten und eindeutig.«

2. Eingehende Darstellung und Kritik dieser »historisch-politischen Interpretation« bei B. Schöbener, *Die amerikanische Besatzungspolitik und das Völkerrecht* (1991), S. 385 f.

3. Vgl. z. B. den Vorspruch zur Verfassung des Freistaates Bayern vom 1. Dezember 1946: »Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung

ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschens die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschluß, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechts dauernd zu sichern.«

4. Vgl. D. Blumenwitz, *Was ist Deutschland? – Staats- und völkerrechtliche Grundsätze zur deutschen Frage*, Bonn 31989, S. 33 ff.

5. Der Parlamentarische Rat schrieb im Sinne staatlicher Selbstbehauptung »die stets betonte Auffassung von der Fortexistenz des deutschen Staates« verfassungsrechtlich fest:

– Satz 1 der Präambel zum Grundgesetz a.F. betonte den Willen des deutschen Volkes, »seine nationale und staatliche Einheit zu wahren« (Einheitswahrungsgebot).

– Satz 3 der Präambel verpflichtete alle Staatsorgane »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden« (Wiedervereinigungsgebot).

Hierdurch sollte nach den Ausführungen des Abgeordneten Zinn (SPD) darauf hingewiesen werden, »daß für uns der Anspruch auf Unteilbarkeit des nach unserer Auffassung staatsrechtlich noch existenten Deutschlands unverzichtbar ist, jenes Deutschlands, wie es durch die Verfassung von Weimar errichtet oder geschaffen worden ist« (Parlamentarischer Rat, Stenographisches Protokoll vom 6./7. Oktober 1948, *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*, N.F. Bd. 1 (1951), S. 37 f.

Die DDR verstand sich zunächst als Interessenwahrerin des gesamten deutschen Staates; sie vertrat eine Identitätstheorie; ihr erster Präsident, Pieck, erklärte nach seiner Wahl: »Nicht eher werden wir ruhen, bis die widerrechtlich von Deutschland losgerissenen und dem Besatzungsstatut unterworfenen Teile Deutschlands mit dem deutschen Kerngebiet, mit der Deutschen Demokratischen Republik, . . . vereinigt sind.«

6. Zur verfassungspolitischen Entwicklung siehe W. Geiger, »Der Grundlagenvertrag und die Einheit Deutschlands«, in: D. Blumenwitz, G. Zieger (Hrsg.), *40 Jahre Bundesrepublik Deutschland* (Bd. 8 der staats- und völkerrechtlichen Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht), Köln 1989, S. 53 ff.

7. Vgl. D. Blumenwitz, »Fünf Jahre Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts«, in: G. Zieger (Hrsg.), *Schriften zur Rechtslage Deutschlands*, Bd. 1, Köln–Berlin–Bonn–München 1979, S. 7 ff. (14).

8. Vor einer verfassungsgerichtlichen Überprüfung war unklar, wer das diffuse Normprogramm der neuen deutschen Ostpolitik verbindlich interpretieren durfte, ob dieses Normprogramm über Gesetzesvorbehalte und Generalklauseln auch Einfluß auf die Grundrechte nehmen konnte. Die Bundesrepublik war möglicherweise ein »Staat auf Rädern«, dessen Grenzen und Selbstverständnis künftig der jeweiligen Regierungsmehrheit folgten. Bestand Gesamtdeutschland rechtlich noch fort, wenn ja, was waren seine Beziehungen zu den beiden Staaten in Deutschland? War die Bundesrepublik mit dem überkommenen deutschen Staat identisch? War »Teilidentität« rechtlich möglich? War sie »Kernstaat«, »Rumpfstaat« oder »Schrumpfstaat«? Lag im Abschluß des Grundvertrags das Bekenntnis zur Dach- oder Teilordnungstheorie? Wie wirkte sich ein möglicherweise gewandeltes staatliches Selbstverständnis auf die deutsche Staatsangehörigkeit und den von Verfassungs wegen zu gewährleistenden diplomatischen Schutz aus? Daß auch die Richter des Bundesverfassungsgerichts von der staatsrechtlichen Kontroverse erfaßt worden waren, zeigte die Affäre um den Bundesverfassungsrichter Dr. J. Rottmann, der im Frühsommer des Jahres 1973 vor dem FDP-Kreisverband Karlsruhe-Stadt der Untergangsthese das Wort redete und nach mehreren Anträgen Bayerns wegen Besorgnis der Befangenheit vom Verfahren ausgeschlossen wurde, vgl. Cieslar/Hampel/Zeitler, *Der Streit um den Grundvertrag*, München–Wien 1973, S. 13 ff.

9. Vgl. D. Blumenwitz, »Judicial self-restraint und die verfassungsrechtliche Überprüfung von Akten der Auswärtigen Gewalt«, in *DVBl.* 1976, S. 464–469.

10. BverfGE 36, 1 ff.

11. Vgl. BVerfGE 4, 157 ff., und 5, 85 ff.

12. Vgl. BVerfGE 40, 141; ferner den Beschluß vom 25. Januar 1977 zum Prager Vertrag BVerfGE 43, 203.
13. Vgl. BVerfGE 77, 137.
14. Urteil B VII; s. a. B VI 2 des Urteils: »Alle Ausführungen der Urteilsbegründung, auch die, die sich nicht ausschließlich auf den Inhalt des Vertrags selbst beziehen, sind nötig, also im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Teil der die Entscheidung tragenden Gründe.«
15. Das böse Wort aus Bonn nach Abschluß der mündlichen Verhandlung im Verfassungsstreit um den Grundvertrag, man »werde sich nicht von acht Arschlöchern in Karlsruhe die Ostpolitik kaputtmachen lassen« (vgl. *FAZ* vom 11. und 14. Juli 1973, S. 11 bzw. 1 f.) war – abgesehen von dem mangelnden Verfassungsverständnis seiner Urheber – unbegründet. S.a. B. Zündorf, *Die Ostverträge*, München 1979, S. 314.
16. D. Blumenwitz, »Die Unberührtheitsklausel in der Deutschlandpolitik«, in *Festschrift für Friedrich Berber*, München 1973, S. 83–108.
17. »Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972« (*BGBl.* 1973 II, S. 423).
18. Offen blieb zunächst eine Reihe wichtiger staatstheoretischer Fragen im Bereich von Identitätstheorie und Teilordnungslehre, vgl. hierzu Blumenwitz, aaO. (Anm. 4), S. 62 ff. Deshalb kann allerdings noch nicht – wie Scheuner dies in einer ersten Urteilskritik (in *DÖV* 1973, S. 583) getan hat – in bezug auf die Begründung von einem »unbekömmlichen begrifflichen Brei« gesprochen werden. Die staatstheoretische Argumentation – in einem weiteren völkerrechtlichen Rahmen – lieferte 1987 die Teso Entscheidung nach, BVerfGE 77, 137 ff.; vgl. D. Blumenwitz, »Die deutsche Staatsangehörigkeit und der deutsche Staat«, in: *JuS* 1988, S. 607–613.
19. Vgl. Urteil B III 2 am Ende. Eine Klarstellung der Funktionen der Viermächteverantwortung war 1973 notwendig, da in ihrer Neuformulierung das Bezugssubjekt »Deutschland als Ganzes« fehlte und sie sehr leicht zu einem Bündel einseitiger Interventionsrechte (Feindstaatenklauseln!) abgestuft werden konnte. Unklar war auch ihre innerstaatliche Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland: Meta- oder gar Superverfassungsrecht oder lediglich eine *politische* Faktizität außerhalb der Hierarchie der Rechtsquellen. Letzteres entsprach weitgehend dem Selbstverständnis der Siegermächte, die ihre besonderen Befugnisse in Mitteleuropa nicht aus dem Recht (occupatio bellica), sondern aus dem totalen Sieg über Deutschland herleiteten, vgl. D. Blumenwitz, »Inhalt und völkerrechtliche Grenzen der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte«, in B. Meissner, G. Zieger (Hrsg.), *Staatliche Kontinuität* (Bd. 1 der staats- und völkerrechtlichen Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht), Köln 1983, S. 47 ff.
20. Vgl. Urteil B V 2.
21. Vgl. Urteil B IV 3.
22. Vgl. Urteil B IV 3 am Ende.
23. Vgl. Urteil B III 2.
24. Vgl. Urteil B V 4.
25. Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 26. Mai 1952 (in der gem. Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung), *BGBl.* 1955 II, S. 305.
26. Vgl. Urteil B IV 2.
27. Vgl. Urteil B V 9a.
28. »Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957«, *BGBl.* 1957 II, S. 766.
29. Vgl. »Protokoll über den innerdeutschen Handel«, *BGBl.* 1957 II, S. 984, und »Klarstellung hinsichtlich der deutschen Staatsangehörigkeit«, *BGBl.* 1957 II, S. 764.
30. Vgl. Urteil B V 5.

31. Vgl. Urteil B V 5.
32. Vgl. Urteil B V 7.
33. BVerfGE 77, 137.
34. Urteil B V 8d.
35. Urteil B V 8d.
36. Urteil B V 8e.
37. AaO., Anm. 6, S. 55.
38. Siehe hierzu grundsätzlich J. Hacker, *Deutsche Irrtümer – Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin–Frankfurt/M. 1992; K. Löw, . . . *bis zum Verrat der Freiheit – Die Gesellschaft der Bundesrepublik und die DDR*, München 1993; »D. Blumenwitz, »Kann das, was früher Recht war, heute Unrecht sein?« in *MUT*, Nr. 297 (Mai 1992), S. 18 ff.
39. Vgl. Urteil B V 8d.
40. Als »wissenschaftlich« wurde allein die Methode der »immanenten Deskription«, d. h. die Darstellung der Phänomene der DDR aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus und die Messung an ihren eigenen Zielvorstellungen verstanden, vgl. F.-Chr. Schroeder, »Unrechts-Altlast des SED-Regimes«, in *Politische Studien*, Sonderheft 1 (1991), S. 37 ff. Zu der Problemlage nach der Wende 1992/93 siehe Beispiel bei Löw, aaO. (Anm. 38), S. 44.
41. Art. 1 des Grundvertrages lautete: »Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.« Dem entsprach auch die Präambel zum deutsch-deutschen Grenzprotokoll vom 29. November 1978: ». . . geleitet von dem Wunsch, zum Wohle der Menschen die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen beiden Staaten zu fördern.«
42. Vgl. Urteil B V 8e und B V 5.
43. Auf die schriftliche Frage des CDU-Abgeordneten Schröder (Lüneburg) – »In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung die DDR an ihre Pflichten zu erinnern, . . . derzufolge Selbstschuß- und Tötungsgeräte, wie sie an der Demarkationslinie der DDR installiert sind, nicht zulässig sind?« – anwortete der Parlamentarische Staatssekretär von Schoeler: »Die Haager Erklärung vom 29. Juli 1899 betreffend das Verbot von Geschossen, die sich leicht im menschlichen Körper ausdehnen und plattdrücken, ist, wie es dort ausdrücklich heißt, ›für die vertragsschließenden Mächte nur bindend im Falle eines Krieges zwischen zwei oder mehreren von ihnen‹. Im übrigen richten sich die Schußapparate ›SM-70‹ gerade gegen die Bewohner der DDR selbst«, Stenographisches Protokoll des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 178. Sitzung vom 12. Oktober 1979, Drucksache 8/3237 – Frage B 25.

Die Antwort der Bundesregierung reflektierte die Auffassung der ihr nahestehenden Völkerrechtslehre zum Begriff der »guten Nachbarschaft« und der »Gewalt«: Vgl. Zündorf (Pseudonym eines hohen Beamten im Auswärtigen Amt), aaO. (Anm. 15), S. 226 f.: ». . . So kann ein despotischer Hausherr durchaus gute Nachbarschaft halten. Auf die Bundesrepublik und die DDR bezogen, bedeutet das, daß die ›normalen gutnachbarschaftlichen Beziehungen‹ kein Anhaltspunkt dafür sein können, wie die DDR, nach innen gerichtet, mit ihren Bürgern zu verfahren hat. Eiserner Vorhang und Schießbefehl, die in das Bild einer Diktatur – und als solche versteht sich die DDR ja immer noch – passen, schließen die Möglichkeit guter Beziehungen nach außen, zum Nachbarn also, nicht von vornherein aus.« J. A. Frowein, in *Archiv des öffentlichen Rechts*, Bd. 101 (1976), S. 640, sah in den SM-70-Anlagen keinen Verstoß gegen das Gewaltverbot, weil sie nicht auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gerichtet seien und dort keine Auswirkung hätten. Vgl. demgegenüber D. Blumenwitz, »Die Grenzsicherungsanlagen der DDR im Lichte des Staats- und Völkerrechts«, in *Festschrift für Siegfried Mampel*, Köln–Bonn–Berlin–München 1983, S. 93 ff.

44. Vgl. z. B. D. Blumenwitz, *Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen im Lichte des Staats- und Verfassungsrechts*, Bonn 1980, S. 27 ff.

45. *Frankfurter Rundschau* vom 15. September 1988, S. 8.
46. Vgl. Urteil B III 2.
47. Vgl. I. Seidl-Hohenveldern, »Landkarten im Völkerrecht«, in Herbert Miehlser, *Gedächtnisvorlesungen Nr.* 3, Salzburg 1989, S. 1 ff.
48. Pressemitteilung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen 33/73 vom 12. September 1973; die früher verbindlichen Kartenrichtlinien vom 1. Februar 1961 (*GMBl.* 1961, S. 123) und Bezeichnungsrichtlinien (*GMBl.* 1965, S. 225) waren bereits 1971 aufgehoben worden (*GMBl.* 1971, S. 272); eingehend zur gesamten Problematik D. Blumenwitz, *Die Darstellung der Grenzen Deutschlands in kartographischen Werken*, Bonn 1979.
49. Vgl. Verband deutscher Schulgeographen, Arbeitstagung 5. Februar 1979, Berlin.
50. Vgl. K. Löw, aaO. (Anm. 38), S. 150.
51. In bezug auf die »Studiengruppe Politik und Völkerrecht« und ihre Arbeit siehe J. Hacker, aaO. (Anm. 38).
52. Zur Grundsatzrede des Generalsekretärs des ZK der SED Erich Honecker vor 250 Parteiaktivisten und Propagandisten des Bezirks Gera am 13. Oktober 1980, siehe *AdG* 1980, S. 23970 B.
53. Vgl. D. Blumenwitz, *Die Errichtung ständiger Vertretungen im Lichte des Staats- und Völkerrechts*, Baden-Baden 1975.
54. Vgl. Urteil B IV 3.
55. D. Blumenwitz, »Zum deutsch-deutschen Grenzprotokoll vom 29. November 1978«, siehe *»Die Grenzkommission« – Eine Dokumentation über Grundlagen und Tätigkeit*, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (1978).
56. Vgl. D. Blumenwitz, »Die territorialen Folgen des Zweiten Weltkrieges«, in *Archiv des Völkerrechts*, Bd. 23, Heft 1–2 (1985), S. 1 ff. (24 ff.).
57. Schon zu Beginn der 80er Jahre forderten westdeutsche Politiker, die Erfassungsstelle für das DDR-Unrecht als »Relikt des kalten Krieges« aufzulösen. Später stellten dann sämtliche SPD-regierten Länder ihre Beitragszahlungen für Salzgitter ein – drei Monate nach dem letzten Mord an der Mauer auch das rot-grün regierte Berlin (Mai 1989). Die Begründung der Justizminister: In der DDR würden Mordfälle auch ohne Salzgitter verfolgt. (Es handelt sich z. T. um dieselben Justizressorts, die nach der Wende in den »40 Jahren SED-Unrecht« eine »Herausforderung für den Rechtsstaat« sehen und fordern, »die Aufräumarbeiten unnachsichtig zu leisten«, vgl. D. Blumenwitz, »Kann das, was früher Recht war, heute Unrecht sein?«, aaO. –Anm. 38 –, S. 24.
58. Vgl. z. B. K. Zweigert, »Einige rechtsvergleichende und kritische Bemerkungen zur Verfassungsgerichtsbarkeit«, in *Bundesverfassungsgericht und Grundgesetz*, S. 71: »Einem Verfassungsgericht kann nach meiner Ansicht kaum Schlimmeres widerfahren, als daß es den Sinn für politische Realitäten einbüßt. Dies ist aber hier (gemeint ist das Grundvertragsurteil, Anm.d.Verf.) Ereignis geworden.« Zur weiteren Kritik am Urteil vgl. D. Blumenwitz, »Fünf Jahre Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts«, aaO. (Anm. 7), S. 7 ff.
59. Gefahr war 1973 in Verzug. Bereits kurze Zeit nach der Unterzeichung des Grundvertrags im Dezember 1972 war Anfang des Jahres 1973 bekannt geworden, daß das Auswärtige Amt mit Runderlaß vom 11. Januar 1973 den Anspruch der Deutschen mit ständigem Wohnsitz in der DDR auf Schutz einschränken wollte. Der Anspruch aller Deutschen auch auf diplomatischen Schutz, wann immer sie in den Schutzbereich der Bundesrepublik Deutschland gelangten, wurde deshalb ausdrücklich in der Normenkontrollklage Bayerns thematisiert. In ihrer Klageerwiderung vom 2. Juni 1973 lehnte die Bundesregierung kategorisch jede Rechtspflicht ab: »Die Behauptung der Bayerischen Staatsregierung, durch den Grundvertrag würden Schutz- und Fürsorgepflichten gegenüber den Deutschen in der DDR verletzt..., postuliert aus dem Grundgesetz heraus gegenüber den Deutschen in der DDR Pflichten mit Verfassungsrang. Ob die Bundesrepublik Deutschland die Existenz derartiger Schutz- und Fürsorgepflichten anerkennt, ist

eine *moralische und politische Frage, aber keine im Grundgesetz verankerte verfassungsrechtliche Verpflichtung*«, vgl. Stellungnahme des Bundesministers der Justiz vom 2. Juni 1973 (Antragsentgegnung) zum Antrag der Bayer. Staatsregierung vom 22. Mai 1973. Ziff. II 6, Text: Cieslar/Hampel/Zeitler, aaO. (Anm. 8), S. 60 ff. (68).

60. Vgl. D. Blumenwitz, »Der Vertrag vom 12. 9. 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland«, in *NJW* 1990, S. 3041 ff.

61. Vgl. D. Blumenwitz, »Europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung – Aktuelle Fragen nach dem Zehn-Punkte-Programm und dem Straßburger Gipfel«, in *Zeitschrift für Politik* 1990, Heft 1, S. 1–20.

62. S.o. Anm. 19.

63. Vgl. D. Blumenwitz, »Das vereinigte Deutschland und die europäische Friedensordnung«, in Blumenwitz, v. Mangold (Hrsg.), *Neubestätigung und Weiterentwicklung von Menschenrechten und Volksgruppenrechten in Mitteleuropa* (Bd. 10 der staats- und völkerrechtlichen Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht), Köln 1991, S. 17–31.

64. Zu den britischen und französischen Widerständen gegen eine rasche Wiedervereinigung Deutschlands siehe Blumenwitz, aaO. (Anm. 60).

65. Staats- und völkerrechtlich war die Wiedervereinigung weder eine Fusion von Bundesrepublik und DDR zu einem neuen Gesamtstaat noch eine Inkorporation, über die die beiden Staaten in Deutschland frei verfügten. Die Ereignisse des Jahres 1990 standen unter dem Vorzeichen des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes, das an seinem 1867 gegründeten, 1870/71 erweiterten Staat trotz aller Fährnisse festhielt und ihn reorganisierte. Weder die Bundesregierung noch die Regierung auf Zeit der DDR hätten sich dem Wunsch der Bürger der Noch-DDR nach Wiedervereinigung versagen können, siehe D. Blumenwitz, »Die staatliche Reorganisation Deutschlands und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes«, in *MUT*, Nr. 275 (1990), S. 10–20.

66. Vgl. oben Anm. 22.

67. Vgl. oben, Anm. 25 u. 27.

68. Vgl. D. Blumenwitz, aaO. (Anm. 60).

69. Vgl. D. Blumenwitz, *Staatennachfolge und die Einigung Deutschlands*, Teil I (»Völkerrechtliche Verträge«), Forschungsergebnisse der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Bd. 10, Berlin 1992, S. 134 ff.

70. Art. 247, Abs. 2 Satz 1, EG-Vertrag.

71. Ebenso zeigen die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Wahlvertrag (BVerfGE 82, 322), zu den besatzungshoheitlichen Enteignungen (BVerfGE 84, 90), zur sog. Warteschleife (BVerfGE 84, 133) und schließlich zum Schwangerschaftsabbruch nach den einigungsbedingten Änderungen (BVerfGE 88, 203) den unmittelbaren Einfluß verfassungsgerichtlicher Kontrolle auf die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.

72. Siehe z. B. F. K. Fromme, »Das Grundvertragsurteil einst und jetzt«, in *FAZ*, Nr. 117 vom 7. Juni 1978, S. 5.

73. D. Blumenwitz, aaO. (Anm. 7 ), S. 8. Vgl. z. B. KPD-Urteil: Den zu politischem Handeln berufenen Organen der Bundesrepublik muß es überlassen bleiben zu entscheiden, »welchen Weg sie zur Herbeiführung der Wiedervereinigung als polititsch richtig und zweckmäßig ansehen«. Im *Saarstatuturteil* hat das Bundesverfassungsgericht den politischen Aktionsradius der Bundesregierung durch den Rechtfertigungsgrund der sog. »Annäherungstheorie« erweitert: Die Richter gestatten ausnahmsweise eine Güterabwägung zwischen dem durch eine verfassungsrechtlich bedenkliche Regelung erreichten und dem dabei geopferten Verfassungsbestand; diese Abwägung muß aber so deutlich ausfallen, daß ein Festhalten am strikten Verfassungsrecht ein Rigorismus bedeutete, der »sich in dem Satz verdichten ließe: Das Schlechte darf dem Besseren nicht weichen, weil das Beste nicht erreichbar war«.

74. Vgl. D. Blumenwitz, aaO. (Anm. 9 ).

75. Das Gericht lehnte die von der Bayerischen Staatsregierung mehrfach beantragte einstweilige Anordnung gegen den Austausch der Ratifikationsurkunden am 18. Juni 1973 endgültig ab. Der Senat war zwar nicht überzeugt, daß eine Verschiebung des Inkrafttretens des Vertrages bis nach der Urteilsverkündung irreparable Schäden für die deutsche Außenpolitik zur Folge gehabt hätte, konnte aber auch nicht begründen, daß die Exekutive beabsichtige, »ein beim Bundesverfassungsgericht anhängiges Verfahren zu überspielen«. »... weder die Bundesregierung vermag mit Sicherheit anzugeben, welche Folgen tatsächlich eintreten werden, noch die Antragstellerin vermag mit Sicherheit anzugeben, daß sich die mit der Verzögerung verbundenen Komplikationen in der Folge ohne bleibenden Schaden für den Staat beheben lassen. Nicht einmal die Wahrscheinlichkeiten der Entwicklung lassen sich kalkulieren.« Das Gericht folgerte aus der Lage, daß es in der Verantwortung der Bundesregierung liege, die Grenze zwischen effektiver Verfassungskontrolle und den unabweisbaren Notwendigkeiten der Außenpolitik in eigener Verantwortung zu treffen. Vgl. Cieslar/Hampel/Zeitler, aaO. (Anm. 8), S. 45 ff. (102 ff.). Das Grundvertragsurteil einleitend, legte das Gericht nochmals sein Verständnis des Grundsatzes des judicial self-restraint dar: Er bedeutet nicht eine Verkürzung oder Abschwächung der verfassungsgerichtlichen Kompetenz, »sondern den Verzicht, Politik zu treiben, d. h. in den von der Verfassung geschaffenen und begrenzten Raum freier politischer Gestaltung einzugreifen«. (Urteil B II 2)

76. Das Bundesverfassungsgericht widersprach damit indirekt einer in den 70er Jahren weitverbreiteten These: »Durch den Tod zu neuem Leben«, d. h., der Weg zu einem (neuen) gemeinsamen Staat der Deutschen führe nur über den Abbau aller noch bestehenden gesamtdeutschen Strukturen. Es nahm damit auch die Erfahrung anderer geteilter Staaten auf, die durch das Festhalten an den einmal begründeten gemeinsamen staatlichen Strukturen die Folgen der faktischen Spaltung relativierten oder überwanden, vgl. die geglückten bzw. noch offenen Vereinigungsmodelle Vietnam, Jemen, China, Korea und Zypern: Solange ein staatliches Gemeinwesen glaubhaft an seinem Kontinuitäts- oder Identitätsverständnis festhält, können neue politische Verhältnisse sich nicht konsolidieren.

77. In den 80er Jahren traten die Partei der Grünen und namhafte Gruppierungen in der SPD für eine Streichung des Wiedervereinigungsgebots im Grundgesetz ein. Diese Bestrebungen mußten an Art. 79 Abs. 3 GG, der sog. »Ewigkeitsklausel« in der Verfassung, scheitern. Auch mit noch so qualifizierter Mehrheit ließ sich nicht eine tragende Säule deutscher Staatlichkeit herauslösen, ohne das gesamte Verfassungsgebäude zum Einsturz zu bringen, vgl. D. Blumenwitz, »Die staatliche Gestalt Deutschlands – Möglichkeiten einer Reorganisation«, in D. Blumenwitz, G. Zieger (Hrsg.), *Das deutsche Volk und seine staatliche Gestalt* (Bd. 6 der staats- und völkerrechtlichen Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht), Köln 1988, S. 113 ff. (120).

78. Vgl. Ansprache des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Roman Herzog, vor dem Bundestag, 17. Juni 1988, Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, S. 5775 C.

79. Vgl. Tomuschat, in *DÖV* 1973, S. 805.

80. Vgl. AdG 1989, S. 33976 f.

81. Vgl. D. Blumenwitz, »Europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung«, aaO. (Anm, 61), S. 1–20.

82. Damit waren auch die Ausführungen, die sich nicht ausschließlich auf den Inhalt des Grundvertrags selbst bezogen, rechtlich verbindlich. Das Gericht trug damit dem Umstand Rechnung, daß der Grundvertrag »auf Ausfüllung angelegt ist, rechtlich außerordentlich bedeutsam ist nicht nur durch seine Existenz und durch seinen Inhalt, sondern vor allem auch als Rahmen für die künftigen Folgeverträge«, vgl. Urteil B VI 2.

83. Vgl. Urteil B III 2.

Rolf-Josef Eibicht

# Europa und die Souveränität Deutschlands oder der Irrweg von Maastricht

*»Maastricht, das ist dasselbe wie der Versailler Friedensvertrag – ohne Krieg.«*
»Le Figaro«, Paris, September 1992

In der bis 1990 gültigen Fassung des Grundgesetzes war als Staatsziel formuliert worden: »Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.«

Mit »Einheit« konnte nur ein Staat des ganzen deutschen Volkes, also ein Nationalstaat, gemeint sein. Die Hinweise auf »freie Selbstbestimmung« und »Freiheit« sollten ausschließen, daß die staatliche Wiedervereinigung zu einer kommunistischen Herrschaft über ganz Deutschland führen könnte. So hätte sich aus diesem Staatsziel für die bundesdeutsche Politik die Verpflichtung ergeben, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf das Ende der kommunistischen Herrschaft in Deutschland hinzuwirken, da dann die freie Selbstbestimmung auch die staatliche Einheit der Deutschen zur Folge haben mußte. Lange Zeit wurde ein solches Programm auch, mit Ausnahme der Kommunisten und ihrer Mitläufer, von allen Parteien in der Bundesrepublik akzeptiert.

Aber eben nur für eine begrenzte Zeit. Seit Mitte der sechziger Jahre änderte sich, in der einen Partei schneller, in der anderen langsamer, die Einschätzung der kommunistischen Herrschaft und somit auch die Vorstellung darüber, wie man ihr begegnen sollte. Allmählich, bei einigen Politikern schneller, bei anderen langsamer, setzte sich die Sprachregelung durch, man müsse die »Realitäten« in Form regierender kommunistischer Parteien anerkennen und mit ihnen leben. Und immer häufiger wurde auch, mal lauter und mal leiser, die Frage aufgeworfen, ob nicht andere Probleme wie die »Friedenssicherung« viel wichtiger seien als eine mehr oder weniger friedensgefährdende Politik der Wiedervereinigung, ob nicht sogar der Nationalstaat überholt und für die

Gestaltung der Zukunft untauglich sei. Daß man für die »Freiheit der Brüder und Schwestern« im kommunistischen Machtbereich nichts tun konnte, wenn man auf die Forderung der Einheit und somit auf die Gestaltung der Politik in Mitteldeutschland verzichtete, wurden geflissentlich verschwiegen.

So nahmen die offenen und versteckten Kontakte zu den kommunistischen Machthabern in Ostberlin, die Stabilisierung ihrer Herrschaft durch getarnte oder weniger getarnte Zahlungen, die Versicherungen von Annäherungen und Anerkennungen, die Bekundungen von Friedensbereitschaft und Sicherheitspartnerschaft, die wechselseitigen Besuche mit rotem Teppich und Militärmusik immer mehr zu. Und sie wurden begleitet von immer offener geäußerten Behauptungen, es werde zu einer deutschen Wiedervereinigung nicht mehr kommen.

Nicht jeder sagte das so deutlich wie der ehemalige sozialdemokratische Bundeskanzler Brandt, der dafür die Worte benutzte: »Wir haben die Einheit verspielt. Und keine Macht der Welt wird sie zurückbringen.« Demgemäß sei der Glaube an eine Wiedervereinigung die »spezifische Lebenslüge der zweiten deutschen Republik« oder »eine Fiktion«, »ein Traum, der vorüber ist, wenn man aufwacht«. Folglich wunderte sich Brandt, »warum denn in aller Welt heute noch darüber geredet wird, wie offen die deutsche Frage sei«. Sein Amtsnachfolger Schmidt erwartete die Wiedervereinigung »irgendwann im nächsten Jahrtausend«, also keineswegs zu einem Zeitpunkt, der vorher zu einer Mitwirkung an diesem Ziel veranlassen könnte. Der SPD-Politiker Ehmke hatte schon 1979 erklärt, »daß eine ›Wiedervereinigung‹ im Sinne einer Wiederherstellung des alten deutschen Nationalstaates keine sehr realistische Perspektive für die Weiterentwicklung der deutschen Frage darstellt«. Lafontaine, 1990 Kandidat der SPD für den Posten des Bundeskanzlers, brachte diese Ansicht 1988 mit den Worten zum Ausdruck, inzwischen habe sich »die deutsche Nation so sehr verspätet, daß sie in ihrem Streben nach Staatlichkeit unzeitgemäß geworden ist... Der Nationalstaat hat schon heute die Vernünftigkeit seiner Idee überlebt«. Und noch am 3. Oktober 1989, fünf Tage vor der Öffnung der Berliner Mauer, wandte sich der SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel »gegen das leichtfertige und illusionäre Wiedervereinigungsgerede«.

Die FDP hatte schon ein bißchen früher, nämlich in den »Perspektiven liberaler Deutschland-Politik« vom 27. Oktober 1975, verkündet: »Einheit um jeden Preis ist kein Ziel liberaler Politik. Ob Angehörige eines Volkes oder einer Volksgruppe oder mehrerer Volksgruppen in einem Einheitsstaat, einem Bundesstaat, einer Konföderation oder in getrennten Staaten leben wollen, ist jeweils von den Betroffenen selber zu entscheiden« – die Voraussetzung dafür, daß man erst einmal die Möglichkeit der Entscheidung haben muß, wird jedoch nicht näher erörtert. Der zeitweilige stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Ronneburger, sagte am 13. Januar 1985: »Die Formel ›Wiedervereinigung‹ nennt das Grundgesetz nicht. Es gibt keinen Auftrag zur Wiederherstellung eines bestimmten historischen Zustandes, nur weil es

ihn einmal gegeben hat.« In dem von Genscher, unter SPD- wie CDU-Bundeskanzlern als Außenminister tätig, herausgegebenen Sammelband *Nach vorn gedacht... Perspektiven deutscher Außenpolitik* schreibt Walther Stützle über das »Interesse von Washington, Paris, London und Moskau«: »Dieser Umstand allein schließt nicht nur eine Wiedervereinigung aus und setzt auch dem selbständigen Miteinander der beiden deutschen Staaten enge Grenzen.«

Auch die ehemalige CDU-Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen Wilms teilte solche Ansichten in einer Rede vom 25. Januar 1988: »Der Nationalstaat um seiner selbst willen, das ist weder der Auftrag des Grundgesetzes, noch entspricht dies unserem politischen Bewußtsein... Wir wissen, daß die Überwindung der Teilung Deutschlands in naher Zukunft nicht zu erwarten ist...« Ein am 18. Februar 1988 vom CDU-Generalsekretär Geißler verkündeter Diskussionsentwurf einer Kommission über »Unsere Verantwortung in der Welt – Christlich-Demokratische Perspektiven zur Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik« behauptete auch in diesem Sinn: »Die Lösung der deutschen Frage ist daher gegenwärtig nicht zu erreichen«, die Einheit der Deutschen außerdem auch »nur mit Einverständnis ihrer Nachbarn in Ost und West«. Was dann allerdings folgen sollte, wenn jene Nachbarn nicht so recht wollten, sagte der Entwurf nicht. Immerhin sind solche Auffassungen in der CDU nicht ohne Widerspruch geblieben.

So waren es auch nicht Bonner Politiker, von denen 1989 und 1990 angesichts der Schwäche der Sowjetunion und der Unsicherheit der SED-Führung die ersten Anstöße zur Wiedervereinigung ausgingen. Es war die mitteldeutsche Bevölkerung, die durch eine immer mehr anwachsende Fluchtbewegung, durch Streiks und durch Massendemonstrationen, vor allem aber auch dadurch, daß sie den Kommunisten in dieser Krisensituation jede Unterstützung verweigerte, den Zusammenbruch der Diktatur einleitete. In Bonn hat man also nur zu vollstrecken brauchen, was unsere mitteldeutschen Landsleute vorgezeichnet hatten.

Hellmut Diwald hat das in folgende Worte gebracht: »Was war das Revolutionäre, ja das Unglaubliche von 1989? Daß einzig und allein die Deutschen in der ehemaligen DDR mit ihrem ›Nein‹ das SED-Regime gestürzt und mit ihrem ›Ja‹ zur deutschen Einheit die Grenze durchbrochen und die Mauer niedergelegt haben – und nicht Bonn mit der Fata Morgana seiner Deutschland-Politik. Die Entschlossenheit und Unnachgiebigkeit der Deutschen in Sachsen und Brandenburg, in Thüringen und Mecklenburg, in Sachsen-Anhalt und Berlin waren die Motoren des Umsturzes. Dadurch allein wurde die Einheit Deutschlands von den Zungen weg zu den Fakten gebracht – jenen Fakten, die man sich in Bonn weder vorgestellt noch angestrebt hatte, ja die man nie ernstlich gewollt hatte.«

Wendig, wie man war, versuchten nun nicht wenige Politiker in Bonn, den Zusammenbruch des Kommunismus in Deutschland als angebliche Folge der eigenen Bemühungen, des »Wandels durch Annäherung« auszugeben. Mit

besonderer Unbefangenheit taten dies Willy Brandt und Egon Bahr. Auch ein SPD-Parteitag beschloß am 18. Dezember 1989 die Erklärung: »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.« Einsichten, die man jahrzehntelang nicht mehr gehört und vergeblich erwartet hatte.

Durch die Bereitschaft, auf die deutsche Wiedervereinigung entweder zu verzichten oder sie in eine sehr ferne Zukunft zu verschieben, wurde nicht nur die auf Abgrenzung ausgerichtete kommunistische Politik gefördert. Nicht weniger spielte auch die Vorstellung eine Rolle, der Nationalstaat sei durch Zeitablauf überholt und müsse durch ein »Vereintes Europa« abgelöst werden, ferner die Behauptung, ein geeintes Deutschland werde von seinen Nachbarn als Bedrohung empfunden und sei denen deshalb nicht zuzumuten. Dabei wurde offenbar der Widerspruch nicht gesehen, daß Deutsche sich mit anderen Ländern vereinigen sollten, deren Mißtrauen die Einheit Deutschlands gleichzeitig ausschließen dürfte. Auf jeden Fall hat sich der Begriff »Europa« nicht nur im Denken und Handeln deutscher Politiker als eines der größten Hindernisse für die Einheit Deutschlands erwiesen.

Schon Konrad Adenauer hatte am 28. September 1954 in einem Gespräch mit den Außenministern Belgiens und Luxemburgs erklärt, daß für ihn die Einheit Europas Vorrang vor der Einheit Deutschlands habe. Vor allem aber wollte er noch zu seinen Lebzeiten künftigen Generationen der Deutschen verbindlich festschreiben, in welchen Bahnen sie zu handeln hätten und ihnen so die Entscheidungsmöglichkeiten nehmen: ». . . ich weiß nicht, was meine Nachfolger tun werden, wenn sie sich selbst überlassen sind, wenn sie nicht in fest vorgezeichneten Bahnen gehen müssen, wenn sie nicht an Europa gebunden sind. . .« Nicht wenige CDU-Politiker berufen sich heute auf ihn als seine politischen »Enkel« und darauf, im Sinne seiner Europakonzeption zu handeln. Ein Berater Kohls gebrauchte die Worte: »Die staatliche Einheit der Deutschen war immer in der neueren Geschichte, allein durch ihre bloße Existenz, eine Belastung Europas und ein Skandalon der Europäer.« Aber auch in der SPD gab es längst vergleichbare Stellungnahmen. So sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Heimann 1987: »Die Geschichte des mißglückten deutschen Nationalstaats sollte gelehrt haben: Nicht der einheitliche deutsche Staat als Ausdruck politischer Selbstbehauptung durch Macht ist der geeignete Identitätsfaktor der Deutschen, sondern ihre spezifische europäische Aufgabe als Volk in der Mitte Europas. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird aber ersichtlich durch Mehrstaatlichkeit weniger behindert als gefördert. . .« Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder verkündete am 11. Mai 1989: »Die Vision, die wir für die Realisierung von Einheit haben müssen, ist keine nationalstaatliche, sondern die Vision, die wir für die Realisierung von Einheit brauchen, ist notwendig eine europäische, oder sie wird eine Illusion bleiben.« Einzelheiten darüber, was die »spezifische europäische Aufgabe« oder die »europäische Vision« sein könnten, wurden jedoch noch nicht mitgeteilt. Der zeitweilige Bundesgeschäftsführer der SPD Glotz veröffent-

lichte 1990 einen Band mit Polemiken unter den Titel *Der Irrweg des Nationalstaats – Europäische Reden an ein deutsches Publikum.*

So lohnt es sich, einen Blick auf jenes Europa zu werfen, von dem sich Bonner Politiker so viel zu versprechen scheinen. Vor allem sollte gefragt werden, wie der Verzicht auf nationalstaatliches Denken und Handeln, eben der von Glotz so bezeichnete »Irrweg«, in anderen europäischen Ländern gehandhabt wird: in Staaten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland durch Pakte und Abkommen vielfältig verbunden ist und die von Repräsentanten der deutschen Politik in der Regel als »Freunde« bezeichnet werden.

Im 1952 abgeschlossenen Deutschlandvertrag zwischen der Bundesrepublik und den USA, Großbritannien und Frankreich übernahm die deutsche Seite erhebliche Verpflichtungen auch gegen die Zusicherung: »Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelungen werden die Bundesrepublik und die Drei Mächte zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich demokratische Verfassung ähnlich der Bundesrepublik besitzt und das in eine europäische Gemeinschaft integriert ist.« Die Unterstützung für die deutsche Einheit war damit eindeutig festgeschrieben. Sie hätte spätestens wirksam werden müssen, als gegen Ende der achtziger Jahre die kommunistische Herrschaft ins Wanken geriet.

Aber es zeigte sich bald, was von diesen Versicherungen zu halten war. Als die englische Premierministerin Thatcher im September 1989 Gorbatschow in Moskau besuchte, führte sie mit ihm auch »ein offenes Gespräch zum Thema Deutschland«, über das sie in ihren Erinnerungen berichtet: »Ich erklärte ihm, daß uns in der NATO diese Aussicht nun doch ziemlich bedenklich stimmte – obwohl wir uns aus Tradition zur deutschen Wiedervereinigung bekannten. Dies, fügte ich hinzu, sei nicht nur meine Meinung, sondern ich hätte die Frage auch mit einem anderen westlichen Spitzenpolitiker diskutiert – womit ich Präsident Mitterrand meinte, den ich allerdings nicht namentlich nannte.« Gegen die Wiedervereinigung war sie aus folgendem Grund: »Es ist doch wahrscheinlich, daß Deutschland in einem solchen Gefüge die Führungsrolle einnehmen würde, denn ein wiedervereinigtes Deutschland ist schlichtweg viel zu groß und zu mächtig, als daß es nur einer von vielen Mitstreitern auf dem europäischen Spielfeld wäre.«

Von englischer Seite unterblieb aber nicht nur die zugesagte Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung, sondern Thatcher versuchte statt dessen, sie mit Hilfe der Vereinigten Staaten und Frankreichs zu verhindern. Die sowjetische Zustimmung hatte sie schon erhalten: »Gorbatschow bestätigte, auch die Sowjetunion wünsche keine deutsche Wiedervereinigung.« Aber dann klappte es nirgends wie geplant. »Es sollte sich herausstellen, daß die Sowjets... bereit waren, den Deutschen die Wiedervereinigung zum Preis einer bescheidenen Finanzspritze für ihre marode Wirtschaft zu verkaufen.« Eine Enttäuschung war auch Präsident Bush: »Es blieb jedoch die Tatsache

bestehen, daß ich von den Amerikanern in bezug auf eine Verlangsamung der deutschen Wiedervereinigung weiterhin nichts erwarten konnte. . .«

Ihre nächste und letzte Hoffnung war Frankreichs Präsident Mitterrand, der den Deutschen nicht das Recht zugestehen wollte, »die politischen Realitäten in Europa umzustoßen«. Er war auch schon fleißig in diesem Sinne tätig gewesen und hatte Gorbatschow bei einem Besuch in Kiew gegen die deutsche Einheit mobilisieren wollen und in Ost-Berlin die SED-Führung zur Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit ermutigt. Auch das blieb ohne Erfolg und wurde deshalb auch in Frankreich als Fehlschlag gewertet. So erklärte der französische Parlamentspräsident Séguin im Februar 1994 in einem Interview über Mitterrand: »Auch ich war sehr schockiert, als im symbolträchtigen Augenblick des Falls der Mauer die Reaktion des französischen Staatsoberhauptes darin bestand, in einer merkwürdigen Rundreise zunächst denen seine Aufwartung zu machen, die in Ost-Berlin die DDR erhalten wollten, und dann in Kiew Gorbatschow zu einer Allianz der Widersacher gegen die deutsche Einheit zu bewegen.«

Nach diesen umsonst ausgegebenen Reisespesen hatte Mitterrand nach Thatcher folgende Wahl: »Er konnte entweder den europäischen Einigungsprozeß vorantreiben, um den deutschen Riesen zu bändigen, oder aber diese Linie aufgeben und sich auf jene von General de Gaulle zurückbesinnen – das heißt, auf die Verteidigung der französischen Unabhängigkeit und eine Bündnispolitik zur Sicherung der Interessen seines Landes. Er traf die falsche Entscheidung für Frankreich.« Mitterrand wollte also mit anderen Worten Deutschland in einem immer straffer kontrollierten Bündnis mit Hilfe anderer Staaten an die Leine legen, anstatt sich außerhalb des Bündnisses einer britisch-französischen Achse gegen Deutschland anzuschließen. Daß er innerhalb der sogenannten Europäischen Gemeinschaften genügend Verbündete finden würde, konnte er annehmen. So hatte nicht nur der Mafia-verdächtige italienische Außenminister Andreotti wiederholt seine Vorliebe für zwei deutsche Staaten betont. Auch der niederländische Ministerpräsident Lubbers hatte nach Thatcher über die sich abzeichnende Entwicklung in Deutschland gesagt, er »halte das Gerede von Selbstbestimmung für gefährlich, und es sei besser, nicht von *einem* ›deutschen Volk‹ zu sprechen«.

Daß Thatcher die Pläne Mitterrands zutreffend einschätzte, bestätigte auch Séguin. Zur deutschen Wiedervereinigung sagte er: »Von jenem Zeitpunkt an haben wir darauf gedrängt, die Errichtung der Europäischen Union zu beschleunigen. Wir wollten so allen Risiken entgegenwirken, die aus der deutschen Einheit entstehen konnten.« Séguin findet jedoch nicht richtig, »Deutschland in Europa einzumauern, weil das eine sonderbare Art ist, freundschaftliche Beziehungen zu pflegen«.

Die Pflege dieser freundschaftlichen Beziehungen erfolgte dann in dem am 7. Februar 1992 in Maastricht unterzeichneten Vertrag über eine Europäische Union, an der 12 europäische Staaten unter Einschluß der Bundesrepublik

beteiligt sind und der im wesentlichen in Paris konzipiert wurde. Die zwölf beteiligten Staaten wollen demzufolge einen Wirtschafts- und Sozialraum ohne Binnengrenzen sowie eine Wirtschafts- und Währungsunion mit gemeinsamer Währung schaffen, außerdem eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vereinbaren und es der Europäischen Union erlauben, sich die Mittel zur Erreichung ihrer Ziele selbständig zu beschaffen, also Steuern und Abgaben zu erheben.

Der Vertrag wurde von Kohl nicht nur unterzeichnet, sondern auch als Mittel begrüßt, um »einen Rückfall in früheres nationalstaatliches Denken unmöglich« zu machen. Als Folge des Vertrags ist mit Sicherheit anzusehen, daß die Gesetzgebungskompetenz der Mitgliedstaaten künftig weitgehend auf die EG-Kommission in Brüssel übergeht und damit unter anderem auch den Deutschen Bundestag ziemlich überflüssig machen wird. Vor allem aber verliert, spätestens am Januar 1999, die Deutsche Bundesbank ihre Zuständigkeit für die deutsche Geldpolitik an eine »Europäische Zentralbank«, womit die Deutsche Mark abgeschafft und durch eine gemeinsame Eurowährung mit dem Namen ECU ersetzt wird. Da durch diese Gemeinschaftswährung dann auch alle europäischen Länder mit geringer Wirtschaftsleistung und hohen Inflationsraten vertreten sind, wird der ECU in hohem Maße inflationsgefährdet sein – zum Nachteil der deutschen Wirtschaft und nicht weniger der deutschen Sparer. Zwar soll der ECU später nicht weniger stabil sein als die Mark, aber diese Stabilitätskriterien sind nur im Anhang des Vertrages aufgeführt und somit leicht zu korrigieren – hin zu inflationsfördernden Bedingungen.

Die europäischen Schwachwährungsländer erhalten somit eine stabilere Währung, die anderen Staaten eine schwächere. Trotzdem haben vor allem die Mittelmeerländer für ihre Zustimmung zum Maastrichter Vertrag auch noch die Einrichtung eines »Kohäsionsfonds« verlangt und zugesagt erhalten, der den Transfer riesiger Summen von Nord- nach Südeuropa vorsieht und damit vor allem zu Lasten Deutschlands geht.

Die Absichten, die Frankreich mit dem Maastrichter Vertrag verwirklichen will, wurden von französischen Politikern deutlich gemacht, als der französische Wähler im September 1992 über die Europäische Union abstimmen konnte. Mitterrand pries den Maastrichter Vertrag als Mittel, um durch eine Wirtschafts- und Währungsunion Deutschland im Zaum zu halten und die Macht der Deutschen Bundesbank zu brechen. Der ehemalige Staatspräsident Giscard d'Estaing nannte Maastricht die »diplomatische Antwort der Europäer auf die deutsche Wiedervereinigung«, der französische Transportminister Bianco erklärte seinen Landsleuten: »Die einzigen, die in der Währungsunion zu verlieren haben, sind die Deutschen: Sie müssen die Macht der Mark teilen.« Deutlich wurde auch der Pariser *Figaro* mit den Worten: »Deutschland muß zahlen, hieß es in den zwanziger Jahren. Heute zahlt Deutschland: Maastricht, das ist dasselbe wie der Versailler Friedensvertrag – ohne Krieg.«

Die Bundesregierung tat hingegen so, als hätte sie diese Absichtserklärungen aus Paris nicht zur Kenntnis genommen. Sie erging und ergeht sich stattdessen in Behauptungen, durch die Europäische Union werde die politische und wirtschaftliche Stabilität in Europa in einer Weise gefördert, die allen, und somit auch den Deutschen, nur Vorteile verschaffe. In einem 1994 beschlossenen Programm der CDU heißt es dazu: »Wir wollen ein starkes Europa, das die Zukunft der Nationen sichert. Europa muß handeln können, wo die Nationalstaaten allein nicht mehr in der Lage sind, die existentiellen Probleme ihrer Völker zu lösen. Wir wollen daher die zur Bewältigung dieser wachsenden Aufgaben erforderlichen Befugnisse, Zuständigkeiten und politischen Souveränitätsrechte auf die Europäische Union übertragen.«

Wie nicht wenige Mitgliedstaaten dieser Europäischen Union sich gegenüber Deutschland verhalten, haben sie im Zusammenhang mit der Vereinigung West- und Mitteldeutschlands – lediglich einer Teilvereinigung ohne Ostdeutschland und das Sudetenland – deutlich genug gemacht, nicht weniger auch durch die offen bekundete Absicht, Deutschland durch den Maastrichter Vertrag im Zaum zu halten oder einzumauern. Eindeutig war auch die außenpolitische Bilanz, die Thatcher nach ihrem Rücktritt zog. Sie betrachtete es als große Niederlage, daß sie die deutsche Wiedervereinigung nicht verhindern, und als großen Erfolg, daß dank ihrer Mitwirkung der dauerhafte Verzicht Deutschlands auf seine Ostgebiete erzwungen werden konnte. Weshalb also eine deutsche Regierung ihre Kompetenzen an Staaten abgibt, Ländern eine überaus starke Mitwirkung auf deutsche Angelegenheiten einräumen will, die der Bundesrepublik mit kaum verhüllter Feindseligkeit gegenüberstehen, muß unbegreiflich bleiben. Es wurde von Kohl und seinem ehemaligen Minister Geißler gesagt, der Maastrichter Vertrag sei der Dank dafür, daß Deutschlands Nachbarn der Wiedervereinigung zugestimmt hätten. Zustimmen mußten, im sogenannten 2-plus-4-Vertrag, von diesen Nachbarn nur England und Frankreich. Beide Länder hatten sich 1952 zur Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung verpflichtet und brauchten nicht dafür honoriert zu werden, daß sie diese Zusage nicht nur nicht einhielten, sondern ihr sogar entgegenwirkten.

Der Maastrichter Vertrag wäre möglicherweise auch nicht von den französischen Wählern angenommen worden, wenn Kohl sich nicht im französischen Fernsehen vehement für ihn eingesetzt hätte, wozu er durch nichts verpflichtet war. Der Maastrichter Vertrag war zudem nach seinem Wortlaut in dem Augenblick hinfällig, als er von einer Mehrheit der Dänen abgelehnt wurde. Es ist wiederum Kohl zuzuschreiben, daß Dänemark darauf Sonderbedingungen eingeräumt wurden, die eine spätere Zustimmung ermöglichten.

Vor allem aber wäre es niemals zum Vertragsabschluß gekommen, wenn Kohl nicht weitere horrende Zahlungen an die unterentwickelten europäischen Länder über einen Kohäsionsfonds zugesagt hätte. Und das angesichts

eines Staates, dessen öffentliche Hand bereits mit 2 Billionen Mark verschuldet ist, der in den neuen Bundesländern ungeheure Aufgaben zu finanzieren, der osteuropäischen Ländern erhebliche Kredite zugesagt hat.

Und der mit vollem Recht auch als Zahlmeister Europas bezeichnet wird. Hat die Bundesrepublik 1990 noch 11,6 Milliarden mehr an die EG-Kommission gezahlt, als sie zurückerhielt, so wird dieser Betrag 1994 voraussichtlich auf 31,2 Milliarden Mark anwachsen. Dank der im Maastrichter Vertrag neu übernommenen Verpflichtungen kann sich diese Summe im Lauf der nächsten fünf Jahre noch einmal verdoppeln.

Maastricht ist das Werk und die Schuld Helmut Kohls, der in seinem Amtseid geschworen hat, seine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.

Es gibt eine schwache, aber nicht unbegründete Hoffnung, die schlimmsten Folgen des Maastrichter Vertrages und vor allem die geplante Abschaffung der D-Mark doch noch zu verhindern. Dem Münchner Rechtsanwalt Manfred Brunner und anderen ist es zu verdanken, daß der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts über die Gültigkeit dieses Abkommens entschieden und in seinem Urteil vom 12. Oktober 1993 die Ratifizierung zwar erlaubt, dabei aber deutlich die Grenzen des europäischen Integrationsprozesses aufgezeigt hat. Danach bewahrt die Bundesrepublik Deutschland auch in einem europäischen Staatenverbund ihre Selbständigkeit als Nationalstaat und begründet nicht, wie Kohl das behauptet hat, einen Bundesstaat. Die Bundesrepublik kann von den Vereinbarungen des Maastrichter Vertrages auch insgesamt oder teilweise wieder zurücktreten, vor allem auch dann, wenn die gemeinsame Währung weniger stabil sein sollte als die D-Mark. Dem Deutschen Bundestag müssen Aufgaben und Befugnisse von substantiellem Gewicht verbleiben, über die Einführung der Währungsunion muß er noch einmal entscheiden.

Dem deutschen Wähler sind somit deutliche Möglichkeiten gelassen, mit einer Entscheidung gegen Maastricht dem französischen Imperialismus und Hegemonialstreben, der geplanten Abschaffung der Deutschen Mark sowie der Beseitigung der deutschen Souveränität im Namen Europas zu begegnen.

Carsten Kiesswetter

# Vom endgültigen Niedergang der Kriegsberichterstattung in unserer Zeit

## *»Die Schlacht der Lügen« oder das am schlechtesten gehütete Geheimnis der Militärgeschichte*

Östlich des somalischen Hafens Mogadischu zeigen sich die Umrisse eines amphibischen Fahrzeuges. Die Vorhut der Joint Task Force Somalia kommt – wie bestellt und bezahlt – zur besten Sendezeit. Als sich das amerikanische Fernsehpublikum am Dienstag, dem 8. Dezember 1992 abends, aufmunitioniert mit Bierdosen, Chips, Cola und was sonst noch für den Fernsehzimmerkrieg von Nöten ist, vor den Geräten versammelt, waten die ersten zwölf von Minenangst geplagten Elitesoldaten der US Navy an den Strand. Sie werden jedoch nicht vom Feind, sondern von den Bildmedien sehnsüchtig erwartet. Nicht marodierende Banden verfolgen sie, sondern auf Schritt und Tritt die Journaille, hochgerüstet mit Mikrophonen, Kameras, Scheinwerfern und Notizblöcken. Zum Auftakt der Operation »Wiederherstellung der Hoffnung« sieht sich die Truppe rund dreihundert Journalisten als der feindlichsten aller Kräfte in Somalia gegenüber. Gegen sie kämpfen nicht stark bewaffnete Banden, die sind bereits Tage vorher in sicherer Distanz in Deckung gegangen, sondern eine bestens informierte internationale Journalisten-Invasion. Tage zuvor hatten sie aus dem Pentagon Informationen erhalten und hatten genau an der Stelle ihre Operationszentralen aufgeschlagen, an der die schwerbewaffneten Kampfschwimmer, die »Navy Seals«, landen sollten. Die militärischen Führer vor Ort waren jedoch sehr schnell besorgt, daß die sogenannte vierte Gewalt, die von der übergeordneten Führung gezielt dorthin delegiert worden war, in der Hauptstoßrichtung herumsteht, zudem setzten die Scheinwerfer dieNachtsichtgeräte außer Gefecht. (Mir persönlich ist dies bisher nur bei Nebel, Dunst und Nieselwetter passiert, bei grellem Schweinwerferlicht setzte ich Infrarotgeräte bisher noch nicht ein. Eine neue Erfahrung, die wohl von den Auswertern und der optischen Industrie umgesetzt werden muß.)

Der Sprecher von Verteidigungsminister Cheney, Williams, sah sich deshalb zu folgender Aussage in der nächtlichen Pressekonferenz genötigt: »Wenn ihr über ein Fußballspiel berichtet, dann postiert ihr ja eure Leute auch nicht im Strafraum, auch wenn dies der beste Beobachtungspunkt ist. Ihr bleibt vielmehr außerhalb des Spielfeldes.«

Da das Landungsmanöver eines der am schlechtesten gehüteten Geheimnisse der Militärgeschichte gewesen ist, drängt sich der Verdacht geradezu auf, daß die militärische Hilfsaktion für das von einer Hungersnot gezeichnete Somalia ein gigantisches Medienspektakel war, um das Image der USA mit einer augenfälligen Demonstration internationaler Solidarität und humanitär verbrämtem patriotischem Pathos zu stärken. Über die politischen Hintergründe, die wirtschaftlichen Verflechtungen und das Versagen der Weltgemeinschaft wurde nicht oder kaum berichtet. Die menschliche Tragik, die sich seit geraumer Zeit auf dem Balkan abspielt, ist unbeschreiblich und wird vom Westen mittlerweile weitgehendst mit Resignation oder Gleichgültigkeit betrachtet.[1]

Die Weltpresse ließ zumindest zu Beginn wieder einmal jede Spur geschichtlicher Aufklärung vermissen. In der westlichen Presse ist bei der aktuellen Kriegsberichterstattung vom Balkan zu beobachten, daß in diesem von Serbien vom Zaun gebrochenen und weitgehendst zu verantwortenden Krieg Aggressoren und Angegriffene, Täter und Opfer in einen Topf geworfen werden. Auf Grund der Presseberichte aus dem Kriegsgebiet entsteht der Eindruck, am Ausbruch und an der Fortführung dieses Krieges seien alle Völkerschaften des ehemaligen ›Jugoslawiens‹ – Serben, Kroaten und Muslime – schuld. Und die Rechnung der in Desinformation gut geschulten Serben um Milosevic scheint aufzugehen. So scheint sich der deutsch-französische TV-Kanal, ich vermeide das Wort ›Kulturkanal‹, zum Sprachrohr für die serbische Propaganda und Desinformation entwickelt zu haben. Es scheint im öffentlichen Bewußtsein völlig untergegangen zu sein, daß die serbische Armee Bosnien-Herzegowina überfallen hat, und mittels permanenter Kriegsverbrechen einst blühende Kulturlandschaften bewußt zu veröden sucht. Es ist ein erbitterter Propagandafeldzug über die Ursachen, den Verlauf und die Ziele des Krieges auf dem Balkan in vollem Gang.

Auch die plötzliche Afrikahektik der Vereinten Nationen stand unter anderem mit dem Krieg auf dem Balkan in engem Zusammenhang. Die hungernden Kinder scheinen mir nur Vorwand einer geschickt eingefädelten Entlastungsoffensive für Milosevic und Konsorten zu sein. Das Waffenembargo gegen Kroatien und Bosnien sowie die Farce des Wirtschaftsboykotts gegen Serbien trägt ebenso seine Handschrift. Die serbischen Eroberungen werden de facto von Truppen der UNO zementiert. Da sich die Berichte über die serbischen Kriegsverbrechen nun doch nicht mehr ganz unterdrücken lassen, mußte eine Entlastungsfront geschaffen werden, dies hat Boutros Ghali messerscharf erkannt. Das Militärpotential der Vereinten Nationen und damit

die Fernsehkameras der Welt wurden auf das ferne Afrika umgelenkt, denn noch sind die serbischen Kriegsziele nicht erreicht.

### *Die Geschichte der Kriegsberichterstattung und deren Niedergang oder: Müssen die Lügen zwangsläufig dominieren?*[2]

Ebenso, wie bei der Berichterstattung über den Golfkrieg, steht auch bei der Balkanberichterstattung die politische und vor allem historische Wahrheit im Dienste der Tagespolitik. Wiederum scheint Rudyard Kiplings Feststellung zu gelten: »Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.«[3] Die Kriegsberichterstattung hat im Zeitalter der Massenkommunikation einen erosionsartigen Niedergang erlebt, und sie befindet sich spätestens seit dem Golfkrieg heute auf einen erbärmlichen Tiefstand. Zwingend notwendig erscheint mir dies allerdings nicht, was ein Blick in ihre Geschichte zeigt.

Chronisten haben seit dem Altertum das Kriegsgeschehen illustriert. Aus der Schule kennen wir alle Julius Caesars *De bello gallico*, eine von ihm eigens verfaßte Kriegsberichterstattung, um die hohen Kosten des Feldzuges zu rechtfertigen. Prokopius hat den Kampf der Byzantiner gegen die Barbaren in Italien als Kriegshistoriker beschrieben, Josephus Flavius den römischen gegen die Juden. Im 18. und 19. Jahrhundert wurden derlei Berichte meist von ehemaligen Offizieren verfaßt, die sich als Militärpublizisten betätigten. So der junge Winston Churchill im amerikanisch-spanischen Krieg auf Kuba und im Vernichtungskrieg der Engländer gegen die Buren in Südafrika. Ernest Hemingway, der sich zum Teil durch den spanischen Bürgerkrieg und die Etappe der Schauplätze der alliierten Landung an der Westfront schlug, ist hierfür wohl das bekannteste literarische Beispiel.

Die Engländer, vor allem die ›ehrwürdige‹ *Times*, verfügten als erste in der Neuzeit über gebildete, der Wahrheit verpflichtete Kriegsberichterstatter, die das englische ›Fair-Play‹ beachteten, ein Charakterzug, den die englische Massenpresse unseres Zeitalters vollständig auf dem Altar des Mammons geopfert hat. So war die einzige Aufgabe der englischen Boulevardpresse (*Sun, Daily Mail*) während des Falkland-Krieges (1982) darauf abgestimmt, das englische Volk in unreflektierten ›Hurra-Patriotismus‹ zu versetzen. Solch aufgeputschte Emotionen wenden sich jedoch schnell gegen besonnene Kräfte im eigenen Lager. Damit verengt sich die eigene politische Handlungsfreiheit.

Der *Times*-Reporter William Howard Russell wird dagegen auf einem nach seinem Tode in der Londoner St.-Pauls-Kathedrale errichteten Epitaph als der erste und größte unabhängige Kriegsberichterstatter der Neuzeit überhaupt genannt. Russell war durch einen Zufall als Sonderkorrespondent auf die ferne Krim geschickt worden. Er berichtete regelmäßig über den Krieg, den die Türken mit Hilfe der Briten und Franzosen seit Winter 1853/54 gegen das Zarenreich führten. Mit der Schlagzeile »Sturm der leichten Brigade« gelang Russell der berufliche Durchbruch. Er beschrieb in diesem Artikel ein Gefecht,

das am 25. Oktober 1854 bei Balaklawa nahe der strategisch wichtigen Festung Sewastopol stattgefunden hatte. Das von Russell wiedergegebene Gefecht wurde in England zum Sinnbild für die Verantwortungslosigkeit der übergeordneten Führung und der damit verbundenen sinnlosen Menschenopfer.[4] Russell schrieb: »Unsere Schweren Reiter konnten nichts tun, als zu versuchen, jenes Häufchen von Helden zu decken bei ihrem Rückzug. . . Und 35 Minuten nach elf Uhr gab es außer den Toten und Sterbenden keinen britischen Soldaten mehr vor den moskowitischen Kanonen.« Rund 600 englische Reiter waren den russischen Kanonen entgegengaloppiert, 426 fielen. Russell zitierte den französischen General Bosanquet, der die Attacke mitverfolgte: »Das war ja ungemein beeindruckend, aber mit Kriegsführung hat sowas nichts zu tun!«

England war empört, denn zum ersten Mal wurde die grausame Seite des modernen Krieges ungeschminkt beleuchtet. Russell war die Sorte des innerlich und materiell unabhängigen, dilettierenden, gebildeten und abenteuernden Kriegsberichterstatters. Die erste Pflicht und Tugend des Militärjournalismus beruhte damals noch auf absoluter persönlicher Integrität und Unabhängigkeit des einzelnen Journalisten. Es verband sich eine distanzierte Haltung gegenüber der Politik – auch gegenüber der des eigenen Landes – mit einem Mitfühlen für die Akteure – auch für die Gegner – und eine Sympathie bzw. ein tiefes Wissen um das Wesen des Krieges und des Militärs.

Mit dem Ersten Weltkrieg nahm das Verhältnis von Presse und kriegführendem Militär und der Politik eine neue Qualität an. Die Ansätze dazu hatten sich bereits im Krimkrieg gezeigt. Die Totalität der Vereinnahmung der Presse zeigte ihr ungeschminktes Gesicht jedoch erst ab dem Jahr 1914, dies in ausnahmslos allen Ländern der kriegführenden Parteien. Die alten Weisheiten und abendländischen Gepflogenheiten des ›ius ad bellum‹ und des ›ius in bello‹ begannen in den Materialschlachten, in Ypern, an der Somme, in ganz Flandern und an der Ostfront unterzugehen.

Europa verlor nicht nur die Blüte und einen gewichtigen Teil seiner Jugend, sondern auch seine Kunst des Friedens und somit die Weisheit aller Politik. Die Presse war nun zu einem Teil der Kriegsmaschinerie geworden. Auflagenstärke, dümmlicher Chauvinismus (nicht Patriotismus!), die Polemik und Lüge bzw. Halbwahrheit waren die Waffen, die man ihr aushändigte.[5] Der einzelne Journalist verlor seine Unabhängigkeit, seine Distanz zum Geschehen – zum Krieg an sich – und damit seine Unabhängigkeit zur politischen und militärischen Führung an sich. Der Militärjournalismus politisierte und prostituierte sich. Ebenso wie die politischen Führungen der Zwischenkriegszeit verlor auch er seine Glaubwürdigkeit. Der moderne und totale Krieg hatte ihm seine Integrität genommen und ordnete ihn zu geschlossenen Reihen einer politischen Kampfpresse. Der Zweite Weltkrieg verstärkte diese Tendenz. Die Identifikation dieses Krieges mit einem oftmals überzogenen und verbrämten pseudo-humanitären Ethos und mit verlogener Gesinnung auf allen Seiten schien alle politischen und historischen Fragen beantwortet zu haben. In

einem Weltanschauungskrieg, in dem das ›unfehlbare Gute‹ gegen das ›absolut Böse‹ kämpft, stellen sich keine Fragen nach den wirklichen Ursachen und den wirklichen Hintermännern.

### *Die Berichterstattung des Vietnamkrieges oder: Wurde der Vietnamkrieg wirklich am heimischen Fernseher verloren?*

Die Berichterstattung über den Golfkrieg war nur ein weiteres Remake in dieser Hinsicht. Fritz Raddatz bemerkte hierzu: »Verglichen mit der Nachrichtenpolitik im Golfkrieg war die Nazi-Wochenschau ein Dokumentarfilm.«[6]

Der Zweite Weltkrieg brachte eine starke Personifizierung des Krieges mit sich. Es wurde vor allem auf alliierter Seite ein platter Personenkult kreiert. Patton, Eisenhower, MacArthur wurden zu Kassenschlagern der Lorbeer-Heldenepen aus Hollywood. Bomber-Harris und seine Schlächtergesellen avancierten zu aufrechten Kämpfern für demokratische Freiheit und Recht. Es trat eine Amerikanisierung und Vulgarisierung des Militärjournalismus ein (Lothar Rühl).

Eine Fortsetzung fand dieser platte Massenwahn in der Huldigung des Generals Schwarzkopf durch die Boulevard-Medien.[7] Der plakative Charakter der Boulevard- und Illustriertenpresse mit ihren Oberflächlichkeiten, Platitüden, Banalitäten, dem Mangel an intellektueller Schärfe, kritischer Distanz und sachlicher Substanz übertrug sich auf die Kriegsberichterstattung. Im Laufe der fünfziger Jahre, in denen sich der Übergang zur totalen Massenkommunikation bzw. Massenmanipulation in großem Stil vollzog, kam die Erkenntnis des alten Clausewitz zu Ehren, »daß das öffentliche Bewußtsein ein strategischer Faktor ist, der im Krieg und im Kampf um den Willen des Volkes wirkt«.[8] Die Wirkung von ausschnittsweisen – damals noch mehr Bild- als Fernsehdarstellungen – hatte sich im Ansatz bereits im algerischen Unabhängigkeitskrieg (1954–1962 ) gezeigt.

Es folgte der Vietnamkrieg. Man hat oft behauptet, dieser Krieg sei am Fernseher in den USA entschieden worden. So auch Präsident Bush, der nach dem ›Sieg‹ am Golf behauptet hatte: Das Gespenst von Vietnam sei endlich begraben! Man hätte auch den Vietnamkrieg bei einer besseren Medienpolitik siegreich zu Ende führen können.[9] Ich stimme hier eher Larry Heinemann – der in den sechziger Jahren in Vietnam gekämpft hatte – zu, daß jene Idee, dieser Krieg hätte gewonnen werden können, eine unhaltbare Spekulation ist. Der amerikanische Journalist und Kriegsberichterstatter Dr. George Cord, der als einer der wenigen bis zur 17. Parallele am Ben Hai Fluß vorgestoßen war, prophezeite bereits 1965 dem amerikanischen Botschafter Henry Cabot Lodge in aller Öffentlichkeit: »There is no light at the end of the tunnel«, also der Vietnam-Krieg könne niemals gewonnen werden.

Wie dem auch sei, ohne die täglichen Fernsehbilder wäre dieser Krieg in den USA nicht so verhaßt, die USA-Politik nicht so umstritten gewesen.[10] Eine

Tendenz wurde deutlich. Die emotionale Empfindlichkeit der eigenen Bevölkerung, die weit vom wirklichen Kriegsgeschehen und vom Kriegsschauplatz entfernt saß, wurde bis in das Mark getroffen.

Durch die ausschnittsweise und großflächige Dramatisierung eines eh schon dramatischen Geschehens wurde die Aggressivität oder Zustimmung gegen oder für diesen Krieg aufgeheizt. Das Bild schafft ein öffentliches Bewußtsein, und dieser Krieg wurde deshalb zu einem Spektakel der breiten Masse in den USA. Und nicht nur dort – deutsche Studenten zogen damals mit »Ho – Ho – Ho – Chi – Min-Rufen« über den Ku-Damm und durch Heidelberg. Die Kommentare über diesen Krieg wurden weniger von Kennern vor Ort gegeben. Ein enger Mitarbeiter des Bischofs von Saigon versicherte mir: »Es waren ein paar Dutzend Journalisten, von den Militärs gegängelt, die über den Krieg berichteten.«

Die Fiktion dieses Krieges wurde von Multiplikatoren entworfen, die in der Ferne – vor allem mittels der Bilder – Stimmung und Betroffenheit erzeugten und Politik trieben. Sie erzeugten mittels Bildern - im negativen Sinne von Clausewitz – öffentliches Bewußtsein. Die Wirkung des Bildes hatten die Zensoren der Militärbehörde in Saigon unterschätzt. Die Technik des Bildes privilegiert den dramatischen Effekt. Bilder sind Momentaufnahmen eines Geschehens, sie haben eine starke Faszination für den Betrachter, ohne jedoch den Hintergrund näher zu beleuchten. Die Politiker und die Militärs haben daraus gelernt. Vor das – auch nur in Ansätzen mögliche – Dokumentarische wurde eine rigorose Zensur geschaltet. Der Krieg um die Falklands war der erste Krieg ohne Bilder.[11] Grenada folgte![12]

*Die neue Qualität der Berichterstattung oder: Die Lähmung der Seelen.*

Eine neue besondere Qualität hat die Fernsehberichterstattung über den Golfkrieg erfahren. Während des gesamten Kriegsverlaufes erlaubten die Zensoren auf alliierter Seite und irakischer Seite nicht, die Schrecken des Krieges zu zeigen. Es blieb eine technisch abstrakte Ästhetik der vorgezeigten Video-Bilder aus den Cockpits der US-Kampfflieger. Filme von exakt in das Ziel fliegenden Raketen gaben der tödlich ernsten Sache den zweifelhaften Unterhaltungswert eines Videospiels. Die Massenmedien trugen im Golfkrieg erstmals total zur Konstruktion von Wirklichkeitsmodellen eines Krieges bei, die von den Zuschauern aufgegriffen wurden und dann fester Bestandteil ihrer eingebildeten, dann sogenannten eigenen Weltsicht wurden. Es sind die Auswahlentscheidungen auf den verschiedenen Stufen des ›newsmaking‹ und der Produktion, die eine Filterwirkung zwischen Ereignis, Nachricht und Nachrichtenverarbeitung bewirken. In der Krisen- und Kriegsberichterstattung wird diese Auswahl noch um viele zusätzliche Filter erweitert.

Die technischen Möglichkeiten in der Nachrichtenaufnahme, -übertragung und -produktion führten zu grundsätzlich neuen Bedingungen. Es ist heute

generell möglich, Krisen- und Kriegsereignisse in Echtzeit zu übertragen. Das System von CNN, die Echtzeit zur vorherrschenden Zeit zu machen, erlaubt dem Zuschauer keine kritische Distanz, keine Zeit, in der Vorher und Nachher unterschieden werden können.

Der Philosoph Paul Virilio stellte fest: »Das Bild der Direktzeitübertragung ist ein Filter, durch die Bildeinstellung im räumlichen Sinne, aber auch und vor allem im zeitlichen Sinne: es ist ein monochronischer Filter, der nur die Gegenwart passieren läßt... Wir sind mit einer videoskopischen Technik konfrontiert, mit einer Logistik der Wahrnehmung, die uns alle auf das Korn nimmt und nach und nach vereinnahmt.« Durch ständiges Umschalten an die verschiedenen Schauplätze eines Konfliktes kann ein Gesamtzusammenhang und eine eigene Dynamik der Ereignisse hergestellt werden. Paul Virilio stellt weiterhin fest: »Die Felder der Geschwindigkeitsexzesse sind von Opfern dieses Gefechts übersät.«

Virilio meint die Lähmung unserer Seelen, denn die Unsichtbarkeit/Nichtwahrnehmbarkeit der Geschwindigkeit und Aktualität entfernter, elementarer und kriegerischer Geschehnisse hat uns die Fähigkeit zur Erinnerung und zum Mitfühlen genommen. Im Januar 1991 hielt ich einen wehrpolitischen Vortrag in Würzburg. In der anschließenden Diskussion äußerte sich ein junger Student mir gegenüber wie folgt: Das, was jetzt zwangsläufig komme, sehe er weniger tragisch. Wir Deutschen in der glücklichen Situation, endlich mal einen Krieg aus der Ferne beobachten zu dürfen. Wir müßten zwar finanziell etwas aufbringen, dafür würden jedoch andere für unser Öl kämpfen. Er hatte als Würzburger von seinen Eltern nicht mehr vermittelt bekommen, was die »flächenmäßige alliierte Bombardierung strategisch wichtiger Ziele« in der Entschlüsselung bedeutet.

Herbert Kremp ließ sich in der Bonner *Welt* vom 19. Januar 1991 zu folgendem Zynismus hinreißen: »Er [Saddam Hussein] wird immer tiefer amputiert, und es entspricht der Logik des Krieges, daß die chirurgischen Schnitte, die seine Reichweite verkürzen, immer tiefer gehen müssen, auch in die Wohngebiete seiner Städte.«[13]

Die graphische Gestaltung der Fernsehnachrichten stand während des Golfkrieges vielleicht vor ihrer größten Aufgabe. Im Golfkrieg ging es um die Fähigkeit der Massenmedien, die Nachrichten zu liefern und ihnen auch eine Gestalt zu geben, und um die Fähigkeit von Regierungen, die Nachrichten zu formen und zu kontrollieren.

Noch nie war die Berichterstattung über einen Konflikt dermaßen von sorgfältig gestylten elektronischen Bildern dominiert. Es war der erste wirkliche Video-Logo-Krieg; neben den raffinierten Produktionen der Operation-Wüstengraphik nehmen sich Filme aus der Vietnam-Zeit primitiv und altmodisch aus. Und da ein animiertes Gemetzel natürlich nicht in Frage kam, entsprachen die Videobilder hundertprozentig den Absichten des Pentagons, das Töten und den Krieg gegen die zivile Bevölkerung zu verschleiern.[14]

Der moderne Krieg und seine Technologien, präzise und hochgeschwindig, haben allmählich alle emotionalen, betroffen machenden Effekte in der Betrachtung und Behandlung des Bildes eines Kampfgeschehens abgeschafft. Der totale Krieg mit der totalen Berichterstattung tendiert dahin, den Szenarioeffekt in einen umhüllenden, permanenten, immateriellen, technischen Effekt aufgehen zu lassen. Mit den neuen Misch-, Kommunikations- und Darstellungsmitteln und Systemen verschwindet die Welt im Krieg, und der Krieg als einzelne Erscheinung entschwindet den Augen der Welt. Darin besteht der Effekt der Lähmung, des latenten Psychoterrors und der Beeinflussung der eigenen Bevölkerung. Selbst sonst Besonnene werden mitgerissen. Der Vietnam-Veteran Norman Mailer, vor zwanzig Jahren einer der engagiertesten Gegner des Vietnam-Krieges, stellte zu seiner eigenen unsäglichen Überraschung fest, daß er gefühlsmäßig für diesen Krieg gewesen sei. Er, Mailer, der eingefleischte Antimilitarist, sei sogar so weit gegangen, den Generälen am TV ein halbes Ohr zu leihen. Mailer erklärte dies mit der katastrophalen Situation seines Landes: »Die Tatsache war, daß Amerika in Misere, Mißkalkulation, Sklavengeschichte und Obsession versank. Da hat sich tief in mir jede Eigenzensur entzogen.«

Die Direktübertragung des ›chirurgischen Krieges‹ läßt sämtliche Skrupel und Zweifel fahren. Man sieht die Scud-Raketen ja bereits Tausende von Kilometern entfernt, bevor sie in Tel Aviv einschlagen oder im Anflug neutralisiert werden – darin liegt eine der Hauptfaszinationen für den Medienkonsumenten. Es ist eine kinohafte Identifikation im Sinne des Scheinbaren. Es ist heute jeder sein eigener kleiner Kriegsschauplatzbeobachter am heimischen Bildschirm. Die Bilder der modernen Kriegspropaganda sind eine Art Studiobilder, sie verweigern jede echte Aussage. Das Wesen und die Geschwindigkeit der modernen Nachrichtentechnologien – das Phänomen der Echtzeit hintertrifft die Fähigkeit menschlicher Wahrnehmung. Die Bilder verweigern jede Aussage – oder täuschen bewußt, so wie die gesprochenen Nachrichten heute fast bar jedes Informationsgehaltes sind.[15]

In modernen Krieg waren nicht mehr nur die Akteure vor Ort ausschlaggebend, sondern Millionen von Fernsehzuschauern, mit deren Geld das ganze Spektakel finanziert wurde. Es kam die Macht der Abwesenden in das Spiel. Zur Zeit wird der öffentliche Raum durch das öffentliche Bild verdrängt. Der Golfkrieg brachte eine Informationsschwerelosigkeit, hinter deren permanenten Einstellungen die möglichst hohe Auflösung der gesellschaftlichen Wirklichkeit vonstatten ging. Der Krieg ist zum magischen Schauspiel für alle geworden, und der moderne Soldat ist in einer Doppelrolle: Er ist Akteur, und er ist Zuschauer. Zu seinen Waffen gehören die Werkzeuge, mit denen man wahrnimmt. Alles, was man wahrgenommen hat, ist auch schon verloren. Mit der Geschwindigkeit der Waffenträger konkurriert die Geschwindigkeit der Bildschirmpräsentation in der Operationszentrale, damit theoretisch Sekunden später in den heimischen Wohnzimmern – via Satellit.

*Die Berichterstattung über den Golfkrieg oder: ›Operation Wüstenlüge‹*

Der Golfkrieg von 1991 und dessen Berichterstattung bot einen beklemmenden Anschauungsunterricht, wie Kriegsberichterstattung gegen die elementarsten journalistischen Prinzipien verstoßen kann. Beim noch nicht völlig abgestumpften Medienkonsumenten führte die Golfkriegsberichterstattung zu einem endgültigen Glaubwürdigkeitsverlust in die internationalen Medien. Der Züricher Professor Dr. Saxer nannte die Golfkriegsberichterstattung darum den »zweiten großen Informationsgau« des internationalen Mediensystems seit Tschernobyl. So wurde permanent gegen die alte Agenturregel verstoßen: »get it first, but first get it right«.[16] Das Diktat des Aktualitätsprinzips und der von den Medien selbst gesetzte Zwang zur ständigen aktuellsten Nachrichtenproduktion führten zur massenhaften Verbreitung ungeprüfter, durch die Zensur bewußt verfälschter oder erlogener Nachrichten.
John Chancellor von NBC traf den Nagel auf den Kopf, als er, wenn auch erst nach dem Krieg, über die Operation Wüstensturm schrieb: »Der Krieg führte einen Troß von Mythen, Mißverständnissen und Übertreibungen mit sich. . . Berichte über irakische Greueltaten wurden fraglos akzeptiert. Es gab die Legende von den Frühgeburten, die in einem kuwaitischen Krankenhaus aus den Brutkästen geworfen und ihrem Schicksal überlassen worden waren. . . Tatsachen wurden nicht wahrgenommen, die Wahrheit wurde verbogen, und es gab einen Wust an Mythen und Mißverständnissen.«[17] Es wäre schön, wenn die Brutkasten-Story das einzige Beispiel einer erfolgreichen Propaganda geblieben wäre. Es gibt jedoch Hunderte davon.

Auch ein durchaus glaubwürdiges Bild von irakischen Soldaten, die – ohne jede militärische Disziplin – vergewaltigen und plündern, geriet nach dem Krieg in Zweifel. *Paris Match* brachte am 2. März 1991 ein Foto, das irgendwann während der irakischen Besetzung Kuwaits aufgenommen worden war: Man sah darauf ein irakisches Exekutionskommando, das in Kuwait-Stadt sechs Männer, deren Augen verbunden waren, erschoß. In der Erläuterung zu dem Bild hieß es, das Photo sei am 30. November 1990 bei der Redaktion eingegangen, und man habe angenommen, daß es Iraker bei der Erschießung von kuwaitischen Widerständlern zeigte. Am ersten Dezember erfuhren die Redakteure, daß es in Wahrheit um die Hinrichtung von disziplinlosen irakischen Soldaten ging, die beim Plündern in Kuwait-Stadt erwischt worden waren.[18]

Ein weiteres Paradebeispiel dieser Desinformationspolitik bot der Medienrummel um die amerikanischen ›Patriot‹-Raketen, die ›ihre schützende Hand‹ über Israel und Saudi Arabien gelegt haben sollten. General Schwarzkopf meldete damals »33 von 33 Scud zerstört«. Militärexperten bezweifeln heute die Wirksamkeit dieses Waffensystems. Theodore Postol, zuständig für Nationale Sicherheit am Bostoner Massachusetts Institute of Technology (MIT), spricht sogar von einem völligen Fehlschlag des Waffensystems. Postol

bezweifelt zwar nicht, daß die ›Patriots‹ eine gewichtige psychologische Rolle im Golfkrieg spielten und der Glaube an den unüberwindbaren Schutzschild letztlich Israel davon abhielt, in den Krieg einzutreten. Wirksam getroffen aber hätten sie kaum. Im Gegenteil: Postol kam bei seinen Video-Analysen zu dem Schluß, daß die Israelis ohne ›Patriots‹ vielleicht sogar mit weniger Zerstörungen davongekommen wären. Aus der anfänglichen Abschußquote von 100 % wurden nun 40 % für die über Israel abgeschossenen Raketen. Die Liste derlei propagandistischer Falsch- und Fehlinformationen ließe sich weiter fortführen.[19]

Auch im Falle des Krieges gegen den Irak hat die Weltpresse wieder einmal jede Spur geschichtlicher Aufklärung vermissen lassen. So brachte *Newsweek* als erste amerikanische Zeitschrift in ihrer Ausgabe vom 4. Februar 1991 eine ausziehbare Karte vom Kriegsgebiet. Auf einer der vierfarbigen Karten der Region wurde unter dem Titel »Jahrzehnte der Unruhe« durch kleine Textblöcke innerhalb der einzelnen Länder angeblich die Geschichte des Nahen Ostens seit dem Zweiten Weltkrieg vermittelt. Vor dem Krieg hatte es dort offenbar keine nennenswerten Ereignisse gegeben. So erfuhr die breite Öffentlichkeit natürlich auch nichts darüber, wie willkürlich die Briten 1922 die Grenzen von Irak, Kuwait und Saudi Arabien festlegten. Oder die reizvolle historische Pointe, daß die Berater des kuwaitischen Herrschers 1938 den Zusammenschluß mit dem Irak empfahlen, dieser aber von den Briten verhindert wurde. Kuwait empfand sich in den dreißiger Jahren, als das ganze Ausmaß seines Ölreichtums noch nicht bekannt war, als arm im Vergleich zum Irak. Ghazi Ibn Faisal, der damalige irakische König, stützte sich auf die wirtschaftliche Ungleichheit und auf jahrhundertelange wirtschaftliche Bindungen, als er die Vereinigung des Iraks mit Kuwait und den übrigen Golfstaaten forderte. Eine solche Neuordnung war für die Briten, die in der Region nach dem Prinzip »teile und herrsche« vorgingen, nicht annehmbar, und so wurde der kuwaitische Herrscher Scheich Ahmad Al Sabah veranlaßt, seine Berater zu entlassen und die Resolution zugunsten einer Vereinigung für ungültig zu erklären. Es kam darauf zu Unruhen in Kuwait, und Ghazi wollte eingreifen und das Scheichtum besetzen. Man setzte ihn unter Druck, davon Abstand zu nehmen. Die ganze Angelegenheit endete im April 1939 abrupt mit einem tödlichen Autounfall Ghazis.

### *Saddam Hussein: Das Gegenstück zu Adolf Hitler oder: War Saddam Hussein ein CIA-Agent?*

So war auch mit dem Beginn des Golfkrieges vergessen, daß Saddam Hussein über viele Jahre ein treuer Freund der USA war, ja, daß er in dem zweifelhaften Ruf steht, jahrelang den amerikanischen CIA unterstützt zu haben und von diesem unterstützt wurde.[20] Noch im Mai 1990 war Hussein für das Pentagon ein ganz gewöhnlicher nahöstlicher Diktator, der seine politischen Gegner

zufällig mit Giftgas umbrachte. Nur vier Monate später stellte ihn die amerikanische Regierung als das beispiellos teuflische Gegenstück zu Adolf Hitler hin, plötzlich und unerwartet fand der irakische Präsident Gefallen daran, Gas gegen ethnische Minderheiten, besonders gegen die Kurden, einzusetzen – und, falls es ihm gelingen sollte, gegen israelische Juden. Bereits im März 1988 hatte der Diktator mittels Giftgas ein bedeutsames Massaker unter den Kurden in Halabdscha angerichtet. Es kamen damals rund viertausend kurdische Zivilisten ums Leben.

Als im Laufe des Sommers 1990 einige Kongreßmitglieder den amerikanischen Handel mit dem Irak einer strengeren Kontrolle unterwerfen wollten, wehrte die Bush-Administration diese Bemühungen zynisch ab. Und bei dem Gespräch zwischen der amerikanischen Botschafterin Glaspie und Hussein am 25. Juli 1990 gaben die USA eindeutig zu verstehen, daß sie bei einem Konflikt zwischen Kuwait und Irak nicht intervenieren würden. Ein fünfspaltiger *Welt*-Artikel mit der Überschrift »Der Westen entwirft schon Denkmodelle über die Zukunft des Iraks« vom 25. Januar 1991 ließ ebenfalls aufhorchen. So kamen 95 Prozent der Waffen für den Irak der letzten 30 Jahre aus der SU, Frankreich und den USA. Der zukünftige Wiederaufbaumarkt dieser Region war schon aufgeteilt, bevor die ersten strategischen Bombardements begannen. Im Hotel Oberoi im saudiarabischen Damman, während des Golfkrieges einer der begehrtesten Geschäftsadressen der Welt, verhandelten Vertreter aus den USA schon über Riesenaufträge für den Wiederaufbau Kuwaits, als dieses und die Kulturgüter des Zweistromlandes in Schutt und Asche sanken.[21]

Der nächste Wüstenkrieg ist bereits vorprogrammiert. Die Wüste ist für die moderne Hochgeschwindigkeitstechnologie der am besten geeignete Kriegsschauplatz. Wie in einem schlechten Fortsetzungswestern rüstet sich der alte Freund der USA und vor allem des CIA, Saddam Hussein, erneut mit konventionellen Waffen auf. Auch die gnadenlose Verfolgung von Regimegegnern scheint im Irak munter weiterzugehen und im großen Stil praktiziert zu werden. Ende August 1993 gab es in dem Gefängnis Radwaniyeh südwestlich der Hauptstadt Bagdad eine Massenexekution. Saddam Kamil, Schwiegersohn von Saddam Hussein, ließ Hunderte politischer Häftlinge hinrichten, darunter Dutzende schiitischer Geistlicher. Irakische Exilpolitiker sprechen von einer neuen Terrorwelle, bei der nahezu 2 000 Männer und Jugendliche in diesem Gefängnis getötet wurden. Die Menschenrechtsverletzungen im Irak gegenüber den Minderheiten des Landes, im Norden den Kurden und im Süden den Schiiten, sind laut UNO so alarmierend, daß man von Völkermord sprechen müsse.[22]

Das nächste Remake in Sachen ›Wüstensturm‹ scheint also gesichert zu sein – dies in garantierter Videoclipechtzeit.[23]

## Anmerkungen:

1. Ich möchte dem Leser folgende Beurteilung des Balkankrieges nicht vorenthalten: »Auch das furchtbare Balkandrama war nun zu Ende, das aufregendste vielleicht von allen, die sich auf dieser blutgedüngten Bühne bisher abgespielt hatten, gewiß nicht auch das letzte. Ein Drama nur, keine Tragödie, trotz all dem Grauenhaften, das sich dabei zugetragen hat, denn für eine Tragödie enthält es zuwenig des Erhabenen, zu viel des Niedrigen und Widerwärtigen, auch die gedrängteste Fülle blutrünstiger Scheußlichkeiten gibt noch keine Tragödie. Wohl aber ist dieser Krieg für die gesamte Kulturwelt ein furchtbares Menetekel gewesen, das ihren entsetzten Blicken mit vernichtendem Hohne zeigte, wie wenig Ursache sie hat, sich immer noch mit ihrem Fortschritt und ihrer Humanität zu brüsten, wie nahe sie sich noch immer den Greueln des Dreißigjährigen Krieges befindet, trotzdem seither mehr als ein Viertel Jahrtausend verflossen ist. Nun sind diese Schandtaten freilich nicht von den Völkern des Abendlandes verübt worden, sondern von denen des Balkans, deren ethische Kultur sich auch heute noch nicht viel von der der Menschenjäger und Kopfabschneider auf Borneo und Sumatra unterscheidet. Allein damit sind die Abendländer kaum entschuldigt, denn sie haben nicht nur nichts getan, diese Greuel zu verhindern, sondern sie durch ihre heimliche Hetze noch gefördert und sich dadurch zu deren Mitschuldigen gemacht. Und wenn sie auch nicht Mord und Brandstiftung, Schändung und Vandalismus begingen wie die Balkanvölker, so haben dafür unter ihnen Lüge und Zwietracht, Neid und Bosheit wahre Orgien gefeiert... vernichtender als durch die Erscheinungen der Balkankrise konnten die naiven Phantasien der Utopisten und Pazifisten von den in brüderlicher Liebe geeinten, mit ewigem Frieden beglückten ›Vereinigten Staaten von Europa‹ nicht mehr ad absurdum geführt werden. Diese Krise ist ein moralisches Debacle der Menschheit gewesen.« – Das Zitat ist nicht einem Kommentar der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* dieser Tage entnommen, sondern ist die abschließende Beurteilung des ersten Balkankrieges dieses Jahrhunderts im Jahre 1912 und 1913 und wurde am Vorabend des Ersten Weltkrieges getätigt, in Th. von Sosnosky, *Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866*, Band II, 1914, Seite 375.

Dagobert Lindlau stellte hierzu fest: »Unsere Presse hat sich mit billiger Entrüstung, mit enervierender Betroffenheit und mit verbalem Aktionismus um das Blutbad in Jugoslawien gedrückt. Wir haben nicht wahrhaben wollen, daß die drei Dutzend Waffenstillstandsvereinbarungen das Papier nicht wert waren, auf dem sie standen... Wir haben uns damit begnügt, den faulen Pomp von sinnlosen Gipfelgesprächen und Konferenzen über die Bildschirme flimmern zu lassen. Wir haben nicht sehen wollen, daß es einen Pazifismus gibt, an dem Tausende Menschen wie Tiere krepieren, während die Propheten dieses Pazifismus gut schlafen. Das grauenhafte Massaker, das paramilitärische Desperados und Terroristen in Generalsuniform angerichtet haben, hätte zu Beginn ohne Blutvergießen gestoppt werden können, wenn sich die Politik Europas zum Handeln statt zum Faseln hätte durchringen können.« in MacArthur, *Second Front. Censorship and Propaganda in the Gulf War, Hill and Wang*, New York, 1992; in deutscher Übersetzung als Taschenbuch: John R. MacArthur, *Die Schlacht der Lügen*, Deutscher Taschenbuch Verlag, München [4]1993, S. 9.

2. Das Manuskript liegt einem Vortrag zugrunde, den ich unmittelbar nach dem Ende des Golfkrieges verfaßt und gehalten habe. Nach der Lektüre von *Die Schlacht der Lügen* von John MacArthur (aaO., Anmerkung 1) habe ich die Bestätigungen, die ich für meine Thesen erhielt, teilweise in den Anmerkungsapparat aufgenommen. Das Buch ist unbedingt lesenswert, es sind empörende Enthüllungen über die perfiden Mechanismen, mit denen die amerikanische Berichterstattung vom Golfkrieg seitens der eigenen Regierung bewußt in die Irre geleitet wurde. John R. MacArthur ist heute der Herausgeber von *Harper's Magazin.*

3. Die Erkenntnis wird fälschlicherweise dem amerikanischen Senator Hiram Johnson zugeschrieben, der diesen Ausspruch 1917 populär machte. Dagobert Lindlau

bemerkt hierzu: »Das erste Opfer eines jeden Krieges ist die Wahrheit. Auch damals (1917, C.K.) war das keine Neuigkeit. Es galt genauso im Jahre dreidreidrei vor Christus. Inzwischen ist aus Scham und Kalkül eine Industrie der Desinformation geworden, die von eben jenen über die Verteidigungsetats bezahlt wird, die getäuscht werden sollen und wollen.« In MacArthur, *Schlacht der Lügen*, aaO., S. 8.

4. MacArthur stellt fest: »Edwin Lawrence Godkin von den Londoner *Daily News* und William Howard Russell von der Londoner *Times* haben für die moderne Kriegsberichterstattung hohe Maßstäbe gesetzt, indem sie die Unfähigkeit britischer Offiziere im Krimkrieg enthüllten. Dennoch ist die Qualität des Kriegsjournalismus seit 1853 uneinheitlich gewesen, und einige der erfolgreichsten Reporter und Fotografen haben einfach Glück gehabt: Sie waren zur rechten Zeit am rechten Ort und wuchsen mit der Aufgabe. Bewegungsfreiheit erhöht die Chancen einer guten Berichterstattung, ist aber keine Garantie. Und auf einem riesigen Wüstenschlachtfeld werden die Chancen nicht besser.« In MacArthur, *Schlacht der Lügen*, aaO., S. 164.

5. Übertriebene und getürkte Meldungen über Greueltaten des Feindes wurden im Ersten Weltkrieg zum erstenmal massenhaft angewandt, um die Kriegsbegeisterung im eigenen Lande anzuheizen. Das spektakulärste Beispiel sind Meldungen über angebliche Verbrechen, die deutsche Soldaten im Ersten Weltkrieg an belgischen Zivilisten begangen haben sollen. Der Journalist und Historiker Philipp Knightley schrieb, daß »die Deutschen den Tod von rund fünftausend Zivilisten verursachten«, als sie im August 1914 Belgien überrannten. Weiteren sensationellen Behauptungen zufolge seien belgische Mädchen in Lüttich auf offener Straße vergewaltigt worden, acht deutsche Soldaten hätten ein zweijähriges Kind mit dem Bajonett aufgespießt, und so fort. Knightley schrieb nach dem Krieg in seinem Buch *The First Casualty:* »Das Komitee [zur Aufklärung der Verbrechen, C.K.] hatte keinen einzigen Zeugen befragt... ihre Namen wurden weggelassen, und Berichte aus zweiter Hand wurden für bare Münze genommen... tatsächlich konnte eine belgische Untersuchungskommission keine einzige wesentliche Behauptung bestätigen.« Für die Alliierten waren verstümmelte und hingemetzelte Babys ein ungeheurer Propagandaerfolg. Knightley schrieb: »Die Greuelgeschichten hatten, als sie schließlich widerlegt wurden, ihre Aufgabe schon erfüllt. Sie hatten nicht nur die Öffentlichkeit an der Heimatfront aufgerüttelt und die Entschlossenheit Großbritanniens und Frankreichs gestärkt, den Krieg bis zur Entscheidung weiterzuführen, sondern auch das wichtigste Ziel erreicht, den Widerstand gegen den Krieg in den USA zu schwächen.« Zitiert bei MacArthur, *Die Schlacht der Lügen*, aaO., S 62 ff. Der Erfolg dieser fabrizierten Berichte ließ für künftige Kriege, speziell für den zur Befreiung Kuwaits, Schlimmes befürchten. Auch in Kuwait sollte es Berichte über Greueltaten an Babys geben, mit ähnlichen Resultaten; vgl. hierzu sehr ausführlich MacArthur, *Schlacht der Lügen*, Zweites Kapitel » Wie die Babys verkauft wurden«, aaO., S. 46 ff.

6. Dagobert Lindlau stellt zusammenfassend über die Berichterstattung des Golfkrieges fest: »Über die Notwendigkeit des Golfkrieges kann man wahrlich streiten. Zumindest darüber, ob das dürftige Ergebnis nicht auch mit weniger Blut und Elend hätte erkauft werden können. Vielleicht darf man sogar fragen – Völkerrecht hin oder her –, ob ein Tyrannenmord tatsächlich soviel schlimmer ist als Hunderttausende zu schlachten, um die Überlebenden in die Verzweiflung zu treiben, die sie dann vielleicht veranlaßt, das Joch abzuschütteln, das uns nicht paßt... Daß dieser Krieg die selektive Wahrnehmung zu einer neuen Blüte gebracht, daß er die Verdrängung der Realität zu einer Waffe gemacht hat, das kann niemand bestreiten.« In MacArthur, *Schlacht der Lügen*, aaO., S. 9.

7. MacArthur weiß über Schwarzkopf zu berichten: »Im April 1979 hatte Schwarzkopf erstmals einen größeren Fernsehauftritt in dem Fernsehfilm, der das Buch *Friendly Fire* von C.D.B. Bryan einem breiteren Publikum nahebrachte. Es ging um die unbeabsichtigte Tötung eines Soldaten, der unter Schwarzkopfs Befehl in Vietnam von den eigenen Kameraden erschossen worden war. Im Film trug der einfühlsam porträtierte Schwarzkopf jedoch einen anderen Namen (Oberstleutnant Byron Schindler), und so waren es

hauptsächlich die Leser von Bryans Buch, die schon von ihm gehört hatten, als er im August in Saudi Arabien in das Rampenlicht trat. »Stormin Norman«, wie ihn die Medien tauften, hatte Glück gehabt, daß er bei der stümperhaften amerikanischen Invasion Grenadas 1983 stellvertretender Befehlshaber war. Richard Gabriel und Paul Savage, ehemalige Offiziere des militärischen Nachrichtendienstes, schrieben 1984 im *Boston Globe:* »Was in Grenada wirklich geschah, war ein Exempel militärischer Unfähigkeit und kläglicher Ausführung.« In MacArthur, *Schlacht der Lügen,* aaO., S. 122.

8. Dies erkannte auch das Pentagon im Vorfeld des Krieges. Stanley Cloud stellt fest: »Sie [das Pentagon, C.K.] fanden eine Möglichkeit, unsere Berichterstattung bis auf das I-Tüpfelchen zu kontrollieren. Sie beschränkten unseren Zugang auf eine Weise, daß eigene Reporter nicht mehr möglich waren. Sie fütterten uns mit ständigen Pressekonferenzen, bei denen sie den Inhalt der Meldungen bestimmten. Und wenn es uns trotz alledem gelang, etwas zu berichten, was ihnen nicht gefiel, konnten sie es per Zensur streichen... Praktisch lief alles darauf hinaus, die Presse für das Militär zu rekrutieren... Das Verteidigungsministerium hat dieses System so ausgefeilt, daß die öffentliche Darstellung des Krieges vollkommen von der Regierung kontrolliert wurde, und im Sinne der Regierung hat es hundertprozentig funktioniert.« In MacArthur, *Schlacht der Lügen,* aaO., S. 174.

9. MacArthur verneint diese Theorie: »Solchen Unsinn [der Vietnamkrieg wurde am heimischen Fernseher verloren, C.K.] muß man leider ernst nehmen, denn er war nicht nur die Grundlage einer staatlichen Zensur während des Golfkrieges, sondern er bewahrte darüber hinaus einen Mythos, der in der Praxis den Schutz, den das First Amendment der Presse garantiert, inzwischen stark ausgehöhlt hat... Normalerweise – und das wurde im Golfkrieg erneut deutlich – folgt die Presse dem Beispiel der Politiker und schart sich um die Fahne, wenn dann die Schießerei beginnt... Die Presse hat mit anderen Worten in keinem Fall den Ausbruch eines Krieges verhindert, und sie hat in keinem Fall die Regierung gezwungen, einen Krieg zu beenden... Nach dieser verdrehten Vorstellung stehen gottähnliche Verleger und Fernsehgewaltige im Zentrum des Weltgeschehens, und unerschrockene Reporter können zu Initiatoren historischer Umwälzungen werden.« In MacArthur, *Schlacht der Lügen,* aaO., S. 128 f.

10. »Für die Operation Wüstensturm hat das Pentagon sicherlich befürchtet, daß es wieder zu einer knieweichen Unentschlossenheit kommen würde, falls die Amerikaner beim Abendessen Bilder von Leichensäcken und verwundeten Soldaten auf dem Bildschirm erleben würden. Aber auch diese Theorie scheint falsch zu sein, wie die meisten revisionistischen Theorien über Vietnam, die von den Kriegsbefürwortern verbreitet werden.« In MacArthur, *Schlacht der Lügen,* aaO., S. 148. »Trotz der Dürftigkeit des Arguments, daß Vietnam wegen der Presse verloren gegangen sei, und der weitgehenden Gefügigkeit des größten Teils der Presse während des Vietnamkrieges beschlossen Amerikas künftige Kriegsplaner, nicht das Risiko einer unzensierten Presseberichterstattung über ihre Konflikte einzugehen.« In MacArthur, ebenda, S. 154 f.

11. Die Thatcher-Regierung hatte beim Falkland-Krieg 1982 neunundzwanzig Korrespondenten, Fotografen und Techniker in Pools zusammengefaßt und auf Schiffen der Royal Navy, die dem argentinischen Feind im Südatlantik entgegendampften, untergebracht. Ihre Meldungen wurden damals – und später – einer strengen Zensur unterworfen. In MacArthur, *Schlacht der Lügen,* aaO., S. 155.

12. »Durch die Verbindung von Kategorien von Informationen, die sich für die Berichterstattung eignen, mit der Forderung nach einer Sicherheitsüberprüfung haben sie [die Militärs, C.K.] ein Zensursystem geschaffen, das in der neueren Kriegsgeschichte ohne Beispiel ist... das Pentagon hatte mit dieser Praxis spektakuläre Erfolge erzielt – in Grenada – zunächst durch die Aufstellung eines Pools und dann durch die verspätete Entsendung auf die Insel; und in Panama dadurch, daß der Pool praktisch auf einem Armeestützpunkt eingesperrt wurde. In beiden Fällen bekamen die Reporter von den Kämpfen überhaupt nichts mit, und der militärischen Öffentlichkeit wurden antisepti-

sche militärische Siegesmeldungen serviert.« In MacArthur, *Schlacht der Lügen*, aaO., S. 41.

13. Der notorische Deutschenhasser Charles Krauthammer erging sich in Dutzenden zynischer Kommentare: »Vor einem Monat galt es allgemein als offenes Geheimnis, daß Japan die USA als Großmacht überrundet habe. Mag sein. Doch ist die Produktion eines hervorragenden Walkman ein besserer Index technischer Höchstleistungen als der Bau von Laserbomben, die durch die Haustür hereinkommen?« In MacArthur, *Schlacht der Lügen*, aaO., S. 118. Roger Rosenblatts *Brief an ein Kind in Bagdad* ist wohl das hervorstechendste Beispiel für die Rationalisierung des Mordes an unschuldigen Zivilisten und an menschenverachtendem Zynismus und Spott wohl kaum zu überbieten: »Zugleich ist es unsere Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen [dem imaginären Kind aus Bagdad, C.K.] zu erklären, wie die Welt dorthin gekommen ist, wo sie heute steht. Damit wir uns nicht mißverstehen, muß ich dir von vornherein sagen, daß dieser Krieg nach meiner Überzeugung von dem Führer deines Landes herbeigeführt wurde. Von ihm und nur von ihm... Kurz, ich wünschte, ich könnte dich vor diesem Krieg retten, vor allen Kriegen und vor den offenkundigen, beklagenswerten Unzulänglichkeiten der Erwachsenen allerorten. Schau dir nur die Altertümer deines Landes an, die Statuen und Reliefs, und du wirst sehen, daß oftmals Menschen gefeiert werden, die andere Menschen töten.« In MacArthur, aaO., S. 118 f.

14. Zum Bombenkrieg gegen die irakische Zivilbevölkerung stellte Barton Gellmann von der *Washington Post* in dieser Zeitung am 23. Juni 1991 fest: »Gestützt auf Quellen der Air Force komme ich zu dem Schluß, daß die von Amerika geführten Streitkräfte einige ihrer militärischen Ziele dadurch zu erreichen suchten, daß die gesamte Bevölkerung des Iraks außer Gefecht gesetzt wurde... Wegen dieser Zielsetzungen waren Schäden an zivilen Gebäuden und Einrichtungen, von denen die Presseoffiziere während des Krieges unermüdlich behaupteten, sie seien nebensächlich und unbeabsichtigt,... weder das eine noch das andere.« In seinem Artikel zitiert Gellmann weiterhin eine sehr aufschlußreiche Äußerung eines hohen Luftwaffenoffiziers: »Es wird langsam etwas unklar, was unter ›Unschuldigen‹ zu verstehen ist... Sie leben doch dort, und letzten Endes haben die Leute auch einen gewissen Einfluß auf das, was in ihrem Land passiert.«

15. Philip Meggs, Professor für Graphik und Design an der Virginia Commonwealth University, stellte fest: »Die Zensur setzt die Graphiker unter ungeheuren Druck, Informationen zu vermitteln und die vorgetragenen Nachrichten durch Bilder zu unterstützen. Bei allen Sendern befanden sich die Graphikabteilungen der aktuellen Nachrichten im Belagerungszustand, arbeiteten rund um die Uhr unter Gefechtsbedingungen, um mit den rasch wechselnden Situationen Schritt zu halten. Karten, Modelle vom Schlachtfeld und Informationsgraphiken über Waffensysteme halfen den Moderatoren sowie den Fachleuten, den Krieg zu erläutern. Die in den ständigen Lagebesprechungen erwähnten Fachbegriffe und Waffensysteme mußten den Zuschauern durch Graphiken erläutert werden. Und natürlich brauchte jeder Sender ein Erkennungszeichen für seine Kriegsberichterstattung. Während zum Beispiel die Olympischen Spiele oder Weltmeisterschaften bei allen Sendern dasselbe Logo haben, liefen Sendungen über den Golfkrieg unter fünf verschiedenen Logos... In einigen Zeitungen wurde gefragt, ob der Krieg nicht durch in das Auge stechende Graphiken und Begleitmusik den Anstrich von Football-Entscheidungsspielen und afrikanischen Abenteuerfilmen bekommen könnte. Ich denke, die Fernsehgraphik ist mit dem Golfkrieg in einem gewissen Sinne mündig geworden.« Philip Meggs, zitiert in MacArthur, *Schlacht der Lügen*, aaO., S. 92 f.

16. Als bestes Beispiel kann hier die ›Ente‹ – besser Lüge – der aus den Brutkästen gerissenen Säuglinge dienen. Die Horrorkampagne wurde durch die Werbefirma Hill and Knowlton in Szene gesetzt. Die Kampagne stand bereits lange vor dem Beginn des Golfkrieges fest, eingefädelt hatte sie deren Vorstandsvorsitzender Robert G. Gray, der bei den Republikanern seit vielen Jahren die Fäden zieht. MacArthur bemerkt hierzu: »Es stellte sich dann heraus, daß die Geschichte ein Schwindel war, wie die Zeitung eine

Woche später zugeben mußte... Ohne Zweifel haben Saddam Husseins Truppen schreckliche Dinge in Kuwait begangen, doch angesichts der festgestellten Tatsachenverdrehungen und Propaganda wird es einer ausführlichen Untersuchung durch einen erfahrenen Beobachter bedürfen, um herauszufinden, was während der siebenmonatigen Besatzung wirklich geschehen ist... Die Wahrnehmung von Gewalt und Terror hing letztendlich mit Amerikas Entscheidung für den Krieg zusammen, und diese Entscheidung fiel auch trotz der Tatsachenverdrehungen knapp aus. Wer weiß, ob die Regierung sich auch ohne die Brutkastenstory durchgesetzt hätte. Wie viele der sonstigen Meldungen über Greueltaten waren gefälscht?« In MacArthur, *Schlacht der Lügen*, aaO., S. 82.

17. McArthur, *Schlacht der Lügen*, aaO., S. 89, mit weiteren Beispielen.

18. MacArthur, *Schlacht der Lügen*, aaO., S. 89.

19. »Diese ganzen Loblieder auf die Präzision der amerikanischen Bombenangriffe sind idiotisch. Das war überhaupt nicht die Strategie der Amerikaner. Sie bestand im Einsatz von B-52 und Flächenbombardements. Es gab Berichte über Spannungen zwischen den Koalitionsstreitkräften, über US-Truppen, die monatelang keinen Nachschub erhielten, über Soldaten, die durch eigenen Beschuß getötet wurden, aber darüber kam nie eine Meldung. Viele Journalisten drüben, denen die Berichte von den Militärs zusammengestrichen wurden, meinten, dann würden sie eben nach dem Krieg darüber berichten, aber das ist blauäugig. Wenn der Krieg vorbei ist, interessiert sich keiner mehr dafür.« Ed Barnes, ein *Life*-Reporter, zit. in MacArthur, *Schlacht der Lügen*, aaO., S. 174 f.

20. In Insiderkreisen war die Tatsache, daß Saddam Hussein ein besoldeter CIA-Agent war und vielleicht sogar noch ist, seit Jahren bekannt. Da dies mittlerweile sogar bereits in *Die Woche* von Reinhard Hesse für das intellektuelle Proletariat aufbereitet wird, läßt wohl die endgültige ›Enttarnung‹ nicht mehr lange auf sich warten. In seinem Artikel »Geheimakte Omar Abdel Rahman« orakelt Hesse folgendes: »Der Fall [der ägyptische Scheikh Omar Abdel Rahman, der zu einer Belastung der amerikanischen Nahostpolitik wird, da der Fundamentalist ein CIA-Agent sein soll, C.K.] ist, wie westliche Diplomaten es ausdrücken, ›für die Amerikaner sehr, sehr heikel‹. Zum Dilemma konnte er werden, weil Washington nach Art des Zauberlehrlings die Kontrolle über eine Reihe zwielichtiger Bundesgenossen verloren zu haben scheint, die einst nach der Devise ›der Feind meines Feindes ist mein Freund‹ gerufen worden waren... Omar Abdel Rahman sei seit seinem Afghanistan-Aufenthalt zwischen 1988 und 1990 besoldeter Agent der amerikanischen CIA, wurde Ägyptens Präsident Mubarak Anfang Juli in einem Zeitungsbericht zitiert... ›Wie kann es sein‹, fragen die ägyptischen Gesprächspartner, ›daß die USA einen ägyptischen Staatsfeind unterstützen, um einem terroristischen Regime zu Gefallen zu sein?‹ Wie konnte andererseits die damalige US-Botschafterin April Glaspie die Iraker 1990 geradezu zum Einmarsch in Kuwait ermutigen? Beim Vergleich der heute als Unholde titulierten Saddam Hussein und Omar Abdel Rahman drängt sich eine böse Parallele auf...« Reinhard Hesse, »Geheimakte Allahu akbar«, *Die Woche*, 29. Juli 1993, Seite 14.

McArthur (*Schlacht der Lügen*, aaO., S. 51) bringt die Sache auf folgenden Nenner: »Als Hussein sich dann aber am 2. August Kuwait schnappte, verstieß er gegen die Vorstellungen der Realpolitiker. Der irakische Diktator hatte, wie zuvor schon General Manuel Noriega, einen Hang zur Eigenwilligkeit bewiesen, der für die Amerikaner, die ihn gerne als Werkzeug benutzt hätten, nicht hinnehmbar war.«

21. Es scheint so, als seien die amerikanischen Flächenbombardements auch gezielt gegen die Kulturgüter des Zweistromlandes eingesetzt worden. Die Bombardements erinnern an die gezielte Bombardierung von deutschen Kulturstätten im Zweiten Weltkrieg durch anglo-amerikanische Terrorangriffe, so etwa auf Dresden, Würzburg u. a. Ein Hinweis auf diese gezielte Bombardierung der Kulturstätten findet sich auch bei MacArthur: »CBS war unverhohlener auf der Seite der Falken und bezog seine militärischen Ratschläge von General a. D. Michael Dugan, dem vormaligen Stabschef der Air Force. Im September war Dugan gefeuert worden, weil er öffentlich einen direkten

Angriff auf Saddam Husseins Familie und die Bombardierung bedeutender Kulturstätten des Iraks befürwortet hatte.« In MacArthur, *Schlacht der Lügen*, aaO., S. 125.

22. Dietrich Alexander, »190 Staaten«, in *Die Welt*, 24. Februar 1994.

23. Philip Meggs sah dies bereits während des letzten Golfkrieges voraus: »Ich sollte vielleicht besser sagen: Während des letzten Golfkrieges, denn das Gebiet um den Persischen Golf ist seit den Zeiten der alten Sumerer vor fünftausend Jahren zwischen den Völkern umstritten. Vielleicht empfiehlt es sich, die Ordner mit den Karten vom Golf aufzubewahren. Sie könnten sie vielleicht in einigen Jahren wieder gebrauchen.« In MacArthur, *Schlacht der Lügen*, aaO., S.92.

Helmut Schröcke

# Die Entstehung des Deutschen Volkes und seines Staates

Die Errichtung eines Staates nicht durch machtpolitische Imperialismen, sondern durch ein Volk für sich selbst kann im Gegensatz zum ersten nur das Ergebnis langer Entwicklung sein, die von der Entstehung der Sprache über die Bildung eines eigenen Sprachbewußtseins, eines Sprachnamens, dann eines Volksbewußtseins, eines eigenen Volksnamens bis zum Willen zur eigenen Staatsbildung reicht. Daß ein Volk einen naturrechtlichen Anspruch auf eine eigene Kultur, eigene Religionsvorstellungen und gemäß seiner eigenen Wertordnung auf eine eigene Rechtsordnung und eine eigene Staatsordnung hat, folgt aus den heute offen liegenden biologischen und humangenetischen Erkenntnissen und ist heute zwingender Völkerrechtsanpruch des Selbstbestimmungsrechtes. Er ist auch im Spruch des Bundesverfassungsgerichtes vom 21. 10. 1987 mit dem Bestehen »einer Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes« enthalten.

Der Begriff Nation wird hier nicht verwendet, da er bisher im Gegensatz zum Begriff Volk nicht eindeutig definiert werden konnte. Nation kommt von lat. ›nasci‹, ›geboren werden‹, und bedeutet ursprünglich Menschen gleicher Abstammung, also Volk der Definition als Abstammungs- und Vererbungsgemeinschaft. Er wird jedoch für Staatsbürger gänzlich verschieden entstandener multiethnischer Staaten verwendet. So wurden die Einwohner der UdSSR als sowjetische Nation bezeichnet, und so wird das Rassen- und Völkergemisch der USA als Nation bezeichnet.

Die heutigen Nationalitätenkonflikte entstanden zumeist erst nach der Verfälschung der »Nation« mit der Französischen Revolution. Mit dieser wurde das Imperium des französischen Königs, der sich noch als König der Franken, Bretonen, Austrier, Korsen und Elsässer verstand, in das »eine und unteilbare Frankreich« mit der Gleichheit aller Einwohner verwandelt. Damit und mit der westlichen Aufklärung begannen Völkerzerstörungen nicht nur in Frankreich (mit dem Genocid an den Elsässern nach 1918 und verstärkt nach

1945). Ohne ethnische Rücksichten wurden polyethnische Staaten unter chauvinistischen Staatsnationen wie Polen, Tschechoslowakei oder Jugoslawien zusammengeflickt. Nach dem gleichen Konzept der »westlichen Wertegemeinschaft« sollen durch Niederlassungsfreiheit, Freizügigkeit und Beseitigung staatlicher Grenzen die Individualitäten der europäischen Völker im Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht in der geplanten Eurounion beseitigt werden.

Für das deutsche Volk und das Deutsche Reich vollzog sich die Entwicklung von der Entstehung der Sprache zur Volks- und Staatsbildung in der Vor- und Frühgeschichte und war mit der Reichsgründung durch Heinrich I. in die Tat umgesetzt worden, nachdem die beteiligten Stämme den Willen zu einem gemeinsamen Staat über die Bewahrung ihrer Stammesidentitäten gesetzt hatten. Von den Bandkeramikern an bestand nicht nur eine ethnische indogermanisch-germanisch-deutsche Kontinuität, sondern auch – mit Verschiebungen – eine weitgehende Ortskontinuität bis 1945.

Ein gesamtgermanisches Bewußtsein als Vorstufe eines Volksbewußtseins gab es bereits in der Völkerwanderung. Wie sich und ob sich damals die Germanen selbst benannten, ist unbekannt, es sind nur Stammesnamen überliefert. Diese Gemeinsamkeiten äußerten sich zum Beispiel in gemeinsamer Kultur, in gemeinsamen Sozialbegriffen, Ehrbegriffen, Religionsvorstellungen, in einer gemeinsamen Sagenwelt und in verwandten sprachlichen Dialekten. Am Ende der Völkerwanderung bestanden Sprachunterschiede zwische Nord-, West und Ostgermanen. Am frühesten ist die Sprache der Goten mit der Bibel Wulfilas überliefert. Sogar die noch größeren Sprachunterschiede zu den altslawischen Dialekten der Ostvandalen konnten offenbar noch leicht überbrückt werden, wie die Wahl von nordgermanischen Fürsten und Stammesneubildungen zwischen ostvandalischen und nord- und ostgermanischen Stämmen zeigen. Ebenso äußerte sich ein gesamtgermanisches Bewußtsein während der Völkerwanderung in dauernd wechselnder Teilnahme von Stammessplittern an kriegerischen Unternehmungen anderer Stämme, an Wanderzügen ganzer Stämme und in der Neubildung von Stämmen, zum Beispiel von Obodriten und Herulern, Ranen und Rugiern, Wilzen und Warnen. Noch nach Ausbildung von Sprachunterschieden bestand ein gesamtgermanisches Bewußtsein, das sich zum Beispiel im germanischen Völkerverzeichnis des englischen Königs Alfred des Großen (871–901) zeigt. Von Paulus Diakonus (†799) über Alfred den Großen bis Sebastian Münster (†1588) wurde der Don als die Ostgrenze Germaniens bezeichnet.

Albertus Krantzius (†1517), langjähriger Rektor der Universität Rostock und Mitarbeiter in der Führungsspitze der Hanse in Lübeck in verschiedener Funktion, schrieb in der deutschen Fassung seiner Geschichte der Vandalen von 1600 *Vandalia oder Beschreibung wendischer Geschichte:* »daß unter allen Teutschen die Wenden für die eltesten Völcker zu halten. . ., die vom Fluß Tanai (= Don) bis an den Rhein wohnen, denn dieser Strich wird groß

Teutschland geheißen...« Im Register der lateinischen Erstausgabe dieses Werkes von 1575 *Vandalia* steht als die kürzeste und treffendste Definition des Wortes ›Sclavi‹ der mittellateinischen Chronisten »Sclavi sunt Vandali«, was heute überall fälschlicherweise mit ›Slawen‹ im heutigen Sinne übersetzt wird. Bezüglich ihrer Sprache, der lingua sclavina, schrieb Einhard (*Kaiser Karls Leben*, Kapitel 15), »daß sie zwischen Rhein und Weichsel so ziemlich in einer Sprache reden«, und an anderer Stelle, daß die Sprache der Sclavi »paene similes«, sehr ähnlich seiner eigenen, ist.

In der an schriftlichen Quellen freien Vorgeschichte und der quellenarmen Frühgeschichte läßt sich die Entwicklung verfolgen vom altgermanischen ›theudo‹ mit der Bedeutung von ›Stamm, Volk‹, das noch indogermanische Wurzeln hat, über die Adjektive ›theodiscus‹ und ›teutonicus‹ mittellateinischer Quellen bis zum ersten Auftreten von althochdeutsch ›diutisc‹ im Sinne der Stämme zwischen Mosel, Maas und Elbe nach 1000[1]. Diese Vorgänge der Volks- und Staatsbildung waren im Osten anders als im Westen des geschlossenen germanischen Siedlungsgebietes.

Das Vordringen der Franken gegen Ende der Völkerwanderung nach Gallien, die Unterwerfung der galloromanischen Bevölkerung und die Entstehung gemischt besiedelter Gebiete hatte das Bewußtwerden von ethnischen Unterschieden und von Unterschieden bei Volkseigenschaften zur Folge, aber auch das Aufgehen von sporadisch siedelnden Franken in der galloromanischen Bevölkerung. Ein gleiches Schicksal erlitten die Westgoten, Ostgoten, Langobarden, Burgunder und andere germanische Stämme. Unter den Merowingern kämpften und siegten die germanischen Austrier über die galloromanisch-fränkisch gemischten Neustrier. Der Karolinger Karl Martell besiegte im Jahre 732 die Araber bei Poitiers. Unter den Karolingern wanderte der Reichsschwerpunkt aus dem Pariser Becken nach Osten bis Aachen. Im 7. und 8. Jahrhundert entstand eine schärfer ausgeprägte Sprachgrenze, und am Westrand des geschlossenen fränkischen Siedlungsgebietes entwickelte sich der Begriff ›theodisc‹ aus der altgermanischen Bezeichnung ›Stamm‹ zur Eigenbezeichnung zunächst der Franken im Gegensatz zur galloromanischen Bevölkerung im Westen. Er wurde benutzt im Sinne der Kennzeichnung von ›germanisch‹ und findet sich in schriftlichen Quellen ab 786 bereits zur Kennzeichnung der Sprache mit ›lingua Theodisca‹, so zum Beispiel im Todesurteil für Tassilo auf dem Reichstag zu Ingelheim 788 aus den Stämmen der Franken, Alemannen, Sachsen, Thüringer, Baiern und Langobarden: »... quod theodisca lingua herisliz dicitur« wegen des Ausscheidens von Tassilo aus einem Heereszug von 763 (!) (›herisliz‹ = ›Desertion‹). Es findet sich auch im Bericht des späteren Bischofs von Amiens im Jahre 786 über eine englische Synode, wo Texte »tam latine quam theodisce«, sowohl lateinisch wie germanisch verlesen wurden, es findet sich auch im Gotischen. Nicht das Altfranzösische, sondern das Althochdeutsche war die Sprache Karl des Großen, zum Beispiel in seinem *Capitulare Italicum* von 801: »... quod nos Theodisca lingua

dicimus«, was wir in unserer germanischen Sprache so sagen. Es hatte damals noch gesamtgermanische Bedeutung.

Die Bedeutung einer Eigenbezeichnung für das Volk der germanischen Stämme des ostfränkischen Reiches als ›gens Theodiscum‹ beginnt in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts sichtbar zu werden, nachdem Karl der Große, der bewußt Germanisches pflegte, die westgermanischen Stämme seinem Reich einverleibt hatte und damit zum Weiterbestehen eines eigenständigen germanischen Volks- und Kulturlebens beitrug. Er ließ die germanischen Heldenlieder sammeln, gab eine germanische Grammatik in Auftrag, gab Anweisungen zum kirchlichen Gebrauch der ›lingua Theodisca‹ und stellte das Reiterstandbild Theoderichs des Großen aus Ravenna vor seinem Palast auf. Unter den am Hofe Karls des Großen anwesenden Adligen wurde bereits zwischen Franci und Germani unterschieden, und es wird von Fällen von Haßausbrüchen zwischen Galloromanen und Germanen berichtet sowie nach mehr als 100 Jahren von ethnischen Gegensätzen, die bei der Zusammenkunft Heinrichs I. mit Karl dem Einfältigen im Jahre 920 zu Kämpfen zwischen den Gefolgschaften der Könige führten.

Unter Karl dem Großen wurden die staatlichen Verfassungen der germanischen Stämme seines Reiches zum Teil beseitigt, die Geschlechter der Stammesherzöge verloren die Führungen. Erhalten blieben die Stammesrechte, die Karl aufzeichnen ließ. Erhalten blieben auch die Stammesgebiete unter fränkischen Statthaltern sowie die Heeresaufgebote, die auf den Reichstagen geschlossen auftraten.

Der unbekannte Biograph Ludwigs des Frommen legte den beiden Völkern die Ländernamen Francia und Germania zu. Noch nach dem Zerfall des Reichs Karls des Großen und nach mehreren Teilungen, die bereits 843 in die Sprachgrenze einmündeten – die sprachlich gemischten Gebiete lagen in Lothars Mittelreich –, wurden der ostfränkische Reichsteil und seine Bewohner als Germanien und als Germanen bezeichnet. Im Jahre 860 wird zum ersten Male die Sprachbezeichnung lingua Theodisca auf das Volk der westgermanischen Stämme übertragen »gens Theodisca... in lingua sua«[2].

In die Zeit Ludwigs des Deutschen, der in den Quellen zum Teil als »rex Germanorum« bezeichnet wird, fällt mit der Entstehung des ostfränkischen Reiches die Einengung von ›Theodiscus‹ auf die Bewohner dieses Reiches. So werden in einer Trienter Urkunde von 845 die Teudisci von den Langobardi unterschieden. Gegen Ende des 9. Jahrhunderts erscheint das althochdeutsche ›Diutisc‹ neben dem mittellateinischen ›Theodiscus‹[3]. Auch die Stämme formieren sich unter äußerem Zwang gegen Ende des 9. Jahrhunderts unter eigenen Stammesherzögen neu, die Sachsen 880 infolge von Einfällen der Dänen, die Baiern um 900 bei Einfällen der Ungarn, die Ostfranken in der Zeit Ludwigs des Kindes und die Alemannen in der Zeit Konrads I.

In der Zeit Ludwigs des Frommen entwickelte sich das Kloster Fulda unter seinem Abt Hrabanus (*776 in Mainz, 822–837 Abt in Fuda, 847 Erzbischof von

Mainz, †856) zu einem Mittelpunkt der Bewahrung der ostfränkisch-germanischen Identität. Dort wurden das *Hildebrandslied* und die *Merseburger Zaubersprüche* in Stabreimen, wahrscheinlich der *Heliand* und das *Wessobrunner Gebet* althochdeutsch »in amor Germanicae linguae«, in Liebe zur germanischen Sprache, und die Volksrechte der Stämme des ostfränkischen Reiches aufgezeichnet. Von Hrabanus stammt eine (verlorene) Schrift mit Aufzeichnungen der Runen. In der Vorrede dazu findet sich zum ersten Male die Gleichsetzung »in linguam Theotiscam vel Teotonicam«. Das letzte entstand als gelehrte Form der Chronisten aus Theodiscus[4]. In einer überlieferten Fassung heißt es: »Die Buchstaben, die die Markomannen, die wir Nordmänner nennen, benutzen, haben wir unten aufgeführt. Von diesen leiten sie ihre Sprache her, die sie die Thiudiske nennen. Mit diesen zeichnen sie ihre Lieder, Gesänge und Weissagungen auf.« »Dahinter steht. .. der Gedanke von der Sprach- und Abstammungsgemeinschaft. . ., der ostfränkisch-deutschen Stämme von den Nordmannen. . .« und »der Gedanke der Sprach- und Abstammungsgemeinschaft der germanischen Völker«.[5] Aus diesem Sprachnamen entstand dann im Mittelhochdeutschen mit ›diutsch‹ der Volksname ›Deutsch‹.

Frechulf von Lisieux widmete im Jahre 830 der aus sächsischem Hochadel stammenden Gemahlin Ludwig des Frommen seine *Weltchronik*. Dort sagt er von den Franken: »Francos . . . de Scanza insula de qua Gothi et ceterea nationes exierunt, quod idioma lingua eorum testatur«, »die Franken stammen aus Skandinavien, von wo auch die Goten und andere germanische Stämme herkamen, die eigene Sprachen besaßen«, die dann etwa ab 900 als ›linguae Teutonicae‹ bezeichnet wurden. Nach 848 wird zum ersten Male der Volksname ›gens Teudisca‹ benutzt.

Der Mönch Otfried von Weißenburg (*800, †vor 900) schrieb in einem Brief an Erzbischof Liutbert: »Es ist Pflicht, die Tugenden zum Ruhme der Volkssprache einzusetzen. Es ist Pflicht, durch Schaffung einer Grammatik wie durch literarische Werke die Volkssprache zu pflegen und auf den Rang einer Kultursprache zu heben. Es ist Pflicht, die Geschichte der Vorfahren, das heißt des eigenen Volkes, durch volkssprachliche Geschichtsschreibung der Nachwelt zu übermitteln.«[6] Der Begriff Volk wurde von Regino von Prüm (†915) völlig übereinstimmend mit der heutigen Definition verstanden: »Die verschiedenen Völker unterscheiden sich durch Abstammung, Sprache, Sitten und Gesetze.«[7] Damit wußte die germanische Führungselite bereits zur Zeit Heinrichs I. auf Grund germanischer Überlieferung – welcher Gegensatz zum multirassischen und multiethnischen Römischen Reich! – im heutigen Sinne wissenschaftlich richtig und besser um die eigene Identität Bescheid als die heute in der Bundesrepublik herrschende politische Führungsschicht, deren Weltbilder durch wissenschaftlich längst widerlegte liberalistisch-marxistische Ideologien geprägt sind, aus denen sich die heutigen Tendenzen zur Völkerzerstörung herleiten. Zur Zeit Heinrichs I. war bereits ein im heutigen Sinne vollständiges eigenes Volks-, Sprach-, Geschichts- und Kulturbewußt-

sein ausgebildet, und man kann annehmen, daß das Weltbild Heinrichs I., des Gründers des Deutschen Reiches, dem entsprach und seine Handlungen beeinflußte. Er lehnte eine Salbung bei der Königskrönung und eine Krönung zum Imperator Romanus ab. Dieses Volksbewußtsein bezog sich jedoch noch nicht nur auf die Einwohner seines Reiches als ein besonderes Volk, sondern war noch germanisch.

Im Jahre 887 wurde zum ersten Male die Idee des ›regnum Teutonicum‹ spürbar in Verbindung mit der Wahl Arnulfs (887–899) zum König des ostfränkischen Reiches durch den Adel der Stämme der Franken und Sachsen[8]. Im *Freisinger Herrscherkatalog* aus dem 11. Jahrhundert heißt es: »Arnolfus rex in omni Teutonica terra genuit Ludowicum regem«, »Arnulf ist König in allen germanischen Ländern, die aus dem Reich Ludwigs entstanden.« ›Teutonicus‹ ist hier eingeengt auf die Germanen dieses Reiches. Mit der Reichsteilung beim Tode Ludwigs des Deutschen 876 kam Baiern mit dem als Mark zugehörigen Herzogtum Karantanien an Karlmann (†880), einen Enkel Karls des Großen.

879 nahm sein Bruder Ludwig III. Baiern in Besitz, das bei dessen Tod 882 an Karl III. kam. Arnulf, der ein nichtlegitimer Sohn Karlmanns war, war bei der Wahl zum König nur Markgraf und Herzog von Karantanien. Die Königswahl wurde von den germanischen Vorstellungen des Wahlkönigtums bestimmt. Die Kirche hatte daran keinen Anteil[9]. Ähnliche Vorstellungen lagen der Herzogswahl in Karantanien zugrunde, die bis in das hohe Mittelalter geübt wurde. Auch hierdurch wird die Zugehörigkeit der Slowenen zur germanischen Welt sichtbar. Die Sprachunterschiede zwischen Ostvandalen und Westgermanen waren damals noch nicht sehr groß. Einhard bezeichnete in *Vita Carolina*, Cap. 15, die Sprache aller Germanen zwischen dem Rhein und der Weichsel, also mit Einschluß der Stämme der heidnischen Ostvandalen zwischen Saale–Elbe und Weichsel (= Sclavi) als »lingua quidem paene similes« als Sprache, die sehr ähnlich ist (der seinen).

Im Niedergang des Großmährischen Reiches unterwarf König Arnulf ganz Böhmen, das schon seit 805 dem Reich Karls des Großen tributpflichtig geworden war. Die Obodriten schlossen sich dem ostfränkischen Reich 895 freiwillig an. Die Ostgrenze hatte unter König Arnulf bedeutend mehr Aufmerksamkeit gefunden als Vorgänge im westfränkischen Reich. Im Jahre 888 lehnte Arnulf ein Angebot für die Krone des westfränkischen Reiches ab, möglicherweise auf den Rat der Stämme, die ihn gewählt hatten.

Unter dem Einfluß der Bedrohung durch die Ungarneinfälle beklagte der Bischof Salomon III. von Konstanz 906, der zeitweise Vormund des letzten ostfränkischen Karolingers, Ludwigs des Kindes, war, die Zerrissenheit des ostfränkischen Reiches: »Wenige sind unter uns, deren Sinn auf die Einheit gerichtet ist. Diejenigen, welche Verteidiger des Vaterlandes und Volkes sein sollten, geben Anlaß zum Streit. Wenn die Zerrissenheit dieses einen Volkes so groß ist, wie glaubst Du, kann dann ein so geteiltes Reich bestehen?«[10]

Unter dem Druck von Niederlagen gegen Ungarn und Wikinger wählten die Herzöge des ostfränkischen Reiches 911 in Forchheim entgegen der Erbfolge und entgegen dem Geblütsrecht nicht den letzten Karolinger, Karl den Einfältigen, König des westfränkischen Reiches, sondern den Herzog der Franken, Konrad, zum König, der als zuletzt Glückloser auf dem Sterbebett seinen Bruder Eberhard beauftragte, die Krone dem sächsischen Herzog Heinrich zu übergeben: »Bruder, wir haben die Macht, Heere zu sammeln und zu führen, wir haben feste Plätze und Waffen mit königlichem Abzeichen und überhaupt alles, was die königliche Würde erheischt außer dem Königsglück und der Königsart. Das Glück, mein Bruder, und die adeligste Art sind Heinrich zuteil geworden, die größte Macht gehört den Sachsen. Nimm diese Insignien, die heilige Lanze, die goldenen Armspangen, das Obergewand, das Schwert und die Krone der alten Könige, gehe damit zu Heinrich, mache Friede mit ihm, daß Du ihn zum Verbündeten habest für alle Zukunft.« (Widukind von Corvey, zitiert nach G. Tellenbach[11]) Und Eberhard bewies mit der Ausführung des letzten Willens seines Bruders, daß es ihnen um die Erhaltung des Reiches ging.

Die Königserhebung Heinrichs I. wurde nach germanischem Brauch vollzogen. Die Auswahl des Kandidaten, sonst durch den Adel, erfolgte hier durch die Designation durch Konrad I. In Fritzlar huldigten ihm die Großen der Franken und Sachsen. Die Kirche war nicht beteiligt, und Heinrich lehnte die Salbung ab. Heinrich, auch »rex Germanorum« genannt, konnte die westgermanischen Stämme einigen, nachdem bei ihnen der Wille dazu vorhanden war. Diesem regnum Teutonicum gehörten zum Unterschied gegenüber dem späteren Kaiserreich, das noch im 15. Jahrhundert bezeichnet wurde als »Sacrum Imperium nationis Germanicae« und deutsch als »Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation«[12], nur Stämme an, die als ›gentes Theodiscae‹ bzw. ›gentes Teutonicae‹ bezeichnet wurden, was damals noch nicht identisch war mit dem Deutschen Volk. Diese Rechtsinstitution des regnum Theodiscum, dann regnum Teutonicum, bestand unabhängig von der Rechtsinstitution des Kaiserreiches, das zeitweise weit über den Gebietsstand des regnum Theodiscum, zu dem auch Böhmen und Karantanien gehörten, hinausgriff. Das kommt auch in der Eigenbezeichnung von Kaiser Heinrich II. als »rex Teutonicorum imperator Augustus Romanorum« in einer Urkunde von 1020 zum Ausdruck. In den Urkunden zum Wormser Konkordat von 1122 wurden beide unterschieden. Die Krönung zum König war die Voraussetzung zur Kaiserkrönung. Zum germanischen regnum Theodiscum Heinrichs I. gehörten die Stämme der Sachsen, Franken, Lothringer, Thüringer, Alemannen und Baiern, aber auch die Böhmen und mit dem Herzogtum und der Markgrafschaft Karantanien die Slowenen. Das Volksrecht der Slowenen ist im Anhang zum *Schwabenspiegel* aus dem 12. Jahrhundert niedergelegt. An den Verhandlungen zur Königswahl von Konrad II. 1024 wirkten mit die Erzbischöfe von Mainz, Köln, Trier und die Herzöge von Sachsen, Baiern, Alemannien, zwei

Herzöge der Franken und die Herzöge von Böhmen und Kärnten. Im *Sachsenspiegel* (um 1230) heißt es, daß der böhmische König von der deutschen Königswahl ausgeschlossen ist, da er kein Deutscher ist. Die Kurfürsten sind bis dahin die oben genannten Herzöge der ersten fünf Stämme. Das Kurrecht des böhmischen Herrschers ist vom Erblichwerden des Königstitels nach 1211 durchgehend bezeugt. Vorher nahm er an den einzelnen Königswahlen teil[13].

›Theodiscus‹ hatte, wie anfangs ›Teutonicus‹ auch, noch die Bedeutung von ›germanisch‹. Die Böhmen und Slowenen wurden nach allen chronistischen Belegen als Germanen angesehen. Aber heidnische Germanen, Nord- und Ostgermanen, Sclavi=Ostvandalen, waren nicht Mitglieder des regnum Theodiscum. Das Wort ›Theodisc‹ als Eigenbezeichnung wanderte von den Westfranken nach Osten. So überraschte es nicht, daß von Böhmen aus gesehen Theodici von Bohemi unterschieden wurden.

Wie schon vor ihnen in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts kämpften die sächsischen und salischen Könige und Kaiser um die Erweiterung des Reiches nach Osten. Dort war das Reich erweiterungsfähig. Dort herrschten ostgermanische Fürsten kleinerer Stämme, die vor allem zu den Fürstengeschlechtern der drei skandinavischen Reiche vielfache verwandtschaftliche Beziehungen hatten und von dort im germanischen Sinne als ebenbürtig anerkannt waren. Ihre Stämme waren nach der Rückwanderung der Ostvandalen zum Teil als Vereinigung von ostvandalischen mit anderen germanischen Stämmen als Neustämme entstanden. Daß in den Ostvandalen ein germanisches Volksbewußtsein vorhanden war, das mindestens bis in die Zeit der Teilung in West- und Ostvandalen zurückreichte, offenbarte sich bei dem Kampfaufruf zum großen Wendenaufstand in Rethra 983 und kommt auch in gemeinsamen Sagenstoffen zum Ausdruck. Die Erweiterung des Reiches nach Osten bezog also ähnlich wie die Karls des Großen nur germanische Stämme ein. Schon im Jahre 909 unterscheidet eine italienische Urkunde ›gens Francorum‹, ›gens Langobardorum‹ und ›gens Teutonicorum‹. Im Jahre 1025 wird zum ersten Male der Ländername ›terra Theodisca‹ verwendet, und in der Mitte des 12. Jahrhunderts wird in der *Regensburger Kaiserchronik* erstmalig der deutsche Volksname mit dem Substantiv ›Diutiscan‹, ›die Deutschen‹, verwendet. Bis etwa 1100 hatte sich der Inhalt des mittellateinischen Adjektivs ›Teutonicus‹ auf die germanischen Stämme im regnum Teutonicum eingeengt. Gleichzeitig war aus dem althochdeutschen ›Theodisc‹ das mittelhochdeutsche ›Diutsch‹ geworden. Ohne Bruch überleitend aus den germanischen Einwohnern des regnum Theodiscum und dann des regnum Teutonicum, kann erst dann von den Deutschen gesprochen werden, zu denen damals noch die Flamen und die Niederländer gehörten. Infolgedessen ist es nicht richtig, ›Theodisc‹ und vor dem 12. Jahrhundert ›Teutonicus‹ mit ›Deutsch‹ zu übersetzen.

Unter den salischen Kaisern schließlich ist ein voll ausgebildetes Nationalbewußtsein in dem ursprünglichen und richtigen Sinne von ›natio‹ = ›Volk‹ vorhanden. Um 1080 zum Beispiel ist im *Annolied* die Rede »Diutschin

sprechin«, »Diutschin Liute« (Leute), »Diutsch Volk« und »Diutsch Land« mit der dichterischen Krönung dann im *Deutschlandlied* Walthers von der Vogelweide.

Auch die damaligen Chronisten sind sich der Entstehung des Deutschen Reiches bewußt. Otto von Freising (1112–1158) schreibt in seiner *Weltchronik* (1143–1146) für die Königserhebung Heinrichs I.: »Ex hinc quidam post Francorum regnum supputant Teutonicorum«, »von da ab wird nach dem fränkischen Reich das Reich der Deutschen gewählt«, und er definiert als »... totam orientalem Franciam, quod modo Teutonicam regnum vocatur, id est Baioariam, Sueviam, Saxoniam, Turingiam, Frisiam, Lotharingiam«, »das ganze ostfränkische Reich, was jetzt Reich der Deutschen genannt wird, das sind Baiern, Schwaben, Sachsen, Thüringen, Friesland und Lothringen.«

Die Entstehung des Deutschen Reiches aus dem Reich Karls des Großen vollzog sich staatsrechtlich in einer Reihe von Teilschritten. Im Jahre 843 wurde im Vertrag zu Verdun das Reich nach dem Teilungsbeschluß von 833 und nach fränkischem Recht geteilt, der Anspruch des Gesamtreiches blieb erhalten. Ludwig der Fromme legte den fränkischen und langobardischen Königstitel sowie den römischen Zusatz zum Kaisertitel ab. Ludwig der Deutsche datierte Urkunden nach dem Beginn des ostfränkischen Reiches ab 833. Dieses wurde nach dem Tode Ludwigs des Deutschen 876 nach fränkischem Recht unter seine Söhne geteilt. Karlmann (†880) erhielt Baiern, das 879 an Ludwig kam. Ludwig III. erhielt Ostfranken, Sachsen und Thüringen, die nach dem Tode Ludwigs 882 Karl III. erhielt, dieser bekam Schwaben und Churwalchen. Bei der Wahl Arnulfs 887 wurde noch nach dem Geblütsrecht, aber bereits nicht mehr nach dem Erbrecht, verfahren. Da Arnulf die Krone Westfrankens 888 ausschlug, war der Anspruch der Einheit des Fränkischen Reiches aufgegeben worden und die Trennung in das west- und das ostfränkische Reich vollzogen. 911, nach dem Tode des Sohnes von Arnulf, Ludwigs IV. des Kindes, des letzten ostfränkischen Karolingers, wurde mit der Wahl des Herzogs der Ostfranken, Konrad, auch das Geblütsrecht aufgegeben. 919 ging das Königtum von den Franken auf die Sachsen über, und 936, bei der Ausführung der Designation Ottos, wurde das Reich unteilbar, die Teilbarkeit nach fränkischem Recht war aufgegeben. Otto wies den Titel ›rex Francorum et Langobardorum‹ sowie den römischen Kaisertitel zurück[14].

Aus sehr zeitbedingten und durchsichtigen Gründen wird heute immer wieder behauptet, Völker hätten für dynastische Machtpolitik bis in die Neuzeit mit der Entstehung von Nationalbewußtsein und Nationalstaaten keine Rolle gespielt. In der germanischen Welt bestanden Verhältnisse gegenseitiger Abhängigkeit zwischen Volk und Führung. Die Freien wählten die Könige aus dem Königsgeschlecht, im Krieg durch Schilderhebung. Die Könige waren ihrem Volk verantwortlich und konnten bei fehlendem Königsheil auch abgesetzt werde wie zum Beispiel Karl III. vor der Wahl Arnulfs im Jahre 887.

Schon mit Heinrich I. war ein ausgeprägtes Volks- und Staatsbewußtsein vorhanden, das dann sogar verfassungsrechtlich in den Unterschieden zwischen dem deutschen Königtum und dem Kaisertum zum Ausdruck kam. Damals wurde etwas erreicht, was 1000 Jahre später mit dem Anspruch jedes Volkes als Selbstbestimmungsrecht verkündet wurde.

Mit der Annahme der Krönung zum Kaiser entstanden seit Otto I. Reichsideen, die über dieses Reich der Deutschen hinausgriffen und hier außerhalb der Betrachtung bleiben.

Die Tragik, die aus seiner zentralen und geopolitisch nach drei Seiten hin offenen Lage entsprang, war der dann folgende Niedergang dieses Reichs der Deutschen, bis nach einer erneuten Selbstfindung das Reich wieder im 31jährigen Krieg 1914 bis 1945 vernichtet wurde.

Daß die Erweiterung des Reiches im Mittelalter nach Osten mit besonders grausamen Religionskriegen verquickt war, ist ein weiterer tragischer Vorgang der deutschen Geschichte. Diese Religionskriege (»Tod oder Taufe«) überschatteten das Zusammenwachsen der ost- und westgermanischen Stämme und betrafen noch die Bekehrung der indogermanischen Prußen durch den Deutschen Orden. Diese Reichserweiterungen hatten aber den Erfolg, daß unter ihren Herzögen Böhmen 929, Mecklenburg 1127, Pommern 1182 und Schlesien 1278 dem Reich lehnspflichtig wurden, wobei alte Stammesgliederungen erhalten blieben. In Brandenburg übertrug der letzte kinderlose Hevellerfürst sein Land 1150 dem Askanier Albrecht. Die Sorben gingen in der Mark Meißen auf, die 1189 den Wettinern übertragen wurde. Teile der Sorben konnten sich in der Lausitz und im Spreewald ihre Sprache bis heute erhalten.

Um die Verluste der Religionskriege auszugleichen und zum inneren Landesausbau beizutragen, riefen die Fürsten dieser neuen Länder des Reiches deutsche Siedler herein, mit denen dann die nord- und ostgermanischen Ansässigen im hohen Mittelalter verschmolzen. In West- und Ostpreußen schließlich dauerte die deutsche Volkswerdung unter dem Deutschen Orden und später mit Einbeziehung von Siedlern aus ehemals westgermanischen Stämmen, von Niederländern und Flamen, fast 700 Jahre länger als im Westen des Reiches. Von den deutschen Siedlergruppen, die bis in das hohe Mittelalter und noch danach in fremde Umgebungen im Osten und Südosten kamen, überlebten nur die Siebenbürger Sachsen bis heute, die dort durch Reste der Gepiden verstärkt worden waren, weil bereits seit der Ansiedlung ab 1140 bis 1867 eine völlige Autonomie im Sinne eines heutigen Volksgruppenrechtes für sie bestand. Sie konnten als Letzte manches in der alten Heimat Westfranken und Flandern lebendige germanische Erbe bis heute bewahren.

Während die gebräuchlichen Völkernamen zumeist Ableitungen von Eigennamen von Ländern oder Stämmen sind, ist der Volksname ›Deutsch‹ als Eigenbezeichnung entstanden aus dem altgermanischen ›theudo‹ = ›Volk‹. Dies ist eine ausreichende Begründung für einen »deutschen Sonderweg«, für das Dasein des letzten bis 1945 weitgehend unvermischt gebliebenen größeren

Volkes der indogermanischen Völkerfamilie, das jetzt in der multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft der EG und ihrer beabsichtigten Weiterentwicklung seine Endlösung finden soll. Dieser Völkerzerstörung steht das Erwachen der Völker Osteuropas und der zerfallenen UdSSR gegenüber, das zur unvollendeten deutschen Revolution in der DDR führte.

»Wir sind das Volk, wir sind ein Volk«, 9. 11. 1989.

Anmerkungen:

1. Vgl. L. Weisgerber, *Deutsch als Volksname, Ursprung und Geschichte,* Darmstadt 1953.
2. Ebenda.
3. J. Strasser, *Diutisk–deutsch. Neue Überlegungen zur Entstehung der Sprachbezeichnung,* Österreichische Akademie der Wissenschaften, Phil. Hist. Kl. Sitzber., 444, 1984.
4. W. Wegener, *Böhmen, Mähren und das Reich im Hochmittelalter,* Graz 1959.
5. K. Rexroth, »Volkssprache und werdendes Volksbewußtsein im ostfränkischen Reich«, in *Nationes,* 1, 1978, S. 275.
6. Ebenda.
7. W. Schlesinger, »Kaiser Arnulf und die Entstehung des deutschen Staates und Volkes«, in *Historische Zeitung,* 163, 1941, S. 457.
8. Vgl. L. Weisgerber, aaO.
9. Vgl. W. Schlesinger, aaO.
10. R. Rexroth, aaO.
11. G. Tellenbach, *Die Entstehung des deutschen Reiches,* München 1940.
12. H. Eggers, *Der Volksname Deutsch,* Darmstadt 1970.
13. Vgl. W. Wegener, aaO.
14. E. Müller-Mertens, *Regnum Teutonicum,* Graz 1970.

Ernsthelmut Maasch

# Die Staatsräson im Denken und Handeln Friedrichs des Großen und der heutige Verfall

Menschen gestalten Geschichte, Geschichte prägt Persönlichkeiten. »Demographische Momente« – so Hellmut Diwald – »prägen historische Momente nachhaltig.«[1] Geschichtsferne Menschen oder auch Pseudohistoriker verlieren an Konturen. »Wer in einem so grundsätzlichen Bereich wie der Geschichte den Zusammenhang und die Kontinuität zugunsten einer ›freiheitlichen Vielfalt‹ auseinanderschlägt, betreibt praktische Anarchie.«[2] Geschichte muß auch über den Parteien stehen.

## *Staatsräson*

»Staatsräson ist die Maxime staatlichen Handelns, das Bewegungsgesetz des Staates«, so Friedrich Meinecke zum Wesen der Staatsräson[3]. Während Machiavelli in seiner Fürstenlehre zuerst das Wohl und die Sicherheit des Fürsten samt seines Besitzes und deshalb das Wohl des Volkes als der Fürsten Sicherheit dienlich bedenkt, weist Friedrich der Große über das Wohl des eigenen Staates hinaus. Für ihn beinhaltet Staatsräson »das Wohl der Menschheit, das in öffentlicher Sicherheit, Freiheit und Frieden als oberstes Ziel des Staatsmannes besteht«.[4] Wie einfach gesagt das humanitäre Ideal ist und wie kompliziert die staatlichen Tagesgeschäfte sind, das hat nicht nur Friedrich der Große erfahren oder erleiden müssen. Auch er war ein Mensch mit Stärken und Schwächen, die in der Politik obendrein einzukalkulieren sind.

Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation – nach dem Westfälischen Frieden in seinem Bestand gefährdet – prägte Friedrich den Großen wie seine unmittelbaren Vorfahren im besonderen Maße. Daher müssen wir sein Umfeld erkennen und berücksichtigen bei allem, was er dachte und was ihn zwang zu tun. Das eine können wir ohne weiteres feststellen, sein Handeln und Trachten verfiel nicht in Anarchie. Davor bewahrte Friedrich Preußen

über seine Zeit hinaus, zum Beispiel den die Französische Revolution unmittelbar begleitenden Ereignissen zu unterliegen. So mag es symbolisch sogar richtig sein, wenn ein heutiger Schüler seine mangelnden Geschichtskenntnisse in einer Umfrage dadurch demonstriert, daß er antwortet, »Friedrich der Große triumphierte bei Waterloo über Napoleon«.[5]

Friedrich der Große war – wie jeder Staatsmann – ein Fürst seiner Zeit. Erfüllt von aufgeklärter Staatsethik, war er gebunden an die politische Konstellation in Europa.

### *Die äußeren Rahmenbedingungen als Folge des Dreißigjährigen Krieges*

Die Akte des Westfälischen Friedens war eine pragmatische Sanktion des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und ewiges Gesetz, als solche eine seiner wichtigsten Verfassungsurkunden. Deutschland zerfiel in zahlreiche größere und kleinere und winzige Einzelstaaten und Reichsstädte. Diese Reichsstände waren weitgehend selbständig, das heißt, sie verkehrten souverän untereinander und mit dem Ausland. Der Kaiser konnte nichts Wichtiges beschließen, ohne daß alle Kurfürsten, Fürsten und Reichsstände zustimmten in Fragen der Wehrhoheit, Außenpolitik sowie beim Erlaß und Auslegen von Gesetzen.

Bayern hatte 1648 immerhin noch erreicht, daß Verfassungsfragen hinsichtlich der Wahl und Stellung des Kaisers den Reichsständen überlassen blieben. Sie wurden zum Teil erst 1653/54 durch den Reichstag beschlossen. Franzosen und Schweden sollten im Westfälischen Frieden nicht auch noch mitentscheiden über Kaiser- und Königswahl, über Kriegsverfassung, über das Reichssteuerwesen, über die Reichsgerichte. 1654 war der letzte Reichstagsabschied, und 1663 trat der Immerwährende Reichstag in Regensburg zusammen. Der Immerwährende Reichstag errichtete ein neues Statut für das Reichskammergericht, das wenig nützte. Es gingen nämlich keine Steuern ein für das Gericht (Kammerzieler). So fehlte es an Geld für die Beisitzer, weshalb das Gericht stets überlastet war.

Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation blieb eine archaische Lebensform. Während die Monarchien im übrigen Europa sich staatlich erweiterten und festigten, wurde das Prinzip der teutschen Libertät gestärkt; Frankreich und Schweden verursachten sie, »ihre Securität« wurde gesehen »in der Teutschen Stände Libertät«. Um diese zu stärken, ging es den Schweden vor allem darum, daß die Reichsstände das aktive und passive Gesandtschaftsrecht hatten. Dafür durften sie Heere, Garnisonen und Festungen errichten; denn die einzelnen Stände, auf sich selbst gestellt, mußten ihre Souveränität entsprechend schützen. Das war schwierig für die kleinen und ermunterte die großen Fürsten, ihre Macht hinsichtlich Landerwerbs und Bevölkerungszuwachsens auszubauen. Solches hatten die Schweden und Franzosen sicherlich nicht beabsichtigt, folgte aber aus der neuen Lage des Reiches nach 1648.

Die Libertät nach dem Dreißigjährigen Krieg erstreckte sich auch auf das Konfessionelle. Nach Meinecke gab es 72 katholische und 73 protestantische Stände. Die Stände konnten zwar noch konvertieren, aber sie konnten ihr Volk nicht zwingen mitzugehen.

Der Niedergang des Reiches zeigte sich vor allem durch das Heerwesen. Das bedeutet, die Wehrhoheit der Fürsten ließ sie entsprechend rüsten, so daß Mittel und Wege fehlten, sowohl zu Kreishilfen wie auch zu einem militärischen Beitrag eines kaiserlichen Heeres. 1681 beschloß der Reichstag eine neue Reichskriegsverfassung mit einem Heer von 40 000 Mann in Friedenszeiten. Doch es ging nicht mehr, das Heer auf die zehn Reichskreise zu verteilen, da größere Reichsstände des öfteren zu mehreren Reichskreisen gehörten, und sie ihr Heer nicht aufspalten wollten.[6] Im 18. Jahrhundert versagten die Reichskreise militärisch, nachdem sie noch im 17. Jahrhundert Allianzen und Assoziationen auch mit ausländischen Staaten eingegangen waren. Doch nahmen einige Reichskreise interterritoriale Aufgaben wahr auf den Gebieten fehlender Reichsinitiativen: Landfrieden wahren, Straßen schützen, Wirtschaft und Verkehr gestalten (der schwäbische Kreis errichtete 1725 ein Zucht- und Arbeitshaus in Ravensburg). In anderen Kreisen des Reiches erstarb das Leben völlig, zum Beispiel in Burgund, Österreich, Nieder- und Obersachsen, aber auch in Bayern. Dagegen entwickelten sich moderne staatliche Ordnungen nur im übrigen Europa, ähnlich machtstaatliche, zentralistische höchstens in den größeren Territorien Deutschlands. Es erfolgte keine Disziplinierung und Subordination der deutschen Reichsstände auf die kaiserliche Macht hin, es gab keine Einschränkung deutscher Libertät zugunsten des Reichsganzen. Wir müssen also folgern: nicht Friedrich der Große hat das Reich zerstört – wie zeitweise behauptet –, sondern die Schweden und Franzosen haben es im Westfälischen Frieden verstanden, das Reich zu zersplittern und so eine reichseinheitliche Verwaltung mit echter kaiserlicher Hoheit zu verbauen.

Den europäischen Mächten halbwegs entsprechende Staaten, monarchische Disziplin, neue Struktur von Herrschaftsapparat und innere Staatskräfte, staatlich organisiertes Heerwesen und staatlich gelenkte Wirtschaft, all das entwickelte sich abseits des Reiches und seiner Organe so vor allem in Preußen.

Das Schicksal des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nach dem Dreißigjährigen Krieg sollte sich nach den beiden Weltkriegen wiederholen. »Clemenceau versuchte nach dem Ersten Weltkrieg die Tradition Richelieus wiederzubeleben. Ohne Erfolg. Erfolg aber schien sich endlich nach 1945 abzuzeichnen.«[7] Ein Biograph Charles de Gaulles schrieb: »Adenauer fügte sich de Gaulles Ansicht am ehesten in seinem, de Gaulles, alten Traum von einem verstümmelten, an Frankreich grenzenden Deutschland im Rahmen einer Gemeinschaft Europa.«[8]

## *Wie dachte Friedrich der Große?*

Als Friedrich gerade 27 Jahre alt ist, beschäftigt er sich mit der Fürstenlehre Machiavellis. Zur Zeit der damaligen Monarchien spielt das Erbrecht eine wichtige politische Rolle im allgemeinen und in Friedrich die Lehre der Aufklärung im besonderen. Zwischen beidem befindet sich die Frage elementarer Macht, die bei Machiavelli voransteht; und zwar in erster Linie zur Sicherheit der Fürsten auf Kosten anderer Menschen.

Fürst wird jemand, der erbt oder Land neu erwirbt. Erwerben heißt mit Waffengewalt erobern oder vereinigen. Egal, wie jemand Macht erlangt, das Schwierigste ist, sie zu erhalten; und zwar sowohl gegenüber Feinden im Innern als auch von außen.

Der Sicherheit des Fürsten geht Friedrich das Wohl der Untertanen vor. Er selbst stellt seine Person hintan, und er lehnt gewaltsames Erobern ab, das sich wider den Willen der Völker richtet. Sie geben sich des Schutzes wegen Herren aus drei Loyalitäten: Erbfolge, Wahl oder gerechter Krieg zwecks Eroberns feindlicher Provinzen. Bei Machiavelli vermißt Friedrich den Wunsch der Völker, »zwecks Ruhe und Fortbestehens Richter zu haben, um ihre Streitigkeiten zu schlichten; Beschützer, um sie in dem Besitz ihrer Güter wider ihre Feinde zu erhalten; Oberherren, um eines jeden besonderes Bestes in dem allgemeinen Besten zu vereinigen; daß sie gleich anfangs unter ihnen diejenigen erwählt, welche sie für die Klügsten, Billigsten, Uneigennützigsten, die Menschlichsten und die Tapfersten gehalten, um sie zu regieren«.[9]

Einig ist sich Friedrich mit Machiavelli in dem einen Punkt, Erbkönigreiche seien am leichtesten zu regieren. Besonders schändlich ist es, wenn Fürsten Gebiete erobern, die sie nicht einmal kennen, wo die Bevölkerung nur unglücklich wird. Können Eroberer, welche die ganze Welt beherrschen möchten, sie überhaupt regieren? Der Besitz eines von Einwohnern entblößten Landes kann einen Fürsten nicht mächtig machen; nicht Fläche macht stark, sondern Bevölkerung. Ein kleines Land mit viel Volk ist besser als ein großes mit wenig Einwohnern. So kommentiert Friedrich.

Erobertes Land mit eigenen Leuten zu kolonisieren, hält Friedrich der Große nicht für glücklich. Zu viele ziehen dann aus dem eigenen Land und entvölkern es. Erobertes Land zu zerstören ist noch widersinniger. Der Krieg hat zuviel gekostet, und das eroberte Gebiet sollte diese Kosten ersetzen. Deshalb ist es besser, Soldaten zu schicken. Sie werden das Land sichern und gleichzeitig vermittels der Kriegszucht und der guten Ordnung den Untertanen genügend Freiheit gewähren und den Städten ihren Freiraum lassen. Gerechte Eroberungen sind dennoch Strafe genug; deshalb starke Besatzungen legen, die das Volk dann aber auch alle Freiheiten genießen lassen. Friedrich gibt zu, das wäre zu Machiavellis Zeiten nicht möglich gewesen, weil es noch keine entsprechenden Heere gab, sondern »Räuberhaufen«. Also haben sich die Sitten verfeinert, Menschen haben ihren Verstand kultiviert, sind weniger

wild, vielleicht dank den Gelehrten.[10] Als Sicherheit schlägt Machiavelli nämlich vor, nicht nur die bisherigen Fürstengeschlechter auszurotten und das neue Land zu kolonisieren, sondern auch die eigene Residenz dorthin zu verlegen. Dem widerspricht Friedrich und erklärt, wie wichtig alte gewachsene Verbindungen sind.

Friedrich mokiert sich über das Alles-erobern-Wollen, und das trotz kurzer Lebenszeit und undankbarer oder unwürdiger Nachfolger. Zügelloser Ehrgeiz sei gefährlich. Machiavelli spiele den »Marktschreier des Verbrechens«.[11] Er lehrt diejenigen, welche die tugendhaftesten sein sollen – weil sie über andere herrschen –, Verbrechen, Verrat, Treulosigkeit und Morden.[12] Darin steckt für Friedrich »etwas Epidemisches, da immer ein Verstand den anderen ansteckt«.[13] Tugend allein kann die Menschen vereinigen, Unrecht hingegen macht sie nur unglücklich.[14] Indessen hält Friedrich auch nicht viel von Republiken, welche Freiheit garantieren. Denn auf seine Freiheit ist der »republikanische Geist« in höchstem Maße eifersüchtig; alles, was sie irgend beschränken könnte, macht ihn mißtrauisch. Nach Friedrich blühen Republiken nur einige hundert Jahre, und entweder erobert sie ein kühner Bürger, oder der Feind richtet sie zugrunde.[15]

Machiavelli glaubt: der Fürst eines großen Landes kann sich vieles leisten, zum Beispiel Truppen. Er kann sein Land selbst verteidigen. Aber Friedrich schließt lieber Bündnisse, als sich allein auf eigene Kräfte zu verlassen. Er hält Bündnisse für wichtig, selbst auf die Gefahr hin, sie würden gebrochen. »So viele Bundesgenossen ihr euch macht, soviel Feinde habt ihr weniger, und wenn sie euch zu nichts helfen, . . . daß sie wenigstens eine Zeitlang neutral bleiben.«[16]

Friedrich beurteilt andere Staaten unter dem Gesichtspunkt; alle Dinge sind mannigfaltig, auch die Religionen. Unterschiedliche Temperamente bewegen die Völker. Die Lage und Größe ihrer Länder, ihre Anzahl und ihr Geist, ihr Handel, ihre Gewohnheiten und Gesetze, ihre Stärken und Schwächen, ihr Reichtum und ihre Hilfsquellen bestimmen sie. »Vor allem ist es gefährlich, Untertanen im Müßiggange und durch Weichlichkeit weibisch werden zu lassen.«[17]

## *Friedrich der Große hat das Land kultiviert*

»Die einstige ›Kornkammer‹ ist größtenteils entvölkert, die Landwirtschaft ruiniert. Hunderte von Dörfern und kleinen Ortschaften sind buchstäblich vom Erdboden verschwunden. Die Ernährung der Menschen ist nur durch Importe möglich.«[18] Das ist die heutige Situation in Ostpreußen. »Das Land ist ganz dünn besiedelt. . .« (Wolodja Gilmanow, Journalist und Germanist an der Königsberger Universität). Können sich Wolgadeutsche dort ansiedeln? Friedrich der Große hätte das womöglich in Ordnung gebracht. So geschah es mit Schlesien und anderwo. Dennoch ist sein Einmarsch dort umstritten. Viele

werfen ihm heute noch vor, er habe Schlesien mutwillig angegriffen.[19] Seine Politik sei gegen das Heilige Römische Reich Deutscher Nation gerichtet gewesen. Seltsamer- oder bezeichnenderweise sind die wahren Zusammenhänge in der Literatur und in den Schulbüchern nur vage angegeben unter dem Hinweis »zweifelhafter« Erbansprüche. Wie zweifelhaft sie sind, erklärt indessen niemand.

Am 19. 10. 1537 schließen Friedrich II. von Liegnitz-Brieg-Wohlau und Kurbrandenburg-Preußen einen Erbverbrüderungsvertrag. 1546 erklärt Ferdinand I. als König von Böhmen und der österreichischen Lande den Erbvertrag für ungültig. Er war aber erst viel später, nämlich ab 24. 3. 1558 deutscher Kaiser. Nach Aussterben des Liegnitzer Mannesstammes 1675 gehen Liegnitz-Brieg-Wohlau dennoch »als erledigte Lehen« auf die Habsburger über. Vergeblich erhebt Kurbrandenburg seit 1681 Anspruch auf die drei Füstentümer. Der große Kurfürst ist militärisch zu schwach, um seine Ansprüche durchzusetzen. Erst nach dem 1. Schlesischen Krieg fallen die Erblande an Preußen. Es ist hier nicht der Ort, auf die Kriege einzugehen, welche Friedrich der Große führte oder führen mußte. Das Bewundernswerte an ihm ist sein Durchhaltevermögen. Dabei fand er noch Kraft und Zeit, Ländereien zu kolonisieren und zu kultivieren sowie sich um die Künste, insbesondere die Baukunst, verdient zu machen.

### *Staatsräson im heutigen Deutschland – sein Verfall*

Die Staatsräson Friedrichs des Großen steckte voller Ideen, sie war aber ideologiefrei. Unsere ist seit 1945 ideologisch verblendet als Folge, die Vergangenheit zu bewältigen und das Volk umzuerziehen. Getarnt war das Ganze unter dem Motto: Entnazifizieren, Erziehen zur Demokratie und als Ergebnis den freiesten und wohlständigsten Staat zu feiern, den es in Deutschland je gab, obgleich in den abgetrennten Reichsgebieten einschließlich Mitteldeutschlands selbst für die dort lebenden Fremden die größte Unfreiheit herrschte.[20]

Das Schlagwort »Vergangenheitsbewältigung« überflutet uns Deutsche seit 1945. Selbst die soziale Marktwirtschaft, unser Denken über Europa und die dazugehörige Umerziehung lassen den Begriff »Vergangenheitsbewältigung« immer noch anschwellen. Dabei geschieht bis heute so gut wie nichts, weil der Ansatz fragwürdig ist. Die Zeit zwischen 1933 und 1945 ist verglüht. Sie kann nicht wiederkommen. Aber was war mit Weimar? Wieso hat die zweite deutsche Republik mit ihrer noch freieren Verfassung versagt? Und wenn wir das eine aus der Zeit des deutschen nationalen Sozialismus hätten lernen müssen, so ist es die falsche Mär von einem »Tausendjährigen Reich«. Stattdessen glaubten diejenigen an den ewigen Bestand der »DDR«, die an das »Tausendjährige Reich« glaubten oder geglaubt hätten. Das Thema Wiedervereinigung war nahezu ein Tabu und sollte nach kaum widersprochenem Willen der SPD (Schmude) aus dem Grundgesetz gestrichen werden. Noch im

August 1989 schrieb der Verfasser an Enno von Loewenstern, damals stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung *Die Welt:* Sie sind der einzige im deutschen Blätterwald, der das zu schreiben wagt, was andere noch nicht einmal zu hören wagen. Früher war es die höchste Ehre, von Hitler empfangen zu werden, jetzt ist es die allerhöchste Ehre, Honecker besuchen zu dürfen. Wer lernt schon aus der Geschichte, die noch nicht einmal vermittelt werden darf? Sie ist als Tabu zur Staatsräson erhoben. »Das parlamentarisch-demokratische System als höchstes historisches Ziel« . . . »Ob sich aber dieses Interesse der wissenschaftlichen Objektivität – und sagen wir ruhig: –, der Wahrheit unterordnet, ist eine ganz andere Frage.«[21] Abgehoben von der Geschichte, wie können Deutsche sich mit ihrem Staat identifizieren, doch nicht mit Verfassungspatriotismus!? Diwald bemerkt dazu: »Die intensivste Verbindung zwischen dem Staat und dem Bürger bildet in Deutschland die Steuergesetzgebung, der Wehrdienst und die Straßenverkehrsordnung.«[22]

Dort, wo Geschichte noch von Amts wegen betrieben wird, finden wir in ihr selbstgesetzte Tabus wie in dem deutsch-polnischen Geschichtsbuch-Ausschuß. Wichtige Details wie Katyn und der Stalin-Hitler-Pakt fehlen einfach. Oder wieso ist Mitteldeutschland plötzlich Ostdeutschland geworden, nachdem wir – wenn auch aus zweideutigen Gründen der Staatsräson – schon lange nicht mehr »Ostzone« sagten. Bach kam in Mitteldeutschland zur Welt. Und schließlich gibt es immer noch Südtirol und Nordschleswig, obgleich das eine nach dem Ersten Weltkrieg zu Italien kam und das andere zu Dänemark.[23] Berlin und Mecklenburg-Pommern gehören schließlich zu Norddeutschland, und die Grenzen zu Mitteldeutschland sind: das Erzgebirge im SO, der Thüringer Wald und Frankenwald im S, das Hessische Bergland im W, das Harzer Vorland und der Fläming im N und das Lausitzer Bergland im O. (*Brockhaus* 1974)

Am 7. Februar 1994 diskutierte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Hamburg das Thema: Erziehung zu Freiheit und Verantwortung. Ein Beitrag bedauerte, wieviel Prozent der Jugendlichen sich nicht mit einer Partei identifizierten. Das aber kann nicht Aufgabe des politischen Unterrichts sein. Die Schüler müssen doch erst einmal lernen, sich mit ihrer Heimat und mit Deutschland zu identifizieren. Dazu gehört Geschichte, und erst dann können sie lernen, Parteien zu beurteilen. Sobald aber das Wort von der Nation aufkommt, ertönt das Wort des Kanzlers: »Wir wollen keinen Nationalismus.« Dabei hat Nationalismus im Zweifel so wenig mit Nationalität zu tun wie Sozialismus mit sozialer Gesinnung. Außerdem muß Kohl entgegengehalten werden: Ohne nationale Identität ist weder unsere Demokratie noch unser Volk überlebensfähig. Staatsräson ist unendlich mehr als das NATO-Bündnis, welches er als die eigentliche Staatsräson Deutschlands derart hervorhebt. Die NATO selbst kann sich nur auf Nationen stützen und nicht auf solche, die sich eines Nationalstolzes schämen und sich dessen fürchten. Im übrigen fürchteten die Engländer nach 1945 das Parteiendenken – sattsam bekannt aus der

Weimarer Zeit – am meisten, weshalb sie ihr Mehrheitswahlsystem auch bei uns gern gesehen hätten. Stattdessen institutionalisiert das Grundgesetz die Parteien, und de facto haben wir das Verhältniswahlrecht im Kleid eines Mischwahlsystems.

Haben wir deshalb Weimar fortgesetzt, oder sind wir jetzt nach Weimar zurückgekehrt? Am 6. Februar 1994 beteuern drei Kandidaten für das Bundespräsidentenamt (Frau Hamm-Brücher und die Herren Herzog und Reich), »Weimarer Verhältnisse seien mit den heutigen in Deutschland nicht vergleichbar.[24] Wozu erwähnen sie es dann? Damals waren die Deutsch-Nationalen (DNVP) bis zuletzt Gegner der Nationalsozialisten. Aber sie wurden isoliert, und heute sind es bereits reformerische Mitglieder – einzelne oder Gruppen – innerhalb der Unionsparteien. Insbesondere die CDU bekennt sich dauernd zur Mitte, nichts als die Mitte. Dabei sollte sie sich in erster Linie zu Deutschland und zur deutschen Nation bekennen. Mathematisch ist die Mitte eine Null. Oder die Mitte ist Berlin, ist Thüringen, während die einzelnen Bundesstaaten ihre eigenen Mitten hätten. Dann ist die CDU aber die Partei der Mitten, und nicht »der Mitte«. Indes geht die Umerziehung weiter. Hans Heine schreibt in einem Leserbrief: »Für die heutige Zurückhaltung des deutschen Volkes gibt es eine einfache Erklärung: Es ist dank der Umerziehung vom Größenwahn geheilt und glaubt, daß alle Völker dieser Erde besser sind als es selbst, woraus der logische Schluß zu ziehen ist, daß es gar keine moralische Berechtigung hat, sich in anderer Leute Angelegenheit einzumischen. Jetzt wollen Weltverbesserer, Kinkel und andere, schon wieder umerziehen.«[25] Dem widerspricht am 13. Februar 1994 Wischnewsky (Ben Wisch SPD) in der Sendung *Talk im Turm* (SAT 1), ein Einsatz im ehemaligen Jugoslawien sei unakzeptabel. So wird die Bundeswehr hin und her gerissen.

Nach dem alten Grundgesetz (Das Wort Grundgesetz wurde bekanntlich gewählt, weil es anstelle einer Verfassung als Provisorium galt.) war die Herstellung der deutschen Einheit erstes Verfassungsgebot und damit vorrangiges Staatsinteresse.[26] »Dreigeteilt niemals« lautete die Parole, bis das Fernsehen die deutsche Landkarte verschwinden ließ – auf wessen Befehl auch immer. In Wirklichkeit aber ging die NATO-Mitgliedschaft der eigentlichen Priorität Wiedervereinigung stets voran.[27] Da das deutsche Volk nach wie vor gehindert ist, sich eine Verfassung selbst zu geben, bleibt die Bundesrepublik auch weiterhin ein Torso, sowohl hinsichtlich ihrer Souveränität als auch des deutschen Territoriums.[28] Sie ist daher nach wie vor nicht dazu befugt oder beauftragt, auf ehemaliges Reichsgebiet zu verzichten. Dabei geht es nicht um Revanchismus oder um friderizianische Eroberungspläne, sondern um Gedenken und um Verantwortung für weithin brachliegendes Land. Diwald sah das alles mit seherischem Blick, ohne sich von Zeitgeistern beirren zu lassen. Das gilt selbstverständlich nicht zuletzt für seine sudetendeutsche Heimat. Weder im Zivil- noch im Staatenleben ist es klug, freiwillig auf Rechte zu verzichten, nur weil sie zu Zeiten nicht durchsetzbar sind. Und werden uns die

Polen um ihres Ausharrenwillens nicht als besonders tugendhaft vorgeführt? Wir waren auf die Wiedervereinigung nicht vorbereitet.[29] Das beweist den jahrelangen Verfall unseres wichtigsten Staatsinteresses, wie das Grundgesetz es vorschrieb. Auch Baring vermißt fehlendes Staatsinteresse, wenn er sagt: Es ist falsch zu meinen, wir dürften keine Machtpolitik treiben. »Denn der Gegensatz zur Machtpolitik ist ja nicht Ohnmachtspolitik, sondern ist eine wertgebundene, eine verantwortungsbewußte und eine die Interessen unserer Partner und wichtigsten Nachbarn einbeziehende Politik.«[30] »Es darf nicht von vornherein jemand, der von Interessen redet, als kalt gelten und jemand, der phrasenhaft von den Werten der Humanität spricht, als besonders liebenswürdig und menschlich warm.« Deshalb ist auch unsere Sicherheitspolitik nach wie vor von höchstem Staatsinteresse.[31]

## *Einig Vaterland*

Die deutsche Frage bleibt, es gab nie eine französische Frage.[32] Der Westextremismus verschleiert, daß Deutschland in der Mitte zwischen Ost und West eine Mittlerrolle zu spielen hat. Deshalb ist Deutschland kein zwischen Ost und West schwankendes Gebilde, sondern das Rückgrat Europas. »An dieser Existenz Europas ist also nicht zu rütteln.«[33]

Anmerkungen:

1. Hellmut Diwald, *Unsere gestohlene Geschichte,* Heft 40 der Schriftenreihe der deutschen Akademie für Bildung und Kultur in München, 1992, S. 12.
2. Ebenda, S. 13.
3. Friedrich Meinecke, *Die Idee der Staatsräson,* München–Berlin ²1925, S. 1.
4. Ebenda, S. 422.
5. Vgl. Hellmut Diwald, *Geschichte macht Mut,* Erlangen–Bonn–Wien 1989, S. 175.
6. Seit 1512 gab es die zehn Reichskreise: Bayern, Burgund, Franken, Kurrhein, Niederrhein-Westfalen, Niedersachsen, Obersachsen, Mittel- und Oberrhein, Österreich und Schwaben.
7. Vgl. Hellmut Diwald, *Deutschland einig Vaterland, Geschichte unserer Gegenwart,* Frankfurt/M–Berlin 1990, S. 227.
8. Ebenda, S. 229.
9. Friedrich der Große, *Antimachiavelli,* Berlin um 1925, S. 103
10. Ebenda, S. 115.
11. Ebenda, S. 115f.
12. Ebenda, S. 123.
13. Ebenda, S. 124.
14. Ebenda, S. 126.
15. Ebenda, S. 128.
16. Ebenda, S. 130.
17. Ebenda, S. 135.
18. *Die Welt* vom 12. Februar 1994.
19. »Neue Historiker nannten Friedrichs Griff nach Schlesien eines der sensationellsten Verbrechen der neuzeitlichen Geschichte.« (Hellmut Diwald, *Geschichte macht Mut,* aaO.,

S. 87). »Der Überfall Friedrichs sollte den Untergang Habsburgs einleiten. Habsburg ging gestärkt daraus hervor. Wäre der Raubzug nach Schlesien unterblieben, dann wäre der Untergang Habsburgs nicht aufzuhalten gewesen.« So folgerte Diwald, ebenda, S. 90.

20. Die Annexion 114 000 km² deutschen Territoriums – das Sudetenland nicht mitgerechnet – mag tagespolitisch als unvermeidlich angesehen werden: »Der Historiker aber kann nicht umhin, diese politischen Gründe als einen der krassesten Verstöße gegen das Völkerrecht zu bezeichnen, den es in unserem Jahrhundert gegeben hat.« Hellmut Diwald, »Das neue deutsche Geschichtsbild«, in *Fragen zur Zeit*, Hamburg 1991, S. 12.

21. Ebenda, S. 6.

22. Ebenda, S. 10. Ähnlich argumentiert auch Otto Schmidt-Hannover auf S. 42 seines Buches *Umdenken oder Anarchie*, Göttingen 1959: »Sind wir schon ein Staat? Sind wir nicht eine Aktiengesellschaft mit wechselnden Prokuristen und Aufsichtsräten?«

23. Auch Diwald bewunderte den Freiheitskampf der Südtiroler, und zwar gegenüber den Italienern wie auch gegenüber der Reichsregierung Hitlers, wie er an einer Stelle schreibt. Und die Deutschen in Nordschleswig schicken ihre Kinder auf dortige deutsche Schulen. Beachtlich ist die Zahl von sechzehn deutschen Rudervereinen in Nordschleswig.

24. *FAZ* vom 7. Februar 1994.

25. *Die Welt* vom 12. Februar 1994, Leserbriefseite, Leserbrief zu einem Beitrag in *Die Welt* vom 3. 2. 1994: »Innenschau und Außenwelt«.

26. Hellmut Diwald, *Deutschland einig Vaterland*, aaO., S. 242.

27. Ebenda, S. 230.

28. Wilhelm Hörnicke, aus seinem Leserbrief an *Die Welt* vom 9. Februar 1994 zum Thema Schirinowski auf der Suche nach einem verlorenen Großreich: ». . . Wie war es bei einem großen Teil unserer Politiker in Deutschland – sowohl im freien Teil als auch im Zwangsregime von Ulbricht und Honecker? Von Gebieten jenseits der Oder-Neisse-Linie wollte man nichts mehr wissen. Es war beinahe schon ein Sakrileg, überhaupt von diesen Regionen zu sprechen. Nunmehr beginnt sich, eine neue Interessensphäre herauszubilden – jedenfalls vorerst in dem wiedererwachenden von der Diktatur befreiten Rußland. Ein starkes Deutschland an der Seite dieses Landes wird sogar gewünscht. . . Stettin, Königsberg und Breslau sollen deutsche Besitztümer bleiben.«

29. So sprach Sachsens Innenminister Eggert am 13. Februar 1994 im Fernsehen.

30. Vortrag von Arnulf Baring, *Forum: Eine neue deutsche Interessenlage*, Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Stuttgart 1992, S. 49 (Anmerkung d. Verf.: Was wird aus Europa? Heute sind wir nicht einmal dazu in der Lage, die Bananenfrage souverän zu lösen. Sind die anderen wirklich mächtiger?)

31. Vgl. ebenda, S. 50.

32. Hellmut Diwald, *Deutschland einig Vaterland*, aaO., S. 225.

33. Ebenda, S. 225 ff.

Heinrich Lummer

# Appell und Strategie zur Lösung der offenen sudetendeutschen Frage

## Vertreibung ist unverjährbarer Völkermord

Hellmut Diwald wurde im südmährischen Schattau geboren, war also Sudetendeutscher. In einem Buch, das ihm gewidmet ist, dem deutschen Patrioten, der unbeugsam wie kaum ein anderer das Unrecht der Vertreibung gebrandmarkt hat, darf ein Beitrag über die sudetendeutsche Frage und die generelle Vertreibungsproblematik nicht fehlen. Ihr gelten die folgenden Überlegungen aus der Feder eines Politikers.

Alljährlich treffen sich beim Sudentendeutschen Tag an die hunderttausend Menschen und demonstrieren friedlich für das Heimatrecht ihrer Volksgruppe. Sie tun dieses seit bald fünfzig Jahren mit bewundernswerter Unbeirrbarkeit und Konsequenz. Bis in die jüngste Zeit ist der Sudetendeutsche Tag eine der größten politischen Kundgebungen in Deutschland gewesen. In der Landsmannschaft und den mannigfaltigen, mit ihr verbundenen Vereinigungen sind auch heute noch über zweihunderttausend Menschen organisiert. Allein die 65 sudetendeutschen Heimatzeitungen werden regelmäßig von rund 350 000 Menschen gelesen.

Schon diese Zahlen müßten klarstellen, daß es eine sudetendeutsche Frage auch im Jahre 1994 noch gibt. Wer diese Tatsachen freilich ignorieren will – manche in diesem Lande, darunter Medienvertreter, wollen dies –, kann das Problem hierzulande sehr wohl einfach übersehen. In der tschechischen Republik könnte er es nicht: Dort ist die sudetendeutsche Frage fast täglich Thema auf den Titelseiten, in Kommentaren, Dokumentationen und Leserbriefen. Sie hat sich – was prinzipiell ehrenwert ist – tief in das kollektive Unterbewußtsein der tschechischen Nation eingegraben. Ein diffuses Unrechtsbewußtsein, aber auch massive Bedrohungsgefühle, die immer wieder in aggressive Gereiztheit umschlagen, kennzeichnen diese Stimmungslage. Für uns kaum vorstellbar, aber wahr: Wenn einem Tschechen etwas nicht

gelingt, wenn er auf unvorhergesehene Schwierigkeiten stößt, dann sagt er: »Trest za Sudety!«, zu deutsch: Strafe fürs Sudetenland!

Jede Vertreibung bedroht die physische Existenz der betroffenen Gruppe. Aber selbst wenn eine Vertreibung unblutig verlaufen sollte und es zudem gelingt, den Entwurzelten im Aufnahmegebiet eine neue wirtschaftliche Lebensgrundlage zu verschaffen, bedroht jede Vertreibung die Identität der betroffenen Gruppe. In der Zerstreuung droht die Assimilation an die Bevölkerung des Aufnahmelandes, was einem geistigen Ethnozid der vertriebenen Gruppe gleichkommt. Spiegelbildlich dazu wird das Herkunftsland geschädigt, denn es kann viele Generationen dauern, bis an der Stelle der vernichteten Kultur etwas Vergleichbares nachgewachsen ist. Dies sind bittere Feststellungen im Europa des Jahres 1994, in dem Vertreibung unter den Augen der Weltöffentlichkeit wieder zum Mittel der Politik geworden zu sein scheint.

Die internationale Völkerrechtslehre kommt mehr und mehr zu der Überzeugung, daß Vertreibung bereits für sich genommen den Tatbestand des Völkermordes erfüllt. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die teilweise sehr komplizierten Rechtsfragen und ihre historische Entwicklung im einzelnen nachzuzeichnen. Gerade auch die neue Aktualität des Themas zwingt die Politik dazu, Konsequenzen aus der Vergangenheit zu ziehen. Vertreibung und sogenannte ethnische Säuberungen sind kein primär deutsches Thema mehr. Manchen, die die Vertreibung der Deutschen ebenso wie deren Schuld als ein Unikat ansehen, das mit nichts anderem verglichen werden dürfe, muß energisch widersprochen werden. Schließlich geht es darum, den »Fluch der bösen Tat, die fortzeugend Böses muß gebären«, loszuwerden. Dies kann nicht gelingen, wenn jede Vertreibung mit den jeweiligen Umständen und Verstrikkungen von Schuld und Sühne gerechtfertigt wird, sondern nur dann, wenn eben allgemein verbindliche und anerkannte Maßstäbe gefunden werden. Dazu bedarf es der Rechtsentwicklung und der Rechtssetzung, an deren Fortschritt und Vollendung ein eminent wichtiges politisches Interesse besteht.

Offensichtlich gibt es noch keinen Kommentar zur Völkermordkonvention der Vereinten Nationen. Warum eigentlich nicht? Man sollte die Behandlung des Völkerrechts nicht allein den Politikern überlassen. Kommentatoren müßten auch die Frage beantworten, inwieweit Massenvertreibungen Völkermord sind. Grundsätze des Völkerrechts in die politische Praxis umzusetzen und im Bewußtsein der Menschen sicher zu verankern ist eine oft mühselige und langwierige Aufgabe. Und die Problematik des Völkermords und der Vertreibung sind von dieser Sachlage gekennzeichnet.

In der Konvention der Vereinten Nationen »Zur Verhütung des Völkermordes«[1] wird dieser als ein »abscheuliches Übel« bezeichnet, das in »allen geschichtlichen Epochen ... der Menschheit großen Schaden verursachte«. Dieses sensible Bewußtsein für die Schrecken des Völkermordes hat sich gewiß erst im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet. Die in der Konvention

enthaltene Definition des Völkermordes erkennt den Tatbestand nicht nur in einer vollständigen physischen Vernichtung eines Volkes, sondern formuliert einige Merkmale, die den Begriff beträchtlich ausdehnen. So bezieht er sich nicht nur auf ganze Völker, sondern auf jede »nationale, volkliche, rassische oder religiöse Gruppe«. Es kann kein Zweifel bestehen, daß damit Ostpreußen, Sudetendeutsche und Schlesier genauso gemeint sind wie Bosniaken oder Kosovo-Albaner. Die Maßnahmen müssen auch nicht gegen die ganze Gruppe erfolgen. Vielmehr reichen Handlungen aus, die die jeweilige Gruppe »ganz oder teilweise« erfassen. Die Vertreibung wird in der Völkerrechtskonvention begrifflich nicht genannt. Weder wird sie als Tatbestandsmerkmal ausdrücklich erwähnt, noch wird sie als eine Form des Völkermordes gesehen. Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß einige der genannten Tatbestandsmerkmale durch den Sachverhalt der Vertreibung erfüllt werden.

Neben dem Mord an Angehörigen der Gruppe wird Völkermord auch verstanden als »schwere Beeinträchtigung der körperlichen oder geistigen Integrität von Angehörigen der Gruppe« sowie die »absichtliche Unterstellung der Gruppe unter Existenzbedingungen, die ihre vollständige oder teilweise Zerstörung nach sich ziehen soll«.

Schließlich müssen nicht alle in der Konvention erschöpfend aufgeführten Handlungen zusammenfallen. Vielmehr genügt »eine der folgenden« in der Definition genannten Handlungen zur Erfüllung des Tatbestandes. Wenn man sich die Umstände der Vertreibung der Deutschen vergegenwärtigt, muß darin eine »schwere Beeinträchtigung der körperlichen und geistigen Integration« genauso erkannt werden wie eine »absichtliche Unterstellung der Gruppe unter Existenzbedingungen, die ihre vollständige oder teilweise Zerstörung nach sich zieht«. Dazu Otto Kimminich: »Wir wissen, daß mit den Vertreibungen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs die Tötung einer großen Zahl von Menschen verbunden war und daß sie zwölf Millionen Menschen schweren körperlichen und seelischen Schaden zugefügt hat. Die Subsumtion unter Art. 2 der Völkermordkonvention würde also nicht schwerfallen.«[2]

Mit dem Verweis auf die Absicht wird ein subjektiver Tatbestand eingeführt, der Interpretationsspielräume eröffnet und eine Motivforschung der Vertreiber verlangt. Hier kann sehr leicht ein Tor für Ausflüchte und Entschuldigungen gesehen und gesucht werden. Soweit es die Vertreibung der Deutschen betrifft, sollte an der von der Konvention erwarteten Absicht kein Zweifel bestehen. Professor Felix Ermacora verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß diese Absicht sich nicht auf die vollständige physische Vernichtung der Gruppe richten muß, »sondern auf die Beseitigung der Gruppe aus ihrem angestammten Gebiet«.[3] Das, was den Völkermord vom gemeinen Mord unterscheide, sei eben die »intention to destroy a group«.[4]

In der Geschichte hat es immer wieder Vertreibungen oder Zwangsumsiedlungen gegeben, die verschiedenen Zwecken dienten. Einmal sollte ein Land ohne Volk besiedelt werden. Ein anderes Mal ging es darum, einem Volk ohne

Raum Erleichterungen zu verschaffen. Ein anderes Mal ging es darum, oppositionelle Gruppen loszuwerden, um eine Stabilisierung der Herrschaft zu erreichen. Die Vertreibung der Deutschen wurde in erster Linie als »ethnische Säuberung« verstanden, die eine möglichst saubere Beziehung zwischen Staat und Staatsvolk herstellen sollte. Die Deutschen waren für die Tschechen und Polen ein störendes, konfliktstiftendes Element, das die Integrität des Staates möglicherweise in Frage stellen könnte. Ein für allemal sollte diese Gefahr ausgeschaltet werden. Das Ziel war der geschlossene Nationalstaat, den man durch Vertreibung herstellen wollte. Diese Vorstellungen sind bereits während der Kriegszeit in vielfältiger und umfangreicher Weise von Tschechen und Polen entwickelt worden.

Derartige Vertreibungen sind in der Geschichte nicht ohne Beispiel. Durch Zwangsumsiedlungen haben die russischen Großfürsten ihre Macht ausgebaut und ihr Territorium vergrößert. Der »Leitgedanke dieses ›wywod‹ oder ›razwod‹ (Wegführung bzw. Auseinanderführung) war, in allen neu angegliederten Gebieten, die Möglichkeiten einer oppositionellen Haltung der Bevölkerung dadurch auszuschalten, daß die Angehörigen der bisher führenden Schicht möglichst verstreut im Inneren des Großfürstentums oder in einem entlegenen Grenzgebiet zur Verteidigung angesiedelt wurden und an ihre Stelle treue Untertanen des Zaren aus Moskau oder den alten Gebieten kamen«.[5] Nach Platonov war diese Zwangsumsiedlung »ein erprobtes Assimilationsmittel, mit dem der Moskauer Staatsorganismus fremde Elemente in sich einschmolz«[6]. Bei Iwan dem IV. (dem Schrecklichem) ist die Zwangsumsiedlung offenbar in ein neues Stadium getreten: »Sie dient jetzt nicht mehr in erster Linie der Assimilierung neu erworbener Gebiete, sondern im Kriege der Entfernung unzuverlässiger, weil andersnationaler Bevölkerungsgruppen aus dem eroberten oder frontnahen Raum, und im Inneren der Ausschaltung der tatsächlichen oder auch nur potentiellen Opposition gegen die großfürstliche Autokratie – des alten Adels.«[7]

Die Stabilisierung der Herrschaft, die Beseitigung von potentiellem Konfliktpotential durch ethnische Säuberung und die Vernichtung von völkischen Gruppen durch Assimilierung sind die Mittel damals wie gestern und heute. Das Ziel des geschlossenen Nationalstaates war das Motiv für die Vertreibung und die Vernichtung von Volksgruppen. Innerhalb der Sowjetunion war die Stalinsche Vernichtungs- und Umsiedlungspolitik von dem Ziel getragen, ein mehr oder weniger uniformes Sowjetvolk zu verwirklichen. Viele der heutigen Probleme Rußlands und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben ihre Ursache in der völkerrechtswidrigen Umsiedlungs- und Vertreibungspolitik Stalins. Ziel der Vertreibung der Deutschen war ganz offenbar auch die Assimilierung der Volksgruppen in dem größeren Ganzen: Deutschland. Tatsächlich ist eine Gruppe zerstört, wenn ihre geistige Identität nicht mehr besteht, wenn also ihre Sprache, ihr Brauchtum, ihre Kultur nicht mehr existieren. In diesem Sinne existiert die Volksgruppe der Ostpreußen heute

nicht mehr. Sie ist durch physische Vernichtung und Vertreibung verschwunden.

Wenn man die Tatbestände der Völkermordkonvention mit der Vertreibung der Sudetendeutschen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vergleicht, stellt sich der Sachverhalt so dar: Unter den Sudetendeutschen hat es zehntausende Fälle von Tötungen allein aufgrund der Zugehörigkeit zur Gruppe der Sudetendeutschen gegeben. Über den Verbleib von über 240 000 Sudetendeutschen fehlt seit der Vertreibung jede Nachricht, und es ist davon auszugehen, daß die meisten von ihnen Opfer der zum Teil unbeschreiblichen Gewaltakte vor und während der Vertreibung wurden. »Der Mord an Angehörigen der Gruppe« hat tatsächlich stattgefunden. Auch das zweite der – alternativ geltenden – Tatbestandsmerkmale ist erfüllt: Es gab hunderttausende Fälle von Erniedrigung, Vergewaltigung und Mißhandlungen, es gab zehntausendfache Fälle von Einweisung in Lager und Zwangsarbeit, schließlich mußten alle Sudetendeutschen bis zum Zeitpunkt ihrer Vertreibung die berüchtigte weiße Armbinde tragen.

Besonders interessant ist das dritte Kriterium. Einerseits mit Blick auf die Eigentumsfrage: Das gesamte bewegliche und unbewegliche Eigentum der Sudetendeutschen wurde zwischen Mai und Oktober 1945 durch mehrere der sogenannten Benesch-Dekrete entschädigungslos konfisziert. Dies kam einem radikalen Entzug der wirtschaftlichen Lebensgrundlage der Volksgruppe gleich und wäre damit schon für sich allein geeignet, den Tatbestand des Völkermordes zu erfüllen. Andererseits deswegen, weil unter Berufung auf dieses Tatbestandsmerkmal sich in der Völkerrechtslehre immer stärker die Überzeugung durchsetzt, daß Vertreibung als solche Völkermord ist, und zwar auch eine »saubere« oder mit den Worten des Potsdamer Abkommens eine »in ordnungsgemäßer und humaner Weise« durchgeführte Vertreibung[8].

Wichtig ist schließlich die Absicht der vollständigen oder teilweisen Zerstörung der Gruppe als solcher, wobei im Unterschied zur dritten der genannten Handlungsweisen nicht von einer körperlichen Zerstörung die Rede ist. Eine solche Zerstörungsabsicht läßt sich im Falle der Sudetendeutschen klar nachweisen, da der bewußte Wille zur Vertreibung der Volksgruppe und entsprechende Planungen seitens tschechischer Exilpolitiker über die Jahre 1940–45 gut dokumentiert sind. Bemerkenswerterweise liegen in diesem Punkt die Dinge bei den Sudetendeutschen sogar klarer als bei den Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten. Die Absicht zur Zerstörung der Gruppe ist notwendiges Tatbestandsmerkmal des Völkermordes. Fehlt sie, ist ein Vertreibungsvorgang aber immer noch als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (mit insgesamt ähnlichen Rechtsfolgen) einzuordnen.

Der Sachverhalt ist alt, das Delikt, der Straftatbestand und das Wort »Völkermord« neu. Das Wort wurde durch den Polen Raphael Lemkin in den dreißiger Jahren eingeführt[9]. Soweit ersichtlich, war Alfred-Maurice de Zayas

der erste, der die Vertreibung der Deutschen mit dem Völkermord in Verbindung brachte. Dazu gehörte im Jahr 1977 sicher noch großer Mut. In jedem Falle stelle die Vertreibung ihrer Umstände wegen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar[10]. Laut de Zayas hat ein amerikanischer Abgeordneter namens Carole Reece im Washingtoner Repräsentantenhaus erklärt, »die Vertreibung der Deutschen schließe das Verbrechen des Völkermordes ein«.[11] Der Formulierung der Konvention ist eine breite Debatte vorausgegangen, die auch zu einem Beschluß der Vereinten Nationen vom 11. Dezember 1946 führte. Schon damals wurden die Mitglieder aufgefordert »to enact the necessary legislation for the prevention and punishment of this crime«.[12] In der Konvention wurden die vertragschließenden Parteien nicht mehr nur »eingeladen« (invited), das Delikt in innerstaatliches Recht umzusetzen, vielmehr »verpflichteten« sie sich dazu. Die Bundesrepublik Deutschland ist dieser Verpflichtung durch das Gesetz vom 9. August 1954 nachgekommen, mit dem der § 220a in das Strafgesetzbuch eingefügt wurde[13]. Die CSSR (1951), Polen (1952) und die Sowjetunion (1954) haben die Konvention ratifiziert. Allerdings sind sie ihrer Verpflichtung zur Umsetzung in innerstaatliches Recht bisher nur bedingt nachgekommen. Über die Gründe kann man nur Mutmaßungen anstellen.

Eingang gefunden haben die Tatbestandsmerkmale auch in das »Nazi- und Nazihelfer-(Bestrafungs-)Gesetz«, das von der israelischen Knesseth am 1. 8. 1950 beschlossen wurde[14]. Nach diesem Gesetz wurde Adolf Eichmann 1961 zum Tode verurteilt. Unbeschadet der Verwendung von Formulierungen aus der Völkermordkonvention wird der Begriff selbst nicht verwendet. Die strafbaren Handlungen stammen also aus einer Zeit vor der Formulierung der Konvention und des für die Bestrafung benutzten Gesetzes. Wenn es sich also um ein »altes« Verbrechen handelt, für das neue Gesetze und ein neues Wort gefunden wurden, dann soll mit diesem Hinweis nicht der Versuch gemacht werden, den Grundsatz nullum crimen, sine lege zu unterlaufen, noch die Vertreibung und Morde an den Deutschen in einen unmittelbaren Bezug zur Verschleppung und Vernichtung der Juden zu bringen. Es sollte aber möglich sein, zwei Dinge zu erreichen:

1. Die moralische Qualifizierung der Vertreibung als Verbrechen und Völkermord durch diejenigen, die es verursacht haben. Schon der amerikanische Diplomat Robert Murphy wies in seinem berühmten Memorandum vom 12. 10. 1945 auf die Problematik hin, daß hier Dinge mit zweierlei Maß gemessen werden. Die durch die ›Nazis‹ inszenierten Massendeportationen hätten zur moralischen Empörung beigetragen, während man nun in der scheußlichen Lage sei, Partner bei ähnlichen Dingen zu sein. »Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir an Methoden beteiligt gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben.«[15] Auch der Hauptanklagevertreter der USA in Nürnberg hat am 21. 11. 45 in seiner Rede auf die Problematik des Messens mit zweierlei Maß hingewiesen.

Er sagte: »... wir dürfen niemals vergessen, daß nach dem gleichen Maß, mit dem wir die Angeklagten heute messen, auch wir morgen von der Geschichte gemessen werden. Diesen Angeklagten einen vergifteten Becher zu reichen, bedeutet, ihn an unsere eigenen Lippen zu bringen.«[16]

Es bleibt beachtlich, mit welcher Hartnäckigkeit die Vertreibung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und als Völkermord von den Verursachern geleugnet wird, soweit es sich um die Vertreibung von Deutschen handelt. Der tschechische Präsident ist hier die positive Ausnahme, nicht die Regel. Wirkliche Versöhnung setzt aber die Anerkennung und – im Rahmen des Möglichen – Wiedergutmachung des Unrechts voraus.

Angesichts der vorangeschrittenen Diskussion und der Überprüfung des Sachverhalts mit den Tatbestandsmerkmalen kommt Ermacora als Gutachter zu dem Ergebnis, »daß eine andere Interpretation des Komplexes der Vertreibung der Sudetendeutschen [als Völkermord, der Verfasser] ... bei bestem Wissen und Gewissen nicht denkmöglich ist«.[17] Das Begehren nach angemessener ethischer und juristischer Bewertung der Vorgänge ist weder finsterer Revisionismus noch Revanchismus, sondern die Suche nach einer gemeinsamen Basis für die Zukunft.

2. Daneben sollte die angemessene Bewertung, unabhängig von Fragen der Bestrafung, einen Weg öffnen, die Rechtsfolgen in einem gemeinsamen Dialog zu besprechen und zu beantworten. Natürlich gehören dazu auch Fragen des Umgangs mit konfisziertem Vermögen.

Die Völkermordkonvention hat ihren Niederschlag auch in dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien gefunden. Der Artikel 4 übernimmt die Tatbestandsmerkmale der Konvention. In Artikel 5 wird die Deportation als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeführt[18].

Die Rechtsentwicklung hat in den letzten Jahrzehnten beachtliche Fortschritte gemacht, die hoffentlich dazu beitragen, auf der Basis des Grundsatzes »Gerechtigkeit schafft Frieden« weiter voranzukommen.

Die wichtigste Rechtsfolge der Einstufung der Vertreibung der Sudetendeutschen als Völkermord ist die Unverjährbarkeit. Kodifiziert wurde sie in der UN-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom 27. 11. 1968, dem die damalige CSSR beigetreten ist.

Richtig ist, daß die Völkermordkonvention erst Ende 1948, also kurz nach der Vertreibung der Sudetendeutschen, verabschiedet wurde. Der zitierten Argumentation tut das aus mehreren Gründen keinen Abbruch. Einerseits ist die Völkermordkonvention nur eine von einer ganzen Reihe von völkerrechtlichen relevanten Bestimmungen, die die genannten Schlußfolgerungen begründen. Zu nennen sind hier die Haager Landkriegsordnung von 1907, das (verstärkt seit dem Ersten Weltkrieg hochgehaltene) Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Atlantik-Charta von 1941 sowie die Rechtsprechung der

Nürnberger Prozesse von 1946 (dort wurde, während gleichzeitig Millionen Deutsche aus den Ostgebieten vertrieben wurden, die Todesstrafe für die voll rückgängig gemachte Vertreibung von mehreren hunderttausend Polen aus dem Warthegau in das Generalgouvernement ausgesprochen!).

Ferner ist zu berücksichtigen, daß es grundsätzlich drei Völkerrechtsquellen gibt: Völkerrechtliche Verträge (also multilaterale Konventionen, aber auch bilaterale Verträge, die anders als im Privatrecht eine Rechtsquelle sind, also objektives Recht schaffen können), Gewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze (in Art. 38 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs definiert als »die von den Kulturvölkern anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätze«).

Wenn uns also die polnische Völkerrechtslehre (und leider sogar die polnische katholische Kirche) erklären möchte, die Vertreibung sei allenfalls unmoralisch, aber eben nicht völkerrechtswidrig gewesen, so liegt ein Irrtum darüber vor, was Teil des geltenden Völkerrechts ist. Man mag zwar behaupten können, daß die Vertreibung nicht gegen eine damals geltende internationale Konvention verstieß. Aber nur ein Bruchteil des schon damals geltenden Völkerrechts war in dieser Weise kodifiziert. An seiner Verbindlichkeit ändert dies nichts.

Zu guter Letzt, aber hier soll ein kurzer Hinweis genügen, verstieß die Vertreibung der Sudetendeutschen massiv gegen innertschechoslowakisches Recht. Gerade wenn man die ununterbrochene Existenz der Tschechoslowakei und zudem die Nichtigkeit des Münchner Abkommens »von Anfang an« vertritt – was Prag bekanntlich vehement tut –, dann verstößt der Tatkomplex der Vertreibung gegen einen ganzen Katalog tschechoslowakischer Gesetze und Verfassungsbestimmungen.

Diese Überlegungen über die (Völker-)Rechtslage zur Tatzeit gelten nicht nur für die Frage der Völkermordqualität der Vertreibung, sondern ganz analog für die Frage der (1968 kodifizierten) Unverjährbarkeit des Völkermordes. Hier bestehen darüber hinaus insofern keine Probleme, als die Verjährung von in der Vergangenheit begangenen Taten auch sonst verlängert oder aufgehoben werden kann. In Deutschland haben wir dies 1969 und 1979 in bezug auf die NS-Verbrechen erlebt.

Die Schlußfolgerung aus alledem lautet in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Völkerrechtslehrer, darunter Ermacora, der als Berater der Vereinten Nationen für Menschenrechtsfragen zu den angesehensten Völkerrechtlern unserer Zeit zu rechnen ist: »Die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der angestammten Heimat von 1945 bis 1947 und die fremdbestimmte Aussiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg widersprach nicht nur der in der Atlantik-Charta und dann in der Charta der UN verheißenen Selbstbestimmung, sondern die Vertreibung der Sudetendeutschen ist Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die nicht verjährbar sind.«[19]

Soweit die rechtliche Seite des Problems aus der Sicht eines Politikers. Was kann man daraus für die praktische Politik ableiten? Die Frage hat zwei

Aspekte. Einerseits ist zu prüfen, welche politische Position man – ausgehend von der Rechtslage – vertreten will. Zum anderen ist zu klären, mit welchen Argumenten oder auch Machtmitteln man diese Position durchsetzen kann.

Was die erste Frage angeht, so ist eine Haltung indiskutabel, die die Rechtslage zwar sieht, ihr aber faktisch keine Bedeutung für die Politik beimißt, sei es aus Resignation, sei es aus Gleichgültigkeit dem Recht gegenüber. Für beide Haltungen liefert die politische Rhetorik in Deutschland interessante Beispiele: »Man kann Recht haben, ohne es zu bekommen«, gehört noch zu den ehrlicheren Formulierungen. Volker Rühes »politische Bindungswirkung der Ostverträge« bleibt als diplomatische Umschreibung des vorauseilenden Verzichts in unangenehmer Erinnerung. Unerreicht bleibt aber auch hier Bundespräsident Richard von Weizsäcker: »Es gilt, die widerstreitenden Rechtsstandpunkte dem Verständigungsgebot unterzuordnen«, belehrte er die Vertriebenen in seiner Rede vom 8. Mai 1985, gerade so, als übten die Vertriebenen nicht seit Jahrzehnten konsequenten Gewaltverzicht, als hätten sie sich nicht eindeutig auf eine Verständigungslösung verpflichtet. Keine Rede auch davon, daß der Geschädigte, der ja keine materiellen Positionen hält, sich nur auf das Recht berufen kann. Hört er damit auf, das heißt verzichtet er, dann hat sich die Gewalt durchgesetzt. Dann hat aber nicht nur er selbst, sondern auch das Recht eine Niederlage erlitten. Katastrophal schließlich die jahrelang bis in die CDU hinein weit verbreitete Kurzformel: »Rechtspositionen sind kein Ersatz für Politik.« Sie ist ein kaum verhülltes Bekenntnis zum vitalistischen Recht des Stärkeren, also die Absage an eine rechtliche Bindung der Politik überhaupt.

Die derzeitige deutsche Außenpolitik vertritt faktisch leider weitgehend diese Linie des Verzichts. Sie unterschätzt damit nach meiner festen Überzeugung die Bedeutung, die Recht und Moral gerade in dieser Frage für die Politik nach wie vor haben. Zwar befürwortet das Auswärtige Amt ganz leise – und eigentlich nur, wenn man es danach fragt – direkte Gespräche zwischen den Sudetendeutschen und der tschechischen Regierung. Zwar hat Bundesaußenminister Kinkel im vergangenen Herbst immerhin die alte Position bekräftigt, Deutschland habe die Vertreibung und die entschädigungslose Enteignung der Vertriebenen niemals gebilligt. In diesem Sinne hält auch der Nachbarschaftsvertrag mit Prag die Eigentumsfrage eindeutig offen, der tschechischen (damals tschechoslowakischen) Forderung nach einem »dicken Schlußstrich« wurde nicht nachgegeben. Diese Reste einer offiziellen Rechtsposition werden aber im politischen Alltag mit denkbar niedrigem Profil, nämlich faktisch so gut wie gar nicht, vertreten. So sind mir keine klaren Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes gegen die laufenden Versteigerungen sudetendeutschen Vermögens bekannt. Von diesen Versteigerungen sind bekanntlich die sudetendeutschen Alteigentümer ausgeschlossen, und zumindest gegen diesen skandalösen Zustand hätten klare Bonner Stellungnahmen dringend erfolgen müssen. Da diese ausgeblieben sind, liegt die Vermutung nahe, daß auch die

Ausklammerung der Vermögensfragen im Nachbarschaftsvertrag vorrangig das Ziel hatte, Regreßforderungen der Sudetendeutschen zu vermeiden. Eine Preisgabe von Privateigentum an Dritte hätte die Bundesrepublik nämlich schlicht zur Regreßleistung verpflichtet.

Soweit die Minimalposition, die die Rechtslage weitgehend ignoriert und leider die gegenwärtige Haltung unserer Außenpolitik ist. Im Gegensatz dazu läßt sich aus der geschilderten Völkerrechtslage auch eine Maximalposition ableiten, deren Vertretung, um es gleich zu sagen, allerdings ebenfalls nicht sinnvoll erscheint. Diese Argumentation lautet etwa so:

Die Sudetendeutschen sind nach wie vor Träger des Selbstbestimmungsrechts, an dessen Ausübung sie in diesem Jahrhundert mehrfach gehindert worden sind. Das Selbstbestimmungsrecht war spätestens seit der Zeit des Ersten Weltkrieges einer der wichtigsten Grundsätze des Völkerrechts. Seine Anwendung auf die Völker Österreich-Ungarns war eines der erklärten Prinzipien der Pariser Vorortverträge. Schon nach dem Gleichheitsgrundsatz stand dieses Recht also auch den Sudetendeutschen zu. Mittlerweile ist das Selbstbestimmungsrecht sogar zu zwingendem Recht (ius cogens) geworden. Eine vertragliche Bestimmung, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt, ist nichtig. Maßgeblich bei der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts – so wird weiter argumentiert – sind historisch gewachsene und nicht etwa politisch manipulierte oder gar gewaltsam verschobene Sprach- und Volkstumsverhältnisse. Dieser Grundsatz wurde tatsächlich in den vergangenen Jahren bei mehreren Entscheidungen der Vereinten Nationen angewendet (etwa bei der Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der ehemals spanischen Westsahara). Da Vertreibungen eine Form des Völkermordes darstellen und dieser unverjährbar ist, ist ihre Rechtsfolge sogar diejenige, daß die vor einer Vertreibung bestehenden Volkstumsgrenzen bei der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts auf unbefristete Zeit als Kriterium zu gelten haben, zumindest aber solange, wie überlebende Vertriebene oder ihre Nachkommen sich darauf berufen. Dies schon deswegen, da der Begriff des Verbotes seinen Sinn verlieren muß, wenn zugelassen wird, daß eine verbotene Tat dem Täter Vorteile einbringt.

Diese Argumentation kann durchaus innere Widerspruchlosigkeit für sich beanspruchen, stößt aber dennoch an vielfältige Grenzen. Welche Beschränkungen gäbe es bei konsequenter Anwendung dieses Grundsatzes überhaupt noch für die Erhebung historischer Ansprüche? Die Palästinenser könnten den Staat Israel, die nordamerikanischen Indianer die kompletten USA grundsätzlich in Frage stellen, weil es in beiden Fällen Vertreibungen gab. Welchen Rechtsstatus haben im Rahmen dieser Interpretation der Unverjährbarkeit der Vertreibung überhaupt die in die Vertreibungsgebiete zugezogenen und namentlich ihre Jahrzehnte später geborenen Nachkommen? Ganz konkret: Hat der 1960 in Aussig geborene Tscheche nach dieser Lesart nur ein schmales Bleiberecht, hat er ein volles Heimatrecht, oder ist er doch zusammen mit

anderen Tschechen am Ort – Träger eines tschechischen Selbstbestimmungsrechtes? Womöglich eines reduzierten, rein personalen Selbstbestimmungsrechtes, während die territoriale Komponente dieses Rechtes auf alle Zeiten bei den Sudetendeutschen liegt (etwa im Sinne einer »tschechischen Volksgruppenselbstverwaltung auf deutschem Boden«)? Letzteres wäre immerhin denkbar, aber auch hier fragt sich, welche Realitätsnähe eine solche Argumentation noch für sich in Anspruch nehmen möchte. Und schließlich hat die Bundesrepublik im Prager Vertrag auf Gebietsansprüche definitiv verzichtet. Dies kümmert zwar manche Vertreter der oben zitierten Argumentation nicht, weil sie diese Festlegung als Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht und mithin als unwirksam ansehen. Es gibt aber den Grundsatz »pacta sunt servanda«, und es ist festzuhalten, daß eine solche Maximalposition, die selbst innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft nur von wenigen Stimmen vertreten wird, die politische Glaubwürdigkeit Deutschlands schwer treffen müßte.

Zwei weitere Gründe sprechen gegen eine solche Position: Zum einen wäre diese Haltung voll und ganz geeignet, die Sudetendeutschen aus der politischen Diskussion in Deutschland herauszukatapultieren, in der sie bewundernswerterweise bald ein halbes Jahrhundert nach ihrer Vertreibung immer noch präsent sind. Sie würde zugleich die dialogbereiten Kräfte in der Tschechischen Republik schwächen und entmutigen. Zum anderen – und dies erscheint mir fast noch wichtiger – habe ich den Eindruck, daß hier eine unangemessene Verengung des Selbstbestimmungsrechtes auf die Frage von Grenzverläufen und staatlicher Zugehörigkeit vorgenommen wird. Dafür ein konkretes Beispiel: Die Angliederung Südtirols an Italien nach dem Ersten Weltkrieg war zweifellos ein Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler. Allerdings wurde für die Rechte der Südtiroler inzwischen eine Autonomieregelung gefunden, die die Identität der Südtiroler wirksam schützt und eine günstige wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Im Programm der Südtiroler Volkspartei wird diese Autonomie akzeptiert, allerdings der Vorbehalt der »Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes« gemacht, womit die Rückgliederung an Österreich gemeint ist. Nun wissen wir aus Meinungsumfragen, daß etwa 85 Prozent der Südtiroler mit dem status quo zufrieden sind. Im Falle eines Referendums käme es also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gar nicht zur Rückgliederung. Man kann also durchaus sagen, daß der status quo der Autonomie innerhalb Italiens dem Selbstbestimmungsrecht entspricht, auch wenn in diesem Falle Staatsgrenzen und Sprachgrenzen nicht zusammenfallen. In einem Europa, das sich, schon mit Blick auf die Risiken von außerhalb, zu Recht einer immer engeren Zusammenarbeit verschrieben hat, in dem also Grenzen vieles von ihrer früheren Bedeutung verlieren, sind solche »weichen« Interpretationen des Selbstbestimmungsrechtes in meinen Augen zukunftsträchtiger als die rein an Grenzverläufen orientierten.

Soweit die beiden Extrempositionen. Eine sinnvolle, dem Recht verpflichtete, aber zugleich realistische Position in der sudetendeutschen Frage könnte dagegen in den Grundzügen folgendermaßen aussehen:

Das Heimatrecht der Sudetendeutschen wird tschechischerseits vorbehaltlos anerkannt. Es umfaßt das Recht zur Rückkehr und Niederlassung in der alten Heimat für die Vertriebenen und ihre Familien, selbstverständlich einschließlich der Nachgeborenen. Dieses Recht würde allerdings voraussichtlich schon in wenigen Jahren allen Bürgern der Europäischen Union (EU) im Rahmen der Niederlassungsfreiheit zustehen. Das Heimatrecht der Sudetendeutschen geht über ein solches Niederlassungsrecht hinaus. Es umfaßt insbesondere bestimmte kollektive kulturelle Rechte. Konkret: Auch eine Gruppe nach Reichenberg zugezogener Franzosen wird in zwanzig Jahren voraussichtlich das Recht haben, dort französische Kulturvereine, französische Zeitungen und wohl auch eine französische Privatschule zu gründen, genauso wie eine Gruppe zugezogener Tschechen dasselbe in Paris tun dürfte. Solche im Privatbereich liegenden Tätigkeiten stehen in demokratischen Staaten auch Ausländern offen, und es gehört zu den unbefriedigendsten Dingen an den Nachbarschaftsverträgen mit Polen und der (damaligen) Tschechoslowakei, daß die dort vereinbarten »Minderheitenrechte« über solche Rechte fast nicht hinausgehen und mithin eigentlich gar keine Minderheitenrechte oder Volksgruppenrechte sind. Das Heimatrecht jedenfalls geht in einigen Punkten weiter, namentlich in der Frage der Stellung der (in diesem Falle deutschen) Sprache im öffentlichen Leben. Zum Heimatrecht der Sudetendeutschen gehören zweisprachige Orts- und Straßenschilder, Schulen mit deutscher Unterrichtssprache in öffentlicher Trägerschaft sowie bei entsprechendem Bedarf Zweisprachigkeit in den Bereichen Verwaltung, Polizei und Justiz. Ihre Grenze finden diese Rechte erst dort, wo die Rechte der nichtdeutschen Bevölkerung, der ein gleichwertiges Heimatrecht zuzugestehen ist, eingeschränkt würden.

Selbstverständlich folgt aus der Unverjährbarkeit der Vertreibung die Unverjährbarkeit des Heimatrechtes der vertriebenen Gruppe. Solange die sudetendeutsche Volksgruppe existiert – also potentiell jahrhundertelang –, ist sie Trägerin dieses Rechts. Der Prager Regierung kann und sollte deutlich gemacht werden, daß ein Spiel auf Zeit keinen Erfolg verspricht.

Neben dem Heimatrecht der Sudetendeutschen muß die Bundesrepublik deren Eigentumsrechte vertreten. Entschädigungslose Konfiskationen sind völkerrechtswidrig. Geschehen sie, wie oben dargestellt, im Rahmen eines Völkermordes, sind sie zudem unverjährbar. Freilich sind gerade in der Eigentumsfrage Fakten geschaffen worden, die kaum revidierbar sind: Abriß und Verfall, Überbauung, öffentliche Nutzung und auch gutgläubiger Erwerb durch Privatleute schließen eine Restitution in vielen Fällen aus. Restitution wird nur bei denjenigen Vermögenswerten möglich sein, die sich nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft noch in staatlicher Hand befanden,

was allerdings oft der Fall war. Um die Rückgabe sozial verträglich werden zu lassen, wäre eine Investitionsverpflichtung, eventuell sogar die direkte Zahlung eines unter dem Verkehrswert liegenden Rückkaufpreises denkbar. Dies erscheint zumutbar, da den Vertriebenen Lastenausgleich gewährt wurde. Müßte dieser nun im Sinne eines Rückkaufs an Prag weiter überwiesen werden, hätte er in doppelter Hinsicht seinen Zweck erfüllt. Er wäre dann erkennbar eine Nutzungsentschädigung für die Dauer des Vermögensentzuges (und nicht etwa eine Substanzentschädigung), die er laut Lastenausgleichsrecht immer gewesen ist. Und er wäre eine von der Gemeinschaft der deutschen Steuerzahler geleistete Wiedergutmachung an Prag für Kriegslasten, nicht aber eine sehr unvollkommene Entschädigung für einen kleinen Teil des deutschen Volkes.

Wo Restitution unmöglich ist, müßte Entschädigung geleistet werden.Mit Rücksicht auf die begrenzten Mittel der tschechischen Republik könnte Entschädigung in Form von Ersatzgrundstücken oder aus den oben genannten Zahlungen derjenigen Alteigentümer aufgebracht welden, die in den Genuß einer Restitution kommen (das rechtliche Problem der Entschädigung der Opfer durch andere Opfer wäre in diesem Falle wohl lös- bzw. hinnehmbar).

Eine schwierige Frage ist, wie im Falle der seit 1990 von der CSFR und CR versteigerten sudetendeutschen Vermögenswerte zu verfahren wäre. Man kann durchaus argumentieren, daß hier von der tschech(oslowak)ischen Seite zu verantwortendes neues Unrecht geschaffen worden ist, wofür sie voll zu haften hat. Es wäre auch zu prüfen, ob die neuen Besitzer eine Mithaftung trifft. Ich möchte diese Überlegung nur in den Raum stellen, eine eindeutige Antwort sehe ich nicht.

In der Eigentumsfrage ist auf jeden Fall eine Aufrechnung tschechischer Besatzungslasten im Zweiten Weltkrieg mit sudetendeutschem Privatvermögen abzulehnen. Eine solche Aufrechnung wäre rechtlich völlig unhaltbar. Denkbar ist sie lediglich mit öffentlichem deutschen Vermögen im Sudetenland, Privatpersonen sind für eine Aufrechnung schlicht der falsche Adressat. Man sollte sudetendeutscherseits dennoch nicht zögern, mit der tschechischen Seite über die Frage der Besatzungsschäden zu diskutieren. Diese werden nämlich oft massiv übertrieben: Von Luftangriffen und Bodenkämpfen blieb das Land fast ganz verschont, die materiellen Lebensbedingungen entsprachen in vieler Hinsicht denen im Reichsgebiet und waren viel besser als zum Beispiel im besetzten Frankreich. Die Folge war ein spektakulärer Anstieg der tschechischen Geburtenrate gerade während der deutschen Besatzung und rasches Bevölkerungswachstum. Infolge der Luftsicherheit wurden zwischen 1940 und 1944 in erheblichem Umfang ganze Betriebe aus dem Reichsgebiet in das Protektorat verlagert. Sie alle fielen 1945 unzerstört der Tschechoslowakei in die Hände. Es wäre wirklich einmal eine genauere Untersuchung wert, ob nicht allein damit schon die materiellen Besatzungslasten der Tschechoslo-

wakei abgegolten wären. Zumutbar ist diese zunächst vielleicht hart erscheinende Haltung in der Eigentumsfrage schon deshalb, weil eine vernünftige Restitutionsregelung Investitionen in Milliardenhöhe bewirken kann, gerade in den Regionen, an denen das tschechische Wirtschaftswunder bisher vorbeigeht, nämlich im Sudetenland. Hauptgewinner wäre niemand anderes als die heute dort lebende Bevölkerung. Ein Kompromiß in der Eigentumsfrage nützt beiden Seiten, deswegen ist er auch zumutbar.

Sowohl in der Frage des Heimatrechtes als auch in der Eigentumsfrage müssen von Politikern keine Detailregelungen erarbeitet werden. Dies sollte man direkten Verhandlungen zwischen den Betroffenen, also der Prager Regierung und den Sudetendeutschen überlassen. Was die deutsche Außenpolitik allerdings leisten sollte, ist, daß energisch auf die Aufnahme solcher Verhandlungen hingewirkt wird, daß Vorbehalte und irrationale Ängste abgebaut und Rechtspositionen erhalten werden.

Soweit also die Position, die mir für die deutsche Außenpolitik sinnvoll erscheint. Sie wird in ähnlicher Form seit jeher vom Freistaat Bayern und seit kurzer Zeit auch wieder von der Republik Österreich vertreten.

Zur Durchsetzung dieser Position gibt es eine ganze Reihe von Ansatzpunkten. Es gibt materielle Hilfen an Prag, die sich seit der Wende auf über sechs Milliarden Mark summieren und für die durchaus in vernünftiger Weise Gegenleistungen eingefordert werden können. Dem Steuerzahler gegenüber ist dies nachgerade eine Pflicht.

Es gibt die geplante Ölpipeline von Ingolstadt nach Deutsch-Kralupp bei Komotau, die uns Deutschen kaum Vorteile bringt, für Prag aber von strategischer Bedeutung ist. Wäre es wirklich ein »Akt der Erpressung«, wie tschechische Zeitungen schreiben, wenn man dieses deutsche Entgegenkommen zumindest an die Aufnahme (nicht unbedingt den Abschluß) tschechisch-sudetendeutscher Verhandlungen knüpft? Ich denke, dies könnte und sollte geschehen.

Es kann drittens an tschechische Sicherheitsinteressen appelliert werden. Prag will Mitglied von NATO und EU werden, aus Sicherheitsgründen ist dies mehr als sinnvoll. Aber wer im Westen Schutz sucht, kann Deutschland, dem wichtigsten europäischen NATO-Land, nicht alles zumuten.

Es kann viertens im Mai 1994 bei der Konferenz des Europarates die Frage nach der Aufhebung der Benesch-Dekrete gestellt werden, zu der Prag sich im Oktober 1993 – wenn auch offenbar unbewußt – durch die Unterzeichnung der Wiener Erklärung verpflichtet hat. Dort haben sich die Unterzeichnerstaaten zur Überprüfung ihrer Gesetze und Bestimmungen mit dem Ziel verpflichtet, unverzüglich solche Vorschriften aufzuheben, die eine Diskriminierung aus Gründen der nationalen Herkunft beinhalten. Wer will eine solche Diskriminierung für die Enteignungsdekrete des Edvard Benesch bestreiten?

Es sollte schließlich fünftens die laufende tschechische Restitutionsdiskussion aufmerksam verfolgt werden. Prag hat den Fehler gemacht, die Enteig-

nung der Sudetendeutschen durch die Festsetzung eines Restitutionsstichtages (des 25. Februar 1948) und ein Festhalten an den Benesch-Dekreten aufrechterhalten zu wollen. Dies war ein grandioses Eigentor, da sich ein demokratischer Staat unmöglich auf die Benesch-Dekrete berufen kann und auch der Stichtag nicht zu halten sein wird. Vor 1948 sind neben den Sudetendeutschen noch eine ganze Reihe anderer Gruppen enteignet worden, namentlich die Kirchen (am vermögendsten davon die katholische), die jüdischen Bürger, tschechische Exulanten, die Ungarn, der Adel (damit verbunden Ansprüche des Staates Liechtenstein, mit dem Prag deswegen bis heute noch keine diplomatischen Beziehungen unterhält) sowie vermeintliche und tatsächliche NS-Kollaborateure.

Die tschechische Politik hat dazu geführt, daß alle diese Gruppen heute faktisch Verbündete der Sudetendeutschen sind. Die Brisanz dieser Konstellation ist kaum zu überschätzen. Dies gilt besonders für das nach 1945 von der Tschechoslowakel »übernommene« jüdische Vermögen. Nach allem, was Juden in diesem Jahrhundert erlitten haben, ist ein Verzicht dieser Gruppe undenkbar, zumal ja heute vor unser aller Augen in den neuen Bundesländern die Rückabwicklung solcher Enteignungen vorexerziert wird. Vom einstmals großen jüdischen Vermögen will Prag – wahrscheinlich aus Angst vor den Sudetendeutschen – heute nur winzige Teile zurückerstatten. Inzwischen droht die jüdische Gemeinschaft des Landes mit einer Klage in Den Haag. Auch wenn Prag einlenkt und es nicht zum Prozeß kommen sollte, wäre damit der Stichtag gefallen, und die sudetendeutsche Eigentumsfrage wäre durch die von Prag selbst hergestellte Verbindung wieder mitten auf der Tagesordnung. Auf diese Entwicklung muß Bonn vorbereitet sein.

Es dürfte deutlich geworden sein, daß die sudetendeutsche Frage noch für einige Überraschungen gut ist. Ausgehend von der völkerrechtlichen Lage ist eine Politik möglich, die Deutschen und Tschechen nützt und einen ungelösten mitteleuropäischen Konflikt, der nach wie vor Spannungen, Ressentiments und Ängste erzeugt, bereinigen kann. Eine solche Politik brauchen wir jetzt.

## Anmerkungen

1. »UN-Konvention zur Verhütung des Völkermordes« (9. 12. 48), in *BGBl* I, 1954, S. 729.
2. Otto Kimminich, »Das Vertreibungsverbot in der völkerrechtlichen Entwicklung«, in *Flucht und Vertreibung*, Köln u.a., S. 111.
3. Felix Ermacora, *Die sudetendeutschen Fragen, Rechtsgutachten*, LangenMüller, München 1992, S. 259.
4. Official Records of the General Assembly, Third Session, Part I, Sixth Commmittee, 69th bzw. 72th meeting, Zitat nach Ermacora, aaO., S. 259.
5. Gottwald Rhode, »Zwangsumsiedlungen in der Geschichte«, in Jahrbuch der *Albertus Universität*, Kitzingen 1954, S. 92.
6. S. F. Platonov, *Ivan Groznyj*, Berlin 1924, S. 101.

7. Rhode, aaO. (Anm. 5), S. 99.

8. Zur Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten vergleiche Gerd Becker, *Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus Polen und den ehemals deutschen Ostgebieten. Vorgeschichte, Ursachen und Abläufe*, Diss., Gießen 1988; *Dokunente zur Vertreibung der Sudetendeutschen*, herausgegeben vom Sudetendeutschen Rat e. V. München, Kraiberg am Inn 1992; Marion Frantzioch, *Die Vertriebenen. Hemmnisse und Wege ihrer Integration. Mit einer kommentierten Bibliographie*, Berlin 1987, S. 44–81; *Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte*, herausgegeben von der Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen, Bonn 1989; Alfred-Maurice de Zayas, *Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart u.a. 1987; Werner Trautmann, *Tod und Gewalt. Die Vertreibung als völkerrechtliches, politisches, ethisches, soziales und geschichtliches Problem*, Tübingen 1989.

9. Ermacora, aaO. (Anm. 3), S. 256.

10. Alfred-Maurice de Zayas, *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen*, 6. erweiterte Auflage, München 1981, S. 147.

11. Ebenda, S. 230.

12. *Yearbook of the United Nations 1946–47*, New York 1947, S. 256.

13. *BGBl*, II, 1954, S. 729.

14. Bernd Nellessen, *Der Prozeß von Jerusalem*, Düsseldorf 1964, S. 313.

15. De Zayas, aaO. (Anm. 10), S. 147 f. u. 261.

16. Zitiert nach Otto Triffterer, *Dogmatische Untersuchungen zur Entwicklung des materiellen Völkerstrafrechts seit Nürnberg*, Freiburg i.Br. 1966, S. 1.

17. Ermacora, aaO. (Anm. 3), S. 260.

18. »Statut des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien«, in *Europa Archiv* 49. Jg, Nr. 3 vom 10. 2. 94, S. D89 ff.

19. Ermacora, aaO. (Anm. 3), S. 235.

Harald Bachmann

# Die Landesregierung von Deutschböhmen und das verweigerte Selbstbestimmungsrecht 1918/19

## *I. Die Deutschböhmische Frage während der letzten Jahre der Monarchie*

Die tschechoslowakische Emigrationspolitik – Die Dreikönigsdeklaration der tschechischen Abgeordneten 1918 – Die deutschböhmische Reaktion – Der 28. 10. 1918 – Die Ausrufung Deutschböhmens als eigenständige Provinz Deutschösterreichs

Nach der Niederlage bei Solferino vom Jahr 1859 begann eine neue Epoche der Monarchie. Das neoabsolutistische Herrschaftssystem hatte versagt, und der Umbau in einen konstitutionellen Staat wurde unvermeidbar. Langwierige Verhandlungen, begleitet von verschiedenartigen Verfassungsexperimenten, folgten. Der Kaiser war zu größerem Entgegenkommen bereit und erließ 1860 das Oktoberdiplom, das in den einzelnen Erbländern eine Beteiligung der Landtage an der Gesetzgebung und an dem Verfassungsleben vorsah. Das Februardiplom von 1861 schränkte zwar einige der zugestandenen Rechte wieder ein, doch eine Auflockerung des bisherigen Systems war erkennbar.

Mit Ungarn führten die Verhandlungen schließlich zu einer dauerhaften Lösung, dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867. Diese Vereinbarung über das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Zisleithanien und den Ländern der Stephanskrone sicherte diesen eine eigene Regierung mit eigenem Reichstag und eigenen Ministerien, somit eine größere Selbständigkeit, zu. Die Zugeständnisse Österreichs den Ungarn gegenüber hatten auch bei den Tschechen den Wunsch gefestigt, die gleichen Rechte für die Länder der böhmischen Krone zu erlangen. In der Deklaration vom 22. August 1868 forderten die tschechischen Landtagsvertreter auch ihrerseits eine Regelung, die auf die Anerkennung des böhmischen Staatsrechts hinauslief. Das bereits erwähnte Februarpatent gestand dem Königreich Böhmen die Landesautonomie zu. Der Wunsch der Alttschechischen Partei ging dahin, die Krönung

Kaiser Franz Josephs zum König von Böhmen durchzusetzen. Das hätte bedeutet, daß sich die böhmischen Länder weitgehend aus dem Verband der österreichischen Erbländer gelöst und damit fast selbständig gemacht hätten. Diese Forderung der Tschechen beunruhigte die Deutschen in Böhmen, und ihr Wunsch nach verwaltungsmäßiger Abgrenzung der von Deutschen bewohnten Gebiete gegenüber dem tschechischen Siedlungsraum wurde nach 1867/68 immer lauter vorgetragen. Die Sorge der Deutschen um die Erhaltung ihres Sprachraumes war in der sozialen und ethnischen Umschichtung begründet, die die Industrialisierung der deutschen Randgebiete mit sich brachte. Die deutschen Unternehmer holten immer mehr billigere tschechische Arbeitskräfte aus dem Inneren des Landes in diesen Siedlungsraum. Die Erweiterung des Wahlrechts auf die minderbemittelten Bevölkerungskreise (Wahlgesetz 1882 und 1896), die vor allem der Arbeiterbevölkerung zugute kam, brachte für die tschechischen Zuwanderer eine verstärkte Einflußnahme auch in den deutschen Gebieten. Aus dieser Situation heraus ist es verständlich, daß die deutsche Bevölkerung des Landes um die Erhaltung ihres nationalen Besitzstandes besorgt war und darauf drängte, ihr Gebiet abzugrenzen.

Die deutschbürgerlichen Abgeordneten[1] des böhmischen Landtags bemühten sich seit den achtziger Jahren um diese Abgrenzung, doch wurden sie grundsätzlich von der tschechischen Mehrheit abgewiesen. Abgesehen vom sogenannten Teilausgleich von 1890, der die Aufgliederung des Landesschulrates und des Landeskulturrates in eine tschechische und eine deutsche Sektion herbeiführte, kam es zu keiner weiteren Einigung. Keiner der mühevoll ausgearbeiteten Pläne deutscher Abgeordneter konnte verwirklicht werden. Ein »Böhmischer Ausgleich« – im Unterschied zum Mährischen Ausgleich von 1905, in dem sich beide Nationen hinsichtlich vieler Fragen, wie etwa Wahlkreiseinteilung, Schulautonomie, Amtssprache, verständigt hatten – kam leider bis 1914 und auch während des Krieges nie zustande. Und das, obwohl die Reichsratswahlordnung von 1907 als Gesetz in Böhmen eine Wahlkreiseinteilung nach Nationalitäten festgelegt hatte!

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges war in der Tat ein »kosmisches Ereignis«, wie Graf Ottokar Czernin es bezeichnet hat. Er war der Beginn eines neuen Zeitalters und brachte schließlich das Ende der Donaumonarchie mit sich. Zunächst jedoch unterbrachen die Kriegsereignisse jäh die parlamentarischen Arbeiten, an denen seit 1911 auch Rudolf Lodgman von Auen als parteiloser Abgeordneter beteiligt war. Der Reichsrat wurde aufgelöst, Zisleithanien verfiel dem staatlich gelenkten Kriegsabsolutismus unter dem Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh. Einer seiner Nachfolger, Heinrich Graf Clam-Martinic, wollte durch ein Oktroi im wesentlichen den Wunsch der Deutschen in Böhmen nach einer Abgrenzung erfüllen, doch auch dieser Versuch scheiterte aus außenpolitischen Gründen (1917 Ausbruch der Russischen Revolution) und wegen des Widerstandes der Tschechen in Regie-

rungskreisen. Vorher schon hatten die ständigen Streitigkeiten im böhmischen Landtag zu einer Aufhebung der Landesautonomie durch das sogenannte Annapatent vom 26. Juli 1913 geführt. Der böhmische Landtag wurde aufgelöst, und an seine Stelle trat eine Landesverwaltungskommission unter Vorsitz des Grafen Adalbert Schönborn, die die Verwaltung der landeseigenen Institutionen in die Hand nahm.

Die Streitpunkte, die jede Einigung und jedes Zustandekommen eines Landesgesetzes verhindert hatten, waren die (später so genannten) Belange der deutschböhmischen Parteien: Einrichtung rein deutscher Kreishauptmannschaften im deutschen Sprachgebiet, Schaffung von Bezirksgerichten mit deutscher Amtssprache, Bildung eines deutschen Kreisgerichts in Trautenau, Abgrenzung deutscher Steuerstrafbezirke und anderes mehr.

Die permanente Staatskrise Zisleithaniens zeigte deutlich, daß eine Staatsreform – in allerletzter Stunde – unumgänglich war. Auf diese setzten fortschrittliche Persönlichkeiten ihre Hoffnungen, von ihr erwarteten Parteien, ja ganze Nationen die Erfüllung ihrer lange verkündeten Forderungen.

1917 wurde deshalb der Reichsrat wieder einberufen, er sollte eine umfassende Verwaltungsreform durchführen (Änderung des Wahlsystems der Landtage und Gemeindevertretungen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts; Schaffung nationaler territorialer Autonomie in den Kronländern, Pläne für eine allgemeine Sozialversicherung). Die bisherige Verfassung Zisleithaniens von 1867 (Dezemberverfassung) und die Verwaltungsorganisation der einzelnen Kronländer waren veraltet. Nicht ohne Grund wurde die Monarchie von dem schwedischen Geographen Rudolf Kjellén als Saurier unter den Großmächten bezeichnet.

In diese Zeit nach der Wiedereinberufung des österreichischen Reichrates fällt auch die zweite Epoche der parlamentarischen Tätigkeit Rudolf Lodgmans von Auen[2]. Er entstammte einer englischen Adelsfamilie, die seit dem 16. Jahrhundert im Dienste des Hauses Habsburg in Böhmen ansässig war und dem deutschböhmischen Beamten- und Offiziersadel zugerechnet wurde. Lodgman war bereits 1911 in das Abgeordnetenhaus des Reichsrats gewählt worden und hatte 1912/1913 auch dem böhmischen Landtag bis zu seiner Sistierung angehört. 1914 bis 1917 leistete er Kriegsdienst als Artillerieoffizier. Seine Berufslaufbahn hatte ihn nach dem Rechtsstudium in den staatlichen Verwaltungsdienst geführt, doch übernahm er 1906 die Geschäftsleitung der Zentralstelle des Verbandes der deutschen Verwaltungsbezirke in Aussig. So war die Elbestadt auch Mittelpunkt seiner Arbeit als parteiloser Volksvertreter während der letzten Friedensjahre der Monarchie geworden.

1917 wurde Kaiser Karl auf Lodgman wegen dessen Reformpläne bezüglich der Nationalitätenfrage aufmerksam, und der Abgeordnete galt als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten. Es kam jedoch nicht zu seiner Berufung, da er als Parteiloser nicht die parlamentarische Mehrheit hinter sich hatte. In dieser schweren Kriegszeit mit den beginnenden Auflösungstendenzen und

den Selbständigkeitsbestrebungen der slawischen Nationen war es für den jungen Kaiser Karl, der im Oktober 1916 nach dem Tode Franz Josephs die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, nicht leicht, einen Ministerpräsidenten zu finden. Die einzige Lösung war, einen Beamten zu berufen, den Sektionschef Professor Ernst Seidler. Zu Seidlers Amtszeit hatten auch die deutschnationalen Parteien[3] günstigere Aussichten, ihre Forderungen wenigstens teilweise durchzusetzen, denn sie unterstützten den Regierungschef. Es gelang ihnen, vom Ministerium Seidler in Anbetracht der vorübergehend für die Mittelmächte günstigeren Kriegslage Zugeständnisse hinsichtlich ihrer Abgrenzungswünsche zu erhalten. Seidlers späterer Nachfolger, Ministerpräsident Max Hussarek von Heinlein, hatte bereits als Unterrichtsminister in der Regierung Seidler im Mai 1918 den deutschen Abgeordneten Zusagen gemacht, die sich auf die bereits erwähnten Belange der Deutschböhmen bezogen. Zu den genannten Punkten kam nun auch die Forderung nach einer Teilung der Landesverwaltungskommission in eine deutsche und eine tschechische Sektion und der Wunsch nach einer Ablösung des Grafen Schönborn, des Leiters der Landesverwaltungskommission, der den Deutschen nicht genehm war. Die Forderungen der Deutschnationalen gingen in zwei Punkten über die erwähnten Belange hinaus:

1. Sofortige Abgrenzung der Gerichts- und Steuerstrafbezirke.
2. Teilung der Verwaltungs- und Ernährungsorganisationen, der Post- und Telegraphenämter, der Invaliden-, Waisen- und Krankenversicherungsanstalten und anderes mehr.

Die Verordnungen von 27. Juli 1918 brachten nun endlich auf Hussareks Betreiben hin die Vorarbeiten zur Teilung der Landesverwaltungskommission. Der damalige Minister wollte damit seinen Verpflichtungen den deutschen Abgeordneten gegenüber nachkommen. Es war auch unter dem Eindruck der Kriegssituation in allerletzter Stunde der Versuch, verordnungsmäßig eine Abgrenzung als Vorbereitung zu einer Autonomie der deutschen Gebiete in Böhmen zu erlangen. Und gerade diese Belange waren es, auf die sich die deutschböhmische Landesregierung 1918/19 als Ausgangsbasis für den verwaltungsmäßigen Aufbau Deutschböhmens stützte.

Hussarek versuchte, auch mit den tschechischen Parteien zu einer Verständigung zu kommen. Er machte am 26. September 1918 den Vertretern der tschechischen Nation das Angebot völliger Autonomie. Doch sein Bemühen war vergebens, da der tschechische Nationalrat in Paris bereits die Loslösung der böhmischen Länder von Österreich vorbereitet hatte.

Die Verordnungen waren ein Kompromiß, der die Hoffnungen eines Teils der deutschen Abgeordneten, vor allem der Deutschradikalen, enttäuschte. Diese hatten die Bildung einer deutschböhmischen Provinz erwartet[4]. Hussarek hatte gehofft, Vorarbeiten für eine Friedenskonferenz zu leisten, doch seine Bemühungen wurden von den politischen Ereignissen überholt.

Inzwischen hatten sich hinter den Kulissen der Weltkriegspolitik Vorgänge abgespielt, die für die Geschichte der böhmischen Länder tiefgreifende Konsequenzen hatten[5]. Die Aktivitäten der tschechoslowakischen Exilpolitiker künden – wenn man die archivalischen Akten der k.u.k. Vertretungen in den neutralen Ländern heranzieht – von einer sehr wirksamen publizistischen Einflußnahme. Sie bereiteten eine Weltrevolution gegen die monarchischen Ordnungen in Mitteleuropa, besonders gegen die Donaumonarchie, vor. Die Agitation tschechischer, slowakischer, polnischer und südslawischer Politiker und ihrer Gönner, mächtiger Finanziers und Publizisten, bedurfte nur noch einer zentralen Leitung. Am intensivsten schienen die Kontakte mit führenden Persönlichkeiten in Rußland gediehen zu sein, der Macht, die ganz besonders an der Förderung der neoslawischen Politik beteiligt war. Tomás Garrigue Masaryk, Professor der Philosophie an der tschechischen Universität Prag, seit 1914 im Exil, hatte andererseits den Plan einer Lösung der böhmischen Frage mit Hilfe der Westmächte entwickelt. Er war mit dem Slowaken Milan Stefanik, dem slawophilen französischen Historiker Ernest Denis und schließlich dem taktisch außergewöhnlich geschickten Dr. Edvard Benes, damals noch Dozent für Soziologie in Prag, intensiv an der Begründung der Geheimorganisation »Maffia« beteiligt. 1915 gelang es ihm, Österreich zu verlassen und über Bayern in die Schweiz zu reisen. Von dort aus war seine Mitarbeit für Masaryk besonders wichtig. Im Dezember 1915 traf Benes in Paris ein, wo er die bedeutende Position eines Generalsekretärs des »Conseil National des Pays Tchèques« (Nationalrat der böhmischen Länder) übernahm. Ernest Denis und Louis Eisenmann vermittelten Benes wichtige Kontakte zu französischen Staatsmännern wie Raymond Poincaré, Georges Clémenceau und Stephen Pichon. Denis war auch an den ersten Demonstrationen gegen Österreich führend beteiligt, vor allem an den Aufrufen des Jahres 1915 in der Schweiz (Husfeier im Juli 1915). Von entscheidendem Einfluß wurde der Nationalrat der böhmischen Länder, als er 1916 von den westlichen Kriegsmächten offiziell anerkannt wurde.

Ein weiteres Faktum der nationalen Erhebung gegen Habsburg bildete die Aufstellung der tschechischen Legionen im alliierten Lager, und zwar in Rußland, Frankreich und Italien. Damit konnte Masaryk auf die aktive tschechische Mithilfe gegen den Kriegsgegner Österreich-Ungarn hinweisen.

Auch im Inneren Zisleithaniens war es der tschechischen Untergrundbewegung gelungen, die Staatsautorität zu untergraben. Die tschechische »Maffia« fand Wege, mit der Auslandsorganisation in Verbindung zu bleiben, obwohl nach 1915 der Druck des sogenannten Kriegsabsolutismus und die Verfolgung der Staatsfeinde in Österreich an Schärfe zugenommen hatten. Hochverratsprozesse gegen die führenden tschechischen Politiker Karel Kramár, Alois Rasin, Václav Klofác und andere endeten im Juli 1917 mit der Begnadigung der Verurteilten durch Kaiser Karl. Eine Versöhnung der tschechischen Nation mit Österreich war jedoch trotz einiger Loyalitätserklärungen führender tschechi-

scher Politiker – man denke an das Treuebekenntnis für Habsburg vom 23. Januar 1917 – nicht zu erwarten. Am 6. Januar 1918 forderten die tschechischen Abgeordneten in einer Resolution, der sogenannten »Dreikönigsdeklaration«, die Loslösung von Österreich.

Bei den Westmächten war allerdings bis tief in das Jahr 1918 hinein der Gedanke an eine Vernichtung und Aufteilung der Monarchie noch nicht konkretes Ziel. Noch immer war nur von einer völligen Autonomie für alle Nationen Österreich-Ungarns die Rede. Selbst die 14 Punkte Präsident Wilsons sahen keineswegs eine Auflösung der Monarchie vor. Der Punkt 10 der 14 Punkte Wilsons aus seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 drückt aus, daß den Völkern »Österreich-Ungarns die erste Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung gegeben werden sollte«.[6]

Nach dieser Deklaration des amerikanischen Präsidenten versuchten die österreichischen Regierungen den Fortbestand der Monarchie in irgendeiner Weise zu sichern. Ministerpräsident Hussarek machte, wie bereits erwähnt, selbst noch am 26. September den Tschechen das Angebot völliger Autonomie, er wurde jedoch abgewiesen. Inzwischen hatten am 3. Juni 1918 Großbritannien und am 29. Juni auch Frankreich den Nationalrat in Paris als »oberstes Organ der tschechoslowakischen Bewegung in den alliierten Ländern« anerkannt[7] und damit den Tschechen und Slowaken indirekt die Selbständigkeit zugesichert. Vom Januar 1918 bis zu den Ereignissen im Oktober, als die Lage der Mittelmächte aussichtslos geworden war, waren die Chancen der Tschechen bezüglich eines totalen Wandels im Innern der Monarchie ins Ungeahnte gewachsen. Vergeblich also der letzte Versuch Österreichs zu einer Verständigung! Das Manifest Kaiser Karls an seine »treuen österreichischen Völker« wurde vom Prager Nationalausschuß (národní výbor) abgelehnt.

Die krisenhafte Lage im Innern der Monarchie veranlaßte die deutschen bürgerlichen Parteien, nun endlich konkrete Ziele zur Verwirklichung ihrer Forderungen ins Auge zu fassen. Auf ihr Drängen kam es am 26. September 1918 zur nationalen Zweiteilung der Landesverwaltungskommission[8]. Am selben Tag erklärten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten, den Prinzipien des Brünner Nationalitätenprogramms von 1899 folgend, für das »Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Österreichs«, betonten jedoch auch: ». . . wir lehnen aber unbedingt und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten ab. Wir verlangen, daß alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutsch-österreichischen Staat vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Österreichs und zum Deutschen Reich nach seinem eigenen Bedürfnis regeln solle.«[9]

Bisher hatten sich alle Bemühungen um eine Annäherung der beiden Parteien, der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen, als ergebnislos erwiesen. Der politische Gegensatz zwischen ihnen war schon während der Ära der Ausgleichsverhandlungen (vor 1914) zutage getreten. Versuche, eine prinzi-

pielle Einigung über die politische Grundkonzeption zu erzielen, schlugen aus ideologischen Gründen fehl. Auch der aus außerparlamentarischer Provenienz erfolgte Einigungsversuch des Vorsitzenden des Deutschen Volksrates für Böhmen, des Dr. Josef Wenzel Titta (Trebnitz), wurde abgelehnt.[10] Diese Aufforderung, zu einem Einverständnis zu kommen, war am 30. Dezember 1917 erfolgt, sie wurde jedoch durch ein Antwortschreiben Seligers an Titta zurückgewiesen[11].

Nun, in Anbetracht der Tatsache, daß im Verlauf des Jahres 1918 die deutschen Abgeordneten allen tschechischen Parteien, einschließlich der tschechischen Sozialdemokratie, gegenüberstanden, kam es Mitte Oktober zur Vereinbarung der Zusammenarbeit. Die entsprechende Koalitionsvereinbarung[12], die zwischen Pacher und Seliger ausgehandelt wurde (14. Oktober), war später die Grundlage für die Bildung der Landesregierung für Deutschböhmen.

Am 23. Oktober wurde der Beschluß zur Konstituierung Deutschböhmens und zur Schaffung eines zwölfgliedrigen Ausschusses gefaßt, der die vorbereitenden Arbeiten zu übernehmen hatte. Die Proklamation erfolgte aber erst einen Tag nach dem Prager Umsturz. Inzwischen hatten sich in Prag die Ereignisse zugespitzt. Der spätere Finanzminister Alois Rasin berief das Präsidium des Nationalausschusses ein, und unter dem Vorsitz Kramárs kam es am 26. Oktober 1918 zu dem Beschluß, im Einverständnis mit dem Statthaltereivizepräsidenten Gustav Kosina die Verwaltung des Landes in eigene Hände zu nehmen. Vorher schon waren Vertreter des Prager Nationalausschusses in Genf mit den Pariser Vertretern unter Benes' Führung zusammengetroffen. Die Proklamation der tschechoslowakischen Republik, die dann am 28. Oktober erfolgte, und die Übernahme der staatlichen Gewalt waren damit beschlossene Sache. Dem k.k. Statthalter Graf Max Coudenhove, der von einer Reise nach Wien (zur Berichterstattung) nach Prag zurückkehrte, um seine Amtsgeschäfte wieder aufzunehmen, wurde vom tschechischen Militär und von Vertretern des Nationalausschusses in höflicher Form nahegelegt, nach Wien zurückzufahren. Man betrachtete sich nicht mehr unter der Souveränität der Monarchie stehend.

## *II. Das verweigerte Selbstbestimmungsrecht*

### *1. Gliederung und Funktion der Landesregierung für Deutschböhmen*

Die autonome Landesvertretung – Provisorische Landesversammlung (Landtag) – Landesrat (Landesausschuß) – Landeshauptmann – Stellvertreter – Landesräte – Bezirksnationalräte – Landesschulrat – Die Parteien und die Landesvertretung

Die staatliche Neugründung, die sich am 28. Oktober 1918 in Prag vollzogen hatte, war von Anbeginn durch die Tatsache belastet, daß rund 3,2 Millionen Deutsche in den böhmischen Ländern ansässig waren.

Der neue Staat mit seiner Exekutive mußte sich mit dem von den Deutschen in Anspruch genommenen Selbstbestimmungsrecht – gemäß Wilsons Verheißungen – auseinandersetzen. Es bestand kaum Zweifel daran, daß die politischen Vertreter der Deutschen die Forderung nach dem Anschluß der überwiegend deutsch besiedelten Gebiete an eine sich konstituierende deutsch-österreichische Republik erheben würden.

So kam es im Zusammenhang mit der Ausrufung der Republik Deutschösterreich und dem Verzicht Kaiser Karls auf seine Herrschaftsrechte im niederösterreichischen Landhaus zu der Proklamation der Provinz Deutschböhmen des Staates Deutschösterreich. Der Deutschradikale Raphael Pacher wurde zum Landeshauptmann gewählt, er stand von Anbeginn an vor schweren Aufgaben. Ihm oblag es, die Übernahme und Vereidigung der Beamten auf den neuen Staat vorzunehmen, neue Ämter einzurichten, Versorgungsfragen zu regeln und die Eingliederung der Kriegsheimkehrer in den Arbeitsprozeß in die Wege zu leiten.

Die bereits erwähnte Koalitionsvereinbarung zwischen Pacher und Seliger vom 14. Oktober 1918 war die Grundlage für die Bildung der Landesregierung. Lange Verhandlungen waren vorausgegangen. Die Schwierigkeiten waren ideologisch bedingt und hatten sich vor allem aus der Tatsache ergeben, daß der böhmische Landtag bis zu seiner Sistierung im Juli 1913 nach dem Kurienwahlrecht gewählt wurde und die Sozialdemokraten in ihm – im Gegensatz zum Mährischen Landtag – nicht vertreten waren. Man vereinbarte nun den Ausschluß der deutschböhmischen Herrenhausmitglieder, der nicht nach demokratischen Prinzipien legitimierten Vertreter des Deutschen Volksrates unter Titta und der Vertreter der deutschen Bezirke sowie der deutschen Städtekanzlei aus der nun einzuberufenden deutschböhmischen Landesversammlung[13].

Das Einschwenken der bürgerlichen Parteien auf die demokratischen Prinzipien erfolgte unter Annahme von Bedingungen, die dem gesellschaftlichen Programm der Sozialdemokratie in Deutschböhmen voll entsprachen. Der nunmehr gebildete zwölfgliedrige Ausschuß, bestehend aus ehemaligen Reichstagsabgeordneten unter der Vorstandschaft Pachers, umfaßte folgende Mitglieder: Hans Hartl, Josef Herold, Oswald Hillebrand, Karl Iro, Hans Knirsch, Rudolf Lodgman, Wilhelm Maixner, Julius Roller, Anton Schäfer, Josef Seliger, Soukup und Karl Urban[14]. Ihrer Parteirichtung nach gehörten dem Ausschuß drei Deutschnationale (darunter Raphael Pacher), drei Sozialdemokraten (unter ihnen Josef Seliger), zwei Agrarier, ein Abgeordneter der Arbeiterpartei und drei Parteilose (mit Rudolf Lodgman) an.

Die politische Organisation der Deutschen war entschlossen, die bisherige Tendenz einzuhalten: Einrichtung einer durch Abgrenzung zu schaffenden Provinz Deutschböhmen und einer Provinz Sudetenland (das ehemalige Österreichisch-Schlesien und Deutsch-Nordmähren) sowie die Berücksichtigung eines deutschmährischen Kreises (in Südmähren) und eines deutschen

Böhmerwaldgaues. Darüber hinaus hoffte man, daß man auch etwas für die Sprachinseln im tschechischen Bereich tun könnte.

Bereits während der letzten Oktobertage kam es in Prag zu Besprechungen zwischen deutschen Parteivertretern und Mitgliedern der tschechoslowakischen Regierung. Lodgman vertrat bei diesen Verhandlungen als Privatmann die Auffassung, daß die Entscheidung über die deutschböhmischen Gebiete der Friedenskonferenz vorbehalten sei und also keine endgültige Regelung getroffen werden könne.

Schon in diesen Tagen tauchten große Bedenken auf hinsichtlich des Verhaltens der tschechoslowakischen Regierung gegenüber der Proklamation einer eigenberechtigten Provinz Deutschböhmen. Die ablehnende Haltung der Tschechen manifestierte sich besonders nach dem 28. Oktober 1918. Pacher hatte vorher schon auf der Basis der staatsrechtlichen Verhältnisse Zisleithaniens in einer Abhandlung mit dem Titel *Deutschböhmen, wie es gesetzlich bereits besteht* alle Vorarbeiten einer Abgrenzung zusammengefaßt[15]. Zwei beigegebene Karten sollten die geographische Konfiguration der zu proklamierenden Provinz auf der Grundlage der Reichsratswahlordnung von 1907 und die im Stadium des Aufbaus begriffene Kreiseinteilung darstellen. Aber seine Vorschläge blieben nicht ohne Einwände. Zu der grundsätzlichen Zurückweisung dieser Pläne durch die tschechischen Politiker gesellte sich nun auch die skeptische Einstellung des führenden Sozialdemokraten Josef Seliger. In einem Presseartikel vom November 1918 »Das selbständige Deutschböhmen« findet man seine grundlegenden Bedenken ausgesprochen.[16] So müßte daher seiner Meinung nach folgendes zu diesem Problem ausgesagt werden: Es ist nicht möglich, das in acht Siedlungsregionen zerteilte Gebiet zu einem einheitlichen Verwaltungsbereich zu vereinigen. Dies wäre nur für das große deutsche Sprachgebiet Nord-, Nordwest- und Westböhmens einigermaßen möglich. Im Gegensatz zu Pachers auf rein administrativer Abgrenzung und Loslösung (»Separatismus«) beruhender Konzipierung Deutschböhmens als einer Provinz der Republik Deutschösterreich, die ganz den bürokratischen Vorstellungen der »Verwaltungsbourgeoisie« Zisleithaniens entsprach, griff der Sozialdemokrat Seliger die wirtschaftlichen Grundprobleme auf. Er setzte sich auch mit den Folgen einer Teilung des geschlossenen traditionellen Wirtschaftsraumes Böhmens auseinander und mit der faktischen Unmöglichkeit der Angliederung dieser »Nordprovinz« an Deutschösterreich.

Inzwischen sollte jedoch die Kontinuität der Verwaltung und Versorgung der von Hungersnot bedrohten Bevölkerung garantiert werden. An den vorbereitenden Arbeiten wie auch bei der Bildung einer Landesregierung waren Raphael Pacher und sein späterer Nachfolger Rudolf Lodgman von Auen als führende Persönlichkeiten beteiligt.

Pacher (1857–1936) bekleidete das Amt des Landeshauptmannes nur einige Tage (bis zum 5. November), bevor er zum Staatssekretär für Unterricht in die Wiener Regierung Karl Renner berufen wurde. Er hatte seit der Jahrhundert-

wende eine lange politische Laufbahn hinter sich[17]. Neben Georg von Schönerer, Karl Hermann Wolf, Otto Steinwender und Arthur Stölzl sowie anderen zählte er zu den Männern, die die Phalanx der Deutschradikalen in der Monarchie bildeten.

Logdman (1877–1962) wurde als Parteiloser am 5 . November 1918 zum Landeshauptmann gewählt, obwohl er nicht unbedingt das äußerst radikale Programm Pachers, das eine Herauslösung der Provinz aus dem böhmischen Raum vorsah, vertreten hatte. Lodgman setzte sich eher für eine autonomistische Lösung ein und hatte in diesem Sinn während des Weltkrieges eine Abhandlung mit dem Titel *Die Autonomie und ihre Bedeutung für Österreich-Ungarn*[18] publiziert. In dieser Arbeit ging er von dem Plan eines Umbaus der Monarchie in einen Nationalitätenbundesstaat aus, dessen Einzelstaaten mit nationaler Souveränität ausgestattet sein sollten[19]. Für das Sudetendeutschtum erhoffte er in gleicher Weise eine autonomistische Lösung, wobei er sogar Verluste im Bereich des Inseldeutschtums in Kauf nehmen wollte. Diesen Plan eines Verzichts auf Sprachinseln deutscher Zunge und einer »Abrundung« des deutschen Siedlungsgebietes, wie er sie verstand, hat Logdman im Herbst 1918 auch gegenüber dem Obmann des Deutschen Volksrates für Böhmen, Josef Wenzel Titta, vertreten. Titta bemühte sich in Verkennung der prekären Situation darum, in einem Maximalprogramm alle Sprachinseln und deutschen Minderheiten im Innern Böhmens für ein autonomes Deutschböhmen zu reklamieren. Lodgman betrachtete indes diese Planung als eine illusionäre Konstruktion und versuchte seinerseits, seinen Beitrag für eine kompaktere Konfiguration, die geographisch haltbarer gewesen wäre, zu leisten.

Am 5. November 1918 traten 18 deutsche Abgeordnete des böhmischen Landtags in Reichenberg unter dem Vorsitz Pachers zur konstituierenden Sitzung zusammen, als Stellvertreter des zu wählenden Lodgman fungierten die Abgeordneten Josef Seliger und Wilheln Maixner. Ihre vordringlichen Besprechungen und Maßnahmen galten wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Fragen. Von Wichtigkeit erschien die Errichtung einer provisorischen Eisenbahndirektion in Aussig. Große Bedeutung mußte auch den Verhandlungen beigemessen werden, die Seliger mit den Vertretern des tschechoslowakischen Nationalausschusses geführt hatte, und zwar mit Alois Rasin und Frantisek Soukup. Sie drehten sich um wirtschaftliche Versorgungsprobleme und verliefen, wie dieses 1. Protokoll des deutschböhmischen Landtags ausweist, ergebnislos[20]. Festzuhalten wäre noch, daß Pacher erklärte, er habe die Landeshauptmannstelle nur provisorisch übernommen. Er brachte gleichzeitig zur Kenntnis, daß er sie niederlege.

Auf Vorschlag des Abgeordneten Schreiter wurde nun der Abgeordnete Lodgman einstimmig zum Landeshauptmann gewählt. Neben anderen Anträgen, die knapp erörtert wurden, erschien wichtig, daß Seliger als Bevollmächtigter die Vermittlung zwischen der Landesregierung und dem in Liquidierung befindlichen k.u.k. Militärkommando Leitmeritz übernehmen

sollte[21]. Außerdem gaben die verkehrstechnischen Verhältnisse der neuen Provinz zu bedenklichen Überlegungen Anlaß.

Josef Seliger, führender Sozialdemokrat, wirkte nach seiner Wahl als stellvertretender Landeshauptmann, er leitete die Verhandlungen, die zur Vorbereitung der Koalitionsregierung notwendig waren, mit den bürgerlichen Abgeordneten[22]. Seine Bedeutung für die Einheitspolitik der Sozialdemokraten ist in der Literatur vielfach hervorgehoben worden. Als sich Seliger im Juni 1919 aus der Landesregierung zurückzog, bekleidete Philipp von Langenhan das Amt des stellvertretenden Landeshauptmannes (für den Zeitraum der Liquidierung bis 24. September 1919). Langenhan war im Jahre 1910 in den Reichsrat gewählt worden und übernahm 1919 nach dem Friedensschluß von Saint-Germain die Obmannschaft des Sudetendeutschen Heimatbundes in Wien.

Die neugeschaffene Landesregierung hatte trotz mancher Schwierigkeiten personeller Art die Amtsgeschäfte in Reichenberg aufgenommen. Zuvor hatten auch die Stadtvertretungen von Teplitz und Aussig versucht, Ansprüche auf den Sitz des Amtes vorzubringen, doch schließlich bewirkte die Unterstützung der Handels- und Gewerbekammer Reichenberg, daß die Landesregierung in deren Amtsräumen den nun endgültigen Sitz einnahm[23]. Die Vorstände der Staatsämter und die gesamten deutschen Bezirksverwaltungen unterstellten sich der neuen Reichenberger Landesbehörde, und in den deutschsprachigen Bezirken wurden Nationalräte gebildet. Lediglich die deutschen Beamten der Zentralbehörden in Prag zeigten Bedenken, denn der 2. Runderlaß des Statthalterei-Vizepräsidenten Hofrat Kosina, der sich der neu gebildeten tschechoslowakischen Regierung zur Verfügung gestellt hatte (11. November 1918), wandte sich gegen die Anordnung der selbständigen Landesregierung für Deutschböhmen und forderte die Befolgung der Anweisungen der Prager Zentralbehörde und damit des Tschechoslowakischen Nationalrates[24]. Die Vorarbeiten anläßlich der bereits erwähnten Einteilung der Reichsratswahlbezirke von 1907 wirkten sich auf die Abgrenzungsversuche der Provinz Deutschböhmen aus, die 38 Bezirkshauptmannschaften und das Gebiet der Stadtgemeinde Reichenberg umfaßte. Zwei Bezirkshauptmannschaften (Arnau und Niemes) wurden neu errichtet, einige tschechische Orte ausgegliedert. Neben den Bezirkshauptmannschaften traten auch die Bezirksnationalräte in Erscheinung, oft durch die Funktionäre des Volksrates aufgebaut. Die Basis der Neugliederung bildete – nach Anregung der Bezirksvertretungen – der Bezirksnationalrat. An seiner Entstehung waren vor allem die Volksräte beteiligt, und die Landesregierung suchte namentlich durch die Verbindung mit ihnen, die Ausführung der ihr gegebenen Weisung zu erreichen[25]. Gelegentlich fiel den Bezirksnationalräten auch die Vollmacht zu eigenen Anordnungen zu, sie waren aber sonst prinzipiell von den Weisungen der deutschösterreichischen Staatsregierung und der Landesregierung für Deutschböhmen abhängig.

Die Situation war jedoch schwierig, da es trotz vieler Versuche bis zum Ende des Krieges zu keiner konkreten Vorarbeit gekommen war, die die Selbständigkeit der Provinz ermöglicht hätte. Gustav Peters, 1918/19 Vertragsbediensteter der Landesregierung für Deutschböhmen, während der 20er und 30er Jahre Abgeordneter im Prager Parlament, charakterisierte rückblickend die Situation, die sich für die Repräsentanten Deutschböhmens ergeben hatte, folgendermaßen:

»Die geographischen und verkehrstechnischen Tatsachen gestatten noch immer keine straffe Zusammenfassung von Eger bis Braunau. Obgleich die sprachliche Zweiteilung Böhmens die Hauptforderung der Deutschen vor dem Kriege war, wurde von ihnen fast nichts unternommen, was die verwaltungs- und verkehrstechnischen Mängel und Schwierigkeiten des deutschen Gebietes überwunden hätte, insbesondere auch dann nicht, als das nahende Ende Österreichs die große Tat für die eigene Freiheit forderte und offensichtlich machte. Als 1918 die deutschböhmische Landesregierung in Reichenberg von dort aus die Verwaltung des deutschen nordböhmischen Gebietes aufbauen wollte, verfügte sie nur über eine einzige, aber auf Schnellzugsverkehr nicht eingerichtete Transversalbahn, über keine direkten Drahtlinien und über keine Verwaltungseinteilung, die es gestattet hätte, die einzelnen, geographisch so abgelegenen Teile zu einem Ganzen zu vereinen. Schon an dieser ungenügenden Bereitschaft, die in der Kriegszeit leicht hätte verbessert werden können, scheiterte der kurze Traum der Selbständigkeit.«[26]

Eine der wichtigsten Entscheidungen bei der Errichtung der Provinz Deutschböhmen war die Aufhebung der bisherigen Trennung der Landesverwaltung in eine autonome und eine landesfürstliche. Dies geschah durch Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 29. Oktober 1918[27].

Die Landesvertretung, die bisher die Kontrolle der Administration ausgeübt hatte, wurde nun alleiniger Träger dieser Aufgabe. Sie entstand nach der Bildung der (provisorischen) Volksvertretung für Deutschböhmen, deren Konstituierung aber mit den Parteiverhandlungen und den Änderungen der politisch-sozialen Strukturen verbunden war. Hierzu erwiesen sich vor allem die Koalitionsverhandlungen zwischen den bürgerlichen und den sozialdemokratischen Abgeordneten als maßgebend. Anläßlich der Proklamation der Provinz war davon die Rede[28].

Der wichtigste Schritt zur Konstituierung der Landesvertretung in Form der Landesversammlung wurde bereits am 29. Oktober 1918 vollzogen. Die Schwierigkeiten entstanden im Zusammenhang mit der notwendigen Anpassung an die vollkommene Demokratisierung des Wahlsystems. Sie wurde in der 2. Sitzung des deutschböhmischen Landtags am 27. November 1918 in Reichenberg durchgeführt. Den Antrag hierzu stellte die sozialdemokratische Partei. Die Sozialdemokraten forderten mehr Mandate als ihnen durch die Stichwahlen des Jahres 1911 zugefallen waren. Die Forderung der Sozialdemokraten war zweifellos berechtigt.

Die korrekte Durchführung einer solchen Umstellung erschien dem Vertreter der bürgerlichen Deutschnationalen, Hartl, rechtlich nicht realisierbar, und man entschloß sich einmütig, die Zahl der Mandate zu erhöhen, und zwar von 55 auf 84. Für ein Mandat wurden rund 5 000 Stimmen zugrunde gelegt, so daß die Sozialdemokraten bei 165 000 Stimmen auf 33 Mandate kamen, der Bürgerblock auf 45, die Christlichsozialen auf 4, die Deutsche Arbeiterpartei[29] auf 2. Die Verteilung der Mandate sollte auf ähnliche Weise wie in den anderen Provinzen Deutschösterreichs durchgeführt werden, und dabei hätten alle Parteileitungen die Ermächtigung zu erhalten, die einzelnen Mandatsträger selbst zu bestimmen. Hinzu kam noch, wie der Berichterstatter, Abgeordneter Hartl, ausführte, die Neubesetzung von acht Mandaten der seit 1911 verstorbenen Reichratsabgeordneten[30]. Der Landesausschuß empfahl die Ergänzung durch die Parteileitungen. In der Debatte stellte weiterhin der sozialdemokratische Abgeordnete Hillebrand anhand von Beispielen dar, in welchem Ausmaß die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen 1911 Stimmen verloren hatte. Dem Modus dieser Wahl zufolge waren bei den Stichwahlen im 2. Wahlgang viele Stimmen der Sozialdemokraten an die bürgerlichen Parteien gefallen. Dies bedeutete in Zahlen ausgedrückt: Auf die bürgerlichen Parteien kamen 59,1% der Stimmen, sie erhielten indes 83,7% der Mandate. Bei den Abgeordneten der (bürgerlichen) Agrarpartei zeigte sich das Mißverhältnis am deutlichsten. Hier entfielen auf den einzelnen Abgeordneten 4 839 Stimmen, während bei den Sozialdemokraten für ein Mandat erheblich mehr Stimmen notwendig waren.

Für die Wahl zur Landesversammlung wurde nun die Stimmenzahl, die für einen agrarischen Abgeordneten ausgereicht hatte (4 839), für alle Parteien als ausreichend erklärt. Statt 9 sollten die Sozialdemokraten jetzt 34 Mandate erhalten.

Zu dieser Änderung äußerte sich auch der bürgerliche Abgeordnete Franz Schreiter. Er erklärte, daß eine dem demokratischen Prinzip entsprechende Abänderung der Mandatsverhältnisse nötig sei, wies aber die Auffassung der Sozialdemokraten zurück, in dem Modus der Wahlen von 1911 ein Unrecht zu sehen, zumal das allgemeine gleiche Wahlrecht von 1907, durch welches eben dieses Persönlichkeitswahlrecht mit Stichwahl im 2. Wahlgang eingeführt wurde, ein Postulat der Sozialdemokratie gewesen sei[31].

In einer Zusammenfassung stellte der Berichterstatter Hartl den Beschlußantrag: Zuwahl von 22 sozialdemokratischen Abgeordneten, so daß sich die Zahl der Mandate auf 77 erhöhte, und Besetzung der acht vakanten Mandate durch die Parteileitungen. Die Zahl der Landesausschußbeisitzer wäre auf 12 zu erhöhen. Der Antrag wurde angenommen.

Der Landeshauptmannstellvertreter Wilhelm Maixner behandelte gemäß Tagesordnung die Frage »Verlegung der Landesregierung«. Von den Abgeordneten Westböhmens war eine Verlegung der Landeshauptstadt nach dem Westen gefordert worden, in das Gebiet mit dem größten industriellen Leben,

nach Aussig oder Teplitz, oder in einen Ort im durchwegs rein deutschen Sprachgebiet Westböhmens – ins Egerland. Die Abstimmung ergab jedoch nach längerer Debatte das Ergebnis 11:3 für den Verbleib der Regierung in Reichenberg. Als einer der wichtigsten Gründe für diese Entscheidung galt die Tatsache, daß sich die Stadt Reichenberg am intensivsten – historisch betrachtet – für die Selbstbestimmung Deutschböhmens und für die Loslösung von Prag eingesetzt hatte.

Als Mitglieder der Landesregierung wurden fünf Landesräte gewählt. Ihre Regierungsfunktionen waren durch die politischen Umstellungen dieser Übergangsära beeinflußt.

Im Rahmen der 2. Sitzung wurde auf Vorschlag des Landeshauptmanns als provisorische Geschäftsordnung der Landesregierung Deutschböhmens die Geschäftsordnung Deutschösterreichs angenommen. Sie wurde dem deutschösterreichischen Gesetz vom 14. November 1918 angepaßt. Die Trennung zwischen autonomer und staatlicher Verwaltung wurde daher für die Landesvertretung aufgehoben. Trotzdem sollte eine getrennte Geschäftsbehandlung in der Form geschehen, daß die staatliche von der Landesregierung wahrzunehmen sei, die autonome vom Landesrat, der an die Stelle des Landesausschusses treten werde.

Darüber hinaus wurde ein eigener Finanzreferent eingesetzt, der für den Geschäftsbereich des Staatsamtes für Finanzen zuständig war. Außerdem hielt man es für notwendig, einen Landesamtsdirektor zu ernennen, dem die Staats- und Landesbeamten zu unterstellen seien. Der Antrag wurde von mehr als zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten angenommen. In 2. und 3. Lesung erfolgte die Annahme des Gesetzes in allen Teilen. Der entsprechende Bericht sollte an den Staatsrat weitergeleitet werden.

Abschließend betonte der Landeshauptmann, daß die Landesregierung gegen die am 13. November begonnene Besetzung deutschböhmischen Gebietes durch tschechoslowakische Truppen Protest einlege. Die Übergriffe der Besatzungstruppen kennzeichnete er als Verletzung völkerrechtlicher Bestimmungen. Offensichtlich sei die Absicht dieses Vorhabens folgendermaßen zu charakterisieren: Noch vor Zusammentreten des Friedenskongresses sollte der Anschein erweckt werden, daß eine freiwillige Unterwerfung unter den tschechoslowakischen Staat erfolgt sei.

In der 3. Sitzung der Landesversammlung am 16. November 1918, der letzten, die in der provisorischen Landeshauptstadt stattfinden konnte, faßte das Plenum den Beschluß über die Annahme der Geschäftsordnung der Provisorischen deutschösterreichischen Nationalversammlung.

Die Landesregierung in Reichenberg stand nun vor der Entscheidung, wohin sie bei einer Besetzung der Stadt ausweichen sollte, um ihre Handlungsfähigkeit – in der Hoffnung auf eine günstige Entscheidung der Friedenskonferenz hinsichtlich der Frage des Selbstbestimmungsrechts – erhalten zu können.

Die Landesregierung für das Sudetenland in Troppau vollzog unter Protest am 28. Dezember 1918 ihren Rücktritt. Die deutschböhmische Landesregierung hingegen hatte sich für eine Verlegung aus dem besetzten Gebiet entschieden.

Die Erinnerungen des späteren Abgeordneten Gustav Peters, eines Vertragsbediensteten der Landesregierung, werfen Streiflichter auf den Auszug aus Reichenberg am 14. Dezember 1918. Über Zittau gelangte die Landesregierung für Deutschböhmen nach Dresden, und es bestand die Absicht, sich hier in der Nähe der nordböhmischen Gebiete niederzulassen. Von seiten der damaligen sächsischen Behörden fand die Regierung jedoch keine freundliche Aufnahme. Demnach war an ein Ausweichen nach Dresden infolge der Haltung der sächsischen Landesregierung nicht zu denken, und so wurde als Amtssitz das österreichische Abgeordnetenhaus in Wien gewählt. Hierzu gaben die Abgeordneten aller Parteirichtungen des Landes ihre Zustimmung. Wien bot die größtmögliche Bewegungsfreiheit für die Vertretung des Selbstbestimmungsrechtes.

Am 14. Dezember 1918 übersiedelte die Landesregierung ins »Exil«, und die 4. und 5. Sitzung der Provisorischen Landesversammlung wurden am 28. Dezember in Wien abgehalten. Im Parlament stellte man einige Räumlichkeiten für die Provinzregierung zur Verfügung. Es begann die Zeit, in der die Regierung außer Landes keinerlei Verwaltungsfunktion mehr ausüben konnte; hingegen hatte sie noch eine politische Funktion, die Vertretung des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz wahrzunehmen. Völkerrechtlich galt Deutschböhmen vom Standpunkt der deutschösterreichischen Regierung als ein während des Waffenstillstandes militärisch besetztes Gebiet, und als solches wurde es auch bis zum 10. September 1919, dem Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrages in St.Germain, behandelt.

Als besonders wichtiger Punkt der Tagesordnung für die 4. Sitzung am 28. Dezember 1918 erschien der Bericht über die Ergänzung der Landesversammlung, vorgetragen von dem Abgeordneten Hartl. Einzelne Wahlbezirke wurden in Südböhmen (Bildung des Böhmerwaldgaues) und in Ostböhmen (Zuteilung zur Provinz Sudetenland) abgetrennt, so daß sich die Zahl der Mandate von 55 auf 50 verringerte.

Durch die Erweiterung der Landesversammlung kamen 24 Mandate für die sozialdemokratische Partei, drei für die Christlichsozialen, eines für die deutschnationale Arbeiterpartei und eines für die deutschvölkische Arbeiterpartei hinzu.

Zur Besetzung vakant gewordener Mandate hatten die deutsche Agrarpartei und die deutsche Fortschrittspartei noch keine Wahlvorschläge eingereicht.

Ein weiterer Gesichtspunkt bezog sich auf einen Beschlußantrag hinsichtlich der widerrechtlichen Besetzung deutschböhmischen Gebiets durch tschechoslowakische Truppen. In einer längeren Rede nahm hierzu Landeshauptmann Lodgman Stellung und vertrat die Auffassung, daß Deutschböhmens

Schicksal noch nicht entschieden sei. Offensichtlich hoffte man noch auf die Friedenskonferenz, eine Hoffnung, die sich als trügerisch erweisen sollte.[33 u. 34]

Nun folgte eine längere Diskussion, die lediglich die Uneinigkeit der Parteien deutlich machte und wenig Konkretes im Sinne einer einzuschlagenden Taktik erkennen ließ. Dann wurde noch – gemäß der Tagesordnung – die Wahl eines Landeshauptmannstellvertreters (anstelle von Abg. Wilhelm Maixner) zurückgestellt, die Konstituierung der drei Ausschüsse (Wahlprüfung, Haushalt und Verfassung) jedoch vollzogen.

Über die Landesräte als Mitglieder der gewählten Landesregierung (Hans Hartl, Wilhelm Maixner, Franz Schreiter, Oswald Hillebrand, Josef Herold, Anton Schäfer, Peter Krützner, Vinzenz Kraus und Soukup) ist folgendes zu sagen: Die bedeutendste Rolle unter ihnen spielte der deutschnationale Politiker Hans Hartl. Er war Reichsratsabgeordneter 1911 bis 1918 und beteiligte sich führend an den Arbeiten der deutschböhmischen Landesversammlung 1918/19. Als Mitglied der Landesregierung war er dazu ausersehen, das k.u.k. Korpskommando in Leitmeritz für die Landesregierung zu übernehmen, doch selbst die meisten deutschen Offiziere und Mannschaften waren zu einem weiteren Verbleib im Dienst nicht bereit, und das Kommando löste sich auf. Nach der Besetzung arbeitete Hartl in der Dresdener Geschäftsstelle bis zu ihrer Liquidierung. 1920 und 1928 wurde er zum Senator der deutschen Nationalpartei im Prager Parlament gewählt.

Der Abgeordnete Wilhelm Maixner galt als einer der führenden Politiker der deutschen Agrarpartei, war Parlamentarier in Wien und Prag und Mitglied der deutschen Sektion des Landeskulturrates für Böhmen. Maixner gehörte zunächst – neben Lodgman und Seliger – dem Präsidium der Landesregierung an, was wohl mit der bedeutenden Rolle der Agrarpartei zusammenhing. Von Anfang November bis Ende 1918 fungierte Maixner als Landeshauptmannstellvertreter. Neben Franz Schreiter, der sich bald aus der Regierung zurückzog, nahm der Landesrat Oswald Hillebrand – seit 1911 im österreichischen Parlament – als Sozialdemokrat eine einflußreiche Position ein und war nach 1919 stellvertretender Parteivorsitzender der DSAP.

Aus den Verwaltungsressorts der Landesregierung sind vor allem die leitenden Präsidialbeamten zu erwähnen, unter ihnen in erster Linie Graf Leopold Hartig, Vizepräsident des Landesschulrates, sowie Landesverweser und Finanzlandesdirektor Gustav Rossa-Ottenfeld. Sie waren (neben den anderen Präsidialbeamten, wie etwa Paul Pilz und Richard Mischler) mit der Bildung der kurzlebigen Landesregierung beauftragt.

Über die Einrichtung der staatlichen Verwaltungsorganisationen hinaus wurde auch die Schaffung der Oberbehörden in Angriff genommen: Finanzlandesdirektion, Landeswirtschaftsamt und das Oberlandesgericht in Reichenberg sowie die Post- und Bahndirektion. Die Einrichtung einer Arbeiterversicherungsanstalt und einer Pensionsversicherungsanstalt für Privatbeamte wurde in die Wege geleitet[35].

Hinsichtlich der Schulen war an eine Übernahme des gesamten deutschen Schulwesens durch die Landesregierung und den Landesschulrat für Deutschböhmen gedacht. Die Durchführung der dafür notwendigen Maßnahmen gelang jedoch nicht vollends und nicht auf allen Verwaltungsebenen. Die Zeit hierfür war zu knapp, und die militärische Besetzung des Grenzgebietes durch tschechoslowakische Truppen beendete die eingeleiteten Arbeiten. Interimistische Regelungen für das Schulwesen waren getroffen worden, doch sie kamen, ebenso wie die Weisungen anderer Verwaltungsorgane, erst, als bereits die Besetzung des deutschböhmischen Gebiets begonnen hatte. An die Spitze der Schulverwaltung, des Landesschulrates, war ein stellvertretender Landeshauptmann und später der Vizepräsident des Landesschulrates, Graf Hartig, getreten[36]. Trotz der Einrichtung des Landesschulrates für Deutschböhmen arbeitete die deutsche Sektion des Landesschulrates in Prag weiter. Dies ist für die Unsicherheit der Gesamtsituation charakteristisch[37].

Den genannten Oberbehörden, die in ihrem Wirkungsbereich das gesamte Gebiet der Provinz Deutschböhmen mit Ausnahme des Böhmerwaldgaues umfaßten, war jedoch ebenso wie den Unterbehörden lediglich eine sechswöchige Amtstätigkeit in Deutschböhmen beschieden.

### 2. *Die Besetzung der deutschböhmischen Gebiete durch tschechoslowakische Truppen (November–Dezember 1918)*

Volkswehr – Proteste – Der 4. März 1919 – Diplomatische Interventionen der deutschösterreichischen Regierung – Propagandatätigkeit im neutralen Ausland – Das Berner Büro – St.Germain 10. 9. 1919 – Liquidation und Indemnitätserklärung – Amnestie durch den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Masaryk

Schon im November 1918 hatte, wie bereits erwähnt, die Besetzung der Provinz Deutschböhmen durch die nunmehr rasch mobilisierten tschechoslowakischen Truppen unter dem Befehl des Feldmarschalleutnants Jan Divis begonnen. Auf deutschböhmischer Seite wurden unter dem Landesbefehlshaber Feldmarschalleutnant Anton Goldbach Volkswehrabteilungen aufgestellt. Ihre Formierung war zumeist von den Bezirksnationalräten vorgenommen worden. Sie sollten für Ruhe und Ordnung sorgen. Doch die katastrophale Situation bei Kriegsende, der Zusammenbruch, die Hungersnot im Grenzgebiete und die völlige Kriegsmüdigkeit der Heimkehrer, die zum Teil an der Grenze ihre Waffen abliefern mußten, brachten es mit sich, daß ein Verteidigungswille nicht vorhanden war. Die Offiziere und Mannschaften waren nicht bereit, weiter im Dienst zu verbleiben. Landesrat Hans Hartl war, wie erwähnt, dazu ausersehen gewesen, das k.u.k. Korpskommando in Leitmeritz zu übernehmen, doch die Aufstellung kam nicht zustande. Als Leitmeritz am 9. Dezember 1918 von tschechoslowakischen Truppen besetzt wurde, übergab Feldmarschalleutnant Goldbach das Militärkommando an die tschechoslowa-

kische Armee. Major Kriegelstein von Sternfeld, einer Egerer Patrizierfamilie entstammend, und Gustav Peters waren mit der Abwicklung der Arbeit im Rahmen der Militärabteilung in Wien befaßt. Der letzte Korpskommandant in Leitmeritz, Feldzeugmeister Franz Daniel Edler von Drinamünde, hatte übrigens den Oberfehl bereits am 31. Oktober niedergelegt. Goldbachs Stabschef, Oberstleutnant Rudolf Kiszling, der spätere Direktor des Wiener Kriegsarchivs, hat Erinnerungen an die letzten Wochen der Provinz Deutschböhmen hinterlassen[38].

Hinsichtlich der beginnenden Besetzung erteilte die Landesregierung den nach und nach – zunächst längs der Hauptbahnlinien – okkupierten Gemeindeverwaltungen oder Bezirksnationalräten lediglich die Weisung, Protest gegen die Besetzung des Ortes zu erheben. Dazu muß betont werden, daß gemäß den Bestimmungen des Waffenstillstands von Padua die Alliierten vor dem Friedensschluß das Recht hatten, sich strategisch wichtiger Punkte zu bemächtigen. Abgesehen von einigen Zusammenstößen im Brüxer Gebiet und im Böhmerwald (Kämpfe um die Besetzung von Kaplitz) war bis Mitte Dezember 1918 das gesamte Grenzland ohne Widerstand besetzt, wobei es in diesem Gebiet nicht immer gemäß der Haager Landkriegsordnung zuging[39]. Tschechoslowakische Truppen bezeichneten sich gelegentlich selbst in den Proklamationen als Besatzungstruppe.

Am 28. Dezember 1918 ergriff Lodgman in der deutschböhmischen Landesversammlung in Wien das Wort und legte dar, wie er die Situation Deutschböhmens, eines besetzten Gebietes, einschätzte. Er erhob die Forderung, der deutschen Bevölkerung die Möglichkeit der Selbstbestimmung zu geben[40]. Auch wenn sie dem tschechischen Staat angehören würde, müßte sie in diesem nach demokratischen Prinzipien ihre Vertretung und Mitwirkung finden können.

Im Rahmen der 5. Landesversammlung, die von der Landesregierung in Wien abgehalten werden konnte, wurde noch eine Anzahl von formalen parlamentarischen Punkten der Tagesordnung erledigt: Schriftführer, Ordner und die Wahl des 2. Landeshauptmannstellvertreters. Hinzu traten die Angelobung der Mitglieder der Landesregierung, des Landesrates und der neu eintretenden Mitglieder der Landesversammlung und schließlich die Behandlung von Finanzfragen[41].

Nach den Wahlen zum deutschösterreichischen Nationalrat (16. 2. 1919) ereignete sich am 4. März 1919 in dem nun besetzten deutschen Grenzland ein tragischer Zwischenfall. Die tschechoslowakische Regierung betrachtete – noch vor dem Friedensvertrag – dieses vorwiegend von Deutschen bewohnte Gebiet als bereits ihrem Staat zugehörig und hatte der Bevölkerung verboten, an den Wahlen teilzunehmen. Als am 4. März 1919 die deutschösterreichische Nationalversammlung in Wien zusammentrat, rief die deutschböhmische Landesregierung zu Demonstrationen für die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts auf. In vielen Städten Böhmens, Mährens und Schlesiens ver-

sammelten sich die Bürger aller Parteirichtungen zu zunächst friedlichen Kundgebungen, doch das tschechische Militär schoß in die Menge der Demonstranten. Die furchtbaren Tragödien in Kaaden, Eger, Karlsbad, Mies, Aussig, Sternberg und anderen Orten, bei denen 54 Tote zu beklagen waren, erregten in der Weltöffentlichkeit großes Aufsehen, wie die Dokumentationen in den Akten der Landesregierung beweisen[42].

Im Mai 1919 begab sich die deutschösterreichische Friedensdelegation nach St. Germain. Lodgman gehörte ihr mit weiteren Repräsentanten als Fachexperte für Deutschböhmen an. Doch die Hoffnungen, die die deutsche Bevölkerung an die Friedensverhandlungen, besonders an die Verheißungen Wilsons, geknüpft hatte, wurden enttäuscht. Die Leiter der Friedenskonferenz verweigerten der deutschösterreichischen Delegation den Zutritt zu den Verhandlungen und gestatteten ihr nur schriftliche Einwendungen. Doch auch diese blieben unberücksichtigt. Die Auffassungen der Prager Regierung, von Beneš und den französischen Fachleuten Ernest Denis und Louis Eisenmann vertreten, wurden von den Alliierten anerkannt. Insbesondere wurden die damals noch geheimen fragwürdigen Memoranden, die das Vorhandensein eines zusammenhängenden deutschen Sprachgebiets abstritten, den Verhandlungen zugrunde gelegt. Innerhalb von fünf Minuten nach Sitzungsbeginn waren sich alle Delegierten der zuständigen Kommission in dieser Frage einig: »Le plus simple est de maintenir la frontière telle qu'elle était avant la guerre et de laisser à la Bohème et à l'Allemagne le soin de faire entre elles des échanges de territoires si elles le jugent bon.«[43] (Das Einfachste wäre es, die Grenze so zu belassen, wie sie vor dem Krieg (zwischen Böhmen und dem Deutschen Reich) bestand, und Böhmen (der CSR) und dem Deutschen Reich die Aufgabe zu überlassen, untereinander einen territorialen Austausch vorzunehmen, sofern sie es für gut erachten.)[44]

Rüdiger Goldmann hat diese folgenschwere Entscheidung in der Viererratssitzung erwähnt und hervorgehoben: »Er (Wilson) nahm aber zur sudetendeutschen Frage und zur Frage der Grenzziehung zwischen Deutschland und Böhmen nicht mehr Stellung und trat nicht für eine Änderung des Beschlusses ein.«[45]

Am 10. September 1919 erfolgte die Unterzeichnung des Friedensvertrags in St. Germain-en-Laye, und kurz danach mußte die Landesregierung von Deutschböhmen aufgelöst werden.

Am 24. September 1919 entließ der Präsident der österreichischen Nationalversammlung, Karl Seitz, im Rahmen einer Festsitzung die Sudetendeutschen aus dem Staatsverband der Republik. Lodgman hatte es als seine Pflicht angesehen, bis zum letzten Tag für das Selbstbestimmungsrecht einzutreten. Der Landesrat bestellte ihn zum Liquidator der Geschäftsstellen in Deutschböhmen.

Der Historiker Paul Molisch hat diese Geschäftsstellen als eine Art »stellvertretende Landesregierung« bezeichnet. Die führende Position hatte die Propa-

gandastelle in Teplitz inne, außerdem bestanden noch Kreisgeschäftsstellen in Asch, Karlsbad, Reichenberg, Trautenau und Warnsdorf. In Dresden wurde ein deutschböhmisches Hilfsbüro weitergeführt.

Lodgman vollzog die Abwicklung der Geschäfte in Wien und schließlich in Aussig (nach seiner Rückkehr in die Tschechoslowakei Anfang Oktober 1919).[46, 47] Inzwischen war nach Verhandlungen mit tschechoslowakischen Politikern eine Indemnitätserklärung für die Mitglieder der Landesregierung erfolgt. Außerdem erließ Präsident Masaryk am 10. August 1919 eine Amnestie für die einstigen Mitglieder der deutschböhmischen Landesregierung. Ferdinand Peroutka berichtet in seinem umfassenden und gründlichen Werk *Budováni státu* (Der Aufbau des Staates):

»Soweit den deutschen Führern eine strafrechtliche Verfolgung drohte, wurden sie der Amnestie teilhaftig, die nach der Entscheidung der Friedenskonferenz Präsident Masaryk aus der sicherlich richtigen Überlegung heraus erließ, daß derjenige, über dessen Staatszugehörigkeit noch nicht entschieden war, nicht Hochverrat im wörtlichen Sinne begehen konnte, auch wenn er dem Willen des Staats zuwiderhandelte, dessen Kompetenz er vorläufig anvertraut war.«[48]

Es wurde stillschweigend anerkannt, daß die Deutschen berechtigt waren, für ihr Selbstbestimmungsrecht zu kämpfen.

## Anmerkungen

1. Die Führer der Deutschbürgerlichen waren Franz Schmeykal, Ludwig Schlesinger und Karl Eppinger. Sozialdemokraten waren bis 1914 nicht im böhmischen Landtag vertreten.

2. Vgl. hierzu die Arbeit von Karl Albert Simon, »Rudolf Lodgman von Auen und das deutsch-tschechische Verhältnis«, in *Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1967, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 19, S. 47–79, hier S. 49-59. Dort noch weitere Literatur, bes.: *Lodgman von Auen, Reden und Aufsätze*, hrsg. von Albert Karl Simon, München (o.J.), und der Aufsatz Simons in *Rudolf Lodgman von Auen. Ein Leben für Recht und Freiheit und die Selbstbestimmung der Sudetendeutschen*, München 1984, S. 9–53. Außerdem hat Rudolf Hilf ebendort (S. 53–59) Lodgmans Persönlichkeit im Laufe seines langen politischen Lebensweges von der Monarchie über die Republik bis zur bitteren Zeit der Vertreibung und zum Aufbau der Sudetendeutschen Landsmannschaft nach 1945 näher charakterisiert.

3. Sie waren in den neunziger Jahren unter Georg Ritter von Schönerer und Karl Hermann Wolf aus der liberalen Partei hervorgegangen.

4. Vgl. Helmut Rumpler, *Die nationalen Probleme Österreichs unter dem Ministerpräsidenten Max von Hussarek.* Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 4, Wien 1962, S. 73.

5. Vgl. die Darstellung Ernst Birkes in *Handbuch der Geschichte der Böhmischen Länder*, Bd. 3., München 1968, S. 359–374.

6. Bruno Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*, Bd. 4, Stuttgart 1959, S. 72 ff.

7. *Handbuch der Geschichte der Böhmischen Länder*, aaO., S. 367.

8. Vgl. Birke, aaO., S. 391. Hierzu und zur Bezirksabgrenzung die *Entwürfe des Deutschen Zweiteilungsausschusses*, Trebnitz 1909, 55 S., Verlag d. Dt. Volksrates.

9. Birke, aaO., S. 391.

10. Klaus Zeßner, *Josef Seliger und die nationale Frage in Böhmen*, Stuttgart 1976, S. 103., Anm. 18.

11. Zeßner, aaO., S. 103, Anm. 19 – Ein Verständigungsversuch des Abgeordneten Karl Urban (Deutsche Fortschrittspartei) erfolgte am 2. Mai 1916. Zeßner schreibt über die Unterredung Urbans mit Seliger: »Partiell, d. h. Böhmen allein betreffend, kamen diese Pläne sozialdemokratischen Vorstellungen entgegen, sie waren vom Gesamtkonzept her jedoch für die Sozialdemokratie unannehmbar.«

12. Über die Verhandlungen zur Bildung der Koalitionsregierung Lodgman–Seliger, vgl. Artikel in der Zeitung *Freiheit*, Teplitz, vom 14. Oktober 1918: »Die Sozialdemokratie und die Selbständigkeit Deutschböhmens. Konstituierung einer deutschböhmischen Nationalversammlung?« Vgl. auch Paul Molisch, *Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung in den Jahren 1918–1919*, Wien–Leipzig 1932, S. 17, 19, 22

13. Molisch, aaO., S. 22; Zeßner, aaO., S. 188, Anm. 19: Briefwechsel Pacher–Seliger.

14. Vgl. Jaroslav César, u. Bohumil Cerný, *Politika némeckých burzóazních stran v Ceskoslovensku v letech 1918–1938*, Teil I, Prag 1962, S. 61, Anm. 78. (Die Politik der deutschen bürgerlichen Parteien in der CSR in den Jahren 1918–1938.)

15. Raphael Pacher, *Deutschböhmen, wie es gesetzlich bereits besteht*, Wien 1918.

16. Zeßner, aaO., S. 219–223; der Artikel Seligers »Das selbständige Deutschböhmen« in *Der Kampf. Sozialistische Monatsschrift*, Wien November 1918, S. 719 f.; vgl. Zeßner, aaO., S. 219 ff.

17. Harald Bachmann, »Raphael Pacher und die deutschradikale Bewegung in den Sudetenländern«, in *Bohemia* 5 (1964), S. 447–458.

18. Prag 1918.

19. Karl Albert Simon, aaO. (Anm. 2), S. 55 ff.

20. Vgl. Norbert Linz, *Das Verhältnis der sudetendeutschen Parteien zum tschechoslowakischen Staat in der Zeit seiner Entstehung 1917–1920*, MS. Zulassungsarbeit Erlangen 1966, S. 15. Der Unterhändler Rasin gebrauchte, wie offenbar glaubhaft berichtet wurde, den Ausdruck: »Das Selbstbestimmungsrecht ist eine schöne Phrase – jetzt aber, da die Entente gesiegt hat, entscheidet die Gewalt.« – Vgl. auch Molisch, aaO., S. 27; Simon, aaO., 62. Verhandlung am 4. 11. 1918 Seliger–Rasin.

21. Sitzung der Landtagsabgeordneten am 5. 11. 1918 in Reichenberg. (Mit dem in Bleistift geschriebenen Original gleichlautend. Wien, den 11. 2. 1919, Dr. Josef Fischer, Archiv-Konzipist). DBLR Karton 43. Vgl. ebenso Molisch, aaO., S. 19, und César/Cerný, aaO., S.69, Anm. 95–97. Die beiden Autoren stützen sich auf die sicherlich wichtigen Meldungen der Tagespresse. Das Archiv der Landesregierung für Deutschböhmen (DBLR) im AVA Wien haben sie jedoch nicht benützt.

22. Vgl. bes. Zeßner, aaO., S. 17.

23. Molisch, aaO., S. 23 f. Von einem Beschluß zur Übersiedlung der Regierung nach Teplitz ist aus den Akten der Landesregierung nichts zu entnehmen. (Der Beschluß kam wohl infolge der Besetzung des Landes nicht zur Durchführung.)

24. Molisch, ebenda – Runderlaß Nr. 35.563, Prag, 11. 11. 1918.

25. Molisch, aaO., S. 38 ff.

26. Gustav Peters, u. Alois Erben, *Die Deutschen in der Tschechoslowakei*, Berlin o.J., S. 47.

27. Molisch, aaO., S. 20.

28. Vgl. César/Cerný, aaO., S. 70, Anm. 100. Die Referatsverteilung der Landesregierung wird gemäß der *Reichenberger Zeitung* Nr. 260, 2. 11. 1918, wiedergegeben: 1. Präsidium (Lodgman, Seliger, Maixner), Personalangelegenheiten, Sicherheitsangelegenheiten, Verpflegungsangelegenheiten, besondere Angelegenheiten, Pressedienst, Finanzen; 2. Gemeinde- und Bezirksverwaltung (Dr. Herold); 3. Unterricht, Kunst, kirchliche Angelegenheiten (Schreiter); 4. Gesundheit (Hillebrand); 5. Handel, Handwerk, Industrie, Bergwesen (Kraus); 6. Landwirtschaft (Krützner); 7. Soziale Fürsorge (Schäfer); 8. Verkehr (Hartl); 9. Stiftungen und Unterstützungen (Soukup); 10. Öffentliche Arbeiten

(Kraus); 11. Militärische Angelegenheiten (Hartl); 12. Verwaltete Wirtschaft (Schäfer).

29. Seit 5. 5. 1918 Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei, jedoch keine Beziehung zur Gründung der NSDAP in Deutschland.

30. Änderung in der Zusammensetzung des Landtags in Karton 42 DBLR (AVA Wien). Vgl. den hier vorliegenden Protest der sozialdemokratischen Delegation vom 15. 11. 1918. (Am 13. 11. 1918 hatte sich die Vertrauensmänner-Besprechung mit der Zusammensetzung des Landtags für Deutschböhmen befaßt und verlangt, daß »eine ihrem Stärkeverhältnis entsprechende Vertretung im deutsch-böhmischen Landtag zugebilligt werde«.)

31. Vgl. Karl Ucakar, *Demokratie und Wahlrecht in Österreich*. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 24, Wien 1985, S. 353–357.

32. Molisch, aaO., S. 98; César/Cerný, aaO., S. 115, Anm. 6. Molisch charakterisierte die Situation: Um dem Lande näher zu bleiben, erwog die Landesregierung, bevor sie nach Wien übersiedelte, sich in Dresden niederzulassen, doch wurde der Gedanke wegen der ablehnenden Haltung der sächsischen Behörden fallengelassen. Besonders der damalige sozialdemokratische Innenminister Lipinski stand der deutschböhmischen Frage völlig verständnislos gegenüber. Er beschwor Lodgman, wie dieser berichtete, die Bewegung aufzugeben, da durch sie die deutsche Revolution vor dem Ausland als annexionistisch kompromittiert werden müsse.

33. Auch die 6. und 7. Sitzung der Provisorischen Landesversammlung sind noch zu erwähnen. In der 7. (6. 2. 1919) wurde der Bericht des Wahlordnungsausschusses betr. den Entwurf eines Wahlgesetzes und einer Wahlordnung für die einstweilige Landesvertretung Deutschböhmens entgegengenommen. Wahlgesetz und Wahlordnung wurden nach einer Debatte in 2. und 3. Lesung angenommen. Das Protokoll der 6. Sitzung der Provisorischen Landesversammlung war mir leider nicht zugänglich.

34. In der zeitungswissenschaftlichen Dissertation von Paula Herrmann, *Der sudetendeutsche Freiheitskampf in den Jahren 1918/19 im Spiegel des »Prager Tagblatts«, der »Bohemia« und der »Freiheit«*, phil. Diss., Prag 1934 (M.S.), wurde die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts als »flau und kompromißgeneigt« beurteilt. Die *Deutsche Zeitung Bohemia* forderte am 5. 11. 1918 ein deutschböhmisches Pressebüro. Es wurde am 7. November 1918 eingerichtet (Leitung: P. Lux, Reichenberg, C. Czermak,Teplitz).

35. Molisch, aaO., S. 40–44. Die wichtigsten organisatorischen Arbeiten sind hier erwähnt.

36. Rudolf Fiedler, »Volks- und Bürgerschule – Sonderschulen«, in *Die deutsche Schule in den Sudetenländern*, München 1967, S. 82. Vgl. Vollzugsanweisung vom 23. 11. 1918 über die Schulaufsicht im Sudetenland und Deutschböhmen in *Verordnungsblatt für den Dienstbereich des deutschösterreichischen Staatsamts für Unterricht*. Zu diesem Zeitpunkt war schon ein großer Teil der Provinz besetzt.

37. Fiedler, aaO., S. 82.

38. Rudolf Kiszling, »Wie die deutschen Sudetenländer 1918 unter tschechische Herrschaft kamen«, in *Österreich in Geschichte und Literatur* 3 (1959), S. 18–23.

39. Vgl. *Meyers Enzyklopädisches Lexikon*, Bd. 11, Mannheim 1974, S. 237, Artikel »Haager Landkriegsordnung« (HLKO), 3. Abschnitt (militärische Gewalt auf besetztem feindlichen Gebiete): Garantie einiger Rechte zugunsten der Bevölkerung, u. a. Schutz des Privateigentums, kein Treueeid gegenüber der Besatzungsmacht.

40. Vgl. Lodgman von Auen, aaO., 1984, S. 137–149: Rede des Landeshauptmanns von Deutschböhmen in der am 28. 12. 1918 tagenden deutschböhmischen Landesversammlung mit dem Titel »Für die Selbstbestimmung Deutschböhmens«. Vgl. hierzu Sophie A. Welisch, *Die sudetendeutsche Frage 1918–1928*, München 1980, 142 S. (Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs, Bd. 16), hier S. 31, Anm. 72.

41. Stenographisches Protokoll. 5. Sitzung der Provisorischen Landesversammlung für Deutschböhmen, Wien, 30. 12. 1918.

42. AVA Wien, DBLR, Karton 39–41.

43. Rüdiger Goldmann, *Die Sudetendeutsche Frage auf der Pariser Friedenskonferenz*, Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs 4, München 1970, S. 113–117 über das Memorandum der sudetendeutschen Vertreter (Lodgman, Seliger, Freißler, Klement und Oldofredi). Bereits bei Molisch, aaO., S. 182 unter Bezugnahme auf S. 181, Anm. 4. Vgl. Fritz Fellner u. Heidrun Maschl, *St.Germain im Sommer 1919. Die Briefe Franz Kleins aus der Zeit seiner Mitwirkung in der österreichischen Friedensdelegation Mai–August 1919*, Salzburg 1977, S. 25.

44. Goldmann, aaO., S. 105.

45. Ebenda, S. 107 – Vgl. auch James H. Wolfe, »Woodrow Wilson und das Selbstbestimmungsrecht. Das Problem der böhmischen Grenze«, in *Bohemia* (8)1967, S. 221. Am 19. Juni 1918 hatte Professor Thomas G. Masaryk den Präsidenten (Wilson) in Washington besucht und die Ansprüche der tschechischen Emigrantenpartei mit größter Dringlichkeit vorgebracht. An Bord der »George Washington« wurde auch über die Festlegung der Grenzen des tschechoslowakischen Staates diskutiert, und Wilson erfuhr zum ersten Mal, daß der von Masaryk geforderte »tschechische Nationalstaat« über drei Millionen deutsche Einwohner enthielt. Der erstaunte Präsident konnte nur entgegnen: »Aber Masaryk hat mir das nie gesagt.«

46. Molisch, aaO., S. 134.

47. AVA Wien, DBLR. Akten zur Liquidation der Landesregierung. César/Cerný, aaO., S. 187, Anm. 1, der Hinweis auf das Privatarchiv (osobní archiv) R. Lodgmans im Staatsarchiv Leitmeritz (Litomerice). Differenzen zwischen Lodgman und Seliger hatten sich u.a. im Frühjahr 1919 im Zusammenhang mit den Gemeindewahlen im Juni 1919 in der CSR ergeben. Lodgman selbst trat für das Fortbestehen der Landesregierung für Deutschböhmen bis zur Unterschrift in St. Germain (10. 9. 1919) ein. – Die Sozialdemokraten hatten die Abgeordneten-Ernennungen für Deutschböhmen (auf Grund eines Notparagraphen) für den Wiener Nationalrat abgelehnt. (Vgl. Peter Burian, »Politische Probleme zwischen der Republik Österreich und den Nachfolgestaaten«, in R.-G. Plaschka u. K. Mach (Hg.), *Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuordnung*, München 1970, S. 456–462.) – Nach Auflösung der Landesregierung wurden die pragmatisierten (planmäßigen) Beamten in andere Behörden versetzt. Einige Beamte, die noch keine neue amtliche Position erhalten hatten,wurden dem Sudetendienst des Auswärtigen Amts zugewiesen.

48. Ferdinand Peroutka, *Budováni státu* (Der Aufbau des Staates), Prag 1933–1937, Bd. 2, Teil 2, S. 1296. Für den Hinweis auf die Angaben Peroutkas danke ich Herrn Universitätsprofessor Dr. Helmut Slapnicka, Linz.

HANS PIETSCH

# Europa und der Panslawismus

Europa war immer selbstsicher. Fast nie haben die Europäer am Bestand ihres Erdteiles gezweifelt. Man wußte, daß Staaten bestehen und auch vergehen können, die europäische Völkergemeinschaft erschien aber ewig zu währen. Sorglos hat man untereinander Kriege geführt, sich wirtschaftlich bekämpft oder gegenseitig unterstützt. Niemals (außer bei der Türkengefahr) aber hat man daran gedacht, daß Europa gegen von außen kommende Feinde gemeinsam verteidigt werden müßte. Man kannte eben keine Feinde Europas, Angriffe gegen dessen Bestand waren unvorstellbar. Deshalb wurden auch jegliche Warnungen vor Angriffen ignoriert.

Diese Ignoranz war jedoch von einer geradezu selbstmörderischen Leichtfertigkeit. Denn schon seit Generationen wurde gewarnt. Es waren die Stimmen von Karl Marx, Donoso Cortes, Alexis de Toqueville, Constantin Frantz und vielen anderen bedeutenden Kennern der Geistesgeschichte und der politischen Situation.

So hat schon Alexis de Toqueville in *Die Demokratie in Amerika* vorausgesehen: »Es gibt heute auf der Erde zwei große Völker, die – von verschiedenen Punkten ausgehend – zum selben Ziel vorzurücken scheinen: die Russen und die Angloamerikaner.«[1]

Daneben hielt der große spanische Denker Donoso Cortes im Jahre 1850 eine aggressive Verbindung eines Panslawismus unter russischer Führung mit dem Sozialismus für möglich: »Ich halte eine Revolution in Petersburg für eine leichtere Angelegenheit denn in London.«[2]

Der bedeutende deutsche Historiker Constantin Frantz schrieb schon kurz nach dem Jahre 1848: »Rußland will ein Weltreich gründen, auf dem zusammengebrochenen Österreich, und wenn Preußen nicht erkennt, daß sein Schicksal an der Weichsel und nicht am Rhein entschieden wird, dann wird dieses russische Weltreich seine natürliche Grenze an der Elbe finden, in der Linie von Hamburg nach Triest. Ferner: Zu der einen Großmacht Rußland, die Weltmacht werden will, gesellen sich die USA. Nur diese beiden Mächte werden sich behaupten.«[3]

Und Karl Marx, der sich in seinen Prognosen sonst fast immer geirrt hatte, sagte in diesem einen Fall richtig voraus: »Es wird darauf hinauskommen, daß die als natürlich erscheinende Grenze Rußlands von Danzig oder vielleicht von Stettin bis nach Triest verläuft. Und so sicher, wie eine Eroberung die andere, eine Annexion die andere nach sich zieht, ebenso wird die Eroberung der Türkei durch Rußland nur ein Vorspiel sein für die Annexion Ungarns, Preußens, Galiziens, für die letzte Verwirklichung eines slawischen Reiches, von dem gewisse fanatische panslawistische Philosophen geträumt haben.«[4]

Diese Warnungen waren unüberhörbar und sind trotzdem ignoriert worden. Dabei war damals Europa durch den im Wiener Kongreß geschaffenen Deutschen Bund wohl am sichersten geschützt.

Das Gebiet des Deutschen Bundes ging von der Nordsee als Teil des Atlantiks und der Ostsee nach Süden bis nach Istrien und reichte weit gegen den Osten. Dazu kamen dann noch große, nichtdeutsche Gebiete als Teile der österreichischen Monarchie, so daß die wirtschaftlichen Grenzen von der Nord- und Ostsee bis nach Kotor in Montenegro und im Osten bis zur Linie von Tarnopol über Czernowitz bis Kronstadt reichten.

Dieses riesige Gebiet stellte keine starke und schlagkräftige militärische Macht dar. Dagegen war es bei vernünftigem Ausbau der Handelsbeziehungen der Länder untereinander unschwer zum mächtigsten Wirtschaftsgebiet zu entwickeln. Drei Meere fanden sich an seiner Grenze, reiche landwirtschaftliche Gebiete und gewaltige Bodenschätze bildeten das Fundament einer einmaligen wirtschaftlichen Stärke, die auf andere Länder anziehend gewirkt hätte. Die im Deutschen Bund vereinigte wirtschaftliche Kraft wäre bei richtiger Wirtschaftsführung unangreifbar geworden. Als deshalb in Preußen der Gedanke zur Gründung eines deutschen Reiches ohne Österreich auftauchte, wurde vor der Verwirklichung der »kleindeutschen Lösung« gewarnt.

Es war in Europa bekannt, daß schon Peter der Große durch seine Reise nach Amsterdam den Wert eines Handelshafens für das Wirtschaftsleben eines Landes kennengelernt hatte. Die westliche Grenze Rußland lag damals dicht vor Moskau, das Reich endete bei Wladiwostok. Dieser einzige Hafen Rußlands war nicht eisfrei, der Zar hatte deshalb die Stadt St. Petersburg gegründet, deren Hafen jedoch ebenfalls im Winter zufror. Damals schon ist der spätere, wenn auch blinde Glauben an den Zuwachs an Macht durch den Besitz von eisfreien Häfen entstanden. Von da an blickte Rußland nach dem Westen über Europa hinweg zu den Häfen von Stettin und Hamburg, im Süden nach den Häfen an der Küste Dalmatiens und des griechischen Mazedoniens, das 1913 von Bulgarien schon einmal erobert worden war.[5]

Der Wunsch nach dem Besitz solcher Häfen wurde dann zum Kernpunkt der lose verbundenen politischen Richtung des Panslawismus. Übersehen wurde dabei allerdings, daß auch eisfreie Häfen nur dann Sinn haben, wenn bei ihnen ein reiches Wirtschaftsleben blüht, das den Überseehandel ermöglicht. Dieses hat hier fast überall gefehlt.

Die Anhänger dieser politischen Idee fanden sich in vielen slawischen Ländern, meist unter den Russen, den Tschechen und unter den Südslawen bei den Serben. Sie hatten sich oft zusammengeschlossen oder hielten auch nur privaten Kontakt untereinander. Sie fanden sich in allen Schichten der Völker und in politisch einflußreichen Positionen. Überall entstanden Pläne, wie die Vereinigung der slawischen Völker erreicht werden könnte. Im Zuge der nach der Französischen Revolution in fast allen Völkern Europas entstandenen nationalen Bewegungen haben die Panslawisten durch ihren Zusammenschluß und ihre Ziele, nämlich Verschiebung der Grenze Rußlands nach dem Westen und Vereinigung der slawischen Völker in einem allslawischen Reich, die wohl stärkste und einflußreichste politische Kraft entwickelt. Während sich die nationalen Bewegungen in den einzelnen europäischen Ländern häufig zu einer aggressiven Gegnerschaft zu den Nachbarvölkern entwikkelten, was zu Uneinigkeit und Kriegen untereinander geführt hat, haben die Panslawisten durch ihre Einigkeit und Ausdauer ihre Ziele fast gänzlich erreicht. Im westlichen Europa gab es diese Einigkeit und die wirksame Vorausplanung über Generationen hin nicht.[6]

Als Beginn des aktiven und erfolgreichen Panslawismus kann das Jahr 1848 angesetzt werden.

Als vom Fünfziger-Ausschuß die Einladungen zur Teilnahme am ersten deutschen Parlament in Frankfurt an alle Bewohner des Gebietes des Deutschen Bundes ergingen, haben in Böhmen und Mähren die dort lebenden Deutschen die Einladungen angenommen und Vertreter in die Paulskirche entsandt. Die Tschechen dagegen hatten die Einladung auch erhalten, die jedoch von dem tschechischen nationalen Führer Frantisek Palacky abgelehnt wurde. Dieser hat dann sofort den Allslawischen Kongreß nach Prag einberufen, an dem Vertreter fast aller slawischen Völker teilgenommen haben. Dort wurde die Verschiebung der Grenze der slawischen Länder in westliche Richtung beschlossen. Der Balkan sollte unter Zerstörung der beiden dort vorherrschenden Staaten Türkei und Österreich zu einem südslawischen Staat und daneben zu einem mazedonischen Reich, bestehend aus Bulgarien und dem griechischen Mazedonien an der Ägäis, geschaffen werden.

Hierzu hatte der Tscheche Frantisek Zach schon 1843 einen Entwurf zur Zerstörung der Türkei und Österreichs geschaffen, den er dem späteren ersten Ministerpräsidenten des Königreiches Serbien, Ilija Garasanin, übergeben hat. Dieser hat den Plan, die »Nacertanije«, insofern abgeändert, daß nicht ein südslawisches, sondern ein großserbisches Reich erstrebt werden solle.[7]

Dieses Ziel wurde durch Generationen hindurch verfolgt und größtenteils erreicht. 1878 wurde im Internationalen Kongreß von Berlin die europäische Türkei aufgelöst, und die Länder wurden verteilt, darunter Bosnien an das Kaiserreich Österreich. Der Kampf zur Zerstörung Österreichs ging weiter und wurde eingeleitet durch das Attentat von Sarajevo. Der damalige Chef des militärischen Geheimdienstes Serbiens, Dragutin Dimitrijevic, hatte in

Zusammenarbeit mit dem russischen Botschafter in Belgrad eine Gruppe junger Serben aus Bosnien im Gebrauch von Schußwaffen und Bomben ausgebildet, bezahlt und mit falschen Papieren versehen. Sieben Attentäter aus dieser Gruppe haben dann beim Besuch des Thronfolgers Franz Ferdinand am Vidovdan in Sarajevo entlang der Fahrtroute beim Einzug des Thronfolgers ein Mörderspalier gebildet, wonach dann der Bombenwurf des Cabrinovic fehlging und Princips Kugeln getroffen haben.[8] Das Attentat war zu diesem Zeitpunkt zur Erreichung der panslawistischen Ziele notwendig, weil mit dem baldigen Ableben des greisen Kaisers Franz Josef gerechnet werden mußte und der Thronfolger Franz Ferdinand beabsichtigt hatte, die zur Kaiserkrone gehörenden südslawischen Völker der Kroaten, Slowenen und Bosnier in einem neu zu schaffenden Königreich zu vereinen. Dieses Land wäre ein unüberwindliches Bollwerk gegen die Schaffung eines großserbischen, die dalmatinische Küste in Besitz nehmenden Königreiches gewesen. Außerdem war kurz zuvor, 1913, die Spionagetätigkeit des österreichischen Chefs des militärischen Geheimdienstes, Oberst Redl, für Rußland entdeckt worden. Rußland kannte dadurch sämtliche Kriegspläne Österreichs und konnte daher eine wirksame Gegenstrategie entwickeln. Die Umarbeitung dieser Pläne wäre allerdings in wenigen Jahren abgeschlossen gewesen, so daß dann die Siegeschancen gegen Österreich enorm gesunken wären. Unter diesem Aspekt zeigen die beiden kriegerischen Angriffe Jugoslawiens gegen Österreich in den Jahren 1919 bis 1921 und 1945 mit dem Ziel der Okkupation Kärntens und auch der 1992 begonnene Krieg in Bosnien erst ihren wahren Sinn. Außerdem hatte die CSR 1918 ein rein ungarisches Gebiet mit mehr als einer Million ungarischer Bewohner okkupiert und Zustimmung hierzu im Fridensdiktat von St.Germain erhalten.

Eine Hochburg des Panslawismus befand sich in Prag, wo seit dem Slawenkongreß von 1848 Pläne zur Zerstörung Österreichs und Deutschlands, sowie zur Schaffung des Großslawischen Reiches entwickelt worden waren. Die Krone dieser Pläne entstand im »Hanus-Kuffner-Plan«, einer Gemeinschaftsarbeit von Hanus Kuffner mit mehreren Politikern seiner Richtung. Dieser Plan war während des Ersten Weltkrieges den Alliierten als Vorlage für die Neuordnung Europas zugeleitet und nach dem Krieg bekannt geworden. Er ist dann 1922 in Warnsdorf in Nordböhmen in deutscher Übersetzung erschienen. Gemäß diesem Plan sollten die Flächen der Staaten Deutschösterreich und Ungarn erheblich verringert und dadurch die slawischen Nachbarstaaten vergrößert werden.

Für Deutschland war ein »Deutsches Reservat« im Gebiet vom Raum Passau bis Leipzig, von dort nach Köln und nach Süden zum Bodensee vorgesehen. In Norddeutschland sollten mehrere Pufferstaaten gebildet werden, wenn auch mit deutschen Bewohnern, jedoch unter nichtdeutscher Oberhoheit. Die Tschechoslowakei sollte fast bis Berlin reichen, ferner sollten Oberösterreich, Passau, Teile der Oberpfalz bis Regensburg und die Grenzgebiete bis Hof an

sie fallen. Der Nordosten Europas, einschließlich Ostpreußen und Pommern, bis etwa Stettin, sollte ebenfalls Polen oder Kleinrußland einverleibt werden.[9] Auch der Morgenthau-Plan basierte auf dem Hanus-Kuffner-Plan.

Dieser Plan hat, ähnlich wie andere solche Pläne, in Europa oder zumindest in Deutschland keine Reaktionen hervorgerufen. Lediglich die Sudetendeutschen haben schon vor Ende des Ersten Weltkrieges Kenntnis von den Zielen erhalten und von da an ihr 1945 eingetretenes Schicksal befürchtet. Schon 1848 haben ihre Abgeordneten im ersten deutschen Parlament in der Paulskirche in Frankfurt gegen die Trennung Deutschlands von Österreich plädiert, jedoch ohne Erfolg. So nahm das Schicksal der Ostgebiete seinen Lauf.

Durch die Zerschlagung der österreichischen Monarchie sind dann die vielen Probleme der österreichischen Innenpolitik plötzlich zu brennenden europäischen Problemen geworden, die bis heute Zündstoff für nicht mehr behebbare Spannungen geworden sind.[10]

Dies gilt besonders für die nach dem Ersten Weltkrieg entstandene Tschechoslowakei, von der allein von Frankreich und England wegen der verfehlten Politik gegen die Sudetendeutschen am 19. 9. 1938 die Abtretung des Sudetengebietes gefordert und am 21. 9. 1938 zugestanden worden war. Auf Grund dieses Zugeständnisses hat die tschechische Regierung schon am 21. 9. 1938, also acht Tage vor dem Münchner Abkommen, die Konsequenzen gezogen und mit dem Abzug des Militärs, der Gerdamerie, der Grenzposten und der zum Zwecke der Slawisierung in das Sudetenland versetzten tschechischen Staatsbeamten begonnen. Das ergibt sich aus der Abendausgabe des *Gablonzer Tagblattes* vom 22. 9. 1938, in der gemeldet wird, daß Militär und Gendarmerie bereits auf tschechisches Gebiet abtransportiert worden sind, die Postbeamten das Amtsgebäude verlassen haben und der Grenzdienst von deutschen Ordner versehen wird. Damit steht fest, daß die tschechische Regierung durch die am 21. 9. 1938 begonnene Räumung, also durch konkludente Handlung, ihr Einverständnis in unwiderruflicher Weise erklärt hat. Deshalb ist auch die im Artikel I des Staatsvertrages Bonn–Prag vom 20. 6. 1973 enthaltene Vereinbarung über die »Nichtigkeit« des Münchner Abkommens ein rechtliches Nullum und damit unsinnig. Erst nach dem 22. 9. 1938 hat sich die Notwendigkeit eines Abkommens über die Modalitäten der Übergabe des Landes gezeigt, das dann erst angeregt und auf den 29. 9. 38 (Münchner Abkommen) angesetzt worden war. Es enthält ausdrücklich nur Durchführungsbestimmungen und weist in der Präambel ebenso ausdrücklich auf die bereits getroffene Vereinbarung der Abtretung hin.[11]

In Rußland, dem führenden Staat des Panslawismus, hat sich eine andere Entwicklung ergeben. Dort wurde 1918 das sozialistische System als Staatsform übernommen. Damit hat der Panslawismus wohl die beste denkbare Tarnung erhalten. Denn alle Pläne zum Vordringen Rußlands nach Westeuropa wurden nun durch die propagierten Ziele, wie »Proletariar aller Länder vereinigt Euch« und Ausbreitung des Sozialismus zur Weltherrschaft, verdeckt.

Von da an deckten sich die jeweiligen Endziele beider Systeme. Es fiel somit nicht auf, daß die erste sowjetische Verfassung von 1918 das Liktorenbündel – Symbol des Faschismus – als Bestandteil des sowjetischen Staatswappens zeigt, weil der ursprüngliche Sozialist Mussolini das sowjetische System in Italien einzuführen versprochen hatte. Damit wurde die Symbiose der alten, großmachtorientierten panslawistischen Politik mit dem Sozialismus sowie das Ziel, am Mittelmeer Fuß zu fassen, erkennbar.[12] Das christliche Italien hatte jedoch den materialistischen Sozialismus abgelehnt, so daß der erste Expansionsversuch gescheitert ist.

Danach provozierte die Sowjetunion den spanischen Bürgerkrieg, um über ein sozialistisches Spanien die Herrschaft über die Straße von Gibraltar und damit die Macht über das Mittelmeer zu gewinnen. Aber auch dieser Versuch, den Machtbereich nach Westen zu erweitern, ist gescheitert, nicht zuletzt deswegen, weil die wahren Ziele des mit dem Panslawismus verbundenen Sozialismus und dessen Brutalität zu erkennen waren.

Allerdings hat Rußland durch die im Jahre 1918 erfolgte Einführung des Sozialismus, bzw. dessen Vereinigung mit dem Panslawismus, das dem Sozialismus systemeigene Todesvirus der ruinösen Wirtschaftsführung in sich aufgenommen. Deshalb sind mit dem Zusammenbruch des Sozialismus auch die Erfolge des Panslawismus zerstört worden.

Dies zeigt sich auch an der Tschechoslowakei, die nunmehr durch den Einsturz des sozialistisch-panslawistischen Systems wiederum alle Volksgruppen, die 1918 in den Staat hineingezwungen worden waren, verloren hat. Hier ist allerdings zu beachten, daß sich in den Sudetenländern der größte Teil der Industrie der Monarchie befunden hatte, der Staat also übermächtig industrialisiert war.

Die erste Tschechoslowakei war schon einmal, 1938/1939, auseinandergefallen, weil keine ihrer Volksgruppen in diesem Staat bleiben wollte.

1945 wurde dann der alte, tschechische Plan zur »Entgermanisierung« durch die Vertreibung der deutschen Bevölkerung verwirklicht. Dadurch hat sich der tschechische Staat selbst seinen Todesstoß versetzt, der wirtschaftliche Verlust kann nicht mehr aufgehalten werden.

Denn bei der Vertreibung haben die Deutschen nicht nur die ihnen erlaubten dreißig Kilo Gepäck, sondern das gesamte Know how für den Betrieb des seit fast 800 Jahren bestehenden ältesten Industriereviers Mitteleuropas mitgenommen. Die Tschechen haben nur die Gebäude und die Maschinen behalten, das gesamte Wissen und die viele Jahrhunderte alte Erfahrung haben die Deutschen nach dem Westen gebracht. Das hatte zur Folge, daß der größte Teil der industriellen Gebäude verfallen und die Maschinen verrostet und dann beseitigt worden sind. Dieses zerstörte Gebiet war einmal in Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft führend. Dafür ist Johann Wolfgang von Goethe ein unbestechlicher Zeuge. Dieser hat sich bei seinen siebzehn Besuchen insgesamt mehr als drei Jahre in West- und auch Nordböhmen aufgehalten,

wovon die erst 1899 verstorbene Ulrike von Levetzow der Generation unserer Großeltern oft und gern erzählt hat. Sie lebte als Schloß- und Gutsbesitzerin in Triblitz bei Leitmeritz, war dort sehr bekannt und beliebt und hat oft berichtet, wie Goethe im Sudetenland viele ihm adäquate Freunde gefunden hatte.[13]

Zerstört worden ist auch die gesamte Kultur, aus der Persönlichkeiten wie Bolzano, Ernst Mach, Sigmund Freud, Edmund Husserl, Eugen Sänger, Ferdinand Porsche, Loschmidt, Stifter, Kafka, Rilke, Werfel, Fussenegger, Sealsfield, Franz Lehar, Leo Fall, Ralph Benatzky, Heinrich Biber, Stamitz, Mahler, Korngold, dann die im Wiener Gebiet geborenen Abkömmlinge, wie Franz Schubert, Nestroy, Ferdinand Raimund, Gustav Klimt, Karl Böhm, Erich Klaiber, Kokoschka und viele andere mehr hervorgegangen sind.

Die in der CSR lebenden Deutschen machten 24 % der Bevölkerung aus und hatten etwa 70 % des Steueraufkommens der CSR erbracht. Somit haben etwa 76 % der Bevölkerung nur noch 30 % der Steuern bezahlt. Diese Steuereinnahmen sind größtenteils weggefallen und werden nunmehr, soweit hier von den Vertriebenen neu aufgebaut wurde, in Deutschland entrichtet.

Es ist insgesamt festzustellen, daß alle von den Vertreibernationen okkupierten Gebiete wirtschaftlich ruiniert worden sind, was einen Ausblick auf die weitere Entwicklung in diesen Staaten zuläßt.

Auch beruhen die ab 1945 durchgeführten Vertreibungen auf dem einheitlichen, schon um 1850 gefaßten Plan, zu dessen Verwirklichung das Ende des Zweiten Weltkrieges die Gelegenheit geschaffen hat. Dieser Plan war allein die Frucht des Panslawismus, denn ein sozialistischer Staat hätte zumindest die Arbeiter als zum System gehörende Gruppe der Proletarier niemals enteignen und vertreiben dürfen, sondern beschützen müssen.

Während sich nun Europa einigt und einen immer festeren Zusammenhalt findet, ist eine vernünftige Wirtschaftsführung bei den Vertreibernationen auf längere Zeit hin gesehen nicht zu erwarten. Es fehlt dort überall an der für ein gesundes Wirtschaftsleben erforderlichen Erfahrung und Tradition, die sich auch durch hohe Zahlungen des Westens nicht ersetzen lassen.

Auch die alten panslawistischen Ziele, nämlich Gewinnung eisfreier Häfen an den Weltmeeren haben sich als Illusion erwiesen. Denn ohne ein blühendes Wirtschaftsleben ist auch der beste Hafen ohne Bedeutung. Alle panslawistischen Länder haben den großen Fehler begangen, ihre Ziele an Utopien und Illusionen zu hängen, die niemals zum Erfolg führen können. Man hat mit Königsberg und Stettin eisfreie Häfen erworben und bisher auch den Durchgang vom Schwarzen Meer zu den Weltmeeren gehabt, ohne daß dadurch eine entscheidende Verbesserung erreicht worden wäre.

Es wird noch Kämpfe geben, durch die der alte Ostblock wiederhergestellt werden soll. Die Gesamtwirtschaft dieses Gebietes ist jedoch zu sehr gestört worden, auch fehlen Fachleute, die in der Lage sind, Industrie und Handel aufzubauen. Solche Fachleute können nur in langer Zeit über Generationen hinweg ausgebildet werden. Bis dahin dürfte allerdings der Panslawismus

seine Kraft verloren haben, während Europa durch den Zusammenschluß der Staaten, durch die Vereinigung der leistungswilligen und leistungserfahrenen Völker eine kaum zu überwindende Stärkung erfährt.

## Anmerkungen:

1. A. de Toqueville, *Die Demokratie in Amerika*, Fischer-Bücherei, Bd. 138, Frankfurt / Main 1956, S. 125.
2. G. Maschke, »Juan Donoso Cortes«, in *Criticón*, Heft 86, Nov./Dez. 1984, S. 247.
3. L. Lenk, »Constantin Frantz«, in *Criticón*, Heft 87, Jan./Feb. 1985, S. 12.
4. *Der Spiegel*, »Ein Traum, der trog«, Heft 38/1991, S. 162.
5. Jordis von Lohausen, *Mut zur Macht*, Kurt-Vowinckel-Verlag, Berg am See 1979, S. 232 f. u. 297–308; Georg Franz, *Liberalismus*, Georg Callwey, München 1955, S. 364–367.
6. Dirk Kunert, *Deutschland im Krieg der Kontinente*, Arndt-Verlag, Kiel 1987, S. 19–28.
7. Otto Kronsteiner, »Der geheime Programmentwurf Ilija Garasanins für eine serbische Politik« und »Nacertanije«, in *Die Slawischen Sprachen*, Universität Salzburg, Bd. 29/1992 u. Bd. 31/1993.
8. Willibald Gutsche, *Der gewollte Krieg*, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1984, S. 17–26.
9. Hanus Kuffner, *Nás stát a svetový mír* (Unser Staat und der Weltfrieden), Verlag der tschechischen Volksbuchhandlung Josef Springer, Prag I, in deutscher Übersetzung im Verlag Eduard Strache, Warnsdorf/Böhmen 1922.
10. Rudolf Pietsch-Niedermühl, Krailling. Von ihm stammt die Feststellung, daß erst durch die 1918 erfolgte Zerschlagung Österreich-Ungarns und Neubildung bisher nicht existierender Vielvölkerstaaten unter gewaltsamer Okkupation fremder Gebiete nicht behebbare, sehr schwere und das Gefüge Europas belastende Spannungen entstehen mußten, wobei auch wegen der andauernden Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts vieler, in solche Staaten hineingezwungener Volksgruppen der Keim zur Entstehung auch kriegerischer Auseinandersetzungen gelegt worden ist.
11. *Gablonzer Tagblatt*, Abendausgabe v. 22. 9. 1938 u. »Münchner Abkommen« v. 29. 9. 1939, Präambel.
12. Wappenabbildung, in *Criticón*, Jahrgang 1970/73, S. 120.
13. Viktor Karell, »Goethe in Böhmen«, in *Stifter-Jahrbuch* 1949, Edmund-Gans-Verlag, Gräfelfing, S. 35 ff.

## Verwendete Literatur

Rolf-Josef Eibicht, *Die Sudetendeutschen und ihre Heimat*, Gesamtdeutscher Verlag, Wesseling 1991, Beitrag v. Rudolf Pietsch-Niedermühl, »Apodikt des Volksgruppenrechts«.

Irene Neander, *Der Panslawismus*, Eugen-Klett-Verlag, Stuttgart, S. 7–12, 28–25, 53 ff.

Lajos Gogolák, »A Pánszlavizmus«, in Gyula Szekfü (Hg.), *A Magyarság es a szlavók*, Budapest 1942 (Übers. v 18. 12. 1942).

Malcolm Lambert, *Ketzerei im Mittelalter*, Herder-Verlag, Freiburg 1991, insb. »Die böhm. Reformbewegung«, S. 395–456.

Felix Ermacora, *Die sudetendeutsche Frage*, LangenMüller, München 1992.

Helmut Preidel, *Die Deutschen in Böhmen und Mähren*, Edmund-Gans-Verlag, Gräfelfing 1950.

Friedrich Prinz, »Böhmen und Mähren«, in *Deutsche Geschichte im Osten Europas*, Siedler-Verlag, Berlin 1993.

Fritz Peter Habel, *Dokumentensammlung zur Sudetenfrage*, Verlag Robert Lerche, München 1962.

Gerhard Pfohl

# Heimat
# Oder: Philologie des Eigenen

*Deutschland – das ist für mich meine Sprache,*
*also die Essenz meines geistigen Daseins*
(William S. Schlamm).

*Grüß' dich, Deutschland, aus Herzensgrund!*
Joseph von Eichendorff.

## I.

Inbegriff der Philologie des Eigenen ist die Heimat. Heimat ist das Bleibende, das Sichere, sie ist die Erbgnade[1]. Adalbert Stifter, dem wir die Lehre des sanften Gesetzes verdanken, hat seine Erzählung *Aus der Mappe meines Urgroßvaters* (1841/42)[2] mit dem Wort des Dichters Egesippus eingeleitet: Dulce est inter maiorum versari habitacula et veterum dicta factaque recensere memoria. Süß ist es, dort bleiben zu können, wo die Vorfahren gewohnt haben, und im Gedächtnis zu bewahren, was unsere Alten uns zu sagen hatten, was sie in ernster Sitte geleistet haben. Heimat, Heimatlichkeit ist ein wesentliches Element der menschlichen Selbstfindung und Entfaltung in der Auslegung Goethescher Persönlichkeit[3]. »Ohne Heimat keine Welt, ohne Heimat keine Humanität« (Richard Weiß). Heimatlosigkeit ist Elend. Mittelhochdeutsch heißt dieses Wort ›ellende‹, althochdeutsch ›elilenti‹ und seine Etymologie ist ›anderes, fremdes Land, Verbannung, Not‹; der elende Mensch ist also der ausgewiesene Mensch. Bittere Erfahrung des Kampfes um die Heimat ließ daher die Böhmerwäldler seit alters das Glück der Heimat schätzen und dermaßen dankbarer Seele mag das zärtliche Dialektwort »s Hoamatl« erwachsen. »Glücklich, ohne es zu wissen, ohne es zu schätzen, sind oft Menschen, die ihr Leben lang *eine* Heimat haben. Andere freuen sich bewußt, dankbar, wenn sie an vielen verschiedenen Orten ein *Stückchen* Heimat

finden«[4]. Zu den Letztgenannten gehören wir, denen das Böhmerwaldlied zum Schicksalslied geworden ist. In der Nachumsturzzeit 1918 pflegten unsere Eltern im Anschluß an das Böhmerwaldlied zu singen:

»Wir wollen die Hütten grau und alt
an Deutsche nur vererben,
wir wollen im deutschen Böhmerwald
deutsch leben und deutsch sterben«.

Den übrigen Deutschen, wo immer sie auch wohnten, galt das Lied, das schlicht in Wort und Weise von Heimat und Fremde singt, als eines der bekanntesten Lieder des Heimwehs[5]. Dieses Lied wurde zur bitteren Wirklichkeit an uns Böhmerwäldlern. Andreas Hartauer hat es zu Anfang der siebziger Jahre vorigen Jahrhunderts aus der Tiefe seines Gemütes, aus wirklicher Heimwehnot gleich uns geschaffen, »nicht auf Bestellung, wie viele andere Heimatlieder entstanden sind«[6]. Was einst der Wald ihm rauschte, macht auch uns die Seele schwer[7]. Sie haben uns die Heimat enteignet und wußten als europäisches Volk doch, daß die Väter unserer Kultur, die Griechen, bereits im 8. Jahrhundert vor Christus Heimat als höchstes Gut und Heimatlosigkeit als tiefstes Elend beschrieben hatten[8].

Da wir aber nicht Liebediener dieser Welt sind, gehören zu uns in besonderer Weise unsere Toten. »Aber erst Gräber schaffen Heimat, erst unsere Toten geben uns Licht« (Ernst Bertram: *Die Berggräber*). Sicher: Schweigen ist das große Recht der Toten (Hamerling). Aber Reden ist die Pflicht derer, die leben. Was wir sagen ist unpolitisch, doch es ist nicht beziehungslos zur Politik. Wir sind also nicht charakterlos genug, diejenigen Landsleute totzuschweigen, die tot sind, weil jeweilige ›Obrigkeit‹ sie getötet hat (auch Terrorbomber kamen von oben). Da drüben wurden sie gemartert, abgeschlachtet, ermordet. Wir wollen mit unseren Toten nicht aufrechnen, aber wir konstatieren, daß wir verbittert und unendlich traurig sind. Wir kritisieren weiter nicht mehr, aber wir konstatieren es: unablässig[9]. Es ist seit langem Mode geworden, Unrecht an Deutschen nicht zu publizieren, geschweige denn es zu verurteilen; das Höchste, was man aufbringt, ist psychologisches Verständnis für die Übeltäter. Auch für uns ist es gesagt worden: »Eine größere Liebe hat niemand als die, daß einer sein Leben hingibt für seine Freunde« (Joh. 15,13). Siegesfeiern sind peinlich. Totenehrung ist immer human. Unseren Toten dürfen wir das doch wohl sagen: wir warten auf euch am Ende der Zeit, bis wir uns wiedersehn. Und ganz gewiß ist es uns beschämende Niedertracht, empörende, was in deutschem Namen von den Nationalsozialisten an Verbrechen und Knechtungen geschehen ist[10].

Im den Jahren 480 und 479 wurde Athen von den barbarischen Persern eingenommen, diese zerstörten dabei die Heiligtümer und viele andere Bauten – man wollte sie ursprünglich als Ruinen zur mahnenden Erinnerung bestehen lassen; ganz ähnlich wollte man in Hamburg den Rest der St.

Nikolaikirche, welche verbrecherische alliierte Bomben zerstört hatten, als Mahnmal stehen lassen.

Geistige Heimat des Menschen entwickelt sich im kleinen Winkel, nicht im Großraumbüro der Internationale, wo man sich nicht im lokalen Dialekt, sondern nur mit dem Flaggenalphabet verständigen kann. Wir erkennen Vaterlandslosigkeit als Betrüblichkeit, wollen nicht die propagierte Vaterlandslosigkeit, die krank macht, weil gewisse Gesellen Heimat rauben. »Die Liebe zur ganzen Menschheit kostet gewöhnlich nichts als eine Phrase, die Liebe zum Nächsten erfordert Opfer«, soviel lernen wir von Peter Rosegger. Nichts anderes als Entfremdung des Menschen von sich selber ist die One-World-Bewegung von Hochgradfreimaurerei und Kommunismus, von diesen hinterherhinkenden Sozialisten, Konservativen, Kirchenmännern; zu ihnen paßt die Vergötzung von Demokratie und Sozialismus, paßt der Betrug, höchstes Wesen sei der Mensch[11]. »Nicht human sollen wir sein, sondern Kinder Gottes« (Lagarde). Derart ein One-World-Mensch wird Freiwild der Machinationen; denn er hat nicht die Freiheit der Kinder Gottes, von der jene nichts wissen wollen, weil sie wissen, warum . . . Deswegen lassen sie den Menschen von ›Heimat‹ zur ›Gesellschaft‹ abstürzen und verwelken. Gesellschaft ist Denken in Rudeln, Handeln in Rudeln, ist Unwahrheit auch der großen Städte[12]. Heimat ist Innigkeit und Gottesnähe, ist daher Individualität und Persönlichkeit[13]. Wer die Heimat vergißt, vergißt sich selbst und gibt sich auf. Heimat ist das *nähere* Dasein: Nirgends, Geliebte, wird Welt sein, als innen; dann ist Hiersein herrlich, Hiersein allein ist schon viel[14].

Wenn wir mit Eduard Spranger auch »den Bildungswert der Heimatkunde« schätzen, so wissen wir auch, daß die Bewußtheit eigener Kultur fremde Kultur nicht verwirft. Von Barbara König kennen wir »die Wichtigkeit, ein Fremder zu sein« (Abh. Mainz 1979): daß Distanz auf Nähe zielt; »Nähe wozu? Das bleibt die große Frage. Wahrscheinlich müßte man Gott erwähnen« (S. 12); »vom ersten Atemzug an haben wir nichts dringlicher im Sinn als dies: Nähe zu finden, zu Hause zu sein« (S. 3).

Jacob Grimm war auf der Lübecker Versammlung der Germanisten 1847 zum Vorsitzenden gewählt worden; »bei dem Bankett in Travemünde (. . .) brachte der Oberappellationsrat Pauli einen Toast auf Jacob Grimm aus«, die Schlußworte waren: »Jacob Grimm bringe ich dieses glas!« »Jacob Grimm erhob sich zur erwiderung, aber das gefühl übermannte ihn. ›ich liebe mein vaterland, mein vaterland ist mir immer über alles gegangen‹ . . . thränen erstickten seine stimme, er sank seinem freunde Dahlmann in die arme – es war der ergreifendste augenblick dieses tages« (*Kleinere Schriften*, VIII, S. 466 f.).[15] »Grimm liebt sein Vaterland über alles – aber nur deshalb, weil es nicht nur die eigne Identität garantiert, sondern auch deren Erweiterung. Das Faszinosum Heimat speist sich für Jacob Grimm durch seinen Exotismus«. 1830 hielt er in Göttingen seine Antrittsrede, lateinisch, über die Heimatliebe: *De desiderio patriae*[16]. Um und um, alles in allem sowie vollends war das ehrwürdige Gefäß

seiner philologischen Andacht die Heimatlichkeit. Solche bewährt sich und besteht zum Exempel in der bäuerlichen dörflichen Rechtsquelle des Weistums; in Jacob Grimms gesammelten »Weisthümern«[17] spüren wir Echtheit und Wert des aus der Ortsnähe gewonnenen Rechtsempfindens und Rechtswissens, wie sie in den Dorfweisungen, d. h. Verkündigungen ergehen. »Zu den Stadtrechten verhalten sie sich wie kräftige frische Volkslieder zu dem zünftigen Meistergesang« (Rechtsaltertümer X), vor allem sind sie für Jacob Grimm »Materialien für das sinnliche Element«. »Durch nichts anderes aber wird das Band zur Heimat und ihre Unentbehrlichkeit so beleuchtet und ans Licht gezogen wie durch die Gemeinschaftlichkeit der Sprache. (. . .) Ich behaupte, daß weder ein Volk wirklich blühen kann, das seine Muttersprache vernachlässigt, noch eine Sprache verfeinert werden kann von einem Volke, das seine Freiheit verloren hat. Die Aufteilung einer Sprache aber in mehrere Dialekte oder, treffender, ihre Verschmelzung aus mehreren Dialekten scheint mit der Geschichte der jeweiligen Völker durch ein sehr enges und sozusagen sichtbares Band verknüpft zu sein. Darin können wir die höchste Vorsehung des göttlichen Wesens nicht genug bewundern«[18]. »Die Muttersprache aber, die das festeste Fundament des Staates ist, sollten wir unermüdlich pflegen und verfeinern und nicht daran zweifeln, daß, so weit und breit sie in Kraft steht, auch Deutschland sich erstreckt« [19]. All das sagt uns Jacob Grimm »der große Deutsche und Begründer der Wissenschaft vom Deutschen« (20) in seiner lateinischen Rede *De desiderio patriae*, die sein einziges lateinisches ›opus‹ blieb, welches ausgerechnet von deutscher Heimat, Liebe zum deutschen Vaterland und von deutscher Sprache redete.

»Ich liebe mein Vaterland, mein Vaterland ist mir immer *über alles* gegangen«. Über alles, sagt Jacob Grimm. Und mir ergeht es wie manchem, dessen ganzes Wesen ergriffen ist, wenn das Deutschlandlied erklingt. Und wir fragen durchaus, welcher der Name *des* Vaterlandes sei, für das so viele unserer Kameraden kämpfend sterben mußten: sein Name ist ein Haupt-Wort: Deutschland, nicht dessen Schwundstufe im politisch links wie rechts leider so gewollten Präpositionalausdruck »in diesem Lande«.

Der aus Böhmisch Eisenstein stammende jüdische Schriftsteller Hans Weigel schrieb 1978 das Buch *Das Land der Deutschen mit der Seele suchend;* es ist ein gelegentlich sogar zärtliches Buch, dessen erstes Kapitel »Bayerisch Eisenstein« heißt. Ich selbst stamme auch aus Eisenstein im Böhmerwald und ich darf meine allgemeinen Gedanken in immer kleinere heimatliche Kreise bringen und pars pro toto also sagen: Weil wir die Vertreibung und Beraubung auch heute noch als himmelschreiendes Unrecht empfinden und zu bezeichnen wagen, tragen wir im Herzen ein bestimmtes Bild von Eisenstein mit seinen Menschen und seiner alten Lebensart, das 1945/46 erstarrt ist: unser geliebtes Eisenstein bleibt uns jung in alle Ewigkeit. Frei von den Belastungen und mancher Dummheit der zu nahen Nachbarschaft und dem Talmi unserer lastenden Gegenwart erstrahlt es um so heller gleichsam makellos als unser

goldenes Zeitalter. Und einmal enteignet wurde den deutschen Heimatvertriebenen die Heimat doppelt geschenkt, wurde sie ihnen plötzlich heilig; wer einen geliebten Menschen an den Tod verloren hat, der weiß, wie zurückgebliebene, ehedem unscheinbare Gegenstände auf einmal heilig und weihevoll werden. Nicht mehr können wir die Wege gehen, die unsere Eltern, Geschwister und Freunde gegangen sind, nicht mehr dieselben Räume beleben. Nur eines ist Trost: Die Sterne der Heimat strahlen uns auch an fernem Ort – eigentlich und übertragen[21]. Jugendliebe, zaghafte Erlebnisse, alte Jugendsünden bescherten uns unvergeßlich unendliche Poesie; mehr als einmal war es, als wir uns wünschten: Zum Augenblicke dürft ich sagen: verweile doch, du bist so schön![22] Auch dies: Trinkt, o Augen, was die Wimper hält, von dem goldnen Überfluß der Welt![23] Zu rasch kam der gewaltsame Abschied. Abschiednehmen ist immer ein bißchen Sterben, ist freilich nie Sterben für immer. Das mag ein wenig trösten. Aber: Fahrt in die Fremde ist ›the journey of no return‹. Wenn jene Machthaber schon unsere Gemeinsamkeit brutal zerstört und vielen von uns die Jugend enteignet haben, so stellen wir ihnen das starke Bewußtsein unserer Gemeinschaft gegenüber, die sich verwirklicht im Bewußtsein unserer Zusammengehörigkeit, der gegenseitigen Hilfe und des alljährlichen Wiedersehens bei der Kirwa in Zwiesel, bei der wir auf jeden neuen alten Bekannten jedesmal wieder zusagen unser ganz schlichtes, aber stolzes »I bin ara Eisenstoina«. Die Not hat uns gelehrt, was wir einander bedeuten, wie sehr wir aneinander hängen, daß es nicht arm und reich, hoch und tief, links und rechts, schön und weniger hübsch zu betonen gilt. Wir erkennen, daß wir im Grunde alle dieselben sind. Es zählt eben nicht, was wirklich nicht zählt. Bei uns herrscht das strenge unbequeme Gesetz von Bescheidenheit und Demut. Man sollte Erdenhaftes nie überschätzen. *Wir* sind geradezu eine Idealgemeinde, ein Idealstaat im kleinen, modern geredet ein klassenloses Modell[24]. Für uns ist nicht wichtig, was einer geworden ist, sondern was einer war und unverändert – hoffentlich – heute noch ist und wenn's der alte Lauser ist. Wir wollen – so gesehen – nichts vergessen und nichts dazulernen, wollen alles reduzieren auf ein Minimum, das eigentlich ein Maximum ist: das Einfache und das Leise, unsere Menschlichkeit![25]

Trotzdem: die vertreibende Barbarei hat doch das eine Ungute erreicht: das Ende jeweils einer Gemeinschaft der Sprache eines herzlichen und herzinnigen Dialektes liebherber Ruppigkeit, der Gewohnheiten, Gebräuche und der guten Sitten: Ende einer ganzen deutschen Kulturlandschaft. Und wenn es sein wird, daß der Böhmerwald uns nicht mehr zurückgegeben wird, dann wird Josef Jungwirth traurig recht behalten: mit seinem Gedicht, das er dem letzten Mann vom Böhmerwald widmet.

## *II.*

Das Eigene und Fremdes ist ein großes Thema unserer kleinen Zeit; weil Interiorität und Idiologie[26] fehlen, Renaissance des Eigenen also not tut. Es gibt das Eigene und das Andere, Eigennutz und Andernutz, Eigenverständnis und Fremdverständnis, Heimweh und Fernweh. Und Gemeinsamkeit ist das Eigene plus das Eigene[27]. Das Neue Testament kennt das Wort Gleichheit nicht, Freiheit sehr wohl[28]. Selbstfindung ist die Wirkung von Sinnerfüllung, ist selbsteinschätzender Respekt vor sich selber, Selbstachtung, Gespür und Gefühl für den Eigenwert. Den Verlust des Eigenen und somit des Eigentlichen sollten wir beklagen. Die selbstquälerische Überschätzung des Fremden enteignet unser Selbst. Es gibt Fremde, welche ›Selbstbestimmungsrecht‹ am liebsten nur für Nichtdeutsches sich wünschten, aber es gibt auch die schlimmere Selbsterniedrigung. Wie oberflächlich muß einheimische Wissenschaft zum Beispiel sein, wenn sie fremde Sprache wählt und die Unübersetzbarkeit des Eigenen ihr nichts ausmacht. Und viel allgemeiner: sie wissen nicht, was mein und dein ist; vielleicht hat es sittigende Kraft, wenn sie erst wieder wissen, was – in weiterer Sinngebung – mein ist.

Zwischen Zeitgeist und heiligem Geist besteht eben eine Gleichung nicht. Das Narrenschiff des Zeitgeistes besteigen immer mehr und immer lieber, Untertanen so gern wie Obertanen[29]. Und wir alle leiden an den jungen Wörtern, mit welchen Emporkömmlinge uns belästigen und stören[30]. »Die herrschen wollen, lieben die Republik, die gut beherrscht sein wollen, lieben nur die Monarchie« (Joseph Joubert). Vieler Zeitgenossen »Leben ist so praktisch, so kompliziert, so hektisch, so aktiv, daß ihnen wenig Zeit zum Denken bleibt«[31]. Die Herren Positivisten und Utilitaristen halten Hof und geruhen, das laue Lüfterl ihrer Empirie für einen pfingstlichen Sturmwind zu halten: Lüftlmaler. Sie sind eben nicht besser, aber schlimmer sind die Lügner der offiziellen Lüge, welche die perenne Unwahrheit hoffähig gemacht haben, so arg, daß die Ehrlichen als Lumpen respective Narren gelten. »Die einzige Art zu betrügen, die zuweilen noch Erfolg hat, ist – offenherzig zu sein« (Ludwig Börne, egtl. Löb Baruch, 1786–1837). Aber die Ehrlichen müssen es sich gefallen lassen, daß Lügner ihnen die Grabsprüche meißeln, und das ist schlimm für die der Belehrung bedürftige Jugend. Die *großen* Naturwissenschaftler haben ihre Kinderkrankheiten der Exaktheitsschwindsucht allenthalben hinter sich gebracht und sind Philosophen geworden, die kleinen sind geblieben was sie waren[32]. Viele Geisteswissenschaftler entgeistigen sich zurück zu nacktem Naturalismus[33], Mathematismus und Normierungsfetischismus, zum Beispiel neuzeitlicher Grammatiker, die sogenannte naturwissenschaftliche Exaktheit, Empirismus, kindische Zahlengläubigkeit imitieren. Wenn man schon hörig sein will, suche man sich andere Weide, Augenweide etwa. Ich war Atheist, bis ich merkte, daß ich Gott bin.

Aber Narrenschiff der Zeit, allgemein, kann Rettungsboot werden, wenn man sich vergessener oder vernachlässigter Ethik besinnt, der altnordischen etwa: »Die Freiheit und Unabhängigkeit des Einzelnen ist uns wichtiger als die Macht, die man durch die Disziplin einer Gemeinschaft gewinnt«, sagt der dänische Physiker Niels Bohr. Die isländische Sage zeigt Männer, »die vor allem frei sein wollten und die eben deshalb auch das Recht der anderen respektierten, ebenso frei zu sein. Gekämpft wurde um Besitz oder Ehre, aber nicht um die Macht über andere. Natürlich weiß man auch nicht mehr so genau, wieviel von diesen Sagen auf historische Begebenheiten zurückgeht. Aber in diesen knappen, chronikartigen Darstellungen dessen, was in Island geschah, steckt eine große dichterische Kraft, und daher ist es nicht so merkwürdig, daß diese Bilder auch heute noch unsere Vorstellung von Freiheit bestimmen. Im übrigen ist wohl auch das Leben in England, in dem die Normannen ja früh eine große Rolle gespielt haben, von diesem Geist der Unabhängigkeit geprägt worden. Die englische Form der Demokratie, die Fairneß und die Rücksicht auf die Vorstellungen und Interessen eines anderen, die hohe Bewertung des Rechtes mögen doch alle auch aus dieser Quelle stammen. Wenn die Engländer ein großes Weltreich aufbauen konnten, so haben dabei diese Wesenszüge sicher eine große Rolle gespielt. Freilich ist im einzelnen auch viel Gewalt geübt worden, wie bei den alten Wikingern«[34].

Das sagt gottlob nicht ein Deutscher, sondern ein Däne. Deutschtümelei von gestern war so falsch wie der Antigermanismus von heute es ist. Für das Germanenbild muß man nicht die Barbarentheorie unfreundlich kritiklos übernehmen, man muß nicht aus jedem Buch über Germanen eine von Selbsthaß triefende Spottschrift machen. Durchaus zu Gesichte und Geschichte steht uns das Attribut »Volk der Dichter und Denker«; denn es leitet sich von dem Engländer Edward George Bulwer her: 1837 widmete er seinen Roman *Ernst Maltravers* »to the great German people, a race of thinkers and of critics«: dem großen deutschen Volk, einem Geschlecht von Denkern und Kritikern[35]. So sind wir eben deutsch wie wir germanisch sind, aber unsere Tradition ist noch weiter.

Ich meine dies: Das Humanum hat für uns ein unkündbares Verhältnis zum Divinum. Hab und Gut im schönsten Sinn dieses Wortpaares ist alsodann unser Glaube. Tuitio fidei, Schutz des Glaubens: eine vornehmere Pflicht als diese kann es deswegen für uns nicht geben. Denn wir müssen wissen, daß wir Gott Glauben nicht schenken, sondern schulden. Aber ein anderer ist der Weg der neueren Menschheit, den Grillparzer uns warnend beschreibt: von der Humanität durch die Nationalität zur Bestialität. »Der Weg der neueren Menschheit geht Von der Humanität Durch die Nationalität Zur Bestialität.« Welchen Weg aber halten wir für den rechten? Von drei Hügeln ist abendländische Humanitas ins Tal unserer Geschichte gelangt: von der Akropolis, vom Kapitol, von Golgotha. Aber alle Weisen des Menschseins gipfeln auf Golgotha.

Es sind große Namen, welche die großen europäischen Themata, Mensch zu sein, bestimmten und die alle unsere Formen, uns auszudrücken, prägten. Homer, Hippokrates, Sankt Benedikt. Von ihnen allen wissen wir – historisch sozusagen – höchstwenig, sie treten hinter ihrem Werk zurück: es gibt die homerische Frage, den Ungewißheit verratenden Sammelbegriff Corpus hippocraticum, die Kontroverse um die Regula Benedicti und die Magister-Regel. Und trotzdem ist ihre Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte übergroß. Dem hippokratischen Eid[36] danken wir das monumentale Vermächtnis von der durch Menschenhand unverletzlichen Würde des ungeborenen Lebens und damit der Frau. Würde: das ist der ganze Mensch, nicht der kasuistisch-medizinisch-juristisch zerkleinerte. Und von der Agrikultur bis zur Cultura animi sind wir benediktinische Menschen. Wer bei uns halbwegs lesen und schreiben kann, ist weitläufiger Verwandter Ordinis Sancti Benedicti. Und wer über die weltweite antikische Wirkung etwas erfahren will, der lese Johannes Urzidils hübsches Buch *Amerika und die Antike*[37]. Darum heißt die Wissenschaft, der dieses Kulturerbe vornehmlich anvertraut ist, ›klassische Philologie‹; »dieses erst am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts aufgekommene Epitheton ist oft beanstandet worden, aber es soll ein äußeres Zeichen dafür sein und bleiben, daß diese Philologie nicht dem modernen Aberglauben einer ›wertfreien‹ Wissenschaft verfällt« (Rudolf Pfeiffer, »Von der Liebe zu den Griechen«, in *Ausgewählte Schriften*, S. 287).

Schutz des Glaubens, tuitio fidei aber fordert Bewußtsein des Eigenen, Eigenbewußtsein unserer Kultur. Nicht verwaschener ubiquitärer Humanismus ist vonnöten, sondern Philologie des Eigenen. Ihr gegenüber hat die Kirche versagt, als sie die Latinität preisgab, und die CSU, als sie halbherzig wurde gegenüber dem humanistischen Gymnasium. Wir wollen nichts wissen von entsakralisierendem Sozialritus, von provinziell-landeskirchlicher Sprachregelung. Um Sprache, die am strengsten den geschichtlichen Zusammenhang bis zur Gegenwart wahrt, legt sich wie ein Kreis die Religion[38]. »Aller Glaube lebt weithin in und durch Sprache. Insoweit ruht seine Erkenntnis auf Sprachverständnis«[39]. Heilig, urgermanisch ›hailagaz‹, heißt etymologisch ›unverletzbar, voll guter Kraft‹. Das Heilige ist die Wurzel der Religion und des religiösen Kultes; denn Kult ist die Verehrung des Heiligen. Philologie des Eigenen also: Sprache und Religion, beide sind enge miteinander verbunden; bei uns sogar ganz spezifisch auf folgende Weise: der älteste überlieferte Beleg für das Wort ›deutsch‹ ist ›theodisca lingua‹ und heißt ›Sprache des Volkes‹, heißt volkhafte Abgrenzung von der grenzunwilligen universalen Latinität der Kirche. Demgegenüber ist die moderne Entwicklung rückschrittlicher Verlust der Sprache: Wer Latinität einreißt, baut Grenzmauern auf. Ehedem war – wie gesagt – Deutsch Volkes Sprache, Latein Idiom des Klerus; heute reden sie beide deutsch und religiöses Verständnis, religiöse Verständigung ist geringer denn je. Es muß überdies gar nicht sein, daß der Priester sich im Gewand so unwohl wie in seiner Sprache nicht mehr vom Laien unterscheidet.

Ein anderes: es gibt heute Phänomene, die einem gewisse Phänomene alter Kreuzzugssituation über Nacht begreiflich machen[40]. Aber anders als wir hatten die damals Betroffenen ein Bewußtsein von Eigenwert: sie wußten, wer sie waren, und sie wußten daher auch, wer ihre Gegner seien. Wissen sollten *wir* so viel: daß das noch immer leistungsfähigste Propaideuma zum Begreifen des Humanum die alte christkatholische Kulturtradition ist; abendländisch-christlich aber wird der Mensch nicht durch lauter Subtraktionen und Neutralitätsakte, durch das Absehen vom eigenen Geworden- und Gewachsensein: was dabei herauskommt, ist nur physiognomielose Ubiquität von Religion, Zivilisationsbrei und am Ende antiseptische Barbarei und Krankheit; Europäer und Christ kann man nur werden durch Ausweiterung des Individuellen in die Tiefenräume einer humanen Erfahrung der vielen Generationen, zu der die Antike nun einmal in einer unaufkündbaren Endgültigkeit den Grund gelegt hat, auf dem das Christentum ›katholon‹ d. h. allumfassend wurde[41].

Vielleicht wird die katholische Kirche einmal über den Quasirebellen Lefebvre gleichermaßen gnädig urteilen wie heute, allzuheutig über den wirklichen Rebellen und Antisemiten Dr. Martin Luther, dem die Messe ein »Meßgreuel« war und der schwachsinnige Kinder als »massa carnis«, Fleischklumpen, zu bezeichnen beliebte, die man ersäufen solle. Der Herr Doktor war zusätzlich noch ein humorloser alleswisserischer Grobian.

Vergesse in allem keiner, was Adalbert Stifter uns eingeschärft hat: »Denn was nur als groß auf Erden besteht, besteht durch Sitte und Treue. Wer *heute* die *alte* Pflicht verrät, verrät auch *morgen* die *neue*«.

»Katholisch, das ist die Religion, die ich liebe, sie ist so malerisch« weiß Paul Claudel. Malerisch ist dritte Konfession, Fusionsprodukt aus katholisch und evangelisch, keineswegs. Lernen können wir von den Juden, von ihren Bildern und ihrer Weise zu glauben. Katholiken gehören wie Juden zu den Kindern Abrahams, welcher der Vater aller Glaubenden ist. Man ist erschüttert, wenn man jüdischen Gottesdienst anhört, erschüttert ob seiner gewaltigen Großartigkeit und erschüttert beim Vergleich mit liturgischem Kunstgewerbe, das übrig geblieben ist oft dort, wo die größte Liturgie der abendländischen Welt zerstört ist. Bei jüdischer Liturgie versteht man u. U. nichts und doch alles, bei uns versteht man alles und versteht am Ende (da und dort zumindest) die Welt nicht mehr. Die liturgischen Demoskopen täuschen sich. Es gilt, was auf dem Feldweg Heideggers sich ereignet: Die *Wenigen* werden die Bleibenden sein.

## *III.*

Das homerische Epos hat einen Formelvers für die Anrede eines Fremden: »Tis pothen eis andron? Pothi toi polis ede tokees?« Wer *bist* du und woher von den Menschen kommst du? Wo ist deine Stadt, wo sind deine Eltern? Seine Eltern nicht kennen ist traurig, sie nicht kennen zu wollen ist unverschämt. Wer nicht nach seinen Eltern fragt, mißachtet die Frage nach sich selbst. Homer fragt den

anderen, den Fremden: wer bist du? Hier beginnt die europäische Schöpfung, hier beginnt unser ureigenes Menschentum. »Wer bist *du*« also ist noch homerisch, die vorsokratischen Philosophen und schon gar der große Sokrates fragen sodann: Wer bin *ich*? Die Fähigkeit zu dieser Frage ist eine Leistung, die größte Leistung aller Zeiten, mit ihr haben die Griechen Europa geschaffen; mit den Antworten rackern wir uns heute noch ab letztendlich ganz natürlich erfolglos. Das aber mindert nicht die Leistung der Frage, weil sie ein Zeichen der mutigen Selbsterkenntnis ist. ›Gnothi sauton‹ ›erkenne dich selbst!‹ lautete später der delphische Auftrag, dem Sokrates demütig diente, dessen Suchen die Erkenntnis krönte ›ich weiß, daß ich nichts weiß‹. Es ist schon herzig, daß der gewiß schwarze Neger Léopold Sédar Senghor[42] unsere Politiker auf den ›homo Europaeus‹, auf Europäertum des Geistes, auf Griechisch und Latein, auf die Kostbarkeit des humanistischen Gymnasiums aufmerksam machen muß. Wir verfügen bereits so wenig über abendländische Gemeinsamkeiten, daß wir erst eine Schulung abhalten müssen, damit wir ein gemeinsames Vokabular erreichen. Wer nicht weiß, wer er ist, ist arm dran. Der ziel- und sinnlose Taten- und Geschwindigkeitswahn unserer Zeit läßt solche Antwort der Selbstfindung nicht zustande kommen: »Ich hab zwar ka Ahnung, wo i hinfahr, dafür bin i eher durt«[43]. Dank der totalen Analyse ist der Mensch ein durchsichtiger Hanswurst geworden[44], aber wer und woher er ist, weiß er weniger denn je. Das überrascht den nicht, der weiß, daß Wissenschaft der jeweilige Stand unserer Irrtümer ist.

Europa als Lebensform und das Lob des Westens, das gibt es[45]. Für Karl Jaspers liegt »die Eigentümlichkeit Europas in der Kopplung von Freiheitsbegriff, Geschichte, Wissenschaft und Technik«[46]. Die das nicht wissen, tummeln sich in ihrer peinlichen Gschaftlhuberei und gönnen ihren eigenen Kindern nicht, was ihnen fehlt, Beispieles halber das humanistische Gymnasium. Aber unser Humanum hat eben unbezweifelbaren Bezug zum Klassischen. Gewissen Politikern mag in ihren billigen Kram, der uns so viel Geld kostet, anderes passen, unsereiner aber, der sich selber waschen muß (= selber den Kopf waschen muß), reinigt sich anders, sieht das alles anders. Auch die oftmalige Minifizenz von Ministern und Politikern kann der Magnifizenz der klassischen Exempel nichts anhaben. Der antikisch-deutsche humanistische Kosmos begeistert sich im Ausruf ›Voilà un homme!‹ Dessen lateinische Übersetzung ist ›Ecce homo!‹, und diese bringt uns zurück in unsere eigentliche Geborgenheit. Man schaut nicht gut aus, wenn man einem anderen ähnlicher schaut als sich selbst. Der Mensch ist nicht nur die zeitgenössische Präsenz von Körperlichkeit und Korpulenz, er ist vielmehr archaisch sowohl wie modern; in ihm lebt etwas von der kulturellen Identität durch Zeit und Raum. Wenn dieVergangenheit sich nicht auf die Gegenwart auswirken darf, dann kann diese Gegenwart sich nicht auf die Zukunft auswirken – dann ist die Gegenwart bedeutungslos. Wenn wir die Klassik retten, dann wird das bleiben, was sein muß; es beschreibt sich in dem Satz: Caesar non supra grammaticos, der

Kaiser steht nicht über den Philologen. Allen denen, die unsere klassische-christliche-germanische Vergangenheit verraten, erwidere ich mit Bert Brecht: Habt doch nun endlich mit euch selbst Erbarmen! Tät'st Du Dir selbst vertrauen, wär alles Kinderspiel. Und Hölderlin: Oft zürnt' ich weinend, daß du immer blöde die eigene Seele leugnest. Bei all dieser Pädagogik geht es nicht um Wissenstümelei, sondern um eine Quintessenz aller Schule, welche Josef Schmidt der Schullehrer von Außergefild vor hundert Jahren schon in das goldene Dictum gefaßt hat: »Hoch über allem Wissen steht das Herz« und mein Kamerad Sepp Skalitzky, geliebter Schullehrer auch, hat uns darauf aufmerksam gemacht. Der Schullehrer Schmidt hat erfaßt, was heute nur den Gescheitesten einleuchtet, daß waschechte Schule auf Begreifen und Verstehen aus ist, darauf aus, Kräfte und Fähigkeiten aufzufalten und nicht Boanlkromerei von Wissen zu sein.

Die Medizin kennt den Begriff der ›facies hippocratica‹, des hippokratischen Gesichts, und sie meint damit die Frage, ob der Patient die veränderten Gesichtszüge eines Sterbenden hat. Dieser Begriff kommt aus dem Corpus hippocraticum, wo Hippokrates den Arzt belehrt darauf zu achten, ob das Gesicht des Kranken sich selbst ähnlich geblieben ist. Dann sei es gut. Schaut es sich selbst aber nicht ähnlich, dann ist der Kranke moribund. Wörtlich heißt es: »Bei den akuten Krankheiten muß man auf folgendes achten: In erster Linie auf das Gesicht des Kranken, ob es dem Gesicht gesunder Menschen gleicht, vor allem aber, ob es sich selbst gleicht. So wäre es nämlich am besten, am schlimmsten aber, wenn es ganz und gar unähnlich ist« (Sigerist). Wie ist es da um die Physiognomie unserer Kultur, auch der religiösen, bestellt? Hat sie noch ihr Gesicht? Sieht sie sich noch ähnlich? Oder liegt sie im Sterben? Facies hippocratica? Oder sind wir selber an ihrem Tod schuld? Weil wir ihr nicht ihr Gesicht lassen. Geschichtslosigkeit verursacht eben Gesichtslosigkeit. Sehen wir uns noch gleich oder schaut uns eher etwas ähnlich? Schauen wir nicht eher anderen ähnlich, die wir nicht sein dürfen und im Grunde auch gar nicht sein wollen? Sind wir uns nicht *so* unähnlich, ist das Gesicht der Kultur sich *so* unähnlich, daß es – facies hippocratica – Gesicht des Sterbenden ist? Touristisch-folkloristische Fremdtümelei setzt uns die Masken fremder Kulturen ins Gesicht, wie normenlüsterne Pädagogik und Medizin eher darauf achten, daß der Mensch anderen eher ähnlich sieht als sich selbst. Wenn wir nicht aufhören sollen, uns selber ähnlich zu sein, müssen wir etwas tun; denn auch die Denkmäler für die alten und großen Fragen werden müde: monumenta fatiscunt. Soviel Politik ist sinnlos und das ist ärger, als wenn sie nur falsch wäre. Es hängt viel an dem, was das unser Eigene sei. Odysseus mußte nach langen Jahren seiner Odyssee heimkehrend seiner Gattin Penelope seine eigene Einerleiheit bewahrheiten, durch geheime, aber wichtiger noch: deutliche Zeichen, Wahrzeichen seiner selbst (*Od.* XXIII 110, 153/240, 295). Ich bin optimistisch: alle unsere schwarzseherischen Rechnungen veranstalten wir ohne die Komponente Herrgott; aber Europa ist auch kräftig genug, sich selbst

zu erneuern, es hat etliche Wiedergeburten hinter sich, Renaissancen; wir brauchen nur eine neue Renaissance, die geschehen wird, wenn wir dem anthropozentrischen Humanismus widersagen, Demut vor Gott zurückgewinnen, unseren großen Herren des Momentanen so manche Hoffart abgewöhnen und austreiben.

Sanfte Verschwörung: damit sind wir dort, wo ich sein will. Sie merken es schon: das sanfte Gesetz des Adalbert Stifter: unter seinem Namen haben wir uns wiedergefunden und nach dem Gesetz seiner still-sanften Gesinnung haben wir 1945 begonnen, geduldig die Harmonie wiedergutzumachen, gestörte von denen, die uns davongejagt haben. Was uns von Adalbert Stifter so heimelig ankommt, ist sein ›sanftes Gesetz‹. Wir vermuten nicht zuviel, wenn wir es mit seiner Schulzeit bei Benediktinermönchen verbinden, deren Wesen die ›discretio Benedictina‹ ist, die hinwieder pädagogisch ist, Paideia Benedictina ruhiger Bildung und stillen Gelehrtentums. Ich meine die acht Jahre der frühesten Stifterschen Jugend in Kremsmünster, die seine schönsten waren, »weil sie die reinsten waren«, dort hütete ihn sein geliebter Lehrer und Landsmann Pater Placidus Hall (aus Oberplan stammend wie er); es waren Jahre der Klösterlichkeit, die wiederkehrt in der »windstillen« Welt des »Nachsommers«. Stifters sanftes Gesetz quillt aus schöner Seele des benediktinischen Ethos, aus großem Programm individualistischer Pädagogik. Gemäß Benedikts Gebot der Ordensregel darf der Abt nicht Normen errichten, denen der Mönch zu entsprechen oder an denen er zu zerbrechen hätte, vielmehr ist es äbtliche Aufgabe, die Virtus des Einzelmönchs zu ermitteln und sie individuell zu protegieren. Gegenüber dieser benediktinischen Erziehung und Bildung nimmt sich so mancher didaktischer New Look museal aus. Genau daher, von Benedikt her aber leitet sich Adalbert Stifters sanftes Gesetz, das er in der Vorrede zu den *Bunten Steinen* zusammen mit seinen *Ansichten über Großes und Kleines* begründet. »Ich bin ein Mann des Maßes und der Freiheit« sagte er. Wir wollen das sanfte Gesetz zu erblicken suchen, wodurch das menschliche Geschlecht geleitet wird, wir wollen es suchen und halten! Diese Vorrede stellt für »den Freund der Dichtung Stifters ein ähnliches Dokument dar wie für Beethovenfreunde das Heiligenstädter Testament« (Mühlher). Und diese Vorrede hat rettende Bezüglichkeit zu gegenwärtiger Notwendung, sie verrät, wie sehr oft klein ist, was als groß gilt. Und wir wissen, daß die Böhmerwaldkinder gelehrig sind; ich darf eines von ihnen zitieren, keinen Geringeren als Seine Exzellenz den hochwürdigsten Herrn Bischof von Passau Antonius Hofmann, der sich in seinem Wappen nennt ›Minister in medio vestrum‹: Diener in eurer Mitte. Stifters sanftes Gesetz ist aus der Revolution von 1848 auch zu verstehen, gegen die es sich richtet, liebte es doch die organische Evolution. Daher ist es, daß die linke Literaturwissenschaft mit Stifter keine Freude hat. *Wir* aber empfinden ausgerechnet das, was anderen nicht behagt, als kostbares Vermächtnis und hinterlassene Botschaft des Böhmerwaldes an die gutwillige Welt: eben *das sanfte Gesetz*, mit dem unser

Landsmann Adalbert Stifter uns auf monastische Weise eingeordnet hat in die große europäische Dimension. Es möge sein deutscher Beitrag zur Humanität[47].

Anmerkungen:

1. Karl Heinrich Waggerl, *Vagabund an der Leine*, Ullstein Buch Nr. 412, S. 67. – Bezaubernd und rührend ist meines nunmehr in Gott ruhenden greisen jüdischen Freundes Reinhold Regensburger *Kleiner Liebesbrief an das große Berlin* (gedruckt in der Offizin Chr. Scheufele in Stuttgart 1967), der vom heimatfernen englischen Cambridge aus geschrieben wurde.

2. Im »Heidedorf« sang Stifter das hohe Lied der Heimat.

3. »Volk und Knecht und Überwinder, sie gestehn zu jeder Zeit: Höchstes Glück der Erdenkinder sei nur die Persönlichkeit« (Goethe). Vgl. José Ortega y Gasset, *Um einen Goethe von innen bittend*, 1932.

4. Abt Norbert Mußbacher (Stift Lilienfeld), *Kristallisation – Gedichte*, 1977, S. 34.

5. Rudolf Kubitschek, *»Tief drin im Böhmerwald«. Das Lied der Böhmerwäldler*, Carl Maasch's Buchhandlung A. H. Bayer, Pilsen, [2]1941. Prof. Kubitschek, »der Kubo«, war mein Lehrer für Deutsch und Geschichte an der Pilsener Oberschule: eine liebenswürdige nonkonformistische Gestalt!

6. Kubitschek, aaO., S. 8 u.14.

7. Karl Franz Leppa, »Andreas Hartauer / Was einst der Wald dir rauschte, / macht uns die Seele schwer; / was einst dein Herz erlauschte, / klingt über Land und Meer«.

8. »Du Lied des Heimwehs, Odyssee!« (Geibel). Homer, *Odyssee* I 57/59: »Aber Odysseus sehnt sich danach, auch nur den Rauch über seinem Vaterland aufsteigen zu sehen, bevor er sterbe«. *Odyssee* IX 34/36: »Denn nichts ist doch süßer als unsere Heimat und Eltern, wenn man auch in der Fern' ein Haus voll köstlicher Güter, unter fremden Leuten, getrennt von den Seinen, bewohnet« (Voß). *Odyssee* XIII 353 f.: »Da freute sich also der göttliche Dulder Odysseus und war glücklich über sein Vaterland, er küßte die fruchtbare Erde«. Vgl. das Preislied des Dichters Sophokles auf seine Heimat im *Oidipus auf Kolonos*, 668–719; zu hypsipolis/apolis vgl. *Antigone* 368/371.– Euripides, *Medea* 649 f.: »Es gibt kein höheres Übel, als des Vaterlandes beraubt zu werden«.

9. Beim Einmarsch der Russen in die Tschechei am 21. August 1968 jammerte die Presse. Aber wo war 1945/46 die Empörung, als Deutsche Böhmens malträtiert, gemordet, verbannt wurden? Das Ausland, das doch immer ein so gutes Gewissen hat, verharrte in peinlicher Stummheit, die deutsche Lizenzpresse sowieso. Aber als anständiger Mensch hat man *jederzeit* und *überall* seine protestierende Stimme zu erheben, wenn Unrecht geschieht. Man genügte ja oft nicht einmal der Chronistenpflicht, der Pflicht zur neutralen Berichterstattung. Und überdies muß man wissen, daß die größten Gemeinheiten von Obrigkeiten ausgehen. Daher müssen wir unentwegt aufpassen, daß Obrigkeit nicht Niedrigkeit wird.

10. Vgl. aber auch Erik v. Kuehnelt-Leddihn, in *Zeitbühne*, Mai 1983, S. 22/24, Juni 1983, S. 24/26, und in der Zeitung *Die Presse. Unabhängige Zeitung für Österreich* (spectrum 26./27. Juni 1982).

11. Wolfgang Borowsky, *Die »neue Welt« – Vorspiel der Hölle. Biblische Betrachtung zur antichristlichen One-World-Bewegung in der Hoffnung auf Jesus Christus. Den belogenen und verratenen Völkern und der verfolgten Kirche gewidmet*, Saterland Verlag, 1982; S. 56 f.; Friedrich Holtschmidt (Hg.), *Stern von Bethlehem. Ursprung, Wesen und Ziel der Freimaurerei*, Hünstetten/Taunus 1981; R. Sebott, »Die Freimaurer und die Deutsche Bischofskonferenz«, in *Stimmen der Zeit*, 1981, S. 75/87; J. Stimpfle, *Die Freimaurerei und die Deutsche Bischofskonferenz*, Zu dem Artikel von Reinhold Sebott (aaO., S. 409–422).

12. Vgl. Rilkes Gedicht »Die großen Städte sind nicht wahr«, im *Stundenbuch*.

13. Vgl. Oscar Schneider, *Heimatpflege zwischen Tradition und Fortschritt*, Heideck 1976.
14. Formulierungen in diesem Satz nach Rilke: 3., 7., 9. *Duineser Elegie*.
15. Ulrich Wyss, *Die wilde Philologie. Jacob Grimm und der Historismus*, München 1979, S. 264.
16. Jacob Grimm, *De desiderio patriae*. Antrittsrede an der Göttinger Universität, gehalten am 13. November 1830. In dieser Rede findet sich »eine Polemik gegen das Haus Habsburg, das, im Besitz der höchsten Reichsgewalt, die Bedeutung der Sprache als ›uniam reip. causam plerumque‹ vernachlässigte« (Wyss, aaO., S. 270).
17. Bde. I/IV 1840/1863. Rudolf Hübner, *Jacob Grimm und das deutsche Recht*, 1895; Eberhard Freiherr von Künßberg, *Deutsche Bauernweistümer*, 1926.
18. Jacob Grimm, *De desiderio patriae*, ed. W. Ebel, S. 12.
19. Ebenda, S. 17.
20. Ebenda, S. 19.
21. Vgl. das Lied aus den Kriegsjahren: »Länder und Meere, so schön und so weit, Ferne, zu Märchen und Wundern bereit, alle Bilder müssen weichen, nichts kann sich mit dir vergleichen! Dir gilt mein Lied in der Ferne, Heimat. Heimat deine Sterne, sie strahlen mir auch am fernen Ort. Was sie sagen, deute ich ja so gerne als der Liebe zärtliches Losungswort. Schöne Abendstunde, der Himmel ist wie ein Diamant. Tausend Sterne stehen in weiter Runde, von der Liebsten freundlich mir zugesandt. In der Ferne träum' ich vom Heimatland«. Erich Knauf (Text), Werner Bochmann (Musik), 1942.
22. Goethe, *Faust II* (»Vorhof des Palastes«).
23. Gottfried Keller, *Abendlied*.
24. Gewiß sind wir keine gleichförmige Gesellschaft, aber wer Leistung vollbringt, wem ein Werk gelingt, er soll nach rascher Genugtuung gleich diese abstreifen.
25. Mich rührt so sehr / böhmischen Volkes Weise, / schleicht sie ins Herz sich leise, / macht sie es schwer. / Wenn ein Kind sacht / singt beim Kartoffeljäten, / klingt dir sein Lied im späten / Traum noch der Nacht. / Magst du auch sein / weit über Land gefahren, / fällt es dir doch nach Jahren / stets wieder ein (Rainer Maria Rilke).
26. Idios griech., heißt ›eigen‹.
27. Eduard Spranger, *Der Bildungswert der Heimatkunde. Mit einem Anhang »Volkstum und Erziehung«*, [3]1952; Georg Migersdorffer, »Von der Geburtsheimat zur geistigen Heimat. Zum antiken Modell eines Bewußtseinswandels« (*Vierteljahrsschrift des Adalbert-Stifter-Instituts des Landes Oberösterreich* 25, 1976, S. 131/142).
28. Erik von Kuehnelt-Leddihn, »Die linke Versuchung des Christentums«, in *Zeitbühne*, Juli/August 1980 S. 23 ff.
29. Heinz Friedrich, *Im Narrenschiff des Zeitgeistes. Unbequeme Marginalien*, München 1972.
30. Hans Weigel, *Die Leiden der jungen Wörter. Ein Antiwörterbuch*, 1974.
31. Das sagte Tocqueville szt. über die Amerikaner.
32. Hans Daiber, in *Der Reiz der Wörter*, Stuttgart 1978, S. 39 f.; Friedhelm Kemp, S. 122/124.
33. Vgl. Charles Lichtenthaeler, *Geschichte der Medizin*, Köln-Lövenich [3]1982, S. 245.
34. Niels Bohr in Werner Heisenberg: *Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik*, München [3]1976.
35. Erich Kleinschmidt, »Konservative Revolution und heroischer Existentialismus«, in *DVjs*, 57, 1983, S. 469/498, bes. S. 481.
36. Die griechische Antike kannte auch einen Richter-Eid, für attische Bürger, der höchst beachtlich ist, der aber über keine Wirkungsgeschichte verfügt; Wilhelm Krause, *Die Griechen. Von Mykene bis Byzanz*, Wien 1969, S. 289 u. 333 ff. –Die entschiedensten Gegner des Abtreibungsparagraphen 218 sind Gynäkologen. Wo sie kompetent sind, dort endet die Kompetenz der Juristen. H.-P. Krieglsteiner u. R. Strigl, »Konfliktberatung beim Schwangerschaftsabbruch. Ärztlich bedeutsame Gesichtspunkte«, in *Bayerisches Ärzteblatt*, 1980, S. 935/947.

37. Reihe »Lebendige Antike«, Zürich–Stuttgart 1964.

38. Formuliert nach F. Stroh, *Handbuch der germanischen Philologie*, Berlin 1952, S. 30.

39. Ebenda, S. 639.

40. Vgl. D. Schmitz-Burchartz, »Handamputationen als Strafmaßnahme«, in *Medizinische Welt*, 32, 1981, S. III.

41. Von ›das noch immer leistungsfähigste Propaideuma‹ an sind viele Formulierungen Otto Seel (*offener Brief zum Terminologiekurs der Medizinstudenten*) entnommen; die damit ausgedrückten Inhalte verantworte ich.

42. Senghors Rede *Über den Wert des Unterrichts in den klassischen Sprachen*, Rom 1973, wurde in der Übersetzung von Prof. Walther Kraus, Wien, von der »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung humanistischer Bildung in Bayern e.V.« (Vorsitzende: Prof. Dr.-Ing. Gerd Albers, Prof. Gerhard Pfohl, Rechtsanwalt Dr. iur. Wilhelm Faltlhauser)1983 als eigene Werbeschrift für das humanistische Gymnasium und die humanistische Universität herausgegeben.

44. Kurt Marko, »Gerontokratische Epigonen, rebellierende Frauen, jugendliche Waldgänger«, in *Unser Epigonen-Schicksal. Nichts Neues unter der Sonne*, Herder-Bücherei Initiative 35, Freiburg 1985, S. 130.

45. Manfred Schlapp, in *Unser Epigonen-Schicksal. Nichts Neues unter der Sonne*, aaO., S. 165; vgl. G. Pfohl, »Der fortschrittelnde Mensch ein durchsichtiger Hanswurst und Strizzi. Oder: Katholischer Wein läßt sich trinken, katholischer Gspritzer nicht«, in *Arzt und Krankenhaus*, 57, 1984, S. 183/186.

45. Reinhold Schneider, *Europa als Lebensform*, Köln–Olten 1957; Richard F. Behrendt, *Lob des Westens*, Zürich 1947.

46. Karl Jaspers, »*Vom europäischen Geist*«. Vortrag gehalten bei Rencontres Internationales de Genève im September 1946, München 1947.

47. Bekenntnishaft ist die Strophe des Arbeiterdichters und Sozialisten Karl Bröger: »Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt, / bloß: wir haben sie nie bei ihrem Namen genannt. / Herrlich zeigte es aber deine größte Gefahr, / daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war. / Denk es, o Deutschland.«

(Schreibweise und Zeichensetzung dieses Beitrages nach ausdrücklichem Wunsch des Verfassers)

RUDOLF STREINZ

# Selbstbestimmungsrecht, Minderheitenschutz und Volksgruppenrecht –

## Möglichkeiten und Grenzen des Völkerrechts

### *A. Einleitung*

Selbstbestimmungsrecht, Minderheitenschutz, Volksgruppenrecht sind seit langem ein herausragendes Thema in der Arbeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihrer Heimatgliederungen. Vorträge und Publikationen geben davon Zeugnis[1]. Die jüngsten Entwicklungen in Europa haben dem eine unerwartete Aktualität und Dimension gegeben. So lautete das Thema einer Podiumsdiskussion des Arbeitskreises Sudetendeutscher Akademiker auf dem Sudetendeutschen Tag 1993 in Nürnberg: »Minderheitenschutz durch Volksgruppenrechte – ein Baustein für Europa?« Bei dieser Tagung wurde auch beklagt, Fragen des Minderheiten- und Volksgruppenrechts seien über Jahrzehnte hinweg im wesentlichen nur ein Thema der Minderheiten und jeweils betroffenen Volksgruppen selbst gewesen[2]. Dieses besondere Interesse ist leicht erklärbar durch die besondere Betroffenheit. Dies gilt gerade auch für die Sudetendeutschen: Der 4. März 1919 ist der Tag des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen, auf das sich diejenigen ausdrücklich beriefen, die an diesem Tag gegen die gewaltsame Verhinderung der Wahlen zur deutsch-österreichischen Nationalversammlung in Wien in ganz Deutsch-Böhmen und im Sudetenland protestierten.[3] Die Unzulänglichkeiten eines »Minderheitenschutzes« als »Milderung« des vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechts mußten sie in der CSR kennenlernen, der der Wille zu seiner Durchführung bona fide fehlte – ganz abgesehen davon, daß in einem Vielvölkerstaat mit 6,7 Millionen Tschechen, 3,1 Millionen Deutschen, 2 Millionen Slowaken, 700 000 Ungarn, 500 000 Ruthenen, 300 000 Juden und 100 000 Polen (nach der Volkszählung von 1921)[4] ein »Minderheitenschutz« schon von der Konzeption her verfehlt ist. Diese Situation ließ wohl die große

Mehrheit den vom nationalsozialistischen Deutschland aus ganz anderen als am Selbstbestimmungsrecht orientierten Motiven 1938 erreichten – und in der Form des Münchner Abkommens eigentlich gar nicht gewollten[5] – »Anschluß« als Erfüllung des Selbstbestimmungsrechts erscheinen, und auch die beteiligten Staaten, insbesondere das Vereinigte Königreich, sahen dies so[6]. 1945 folgte mit der Vertreibung die Negation und Vernichtung jeglichen Rechts. Die Volksgruppe in der Vertreibung bemühte sich um eine Fixierung ihrer Rechtsstandpunkte, hielt am Anspruch auf die Heimat und ihre Wiedergewinnung ausweislich der Satzung ihrer Landsmannschaft fest, engagierte sich aber über ihre konkreten Anliegen hinaus in vielfältiger Weise für eine allgemeine Anerkennung und Fortentwicklung der sie besonders berührenden Rechte auf Selbstbestimmung, Heimat und Volksgruppenidentität. Dies ist der zutreffende Ansatzpunkt, da – wenn überhaupt – nur allgemein anerkannte Rechte Realisierungschancen haben.

Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten als solcher und die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes brachten 1989 bis 1991 das Thema des Minderheitenschutzes, das bis dahin eher als etwas für Exoten angesehen wurde, auf die Tagesordnung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Bereits auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen vom 15. Januar 1989[7] wurde es angesprochen, das Dokument des Kopenhagener KSZE-Treffens über die menschliche Dimension vom 29. Juni 1990[8] widmete ihm einen eigenen Abschnitt, die sog. Charta von Paris für ein Neues Europa vom 21. November 1990[9] hebt seine Bedeutung hervor, vom 1. bis 19. Juli 1991 befaßte sich ein KSZE-Expertentreffen ausschließlich mit dem Thema nationale Minderheiten[10]. Die bei diesen Konferenzen herausgegebenen Erklärungen sind nicht völlig ohne praktische Folgen, verglichen mit dem äußerst trostlosen früheren Zustand, wobei in einigen Staaten allein die Anerkennung der Tatsache, daß es in ihnen überhaupt eine nationale Minderheit gibt, bereits als Fortschritt verbucht werden muß.

Was aber viel mehr – und leider zu Recht – ins Augenmerk rücken mußte, war die Wiederholung der Negation jeglichen Rechts einer Volksgruppe, wie sie nach 1945 die Heimatvertriebenen erleiden mußten: als sogenannte »ethnische Säuberungen« bezeichnete Vertreibungen im auseinanderfallenden ehemaligen Jugoslawien, zuerst in Kroatien, dann in Bosnien-Herzegowina, zunächst allein und immer noch hauptsächlich durch Serbien betrieben, das eben dabei ist, die Prämie für möglichst rücksichtsloses und gewalttätiges Vorgehen einzustreichen. Dies läßt Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Rechts aufkommen, die gegenüber dem Völkerrecht schon immer geäußert wurden[11]. Und doch dürfen wir die Augen davor nicht verschließen, wollen wir uns ein Bild über die tatsächlichen Möglichkeiten und Grenzen des Völkerrechts im Hinblick auf die genannten Schutzgüter Selbstbestimmung, Minderheiten und Volksgruppen machen. Wissenschaftliche Erkenntnis setzt den Mut – und die Freiheit – zur Wahrheit voraus[12]. Der Völkerrechtler läuft

daher Gefahr, daß es ihm wie dem Überbringer der schlechten Nachricht in der Antike geht, der für den Inhalt des Vermeldeten persönlich verantwortlich gemacht wurde. Bei aller Nüchternheit soll aber auch versucht werden, positive Ansätze zu finden. Denn die Hoffnungslosigkeit ist keine Perspektive.

Der Stand von Selbstbestimmungsrecht, Minderheitenschutz und Volksgruppenrecht im Völkerrecht der Gegenwart kann hier nur sehr kursorisch aufgezeigt werden[13]. Da sich in seiner Realisierung jedes Recht bewährt, werde ich mich dem Problem der praktischen Rechtsdurchsetzung zuwenden. Schließlich werde ich auf ein in dem gegebenen Rahmen erfolgreiches Festhalten am Selbstbestimmungsrecht, nämlich die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands, und die weiteren Chancen von Selbstbestimmung, Minderheitenschutz und Volksgruppenrecht in Europa, insbesondere auf die damit verbundenen Perspektiven für heimatverbliebene und heimatvertriebene Deutsche, eingehen.

## *B. Selbstbestimmungsrecht, Minderheitenschutz und Volksgruppenrecht im Völkerrecht der Gegenwart*

### *I. Selbstbestimmungsrecht*

»Kaum ein Begriff des Völkerrechts ist im Laufe der jüngsten Entwicklung der internationalen Beziehungen als Rechtsargument derart strapaziert worden. Vor allem aber ergibt sich, daß das Selbstbestimmungsrecht zu einem täglichen Kampfbegriff für die Rechtsdurchsetzung, für die politische Durchsetzung und für rechtspolitische Bestrebungen geworden ist.« An dieser 1973 getroffenen Feststellung des Heidelberger Völkerrechtlers Karl Doehring[14] hat sich auch 20 Jahre später nichts geändert, wenngleich die Einsatzschwerpunkte sich gewandelt haben, manches – z. B. die »traditionelle« Dekolonisierungsdebatte – weitgehend überholt wurde und Neues – z. B. die Auflösung bestehender Staaten wie Sowjetunion, Jugoslawien, Tschechoslowakei mit ganz unterschiedlichen Nachfolgeproblemen, je nach dem Grund und der Form der Auflösung – hinzugetreten ist. Von dem Selbstbestimmungsrecht wird behauptet, daß dieser Begriff bisher von niemandem praktikabel definiert werden konnte. In der Tat wird er für Vieles und Unterschiedliches verwendet: Recht auf Selbstbestimmung in inneren Angelegenheiten, Recht auf Entkolonisierung, Recht auf eigene Bodenschätze, Recht auf Bildung eines eigenen Staates, Recht auf Sezession, Recht auf Anschluß an andere Staaten, Recht auf Minderheitenschutz in einem Staat mit mehreren Nationalitäten, Recht auf Verhinderung der Sezession durch Majorisierung, Recht auf religiöse, kulturelle und völkische Autonomie, Recht auf Kündigung sog. ungleicher Verträge, Recht auf Abwehr von Annexion, Recht auf Abwehr einer aufgezwungenen Verfassung und anderes mehr[15].

Es lassen sich aus alter Zeit über die Neuzeit bis hin in die Gegenwart Auseinandersetzungen zwischen Völkern oder Staaten nachweisen, die mindestens auf einer Seite im Zeichen des Selbstbestimmungsrechts geführt wurden. Das neuere Verständnis des Selbstbestimmungsrechts beginnt jedoch erst mit dem Erwachen des Nationalbewußtseins. Dementsprechend spielte es in den Unabhängigkeits- und Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts eine große Rolle[16]. Berühmt geworden ist die Friedensbotschaft des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson von 1917, die, ohne den Begriff ausdrücklich zu nennen, den Inhalt des Selbstbestimmungsrechts wiedergibt:

»Kein Friede kann Bestand haben und sollte es auch nicht, der nicht den Grundsatz anerkennt und sich zu eigen macht, daß alle gerechten Machtbefugnisse der Regierungen aus der Zustimmung der Regierten abzuleiten sind und daß niemand ein Recht hat, die Völker von einem Herrscher zu einem anderen zu überweisen, als handle es sich um bloße Vermögensstücke. Es muß das Prinzip anerkannt werden, daß keine Nation versuchen sollte, ihre politische Herrschaft über eine andere Nation oder ein anderes Volk auszudehnen, sondern daß jedes Volk die Freiheit besitzen sollte, seine eigene politische Ordnung, seine eigene Art der Entwicklung zu bestimmen, unbedroht, ohne Furcht.«[17]

Diese Botschaft und die ihr folgenden 14 Punkte[18], darunter als Punkt 10 das Selbstbestimmungsrecht, waren Bestandteil der Waffenstillstandsbedingungen und sollten die Grundlage der Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg sein. Wie wir wissen, schlug sich davon nur wenig in den Pariser Vorortverträgen und ihrer Durchführung nieder[19]. Felix Ermacora nennt daher den Vertrag von St. Germain einen »Friedensvertrag auf dem Rücken der Völker« und bezeichnet den durch ihn geschaffenen »Frieden« als »unbewältigt«[20]. Der Grund dafür ist bekannt: Das Selbstbestimmungsrecht sollte, wohl nicht von Wilson selbst, aber von anderen Alliierten, lediglich als Instrument für andere politische Ziele eingesetzt werden, nämlich die Destabilisierung der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Osmanischen Reiches. Keineswegs durfte es aber eine Schranke für die Durchsetzung der politischen Zielsetzungen der Siegermächte in der von ihnen zum Teil schon vor und während des Krieges – z.B. im geheimen Londoner Vertrag von 1915 der Alliierten mit Italien – geplanten Nachkriegsordnung sein. Eine solche Instrumentalisierung des Selbstbestimmungsrechts für andere Zwecke zeigte sich auch später und zeigt sich auch noch heute.

Dieser Mißbrauch des Selbstbestimmungsgedankens erleichterte die Bestrebungen derjenigen, die Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz nach dem Zweiten Weltkrieg diskreditieren wollten. Tatsächlich spielten diese Fragen für längere Zeit in der Völkerrechtspraxis keine Rolle, und es spricht für diejenigen Vertreter der Völkerrechtswissenschaft, die sich gleichwohl diesem Thema und seiner wissenschaftlichen Durchdringung widmeten. Eine Wie-

derbelebung erfuhr das Selbstbestimmungsrecht durch seinen Einsatz im Rahmen der Dekolonisierungsbewegung insbesondere in den sechziger Jahren. Bei entsprechendem Willen und Geschick konnten aber auch andere Probleme mit diesem Argument vor die Vereinten Nationen gebracht werden, wie die Internationalisierung der Südtirol-Frage durch Österreich 1960[21] beweist. Heute ist die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker als Völkergewohnheitsrecht gesichert. Völkervertraglich ist es in Art. 1 Abs. 2 und Art. 55 der Satzung der Vereinten Nationen[22] sowie besonders deutlich in Art. 1 Abs. 1 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte[23] und im gleichlautenden Art. 1 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966[24] verankert. Dort heißt es:

»Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.«

Der Wortlaut dieses Textes scheint klar zu sein, aber wie nicht selten bei juristischen Texten trügt dieser Schein[25]. Bereits bei der Verabschiedung dieses Artikels wurden weit auseinandergehende Interpretationen durch die beteiligten Staatenvertreter gegeben. Ein alter Streitpunkt ist wenigstens geklärt, nämlich, daß es sich beim Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht nur um ein politisches Prinzip, sondern um ein echtes Recht handelt, wie die authentischen Sprachen Englisch (»right of self-determination«) und Französisch (»droit de disposer d'eux-mêmes«) belegen. Die gegenteilige Auffassung ist somit nicht mehr haltbar. Es bleiben aber genügend Streitpunkte zum Inhalt dieses Rechts übrig[26]: Gibt es nur das Recht auf Lokalautonomie oder Selbstverwaltung oder auch das Recht auf Loslösung von einem Staat, um sich einem anderen Staat anzuschließen oder einen selbständigen Staat zu bilden? Dieses Sezessionsrecht gehört nach wie vor zu den drängendsten Fragen des Selbstbestimmungsrechts. Man muß einräumen, daß es sich außerhalb des als abgeschlossen betrachteten Dekolonisierungsprozesses jedenfalls grundsätzlich im Völkerrecht nicht nachweisen läßt[27]. Dies ist allerdings nicht verwunderlich. Denn entgegen seinem nur historisch zu verstehenden Begriff ist das Völkerrecht auch heute noch zumindest im wesentlichen nicht das Recht der Völker, sondern der Staaten. Es wird von den Staaten durch Verträge (Völkervertragsrecht) und durch Praxis und Rechtsüberzeugung (Völkergewohnheitsrecht) geschaffen, und zwar nach ihren Interessen. Diesen entspricht jedenfalls in der Regel ein System der Versicherung etablierter Staaten auf Gegenseitigkeit gegen Sezessionsforderungen. Eine Ausnahme wird nur dann gemacht, wenn die Behandlung eines Teils der Staatsangehörigen durch die Mehrheit schlechterdings unerträglich ist[28]. Wann dies der Fall ist, wird aber von der sogenannten Staatengemeinschaft nicht nach objektiven Kriterien entschieden, sondern man orientiert sich an anderen politischen Zielen. Schließlich ist auch die Trägerschaft des Rechtes auf Selbstbestimmung um-

stritten. Es geht dabei darum, ob dieses Recht auch für einzelne Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates gilt. Oft ist das Recht einer ethnischen Minderheit auf auch nur interne Selbstbestimmung mit der Begründung zurückgewiesen worden, daß der Begriff Volk als politische Gemeinschaft zu interpretieren sei und nicht etwa als bloße ethnische oder sprachliche Bevölkerungsgruppe oder Minderheit eines Staates[29]. Ein Fortschritt liegt jedenfalls darin, daß die Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts auf die Dekolonisierung zunehmend aufgegeben wird. Dies ist auch geboten, da das Völkerrecht für alle Menschen und Staaten gleiche Rechte und Pflichten gewährleisten muß.

## II. Minderheitenschutz und Volksgruppenrecht

### 1. Definition von »Minderheit« und »Volksgruppe«

Minderheitenschutz und Volksgruppenrecht werden heute im wissenschaftlichen Schrifttum weitgehend synonym gebraucht, wobei dem Begriff Volksgruppe wegen des unschönen Klanges des Begriffs Minderheit der Vorzug eingeräumt wird. Allerdings schlägt sich dies nicht in den neueren völkerrechtlichen Dokumenten nieder, und das wissenschaftliche Schrifttum, das die völkerrechtliche Lage analysiert, verwendet konsequent auch diesen Begriff. Sowohl die Dokumente der Vereinten Nationen als auch der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), des Europarates und der Europäischen Gemeinschaften und auch die bilateralen Verträge zum Beispiel zwischen Deutschland und Polen und Deutschland und der damaligen Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik[30] sprechen fast ausschließlich von Minderheiten. Eine Ausnahme ist der Entwurf für eine Charta der Volksgruppenrechte in den Staaten der Europäischen Gemeinschaften[31], der auf die Abgeordneten des Europäischen Parlaments Goppel (1984) und Graf Stauffenberg (1988) zurückgeht. Gerade dieser Entwurf ist aber, obwohl er sich auf die Staaten der Europäischen Gemeinschaften beschränkt, bisher kaum weitergekommen. Dies weckt Zweifel an der angeblichen Homogenität dieser Gemeinschaften, die seit dem Vertrag von Maastricht die Grundlage der Europäischen Union bilden[32].

Nun könnte man meinen, daß der Begriff Volksgruppe auf den deutschen Sprachraum beschränkt ist und deshalb nicht international verwendet wird. Dies trifft aber nicht zu, da zum Beispiel auch die italienisch-jugoslawische Triestregelung von London 1954 und Osimo 1975[33] den Begriff »groupe ethnique« – allerdings mit dem Klammerzusatz minorité – gebraucht. Letzteres spricht für das Synonym. Differenzierungen ließen sich allerdings dahingehend herausarbeiten, daß der Begriff Volksgruppenrecht stärker den Gruppenrechtscharakter betont und insbesondere in einem Nationalitätenstaat allein angemessen wäre. Daher bezeichnet zum Beispiel Artikel 116 der Schweizerischen Bundesverfassung das Deutsche, Französische, Italienische

und Rätoromanische als die nationalen Sprachen der Schweiz. Als »Volksgruppe« läßt sich danach eine durch gemeinsame Herkunft, Geschichte, Kultur und meist auch Sprache verbundene Gesamtheit von Menschen bezeichnen, die als im soziologischen Sinne ausgegliederte Gemeinschaft bodenständig in einem Staat lebt, der von einem anderen Volk oder Teilen eines solchen geführt und beherrscht wird oder – in einem sogenannten Nationalitätenstaat – aus mehreren anderen Völkern oder Volksgruppen besteht, so daß sie eine zahlenmäßige Minderheit (auch bei relativer Mehrheit) ist[34].

Im übrigen wäre zu überlegen, ob in der fast durchgehenden Verwendung des Begriffs Minderheit und der Vermeidung des Begriffs Volksgruppe ein bestimmter Zweck liegt und wenn ja welcher. Da dies an dieser Stelle nicht geleistet werden kann, soll im folgenden ungeachtet der aufgezeigten Bedenken von der synonymen Verwendung ausgegangen werden.

Damit sind allerdings die terminologischen Probleme noch nicht gelöst. Dies mag erstaunen, da »Minderheit« auf den ersten Blick ein klarer Begriff, nämlich Gegensatz zu Mehrheit, zu sein scheint. Entweder diese scheinbare Evidenz oder aber umgekehrt die, stellt man diese Evidenz in Frage, Definitionsschwierigkeiten lassen manche Abhandlungen, aber auch Dokumente auf eine Definition verzichten. Bei politischen Begriffen mag Unklarheit gewollt, manchmal vielleicht sogar nützlich sein; Rechtstexte müssen aber ihren Anwendungsbereich klarstellen, also eindeutig sagen, wer Berechtigter ist. Daher haben sich die Vereinten Nationen seit mehr als 20 Jahren um eine Definition des Minderheitenbegriffs bemüht. 1951 wurde folgende Definition gefunden:

»Der Ausdruck ›Minderheit‹ schließt nur solche, nichtherrschende Gruppen innerhalb einer Bevölkerung ein, die beständige ethnische, religiöse oder sprachliche Überlieferungen oder Merkmale besitzen, die sie von der übrigen Bevölkerung merklich unterscheiden und die sie bewahren wollen. Solche Minderheiten müssen genügend zahlreich sein, um solche Überlieferungen und Merkmale aufrecht erhalten zu können. Sie müssen dem Staat gegenüber, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, loyal sein.«[35]

Gegen diese Definition, die eine Mischung aus objektiven und subjektiven Merkmalen mit der Forderung an die Minderheit, sich loyal zu verhalten, verbindet, lassen sich die einer Ableitung konkreter Rechte abträgliche Unbestimmtheit der Begriffe und das für eine anerkannte Minderheit konstitutive, das heißt die Rechte erst begründende Merkmal der unbedingten Loyalität einwenden. Letzterem trägt die 1977 von der zuständigen Unterkommission der Vereinten Nationen einstimmig angenommene Minderheitendefinition Rechnung:

»Minderheit bedeutet eine Gruppe, die gegenüber dem Rest der Bevölkerung eines Staates zahlenmäßig geringer ist, die sich in einer nichtbeherrschenden Position befindet, deren Mitglieder, die Staatsbürger eines Staates sind,

ethnische, religiöse oder sprachliche Eigenschaften aufweisen, die sich von jenen des Restes der Bevölkerung unterscheiden, und die, wenn auch nur indirekt, ein Gemeinschaftsverständnis zeigen, das darauf abgestellt ist, ihre Kultur, ihre Traditionen, ihre Religion oder Sprache zu erhalten.«[36]

Danach sind folgende Elemente kennzeichnend:

- Die zahlenmäßige Größe im Verhältnis zum Rest der Bevölkerung.
- Die Begrenzung der Minderheit durch die Zugehörigkeit auf Staatsbürger eines gegebenen Staates.
- Der Besitz von spezifischen Charakteristika.
- Ein Solidaritätsgefühl hinsichtlich dieser Charakteristika.

Mit dieser Definition stimmt auch die Definition des Ausdrucks »nationale Minderheit« überein, die der Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention betreffend die nationalen Minderheiten und ihre Angehörigen vom 1. Februar 1993[37] enthält. Mit der völkerrechtlich verbindlichen Annahme dieses Zusatzprotokolls wäre viel gewonnen, da damit ein konkreter Minderheitenschutz mit einer Reihe materieller Rechte in den internationalen Schutzmechanismus der Europäischen Menschenrechtskonvention einbezogen würde. Das heißt nämlich, daß internationale Organe, und zwar die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, über die Einhaltung dieser Rechte wachen, wobei mögliche Rechtsverletzungen nicht nur von den Mitgliedstaaten, sondern auch von den betroffenen Einzelpersonen gerügt werden können. Danach »bezeichnet der Ausdruck ›nationale Minderheit‹ eine Gruppe von Personen in einem Staat, die

a) im Hoheitsgebiet dieses Staates ansässig und dessen Staatsbürger sind,
b) langjährige, feste und dauerhafte Verbindungen zu diesem Staat aufrechterhalten,
c) besondere ethnische, kulturelle, religiöse oder sprachliche Merkmale aufweisen,
d) ausreichend repräsentativ sind, obwohl ihre Zahl geringer ist als die der übrigen Bevölkerung dieses Staates oder einer Region dieses Staates,
e) von dem Wunsch beseelt sind, die für ihre Identität charakteristischen Merkmale, insbesondere ihre Kultur, ihre Traditionen, ihre Religion oder ihre Sprache, gemeinsam zu erhalten«.

Wichtig an dieser Definition ist die Beschränkung auf Staatsbürger und die langjährige Verbindung, wodurch die Besonderheit der »Minderheit« bzw. »Volksgruppe« gegenüber Ausländern, deren Rechtsstellung durch andere Instrumente geschützt wird und geschützt werden muß, klargestellt wird[38], ferner das Weglassen der Loyalitätspflicht. Letzteres ist auch auf Kritik gestoßen, weil dies Sezessionstendenzen fördern könnte. Diesen trägt allerdings die betonte »Wahrung der territorialen Unversehrtheit des Staates« (Art.ikel 10) Rechnung. Auf die Loyalitätspflicht wurde verzichtet, weil sie,

wie die jüngere Geschichte beweist, äußerste Mißbrauchsgefahr mit sich bringt[39].

## 2. *Materielle Verbürgungen des Minderheitenschutzes*

Nach der Bestimmung des geschützten Personenkreises sollen kurz auch einige materielle Verbürgungen des Minderheitenschutzes behandelt werden. Dabei lassen sich die universelle, die europäische und die bilaterale Ebene unterscheiden.

### a) Universelle Ebene

Nach dem Scheitern des Minderheitenschutzsystems der Zwischenkriegszeit wurde in der völkerrechtlichen Literatur nach dem Zweiten Weltkrieg fast einhellig die Meinung vertreten, daß der völkerrechtliche Minderheitenschutz keine Zukunft habe. In einem Gutachten über das Minderheitenschutzrecht der Völkerbundsära kam der Generalsekretär der Vereinten Nationen 1950 zu dem bemerkenswerten Schluß, die bisherigen Minderheitenschutzverträge seien schon deshalb obsolet, weil die von ihnen geschützten Minderheiten nicht mehr bestünden[40]. Auf die naheliegende Frage, wodurch diese Minderheiten zum Verschwinden gebracht worden waren, nämlich durch Völkermord und Vertreibung sowie durch die völlige Entrechtung und Entnationalisierung der in der Heimat Verbliebenen, ging die Studie überhaupt nicht ein. Abschließend stellte sie die Behauptung auf, die neuen Bestrebungen zum allgemeinen Schutz der Menschenrechte würden auch dem Schutz der Minderheiten zugute kommen und ein internationales Minderheitenrecht erübrigen. Die Friedensverträge nach dem Zweiten Weltkrieg enthielten mit Ausnahme des Gruber-De Gasperi-Abkommens über Südtirol[41] nur in den sehr allgemeinen Klauseln über die Menschenrechte Hinweise auf den Minderheiten- und Diskriminierungsschutz. Auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948[42] enthält keine Minderheitenschutzklausel. Eine solche wurde erst in den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966[43] aufgenommen, dessen Art. 27 lautet:

»In Staaten mit ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten darf Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden, gemeinsam mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen.«

Die Interpretation dieser Vorschrift ist sehr umstritten. Insgesamt stehen einem Minderheitenschutz im Rahmen der Vereinten Nationen folgende Hindernisse entgegen:

- Die Ängstlichkeit der Staaten und ihrer Vertreter, Souveränitätsrechte durch Minderheitenansprüche gefährden zu lassen.

- Die Sorge um Schaffung einer politischen Nation, die durch die Existenz von Minderheiten behindert werden könnte.
- Die Furcht vor Sezessionsbestrebungen, die auch auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gestützt werden könnten.
- Die mangelnde Kenntnis aller notwendigen Fakten des Minderheitenproblems und der Schlußfolgerung daraus.

Aus diesem Grunde war auf universeller Ebene bislang für ein Volksgruppenrecht nicht allzuviel zu erwarten. Als Reaktion auf die aktuelle Konfliktträchtigkeit des Selbstbestimmungsrechts wurde allerdings am 18. Dezember 1992 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine »Deklaration über die Rechte von Personen, die zur nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheit gehören«[44] verabschiedet. Darin kann der Ansatz einer Kurskorrektur der Vereinten Nationen in ihrer seit 1948 festgelegten Minderheitenpolitik gesehen werden. Gleichwohl verdeutlichen sowohl der bewußt oberflächlich gelassene Inhalt der Deklaration als auch ihre Entstehungsgeschichte, welche Probleme für einen universellen Minderheitenschutz bestehen und wie wichtig seine Präzisierung durch regionale und bilaterale Vereinbarungen und deren Durchführung im innerstaatlichen Recht ist[45].

b) Europäische Ebene

Angesichts dessen beruhen die Hoffnungen auf dem regionalen Minderheitenschutz in Europa[46]. Dabei kommen – abgestuft nach den Teilnehmern und nach den Kompetenzen – die KSZE, der Europarat und die Europäischen Gemeinschaften in Frage.

ba) KSZE-Prozeß

Die KSZE geht an sich auf einen Wunsch der Sowjetunion zurück. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß zwar nicht sie, aber bestimmte Binnenwirkungen von ihr (Helsinki-Komitees, Charta 77) am Untergang des Sowjetsystems erheblichen Anteil hatten. Mit diesem Untergang konnten auch die Folgetreffen im Anschluß an die Schlußakte von Helsinki (1975), von ideologischem Ballast befreit, sich substantiellen Fragen zuwenden, unter anderem dem Minderheitenschutz. Der Vorzug der KSZE ist, daß sie ganz Europa umfaßt. Ihr Nachteil, daß es sich bei ihren Beschlüssen nicht um völkerrechtlich verbindliche Verpflichtungen handelt, sollte zwar nicht vergessen, aber auch nicht überschätzt werden, da es sich beim Minderheitenschutz ohnehin um einen Bereich handelt, in dem jede rechtliche Regelung ohne die rechte Gesinnung der Verpflichteten ihren Sinn verfehlen muß, denn »das ganze Repertoire, das zum Schutz der Minderheiten ausgedacht werden kann, wird schließlich versagen, wenn es der Mehrheit an der rechten Gesinnung fehlt«.[47]

Der Aufbruchsstimmung von 1990, die im Kopenhagener Dokument den Ansatz auch für einen fördernden Minderheitenschutz brachte, folgte auch auf

diesem Gebiet – wie in allen anderen, man denke nur an die Rolle der KSZE auf dem Feld der »Streitschlichtung« z. B. im ehemaligen Jugoslawien und in Berg Karabach – die Ernüchterung, von der man einen richtigen Eindruck gewinnt, wenn man das Abschlußdokument des Expertentreffens über Minderheitenfragen liest – sofern man sich dies antun möchte. Selbst wohlmeinende Kommentatoren bezeichnen es als »enttäuschend« und sehen den KSZE-Prozeß ausweislich des Moskauer Abschlußdokuments über die menschliche Dimension der KSZE vom 3. Oktober 1992 als in eine Sackgasse gelangt[48].

bb) Europarat

Der Europarat ist der Staatenbund jener europäischen Staaten, deren Politik sich dem Gedanken des Pluralismus und der Rechtsstaatlichkeit verbunden fühlt. Ihm gehören derzeit 32 Mitgliedstaaten an, darunter Polen und Ungarn. Bis zum 1.1.1993 war auch die CSFR Mitglied; ihre Nachfolgestaaten, die Tschechische Republik und die Slowakische Republik, wurden am 30. Juni 1993 aufgenommen. Im Rahmen des Europarates wurde die Europäische Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)[49] ausgearbeitet, die von allen Mitgliedstaaten des Europarats unterzeichnet und von den »älteren« Mitgliedern auch ratifiziert wurde. Zu dieser Konvention gibt es neun Zusatzprotokolle, darunter das erste, das den Eigentumsschutz enthält, und das vierte, das das Heimatrecht und das Verbot von Kollektivausweisungen enthält[50]. Während Polen dieses Protokoll nicht unterzeichnet hat, hat die Tschechische und Slowakische Föderative Republik die Protokolle Nr. 1 bis 7 nicht nur unterzeichnet, sondern auch bereits ratifiziert. Die Nachfolgestaaten sind in diese Verpflichtung eingetreten.

Im Europarat sind Staaten einer relativ homogenen Gruppe vereinigt. Viele dieser Staaten können auf Erfahrung und Umgang mit Minderheiten und Volksgruppen verweisen, in ihnen leben viele anerkannte und nicht anerkannte Minderheiten und Volksgruppen. Gleichwohl ist der Europarat bis heute außerstande gewesen, Maßnahmen zum Schutze der Minderheiten und der Volksgruppen in Europa zu treffen. Organe des Europarates haben allerdings auf dem Wege des Kampfes gegen die Diskriminierung in konkreten Fällen und in politischen Konflikten versucht, Lösungen für Volksgruppen- und Minderheitenprobleme anzubieten. Ansatzpunkte bilden das Diskriminierungsverbot des Art. 14 EMRK, Art. 2 und 3 des Zusatzprotokolls zur Menschenrechtskonvention (Recht auf Bildung und Wahlrecht) und das Vertreibungsverbot der Art. 3 und 4 des 4. Zusatzprotokolls. Am 5. November 1992 wurde eine Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen[51] zur Unterzeichnung aufgelegt. Einen großen Fortschritt würde aber erst ein Zusatzprotokoll zur EMRK über Minderheitenrechte bringen, für das es mehrere Entwürfe gibt, unter anderem einen Entwurf Österreichs[52] und den bereits genannten Entwurf der Parlamentarischen Versammlung des Europarates[53]. Dieser entfaltet bereit jetzt eine gewisse Bedeutung, weil bei der Prüfung von Beitrittsanträgen auf die Beachtung des Minderheitenschutzes

Wert gelegt wird, wobei allerdings darauf zu achten wäre, daß einheitliche Maßstäbe angelegt werden.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung vom Ministerkomitee aufgegriffen und dann von den Mitgliedstaaten unterzeichnet und ratifiziert wird. Berücksichtigt man, daß noch 1991 der französische Verfassungsrat (Conseil Constitutionnel) das Gesetz über das Autonomiestatut von Korsika wegen Verstoßes gegen die »Unteilbarkeit der Republik« für verfassungswidrig erklärt und damit die Existenz »nationaler« Minderheiten innerhalb des französischen Volkes quasi als »verfassungswidrig« angesehen hat[54], bleibt hier leider Skepsis angebracht. Dies zeigt, daß gewisse Widerstände auch von »alten« »westlichen« Staaten zu erwarten sind. Mehr noch gilt dies für »neue« Mitglieder. So bleibt abzuwarten, wie sich Polen zur Verpflichtung aus Art. 7 Abs. 4 des Entwurfs des Zusatzprotokolls stellt, wonach in Regionen, in denen sich ein wesentlicher Teil einer nationalen Minderheit niedergelassen hat, Angehörige dieser Minderheit das Recht haben, Ortsbezeichnungen, Schilder, Inschriften und entsprechende andere Informationen, die dem Anblick der Öffentlichkeit ausgesetzt sind, in ihrer Sprache zu verfassen, wodurch das Recht der Behörden, die oben genannten Informationen in der oder den offiziellen Landessprachen zu verfassen, nicht beeinträchtigt wird. In dem Briefwechsel in Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages zwischen Deutschland und Polen vom 17. Juni 1991 über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit[55] hatte die Republik Polen erklärt, daß sie derzeit keine Möglichkeit der Zulassung offizieller topographischer Bezeichnungen in traditionellen Siedlungsgebieten der deutschen Minderheit in der Republik Polen auch in deutscher Sprache sehe. Unter Berücksichtigung des Interesses der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an der Frage dieser topographischen Bezeichnungen sei die Regierung der Republik Polen jedoch bereit, diese Frage zu gegebener Zeit zu prüfen.

bc) Europäische Gemeinschaften

Die Europäischen Gemeinschaften haben eine weit größere Stufe der Integration als der Europarat erreicht. Auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes kam es bisher aber neben einigen Anfragen im Europäischen Parlament lediglich zu einer Entschließung zu einer Gemeinschaftscharta der Regionalsprachen und -kulturen und einer Charta der Rechte der ethnischen Minderheiten sowie dem erwähnten Entwurf einer Charta der Volksgruppenrechte in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft[56].

c) Bilateraler Minderheitenschutz

All dies führt zu der Feststellung, daß effektiver Volksgruppenschutz bisher im Bereich des Völkerrechts allein auf bilateraler Ebene bzw. – wenn es an einer »Schutzmacht« fehlt – auf verfassungsrechtlicher oder einfachgesetzlicher Ebene erreicht wurde. Beispiel für ersteres sind die Vereinbarungen zwischen

der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark von 1955 über den Schutz der jeweils im anderen Staat lebenden Volksgruppen[57] sowie die Verträge zwischen Jugoslawien und Italien über das Triester Gebiet[58] und zwischen Österreich und Italien hinsichtlich Südtirol[59]. Ein Beispiel für letzteres ist der Schutz der Sorben durch die Verfassungen von Sachsen und Brandenburg[60]. Ein Minderheitenschutzartikel soll jetzt auch in das Grundgesetz aufgenommen werden[61].

Solche bilaterale Minderheitenschutzregeln enthalten auch die Verträge Deutschlands mit Polen vom 17. Juni 1991[62] und mit der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik vom 27. Februar 1992[63]. Danach erfüllen die Vertragsparteien »mindestens« die in den KSZE-Dokumenten, insbesondere dem Kopenhagener Dokument, verankerten politischen Verpflichtungen als rechtlich verbindliche Verpflichtungen. Diese erhalten damit eine andere Rechtsqualität. Inhaltlich wird allerdings über den Kopenhagener Mindeststandard nicht hinausgegangen. Auch sind die Verpflichtungen streng gegenseitig gehalten, was zwar bei völkerrechtlichen Verträgen üblich ist und wogegen inhaltlich selbstverständlich nichts einzuwenden ist, was aber der tatsächlichen Lage, daß nämlich allein in Polen und in der Tschechischen Republik sowie in der Slowakischen Republik eine deutsche »Minderheit« lebt, ebensowenig Rechnung trägt wie den Umständen, warum diese zur Minderheit im eigenen Land wurde. Die Aufnahme von Minderheitenschutzartikeln ist in Art. 68 der Verfassung Ungarns erfolgt[64]. Die Art. 64 und 65 der im Range eines Verfassungsgesetzes stehenden Charta der Grundrechte und Grundfreiheiten der ehemaligen CSFR vom 9. Januar 1991 sahen ebenfalls Minderheitenrechte, zum Beispiel das Recht auf Erziehung in der eigenen Sprache, das Recht auf Gebrauch der Sprache im öffentlichen Verkehr und das Recht auf Teilnahme an der Regelung von die nationalen und ethnischen Minderheiten betreffenden Angelegenheiten, vor[65]. In Polen werden die betreffenden Verfassungsentwürfe noch diskutiert[66].

### *C) Möglichkeiten und Grenzen des Völkerrechts*

Nach alledem sind die Möglichkeiten des Völkerrechts zum Schutz der Volksgruppen und Minderheiten und zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts begrenzt. Diese Begrenzung wird auch an einem Fall deutlich, in dem die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht Erfolg hatte: Die Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, die mit dem Deutschen Reich von 1871 identisch bleibt, ist als Bestätigung dafür angesehen worden, daß das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes sich effektiv entfalten kann[67]. Dies trifft sicher zu, wurde durch den überwältigenden Willen der Menschen in Mitteldeutschland zur Einheit geradezu erzwungen, durch äußere Umstände begünstigt und dadurch erleichtert, daß schwierige, mit dem Selbstbestimmungsrecht

der Völker im übrigen zusammenhängende Fragen insoweit entfielen. Es war insoweit nach Suspendierung besatzungsrechtlicher Vorbehalte und nach Klärung äußerer Fragen eine Angelegenheit, die ausschließlich von dem Willen der Deutschen in den jeweiligen Teilgebieten abhing. Da es um die Erhaltung eines Staates ging, trat der souveränitätsgefährdende Aspekt sehr viel weniger deutlich in Erscheinung als in anderen Fällen der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts[68]. Die Bevölkerung in der DDR hat sich eindeutig gegen deren Erhaltung als souveränen Staat entschieden.

Die sich bietende Gelegenheit, die man auch hätte verstreichen lassen können und manche auch verstreichen lassen wollten, wurde genutzt.

Zu den erwähnten äußeren Aspekten gehört unter anderem die Bestimmung des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland[69], daß die Außengrenzen des vereinten Deutschlands die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sein und am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages endgültig sein werden. Die Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei haben dies bestätigt, das Grundgesetz wurde entsprechend geändert[70], das Bundesverfassungsgericht hat dies – mit schwacher Begründung – gebilligt[71]. Wenngleich es Gründe dafür gibt, dieses Ergebnis als unausweichlich anzusehen, und es dann auch keinen Sinn macht, insoweit noch etwas »offenzuhalten«, ist bedenklich, daß diese Fragen offenbar ebenso als quantité négligeable angesehen wurden wie die davon betroffenen Menschen. Auf die politischen Folgen eines solchen Verhaltens will ich hier nicht eingehen. Aus der Sicht des Völkerrechts ist es aber unbefriedigend, daß aus dem Selbstbestimmungsrecht, dem Gewaltverbot und anderen Quellen, darunter dem bereits 1907 in der Haager Landkriegsordnung[72] verankerten Deportationsverbot, abgeleitete Rechtsfolgen, wie Annexionsverbot, Vertreibungsverbot und Recht auf die angestammte Heimat[73], ohne Wiedergutmachung wirkungslos bleiben. Sicherlich ist der Restitutionsanspruch, der wie bei jedem völkerrechtlichen Delikt auch hier besteht, nicht nur aus tatsächlichen, sondern auch aus rechtlichen Gründen beschränkt. Dies nicht etwa wegen eines konkurrierenden Heimatrechts, wohl aber wegen des Schutzes der neu Angesiedelten durch das Gewaltverbot und die Menschenrechte[74]. Aus diesem Grunde wurde seitens der verantwortlichen Vertreter der Vertriebenen ja auch bewußt seit jeher ein »Ausgleich« gefordert. Zutreffend hat daher Kimminich gefordert, daß solche Regelungen zur Frage der Vertreibung nicht schweigen und die Vertreibung nicht billigen dürfen[75]. Die Vertreibung wurde im deutsch-tschechoslowakischen Vertrag wenigstens erwähnt, was der unsägliche Motivenbericht allerdings im Rahmen seiner Tragweite wieder entwertet hat. Die regelmäßige Mißachtung einer der Hauptfolgerungen aus dem grundlegenden völkerrechtlichen Gewaltverbot, daß nämlich Annexionen und Vertreibungen nicht anerkannt werden dürfen, stellt aber die normative Kraft des Völkerrechts in einem wichtigen Punkt in Frage. Kuwait stellt wohl den einzigen Fall dar, in dem eine

Annexion durch eine internationale Streitmacht zurückgeschlagen wurde. Gegenbeispiele könnte ich mehrere nennen, zum Beispiel Tibet. Die jüngste Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und die Reaktionen darauf lassen befürchten, daß dies der nächste Fall sein wird. Dann darf man sich aber nicht wundern, daß Vertreibungen – wie in einem Einzelfall sogar in der völkerrechtlichen Literatur unter Bezugnahme auf das sudetendeutsche Beispiel empfohlen[76] – als eine Art »Musterlösung« für Nationalitätenprobleme angesehen werden.

Trotz dieses skeptischen völkerrechtlichen Befundes gibt es aber auch berechtigten Anlaß zur Hoffnung. Die zum Teil 1989/90 anzutreffende Euphorie ist zwar verflogen, sie resultierte aus der Fehleinschätzung, mit der Überwindung des Kommunismus seien alle Probleme gelöst. Vielleicht wurden manche hier Opfer der eigenen Propaganda, wobei man zum Beispiel vergaß, daß Benesch kein Kommunist war. Probleme bestehen fort, auch nach dem Ende der Tschechoslowakei und des mit ihr verbundenen Tschechoslowakismus, aber sie können wenigstens diskutiert werden, und es ist auch die Bereitschaft zu sachlicher Erörterung vorhanden, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß und manchmal auch erst zögerlich nach und nach. Man darf auch nicht übersehen, daß heute manches möglich ist, was vor 1989 undenkbar war: Die Organisation der Deutschen in Oberschlesien, wenngleich polnischer Chauvinismus in Verbindung mit Warschauer Zentralismus manches, auch angestrebte und nützliche Zusammenarbeit auf regionaler Ebene, zu der beiderseits Bereitschaft besteht, erschwert[77]; deutsch-tschechische Schulen auf allen Ebenen, die beiden Seiten Vorteile bringen[78]; eine Tagung des Sudetendeutschen Kulturrats in Reichenberg[79]; eine internationale Konferenz über Schlesien in Troppau[80]; ein Symposium über den Mährischen Ausgleich in Brünn[81]. Historiker wie Rudolf Kucera beteiligen sich nicht mehr an der deutsch-tschechischen Historikerkommission, weil diese die wirklich interessierenden – und damit natürlich zu geistiger Auseinandersetzung anregenden – Fragen ausklammert[82]. Vaclav Havels wiederholte Verurteilung der auch als solche bezeichneten Vertreibung mag objektiv etwas Selbstverständliches sein; für manchen Tschechen, die oft ein verklärtes Bild von »ihrem« Staat zwischen 1919 und 1939 haben, das manches erklärt, ist es ungewohnt, solche Worte von ihrem Staatsoberhaupt zu hören. Wir dürfen hier nicht von uns auf andere schließen. Der Mut des Staatspräsidenten verdient auch dann Anerkennung, wenn zu Recht darauf hingewiesen wird, daß in der Konsequenz Taten folgen müßten. Der unsägliche Motivenbericht[83], die rasche Versteigerung sudetendeutschen Eigentums – auf die Honorierung geschaffener Tatsachen wurde schon hingewiesen –, die Nichtaufhebung der Benesch-Dekrete[84], die Festsetzung des Stichjahres 1948, all dies verträgt sich nicht – auch wenn den Bestimmungen selbstverständlich keine Rückwirkung zukommt – mit einem Staat, der »nach Europa« will und die Europäische Menschenrechtskonvention mit allen in Kraft befindlichen Zusatzprotokollen

ratifiziert hat. Langsam wird aber auch dies eingesehen, nicht wenige Wissenschaftler weisen darauf hin. Manche starre Haltung auch zu den Gesprächen mit den Sudetendeutschen lockert sich[85], manche Vorsicht ist nur noch innenpolitische Rücksichtnahme. Angesichts dessen entfalten die völkerrechtlichen Garantien und Argumente auf vielfältigen Wegen Nutzen. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, insbesondere ihr Sprecher, hat meines Erachtens durch das Festhalten an unverzichtbaren Positionen, die ihre Existenzberechtigung begründen, einerseits, Gesprächs- und Kompromißbereitschaft andererseits – eine tragfähige Grundlage muß ja auch eine für beide Seiten tragbare sein – diese Entwicklung reifen lassen. Wenn sie dabei auch die nötige politische Unterstützung erfährt, bestehen durchaus realistische Chancen zur Entwicklung eines zumindest besseren Zustandes. Eine solche Unterstützung durch die verantwortlichen Organe der Staaten war zum Beispiel das klare Bekenntnis des österreichischen Bundespräsidenten Klestil[86] oder die Ablehnung des deutsch-tschechoslowakischen Vertrags durch die Bayerische Staatsregierung wegen des Motivenberichts. Letzteres hat keineswegs zu den von manchen befürchteten Störungen im zwischenstaatlichen Verhältnis geführt. Im Gegenteil, seitdem wird das Anliegen ernst genommen[87]. Es kann und wird sicher nicht mehr werden, wie es einmal war. Es darf aber auch nicht bleiben, wie es ist.

*Anmerkungen:*

1. Vgl. z. B. Felix Ermacora, »Selbstbestimmung und gerechter Krieg im modernen Völkerrecht, Wege und Grenzen des Strebens nach nationaler Selbstbestimmung« (Vortrag anläßlich des Sudetendeutschen Tages 1983 in Wien), in *Literatur-Spiegel*, Nr. 26 (1983), S. 1 ff.; Otto Kimminich, »Das Verbot der Vertreibung von Völkern und Volksgruppen in der völkerrechtlichen Entwicklung« (Vortrag anläßlich des Sudetendeutschen Tages 1985 in Stuttgart), in *Literatur-Spiegel*, Nr. 30 (1986), S. 1 ff.; »Volksgruppen und Minderheiten. Theodor Veiter zum 70. Geburtstag«, in *Literatur-Spiegel*, Nr. 10 (1977).
2. *Sudetendeutsche Zeitung* vom 11.6.1993, S. 1.
3. Vgl. dazu Habel, *Dokumente zur Sudetendeutschen Frage*, München–Wien 1984, S. 128
4. Vgl die Statistik bei Habel, aaO. (Fn. 3), S. 468; Sudetendeutscher Rat (Hrsg.), *Die Sudetendeutsche Frage*, ³1985, S. 6.
5. Vgl. zu den Zielen Hitlers Erdmann, »Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933 bis 1939«, in *Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte*, dtv-Ausgabe, Bd. 20, München ⁴1984, S. 251 ff.
6. Vgl. Raschhofer/Kimminich, *Die Sudetenfrage. Ihre völkerrechtliche Entwicklung vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, München ²1988, S. 146 ff. m.w.Nw.
7. *Europäische Grundrechte-Zeitschrift* (EuGRZ) 1989, S. 85 ff.
8. Ebenda, 1990, S. 239 ff.
9. Ebenda, S. 517 ff.
10. Ebenda, 1991, S. 492 ff.
11. Vgl. zu dem Problem Knut Ipsen, *Völkerrecht*, München ³1990, S. 6 ff.; Verdroß/Sirnma, *Universelles Völkerrecht. Theorie und Praxis*, Berlin ³1984, S. 11 ff. u.51 ff.
12. Vgl. Hellmut Diwald, *Mut zur Wahrheit*, München 1979, *Mut zur Geschichte*, Bergisch Gladbach 1983.
13. Die Literatur ist unüberschaubar. Vgl. z. B. die Nachweise bei Otto Kimminich, *Einführung in das Völkerrecht*, München–New York–London–Paris ⁴1990, S. 172 ff.; Thürer,

»Self-Determination«, in: Bernhardt (Hrsg.), *Encyclopedia of Public International Law*, Bd. 8, Amsterdam–New York–Oxford–Tokio 1985, S. 470 ff. (475 f.).

14. Karl Doehring, »Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundsatz des Völkerrechts«, in *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht*, 14 (1973), S.7 ff. (7).

15. Ebenda, S. 9.

16. Vgl. dazu Armbruster, »Selbstbestimmungsrecht«, in: Strupp/Schlochauer, *Wörterbuch des Völkerrechts*, Bd. III, Berlin 1962, S. 250 ff. (251 f.).

17. Baker/Dodd (Hrsg.), *The Public Papers of Woodrow Wilson: The New Democracy*, Bd. 2, 1926, S. 407.

18. Mit Quellennachweis in deutscher Übersetzung abgedruckt bei Habel, aaO. (Fn. 3), S. 107 f.

19. Zur unvollständigen Umsetzung des Wilsonschen Gedankens der Selbstbestimmung vgl. Partsch in: Wolfrum (Hrsg.), *Handbuch Vereinte Nationen*, München [2]1991, S. 745 ff. (746).

20. Felix Ermacora, *Der unbewältigte Friede. St. Germain und die Folgen*, Wien–München 1989.

21. Vgl. dazu ebenda, S. 119 ff.

22. *BGBl.* 1973 II, S. 431.

23. Ebenda, S. 1534.

24. Ebenda, S. 1570.

25. Vgl. dazu Nowak, *UNO-Pakt über bürgerliche und politische Rechte und Fakultativprotokoll CCPR-Kommentar*, Kehl–Straßburg–Arlington 1989, Art. 1 des Paktes, Rdnr. 6 ff.

26. Vgl. dazu zum Beispiel Dietrich Murswiek, »Offensives und defensives Selbstbestimmungsrecht. Zum Subjekt des Selbstbestimmungsrechts der Völker«, in *Der Staat*, 1984, S. 523 ff.

27. Vgl. Hailbronner, »Der Schutz der Minderheiten im Völkerrecht. Zum Problem besonderer politischer Repräsentationsrechte von Minderheiten«, in *Festschrift für Schindler*, Basel–Frankfurt 1989, S. 75 ff. (91 f.).

28. Vgl. Prinzip V (Der Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker), Abs. 7 der »Deklaration der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Grundsätze des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen Staaten in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen vom 24. Oktober 1970«, deutscher Text in Schweitzer/Rudolf, *Friedensvölkerrecht*, Baden-Baden [3]1985, S. 691 ff.

29. Vgl. dazu Hailbronner, aaO. (Fn. 27), S. 91 m.Nw.

30. *BGBl* 1992 II, S. 463.

31. Europäisches Parlament, Dokument PE 121.212.

32. Art. A Abs. 3 des »Vertrages über die Europäische Union«, in *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, 1992, Nr. C 191, S.1.

33. *Supplemento ordinario* zur *Gazetta Ufficiale*, Nr. 77 vom 21. 3. 1977. Abgedruckt im *Archiv des Völkerrechts*, 28 (1990), S. 177 ff.

34. Vgl. Theodor Veiter, *Nationalitätenkonflikt und Volksgruppenrecht im ausgehenden 20. Jahrhundert*, Bd. 1, München [2]1984, S. 249 ff.

35. Vgl. dazu Felix Ermacora, *Der Minderheitenschutz in der Arbeit der Vereinten Nationen*, Wien 1964, S. 47 ff.

36. *Study on the Rights of Persons belonging to Ethnic, Religious and Linguistic Minorities*, 1979, UN-DOC E/CN.4/sub. 2/384/Rev. 1, S. 96. Vgl. dazu Felix Ermacora. *Nationalitätenkonflikt und Volksgruppenrecht*, Bd. 2, UNO-Europarat, München 1978, S. 100 f.

37. *EuGRZ* 1993, S. 151 ff. Vgl. dazu Klebes, *Der Entwurf eines Minderheitenprotokolls zur EMRK*, 1993, S. 148 ff.

38. Diese Differenzierung läßt die Empfehlung der Gemeinsamen Verfassungskommission zur Einfügung eines Art. 20b ins Grundgesetz (»Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten«) vermissen. Vgl. dazu *Sudeten-*

*deutsche Zeitung* vom 4. 2. 1994, S. 1. Zu Recht fordert daher z.B. Kriele eine sorgfältigere Beratung der Grundgesetz-Änderung, vgl. ebenda. Ein Artikel, der sich wirklich auf Minderheitenschutz beschränkt und von dem Minderheitenbegriff ausgeht, der völkerrechtlichen Dokumenten zugrunde liegt, könnte und sollte dann auch inhaltsreicher sein als der vorgelegte Entwurf. Vgl. z. B. die Vorschläge von Häberle, »Aktuelle Probleme des deutschen Föderalismus«, in *Die Verwaltung*, 1991, S. 205 ff. (206 f.), u. Franke/Hofmann, »Nationale Minderheiten – ein Thema für das Grundgesetz? Verfassungs- und völkerrechtliche Aspekte des Schutzes nationaler Minderheiten«, in *EuGRZ*, 1992, S. 401 ff.

39. Vgl. zu dem Problem Klebes, aaO. (Fn. 37), S. 151.

40. *Study on the Legal Validity of the Undertakings concerning Minorities*, UN-Doc. E/CN. 4/367. Zu Recht kritisch dazu Karl Doehring, »Das Gutachten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die Fortsetzung der nach dem Ersten Weltkrieg eingegangenen Minderheitenschutzverpflichtungen«, in *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, 15 (1953/54), S. 541 ff.

41. Abgedruckt bei Schweitzer/Rudolf, aaO. (Fn. 28), S. 251 ff.

42. Abgedruckt ebenda, S. 33 ff.

43. Siehe oben Fn. 23.

44. Anhang der Resolution Nr. 47/137 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, UN-Doc. E/CN.5/1992/48, Anlage I, auszugsweise deutsche Übersetzung in *Vereinte Nationen*, 1992, S. 150.

45. Vgl. dazu Klaus Dicke, »Die UN-Deklaration zum Minderheitenschutz«, *Europa-Archiv*, 1993, S. 107 ff.; Felix Ermacora, »Späte Einsichten. Der Entwurf der UN-Erklärung zum Minderheitenschutz«, in *Vereinte Nationen*, 1992, S. 149 ff.

46. Vgl. dazu Dieter Blumenwitz, *Minderheiten- und Volksgruppenrecht. Aktuelle Entwicklung*, Bonn 1992, S. 52 ff.; Hofmann, »Minderheitenschutz in Europa. Überblick über die völker- und staatsrechtliche Lage«, in *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, 52 (1992), S. 1 ff. m.w.Nw.; Widmer, »Europäische Bemühungen zur Lösung von Minderheitenfragen«, in *Europa-Archiv*, 1993, S. 265 ff.

47. So die zutreffende Antwort des Kantons Appenzell auf die Frage, ob in der neuen Schweizer Bundesverfassung das Minderheitenrecht verankert sein solle, zitiert bei Otto Kimminich, »Ansätze für ein europäisches Volksgruppenrecht«, in *Archiv des Völkerrechts*, 28 (1990), S. 1 ff. (5).

48. So Hofmann, aaO. (Fn. 46), S. 17.

49. *BGBl.* 1952 II, S. 686.

50. Ratifikationsstand gemäß Fundstellennachweis B zum *Bundesgesetzblatt* Teil II.

51. *EuGRZ* 1993, S. 154 ff.

52. Der Entwurf ist nicht veröffentlicht. Vgl. dazu Klebes, »Rechtsschutz von Minderheiten – zu den Arbeiten des Europarats«, in: Blumenwitz/von Mangoldt, *Fortentwicklung des Minderheitenschutzes und der Volksgruppenrechte in Europa*, Köln 1992, S. 57.

53. *EuGRZ* 1993, S. 151 ff.

54. Urteil vom 9. Mai 1991, abgedruckt in *Revue Universelle des Droit de l'Homme*, 3 (1991), S. 183 ff. Vgl. dazu Hofmann, aaO. (Fn. 46), S. 41 ff.

55. *BGBl.* 1991 II, S. 1328.

56. Vgl. dazu Rudolf Streinz, »Selbstbestimmungsrecht, Volksgruppenrecht und Minderheitenschutz im Völkerrecht der Gegenwart«, in *Literatur-Spiegel*, 36 (1992), S. 1 ff.; u. Otto Kimminich. »Minderheiten- und Volksgruppenrecht im Spiegel der Völkerrechtsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg«, in *Bayerische Blätter* 1993, S. 321ff. u. 324ff.

57. Vgl. Biehl, *Minderheitenschulrecht in Nord- und Südschleswig*, Hamburg 1960, S. 52.

58. Siehe oben Fn. 33.

59. Siehe oben Fn. 41. Ferner: Zeller, *Das Problem der völkerrechtlichen Verankerung des Südtirol-Paktes und der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs*, Wien 1989.

60. Art. 25 der Verfassung des Landes Brandenburg: »Rechte der Sorben (Wenden)«; Art. 5 und 6 der Verfassung des Freistaates Sachsen.

61. Siehe dazu oben Fn. 38.
62. *BGBl.* 1991 II, S. 1314.
63. *BGBl.* 1992 II, S. 463.
64. Zum vorbildlichen Minderheitenschutz in Ungarn vgl. Hofmann, aaO. (Fn. 46), S. 61 ff. Das Minderheitenschutzgesetz ist mittlerweile erlassen worden.
65. Vgl. dazu Hofmann, aaO. (Fn. 46), S. 49 ff.
66. Vgl. dazu ebenda, S. 50 ff.; Andrzej Sakson, »Bestimmungen über nationale Minderheiten in polnischen Verfassungsgesetzen«, in *Osteuropa-Recht*, 39 (1993), S. 208 ff.
67. Vgl. E. Klein, *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die deutsche Frage*, Berlin 1990.
68. Vgl. ebenda, S. 95.
69. *BGBl.* 1990 II, S. 1318.
70. Vgl. die Neufassung des Art. 23 GG, in *BGBl.* 1990 II, S. 885 (890).
71. *BVerfGE* 82, 316. Kritisch dazu W. Geiger, »Wohin Extratouren auf dem Wege des Artikels 23 GG führen. Zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 18. September 1990«, in *Deutschland und seine Nachbarn. Forum für Kultur und Politik*, Heft 4/1990, S. 22 ff.
72. Vgl. dazu eingehend Otto Kimminich, *Das Recht auf die Heimat*, Bonn [3]1989, S. 115 ff.
73. *RGBl.* 1910, S. 132.
74. Vgl. Otto Kimminich, »Überlegungen zu einer friedensvertraglichen Regelung für ein wiedervereinigtes Deutschland unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1990, Heft B 33, S. 34 ff. (43 f.).
75. Ebenda, S. 44.
76. So Schoenberg, »Limits of Self-Determination«, in *Israel Yearbook on Human Rights*, 6 (1976), S. 91 ff. (100).
77. Vgl. dazu von Mangoldt, »Der rechtliche Schutz der Deutschen in den Ostgebieten nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands«, in: *Deutschland und seine Nachbarn. Forum für Kultur und Politik*, Heft 4/1990, S. 4.
78. Vgl. *Sudetendeutsche Zeitung* vom 23. 10. 1992, S. 1. Leider sind einige dieser Initiativen nach gutem Beginn an irrationalen Vorbehalten gescheitert, vgl. *Sudetendeutsche Zeitung* vom 28. 1. 1994, S. 7 (betr. zweisprachige Schule in Krummau).
79. Vgl. *Sudetendeutsche Zeitung* vom 23. 10. 1992, S. 1.
80. Vgl. *Sudetendeutsche Zeitung* vom 16. 10. 1992 (Internationale Konferenz über Schlesien in Troppau ein Erfolg).
81. Vgl. *Sudetendeutsche Zeitung* vom 2. 4. 1993.
82. Vgl. *Sudetendeutsche Zeitung* vom 11. 6. 1993.
83. Vgl. dazu *Sudetendeutsche Zeitung* vom 24. 4. 1992, S. 1 (»Motivenbericht der CSFR-Regierung: Für einen Rechtsstaat skandalöse Auffassungen«).
84. Vgl. dazu die Stellungnahme der SL-Bundesversammlung, in *Sudetendeutsche Zeitung* vom 27. 11. 1992, S. 1 f.; Rudolf Müller (MdB), SPD, »Europäische Integration der Tschechischen Republik erfordert Revision der Benesch-Dekrete!«, in *Die Brücke* vom 15. 4. 1993, S. 4.
85. Vgl. z. B. *Sudetendeutsche Zeitung* vom 3. 5. 1991 (»Der Sprecher vor der Presse in Prag«); *Sudetendeutsche Zeitung* vom 14. 8. 1992, S. 3 (Gesprächsforum »Deutsche und Tschechen: Was uns trennt – was uns eint«). Freilich wird der Umdenkungsprozeß Zeit brauchen, und es ist betrüblich, wenn fast zwei Drittel in Böhmen die Vertreibung für »gerecht« halten, vgl. *Sudetendeutsche Zeitung* vom 10. 4.1992, S. 1.
86. Vgl. *Sudetendeutsche Zeitung* vom 12. 3. 1993, S. 1.
87. Vgl. z. B. *Sudetendeutsche Zeitung* vom 20. 11. 1992 (Interview der Prager Tageszeitung *Lidové noviny* mit dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Streibl); *Sudetendeutsche Zeitung* vom 16. 10. 1992 (Gespräch mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Tschechischen Nationrat Jiri Payne); *Sudetendeutsche Zeitung* vom 12. 3. 1993 (»Chefberater des tschechischen Premiers publizierte zur Sudetendeutschen Frage«).

FRANZ LONGIN

# Sudetendeutsche Politik

## Situation und Aussichten im 50. Jahr nach der Vertreibung aus der Heimat

Zunächst soll Rückblick gehalten und die Situation beschrieben werden, in der sich die Sudetendeutschen im Jahr 1994 befinden. Es ist eine lange Zeit: 44 Jahre in der Vertreibung im Angesicht eines totalitären menschenverachtenden Systems des Kommunismus, dem die Sudetendeutschen immer wieder ins Auge blickten und der die Heimat, ja auch die der Tschechen, fest im Griff hielt. Die Situation nach dem Zerfall des Imperiums war zunächst von großer Hoffnung auf Annäherung, Ausgleich, ja Aussöhnung gekennzeichnet. Zu Tausenden fuhren die Landsleute in die Heimat und erinnerten sich. Die politische Führung, die Sudetendeutsche Landsmannschaft, verlangte eine vorurteilsfreie Diskussion, in der es nicht um das Vergessen gehen konnte, sondern um die Bewältigung und um die Möglichkeiten für die Zukunft. Dieser Dialog ist nur ansatzweise zustande gekommen, jedenfalls derzeit nicht mehr vorhanden. Enttäuschung und Zorn sind verständlicherweise die Reaktionen, da es doch um das Unrecht der Vertreibung der ganzen Volksgruppe und die etwa 240 000 bei der Vertreibung zu Tode gekommenen Menschen geht.

Wir haben, vereinfacht gesagt, festzuhalten:

- Die sudetendeutschen Menschen sind vielfältig verletzt, zum Teil haben sie die Vertreibung nicht überlebt. Viele haben die psychische Situation der Nachvertreibungsjahre nicht oder kaum bewältigt.
- Das Recht war außer Kraft gesetzt worden, das dauert diesbezüglich in der Tschechischen Republik an.
- Leben und Eigentum der Deutschen wurden vom Staat vogelfrei gestellt; der Staat selbst betrieb an den Deutschen Völkermord, der gesetzliche Rechtszustand dauert in der Tschechischen Republik an.

Festzustellen ist, selbst heute noch,
- das Eingeständnis der Schuld, ja selbst die Einräumung der Verbrechen und Unmenschlichkeiten fehlt in der Tschechischen Republik weithin,
- auch das persönliche moralische Schuldbekenntnis des Staatspräsidenten der seinerzeitigen CSSR, das er selbst wieder relativierte, kann das nicht ersetzen. Die politischen Parteien, geschweige denn das Parlament, sind nicht bereit, dieses sich und den Sudetendeutschen einzugestehen. Traurig ist, daß mehr als 70 % der Tschechen die Vertreibung befürworten und eine Wiedergutmachung ablehnen.

Die Sudetendeutschen müssen deshalb einmal mehr die Wiedergutmachung des Unrechts einfordern.

Moralisch ist es keine Frage, daß die Vertreibung im höchsten Maße Unrecht und Verbrechen war. Wir müssen die Unterstützung der Kräfte in Politik und Öffentlichkeit suchen, die das Unrecht bedauern und zur moralischen Wiedergutmachung bereit sind. Ansonsten billigen sie dieses stillschweigend.

Rechtlich ist es keine Frage. Die Wiedereinsetzung in die Individualrechte und Kollektivrechte (Vereine, Körperschaften, Wirtschaftsgebilde) muß im Prinzip noch stattfinden und kann nicht durch eine sogenannte biologische Lösung aus der Welt geschafft werden.

Die Politik der Tschechischen Republik ist unmoralisch, weil sie Unrecht sanktioniert. Warum können die sogenannten Benesch-Dekrete über Enteignung und Austreibung sowie die Amnestie für die Verbrecher nicht aufgehoben werden? Ein Staat, der sein Volk zu Verbrechen angestiftet hat, ist unmoralisch und aus der Völkergemeinschaft auszuschließen. Es war die Nachkriegszeit, und vieles war moralisch außer Kraft gesetzt. Aus der tschechischen Politik, die nur simplen Egoismus vertritt, kann kein Anstand und kein Weitblick kommen, aus dieser kann auf längere Sicht nichts werden, wenn sie sich nicht moralisch verändert.

Die Tschechische Republik drängt nach Europa und ist nicht zur Läuterung bereit. Das macht es den Sudetendeutschen einfacher, gegen solche Arroganz anzutreten. Die Sudetendeutschen wollen, daß die Tschechen in Europa daheim sind, sie können es aber nicht zulassen, daß das Unrecht fortdauert und die Welt vergißt.

### *Latente Wünsche und Forderungen*

Eine Volksgruppe in der Zerstreuung ist sehr schwer in ihren Wünschen und vor allen Dingen in der eigenen Bereitschaft, Aufgaben zu übernehmen, einzuschätzen und zu motivieren, und schwer ist, deren Willen zu bestimmen. Das Alter derjenigen, die alles erlebt haben, ist hoch, die Kräfte müssen aus der sogenannten mittleren und jüngeren Generation kommen. Zahlenmäßig ist dies aber unübersehbar und vom Anspruch her sehr unterschiedlich. Es ist

verständlich, daß es heute weniger um die erneute und schnelle Wohnsitznahme geht, mehr um die vermögensmäßige Geltendmachung neben der moralischen. Unter vermögensmäßiger Geltendmachung ist die eigene verantwortliche Übernahme gemeint oder aber die Einbringung der Ansprüche in entsprechend zu gestaltende Fonds.

Wenn die Sudetendeutschen auch weniger werden, die einfordern können, so macht es an der moralischen Qualität nichts. Die Restitution oder die Entschädigung sind dem Grunde nach nicht zu bestreiten, wohl aber muß man die Leistungsfähigkeit des Staates als Adressaten bezweifeln. Auch das tut nichts. Restitution ist die Lösung, ganz gleich in welchem Zustand sich das Eigentum befindet. Dabei ist der Schaden noch offen, der an dem Eigentum eingetreten ist, da es verwahrlost ist oder da es nur noch als Stück Land daliegt und die ehemaligen Bauten nicht mehr stehen, seien es einzelne oder aber ganze Ortschaften.

## *Elemente sudetendeutscher Politik*

### *Werbung um Verständnis und Beistand*

Die gegenwärtige Situation der Sudetendeutschen in ihrem Bemühen, mit der tschechischen Regierung zu Gesprächen und Übereinkommen zu gelangen, ist derzeit ohne Aussicht auf ein Vorankommen. Zwar ändern sich die Verhältnisse immer wieder, doch ist die Ablehnungsfront bevölkerungsmäßig, regierungs- und parteienbezogen in der Tschechischen Republik so antisudetendeutsch, ja antideutsch, daß sich dort vom Faktischen her nichts bewegen wird.

Auch eine vorausschauende und verantwortliche tschechische Politik in dieser Hinsicht ist nicht erkennbar. Deshalb muß es sudetendeutsches Anliegen sein, überall um Verständnis und Beistand für die Ziele zu werben. Natürlich ist dieses zuallererst die deutsche Regierung, die sich durch die Obhutserklärung des Deutschen Bundestages für die Sudetendeutschen in besonderer Weise verpflichtet fühlen muß. Darüber hinaus ist die österreichische Bundesregierung, vom historischen Hintergrund her mit den Sudetendeutschen besonders verbunden, gefordert. Es sind auch die anderen europäischen Regierungen nicht aus ihrer Pflicht zu entlassen. Sie, insbesondere Großbritannien, Frankreich und Italien, haben dem unmäßigen Treiben der seinerzeitigen tschechoslowakischen Regierung in der Zeit seit der Staatsgründung bis 1938 durch die Empfehlung auf Aufteilung widersprochen. Diese Staaten sollten, wenn sie auch das Gewaltregime des Dritten Reiches und die Okkupation des Protektorats mißbilligten, jetzt einsehen und uns helfen. Die seinerzeitige Empfehlung auf Abtrennung des Sudetenlandes von der CSR war wegen der unhaltbaren Menschenrechtsverletzungen an Deutschen begründet.

Da gilt es zu werben, aber nicht mehr darum zu werben, eine Loslösung der seinerzeit im Münchner Abkommen abgetrennten deutschen Heimatgebiete zu erreichen, sondern daß sich die tschechische Regierung zu Verhandlungen und für die Sudetendeutschen akzeptablen Lösungen bereitfindet. Diese diplomatische Offensive ist erforderlich, um weiterzukommen.

Das Werben darf aber auch durch die Landsleute in der Tschechischen Republik in den Heimatgebieten wie bisher nicht aufhören. Nur so wird von der Basis her das Verständnis geweckt, daß die Deutschen nicht weiter abgelehnt werden, sondern durchaus normale Nachbarn sind. Schließlich hat die tschechische Regierung selbst dafür zu sorgen, daß durch eine weitsichtige Politik die latenten Gegenkräfte in der Bevölkerung relativiert werden. Wo wäre Deutschland heute, wenn nicht kluge Innen- und Außenpolitik ein Wiedereintreten in die Völkerfamilie nach diesem furchtbaren Krieg erreicht hätten?

Es gibt keine andere Lösung, einen unverständigen Partner zu überzeugen, als die, durch eigene Argumente und durch den Beistand anderer, die eine bessere Aufnahme bei diesem Nachbarn finden als man selbst, zu überzeugen.

Deshalb muß auch der persönliche innen- und außenpolitische Einsatz qualitativ und personenmäßig verstärkt werden, damit erkennbare Fortschritte erreicht werden.

*Was wollen wir von der Tchechischen Republik?*

Es ist und bleibt Satzungszweck und heute weiter gültiger Zweck der Sudetendeutschen Landsmannschaft und vieler, vieler Sudetendeutscher, die Heimat wieder zu gewinnen.

Dazu gehört zuallererst und ungeteilt unter den ansonsten höchst verschieden operierenden Gliederungsgruppen der einzelnen Interessengemeinschaften unter den Sudetendeutschen, die moralische Wiedergutmachung zu erreichen. Die sudetendeutsche Volksgruppe wurde tief erniedrigt, sie wurde vertrieben. Man kann diese Tatsachen, die Vertreibung, etwa 240 000 Tote, nicht mit sehr schlimmen Vorkommnissen des Dritten Reiches saldieren. Die Sudetendeutschen wurden vertrieben, und ihnen ist Wiedergutmachung angedeihen zu lassen. Wiedergutmachung durch die Vertretung des tschechischen Volkes, die Regierung, die darauf hinwirken muß, daß der im Volk vorhandene überlieferte Gegensatz, ja oft Haß gegenüber den Sudetendeutschen, abgebaut wird.

Dieses ist schon aus allgemeinen Nachbarschaftsgründen zwischen Tschechen und Deutschen erforderlich. Wenn die Stimmen und die Stimmung zutreffen, die veröffentlicht werden, dann besteht große Gefahr, daß die jetzigen Nachbarschaftshilfen in bezug auf den Aufbau einer intakten Wirtschaft fehlausgelegt werden und letztendlich in Aversionen bei den Tschechen einmünden, die wiederum nur Ansatzpunkte sind, um zu Gegensätzlichkeiten zu führen.

Es liegt in der Verantwortung eines demokratisch gewählten Parlaments und einer daraus gebildeten Regierung, daß solche Ungeheuerlichkeiten aufgearbeitet werden. Der moralische Gehalt dieses Staates ist nicht hoch einzuschätzen, wenn er solches vernachlässigt bis hin zur Leugnung und zum Bestreiten von berechtigten Ansprüchen.

Neben der moralischen Wiedergutmachung muß es ein System der eigentumsmäßigen Wiedergutmachung geben. Diese Wiedergutmachung kann in vielfältigen Abstufungen erfolgen. Da wir uns, die Sudetendeutschen, eingestehen müssen, daß sicher nicht alles so wieder werden kann, wie es war, müssen wir unsere Forderungen stellen, sie in Verhandlungen stellen, die der erste Schritt sein könnten.

### *Wie könnten die Rahmenbedingungen aussehen, unter denen eine tatsächliche Bereinigung des Verhältnisses zwischen Sudetendeutschen und Tschechen stattfinden kann?*

1. Zunächst müßten auch die Sudetendeutschen das völkerrechtlich von der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik im Nachbarschaftsvertrag festgestellte Grenzproblem als erledigt ansehen. Das heißt, daß das, was in den völkerrechtlich gültigen Verträgen von München 1938 vereinbart wurde, durch die Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg zurückentwickelt wurde und daß die deutschen Gebiete, die 1938 an das Deutsche Reich angegliedert wurden, nunmehr wieder bei der Tschechischen Republik sind. Damit befinden sich alle Heimatgebiete in der Tschechischen Republik, und alles, was an Schäden entstanden ist, hat diesen Staat als Adressaten.

2. Im Prinzip müßte es jedem Sudetendeutschen und Abkömmlingen dieser freistehen, in der Tschechischen Republik Wohnung zu nehmen und dort die Wiedereinsetzung in seine früheren Rechte zu erlangen. Dieses wäre aber nicht ausreichend. Das tschechische Rechtssystem müßte ein entsprechendes Volksgruppen- und Minderheitenrecht erhalten, damit die Rückkehrer ein freiheitlich-demokratisches, die Minderheiten, die Individualrechte achtendes Rechtssystem vorfinden.

3. Die tatsächlichen Verhältnisse in der Tschechischen Republik lassen aber eine so geartete Rückkehr, von Einzelfällen abgesehen, in größerer Zahl kaum zu. Ethnische Spannungen wären die Folge und neue Reibungen zu befürchten. Um dieses auszuschließen, müßten gebietliche Lösungen gefunden werden, die die Wiederansiedlung einer größeren Zahl von Sudetendeutschen ermöglichen, ohne in Konflikte mit der tschechischen Bevölkerung zu kommen. Die Regionalisierung wäre hier sicher eine geeignete Möglichkeit. Es wären kantonale Lösungen denkbar, die im Gesamtstaat auch völkisch unterschiedliche Regionen ermöglichen.

Kantonale Lösungen müßten kulturelle Freiheiten bis hin zu rechtlichen Besonderheiten umfassen. Schließlich geht es darum, eine jahrzehntelange

Spannung in Mitteleuropa zu bereinigen und insgesamt Zeichen für die Möglichkeit eines Nebeneinanders überhaupt zu geben.

4. Vermögen, das Sudetendeutschen gehörte, die nicht mehr in die Heimat zurückwollen, müßte einem Entwicklungsfonds zugewiesen werden, der die ehemaligen Eigentümer und deren Nachkommen als Gesellschafter hat und der sich volkswirtschaftlich zum Wohle der Tschechischen Republik am Aufbau beteiligt. Damit würde sichergestellt sein, daß nunmehrige Rechtsverhältnisse nicht gestört werden, andererseits dem Restitutionsgedanken in einer besonderen Form Rechnung getragen wird.

5. Die Aussichten, wie sich die Sudetendeutschen bereitfänden, aus ihrem mühevoll erarbeiteten jetzigen Umfeld zurück in die Heimat zu gehen, sind nicht abschätzbar. Es käme sicherlich auf die Konditionen an, und es wäre auch eine Rückkehr in Etappen. Während nach eigener Lebenserfahrung zunächst einmal Skepsis und nur spärliche Anfangsrückkehrzahlen zu erwarten wären, wäre sicher eine zweite Welle denkbar, die, bei Gelingen des Plans, sicher zahlreicher wäre. Gewisse Ableitungen lassen sich von den ehedem aus der DDR geflohenen Deutschen und deren Rückkehr in die nunmehr freien Länder Mitteldeutschlands erkennen.

*Wer verhandelt mit wem?*

Die jetzige Situation, daß sich deutsche und österreichische Regierung jeweils für sich und höchst unabgestimmt um die Lösung der Sudetendeutschen Frage bemühen, ist bedauernswert und führt schon deshalb zu wenig Erfolg. Die deutsche Bundesregierung als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches ist aufgerufen, diese Verhandlungen zu führen; damit dieses aber nicht losgelöst von den sudetendeutschen Interessen erfolgt, oftmals im Gegensatz zu diesen, wäre eine Verhandlungskommission zu bilden, die insbesondere von Mitgliedern der Sudetendeutschen Landsmannschaft, unter anderen von Vertretern der Sudetendeutschen gebildet wird. Schließlich kann die Vorbereitungsphase nicht anders geschehen, als daß außerhalb der Mittel für die ostdeutsche Kulturförderung die Sudetendeutschen eine Planungskommission für die Verhandlungen mit der Tschechischen Republik von der Bundesrepublik finanziert erhalten. In dieser Planungskommission müßte politisch wie verwaltungsmäßig all das vorbereitet und aufgearbeitet werden, was die große Aufgabe der Rückkehr von Sudetendeutschen in die Heimat sowie der Restitution von Vermögenswerten von Sudetendeutschen umfaßt. Der bayerischen Staatsregierung gebührt Dank für die großartige Einlösung der Schirmherrschaft gerade auch in der allerletzten Zeit.

*Ausblick*

Es ist eine Erfahrung in der neueren Geschichte, daß Unrecht, wenn es nicht einigermaßen zeitnah bereinigt wird, in späterer Zeit neues Unrecht hervorbringt. Allein schon die Lösungen der Staatengründungen nach dem Ersten

Weltkrieg zeigen, daß nur Unheil aus diesen unglücklichen Zusammenfassungen und Staatenbildungen folgt. Dessen sollten sich die Staatsmänner bewußt sein und einen Unrechtstatbestand bereinigen helfen, der sich nicht selbst löst und der auch nicht durch das Aussterben der Erlebnisgeneration gelöst sein wird.

Roland Schnürch

# Zielsetzungen sudetendeutscher Heimatpolitik

## *Zur Ausgangslage*

Landsmannschaftliche Heimatpolitik kann nur auf einwandfreien rechtlichen Grundlagen beruhen. Über deren Inhalte sollte ein möglichst breiter Konsens aller politisch bedeutsamen Kräfte bestehen, um eine gemeinsame Zielsetzung zu vertreten.

Diese eigentlich selbstverständliche Feststellung ist aber vor dem Hintergrund fortwährender Agitation der Vertreiberstaaten notwendig. Diese wollen den durch die Vertreibung geschaffenen Unrechtstatbestand zementieren. Vielen Mitbürgern unserer Tage ist dieses Vorgehen nicht mehr gegenwärtig, erst die »ethnischen Säuberungen« auf dem Balkan haben ihnen die Tragik und das Ausmaß dieser Verbrechen bewußt gemacht.

CSFR und CR (Tschechische Republik) übernahmen in der sudetendeutschen Frage vielfach Positionen, wie man sie vor der Wende von der kommunistischen CSFR gewohnt war[1]. Nur vereinzelt machten sich anderslautende Stimmen bemerkbar. Auch der Umstand, daß Staatspräsident Václav Havel sein Bedauern über die Vertreibung aussprach, wird durch fehlende Bereitschaft zu einer Wiedergutmachung völlig relativiert.

Im folgenden werden kontroverse Schwerpunkte angesprochen, die einer deutsch-tschechischen Aussöhnung im Wege stehen. Dazu gehört auch eine verfehlte Vertragspolitik mit den Regierungen des Ostblocks und deren demokratischen Nachfolgern. Im Schlußabschnitt wird eine aktuelle Zielsetzung behandelt.

## *Das Unrecht bei der Staatsgründung der CSR[2]*

Die Tschechoslowakei hat am 31. Dezember 1992 ihre völkerrechtliche Existenz unter Bildung zweier neuer Republiken, der Tschechischen Republik

und der Slowakischen Republik, aufgegeben, nachdem der slowakische Landesteil bereits von 1939 bis 1945 legitim abgespalten war. Damit ging ein Staat unter, der schon bei seiner Gründung im Jahre 1918 mit einer Lüge begonnen hatte, weil er den zweitstärksten Bevölkerungsanteil in seinem Namen unterschlug. Nach der Volkszählung von 1921[3] setzte sich die Gesamtbevölkerung von 13,6 Millionen aus 6,8 Millionen Tschechen, 3,2 Millionen Deutschen, 2 Millionen Slowaken, einer dreiviertel Million Magyaren, einer halben Million Ukrainer sowie kleineren Nationalitäten von 0,3 Millionen zusammen.

Diese summarischen Daten lassen aber nicht erkennen, daß die Sudetendeutschen in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien in einem geschlossenen Sprachgebiet von rund 26 500 km² siedelten und dort – nach der Volkszählung von 1910[4] – über 93% der Bevölkerung (neben 5% Tschechen) stellten.

Deutschböhmen, Deutschsüdmähren und das »Sudetenland« (damalige Bezeichnung für die deutschen Gebiete Nordmährens und Österreich-Schlesiens) konstituierten sich zwischen dem 30. Oktober und 3. November 1918 in Landes- bzw. Kreisversammlungen, gebildet durch die deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats und des böhmischen Landtages, als Bestandteil der Republik Deutschösterreich. Die Provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs übernahm mit dem Gesetz vom 22. November 1918 die Gebietshoheit über diese Provinzen. Trotzdem wurden sie in den letzten Wochen des Jahres 1918 von tschechischer Miliz mit militärischer Gewalt besetzt.

Dem besetzten Land wurde eine tschechische Verwaltung aufgezwungen, friedliche Proteste wurden am 4. März 1919 in brutaler Weise mit Waffengewalt niedergeschlagen: 54 Tote, unter ihnen Frauen, Greise und Kinder, klagen auch heute noch die Welt an!

Von den Zeitzeugen jener Jahre sei nur der französische Marschall Foch zitiert. Er hatte die bedingungslose Annahme der Waffenstillstandsbedingungen erzwungen und sagte am Vorabend der Unterzeichnung des Versailles Vertrages: »Das ist kein Friede. Das ist ein Waffenstillstand für zwanzig Jahre!«[5] Nicht nur der Zweite Weltkrieg, auch das Massaker der Gegenwart auf dem Balkan haben diese Voraussage leider bestätigt.

Am 6. September 1919, vier Tage vor Unterzeichnung des Friedensvertrages in Saint-Germain-en-Laye, legte die Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich Rechtsverwahrung gegen die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für die Sudetendeutschen ein.

Das Entstehen der Tschechoslowakei stellt eine derartige Folge von Rechtsbrüchen dar, daß man die Enttäuschung darüber nicht verhehlen kann, daß gerade auch Dissidenten und Oppositionelle des Husak-Regimes nach der »sanften Revolution« von 1989 zu keiner Neubewertung in der Lage waren. Gerade dieser Umstand ist das Bestürzende an der jüngsten innertschechischen Entwicklung.

Oder wie soll man den Satz verstehen, den Václav Havel beim ersten Weizsäcker-Besuch im März 1990 formulierte: »Anstatt ordentlich all die zu richten, die ihren Staat verraten haben, verjagten wir sie aus dem Land und belegten sie mit einer Strafe, die unsere Rechtsordnung nicht kannte«?[6]

Es sei anerkannt, daß Havel auch hinzufügte: »Das war keine Strafe, das war Rache. Darüber hinaus verjagten wir sie nicht auf der Grundlage erwiesener individueller Schuld, sondern einfach als Angehörige einer bestimmten Nation. Und so haben wir in der Annahme, der historischen Gerechtigkeit den Weg zu bahnen, vielen unschuldigen Menschen, hauptsächlich Frauen und Kindern, Leid angetan.«

Forderte hier der damalige CSFR-Präsident eine Bestrafung derjenigen deutschen Bürger, die die Aussagen Großbritanniens und Frankreichs in ihrer gemeinsamen Note vom 19. September 1938 dankbar begrüßt hatten, also der überwiegenden Mehrheit der Sudetendeutschen?

Wollte Václav Havel nicht mehr wahrhaben, daß die CSR-Regierung am 21. September 1938 in einer Note die anglo-französischen Vorschläge annahm? Damit wurde die Abtretung der Sudetengebiete völkerrechtlich eingeleitet, die mit dem Protokoll des Internationalen Ausschusses vom 21. November 1938 – wiederum mit tschechischer Mitwirkung – endete.

Aus dem Unrecht der Staatsgründung von 1918 mußte früher oder später eine Gegenreaktion folgen, vergleichbar mit dem 1991 begonnenen Zerfall des Zwangsstaates Jugoslawien. Wer sich heute der Revision des Jahres 1938 in Mitteleuropa entgegenstellt, müßte mit der gleichen Logik die Loslösung Sloweniens und Kroatiens aus dem jugoslawischen Staat ablehnen. Gewiß, es hat auch Stimmen dieser Art gegeben, sie sind aber unter dem Eindruck der entsetzlichen Massaker der letzten Jahre verstummt.

Trotzdem versucht die tschechische Seite die Loslösung der deutschen Gebiete aus der CSR anders zu interpretieren, ja sie sogar den zwei Jahrzehnte lang benachteiligten, in ihrer nationalen Entwicklung unterdrückten Deutschen schuldhaft anzulasten. Bedenklich ist immer noch die große Zahl derer, die die tschechische Argumentation bedenkenlos übernehmen, worauf der folgende Abschnitt kurz eingeht.

## *Das Trauma »München«*

Journalisten und Politiker aller Couleurs haben sich seit Jahrzehnten beim Münchener Abkommen bemüht, die Vorgänge auf den Kopf zu stellen, um zu einem gewünschten Ergebnis zu kommen. Diese Zeitgenossen haben den Text des Abkommens wohl nie selbst gelesen. Oder wie ist es sonst zu erklären, daß man sich mit einem Durchführungsabkommen auseinandersetzt, das ausdrücklich »unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebietes bereits grundsätzlich erzielt wur-

de« (d. i. der vorstehende Notenwechsel!), nur »Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung« regelt?

Von der oben angesprochenen anglo-französischen Note an die CSR will anscheinend niemand Notiz nehmen! Auch nicht von dem Umstand, daß dieser Note eine Initiative des CSR-Staatspräsidenten Beneš vorausging, der seinen Sozialfürsorgeminister Necas am 15. September 1938 mit einer geheimen Anweisung nach Paris entsandt hatte. Darin bot Beneš die Abtretung von 4 000 bis 6 000 $km^2$ und 1,5 bis 2 Millionen der deutschen Bevölkerung an. Der Hauptschuldige der späteren verbrecherischen Deutschenvertreibung sprach hier bereits von einer »Ortsverlagerung der Bevölkerung«, weil das Angebot die Abtretung von 20% des Sudetengebietes mit 60% (!) der Sudetendeutschen bedeutete.

Das schlechte Gewissen Edvard Beneš', der die Konferenz in Saint-Germain mit einer gefälschten Bevölkerungskarte und verlogenen Angaben in seinen Denkschriften (»Mémoire III«) getäuscht hatte, äußerte sich in Ziffer 8 der Anweisung an Necas: »Eine Volksabstimmung ... ist technisch, rechtlich und politisch unmöglich. Auch auf Landkarte aufzeigen, wie nach der Volksabstimmung die Form unseres Staates und die Position Deutschlands aussehen würde.«

Obwohl der Ausgang einer Volksabstimmung, wie schon Beneš erkannte, völlig unzweifelhaft war, hätte ein unter internationaler Kontrolle erzieltes Ergebnis die Kritiker des Münchener Abkommens für alle Zeiten in die Schranken gewiesen.

Ein sudetendeutscher Autor schrieb kürzlich zur »Wirkung von ›München‹ auf die tschechische Nation«: »Für das tschechische Empfinden war ›München‹ ein größerer Schock als der Einmarsch der deutschen Truppen ins restliche Böhnen ein halbes Jahr später.« Und derselbe Autor meint, daß sich die Frage den Tschechen, die über den eigenen Beitrag zum Weg in die Katastrophe nicht nachdenken wollten, in einfacher Schwarzweißzeichnung wie folgt stellte: »Hatten die Deutschen das Tischtuch der Gemeinschaft durchschnitten, so sollten sie – sobald sich eine Gelegenheit bieten würde – auch aus der gemeinsamen Wohnung der böhmischen Länder hinaus. Die tschechische Reaktion auf die Teilung des Landes durch München war der Wunsch, sich zur Gänze und auf immer von den Deutschen zu trennen, d. h. das zweite Volk Böhmens auszusiedeln.«[7]

Dieser Scheinlegitimation der Vertreibung kann nicht scharf genug widersprochen werden, dürfte sie doch auch heute noch in den Köpfen zahlreicher tschechischer Politiker spuken.

War es 1918/1919 kraft des politischen Prinzips der Selbstbestimmung legitim, eine staatliche Gemeinsamkeit mit dem tschechischen Volk auszuschlagen, kann dies 1938 noch viel weniger verurteilt werden. Oder hätte der nach dem Ersten Weltkrieg erkennbare Wille der Sudetendeutschen schon damals deren Vertreibung gerechtfertigt?

Damit entfällt jede moralische Scheinlegitimierung für das Verbrechen des Völkermordes mit 241 000 Opfern, ausgelöst durch die in den Maitagen des Jahres 1945 begonnene Vertreibung der Sudetendeutschen.

Die tschechische Seite versucht, leider vereinzelt auch durch deutsche Stimmen unterstützt, die deutschen Opferzahlen herabzumindern, die eigenen Verluste während des Protektorats zu überhöhen und sogar eine Vertreibung von Tschechen im Jahre 1938 zu postulieren![8]

Dieses Kapitel kann mit einer klaren Feststellung des Wiener Völkerrechtlers Professor Felix Ermacora geschlossen werden: »Es gehört zu den sudetendeutschen Fragen nicht das Problem des Protektorats Böhmen und Mähren: es hat ausschließlich mit der imperialistischen Politik des deutschen Reiches zu tun. Es gehört zum Fragenkomplex auch nicht ›Heydrich und Lidice‹, die für sich zu den Furchtbarkeiten des Zweiten Weltkrieges zählen – sie haben keinen Bezug zur sudetendeutschen Frage.«[9]

## *Verfehlte Vertragspolitik*

Spätere Generationen werden nur mit völligem Unverständnis der totalen Selbstaufgabe deutscher Politik durch die sogenannte »Entspannungspolitik« gegenüberstehen. Unter dieses Kapitel fällt der von Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel am 11. Dezember 1973 in Prag unterzeichnete »Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik«. Die darin ausgesprochene »Nichtigkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938« wird in dem von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher am 27. Februar 1992 unterzeichneten »Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« bestätigt.

Die in den beiden Verträgen zum Ausdruck kommende Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen Volksgruppe schlug sich bereits beim »Einigungsvertrag« vom 31. August 1990 und beim Zwei-plus-Vier-Vertrag, dem »Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland«, nieder. Einigungsvertrag und Zwei-plus-Vier-Vertrag standen angeblich unter dem Junktim, daß die Vereinigung von West- und Mitteldeutschland nur mit einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu erreichen sei. So hatte Bundeskanzler Kohl mehrfach von einer »conditio sine qua non« gesprochen. Dagegen hatte Außenminister Genscher im Bundesrat und Auswärtigen Ausschuß erklärt, daß diese Anerkennung »freiwillig und ohne Druck und Zwang von außen von Regierung und Parteien vorgenommen werde«.[10] Dieser Widerspruch ist bis heute nicht aufgeklärt.

Dahinter verbarg sich nicht nur eine falsche Einschätzung der immer

schwächer gewordenen sowjetischen Position, sondern auch eine voreilige Aufgabe deutscher Rechtspositionen[11].

Der gordische Knoten, den die Architekten der Verträge geschickt geknüpft haben, läßt sich allerdings mit dem »Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge« lösen. Die Konvention ist für die Bundesrepublik Deutschland seit dem 20. August 1987, für die Tschechoslowakei seit dem 28. August desselben Jahres in Kraft. Ihre rückwirkende Anwendung verbietet Art. 4.

Im Art. 53 der Wiener Konvention heißt es unter anderem: »Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht.«

Zu diesen von der internationalen Staatengemeinschaft angenommenen Normen zählen, gestützt auf das humanitäre Kriegsrecht und die UN-Menschenrechtspakte vom 19. Dezember 1966:

- das Selbstbestimmungsrecht;
- das Vertreibungsverbot (woraus sich das Gebot auf Rückgängig- und Wiedergutmachung ableitet);
- der Schutz des Privateigentums vor völkerrechtswidrigen Konfiskationen.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag, der Vertrag vom 27. Februar 1992 mit der CSFR, aber auch die deutsch-polnischen Verträge vom 14. November 1990 und 17. Juni 1991 stehen zu diesen zwingenden Normen im Widerspruch oder lassen sie unberücksichtigt. Dabei kann der Einwand nicht greifen, diese Verträge berührten das Selbstbestimmungsrecht nicht, die Vertreibung werde durch sie nicht gebilligt und die Nichtbefassung mit Vermögensfragen (in den Außenministerbriefen) verstoße nicht gegen das Konfiskationsverbot. Gerade weil diese Verträge an die Stelle der stets angestrebten, frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung gemäß Artikel 7 des Deutschlandvertrages getreten sind, fehlt in ihnen

- die Kennzeichnung der Vertreibung als Verbrechen des Völkermordes[12],
- die Verpflichtung zur zumutbaren Wiedergutmachung
- und die Anerkennung des Rechtes auf die Heimat.

Allen Verträgen ist gemeinsam, daß sie Grenzbestätigungen aussprechen, ohne der zustimmungsberechtigten – vertriebenen – Bevölkerung ein Plebiszit einzuräumen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen hat durch Artikel 4 des Einigungsvertrages keine »Absorption« erfahren, sondern besteht »latent« weiter. Der Einigungsvertrag und die deutsch-tschechischen Verträge von 1973 und 1992 »sind ohne Bedachtnahme auf das Selbstbestimmungsrecht von den in Betracht kommenden Völkerrechtssubjekten – den Staaten – festgeschrieben worden. Damit ist aber das Recht auf Selbstbestimmung – ein

Volksrecht – nicht untergegangen« (zitiert nach dem *Rechtsgutachten über die sudetendeutschen Fragen vom 22. Mai 1991* von Prof. Dr. Felix Ermacora[13]).

### *Zielsetzungen*

In der Einleitung zur Buchausgabe seines Gutachtens schreibt Professor Ermacora: »Das Unrecht der Vertreibung ist ein spezifiziertes völkerrechtliches und innerstaatliches Delikt. Es ist Völkermord im Sinne allgemeinen Völkerrechts und der Völkermordkonvention. Von langer Hand geplant, mit dem Willen, ein Volk oder eine Volksgruppe auf ihrem angestammten Boden zu zerstören, steht (es) im Mittelpunkt des Tatbestands. Völkermord ist keine Erfindung der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse. Den Tatbestand hat es immer gegeben, früher als Barbarei gekennzeichnet.

Dieser klare Tatbestand ist wichtig, weil er eine klare abendländische Schlußfolgerung nach sich zieht:

a) er verjährt völkerstrafrechtlich nicht und
b) macht Konfiskationen im Zuge eines Völkermordes ungültig; Eigentumsverluste sind in diesem Fall nicht nur zu entschädigen, sondern Eigentum ist zurückzugeben.«[14]

Es fällt schwer, angesichts des vorstehenden Textes einen Beitrag zu verstehen, den der sudetendeutsche SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Glotz kürzlich veröffentlichte:

»Dabei hat alles so hoffnungsvoll begonnen. Präsident Václav Havel hat sich nicht nur für die Gewalttaten bei der Vertreibung von dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen, er hat sich für die Vertreibung selbst entschuldigt... Dann begann die alte Unvernunft wieder zu wühlen. Nicht ›die Sudetendeutschen‹ – die katholische Ackermann- und die sozialdemokratische Seliger-Gemeinde kämpfen um eine ausgleichende Politik – wohl aber Funktionärsgruppen der Sudetendeutschen Landsmannschaft spezialisierten sich erneut auf ›Rechtsansprüche‹ und ›Wiedergutmachung‹... Nötig ist eine neue Initiative für Versöhnung und Kooperation zwischen Tschechen und Deutschen. Die Sudetendeutschen müssen die Illusion fahren lassen, daß sie die Grundstücke ihrer Eltern oder Großeltern zurückbekommen.«[15]

Zu Glotz braucht man nur die Gegenfrage stellen, ob er auch so schreiben würde, wenn das Dritte Reich noch 40 bis 50 Jahre bestanden hätte und es um »Rechtsansprüche« und »Wiedergutmachung« unserer vertriebenen jüdischen Mitbürger ginge. Wenn er das verneint, und man möchte das in seinem Interesse wirklich annehmen, kann man ihm nur empfehlen, sich auch in der sudetendeutschen Frage so zu verhalten. Alles andere ist unredlich – weil unmoralisch!

Die Bezugnahme auf Havel bei Glotz zeigt leider nur die eine Seite der Medaille. Der tschechische Präsident hat sich kontinuierlich seit 1989 den

Konsequenzen seiner Entschuldigung entzogen. Man stelle sich einmal vor, Bundeskanzler Adenauer hätte sein Bedauern über die Verbrechen des Dritten Reiches ausgesprochen, es dabei aber bewenden lassen.

Am 23. Dezember 1989 hatte Havel als designierter Präsident im tschechischen Fernsehen gesagt: »Ich denke, daß die Grenze der Tschechoslowakei nicht geändert werden darf. Ich denke, daß keiner der abgeschobenen Sudetendeutschen zurückkommen dürfte, aber ich denke, daß wir den Deutschen gegenüber, die nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschoben wurden, verpflichtet sind, uns zu entschuldigen.«[16] Leider liegen keinerlei Anhaltspunkte vor, ob und wie die deutsche Delegation bei der Aushandlung des Vertrages mit der CSFR diesen Sachverhalt angesprochen und berücksichtigt hat.

Im November 1992 fand in Reichenberg eine deutsch-tschechische Tagung mit dem Thema »Tschechen und Deutsche – ewige Nachbarn« statt. Dr. Jaromír Louzil, ein Prager Historiker, fragte dort hinsichtlich der Sudetendeutschen: »Wohin wollen sie zurückkehren, nach Böhmen und Mähren vor dem Münchener Abkommen oder in den nachherigen ›Reichsgau Sudetenland‹?«[17] Bei dieser Fragestellung wird nur zwischen zwei Möglichkeiten unterschieden:

1. Rückkehr in die Tschechische Republik.
2. Rückkehr in ein an Deutschland angeschlossenes Gebiet.

Beide Möglichkeiten scheiden aus! Die Rückkehr in einen tschechischen Staat würde nur ein verschwindend kleiner Teil der Sudetendeutschen akzeptieren. Die Rückkehr in ein an Deutschland angeschlossenes Heimatgebiet scheidet aus, weil sich die Bundesrepublik Deutschland mit dem Einigungsvertrag freiwillig dieser Möglichkeit begeben hat.

Allerdings gibt es im Völkerrecht den friedlichen Wandel der Grenzen (peaceful change), was leider häufig übersehen wird, zumal sich Politiker gerne in der Betonung der Unverletzlichkeit der Grenzen ergehen. Dieser Passus stand auch in Artikel 3 des Grundvertrages mit der »DDR«. Nach dem Fall der Mauer war er obsolet! Auch die Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte von Helsinki 1975 waren der »Auffassung, daß ihre Grenzen, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können«.[18] Die deutsche Politik hätte hier gegenüber den ehemaligen Ostblockstaaten ein reiches Betätigungsfeld. Statt dessen schloß man lieber unverbindliche »Nachbarschaftsverträge«.

Unter der Prämisse einer Rückgabe des Heimatgebietes an die Volksgruppe, wie sie die Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft verlangt, lassen sich mit dem Ziel einer staatlichen Neuordnung kraft Selbstbestimmungsrechtes der Volksgruppe mehrere Alternativen nennen:

a) Autonomes deutsches Gebiet innerhalb der Tschechischen Republik.
b) Souveräner Freistaat.
c) Europäisierung des Heimatgebietes.

Die Alternative (a) würde in Richtung des heutigen Status von Südtirol gehen, damit einen enormen Fortschritt zu heute darstellen, aber nicht unbedingt erstrebenswert für eine auf Dauer angelegte Lösung.

Die Alternative (b), das Freistaatmodell – wie es Dr. Harry Hochfelder vom damaligen »Wenzel-Jaksch-Kreis« schon Anfang der achtziger Jahre entwikkelt hatte[19] –, wäre eine ideale Lösung, aber politisch heute nicht durchsetzbar. Das heißt aber nicht, daß man diese Konzeption als eine von möglichen Alternativen nicht vertreten sollte.

Die Alternative (c) könnte am leichtesten durchsetzbar sein, verlangt aber eine intakte Europäische Union, von der man meilenweit entfernt ist, wenn man das totale Versagen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Balkan bedenkt.

Trotzdem sollte man die Alternative (c) voranstellen und mit allem Nachdruck vertreten. Diese Lösungsmöglichkeit würde sich auch an anderen Stellen in Europa zur dauerhaften Befriedung anbieten; man denke an Südtirol. Weder das Verbleiben bei Italien noch der Anschluß an Österreich sind realistische Lösungen eines kommenden Europas.

Europa als Union souveräner Nationalstaaten, die teilweise Souveränitätsrechte an gemeinsame Organe delegieren, würde sich um eine Anzahl autonomer europäischer Regionen erweitern. Das bedeutet aber, daß in allen Teilen Europas rechtsstaatliche Grundsätze eingehalten oder wiederhergestellt werden. Vertreibungen von 1945/1946 und in der Gegenwart sind rückgängig und wiedergutzumachen. Eigentumsrechte sind wiederherzustellen.

Neue Vertreibungen sind ausgeschlossen! Das bedeutet, daß die zweite oder dritte Generation tschechischer Besitzer deutscher Häuser ein Wohnrecht entsprechend einem Mieterschutz erhält.

Landwirtschaftliches Eigentum ist zurückzuerstatten. Sofern von beiden Seiten, dem deutschen Eigentümer wie dem tschechischen Betreiber, gewünscht, sollten langfristige Pachtverträge abgeschlossen werden.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß bei vergleichbaren Situationen in der ehemaligen »DDR« auch unzumutbare Regelungen gesetzlich fixiert wurden. Der ominöse Einigungsvertrag schloß die Rückgabe der Enteignungen von 1945 bis 1949 aus. Selbst »Mauergrundstücke« wurden mit vorgeschobenen Gründen (weil »Verteidigungsanlagen«!) einbehalten. Glücklicherweise bleiben diese nicht nach Recht getroffenen Regelungen aber in der Diskussion.

Noch am 29. Dezember 1993 überschrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ihren Leitartikel auf Seite 1 mit »Mein und Dein«:

»Überall lernt man schon als kleines Kind, mein und dein zu achten; fremdes Eigentum ist zu respektieren. Aber zu viele deutsche Politiker (und Bürger) scheinen diesen Teil ihrer Kindheit vergessen zu haben. Wie sonst kann es geschehen, daß die Bundesregierung Eigentum, das die Kommunisten im

Gebiet der einstigen DDR den Eigentümern völkerrechts- und rechtsstaatswidrig weggenommen haben, nach der Wiedervereinigung nicht den Eigentümern zurückgibt, wo immer es möglich ist, sondern es meistbietend veräußert?«

Wie sich doch die Bilder gleichen? An Stelle »deutsche Politiker (und Bürger)« brauchen wir nur die Adjektive »tschechische, polnische oder serbische« einzusetzen!

Für Mitteldeutschland heißt es in dem Leitartikel der *FAZ:* »Bestehende Nutzungsrechte wie Miete oder Pacht bleiben bestehen. Wo Herausgabe nicht mehr möglich ist, muß entschädigt werden. Aber auch nur dort; wer die Herausgabe als Empfänger ablehnt, hat auf Entschädigung keinen Anspruch.«

Für die deutsche Bundesregierung wie auch für die europäische Staatengemeinschaft müssen die Einhaltung völkerrechtlicher wie auch rechtsstaatlicher Normen unabdingbar sein: in Mitteldeutschland, in Bosnien-Herzegowina wie auch im Sudetenland und in den altreichsdeutschen Vertreibungsgebieten.

Anmerkungen:

Nicht im einzelnen mit Anmerkungen versehene Dokumente sind in folgenden, leicht zugänglichen Quellensammlungen zu finden:

– Fritz Peter Habel, *Dokumente zur Sudetenfrage*, München–Wien 1984, XXII u. 506 S.
– Sudetendeutscher Rat (Hrsg.), *München 1938 – Dokumente sprechen*, München 1964, 166 S.
– Albrecht Randelzhofer (Hrsg.), *Völkerrechtliche Verträge*, Beck-Texte im dtv 5031, Nördlingen 1991, 688 S.
– Bruno Simma u. Ulrich Fastenrath (Hrsg.), *Menschenrechte – Ihr internationaler Schutz*, Beck-Texte im dtv 5531, Nördlingen 1992, XXXVIII u. 594 S.
– Dietrich Rauschning (Hrsg.), *Rechtsstellung Deutschlands. Völkerrechtliche Verträge und andere rechtsgestaltende Akte*, Beck-Texte im dtv 5552, Nördlingen 1985, XXVI u. 246 S.

1. Vgl. u. a. »Motivenbericht der CSFR-Regierung, vorgelegt bei der Ratifizierung des Vertrages vom 27. Februar 1992 in der Bundesversammlung der CSFR«, u. a. in *Sudetendeutsche Zeitung*, München, Nr. 17 v. 24. April 1992; Interview des Botschafters der Tschechischen Republik in Bonn, Dr. Jirí Gruša, am 2. Dezember 1993 im Deutschlandfunk (Niederschrift im Privatarchiv des Verfassers), dazu auch Roland Schnürch, »Zwischen Schwejk und Beneš«, in *Sudetenpost*, Linz a.d. Donau, Nr. 2 v. 27. Januar 1994, S. 4.
2. Vgl. zu einem tabellarischen Überblick Roland Schnürch u. Ludek Pachmann, »Das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Herzen Mitteleuropas im Rückblick der letzten 75 Jahre«, in *Sudetenpost*, Linz. a.d. Donau, Nr. 22 v. 18. November 1993, S. 18, u. Nr. 23 v. 2. Dezember 1993, S. 7.
3. Alfred Bohmann, *Menschen und Grenzen*, Bd. 4: *Bevölkerung und Nationalitäten in der Tschechoslowakei*, Köln 1975, S. 96.
4. Ebenda, S. 43.
5. Hellmut Diwald, *Geschichte der Deutschen*, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1978, S. 247.
6. *Bulletin der Bundesregierung*, Nr. 36 v. 17. März 1990, S. 278.
7. Rudolf Hilf, »Die Auflösung der böhmischen Symbiose durch den tschechischen und deutschen Nationalismus«, in Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), *Bayerisch-Böhmische Nachbarschaft*, München 1992, S. 179 u. 182.

8. Vgl. Schnürch/Pachmann, aaO. (Anm. 2); Paulus Sladek, »Die Zahl der sudetendeutschen Mordopfer«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Frankfurt/M., Nr. 81 v. 7. April 1988, S. 7.; dazu: Roland Schnürch, »Die Zahl der sudetendeutschen Mordopfer«, in *Witikobrief*, Nr. 5 v. Mai 1988, S. 11; Volkmar Gabert, »Brief an Pavel Kohout«, in *Sudetendeutsche Zeitung*, München, Nr. 4 v. 28. Januar 1994, S. 3; »Bericht über einen Vortrag von Fritz Peter Habel«, in *Sudetenpost*, Linz a.d. Donau, Nr. 3 v. 10. Februar 1994, S. 5.

9. Felix Ermacora, *Die sudetendeutschen Fragen*, München 1992, S. 15.

10. Vgl. Helmut Sauer (Salzgitter), Erklärung nach § 31 GO, Deutscher Bundestag, Stenogr. Bericht 12/50, Anl. 7, S. 4204.

11. Vgl. Wolfgang Schäuble, *Der Vertrag: wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*, Stuttgart 1991, S. 59 f.

12. Vgl. zur Bewertung der Vertreibung als Völkermord bei Felix Ermacora, *Rechtsgutachten über die sudetendeutschen Fragen vom 22 . Mai 1991*, S. 74 ff., 95 u. 196 f.

13. Ebenda, S. 61 f., 69 u. 194 f.

14. Felix Ermacora, *Die sudetendeutschen Fragen*, aaO., S. 17 f.

15. Peter Glotz, »Nationalismus ist eine Pest«, in *Bonner General-Anzeiger*, Bonn, 21. Dezember 1993.

16. Zitiert nach Fritz Peter Habel, *Die Sudetendeutschen*, München 1991 (Hrsg. W. Schlau), S. 153.

17. Stiftung Bernhard Bolzano / Ackermann-Gemeinde / Hanns Seidel Stiftung (Hrsg.), *Češi a Nemci vecní sousedé - Tschechen und Deutsche ewige Nachbarn*, Prag 1993, S. 39 f. u 76 f.

18. *Bulletin der Bundesregierung*, Nr. 36 v. 15. August 1975, S. 969 (s. auch Simma/ Fastenrath, *Menschenrechte – Ihr internationaler Schutz*, aaO., S. 427).

19. Harry Hochfelder, *Die offene deutsche und sudetendeutsche Frage*, München 1984 (Hrsg. Witikobund e.V., Beiträge des Witikobundes zu Fragen der Zeit, Bd. 35), 49 S.

Toni Herget

# Verpaßte Chancen

## Tschechische Schuld und Versagen gegenüber den Sudetendeutschen

Im Dezennium vor der Prager politischen Wende von November 1989 erschienen im Westen mehrere aussagestarke Bücher von tschechischen Emigranten, die kritisch die tschechische Politik seit 1918 in einem neuen Licht erscheinen ließen. Václav Cernýs Memoirenbände (vor allem *Pláč koruny ceské* und *Pametí IV*) machten den Anfang. Auch die vier Memoirenbändchen des seinerzeitigen »Retributions«-Justizministers Prokop Drtina *Ceskoslovensko muj osud* gehören hierher; sie wurden im Exilverlag von Josef Škvorecký in Toronto herausgebracht. Aus ihnen ging hervor, wie aus einem ursprünglich kritiklosen Bewunderer Edvard Beneš' ein harter Kritiker wurde. Auch der seit 1948 im Westen lebende Publizist Pavel Tigrid, nun Kulturminister der Tschechischen Republik, hat mit seinem Büchlein *Kapesní pruvodce intelligentí zeny po vlastním osudu* auf etliche Legenden im tschechischen Volk verwiesen. Der durch über 20 Jahre im US-amerikanischen Exil lebende Ivan Sviták schlug mit seinem *Velký skluz* in die gleiche Kerbe. Schließlich wurde durch den Schriftsteller Vilèm Hejl auf die wohl größte Wunde der tschechischen Nachkriegsgeschichte seit 1945 hingewiesen, die politische Rachejustiz, wobei er als einer der wenigen tschechischen Publizisten nicht vergaß, auch die »Retributions«-Justiz in seine überaus solide Darstellung einzubeziehen, weil nur durch sie, in Verbindung mit der Vertreibung der Sudetendeutschen, die politische Entwicklung der Nachkriegs-Tschechoslowakei zu verstehen ist. Hejls *Zpráva o organizovaném násilí* ist ein Standardwerk, das alle bisher erschienenen Veröffentlichungen zu diesem Thema in den Schatten stellt. Nicht zuletzt durch Tigrids Pariser *Svedectví* und die Ausstrahlungen von Radio Freies Europa in München wurden diese Werke auch in der Tschechoslowakei bekannt.

Auch wenn man weiß, daß das tschechische Volk noch nie einer Obrigkeit geglaubt hat, ist man doch verwundert, daß diese Bücher und die sonstige westliche Rundfunkberieselung nach dem politischen Umbruch so wenig bewirkt haben. Ist dies darauf zurückzuführen, daß man in der neuen Tschechischen Republik für die gesamte Emigration wenig übrig hat und deswegen ihren Aussagen wenig Vertrauen entgegenbringt? Oder sind die alten historischen Legenden und Mythen – trotz der mehrfachen politischen Katastrophen in diesem Jahrhundert – stärker als die ideologisch unbeeinflußten Erkenntnisse, wie sie in den erwähnten Büchern zum Ausdruck gekommen sind?

Auch die im November 1983 im Gästehaus der sudetendeutschen »Ackermann-Gemeinde« in Franken abgehaltene Tagung der »Sieger« und »Besiegten« des »Februars 1948« über die Ursachen des moralischen, politischen und rechtlichen Niedergangs der Nachkriegs-Tschecho-Slowakei zeigte in Prag kaum Auswirkungen, obwohl man sie in der vielfachen groben Verletzung der Menschenrechte analysierte. Doch da man den Beginn dieser Menschenrechtsverachtungen bereits ab Mai 1945 feststellte, das heißt mit der Vertreibung der Sudetendeutschen und der Rechtlosmachung auch Hunderttausender Tschechen, Slowaken und Madjaren, wurden vielleicht den in heißer Debatte erarbeiteten Erkenntnissen keine Bedeutung beigemessen[1].

»Cístíme republiku« (Wir säubern die Republik) war unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eines der allseits mit Begeisterung aufgenommenen politischen Schlagworte, meinte man doch damals ausschließlich die Deutschen und die Madjaren. Doch kaum war die erste »Cístka« durchgeführt, begann bereits die zweite. Sie traf vor allem führende Personen aus der früheren tschechischen nationalsozialistischen Partei, deren Parteivize durch lange Zeit Edvard Beneš war. Die nächste Säuberungswelle richtete sich gegen die katholische Kirche, weil sie nicht bereit war, sich in eine tschechisch-katholische Kirche zu wandeln[2]. Zuletzt – weil das Säubern viel Freude machte und oftmaligen personellen Wandel brachte – griff die politische Säuberung auch nach den höchsten Spitzen der kommunistischen Partei. Die Asche des hingerichteten KPTsch-Generalsekretärs Rudolf Slánský landete sogar als Streumittel auf den vereisten Prager Straßen[3]. – So lange die Sudetendeutschen im Land lebten, gehörte die Vorkriegs-Tschechoslowakei unter die zehn führenden Industriestaaten. Nach den verschiedenen Nachtrags-»Säuberungen« und der »Normalisierung« hatten Formosa, Hongkong, Korea und drei Dutzend andere Staaten die CSSR wirtschaftlich überrundet, obwohl die Kriegsschäden im Bereich des »Protektorats Böhmen und Mähren« derart gering waren, daß trotz der Vertreibung des beachtlichen sudetendeutschen Arbeitspotentials die CSR bereits 1947 das Wirtschaftspotential von 1937 erreicht hatte – als erster europäischer Staat!

Seit Ende des Krieges 1945 haben die Tschechen durch Leugnung der durch die Verfassung von 1920 gegebenen zwingenden rechtlichen Grundsätze bereits sechsmal einen politischen Neuanfang gemacht. In dieser Zeit haben zwei ihrer sieben Staatspräsidenten abgedankt (Beneš, Havel), und deren drei wurden amtsenthoben (Notvotný, Sovoboda, Husák). Die Republik hat mehrfach das Regime und sogar den Namen gewechselt. Aus der ursprünglichen C-SR, CSR, C-SR, dem Protektorat, der Slowakischen Republik, der neuen CSR, der CSSR und CSFR ist mit Ende des Tschechoslowakismus schließlich eine Tschechische Republik geworden, die mit dem 1918/19 gegründeten Staat nur noch wenig Gemeinsamkeiten hat. Die vielen grundsätzlichen Veränderungen (Vertreibung, Retributions-Rachejustiz, Konfiskation, Säuberungen aller Art, Verstaatlichungen, Kollektivierung. Kirchenverfolgungen, Reformversuch, Normalisierung, politische Prozesse usw.) geben Zeugnis von einem geringen Maß an rechtlichem Denken, demokratischer Gesinnung, politischer Stabilität, von mangelnder Toleranz und kaum entwickeltem staatsmännischen Verständnis.

Sowohl in der Vorkriegszeit als auch nach 1945 und heute hat stets eine bestimmte Führungsschicht viel von Demokratie gesprochen, doch den Staat nur als private Versorgungsanstalt angesehen. Das trifft für die »Legionäre« und »Restgutsbesitzer« der Zeit nach 1918 genau so zu wie für die Angehörigen der Emigration 1945, die Mitglieder der KPTsch oder seit 1990 für die »Dissidenten«.

Die allgemeine Einstellung, zu Schwejkschen Lösungen zu neigen, ließ bisher nie einen wirklichen Neuanfang zu. Mit dem Ausspruch »Je konec švejkoviny« (jetzt ist es mit dem Schwejkspielen zu Ende) setzte im März 1948 der CSR-Außenminister Jan Masaryk seinem Leben ein Ende[5]. Genau ein Jahr vorher entzog er sich seiner Aussage im Prozeß gegen den früheren Vorsitzenden der tschechischen Agrarpartei Rudolf Beran während einer Sitzung der Regierung der Nationalen Front, indem er sich während der Abstimmung auf der Toilette aufhielt[6]. Jan Masaryk hatte auch eine völlig von seinem Vater und von E. Beneš abweichende Vorstellung der 1918 geschaffenen Tschecho-Slowakei. Seiner Meinung nach hatte man nach dem Ersten Weltkrieg die große Chance versäumt, mit den in den böhmischen Ländern lebenden Völkern und der Slowakei einen Vielvölkerstaat mit gleichen Rechten zu errichten, der damit automatisch politischer, wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt eines neuen Mitteleuropas gewesen wäre. Wörtlich sagte er dazu in seiner für ihn so typischen Art: »Wir besaßen damals eine Phantasie wie etwa ein neugeborenes Kalb von nicht allzu intelligenten Eltern.«[7] Jan Masaryk, der Weltmann war, sagte aber auch dem eigenen Vater, daß die schönste Zeit der Tschechen nicht in der neuen Republik, sondern im alten Österreich war. Otto von Habsburg weiß von einem mit ihm in London geführten Gespräch zu berichten, bei

dem Masaryk bekannte: »Ich bin keiner von diesen Verrätern; ich habe noch am letzten Tag als Offizier der österreichisch-ungarischen Armee meine Pflicht getan.«[8] Also zu einer Zeit, da sein Vater schon seit Jahren enge Zusammenarbeit mit dem britischen Geheimdienst pflegte. Für seine Auslandsreisen erhielt T. G. Masaryk vom Foreign Office einen Paß, der auf den Namen Thomas George Marsden lautete[9].

Betrachtet man die Entwicklung des tschechischen Volkes in den letzten zweihundert Jahren, seinen volklichen Wiederaufstieg, den großen Idealismus, der auch vor großen Torheiten nicht haltmachte, seine politischen Anstrengungen, die Mythenbildungen und politische Fiktionen, seine militärischen Bemühungen in zwei Weltkriegen und stellt dann fest, daß man nun zurückgefallen ist in die Zeit vor 1918, dann erlauben die zahlreichen politischen Katastrophen seit 1938 den Rückschluß, daß es in diesem Zeitraum zu mehr als einer politischen Fehlentwicklung gekommen sein muß.

Das Auftauchen der *Königinhofer Handschrift* 1817 bewirkte eine Hochflut nationaler Gefühle, wie es sie in der Geschichte des tschechischen Volkes noch nie gegeben hatte. Es dauerte viele Jahrzehnte, bis sich die Anschauung durchsetzte, daß es sich bei dieser und einer ganzen Reihe von Handschriften um Fälschungen handelte. In den Jahren 1968/69 gab es den letzten auf breiter wissenschaftlicher Basis angelegten Versuch der Überprüfung. Das Ergebnis war genau so negativ, wie J. Gebauer dies bereits 1886 festgestellt hatte, doch Václav Hanka blieb und bleibt nach wie vor ein Volksheld[10]. Auf den Falsifikaten der Hanka-Schule fußt die Geschichtstheorie des »Vaters der tschechischen Geschichte«, František Palacký, die wiederum Tomàš Masaryk – nach seinem slowakischen Ziehvater eigentlich Mazsarik[11] – weiterentwickelte. Der Autor historischer Romane Alois Jirásek schrieb mehrere Bücher in Schwarzweißdarstellung des tschechisch-deutschen Verhältnisses, die politisch bis heute mehr bewirkten als alle tschechischen Historiker zusammengenommen. Josef Pekár (1870–1937), der historische Gegenpol zu Palacký, der Schüler und Fortsetzer des Werkes von J. Goll, der Historie nach Fakten und nicht nach Mythen schrieb, kommt in seinem Werk *Vom Sinn der tschechischen Geschichte* zu einem positiven Miteinander von Tschechen und Deutschen in den Sudetenländern, das aber nicht nach dem Geschmack der Politiker war und ist.

Solange die Auswirkungen der großen Französischen Revolution den unter völlig anderen ethnologischen Bedingungen existierenden Bereich der Habsburger Monarchie nicht erreicht hatten, gab es dort das nicht, was später unter dem Begriff »Nationalitätenstreit« oder »Taferlpolitik« so störend wirkte und dieses Kleineuropa zum Untergang brachte.

Als der Revolutionsgedanke 1848 auch die Hauptstadt Böhmens erreichte, war sie noch mehrheitlich deutsch. Tschechen und Deutsche betrachte-

ten sich als Nachbarn und als Angehörige eines Staates, der von der Adria bis weit nach dem Osten reichte. Der deutsche Versuch, ein Vaterland aller Deutschen herzustellen, der in der Nationalversammlung von Frankfurt gipfelte, fand in Prag eine geteilte Meinung, obwohl den Tschechen zugesichert wurde, daß sie – wie schon in der vergangenen Feudalzeit – eine Sonderstellung bekommen würden. Hieß es noch am 11. 3. 1848 bei einer der Begegnungen in Wenzelsbad »Cech a Nemec jedno telo« (Tschechen und Deutsche sind wie ein Leib), schieden sich bald die Geister, als die tschechische Seite die Einladung nach Frankfurt ablehnte. In Palackýs Absagebrief vom 11. 4. 1848 schwingt bereits der Gedanke des Austroslawismus mit. Der ursprüngliche Gedanke der gleichberechtigten Partner wurde rasch über Bord geworfen, zumal die Tschechen auch gegenüber den Mährern und Schlesiern das Alleinvertretungsrecht forderten. Die Deutschen fühlten sich dadurch bedroht und gründeten noch im selben Monat unter dem Vorsitz des Wiener Arztes Ludwig Löhner den »Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Aufrechterhaltung ihrer Nationalität« mit Sitz in Wien. Anfang Mai fand dann in Prag der rasch einberufene erste Slawenkongreß statt, während dessen Dauer es gleichzeitig zu Ausschreitungen gegen die Prager Juden und zur Plünderung ihrer Geschäfte kam. Von da an hieß die Parole »Cechy Cechum« (Böhmen den Tschechen) und »Nemci a Zidé ven« (Deutsche und Juden raus), die gängige Parole eines Jahrhunderts. Mit der Austreibung der Deutschen ab 1945 fand sie ihre Verwirklichung. Es ist nicht von ungefähr, daß ein deutscher Jude, der seinerzeit so bekannte Schriftsteller Fritz Mauthner, diese Zeit voraussah und sie in seinem Roman *Der letzte Deutsche von Blatna* 1887 niederschrieb[12].

Welche Bedeutung das Jahr 1848 für die Sudetendeutschen und Tschechen hat, unterstreicht auch der aus Nordböhmen stammende Josef Mühlberger in seinem Buch *Zwei Völker in Böhmen* und auch der sozialdemokratische Politiker Wenzel Jaksch in seinem Buch *Europas Weg nach Potsdam*[13].

Eine weitere verpaßte Chance des politischen Ausgleichs hätte der Krieg der Herrscherhäuser Hohenzollern 1866 gegen Habsburg sein können. Die transleithanische österreichische Reichshälfte (Ungarn) erreichte ihn im »Ungarischen Ausgleich« 1867. Mit Böhmen und den Tschechen kam er aus mehreren Gründen nicht zustande. Als er kurz vor der Jahrhundertwende vor dem Abschluß stand, verloren die Alttschechen 1891 haushoch die Reichstagswahlen (sie erzielten nur ein Mandat), und die Jungtschechen lehnten den ausgehandelten Ausgleich ab.

Die Berufung des polnischen Grafen Badeni 1895 zum Ministerpräsidenten Österreichs, die veränderte tschechische Parteienlandschaft sowie die Einführung der fünften Wahlkurie, die eine stärkere tschechische Vertretung im Reichstag brachte, hatte zur Folge, daß Badeni im April 1897 in Zusammenarbeit mit den Jungtschechen seine Sprachenverordnung durch-

setzte, die den Nationalitätenstreit zum Kochen brachte. Das Ausscheiden aus dem »Deutschen Bund« durch die politische Waffenentscheidung von Königgrätz[14] wirkte sich bei Tschechen und Deutschen völlig unterschiedlich aus und bot beiden Völkern – auf deutscher Seite vor allem repräsentiert durch Georg Ritter von Schönerer und K. H. Wolf[15] – die Möglichkeit der politischen Stellungnahme. Während die Deutschen Österreichs meinten, ihr Staat sei ein deutscher, nahmen die Tschechen – nicht zuletzt aufgrund der Fiktion vom »Böhmischen Staatsrecht« – einen anderen Standpunkt ein, was infolge der einseitigen Lösungsversuche durch die Badeni-Sprachverordnungen zu Lasten der Deutschen zu sogenannten »Volkstagen« in zahlreichen Städten der Monarchie führte. Es war Schönerer, der am 4. 5. 1897 im Reichsrat die Errichtung eines Staates »Deutschösterreich« forderte. Der »Schwur von Eger« (11. Juli 1897) ist in die Geschichte eingegangen[16]. Der Kampf um den »nationalen Besitzstand« kennzeichnete fortan die politischen Auseinandersetzungen bis zum Ersten Weltkrieg.

Ein Lichtblick für eine positive Lösung der verworrenen nationalen Vorstellungen in der Donaumonarchie schien der Parteikongreß der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie in Brünn (24.–29. 9. 1899) zu werden. Das dort beschlossene Nationalitätenprogramm sah vor, die Monarchie in einen Nationalitätenbundesstaat umzuwandeln, ähnlich wie es bereits F. Palacký und L. Löhner 1849 beim Reichstag in Kremsier gefordert hatten[17].

Prallten auch im Reichsrat in Wien und im Böhmischen Landtag die Meinungen der tschechischen und deutschen Abgeordneten zeitweise recht hart aufeinander, im persönlichen Verkehr war von diesen Animositäten kaum etwas zu spüren; in Mähren und Österreichisch Schlesien kannte man diesen Nationalitätenstreit fast gar nicht. Daß es ihn in den Sudetenländern mehr als in den übrigen Kronländern gab, hing zu einem großen Teil damit zusammen, daß dort die Sudetendeutschen und auch die (damals noch mehrheitlich deutsch orientierten) Juden eine mächtige Industrie aufbauten, die erhebliche Gewinne abwarf. Nach Arbeit und Brot drängten jene Kinder tschechischer Bauern, die nur als Knechte und Mägde auf dem Hof tätig sein konnten. Sie waren auch bereit, mit einem niedrigen Lohn oder als Streikbrecher gegenüber den deutschen Arbeitern aufzutreten. Die nationale Unterwanderung, besonders in den Braunkohlenrevieren von Brüx-Dux und Falkenau und auch in der Textilindustrie, zum Beispiel im mährischen Hohenstadt, ist darauf zurückzuführen.

Die frühe Industrialisierung der deutschen Gebiete der Länder der böhmischen Krone führte auch dazu, daß bereits 1863 sich eine Gruppe von deutschen Webern dem im selben Jahr von Lassalle gegründeten »Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein« anschloß. Das hatte zur Folge, daß die sudetendeutsche Sozialdemokratie älter als die österreichische (gegründet

1874 in Neudörfel bei Wien) und so alt wie die heutige »Sozialdemokratische Partei Deutschlands« ist[18].

Der Ausdruck der Zugehörigkeit der Deutschen in den Sudetenländern zum alten Römischen Reich Deutscher Nation zeigte sich auch auf anderen Gebieten. Als im Jahre 1900 der »Deutsche Fußballbund« gegründet wurde, wurde dessen erster Vorsitzender keinesfalls ein Angehöriger von »FC Bayern« oder des bekannten Fußballvereins »Schalke«, sondern der Vorsitzende des »DFC Prag«. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten und Christlichsozialen hielten auch nach 1918 ihre »Reichsparteitage« ab, obwohl sie inzwischen Angehörige eines anderen Staates geworden waren.

Welche Bedeutung die in den Ländern der böhmischen Krone im vorigen Jahrhundert entstandene Industrie hatte, unterstreicht auch die Tatsache, daß von 1877–1880 Reichenberg in Nordböhmen Sitz der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie war. Die in großer Zahl in die deutschen Siedlungsgebiete einströmenden tschechischen Arbeitskräfte ließen 1904 die »Deutsche Arbeiterpartei« entstehen, die, anders als die Sozialdemokraten, nicht international ausgerichtet war. Ihre politischen Schlagworte waren »Für Schule, Scholle, Arbeitsplatz«. Aus ihr ging später die »Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei« (DNSAP) hervor, die sich wesentlich von der später in Deutschland gegründeten NSDAP unterschied[19].

Wie rasch die tschechische Unterwanderung vor sich ging, zeigt die Statistik des tschechischen Grenzlervereins »Národní Jednota Severočeská« über seine erfolgreiche Tätigkeit ab 1880[20]:

ZAHL DER TSCHECHEN

| Stadt | 1880 | 1890 | 1900 | 1910 | 1921 | 1930 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Brüx | 1026 | 2493 | 4223 | 3965 | 8802 | 9740 |
| Aussig a.d.Elbe | 550 | 923 | 774 | 2042 | 6885 | 8735 |
| Reichenberg | 2488 | 1613 | 2503 | 2217 | 4984 | 6314 |
| Gablonz | 62 | 95 | 237 | 2358 | 3926 | 5602 |
| Teplitz | 865 | 1018 | 1548 | 2089 | 4406 | 5239 |
| Saaz | 660 | 689 | 430 | 579 | 1820 | 3156 |
| Dux | 2285 | 2888 | 2899 | 4117 | 5978 | 6285 |

Da die Arbeiter in jenen Jahren nicht gerade in für sie rosigen Zeiten lebten, ist es verständlich, daß man die in ihre Heimat gekommenen national fremden Streikbrecher und Lohndrücker nicht gerade als Verbündete betrachtete, zumal tschechische Scharfmacher, etwa der Abgeordnete Edvard Grégr, bei der Grundsteinlegung des Jan Hus-Denkmals in Prag (1903) die deutschen Mitbewohner Böhmens als »Fremdlinge« bezeichneten, von denen das Land »gesäubert« werden müsse[21]. Die aufgeputschte

Menge zog anschließend zum Deutschen Casino und tobte sich aus. Mehrfach wurde wegen des anhaltenden Nationalitätenstreites in Böhmen das Standrecht verhängt; die Prager Deutsche Universität war des öfteren Ziel tschechischer Angriffe[23]. In gleicher Weise gab es des öfteren Ausschreitungen gegen Juden, die während des Hilsnerprozesses 1899 gipfelten. Die viel größeren Geburtenzahlen bei den Tschechen bewirkten das Abwandern überschüssiger Arbeitskräfte in die deutschen Gebiete. Bei den Deutschen kam durch forsche Reden tschechischer Politiker und die ständige Zuwanderung von jungen Tschechen das Gefühl der Bedrohung auf, das unter anderem zur Gründung von »Schutzverbänden« führte (z. B. Bund der Deutschen in Böhmen, Deutscher Böhmerwaldbund, Deutscher Schulverein. . .)[24]. Ähnliche Vereinigungen gab es auch auf der tschechischen Seite (die »Národní Jednotas«), deren Ziel die Angleichung des tschechischen Siedlungsbodens mit der Landesgrenze war, das heißt man strebte die Hinausdrängung der Deutschen planmäßig an.

Das ausgezeichnete österreichische Schulwesen hatte dem tschechischen Volk einen Bildungsstand verschafft, wie ihn weder die Russen, noch die Polen, noch die Serben besaßen. In der österreichischen Hälfte der Monarchie gab es auch kein bevorrechtetes Volk und auch keine »Staatssprache«, wie es in der Vorkriegs-Tschechoslowakei der Fall war. Deutsch war keine offizielle Amtssprache, doch Vermittlungssprache unter den neuen Völkern der Monarchie. Auch heute gilt, was der sozialdemokratische Publizist Hermann Ullmann 1913 in der *Deutschen Arbeit* schrieb: »Der Deutsche, der Tschechisch lernt, bringt ein Opfer – der Tscheche, der Deutsch lernt, erobert damit einen Welthorizont.«

Noch um die Jahrhundertwende sagte Karel Kramár, zeitweise stellvertretender Vorsitzender des österreichischen Parlaments in seinen *Anmerkungen zur tschechischen Politik* 1905: »Niemand kann die jedem klare und augenscheinliche Tatsache leugnen, daß unsere Nation in Österreich relativ unter den besten Bedingungen für ihre kulturelle, politische und wirtschaftliche Entwicklung leben kann. . . Die Lage unserer Nation im Herzen Europas und die Gestaltung der internationalen Machtverhältnisse zwingen uns mehr als irgendwann, in einem starken, innerlich gesunden Österreich die beste Sicherung der Zukunft unserer Nation zu suchen.«[25]

Doch wenige Jahre später, als er sich dem Gedanken des Neoslawismus verschrieb, erklärte er im Wiener Abgeordnetenhaus: »Wir [d. h. die Tschechen] sind die historische, die erste Nation in Böhmen. Wir haben das Königreich gegründet. . .«[26] Zu diesem Zeitpunkt schrieb der spätere CSR-Außenminister Edvard Beneš an seiner Dissertation *Le problème autrichien*, in der er noch für die Erhaltung Österreich-Ungarns eintrat. Wenig später nahmen beide einen völlig entgegengesetzten Standpunkt ein. Auf dem Allslawischen Kongreß 1908 in Prag erklärte Kramár: »Die Tschechen

sehnen den Tag herbei, an dem sie vom Böhmerwald bis Wladiwostok in einem Reich leben dürfen.«[27] Als dieser Wunsch sich schließlich durch den Stalin-Beneš-Pakt vom 12. 12. 1943 im Jahre 1945 erfüllte, gehörte das tschechische Volk durch lange Zeit zu den unglücklichsten Völkern der Welt.

In Mähren, wo die Wogen des nationalen Streites zwischen Deutschen und Tschechen nie so hoch gingen wie in Böhmen, kam es am 27. 11. 1905 zu einer überraschenden Vereinbarung im Mährischen Landtag, der als »Mährischer Ausgleich« (Moravský pakt) in die Geschichte eingegangen ist. Seit 1867 bestimmte die österreichische Verfassung, daß alle Volksstämme gleichberechtigt seien. Ein gewisses Ungleichgewicht gab es aber durch das Wahlrecht, das zum Teil mit der Steuerkraft gekoppelt war. Das allgemeine Wahlrecht kam erst 1907 zum Tragen. Der »Mährische Ausgleich« war ein Lösungsversuch zur Entschärfung des Nationalitätenstreits, ermöglicht durch das Entgegenkommen der deutschen Seite. Er bestand aus vier Gesetzen und sah vor allem einen »Nationalitätenkataster« vor. Der Ausgleich brachte Vorteile für beide Seiten. Durch die Praktizierung des Gedankens der »Personalautonomie« sollte eine Majorisierung der jeweiligen Minderheiten vermieden werden. Leider wurde dieser nationale Ausgleich in Mähren nicht in die Praxis umgesetzt, fand aber Anwendung in der Bukowina und später in Estland. In der tschechischen Geschichtsschreibung gehört er zu den vielen »weißen Flecken«[29]. Etwas Ähnliches auf Stadtebene zu schaffen, wurde im südböhmischen Budweis versucht[30]. Der Mährische Ausgleich bot von allen bisherigen Lösungsversuchen der Nationalitätenfrage in Österreich die besten Möglichkeiten einer Verwirklichung. Die Chance wurde vertan.

Im politischen Windschatten von Karel Kramár agierte damals mit seinen beiden Abgeordnetenkollegen der »Realistenpartei« ein junger Dozent namens Masaryk, der kaum Anhang hatte, doch durch den Hilsnerprozeß auf sich aufmerksam machte[31]. Frühzeitig nahmen zwei Korrespondenten der englischen *Times* (Steed und Seton Watson) Verbindung mit ihm auf und brachten ihn auch mit dem US-amerikanischen Multimillionär und »Wohltäter« Charles R. Crane zusammen, der den in dürftigen Verhältnissen lebenden Masaryk »unterstützte«. Der Ausdruck »Geldwäsche« war damals noch nicht erfunden. In seinem Buch *Svetová revoluce* (Weltrevolution, S. 9) gibt Masaryk selbst zu, daß »für das, was er getan hatte, bevor er Österreich verließ, ihm der Galgen sicher war«. Masaryk hatte geheimes Material an den britischen Geheimdienst weitergegeben, unter anderem über Emanuel Viktor Voska, einen Tschechen in britischen und amerikanischen Diensten. Der Tschechoamerikaner Josef Kaldova hat über diese Aktivitäten Masaryks in seinem Buch *The Genesis of Czechoslovakia* ausführlich berichtet. Vor allem ist aus dem Buch zu erfahren, daß die »engen Kontakte« zu Crane schon seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg

bestanden. Das Masaryk belastende Material wurde nach 1918 von Voska nach Prag in Sicherheit gebracht[32]. Englands Ziel war, Österreich-Ungarn von Deutschland zu trennen. Masaryk stellte sich für diese Aufgabe mit zur Verfügung und erreichte so die Gründung der 1918 in Washington (!) proklamierten Tschechoslowakischen Republik, in die dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche entgegen ihrem Willen inkorporiert wurden[33]. Da nicht nur 1918 das tschechische Volk das sowohl von Lenin als auch von dem US-Präsident Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch nehmen wollte, besetzten die Tschechen im November 1918 das sudetendeutsche Gebiet. Am 4. März 1919, dem Tag, an dem unter Führung der sudetendeutschen Sozialdemokraten für dieses Recht öffentlich und friedlich demonstriert wurde, schoß tschechisches Militär in die Menge. Allein an diesem Tage gab es 54 Tote. Mit Ausnahme der Zeitung von Kladno nahm die tschechische Öffentlichkeit davon keine Kenntnis, und auch Staatspräsident Masaryk zeigte sich an diesem Massaker uninteressiert. Mit der gewaltsamen Einverleibung des sudetendeutschen Gebietes und diesem Massaker war die Sudetenfrage geboren. Es waren die umfangreiche Industrie und der Reichtum an Braunkohle, die die Tschechen in ihrem »Nationalstaat«, in dem sie selbst aber nur 48 Prozent ausmachten, für sich nützen wollten. In seinem *Memoire III* an die Friedenskonferenz in Paris sprach Edvard Beneš dies in aller Deutlichkeit aus[34]. Mit dem Versprechen, in der CSR eine »Art höherer Schweiz« zu schaffen, und unter Einhaltung des Minderheitenschutzvertrages bekam die CSR 1919 das sudetendeutsche Gebiet zugesprochen, obwohl es ernste, mahnende Stimmen auf amerikanischer Seite gab, die sich gegen diese Entscheidung aussprachen[35]. Daß die politische Führung der neugeschaffenen tschechischen Republik gar nicht daran dachte, diese Auflagen zu erfüllen, stellte ihr Präsident bereits in einem Interview vom 10. 1. 1919 im Pariser *Matin* klar, wo er sagte, daß es eine »sehr rasche Entgermanisierung« geben werde[36].

Das Ausmaß des Vorgehens tschechischer Militäreinheiten gegen Sudetendeutsche gab die *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. 3. 1919 wie folgt wieder: »Die Ereignisse in Deutschböhmen und die Akte tschechischer Brutalität gegen die deutschböhmischen Demonstranten erregen die größte Erbitterung. Nachdem schon vorgestern in Karlsbad, Reichenberg, Eger, Aussig, Sternberg, Brüx, Mies und Neutitschein das tschecho-slowakische Militär mit Salvenfeuer und Bajonetten gegen die deutsche Bevölkerung gewütet hatte, die sich am Tag des Zusammentritts der deutschösterreichischen Nationalversammlung zu durchaus friedlichen Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Böhmens zusammengefunden hatte, haben gestern tschecho-slowakische Soldaten in Kaaden und Karlsbad neuerdings Grausamkeiten gegen Deutsche verübt. In Kaaden wurden 17 Personen getötet, 30 schwer und 80 leicht verwundet. Auch in

Karlsbad wurden neuerdings zwei Deutsche erschossen. Die Anzahl der Todesopfer der tschechischen Raserei in Sternberg beläuft sich auf 14. Es ist zweifellos, daß die tschechische Regierung beabsichtigt, die Betätigung ihrer Gewalt- und Schreckensherrschaft auf das äußerste zu treiben, und vor der Anwendung schlimmster Gewaltmittel nicht zurückschreckt. Die Wirkung dieser unbeschreiblichen Gewalttaten kann selbstverständlich nur die sein, daß sich das Verhältnis zwischen Deutschböhmen und der tschechischen Regierung unversöhnlich gestaltet und daß seit den Schießereien jede Möglichkeit einer Verständigung ausgeschlossen erscheint. . .«

Die von einer selbsternannten tschechischen revolutionären Nationalversammlung ausgearbeitete Verfassung, in der die Tochter des Staatspräsidenten und E. Beneš als Vertreter der Slowaken (!) saßen, ging von der Fiktion eines »tschechoslowakischen Staatsvolkes« aus, das sich bis zum Ende der Tschechoslowakei am 31. 12. 1992 mehrfach als nicht existierend herausstellte. Das Regierungssystem der »Petka/Osmicka« machte das Parlament zur Farce, da die Angeordneten infolge der vorher getroffenen »Petka/Osmicka«-Vereinbarungen nichts zu entscheiden hatten. Für deutsche, slowakische und ungarische Parteien gab es damit keine Möglichkeit, eine Gesetzesvorlage ein- und durchzubringen. Eine strenge Zensur tat ein übriges. Die Bodenreform und andere sich einseitig auswirkende Maßnahmen ließen früh erkennen, daß von Verständigung keine Rede sein konnte. Was Josef Seliger, der Obmann der deutschen Sozialdemokraten, in seiner ersten Rede im neuen CSR-Parlament zum Ausdruck brachte, war politische Prophetie, da der neue Staat Machtmißbrauch mit Demokratie verwechselte und somit zum Untergang verurteilt sei. Die durch Jahrzehnte beschworene Solidarität zwischen den tschechischen und deutschen Sozialdemokraten entpuppte sich nun als Luft, und der tschechische sozialdemokratische Ministerpräsident Tusar dachte keinesfalls daran, mit seinen deutschen Genossen zusammenzuarbeiten[37].

Das Angebot mehrerer sudetendeutscher Parteien (1926/1929), bedingungslos in die Regierung einzutreten, um dadurch eine etwas gerechtere Behandlung ihrer Landsleute zu erreichen, brachte keinen Wandel in der Einstellung der führenden tschechischen Parteiführer. Im Gegenteil. Als Morgengabe mußten diese »sudetendeutschen Aktivisten« zustimmen, daß das einzige Land mit deutscher Mehrheit, Sudetenschlesien, aufgelöst und 1927 zu Mähren geschlagen wurde! Sämtliche Eingaben der Sudetendeutschen, Slowaken, Madjaren und Karpatoukrainer an den Völkerbund wurden durch den Einspruch der Tschechoslowakei beim Völkerbund dort nie behandelt[38].

Die 1921 gegründete Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) forderte noch auf ihrem VI. Parteitag vom 7.–11. 3. 1931 in einer Resolution »die Solidarität des Proletariats für ein Sowjetdeutschland. Diesen Kampf werden wir aktiv unterstützen durch den Kampf für die

Sowjetmacht in der Tschechoslowakei, durch den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht bis zur Loslösung für jene Teile der deutschen Nation, welche auf dem Gebiet der Tschechoslowakei leben«, und stellte sich deshalb »gegen die Besetzung der deutschen Teile Böhmens... durch die imperialistische tschechische Bourgeoisie und deren Räumung von Organen der tschechischen Okkupationsmacht... Für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Lostrennung vom Staat...« Eine ähnliche Erklärung gab auch der KPTsch-Abgeordnete Václav Kopecký am 27. 3. 1930 im Prager Parlament ab. Keine der deutschen Parteien ging in ihren Forderungen so weit wie die KPTsch[39].

Der Mißerfolg der deutschen aktivistischen Parteien, dazu die drückende Not durch die in der CSR länger anhaltende Weltwirtschaftskrise und der weit größere sudetendeutsche Anteil der Arbeitslosen an der gesamtstaatlichen Arbeitslosenzahl ließ die Sudetendeutschen am richtigen Weg des deutschen Aktivismus zweifeln. Die am 1. 10. 1933 gegründete »Sudetendeutsche Heimatfront« (ab 1935 »Sudetendeutsche Partei«) fand dadurch so raschen Zulauf, zumal sie in ihrem Programm vielfach das forderte, was nach 1918 noch die Sozialdemokraten gefordert hatten. Alle ihre Bemühungen (Rede Henleins am 31. 10. 1934 in Böhmisch Leipa, die Volksschutzgesetzentwürfe vom 27. 4. 1937)[40] fanden auf der tschechischen Seite nur taube Ohren. Auch die Tatsache, daß die »Sudetendeutsche Partei« bei den Parlamentswahlen vom 19. 5. 1935 1 249 497 Stimmen von den 3,5 Millionen Sudetendeutschen erhielt und stimmstärkste Partei der CSR wurde, änderte an der tschechischen Haltung nichts, obwohl man nur Autonomie wünschte[41].

Am 26. 4. 1936 wurde seitens der Sudetendeutschen ein weiterer Versuch zur nationalen Entspannung durch die sogenannte »Jungaktivisten« Wenzel Jaksch, Gustav Hacker und Hans Schütz gestartet, der den unnötigen Streit auf der Basis »Ich Herr, Du Herr« lösen wollte. Es wurde ein Mißerfolg[42]. Auch die Denkschrift der drei Aktivistenparteien vom 27. 1. 1937 war nur ein letzter, doch ebenfalls vergeblicher Versuch zur Lösung des Nationalitätenproblems der CSR. Zwar wurde formell eine »Zentralstelle der deutschen aktivistischen Parteien» in Prag errichtet, die Willi Wanka leitete, doch zeigte es sich rasch, daß in der Auslegung des »Februarabkommens« ein »grundsätzlicher Zwiespalt zwischen den sudetendeutschen aktivistischen Parteien und der tschechischen Seite bestand«, da die Tschechen nur die »Regelung einiger administrativer Probleme« im Auge hatte, nicht aber die Lösung des brennenden Sudetenproblems, weil es auch 1937/38 noch »keine Abkehr von der tschechischen Nationalstaatsideologie« gab, wie Willi Wanka rückblickend darüber schreibt[43]. Der sogenannte »Vierte Plan« von Staatspräsident Beneš, der 1938 die Autonomie bringen sollte, war seitens Beneš', wie dieser Jaksch erklärte, nur zur Demaskierung Henleins bestimmt; er war also gar nicht ernst gemeint[44].

Von der Gründung der CSR bis zu ihrem Untergang 1939 wurde so von tschechischer Seite stets mit Tricks gearbeitet, die erkennen lassen, daß Tricks und die häufige Anwendung von faits accomplis zu den Konstanten tschechischer Politik zu allen Zeiten gehören. Als Alternative für die Sudetendeutschen blieb ihnen 1938 nur eben das Deutsche Reich, dem damals alle Welt den Hof machte, auch Beneš selbst[45].

Der Gedanke der Vertreibung der Sudetendeutschen als Endziel der Lösung der Nationalitätenfrage in Böhmen, Mähren und Schlesien wurde keinesfalls erst während des Zweiten Weltkrieges geboren. Schon Herzog Spytihnev erließ 1055 den Befehl, die Deutschen seines Landes auszutreiben. »Proti všem Nemcum« (Gegen alle Deutschen) lautete die Parole der Prager Hussiten[46]. Auch die zur Tschechin gewordene Agnes Pankl, später als Bozena Nemcová als Dichterin bekanntgeworden, wünschte sich bereits 1850 »eine ordentliche Revolution gegen die Deutschen. . ., um sie über die Grenze zu treiben«.[47] Die Projektierung und Absicherung der Vertreibung erfolgte aber in einem Memorandum des tschechischen Exils unter Führung von E. Beneš in London. Darin verlangte er von den Alliierten die Mithilfe zur »ethnischen Säuberung« von den Deutschen in seinem Heimatland[48]. Durch den Stalin-Beneš-Pakt vom 12. 12. 1943[49] und den Sieg der Alliierten 1945 konnte dann die große ostdeutsche Tragödie in Szene gesetzt werden. Die goldene Kette der Vertreibung war aber zugleich auch die totale Unterwerfung von Beneš und seines wiedererrichteten Staates gegenüber der Sowjetunion. Der tschechische Exilhistoriker Ivan Pfaff schrieb dazu in der *FAZ* vom 12. 12. 1993: »Es war nicht Stalin, sondern sein tschechischer Gast, der im Dezember 1943 die gegenseitigen Beziehungen beider Länder als Vasallentum der Tschechoslowakei definierte. . . Der Vertrag öffnete der Sowjetunion eine Tür nach Mitteleuropa, lange vor dem Durchbruch der Roten Armee in diesem Raum.« Was die Tschechen ab 1948 erdulden mußten, war also mitverschuldet.

Neben tschechischen Vertreibungsabsichten gab es in der Protektoratszeit aber auch von deutscher Seite Erwägungen, die eine Germanisierung der Tschechen vorsahen[50]. Die starke tschechische Kollaborationsbereitschaft während der Protektoratszeit, auf die sogar Präsident Havel verwies[51], und die besonders hohen Leistungen des Protektorats für die deutsche Rüstungsindustrie könnten vielleicht damit in einem gewissen Zusammenhang stehen.

Versäumte Chancen waren aber auch die Bemühungen von Staatsminister K. H. Frank, kurz vor Kriegsende das Protektorat zu beenden und eine »Böhmisch-Mährische Republik« zu errichten, wofür er schon Jahre vorher politischen »Ehrenhäftlingen« eine begünstigte Sonderhaft gewährte[52]. Franks Bemühungen, durch mehrere Missionen die Amerikaner zu bewegen, das Protektorat zu besetzen, um blutige Ausschreitungen zu vermeiden und dem Lande die bolschewistische Herrschaft zu ersparen, scheiter-

ten sowohl an den Amerikanern als auch an jenen Partisanen, die kurz vor Kriegsende in Kladno der Mission von Protektoratsminister Bertsch und General Ziervogele am 5. 5. 1945 ein Ende bereiteten[53]. Auch Henleins Mission im Mai 1945 scheiterte.

Die allergrößte Chance zu einer endgültigen Bereinigung des schon so lange für eine Lösung anstehenden tschechisch-sudetendeutschen Problems gab es aber 1945 für die Tschechen, wenn sie nicht ihre deutschen Mitbewohner vertrieben und ihnen allein alle Schuld für die Sünden der Vergangenheit angelastet hätten. Auch »München« hätte damit bereinigt werden können. »München 1938« war nicht nur das Versagen der tschechischen Seite von 1918–1938; es war auch das Ergebnis der Bemühungen der seinerzeitigen CSR-Regierung, das des Präsidenten Beneš und der Führer der tschechischen politischen Parteien, die durch die Necas-Geheimmission (16. 9. 1938) und andere Vereinbarungen mit Engländern und Franzosen »München« herbeigeführt haben[55]. Osuský, CSR-Gesandter in Paris, forderte deshalb zu Recht einen Hochverratsprozeß gegen Beneš[56]. »Die Wurzel des Bösen liegt bei 1945« und. . . »bei unserem schlechten Gewissen«, schrieb Bohumil Dolezal in einer Betrachtung zum Sudetenproblem von heute[57]. In der Kollektivschuld von 1945 sieht Václav Havel den Anfang des Kommunismus, auch wenn rund 300 tschechische Historiker dies leugnen[58].

Seit Jahren suchen auf deutscher wie tschechischer Seite verantwortungsbewußte, der Zukunft verpflichtete Menschen nach Lösungsmöglichkeiten. Bereits seit 1950 streckten die vertriebenen Sudetendeutschen mit dem »Abkommen von Wiesbaden« und der »Charta der Heimatvertriebenen« die Hand nach einem tschechischen Partner aus, um ihr gemeinsames Problem zu bereinigen. Die zu oft einseitige tschechische Geschichtsschreibung, verstärkt durch die ideologischen Übersteigerungen des kommunistischen Regimes, haben – trotz »Pravda vítezí« (Wahlspruch im Staatswappen: Die Wahrheit siegt!) – durch mehr als ein halbes Jahrhundert die historische Wahrheit verzeichnet. Ein Vorkämpfer für einen tschechisch-deutschen Neubeginn, der Prager Historiker Rudolf Kucera, hat bereits 1990 dazu einiges ausgesagt, was überlegenswert ist: »Mit der Vertreibung der Deutschen aus Böhmen nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich scheinbar ein Traum der tschechischen Geschichte erfüllt. Die Tragödie dabei ist aber, daß am Ende des 20. Jahrhunderts der tschechische Durchschnittsbürger nichts mehr von den 700 Jahren der gemeinsamen tschechisch-deutschen Geschichte weiß und auch nicht die Wahrheit über die tragische Unterbrechung des Zusammenlebens von Tschechen, Deutschen und Juden und deshalb sein Nationalbewußtsein und Selbstbewußtsein von historisch unhaltbaren Fiktionen ableitet.«[59] Den Ausweg sieht Kucera in der Idee von Mitteleuropa. Ähnliche Überlegungen äußerte auch schon Pavel Tigrid in seiner Zeitschrift *Svedectví,*

worin er seinen Landsleuten ankreidet, daß sie der persönlichen Schuldfrage immer ausweichen und vor allem immer anderen die alleinige Schuld aufbürden[60].

Der Vorgang der Vertreibung ist abgeschlossen und ist nicht umkehrbar. Das Unrecht und das Verbrechen der Vertreibung bleiben aber bestehen. Die Geschichte bleibt aber nicht stehen, und die noch immer offene Sudetenfrage ist deshalb noch zu bereinigen, damit wieder wirklicher Frieden und Vertrauen herrschen.

Anmerkungen:

1. A. Opasek, *Dvanáct zastavení*, Prag 1992, S. 280–283.
2. Ebenda, S. 179 ff.; »Unorové události a klášter Teplá«, in *Lazenský casopis*, Karlsbad 1/1993, S. 4 f.
3. Artur London, *Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slánský*, Hamburg 1970; Josefa Slánská, *Bericht über meinen Mann. Die Affäre Slánský*, Wien 1968; Toni Herget, »Asche auf die Straße gestreut«, in *Sudetendeutsche Zeitung*, München, 8. 5. 1970; Karel Kaplan, *Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei* 1948–1954, Prag 1966.
4. Ivan Sviták, *Velký skluz*, München 1984, S. 70 ff.
5. »Todessprung aus dem 3. Stock«, in *Sudetendeutsche Zeitung*, München.
6. *Novina*, Cleveland, 10/1985, S. 32.
7. Ladislav Jehlicka, *Krikkoruny svatováclavské*, Prag 1987.
8. *FAZ* vom 23. 3. 1991, S. 6.
9. *Nationality Papers*, USA, Nr. 2, Bd. XII, S: 321.
10. *Ceskoslovenské dejiny v datech*, Prag 1986, S. 249–318.
11. *Reportér*, Prag, 8/1990, S. 30.
12. *Sudetenland*, 4/1975, S. 308 f., Rezension bei Neuauflage.
13. Wenzel Jaksch, *Europas Weg nach Potsdam*, Stuttgart 1958, S. 34–52.
14. Andrew Whiteside, *Georg Ritter von Schönerer*, Graz 1981; Elizabeth Wiskemann, in *Czechs and Germans*, 1938, zit. in W. Jaksch, aaO. (Anm. 13), S. 74: »Die liberale Herrschaft in Österreich war im großen Ausmaß eine Herrschaft der Sudetendeutschen... Um einer politischen Partei Gerechtigkeit werden zu lassen, die heutzutage keine Verteidiger findet, sollte nicht vergessen werden, daß die Liberalen eine feine Konzeption der deutschen Zivilisation hatten, die sie hoch bewerteten, und daß es ihrer Regierung zu danken war, daß die Polizeiherrschaft einem rechtsstaatlichen Zustande und der Anerkennung der individuellen Rechte wich, einschließlich derer der Juden.«
15. A. Wandruszka u. P. Urbanitsch, *Die Habsburgmonarchie 1848–1918*, Bd. III, S. 228–231.
16. Andrew Whiteside, aaO. (Anm. 14), S. 150–156; Friedrich Prinz, *Geschichte Böhmens 1848–1948*, München 1988, S. 161: Volkszählung in Böhmen 1880 (5,5 Mio. Einwohner, davon 3,47 Mio. Tschechen, 2,05 Mio. Deutsche), Mähren (2,4 Mio. Einwohner, davon 1,5 Mio. Tschechen, 630 000 Deutsche).
17. Josef Mühlberger, *Zwei Völker in Böhmen*, 1973, S. 169 (Text des Nationalitätenprogramms).
18. Benno Tins, *Die eigenwillige Historie des Ascher Ländchens*, München 1977, S. 63.
19. *Ascher Rundbrief*, München 12/1984, S. 138; *Hohenstädter Heimatbrief* 12/1951, S. 2–6.
20. *Náš vývoj v sever. Cechách pod ochranou Národní Jednoty Severoceské 1910–1935*, Bd. II: *Kraj Litomerický*, Prag 1936, S. 21.

21. Ernst Birke u. Kurt Oberdorfer, *Das böhmische Staatsrecht*, Marburg/Lahn 1960, S. 81; Hanuš Kuffner, *Náš stát a svetový mír*, 1917 (Bei einer Neuordnung Europas nach dem 1. Weltkrieg sollte von Deutschland nur noch eine »Deutsche Reservation« und von Österreich ein Kleinstaat mit dem Namen »Mittelmark« übrigbleiben.). Die Forderung auf »Entgermanisierung« findet sich in den ersten Jahren der 1918 gegründeten CSR in Reden und Aufsätzen vieler Politiker, auch bei T. G. Masaryk und E. Beneš.

22. *Ceskoslovenské dejiny v datech*, aaO. (Anm. 10); zwischen 1848 und 1908 gab es in Böhmen fünfmal Standrecht.

23. H. Münch, *Böhmische Tragödie*, Braunschweig 1949, S. 537, Anm. 15; Friedrich Prinz, aaO. (Anm.16), S. 180.

24. *110 Jahre deutsche Schutzarbeit*, Wien 1990, S. 1–14.

25. Zit. in W. Jacksch, aaO. (Anm. 13), S. 99.

26. Ernst Birke u. Kurt Oberdorfer, aaO: (Anm. 21), S. 87 f.

27. M. Paulová, *Tajný výbor Maffie*, Prag 1968; *Sudetendeutsche Zeitung*, München, 11. 3. 1977.

28. *Die Presse*, Wien, 27./28. 4. 1991; *Österreichische Osthefte*, Wien 2/1982, S. 225–248.

29. Josef Šárka, »Moravský pakt«, in *Moravské noviny*, Brünn, 49/1990.

30. Emil Brix, »Der Böhmische Ausgleich in Budweis«, in *Österreichische Osthefte*, aaO. (Anm. 28).

31. Bohumil Cerný, *Justicní omyl*, Prag 1990; »Vertrocknetes Blut sagt die Anklage«, in *Die Presse*, aaO. (Anm. 28).

32. Josef Kalvoda, *The Genesis of Czeschoslovakia*, New York 1986, S. 520 ff. – Geldzuwendungen an Masaryk: S. 44, 373, 522.

33. Paul Molisch, *Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung in den Jahren 1918–1919*, Wien–Leipzig 1932; Hermann Raschoffer u. Otto Kimminich, *Die Sudetenfrage*, München [2]1988; *Materiály z vedecké konference venované 50. výrocí Ceskoslovenské republiky*, Bd. 2, Prag 1968; *Neue Zürcher Zeitung*, 7. 3. 1919 (= Bericht über die Massaker an Sudetendeutschen um den 4. 3. 1919, zit. in Kurt Rabl, *Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht*, München 1958, S. 59).

34. Helmut Gordon, *Die Beneš-Denkschriften. Die Tschechoslowakei und das Deutsche Reich 1918/19*, Leoni 1990, S. 150–164.

35. Professor Coolidge, Mitglied des US-Regierungsausschusses zur Vorbereitung der Friedenskonferenz in Paris, in *Papers relating to the Foreign Relations of the United States 1919 – The Paris Peace Conference*, Bd. XII, Washington 1947, S. 271 ff.

36. Jaroslav César u. Bohumil Cerný, *Politika nemeckých burzoasných stran v Ceskoslovenku v letech 1918–1938*, Prag 1962, S. 140–145.

37. *Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses der Nationalversammlung der Cechoslowakischen Republik*, Bd. I, Prag 1920, S. 254. Seliger: ». . . Aber wie dieser Verrat am Selbstbestimmungsrecht eine Bedrohung der Demokratie in ganz Europa ist, so ist er auch zur Bedrohung und Gefahr der Demokratie in Ihrem eigenen Staate geworden. . . Sie werden ein unglückliches Volk sein, solange Sie nicht begreifen, daß Demokratie nur unter Gleichen möglich ist – nicht aber zwischen Herren und Knechten. . . Ich will Ihnen klarmachen, welch enger, unlösbarer Zusammenhang besteht zwischen Demokratie und Freiheit und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker (Beifall aller deutschen Abgeordneten). Wenn Sie das nicht begreifen, dann ist Ihr Staat, dann sind Sie mit Unglück geschlagen. . .«. – »Volkmar Gabert schrieb Pavel Kohout«, in *Die Brücke*, München, 15. 2. 1994.

38. Herbert von Fruhart, *Völkerbund und Minderheitenpetitionen*, Wien–Leipzig 1951, S. 68 ff.; F. P. Habel, *Dokumente zur Sudetenfrage*, München 1984, S. 155 ff.

39. *Internationale Presse-Korrespondenz*, 10. 3. 1931; *Protokoll des 6. KPTsch-Parteitages 1931*, S. 302.

40. *Frankfurter Zeitung*, 20. 7. 1938.
41. Helmuth Rönnefarth, *Die Sudetenkrise in der internationalen Politik*, Wiesbaden 1961, S. 140 ff.
42. *München 1938. Dokumente sprechen*, München 1964, S. 58–63 (= Auszüge aus den Reden der drei führenden Jungaktivisten); Arnold J. Toynbee, »Das deutsche Problem der Tschechoslowakei«, in *The Economist*, London, 10. 7. 1937 – Übersetzung in *München 1938. Dokumente sprechen*, S. 64–75.
43. Willi Wanka, »Bei Beneš war guter Wille nicht vorhanden«, in *Sudetendeutsche Zeitung*, München, 11. 4. 1986.
44. Toni Herget, »Tschechische Tricks auf der politischen Bühne«, in *Witiko-Brief*, München, 1/1986, S. 6 f.
45. »Geheime Verhandlungen von Präsident E. Beneš mit Dr. Haushofer und Graf Trauttmannsdorf vom 13. 11. 1936–13. 3. 1937«, in *Dejiny ve škole*, Prag, 8/1968/1969, S. 165 ff.; »Die Mission des Grafen Trauttmannsdorf«, in *FAZ*, 15. 1. 1962; *Tvorba*, Prag, 1. 3. 1972.
46. Josef Pekár, *Postavy a problémy ceských dejin*, Prag 1990, S. 82–107.
47. Albert Prazák, *Ceské obrození*, 1947, zit. in *Münchner Merkur*, 27./28. 1. 1990.
48. »Memorandum of the Czechoslovak Government on the Problem of the German Minority in Czeschoslovakia«, in Václav Král, *Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933–1947*, Prag 1964, S. 538–548.
49. Vojtech Mastný, »The Beneš–Stalin–Molotov Conversations in December 1943. New Documents«, in *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, 3/1972, S. 367–402.
50. Václav Král, *Die Vergangenheit warnt*, Prag 1962.
51. *Prager Wochenblatt*, 16. 9. 1993.
52. Die tschechischen »Ehrenhäftlinge« während der Protektoratszeit sind einer der »Weißen Flecken« tschechischer Geschichtsschreibung: Václav Cerný *Plác koruny ceské*, Toronto 1977, S. 386 u. 486; »Tehdy na Jenerálce«, in *Hlas revoluce*, Prag, 9. 6. 1984, S. 4; Karel Bartošek u. Karel Pichlík, *Amerikané v západních Cechách v roce 1945*, Prag 1953, S. 65.
53. Bericht des ehemaligen Arbeitsministers in der Protektoratsregierung Walter Bertsch während seines Gefängnisaufenthaltes in Pilsen-Bory zu seinem Mitgefangenen Anton Herget im Jahre 1948/49.
54. Bericht Hugo Umann v. 23. 3. 1954.
55. *München 1938. Dokumente sprechen*, aaO. (Anm. 42), S. 126 f.: Geheime Anweisung des Staatspräsidenten Beneš an den tschechoslowakischen Sozialfürsorgeminister Jaroslav Necas (Punkt 1: »Niemals zugeben, daß gesagt werden könnte, dieser Plan stamme von den Tschechoslowaken.« Punkt 4: »Der fertige Plan ist als unsere letzte Konzession anzusehen und muß Hitler notfalls aufgezwungen werden.«). Der erste Satz des »Münchener Abkommens« vom 29. 9. 1938 nimmt darauf Bezug. – Toni Herget, »E. Beneš – Sieger von München?«, in *Sudetendeutsche Zeitung*, München, 5. 1. 1968; »Sociální demokrat ing. Jaroslav Necas. Politik cistých rukou«, in *Právo lidu*, Wuppertal, 1/1984; Toni Herget, »Ohne uns und gegen uns?«, in *Graslitzer Nachrichten*, Aschaffenburg, 7/1971.
56. St. Osuský, »Na lzi se budoucnost národa budovat nedá« (Auf Lügen läßt sich die Zukunft eines Volkes nicht aufbauen), in *Novina*, Cleveland/USA, 1/1967, S. 3; *Dokumenty z ceskoslovenské zahranicní politiky 1939–1943*, Prag, S. 56 (Beurteilung von E. Beneš durch seinen Sekretär Jaroslav Smutný v. 22. 3. 1940 in London: »Beneš ist ein hervorragender Taktiker und Stratege, der größte Machiavell unserer Zeit, doch ist er nicht imstande, die Massen zu bewegen. . .«).
57. *Ceský deník*, Prag, 5. 3. 1993.
58. Stellungnahme von über 300 tschechischen Historikern vom 5/1991; siehe ebenfalls Präsident Václav Havel nach seinem Staatsbesuch in Wien über die Vertreibung: »Wir bauen einen neuen demokratischen Rechtsstaat. . . Dieser Staat kann nicht

auf Irrtümern, Lügen oder Vorurteilen gründen. Das würde sich tragisch gegen uns selbst auswirken... Der gewaltsame Abschub von Millionen von Menschen wurde mit einem rein nationalen Prinzip begründet, d. h. mit dem Prinzip der Kollektivschuld. Dies ist eine moralische fehlerhafte Tat. Diese zu rechtfertigen, bedeutet, indirekt die gewaltsame Aussiedlung von Juden, Tataren, Litauern und anderen Völkern aus ihrer Heimat zu rechtfertigen, und bedeutet, die ethnische Säuberung in Bosnien zu rechtfertigen... Wir sind nicht schlimmer als andere, aber wir sind auch nicht besser. Auf diese unpopulären Dinge hinzuweisen, ist meiner Meinung nach Pflicht des Staatspräsidenten...«, in *Lidové noviny*, Prag, 30. 3. 1993.

59. *Stredni Evropa*, Prag, 12/1990. S. 9.

60. Pavel Tigrid, »Na pocátku by mel být pocátek«, in *Svedectví*, Paris, 68/1983, S. 723–727, insb. S. 723: »Auf die Frage jener, deren Mund durch das Konsumverhalten noch nicht verstopft ist, warum eigentlich uns nichts gelingt, warum das mit uns von Fall zu Fall schlechter läuft und warum der tschechische Himmel stets so verfinstert aussieht, wird sozusagen schon traditionsgemäß (Sie kennen das doch?) so beantwortet: Man hat uns im Stich gelassen, man hat uns betrogen, man hat uns verraten, man hat uns gezwungen, man hat uns besiegt, man hat uns beschissen, man hat uns eingekreist, man hat uns okkupiert, man hat uns abgewürgt, man hat uns bestohlen... kurz , stets haben andere uns etwas angetan, niemals haben wir selbst etwas verschuldet...« – Eine ähnliche Aussage machte der gegenwärtige Premier der Tschechischen Republik, Václav Klaus, am 7. 1. 1993 im *Plzenský deník.*

Karsten Eder

# Leistungen und Verdienst Hellmut Diwalds aus der Sicht seiner Landsleute in Österreich

Den vorgesehenen Titel meines Beitrages (»Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich dankt und ehrt Hellmut Diwald«) muß ich nach reiflicher Überlegung ändern, denn er wäre sicher nicht im Sinne Hellmut Diwalds. Eine Begrenzung auf die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich würde verschiedene lokale sudetendeutsche Gruppierungen ausschließen, die dieser zwar nicht direkt angehören, aber trotzdem laufend positive Leistungen einbringen.

Zudem wäre es sicher auch nicht in seinem Sinne, ihn nur zu ehren, denn unser Landsmann aus Südmähren wollte aktives Handeln. Aus diesen Gründen kann ein Beitrag nur wie oben angeführt lauten. Darüber hinaus hat Diwald aber einen noch größeren Kreis von Menschen bei uns angesprochen. Sie sind jene Menschen, die sich eingehend und kritisch mit der Geschichte befassen und auch bereit sind, die Lehren aus dieser zu ziehen, um Fehler für die Zukunft zu vermeiden oder dies wenigstens zu versuchen.

Daß Hellmut Diwald gedankt werden soll, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, und dies ist ja auch der Sinn dieses Buches. Mehr aber noch, es soll das Wirken des Sudetendeutschen Hellmut Diwald aus Südmähren aufzeigen und es auch jenen Mitmenschen übermitteln, die sich bisher zu wenig mit seiner Tätigkeit oder überhaupt noch nicht damit befaßt haben. Bekanntlich werden die Leistungen eines Menschen erst dann anerkannt, wenn er gestorben ist. Es wirft sich hier die bittere Frage auf, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, Hellmut Diwald zu Lebzeiten zu unterstützen, zu fördern und verschiedene seiner Gedanken in die Tat umzusetzen, statt jetzt mit Kränzen in bildlichem Sinne seine Arbeit zu würdigen. Hatte er nicht viel zu wenig Unterstützung und Beachtung, während er lebte und arbeitete? Wurden seine Bücher und seine Artikel nicht viel zu wenig beachtet und verbreitet? Wäre hier ein wenig mehr nicht viel sinnvoller gewesen? Er hätte

eine Menge Fragen beantworten können, wenn man ihn gefragt hätte, eine Menge an Wissen einbringen können, wenn man bereit gewesen wäre, es zu verarbeiten. Wurden seine Bücher entsprechend ausgewertet und verbreitet? Er hat rund ein Dutzend geschrieben sowie unzählige Artikel in Fachzeitschriften und anderen Publikationen verfaßt. Er tat dies bis zur letzten Minute, ehe er am 26. Mai 1993 seinem schweren Krebsleiden erlag. Er war nicht nur einer der bekanntesten Historiker Deutschlands, sondern auch der breiteren Öffentlichkeit als Verfasser zahlreicher Geschichtswerke, im wahrsten Sinne des Wortes, bekannt. Auch als Vortragender bei Kongressen, Tagungen und anderen Veranstaltungen war er bekannt, gern gesehen und gehört, aber von außen angefeindet. Dies spricht eher für seine Qualitäten, wenn man seine Gegner genauer unter die Lupe nimmt.

Er widmete sich in seinem Studium der Religions- und Geistesgeschichte, der Literaturgeschichte, um sich dann verstärkt der Neueren Profangeschichte zuzuwenden. Seit 1965 lehrte der 1958 habilitierte Hellmut Diwald an der Universität Erlangen-Nürnberg Mittlere und Neuere Geschichte.

Er hat sich mit seinen Studenten nicht im elfenbeinernen Turm der Universität verschanzt und die Gegenwart beim Betrachten der Vergangenheit verstreichen lassen; das bewies nicht zuletzt sein heißumstrittenes Buch über die *Geschichte der Deutschen*. Kritiker und Professorenkollegen warfen ihm vor, trotz offener Bibliotheken und Archive in aller Welt den Umfang der nationalsozialistischen Verbrechen zu verharmlosen. Während ihm hierzulande bis in die Nachrufe hinein diese Zweifel als unverbesserliche deutsch-nationale Gesinnung verargt wurden, bemühten sich verantwortungsbewußte Historiker aus aller Welt in letzter Zeit um mehr Klarheit und Wahrheit.

Hellmut Diwald als engstirnigen Nationalisten zu bezeichnen ist zwar eine übliche und bisher zum Teil erfolgreiche Taktik, um Nichtgleichgesinnte zu verleumden, geht aber gerade bei ihm voll daneben. Er ist wie nicht wenige sudetendeutsche Landsleute in einer übernationalen Lebens- und Denkungsart aufgewachsen. Dies gaben ihm seine tschechische Mutter und sein aus der Wiener Gegend stammender Vater mit. Lokale Begrenzungen auch geistiger Art gab es für ihn daher nicht. Er war im Geiste des »alten Österreichs« bester Prägung aufgewachsen.

Was können die Österreicher sudetendeutscher und anderer Herkunft von Hellmut Diwald lernen, was berücksichtigen, was an seinem Lebenswerk schätzen? Was kann oder soll man von einem Historiker erwarten, damit er diese Bezeichnung verdient? Folgende Grundvoraussetzungen kann, muß man als Mindestmaß fordern:

- Ein Historiker hat selbst zu forschen und darf sich nicht damit begnügen abzuschreiben;
- ein Historiker darf nicht einseitig forschen, sondern hat sich allen vorhandenen Geschichtsquellen zu widmen und sie ohne Vorurteile zu erschließen;

– ein Historiker muß Mut zu der von ihm erarbeiteten Wahrheit besitzen oder was er als solche zu erkennen meint, dies, auch wenn diese nicht den augenblicklichen Erkenntnissen entspricht. Er muß sie aber auch zur Diskussion stellen.

Hellmut Diwald tat dies in vorbildlicher Art und Weise und wurde dadurch zum Vorbild für viele Bürger, die an einer von Propaganda freien Geschichte Interesse haben. In Österreich ist es auch schwieriger als in der Bundesrepublik, großräumige Geschichtskenntnisse der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Hier ist es seit Jahrzehnten üblich gewesen, das Besondere Österreichs im deutschen Kulturkreis nicht als solches zu bezeichnen, sondern als etwas anderes, nämlich nicht in diesen Rahmen Passendes. Trennen und Distanzieren galt und gilt zum Teil noch immer als modern und richtig: in einer Zeit des europäischen Zusammenschlusses eine völlige falsche Einstellung. Es wäre aber auch falsch, alles zu vereinheitlichen und zu verschmelzen. Nur die Einheit in der Vielfalt hat Chancen auf Erfolg. Das heißt nicht, daß Zusammenhänge verschwiegen werden dürfen oder aus taktischen Gründen unter den Tisch fallen.

In Wien fand Ende Oktober 1993 ein Symposium unter dem Titel »Vertreibung – Flucht – Deportation« zwischen Aufrechnung und Verdrängung statt. Es befaßte sich mit unseren Fragen und Problemen und war von Referenten aus der Bundesrepublik, der Tschechischen Republik und Österreich gestaltet. Es heißt hier: »Flucht und Vertreibung sind in den letzten Jahren wieder zu einem aktuellen politischen und humanistischen Problem geworden. Die Vertreibung der Deutschen im Anschluß des Zweiten Weltkrieges und die Integration dieser Flüchtlinge prägten die politische Kultur in Österreich. Die Auseinandersetzung mit dieser Vertreibung wurde in Österreich bislang nur selten wissenschaftlich thematisiert und gehört somit zu den letzten ›Tabu-Themen‹.«

Bei der Diskussion vertraten einige Referenten Ansichten, die die unseren hätten sein können, und ernteten dafür folgenden sinngemäßen Ausspruch: Man darf auch als Historiker nicht alles sagen, was man als Forschungsergebnis erarbeitet hat, um den Vertriebenenverbänden keine Argumente zu liefern. Mit einem Wort, die Wahrheit darf nicht gesagt werden, weil sie nicht identisch ist mit dem bisher verbreiteten Geschichtswissen. Fehler sollen also weiter beibehalten werden, nur weil man selbst dazu beigetragen hat, sie zu verbreiten.

Gerade aus solchen Gründen ist es mehr als notwendig, Aussagen von Historikern wie Hellmut Diwald zu besitzen, der offen aussprach, was er erarbeitet hatte, und kein Blatt vor den Mund nahm, egal, was dadurch für ihn entstehen konnte. Seine Aussagen waren immer zielführend in politischer Sicht, und es waren wissenschaftliche Aussagen, auch in rechtlichen Belangen exakt und richtig. Sie waren sogar durchführbar, wie es die Geschichte später

bestätigte. Bei ihm lagen die Fakten auf dem Tisch, ob und wann sie umgesetzt werden, war und ist eine andere Sache. Es ist dies jedoch nicht die Aufgabe von Historikern, sondern von Politikern. Die Historiker, deren Aufgabe es ist, die geschichtlichen Fakten möglichst wahrheitsgetreu ersichtlich zu machen, können nur geschichtliche Gegebenheiten rekonstruieren und aufhellen. Verantwortungsvollen Politikern obliegt es, aus diesen Erkenntnissen und den vorliegenden Gegebenheiten die Planung für Gegenwart und Zukunft zu machen und das Mögliche zu realisieren. Wer sich davor drückt, ist fehl am Platze, und wer wissentlich oder aus verantwortungslosem Leichtsinn falsche Fakten verarbeitet, ist wie ein Chemiker, der aus unvereinbaren Chemikalien eine Substanz mischt, die sich früher oder später zersetzt oder zur Explosion führt. Wir haben dies in der neueren Geschichte mehrmals erleben müssen.

Hellmut Diwald war Südmährer. Diese meist bäuerliche Bevölkerung hat eine stärkere Bindung zum Heimatboden als viele andere sudetendeutsche Landsleute, die im kaufmännischen, technischen, industriellen und kulturellen Bereich beheimatet waren und sind. Er hatte vor allem Ehrfurcht vor der Geschichte, und bei ihm ist ersichtlich, daß es ihm vor allem um die Fragen ging: Woher – wohin – wozu und womit? Er glaubte auch an die Zukunft und war bestrebt, seinen Teil dazu beizutragen – dies ohne Wenn und Aber.

Auch aus österreichischer Sicht teilen wir seinen Standpunkt, daß es keinen Sinn hat, die Vergangenheit zu verdammen, ohne aus ihr zu lernen und sich damit der Möglichkeit zu entziehen, Konstruktives und Positives für die Zukunft zu schaffen. Es gehört auch dazu, sich zu der eigenen Geschichte und Identität zu bekennen und seine Standpunkte jederzeit und jedem gegenüber zu vertreten, der darüber informiert werden sollte. Daß dies nicht nur Freunde schafft, ist keine Neuigkeit, aber sicher der bessere Weg, als schweigen und zustimmen, wo man nicht schweigen und zustimmen darf, wenn man verantwortlich denkt und handelt. Gerade an der Grenze zu den ehemaligen kommunistischen Ländern ist dies wichtig, denn die Umwandlung dort ist noch lange nicht abgeschlossen. Nur wer durchführbare Konzepte hat, ist in dieser Situation in der besseren Position.

Die Bundeskanzler Julius Raab und Bruno Kreisky, beide sudetendeutscher Herkunft, haben stets ihre Meinung offen und ehrlich ausgesprochen und ließen niemanden in Zweifel, was sie meinten, ebenso wie der ehemalige Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger und zahlreiche andere, aber immer noch zu wenige Politiker. Sie wurden wegen ihrer ehrlichen Meinung eher geschätzt als geächtet, und auch heutige Politiker brauchen sich deswegen keine Sorgen zu machen. Es trägt eher zu deren Bekanntheit bei, wie dies zum Beispiel beim Wiener Landtagsabgeordneten Gerhard Zeihsel, der auch aus Südmähren stammt, der Fall ist.

Zur Entschuldigung der Spätgeborenen – die heute alles besser wissen, auch wie man es damals hätte machen sollen – muß allerdings gesagt werden, daß sie kein erlebtes, sondern nur ein erlerntes Geschichtsbild haben, und das

ist ein wesentlicher Unterschied. Raab und Kreisky wußten, worüber sie sprachen und auch warum. Die Lebensgeschichte des ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Kirchschläger berichtet von seinen Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg sowie als Botschafter in Prag.

Im Gegensatz dazu mußten wir erleben, wie ein in den Jahren des Zweiten Weltkrieges geborener »Historiker«, der heute in einer meinungsbildenden Position sitzt, die Geschichte sieht. Er unterdrückt die Aussagen von echten Zeitzeugen, weil allein »er weiß, wie es damals war«, und jene würden nur Propaganda von sich geben. Seine Aussagen über die Heimatvertriebenen ähneln so stark der nationalistischen und kommunistischen Propaganda, daß deren Ursprung nicht zu verleugnen ist. Dieser sich demokratisch bezeichnende Meinungsbildner wollte auch den Sudetendeutschen bei einer Diskussion zeigen, wie sie sich zu verhalten hätten, bevor man sie als demokratische Organisation anerkennen könne. Er glaubt sogar im Recht zu sein, wie dies viele Menschen während der Inquisition, der Hexenverbrennungen und der Glaubenskriege auch waren. Leider wird er unterstützt und steht nicht allein.

Gerade deswegen sind die Forschungen und Aussagen von Hellmut Diwald für uns von so großer Wichtigkeit. Sie müssen in die Waagschale für die historische Wahrheitsfindung eingebracht werden, denn die anderen Gewichte liegen bereits darauf. Ein ausgewogenes Resultat ist notwendig, wenn man zu wirklich verwertbaren Ergebnissen kommen will. Dazu müssen alle verantwortlich denkenden Menschen, Zeitzeugen, Historiker und Meinungsbildner ihr Wissen einbringen. Der Journalist Dr. Hugo Portisch hat zum Beispiel mehr für eine sehr wahrheitsgetreue neue österreichische Geschichte eingebracht als ein großer Teil der Zeitgeschichtler. Auch hier liegt der Grund offen, er hat ein erlebtes Geschichtsbild und war und ist bemüht, Lücken aus diesem durch Quellenstudium aus erster Hand zu schließen.

Was ist eigentlich ein Geschichtsbild? Hellmut Diwald hat dies einmal klar umrissen: »Die kürzeste Formel dafür lautet: Die Gesamtheit der Vorstellungen, die jemand von der Geschichte hat. Dabei kann es sich um die Geschichte des eigenen Volkes handeln. Es kann aber auch eine bestimmte Vorstellung vom Ablauf der Weltgeschichte sein. Man kann die erwähnte ›Gesamtheit der Vorstellungen‹, die ein Geschichtsbild ausmacht, noch weit genauer umreißen. Ein Geschichtsbild kann auch derjenige haben, der nichts von der mühseligen, kreislaufbelastenden Art der Geschichtsforschung kennt, wie sie an den Universitäten betrieben wird. Das heißt: Das Geschichtsbild eines derart erfreulich unbefangenen Menschen ist vor- oder unwissenschaftlich, wenn man die Forderungen der heutigen Geschichtswissenschaft und ihr Pochen auf Mindestforderungen der Genauigkeit dagegen hält. Schließlich kennen wir nicht nur die Geschichtsbilder von Einzelpersonen, sondern auch diejenigen von Gruppen, Großgruppen, Völkern und Nationen.

Wie entsteht ein Geschichtsbild? Durch das Erzählen von historischen Ereignissen oder durch zusammenhängende Berichte vom Verlauf der Ge-

schichte, dabei spielt es eine wesentliche Rolle, wer von der Geschichte erzählt: Eltern, Verwandte, Schullehrer, Dozenten an den Universitäten, Politiker, Meinungsmacher der Medien oder wortkundige Sachbuchautoren. Ein Geschichtsbild entsteht immer auch aufgrund bestimmter Prägungen der jeweiligen Gegenwart. Wer nach 1945 aus seiner Heimat ausgetrieben wurde, der wird wegen der persönlichen Erfahrung eines grauenhaften Abschnitts der Nachkriegsgeschichte ein anderes Geschichtsbild besitzen als etwa ein Winzer im Binnenland, den möglicherweise zur selben Zeit die Weinernte stärker interessierte als das Weinen derjenigen, die aus der Heimat gejagt wurden.

Geschichtsbilder können also in einem beträchtlichen Ausmaß selbst das Ergebnis der Geschichte, eines Geschichtsprozesses sein, Geschichtsbilder sind Ausweise der Kultur, und nur wer richtige davon hat, sollte sie herzeigen. Darauf können und sollen wir immer hinweisen.«

Hellmut Diwald hat nicht nur als Historiker gewirkt. Er hat auch klare Zukunftsvorstellungen erarbeitet, obwohl dies nicht im Aufgabenbereich eines Historikers liegt. Für uns, egal, wo immer wir jetzt leben, gilt folgende Richtlinie, die besonders für unsere Führung auf allen Ebenen gilt: Im eigenen Namen kann niemand auf die Rechte einer Gemeinschaft, einer Volksgruppe oder eines Staates verzichten. Einzelpersonen können daher nur auf ihre persönlichen Rechte verzichten.

Die Repräsentanten der Volksgruppe haben die Verpflichtung, jene Möglichkeiten zu schaffen, die Einzelpersonen die Umsetzung ihres Willens ermöglichen.

In diesem Sinne arbeiten auch wir, die Sudetendeutschen in Österreich, und danken Hellmut Diwald, denn er hat mehr für uns getan, als viele Landsleute glauben.

WIGBERT GRABERT

## Der Hohenrain-Verlag dankt und ehrt Hellmut Diwald

In den vergangenen Jahrzehnten habe ich als Verleger vieler Bücher und Herausgeber von Zeitschriften mache Autoren und Mitarbeiter an Sammelwerken kennengelernt. Aber selten gab es eine so reibungslose und so fruchtbare Zusammenarbeit wie mit Hellmut Diwald, selten ein so erfreuliches menschliches Zusammenwirken. Eine Grundlage war die gemeinsame geistige Grundhaltung und die Kameradschaft im Witikobund, dem ich als Nicht-Sudetendeutscher seit Jahren angehöre. Hinzu kam das persönliche Verstehen von Anfang an, das durch Besuche von Familie zu Familie vertieft wurde, von meiner Seite verbunden mit der wachsenden Hochachtung vor dem historischen Lebenswerk dieses Mannes und vor dem persönlichen Mut des ob seines Bekenntnisses zur geschichtlichen Wahrheit vielfach angefeindeten Wissenschaftlers.

Als Verleger zeitgeschichtlicher Werke und Inhaber einer Versandbuchhandlung mit Schwerpunkt auf historischen Titeln kam ich früh mit Diwalds Schaffen in Berührung. Mit seinem Hauptwerk *Geschichte der Deutschen* schnellten ab 1978 die Verkaufszahlen seiner Bücher in die Höhe, und die anschließende Diffamierungskampagne in den Massenmedien gegen den schon vorher durch anerkannte Darstellungen ausgewiesenen Historiker machte weite Leserkreise auf diesen nichtfkonformistischen Geschichtsschreiber aufmerksam. Als die erste Auflage vergriffen war und dann der Propyläen-Verlag in unredlicher Weise wesentliche Aussagen auf einigen Seiten dieses Werkes ab der zweiten Auflage verfälschte, verlangten viele Bezieher auch eine Kopie des ursprünglichen Textes, dessen Inhalt manchen Kreisen in Westdeutschland »volkspädagogisch unerwünscht« war.

Dieses Buch fiel in eine Zeit wiedererwachenden Geschichtsbewußtseins der Deutschen und trug dann wesentlich zur Verstärkung ihrer Beschäftigung mit der Vergangenheit bei. Noch 1977 hatten die hessischen Historiker gegen Pläne des Wiesbadener Kultusministeriums protestieren müssen, in den Rahmenrichtlinien für die Gymnasien des Landes das Fach Geschichte ganz

abzuschaffen, und sie hatten dieses Vorhaben einen »zutiefst beschämenden Vorgang« genannt (*FAZ* 23. 3. 1977). Im selben Jahr signalisierte dann die von Hunderttausenden besuchte Staufer-Ausstellung in Stuttgart als eine Abstimmung mit den Füßen das wieder erwachende Interesse der Deutschen an ihrer Geschichte. In sicherem Gespür für den Zeitgeist hoben Ministerpräsident Filbinger im Ausstellungskatalog wie Bundespräsident Scheel bei der Eröffnung der Ausstellung die Bedeutung der Geschichte für Volk und Staat hervor, und als neugewähltes Staatsoberhaupt erklärte Karl Carstens nach seiner Wahl am 23. Mai 1979 gar: »Meines Erachtens sollten stärker als bisher an den Schulen die deutsche Kultur und namentlich die deutsche Geschichte behandelt werden.« Hellmut Diwald war dafür seit Jahren ein Vorkämpfer gewesen.

Neben der Förderung des allgemeinen Geschichtsbewußtseins lag ihm vor allem die deutsche Einheit am Herzen. Leidenschaftlich wandte er sich in seinen Büchern und vielen Vorträgen insbesondere innerhalb der achtziger Jahre gegen den zunehmenden Verrat am Wiedervereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes und gegen die um sich greifende Neigung zur Anerkennung des Unrechtssystems in Mitteldeutschland. Lebhaft begrüßte er das ab 1986 im Hohenrain-Verlag erscheinende dreibändige *Handbuch zur Deutschen Nation*, für das Bernard Willms als Herausgeber zeichnete, der wie sein Erlanger Kollege sich als einer der wenigen deutschen Hochschullehrer für die Einheit aller Deutschen einsetzte und die Wirklichkeit der Nation beschwor. Im ersten Band wurde unter dem Titel *Geistiger Bestand und politische Lage* (1986) eine Analyse der damaligen Lage vorgenommen. Band 2 – *Nationale Verantwortung und liberale Gesellschaft* (1987) – war den weitgehend vernachlässigten Wechselwirkungen zwischen Volk, Nation und Staat gewidmet und behandelte die unverzichtbaren Grundlagen eines Kulturvolkes. Im dritten Band *Moderne Wissenschaften und Zukunftsperspektiven* (1988) kamen die Ergebnisse der neuzeitlichen Fachdisziplinen für ein modernes Weltbild zur Sprache, vor allem Verhaltensforschung und Biologie, und widerlegten insbesondere den Anspruch der linken Ideologien, für eine sinnvolle Gestaltung einer menschengerechten Zukunft sorgen zu können. Auch damit wurden wichtige Voraussetzungen für die notwendige geistige Erneuerung Deutschlands und Europas geliefert.

Als dann nach der Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland ein vierter Band dieses Handbuches notwendig wurde und nach ersten Vorarbeiten ein plötzlicher Tod Willms die Feder aus der Hand nahm, sprang Hellmut Diwald auf meine Bitte hin sofort ein und übernahm die Herausgeberschaft des letzten Bandes dieses Sammelwerkes unter dem Titel *Deutschlands Einigung und Europas Zukunft* (1992). Er führte weitere Autoren dem Vorhaben des Handbuchs zu, und es ist sicher bezeichnend für seine große Toleranz und sein gesamtdeutsches Denken, daß er auch Egon Krenz als Mitarbeiter wünschte und gewann.

Schon schwer erkrankt, widmete er sich noch in den Monaten seines Leidens dieser Aufgabe, pflichtbewußt bis zum letzten Augenblick. Trotz seiner Qualen und des sicheren Wissens um sein Schicksal setzte er sich genau so wie vorher bei der Herausgabe der im selben Verlag erscheinenden Festschrift für seinen Freund Richard W. Eichler *Warum so bedrückt? Deutschland hat Zukunft!*, die zu mehr Lebensmut und Zukunftsbejahung der Deutschen aufrufen sollte, ein. Für Eichler hatte er auch schon vorher für dessen Werk *Wiederkehr des Schönen*,1984 im Grabert-Verlag erschienen, das Vorwort geschrieben.

Als Historiker hat Hellmut Diwald auch wesentlich zum Revisionismus in der Zeitgeschichte beigetragen, insbesondere in seiner *Geschichte der Deutschen* und seinen letzten Werken wie *Mut zur Geschichte* und *Deutschland einig Vaterland.* Aufmerksam verfolgte er die Veröffentlichungen in- und ausländischer Revisionisten und litt sehr unter der Tatsache, daß in Deutschland die Freiheit der Forschung in der Zeitgeschichte praktisch aufgehoben war, daß die öffentliche Diskussion zu diesem Thema zunehmend unterbunden und die freie Meinungsäußerung zu den zentralen Fragen dieses Bereiches trotz Grundgesetzgarantie kriminalisiert wurde. In manchen Gesprächen bestärkte er mich, auf dieser Linie wissenschaftlich sauber abgesicherter Literatur zu bleiben und weiter zu veröffentlichen, auch wenn das Anfeindungen, Diffamierungen, Hausdurchsuchungen, Indizierungen und Angriffe bis hin zu einem Brandanschlag auf den Verlag nach sich zog.

Entschieden trat er immer für die Wahrheit auch in der Zeitgeschichte und die Historisierung der Zeit des Dritten Reiches ein, was wissenschaftsfeindliche Kräfte noch im »Historikerstreit« ab 1986 zu verhindern versuchten, und litt sehr darunter, daß die meisten seiner Fachkollegen sich neutral verhielten und den Opportunisten trotz besseren Wissens das Feld überließen.

Dieser Kampf gegen eine noch mächtige ideologische, das wissenschaftliche Ethos verratende Vorherrschaft in Fachkreisen wie in den Massenmedien hat ihn große Kraft gefordert und sicher auch nicht unwesentlich zu seiner tückischen Krankheit beigetragen. In seinem Bemühen, doch endlich einen Durchbruch gegen den geschichtsverfälschenden Zeitgeist zu erzielen, verzehrte er sich. Die glückliche Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland durfte er noch erleben und sich damit als früherer einsamer Rufer in der Wüste vor der Geschichte voll bestätigt sehen. Sein Werk und sein Schaffen gerade der letzten Lebensjahre wirken weithin im Volk und tragen vielfältige Frucht. Eine spätere Zeit wird Hellmut Diwald als einen der wenigen aufrichtigen und mutigen Männer an unseren hohen Schulen in einer dunklen Zeit unseres Volkes anerkennen, in der die meisten Berufenen als Opportunisten schwiegen oder sich den volksfeindlichen Geboten der Umerziehung unterworfen hatten.

# Biographie Hellmut Diwald

Universitätsprofessor Dr. phil. habil. Hellmut Diwald wurde am 13. August 1929 in Schattau (Südmähren/Sudetenland) geboren und verstarb am 26. Mai 1993 in Würzburg. Er wuchs in Prag und Nürnberg auf. Nach dem Besuch der Real- und Oberschule absolvierte er ein Studium der Ingenieurwissenschaften und schloß es 1950 mit dem Ingenieurexamen im Bereich Maschinenbau ab. Es folgte ein Studium der Geschichte (Religions- und Geistesgeschichte, Literaturgeschichte und Neuere Profangeschichte) und Philosophie an den Universitäten in Erlangen und Hamburg. In seinem Zweitstudium promovierte er 1953 in Erlangen, also mit 24 Jahren, mit einer Dissertation zum Thema *Untersuchungen zum Geschichtsrealismus im 19. Jahrhundert* bei dem großen jüdischen Religionsphilosophen und Preußenkenner Hans-Joachim Schoeps.

Seine Habilitation erfolgte mit 29 Jahren im Jahre 1958. Hellmut Diwald war Gründungsmitglied der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI; Leiter Dr. Alfred Schickel) und der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste, Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) und des Witikobundes, der Deutschen Akademie für Bildung und Kultur, der Generalversammlung des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands (CJD) und des Goethe-Instituts.

Er erhielt 1979 den Kulturpreis für Wissenschaft der Sudetendeutschen Landsmannschaft, 1980 den Südmährischen Kulturpreis und ebenfalls 1980 die Johannes-Mathesius-Medaille, 1987 die Kant-Plakette der Deutschen Akademie für Bildung und Kultur, 1990 den Goldenen Ehrenring ›Der deutschen Literatur‹ des Deutschen Kulturwerkes europäischen Geistes, 1992 den Schillerpreis des Deutschen Volkes, gestiftet vom Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes.

Hellmut Diwald, der bekannteste Historiker Deutschlands, verfaßte zahlreiche Geschichtswerke, darunter viele Bestseller, Schriften und Aufsätze. Er hielt zahlreiche öffentliche Vorträge. »Denn der aus dem südmährischen Schattau stammende Ingenieurssohn war ein brillanter Schreiber wie begnadeter Redner, dem fast jeder Satz zum druckreifen Diktum glückte.« (Dr. Alfred Schickel) Diwald verfaßte Kommentare und Drehbücher und war ständiger Mitarbeiter in Rundfunk und Fernsehen. Als vielfacher Erfolgsautor war er Millionen von Fernsehzuschauern, etwa durch die Fernsehserie *Dokumente Deutschen Daseins* von Wolfgang Venohr in Zusammenarbeit mit Sebastian Haffner, in der Bundesrepublik und Österreich bekannt.

# Bibliographie Hellmut Diwald

## Buchveröffentlichungen



*Das historische Erkennen. Untersuchungen zum Geschichtsrealismus im 19. Jahrhundert,* Leiden 1955.

*Wilhelm Dilthey. Erkenntnistheorie und Philosophie der Geschichte,* Göttingen 1963.

*Wallenstein. Eine Biographie,* München 1969 (Taschenbuchausgabe 1975).

*Von der Revolution zum Norddeutschen Bund. Ideengut und Politik der preußischen Hochkonservativen 1848–1866* (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 46/I–II), Göttingen 1970, 2 Bände.

*Ernst Moritz Arndt. Das Entstehen des deutschen Nationalbewußtseins,* München 1970.

*Friedrich Schiller. Wallenstein,* Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1972.

*Propyläen. Geschichte Europas,* Bd. I: *Anspruch auf Mündigkeit. Um 1400 bis 1555,* Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1975

*Geschichte der Deutschen,* Propyläen, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1978 (1987)

*Mut zur Geschichte – Mut zur Wahrheit,* München 1979.

*Der Kampf um die Weltmeere,* München 1980.

*Luther. Eine Biographie,* Bergisch-Gladbach 1982.

*Lebensbilder Martin Luthers,* in Zusammenarbeit mit Karl-Heinz Jürgens, Bergisch Gladbach 1982.

*Mut zur Geschichte,* Bergisch Gladbach 1983.

*Die Erben Poseidons. Seemachtpolitik im 20. Jahrhundert,* München 1984.

*Heinrich der Erste. Die Gründung des Deutschen Reiches,* Bergisch Gladbach 1987.

*Geschichte macht Mut,* Erlangen–Bonn–Wien 1989.

*Deutschland einig Vaterland. Geschichte unserer Gegenwart,* Frankfurt/M.–Berlin 1990.

*Die Großen Ereignisse. Fünf Jahrtausende Weltgeschichte in Darstellungen und Dokumenten,* Lachen am Zürichsee 1990/91 (Eine Exklusiv-Ausgabe des Hauses Caron, die nur über seine Verlagsrepräsentanten zu beziehen ist), 6 Bände (mit zusammen 3 851 Seiten):

Band 1: *Ägypten und Orient, Griechenland und Rom: Die Quellen der Kultur,* Lachen 1990

Band 2: *Zwischen Kaiser Augustus und der Universität Kairo: Kreuz und Islam, Völkerwanderung und Abendland,* Lachen 1990

Band 3: *Von Großfürst Wladimir bis zur Eroberung Granadas: Das Ringen der Religionen, Ideen und Interessen um Macht in der Welt,* Lachen 1990

Band 4: *Im Zeichen des Aufbruchs: Erdball und Universum, Mensch und Staat werden neu entdeckt*, Lachen 1991

Band 5: *Von Immanuel Kant bis zum Burenkrieg: Epochen der Philosophien, Erfindungen und Revolutionen*, Lachen 1991

Band 6: *Das Jahrhundert der großen Veränderung: Vom ersten Motorflug bis zum Ende des Marxismus*, Lachen 1991

*Ein Querkopf braucht kein Alibi*, Frankfurt/M–Berlin 1991.

*Unsere gestohlene Geschichte*, München 1992 (Heft 40 der Deutschen Akademie für Bildung und Kultur).

# Herausgeberschaft



*Lebendiger Geist*, Leiden–Köln 1959.

*Leopold von Ranke. Geschichte Wallensteins*, Düsseldorf 1967.

*Menschen und Mächte. Geschichte im Blickpunkt*, München 1973 ff.

*Im Zeichen des Adlers, Porträts berühmter Preußen*, Bergisch Gladbach 1981.

*Warum so bedrückt? Deutschland hat Zukunft.* Festschrift für Richard W. Eichler, Tübingen–Zürich–Paris 1992.

*Handbuch zur Deutschen Nation*, Band 4: *Deutschlands Einigung und Europas Zukunft*, Tübingen–Zürich–Paris 1992.

# Beiträge zu Sammelwerken u. a.



»Freiheit und Toleranz in der abendländischen Geschichte«, in Haim Cohn, *Glaube und Glaubensfreiheit*, Hannover 1967.

»In eigener Sache«, in *Criticón*, Nr. 4, Januar–Februar 1971.

»Der Ernstfall als Selbstaufgabe des republikanischen Bezugs: Notverordnung und Ermächtigungsgesetz«, in Anton Peisl u. Armin Mohler (Hrsg.), *Der Ernstfall*, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1979.

»Teils Zentrum, teils Vakuum. Deutschland im Mittelfeld Europas«, in Anton Peisl u. Armin Mohler (Hrsg.), *Die deutsche Neurose*, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1980.

»Welchen Sinn hat Geschichte?« in Guido Knopp (Hrsg.), *Geist und Macht und Wirklichkeit* (Ein Buch zur ZDF-Sendung Fragen zur Zeit), Aschaffenburg 1980.

»Deutsche Wirklichkeit«, in *Schriften der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste*, Band 1, Redaktion Richard W. Eichler, München 1980.

»›. . . eine Sache der Deutschen‹. Deutschlands Einheit als historisches Problem«, in Guido Knopp, *Die deutsche Einheit – Hoffnung, Alptraum, Illusion?* (Der Deutschland-Kongreß. Aschaffenburger Gespräche), Aschaffenburg 1981.

»Deutschland – was ist es?«, in Wolfgang Venohr (Hrsg.), *Die deutsche Einheit kommt bestimmt*, Bergisch Gladbach 1982.

»Die Einheit unserer Kultur. Sudetenland und das Kulturerbe der Deutschen«, in *Schriften der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste*, Band 3, Redaktion Richard W. Eichler, München 1982.

»Unsere Geschichte ist nicht die Geschichte eines Verbrechervolkes« und »Mut zur Selbtbewahrung«, in *MUT*, Nr. 194, Asendorf, Oktober 1983.

*Dokumente Deutschen Daseins 1445–1945. 500 Jahre deutsche Nationalgeschichte*, in Zusammenarbeit mit Wolfgang Venohr, Hellmut Diwald u. Sebastian Haffner, Krefeld 1983.

»Vorwort«, in Richard W. Eichler, *Die Wiederkehr des Schönen*, Tübingen 1984.

»Mut zur Geschichte, Mut zur Wahrheit«, in Arndt, Blumenwitz, Diwald, Maschke, Seiffert, Willms, *Inferiorität als Staatsräson*, Krefeld 1985.

»Zum 8. Mai 1945«, in *Witikobrief*, Folge 3, April/Mai 1985.

»Mut zur Geschichte gleich Mut zur Wahrheit?«, in W. Christian Schmitt, *Die Auflagen-Millionäre. Begegnungen. Gespräche und Erfahrungen mit 44 Schriftstellern*, Hannoversch Münden 1988.

»Deutschland – kein Wintermärchen. Wer die Geschichte eines Volkes kriminalisiert, macht es krank«, in Hermann von Berg (Hrsg.), *Gespräche über Deutschland*, Kiel 1988.

»Damals: Die Revision eines Unrechts. Heute: Das Unrecht einer Revision«, in *Witikobrief*, Folge 7, Juli/August 1988

»Vorwort«, in Hugo Wellems, *Das Jahrhundert der Lüge, Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871–1945*, Kiel 1989.

»Geleitwort«, in Waldemar Schütz (Hg.) u. Rolf Kosiek, *Lexikon. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, Rosenheim 1990.

»Im Fadenkreuz von Geschichte und Wissenschaft, Glaube und Vernunft«, in Hellmut Diwald (Hrsg.), *Warum so bedrückt? Deutschland hat Zukunft*. Festschrift für Richard W. Eichler, Tübingen–Zürich–Paris 1992.

»Perspektiven nationaler und europäischer Kultur. Krise oder Umschichtung des Grundmusters?« in Hellmut Diwald (Hrsg.), *Handbuch zur Deutschen Nation*, Bd. 4: *Deutschlands Einigung und Europas Zukunft*, Tübingen–Zürich–Paris 1992.

»Das neue deutsche Geschichtsbild«, in *AULA*, Graz April 1992.

»Wir Sudetendeutschen. Etappen unserer Geschichte und unserer Selbstbewahrung von 1848 bis in die Gegenwart« sowie »Die Revision eines Unrechts. München 1938«, in Rolf-Josef Eibicht (Hrsg.), *Die Tschechoslowakei. Das Ende einer Fehlkonstruktion. Die sudetendeutsche Frage bleibt offen*, Berg/Starnberger See 1992 u. [2]1993.

## Vorträge auf Toncassette



*Deutschland nach der Vereinigung*, Essen 1993.

*Neues Deutschland – Neues Geschichtsbild*, Essen 1993.

# DIE AUTOREN

ARDELT, ALFRED, Dr. phil., geb. 1931 in Raase (Ostsudetenland). Studium der Politischen Wissenschaft und Geschichte in Frankfurt/M. und Heidelberg. Seit 1988 als Wissenschaftlicher Oberrat in Hannover tätig. Von 1972 bis 1986 Ratsherr der Landeshauptstadt Hannover.

ARNDT, HANS-JOACHIM, Prof. Dr. phil., geb. 1923 in Magdeburg. Studium der Soziologie, Nationalökonomie, Philosophie, Völkerrecht u. a. in Tübingen, Kiel, Heidelberg. Ab 1968 ordentlicher Professor für Politikwissenschaft der Universität Heidelberg. 1974–75 Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät.

BACHMANN, HARALD, Dr. phil., geb. 1926 in Aussig (Sudetenland). Studium der Geschichte, Germanistik und Geographie in Erlangen. Ab 1948 Höheres Lehramt. 1978–1990 Lehrbeauftragter für Geschichte der Tschechoslowakei an der Universität Erlangen-Nürnberg.

BLUMENWITZ, DIETER, Prof. Dr. jur., geb. 1939 in Regensburg. Studium der Politischen Wissenschaften und der Rechtswissenschaften. Ab 1972 Lehrstuhl für öffentliches Recht in Augsburg, ab 1976 für Völkerrecht an der Universität Würzburg. Verantwortlich für den Lehrbereich »Internationale Politik« an der Hochschule für Politik München.

BOSSLE, LOTHAR, Prof. Dr. phil., geb. 1929 in Ramstein. Ab 1970 Professor für Soziologie und Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Lörrach. Seit 1977 ordentl. Professor für Soziologie an der Universität Augsburg. Seit 1972 Präsident und Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Demokratieforschung in Würzburg.

EDER, KARSTEN, geb. 1940 in Reichenberg. Gelernter Buchhändler. Ab 1962 stellvertretender Bundesjugendführer der Sudetendeutschen Jugend Österreichs. Seit 1987 Bundesobmann und Sprecher der Sudetendeutschen in Österreich sowie Referent für Öffentlichkeitsarbeit.

EIBICHT, ROLF-JOSEF, M.A. der Politischen Wissenschaften, geb. 1951 in Düsseldorf, sudetendeutscher Abstammung, politischer Schriftsteller, Verlagskaufmann. Zur Zeit Dissertation über Thomas G. Masaryk. Autor und Herausgeber mehrerer Werke zur sudetendeutschen Frage.

EICHLER, RICHARD W., Prof., geb. 1921 in Liebenau (Sudetentenland). Ab 1950 Lektor und Werbeleiter im Verlagswesen. Ab 1973 im Kulturreferat der Sudetendeutschen Landsmannschaft tätig. Geschäftsführer der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste.

FRÖHLICH GERHARD, geb. 1941 in Neuhäusl (Sudetenland). Studium der Geschichte, Germanistik und Erdkunde in München. Lehrtätigkeit an Gymnasien. Seit 1974 Studiendirektor in Fürstenfeldbruck.

HERGET TONI, geb. 1917 in Danowitz (Sudetenland). Handelsakademie und Banklehre. 1959–1965 im Rektorat der TH München. 1965–1982 Lektor und Leiter der Abteilung Tschechoslowakei im Pressearchiv des Herder-Instituts in Marburg.

HEPP, ROBERT, Prof. Dr. phil, geb. 1938 in Oberschwaben. Studium der Sozial- und Kulturwissenschaften in Tübingen, Paris und Erlangen. Seit 1977 Professor für Soziologie an der Universität Osnabrück mit Arbeitsschwerpunkten in Kultursoziologie, Politische Soziologie und Bevölkerungswissenschaft.

HOFFMANN EUGEN, Dipl.-Soziologe und M.A. der Geschichte, geb. 1956 in Neumarkt (Oberpfalz). Studium der Geschichte und der Soziologie in Regensburg und Würzburg. Doktorand zu einem Thema über Oswald Spengler.

KIESSWETTER, CARSTEN, M. A. der Politischen Wissenschaften, geb. 1959 in Mühlacker. Studium der Politischen Wissenschaften, Philosophie, des öffentlichen Rechts und Völkerrechts in Würzburg. Doktorrand.

KLUXEN, KURT, Prof. Dr. phil., geb. 1911 in Bensberg bei Köln. Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie in Bonn, Köln und Glasgow. 1953–1963 Professor an der PH Bonn, 1963 bis zur Emeritierung 1979 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Erlangen.

KOSIEK, ROLF, Dr. rer. nat., Dipl.-Physiker, geb. 1934 in Herford. Studium der Physik in Göttingen und Heidelberg. 1972-1980 Dozent an der Fachhochschule Nürtingen. Seit 1980 Verlagslektor.

LONGIN, FRANZ, geb. 1933 in Wenkerschlag (Sudetenland). Freiberuflich tätiger Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Stuttgart. 1988 1992 Landtagsabgeordneter der CDU in Stuttgart.

LUMMER, HEINRICH, Dipl.-Politologe, geb. 1932 in Essen. Studium der Politischen Wissenschaften in Berlin. 1965–1969 Fraktionsgeschäftsführer der CDU, 1979–1980 Fraktionsvorsitzender der CDU, 1980–1981 Parlamentspräsident in Berlin, 1981–1986 Bürgermeister von Berlin und Senator für Inneres. MdB seit 1987.

MAASCH, ERNSTHELMUT, Dipl.-Volkswirt, geb. 1926 in Hamburg. Studium der Volkswirtschaft in Stuttgart, Erlangen und Hamburg. Leitende Verlagstätigkeit in Düsseldorf. 1974–1990 Berufsschullehrer in Soltau.

MOHLER, ARMIN, Dr. phil. habil., geb. 1920 in Basel. Sekretär von Ernst Jünger, Auslandskorrespondent, Leiter der C. F. v. Siemens-Stiftung. Seit 1985 freier Schriftsteller. Lebt seit 1961 in München.

PFOHL, GERHARD, Prof. Dr. phil., geb. 1929 in Böhm.-Eisenstein (Sudetenland). Lehrtätigkeit an der TU München, Direktor des Instituts für Geschichte der Medizin und Medizinische Soziologie der TU München. um der Philosophie und Theologie in Königstein, Freiburg und Mainz.

Pieschl, Gerhard, Weihbischof, geb., 1934 in Mährisch-Trübau (Sudetenland). Studium der Philosophie und Theologie in Königstein, Freiburg und Mainz. 1962–1968 Militärpfarrer, dann Militärdekan. Seit 1978 Weihbischof in Limburg. Seit 1983 Beauftragter für die katholische Flüchtlings- und Vertriebenenseelsorge.

Pietsch, Hans, geb. 1926 in Niemes (Sudetenland). Studium der Rechte in München. Seitdem Rechtsanwalt in München.

Schickel, Alfred, Dr. phil., geb. 1933 in Aussig (Sudetenland). Studium der Geschichte Philosophie in München. Ab 1962 Schulhistoriker in Ingolstadt. Ab 1974 Leiter des Katholischen Stadtbildungswerks Ingolstadt. Seit 1981 Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt.

Schmidt, Hans, Prof. Dr. phil., geb. 1930 in Ludwigshafen. Studium der Geschichte in München, Freiburg und Paris. Seit 1976 Professor für Geschichte an der Universität München.

Schnürch, Roland, Dipl.-Ing., geb. 1930 in Adelsdorf (Sudetenschlesien). Studium der Chemie in Wien und Nürnberg. Leiter eines Chemiebetriebes, Hauptbevollbemächtigter eines Werkes der chemischen Großindustrie.

Schröcke, Helmut, Prof., Dr. rer. nat., geb. 1922 in Zwickau. Studium der Geologie, Mineralogie und Physikalischen Chemie in Freiberg und Gottingen. Seit 1967 Professor für Mineralogie und Kritallographie in München.

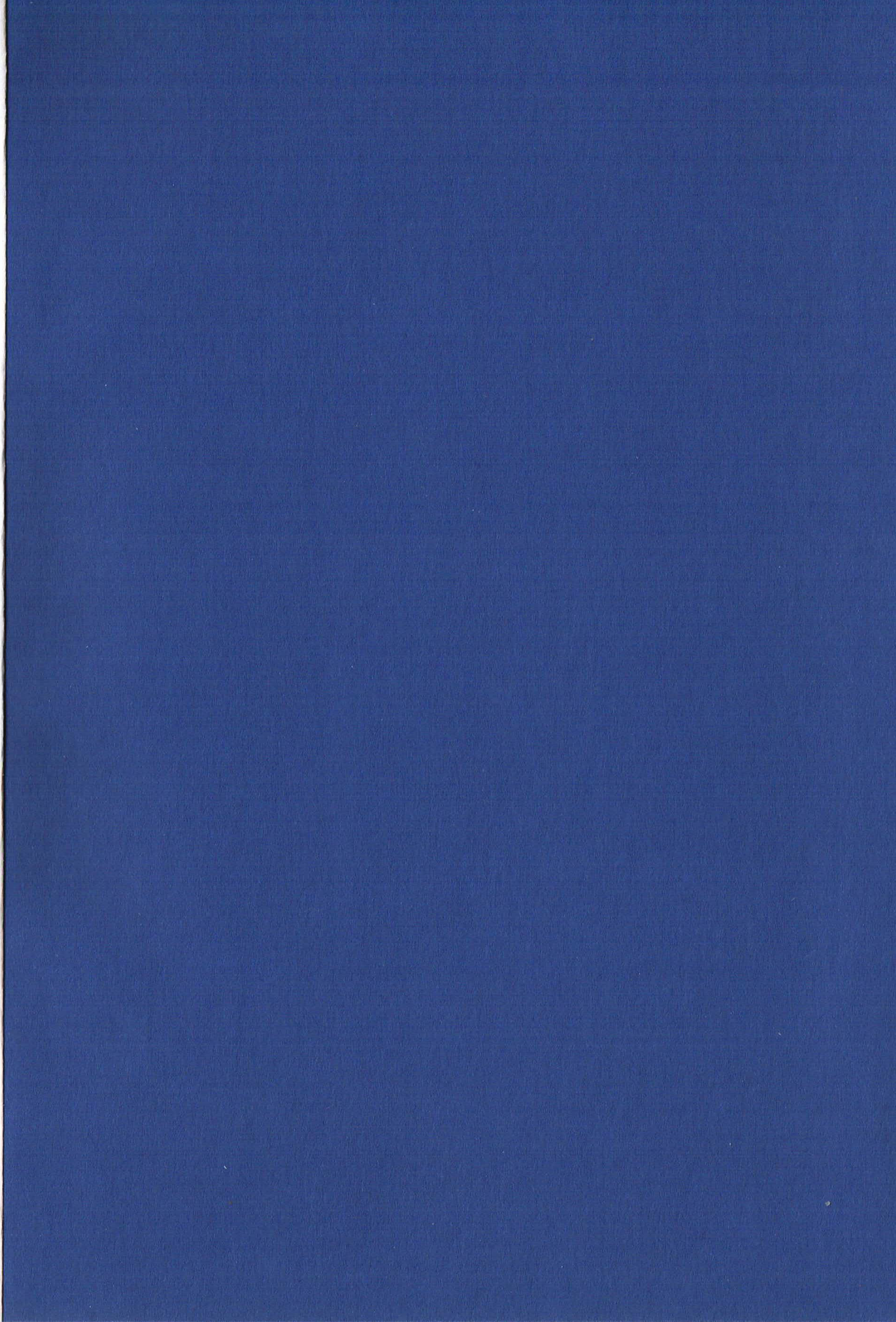
Strauss, Wolfgang, geb. 1931 in Libau (Leffland). 1950–1956 Politgefangener der Sowjets u. a. in Workuta. Als Journalist bei einer Tageszeitung und als freier Mitarbeiter zahlreicher Zeitschriften tätig.

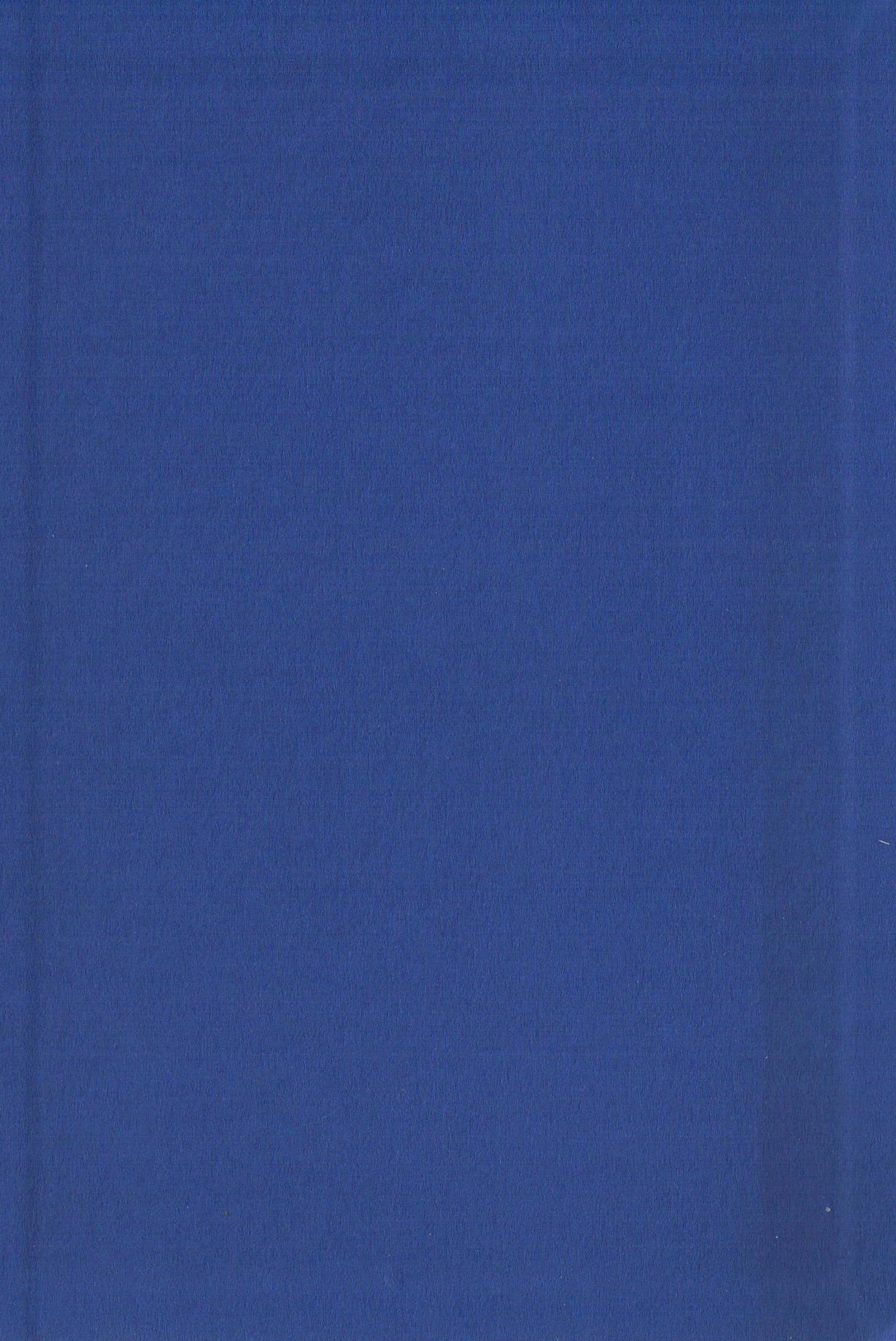
Streinz, Rudolf, Prof. Dr., geb. 1953 in Landshut. Studium der Rechtswissenschaften, Politischen Wissenschaften und Neueren Geschichte in München. Seit 1989 Professor für Öffentliches, Völker- und Europarecht in Bayreuth.

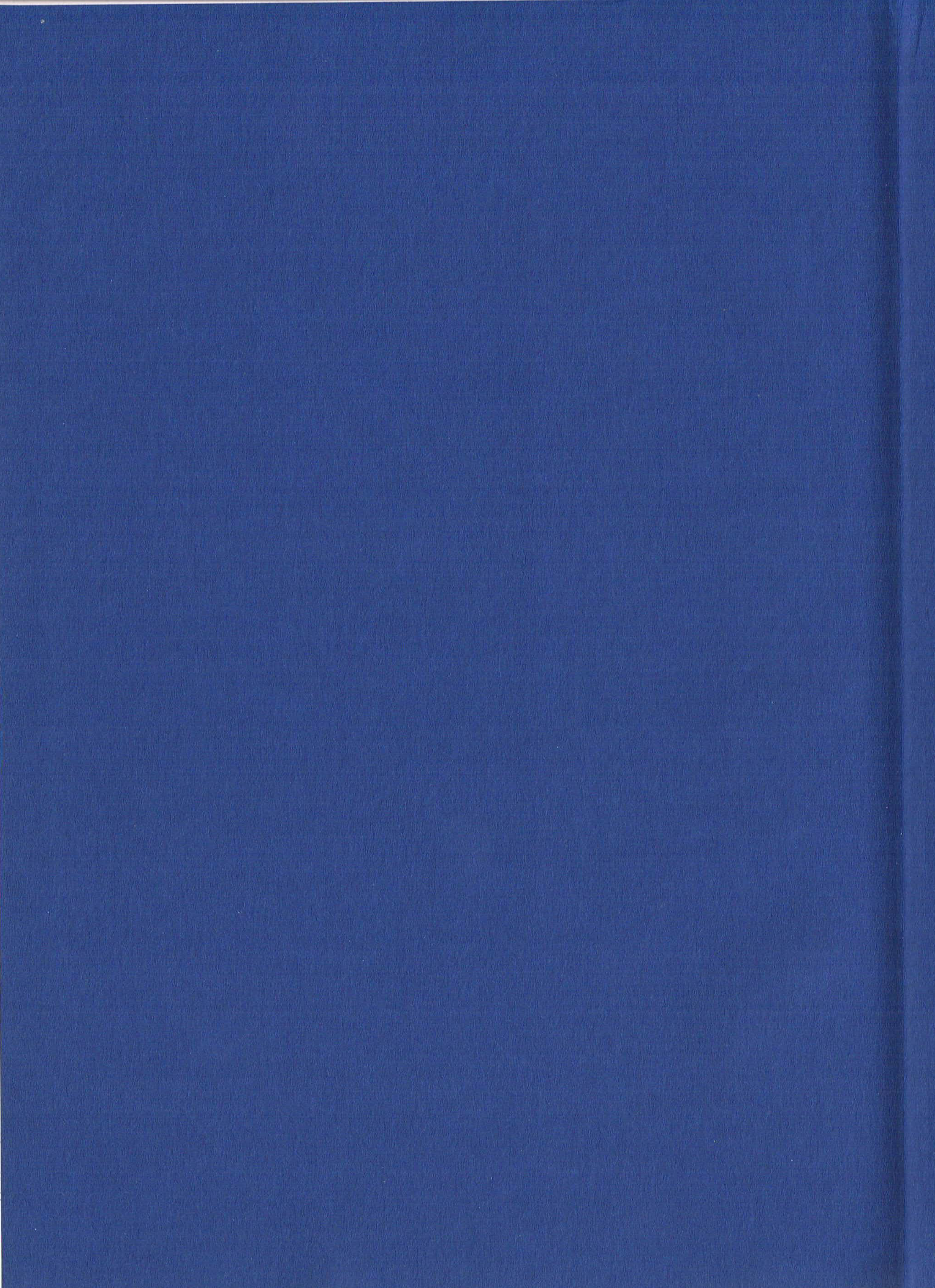
Wagner, Hans, Prof. Dr., geb. 1937 in Nesselwang (Allgäu). Studium der Philosophie und Psychologie in Dillingen und München. Seit 1980 Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität München.

Weinacht, Ludwig-Paul, Prof. Dr. phil., geb. 1938 in Freiburg. Studium der Politischen Wissenschaften. 1970–1979 Professor für Politik in Freiburg. Ab 1979 Professor in Würzburg.

Wolandt, Gerd, Prof. Dr. phil., geb. 1928 in Heiligenhaus. Studium der Philosophie, Pädagogik, Kunst und Literaturgeschichte. 1967–1977 Professor in Bonn, ab 1977 Professor für Philosophie in Aachen.







Eibicht (Hg.)

HELLMUT
DIWALD

Rund 40 angesehene Persönlichkeiten aus Wissenschaften und Politik, Publizistik und Geistesleben haben hier als Kollegen, Freunde, Landsleute und Verehrer Hellmut Diwalds Beiträge zum Vermächtnis des großen Historikers und viel gelesenen Geschichtsschreibers geliefert. Leben und Werk des 1993 verstorbenen Erlanger Professors für Neuere Geschichte werden von den verschiedenen Fachdisziplinen und Lebensbereichen betrachtet: seine vorbildliche Persönlichkeit, sein Eintreten für die deutsche Einheit, sein Bemühen um die historische Wahrheit auch in tabuisierten Fragen der Zeitgeschichte, sein Einsatz für seine sudetendeutsche Heimat, sein Bemühen um die Förderung des Geschichtsbewußtseins, sein Ringen um jene neue deutsche Identität auf nationaler Grundlage. Als Künder des Reiches gegen den Kleingeist unserer Zeit hat Diwald Wesen und Aufgaben der Deutschen gesehen und hohe Ziele vorgegeben. Damit reicht dieser Band weit über eine Gedenkschrift hinaus, er liest sich wie ein Programm zur Erneuerung Deutschlands.

**ROLF-JOSEF EIBICHT,**

der Herausgeber dieses materialreichen Sammelbandes, ist Politischer Schriftsteller und lebt in München. Wie kein anderer hat er sich nach dem Tode von Hellmut Diwald bemüht, sein Vermächtnis durch zahlreiche Beiträge hervorzuheben. Eibicht veröffentlichte unter anderem eine Monographie zu Schlieffen und ist Herausgeber von drei Büchern zum Rechtsanspruch auf die Heimat der Sudetendeutschen und deren Wiedergewinnung.




ISBN 3-89180-038-X

HOHENRAIN

HELLMUT DIWALD

SEIN VERMÄCHTNIS FÜR DEUTSCHLAND
SEIN MUT ZUR GESCHICHTE

H